

CARL BEDDIES
BUCHBINDEEI
BRAUNSCHWEIG
HINTER LIEBFRAUEN 5.

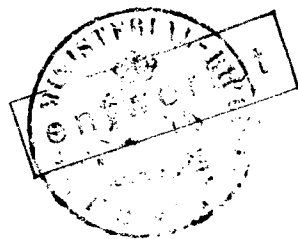


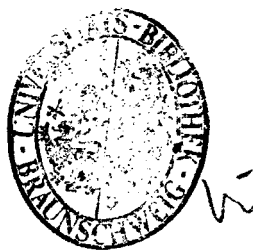
entwertet

UB Braunschweig 84



4725-983-0

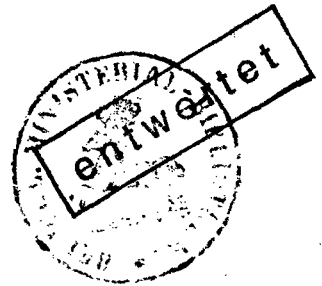




4725-9830

Verzeichnis
der
Verhandlungs-Gegenstände
der
Stadtverordneten-Versammlung
zu
Braunschweig
im Jahre 1917/18.

ACC 12328



Druck der Wolfenbüttel-Buchdruckerei in Braunschweig.

A. Nach der Zeitfolge.

1. Am 10. April 1917.

	Seite
1. Wahl des Vorsitzenden und seines Stellvertreters	3
2. Wahl des Protokollführers und seines Stellvertreters	4
3. Wahl eines Ausschusses für die Gebührenverteilung bei der Müllabfuhr	4
4. Bericht über die Denkschrift des Haus- und Grundbesitzervereins	4
5. Annahme zweier Schulpflegerinnen	21
6. Regelung des Verbrauchs von Brot und Mehl	24

Außer der Tagesordnung behandelt:

7. Antrag Loeßigk auf Hinwirkung zur Freigabe des Verkaufs von Konserven	43
8. Antrag Frede, betreffend die Gepäckdurchsuchungen nach Braunschweig reisender Personen	47
9. Antrag Genzen, betreffend die Lieferung von Mehl, Milch und Zucker an Konditoreien	49

2. Am 10. Mai 1917.

1. Aufnahme eines Rechtsstreites	52
2. Erhöhung des Gaspreises	53
3. Statut über Abänderung des § 46 des Ortsbaustatuts	59
4. Erhöhung des städtischen Kredits beim Herzoglichen Leihhause	60
5. Ankauf des Grundstücks des Großen Waisenhauses B. M. V. und stadtseitige Übernahme der Waisenhauschule	62
6. Gewährung von Beihilfen zum Ankauf von Milchkühen	65
7. Stellungnahme zu dem Projekte der Erbauung eines Rhein-Weser-Elbe-Kanals	67
8. Anfrage Damköhler bezüglich der Feuerbestattungshalle	75
9. Erwerb eines Grundstücks an der Bertramstraße	78
10. Beitritt der Stadt in den Fischereiverein	79
11. Erwerb einer Fläche an der Wörthstraße	82
12. Antrag des Arbeitsausschusses der Vereinigung zur Förderung der südlichen Linie des Mittellandkanals auf Einsetzung eines besonderen Ausschusses	82

Außer der Tagesordnung behandelt:

13. Gutachten der Stadtverordnetenversammlung über fernere Herstellung von Grünwurst	83
--	----

3. Am 28. Juni 1917.

Seite

1. Antrag Wenzel, betreffend die Lieferung von Mehl, Milch und Zucker an Konditoreien	95
2. Ankauf von Grundstücken an der Leopoldstraße vom Allgemeinen Konsumverein	97
3. Beitritt der Stadt in den Verein „Landaufenthalt für Stadtkinder“ . . .	98
4. Abrechnung über den Umbau der Steintorbrücke und der angrenzenden Straßenstrecken	98
5. Abrechnung über die Anlage eines Hühnerhofes auf dem Kieselgute Steinhof . . .	99
6. Erhöhung des Zinsfußes für ein der Stadt gewährtes Darlehn	100
7. Beteiligung der Stadt an der zu gründenden Kanalschiffahrt-Gesellschaft . .	100
8. Nachverwilligung von Mitteln zur Beschaffung von Gebrauchsgegenständen für das Rathaus	102
9. Bewilligung eines Kostenzuschusses für die fahrbaren Kriegsbüchereien . .	103
10. Errichtung eines Schalthauses an der Ecke der Broitzemer- und Juliusstraße .	103
11. Mitteilung über den Ausgang des von der Straßeneisenbahn gegen die Stadt angestregten Prozesses wegen Forderung	104
12. Mitteilung über den Ausgang des von der Versicherungs-Gesellschaft Rheinland gegen die Stadt erhobenen Rechtsstreits	108
13. Ankauf eines Grundstücks Hintern Brüdern	110
14. Einsprache der Garnisonverwaltung gegen die Heranziehung zur Extra-Kanalabgabe	110
15. Verkauf des Grundstücks Helmstedterstraße Nr. 8	111

Außer der Tagesordnung behandelt:

16. Grundbuchamtlich eingetragene Belastung einer angekauften Fläche an der Wörthstraße	127
17. Gewährung eines stadtseitigen Zuschusses an den Harz-Ziegen-Zuchtverein . .	127
18. Antrag Stegmann auf Gewährung eines Zuschusses an die Kinderschutzkommission des Gewerkschaftskartells	129
19. Anfrage Wenzel über die Kohlenversorgung der Stadt	129

4. Am 14. September 1917.

1. Gewährung eines Zuschusses an die Volkslesehalle aus der Fiedelstiftung . .	143
2. Anderweite Verwertung städtischen Baugeländes an der Goslarschen Straße und Erlaß eines Statuts zur Ergänzung des Ortsbaustatuts	143
3. Abrechnung über die Kosten der Errichtung von zwei Wohnhäusern an der Honrothstraße	162
4. Erhöhung des Zinsfußes der auf dem städtischen Dove-See-Grundstück ruhenden Hypothek	164
5. Erhöhung der Brandversicherungssumme für 7 städtische Gebäude und amtliche Äußerung wegen Beibehaltung der Versicherungssummen der übrigen städtischen Gebäude	165

	Seite
6. Verwilligung von Mitteln für Instandsetzung eines Schulhofs (Diesternwegstraße)	166
7. Stadtseitige Übernahme des Lichtwerks der Straßeneisenbahn-Gesellschaft	167
8. Gewährung einer Beihilfe an die Herzogin-Johann-Albrecht-Stiftung aus der Jüdelstiftung	169
9. Abänderung des Statuts über die Erhebung einer Lichtspielsteuer	170
10. Ersatzwahl zur Baukommission (außer der Tagesordnung behandelt)	171
11. Herrichtung einer Windschutzvorrichtung an dem Kaninchenstall auf dem Armenhausgrundstücke	171
12. Erhöhung des an die Vereinigung der technischen Oberbeamten deutscher Städte zu zahlenden Jahresbeitrages	173
13. Abänderung des mit dem Waisenhaus vereinbarten Vertrages wegen Übernahme der Schule und Ankauf des Waisenhausgrundstücks	173
14. Erweiterung des Stadtgebietes	174
Außer der Tagesordnung behandelt:	
15. Verkauf des Grundstücks Helmstedterstraße 8 betreffend (Hilbebrandisches Haus)	175
16. Beitritt der Stadt als Mitglied in den Braunschweigischen Landesverein für Säuglings- und Kleinkinderfürsorge	176
17. Gutachten der Stadtverordnetenversammlung über die Neuregelung der Viehschlachtungen und Wurstherstellung in der Stadt	182
 5. Am 15. September 1917.	
1. Antrag Stegmann, betreffend die Gebühr für die Kartoffelbezugscheine	210
2. Antrag Stegmann auf eine gerechtere Gasverbrauchsregelung durch Rationierung nach der Kopfbzahl	215
3. Anfrage Steinbrecher über den Ausbau des Mieteinigungsamts zum Schutze der Mieter	218
4. Antrag Wesemeier auf Erhöhung des städtischen Zuschusses zur Staatsunterstützung der Kriegerfamilien und der Arbeitslosen, sowie Erhöhung der Ortsarmenunterstützung	220
5. Antrag Wesemeier auf statfseitige Ermöglichung des steuerfreien Bezugs von Hausbrandkohlen für Kleinwohnungen	223
6. Antrag Lauer, betreffend die Erhöhung der Kartoffelration auf 10 Pfund	231
7. Antrag Kieke auf Erhöhung der Kriegsunterstützung der Kriegerfrauen	242
8. Anfrage Stegmann über die Ausgabe des in Aussicht gestellten Einmachezuckers	244
 6. Am 11. Oktober 1917.	
1. Prüfung der Stadthäushaltsrechnungen für 1913/14	250
2. Antrag Stegmann auf eine gerechtere Gasverbrauchsregelung durch Rationierung nach der Kopfbzahl	250

3. Antrag Wesemeier, betreffend den Bezug von Vollmilch durch hoffende und stillende Frauen und Mädchen	250
4. Anfrage Kahlert über die Einführung der durchgehenden Arbeitszeit für die städtischen Behörden	252
5. Anfrage Niese über die Verpachtung von Flächen auf dem Arferöder Felde sowie am Großen Exerzierplatz	255
In Verbindung damit Beratung der Magistratsvorlage: Verpachtung der Flächen des Arferöder Feldes	255
6. Antrag Steinbrecher auf Einrichtung einer Altmöbelstelle	262
7. Anfrage Stegmann über die Gründe für die stadtseitig vorgenommene Erhöhung der Gemüsepreise	264
8. Anfrage Wesemeier wegen der Salzknappheit	268
9. Anfrage Stegmann über die Ursachen des zweimaligen Verjagens der elektrischen Beleuchtung in der Stadt	271
10. Anfrage Salomon über die Erhöhung der Kriegsbeihilfen für die Beamten und Lehrer	273
11. Beschaffung eines Warnwasser-speichers für die Desinfektionsanstalt	276
12. Erwerb von Flächen zum Ausbau des Riddagshäuserweges und der projektierten Straße 543 im Wege der Zwangsenteignung	276
13. Mitteilung aus der verstärkten Finanzkommission über den Antrag Wesemeier und Antrag Niese auf Erhöhung des städtischen Zuschusses zur Kriegsunterstützung der Kriegerfamilien	278
14. Erhöhung der Gemeindegroß- und Gewerbesteuer	278
15. Verpachtung der städtischen Flächen an der Goslarischen Straße	287
16. Erhöhung des städtischen Zuschusses für die Untersuchungsstelle für ansteckende Krankheiten	287
17. Gewährung einer Beihilfe an die Kochschule des Vereins ehemaliger Schülerinnen der städtischen höheren Mädchenschule aus der Jüdelstiftung	288
18. Übersicht über die im Rechnungsjahre 1916/17 gezahlten Ruhegehälter, Witwen- und Waisengelder	289
19. Errichtung eines Schalthauses auf dem Amalienplatze	290
20. Errichtung eines Schalthauses an der Frankfurterstraße	291
21. Erlaß des Kriegsministeriums, betreffend die Bedeutung der Luftstreitkräfte	291
22. Rechnungsabchlüsse für das Jahr 1916/17	294
23. Beteiligung der Stadt an der 7. Kriegsanleihe	297
24. Erhöhung des Zinsfußes einer Hypothek auf einem städtischen Grundstücke	297
25. Instandsetzung des Hauses Vertramstraße 3	298
26. Instandsetzung des Hauses Herrendorfsruete 1	298

7. Am 29. November 1917.

1. Antrag Frede, betreffend Wohnungsfürsorge für kinderreiche Familien	305
2. Antrag Stegmann auf eine gerechtere Gasverbrauchsregelung durch Rationierung nach der Kopfzahl	317

	Seite
3. Antrag Steinbrecher auf Einrichtung einer Altmöbelstelle	319
4. Antrag Wesemeier, betreffend den Bezug von Vollmilch durch hoffende und stillende Frauen	323
5. Erhöhung der Zuschüsse an den Verein für Gesundheitspflege	324
6. Instandsetzung des Dietherichs'schen Denkmals auf dem Katharinen-Friedhofe	326
7. Antrag der Arbeitsgemeinschaft der kaufmännischen und technischen Angestelltenverbände Braunschweigs auf Hinzuziehung von Angestelltenvertretern zur Lebensmittelverteilung	326
8. Gleisverbindung zwischen dem Drehstromwerk (Hferstraße) und dem Gleichstromwerk (Wilhelmstraße)	328
9. Antrag Rechter, betreffend Regelung des Verkaufs von Käse nach Kundenlisten	329
10. Antrag Salomon auf Zahlung eines Vorschusses auf die Feuerungszulagen an die städtischen Beamten und Lehrer	329
11. Anfrage Wesemeier, betreffend den Kartenzwang der Herzoglichen Hofstatt	332
12. Anfrage Stegmann, betreffend die Heizung der städtischen Schulen	334
13. Anfrage Stegmann, betreffend die Ausgabe von Mühlenprodukten	335
14. Antrag Wesemeier, betreffend die Gewährung von Nahrungsmitteln an hoffende Frauen	338
15. Antrag Steinbrecher auf Einrichtung eines städtischen Wohnungsnachweises	340
16. Anfrage Bunge über die Vorarbeiten zu einer Kühl- und Gefriereinrichtung in der Markthalle	341
17. Anfrage Munte, betreffend Steuerfreiheit der billigen Kindervorstellungen in den Lichtspieltheatern	342
18. Anfrage Rieke über die mangelhafte Beschaffenheit des zur Verteilung gekommenen Fettes	343
. 8. Am 13. Dezember 1917.	
1. Antrag Frede auf Einführung der Wohnungspflege	351
2. Antrag Wesemeier, betreffend die Gewährung von Nahrungsmitteln an hoffende Frauen	360
3. Antrag Steinbrecher auf Einführung eines städtischen Wohnungsnachweises	363
4. Gewährung von Kriegsbeihilfen an städtische Beamte und Lehrer	364 u. 415
5. Maßnahmen zur Kohlenersparnis	398
6. Ausdehnung der Vorschriften des § 87, 2d der Straßenpolizeiordnung auf die außerhalb der Umflutgräben belegenen Straßen und staatlichen Wallpromenaden und Avenuen	416

7. Beteiligung der Stadt an der Kriegshilfskasse	419
8. Erlaß von Ortsvorschriften über die Einschränkung des Verbrauchs elektrischer Kraft	421
9. Anfrage Steinbrecher über Austeilung von Mühlenfabrikaten usw. zu Weihnachten	423

9. Am 31. Januar 1918.

1. Antrag eines Einwohners auf bessere Beleuchtung der Lützowstraße	428
2. Antrag N i e k e auf Hinzufügung zur Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Gemeindevahlrechts und Antrag Stegmann, betreffend Hinzufügung auf zeitgemäße Änderung der Städteordnung	429
3. Bericht über die Verwaltung der städtischen Gas- und Wasserwerke der Neustadtmühle und des Abwässerpumpwerks	441
4. Neu Festlegung der Normalmietpreise bei Einquartierungen	445
5. Erhöhung des Zuschusses für ein Kindergärtnerinnenseminar	446
6. Ankauf eines Grundstücks an der Helmstedterstraße	447
7. Gewährung eines besonderen Zuschusses an den Braunschweiger Frauenverein für die Abendfortbildungsschule	448
8. Erlaß eines Statuts über die Anmeldung frei werdender Wohnungen	449
9. Statut über die Beseitigung von Tierkadavern und Abschluß eines Vertrages mit der hiesigen Abdeckerlei	450
10. Abschluß eines Nachtragvertrages wegen Verarbeitung von Schlachtabfällen auf Futtermittel und dergleichen	452
11. Annahme einer Säuglingsfürsorgeheimleiterin	454
12. Bereitstellung weiterer Mittel zur Ausbildung eines Blinden	456
13. Beratung des Magistratschreibens über die Grundsätze für die Gewährung von Kriegsbeihilfen an die Beamten und Lehrer	457
14. Instandsetzung der Direktorenwohnung im Städtischen Schlachthause	463
15. Richtlinien für das städtische Wohlfahrtsamt und Wahl von Vorstandsmitgliedern	464

Außer der Tagesordnung behandelt:

16. Erhöhung des Gaspreises	466
17. Errichtung eines Pförtnerhäuschens für das Schlachthausgrundstück	469
18. Bewilligung eines außerordentlichen Zuschusses für die Mädchenhorte	470
19. Anfrage N i e k e über Stellungnahme des Magistrats zu einem Mittellinie-entwurf für den Mittellandkanal	471
20. Antrag W e s e m e i e r auf Abänderung des Statuts, betreffend die Verwaltung der Geldmarktgemeinden	472

10. Am 28. Februar 1918.

1. Eingabe zweier Einwohner wegen Errichtung eines „Volksdanks“	477
2. Rückerstattung von Kosten für Anlage von Gas- und Wasserleitungen	478
3. Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuer	479
4. Beitritt der Stadt in den Verein für Kommunalwirtschaft und Kommunalpolitik	499
5. Abgabe von zwei Handdruckspitzen	500
6. Wahl eines Ausschusses zur Prüfung der Anträge der Straßeneisenbahngesellschaft, betreffend die Erhebung eines Steuerzuschlages zu den bisherigen Preisen für elektrischen Strom und Erhöhung der Fahrpreise für die Straßenbahn	500
7. Anschluß des Eisenbütteler Kraftwerks an das Drehstromwerk	501
8. Änderung des Statuts über die Meldung frei werdender Wohnungen	503

Außer der Tagesordnung behandelt:

9. Anfrage Steinbrecher über Maßnahmen zur Unterbringung obdachlos gewordener Familien	503
10. Anfrage Frede über Maßnahmen gegen die wucherische Preissteigerung für Gemüsesamen	506
11. Anfrage Frede über das Verbot des Verkaufs von Pferdefleisch an bemittelte Familien	509
12. Anfrage Grenzen wegen der besseren Ernährung der Kranken	512

11. Am 28. März 1918.

1. Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuer	521
2. Beratung des Städtischen Haushaltsplans für 1918/19	521
3. Übersicht über die Schulden der Stadt	535
4. Lohnübersicht für 1918/19	537
5. Erhöhung des Kredits beim Leihhause	538
6. Antrag Wesemeier auf Abänderung des Statuts, betreffend die Verwaltung der Feldmarksgemeinden	539
7. Aufstellung eines Bebauungsplanes für das Arferöder Feld betreffend	540
8. Herrichtung einer Stadtgärtnerei in Verbindung mit dem Zentralschulgarten	541
9. Festlegung der Rechtsverhältnisse bezüglich des unbebauten Teiles zwischen dem Justizgebäude und dem alten „Stadthause“	547
10. Verpachtung der Fischerei in der Oker	549
11. Ankauf eines Grundstücks an der Wilhelmstraße	549
12. Anbringung zweier Schlagglocken in der Johannis Kirche	551
13. Herstellung eines Fußgängerstegs über das Schuntertal	552

14. Herrichtung der städtischen Fortbildungsschule in den Räumen der Waisen- hauschule	551
15. Beitritt der Stadt zum Braunschweigischen Landesverbande für Wohl- fahrtspflege	556
16. Stellungnahme zum Franzius'schen Projekte der sogenannten Mittellini- Mittellandkanals	558
17. Beteiligung der Stadt an der 8 Kriegsanleihe	588

B. Nach den Gegenständen.

(Die Zahlen bedeuten die Seiten.)

- Abdeckerei 450, 453.
 Abendfortbildungsschule für Frauen und Mädchen 448.
 Abgabeermäßigung des Elektrizitätswerks 104.
 Abrechnung über Bauten 98, 99, 162.
 Abrechnung über Umbau der Steintorbrücke 98.
 Abstinente Frauen, Bund derselben 476.
 Abwässerpumpwerk 441.
 Alkoholische Getränke 476.
 Allgemeiner Konsumverein 97.
 Altmöbelstelle 142, 262, 319.
 Amalienplatz 290.
 Anfragen der Stadtverordneten:
 Bunge, betr. Kühl- und Gefrierhalle 324, 341.
 Danköbler, bezüglich der Feuerbestattungshalle 52, 75.
 Frede, Verkauf von Pferdefleisch betr. 476, 509.
 Preissteigerung für Gemüsesamereien betreffend 476, 506.
 Genzen, betr. die Kohlenversorgung 94, 129.
 betr. die Arbeiter der Straßenreinigung 351, 441.
 Austeilung von Mühlenfabrikaten betr. 351, 424.
 betr. die Ernährung der Kranken 477, 512.
 betr. den Getreidemangel 520.
 Kahlert, Einführung der durchgehenden Arbeitszeit betr. 142, 252.
 Munte, betr. die Kindervorstellungen in den Lichtspieltheatern 328, 342, 441.
 Niese, betr. den Mittellandkanal 428, 471.
 Verpachtung von Flächen für Kleingärten betr. 162, 255.
 betr. die Fettverteilung 338, 343.
 Salomon, betr. die Kriegsbeihilfen für Beamte und Lehrer 249, 273.
 Stegmann, Ausgabe des Einmachezuckers betr. 141, 242.
 betr. die Höchstpreise für Gemüse und Obst 142, 264.
 betr. das Versagen der elektrischen Beleuchtung 249, 271.
 betr. die Ausgabe von Mühlenprodukten 304, 335.
 betr. die Heizung der Schulräume 304, 334.
 betr. die Gasverbrauchs-Regelung 520.
 Steinbrecher, Ausbau des Miet-einigungsamts betr. 162, 218.
 betr. die Austeilung von Nahrungs-mitteln vor Weihnachten 351, 423.
 Einrichtung von Näh- und Flickstuben für die Winterzeit 351, 440.
 die Unterbringung obdachlos werdender Familien betr. 476, 503.
 Wesemeier, betr. die Salzknappheit 249, 268.

Wesemeier, betr. den Kartenzwang der
Herzogl. Hoffstatt 304, 332.
Angestelltenausschüsse 519.
Angestelltenverbände — siehe Arbeits-
gemeinschaft.
Ankauf von Grundstücken — s. Erwerb.
Anmeldung freiverdender Wohnungen 449.
Anstalt für 2. Hypotheken 5, 8.
Anschaffung von Inventarstücken 102, 554.
Ansteckende Krankheiten 287, 325.

Anträge der Stadtverordneten:
Bartels, auf Errichtung einer städt.
Entlaufungsanstalt 557.
Frede, betr. die Gepäckdurchsuchungen
38, 47.
Einführung der Wohnungspflege betr.
149, 162, 351.
Wohnungsfürsorge für kinderreiche
Familien betr. 150, 162, 305.
Genzen, betr. den Betrieb der Kon-
ditoreien 47, 49, 95.
Lauer, betr. Erhöhung der Kartoffel-
ration 142, 232, 248.
Loeschigt, betr. den Verkauf von Ge-
müßkonserven 38, 43.
Munte, betr. Änderung der Städte-
ordnung bezügl. der Stadtverordneten-
wahlen 478.
Ohlendorf, Vorschuß auf Kriegs-
unterstützung betr. 142, 249.
Rasche, betr. das städt. Museum 528,
534.
Recker, betr. den Verkauf von Käse
nach Kundenlisten 305, 329.
Rieke, Erhöhung der Kriegsunterstützung
betr. 141, 220, 213, 278.
Einführung des allgem., gleichen, ge-
heimen und direkten Gemeindevahl-
rechts betr. 350, 429, 476.
Salomon, betr. Zahlung von Vor-
schuß auf Kriegsbeihilfen 305, 329.

Stegmann, betr. die Kinderbesch-
kommission des Gewerkschaftskartells
95, 129.
die Gebühren für Kartoffelbezugs-
scheine betr. 141, 210.
Rationierung des Gasverbrauchs betr.
141, 215, 250, 317.
betr. die Änderung der Städteordnung
bezüglich des Wahlrechts 350, 429,
476.
Steinbrecher, betr. Einrichtung einer
Altmöbelstelle 142, 262, 319.
auf Einrichtung eines städtischen Woh-
nungsnachweises 340, 363.
Wesemeier, Erhöhung der Kriegs-
unterstützung betr. 141, 220, 278
betr. den Bezug von Kohlen 141, 223.
betr. den Vollmilchbezug durch hoff.
und still. Frauen 141, 250, 323.
betr. die Gewährung von Nahrungsmitteln
an hoff. und still. Frauen 305, 360.
betr. die Beiträge für die Feldmarks-
gemeinden 156, 472, 539.
Arbeiter- und Geräteschuppen 104.
Arbeitsausschuß der Vereinigung z. Förde-
rung der südl. Linie des Mittelland-
kanals 82.
Arbeitsgemeinschaft der kaufmännischen und
technischen Angestelltenverbände 304,
326, 350, 364, 398, 519.
Arbeitslosenunterstützung 141, 220, 278.
Arbeitszeit, durchgehende 142, 252.
Arbeitszeit in Kontoren usw. 400.
Armenhausgrundstück 171.
Armenunterstützung 220, 278.
Arndt u. Bock, Eingabe 350, 398.
Ausbau neuer Straßenzüge betr. 5.
Ausbildung eines Blinden 456.
Aushilfsbeamte, städt. 364, 366 ff., 158.
Auskunft- und Fürsorgestelle z. Bekämpfung
ansteckender Krankheiten 325.
Ausschank-Konzessionen 476.
Ausschuwahlen s. Kommissionen.

Ausschuß für Müllabfuhrgebühren 4.
 Ausschuß zur Mehlerverteilung 24.
 Ausschuß zur Prüfung von Anträgen der
 Straßeneisenbahn 500.
 Ausschuß zur Verteilung von Nahrungs-
 mitteln 108, 128.
 Austeilung von Mühlenfabrikaten usw. 351,
 423.
 Arkeröder Feld 162, 255, 303, 308,
 540.
 Bahnhofsumbau betr. 475.
 Baugenossenschaft, braunschw. 16, 19, 153 ff.,
 314.
 Bauten, städt. 469.
 Beamte, städt. 142, 252, 273, 305, 329,
 351, 364, 457.
 Beamtenvereinigung, braunschw. 302, 327,
 350, 364.
 Bebauungsplan f. d. Arkeröder Feld 540.
 Bedingungen f. Abgabe von Gas 53.
 Beiträge f. d. Landesverband f. Wohlfahrts-
 pflege 556.
 Bericht über städt. Gas- und Wasserwerke
 441.
 Beschaffenheit des Gases 57, 468.
 Bertramstraße 3— 78, 298.
 Bienenzucker 516.
 Bebauungsplan für das Arkeröder Feld 540.
 Bienenröderweg 552.
 Blindenzögling Volle 456.
 Bodenburg, Eingabe desj. 520.
 Brand der Roggenmühle 108.
 Brandes, Frau, Eingabe desj. 140.
 Brandversicherung städt. Gebäude 165.
 Brotkarten, Beschwerde über deren Ver-
 teilung 476.
 Brot- und Mehlerverbrauchsregelung 24.
 Brotzulagen für Jugendliche und Schwer-
 arbeiter 25, 26.
 Brücken 98, 552.
 Bundesratsverordnung betr. die Hypotheken
 4, 12 ff.
 Bürgerpark 543.

Bürgerrecht betr. 350, 429.
 Bürgerschulen 166.
 Büros, Arbeitszeit daselbst 400.
 Cramer und Gutzeit, Eingabe desj. 426, 177.
 Darlehen aus der Kriegshilfskasse 419.
 Dankschreiben des Haus- u. Grundbesitzer-
 Vereins 4.
 Deputationen-Wahl f. Kommissionen.
 Deputationsbericht zur Denkschrift der Haus-
 besitzer 5.
 Desinfektionsanstalt 276.
 Direktorenwohnung im Schlachthaus 463.
 Dietherichsches Denkmal 326.
 Domesee-Grundstück 164, 541.
 Drehstromwerk 328.
 Durchgehende Arbeitszeit 142, 252.
 Einheitsmöbel-Anfertigung 323.
 Einquartierung 445.
 Einschränkung des Kohlenverbrauchs 398.
 Einschränkung des Verbrauchs elektr. Kraft
 421.
 Eisenbütfler Kraftwerk 501.
 Eis und Schnee auf Fußwegen 416.
 Elektr. Kraft, Einschränkung des Verbrauchs
 421.
 Elektr. Strom, Preise dafür 500.
 Elektrizitätsgesellschaft f. Elektrizitätswerk und
 Straßeneisenbahn-Gesellschaft.
 Elektrizitätswerk Braunschweig 103, 105,
 167, 249, 271, 290, 291, 302, 531.
 Entlausungsanstalt, städt. 557.
 Ergänzung des Ortsbaustatuts 143.
 Erhöhung des städt. Kredits beim Leihhaus
 60, 538.
 Errichtung von zwei Wohnhäusern auf der
 Honrothstraße 162.
 Erweiterung des Stadtgebiets 174.
 Erwerb von Grundstücken und Flächen 78,
 82, 97, 110, 276, 447, 547, 549.
 Exerzierplatz, großer 162, 255.
 Extra-Kanalabgabe 110.

Fahrpreis der Straßeneisenbahn 500.
Feldmarksgemeinden 456, 472, 539.
Fettverteilung 338, 343.
Ferkelmangel 520.
Feuerbestattungshalle 75.
Feuerprügen, Abgabe von solchen 500.
Fischerei in der Dör 549.
Fischereiverein, Beitritt der Stadt 79.
Flächen, städt., Verpachtung von solchen 162, 255, 287, 303.
Fleischerinnung, Eingabe ders. 140, 182.
Fleischversorgung 40, 514.
Fleischzulage (=zuschlag) 26, 40, 42.
Flugplatzgelände 174.
Flugwesen, Bedeutung desj. 291.
Fortbildungsschule f. Frauen 448.
Fortbildungsschule, städt. 520, 554.
Frankfurterstraße 291.
Französisches Projekt 558.
Frauen, stillende und hoffende 141, 250, 305, 323, 338, 360, 455.
Frauengruppe f. soziale Arbeit 111, 142.
Frauenstimmrecht 350, 429.
Frauenverein 448.
Fußgängerbrücke über die Schunter 552.
Fußwege, Reinigung derselben 416.
Futtermittel aus Schlachtabfällen 452.
Fürsorgeanschuß 325.
Fürsorgestellen 465.
Fürsorge-Einrichtungen 325.
Garnisonverwaltung, Einsprache ders. 110.
Gas, Beschaffenheit desj. 57, 463.
Gaspreiserhöhung 53, 466.
Gas- und Wasserleitungen 478.
Gas- und Wassertwerke 441.
Gasverbrauch, Höchstsumme desselben 249.
Gasverbrauch, Festsetzung eines Höchstverbrauchs 303, 319.
Gasverbrauchsregelung betr. 520.
Gasverbrauch, Rationierung desj. 141, 215, 250, 303, 317.
Gas, Zuschläge für Mehrverbrauch 319, 520.

Gastwirteverein, braunschw. 401, 475, 478.
Gärtnerei, städt. 541.
Gebensleben, Stadtbaurat, Mitglied eines Aufsichtsrats 102.
Gefrierhalle 324, 341.
Gelände an der Goslarischenstraße 143 287.
Gemeindegewerbesteuer 278, 479, 519, 521.
Gemeindegrundsteuer 278, 479, 519, 521.
Gemeindevahlrecht, Änderung desj. 350, 429, 476, 478.
Gemüsepreise 142, 264.
Gemüsekonserven 38, 43.
Gemüsekämereien, Preise dafür 476, 506.
Generalkommando des Marinekorps 500.
Gepäcdurchsuchungen 38, 47.
Gerätehaus, städt. 104.
Gewerbesteuererhöhung 278, 479, 519, 521.
Gewerkschaftskartell 95, 129.
Gleichstromwerk 328.
Gleichverbindung zwischen Drehstromwerk und Gleichstromwerk 328.
Goslarischestraße, städt. Baugelände dasj. 143.
Goslarischestraße, Verpachtung von Flächen daselbst 287.
Gördelingerstraße 474.
Görliger Institut 5.
Grundbuchamtliche Belastung einer angekauften Fläche 127.
Grunderwerb — f. Erwerb.
Grundsätze für Gewährung von Kriegshilfen an Beamte und Lehrer 364, 415, 457.
Grundsteuererhöhung 278, 479, 519, 521.
Grundsteuererlaß bei leerstehenden Wohnungen 5.
Grundstück Bertramstraße 3 78, 298.
" Helmstedterstr. 8 111, 142, 175.
" " 109 447.
" Herrendorfschwete 1 298.
" Karstraße 69 297.
Grundstücke Leopoldstraße 10—14 97.
Grundstück an der Wörthstraße 127.

Grund- und Gewerbesteuererhöhung 278,
479, 519, 521.
Grünpflanzherstellung 83.

Heimnahrungsmittel für Frauen und Kinder 361.
Handdruckpflanz, Abgabe von solchen 500.
Hartziegenzuchtverein 127.
Hausbrandkohlen für Kleinwohnungen 129,
223.

Haushaltsplan, städt., für 1918/19 521.
Haus- und Grundbesitzerverein 4.
Hauswirteverein 305.
Heizung von Schulräumen 304, 334.
Helmstedterstraße 8— 111, 142, 175.
" 109— 447.

Herrendorfskette 1— 298.
Herzogin-Johann-Albrecht-Stiftung 169.
Heyde, Fräulein 446.
Hildebrandtsches Haus 111, 142, 175.
Hilfsdienstpflichtige und Hilfsarbeiter betr.
304, 364.
Hilfskräfte, städt. 364, 366 ff., 519.
Hoffende und stillende Frauen 26, 141,
250, 305, 323, 360, 455.
Hoftheater betr. 409.
Honrothstraße. Wohnhäuser daselbst 162.
Hundesteuer, Befreiungsgesuch 476.
Hühnerhof auf Steinhof 99.
Hypothekenbeschaffung durch eine Anstalt 5.
Hypotheken, Fälligkeit derselben 5.
Hypothekenzinsfuß, Erhöhung desselben 5,
164, 297.
Hypotheken, zweite 5, 8, 308.

Instandsetzung des Dietherichschen Denkmals 326.

Instandsetzung von Grundstücken 298.
" einer Dienstwohnung 463.
" eines Schulhofes 167.
" von Schulräumen 554.

Inventar für die Fortbildungsschule 554.

Jahnsche Realschule 520, 527.
Jahnsche Grundstück 447.

Jahresbeitrag an Vereine } 173
" an Verbände usw. } 176
" (s. auch Zuschüsse)

Johanniskirche 551.

Jordan, Bürovorsteher 52.

Jugendfürsorge 465, 466.

Jugendheim der Frauengruppe 111, 142,
175.

Jugendhorte 470.

Jugendliche, Brotzulage für solche 25.

Jugendvorstellungen in Lichtspieltheatern 302,
328, 342, 411, 426, 441.

Justizgebäude und altes Stadthaus 547.

Jüdel-Stiftung 143, 169, 287, 308.

Kanalabgabe, Extra= 110.

Kanalschiffahrtsgesellschaft 101.

Kaninchenzucht, städt. 171.

Karlstraße 69— 297.

Kartenzwang der Hofstatt 304, 332.

Kartoffelabgabe, Höhe derselben 26.

Kartoffelbezug 141, 210

Kartoffelpreise 210 ff., 241, 242, 249.

Kartoffelration 142, 232, 248.

Kartoffelversorgung 40.

Käse, Abgabe auf Kundenlisten 305, 329.

Kegelbahnen, Beheizung ders. 402.

Kindergärtnerinnen-Seminar 446.

Kinderhorte 111, 142, 175, 470.

Kinderreiche Familien betr. 150, 162, 305.

Kinderzuschuss-Kommission 95, 129.

Kindersterblichkeit 176.

Kindervorstellungen in Lichtspieltheatern 302,
328, 342, 411, 426, 441.

Kinosteuer 170, 302, 328, 342, 426, 441.

Kirchen, Heizung derselben 398.

Klage des Elektrizitätswerks gegen die Stadt
104.

Kleidung für die städt. Straßenarbeiter 462.

KleinKinderfürsorge 176.

" (s. a. Antrag Wesemeier).

Kleinwohnungen 129, 143, 162, 223, 287,
305, 540.

Kochschule (höhere Mädchenschule) 288.
 Kohlenersparnis, Maßregeln dafür 398.
 Kohlensteuer betr. 141, 223.
 Kohlenversorgung 94, 129, 141, 223.
 Kommissionen- und Deputationenwahl 4, 24,
 302, 326, 500.
 Kommunalwirtschaft, Verein für solche 499.
 Konditoreien, Belieferung derselben 47,
 49, 95.
 Konfirmanden-Sparverein 142.
 Konsumverein, allgem. 97.
 Kontore, Büros usw., Arbeitszeit für solche
 400.
 Konzertfäle, Beheizung derselben 402.
 Kraftwerk Eisenbüttel 501.
 Kraftwagen, Hauptdepot für solche 475.
 Krankenernährung betr. 477, 512.
 Krankenkassen 325.
 Kredit, städt., beim Leihhaus 60, 538.
 Kriegsanleihe, siebente, 297.
 „ achte 588.
 Kriegsbeihilfen für Beamte und Lehrer 249,
 273, 305, 329, 351, 364, 457.
 Kriegsbüchereien, fahrbare 103.
 Kriegshilfskasse 419.
 Kriegsministerium über die Bedeutung der
 Luftstreitkräfte 291.
 Kriegsteuerungszulagen an Beamte i. Kriegs-
 beihilfen.
 Kriegsunterstützung betr. 141, 220, 278.
 Kuchenbackverbot 39.
 Kundenliste für Käse 305, 329.
 Kühl- und Gefrierhalle 324, 311
 Landaufenthalt für Kinder 32, 98.
 Landesernährungsamt 361.
 Landesverband für Wohlfahrtspflege 556.
 Landesverein für Säuglings- und Klein-
 kinderfürsorge 176.
 Landesversicherungsanstalt, braunschw. 325.
 Lebensmittelverteilung 108, 128, 302, 326.
 Leerstehende Wohnungen 5.
 Lehrer, städt. 249, 273, 305, 329, 351,
 364, 457.

Leihhauskredit der Stadt 60, 538.
 Leopoldstraße 10, 11, 13 u. 14— 97.
 Lichtspielsteuer 170, 302, 328, 342, 426,
 441.
 Lichtspieltheater 302, 328, 342, 398, 410,
 426.
 Lichtwerk der Straßeneisenbahn 103, 105,
 167, 249, 271, 290, 291, 302.
 Lohnübersicht 537.
 Löhrrhes Grundstück a. d. Wörthstraße 127.
 Luftstreitkräfte, ihre Bedeutung 291.
 Lübowstraße 422.

Marmeladeausgabe 337.
 Marinekorps, Generalkommando des 500.
 Marzall, städt. 524.
 Maßnahmen zur Kohlenersparnis 398.
 „ zur Ersparnis elektr. Kraft 421.

Mädchenhorte 470.
 Mädchenschule, höhere 288, 547.
 Mehlerverteilungsausschuß 24.
 Meyerhoff, 25 Jahre Stadtverordneter 518.
 Mieteinigungsamt 162, 218.
 Milchkühe, Beihilfe zum Ankauf von solchen
 65, 350, 519.

Milchziegen, Beihilfen zur Beschaffung von
 solchen 67.
 Mitteilungen des Magistrats 140.
 „ des Vorstehenden 38, 47, 52,
 60, 94, 108, 140, 210, 243, 248,
 302, 350, 364, 398, 422, 426, 456,
 474, 519.

Mittellandkanal 67, 82, 428, 471, 558.
 Möbel, Neuankfertigung von solchen 320.
 Museum, städt., 528, 534.
 Mühlenfabrikate, Austeilung von solchen 301,
 335, 351, 423.

Müllabfuhr 4.
 Müller, Magistratssekretär 140.
 Mütter, stillende 141, 250, 305, 323, 338,
 360, 455.

Nachtragsvertrag mit der Abdeckerei 453.
 Nachtwächter und Überwächter 520.

Nährmittel an hoffende und stillende Frauen
141, 250, 305, 323, 338, 360, 455.

Nährmittelverteilung 513.

Näh- und Stickstufen 351, 440.

Neustadtmühle 441.

Normalmietpreise bei Einquartierungen 445.

Obstpreise 142, 264.

Offiziersquartiere 445.

Okerfischerei 549.

Ortsbaustatut 59, 143.

Ortskohlenstelle 398.

Patentanwälte 350, 398.

Paulikirche (Schlagglocken) 551.

Pfandbriefanstalten 10.

Pferdefleischverkauf 476, 509.

Pfeiffer & Schmidt 474.

Pförtnerhäuschen f. d. Schlachthaus 469.

Polonäsenstehen auf der Straße 336.

Preise für elektr. Strom 500.

Protokollführer, Wahl desj. 4.

Prozessaufnahme 52.

Prozeß des Elektrizitätswerks gegen die Stadt
104.

Busch, Stadtv. † 52.

Rathaus 102.

Rechnungsabschlüsse für 1916/17 294.

Rechtsstreit, Aufnahme eines solchen 52.

Rechtsverhältnisse beim alten Stadthause 547.

Regale, Schränke usw. (Anschaffung) 102.

Rhein = Weser = Elbe = Kanal. 67, 82, 428,
471, 558.

Rheinland, Klage dieser Gesellschaft gegen
die Stadt 108.

Richtlinien für das städt. Wohlfahrtsamt 464.

Riddagshäuser Weg 276.

Riefe, 40 Jahre Stadtverordneter 518.

Rieselgut Steinhof 99.

Roggenmühle Behndorf 108.

Ruhelöhne 289.

Rückerstattung von Anlagekosten für Gas-
und Wasserleitungen 478.

Salzknappheit 249, 268.

Satzungen — siehe auch Statut.

Satzungen über Melbungen frei werdender
Wohnungen 503.

Säuglingsfürsorgeschwester, städt. 454.

Säuglings- und Kleinkinderfürsorge 176.

Schalzhäuschen am Amalienplatz 290.

" a. d. Broipernerstraße 103.

" a. d. Frankfurterstraße 291.

Schlachtabfälle (Verarb. zu Futtermitteln)
452.

Schlachthaus, städt. 463, 469.

Schlagglocken für Kirchenguhren 551.

Schmidt, Direktor, Stadtverordneter 94.

Schneefall (Reinigung der Fußwege) 416.

Schulden der Stadt, Übersicht 535.

Schulgarten 541.

Schulpflegerin, Annahme 21.

Schulze, Dragoner, Eingabe desj. 140.

" Stadtverordneter 249.

Schunterbrücke 552.

Schützengrabensliteratur 103.

Schwerarbeiter = Brotzulage 26.

Siedelungen, städt. 540.

Staatliche Anstalt für 2. Hypotheken 8.

Staatliches Viehkonto 65, 66, 350, 519.

Stadtgärtnerei 241.

Stadtgebietserweiterung 174.

Stadthaus, altes 547.

Stadthaushaltsplan 521.

Stadthaushaltsrechnungen für 1913/14 —
250.

Stadtschaftengesetz 10.

Stadtverordneten, Rechte und Pflichten der-
selben 350, 429.

Stadtverordnetenwahlen betr. 350, 429.

Statut über Abänderung des § 46 des
Ortsbaustatuts 59.

Statut über die Beseitigung von Tier-
kadavern 450.

Statut über die Verwaltung der Feldmark-
gemeinden 456, 472, 478, 539.

Statut über Erhebung einer Lichtspielsteuer
170 (i. a. Kinosteuer.)

- Statut über Meldung frei werdender Wohnungen 503.
 Statut über Wohnungsaufsicht 351.
 „ zur Ergänzung des Ortsbaustatuts 143.
 Städteordnung, Abänderung in betreff des Gemeindewahlrechts 350, 429, 476, 478.
 Städtische Beamte 142, 252, 273, 305, 329, 351, 364, 366 ff., 457, 458.
 Steckrüben 46.
 Steinhof, Mieselgut 99.
 Steintorbrücke 98.
 Stiftsgräfte 110.
 Stillende Frauen 141, 250, 305, 323, 338, 360, 455.
 Stöcker, Eingabe desselben 350, 422, 428.
 Straßenarbeiter, städt. 462.
 Straßenbauten und Umbauten 98.
 Straßenbeleuchtung 350, 422, 428, 475.
 Straßenbahn, Fahrpreise derselben 500.
 „ (Kohlenbelieferung) 475.
 Straßeneisenbahngesellschaft 167, 328, 500.
 „ (s. auch Elektrizitätswerk).
 Straßenpolizeiordnung (§ 87, 2 d) 416.
 Straßenreinigung 100, 524.
 Straße, 543 276.
 Synagoge, Heizung derselben 398.
 Tagesordnung betr. 53, 60, 108, 207, 242, 245, 422, 440, 441.
 Technische Oberbeamte, Vereinigung derselben 173.
 Teiche im Bürgerpark 80.
 Teigwaren, Ausgabe von solchen 304, 335.
 Tierkadaver, Beseitigung von solchen 450.
 Umtausch von Grund und Boden 547.
 Untersuchungsstelle, staatl., für ansteckende Krankheiten 287.
 Überbau der Görtelingerstraße 474.
 Übernahme des Lichtwerks der Straßenbahn 167.
 Überschuß der Gas- und Wasserwerke 445.
 Übersicht über die Löhne 537.
 Übersicht über die Schulden der Stadt 535.
 Verein für Gesundheitspflege 324.
 Verein für Kommunalwirtschaft 499.
 Vereinigung techn. Oberbeamten deutscher Städte 173.
 Vereinsfälle, Beheizung derselben 102.
 Verkauf von Grundstücken 111, 142, 175.
 Verkehrsverein 475.
 Verpachtung der Tierfischerei 549.
 Verpachtung von kleinen Landflächen 162, 255, 287, 303.
 Verteilung von Lebensmitteln, Ausschuß dafür 108, 128.
 Vertrag mit der Elektrizitätsgesellschaft 104, 169.
 Vertrag mit der Abdeckerei 450, 453.
 Viehhof, Errichtung eines solchen 475.
 Viehfonto, staatliches 65, 66, 350, 519.
 Viehschlächtungen, Neuordnung ders. 182.
 Vollmilchbezug 141, 250, 323.
 Volksbaur 475, 477.
 Volkshaus 303, 426.
 Volksschulehalle 143, 303.
 Vorschuß auf Kriegsbeihilfen 305, 329.
 „ „ Kriegsunterstützung 145, 249.
 Vorstehendenwahl 3.
 Wahl des Vorstehenden 3.
 Wahl von Kommissionen, Deputationen, Ausschüssen 4, 108, 128, 143, 171, 464, 476, 500.
 Wahlrecht, allgem., gleiches, geheimes und direktes, für die Gemeinden 350, 429, 476, 478.
 Wasserwerke 501.
 Waisenhausgrundstückankauf 62, 173.
 Waisenhauschuleübernahme 62, 173, 554.
 Wächter und Überwächter, städt. 520.
 Wintervorrat, Beschaffung eines solchen durch Kriegerfrauen 142.
 Wittven- und Waisengelder 289.
 Wohlfahrtsamt, städt. 464.

XVIII

Wohlfahrtspflege (Landesverband) 556.

Wohnquartiere 143.

Wohnungen, frei werdende 449, 503.

Wohnungen, unvermietete 5.

Wohnungsaufsicht 351.

Wohnungsgeldzuschuß 308.

Wohnungsnachweis 305, 340, 363,
449.

Wohnungsnot 476, 503.

Wohnungspflege 149, 162, 351.

Wohnungspflegerin, städt. 455.

Wurst, gestreckte 83.

Wurstherstellung 182.

Zentralchulgarten 541.

Ziegenzucht 127.

Zinsfußerhöhung 100, 164, 297.

Zuschuß an das staatl. Viehkonto 65, 66,
350, 519.

Zuschuß für die Untersuchungsstelle für an-
steckende Krankheiten 287.

Zuckerausgabe an Zinker 516.

Zuckerverteilung 141, 244.

Zuschüsse an Vereine, Verbände, Stiftungen
usw. 103, 127, 143, 169, 173, 176,
288, 324, 447, 448, 470.

Zwangse enteignung 276.

Gericht

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten

zu Braunschweig

in deren Sitzung am 10. April 1917.

Tagesordnung:

1. Wahl des Vorsitzenden und seines Stellvertreters	Seite 3
2. Wahl des Protokollführers und seines Stellvertreters	" 4
3. Wahl eines Ausschusses für die Gebührenverteilung bei der Mällassuhr	" 4
4. Bericht über die Denkschrift des Haus- und Grundbesitzer-Vereins	" 4
5. Annahme zweier Schulpflegerinnen	" 21
6. Regelung des Verbrauchs von Brot und Mehl	" 24

Außer der Tagesordnung behandelt:

7. Antrag Loeßhigt auf Einwirkung zur Freigabe des Verkaufs von Konserven	"	43
8. Antrag Frede, betreffend die Gepäckdurchsuchungen nach Braunschweig reisender Personen	"	47
9. Antrag Genzen, betreffend die Lieferung von Mehl, Milch und Zucker an Konditoreien	"	49

Verzeichnis

der am 1. April 1917 im Amte befindlichen Stadtverordneten:

Laufende Nr.	Des Stadtverordneten		Gewählt		Laufende Nr.	Des Stadtverordneten		Gewählt	
	Name	Stand	i. d. Klasse	im Bezirk		Name	Stand	i. d. Klasse	im Bezirk
1	Bartels, Wilh.	Architekt	1	2	19	Ohlendorf, Friedr.	Lagerhalter	3	4
2	Bunge, Friedr.	Kassierer	3	4	20	Busch, Ernst	Bankier	2	1
3	Damföhler, Wilh.	Ziegeleibesitzer	2	4	21	Rasche, Otto	Architekt	2	2
4	Diekmann, Fritz	Wurstfabrikant	2	4	22	Recter, August	Schneider	3	2
5	Frede, Gustav	Lehrer	2	4	23	Ribbentrop, Hennig	Major a. D.	1	4
6	Genzen, Albert	Geschäftsführer	3	4	24	Riefe, Heinrich	Maurer	3	3
7	Göcke, Theodor	Kreis-Zimmermeister	2	2	25	Salomon, Max	Lehrer	2	3
8	Hartung, Ernst	Justizrat	1	2	26	Schmidt, Karl	Geschäftsführer	3	3
9	Helle, Karl	Kaufmann	1	3	27	Schulze, Karl	Geschäftsführer	3	1
10	Jasper, Dr. jur.	Rechtsanwalt	3	2	28	Stegmann, Karl	Geschäftsführer	3	1
11	Kahlert, Dr. phil.	Apotheker	1	4	29	Steinbrecher, Gust.	Arbeitersekretär	3	2
12	Kraus, Jakob	Fabrikdirektor	1	1	30	Steinecke, Louis	Kaufmann	2	2
13	Kruse, Wilhelm	Direktor	3	1	31	Tebbenjohann, s.	Bankdirektor	1	4
14	Landauer, Dr. jur.	Kaufmann	1	3	32	Trinks, Franz	Maschinenfabr.	1	1
15	Lauer, Hermann	Zeitungsverleger	1	2	33	Voge, Dr. jur.	Rechtsanwalt	2	3
16	Loeschigt, Robert	Brennereibes.	2	3	34	Weichsel, Erich	Rechtsanwalt	1	3
17	Meyerhoff, Joh.	Schlossermstr.	2	1	35	Wesemeier, Aug.	Redakteur	3	3
18	Munte, Hans	Konservenfabr.	2	1	36	Wolters, Dr. jur.	Hofbrauhausbesitzer	1	1

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister **Metemeyer**, Bürgermeister **Meyer**, Stadträte **von Frankenberg**, **Schöttler**, **Wagner**, Stadtbaurat **Gebensleben**, Amtsrichter **Meyer**.

Wegen Einberufung zum Kriegsdienste fehlen die Herren Stadtverordneten Dr. **Jasper**, **Ribbentrop**, **Schmidt**, **Schulze**, **Steincke**, Dr. **Boge**, **Weichsel** und Dr. **Wolters**. Außerdem fehlt entschuldigt Herr Stadtverordneter **Busch**.

1. Wahl des Vorsitzenden und seines Stellvertreters.

Altersvorsitzender Meyerhoff: Als Altersvorsitzender eröffne ich die heutige Sitzung. Der erste Punkt der Tagesordnung betrifft die Wahl des Vorsitzenden. Ich bitte, geeignete Vorschläge zu machen. (Zuruf: Wiederwahl!) Ich verstehe diesen Zuruf dahin, daß vorgeschlagen wird, den vorjährigen Vorsitzenden wiederzuwählen. (Zustimmung.) Werden andere Vorschläge gemacht? . . . Das scheint nicht der Fall.

Ich bitte diejenigen Herren, die für die Wiederwahl des früheren Vorsitzenden, Herrn Justizrat Hartung, sind, die Hand zu erheben. (Geschicht.) Das ist die Mehrheit. Ist Herr Justizrat Hartung bereit, die Wahl anzunehmen?

Stadtv. **Hartung:** Ich halte es für meine Pflicht, das mir angetragene Amt wieder zu übernehmen. Ich tue es, indem ich den Herren für das Vertrauen, das sie mir mit der Wiederwahl entgegengebracht haben, danke, und mit dem Wunsche, daß das neue Geschäftsjahr unserem Vaterlande den Frieden und unserer Versammlung den ordentlichen Vorsitzenden wiederbringen möge.

Altersvorsitzender Meyerhoff: Dann bitte ich den Herrn Justizrat, den Platz des Vorsitzenden einzunehmen. (Geschicht.)

Vorsitzender Hartung: Es wird nun die Wahl des stellvertretenden Vorsitzenden vorzunehmen sein. Ich bitte, Vorschläge dafür zu machen. (Zuruf: Wiederwahl!) Es wird Wiederwahl vorgeschlagen. Werden sonstige Vorschläge gemacht? Das ist nicht der Fall. Ich bitte die Herren, die für Wiederwahl des Herrn Meyerhoff sind, die Hand zu erheben. (Geschicht.) Das ist die Mehrheit. Ich frage Herrn Meyerhoff, ob er die Wahl annehmen will.

Stadtv. **Meyerhoff:** Ich nehme die Wahl an, danke für das Vertrauen und werde mir Mühe geben, dieses auch zu rechtfertigen.

2. Wahl des Protokollführers und seines Stellvertreters.

Durch Handerheben werden der bisherige Protokollführer, Stadtkretär **B r a n d e s**, und dessen Stellvertreter, Magistratssekretär **R ü h n e**, für diese beiden Ämter wiedergewählt.

3. Wahl des Ausschusses für die Gebührenverteilung bei der Müllabfuhr.

Vorsitzender: Es war, wie den Herren erinnerlich sein wird, in der vorigen Sitzung beschlossen, daß zunächst für ein Jahr das vom Magistrat empfohlene Verfahren, betreffend die Bezahlung der Müllabfuhr, eingeführt werden soll. In dem Magistratsvorschlage war ein Ausschuß vorgesehen, bestehend aus einem Stadtverordneten als Vorsitzenden, einem Hausbesitzer und einem Mieter, von dem diejenigen Streitfragen zur Entscheidung gebracht werden sollen, die etwa wegen der Verteilung der Beträge für die Müllabfuhr von den einzelnen Hausbewohnern zu zahlen sind. Es würde sich also um die Wahl dreier Herren handeln; zunächst würde ein Herr aus der Versammlung als Vorsitzender vorzuschlagen sein. Ich bitte Vorschläge dafür zu machen.

Nachdem aus der Versammlung für den Posten des **V o r s i z e n d e n** des Ausschusses die Herren Stadtv. Damköhler, Dr. Kahler, Tebbenjohanns und Frede vorgeschlagen und die letztgenannten drei Vorschläge zurückgezogen sind, wird Herr Stadtv. **D a m k ö h l e r** als Vorsitzender des Ausschusses durch Zuvuf gewählt.

Als **H a u s b e s i z e r** wird Herr **F r e d e** zum Mitglied des Ausschusses vorgeschlagen und durch Zuvuf gewählt.

Als **M i e t e r** werden die Herren Stadtv. Ohlendorf und Steinbrecher für die Wahl in den Ausschuß vorgeschlagen. Nachdem auf den letztgenannten Vorschlag verzichtet ist, wird Herr Stadtv. **O h l e n d o r f** als Mitglied des Ausschusses durch Zuvuf gewählt.

Es folgt hierauf die Wahl der stellvertretenden Mitglieder des Ausschusses. Zum stellvertretenden **V o r s i z e n d e n** wird Herr Dr. **K a h l e r t** durch Zuvuf gewählt. Für die **H a u s b e s i z e r** werden als stellvertretende Mitglieder die Herren Stadtv. Lauer und Meherhoff vorgeschlagen und nachdem der letztere Vorschlag zurückgezogen ist, Herr Stadtv. **L a u e r** durch Zuvuf gewählt und schließlich als stellvertretendes Mitglied von seiten der **M i e t e r** Herr Stadtv. **S t e i n b r e c h e r**.

Die gewählten Herren nehmen die Wahl an.

4. Bericht über die Denkschrift des Haus- und Grundbesitzer-Vereins.

Die Denkschrift bittet den Stadtmagistrat

1. den Bundesrat um eine Verordnung zu ersuchen, durch welche die

- Fälligkeit der in Betracht kommenden Hypotheken auf Anspruch des Schuldners bis auf 1½ Jahr nach Friedensschluß verschoben und eine Erhöhung des Zinsfußes dieser Hypotheken sowie die Erhebung einer Verlängerungsgebühr verboten wird;
2. Anträge, die auf den Ausbau neuer Straßenzüge gerichtet sind, bis auf weiteres nicht mehr zuzulassen;
 3. bis auf weiteres bei leerstehenden, unvermieteten Wohnungen einen entsprechenden Nachlaß an städtischer Grundsteuer auf Anspruch zu gewähren;
 4. eine Anstalt für 2. Hypotheken nach Art des Börliger Instituts ins Leben zu rufen.

Die Deputation äußert sich dazu folgendermaßen:

„Zu 1. Die Deputation erkennt an, daß der schon vor dem Kriege bestehende Notstand auf dem Hypothekenmarkte durch den Krieg verschärft ist, und daß insbesondere durch die Bestimmungen über die Unkündbarkeit der Wohnungen der Kriegsteilnehmer, auch wenn dieselben im Unvermögensfalle mit der Mietzahlung im Rückstande bleiben, die Hausbesitzer vielfach hart betroffen werden.

Zwar sind zu ihrer Erleichterung einige Maßregeln getroffen, aber sie dürften nicht ausreichend sein, zu verhindern, daß zahlreiche Hausbesitzer, die bei geringeren Mieteinnahmen dieselben oder gar erhöhte Hypothekenzinsen, dieselben Steuern und Abgaben zu zahlen, und bei den außerordentlich gestiegenen Löhnen und Materialpreisen wesentlich höhere Ausgaben für Instandhaltung ihrer Häuser zu tragen haben als früher, durch eine Kündigung der auf ihren Häusern lastenden Hypotheken in Not geraten können.

Die Deputation konnte sich aber auch der Erkenntnis nicht verschließen, daß vielfach die Hypothekgläubiger die eigentlichen Hauseigentümer und die Hausbesitzer gewissermaßen deren am Ertrage beteiligte Verwalter sind.

Sie hält es deshalb für durchaus zulässig, die Hypothekgläubiger zur Tragung der durch den Krieg den Hausbesitzern erwachsenen Lasten mit heranzuziehen, indem man sie gewissen Beschränkungen ihrer Rechte unterwirft.

Andererseits muß die Deputation auch anerkennen, daß die Hypothekgläubiger diese Art der Anlage für ihre Kapitalien gerade deshalb gewählt haben, um eine möglichst große Sicherheit für Kapital und Zinsen zu genießen und aus diesem Grunde sich mit einem geringeren Zinsfuß begnügen.

Sie hält deshalb die durch den Hausbesitzerverein geforderte Unkündbarkeit von Hypothekkapitalien auf Verlangen des Schuldners bis 1½ Jahr nach Friedensschluß, welche eine harte Beschränkung des Gläubigers in der Verfügung über sein Eigentum bedeutet, nur dann für zulässig, wenn dem Hypothekgläubiger durch Einrichtungen des Reichs oder des Staates Gelegenheit geboten wird, seine

Hypothek zu lombardieren, so daß er also wenigstens über einen großen Teil seines Vermögens verfügen kann. Sie hält auch dafür, daß dem Schuldner der Zinsverlust durch die Lombardierung auferlegt wird, und daß die Unkündbarkeit an pünktliche Zinszahlung gebunden bleibt.

Da ferner besonders Nachhypotheken durch etwa eintretende Wertminderung der beliehenen Grundstücke bedroht erscheinen, so hält sie ferner eine besondere Sicherung solcher Nachhypotheken für durchaus notwendig. Auf diesen Punkt ist später noch zurückzukommen.

Zu 2. Auf das Verlangen des Hausbesitzervereins, Anträge auf Ausbau neuer Straßenzüge bis auf weiteres nicht mehr zuzulassen, einzugehen, kann die Deputation nicht empfehlen. Einmal ist die Tragweite eines solchen Beschlusses schwer zu übersehen, und dann kann ja solchen Anträgen nur entsprochen werden, falls Magistrat und Stadtverordnetenversammlung übereinstimmend beschließen; es ist also in jedem Einzelfalle möglich, Bedenken gegen solchen Antrag geltend zu machen. Übrigens halten wir für selbstverständlich, daß die städtischen Behörden jeden dahingehenden Antrag sorgfältig auch in der Richtung prüfen werden, daß durch ihn die Hausbesitzer nicht stärker getroffen werden, als es die Rücksicht auf das Wohl des Ganzen bedingt. Maßgebend für die Erzielung von Baugrund wird in erster Linie immer das Wohnungsbedürfnis sein.

Zu 3. Ebenjowenig kann die Deputation empfehlen, dem Antrage des Hausbesitzervereines auf Nachlaß der Grundsteuer bei leerstehenden Wohnungen, falls solcher beantragt wird, einzugehen. Vermögenden Hausbesitzern solchen Nachlaß zuzugestehen, liegt kein Anlaß vor, unvermögende haben nach § 89 des Gesetzes vom 24. August 1849 die Möglichkeit, gelegentlich der Steuererhebung Nachlaßgesuche einzureichen. Einer allgemeinen Bestimmung in dieser Richtung stehen auch gesetzliche Hindernisse entgegen, und endlich mag darauf hingewiesen werden, daß die Grundsteuer in der Stadt Braunschweig gegenüber den meisten anderen deutschen Städten sehr gering ist, so daß ein teilweiser Erlaß einem durch Mietausfall und Hypothekenzinszahlung in Not kommenden Hausbesitzer kaum nennenswerte Hilfe leisten würde.

Zu 4. Sehr ausführlich wurde in der Deputation die Frage erörtert, ob eine Anstalt für 2. Hypotheken nach Art des Görlitzer Institutes ins Leben zu rufen sei. Die Erörterungen beschränkten sich nicht auf das Görlitzer System, sondern es wurden eine ganze Reihe von Vorschlägen, die aus der Literatur bekannt waren, besprochen.

Nachdem aber der Deputation bekanntgegeben wurde, daß die Herzogliche Leihhausanstalt mit Erwägungen und Untersuchungen beschäftigt ist, wie von ihrer Seite aus den Bedürfnissen des Hypothekemarktes entsprochen werden kann, und nachdem ein baldiger Abschluß dieser Erwägungen und Untersuchungen,

die sich auch auf Ausleihung nicht mündelsicherer Hypotheken beziehen, in Aussicht gestellt wurde, glaubte die Deputation, die weitere Behandlung dieser Frage einstweilen zurückstellen zu sollen. Denn es erschien ihr unzweckmäßig, neben der Herzoglichen Leihhausanstalt eine städtische Anstalt, welche die gleichen Zwecke verfolgt, gewissermaßen als Konkurrenzunternehmen zu begründen, solange nicht feststeht, welche Einrichtungen die Leihhausanstalt treffen wird. Diesem Beschlusse der Mehrheit des Ausschusses gegenüber war die Minderheit der Ansicht, daß angesichts der Ungewißheit darüber, wann die Neuordnung der Ausleihung von Hypotheken seitens der Herzoglichen Leihhausanstalt durchgeführt werden wird, ein Versuch mit einer Einrichtung nach Art der Wörlitzer inzwischen zu empfehlen sei.

Endlich erschien der Deputation die endgültige Erledigung des letzten Antrages des Hausbesitzervereins jetzt weniger eilig, als zur Zeit der Stellung desselben, weil in der Verordnung des Bundesrates vom 8. Juni 1916, betreffend Änderung der Verordnungen über die Geltendmachung von Hypotheken, Grundschulden und Rentenschulden, dem Schuldner beträchtliche Vorteile zugestanden sind. Diese finden wir darin, daß die von den Gerichten zu bewilligende Zahlungsfrist für das Kapital auf ein Jahr, für Zinsen auf sechs Monate bemessen ist, die Bewilligung der Zahlungsfrist für das Kapital mehrfach erfolgen kann und der Antrag auf Bewilligung einer Zahlungsfrist nicht deshalb abgelehnt werden darf, weil anzunehmen ist, daß der Beklagte nach Ablauf der Frist zur Befriedigung des Klägers außerstande sein wird.“

Stadtv. Dr. Kahlert: Es handelt sich um den Bericht über die im Dezember 1915 von dem Haus- und Grundbesitzerverein dem Stadtmagistrat überreichte Denkschrift, betreffend die bedrängte Lage des hiesigen Haus- und Grundbesitzes, sowie in Betracht kommende Hilfsmaßnahmen der Stadt. Die Denkschrift ist von einer besonderen gemischten Deputation beraten worden, der Bericht darüber ist Ihnen allen zugegangen, und der Magistrat bemerkt dazu, daß er den darin enthaltenen Ausführungen beipflichtet.

Die Statutenkommission hat den Bericht zur Kenntnis genommen und sich den darin enthaltenen Ausführungen angeschlossen. Es lag ja nicht in der Art des Berichts, daß in eine eigentliche Erörterung und Beratung eingetreten werden müßte, immerhin hat die Statutenkommission aber es erforderlich erachtet, eine Beratung des Gegenstandes vorzunehmen, und zwar lediglich des Punktes 4. Ich darf deshalb hier wohl, da der Bericht Ihnen vorliegt, zunächst die ersten drei Punkte übergehen und mich lediglich auf einige Bemerkungen zu Punkt 4 beschränken.

In der Denkschrift des Haus- und Grundbesitzervereins wird unter 4 dem Wunsche Ausdruck gegeben, „eine Anstalt für zweite Hypotheken nach Art des

Görlitzer Instituts ins Leben zu rufen". Die Notlage des Haus- und Grundbesitzers wird sehr eingehend geschildert, und es ist auch nicht zu verkennen, daß die Verhältnisse im Laufe der Zeit sich weiter verschlechtert haben, die Notlage also in jeder Weise gewachsen ist. Die Deputation hat sich nun trotz dieser Verhältnisse nicht anders äußern können, als daß sie vorläufig die Hand nicht rühren will, da seitens des Herzoglichen Leihhauses Erwägungen und Erhebungen im Gange seien, um zu prüfen, in welcher Weise hier Abhilfe, insbesondere durch Gewährung zweiter Hypotheken, geschaffen werden könne. Die Statutenkommission ihrerseits glaubt aber, daß mit diesen Erhebungen und Berichten nicht geholfen ist, und hält es für wünschenswert, daß die Stadt selbst zu einer bestimmten Äußerung übergeht und bestimmte Maßnahmen trifft, um dem Notstande der Hausbesitzer abzu- helfen oder wenigstens eine Erleichterung zu schaffen. Die Stadt ist allerdings ohne weiteres, wie in der Kommission ausgeführt wurde, nicht in der Lage, selbst Abhilfe zu schaffen, denn die Verhältnisse liegen für sie zu schwierig, und andererseits steht ihr nicht das nötige Material zur Verfügung, wenn auch bereits ganz ansehnliche Berichte seitens des Grundbesitzervereins zur Kenntnisknahme vorgelegt worden sind. Der Magistrat hat sich aber trotzdem bereit erklärt, die Angelegenheit im Auge zu behalten und auch weiterhin ernstlich bemüht zu sein, bei der Regierung diejenigen Schritte zu tun, um dem Grundbesitz zu helfen. Die Statutenkommission hat sich deshalb dahin geeinigt, Ihnen vorzuschlagen, folgende Resolution anzunehmen:

„Die Stadtverordnetenversammlung schließt sich den Ausführungen der Deputation an und richtet an den Stadtmagistrat die Bitte, Herzogliches Staatsministerium zu ersuchen, auf baldige Errichtung einer staatlichen Anstalt für Auslei- hung zweiter Hypotheken Bedacht zu nehmen.“

Hierdurch wird dem Hauptzwecke Genüge geschehen. Wie lange die Erhebungen des Herzoglichen Leihhauses noch dauern werden, ist leider nicht abzusehen. Die Eingabe ist vom Dezember 1915 datiert, das Gutachten der Deputation vom Februar 1917, und heute haben wir April 1917. Wie man sieht, geht die Zeit immer weiter, ohne daß wir zum Ziele kommen und mit ernstlichen Einrichtungen Hilfe herbeischaffen. Ich möchte Ihnen deshalb im Auftrage der Statutenkommission empfehlen, diesem Antrage stattzugeben.

Vorsitzender: Ich nehme an, daß die Versammlung darauf verzichtet, daß die Punkte 1, 2, 3 hier verlesen werden. Die Herren haben ja alle den Bericht der gemischten Deputation in Händen und wissen, um was es sich handelt. — Der Antrag der Statutenkommission geht dahin, in bezug auf die Punkte 1—3 sich den Ausführungen der gemischten Deputation anzuschließen, zu Punkt 4 aber die Resolution zu fassen, wie sie vorgeschlagen ist. Ich eröffne die Beratung.

Stadtv. Frede: Ich bin mit der Erledigung der Eingabe, wie sie die Statutenkommission beliebt hat, nicht ganz einverstanden. Sie hat nur bezüglich des Punktes 4 eine Entschliebung vorge schlagen, und die übrigen Punkte hat sie über gangen. Die Denkschrift, die der Grundbesitzerverein im Jahre 1915 an den Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung ergehen ließ, war nicht darauf gerichtet, etwa theoretische Erörterungen in einer Deputation zur Folge zu haben oder nur ein Gutachten über die Lage des Grundbesitzes zu veranlassen, sondern sie wünschte greifbare Maßnahmen, und es hätte müssen hier näher beleuchtet werden, warum diese Maßnahmen nicht getroffen werden sollen, wenigstens warum die Statutenkommission zur Zeit nicht in der Lage ist, solche Maßnahmen zu empfehlen.

Die Kommission hat nun den Punkt 4 herausgegriffen, und ich möchte, weil dieser Punkt besonders hervorgehoben ist, mich dazu besonders äußern. Es hat in der Deputation eine Minderheit gegeben, die nicht in allen Punkten den Bericht, wie er Ihnen von seiten der Deputation zugegangen ist, billigen konnte. Es ist ja auch in dem Berichte gesagt, daß eine Minderheit eine abweichende Meinung über Punkt 4 eingenommen habe. Diese abweichende Meinung hat aber auch be standen in bezug auf die Punkte 2 und 3.

Was Punkt 4 anbelangt, so erlaube ich mir, namens der Minderheit folgen des zu bemerken: Wir sind nicht der Meinung gewesen, daß wir seitens der Stadt so lange warten mußten, bis die Herzogliche Leihhausanstalt eine Reorganisation dahin erfolgen läßt, daß eine Anstalt für zweite Hypotheken eingerichtet wird. Wir haben uns gesagt, daß über den Zeitpunkt einer solchen Neuordnung noch gar nichts feststeht, so daß der Ausdruck in dem Berichte: „es sei versprochen, baldigst dazu überzugehen“, nicht besonderes Zutrauen verdient. Ich erinnere daran, daß im April 1916 — und seitdem ist schon ein Jahr vergangen — dem Herrn Ober bürgermeister die Auskunft geworden ist. Auch mir hat der Herr Finanzpräsident gesagt, in einem Jahre hoffe man eine solche Anstalt errichten zu können, und jetzt müssen wir sehen, daß wir heute weiter als jemals von der Verwirklichung dieses Zieles entfernt sind, zumal die Herren gelesen haben werden, daß eine Kommission des Landtages einen Bericht herausgegeben hat, der große Pläne vorsieht. Es soll, um diese Pläne zu verwirklichen, in Verbindung mit dem Leihhause eine Rentenanstalt gegründet werden, und wenn auch nicht alles das erfüllt wird, was in dem Berichte gesagt ist, sondern nur ein großer Teil alles dessen verwirklicht wird, so muß das Leihhaus unendliche Mittel aufbringen. Es ist natürlich: In dem Maße, wie das Leihhaus für diese Zwecke in Anspruch genommen wird, müssen die anderen Stellen zurücktreten; ich glaube daher heute weniger als jemals daran, daß von dieser Seite Hilfe für den Haus- und Grundbesitz kommen wird.

Wir haben in unserer Denkschrift auf Görlich hingewiesen, weil dies das einfachste, risikolose Verfahren ist, um zu Mitteln zu kommen, wodurch dem Grundbesitz geholfen werden kann. Vielleicht ist den Herren bekannt, daß im vorigen Dezember in Preußen das Stadtschaften-Gesetz beschlossen ist, welches es den Kreisen und Städten zur Pflicht macht, zur Errichtung von Pfandbriefschaften zu schreiten. Wir haben uns allerdings gesagt, daß während des Krieges und bald nachher die Einrichtung von Stadtschaften auf Schwierigkeiten stoßen würde aus dem Grunde, weil der Abjaß der Pfandbriefe wegen der Konkurrenz durch staatliche und gemeindliche Wertpapiere nicht leicht vor sich gehen könnte; jedenfalls wird ein hoher Zinsfuß für die Pfandbriefe gezahlt werden müssen, was einen hohen Zins für die Gelder, die von den Pfandbriefanstalten ausgeliehen werden, zur Folge haben muß. Das Verfahren, wie es von Görlich vorgeschlagen ist, erschien uns dazu angetan, um ohne großes Risiko ins Werk gesetzt zu werden. Der Herr Oberbürgermeister hat sich in der Deputation scharf gegen diese Einrichtung gewandt, und die Mehrheit hat sich darauf zu der Ansicht bekannt, es wäre besser abzuwarten, bis das Leihhaus vorgegangen wäre; man könnte dann noch immer tun und lassen, was man wolle. Aber ich fürchte, daß wir so zu spät zu einer Einrichtung kommen, wie wir sie haben müssen, um den unendlichen Schäden vorzubeugen, die auf dem Gebiete des Realcredits und des Grundbesitzes zu befürchten sind.

Ich betone, daß die Ziele, die wir mit Einrichtung dieser Anstalt verfolgen, auch von den Mietern unterstützt werden müssen, denn unser Ziel ist nicht, hohe Mieten zu erreichen, sondern wir wollen einen derartig mäßigen Zinsfuß behalten, um möglichst stabile Mieten der Bevölkerung bieten zu können. Darin müssen wir einig sein: Wenn es irgend geht, muß eine solche Einrichtung geschaffen werden.

Was den Punkt 3 anbelangt: Nachlaß der Grundsteuer bei leerstehenden Wohnungen, so habe ich schon in der Deputation ausgeführt, daß es eigentlich selbstverständlich sein mußte, daß bei leerstehenden Wohnungen ein entsprechender Grundsteuernachlaß erfolgt, denn die Grundsteuer basiert auf den Mieteinnahmen, und fallen die Mieten, die Voraussetzung zur Grundsteuer, zum Teil oder ganz weg, so ist es eine Forderung der Gerechtigkeit, daß im gleichen Maße die Lasten, die auf den Mieteinnahmen ruhen, ermäßigt werden. Der Magistrat hat dem widersprochen, indem er anführte, das ginge nicht so leicht. Den Grund, der da angeführt wird, daß wohlhabende Grundbesitzer solchen Nachlaß nicht brauchten, wenn ihre Wohnungen leer stehen, kann ich nicht gelten lassen, denn wenn man eine Berechtigung für den Nachlaß überhaupt anerkennt, so mag es gleichgültig sein, ob er von dem wohlhabenden oder notleidenden Hausbesitzer in Anspruch genommen wird. Ferner ist darauf hingewiesen, daß solche, die in be-

sondere Nothlage gekommen sind, nach § 89 des Gesetzes vom 24. August 1849 die Möglichkeit haben, einen Nachlaß für die staatliche Grundsteuer zu erhalten. Ob die städtische Grundsteuer dem automatisch folgen wird, darüber haben wir keine Auskunft bekommen. Aus Anlaß des Krieges und aus Anlaß der besonderen Nothlage des Hausbesitzes wegen der leerstehenden Wohnungen sind in Hamburg, Altona und Leipzig die Grundsteuerbestimmungen in der Weise geändert, wir wir es für Braunschweig erstrebt haben.

Zu Punkt 2 des Antrages des Grundbesitzervereins, Anträge auf den Ausbau neuer Straßenzüge bis auf weiteres nicht mehr zuzulassen, müssen wir allerdings sagen, daß dieser Wunsch jetzt überholt ist. Der Standpunkt, den die Deputationsmehrheit am Schlusse ihres Berichts über Punkt 2 angeführt hat: „Maßgebend für die Erschließung von Baugrund wird in erster Linie immer das Wohnungsbedürfnis sein“, ist selbstverständlich anzuerkennen und ist auch von dem Grundbesitzerverein stets anerkannt worden. Wir wollten nur einem Übermaß vorbeugen. Aber während des Krieges haben hier ja schon die Bestimmungen, die das Generalkommando erlassen hat, eingegriffen, und so müssen wir anerkennen, daß der Punkt heute gegenstandslos geworden ist.

Sehr gewundert hat es mich, daß die Statutenkommission Punkt 1 gar nicht behandelt hat. Es ist dies doch ein sehr wesentlicher Punkt, und mit der bloßen Erörterung, die in dem Berichte der Deputation vorgenommen wird, ist doch wirklich die Sache nicht abgetan. Es heißt in der Denkschrift des Grundbesitzervereins: „Der Magistrat wird gebeten, den Bundesrat um eine Verordnung zu ersuchen, durch welche die Fälligkeit der in Betracht kommenden Hypotheken auf Anspruch des Schuldners bis auf $1\frac{1}{2}$ Jahre nach Friedensschluß verschoben und eine Erhöhung des Zinsfußes dieser Hypotheken sowie die Erhebung einer Verlängerungsgebühr verboten wird.“ Nun sagt die Deputation in ihrer Mehrheit: Gewiß, wir erkennen den Nothstand unter den Hausbesitzern an, wir erkennen auch an, daß eine sehr schwierige Lage für sie in Aussicht steht dadurch, daß die Fälligkeiten der Hypotheken nach dem Kriege zusammenfallen werden, wenn es vielleicht auch $\frac{1}{4}$ Jahr bis nach Beendigung des Krieges dauern wird, welchen Zeitpunkt die Hypothekenbanken wohl einhalten werden, aber dann weiß man nicht, was werden soll. Es müßte eine gesetzliche Bestimmung durch den Bundesrat getroffen werden, durch welche das Zusammentreffen dieser Fälligkeiten vermieden werden könnte. Nun sagt die Deputation auf Seite 2 ausdrücklich, sie halte es deshalb für durchaus zulässig, die Hypothekengläubiger zur Tragung der durch den Krieg den Hausbesitzern erwachsenen Lasten mit heranzuziehen, indem man sie gewissen Beschränkungen ihrer Rechte unterwirft. Es ist vorher ausgeführt, daß die Hypothekengläubiger an den von ihnen beliebigen Grundstücken ein lebhaftes Interesse haben, ja sie sind als die eigentlichen Grundbesitzer hingestellt, und infolgedessen

müssen sie jetzt die Lasten mit tragen helfen. Gerechterweise hat die Deputation auch die Interessen der Gläubiger zu vertreten gesucht und gesagt, sie halte die 1½jährige Unkündbarkeit von Hypothekenskapitalien für eine harte Beschränkung des Gläubigers in der Verfügung über sein Eigentum, wenigstens einen Teil des Geldes müsse er nötigenfalls zur Verfügung haben, indem ihm durch Einrichtungen des Reiches oder des Staates Gelegenheit geboten werde, seine Hypothek zu lombardieren, und unter dieser Voraussetzung sei die Deputation durchaus für die Wünsche des Grundbesitzervereins. In Verfolg dieser Ausführungen hätte müssen der Magistrat durch die Deputation oder vor allen Dingen durch die Statutenkommission aufgefördert werden, nun ein Gesuch an den Bundesrat im Sinne des Grundbesitzer-Vereins oder im Sinne der Ausführungen der Deputation zu erlassen. Dieses vermiße ich, und ich möchte das nachholen, indem ich der geehrten Versammlung den Antrag unterbreite:

„Die Stadtverordnetenversammlung erucht den Magistrat, im Sinne von Punkt 1 der Denkschrift des Haus- und Grundbesitzervereins und unter Berücksichtigung der von der Deputation hierzu gemachten Ausführungen beim Bundesrat vorstellig zu werden.“

Es handelt sich in Punkt 1 darum, den Bundesrat um eine Verordnung zu ersuchen, durch welche die Fälligkeit der in Betracht kommenden Hypotheken, also derjenigen, die während des Krieges oder gleich nach dem Friedensschluß fällig sind, hinausgeschoben wird um 1½ Jahre — in einer ferneren Denkschrift an den Landtag haben wir „um 2 Jahre“ gesagt, und ich möchte bitten, an einer Änderung keinen Anstoß zu nehmen und auch hier 2 Jahre zu sagen. Mit der Voraussetzung der Deputation, daß den Gläubigern die Möglichkeit gegeben werden müsse, durch Lombardierung der Hypothek wenigstens zu einem Teil ihres Geldes zu kommen, sind wir Mitglieder der Deputationsminderheit einverstanden. Ich bitte Sie, meinen Antrag anzunehmen, dann kommt wenigstens etwas für den Augenblick bei der Beratung heraus. Ich glaube ja nicht, daß diese Vorstellung beim Bundesrate den Ausschlag geben wird, aber immerhin muß jede Stadtverwaltung bemüht sein, einen Stein hinzuzutragen zu dem, was man bauen will, und so ist es nicht zu unterschätzen, wenn der Magistrat von Braunschweig namens der städtischen Behörden in dieser Sache beim Bundesrate vorstellig wird.

Vorsigender: Die Beratung erstreckt sich nunmehr selbstverständlich auch auf diesen Antrag des Herrn Frede.

Oberbürgermeister **Netemeyer:** Ich fange mit dem von Herrn Frede zuletzt Vorgebrachten an. Große Bedeutung scheint er ja selber diesem Antrage, den wir an den Bundesrat richten sollen, nicht beizumessen. Wenn man die Verhand-

lungen über die Förderung des Realcredits verfolgt, dann kommt man zu der Ansicht, daß Neues darüber nicht vorgebracht werden kann und neue Anträge kaum gestellt werden können; eine solche Fülle von Anträgen und Vorschlägen, wie über diese Sache vorliegen, ist mir selten vorgekommen. Ich könnte sogar so weit gehen, zu behaupten, daß, wenn es die Not erfordert, der Bundesrat und der Reichstag über den Antrag des Herrn Frede noch hinausgehen werden, ob nun gerade in der Form, wie es von Herrn Frede gefordert wird, das will ich dahingestellt sein lassen. Allgemein ist man zu der Überzeugung gelangt, daß die Grundbesitzer augenblicklich in einer bösen Lage sind, und man versucht auf alle mögliche Weise, ihnen zu helfen. Herr Frede glaubt, allein mit diesem Antrage zum Ziel zu kommen, und das halte ich für falsch. Wenn Sie die Erfüllung des Antrages wirklich erreichen sollten, so würde damit allein dem Grundbesitz nicht gedient sein. Daß 1½ Jahr lang die Hypothekengläubiger mit der Rückforderung ihrer Kapitalien nicht vorgehen können, würde die Folge haben, daß sich das Privatkapital mit Schrecken von dem Grundbesitz zurückzöge, und so werden noch weniger Leute als bisher geneigt sein, Kapitalien auf Hypotheken auszuliehen. Lassen Sie uns deshalb nicht auf diese Weise vorgehen, sondern darauf vertrauen, daß die gesetzgebenden Faktoren des Reiches dem Grundbesitz zu Hilfe kommen wollen und werden. Wenn aber die Versammlung den Antrag annehmen sollte, so glaube ich nicht, daß ihn der Magistrat ablehnen wird.

Was den zweiten Punkt angeht, den Ausbau neuer Straßen betreffend, so hat sich Herr Frede nicht gegen die Ansicht der Deputation ausgesprochen. Wir haben ja auch schon früher gesagt: Die Anträge auf Ausbau neuer Straßen wollen wir stets objektiv prüfen; augenblicklich kommt allerdings noch ein Moment hinzu, was ganz entschieden dagegen spricht, einem solchen Antrage, wie ihn der Grundbesitzerverein in dieser Richtung gestellt hat, zuzustimmen, daß wir nämlich schon jetzt während des Krieges die Verpflichtung haben, für Arbeit zu sorgen für die Zeit, wenn die Hunderttausende aus dem Felde zurückkommen, und die Erschließung von Baugrund ist ein durchaus geeignetes Mittel, um Arbeitsgelegenheit zu schaffen. Es würde also nicht angebracht sein, heute den Grundsatz aufzustellen, daß bis auf weiteres neue Straßen nicht gebaut werden dürfen.

„Bis auf weiteres bei leerstehenden, unvermieteten Wohnungen einen entsprechenden Nachlaß an städtischer Grundsteuer auf Anspruch — oder besser: auf Antrag — zu gewähren“, wie der Antrag des Grundbesitzervereins wünscht, würde eine eigene Sache sein. Es ist die Absicht des antragstellenden Vereins, rein mechanisch die Grundsteuer für ein Grundstück genau in dem Verhältnis zu ermäßigen, wie Mieten dafür nicht eingehen. Ich glaube kaum, daß wir mit einer solchen Regelung der Sache beim Staate durchkommen würden. Hier steht allerdings nur „städtische Grundsteuer“, und die städtischen Behörden hätten es ja in

der Hand, in dieser Weise vorzugehen. Aber wie ist es denn bei dem Grundbesitz, der plötzlich in der Lage ist, eine erhebliche Mehreinnahme aus seinem Grundstück zu erzielen? Er hat doch nicht sofort eine höhere Grundsteuer zu zahlen; und ebenso muß er es sich gefallen lassen, daß ihm in der Zeit, wo er einmal Wohnungen leer stehen hat, nicht gleich die Grundsteuer erlassen wird. Ich muß auch darauf hinweisen, daß die Grundsteuer bei uns in Braunschweig gering ist. Ich habe in den letzten Tagen den Haushaltsplan einer fremden Stadt gesehen und darin sogar gefunden, daß dort die Grundsteuer ebenso hoch ist wie die Einkommensteuer. Wenn Sie sich dagegen die Verhältnisse bei uns ansehen, so werden Sie zu der Überzeugung kommen, daß wir unseren Grundbesitz nicht stark belastet haben.

Was nun den Wunsch betrifft, eine Hypothekenanstalt nach dem Muster des Görlicher Institutes ins Leben zu rufen, so hat Herr Frede auch heute wieder für das sogenannte Görlicher System eine Lanze gebrochen. In den Schriften über Beschaffung zweiter Hypotheken, die ich gelesen habe, wird merkwürdigerweise von dem Görlicher System kaum einmal gesprochen. In den Interessentenschriften wird es allerdings erwähnt, aber sonst nicht, und wenn man nach dem Grunde hierfür fragt, so komme ich zu der Ansicht, daß das Görlicher System eigentlich überhaupt kein System ist, und wenn es eins ist, so ist es ein so rohes und gefährliches, daß ich entschieden warnen muß, ein solches System uns zu eigen zu machen. Worin besteht es? Darin, daß der Magistrat die Einwohnerchaft bittet, Geld gegen Verzinsung der Stadt vorzuleihen, damit er im Besitz von Mitteln ist, um dem Grundbesitz zu helfen; das heißt also: Die Stadt soll die angeliehenen Gelder auf zweite Hypotheken wieder ausleihen. Sehr schön gedacht, meine Herren, aber wenn man sich ausmalt, wohin das führt, dann könnte man geradezu Angst bekommen, wenn man einem solchen System zur Anwendung verholten haben sollte. Das Gefährliche liegt darin, daß die Leute, die uns Geld geben, sich die Kündigung selbstverständlich vorbehalten, die Stadt aber festsetzt, wenn plötzlich größere Beträge gekündigt werden und sie nicht weiß, woher sie anderweitig Geld beschaffen soll. Ich begreife nicht, daß ein so geschäftsgewandter Mann, wie Herr Frede, dieses Bedenken nicht herausfühlt. In allen den Schriften über dieses Thema wird immer und immer wieder darauf hingewiesen, daß eine Sicherheit nur durch Ausgabe von unkündbaren Pfandbriefen geschaffen werden könne, und das ist ohne Frage richtig. So soll es auch bei den Stadtstaaten gemacht werden, die — soweit ich orientiert bin — das Geld nicht selber aufbringen, sondern für die der preußische Staat 10 Millionen Mark zur Verfügung gestellt hat, damit Rentenbanken usw. ins Leben gerufen werden können. Selbstverständlich müssen diese auch Pfandbriefe ausgeben, um Geld zu beschaffen. Mag sich auch das System in Görlich bewährt haben, so sage ich doch: Es ist ein gefährliches System, und ich be-

greife nicht, wie Herr Frede es vollständig risikolos nennen kann. Nein, es ist ein riskantes System sondergleichen.

Die Frage, wie in dieser Beziehung vorgegangen werden soll, ist eine äußerst schwierige, und wenn die gelehrtesten, seit langen Jahren mitten in dieser Bewegung stehenden Sachverständigen durchaus nicht einer Ansicht sind, so kann auch Herr Frede nicht sagen: Meine Ansicht ist die allein richtige. In der bekannten Resolution des deutschen Städtetages wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Beschaffung des Geldes in der Hauptsache dem privaten Kapital überlassen bleiben muß, und das wird auch in dieser sehr interessanten Schrift des Privatdozenten Dr. Rußbaum, die Herr Frede jedenfalls kennt, hervorgehoben. Wenn man sich fragt, um welche Summen es sich handelt, wenn die zweiten Hypotheken gesichert werden sollen, dann kommt man auf eine solch gewaltige Summe, daß man sich sagen muß: Eine Stadt ist nicht in der Lage, das hierfür nötige Geld zu beschaffen. Daß es sich um große Summen handeln wird, ist unzweifelhaft. Wenn nun die Stadt das Geld auf zweite Hypotheken selbst ausleiht, dann ist zwar die Hergabe dieser Hypothek für die Stadt riskant, aber der Grundbesitzer in dieser Stadt ist allerdings gegen Angriff gesichert, denn die Stadt wird zur Subhastation nur dann schreiten, wenn er keine Zinsen bezahlt. Andererseits könnte man es so einrichten, daß die Stadt die Garantie übernimmt für den Fall, daß die Hypothekenbank oder der private Geldgeber für die zweite Hypothek das Geld herleiht. Dabei ergibt sich dann aber das Wunderbare, daß die zweite Hypothek, weil der Kredit der Stadt dahinter steht, sicherer ist als die erste. Mit Recht ist deshalb darauf hingewiesen, daß die Stadt in dieser Weise nur vorgehen könnte, wenn die erste Hypothek amortisiert wird. Aber fragen Sie heute einmal die Hypothekengläubiger, die ihr Geld auf Grundstücke ausleihen, ob sie durchweg geneigt sind, ihr Geld mit der Maßgabe auszuleihen, daß ihnen alle Jahre ein Teil der Hypothek zurückgezahlt wird. Das wollen weder die Grundbesitzer selber, noch paßt es den Hypothekengläubigern in ihre Geldwirtschaft: sie wollen ihr festes Kapital ausleihen und später auch dasselbe Kapital zurückgezahlt haben.

Herr Frede hob auch hervor, es müßte auf diese Weise Geld für zweite Hypotheken billig beschafft werden. Sie mögen in den vielen umfangreichen Ausführungen lesen, soviel Sie wollen, immer wieder kommen die Verfasser zu der Ansicht: Es ist unmöglich, die Sache auf billige Weise auszuführen. Bei diesen zweiten Hypotheken muß selbstverständlich, sei es von der Rentenbank oder von dem Leihhause, mit Verlusten gerechnet werden, so daß ein Reservefonds unbedingt vorhanden sein muß, um etwaige Ausfälle zu decken, und die zweiten Hypotheken müssen allmählich amortisiert werden. Das läßt sich mit 4½ Prozent nicht fertigbringen, unter 5½ Prozent wird es kaum möglich sein. Die Sache ist wirklich nicht so einfach, wie Herr Frede sie darstellt, so daß wir eigentlich nur nach Görlich

zu fahren brauchten und zu fragen: „Wie habt ihr es gemacht?“ und dann die Sache ebenso einrichten. Ich sehe nicht ein, daß die Stadt ihrerseits dieses riskante Geschäft übernehmen soll, und bitte, erst abzuwarten, ob nicht das Leihhaus doch in der Lage ist, sich der Ausleihung der zweiten Hypotheken anzunehmen, wie in den Ausführungen der Deputation schon hervorgehoben ist.

Stadtv. Meyerhoff: Ich kann nicht anerkennen, daß es zutreffend ist, wenn der Herr Oberbürgermeister mit den großen Ziffern kommt, die anderwärts an Grundsteuer gezahlt werden. Es ist doch richtig: Andere Städte, andere Mieten. Steht denn bei den Zahlen über die Grundsteuer auch, was in den anderen Städten an Miete gezahlt wird? Wenn wir hier in Braunschweig solche Mieteinnahmen hätten, wie es in den Städten der Fall ist, die der Herr Oberbürgermeister im Auge hat, dann würden wir auch mit Freuden eine höhere Grundsteuer zahlen und würden nicht damit kommen, daß wir uns bedrückt fühlen. Gehen Sie einmal nach Hannover: können Sie dort eine Wohnung für den gleichen Preis wie hier mieten? Alle Wohnungen in Hannover, kleine und große, sind um 30 bis 40 Prozent teurer, und wenn Sie nach dem Rhein kommen, so werden Sie finden, daß die Mieten dort um das Doppelte höher sind als in Braunschweig. Wenn sich die Grundstücke so verinteressieren, dann können wir auch Steuern zahlen. Das ist ja der Fehler, daß beim Grundstücksverkauf nichts zu verdienen ist und bei dem Grundstücksvermieten erst recht nichts. Eigentlich müßte man verlangen, daß der Grundstücksbesitzer neben seiner Sorge und Arbeit einen angemessenen Nutzen hätte für sein eigenes Kapital, das in dem Grundstücke steckt, und weiter daß er für seine Arbeit und Mühe um das Grundstück einen geziemenden Lohn bekäme. Das ist aber in Braunschweig bei den jetzigen Verhältnissen ausgeschlossen. Sobald die Grundsteuern höher schlagen, müssen auch die Mieten teurer werden, und vom Grundbesitzerverein ist das immer, soweit es möglich war, hintangehalten. Wir haben ein Beispiel in den Häusern der Baugenossenschaft; dort sind die Mieten während des Krieges erhöht, und aus welchem Grunde? Die Reparaturen sind zu teuer — ich will gar nicht sagen, daß auch die Baugenossenschaft die von ihr angeliehenen Gelder höher verzinsen muß. Aber die Mehrkosten an Reparaturen verursachen es schon, daß die Baugenossenschaft die Mieten für ihre Wohnungen erhöhen muß. So zieht das eine das andere nach sich. Ich kann also nicht sagen, daß im Verhältnis zu den Mieten die Grundsteuer in Braunschweig zu niedrig ist.

Sodann jagte der Herr Oberbürgermeister, billig sei die Sache nicht zu machen, und auch ich glaube, daß es bei dem Zinsfuß, wie er augenblicklich besteht, nicht bleiben wird; infolge des Zinsfußes der Reichsanleihe zu 5 Prozent werden auch die Hypothekenzinsen höher werden. Aber wer muß denn schließlich die Last

tragen? Der Hausbesitzer kann es nicht; das geht auch schon daraus hervor, daß der Magistrat von Berlin über hundert Grundstücke wegen rückständiger Steuern zur Subhastation hat stellen lassen müssen und sie womöglich behalten muß. Was das bei den Berliner Grundstücken bedeuten will, wo die Ausfälle bei einem Grundstücke oftmals 10—12 000 \mathcal{M} betragen, das mag sich jeder ausmalen. Ganz so schlimm kann es ja hier bei uns nicht kommen, aber schlimm wird es nach dem Kriege auch bei uns werden, und aus diesem Grunde wäre es richtig, den Antrag Frede zu unterstützen, der $1\frac{1}{2}$ Jahre nach Friedensschluß die Kündigungsfrist für die Hypotheken hinauschieben will.

Ebenso wie Herr Frede glaube auch ich nicht, daß die Leihhausanstalt mit der Regelung dieser Sache so rasch vorwärtsgehen wird. Ich habe ja keine Neigung, heute einen selbständigen Antrag einzubringen, und habe auch nicht geglaubt, daß heute eine große Besprechung über diese Hypothekenangelegenheit stattfinden würde, sonst hätten wir in der Statutenkommission die Sache vielleicht eingeleitet behandelt, und ich wäre dann vielleicht schon mit Vorschlägen gekommen. Das kann ich aber heute schon erklären: Es wird nur eine kurze Zeit vergehen, so werden die Grundbesitzer Ihnen mit neuen Anträgen kommen, vielleicht auf einer anderen Basis als der des Görlitzer Systems, aber geschaffen muß hier etwas werden, und auch die Stadt selber muß hier eingreifen. Die Stadt wird sich nicht davor schüßen können, soweit es in ihren Kräften steht, Hilfe zu gewähren; das Warten auf andere muß unterbleiben. In welcher Form wir vorgehen können, darüber wird eine spätere Eingabe des Grundbesitzervereins Ihnen zugehen.

Stadtv. Frede: Ich habe bezüglich des Punktes 4, also der Nachahmung der Art des Görlitzer Instituts, keinen Antrag gestellt und würde deshalb das Wort nicht nochmals ergreifen, wenn nicht der Herr Oberbürgermeister einige Bemerkungen gemacht hätte, auf die ich zurückkommen muß. Zunächst erwähnte er, daß die Grundsteuer in Braunschweig — er hat es nicht ausdrücklich gesagt, aber in seinen Beispielen angedeutet — außerordentlich niedrig sei. Diese Einwendung ist mir bei vielen Vorlagen des Magistrats in letzter Zeit aufgefallen. Wo sich Gelegenheit bietet, auf die städtische Grundsteuer zu sprechen zu kommen, wird ge-
bührend hervorgehoben, daß der Grundbesitz in Braunschweig sehr wenig Grundsteuern zu zahlen habe. Das ist nun aber im Vergleich zu den übrigen braunschweigischen Städten nicht richtig. Es gibt Städte, die weniger Grundsteuern bezahlen, von den Landgemeinden gar nicht zu sprechen, und ich bin bereit, diese Behauptung zu beweisen.

Was den Vergleich der Grundsteuer in Braunschweig mit der in Preußen anlangt, so habe ich in der Kommission schon verschiedentlich darauf hingewiesen, daß ein solcher Vergleich nicht ohne weiteres angängig ist. Die Grundsteuer nach

dem gemeinen Wert, wie sie in Preußen fast allgemein eingeführt ist, ist anders zu beurteilen als die unsrige nach dem Ertrage, und soviel ich gehört habe, ist der Herr Oberbürgermeister durchaus kein Anhänger der Grundsteuer nach dem gemeinen Wert, denn diese schafft anderweitige Schädigungen, gegen die der Herr Oberbürgermeister sich ausgesprochen hat — wie ich meine, mit vollem Rechte. Weiter darauf eingehen will ich eben nicht, aber doch betonen, daß ein Vergleich der Grundsteuer in Braunschweig und Preußen im allgemeinen nicht zulässig ist. Die Stadt, von der der Herr Oberbürgermeister sprach, hat er nicht genannt, so daß ich seine Angaben darüber nicht nachprüfen kann.

Von dem System in Görlitz sagt der Herr Oberbürgermeister, daß es außerordentlich roh und riskant sei, während ich gesagt habe, daß es risikolos ist. Nun ist das ja Ansichtssache, und wie der Herr Oberbürgermeister das Görlitzer System darstellte, ist es tatsächlich ein rohes System. Er hat gesagt: Die Stadt nimmt die Gelder der Bevölkerung an und leiht sie wieder aus. Wenn man das hört, dann erscheint das System so einfach, daß man von Roheit des Verfahrens sprechen kann, und auch das Risiko der Stadt scheint damit gegeben zu sein. Aber die Herren müssen beachten (Sie haben das übrigens in der Denkschrift, falls Sie sie noch besitzen — es sind ja beinahe zwei Jahre her), daß die Leute in Görlitz, die ihr Geld der Stadt geben, einverstanden sein müssen mit dem Zweck der Vergebung dieser Gelder. Sie geben es nicht auf die städtische Sparkasse, die dort besteht, sondern sie müssen einverstanden sein mit der Verwendung dieser Gelder zur Ausleihung für Hypotheken. Ferner ist zu beachten, daß diese Leute das von ihnen hergegebene Geld nicht beliebig kündigen können, wie das hier bei den Depositen der Banken üblich ist, sondern daß eine lange Kündigungsfrist vorgeschrieben ist, wodurch ein Sicherliegen bei der Stadt auf längere Zeit verbürgt ist. Weiter ist vorgeschrieben, daß, wenn die zweite Hypothek durch die Stadt gegeben werden soll, auch die erste Hypothek von der städtischen Sparkasse hergegeben sein muß, oder daß, wenn das nicht der Fall ist, wenn sie in privaten Händen sich befindet, verschiedene Sicherungen erfolgen müssen; es muß z. B. das Kapital, das an erster Stelle vor der zweiten Hypothek steht, auf lange Zeit festgeschrieben sein. Ferner muß der Grundbesitzer, der Geld an zweiter Stelle von der Stadt nimmt, eine Sicherung der ersten Hypothek im Betrage von 5 Prozent geben. Das alles sind Erschwerungen, die aber zur Folge gehabt haben, daß in Görlitz, soweit ich bis heute unterrichtet bin, nicht ein einziges Grundstück von der Stadt hat übernommen werden müssen. Die Anstalt ist 1913 von der Stadt übernommen, und ich habe im Jahre 1915 wie auch 1916 Auskünfte von dort bekommen, und zwar von verantwortlicher Stelle, von dem Mitgliede des Verwaltungsausschusses, der dort zugleich Stadtverordneter ist, Herrn Rechtsanwalt Sprink. Noch in seiner letzten Auskunft hat er betont, daß die Anstalt nicht zurückgegangen ist; allerdings

seien die Geldeinzahlungen in dieser letzten Zeit geringer geworden, aber es seien solche doch immer noch geleistet. Schlechte Erfahrungen seien dort also nicht gemacht, so daß die Stadt Görlitz damit umginge — und das ist jetzt verwirklicht —, den Wirkungskreis der Anstalt auch auf erste Hypotheken auszu dehnen.

Das ist eine andere Darstellung des Görlitzer Systems, als die des Herrn Oberbürgermeisters, und die Herren werden daraus entnehmen, daß roh und unvorsichtig nicht vorgegangen ist. Die Leute machen für ihre Anstalt allerdings keine Reklame, weil sie keine Ursache dazu haben. Und wenn unter der organisierten Hilfe für Hypothekenbeschaffung das Görlitzer System nicht genannt ist, so hat das seinen Grund darin, daß die Einrichtung sehr jung ist; sie besteht erst seit 1913. Man hat sich an die anderen Organisationen von früher her so sehr gewöhnt, daß man auf sie immer wieder zurückkommt.

Im übrigen gebe ich dem Herrn Oberbürgermeister darin vollständig recht, daß eine Stadtschaft, ein Pfandbriefamt mit unkündbarer Beleihung natürlich das Ideal ist, aber ich fürchte, daß die Jetztzeit und die erste Zeit nach dem Kriege nicht besonders dazu angetan ist, solche zu schaffen. Preußen hat durch die preussische Zentralgenossenschaftskasse 20 Millionen Mark dafür hergegeben, um die Sache ins Rollen zu bringen; ob aber die Sache einen großen Umfang annehmen wird, müssen wir abwarten.

Ich bitte Sie, meinem Antrage zuzustimmen. Er kostet der Stadt kein Geld; es ist nur eine Gefälligkeit, die der Magistrat uns erweist. Überhaupt bitte ich zu bedenken, daß die Hilfsmaßnahmen, die die Grundbesitzer in der Denkschrift von der Stadt erbeten haben und auch die meines Antrages an keiner Stelle wünschen, daß sie den Charakter einer Unterstützung haben, sondern die Stadt soll bei der Sache ihren Vorteil haben, mindestens nichts zulegen. Nur unter diesem Gesichtswinkel sind die Hilfsmaßnahmen, die wir erbeten haben, zu verstehen.

Stadtv. Wesemeier: Ich muß einer falschen Auffassung des Herrn Meyerhoff entgegenreten. Er meinte, die Baugenossenschaft habe während des Krieges die Mieten erhöht, vielleicht weil die Reparaturen teurer geworden seien. In Wirklichkeit sind die Mieten aber nicht erhöht worden, sondern nur in den neu erbauten Häusern mußten höhere Mieten genommen werden, weil die Materialien für Herstellung der Häuser gewaltig im Preise gestiegen sind. Die Reparaturen sind ja allerdings auch teurer geworden, trotzdem bleiben aber die Mieten, wie sie vorher gewesen sind.

Nun kann man die Frage aufwerfen: Wer ist eigentlich der Notleidende, dem hier geholfen werden soll? Von alle den vielen Hausbesitzern in der Stadt ist es doch nur ein geringer Prozentsatz, der wirklich als Grundbesitzer bezeichnet werden kann. Wenn wirklich irgendwie von einer Stelle Hilfe geschafft wird, dann fließt

diese doch nicht den Grundbesitzern in die Tasche, sondern den Hypothekengläubigern, den Bankiers usw. usw., während die Grundbesitzer meist nichts an ihrem Hause haben als die Last, die Zinsen bezahlen zu müssen und sich für den Kapitalisten aufzureiben, damit sie die Zinsen ausbringen. Als Beispiel kann ich folgendes anführen: Ein kleiner Beamter aus Braunschweig klagte mir seine Not. Er hat mehrere Söhne im Felde und hat durch die erheblichen Aufwendungen für seine Söhne und durch die Mietausfälle schwer zu tragen. Sein Hypothekengläubiger ist ein General, und an diesen wandte er sich, schwang patriotische Töne und bat, auf die geschilderten Umstände Rücksicht zu nehmen und von den Hypothekenzinsen etwas nachzulassen. Der General — er ist ein reicher Mann — erwiderte kalt: „Darauf kann ich mich nicht einlassen, ich muß mein Geld verzinst haben.“ Der kleine Beamte, der als nomineller Grundbesitzer eingetragen ist und sich in dieser schwierigen Situation befindet, die Zinsen nicht bezahlen zu können, hat das wenigste von der Hilfe, in Wirklichkeit fließt das, was ihm gewährt werden würde, den Banken und den Hypothekengläubigern in die Tasche.

Nun ist es ja menschlich begreiflich, daß die Grundbesitzer drängen, daß etwas geschehen soll, denn tatsächlich befinden sich gerade diejenigen, die als Hausbesitzer gelten, in der unangenehmen Situation, daß sie infolge der Mietausfälle die Zinsen nur schwer ausbringen können, und infolgedessen kann es zu Subhastationen kommen, bei denen die Hausbesitzer Schaden erleiden können. Aber das ganze Material, das uns in der Statutenkommission vorgelegen hat, reicht für mich nicht aus, um die Materie genügend beurteilen zu können, so daß ich darnach entscheiden könnte: An der und der Stelle fehlt es, hier muß Hilfe geschaffen werden. Ich habe deshalb in der Kommission folgende Anregung gegeben: Da der Staat, wenn auch recht langweilig, auf dem Wege ist, eine Stelle zu schaffen, aus der event. diese in Not befindlichen sogenannten Hausbesitzer bedacht werden sollen, weshalb sollten wir da zu gleicher Zeit eine Stelle schaffen, die denselben Zwecken dient? Eine Stelle vom Staat und eine von der Stadt, beide sollen daselbe, und schließlich muß das eine Unternehmen überflüssig sein. Aus dem Grunde machte ich den Vorschlag, den die Statutenkommission schließlich angenommen hat, nämlich auf das Staatsministerium einzuwirken, damit es auf baldige Errichtung einer staatlichen Anstalt für Ausleihung zweiter Hypotheken Bedacht nimmt. Ich möchte bitten, diesem Antrage, den der Herr Referent vorgebracht hat, zuzustimmen.

Stadtv. Meyerhoff: Wenn Herr Wesemeier mit seiner Mitteilung über die Mietpreise der Baugenossenschaft recht hat, dann muß ich falsch berichtet sein; mir ist die Sache in der von mir vorgetragenen Weise mitgeteilt, nämlich, daß die

Mieten um 25—30 Prozent jetzt höher seien als früher. Es mag sein, daß die Mitteilung nur auf die neuen Häuser der Baugenossenschaft Bezug hat.

Eins aber kann ich dem Herrn Wesemeier nicht zugestehen. Er fragte: Wer sind denn die eigentlichen Hausbesitzer? Das sind die Kapitalisten, und wenn wir Geld für zweite Hypotheken schaffen, so helfen wir damit nur diesen, damit sie noch mehr Geld machen können. Ist es denn Herrn Wesemeier nicht bekannt, daß Grundstücke seit 150 Jahren in den Händen einer Familie sind, und daß unter den heutigen Zuständen auch diese schwer leiden? Es haben ganze Generationen ihre Kräfte verwandt, um der Familie das Grundstück zu erhalten, haben vielleicht auch noch ein kleines Stück Land dabei. Sind das keine Grundbesitzer? Wen rechnet denn Herr Wesemeier als Hausbesitzer? Aus der Innenstadt sind mir Beispiele bekannt, daß viele Handwerker, die auf den Fabriken als Dreher, Maschinenbauer oder sonstige beschäftigt sind — ich weise auf die Gegend des Wilhelmitores hin —, sich mit ihren Ersparnissen von 3—4000 *M* oder auch höher hinauf ein Grundstück erworben haben. Die Leute sind alle in der Klemme, so daß sie nicht mehr jappen können. Sind das keine Hausbesitzer? Erkennt die Herr Wesemeier nicht als solche an? Sind das keine Leute, denen geholfen werden muß?

Herr Wesemeier weist auf den Staat hin und sagt: Zwei Institute sind nicht nötig; warum wollen wir doppelt helfen? Ich bin gerade für das Doppelte; doppelt genährt reißt nicht, sagt das Sprichwort. Ich möchte, wir könnten von zwei Seiten dieses Feld beackern, dann fällt vielleicht mehr Frucht heraus. Ich fürchte, die Erwägungen durch das Leihhaus werden zu lange dauern, vielleicht noch ein paar Jahre. Der Friede kann plötzlich kommen, aber auch noch ein paar Jahre ausstehen — das letzte will ich nicht wünschen. Dann muß die Hilfe für die bedrängten Hausbesitzer geschaffen sein. Das Geld und die Unterstützung der Hypothekenschuldner, wenn ich es so nennen will, kommt nicht den Hypothekengläubigern zugute, das kommt den Hunderten von kleinen Hausbesitzern zugute, und mit denen, sollte ich glauben, müßte auch Herr Wesemeier Mitgefühl haben!

Nachdem der Herr Vorsitzende die zu Punkt 1 und 4 vorliegenden Anträge wiederholt hat, stimmt die Mehrheit zunächst dem Antrage Frede zu Punkt 1 und sodann dem Antrage der Statutenkommission zu Punkt 4 zu.

Zu Punkt 2 und 3 werden entsprechend der Stellungnahme der Deputation Beschlüsse nicht gefaßt.

5. Annahme zweier Schulpflegerinnen.

Stadtv. **Frede:** Der eigentliche Referent für diese Sache ist Herr Steinbrecher. Er hatte aber in den früheren Sitzungen nicht so lange bleiben können,

bis die Beratung des Punktes herankam, und hat mich gebeten, das Referat zu erstatten.

Im Schulvorstande sind Erwägungen gepflogen darüber, wie es möglich wäre, die Schüler und Schülerinnen der 7-stufigen Bürger Schulen noch mehr als bisher in bezug auf ihre Gesundheit und ihre sittliche Entwicklung zu Hause, die zumal während des Krieges dadurch gefährdet erscheint, daß die Mütter noch mehr als früher auf Arbeit sind, zu fördern und zu pflegen. Die Mängel, die in dieser Beziehung zutage getreten sind, gehen aus einem Schreiben des Schulvorstandes an den Magistrat deutlich hervor, und auf dieses Schreiben hat auch der Magistrat in seinem Antrage an die Stadtverordneten verwiesen und um Kenntnisaufnahme ersucht. Das Schreiben lautet:

„Die betäubende Erfahrung, daß die von den Schulärzten erteilten Ratschläge infolge der Gleichgültigkeit und des Unverständes vieler Eltern nicht befolgt werden und somit die überaus wichtige und mit großen Kosten verknüpfte Einrichtung längst nicht den Segen stiftet, den sie haben müßte — in Charlottenburg hat man im Jahre 1907 festgestellt, daß 30 Prozent der Eltern, in der Hilfschule sogar 80 Prozent derselben, die schulärztlichen Anregungen völlig unbeachtet gelassen haben —, hat den städtischen Behörden einiger Großstädte, wie Barmen, Breslau, Charlottenburg, Essen, Fürth, Hannover, Karlsruhe, Mannheim, Schöneberg, Solingen, Wiesbaden, Veranlassung gegeben, sogenannte Schulschwestern anzustellen, welchen die Aufgabe zugewiesen ist, die Tätigkeit der Schulärzte zu ergänzen und zu fördern, und zwar in folgender Weise: 1. Sie besuchen die Eltern der in Frage kommenden Kinder und klären sie in geeigneter Form über die Notwendigkeit der Befolgung der schulärztlichen Ratschläge auf; 2. wenn berufliche Arbeit oder Gleichgültigkeit der Eltern die ärztliche Behandlung hindert, führen sie selbst die Kinder zum Arzt; in Fällen der Mittellosigkeit erwirken sie die Behandlung durch die Armenärzte; 3. falls Brillen, Bruchbänder oder sonstige Dinge zur Heilung zu beschaffen sind, überwachen sie die Beschaffung oder übernehmen diese selbst; 4. sie belehren die Eltern über die richtige Krankenpflege oder führen die Kinder überhaupt einer zweckmäßigen Pflege zu.

Wie die Fürsorgetätigkeit der Schulärzte bedarf in den Großstädten auch die der Lehrer der Ergänzung und Förderung durch weibliche Hilfskräfte. Nicht selten stellt sich heraus, daß Kinder ohne Frühstück in die Schule kommen oder daheim kein warmes Essen erhalten. Andere sind durch Erwerbstätigkeit vor Beginn der Schule oder durch zu spätes Zubettgehen derartig erschöpft, daß sie dem Unterricht vor Ermüdung nicht folgen können und während desselben einschlummern. Wieder andere kommen infolge der Unordnung der Mutter immer mit zerrissenen Kleidern zur Schule. Zahlreiche Kinder bleiben tagsüber ohne jede Aufsicht und geraten in die Gefahr sittlicher Verwahrlosung. Alle diese Not-

stände werden dem gewissenhaften Lehrer wohl bekannt, aber er ist bei der großen Zahl der ihm anvertrauten Kinder nicht imstande, ihnen so genau nachzugehen und die Ursachen so zweckmäßig zu bekämpfen, wie es nötig wäre. Deshalb hat man in einigen Großstädten wie Charlottenburg, Erfurt und München neuerdings für derartige Aufgaben Schulpflegerinnen angenommen. Diese setzen sich auf eine ihnen von der Schulleitung zugegangene Mitteilung hin mit den betreffenden Familien in Verbindung, erforschen die Ursachen der Notstände, unter denen die Kinder, sei es durch die Schuld der Eltern oder infolge unglücklicher Verhältnisse, zu leiden haben, und schreiten dann belehrend oder helfend ein. Sie weisen die Kinder den bestehenden Fürsorgeeinrichtungen (Speiseanstalten, Horten, Ferienkolonien usw.) zu und arbeiten mit den Behörden Hand in Hand.

Ausgebildet werden die Schulpflegerinnen, die neben persönlicher Tüchtigkeit eine gediegene berufliche Ausbildung (Erziehungslehre, Kenntnis der Fürsorgeeinrichtungen und der einschlägigen Gesetze) besitzen müssen, in dem sozialpädagogischen Seminare des Jugendheims in Charlottenburg. Die Ausbildungszeit umfaßt für diejenigen, welche mit Erfolg eine Frauenschule besucht haben, zwei Jahre, für die Schülerinnen mit dem Reifezeugnis eines Lyzeums $2\frac{1}{2}$ Jahre. Die Besoldung entspricht etwa der unserer technischen Lehrerinnen (1300 bis 2100 M.).

Wir sind der Meinung, daß die Notstände, die in anderen Großstädten zur Annahme von Schulschwestern und Schulpflegerinnen geführt haben, auch hier in Braunschweig vorliegen und dringend die baldige Berufung derartiger weiblicher Hilfskräfte erforderlich machen. Unseres Erachtens empfiehlt es sich jedoch nicht, Schulschwestern und Schulpflegerinnen nebeneinander zu beschäftigen, sondern die Aufgaben der ersteren den letzteren mit zuzuwiesen. Für den Anfang erscheint uns die Annahme von zwei Schulpflegerinnen für sämtliche 7-stufigen Bürgerschulen und der Hilfschule als ausreichend."

Der Magistrat hat dieses Schreiben des Schulvorstandes in allen Punkten gebilligt und richtet an die Stadtverordnetenversammlung die Bitte, die Mittel für die Anstellung zweier Schulpflegerinnen zu bewilligen.

Das Schreiben des Schulvorstandes habe ich in seinem Wortlaut verlesen, da es sich um eine neue Einrichtung handelt, die großen Segen zu stiften und Ihr Interesse in besonderem Maße zu erwecken geeignet ist.

Es handelte sich, wie die Herren gehört haben, ursprünglich um zwei Gattungen von Hilfe für die Kinder. Für die ärztliche Tätigkeit waren zunächst Schulschwestern in Aussicht genommen, für die Unterstützung der Tätigkeit, wie sie der Lehrer in seiner Erziehungsarbeit ausübt, Schulpflegerinnen. Man hat dann hier aber die Meinung angenommen, daß man zu einem Versuch vorläufig am besten zwei Schulpflegerinnen anstellen würde, die die andere Arbeit mit übernehmen

könnten. Die Schulkommission hat dieses Vorgehen des Schulvorstandes und in weiterem Zuge das des Magistrats mit großer Freude begrüßt, weil man sich auch in der Kommission von der Tätigkeit dieser Schulkollegen viel Gutes verspricht. Allerdings ist in der Kommission auch zum Ausdruck gekommen, daß der Segen ihrer Arbeit natürlich in letzter Linie von der Befolgung ihrer Ratschläge durch die Eltern abhängt, und darum ist es nötig, daß die Eltern zur Erkenntnis gebracht werden, daß die Tätigkeit dieser Helferinnen nur zum Wohle der Kinder und der Familien einsetzt. Nur wenn die Eltern zu dieser Einsicht kommen, werden sie der Tätigkeit der Schulpflegerinnen kein Hindernis in den Weg legen. Vorläufig ist jedoch eine Hinderung ihrer Tätigkeit wohl hier und da zu befürchten, da, wie ja in dem Berichte steht, ihre Fürsorge sich gerade erstrecken soll auf solche Kinder, die durch die Unachtsamkeit und Gleichgültigkeit der Eltern leiden. Es ist Aufgabe der Schule, in dieser Hinsicht aufklärend zu wirken, aber auch uns allen liegt das ob, und wir haben in der Kommission besonders Herrn Steinbrecher gebeten, bei seinen politischen Freunden dahin zu wirken, daß durch die Presse wie durch die Führerschaft der Arbeiter überhaupt der Boden für die Tätigkeit der Schulpflegerinnen vorbereitet wird und ihnen darin keine zu großen Schwierigkeiten gemacht werden.

Die Schulkommission empfiehlt Ihnen selbstverständlich die Annahme dieser Vorlage aufs angelegentlichste.

Der Antrag der Schulkommission wird angenommen.

6. Regelung des Verbrauchs von Brot und Mehl.

Stadtv. **Frede:** Meine Herren. Als Sie in der letzten Stadtverordnetenversammlung am 30. März die Vorschläge des Magistrats und des Mehl- und Brotverteilungsausschusses billigten, die sich erstreckten auf die Regelung der an die hiesige Bevölkerung zur Verteilung kommenden Brotmenge, da geschah dies unter der Voraussetzung, daß dieselben Streckungsmittel wie bisher nach Art und Menge auch künftig dem Magistrat zur Verfügung stehen würden. Als Streckungsmittel kamen bisher in Betracht Weizenschrot und Roggenschrot in einer Menge von 7—8 Prozent der zu verwendenden Mehlmenge. Diese Annahme hat sich leider als ein Irrtum erwiesen; die Brots Streckung durch die Benutzung der genannten Mittel soll nach einer Verfügung der Reichsgetreidestelle in Zukunft wegfallen, und infolgedessen verringert sich natürlich die Zuteilung der Brotmenge an die Bevölkerung. Diese Mitteilung, die wir heute seitens der Finanzkommission zu machen haben, kommt uns schwer an; sie ist auch peinlich insofern, als die Bevölkerung zu der Annahme kommen könnte, als wolle man diese Einschränkungen, die man in so kurzer Zeit hintereinander erfolgen läßt, durch eine Verteilung auf

zwei Male mündgerechter machen. Selbstverständlich kann dies im Ernste nicht angenommen werden, aber eine Aufklärung der Bevölkerung hierüber ist notwendig, und der Gegenstand ist in die heutige Versammlung verwiesen, damit die Bevölkerung in umfassender Weise Aufklärung bekommt darüber, wie der Irrtum zustande gekommen ist, und wodurch sich die geringere künftige Brotmenge begründen läßt.

Die Sache ist folgendermaßen verlaufen: Die Reichsgetreidestelle hat sonst die Gepflogenheit gehabt, von jeder ihrer Maßnahmen neben ihrer Mitteilung davon an die Kreisdirektion und das Landesernährungsamt auch dem Magistrat Mitteilung zu machen. Diesmal ist diese Mitteilung an den Magistrat unterblieben — aus welchem Grunde, läßt sich nicht erkennen —, es haben nur die Landesernährungsstelle und die Kreisdirektion diese Mitteilung bekommen, daß die bisherigen Streckungsmittel nicht mehr als Zuschlag zu rechnen seien, sondern sie seien der hergestellten Brotmenge einzurechnen. Am 30. März hatten wir die Versammlung, die das Gutachten über die vorgelegte Mehl- und Brotverteilung abgab, und erst am 2. April hat der Magistrat von jener Mitteilung der Reichsgetreidestelle Kenntnis bekommen. Darauf ist die Mitteilung seitens des Magistrats an den verstärkten Finanzausschuß erfolgt, und dort war man einstimmig der Meinung, daß die Verhandlung in die Stadtverordnetenversammlung zu verweisen sei.

Die Maßnahmen, die sich aus dieser Kürzung ergeben, werde ich Ihnen jetzt vortragen und dabei die einzelnen Punkte in Vergleich setzen zu den einzelnen Punkten, wie wir sie in der vorigen Sitzung erledigt haben, damit darüber ein klares Bild entsteht.

1. Es ist infolge dieser Verringerung des Vorrats notwendig, daß die Erwachsenen nicht, wie wir das vorige Mal genehmigt haben, 1600 g Brot erhalten, sondern nur 1500 g.

2. Die Kinder vom vollendeten 1. bis 6. Lebensjahre erhalten wie bisher 950 g Brot wöchentlich. Die Herren erinnern sich, daß wir in der Sitzung am 30. März anerkannt haben, daß es notwendig sei, die Kinder in diesem Lebensalter ausreichend zu ernähren; und daß die halbe Brotkarte mit der alten Gewichtsbestimmung von 950 g diesen Kindern belassen wird, wird auch unter den veränderten Verhältnissen heute noch möglich sein.

3. Jugendliche Personen von 12 bis 17 Jahren erhalten jede zweite Woche einen Jugendzuschlag von 700 g Brot. Am 30. März hatten wir hierfür 800 g Brot festgelegt. Ich erinnere daran, daß die Reichsgetreidestelle für diesen Zuschlag früher eine Mehllieferung den Gemeinden überwies, was aber von nun an nicht mehr geschehen wird. Gleichwohl war aber auch in der letzten Sitzung der Magistrat der Ansicht, daß für diese Gruppe ein Zuschlag

erfolgen müsse. Wenn die Reichsgetreidestelle kein Mehl für diesen Zweck mehr liefert, muß natürlich die Stadt aus ihren eigenen Mitteln diesen Zuschlag decken.

4. Die **Schwerarbeiter** erhalten die von der Reichsgetreidestelle ihnen zugeteilten 700 g Brot als wöchentlichen Zuschlag. Hier hatten wir am 30. März ebenfalls 800 g gesagt. Ein Mehlszuschlag für die Schwerarbeiter wird von der Reichsgetreidestelle nach wie vor gegeben, aber nicht in der alten Menge, sondern um 25 Prozent gekürzt. Der Magistrat ist nun im Verein mit dem Mehl- und Brotverteilungsausschuß der Meinung, daß wir auch hier aus städtischen Mitteln ein übriges tun müssen, und aus den städtischen Vorräten wollen wir, soweit sich noch etwas erübrigen läßt, auch noch einer weiteren Anzahl Schwerarbeiter, als es bei alleiniger Verwendung des Reichszuschlages möglich wäre, einen Zuschlag zukommen lassen. Der Magistrat drückt das so aus: „Soweit stadtseitig Mehl verfügbar bleibt, wird es zur Ergänzung für solche Schwerarbeiter verwendet, deren Berücksichtigung aus der reichsseitig zur Verfügung gestellten Mehlmenge nicht möglich ist.“

Ferner bleibt bestehen — und das wird wesentlich zur Beruhigung der Bevölkerung dienen — die Abführung von 9 Doppelzentnern Mehl an die Fürsorgestellen, ferner von 15 Doppelzentnern für hoffende und stillende Mütter, und für unvorhergesehene Fälle 29,175 Doppelzentner.

Als Ausgleich für die der Bevölkerung weniger gelieferte Brotmenge wird alles das dienen, was in der vorigen Sitzung schon erwähnt ist, nämlich vom 16. April ab ein Zuschlag von $\frac{1}{2}$ Pfund Fleisch pro Person und Woche, eine vermehrte Abgabe von Gries, Grütze usw. und Abgabe von Kartoffeln in einer Menge von 5 Pfund statt der bisherigen $3\frac{1}{2}$ Pfund.

Diese neuen Bestimmungen haben der verstärkten Finanzkommission, wie ich schon erwähnt habe, vorgelegen; wir sind notgedrungen damit einverstanden, und die Stadtverordnetenversammlung wird ersucht, sich gutachtlich über die neue Verteilung zu äußern.

Stadtrat von Frankenberg: Die Entstehungsgeschichte dieser Vorlage und der Notwendigkeit der heutigen Verhandlung ist von dem Herrn Berichterstatter durchaus zutreffend wiedergegeben. Der Magistrat hatte gehofft, auf Grund der Verständigung mit Ihnen zum Ziele zu gelangen und die Lieferung eines 1600-Gramm-Brottes für die Bevölkerung aufrechterhalten zu können. Diese Hoffnung aber ist dadurch, daß die Reichsgetreidestelle Streckungsmittel in Gestalt von Weizenschrot und Roggenschrot uns nicht mehr zur Verfügung stellen konnte, was uns inzwischen bekanntgeworden war, nicht mehr aufrechtzuerhalten gewesen, und deshalb sind wir genötigt gewesen, zu den Vorschlägen in der heutigen Vorlage zu greifen und die geehrten Herren zu bitten, sich zu der Einteilung gutachtlich —

und wie ich hoffe, zustimmend — zu äußern. Ich kann mitteilen, daß aus verschiedenen Städten Beschlüsse vorliegen, die sich in derselben Richtung bewegen. Frankfurt am Main, Düsseldorf, Magdeburg, Posen, Schweidnitz und eine ganze Reihe von anderen Städten, haben sich auch genötigt gesehen, zur Ausgabe eines 1500-Gramm-Brotcs zu greifen.

Wir haben das Bestreben gehabt, soviel als möglich diese tief einschneidende und sehr schwer fühlbare Kürzung der Bevölkerung erträglich zu machen dadurch, daß wir die besonderen Gruppen, die der Herr Berichterstatter schon erwähnt hat, in einer ähnlichen Weise wie bisher berücksichtigt haben, daß wir bei den Kindern vom vollendeten 1. bis zum 6. Lebensjahre über die Durchschnittssätze hinausgehen, indem wir nicht eine verhältnismäßige Kürzung, sondern die Beibehaltung des bisherigen Bezuges eintreten lassen wollen. Vor allen Dingen legt der Magistrat auf den Jugendzuschlag besonderen Wert, weil die jugendlichen Personen von 12 bis 17 Jahren, die sich im Alter des Wachstums befinden, die Kürzung besonders schwer empfinden würden. Besonderen Nachdruck legen wir auch darauf, daß wir bei Zuteilung der Schwerarbeiterzulage noch ergänzend allwöchentlich mit einigen Doppelzentnern einzugreifen in der Lage bleiben. Das wird sich nach dem Arbeits- und Verteilungsplane, wie er vom Magistrat Ihnen vorgelegt ist, einrichten lassen.

Inzwischen hat erfreulicherweise das Landesernährungsamt und unser Ministerium sich entschlossen, ein weiteres Zugeständnis aus der Landesrücklage zu machen, das gewiß in allen denjenigen Familien, in denen die Ernährung kleiner Kinder große Sorge macht, mit Freuden begrüßt werden wird: Es soll aus der Landesrücklage für alle Kinder, die mindestens zwei Jahre, aber noch nicht 6 Jahre alt sind, so viel Mehl noch zur Verfügung gestellt werden, daß diese Kinder eine volle Brotkarte wie die Erwachsenen bekommen können, so daß sie also nicht mit 950 g Brot, wie wir vorgesehen haben, sondern mit vollen 1500 g in Zukunft bedacht werden können. Dieses Zugeständnis, das für Kinder im Alter von 2—6 Jahren (nach ungefährender Schätzung 8400) mit wöchentlich weiteren 420 g Mehl gemacht wird, ist auf 35 Doppelzentner in der Woche, oder — bis Mitte August 20 Versorgungswochen gerechnet — mit 700 Doppelzentner Mehl zu veranschlagen, ist also ein beträchtliches.

Außerdem bin ich ermächtigt, mitzuteilen, daß das Herzogliche Ministerium unser Landesernährungsamt beauftragt hat, noch weiter für die gesamte hiesige Bevölkerung in den bevorstehenden schweren Monaten von Mitte April ab an Nahrungsmitteln ausgiebiger als bisher aus Landesmitteln auszubelfen, so daß nicht zwei Pfund Nahrungsmittel für die Person jeden Monat, sondern demnächst drei Pfund monatlich für den Kopf der Bevölkerung gewährt werden. Es wird das zur Folge haben, daß wir mit Grieß, Haferfloken, Graupen, Nudeln, Suppen-

würze, deutschem Kartoffelsago und dergleichen noch mehr als bisher die Bevölkerung zu versorgen in der Lage sind.

Nehmen Sie diese neuen Zugeständnisse in Verbindung mit der bestimmten Zusage, die uns in ausführlicher dreistündiger Besprechung am vorigen Sonnabend in Gegenwart zahlreicher Arbeitervertreter von Herrn Minister Krüger gemacht wurde, daß unbedingt die Gewährung der Fleischzulage von $\frac{1}{2}$ Pfund, wie auch die Erhöhung der Kartoffelration von $3\frac{1}{2}$ auf 5 Pfund durchgeführt werden soll, so können Sie darnach wohl ermessen, daß die staatlichen und städtischen Behörden bestrebt gewesen sind, soviel als irgend möglich diese schwer zu erduldennde Brotkürzung der Bevölkerung leichter zu machen.

Nun haben wir uns weiter im Magistrat gesagt: Es ist in bezug auf die Schwerarbeiterzulage im höchsten Grade wünschenswert, daß in Zukunft die Verteilung sich mehr als bisher den bestehenden Verhältnissen anpaßt. Es ist deshalb vom Magistrat an den Vorstand des Gewerkschaftskartells das Ersuchen gerichtet, es möge der Ausschuß, der für die Verteilung der Schwerarbeiterzulage zuständig ist, und den wir kurz den Zuschlagsausschuß zu nennen pflegen, verstärkt werden durch eine Reihe von Vertretern aus Berufsgruppen, die hierfür in Betracht kommen. Bisher hatten wir aus der Metallindustrie und aus dem Bauarbeiterstande je einen Vertreter in diesem Ausschusse. Wir haben an das Gewerkschaftskartell die Bitte gerichtet, es mögen auch aus Fabrikarbeiterkreisen, aus den Brauerei- und Mühlenarbeitern, Handels- und Transportarbeitern, Staats- und Gemeindefarbeitern, kurz aus allen denjenigen Gruppen, die die nächsten dazu sind, die Schwerarbeiterzulage zu erhalten, Vertreter genannt werden. Wir hoffen, daß wir auf diese Weise eine ganze Reihe von Fällen werden berücksichtigen können, in denen bisher die Schwerarbeiterzulage nicht zuerteilt ist, weil die Verhältnisse nicht genügend klargestellt waren und die Wünsche der Beteiligten uns nicht in allen Einzelheiten bekannt waren, und sind der Ansicht, daß wir dadurch eine wesentliche Erleichterung werden schaffen können. Vor allen Dingen bitte ich zu berücksichtigen, daß durch das neue Zugeständnis des Ministeriums in manchen Familien, in denen mehrere Kinder von 2—6 Jahren vorhanden sind, dasjenige, was durch die Verminderung der Zuteilung an Brot für die Erwachsenen gekürzt werden mußte, nicht nur ausgeglichen, sondern übertroffen wird.

Ich hoffe, Sie werden uns darin unterstützen, daß in der Bevölkerung die Überzeugung befestigt wird, daß wir in dieser Zeit bei der Kürzung der Brotlieferung dasjenige zu bieten bemüht gewesen sind, was bei Lage der Verhältnisse sich irgendwie erreichen läßt.

Stadtv. **Miese:** Ich will gern zugestehen, daß unsere Behörden den Ernst der Zeit begreifen und ihm in ihren Maßnahmen Rechnung tragen, aber ich habe

bereits am 30. März hier darauf hingewiesen, welche Gefahr darin liegt, das kräftigste der gewöhnlichen Nahrungsmittel des Volkes, das Brot, zu kürzen. Sie wissen alle, wie es heute mit all den andern Nahrungsmitteln bestellt ist. Hülsenfrüchte sieht man überhaupt nicht, trotzdem sie doch im vorigen Sommer ebenjogut gebaut sind wie in anderen Jahren. Auf anderes will ich gar nicht eingehen, es ist Ihnen ja genau so bekannt wie mir. Nun ist mir nicht recht klar, weshalb man die Kürzung der gewöhnlichen Brotration bis auf 1500 g vornehmen will, da doch noch für unvorhergesehene Fälle 29 Doppelzentner Mehl und noch mehr zur Verfügung steht. Wäre es da nicht möglich, daß man mindestens das 1600-Gramm-Brot, wie es in der letzten Sitzung vorgeschlagen wurde, beibehielte? Ich meine, das müßte doch möglich sein; lieber wäre es mir ja, wenn die Brotration wieder auf 2000 g heraufgesetzt werden könnte, denn heute ist die Klage allgemein, daß es an Brot fehlt, auch wenn später 5 Pfund Kartoffeln geliefert werden, denn die Hälfte davon muß weggeworfen werden, weil sie schlecht sind, und wenn eine Mahlzeit davon in den Topf genommen und gekocht ist, zeigt sich, daß man fünf Sorten nebeneinander bekommen hat: die eine ist hart wie Stein, die andere schmeckt wie Seife, und höchstens einige findet man dabei, die den Namen Kartoffel verdienen, die Nährwert haben und mehlig sind. Es sind das heute keine Nährmittel mehr, sie taugen kaum dazu, den Magen zu füllen, geschweige denn, die Bevölkerung bei Kräften zu erhalten. Wenn die Summen, die hier genannt sind, gleichmäßig zur Verteilung kämen, so brauchte man, wie ich glaube, die Brotration nicht so stark zu verkürzen. Es ist doch richtig, daß das Brot das beste Nahrungsmittel für die Allgemeinheit ist, am Brot hängt alles, und ich möchte nochmals darauf hinweisen, daß die Kürzung der Brotration in der Bevölkerung nicht ruhig aufgenommen werden wird, denn eine Kürzung an Brot geht ans Leben, und jeder wird das verteidigen.

Stadttrat von Franckenberg: Wenn es sich irgendwie einrichten ließe, einem derartigen Wunsche, wie ihn begreiflicherweise Herr Riecke ausgesprochen hat, Rechnung zu tragen, so würden wir sowohl im Mehlmehlwirtschaftsausschuß wie auch im Magistrat uns ihm angeschlossen haben. Es ist aber nach eingehender Prüfung der Verhältnisse schlechterdings nicht möglich, einem solchen Wunsche nachzukommen, selbst dann nicht, wenn wir jedes Sonderzugeständnis für den Jugendzuschuß, jede Überschreitung der halben Brotkarte für Kinder vom 1. bis 6. Lebensjahre und ferner jede Ergänzung der Schwerarbeiterzulage aus städtischen Mehlabständen über Bord werfen wollten. Wenn wir uns ausschließlich auf das Ziel beschränkten, den 114 500 Personen von 6 Jahren an aufwärts wöchentlich 1600 g Brot zu gewähren, so würde das Exempel nicht aufgehen, auch dann nicht, wenn wir die 2 Prozent Rücklage, mit der wir unbedingt rechnen wollen, preisgeben

würden. Wir würden leichtsinnig handeln, wenn wir einem derartigen Wunsche uns ohne weiteres fügen würden, denn was sollte dann werden, wenn wir in den August hineinkommen und Braunschweig hätte kein Mehl mehr! Würden wir irgend einen Erfolg haben, wenn wir dann der Landes- oder Reichsgetreidestelle sagten: „Wir sind mit unserem Vorrat zu früh fertig geworden, weil wir der Bevölkerung das 1600-Gramm-Brot nicht nehmen wollten?“ — Ich möchte auch nicht eine einzige Woche dieser Gefahr preisgeben, und wir müssen rechnen, daß wir bis Mitte August noch $17\frac{1}{2}$ Wochen auszukommen haben. Man soll vorsichtigerweise, da in diesem Jahre das Frühjahr sich spät entwickelt, mit einer Zeit der Ernte rechnen, die über frühere Jahre hinausliegt. Was an Mehl für ein um 100 g schmereres Brot zu rechnen ist, beträgt 80 g, und diese Menge allgemein mehr auszugeben, sind wir nicht imstande; wir würden uns zu frühzeitig verausgaben, wenn wir ein derartiges Zugeständnis machen wollten.

Nachdem die anderen Zugeständnisse in Gestalt von Fleisch, Kartoffeln und Nahrungsmitteln gemacht worden sind, wird es richtiger sein, daß man darauf sein Augenmerk richtet, bei Gewährung der Schwerarbeiterzulagen möglichst noch an diejenigen Gruppen heranzugehen, die in der letzten Zeit entweder leer ausgingen oder vielleicht nur jede zweite Woche oder noch seltener berücksichtigt sind — ich erinnere z. B. an die Arbeiter in Konservenfabriken, an die Zeitungsträgerinnen und an ganze Reihen von anderen Gruppen, denen wir nicht wöchentlich, sondern nur alle zwei Wochen Zuschlagskarten gewährt haben. Können wir ihnen in Zukunft allwöchentlich Zuschlagskarten zugestehen — und die Vorbereitungen dafür scheinen darauf hinzudeuten, daß wir dazu vom nächsten Montag ab wohl imstande sein werden —, dann haben wir, glaube ich, doch einer ganzen Reihe von Einwohnern die bittere Pille einigermaßen versüßt. Wenn diese Zulage Woche für Woche geschehen kann, dann sind wir vielleicht dem Ziele näher gekommen, das uns vorzweht, nämlich daß wir möglichst vielen durch einen derartigen Schwerarbeiterzuschlag helfen. Es ist nichts Geringes, daß bis zu 29 000 Einwohner einen derartigen Zuschlag erhalten können; es bedeutet, daß jeder vierte Erwachsene einen solchen Schwerarbeiterzuschlag bekommt. Dadurch werden die Beteiligten nach meiner Ansicht über die kommenden Wochen leichter hinweggebracht, als es sonst der Fall sein würde. Ich kann Herrn Riese also nur erwidern: So gern ich zu dem Zugeständnis der Lieferung eines 1600-Gramm-Brottes bereit sein würde, so dürfen wir doch nicht dazu schreiten, ohne daß unsere fortlaufende Versorgung aufs empfindlichste gefährdet würde. Herr Lauer, Herr Diekmann und Herr Ohlendorf werden bestätigen, daß wir die Möglichkeit der Gewährung von 1600 g Brot eingehend erwogen haben, wir sind aber schließlich dazu gekommen, sagen zu müssen: Es läßt sich nicht anders machen als es vorgeschlagen ist.

Auf eins möchte ich allerdings noch besonders aufmerksam machen. Es sind in der letzten Zeit mancherlei Klagen über die Beschaffenheit des Brotes laut geworden; dadurch aber, daß wir jetzt ohne Streckungsmittel nur aus 1140 g Mehl das Brot herzustellen vorschreiben, werden derartige Klagen verstummen können. Die Streckungsmittel von früher waren nicht einwandfrei, jetzt wird aus reinem Mehl das Brot hergestellt, und wir können verlangen, daß tadellose Ware hergestellt wird. Der Mehlverteilungsausschuß hat sich ja auch mit der Frage befaßt, ob nicht andere Streckungsmittel angewandt werden sollten, ob dazu nicht vielleicht die in dieser Zeit so sehr zu Ehren gekommene Steckrübe verwendet werden könnte. Wir haben uns aber gesagt: Wir wollen lieber ein wirklich gutes, wohl-schmeckendes, der Bevölkerung willkommenes Brot ohne solche, nicht immer sehr zweckmäßige Streckungsmittel bieten, als daß wir zu einem mit Steckrüben gestreckten Brote unsere Zuflucht nehmen, und ich glaube, daß die Herren auch hiermit einverstanden sein werden.

Stadtv. Stegmann: Herr Frede als Referent begann seine Ausführungen mit den Worten, es sei nötig, daß Aufklärung geschaffen wird. Wenn man nun bedenkt, daß diese Sache schon zum zweitenmal in der Stadtverordnetenversammlung zur Sprache kommt, so ist das ein Beweis dafür, daß uns das Feuer tatsächlich auf den Nägeln brennt. Es ist mit den Ernährungsverhältnissen immer schlechter geworden, und alle schönen Ausführungen, die gemacht werden, können über die Schwere der Zeit nicht hinwegtäuschen. Ich erinnere daran, daß wir zu Anfang 10½ Pfund Kartoffeln haben sollten. Was wir in Wirklichkeit gehabt haben, das wissen Sie, auch in welchem Zustande sie gegeben werden, und dazu noch als Ersatz mehrere Wochen Steckrüben. So kann es doch nicht weitergehen! Das einzige Gute, was heute hat verkündet werden können, ist, daß die Kinder vom 2. bis 6. Lebensjahre von nun an eine ganze Brotkarte bekommen sollen; aber das kann nicht den Rückgang bei der erwachsenen Bevölkerung aufwiegen. Es ist tatsächlich so, daß die Arbeiter der Kriegsindustrie, die Munitionsarbeiter, immer wieder beruhigt werden, daß nur für sie gesorgt wird. Ich erkenne das vollkommen an und will sie deswegen auch nicht beneiden; aber wie geht es der übrigen großen Masse der Bevölkerung? Es wird immer von Schwerarbeitern und Schwerstarbeitern gesprochen, aber die anderen hungern weiter. Das kann zum Teufel nicht mehr so weitergehen.

Immer wieder werden Versprechungen gemacht! Fleisch soll mehr gegeben werden, aber die große Masse kann das Fleisch nicht bezahlen, und so nützt die Fleischzulage wenig. Dadurch kann lange nicht das Brot ersetzt werden, das uns entzogen wird. Nahrungsmittel und Kartoffeln sollen wir mehr bekommen! Die Not-schaft hör' ich wohl, allein mir fehlt der Glaube, denn ich bedenke, wie die Kar-

toffeln aussehen, die wir bisher erhalten haben, und wie sie wenig geworden sind. Jetzt sollen wir mehr davon bekommen? Das bezweifle ich. Es sind nur Beruhigungspflästerchen, die uns geboten werden. Wenn es fortgesetzt möglich ist, daß durch die Reichsgetreidestelle in Berlin mit Hilfe der Militärbehörden den Schwerstarbeitern, nämlich den Arbeitern der Munitionsindustrie, mehr geboten werden kann, sollte es da nicht möglich sein, für die Allgemeinheit das Mehr zu bieten? Dort tut man doch, was nötig ist; die übrige Bevölkerung mag zugrunde gehen, und niemand fragt darnach! Da sollten doch endlich die Magistrate der Städte, namentlich die der Großstädte, zusammentreten und zur Regierung sagen: Das geht unter keinen Umständen so weiter.

Der Magistrat und der Mehlerverteilungsausschuß geben sich ja alle Mühe, zu tun, was ihnen möglich ist, das weiß ich, denn ich bin selbst im Mehlerverteilungsausschuß. Aber was nützen unsere Beratungen? Wir wollen doch nicht dem einen etwas entziehen und dem anderen geben, und sonst ist nichts da. Was nützen uns alle die Beruhigungspflästerchen? Der Magistrat müßte energisch bei der Regierung fordern: „Sorgt dafür, daß es anders wird, oder macht Schluß mit dem Kriege, das Durchhalten geht nicht mehr.“

Dann werden wir wieder getröstet auf die nächste Ernte. Dasselbe geschah vor einem Jahre im Reichstage seitens des Herrn Reichskanzlers. Es ist nach der vorigen Ernte nicht besser geworden, und wenn wir jetzt durch die Ähren fahren und sehen, wie trostlos das Wintergetreide steht, dann müssen wir fürchten, daß die Ernte in diesem Jahre noch schlechter ausfällt. Die Regierung und die Annexionisten, die den Mund immer noch voll nehmen und nicht einsehen wollen, daß es an der Zeit ist, ernstlich einzulenken, müssen gedrängt werden, daß endlich Schluß mit dem Kriege gemacht wird.

Stadtv. Lauer: Nach der letzten Sitzung im Mehlerverteilungsausschuß ist mir ein Gedanke gekommen, den ich dort leider nicht mehr zum Ausdruck bringen konnte. Ich halte es nicht für unangebracht, die Idee hier bekanntzugeben. Wir haben bekanntlich im vorigen Jahre viele Kinder von den Städten nach dem Lande zur Erholung geschickt, und gegenwärtig ist man dabei, dies wieder, und zwar auf längere Zeit, zu wiederholen. Die Einrichtung hat sich damals sehr gut bewährt. Nun wird aber den Landbewohnern für Aufnahme der Kinder irgendwelche Entschädigung nicht gewährt; die bescheidenen Darbietungen der Kinder durch Hilfsleistung in der Landwirtschaft kann man wohl kaum als solche anprechen. Da sollte ich meinen, es wäre vielleicht nicht unrichtig, die Sache so zu gestalten, daß man bei dem ungünstigen Stande der gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnisse die Kinder in noch viel größerer Menge als Selbstversorger aufs Land schickt, und zwar gegen eine gewisse Vergütung. Diese Vergütung würden

bis zu einem gewissen Grade, vielleicht bis zu 50 Pf. pro Tag, gewiß die Eltern selbst übernehmen, wenn sie wissen, daß ihre Kinder in guter Pflege sich befinden.

Vorsitzender: Entschuldigen Sie, Herr Lauer, daß ich Sie unterbreche, aber die Verbindung zwischen Ihren Ausführungen und unserer Beratung ist doch nur eine sehr lose. Ich sehe nicht ein, was die Verhückung der Kinder mit der Mehlsverteilung zu tun hat. Wir wollen uns jetzt doch schlüssig werden, wie das vorhandene Getreide verteilt werden soll.

Stadtv. Lauer (fortfahrend): Wenn wir noch mehr Kinder nach dem Lande schicken, dann können wir in großer Menge Mehl für die in der Stadt Verbleibenden frei bekommen. Ein Teil der Herren schüttelt den Kopf und will mich nicht verstehen. Die Stadt Schöneberg hat für diesen Zweck 300 000 .// bares Geld bewilligt. Die Kriegsnöte werden natürlich auch an der Stadt Schöneberg nicht spurlos vorübergegangen sein, und die Stadtverordneten dort werden auch mit schwerem Herzen zu diesem Entschlusse gekommen sein; sie sind aber dazu gekommen, weil sie es für nötig erachten. Es leuchtet ohne weiteres ein: Sind die Kinder nicht hier und fallen sie uns bei der Mehlausteilung nicht zur Last, so kommt eine große Menge Brot den übrigen Einwohnern zuflatten. (Zuruf: Dann werden uns die Mehlsvorräte verkürzt!) Der Mehlsvorrat wird uns insofern nicht gekürzt, weil die Bestände für jede Stadt vorher festgestellt sind. (Zuruf.) Nun, wir sind da, um die Angelegenheit zu beraten, und wenn Sie mich eines Besseren belehren, soll es mir recht sein. Ich halte mich für verpflichtet, derartige Sachen, die vielleicht im Interesse der Stadt Braunschweig liegen können, hier zu berühren. Schöneberg hat 300 000 .// aus der Stadtkasse bewilligt. Sollte das hier nicht angehen, so ist auch die Opferwilligkeit der Braunschweiger bekannt. Ich glaube, ein Aufruf an unsere Bevölkerung, unter dessen Unterschriften ich mir an der Spitze den Namen des Herrn Oberbürgermeisters Metemeyer denke, würde viel Mittel schaffen, damit wir immer noch mehr Kinder aufs Land schicken können.

Oberbürgermeister Metemeyer: Ich kann wohl ohne weiteres erklären: Wenn dieser wunderschön klingende Gedanke des Herrn Lauer mit Geld verwirklicht werden könnte, so würde die Stadtverordnetenversammlung einstimmig dem Magistrat jede Summe, die dafür nötig wäre, zur Verfügung stellen. Darüber herrscht doch kein Zweifel! Ich habe über diese Frage mit dem Schuldirektor Dr. Appuhn gesprochen, da ich auch auf den Gedanken gekommen war, man sollte lieber den Landwirten für Aufnahme der Kinder etwas Entschädigung in Geld anbieten. Der Schuldirektor steht auf einem anderen Standpunkte; ich habe ihm aber erwidert: „Lassen Sie uns die Sache abwarten. Die Anträge und An-

erbietungen sind teilweise schon eingegangen. Sollte sich zeigen, daß ein großer Teil der Leute auf dem Lande eine Vergütung dafür haben will, daß sie Kinder hinnehmen, dann würde ich dafür sein, daß wir im Interesse der Kinder die dafür nötige Summe bewilligen.“ Denn bessere Ernährung als hier in der Stadt haben sie zur Zeit auf dem Lande jedenfalls; das dürfen wir wohl ohne weiteres anerkennen.

Der Schluß aber, den Herr Lauer aus der Verschickung der Kinder aufs Land zieht, nämlich daß uns dadurch mehr Mehl für die übrigen Einwohner zur Verfügung stände, ist ein Trugschluß. Wir bekommen nicht etwa eine nach Verhältnis der Einwohnerzahl, die unsere Stadt am 1. Dezember vorigen Jahres gehabt hat, berechnete Menge an Roggen, Weizen oder Mehl zugewiesen, sondern müssen ganz genau Rechnung darüber ablegen, wieviel Einwohner jeweilig vorhanden sind, und mehr, als uns darnach zusteht, dürfen wir nicht verbrauchen. Wenn wir Kinder aufs Land schicken, müssen wir ihnen Brotmarken mitgeben und dürfen dann nur entsprechend weniger Mehl und Brot in der Stadt verbrauchen. An sich aber ist der Gedanke, wie ich schon ausgeführt habe, gut, und ich würde nichts dagegen haben, wenn die Stadtverordnetenversammlung erklärte: „Wenn damit die Sache gefördert wird, ermächtigen wir den Magistrat, Mittel dafür aufzuwenden.“

Stadtv. Salomon: Die Kürzung der Brotzuweisung wird selbstverständlich in allen Kreisen der Bevölkerung aufs schmerzlichste empfunden und tief beklagt werden. Aber wir stehen nun einmal vor einer unabwendbaren Notwendigkeit und müssen uns fügen. Ich möchte nur noch eine Bitte an den Magistrat aussprechen. Wir haben vom Herrn Stadtrat von Frankenberg viele Einzelbestimmungen in bezug auf erhöhte Zuweisung von anderen Nahrungsmitteln gehört, die neu in Kraft treten sollen. In der Bevölkerung besteht nun vielfach Unklarheit über einzelne Punkte, und deshalb möchte ich ersuchen, von maßgebender Stelle aus eine summarische Aufklärung über alle einschlägigen Fragen, wie unsere demnächstige Ernährung geregelt werden soll, zu geben.

Stadtv. Meyerhoff: Ich habe mich gefreut, hören zu können, daß ich einmal mit Herrn Stegmann, wie man zu sagen pflegt, aus einem Dorfe bin. Was Herr Stegmann, die Schwerarbeiter betreffend, andeutete, ist auch schon in der Finanzkommission erörtert. Dort habe ich die Sache angeregt und gefragt, ob wohl die Verteilung an die sogenannten Schwerarbeiter in richtiger Weise vor sich geht. Ich kann nicht anerkennen, daß Mädchen von 15—17 oder 18 Jahren, die an der Drehbank stehen, unter die Schwerarbeiter gerechnet werden müssen. Wer die Arbeit in den Fabriken bei der Fassondreherei kennt, wird sagen, daß diese Arbeiterinnen sozusagen den ganzen Tag körperlich sehr wenig angestrengt werden.

Ebenso ist mir die Verteilung unter die Schwerstarbeiter fraglich. Auch diese Frage ist vom verstärkten Finanzausschuß behandelt, und es ist uns die Zusage gemacht, daß Herr Stadtrat von Frankenberg sich in dieser Sache an den deutschen Städtetag wenden wolle, damit dieser bei der Reichsverteilstelle vorstellig werde. Ich erkenne an, daß eine ganze Menge Arbeiter unter der Flagge Schwerarbeiter segeln, die es gar nicht sind, und durch sie wird denjenigen, die es nötig haben, der Zuschlag entzogen. Wenn wir da Abhilfe schaffen können, so wäre das sehr zu wünschen, und ich hoffe, daß, wenn ein Bericht vom Städtetage abgeht und vielleicht auch noch von anderer Seite in dieselbe Kerbe gehauen wird, Abhilfe vom Staate kommen wird.

Vorläufig müssen wir rechnen mit dem, was wir augenblicklich haben, und so hat sich denn die Finanzkommission auch entschlossen, diesen schweren Schritt Ihnen zu empfehlen.

Stadtrat von Frankenberg: Ich darf zunächst Herrn Salomon erwidern, daß der Magistrat sehr gern bereit sein wird, für die Belehrung der Bevölkerung über alle in die Ernährung einschlagenden Fragen von Woche zu Woche zu sorgen. Wir geben allwöchentlich das kleine Merkblatt an die Presse: „Was wir in nächster Woche an Lebensmitteln gegen Marken bekommen.“ Vielleicht läßt sich da eine Ergänzung in der einen oder anderen Weise einschalten. Daneben haben wir, wie die Herren bemerkt haben werden, in der letzten Zeit sehr eifrig mit der Presse Fühlung genommen, um über die Ernährungsfrage von Tag zu Tag Mitteilungen zu machen, die von Bedeutung sind.

Herrn Meyerhoffs Wünschen hoffe ich zunächst in den Sitzungen des erweiterten Zuschlagsausschusses Rechnung tragen zu können. Die Sache wird in der Weise vereinfacht, daß zwei Karten nur an die Zahl von 2400 Schwerstarbeitern wöchentlich ausgegeben werden und alle Schwerarbeiter nur eine solche Zusagekarte bekommen. Auf diese Weise hört das begreifliche Hinüberblicken nach dem mehr begünstigten Nachbar auf. Jeder bekommt seine Zusagekarte und wird sich dabei beruhigen müssen, daß in zahlreiche Familien, in die bisher nur eine einzige gefallen war, in Zukunft zwei oder drei fallen.

Der Anregung des Herrn Lauer in bezug auf die Ersparnis durch das Hinausschicken von Kindern nach dem Lande würde ich gern auch meinerseits nachgehen, wenn die geltenden Vorschriften die Möglichkeit dafür böten. Aber wir können die Kinder selbstverständlich nicht mit leeren Händen, d. h. ohne den üblichen Brotkartenabmeldechein und ohne Reisebrotmarken, in die Ferne ziehen lassen. Wenn die betreffende Gemeinde oder der auswärtige Kostgeber darauf verzichten sollte, so ist das eine Sache für sich; doch können wir mit diesem Verzicht nicht ohne weiteres rechnen. Sobald wir die Reisebrotmarken für die Kinder

ausgeben, wird uns der ihnen entsprechende Mehl- und Brotverbrauch von der Reichsgetreidestelle angerechnet, und dem können wir uns nicht entziehen, ganz abgesehen von der Frage, ob es viel ausmachen würde bei einer Bevölkerung von 125 000. Ich glaube, daß wir auf diesem Wege zu einer wesentlichen Ersparnis nicht kommen würden.

Dagegen ist vielleicht ein anderer Punkt für die geehrten Herren geeignet, als freundliche Helfer angesehen zu werden. Ehrlichkeit und Gewissenhaftigkeit sind bei jeder Verwaltung, auch bei der Stadtverwaltung, die Grundlage des ganzen Verkehrs gewesen, und so spielt auch bei der Brotkartenverteilung diese Ehrlichkeit eine große Rolle, wird aber leider hier und da durchbrochen durch eine Handlungsweise, der Sie ganz gewiß nicht zustimmen können. Der Magistrat hat sich deshalb genötigt gesehen, an die hiesige Bevölkerung mit einer dringenden Warnung zu gehen, sich an die bestehenden Vorschriften zu halten und jede überzählig gewordene Brotkarte — z. B. beim Tode eines Mitgliedes der Familie, Aufnahme in eine Anstalt, ins Gefängnis, Seeresdienst — an uns zurückzugeben, da wir sonst nicht nur mit Strafen, sondern auch bei der nächsten Brotkartenverteilung mit einer nachträglichen Kürzung der zu beanspruchenden Karten vorgehen müßten. Die Herren sind gewiß jeder in seinem Hause und seinem Kreise in der Lage, mit dahin wirken zu können, daß diese Ehrlichkeit und Gewissenhaftigkeit von der Bevölkerung streng beobachtet wird. Wenn Sie bedenken, daß wir jede Woche vielleicht tausend Brotkarten zu viel ausgeben, weil nicht überall diese Ehrlichkeit und Gewissenhaftigkeit die Richtschnur des Handelns bildet, und wenn Sie sich weiter vorstellen, daß wir für 1000 ganze Brotkarten 2000 Zusatzkarten ausgeben könnten und damit sehr vielen Leuten einen großen Gefallen tun würden, dann wird Ihr zweifellos vorhandener Eifer, uns in dieser Förderung der Gewissenhaftigkeit zu unterstützen, gewiß noch mehr angefeuert werden, und das wollte ich mit meinen letzten Ausführungen bezwecken.

Stadtv. **Loeschigt:** Herrn Stegmann kann ich bezüglich seiner Ausführungen über die Schwerarbeiter nur beipflichten. Wer alles will heute nicht Schwerarbeiter sein, denn Brot ist nun einmal heute neben den Kartoffeln der begehrteste Artikel. In der Kommission habe ich die Frage angeregt, ob denn nun, wenn diese Kürzung an Brot eintritt, auch das, was uns an Brot entgeht, durch Fleisch und Kartoffeln wirklich uns voll ersetzt werden wird. Ja, meine Herren, zugesagt ist uns das in der Kommission, aber wie die Verhältnisse heute liegen, habe ich mich positiv nicht davon überzeugen können, daß es geschehen wird. Die Lieferung des Brotes aber, das wir bekommen sollten, ist ja bisher immer noch so, wie es uns vorgelegt wurde, innegehalten.

Sehr interessant war es für mich, in der verstärkten Finanzkommission am Sonnabend zu hören, woher der Mehlaufschuß für die Zusatzkarten der Schwerarbeiter kommt. Es waren immer Tausende von Zusatzkarten, die wir in der Kommission bewilligt hatten, und wir waren nicht darauf gekommen, daß diese Bewilligungen eigentlich von der Allgemeinheit getragen wurden, neben der Reichsgetreidestelle.

Das Exempel auszurechnen, wie die Verteilung der vorhandenen Mehlmenge am besten vor sich geht, überlasse ich dem Herrn Stadtrat von Frankenberg, der uns schon bei der vorigen Verteilung gezeigt hat, daß er gut gerechnet hat. Es muß doch als ein großes Quantum angesehen werden, was als Zusatzkarten von Reichs wegen ausgegeben wird.

Nun komme ich auf das Thema der sogenannten Schwerarbeiter. Ein jeder will heute Schwerarbeiter sein; darin hat Herr Meyerhoff recht. Wir haben alle das Bedürfnis, heute mehr Brot zu essen. Es ist eine alte Erfahrung: Worin man knapp gehalten wird, darnach hat man den meisten Hunger; wovon man aber viel hat, das achtet man nicht. Wenn jeder von den Arbeitgebern, wie Herr Stadtrat von Frankenberg will, in seinem Betriebe dafür sorgt, daß wirklich derjenige, der es nötig hat, den Zuschlag bekommt, und — wie uns zugesagt ist — die Arbeitnehmer selbst die Verantwortung für eine richtige Verteilung mit übernehmen, wie das in vielen Betrieben schon geschieht, dann muß die Verteilung doch möglichst gerecht vor sich gehen. Nach den Ausführungen des Herrn Stadtrat in der Kommission habe ich das Gefühl, daß wir nicht mehr die Verantwortung für eine richtige Verteilung zu tragen haben, da die Arbeitnehmer in den Betrieben es selber in der Hand haben, zu bestimmen: Der ist Schwerarbeiter — der ist Feuerarbeiter — der gebraucht eine doppelte Zuschlagskarte — der ist ein Leichtarbeiter. Ich habe es in meinem eigenen Betriebe gesehen: Jeder verlangt eine Zuschlagskarte und meint, er hätte die meiste Arbeit zu leisten. Herr Stegmann hat recht: Es müßte hier der Hebel eingesetzt werden, daß jeder, der es verdient, die Zuschlagskarte erhält. Ich gönne jedem eine doppelte Karte, aber das läßt sich ja nicht ausführen, und so ist der einzig richtige Weg, daß die Arbeitnehmer selbst dafür sorgen, daß nur der eine Zusatzkarte bekommt, der wirklich Schwerarbeiter ist.

Es ist nicht zu verkennen, daß Herr Stegmann mit seiner Behauptung recht hat: Wir haben im Mehlosteilungsausschuß alles mögliche getan, und der Magistrat hat sich auch alle Mühe gegeben, die vorige Mehlosteilung, so günstig es nur ging, zu gestalten. Dennoch müssen wir noch einmal an die Verteilung herangehen, weil diese wichtige Mitteilung von oben uns nicht zu rechter Zeit gemacht war. Das Fehlen dieser wichtigen Mitteilung hat es bewirkt, daß die Sache nun noch einmal vorgebracht werden muß und die Bevölkerung nicht von vornherein

aufgeklärt ist. Ein Verschulden beim Magistrat liegt nicht vor. Es ist vielfach bei den Arbeitnehmern der Gedanke aufgetaucht, es läge an dem Magistrat, wenn sie keine Zusatzkarten bekamen. In Wirklichkeit liegt es aber an der Knappheit des Materials. Wir haben es eben nicht, und leider ist es schlimm mit den vorhandenen Vorräten geworden. Wenn nicht so viel verquast wäre, dann würden wir vielleicht mehr haben; das ist mein Gefühl in dieser Sache. Da wir aber nur mit positiven Zahlen rechnen können, so können wir die Verringerung des Brotquantums für jeden einzelnen nicht ändern.

Ich habe mir erlaubt, einen Antrag einzubringen. Ich habe nämlich gelesen, daß am 5. April in Berlin außer Scheinen für Brot und Haferflocken auch solche für *Konjerven* ausgegeben sind. Wenn es in Berlin möglich ist, Konjerven auszugeben, dann muß es in der Konjervestadt Braunschweig auch angebracht sein, daß ab und zu Gemüsekonserven ausgegeben werden. Ich hörte zwar von einer Seite in der Kommission, es könne nicht zutreffen, daß man in Berlin Konjerven ausgabe, aber ein Magistratsmitglied sagte mir heute, daß wir das einrichten könnten, wie wir wollten. Deshalb habe ich dem Herrn Vorsitzenden einen Antrag überreicht, in dem ersucht wird, den Verkauf von Gemüsekonserven in der Stadt freizugeben.

Vorsitzender: Da von Herrn Loeschig darauf hingewiesen ist, so möchte ich in Unterbrechung der jetzigen Beratung kurz mitteilen, daß ein *dringlicher Antrag* eingegangen ist von Herrn Loeschig, der lautet:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, Schritte zu tun, damit der Verkauf von Gemüsekonserven freigegeben wird.“

Weiter ist eingegangen ein *Antrag* des Herrn Frede mit folgendem Wortlaut:

„Die Stadtverordnetenversammlung ersucht den Stadtmagistrat, bei den zuständigen Stellen nachdrücklichst dafür einzutreten, daß die in letzter Zeit vielfach vorgekommenen Belästigungen und Gepäckdurchsuchungen nach der Stadt Braunschweig reisender Personen durch polizeiliche oder militärische Organe zum Zwecke der Ausfindigmachung von eingebrachten Lebensmitteln unterbleibt, oder daß wenigstens die Hereinbringung von Lebensmitteln bis zu einer Höchstgrenze erlaubt wird.“

Ich werde den beiden Herren Antragstellern nach Beendigung der jetzigen Beratung das Wort zur Begründung ihrer Anträge erteilen.

Wir fahren in der Beratung der Mehl- und Brotverteilung fort.

Stadtv. Genzen: Wenn man den letzten Punkt der Tagesordnung liest: „Regelung des Verbrauchs von Mehl und Brot“, so sieht der recht unschuldig aus,

aber um so inhaltschwerer ist seine Ausführung. In der letzten Zeit oder überhaupt noch niemals hat uns ein Punkt beschäftigt, der eine solche folgenreiche Bedeutung gehabt hätte wie die heutige Herabsetzung des Brotverbrauchs. Daß mit dem Brot, das jedem einzelnen zusteht, nicht auszukommen ist, darüber brauchen wir ja gar nicht mehr zu sprechen; alle Herren werden mir darin beistimmen. Es würde noch nicht so schlimm sein, wenn dabei nicht noch alles andere auch so knapp wäre. Es werden uns immer wieder Versprechungen gemacht: „Dafür sollt ihr mehr Kartoffeln haben, ihr sollt mehr Fleisch haben“, und dieselben Versprechen machte uns auch der Herr Minister in der Sitzung, die Herr Stadtrat von Frankenberg schon erwähnte. Aber alle Arbeiter aus den Fabriken, die zugegen waren, waren sich darüber einig, zu erklären: „Wir hören ihre Botschaft wohl, aber der Glaube daran fehlt uns.“ Es ist doch so: Wenn die Bevölkerung von Versprechungen satt gemacht werden könnte, dann hätte sie im Überfluß und wäre geradezu gemästet.

Stets und ständig sind uns Versprechungen gemacht, und wenn eine Kürzung vorgenommen werden soll, kommen wieder neue Versprechungen. Dabei ist es aber immer trauriger mit unseren Zuständen geworden, so daß die große Mehrzahl der Bevölkerung an Unterernährung leidet. Es gibt allerdings noch Ärzte und Schullehrer, die behaupten: „Die Schulkinder sind gut genährt, der Zustand ist noch nicht so schlimm.“ Aber dem stehen andere gegenüber, die es erkennen, daß es so nicht weiter gehen kann. Herr Direktor Trinks hat schon vor Monaten erklärt, daß der Ernährungszustand der Arbeiter in seiner Fabrik so schlecht wäre, daß um ¼ Uhr die Arbeiter mit ihrer Kraft zu Ende sind. Das ist ein Herr, der die Arbeiter tagtäglich beobachten kann, der dieses Urteil ausspricht. In Wirklichkeit ist es tatsächlich so, und jetzt soll die Brotration noch weiter herabgesetzt werden.

Ich gebe ja zu, daß der Magistrat keine Schuld daran hat, wenn er vorschlägt, ein kleineres Brot herauszugeben; er kann nicht anders, es ist ihm vorgeschrieben: „Das hast du zu verteilen, nun sieh zu, wie du fertig wirst!“ Aber eins vermiße ich doch dabei. Ich hätte mindestens erwartet, wenn man uns heute einen Teil der Brotration abziehen will, daß dann das *Ruchenbrot* erlassen wäre, und daß an die Konditoreien kein Mehl mehr geliefert würde. Gehen Sie auf dem Hohlweg an dem sogenannten Arbeitslosenkaffee, dem Kaffee Viktoria Luise vorüber, dann werden Sie sehen, wie die Leute dort ihre Torten schleckern. Und doch wäre es nur im Interesse der dort sitzenden Backstiche, wenn es vorbei wäre mit dem Tortenessen. Die ganze Woche gibt es Steckrüben, dazu paßt es nicht, daß Torten und Kuchen in den Konditoreien verzehrt werden. Schon im Interesse dieser Damen wäre es unbedingt notwendig, daß es verboten würde, an die Konditoreien Mehl für solche Sachen zu liefern. Braunschweig wäre nicht die

erste Stadt, die damit vorginge; ich habe es auch schon von anderen Städten gelesen — wenn ich nicht irre, war es Köln, wo kein Mehl mehr an die Konditoreien geliefert wird. Ich möchte ja auch nicht gern, daß jemand in seinem Berufe gestört würde; aber nimmt denn der Krieg sonstwie Rücksicht auf Beruf und Stand? Da wird rücksichtslos vorgegangen, da ist es gleich, ob der Mittelstand, ob die Konditoreien erhalten bleiben. Können die ihre Konditoreibetriebe nicht aufrecht erhalten, dann müssen sie zu etwas anderem greifen, wie so viele andere Geschäftsleute auch.

Dann zu den Versprechungen. Wir sollen 5 Pfund *Kartoffeln* erhalten. Kann das im Ernst jemand glauben? Man möchte sogar böshaft sein und sagen: Die Herren glauben es selber nicht. Wir sehen doch täglich, wie die Kartoffeln knapper werden. Zu Ostern und zur Konfirmation hat es Hunderte in Braunschweig gegeben, die ihren Kindern keine Kartoffel zu essen geben konnten. Es ist schon angeführt, wie schlecht die Kartoffeln dabei sind, so daß es in Wirklichkeit doch keine 5 Pfund sind, auch wenn sie uns wirklich geliefert werden sollten. Jetzt werden die Landwirte angewiesen, nur 8 Zentner Kartoffeln auf den Morgen anzupflanzen und nicht wie früher 10 Zentner. Damit steht uns in Aussicht, daß in Zukunft die Kartoffeln noch knapper werden, da die Ernte geringer ausfallen muß. Es wurde schon darauf hingewiesen, daß gesagt wurde: In ein paar Monaten wird uns die neue Ernte für alles entschädigen. Aber wie sieht es damit aus? Es scheint fast, als wenn der liebe Gott sich mit den Engländern verbündet hat. Wenn Sie die Fluren ansehen, dann werden Sie mir recht geben, daß gar nicht damit zu rechnen ist, daß die Ernte gut ausfällt.

Dann wird uns erzählt, es solle mehr *Fleisch* geben. Ist denn ein so großer Viehbestand da, daß das durchzuführen ist? Sie wissen doch, daß Schweine von 100 Pfund schon geschlachtet werden müssen, und Herr Batocki erklärte, in den Rindviehbestand des deutschen Reiches müsse tief eingegriffen werden. Wenn das geschieht, dann muß es sich doch rächen. Wie wird es in einigen Monaten mit unseren Viehbeständen aussehen? Will man dann die Ferkel ab Schlachten? Man sieht doch, wie der Gesundheitszustand des Volkes bei der schlechten Ernährung heruntergedrückt ist, wie schlecht der Ernährungszustand besonders der Kinder und der alten Leute ist. Mögen Sie uns auch unpatriotisch nennen, wenn Sie es wollen, ich glaube doch, wir sind die besten Patrioten, wenn wir Ihnen den Rat geben: Als Magistrat haben Sie die Verpflichtung, höchsten Orts Vorstellungen zu machen und zu sagen: „Wenn das Volk nicht zugrunde gerichtet werden soll, dann müßt ihr dafür sorgen, daß auf irgend eine Weise Frieden herbeigeführt wird.“ Das sind die besten Patrioten, die das Volk erhalten wollen, und bei der jetzigen schlechten Ernährung erhalten Sie das Volk nicht, Sie handeln un-

patriotisch, wenn Sie nicht den Worten des Herrn Stegmann von vornhin nachfolgen und darauf drängen, daß Schluß mit dem Kriege gemacht wird.

Stadtv. Niese: Betreffs der Schwerarbeiter möchte ich erklären: Es gibt noch manche wirkliche Schwerarbeiter, z. B. in der Zuckerindustrie, die bis heute bei der Verteilung der Zuschlagskarten noch nicht zum Zuge gekommen sind. Ich kann Ihnen auch die Namen der Arbeiter und die betreffenden Firmen nennen, die hier in Frage kommen. Weshalb ich mich aber zum Worte gemeldet habe, das ist die Verteilung der Gemüsekonserven. Ich habe schon in der vorigen Sitzung daran erinnert, daß jetzt das hungrige Vierteljahr begonnen hat; das alte Gemüse ist verzehrt und neues ist noch nicht gewachsen. Wie es heißt, soll eine ungeheure Menge Konserven in den Braunschweiger Konservenfabriken lagern, und der Magistrat wird in der Lage sein, davon der Bevölkerung mitzuteilen. In späterer Zeit ist diese Ausgabe von Konserven nicht so notwendig, dann ist schon wieder neues vorhanden. Jetzt aber ist es vorbei mit dem Nationalgericht der Deutschen, ich meine mit der Steckrübe. Da wäre es am Platze, wenn bekanntgemacht würde, wieviel Konserven für uns zur Verfügung stehen, und das für die Ernährung unserer Bevölkerung bereit gehalten würde.

Stadtv. Stegmann: Die Herren Meyerhoff und Loeckigk haben mir bezüglich der Brotkarten für Schwer- und Schwerstarbeiter zugestimmt, aber ihre Ausführungen klangen so, als wollte ich eine Beschränkung dieser Zusatzkarten für Schwer- und Schwerstarbeiter befürworten. Das ist nicht der Fall. Ich habe ausdrücklich gesagt: Ich gönne es ihnen und beneide sie deswegen nicht. Ich habe nur gewünscht, daß auch die übrige Bevölkerung besser bedacht würde.

Stadtrat von Frankenberg: Den Wünschen des Herrn Niese wegen Berücksichtigung der Arbeiter in den Zuckerfabriken wird nach Möglichkeit der Zuschlagsausschuß gerecht werden. Sie wollen nur berücksichtigen, daß wir eine beschränkte Anzahl von solchen Karten zur Verfügung hatten, und daß wir bei der Erreichung der Höchstgrenze, wenn neue Anträge an uns herantraten, entweder genötigt waren, die neuen Anträge zurückzuweisen oder — was eine sehr schwierige und undankbare Aufgabe gewesen ist — andere Gruppen, die bisher vollkommen berücksichtigt waren, zu kürzen. Das eine ist ebenso schwer durchführbar gewesen wie das andere. Es wird im Laufe der nächsten Woche für viele, die zurückgewiesen sind, eine Verbesserung eintreten dadurch, daß je zwei Zusatzkarten für ungefähr 7000 Personen in der Stadt wegfallen und diese zwei Karten für 7000 andere Personen, wenn man bis an die Höchstgrenze herangehen will, frei werden. Wir werden in der Lage sein, in den nächsten Wochen eine Bestellzulage für Landwirt-

schaften und Gärtnereien auszugeben, werden auch den Konjervenfabriken und Druckereien ausgiebiger als bisher entgegenkommen können, und das wird mit Freuden begrüßt werden. Wir haben es im Zucklagsauschuß in der Hand, von Woche zu Woche derartige Gruppen zu berücksichtigen.

Wenn Herr Genzen meint, er hätte in der Besprechung im Ministerium am vergangenen Sonnabend den Eindruck bekommen, daß er wohl die Botenschaft höre, aber ihm der Glaube fehlen müsse — auch Herr Stegmann drückte sich ähnlich aus —, so kann ich nur mit den Worten des Herrn Ministers erwidern: Warten Sie es ruhig ab! Der ehrliche Wille ist jedenfalls vorhanden, und die vorbereitenden Schritte sind getan, um diese ausreichende Zulage herbeizuschaffen. (Zuruf: Wir haben schon so oft vergeblich gewartet!)

Stadtv. Salomon: Herr Genzen sagte, daß es Schullehrer gebe, die den Ernährungszustand der Kinder als gut bezeichneten. Diese Stimmen aus Lehrerkreisen dürften nur vereinzelt oder gar nicht vorhanden sein. Wenn irgendwo mit großer Besorgnis der Ernährung der Kinder entgegengegangen wird, so ist es gerade in den Reihen der deutschen Lehrerschaft der Fall. Beweis dafür ist, daß gerade von Seiten der Schule auf Maßnahmen geachtet wird, die eine Besserung der Ernährungszustände für die Kinder herbeizuführen geeignet sind, wie die Entsendung der Kinder aufs Land. Ich mache darauf aufmerksam, daß hauptsächlich seitens der Schule diese Anregung gegeben worden ist.

Stadtrat Wagner: Herr Genzen sprach die Besorgnis aus, daß auch die Fleischzulage, die versprochen ist, in Wirklichkeit nicht gewährt werden könnte. Ich darf in dieser Beziehung durchaus beruhigende Erklärungen abgeben. Das Herzogliche Staatsministerium hat an die einzelnen Kreisdirektionen die strengste Anweisung gegeben, es möchte unter allen Umständen dafür Sorge getragen werden, daß die Viehanlieferungen für die erhöhte Fleischration rechtzeitig zur Verfügung ständen, und ich habe mich überzeugt, daß mit dem 16. April, dem nächsten Montag, tatsächlich die doppelte Ration für die hiesige Bevölkerung vorhanden sein wird. Sollte wirklich wider alles Erwarten die Anlieferung von Schlachtvieh einmal stocken, so würde die Reserve an Fleischkonserven, die wir im Laufe der Zeit aufgesammelt haben, uns stets in den Stand setzen, den mangelnden Antriebs von Vieh durch Vieferungen aus unseren Beständen ausgleichen zu können. Also hinsichtlich der Lieferung der in Aussicht gestellten Fleischration können Sie ganz beruhigt sein.

Der **Vorsitzende** schließt die Beratung, und die Versammlung erklärt sich in ihrer Mehrheit mit dem zur Begutachtung vorgelegten Plane der Mehl- und Brotverteilung einverstanden.

7. Antrag Voetschigt auf Hinwirkung zur Freigabe des Verkaufs von Konserven.

Wortlaut des Antrages i. S. 38.

Stadtvt. **Voetschigt** (zur Begründung): Eine große Begründung ist wohl nicht nötig. Ich hatte vorhin schon angedeutet, daß zur Streckung der uns genommenen Brotration und damit unsere Bevölkerung auch einmal etwas anderes als Steckrüben zu essen bekommt, es nötig erscheine, daß die Gemüsekonserven herausgegeben werden. Da wir jetzt in dem Hungervierteljahre sind, so ist das erst recht nötig. Wir haben die Konserven liegen, und ich bin fest überzeugt, daß man den Haushaltungen und dem Mittelstande mit Ausgabe dieser Konserven auch einmal entgegenkommen möchte. Ich möchte bitten, den Antrag, der von acht Herren unterzeichnet ist, anzunehmen.

Vorsitzender: Der Antrag ist als dringlich gemeint. Ich frage, ob die Versammlung dafür ist, daß wir sofort in die Beratung eintreten.

Die Versammlung ist für sofortige Beratung.

Amtsrichter **Meyer:** Den Herren wird bekannt sein, daß auch die Gemüsekonserven vom Reiche in gewissem Umfange in Zentralbewirtschaftung übernommen sind, und daß die hier am Orte befindliche Gemüsekonservenkriegsgesellschaft den Absatz der Gemüsekonserven zu überwachen und zu regeln hat. Bis vor kurzem war der Absatz der Gemüsekonserven, d. h. ihre Ausgabe aus der Hand des Herstellers in die Hand der Händler, unterjagt. Mit Rücksicht darauf aber, daß doch große Vorräte von Gemüsekonserven sich allmählich in den Fabriken ansammelten und Luft gemacht werden mußte, ist dann später der Absatz an den Handel freigegeben, jedoch noch nicht der Absatz an den Verbraucher. Das ist erst vor einigen Wochen durch besondere Verfügung des Präsidenten des Kriegsernährungsamtes geschehen. Diese Verfügung ist datiert vom 3. März, uns aber erst später zugegangen. Sie gibt die Gemüsekonserven, soweit sie sich im Groß- und Kleinhandel befinden, den Kommunalverbänden frei. Die Kommunalverbände haben es nun in der Hand, den Absatz der in ihrem Besitze befindlichen Gemüsekonserven zu regeln. Bevor an eine Verteilung gegangen werden konnte, sollte nach ausdrücklicher Anordnung des Präsidenten des Kriegsernährungsamtes erst eine Bestandsaufnahme versucht werden. Die Herren werden gelesen haben, daß der Magistrat alle Händler und Großhändler aufgefordert hat, die in ihren Händen befindlichen Gemüsekonserven anzugeben, damit wir für die demnächstige Verteilung Unterlagen gewinnen. Das ist geschehen, und die Zahl der im Handel vorhandenen Kilodosen ist erfreulich hoch; es sind rund 220 000. Wenn die

Herrn bedenken, daß die Produktion in diesem Jahre erheblich eingeschränkt gewesen ist, und wenn man ferner bedenkt, daß auf den Kopf jedes Einwohners im Reiche nicht ganz eine Dose entfällt, so muß man sagen, daß wir mit 220 000 Dosen für unsere Stadt schon verhältnismäßig glücklich daran sind.

Der Präsident des Kriegsernährungsamtes hat bestimmt, daß die Ausgabe der Gemüsekonserven nur auf Lebensmittelmarke stattfinden dürfe, und daß dafür gesorgt werden müsse, daß diejenigen, die selbst Gemüsekonserven eingemacht haben, oder denen es möglich gewesen ist, von Fabriken unter der Hand etwas zu beziehen, beim demnächstigen Verkauf der in Händen der Kommunalverbände befindlichen Gemüsekonserven ausgeschlossen werden. Das erfordert, daß nicht nur die Abgabe auf Lebensmittelmarke stattfindet, sondern daß auch jeder, der Gemüsekonserven kaufen will, eine schriftliche Erklärung abgibt, daß er nicht mehr als das Doppelte von dem, was auf eine Marke entfällt, in der Hand hat. Das ist an sich nicht leicht durchzuführen, aber auch unser Landesernährungsamt legt großen Wert darauf, diese Erklärung zu fordern, und so sind seitens des Magistrats die nötigen Schritte getan, um diese Erklärung den Käufern abzunehmen und die Verteilung vorzubereiten. Es ist beschlossen, bald nach dem 15. dieses Monats mit der Verteilung zu beginnen.

Wir würden aber doch mit diesen 220 000 Dosen nicht allzuweit kommen, wenn nicht die Stadt selbst Gelegenheit genommen hätte, sich Reserven zu schaffen. Wir haben den Versuch gemacht, große Mengen von Gemüsekonserven aufzukaufen, es ist uns aber nicht in dem Umfange, wie wir ursprünglich gedacht hatten, gelungen, und zwar deswegen nicht gelungen, weil die Gemüsekonserven des Blechmangels wegen nicht in der großen Menge haben hergestellt werden können wie in anderen Jahren. Immerhin ist es uns möglich gewesen, noch 180 000 bis 200 000 Dosen zu kaufen, und außerdem haben wir ja, wie den Herren bekannt ist, noch rund 180 000 Dosen aus dem vorvorigen Jahre liegen. Alles zusammen genommen werden wir in der Stadt Braunschweig auf einen Vorrat von 600 000 Kilodosen kommen. Ich erwähne diese Zahl, weil die Herren ausdrücklich gewünscht haben, es möchte in dieser Beziehung dem Volke Aufklärung gegeben werden. Wir stehen also, wie ich glaube, in der Beziehung bedeutend besser da als andere Städte, und das ist erklärlich, weil wir die große Konservenindustrie in der Stadt haben. Man wird, wenn es nötig ist, jedenfalls alle diese Gemüsekonserven im Laufe der nächsten Monate herausgeben, natürlich wird man auch, solange es geht, Reserven zurückzuhalten suchen.

Was sonst noch an Gemüsekonserven in den Konservenfabriken vorhanden ist, ist eine Notstandsreserve, die beschlagnahmt ist und erst im schlimmsten Falle herausgegeben werden soll. Es wird also nicht möglich sein, heute noch aus diesen Fabriken zu beziehen. Bisher ist eine Ausgabe von Gemüsekonserven nicht er-

folgt, weil noch große Vorräte an Steckrüben vorhanden waren, die erst aufgebraucht werden mußten. Soviel ich aber höre, ist nun der Zeitpunkt gekommen, wo man mit den konservierten Sachen herauskommen kann, weil die frischen Steckrüben mit dieser Woche ungefähr aufgebraucht sein werden.

Stadtv. Meyerhoff: Ich höre aus den letzten Worten des Herrn Amtsrichter Meyer, daß die Konserven in den Konservenfabriken vom Reiche mit Beschlag belegt sind. Daß in der Stadt in den einzelnen Fabriken noch gewaltige Bestände am Lager sind, ist sicher, und ich hätte gern gewünscht, darüber einen Überblick zu erhalten. Auf meine Frage an einen Fabrikanten, ob ich nicht ein halbes Duzend oder wenigstens zwei Büchsen von ihm erhalten könnte, wurde mir erwidert: „Sehr gern, wenn wir nur erst welche davon weggeben dürften. Wir werden die alten Konserven nicht los, bis wieder frische eingekommen sind.“ Ich möchte fragen, ob da nicht einzusehen wäre, damit wir von den großen Posten in den Konservenfabriken noch etwas frei bekämen. Wenn wir davon noch 600 000 Büchsen bekämen, dann hätten wir 1 200 000 Büchsen, und damit würden wir auskommen. Es ist doch nicht unmöglich, daß der Krieg noch weitergeht. Ich meine, da Braunschweig Konservenstadt ist, sollte versucht werden, in dieser Hinsicht etwas zu erreichen. Es geht uns sonst so, wie es uns mit den Kartoffeln gegangen ist: wir sitzen mitten in einem Kartoffellande und bekommen nichts davon. Jeder lege vor seiner Tür; wo wir so viel Konservenfabriken in unserer Stadt haben, mögen unsere Behörden dafür sorgen, daß wir vor Rot an Konserven einigermaßen geschützt sind.

Amtsrichter Meyer: Ich kann nicht anerkennen, und die Herren werden mir darin recht geben, daß wir in Braunschweig nicht verhältnismäßig gut mit Gemüsekonserven versorgt wären. Ich habe schon hervorgehoben, daß nach den Mitteilungen, die mir geworden sind, nur auf etwa 60 Prozent der Bevölkerung des deutschen Reiches je eine Kilodoze entfällt. Wenn wir hier immerhin $4\frac{1}{2}$ bis 5 Dosen auf den Kopf der Bevölkerung rechnen können, so ist das im Vergleich zu dem übrigen Reich doch schon etwas. Selbstverständlich haben wir versucht, viel, viel größere Mengen für uns freizubekommen, und haben solche Versuche bei allen Konservenfabriken gemacht, haben auch etwas bekommen, aber nicht mehr, als ihnen zur Verfügung stand. Ein Teil der Dosen war ja für das Heer und die Marine, sowie als Notstandsreserve für das Reich beschlagnahmt, so daß es uns nur mit viel Schwierigkeiten geglückt ist, die 200 000 Dosen für uns zu bekommen. Wir haben auch versucht, bei der für diese Konserven zuständigen Gemüsekriegsgesellschaft noch mehr für Braunschweig herauszuholen, aber da ist mir geantwortet: „Das ist unmöglich. Denken Sie daran, was die übrigen Einwohner

Deutschlands an Konserven bekommen!" Wir haben alles getan, um für Braunschweig zu erreichen, was möglich war, und mit dem nunmehr Vorhandenen müssen wir uns bescheiden.

Stadtbaurat **Gebensleben**: Es ist davon die Rede gewesen, daß Steckrüben jetzt nicht mehr gebraucht werden könnten. Das trifft zu, und ich möchte im Zusammenhang damit erklären, daß diese Woche, in der wir uns befinden, die letzte Steckrübenwoche sein wird. Die uns so lieb gewordene Steckrübe wird als Frischgemüse uns mit Ablauf dieser Woche also verlassen.

Wenn Herr Genzen daran gezweifelt hat, daß es uns gelingen würde, die nötige **Kartoffelmenge** heranzuschaffen, so möchte ich darauf erwidern, daß von nächster Woche an regelmäßig 5 Pfund Kartoffeln ausgegeben werden und die Steckrübenwoche ausfallen wird. Daneben aber werden Steckrüben in anderer Aufmachung verabfolgt werden. Es wird den Herren bekannt sein, daß wir auch **Steckrüben** konserviert haben, und zwar in nicht unbedeutender Menge, indem wir sie in Braunschweig und außerhalb der Stadt haben dörren lassen. Wir besitzen ungefähr 2500 Zentner **Dörrgut** und werden daran gehen, auch dieses von nächster Woche ab zu verteilen. Manch einer wird dazu den Kopf schütteln und sagen, wir würden sie nicht los, und es mag ja auch sein, daß wir mit einem Teile davon sitzenbleiben. Das ist aber zweifellos das geringere Übel; denn wenn sie in diesem Jahre nicht voll aufgebraucht werden, so können wir sie noch im nächsten Winter verwenden. Das Dörrgut hält sich zweifellos längere Zeit.

Stadtv. **Munte**: Herr Amtsrichter Meyer ist sehr gut über die Gemüsekonserven unterrichtet und hat mir vieles von dem vorweggenommen, was ich habe sagen wollen. Selbstverständlich ist in den Konservenfabriken eine bedeutend größere Menge als 220 000 Büchsen vorhanden, Millionen davon sind noch am Lager, aber seit dem 29. März ist eine Beschlagnahme der Konserven verfügt worden, damit sie als Notstandsreserve in den Fabriken stehenbleiben, um gegebenenfalls nach solchen Gegenden, wo besondere Not herrscht, sofort abgerufen und als Gilgut verschickt zu werden. Es ist also auch meinem Erachten nach unmöglich, daß die Stadtgemeinde Braunschweig aus den Konservenfabriken noch Konserven bekommen kann. Möglich wäre es allerdings, daß im Großhandel noch Vorräte vorhanden sind, die dann aber nur mit einem besonderen Aufschlage erworben werden könnten.

Stadtv. **Loeischigt**: Mir ist am Sonnabend gesagt worden, daß es nicht gestattet sei, Gemüsekonserven zu verkaufen. Wenn Herr Amtsrichter Meyer erklärt,

daß es der Magistrat in der Hand habe, sie zu verteilen, so ist damit mein Antrag hinfällig.

Vorsitzender: Inzwischen ist ein Antrag von Herrn Benzen eingegangen:

„Den Konditoreien ist kein Mehl, Milch und Zucker mehr für den gewerblichen Betrieb zu liefern.“

Ich werde Herrn Benzen nachher Gelegenheit geben, seinen Antrag zu begründen.

8. Antrag Frede, betreffend die Gepäcdurchsuchungen nach Braunschweig reisender Personen.

Wortlaut des Antrages j. S. 38.

Stadt v. **Frede** (zur Begründung): Ich bin zu dem Antrage gekommen durch die Vorkommnisse, wie sie in letzter Zeit immer mehr sich ereignet haben und Personen betreffen, die mich nachher davon unterrichtet haben und die gegen den Verdacht des Hamsterns unbedingt geschützt sind. Die Vorgänge haben sich auf der Eisenbahn in den Zügen wie auf dem Bahnhofe abgespielt, ferner auf der Landstraße und auch auf städtischen Straßen in der Nähe unserer Bahnhöfe. Die Landespolizeiorgane, die Gendarmen, sind in den Zügen umhergegangen, haben sich das Gepäck öffnen lassen, und zwar auf der Landeseisenbahn trotz des Einspruchs des Verkehrskontrolleurs Leue. Auch auf der Staatsbahn ist diese Erscheinung vielfach beobachtet worden, aber man hat nicht gehört, daß größere Vorräte weggenommen werden konnten. Es handelte sich immer nur — ich kann das auf die mir gewordene Mitteilung von den Betroffenen behaupten — um kleine Mengen: um Kartoffeln von 15—20 Pfund, Käse, Eier, etwas Milch, im günstigsten Falle einmal um ein Stück Butter. Die Leute haben ihre Verbindungen mit dem Lande ausgenutzt, sind zu Verwandten, auch wohl zu ihren Eltern, gereist und haben kleine Mengen Nahrungsmittel von dort mitgebracht. Ohne Rücksicht auf dieses verwandtschaftliche Verhältnis der Geber, ohne Rücksicht darauf, ob die Leute es geschenkt bekommen oder bezahlt hatten, hat man ihnen die Vorräte weggenommen. Wenn ich mir vorstelle, daß eine Mutter den ganzen Tag umherläuft, um ein paar Eier für ihre Kinder zu bekommen, die sie nicht genügend sättigen kann, und denen mit ein paar Eiern aufgeholfen werden kann, so weiß ich nicht, was ich in solchen Fällen getan hätte, wo mir am Schluß der Reise, im Zuge, auf dem Bahnhofe oder in der Stadt das Mitgebrachte weggenommen würde. Die Leute sind so erbittert gewesen, daß sie die Eier den Beamten vor die Füße ge-

worfen haben. Durch ein solches Vorgehen der Behörde muß Erbitterung hervorgerufen werden.

Der Antrag schließt sich eigentlich dem so recht gut an, was heute in der Verhandlung vorgekommen ist. Es werden uns die notwendigsten Nahrungsmittel beschuitten, und wir sind angewiesen auf einen Ausgleich. Daß ein Ausgleich durch Überführung von Lebensmitteln vom Lande aus nach der Stadt noch möglich ist, ist selbstverständlich. Ich kann unter Beweis stellen, daß auf dem Lande zur Konfirmation und zu Ostern noch Kuchen gebacken sind, nicht Topf Kuchen, sondern ganze Zuckerkuchen, und weiß, daß man auf dem Lande im allgemeinen von einer Nahrungsnot nichts spürt. Wenn die Leute sich nun herbeilassen, für Geld und gute Worte den Städtern, die sich der großen Mühe der Reise und des Umherlaufens unterziehen, etwas an Kartoffeln, Milch, Eiern usw. abzugeben, ist denn das ein Verbrechen? Von einem Hamstern kann doch heute überhaupt nicht mehr die Rede sein. Große Mengen von Lebensmitteln heranzuschaffen, z. B. ein Schock Eier oder ein paar Schock, ist doch wohl geradezu unmöglich. Die Landeszeitung schreibt, die hiesige Kreisdirection würde in nächster Zeit noch schärfer vorgehen, man habe sogar schon jemand mit einem ganzen Schinken betroffen. Das ist ja ein furchtbarer Gedanke, daß es einem Menschen gelungen ist, einen ganzen Schinken zu erhandeln! Wie teuer er den bezahlt hat und mit welcher Mühe er ihn erlangt haben mag, weiß man nicht. Der Bauer kann doch den Schinken nicht viertelpfundweise hergeben. Wie groß der Schinken ist, das steht nicht dabei. Ist das Hamstern? Das kann man doch nicht als so etwas ansehen.

Es hat vom Magistratsstische aus geheißen: Herein in die Stadt, was hereingebracht werden kann! — selbstverständlich unter Beachtung von Recht und Billigkeit, und daß die Leute dagegen verstoßen haben, kann ich nicht anerkennen. Das Material, auf dem ich fuße, ist mir zugetragen von einfachen Frauen aus meinem Bezirke und auch von Kindern aus meiner Schule, einer unteren Bürgerschule. Diese letzteren sind allerdings nicht festgehalten, aber sie haben gesehen, daß ein Beamter unter Assistenz eines Soldaten sich das Gepäck der Reisenden hat öffnen lassen, und sind dann mit ihren paar Käsen davongelaufen. Daß so von der Behörde vorgegangen wird, dürfen wir nicht ohne Einsprache ansehen und müssen bitten, daß der Magistrat ganz energisch dagegen vorgeht. Auch der Oberbürgermeister von Berlin hat, wie neulich in der Zeitung stand, energisch gegen dieses Treiben Front gemacht und derartige Schnüffeleien sich verboten. Wenn unser Herr Oberbürgermeister das seinem großen Bruder nachmacht, wird er ganz und gar die Sympathie der Bevölkerung auf seiner Seite haben.

Auf Anfrage des **Vorsitzenden** wird der Antrag auf dringliche Behandlung des Antrages genügend unterstützt und der Vorsitzende eröffnet die Besprechung.

Stadtv. **Salomon:** Auch ich halte dieses Herumspionieren, oder richtiger gesagt, dieses Schnüffeln nach kleinen Mengen eingebrachter Nahrungsmittel für maßlos hart — das muß öffentlich ausgesprochen werden —, und zwar ist es vor allen Dingen aus dem Grunde hart, weil diese kleinen Mengen, die durch Ausnutzung verwandtschaftlicher oder freundschaftlicher Verbindungen in die Stadt hereingebracht werden, auf dem Lande niemand entzogen werden. Sie würden dort mit verbraucht werden und der Allgemeinheit doch nicht zugute kommen. Ich bitte auch, daß seitens des Magistrats im Sinne des Antragstellers gegen diese Maßnahmen eingeschritten wird.

Der Antrag Frede wird angenommen, anscheinend einstimmig.

9. Antrag Genzen betreffend die Lieferung von Mehl, Milch und Zucker an Konditoreien

Wortlaut des Antrages s. S. 47.

Stadtv. **Genzen** (zur Begründung): Einer längeren Begründung bedarf der Antrag nicht, ich müßte sonst daselbe wiederholen, was ich vorhin ausgeführt habe. Ich möchte nur noch eins vorwegbemerken, nämlich der Magistrat möchte nicht mit der Erklärung kommen, es handle sich um so geringe Mengen, daß sie nicht in Betracht kommen könnten, wie es auch bei Einbringung des Antrages Wesemeier über den Verkauf von Gänsefleisch der Fall war. Ich glaube doch, wenn wir zusammenrechnen, was im ganzen Jahre durch die Konditoreien an Mehl, Zucker, Milch und Eiern verbraucht wird, daß die Mengen wirklich nicht so gering sind. Ich möchte Sie ersuchen, meinen Antrag anzunehmen.

Der **Vorsitzende** überweist den Antrag der Statutenkommission zur Vorberatung und schließt die öffentliche Sitzung.

Dauer der Sitzung von 4¼ bis 7 Uhr.

1917/1918.

Nr. 2.

Bericht

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 10. Mai 1917.

Tagesordnung:

1. Aufnahme eines Rechtsstreites	Seite 52
2. Erhöhung des Gaspreises	" 53
3. Statut über Abänderung des § 46 des Ortsbaustatuts	" 59
4. Erhöhung des städtischen Kredits beim Herzoglichen Leihhause	" 60
5. Ankauf des Grundstücks des Großen Waisenhauses B. M. V. und stadtseitige Übernahme der Waisenhautschule	" 62
6. Gewährung von Beihilfen zum Ankauf von Milchkühen	" 65
7. Stellungnahme zu dem Projekte der Erbauung eines Rhein-Wejer-Elbe-Kanales	" 67
8. Anfrage Dammhöler bezüglich der Feuerbestattungshalle	" 75
9. Erwerb eines Grundstücks an der Vertramstraße	" 78
10. Beitritt der Stadt in den Fischereiverein	" 79
11. Erwerb einer Fläche an der Wörthstraße	" 82
12. Antrag des Arbeitsausschusses der Vereinigung zur Förderung der südlichen Linie des Mittellandkanals auf Einsetzung eines besonderen Ausschusses	" 82

Außer der Tagesordnung behandelt:

13. Gutachten der Stadtverordnetenversammlung über fernere Herstellung von Grüdwurst	" 83
---	------

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister **Netemeyer**, Bürgermeister **Meyer**, Stadträte **von Frankenberg**, **Mohr**, **Schöttler**, **Wagner**, Stadtbaurat **Gebensleben** und Amtsrichter **Meyer**.

Wegen Einberufung zum Kriegsdienste fehlen die Herren Stadtverordneten **Dr. Jasper, Ribbentrop, Schmidt, Schulze, Dr. Boge, Weichsel** und **Dr. Wolters**. Entschuldigt die Herren Stadtverordneten **Göde, Kraus, Kruse, Dr. Landauer, Lauer, Loeschigt**.

Vorsigender Hartung: Ich eröffne die Sitzung.

Meine Herren. Es ist Ihnen bekannt, daß der Tod abermals eine Lücke in unsere Reihen gerissen hat. Das langjährige Mitglied unserer Versammlung, Herr Busch, ist in voriger Woche durch einen Schlaganfall seiner Arbeit entzissen. Der Verstorbene, der ein Kind unserer Stadt war, ist während seiner ganzen Lebenszeit ständig für die Interessen und das Wohl der Stadt tätig gewesen, er hat insbesondere auch in unserer Versammlung sich als fleißiger und gewissenhafter Arbeiter bewiesen und ebenso wie in seinen sonstigen vielfachen Beziehungen durch sein liebenswürdiges Wesen Freunde und Sympathie erworben. Ich bin überzeugt, daß auch in dieser Versammlung ihm ein ehrendes Andenken bewahrt bleiben wird. Ich bitte die Versammlung, zu Ehren des Verstorbenen sich von den Sitzen zu erheben. (Geschieht.)

Eingegangen ist schon vor kurzem eine Anfrage des Herrn **Dammhöler**. Ich werde dem Herrn Fragesteller nachher Gelegenheit geben, die Anfrage zu begründen.

Es ist an mich das Ersuchen gerichtet, als eilige Sache zunächst den Punkt „Aufnahme eines Rechtsstreites“ zur Verhandlung zu stellen und darauf „Stellungnahme zu dem Projekte der Erbauung eines Rhein-Weßer-Elbe-Kanals“ vorwegzunehmen. Wenn sich kein Widerspruch erhebt, werde ich diesem Antrage stattgeben.

1. Aufnahme eines Rechtsstreites.

Stadtv. Dr. **Rahlert:** In dieser Sache ist an die Stadtverordneten folgendes Schreiben des Magistrats ergangen:

„Der vom 4. Dezember 1914 bis Ende Februar 1916 bei uns als Hilfschreiber beschäftigt gewesene vormalige Bureauvorsteher Jordan hat die hier neben überreichte Klage gegen die Stadt wegen Ausstellung eines Zeugnisses erhoben. Es handelt sich um ein ähnliches Verlangen, wie solches Kläger bereits in der Eingabe vom 10. April vorigen Jahres gestellt hatte, und das von den Stadtverordneten in der Sitzung vom 18. Mai vorigen Jahres verworfen ist. Wir überreichen hierneben die Vernehmlassung auf die Klageschrift, bitten daraus das Nähere über den Sachverhalt ersehen zu wollen und geben anheim, uns zur Aufnahme des Rechtsstreits zu ermächtigen.“

Es wird den geehrten Herren' erinnerlich sein, daß der vormalige Bureauvorsteher Jordan bei seiner Beschäftigung im Rathause unter anderem mit der Ausfertigung von Schriftstücken, betreffend die Einziehung von Haushaltsmetallen (kupfernen Kesseln), beschäftigt war. Es soll seinerzeit durch ihn bei diesen Ausfertigungen eine Rückstellung in seinem eigenen Hause erfolgt sein, wodurch eine Unregelmäßigkeit in seiner Geschäftsführung festgestellt wurde. Auf diesen Sachverhalt hat der Magistrat in dem für den Entlassenen ausgestellten Zeugnis hingewiesen, was unweigerlich richtig ist und gesetzmäßig nicht nur zulässig, sondern geboten war, denn sonst hätte der Stadtmagistrat in Fällen, wo sich der Betreffende irgend etwas zuschulden hätte kommen lassen, regreßpflichtig gemacht werden können. Wir hatten seinerzeit in der Sitzung vom 18. Mai vorigen Jahres das Verlangen des Hilfschreibers Jordan auf Ausstellung eines anderen Zeugnisses abgelehnt, und ich habe, da Jordan die Sache jetzt gerichtlich auszutragen wünscht, im Auftrage der Statutenkommission zu bitten, den Magistrat zu ermächtigen, den Rechtsstreit aufzunehmen.

Die Genehmigung zur Aufnahme des Rechtsstreits wird von der Versammlung erteilt.

Oberbürgermeister Metemeyer: Die Herren haben beschlossen, diese eine Sache vorweg zu beraten. Ich möchte darauf hinweisen, daß die unter Punkt 2, 7, 8 und 13 der Tagesordnung aufgeführten Punkte ebenfalls dringlich sind, und bitte die Herren, wenn sie nicht sicher sind, daß sie im Laufe dieses Monats noch einmal zusammenkommen, auch diese Punkte heute noch zu erledigen.

Vorsitzender: Es werden keine Bedenken vorliegen, diese Sachen zunächst vorzunehmen.

2. Erhöhung des Gaspreises.

Stadtv. Lebbenjohannis: Wenn der Magistrat schon nach kaum einem Jahre mit dem Antrage auf eine neue Erhöhung des Gaspreises an die Stadtverordnetenversammlung herantritt, so ist damit ohne weiteres klar, daß dafür zwingende Gründe sprechen. Die Finanzlage der Stadt hat sich naturgemäß während der Zeit des Krieges bedeutend schlechter gestaltet, und auch die Einnahmen aus dem Gaswerk sind zurückgegangen. Die Preise für Kohlen und für alles dasjenige, was zur Erzeugung des Gases notwendig ist, sind weiter gestiegen, die Arbeitslöhne höher geworden, und so ergibt es sich, daß die Stadt mit dem bisherigen Preise von 15 Pf. für das Kubikmeter Gas nicht auskommen kann. Die Gas- und Wasserwerke bilden aber mit ihren Einnahmen bekanntlich ein außerordentlich wichtiges Glied im städtischen Etat, und es ist deshalb notwendig,

daß eine entsprechende Erhöhung des Gaspreises eintritt, wenn nicht der ganze städtische Etat beeinträchtigt werden soll. Der Magistrat hat den Antrag gestellt, den Preis des durch Gasmesser bezogenen Gases auf 16 Pf. für das Kubikmeter zu erhöhen und den Preis des durch Automaten bezogenen Gases in der bisherigen Höhe bestehen zu lassen. Sodann beantragt er, von der Bewilligung eines Rabatts, wie sie bisher vorgenommen war, Abstand zu nehmen, da die Gründe, die für die Rabattbewilligung in Friedenszeiten maßgebend gewesen sind, während der jetzigen Kriegszeit fortfallen.

Als dieser Antrag in der Finanzkommission beraten wurde, stellte sich heraus, daß inzwischen bereits eine neuerliche Erhöhung der Kohlenpreise, und zwar in umfangreichem Maße, vor der Tür steht. Die Preise, die seitens des Syndikats vom 1. Mai ab festgesetzt sind, zeigen eine derartige Erhöhung, daß mit dem ersten Vorschlage des Magistrats nichts erreicht werden, sondern daß man damit wahrscheinlich nur auf den früheren Zustand zurückkommen würde. Es wurden deshalb in der Finanzkommission dahingehende Stimmen laut, daß es richtiger sei, angesichts dieser neuen Kohlenpreiserhöhung sofort ganze Arbeit zu machen und eine Erhöhung des Gaspreises so weit vorzunehmen, daß nicht wieder in ganz kurzer Zeit mit neuen Erhöhungen vorgegangen werden müsse. Die Finanzkommission schlägt Ihnen deshalb vor, den Preis des durch Gasmesser bezogenen Gases ohne weiteres auf 17 Pf. zu erhöhen, und weiter die Gerechtigkeit ihren Weg gehen zu lassen, und auch den Preis des durch Automaten bezogenen Gases auf 18 Pf. für das Kubikmeter zu erhöhen, denn der Vorzug, den die Bezieher des Automatengases genießen, ist so erheblich, daß man die Überzeugung hatte, daß sie die Berechtigung dieser Preiserhöhung anerkennen müssen.

Der Magistrat hat weiter vorgeschlagen, in den Bedingungen für die Gasabgabe verschiedene Änderungen vorzunehmen, und führt zur Begründung seiner Anträge, die er an die Stadtverordnetenversammlung unter dem 6. April gemacht hat, folgendes aus:

„1. Nach § 6 a der Bedingungen genügt im Falle einer von den städtischen Behörden beschlossenen Änderung des Gaspreises eine bezügliche Bekanntmachung in den Braunschweigischen Anzeigen, und es wäre auch in der Tat zwecklos, den fraglichen Beschluß, wie es für sonstige Änderungen der Bedingungen im § 24 vorgeschrieben ist, durch Druck zu vervielfältigen und den Abnehmern Abdrucke zu verabfolgen. Danach hat es aber auch keinen Zweck, den Gaspreis durch die Bedingungen festzulegen, ein Verfahren, das besonders dann zwecklos und überflüssig erscheint, wenn, wie es jetzt der Fall ist, vorübergehend infolge besonderer Umstände ungewöhnliche Preiserhöhungen unvermeidlich sind. Diese Erwägungen treffen übrigens auch zu in bezug auf den Preis für das durch Automaten abgegebene Gas, der nach § 19 der Bedingungen 17 Pf.“ — nach dem Antrage der

Finanzkommission jetzt 18 Pf. — „pro Kubikmeter beträgt. Die sich nur auf das durch gewöhnliche Messer abgegebene und auf das Preßgas beziehende Vorschrift im § 6 a kann daher sehr wohl künftig auch auf das durch Automaten abgegebene Gas ausgedehnt und daher die Vorschrift im § 6 unter d und der erste Satz des § 19 gestrichen werden.

2. Unsere Ausführungen über den Wegfall der Rabatte (§ 6 c) haben nicht den Sinn, daß diese dauernd beseitigt werden sollen. Wenn die Kohlenzufuhr genügend ist, sprechen wirtschaftliche und finanzielle Gründe für eine tunlichste Förderung des Verbrauchs, und es erscheint durchaus angebracht, zu dem Zwecke den Großabnehmern besondere Vorteile zu gewähren. Das kann aber unbedenklich ebenfalls in der Weise geschehen, daß die städtischen Behörden diese Vorteile beschließen und der Beschluß bekanntgegeben wird.

3. Nach § 20 Abs. 2 soll dem Abnehmer, der im Laufe eines Jahres durch den Automaten mehr Gas als 250 cbm entnommen hat, für jedes diese Menge übersteigende Kubikmeter der Betrag von 2 Pf. (Beschuß der Stadtverordneten vom 14. September 1916) zurückvergütet werden. Wird jetzt der Preis für das durch gewöhnliche Messer abgegebene Gas auf 16 Pf. pro Kubikmeter, nach Kommissionsbeschuß auf 17 Pf. und für Automatengas auf 18 Pf. erhöht, so würde naturgemäß nur noch 1 Pf. pro Kubikmeter zurückvergütet werden können.

Die Zahl der Fälle, in denen diese Vorschrift zur Anwendung kommt, ist gering, und große praktische Bedeutung hat daher die fragliche Vergünstigung überhaupt nicht. Wird sie aber aufrechterhalten, so empfiehlt es sich nicht, den zu vergütenden Betrag zahlenmäßig festzulegen, weil dieser sich bei jeder neuen Preisbemessung ändern muß, sondern vorzuschreiben, daß die Preisdifferenz zurückvergütet werden soll.

4. Die Vorschriften im § 24 über das Inkrafttreten etwaiger Änderungen und Ergänzungen der Bedingungen haben sich im allgemeinen bewährt; sie können aber die rechtzeitige Durchführung dringlicher, von den städtischen Behörden für erforderlich erachteter Maßnahmen erschweren, und es empfiehlt sich daher, den städtischen Behörden das Recht vorzubehalten, im Einzelfalle das frühere Inkrafttreten von Änderungen und Ergänzungen vorzuschreiben.

Bei Vorlegung des Berichts über die letzte Sitzung der Verwaltungsdeputation gestatten wir uns folgende Anträge zu stellen:

I. Wir geben anheim, folgenden Änderungen der Bedingungen für Abgabe von Gas aus den städtischen Gaswerken zu Braunschweig vom 15. September 1913 zuzustimmen:

1. Der § 6 erhält folgende Fassung:

a) Der Preis des unter Verwendung von Gasmessern (mit Einschluß der Automaten) abgegebenen Gases wird von den städtischen Behörden festgesetzt und

vom Stadtmagistrate durch die Braunschweigischen Anzeigen zur öffentlichen Kenntnis gebracht.

Dasselbe gilt von Preisermäßigungen (Rabatt) für Abnehmer größerer Gas- mengen, sofern die städtischen Behörden eine solche Vergünstigung für angemessen erachten.

b) Den Preis für das ohne Verwendung von Gasmessern abgegebene Gas bestimmt die Deputation zur Verwaltung der städtischen Licht- und Wasserwerke.

2. Im § 19 Abs. 1 der Bedingungen für Abgabe von Gas wird der erste Satz gestrichen.

3. Der § 20 Abs. 2 der Bedingungen für Abgabe von Gas erhält folgende Fassung:

Eine Rückvergütung oder Anrechnung bei späterem Mehrverbrauch findet nicht statt. Übersteigt aber der Jahresverbrauch 250 cbm, so wird dem Abnehmer für jedes diese Menge übersteigende Kubikmeter nach Schluß des Rechnungsjahres der Betrag zurückvergütet, um den der Preis des durch Automaten abgegebenen Gases den Preis des durch gewöhnliche Gasmesser abgegebenen Gases übersteigt.

4. Der § 34 der Bedingungen für Abgabe von Gas erhält folgenden Zusatz:

Ein früheres Inkrafttreten kann im Einzelfalle von den städtischen Behörden beschlossen werden; der Beschluß ist vom Stadtmagistrate in gleicher Weise zur öffentlichen Kenntnis zu bringen.“

Die Finanzkommission beantragt, diesen Änderungen zuzustimmen, und ferner zu beschließen, daß der Preis für Gas, das vom 1. Juni ab (nicht wie in der Vorlage steht vom 1. Mai ab) durch gewöhnliche Gasmesser abgegeben wird, auf 17 Pf. für das Kubikmeter und der für Automatengas auf 18 Pf. erhöht wird, und daß von dem Zeitpunkte ab, an dem die neue Fassung des § 6 in Kraft tritt, bis auf weiteres den großen Abnehmern Rabatt nicht mehr gewährt wird.

Stadtv. **Niese:** Ich habe in der Kommissionsberatung die Überzeugung gewonnen, daß die teure Beschaffung der Kohlen, selbst wenn wir sie über Hannover auf dem Wasserwege bekommen sollten, es notwendig macht, den Gaspreis zu erhöhen, habe mich aber ablehnend dazu verhalten müssen, daß der Preis für Gas, das durch Automaten abgegeben wird, erhöht wird, und zwar aus dem Grunde, weil dadurch viele kleine Leute mit geringem Einkommen getroffen würden. Man hat freilich gesagt, daß der größte Teil des Gases, das wir durch Automaten abgegeben haben, auch von besitzenden Konsumenten entnommen würde; das sei dadurch bewiesen, daß sounso viele Abnehmer 40—50 cbm Gas in einem Monat verbraucht hätten. Dieses Vorkommnis schließt aber nicht aus, daß in den neuen Häusern, wo allenthalben Gasanlagen auch für die kleineren Wohnungen bis zu 300 M vorhanden sind, von den dort wohnenden minderbemittelten Familien

Gas konsumiert wird. Bei der schlechten Beschaffenheit des Gases, über die allgemein geklagt wird, und worüber man dem Gaswerk ja keinen Vorwurf machen kann, ist ein stärkerer Gasverbrauch leicht erklärlich. Wenn aber der stärkere Verbrauch auch noch verteuert werden würde, so würde man das unliebsam empfinden, und man würde nicht verstehen, wenn ich meine Stimme für eine Verteuerung des Gases für die kleinen Konsumenten abgeben würde.

Oberbürgermeister Metemeyer: Der Magistrat hat seinerzeit, wie die Herren aus der Vorlage sehen, von der Erhöhung des Preises für Automatengas Abstand genommen, und zwar aus denselben Gründen, wie sie eben Herr Rieke entwickelt hat. Wenn aber die Erhöhung auf 17 Pf. für gewöhnliches Gas erfolgt, dann wäre es durchaus unsachgemäß, das Automatengas auf dem bisherigen Preisstande bestehen zu lassen. Es würde ohne Frage die Folge eintreten, daß eine Menge Leute, die sehr wohl in der Lage sind, einen etwas höheren Preis für Gas zu bezahlen, sich auf den rein praktischen Standpunkt stellen und sagten: „Was sollen wir uns Umstände und Kosten mit der Herrichtung von Gasleitungen und Gasherden machen! Das überlassen wir der Stadt, die sie uns unentgeltlich liefern muß, wenn wir Automatengas beziehen, das ja ebenso billig ist wie das durch Gasmesser abgegebene.“ Wie gewaltig die Preise für diese Anlagen bzw. für ihre Teile gestiegen sind, geht aus einer Zuschrift der Direktion der Gaswerke hervor, die gestern beim Magistrat eingegangen ist. Darnach sind gestiegen die Preise für Automatenmesser um 75 Prozent, für Lampen um 30 Prozent, für Kocher um 100 Prozent, für Gashauptthähne um 115—150 Prozent, für Schlauchthähne um 130 Prozent, für Pendel um 125 Prozent, Verbindungsschläuche 125 bis 150 Prozent, Glasschirme und Zylinder um 116 Prozent, endlich für Glühkörper um 50 Prozent. Sachlich ist also eine Erhöhung auch dieses durch Automaten abgegebenen Gases durchaus gerechtfertigt, und ich möchte bitten, darauf Rücksicht zu nehmen. Wir sind genötigt, bei der Kalkulation des Gaspreises auf die Gestehungskosten des Gases Rücksicht zu nehmen. Die städtischen Behörden haben niemals ein Fehl daraus gemacht, daß diese Werke uns Geld einbringen müssen, und wenn der kleine Mann jetzt mit Rücksicht auf die erhebliche Steigerung der Preise einen kleinen Aufschlag bezahlen muß, so wird auch er das als gerechtfertigt ansehen müssen. Wenn man die Preissteigerung der Kohlen berücksichtigt, und weiter daran denkt, daß die Direktion der Gaswerke kaum die nötigen Kräfte beschaffen kann, um die Arbeiten für Herrichtung von neuen Automatenanlagen ausführen zu lassen, so kommt einem unwillkürlich der Gedanke, auf die Herrichtung von solchen Neuanlagen einstweilen zu verzichten. Aber die Lieferung dieser Neuanlagen ist als allgemeine Vorschrift in unsere Bedingungen aufgenommen, und wenn wir die Bedingungen nicht ändern, können wir nicht sagen: Wir stellen

die Neueinrichtung von Automatenanlagen ein. Freilich, solange wir nicht in der Lage sind, die an uns ergangenen Aufforderungen zu erfüllen, kann uns niemand einen Vorwurf daraus machen. Da wir nun aber weiter Automatenanlagen, soweit wir dazu imstande sind, herrichten wollen, möchte ich bitten, auch dieser geringen Preiserhöhung zustimmen zu wollen, wie sie die Kommission vorschlägt. Es ist übrigens auch erwogen worden, ob man den Preis für das Automatengas nicht um 2 Pf. erhöhen sollte; man hat aber davon Abstand genommen, und auch der Magistrat will einen diesbezüglichen Antrag nicht stellen.

Stadtv. Stegmann: Ich verstehe es nicht recht, daß die Kommission über das hinausgegangen ist, was der Magistrat betreffs der Erhöhung des Gaspreises wünscht. Der Magistrat hat sicherlich vorher genau kalkuliert, was er fordern muß, und ist zu der Ansicht gekommen, daß ohne eine Erhöhung des Automaten-gaspreises und mit der Erhöhung des übrigen Gaspreises um 1 Pf. auszukommen ist, und jetzt präsentiert die Kommission dem Magistrat noch einen Pfennig mehr! Man sollte doch nicht päpstlicher als der Papst sein, und ich bitte dringend, aus den schon angeführten Gründen von der Erhöhung des Preises insbesondere für das Automatengas Abstand zu nehmen. Glaubt der Magistrat, mit dem früheren Preise auszukommen, so haben wir meiner Meinung nach keine Veranlassung, mehr zu bewilligen, als unbedingt nötig erscheint.

Oberbürgermeister Hetemeyer: Gegen den eben ausgesprochenen Vorwurf möchte ich die Finanzkommission in Schutz nehmen. Allerdings hatte der Magistrat auf Grund der Berichte der Verwaltungsdeputation der Gaswerke seinerseits die in der Vorlage aufgeführten Vorschläge gemacht. Aber an dem Tage, wo die Finanzkommission ihre Sitzung abhielt (es war wohl am vorigen Dienstag), lief ein Schreiben der Direktion ein, des Inhalts, daß ihr jetzt erst die Nachricht zugegangen sei, daß vom 1. Mai an — rückwärts gerechnet — der Preis für Kohlen um 2 *M* für die Tonne erhöht wäre, und zwar belief sich der Gesamtbetrag der Erhöhung auf 60 000 *M*. Da dem Magistrat vorher von dieser Erhöhung nichts bekannt war, hat er diese 60 000 *M* nicht in seine Berechnung einbezogen. Wenn die Steuer noch dazukommt, wird der Erfolg der ganzen Erhöhung des Gaspreises um einen Pfennig durch die Verteuerung der Kohlen zunichte gemacht. Die Kommission ist ganz sachgemäß vorgegangen, und auch der Magistrat nimmt den Standpunkt ein, daß diese neue Tatsache, die uns vorher nicht bekannt war, dazu führt, dem Antrage des Herrn Referenten Folge zu geben.

Stadtv. Munte: Der Vorschlag zur weiteren Erhöhung des Gaspreises ist von der Finanzkommission wohl durchdacht. Zu aller Sicherheit haben wir Herrn

Direktor von Feilitzsch herbitten lassen, um uns darüber zu unterrichten, daß die neue Erhöhung der Kohlenpreise vom 1. Mai ab tatsächlich in die zuerst vorgeschlagene Erhöhung nicht einkalkuliert war, denn die Herren vom Magistrat konnten uns darüber nicht ganz genaue Auskunft geben. Wir haben durchaus unsere Pflicht getan und nicht ins Blaue hinein beschlossen. Nach den uns gewordenen Auskünften war voranzugehen, daß eine Erhöhung um einen weiteren Pfennig bald kommen mußte, und eine solche rückweise Erhöhung würde die Bürgerschaft viel mehr beunruhigt haben, als wenn jetzt ganze Arbeit gemacht wird. Es ist auch von Herrn Direktor von Feilitzsch eine sehr gewissenhafte Auseinandersetzung darüber gegeben, wie die Beleuchtungseinrichtungen sich verteuert haben, die bei den Gasautomaten mit geliefert werden. Eine ähnliche Zusammenstellung, wie sie der Herr Oberbürgermeister vorgelesen hat, haben wir auch in der Finanzkommission bekommen, so daß wir uns sagen mußten, daß bei der allgemeinen Teuerung, wo auch die Löhne für die Leute gestiegen sind, ein jeder sich an diese kleine Mehrausgabe gewöhnen muß. Es ist uns gesagt, daß kleine Haushalte für 4,50 bis 5 M Gas im Monat verbraucht haben, so daß monatlich ca. 30—33 cbm Gas gebraucht werden. Wenn das Kubikmeter 1 Pf. mehr kostet, so wird sich vielleicht eine Mehrausgabe von 33 Pf. im Monat oder im Jahre von 4 M ergeben, und daran wird wohl niemand zugrunde gehen. Etwas muß jeder dazu beitragen, daß die erhöhten Kosten wieder eingebracht werden. Wir haben auch mit Vorbedacht die Mehrzahlung für Automaten gas nicht auf 2 Pf. gestellt, sondern sind entgegengekommen in der Rücksicht, daß meistens die Leute, die sich Automaten nehmen, nicht zu den bestgestellten gehören. Es waren auch Stimmen dafür, daß man, da sich die Anlagen sonst nicht verzinsten, ruhig eine Erhöhung um 2 Pf. vornehmen solle. Dem sind wir aber nicht gefolgt, sondern sind nach reiflicher Überlegung für das Automaten gas bei der Erhöhung um 1 Pf. stehen geblieben.

Nachdem der **Vorsitzende** den Inhalt des neuen § 6 a und b nochmals angegeben hat, stimmt die Versammlung der neuen Fassung zu, ebenso der Streichung des ersten Satzes des § 19 Absatz 1 der Bedingungen für Abgabe von Gas und der Neufassung des § 20 Absatz 2, weiter auch dem Zusatz zu § 24.

Schließlich stimmt die Versammlung der Erhöhung des Preises für das durch gewöhnliche Gasmesser abgegebene Gas von 15 auf 17 Pf. und für das durch Automaten abgegebene Gas auf 18 Pf. für die Zeit vom 1. Juni d. J. ab zu.

3. Statut über Abänderung des § 46 des Ortsbaustatuts.

Stadt v. **Bartels**: Es handelt sich um Aufhebung des § 46 des Ortsbaustatuts. Dieser Paragraph behandelt die Bestimmungen bei statischen Berechnun-

gen von Konstruktionen. Bis jetzt hat die Stadt Braunschweig immer schärfere Vorschriften gehabt, als solche für Preußen seit Januar 1910 eingeführt sind.

Im Januar 1913 wandte sich die Baugewerke-Zunft und der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe an den Stadtmagistrat um Milderung dieses Paragraphen, bzw. um Einführung der preußischen Bestimmungen hierfür. Das Gesuch wurde zu den Akten gelegt, und das bauende Publikum der Stadt Braunschweig baute stabiler, aber auch bedeutend teurer als in Preußen. Im Oktober 1916 wiederholten die gesamten Vereine ihr Gesuch, und der Stadtmagistrat wandte sich nunmehr an das Herzogliche Staatsministerium, um die zutage getretenen großen Mißstände gänzlich zu beseitigen, und empfahl dringend, die preußischen Bestimmungen nicht nur für die Stadt Braunschweig, sondern für das ganze Herzogtum einzuführen. Das Ministerium stand der Sache wohlwollend gegenüber und wird am 1. Juni d. J. für das Land Braunschweig die erwähnten Bestimmungen einführen.

Die Statutenkommission hat sich mit der Angelegenheit befaßt und empfiehlt, der Aufhebung dieses Paragraphen zuzustimmen. Der Wortlaut ist folgender: „Auf Grund des Gesetzes, betreffend Bauordnung für das Herzogtum Braunschweig, vom 13. März 1899 wird mit Zustimmung der Stadtverordneten folgende Bestimmung erlassen:

„Der § 46 des Ortsbaustatuts für die Stadt Braunschweig vom 8. Dezember 1905 wird vom 1. Juni 1917 ab aufgehoben.“

Der Abänderung des § 46 wird von der Versammlung zugestimmt.

Vorsitzender: Soeben wird mir vom Magistrat mitgeteilt, daß auch noch die Punkte 8 und 9 dringlich sind. Wir werden dementsprechend diese beiden Punkte jetzt erst noch erledigen, ehe wir zu der Stellungnahme zu dem Projekte der Erbauung eines Rhein-Weßer-Elbe-Kanals übergehen.

4. Erhöhung des städtischen Kredits beim Herzoglichen Leihhause.

Stadtv. **Lebbenjohannis:** Der Antrag des Magistrats geht dahin, den Magistrat zu ermächtigen, beim Herzoglichen Staatsministerium zu beantragen, den der hiesigen Stadt beim Herzoglichen Leihhause zur Deckung der Kriegsausgaben in Höhe von 16 Millionen Mark bewilligten Kredit auf 18 Millionen Mark zu erhöhen, und zwar deshalb, weil der Kredit bereits bis auf 15 960 000 M. in Anspruch genommen ist, und weil neue Erfordernisse aller Art, z. B. die Familienunterstützungen, die Feuerungszulagen usw. an die Stadtkasse herantreten, und andererseits, weil die Einnahmen aus den Steuern für 1917/18 vermutlich erst gegen Ende Juni d. J. eingeht werden. Die Finanzkommission hat sich not-

wendigerweise mit dem Antrage des Magistrats einverstanden erklärt und gibt anheim, ihm zu entsprechen.

Der Magistrat hat dem Antrage, den er an die Stadtverordneten eingereicht hat, gleichzeitig eine vom Stadtkämmerer aufgestellte Übersicht beigelegt, die über die Ausgabe dieser enormen Summe von 16 Millionen Aufschluß gibt. Der Stadtkämmerer führt in seiner Eingabe an den Stadtmagistrat folgendes aus:

„Vor Beginn des Krieges (Ende Juli 1914) betrug unter anderem die Mehrausgabe beim Extraordinarium der Kammereikasse 1 006 500 M,
beim Ordinarium derselben 443 000 M,
bei der Kanalbaukasse (Mehrausgabe beim Neubauetat 581 000 M
abzüglich des Vorrats beim Unterhaltungsetat 53 000 M) 528 000 M,
Die zur Bestreitung dieser Mehrausgaben und zur Schaffung des
Kassenvorrats der Stadthauptkasse von 773 000 M

erforderlichen Mittel von zusammen 2 740 500 M
wurden bestritten durch Nutzung der Bestände der bei der Stadthauptkasse verwalteten verschiedenen anderen Kassen (Gas- und Wasserwerke, Ausgleichsfonds, Züdelstiftung, Umsatzsteuer u. a.).

Ende März 1917 hingegen betrug unter anderem die Mehrausgabe beim Extraordinarium der Kammereikasse 2 385 000 M,
desgleichen beim Ordinarium derselben 150 000 M,
desgleichen bei der Kanalbaukasse (Mehrausgabe beim Neubauetat 623 000 M abzüglich des Vorrats beim Unterhaltungsetat 30 000 M) 593 000 M,
desgleichen beim Ausgleichsfonds 1 555 000 M,
und weiter war bei der Stadthauptkasse ein Barbestand vorhanden von 420 000 M,

5 103 000 M.

An Beständen der bei der Stadthauptkasse verwalteten verschiedenen anderen Kassen (Gas- und Wasserwerke, Züdelstiftung, Umsatzsteuer und andere) und an hinterlegten Barbeständen (unter anderem Schlachthauskasse) konnten Ende März 1917 nur genutzt werden 1 523 000 M.

Der Restbetrag zu 3 580 000 M
mußte daher im Wege der Aufnahme von Schuldverbindlichkeiten beschafft werden.

Außer den genannten Mehrausgaben hatte die Stadt am Ende des vorigen Monats für Kriegszwecke aufgewendet 10 610 000 M,
welche natürlich auch, da Mittel hierfür nicht vorhanden waren, im Wege der

Anleihe beschafft werden mußten, so daß die Anleiheschuld sich am Ende des vorigen Monats auf insgesamt 14 190 000 *M* belief. — Die vom Ende vorigen Monats bis 20. d. Mts. fernerweit angekauften 970 000 *M* waren zur Bestreitung weiterer Ausgaben für Kriegszwecke (namentlich Lebensmittel und Familienunterstützung) sowie zur Bestreitung von laufenden Ausgaben der Kammereikasse (Gehälter für Beamte und Lehrer) erforderlich.“

Zu diesen Beträgen sind, wie vorhin ausgeführt, bis zum 1. Mai d. J. weitere Ausgaben gekommen, so daß wir jetzt auf eine Summe von 15 960 000 *M* gekommen sind.

Bei den außergewöhnlichen Ausgaben, die die Stadt während des Krieges gehabt hat, handelt es sich in der Hauptsache um Familienunterstützungen, die bis zum 20. April 1917 nach Abzug der Eingänge insgesamt 8 523 000 *M* betragen haben. Es kommen weiter als wesentliche Ausgaben in Betracht die für die Selbstwirtschaft 1916/17 mit rund 751 000 *M*, für die Schweinemästerei rund 178 000 *M*, für Ankauf und Verkauf von Gemüse 134 000 *M*, An- und Verkauf von Fleischabschlag 336 000 *M*, Kartoffeln und Steckrüben 260 000 *M*, Sauerkraut und Salzbohnen 337 000 *M* und verschiedene andere kleinere Summen. Demgegenüber sind natürlich auch Einnahmen zu verzeichnen, doch machen diese Auslagen eine Gesamtsumme von 10 609 000 *M* aus.

Selbstverständlich bietet diese Übersicht kein Bild der Finanzlage der Stadt, da in den aufgeführten Summen nicht nur die Kassenbeträge, sondern auch die umfangreichen Beträge für Lebensmittel usw. enthalten sind, die zum Teil wieder einkommen. Die Übersicht soll nur oberflächlich darstellen, in welcher Weise die gesamte Summe zur Ausgabe gekommen ist.

Wie ich schon berichtet habe, bittet die Finanzkommission die Herren Stadtverordneten, dem Antrage des Stadtmagistrats auf Erhöhung des Kredits beim Herzoglichen Leihhause zuzustimmen.

Die Versammlung beschließt dem Antrage der Finanzkommission gemäß.

5. Ankauf des Grundstücks des Großen Waisenhauses B. M. V. und stadtseitige Übernahme der Waisenhauschule.

Stadtv. **Miete:** Meine Herren. Durch die Ihnen zugegangene Vorlage des Magistrats und auch durch die Presse sind Sie bereits darüber unterrichtet, um was es sich bei dieser Vorlage handelt. Der Magistrat schreibt uns in der Angelegenheit:

„Laut des zwischen dem Staate, der Stadt und dem Waisenhause am 18./29. April bzw. 4. Mai 1861 abgeschlossenen Vertrages, über dessen Inhalt

wir das Nähere aus den beigelegten Akten zu ersehen bitten, hat sich das Waisenhaus unter anderm verpflichtet, die von ihm bis dahin unterhaltene Schule in gleicher Weise fortzuführen. Dieser Verpflichtung ist das Waisenhaus bislang nachgekommen. Die Schülerzahl ist annähernd die gleiche wie im Jahre 1861; außer den 176 Waisenhauszöglingen besuchen z. B. 440 Stadtkinder (Knaben und Mädchen) die Schule, die der Aufsicht des Herzoglichen Seminardirektors hier und der Oberaufsicht des Herzoglichen Konsistoriums unterstellt ist. Das Lehrziel der Schule, die je sieben aufsteigende Knaben- und Mädchenklassen umfaßt, ist annähernd dem der städtischen achttufigen Bürgerschulen gleich, auch der Lehrplan ist der gleiche; das Schulgeld beträgt 24 \mathcal{M} jährlich. Die Lehrkräfte werden in gleicher Weise wie diejenigen der städtischen Bürgerschulen besoldet, doch hat das Direktorium des Großen Waisenhauses die diesbezügliche Zulage nur gegen die Verpflichtung der einzelnen Lehrkräfte erteilt, im Falle der stadtseitigen Übernahme der Waisenhauschule in den städtischen Schuldienst bei Wahrung ihrer Gehaltsansprüche überzutreten.

Besonders infolge des Steigens der Gehälter sind die dem Waisenhaus durch die Unterhaltung der Schule erwachsenden Kosten fortwährend gestiegen; im letzten Jahre belief sich die Jahresausgabe — abgesehen von den bei Ermittlung der Gesamtkosten mit zu berücksichtigenden Zinsen des Wertes der Schulgebäude — auf rund 55 800 \mathcal{M} , und der schon seit Jahren bestehende Wunsch des Waisenhauses, von der in Rede stehenden lästigen Verpflichtung befreit zu werden, erscheint daher erklärlich. Die dieserhalb schon früher geführten Verhandlungen blieben erfolglos, weil eine Einigung über die Entschädigung, die das Waisenhaus an die Stadt im Falle Übernahme der Waisenhauschule naturgemäß zu zahlen haben würde, nicht zu erzielen war.

Neuerdings hat sich die Sachlage dadurch wesentlich geändert, daß sich das Direktorium des Waisenhauses entschlossen hat, aus Rücksicht auf die Gesundheit der Zöglinge in der Außenstadt ein neues Anstaltsgebäude mit geräumigem Spielplatz und Garten zu errichten und das bisher benutzte Grundstück Hinter Liebfrauen zu veräußern; nur die Druckerei soll bis dahin, daß geeignete Ersatzräume gefunden sind, an der bisherigen Stelle verbleiben.

Mit Rücksicht hierauf erschien es uns ohne weiteres angezeigt, mit dem Direktorium wegen stadtseitigen Erwerbes des bisherigen Anstaltsgrundstückes in Verhandlung zu treten, weil dasselbe für städtische Zwecke sehr günstig liegt. Insbesondere würde es möglich sein, in den vorhandenen Räumen ohne kostspielige Neubauten die Knaben-Fortbildungsschule unterzubringen, deren Leitung überzeugend dargelegt hat, daß die jetzige Verteilung der einzelnen Klassen der Fortbildungsschule auf verschiedene Bürgerschulen ein erfolgreiches Arbeiten in hohem Maße erschwere.

Mag aber demnächst das Waisenhausgrundstück für diesen oder einen anderen städtischen Zweck Verwendung finden, so unterliegt es doch keinem Zweifel, daß sein Besitz bei seiner Lage und Größe für die Stadt von nicht zu unterschätzender Bedeutung sein würde, und daß daher die sich jetzt bietende Gelegenheit, mit dem Waisenhause ein Abkommen zu treffen, das den beiderseitigen Interessen durchaus entspricht, nicht unbenutzt gelassen werden sollte.

Auf Grund zweier Gutachten, worüber wir das Nähere aus den Akten zu ersehen bitten, haben wir uns mit dem Waisenhause dahin verständigt, daß diesem für das ganze Grundstück ein Preis von 650 000 *M* zugebilligt und ihm die weitere Benutzung des Druckereigebäudes sowie des angrenzenden Neubaus, in dem die Geschäftsräume der Braunschweigischen Anzeigen mietweise untergebracht sind, für einen Mietpreis von jährlich 6500 *M* vermietet wird. Die Besitzübergabe und Auflassung sollen erfolgen, sobald das neue Anstaltsgebäude bezogen werden kann, zu dessen Errichtung das Waisenhaus schreiten wird, sobald nach Kriegsschluß wieder geordnete Verhältnisse eingetreten sein werden.

Die Übernahme der Waisenhauschule dagegen, d. h. die Aufnahme der sämtlichen 616 Schulkinder in achsstufige Bürgerschulen, und die Übernahme des Lehrkörpers in den städtischen Schuldienst soll schon zum 1. Oktober d. J. erfolgen, vorausgesetzt, daß bis dahin der abzuschließende Vertrag, bei dem auch staatliche Interessen in Frage kommen, allseitig genehmigt sein wird. Für die Befreiung von der Schullast, Befreiung seiner Zöglinge vom Schulgelde und Einräumung von 10 Freistellen in den städtischen Mittelschulen erbietet sich das Waisenhaus, eine dauernde Rente an die Stadt zu zahlen, die auf 40 000 *M* p. a. bemessen ist. Wir glaubten, auf dieses Anerbieten eingehen zu sollen, obwohl die Rente hinter der Jahresaufwendung, die dem Waisenhause z. B. durch die Unterhaltung der Schule erwächst, nicht unerheblich zurückbleibt. Denn wir mußten die Gründe, die vom Waisenhaus für die niedrigere Bemessung der Rente geltend gemacht wurden, als zutreffend anerkennen und waren überdies der Ansicht, daß die Stadt auch ihrerseits ein wesentliches Interesse daran hat, daß das Große Waisenhaus seine segensreiche Aufgabe dauernd und nachhaltig zu erfüllen in der Lage ist.

Das Waisenhaus wird dem Vertrage nach vom 1. Oktober d. J. an gegen stadtseitige Übernahme der Waisenhauschule die vereinbarte Rente von jährlich 40 000 *M* zahlen und der Stadt die anderweite Benutzung der Schulräume ohne besondere Vergütung gestatten, während nach Vollendung des neuen Anstaltsgebäudes das jetzige Waisenhausgrundstück der Stadt aufgelassen und überwiesen wird und neben der Miete von 6500 *M* für das Druckereigebäude nur noch 7500 *M* (d. h. die Schulrente von 40 000 *M*, vermindert um die 5prozentigen Zinsen des Kaufpreises zu 650 000 *M* = 32 500 *M*) mithin zusammen 14 000 *M*

jährlich an die Stadt zu zahlen sind. Sollte später die Waisenhausdruckerei anderweit untergebracht werden, so erhöht sich bei gleichzeitigem Wegfall der Mietzahlung die Schulrente wieder auf den Betrag von jährlich 40 000 M.

Wir sind der Ansicht, daß das Abkommen für die Stadt ungeachtet der dauernden Steigerung ihrer ohnehin großen Schullast nicht ungünstig ist, und geben daher ergebenst anheim, dem Vertragsabschlusse zustimmen zu wollen."

Meine Herren. Solche Gelegenheiten, ein Grundstück von 6000 qm Grundfläche für die Stadt zu erwerben, gibt es wohl nicht viele in Braunschweig, und wenn deshalb die Stadt dieses Grundstück erwirbt, so ist das schon an und für sich ein Erfolg. Weiter ergibt sich die Aussicht, daß das Schulwesen der Stadt etwas mehr vereinigt wird und nicht so zerstückelt bleibt wie bis dato. Ferner ergibt sich dadurch auch etwas mehr Aussicht, daß die Einheitsschule eingeführt wird, wenn auch hierzu noch kein Weg vorgeschlagen ist und, wie ich sehr wohl weiß, noch viel dazwischen liegen wird, bis es dahin kommt. Aus diesen Gründen kann ich es nur mit Freuden begrüßen, daß ein solches Abkommen getroffen werden soll. Jedenfalls ist diese eine der wichtigsten Vorlagen, die wir seit längerer Zeit außer den Kriegsbewilligungen bekommen haben. Ich möchte Sie bitten, der Vorlage zuzustimmen. Die Finanzkommission, der die Vorlage zugegangen ist, hat mich beauftragt, dafür einzutreten.

Vorsitzender: Ich bitte nunmehr Herrn Frede, namens der Schulkommission über die Vorlage zu berichten.

Stadtv. **Frede:** Das ist wohl nicht mehr nötig, nachdem Herr Rieke seinen Bericht erstattet hat. Ich könnte nur in Wiederholungen eintreten, und das hat keinen Zweck. Die Schulkommission beantragt ebenfalls, die Magistratsvorlage anzunehmen.

Die Versammlung stimmt dem Vertragsabschlusse zu.

6. Gewährung von Beihilfen zum Ankauf von Milchkühen.

Stadtv. **Munte:** Es ist in dieser Angelegenheit ein Schreiben des Magistrats an die Herren Stadtverordneten eingelaufen, das folgendermaßen lautet:

„Zur Förderung der Milchviehhaltung gewährt Herzogliches Staatsministerium aus einem beim Herzoglichen Leihhause eingerichteten „Staatlichen Viehconto“ Beihilfen an Landwirte, die Milchkühe anschaffen, und zwar in Höhe von 100 und 150 M auf jedes Tier, je nach dessen Wert. Die Mittel jenes Viehkontos können nicht mehr in dem bisherigen Umfange zu dem gedachten Zwecke in Anspruch genommen werden. Herzogliches Staatsministerium hat daher angeregt,

daß die beteiligten Kommunalverbände von jetzt ab ein Drittel der Beihilfe übernehmen. Die hiesige Stadtgemeinde soll nur insoweit herangezogen werden, als es sich um die Anschaffung frischmilchender oder hochtragender Kühe handelt, deren Milch nachweislich zur Versorgung der Stadt Braunschweig bestimmt ist. Der Vorstand der Landwirtschaftskammer ist bereit, die Zuschußanträge daraufhin zu prüfen.

Bisher sind bereits für 193 Kühe, deren Milch in die hiesige Stadt geliefert wird, aus dem staatlichen Viehkonto 33 250 *M* Beihilfen geleistet. In welchem Umfange unsere Stadt mit Zuschüssen belastet werden wird, wenn sie von jetzt ab ein Drittel der Beihilfen übernimmt, läßt sich nicht voraussagen. Mit Rücksicht auf die außerordentlich großen Milchversorgungsschwierigkeiten halten wir es jedoch für geboten, den geehrten Herren zu empfehlen, sich damit einverstanden zu erklären, daß die hiesige Stadtgemeinde, soweit sie an der Milchbelieferung beteiligt ist, ein Drittel zu den staatlichen Beihilfen bis auf weiteres zuschießt. Sollten die Aufwendungen eine übermäßige Höhe erreichen, so würde die Zusage der städtischen Behörden jederzeit widerrufen werden können."

Dieser Antrag ist von der Finanzkommission am Schlusse ihrer Sitzung beraten worden. Die Finanzkommission ist mit ihm einverstanden und empfiehlt Annahme desselben. — Es wäre ja angebracht, zu hören, in welcher Zeit diese 193 Kühe angeschafft sind. Ist das im Laufe dieses Jahres geschehen, oder geht es auf 5 oder 10 Jahre zurück? 33 000 *M* ist schon eine ganze Menge Geld, und für die vier Monate dieses Jahres würde es recht viel ausmachen. Über die Tragweite des Antrages sind wir also nicht ins klare gekommen. Wir könnten ja immerhin noch von dem Vertrage zurücktreten, wenn uns die Kosten zu hoch würden, aber dann müßten wir auf die Hilfe für die Milchversorgung der Stadt verzichten. Wenn 150 *M* für jede Anschaffung einer Kuh zugeschoffen sind, dann würde erst bei 200 Kühen der Betrag von 30 000 *M* erreicht sein; darnach hat also der Staat in einzelnen Fällen noch mehr als 150 *M* beige-steuert. Jedenfalls sind aber keine Kühe mit 100 *M* Zuschuß angeschafft, mindestens alle mit 150 *M* Zuschuß und einige mit noch höherem Zuschusse. — Trotzdem empfiehlt Ihnen die Finanzkommission die Annahme des Antrages.

Stadtrat Wagner: Das „Staatliche Viehkonto“ zur Förderung der Milchviehhaltung ist, wenn ich nicht irre, Ende vorigen Jahres eingerichtet. Es sind aus ihm bisher auch höhere Beihilfen als 150 *M* für Anschaffung einer Kuh gewährt; man hat aber beschlossen, von jetzt ab mit der Gewährung von Beihilfen nicht höher als 150 *M* zu gehen. Die Höhe richtet sich, wie ich glaube, nach dem Preise oder nach dem Gewichte des Tieres. Nun würden wir mit dem Staatsministerium vereinbaren können, daß uns allmonatlich eine Nachweisung über die

Zuschüsse, die wir zu leisten haben, vorgelegt wird. Sobald sich diese zu sehr steigern sollten, würden wir — wenn uns die Milchversorgung der Stadt Braunschweig nicht mehr wert ist — sagen können, daß wir in der Folgezeit keine Zuschüsse mehr leisten wollen.

Stadtv. Genzen: Wir sind unsererseits mit diesem Antrage des Magistrats einverstanden, jedoch möchte ich ersuchen, daß nicht nur bei Anschaffung von Milchkühen, sondern auch bei solchen von Milchziegen Beihilfen gewährt werden, da jetzt der Preis für eine solche Ziege 160—200 *M* beträgt. Man könnte dabei ja eine gewisse Grenze setzen und bestimmen, daß Leuten mit einem gewissen Einkommen keine Beihilfe mehr wird.

Stadtrat Wagner: Ich glaube, Herr Genzen hat wohl im Sinne, daß der Ziegenhalter, der die Ziegenmilch selber nutzen will, einen Zuschuß zu den Anschaffungskosten erhalten soll. Das würde aber etwas anderes sein als diese Zuschüsse an die Landwirte, die die Allgemeinheit mit Milch versorgen. Das letztere liegt im öffentlichen Interesse, während man bei dem Zuschuß für Anschaffung von Milchziegen denjenigen unterstützen würde, der sich selber mit Milch und Butter versorgt. Ich weiß nicht, ob man beides ohne weiteres auf eine Stufe stellen kann.

Stadtv. Genzen: Bei der Knappheit aller Lebensmittel sollte man auch darauf Rücksicht nehmen, daß demjenigen eine Unterstützung wird, der eine Milchziege anschafft, auch wenn er die Milch für sich verbraucht. Die Beihilfe hierfür wird lange nicht die Höhe erreichen wie die für die Milchkühe. Der Besitzer einer Milchkühe verdient durch den Erwerb etwas, während bei der Haltung einer Milchziege nichts verdient wird, sondern sie nur zum Unterhalt für die Familie des Erwerbers gebraucht werden soll. Ich meine, auch in diesen Fällen könnte man bei Festsetzung einer gewissen Grenze eine Beihilfe gewähren.

Die Versammlung beschließt dem Magistratsantrage gemäß.

Vorsitzender: Zur Erreichung einer Beihilfe für Ziegenhalter würde es sich empfehlen, einen besonderen Antrag zu stellen.

7. Stellungnahme zu dem Projekte der Erbauung eines Rhein=Weiser=Elbe=Kanals.

Stadtv. Niese: Bei dieser Vorlage handelt es sich darum, den Verkehr, an dem Braunschweig bis jetzt durchaus keinen Überfluß hat, für die Stadt zu mehren, und zwar durch Herstellung eines Wasserweges. Es ist den Herren bekannt, daß

schon seit langer Zeit Verhandlungen stattgefunden haben über die Linienführung des Mittellandkanals, über die sogenannte Nord- und Südlinie, und auch eine Denkschrift, die uns zugeandt wurde, und die von dem Ingenieurbureau Havestadt und Contag ausgearbeitet ist, hat Stellung dazu genommen. Sie enthält aber nicht eine Kritik der beiden Linien, sondern nur die Anführung der Möglichkeit dieser Linienführung, sowie Berechnungen und Anschlußmöglichkeiten derselben.

Im November 1913 haben auch die städtischen Behörden unserer Stadt beschlossen, daß die Stadt dem Ausschuß zur Förderung des Rhein-Weiser-Elbe-Kanals als Mitglied beitritt und bis auf weiteres einen Zuschuß von 500 Mk. zahlt. Dieser im Jahre 1889 begründete Ausschuß, dessen früherer Wirksamkeit die Belebung des Interesses für den Mittellandkanal, die Ausarbeitung des ersten Bauplanes für diesen Kanal in seiner Gesamtheit und damit die Schaffung der Vorbedingungen für den inzwischen bereits gebauten und in Betrieb genommenen Rhein-Hannover-Kanal wesentlich zu danken ist, sieht jetzt seine Aufgabe darin, auf die Vollenendung des Kanals, den Bau des noch fehlenden Teils zwischen Hannover und Magdeburg seine Tätigkeit zu richten. Er hat bekanntlich zu dem Zwecke einen Entwurf und die erwähnte Denkschrift von Havestadt und Contag aufstellen und den maßgebenden Behörden vorlegen lassen, um darin den Beweis zu erbringen, daß der Ausbau des Schlußstückes des Mittellandkanals wirtschaftlich dringend nötig ist.

Auf den hier ausgehängten Plänen finden Sie die Nord- und die Südlinie eingezeichnet. Der Verkehrsausschuß, dem auch ich angehöre, hat verschiedentlich in seinen Sitzungen Stellung zur Weiterführung des Kanals und den beiden Linien genommen. Die Nordlinie vermittelt den Durchgangsverkehr auf dem kürzesten Wege. Bezüglich der Höhenverhältnisse wurde in früheren Jahren darauf hingewiesen, daß die Südlinie um 26 m höher zu liegen komme, als die Nordlinie, und allgemein wurde nicht nur von Laien, sondern auch von Technikern die Ansicht ausgesprochen, daß die Südlinie keine Aussicht auf Verwirklichung habe, weil für sie kein Wasser vorhanden sei. Während der Zeit hat sich aber ergeben, daß die Schwierigkeiten durch die Techniker sehr leicht zu überwinden sind, und daß es also für Ausführung des Baus der Südlinie kein Hindernis mehr gibt. Wenn man die Führung der Nordlinie näher betrachtet, so geht sie durch die Heide, bei Rorsfelde und Calvörde vorbei und schließlich über Heinrichsberg in die Elbe, während die Südlinie auf die Länge von 3 km unser städtisches Gebiet schneidet und auch bei ihrer weiteren Führung ein hoch entwickeltes Gebiet anschneidet. Der Verkehr nach dort würde ein ungleich stärkerer sein, als wenn wir von der Nordlinie her durch einen Stichkanal an den Mittellandkanal angeschlossen würden, der immer noch 18 km von Braunschweig entfernt liegen würde. Man hat

wohl angeführt, es sei von großem Wert, daß durch den Stichkanal Braunschweig zum Stapelplatz für Güter, die mit dem Kanal weitergesandt werden sollten, gemacht werden würde, und daß es dadurch wieder die Wichtigkeit für den Handel erreichen könnte, den es vor 400 Jahren durch die Messen gehabt habe, wo der ganze Orienthandel durch Braunschweig vermittelt worden sei. Nun, die Zeiten sind heute andere geworden, und mit solchen Verhältnissen ist heute nicht zu rechnen.

Wenn wir einen Stichkanal bekommen, müssen wir erst einmal die 9 Millionen dafür selber aufwenden, während in Aussicht steht, daß der ganze Kanal, auch wenn die Südlinie gewählt wird, von dem preußischen Staate gebaut wird. Nach meiner Ansicht wäre es ja richtiger, wenn das Reich die Wasserstraße bauen würde, dann würde nicht mit den vielen Behörden zu verhandeln sein und die ganze Sache leichter vonstatten gehen. Rasch wird sich die Anlage ja sowieso nicht ausführen lassen. Wir bauen schon seit zwanzig Jahren an unserem Hauptbahnhofs und haben heute noch keinen, und wenn der Kanal endlich gebaut wird, dann sind jedenfalls die meisten von uns nicht mehr am Leben, ich jedenfalls werde dann längst verschwunden sein. Der Krieg hat gelehrt, wie arm Deutschland, besonders dieses Stück zwischen Elbe und Weser an Wasserstraßen ist. Wenn wir den Mittellandkanal fertig gehabt hätten, dann wäre jedenfalls die Nahrungsmittelversorgung und der ganze Güterverkehr ein besserer gewesen, und wir hätten nicht die Kohlennot und alle die vielen Nöte, die wir heute durchzumachen haben.

Es ist wirtschaftlich von größter Bedeutung, wenn die Südlinie gewählt wird, da sie auch die Möglichkeit bietet, an das Staßfurter Becken bis Halle und Leipzig uns den Verkehr zu erschließen, was denn ja auch in Aussicht genommen ist. Wir sind überzeugt, daß dadurch diese Linie erst recht wertvoll wird und in wirtschaftlicher Beziehung für Braunschweig allein in Frage kommen könnte. Wenn diese Linie uns gebaut wird, dann können uns auf dem Wasserwege Kohlen, Baumaterial usw. leichter und billiger zugeführt werden als mit der Eisenbahn. Deshalb hat auch das preußische Eisenbahnministerium, das früher immer gegenüber dem Bau des Mittellandkanals sich ablehnend verhalten hat, seine Meinung geändert, so daß man jetzt den Dingen freundlicher gegenübersteht, was jedenfalls eine Folge der Erfahrungen des Krieges ist. Auch wenn eine solche durchgehende Wasserstraße vom Rhein zur Elbe aufgemacht würde, so wäre die Bahn dadurch keineswegs geschädigt, sondern würde nur ganz bedeutend entlastet.

Ob es nun zum Bau der Nord- oder der Südlinie kommen wird, wissen wir nicht, jedenfalls müssen wir uns aber notgedrungen für eine der Linienführungen erklären. Die Anhänger der Südlinie stehen auf dem Standpunkte, vor allen Dingen darauf zu drängen, daß diese Linie gebaut wird, denn in dem Falle würde mit der Zeit auch die Nordlinie gebaut werden. Werde die Südlinie zuerst ge-

baut, dann würde sich herausstellen, daß sie den Verkehr allein nicht bewältigen könne, und der Bau der Nordlinie werde dann schon von selbst nachfolgen. Nicht bloß unsere Stadt geht darauf aus, ihre Verkehrsverhältnisse durch den Bau des Mittellandkanals zu verbessern, auch andere Kommunen arbeiten in gleicher Richtung. So lese ich heute zufällig in einem Blatte, daß die Hamburger zu klagen haben, daß sie in bezug auf Verkehrsverhältnisse schlimm daran seien, und daß auch diese Stadt ein großes Interesse daran hat, daß dieser Mittellandkanal endlich ausgeführt wird, und zwar nicht weit von ihnen ab, sondern daß auch ihr dadurch Gewähr geleistet wird, daß der Verkehr für sie verbessert wird. Überall hat das Projekt des Baus dieses Kanals großes Interesse hervorgerufen, denn es liegen überall Verkehrshindernisse genug im Wege, und trotzdem wir mitten in Deutschland liegen, sind wir in Braunschweig bezüglich des Verkehrs wirklich nicht am besten daran.

Die Anhänger der Südlinie behaupten auch mit vollem Rechte, daß der Kanal in der Weise, wie er jetzt geplant sei, doch nicht ausgeführt werde, denn es werden noch verschiedene Verbesserungen kommen. Es wird auch ermöglicht werden, daß Braunschweig beim Bau der Südlinie erst recht zu einem großen Stapelplatz gemacht wird, denn die kleinen Orte können sich die teuren modernen Einrichtungen für Entladung und Befrachtung der Schiffe, die Kräne und was noch dazu gehört, nicht leisten. Dazu ist nur eine große Kommune imstande, und durch solche Anlagen würde sich der Verkehr wohl auch nach Braunschweig ziehen. Wenn aber von Braunschweig aus nur ein Stichkanal gebaut würde, so würde Braunschweig trotzdem seine Güter besser über Peine bekommen, als sie vom Eichthal oder von Reltenhof ab wegzuholen, denn das letztere würde viel teurer zu stehen kommen als das erstere.

Als Kosten für den Stichkanal werden 9 Millionen Mark genannt, für den nördlichen Kanal waren 108 Millionen berechnet und für die Südlinie 134 Millionen Mark. Nach den neueren Ermittlungen würden sich die Kosten für die Südlinie noch um 20 Millionen Mark verringern, und so würde der Unterschied zwischen den beiden Linienführungen nur 6 Millionen Mark betragen. Außerdem würde ja die Wirtschaftlichkeit der Südlinie eine ungeheuer größere sein. Dagegen würde nach dem, was hiesige Industrielle darüber angegeben haben, die doch wissen, was sie an Gütern beziehen und versenden, der Stichkanal sich niemals verzinsen, sondern die ungeheuern Summen für Bau und Verzinsung müßten von uns aufgebracht werden, trotzdem der Kanal nicht im Interesse der Stadt Braunschweig geführt wäre. Bei der Südlinie würde nach unserer Meinung die Stadt nur eine Zinsgarantie leisten müssen, und erst in verschiedenen Jahren würde sie zu tragen sein und unsere Finanzen nicht so sehr belasten.

Was die Schwierigkeiten bezüglich der Wasserversorgung bei der Südlinie betrifft, so hat es mich besonders gewundert, daß man den Talsperren, wofür man früher seitens des Magistrats so sehr eingenommen war, eine so untergeordnete Bedeutung beigelegt hat, daß man sie fast ganz beiseitegeschoben hat. Ich weiß, daß Versammlungen stattgefunden haben, in denen die Beiträge vom Harz bis in unsere Gegend festgesetzt wurden, die für die Einrichtung der Talsperren geleistet werden sollten. In Schraders Hotel waren Leute vom ganzen Harze, Süd- und Nordharz, versammelt, stellten die Regenmengen fest, berechneten, was die Talsperren fassen könnten und müßten, und welchen Segen an elektrischer Kraft sie schaffen würden. Vor allen Dingen erklärten die Landwirte aus der Gegend von Börßum: Unsere Wiesen, die jeden Winter überschwemmt sind, wären pro Morgen 500 *M* mehr wert, wenn ein regelmäßiger Abfluß der Oker geschaffen würde, denn das Gras verschlechtert sich durch die Überschwemmungen so, daß die Pferde solches Futter nicht mehr fressen wollen. Übrigens müßte auch bei der Nordlinie eine Talsperre gebaut werden, die Okertalsperre, und mir scheint es leichter noch, an der Stelle, wo die kalte und warme Bode zusammenfließen, eine Talsperre zu bauen, die eine ganze Unmenge Wasser fassen könnte. Wenn man in Abrede stellt, daß die Verwüstungen an der Oker so groß seien, so habe ich festgestellt, daß die Kosten der Okerregulierungen ganz bedeutend sind, und wenn man Harzburg und Schlemke nach Überschwemmungen gesehen hat, und die Keller, die dort bei jedem Hochwasser unter Wasser gesetzt werden, so ist das Schaden genug, um die Kosten aufzuwiegen, die durch die Talsperren entstehen, ganz abgesehen davon, daß sie auch in wirtschaftlicher Beziehung für das Land Braunschweig große Vorteile bieten. Es ist leider schlimm, daß alle 2 km ein anderer Bundesstaat an den Flüssen Anteil hat, und geradezu komisch ist es, daß seit Jahrzehnten unsere Oker immer noch die vielen Winkel und Umwege auf ihrem Lauf macht, die sie seither immer gemacht hat, daß wir auf dem Luftwege 8—9 km bis zur Landesgrenze entfernt sind und unsere Oker an der Stelle einen Weg von 44½ km macht. Es würde eine ganze Menge Wasser zur nutzbaren Verwendung gewonnen werden, wenn die Flußregulierungen und Talsperren gebaut würden. Durch solche Talsperren würde die Wasserversorgung der Südlinie leicht möglich sein. — Die Anhänger der Südlinie sind ungemein rührig und tätig gewesen, um für ihre Ideen zu wirken, haben auch ihrerseits eine Denkschrift herausgegeben und Vorträge gehalten, bei denen auch durch Bilder die wirtschaftlichen Vorteile der Südlinie jedem Laien gezeigt wurden.

In der Sitzung der Verkehrsdeputation ist nach eingehender Beratung zu der Erbauung des Rhein=Weiser=Elbe=Kanals Stellung genommen und dort folgendes Resultat aufgestellt:

1. Die städtischen Behörden erachten es zur Zeit als eine ihrer wichtigsten Aufgaben, der Stadt Braunschweig den Anschluß an den Rhein-Weser-Elbe-Kanal zu sichern. Im Interesse der Förderung von Handel und Industrie wird sich deshalb die Stadt dazu verstehen, für die Erlangung eines ihren Interessen gerecht werdenden Anschlusses an den bezeichneten Wasserweg, ungeachtet ihrer wenig günstigen finanziellen Lage, Opfer zu bringen, auch wenn diese erst in späterer Zeit und allmählich durch die infolge des Anschlusses zu erhoffenden Vorteile aufgewogen werden sollten.

2. Für die Stellungnahme der Stadt Braunschweig zu der Wahl der Linienführung ist die Finanzlage nicht in erster Linie maßgebend; vielmehr wird die Stadt, soweit es mit ihren finanziellen Interessen irgend vereinbar ist, für die Linienführung eintreten, von der sie die kräftigste Förderung des gewerblichen Lebens erhoffen darf. Daß dieses Ziel durch die der Stadt Braunschweig unmittelbaren Anschluß gewährende südliche Linienführung erreicht werden würde, unterliegt keinem Zweifel, und die städtischen Behörden tragen daher um so weniger Bedenken, die südliche Linienführung zu billigen, als maßgebende Vertreter von Industrie und Handel, insbesondere auch die Handelskammer für das Herzogtum Braunschweig, sich mit großer Entschiedenheit für diese Linienführung erklärt haben.

3. Sollten aber technische oder finanzielle Bedenken und Schwierigkeiten die Ausführung der südlichen Linie vereiteln und die Königlich Preussische Staatsregierung der nördlichen Linienführung den Vorzug geben, so muß und wird die Stadt Braunschweig versuchen, auch an diese Linie angeschlossen zu werden; es wäre verkehrt, wollte die Stadt die nördliche Linienführung — vielleicht gar im Gegensatz zu den Städten Magdeburg und Hannover — nur deshalb bekämpfen, um die südliche Linienführung zu sichern. Die Hauptsache ist und bleibt für die Stadt Braunschweig der Anschluß an einen für sie brauchbaren Wasserweg, und dieses Ziel läßt sich auch durch Anschluß an die nördliche Linie sehr wohl erreichen.

Bei Lage der Verhältnisse würde freilich die beste Lösung in der — wenn auch nicht gleichzeitigen — Ausführung beider Linien zu erblicken sein, die beide von nicht zu unterschätzender Bedeutung sind, die nördliche für den internationalen Massengüter-Verkehr von Westen nach Osten und umgekehrt, die südliche zur Erschließung eines hochentwickeltesten Gebietes, wobei vermutlich zugleich der Anschluß großer Gemeinden wie Halle und Leipzig ermöglicht werden würde. Es ist eine ebenso dringliche wie lohnende Aufgabe nicht nur der Einzelstaaten, sondern auch des Reiches, das Wasserstraßennetz im Deutschen Reiche so zu vervollkommen, daß Verkehrsstockungen, wie sie im verschlossenen Winter sich zeigten, ein für allemal ausgeschlossen werden.

In kurzer Zeit ist dieses Ziel naturgemäß nicht zu erreichen; die Stadt Braunschweig aber hat das dringendste Interesse daran, baldigst Anschluß an einen der beiden Wasserwege zu erlangen, die jetzt den Gegenstand der Erörterung bilden, und deren einer anscheinend bald geschaffen werden soll; sollte daher die südliche Linie nicht zur Ausführung kommen, so wird die Stadt Braunschweig dafür eintreten müssen, daß so, wie es ihre Interessen bedingen, die nördliche Linie geführt bzw. vervollständigt wird.“

Diese Stellungnahme der Verkehrsdeputation hat durchaus die Billigung des Magistrats gefunden. Der Magistrat hatte von jeher in Verbindung mit dem Verkehrsausschuß und auch sonst die Sache im Auge behalten. Diese direkte Stellungnahme aber ist darauf zurückzuführen, daß jetzt das Herzogliche Staatsministerium die städtischen Behörden ersucht hat, den Standpunkt der Stadt Braunschweig insbesondere zu der weiteren Linienführung anzugeben, da die Herzogliche Landesregierung voraussichtlich in der nächsten Zeit an die Preussische Regierung mit einer Mitteilung über ihre Stellung zu der Frage des Mittellandkanals herantreten will. Der Magistrat ist dieser Aufforderung sofort nachgekommen und hat die Beratung des Verkehrsausschusses veranlaßt. Am vorigen Dienstag hat dann diese Sache ebenfalls der Finanzkommission vorgelegen. Es ist dort darauf gedrungen, die Vorteile, die der Stadt durch die südliche Linienführung erwachsen, stärker zu betonen und darauf hinzuarbeiten, daß diese südliche Linie zur Ausführung kommt. In der Finanzkommission ist dann eine Änderung einzelner Punkte der Resolution der Verkehrsdeputation festgelegt, wie sie Herr Kollege Frede formuliert hat. Ich möchte darum ersuchen, daß Herr Kollege Frede diese Änderungen verliest, und die geehrte Versammlung möchte ich bitten, mit diesen Änderungen die Entschließung anzunehmen.

Stadtv. Frede: Die Resolution soll nach dem Beschlusse der Finanzkommission in dem Punkte 1 unverändert bleiben.

In Punkt 2 würde hinter die Worte „um so weniger Bedenken“ einzuschieben sein „in erster Linie für“, und hinter „die südliche Linienführung“ wünscht die Finanzkommission eingeschoben zu sehen „als die für Braunschweig weitaus vorteilhafteste einzutreten“, so daß der Punkt 2 an dieser Stelle lautet: „und die städtischen Behörden tragen daher um so weniger Bedenken, in erster Linie für die südliche Linienführung einzutreten, als maßgebende Vertreter von Industrie und Handel, insbesondere auch die Handelskammer für das Herzogtum Braunschweig, sich mit großer Entschiedenheit für diese Linienführung erklärt haben.“

Man könnte vielleicht der Meinung sein, daß hinter die Worte „Daß dieses Ziel“ noch die beiden Worte „am besten“ einzufügen sind, dann würde das Vor-
ausgehende in besserer Verbindung mit dem stehen, was nachfolgt. Der Satz

würde dann heißen: „Daß dieses Ziel am besten durch die der Stadt Braunschweig unmittelbaren Anschluß gewährende südliche Linienführung erreicht werden würde, unterliegt keinem Zweifel.“ Von der Finanzkommission ist dieser Zusatz nicht vorgeschlagen; es würde erst hier zu beschließen sein, ob er eingeführt werden soll. Es ist das nicht von großer Bedeutung, aber wünschenswert erscheint es doch der besseren Beziehung zu dem vorher Gesagten wegen.

Von **P u n k t 3** bleibt bestehen: „Sollten aber technische und finanzielle Bedenken und Schwierigkeiten die Ausführung der südlichen Linie vereiteln und die Königlich Preussische Staatsregierung der nördlichen Linienführung den Vorzug geben, so muß und wird die Stadt Braunschweig versuchen, auch an diese Linie angeschlossen zu werden.“ Alles, was noch folgt, würde nach dem Antrage der Finanzkommission zu streichen sein, anzufügen aber der folgende Satz, der sich dem Sinne nach auch in dem letzten Absatz der ursprünglichen Resolution befindet: „wobei sie bestrebt sein wird, eine Führung dieser Linie zu erreichen, wie sie die städtischen Interessen als wünschenswert erscheinen lassen.“ Damit würde die Resolution ihren Schluß finden.

Stadtv. Meyerhoff: Ich kann mich ja irren, aber ich glaube mich zu erinnern, daß beschlossen war, in dem Satze am Ende der Resolution zu sagen „so muß und wird die Stadt Braunschweig versuchen, auch an diese Linienführung in möglichst günstiger Weise angeschlossen zu werden.“ Ich glaube, daß diese Stelle so besprochen war.

Stadtv. Frede: Das ist ein Irrtum des Herrn Meyerhoff. Diese Fassung, die der Herr Vorredner eben erwähnte, ist an anderer Stelle, nicht in der Finanzkommission vorgeschlagen. Was ich hier eben als Schluß vorlas, entspricht übrigens dem, was Herr Meyerhoff wünscht, nur ist das, was er gesagt hat, kürzer, aber auch weitgreifender. Wenn man sagt „in möglichst günstiger Weise“, so braucht das nicht allein auf die Linienführung Bezug zu haben, sondern kann auch in bezug auf die Kosten gedeutet werden. Ich habe nichts dagegen, den von Herrn Meyerhoff vorgeschlagenen Zusatz zu nehmen, die Finanzkommission aber hat so beschlossen, wie ich vorgelesen habe.

Stadtv. Meyerhoff: Dann beantrage ich diese Abänderung, da sie mir präziser erscheint. Wenn dieser Zusatz angenommen wird, dann kann der von Herrn Frede angeführte Satz, der dem Satz aus dem Schlusse der Resolution der Verkehrsdeputation entspricht, fortfallen.

Vorsitzender (zu Stadtv. Frede gewendet): Habe ich Sie richtig verstanden: Diese zwei Worte „am besten“ einzufügen, haben Sie nicht beantragt.

Stadtv. **Frede:** Doch, das möchte ich beantragen.

Vorsitzender: Dann möchte ich die beiden Herren bitten, ihre Anträge schriftlich einzureichen. (Geschieht.)

Vorsitzender (nachdem er die beiden Anträge Frede und Meyerhoff mitgeteilt und die betreffenden Stellen der Entschließung vorgelesen hat): Ich halte für richtig, die Abstimmung in der Weise zu formulieren, indem ich frage, ob Sie der von der Finanzkommission vorgeschlagenen Resolution mit den beiden Abänderungen der Herren Meyerhoff und Frede zustimmen.

Stadtv. **Frede:** Es muß noch hervorgehoben werden: Wenn die Abänderung des Herrn Meyerhoff angenommen wird, dann fällt der von der Kommission beantragte Nachsatz ganz am Schlusse hinter „werden“ weg.

Vorsitzender: Es würde dadurch eine Abkürzung des Wortlauts der Resolution erfolgen.

Ich bitte die Herren, welche die nach dem Antrage der Finanzkommission abgeänderte Fassung der Resolution mit den beiden Abänderungen Frede und Meyerhoff annehmen wollen, die Hand zu erheben. (Geschieht.)

Die Resolution ist in dieser Form einstimmig angenommen.

8. Anfrage Damköhler bezüglich der Feuerbestattungshalle.

Wortlaut der Anfrage: „Vor kurzem ging eine Notiz durch die hiesige Presse, welche die Mitteilung enthielt, daß in einer Versammlung des Vereins für Feuerbestattung in Hannover das mangelnde Entgegenkommen bei Feuerbestattungen seitens der Braunschweiger Behörden beklagt wurde; es geschähe von den Braunschweiger Behörden alles, um die Feuerbestattung von Leichen aus Hannover im hiesigen Krematorium zu erschweren. — Unterzeichneter erlaubt sich die Anfrage, was es mit dieser Klage für eine Bewandnis hat.“

Stadtv. **Damköhler** (zur Begründung): Wie aus meiner Anfrage hervorgeht, ist mir die Klage über vermeintliche Mißstände bei Einäscherungen in Braunschweig durch eine Notiz in der Presse bekannt geworden. Es wurde gesagt, daß in Braunschweig alles geschehe, um die Feuerbestattung von Leichen aus Hannover im hiesigen Krematorium zu erschweren, insbesondere würde verlangt, daß zu jeder Feuerbestattung jemand von Hannover hierherkomme, um die Formalitäten zu erledigen. In Bremen z. B. sei das Entgegenkommen viel größer, und aus diesen Gründen würde auf eine Benützung der Einäscherungsanlage in Braunschweig von Hannover aus in vielen Fällen verzichtet und deshalb in absehbarer Zeit auf eine stärkere Inanspruchnahme seitens Hannovers nicht zu rechnen sein.

Wir sind nun einige der Bedingungen bekannt geworden, deren Erfüllung in Bremen für die Einäscherung vorgeschrieben ist, und die ich bei dieser Gelegenheit im Vergleich zu Braunschweig anführen möchte. In Bremen ist z. B. nur die Voreinsendung einer Sterbeurkunde und möglichst einer zweiten Urkunde erforderlich, aus der sämtliche Vor- und Zunamen des Verstorbenen, sein Geburtstag und der Name seiner Eltern zu erkennen sind. Auch Militärpapiere, Eheurkunden und ähnliche Papiere werden in Ermangelung der sonst vorgeschriebenen entgegengenommen. Eine letztwillige Verfügung, aus der die Bestimmung des Verstorbenen, eingeäschert zu werden, hervorgeht, ist dort nicht erforderlich, dagegen sind in Braunschweig folgende Papiere zu beschaffen und einzusenden: Eine Sterbe- und Geburtsurkunde, genau wie in Bremen, ferner eine letztwillige Verfügung, d. h. ein eigenhändig geschriebener oder notariell oder gerichtlich beglaubigter Nachweis, daß der Verstorbene die Feuerbestattung für sich angeordnet hat, sodann ein Zeugnis des beamteten Arztes des Sterbeorts, also des Gerichtsarztes, Physikus oder Kreisarztes, und außerdem ein Zeugnis des behandelnden Arztes, weiter ein Zeugnis der Ortspolizeibehörde des Sterbeortes, daß Umstände, die den Verdacht der Herbeiführung des Todes durch strafbare Handlungen zulassen, nicht vorhanden sind. Das sind im Vergleich zu Bremen eine ganze Anzahl von Papieren, die erst zu beschaffen sind, was geeignet ist, die Einäscherung in Braunschweig zu erschweren.

In jenem Artikel wurde auch noch gesagt, daß die Kosten der Einäscherung in Braunschweig weit höher seien als in Bremen. Das trifft allerdings nicht zu, wie ich mich aus einer Nebeneinanderstellung der Kosten, die in Bremen und in Braunschweig üblich sind, überzeugt habe. In Bremen z. B. betragen die Kosten für die Einäscherung 305,60 M., in Braunschweig 294,40 M., also in Braunschweig war die Bestattung billiger, während sie in Bremen eine Kleinigkeit höher war als bei uns. Dagegen ist, wie eben gesagt, die Beschaffung der für Braunschweig erforderlichen Papiere weit umständlicher. Ist die Beibringung der fraglichen letztwilligen Verfügung des Verstorbenen nicht möglich, oder ist das beglaubigte Zeugnis zweier anderer Personen über seinen Wunsch, eingeäschert zu werden, nicht zu beschaffen, so kann die Einäscherung in Braunschweig überhaupt nicht erfolgen. Das sind gewichtige Erschwerungen der Benützung der Einäscherungsanlagen in Braunschweig, so daß man im Hinblick auf die Kosten der Erbauung des Krematoriums wohl Ursache hat, eine Änderung zu wünschen, um eine rege Benützung dieser kostspieligen Anlage herbeizuführen und so eine angemessene Verzinsung des angelegten Kapitals zu erzielen.

Oberbürgermeister Kettemeyer: Welches die Gründe gewesen sind, die in Hannover Anlaß gegeben haben, diese Beschwerden über unsere Feuerbestattungs-

habe vorzubringen, habe ich in der Zeitungsnotiz nicht gefunden, abgesehen von dem Artikel, der heute erschienen war, der aber von einer anderen Stelle ausgegangen ist. Ich halte es für ausgeschlossen, daß Klagen deswegen, weil die mit der Verwaltung der Anlage betrauten oder im Rathause tätigen Beamten nicht das nötige Entgegenkommen zeigten, begründet seien. Die Berechtigung einer solchen Klage muß ich bis zum Beweis des Gegenteils bezweifeln. Wir haben angeordnet, daß die Beamten den Beteiligten jedes Entgegenkommen zeigen sollen, und ich bin überzeugt, — besonders nach der Äußerung des Standesbeamten über diesen Punkt —, daß diese Anweisung stets befolgt wird. Daß eine Erschwerung der Feuerbestattung in Braunschweig dadurch besteht, daß die Beibringung von mehr Bescheinigungen als in anderen Orten verlangt wird, gebe ich zu. Aber dagegen können wir nichts machen, denn das ist durch Gesetz festgelegt, und bei der Beratung dieses Gesetzes ist vom Regierungstische wiederholt erklärt, daß auf ein weiteres Entgegenkommen seitens des Ministeriums nicht zu rechnen sei. Ob jetzt die Anschauungen darüber sich geändert haben, weiß ich nicht.

Nun hat Herr Damköhler gewünscht, daß die Kosten der Errichtung der Feuerbestattungshalle sich mit der Zeit verzinsten. Ich will gestehen: Diese Hoffnung habe ich nicht. Obgleich die Benutzung der Feuerbestattungshalle in der letzten Zeit zugenommen hat, so glaube ich nicht, daß in absehbarer Zeit durch die Leichenverbrennung eine Verzinsung der Anlage herbeigeführt wird. Ich meine, es ist wohl auch kaum jemand hier im Saale, der bei Bewilligung der reichlichen Mittel — die ja im vollen Umfange nicht von der Stadt hergegeben zu werden brauchten, weil unser verstorbener Kollege Jüdel einen namhaften Betrag dafür der Stadt vermacht hat — daran gedacht hat, daß eine Verzinsung durch die Benutzung der Feuerbestattungshalle erreicht werden könnte. Sie wissen alle, daß ich persönlich nichts dringender wünsche, als die Finanzen der Stadt zu verbessern, aber wenn das geschehen sollte dadurch, daß wir tunlichst viele Leichen von außerhalb nach Braunschweig bekommen, damit sie hier verbrannt werden, so würde mir das doch wenig sympathisch sein. Da müssen wir schon sehen, daß wir auf andere Weise die Zinsen für die Anlage aufbringen. Wenn nur zu diesem Zwecke, um die Beteiligung von außerhalb reichlicher werden zu lassen, eine Änderung des Gesetzes gefordert werden sollte, so würde sich der Magistrat dreimal überlegen, ob er einem solchen Antrage zustimmen könnte.

Stadtrat Mohr: Ich möchte nur noch bemerken, daß den Herren in Hannover vom hiesigen Feuerbestattungsverein bekanntgegeben ist, daß das Vorstandsmitglied desselben Herr Künne jederzeit bereit ist, die nötigen Papiere für die Verbrennung beschaffen zu helfen und bei dem Feuerbestattungsamt zu vermitteln. Deswegen braucht also keiner von Hannover nach Braunschweig herüberzukom-

men. Daß die Anschaffung der verschiedenen verlangten Papiere etwas umständlich ist, ist wohl richtig, aber es ist nicht möglich — wie ich schon Herrn Damköhler persönlich gesagt habe —, daß die Stadt hierin etwas tut; es liegt nur an unserem Ministerium, das hier eingreifen kann. Was die Kosten anlangt, so sind diese in Bremen für die Verbrennung an sich um 20 Prozent billiger, aber die Nebenkosten, die in Bremen aufzuwenden sind, stellen sich dafür teurer.

Stadtv. **Damköhler** beantragt Besprechung der Anfrage. Der Antrag wird genügend unterstützt, und der **Vorsitzende** eröffnet die Besprechung.

Stadtv. **Damköhler**: Zu den Worten des Herrn Oberbürgermeisters möchte ich bemerken, daß es auch meinem Taktgefühl durchaus nicht entsprechen würde, wenn aus der Feuerbestattung in Braunschweig ein Geschäft gemacht werden sollte. Aber, wenn die Stadt einmal beschloffen hat, eine derartige Anlage zu erbauen und die großen Kosten dafür auf sich genommen hat, so rechnet man, wenn es irgendwie zu erreichen ist, gewiß auch darauf, daß eine gewisse Verzinsung durch die Benutzung erzielt wird. In dieser Weise möchte ich meine Worte aufzufassen bitten, und nicht etwa so, daß aus dieser Anlage eine Einnahmequelle für die Stadt gemacht werden soll.

Herrn Stadtrat Mohr möchte ich erwidern, daß es gewiß allerseits mit Freude begrüßt werden wird, wenn durch die freundlichen Dienste des Herrn Künne, des Schriftführers des Vereins für Feuerbestattung, eine Erleichterung des Verkehrs betreffs der Überführung und der Erfüllung der ganzen Anordnungen bei Leichenverbrennungen hier in Braunschweig erreicht werden würde. Ich nehme an, daß die nötigen Schritte hierfür eingeleitet werden. (Zuruf des Herrn Stadtv. Mohr: Sind schon eingeleitet.) Dann bin ich in der Hinsicht zufrieden-gestellt.

9. Erwerb eines Grundstücks an der Bertramstraße.

Stadtv. **Niete**: An der Bertramstraße 3 (von der Helmstedterstraße an gerechnet das dritte Grundstück links) steht noch ein altes Haus, welches in den Straßenkörper der Bertramstraße hineinragt. Es gehört der Witwe Lieberodt, die in der Nähe von Celle wohnt und ihr Grundstück verkaufen will. Als die Stadt von der Absicht erfahren hat, hat sie sich mit der Dame in Verbindung gesetzt, um das Grundstück für einen demnächstigen Ausbau der Bertramstraße zu erwerben. Sie forderte ursprünglich 25 000 *M* für das Haus. Es ist dann abgeklärt, und Frau Lieberodt ist mit ihrer Forderung auf 23 000 *M* heruntergegangen. Die Mieteinnahmen des Hauses sind angegeben auf 560 + 552 + 320 *M*, woraus die Verzinsung des Grundstücks ersichtlich ist. Die Straße soll

nicht etwa sogleich verbreitert werden, sondern der Ankauf des Grundstücks soll geschehen, weil sich die Stadt nicht die Gelegenheit entgehen lassen will, zu verhindern, daß das Haus erst noch in andere Hände kommt und wir es dann, wenn wir es einmal gebrauchen, teurer bezahlen müssen. Besitzt die Stadt das Haus, so haben wir es jederzeit in der Hand, die Verbreiterung der Straße an dieser Stelle vorzunehmen. Die Mauer, die neben dem Hause steht, sieht ja schon wie der Krieg selber aus; das wird jeder empfinden, der vorbeigeht. Von dem Grundstück werden bei der einstmaligen Verbreiterung der Straße etwa 4 m abgenommen werden.

Die Baukommission hat die Vorlage geprüft und gibt Ihnen durch mich Genehmigung anheim.

Der notarielle Vertrag über den Ankauf des Hauses ist aufgenommen und wird in Erfüllung gehen, sofern die geehrten Herren die Vorlage annehmen. Die Übertragung des Eigentums an die Stadt soll am 1. Oktober d. J. geschehen. Von den auf dem Grundstück ruhenden Hypotheken übernimmt die Stadt 15 000 M zu 4 und 4½ Prozent; der Rest des Kaufpreises soll bar ausgezahlt werden. Bis zu einer anderweitigen Verwendung des Hauses wird die Stadt die Wohnungen vermieten.

Die Versammlung stimmt dem Ankauf des Hauses zu.

10. Beitritt der Stadt in den Fischereiverein.

Stadtv. **Ohlendorf**: Die Parkdeputation hat beschlossen, im Interesse der Volksernährung die Teiche des Bürgerparks mit Karpfen zu besetzen. Bei den Beratungen hierüber hat als Sachverständiger ein Mitglied des Fischereivereins für das Herzogtum Braunschweig wertvolle Unterstützung geleistet und hat empfohlen, daß die Stadt Mitglied des Fischereivereins werde. Wir haben ja außer den Teichen im Bürgerpark auch noch die Fischerei in der Oker von Eisenbüttel bis zum Münzberge, und so empfiehlt es sich jedenfalls, die Bestrebungen des Fischereivereins zu unterstützen, indem die Stadt dem Verein beitrifft. Ich möchte Ihnen aus den Statuten des Vereins folgendes über seine Bestrebungen mitteilen: Der Zweck des Vereins ist der Schutz und die Förderung der Fluß- und Teichfischerei in den Gewässern des Herzogtums. Die Mittel des Vereins zur Erreichung dieses Zweckes sind: 1. die Besoldung eines für den Verein wirkenden Oberfischmeisters und die Anstellung besoldeter, amtlich verpflichteter Fischereiaufsicher an geeigneten Punkten. 2. Prämiiierung, wenn Fischereivergehen so zur Anzeige gebracht werden, daß eine Bestrafung eintritt. 3. Unterstützung von Fischzuchtanstalten im Vereinsbezirk und bei Neuanlagen von Teichen. 4. Beschaffung von Fisch- und Krebsbrut, um dadurch die Fische in den öffentlichen Gewässern zu vermehren.

5. Die Gewährung von Prämien für Vertilgung der den Fischen schädlichen Raubtiere, insbesondere der Fischotter und Reiher und deren Horste.

Ich glaube, diese Zwecke des Vereins allein werden uns schon veranlassen, daß wir uns dem Verein als Mitglied anschließen. Erwähnen möchte ich noch, daß der Umstand, daß wir alle den Wunsch haben, daß die in vielen Jahren vorgekommene Vergiftung der Fische in unserer Oker abgestellt wird, und das Bestreben, unsere vorhandenen Teiche mit Fischen zu besetzen, uns diesen Schritt vorschreiben.

Die Finanzkommission hat sich mit dem Antrage beschäftigt und wünscht, daß die Versammlung sich damit einverstanden erklären möge, daß wir die Mitgliedschaft erwerben und einen Beitrag von jährlich 50 *M* leisten. Für das laufende Jahr werden wir ersucht, diesen Betrag aus den Mitteln des ordentlichen Etats zu bewilligen. Es ist noch zu erwähnen, daß der Verein nicht juristische Person ist, aber der Magistrat und auch die Finanzkommission glaubt, daß dies kein Grund ist, den Beitritt nicht zu erklären.

Ich habe namens der Finanzkommission zu ersuchen, diesen Antrag anzunehmen.

Stadtv. Besemeier: Man kann auch hier sagen: „Spät kommt ihr, doch ihr kommt.“ Ich erinnere daran, daß wir schon vor Jahren den Vorschlag gemacht haben, diese Teiche für die Fischzucht nutzbar zu machen. Aber man setzte sich auf's hohe Ross und meinte: Das haben wir nicht nötig; die Teiche sind so schon schön und haben auch einen ganz bedeutenden Fischreichtum. Wenn ich recht unterrichtet bin, werden die Teiche auch abgefißt, nur weiß niemand, wo die Fische bleiben. Es wäre zweckmäßig, zu ermitteln, wo im vorigen Herbst die Fische, die mit Netzen aus den Teichen herausgeholt sind, geblieben sind. Soweit mir mitgeteilt ist, haben damals Berufsfischer den Auftrag erhalten, den Teich im Bürgerparke auszufischen. Auch auf dem Rieselfelde haben wir einen Teich, den wir vielleicht mit Fischen besetzen könnten, so daß auch dort Nutzen aus der Fischzucht gezogen werden könnte. Ich halte es nicht für notwendig, daß die Nutzung dieses Teiches dem Amtmann, der sowieso schon eine finanziell gut gesicherte Stellung innehat, allein überlassen bleibt, sondern es können auch dort Fische gezüchtet und der städtischen Bevölkerung zugeführt werden. Sie wissen, daß Fische heute so teuer sind, daß sie kaum von der minderbemittelten Bevölkerung bezahlt werden können.

Ich halte auch den Vorschlag für gut, daß die Stadt sich dem Fischereiverein anschließen soll — allerdings ist der Beitrag reichlich hoch bemessen, wenn man bedenkt, was für Gerechtsame die Stadt zur Verfügung hat. Jedenfalls wird die Sache so sein, daß die Stadt den höchsten Beitrag zahlen soll, der irgend von einem Mitgliede gefordert wird. Aber immerhin ist anzuerkennen, daß der Fischerei-

verein bestrebt ist, auch dazu beizutragen, daß eine Minderung der Fischzucht möglichst hintertrieben wird. Ich erinnere an die im vorigen Sommer vorgekommene Schweinerei — so kann man es geradezu bezeichnen —, daß die Fische in der Oker zentnerweise vernichtet worden sind. Ich bin zur Oker hingeholt, damit ich mir die Vernichtung der Fische ansehe, und habe einen toten Hecht herausgezogen, der wohl 70 cm lang war. Zentnerweise lagen die Fische dort, so daß ich überzeugt bin, daß in diesem Jahre sehr, sehr wenig Fische in der Oker vorhanden sein werden. Auf Verhinderung der Verunreinigung der Oker müßte von seiten der Stadt das Augenmerk gerichtet werden; vielleicht gelingt es mit Hilfe des Fischereivereins, den Schuldigen zu fassen. Durch einen solchen werden die Fische zu 100 Zentnern vergiftet, der straffrei ausgeht, während sonst jemand, der sich einen einzigen Fisch holt, schwer bestraft wird. Es müßte der Sache auf den Grund gegangen werden, damit herauskommt, wer der Nahrungsmittelvergifter ist, der die Fische in unheimlich großer Zahl vernichtet.

Bürgermeister **Meyer**: Herr Wesemeier irrt, wenn er meint, daß die Parkdeputation sich jetzt zum erstenmal mit der Frage beschäftigt habe, ob die Teiche im Bürgerpark mit Fischen zu besetzen seien oder nicht. Schon zu Lebzeiten des Promenadeninspektors Kreiß ist in umfangreicher Weise die Frage in der Parkdeputation behandelt, doch hat man derzeit eine im großen und ganzen ablehnende Haltung eingenommen, weil ein Bedürfnis zur Vermehrung der Volksnahrungsmittel damals nicht in dem Maße, wie es heute der Fall ist, vorlag, und weil gewisse tatsächliche Schwierigkeiten einer wirtschaftlichen Durchführung der Fischerei entgegenstanden. Man hat aber gleichwohl einen Versuch mit der Besetzung des kleineren Bürgerparkteiches mit Fischen gemacht. Es war bekannt, daß der Teich stark mit Hechten besetzt war, und es ist deshalb zunächst die Reinigung des Teiches von Hechten vorgenommen; es sind über 1 Zentner Hechte gefangen worden, die zu angemessenen Preisen verkauft sind. Darauf ist der Teich mit Karpfen besetzt — das liegt jetzt 3—4 Jahre zurück. Das Ergebnis war aber nicht sehr günstig; es mußten wohl Hechte im Teiche geblieben sein. Da der Ertrag zu gering war, ist die Sache nicht weiter verfolgt. Im vergangenen Jahre ist dann die Besetzung der Teiche erneut angeregt, und zwar mit der Begründung, daß es wünschenswert sei, die Volksnahrungsmittel zu erhöhen. Es ist richtig, daß im vergangenen Sommer die städtische Bauverwaltung nach dem Tode des Herrn Promenadeninspektors den Teich im Bürgerpark hat ausfischen lassen. Es sollte ermittelt werden, ob von der früheren Besetzung noch Fische vorhanden wären. Es sind von dem durch die Bauverwaltung mit der Ausführung beauftragten Fischer in der Hauptsache Hechte gefangen; diese sind ordnungsmäßig verkauft worden. Ich weiß nicht, was Herr Wesemeier daran Besonderes finden kann und

worauf er hinzielt. Jedenfalls weiß ich bestimmt, daß die städtische Bauverwaltung die Ausfischung veranlaßt hat, und daß der Verkauf ordnungsmäßig stattgefunden hat.

Der Wunsch der Parkdeputation, möglichst große Karpfen zur Besetzung der Teiche zu bekommen, wird leider nicht erfüllt werden können, weil inzwischen alle angegangenen Fischbrutanstalten geantwortet haben, daß sie nur noch einjährige Brut abzugeben hätten. Das wird zur Folge haben, daß wir nicht schon in diesem Sommer auf Ertrag rechnen können.

Dem Antrage auf Beitritt in den Fischereiverein wird zugestimmt.

11. Erwerb einer Fläche an der Wörthstraße.

Stadtv. **Stegmann:** Zur Regelung des Ortsbauplans der Wörthstraße soll vor dem Grundstücke des Tischlermeisters Theodor Lühr Nummer 4 und 5 ein 2 m breiter Streifen der Ortsstraße zugelegt werden. Er liegt außerhalb des Vorgartens und gilt gewissermaßen jetzt schon als Straßenterrain. Die Größe beträgt 60 qm und der Preis für das Quadratmeter ist zu 15 *M* vereinbart. Über den Ankauf ist ein notarieller Vertrag abgeschlossen. Darin ist ausgeführt, daß für den Architekten Bartels auf das verkaufte Grundstück eine Hypothek von 1500 *M* nebst Zinsen eingetragen steht, und daß Herr Bartels die Zwangsversteigerung des Grundstücks beantragt hatte. Nachdem aber der Grundstücksbesitzer Lühr sich bereit erklärt hat, seinen Anspruch auf Zahlung des Kaufpreises an Herrn Bartels abzutreten, hat sich letzterer verpflichtet, den Antrag auf Zwangsversteigerung zurückzuziehen.

Die Baukommission hat den Antrag auf Erwerb dieses Geländestreifens beraten und gibt Ihnen durch mich Genehmigung des Vertrages und des Kaufpreises anheim.

Dem Erwerbe der fraglichen Fläche wird zugestimmt.

12. Antrag des Arbeitsausschusses der Vereinigung zur Förderung der südlichen Linie des Mittellandkanals auf Einsetzung eines besonderen Ausschusses.

Stadtv. **Frede:** Die Ihnen zugegangene Eingabe des Ausschusses der Vereinigung zur Förderung der südlichen Linie des Mittellandkanals gipfelt am Schlusse in dem Ersuchen, baldmöglichst eine Klärung darüber herbeiführen zu lassen, bei welcher der beiden in Frage kommenden Linienführungen des Mittellandkanals die Interessen der Stadt Braunschweig am meisten gesichert sind. Diese Klärung ist heute vor sich gegangen und ebenso auch in der Beratung der

Finanzkommission, wo über die Eingabe und über den Mittellandkanal gesprochen wurde. Der Erfolg war, daß eine Änderung der Resolution beschlossen wurde, und deshalb ist in diesem Punkte die Eingabe erledigt.

Dieselbe wünscht aber noch, daß ein besonderer Ausschuß für die Bearbeitung aller derjenigen Aufgaben, die mit der Erbauung des Mittellandkanals verbunden sind, eingesetzt wird. Wir haben in der Finanzkommission schließlich die Meinung gehabt, daß vorläufig kein dringendes Bedürfnis vorhanden sei, einen besonderen Ausschuß zu bilden. Es wird vielleicht später sich einrichten lassen, daß der bestehende Verkehrsausschuß erweitert wird, aber das kann man abwarten. Die Finanzkommission ist also der Meinung, daß die Eingabe zurückzustellen sei, und bittet die Herren, sich dieser Ansicht anzuschließen.

Für Zurückstellung der Eingabe meldet sich die Mehrheit.

13. Gutachten der Stadtverordnetenversammlung über fernere Herstellung von Grünwurst

Vorsitzender: Herr Stadtrat Wagner hat gebeten, ihm Gelegenheit zu geben, eine Frage der Ernährung hier noch zur Sprache zu bringen.

Stadtrat Wagner: Meine Herren. Entschuldigen Sie, wenn ich nach den wichtigen Beratungen des heutigen Tages Sie noch mit einer weniger wichtigen Sache bemenge, nämlich mit der Frage der Herstellung von Grünwurst. Der Magistrat möchte sich bezüglich der Bereitung dieser Wurst nicht zwischen zwei Stühle setzen und hat deshalb den Wunsch, Ihre Meinung zu hören, wie wir uns in Zukunft mit der Herstellung der Wurst verhalten sollen. Es ist Ihnen bekannt, daß seit einiger Zeit in hiesiger Stadt mit Grüze gestreckte Wurst vertrieben worden ist, weil es bei Herstellung ungestreckter Wurst nicht möglich war, die Fleischration, die unter allen Umständen der Bevölkerung gegeben werden soll, aufzubringen. Wenn es ein anderes Mittel als diese Streckung gegeben hätte, Sicherstellung der Fleischration in voller Höhe zu schaffen, so hätten wir gern den Grüzezusatz aufgegeben. Jetzt ist eine Möglichkeit dafür gegeben, die Grüze aus der Wurst wegzulassen, indem der Präsident des Kriegsernährungsamtes zugelassen hat, daß in Abweichung von der Reichsfleischverordnung, wonach frische Wurst in Höhe von 500 g auf je einen Wochenabschnitt der Reichsfleischkarte und der kommunalen Zuschlagskarte verabreicht werden soll, ungestreckte geräucherte Kochwurst aus Muskelfleisch von Tieren, selbstverständlich unter Zusatz von Abfällen — die müssen unter den heutigen Umständen restlos verwertet werden — abgegeben werden darf, aber nicht wie die frische Wurst in Höhe von 500 g auf den Wochenabschnitt, sondern wie Fleisch mit eingewachsenen Knochen nur in Höhe von 250 g wöchentlich. Nun haben wir versucht, die Stimmung der Mehrzahl

der Braunschweiger Bevölkerung zu erforschen, indem in der Innungsverammlung die Sache zur Sprache gebracht worden ist, durch die Presse auf die Vorschläge des Kriegsernährungsamts aufmerksam gemacht wurde und sämtliche Fleischermeister gebeten wurden, bei ihrer Kundschaft Umfrage zu halten, wie sie sich zu der Frage stellen. Das Ergebnis dieser Erkundigung ist leider sehr unvollkommen ausgefallen. Es haben unmittelbar nur zwei Fleischermeister geantwortet und dabei ausgesprochen, daß ihre Kundschaft Wurst ohne Grüze haben wollte. Dagegen hat der Innungsvorstand sich folgendermaßen ausgedrückt:

„Die Frage, ob die Mehrheit der Verbraucher hier in der Stadt lieber 250 g ungestreckte oder 500 g gestreckte frische Wurst auf den Wochenabschnitt der Fleischkarte einkaufen will, wird sich auf Grund der in den Fleischereigeschäften gehaltenen Umfragen schwer mit Sicherheit beurteilen lassen. Soweit dem Vorstande die bezüglichen Stimmen aus Verbraucherkreisen bekannt geworden sind, will die Mehrzahl der Wurstverbraucher auf die größere Gewichtsmenge nicht verzichten, die nur bei Beibehaltung der gestreckten Frischwurst verabreicht werden kann.

Die Herstellung ungestreckter und frischer Rohwurst wird sich das hiesige Fleischergewerbe gern angelegen sein lassen, wenn ein angemessener Verkaufspreis dafür festgesetzt wird, und soweit geeignetes Material dazu vorhanden ist.

Hinweisen müssen wir jedoch darauf, daß die frische Rohwurst ihrer leichten Verderblichkeit wegen an jedem Verkaufstage frisch hergestellt werden muß, und daß die Verwendung von Därmen diese Wurst notwendigerweise verteuern würde.“

Das letztere wird nicht zutreffen, denn in der wärmeren Jahreszeit sollte ja auch die mit Grüze gestreckte Wurst nur in Därmen verkauft werden, die übrigens auch durch Papier ersetzt werden können. Nun scheint es richtig zu sein, daß bei zunehmender Wärme ein Säuern der Grüzwurst recht leicht eintritt und aus dem Grunde am besten wohl der Zusatz verschwindet. Auf der anderen Seite ist zu berücksichtigen, daß sehr bald die Schweineeschlachtungen ganz erheblich nachlassen und vielleicht auf ein ganz geringes Maß heruntergehen werden. Nachdem die hohen Schweinepreise aufgehört haben oder in kurzer Zeit aufgehört haben werden, wird nicht viel Schweinefleisch mehr an den Markt kommen, und dann wird man den Rohstoff, der zur Herstellung der gestreckten Grüzwurst nötig ist, nicht mehr in dem erforderlichen Umfange zur Verfügung haben. Dann läßt sich aber immer noch die geräucherte Rohwurst herstellen, denn dazu sind andere Fleischarten durchaus brauchbar. Ich erinnere die Herren z. B. an die Regensburger Würste — das sind solche gekochte Frischwürste aus Rindfleisch —, sodann an die bekannte Münchener Weißwurst, die aus Kalbfleisch hergestellt ist.

Nur die starke Herabsetzung der Ration, die durch Abgabe solcher Kochwurst verursacht sein würde, erscheint auf den ersten Blick bedenklich. Nun ist aber zu berücksichtigen, daß 10 Prozent der jetzt zum Verkauf kommenden Wurst aus Grüze besteht, die mit Wasser aufgequellt werden muß, so daß sie an Gewicht zunimmt. Ein solcher Feuchtigkeitsgehalt wird in der Kochwurst nicht vorhanden sein, und wenn sie, wie vorgeesehen ist, geräuchert wird, wird ihr dadurch ein Teil des Wassergehalts wieder entzogen, so daß der wirkliche Nährgehalt in 250 g Kochwurst größer sein wird als in 250 g mit Grüze gestreckter Wurst.

Sollte aber nach der Ansicht der Herren die Mehrheit unserer Bevölkerung die mit Grüze gestreckte Wurst mit Rücksicht auf die größere Menge behalten wollen, dann möchten wir nicht gern den Vorwurf auf uns ziehen, daß die Gewährung der doppelten Fleischmenge, die bei Einschränkung der Brotration zugefagt ist, von uns ohne zwingenden Grund herabgesetzt sei. Um der Öffentlichkeit gegenüber gedeckt zu sein, würde es deshalb wertvoll für uns sein, wenn die geehrten Herren sich über diesen Punkt aussprechen würden.

Im Statutenausschuß ist die Sache schon zur Sprache gebracht, und bei dieser Gelegenheit sind noch einige Punkte, betreffend die Fleischversorgung, erwähnt, die am besten in der Öffentlichkeit zur Sprache gebracht werden. Zunächst ist dort darüber geklagt — bestimmte Fälle sind allerdings nicht genannt —, daß in einigen Fleischereien die verbilligten kommunalen Fleischmarken nicht zuerst abgefertigt werden, daß die Fleischmeister sich dagegen sträubten und sogar sich geweigert hätten, Fleisch auf die kommunalen Fleischkarten abzugeben. Eine solche Handlungsweise ist unzulässig und strafbar. Es ist in einer jetztgedruckten Vorschrift, die in jedem Fleischladen anhängen muß, darauf hingewiesen, daß die kommunalen Fleischkarten zuerst abgefertigt werden müssen, und daß niemand gezwungen ist, außer auf die fragliche kommunale Fleischkarte auch auf die Reichsfleischkarte Waren zu entnehmen. Wer vielleicht infolge Geldmangels nur die billigere Hälfte seiner Fleischmenge kaufen will, kann seine Reichsfleischkarte vollständig verfallen lassen, und dieses Recht kann ihm kein Fleischer nehmen. Ich möchte bitten, wenn hiergegen Verstöße vorgekommen sind, uns das mitzuteilen, damit wir dem betreffenden Fleischer näher-treten können.

Sodann ist gesagt worden — und auch hier sind bestimmte Fälle nicht genannt worden —, daß einige Fleischer sich bemüht hätten, auf die verbilligte kommunale Fleischkarte nur billige Ware zu geben, vielleicht Grünwurst, und die schönen Karbonadenstücke zur Abgabe auf die Reichsfleischkarte zurückzubehalten. Auch das wäre unzulässig; die beiden Kartenarten sind in jeder Beziehung gleichberechtigt, hinsichtlich der Abfertigung sind die kommunalen Fleischkarten sogar vorberechtigt. Die Fleischer müssen das respektieren, und wir werden

sie scharf anfassen, wenn sie gegen unsere Vorschriften in dieser Beziehung verstoßen.

Weiter ist darauf hingewiesen, daß die Fleischermeister zum Teil sich nicht an unsere Vorschrift gehalten hätten, daß sie zur besseren Verteilung der Abfertigung der Kunden **d r e i T a g e** in der Woche mindestens von 8½ bis 1 und von 3½ bis 7 Uhr ihr **G e s c h ä f t o f f e n h a l t e n** müssen, sofern sie überhaupt an den betreffenden Tagen Ware haben, einerlei, ob sie sich im Laden oder an anderen Stellen, z. B. in der Räucherammer oder im Kühlhause des städtischen Schlachthauses befindet. Mit letzterem Vorwande soll sich keiner der Fleischermeister ausreden können; er kann seine Anordnungen so treffen, daß er, wenn seine Ware knapp wird, nach dem Kühlhause schickt und von der ihm zugeteilten Ware wieder heranholt. Dadurch soll ermöglicht werden, daß in der kommenden Zeit, wo es immer wärmer wird und man die Fleischwaren in den Haushaltungen, die keine Kühlvorrichtungen besitzen, nicht aufbewahren kann, die Kunden zweimal in der Woche bei ihrem Fleischer einkaufen können, nicht nur am Freitag oder Sonnabend, sondern auch vielleicht am Mittwoch. Es würde dringend erwünscht sein, wenn solche Fälle bei uns angemeldet würden, in denen sich die Fleischermeister an diese Bestimmungen nicht halten; bisher sind solche Meldungen noch nicht eingegangen. An drei Tagen in der Woche ihr Geschäft offen zu halten, wird den Fleischermeistern möglich sein, denn schon seit längerer Zeit sind die Fleischermeister in den Stand gesetzt, schon am Mittwoch Fleisch und Wurst zu verkaufen. Seit einiger Zeit haben wir nämlich die Schlachtviehanlieferung so rechtzeitig und vollständig beisammen, daß schon am Schluß der Woche oder am Montag die Verteilung des zum Schlachten bestimmten Viehs vorgenommen werden kann und, wenn am Montag geschlachtet und am Dienstag frische Wurst gemacht wird, am Mittwoch die Fleischermeister davon verkaufen können. Früher wird es allerdings nicht möglich sein, so daß wir nicht vorschreiben können, schon am Dienstag die Läden offen zu halten.

Es würde mir nun sehr lieb sein, von der Versammlung zu hören, ob sie meint, daß die Bevölkerung Braunschweigs mit der geringeren Menge der nicht durch Grübe gestreckten Wurst, die geräuchert und möglichst wasserfrei gemacht ist, zufrieden sein wird, ohne daß uns vorgeworfen wird, wir hätten ohne Not die versprochene Fleischration verkürzt.

Vorsigender: Wenn kein Widerspruch erfolgt, können wir sofort in die Beratung der Angelegenheit eintreten.

Stadtv. Frede: Man übernimmt natürlich mit Beantwortung der gestellten Frage eine recht große Verantwortung, denn es ist, wenn man sich für die grüß-

lose Wurst entscheidet, damit ein namhafter Ausfall in der Fleischwochenmenge verbunden. Aber soweit ich über die Stimmung in der Bevölkerung unterrichtet bin, kann ich wohl getrost sagen, daß im allgemeinen die Grützwurst keinen besonderen Anklang gefunden hat. Herr Haude hat sie ja recht gut zubereitet, das muß man zugestehen. Er stammt aus einer Gegend, in welcher das Grützwurstessen mehr im Schwunge ist als hier, während bei uns die Herstellung von Grützwurst bis zu dem Zeitpunkte, wo wir genötigt waren, dazu überzugehen, vollständig unbekannt war, und unsere Braunschweiger haben sich auch jetzt nicht dafür erwärmen können. In der Zeit allerdings, als es wenig Fleisch gab und man notgedrungen zu einer Streckung der Fleischwaren übergehen mußte, wurden wenig Klagen über die Grützwurst geführt. Jene Zeit fiel aber auch mit der kalten Jahreszeit zusammen, wo auch die Grützwurst besser schmeckt als in der wärmeren Jahreszeit. Jetzt hört man aber Klagen. Herr Stadtrat Wagner hat die Angelegenheit objektiv nach beiden Seiten beleuchtet, aber er hat nicht erwähnt, was die Schlachter nach meiner Meinung hätten geltend machen müssen, daß nämlich die Grützwurst in der warmen Jahreszeit leicht sauer wird. Was nützt uns ein Nahrungsmittel, wenn es schnell ungenießbar wird?

Nun wird gesagt, die Menge der auszugebenden Wurst soll auf 250 g zurückgehen. Wir haben in früherer Zeit ja auch nicht mehr bekommen, und im übrigen kann ein Ausgleich durch Fleisch an anderer Stelle wieder erzielt werden. Der Einwand, der von den Schlachtern erhoben wird, daß die Wurst erheblich teurer werden würde, ist wohl nicht berechtigt, insoweit er sich stützt auf die in Aussicht gestellte Verteuerung durch Verwendung von Därmen. Herr Stadtrat Wagner hat schon ganz richtig bemerkt, daß auch die Grützwurst während des Sommers in Därmen verkauft werden müßte. Aber abgesehen davon, ist zu bedenken: Wenn künftig weniger Wurst gegeben wird, wenn wir statt mit 500 g mit der Hälfte auskommen müssen, dann werden zur Herstellung der Wurst viel weniger Därme erforderlich sein, und bei der geringeren Anforderung einer Ware pflegt sie nicht teurer, sondern billiger zu werden. Einen solchen Einwand kann ich also nicht ohne weiteres als richtig annehmen.

Ich möchte mich dahin ausdrücken, daß der Wunsch der Bevölkerung im allgemeinen dahin geht, von der Herstellung der Grützwurst jetzt wenigstens während der heißeren Jahreszeit abzusehen. Ob wir später wieder dazu übergehen werden müssen, kommt auf die Verhältnisse an, vor allem darauf, ob wir wieder wesentlich strecken müssen.

Sodann war die Rede von den kommunalen Fleischarten, daß die Schlachter sie nicht gern annehmen. Darüber sind mir keine Klagen bekannt geworden. Gewiß, die Schlachter haben Unbequemlichkeiten davon; sie müssen das Geld für die Ware, das sie bei den anderen Arten sofort von den Kunden bekommen,

teils von ihren Käufern nehmen und teils sich von der Stadt zurückerstatten lassen. Diese Unbequemlichkeit dürften sie nicht so stark bemessen, daß sie auf die kommunalen Fleischarten nur unwillig Ware abgeben. Es wäre sehr zu tadeln, wenn die Schlachter so etwas machten.

Stadt v. Diedmann: Wenn die Grözwurst nicht solch starken Beifall in der Bürgerschaft gefunden hat, wie man erwartet hatte, so lag das wohl daran, daß eine derartige Wurst bisher hier nicht hergestellt war und vielerorts in der ersten Zeit die Wurst mangelhaft hergestellt wurde. Später aber haben sich die betreffenden Schlachtermeister wohl mit der Herstellung solcher Grözwurst befreundet, und es ist ihnen auch zum Teil gelungen, eine brauchbare Wurst herzustellen. Nun ist es sehr schwierig, die Frage zu beantworten: Was soll der Magistrat jetzt machen? Soll er weiter Grözwurst herstellen lassen, selbst auf die Gefahr hin, daß sie bei Hitze leicht verderben kann, oder soll er andere Wurst herstellen lassen und dabei die Wochenration dieser Wurst verringern? Am besten ließe sich die Frage beantworten, wenn jeder einzelne Fleischarteninhaber eine schriftliche Beantwortung abgäbe; dann wäre man vollständig gedeckt. Von den Stadtverordneten ist es schlecht zu verlangen, daß sie sagen sollen, was die Bürgerschaft in dieser Beziehung wünscht, denn wir können nur unserer eigenen Meinung Ausdruck geben, nicht aber der unserer Wähler. Jedenfalls empfiehlt es sich, die Fabrikation der Grözwurst einzustellen, und zwar aus dem mehrfach erwähnten Grunde. Da man, wie Herr Stadtrat Wagner erwähnt hat, damit rechnen muß, daß man in absehbarer Zeit sehr wenig Schweine — ich möchte behaupten, in vier Wochen überhaupt keine Schweine mehr — bekommen wird, so läßt sich eine derartige Wurst, wie sie bisher abgegeben wurde, überhaupt nicht mehr herstellen, sondern man muß dazu übergehen, eine Wurst herzustellen, die ich vergleichen möchte — Herr Stadtrat Wagner hat die Regensburger Würste genannt — mit der Wurst, wie man sie schon früher vielfach in Geschäften unter dem Namen Kochmettwurst hat kaufen können, einer aus Rindfleisch hergestellten mit Wasser abgeriebenen Wurst, die aber nicht arg viel Wasser enthält. Man braucht nicht ängstlich zu sein, daß man sie durch die Hand quetschen kann wie die Grözwurst, die mitunter nicht gerade schön war. Eine solche Wurst läßt sich aus reinem Rindfleisch herstellen — wir werden auch wenig Abschlag haben — und wird besonders zu Kartoffelsalat sehr gut schmecken.

Nun wurde erwähnt, daß die Wurst dadurch, daß sie mit Därmen umhüllt werden muß, wesentlich teurer werden würde. Das ist tatsächlich der Fall, denn die Därme sind im Preise erheblich gestiegen. Ich erinnere an die Knackwurst, die in runden Schweinsdärmen verkauft wird. Früher kosteten die runden Därme von einem Schwein 0,10 M, heute aber im Großhandel schon 1,80 M, runde

Mettwurstdärme kosteten per Meter $2\frac{1}{2}$ Pf., heute kosten sie 20 Pf. per Meter. Das ist doch ein erheblicher Preisunterschied, er verteuert natürlich das Pfund Wurst bis zu 15 Pf., und dem muß Rechnung getragen werden.

Wenn einzelne Fleischermeister sich geweigert haben sollen, die gelben Karten anzunehmen, so verstehe ich das nicht, denn sie haben ja keinen Schaden dadurch. Mir sind auch keine derartigen Beschwerden zu Ohren gekommen, und es wäre wünschenswert, daß gegen solche Fleischermeister vorgegangen würde. Ich wüßte wahrhaftig nicht, welcher Grund für eine solche Weigerung von einzelnen Schlachtermeistern vorliegen sollte. — Bezüglich der Grüdwurst empfiehlt es sich jedenfalls, die Fabrikation von solcher Wurst einzustellen, und die Grüze dem Publikum nebenher offen zukommen zu lassen.

Stadtv. Meyerhoff: Es wurde von Herrn Diekmann gesagt, am besten würde es sein, wenn jeder einzelne Verbraucher über seine Ansicht gefragt worden wäre, denn die Stadtverordneten wären nicht in der Lage, ein Urteil für die Allgemeinheit abzugeben. Ich glaube denn aber doch, daß wir das können. Jedenfalls bin ich in der Lage, aus den Kreisen, in denen ich verkehre, und auch von anderen Kreisen, von denen ich gehört habe, mitzuteilen, daß sie mit der Grüdwurst nichts zu tun haben wollen. Ich bin fest überzeugt, die Mehrzahl unserer Einwohner, mögen sie Kreisen angehören, welchen sie wollen, wird der Ansicht sein: Lieber die Hälfte der Ware, aber gute Ware. Braunschweig ist in der Qualität des Fleisches und der Wurst immer verwöhnt gewesen, und es hat schwer gehalten, den Leuten die Grüdwurst mundgerecht zu machen. Hinzukommt, daß bei der Herstellung der Grüdwurst die Zuteilung der reinen Grüze uns verlorengeht. Wenn es auch wohl nur 40 Zentner Grüze sind, die die Stadt für Fabrikation der Grüdwurst überwiesen bekommt, so können die doch auch auf andere Weise dem Publikum wieder zugute gebracht werden. Ich möchte mich dahin aussprechen: Fort mit der Grüdwurst, wenigstens in der Zeit, wo nicht die unmittelbare Not dazu drängt, ganz besonders aber in der gewitterreichen Sommerzeit. Man gebe uns die Hälfte der Wurst, aber gute, und die hübsch liberal verteilt!

Stadtv. Genzen: Wir empfinden das heutige Urteil als eine gewisse Genugtuung. Sie wissen, daß wir jederzeit die Herstellung der Grüdwurst bekämpft haben, aber man wurde damals ja gewissermaßen als unpatriotisch bezeichnet, wenn man nicht in das hohe Lied von der Grüdwurst mit einstimmt. Heute hören wir das Gegenteil; heute müssen Sie uns recht geben. Gerade Herr Frede war es, der es als lächerlich, kleinlich hinstellte, gegen die Aufertigung der Grüdwurst aufzutreten, und der meinte: Was würden die Geschichtschreiber dazu sagen, daß in der jetzigen Zeit, wo die notwendigsten Nahrungsmittel beschlagnahmt werden

mußten, wir so kleinlich seien, um über die Herstellung von Grüz wurst zu streiten! Die heutige Verhandlung zeigt, daß die Geschichtschreiber uns recht geben werden. Sie haben sich erst den Magen an der Grüz wurst verderben müssen, und erst dadurch sind Sie zu einem anderen Urteil über die Grüz wurst gekommen.

Stadtv. Frede: Ich habe schon vorhin darauf verwiesen, daß wir früher eine kleinere Fleischration bekommen haben, und daß wir aus diesem Grunde, damit die Leute etwas mehr bekämen, Grüze zur Wurst zusetzen mußten. Wenn wir heute noch im Winter wären und in den gleichen Verhältnissen lebten bezüglich der auszugebenden Fleischmenge, würde ich genau so wie früher für den Zusatz von Grüze eintreten. Daß Herr Genzen mit seinen Freunden damals zwei Stunden zugebracht hat, um auf die Grüz wurst zu schimpfen und sie als etwas Unerträgliches hinzustellen, das hat mich verdrossen gegenüber den Leistungen, die in vielen anderen Kreisen und in anderer Weise aufgeboten werden müssen. Dazu muß ich sagen: Das ist eine elende, kleinliche Handlungsweise. Heute steht die Sache anders. (Zuruf: Aber nicht besser!) Wir haben zu befürchten, daß die Wurst in der heißen Jahreszeit verdirbt, und es wäre nicht zu verantworten, wenn dieses Verderben befördert würde durch Zusatz einer Masse, die zum schnellen Verderben Anlaß gibt. Heute haben wir auch andere Fleischrationen. Sie werden sich übrigens erinnern, daß ich selbst angefragt habe, als es hieß: „Wir bekommen jetzt zwar weniger Brot, aber die doppelte Ration an Fleisch“, ob wir nicht die Grüze der Bevölkerung in anderer Weise nutzbar machen könnten, da die Teigwaren knapper geworden seien. Es wurde aber erwidert, daß es so wenig Grüze sei, die zu der Wurst verwendet wird, daß es für den einzelnen nichts bringen würde, wenn sie auf andere Weise verteilt würde. Also alles zu seiner Zeit! (Zuruf des Stadtv. Genzen: Herr Frede, geben Sie es mir zu, Sie haben auch ein Haar darin gefunden!)

Stadtrat Wagner: Damit die bewußten Geschichtschreiber nicht falsch berichtet sind, möchte ich hervorheben, daß, als Herr Genzen und seine Freunde den Wunsch äußerten, dieselbe Menge an Wurst zu beschaffen, aber ohne Grüze, es nicht möglich war, diesen Wunsch zu erfüllen. Heute aber haben wir die Wahl zwischen zwei Sachen: entweder ein geringeres Quantum und — wenn Sie so sagen wollen — eine bessere Qualität, nämlich Herauslassen des pflanzlichen Nahrungsmittels aus der Wurst, oder Beibehaltung der 500 g und die Gefahr des leichten Sauerwerdens der Grüz wurst im Sommer. Für eins müssen wir uns entscheiden. Ich nehme an, daß auch Herr Genzen und seine Freunde gegen eine Änderung nichts einzuwenden haben, daß er lieber den Wegfall der Grüz wurst sieht, auch unter Herabsetzung des Quantums.

Stadtv. Riefe: Für mich ist das, was Herr Stadtrat Wagner sagte, kein guter Trost. Ich hätte lieber mehr Fleisch als weniger genommen, besonders da man uns Marmelade statt Fett vorsetzt. Leider müssen wir uns mit den Verhältnissen abfinden, wenn nichts vorhanden ist. Der einzige Trost wäre noch, daß unsere Frauen etwas Grütze mehr bekommen werden. Man kann sie auf der Mühle zerkleinern und etwas daraus backen, damit die alten Leute, die keine Zähne mehr haben und das Brot nicht mehr beißen können, etwas bekommen, das etwas Ähnliches wie Brotnahrung bietet. Denn an Brot fehlt es gewaltig. Ich habe damals beantragt, ob es nicht möglich sei, die Grützmenge mit zum Brote zu nehmen. Darauf wurde aber gesagt, daß, auf den Kopf berechnet, das zu wenig sei, um etwas Nennenswerthes dadurch herauszubekommen. Genug, wir müssen uns bescheiden. Aber besser ist es heute keineswegs geworden; wir werden wieder auf die Hälfte herabgesetzt, und ich glaube nicht, daß es demnächst besser werden wird, denn die Schweine von 100 Pfund Gewicht werden jetzt geschlachtet, und die werden nicht viel Speck bringen.

Stadtv. Wesemeier: Wir sind uns heute tatsächlich alle einig, daß es mit der Grützwurst nichts mehr ist, und das Urteil, das von uns von Anfang an über die Grützwurst gefällt ist, findet heute allgemeine Zustimmung. Wenn gesagt wird, daß wir heute mehr Fleisch haben als damals, so ist das stark zu bezweifeln. Herr Dieckmann führte vorhin schon an, daß wir in vier Wochen keine Schweine mehr haben würden. Dann wird es an die Milchkühe gehen, und so wird es weiter gehen und dahin kommen, daß wir zu tief in den Viehbestand eingegriffen haben und jahrzehntelang freiben können, um den Viehstand wieder zu heben.

In einer Ihrer letzten Versammlungen haben Sie beschlossen — ich war nicht zugegen, habe es nur aus der Zeitung gelesen —, daß bei der Fleischzuschlagsverteilung auch die Selbstversorger berücksichtigt werden sollten. Ich glaube, einmütig ist der Beschluß gefaßt, auch sie mit Zuschlagsfleischmarken zu bedenken. (Zuruf: Soweit sie Reichsfleischmarken haben.) Es ist vom Magistrat die Antwort geworden, daß von bestimmten Beständen noch etwas hinzugeschossen werden solle. (Widerspruch.) Wenn das nicht richtig ist, so müßte in der Presse ein falscher Bericht gestanden haben. Ich möchte sonst anfragen, wie es mit der Ausführung dieses Beschlusses geworden ist. Die Herren, die anwesend gewesen sind, müssen ja wissen, was sie beschlossen haben.

Stadtrat Wagner: Es war hier geltend gemacht — und das war von seiten des Magistrats als richtig anerkannt —, daß es unrecht wäre, wenn derjenige Selbstversorger, der Fleischmarken behalten hatte, um sich dadurch mit frischem Fleisch zu versehen, und der für diese Marken nicht mit der doppelten Ration der

Selbstversorger bedacht war, nicht den Reichsfleischzuschlag erhalten sollte, sondern nur die einfache Ration, während die übrigen Einwohner auf ihre Karten die doppelte Ration bekamen. Darauf habe ich erwidert, wir würden uns bemühen, beim Ministerium zu erreichen, daß auch für diese zurückbehaltenen Karten der Selbstversorger die doppelte Ration bewilligt würde. Würde das nicht geschehen, so würde es wohl möglich sein, den hiesigen Selbstversorgern, die sich nur zum Teil selbst versorgt haben, aus den städtischen Fleischkonserven-Vorräten etwas abzugeben. Inzwischen ist durch Vermittlung der Zentralstelle des deutschen Städtetages diese Sache beim Kriegsernährungsamte zur Sprache gebracht und darauf gerechterweise allgemein zugestanden, daß auch die Selbstversorger, soweit sie Reichsfleischkarten behalten haben, darauf den Reichsfleischzuschlag bekommen sollten.

Vorsitzender: Ich schließe die Besprechung und darf wohl feststellen, daß aus der Versammlung nur Erklärungen dahin erfolgt sind, daß man mindestens einweisen für die warme Jahreszeit die Aufhebung der Herstellung von Grüzewurst für richtig hält. Eine Abstimmung wird sich bei der Sachlage nicht empfehlen.

Ich schließe damit die öffentliche Sitzung.

Dauer der Sitzung von 4¼ bis 7 Uhr.

B e r i c h t

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 28. Juni 1917.

Tagesordnung:

1. Antrag G e n z e n, betreffend die Lieferung von Mehl, Milch und Zucker an Konditoreien	Seite 95
2. Ankauf von Grundstücken an der Leopoldstraße vom Allgemeinen Konsumverein	" 97
3. Beitritt der Stadt in den Verein „Landaufenthalt für Stadtkinder“.	" 98
4. Abrechnung über den Umbau der Steintorbrücke und der angrenzenden Straßenstrecken	" 98
5. Abrechnung über die Anlage eines Hühnerhofs auf dem Rieselsgute Steinhof	" 99
6. Erhöhung des Zinsfußes für ein der Stadt gewährtes Darlehn	" 100
7. Beteiligung der Stadt an der zu gründenden Kanalschiffahrt-Gesellschaft	" 100
8. Nachverwilligung von Mitteln zur Beschaffung von Gebrauchsgegenständen für das Rathaus.	" 102
9. Bewilligung eines Kostenzuschusses für die fahrbaren Kriegsbüchereien	" 103
10. Errichtung eines Schalthauses an der Ecke der Broißemer- und Juliusstraße	" 103
11. Mitteilung über den Ausgang des von der Straßeneisenbahn gegen die Stadt angestrebten Prozesses wegen Forderung	" 104
12. Mitteilung über den Ausgang des von der Versicherungsgesellschaft Rheinland gegen die Stadt erhobenen Rechtsstreits.	" 108
13. Ankauf eines Grundstücks Hintern Brüdern	" 110
14. Einsprache der Garnisonverwaltung gegen die Heranziehung zur Extra-Kanalabgabe.	" 110
15. Verkauf des Grundstücks Helmstedterstraße Nr. 8	" 111

Ratgeber der Tagesordnung behandelt:

16. Grundbuchamtlich eingetragene Belastung einer angekauften Fläche an der Wörthstraße	Seite 127
17. Gewährung eines stadtseitigen Zuschusses an den Harz-Ziegen-Zuchtverein	" 127
18. Antrag Stegmann auf Gewährung eines Zuschusses an die Kindererschulkommission des Gewerkschaftsartells	" 129
19. Anfrage G e n z e n über die Kohlenversorgung der Stadt	" 129

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister **Kettemeyer**, Bürgermeister **Meyer**, Stadträte **von Frankenberg**, **Mohr**, **Wagner**, Stadtbaurat **Gebensleben**, Amtsrichter **Meyer**, zeitweise auch die Herren Stadträte **Heymann** und **Schöttler**.

Wegen Einberufung zum Kriegsdienste fehlen die Herren Stadtverordneten Dr. **Jasper**, **Ribbentrop**, **Schmidt**, **Schulze**, **Steincke**, Dr. **Voge**, **Weichsel** und Dr. **Wolters**. Außerdem fehlen entschuldigt die Herren Stadtverordneten **Dammhöller**, **Frede**, **Helle**, **Wesemeier**. Herr Stadtverordneter **Steinbrecher** erscheint später.

Vorsitzender Hartung: Ich eröffne die Sitzung.

Zunächst habe ich mitzuteilen, daß laut Schreiben des Magistrats vom 25. vorigen Monats an Stelle des verstorbenen Herrn Busch Herr Direktor Karl **Schmidt** von den Wählern der 2. Wahlklasse im August- und Magnitorbezirk für die Zeit bis zum 31. März 1919 zum Stadtverordneten gewählt ist und die Wahl angenommen hat. Herr Schmidt ist zugegen; ich stelle ihn den Herren vor und begrüße ihn als neues Mitglied unserer Versammlung in der Erwartung, daß seine Mitarbeit bei unseren Verhandlungen den Interessen der Stadt förderlich sein werde.

Eingegangen ist die Abschrift eines Schreibens des Verkehrsvereins **Braunschweig**, betreffend die Siedelungsfrage, die Frage des Kleinhausbaus und die Eingemeindung von der Stadt benachbarten Gebieten. Das Schreiben ist auch an den Magistrat eingereicht, so daß wir zunächst dessen Stellungnahme abzuwarten haben.

Ferner ist eingegangen eine **Anfrage** des Herrn **Genzen** mit folgendem Wortlaut:

„Wie ist die Ausführung der Kohlenversorgung der Einwohnerschaft nach der Bekanntmachung des Magistrats gedacht?“

Schließlich ist eingegangen ein **Dringlichkeitsantrag** des Herrn **Stegmann**, der folgendermaßen lautet:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, der Kinderjugendkommission des Gewerkschaftskartells als Beihilfe für die diesjährigen Ausflüge wie im Vorjahre 3000 M zu überweisen.“

Ich werde den betreffenden Herren nachher Gelegenheit geben, die Anfrage bzw. den Antrag zu begründen.

1. Antrag Genzen, betreffend die Lieferung von Mehl, Milch und Zucker an Konditoreien.

Wortlaut des Antrages: „Den Konditoreien ist kein Mehl, Milch und Zucker mehr für den gewerblichen Betrieb zu liefern.“

Stadtv. Dr. **Nahler**: Meine Herren. Die Lebensmittelversorgung der Stadt Braunschweig hat — wie Ihnen bekannt ist — in den letzten Wochen leider eine weitere Verschlechterung erfahren, und durch die dadurch hervorgerufene Verschärfung der stadtseitigen Maßnahmen ist der Antrag des Herrn Genzen zum größten Teil bereits überholt worden. Trotzdem hat sich die Statutenkommission nochmals sehr eingehend mit dem Antrage beschäftigt und dabei die einzelnen in Frage kommenden Positionen durchgesprochen, und ich bin beantragt, Ihnen darüber einen kleinen Kommentar zu geben, damit auch Sie darüber orientiert sind.

Es handelt sich in dem Antrage um Mehl, Milch und Zucker. Nachdem Mitte April die Verkürzung unserer Brotration eingetreten war, mußte ohne weiteres auch eine weitere Verkürzung der Mehllieferung an die Konditoreien in Frage greifen, da wir für die Bevölkerung an Mehl soviel wie möglich frei machen mußten. Es war deshalb für diesen Punkt eine weitere Diskussion in der Kommission von selbst hinfällig. Sie wissen, meine Herren, daß die Konditoreien — es kamen lediglich sieben Geschäfte in Frage — nur noch eine sehr kleine Menge Mehl bekommen hatten, nachdem ihnen im Laufe der Zeit die Ration, die sie für ihren Geschäftsbetrieb brauchen, mit allen Mitteln bereits gekürzt worden war. Es ließ sich leider nicht ermöglichen, in irgend einer Weise den Herren für ihren Betrieb Mehl noch zur Verfügung zu stellen, zumal ihnen auch ein anderer Weg offen war, nämlich der Weg der Verarbeitung von Kartoffelmehl. Die Vereinigung der Konditoren hatte sich deshalb bereits früher direkt nach Berlin an die Kartoffeltrocknungsgesellschaft gewandt und von dieser ein Quantum Kartoffelmehl für ihren Betrieb freibekommen, welches sie auch heute noch erhält. Dieses Kartoffelmehl, welches von der Tefa geliefert wird, untersteht nicht der Kontrolle des Stadtmagistrats als Kommunalverband, sondern wird auf eigene Entscheidung der Tefa geliefert. Soviel ich weiß, handelt es sich um eine Menge von 20 Zentnern, die den Konditoreien auf diese Weise zur Verfügung gestellt wird, und woraus sie jetzt ihre Konditoreiwaren lediglich herstellen müssen.

Für die Konditoreiwaren kommt dann noch die Milch und der Zucker in Frage. Der Zucker ist diesen Betrieben bereits zu verschiedenen Malen und ganz erheblich gekürzt worden. Der Bedarf an Zucker betrug in Friedenszeiten über 500 Zentner. Die Lieferung wurde auf 50 Zentner reduziert, und später sind noch weitere Einschränkungen gemacht. Die Statutenkommission glaubt, diese geringe Zuckermenge auch jetzt noch den Konditoreien bewilligen zu sollen, denn eine weitere Einschränkung würde eine direkte Lahmlegung der ganzen Betriebe bedeuten, und ich glaube, in Ihrer aller Sinne dürfte es liegen, wenn man unter den heutigen Verhältnissen die noch vorhandenen Betriebe nach Möglichkeit offen zu halten sucht, sie nicht noch mehr schädigt, als es durch die Verhältnisse heute sowieso schon geschieht. — Abgesehen von den geringen Zuckermengen wird in den Konditoreien noch Saccharin, soweit es ihnen zugänglich ist, verwendet. Schließlich muß ich darauf hinweisen, daß der Stadt Braunschweig als Kommunalverband Zucker für gewerbliche Betriebe in einer ganz bestimmten Menge zur Verfügung gestellt wird, die Stadt deshalb auch die Verpflichtung hat, von diesem Zucker für die gewerblichen Betriebe einen Teil den Konditoreien zur Verfügung zu stellen, während ein anderer Teil davon in andere Betriebe überzuleiten ist. Dieser Zucker für gewerbliche Betriebe würde bei der Verteilung von Zucker an die Bevölkerung selbst auscheiden müssen; darauf ist von der Reichszuckerstelle besonders aufmerksam gemacht, und ich habe in dieser Versammlung bereits früher darauf hingewiesen, daß an Zucker für gewerbliche Betriebe, wenn ich nicht irre, 150 g auf den Kopf der Bevölkerung vorgesehen sind.

Milch wird den Konditoreien ebenfalls nur in ganz geringer Menge geliefert, und zwar in Form von Magermilch, die wir in der nächsten Zeit, wie uns in der Kommission von seiten des Stadtmagistrats ausgeführt wurde, in reichlicherer Menge haben werden. Fett zum Backen ist auch nur in sehr beschränkter Menge zugeteilt, und zwar wurde nicht mehr Butter und Margarine geliefert, sondern Rinderfett und Knochenfett, womit die Betriebe haushalten müssen. Diese gelieferten Mengen sind so klein, daß sie für den allgemeinen Konsum kaum in Frage kommen.

Aus diesen Ausführungen werden Sie entnehmen, daß die den Konditoreien zur Verfügung stehenden Rohprodukte zur Herstellung ihrer Waren sehr beschränkt sind. Deshalb haben die Konditoreibetriebe auf Ersatzmittel zurückgreifen müssen, auf Eierjag, auf Gelatinepulver und andere gang und gäbe gewordene Ersatzmittel. Es ist natürlich, daß infolge der Verwendung von derartigen Sachen die Backwaren immer schlechter geworden sind. Deshalb wurde in der Kommission darauf aufmerksam gemacht, daß teilweise die von den Konditoreien in den Handel gebrachten Waren wirklich nicht mehr als Nahrungsmittel anzusehen sind. Die sogenannten Schaumtorten bestehen zum größten Teil aus Luft; sie zerfließen,

wenn man sie in der Hand hält, und wenn sie nach Hause getragen werden, bleibt nur noch ein kleines Stückchen dünnes Brot davon übrig, während das andere sich verflüchtigt hat. Wir waren deshalb in der Kommission wohl einstimmig der Ansicht, daß es angebracht sei, hiergegen seitens der Behörden eine Vermahnung auszusprechen, damit in diesen Dingen Wandel geschaffen wird, denn die Konditoreien sind in der Lage, aus den Mitteln, die ihnen zur Verfügung stehen, wenigstens etwas bessere Sachen zu backen, als es heute geschieht.

Sodann ist in der Kommission zur Sprache gebracht, daß einzelne Bäckereien noch Konditoreiwaren herstellen. Ich war leider nicht in der Lage, nachzuprüfen, wie weit das zutrifft. Jedenfalls muß darauf hingewiesen werden, daß seit Inkrafttreten der Verfügung, welche das Verbacken von Mehl zu Brothwaren regelt, es nicht statthaft ist, in Bäckereien Konditoreiwaren herzustellen und umgekehrt in Konditoreien Brot zu backen. Der Magistrat wird sich der Sache annehmen und der Verordnung weitere Geltung zu verschaffen suchen.

Nachdem in dieser Weise der Antrag des Herrn Wenzen durchgesprochen war, glaubten wir alle, Herrn Wenzen empfehlen zu sollen, den Antrag zurückzuziehen, da für eine fruchtbare Beratung desselben heute die notwendigsten Unterlagen fehlen und der Antrag in der Hauptsache heute durch die vorliegenden Verhältnisse überholt ist. Herr Wenzen hat sich damit einverstanden erklärt, und so habe ich mitzuteilen, daß der Antrag seitens des Herrn Wenzen zurückgezogen ist.

Vorsitzender: Nachdem der Antrag zurückgezogen ist, erübrigt sich die Beratung, und wir können zum folgenden Gegenstande der Tagesordnung übergehen.

2. Ankauf von Grundstücken an der Leopoldstraße vom Allgemeinen Konsumverein.

Stadtv. Rasche: Der Stadtmagistrat übersandte der Versammlung zur Genehmigung einen notariellen Vertrag vom 11. Mai, laut dessen die dem Allgemeinen Konsumverein gehörenden vier Grundstücke auf der Leopoldstraße 10, 11, 13 und 14 für die Stadt angekauft werden. Diese Grundstücke liegen, wie sich die Herren erinnern werden, von hier aus an der linken Seite der Leopoldstraße, an der Südseite des neuen Grundstückes des Konsumvereins. Der Gesamtpreis für die vier Grundstücke soll 110 000 M. betragen, ihre Größe beträgt ungefähr 2000 qm. Der Preis erscheint angemessen, trotzdem der Wert der einzelnen Gebäude sehr gering ist. Der Magistrat beabsichtigt, die zu erwerbenden Grundstücke für Schulzwecke zu reservieren, vielleicht für Schaffung eines Gebäudes für die Mädchen-Fortbildungsschule; ein Antrag darauf liegt aber noch nicht vor, sondern es wird ein solcher für spätere Zeit vorbehalten.

Die Baukommission hat sich mit dem Ankauf der Grundstücke unter den angegebenen Bedingungen für einverstanden erklärt und bittet Sie durch mich, eben-

falls dem Antrage zuzustimmen und den Abschluß des Kaufvertrages zu genehmigen.

Die Versammlung beschließt entsprechend dem Antrage der Baukommission.

3. Beitritt der Stadt in den Verein „Landaufenthalt für Stadtkinder.“

Stadtv. Ohlendorf: Der Verein „Landaufenthalt für Stadtkinder“ bezweckt die Vermittlung von Landaufenthalt für Stadtkinder und damit die Pflege des gegenseitigen Verständnisses von Stadt und Land. Der Direktor unserer Bürgerschulen hat an den Magistrat das Ersuchen gerichtet, diesem Verein beizutreten, und teilt dazu mit, daß der Verein für 1000 nach dem Lande entsandte Kinder die Haftpflicht der Stadt und der aufnehmenden Haushaltsvorstände für Unfallvergütung übernimmt und damit Kosten im Betrage von ca. 100 M. Des weiteren sorgt der Verein für Ermäßigung der Fahrpreise für die entsandten Kinder und ähnliches mehr. Der Magistrat hat empfohlen, dem Verein beizutreten, und die Finanzkommission, der die Sache zur Vorberatung vorlag, stimmt dem zu, und so habe ich Ihnen namens der Finanzkommission zu empfehlen, dem Magistratsantrage stattzugeben und 50 M als Mitgliedsbeitrag festzusetzen.

Dem Antrage der Finanzkommission wird entsprochen.

4. Abrechnung über den Umbau der Steintorbrücke und der angrenzenden Straßenstrecken.

Stadtv. Götte: Der Umbau der Steintorbrücke ist beendet, und die Zusammenstellung der Kosten für diesen Umbau hat ergeben, daß sie in dem Rechnungsjahre 1915/16 betragen haben 86 375,42 M. In dem Rechnungsjahre 1916/17 sind vereinnahmt von dem Abbruch der alten Brücke für verkaufte Materialien 2935,92 M, so daß an Kosten für den Umbau der Brücke 83 439,50 M zu verzeichnen sind. Ich bemerke besonders, daß dies lediglich die Kosten für die Brücke sind, die Kosten für die angrenzenden Straßenbefestigungen sind hierin nicht enthalten. Es sind seinerzeit für den Brückenbau 70 000 M bewilligt worden, so daß eine Mehrausgabe von 13 439,50 M von uns zu bewilligen ist. Diese Bewilligung braucht aber nicht ausgesprochen zu werden, weil in den Straßenbefestigungskosten eine Ersparnis gemacht ist, die die Gesamtkosten reduziert. Wenn ich zunächst nur von dem Brückenbau rede, so kann es in dieser Zeit nicht auffallen, daß eine Mehrausgabe bei einem solchen Bauwerk, das in der Friedenszeit veranschlagt und genehmigt und in der Kriegszeit ausgeführt ist, stattgefunden hat. Die Stadtbauverwaltung hat denn auch in allen Kapiteln Erklärungen darüber abgegeben, daß z. B. die Erdbewegung in gewaltig größerer Höhe hat vor-

genommen werden müssen, als vorher bewilligt war, weil Fundamentierungsarbeiten, bei der die Erdmassen abgefahren und wieder zugebracht werden mußten, für ein erheblich breiteres Fundament nötig waren. Sodann haben die Pfahlrosten tiefer gelegt werden müssen, die Preise des Betonmauerwerks sind von 20 \mathcal{M} auf 25 \mathcal{M} gestiegen, und in ähnlicher Weise sind alle Preise durch die höheren Arbeitslöhne und teureren Materialpreise erhöht worden. Es war ferner das eiserne Geländer der früheren Brücke in dem Zustande, in dem es sich befand, nicht verwendbar, und so haben bedeutendere Aufwendungen als vorgesehen gemacht werden müssen, um es wieder zu verwerten.

Für Befestigung der angrenzenden Straßenstrecken waren seinerzeit ohne festen Anschlag 28 800 \mathcal{M} bewilligt. Wie sie jetzt ausgeführt ist, kostet sie 25 470,20 \mathcal{M} , so daß eine Wenigerausgabe von 3329,80 \mathcal{M} entstanden ist. Rechnen wir diese Ersparnis und die Mehrausgabe für die Brücke zusammen, so ergibt sich insgesamt, daß die Mehrkosten 10 109,70 \mathcal{M} betragen. Der Magistrat bittet Sie, diesen Betrag nachgenehmigen zu wollen.

Bemerken möchte ich noch, daß durch den Abbruch der alten Brücke ein großer Teil von alten Materialien, Quadern und Bruchsteinen gewonnen sind, die auf Lager genommen sind und eben nicht verwendet werden können, aber immerhin einen Wert für die Stadt haben, der sich auf den Betrag von 2600 \mathcal{M} beläuft, so daß die Überschreitung der ganzen Brücken- und Straßenbaukosten sich auf 7500 \mathcal{M} belaufen wird. Das hat aber mit der heutigen Bewilligung nichts zu tun, da die Verwertung der alten Materialien erst später geschehen kann; die 10 109,70 \mathcal{M} müssen heute bewilligt werden. Die Baukommission hat die Aufstellung geprüft und gibt Ihnen anheim, diese Summe nachzuverwilligen.

Die Abrechnung wird zur Kenntnis genommen und die Überschreitungskosten werden nachverwilligt.

5. Abrechnung über die Anlage eines Hühnerhofs auf dem Nieselgut Steinhof.

Stadtv. Meyerhoff: Für Errichtung des Hühnerhofs auf dem Steinhof waren seinerzeit 8500 \mathcal{M} bewilligt, und dabei war berücksichtigt, daß der Schuppen, welcher in der Grandgrube bei Mascherode stand, abgebrochen und das sich dabei ergebende Material für den Aufbau des Hühnerhofs mitverwendet werden sollte. Die Abrechnung über den Bau des Hühnerhofs wird uns jetzt vorgelegt, die Gesamtsumme für den Bau beträgt 9420,77 \mathcal{M} . Es wäre somit eine Überschreitung von 920,77 \mathcal{M} vorgekommen. Zu diesem Betrage ist aber eine Summe von 551,69 \mathcal{M} enthalten, welche für den Abbruch und Wiederaufbau eines Unterkunftsraumes in der städtischen Sandgrube bei Mascherode angewendet worden ist, diese Summe würde von der Überschreitung in Abzug zu bringen und zu Lasten der

Straßenreinigung zu verbuchen sein. Es handelt sich also im ganzen um eine Überschreitung für den Bau des Hühnerhofs im Betrage von 369,08 *M.* Aus denselben Gründen, die schon der Herr Vorredner geschildert hat, lassen sich bei solchen Bauten in der jetzigen Zeit die nötigen Summen im voraus nicht genau feststellen. Soweit es sich ermöglichen ließ, ist der Kostenschlag innegehalten. Zu bedenken ist die Entfernung des Kieselguts Steinhof, daß die Fuhrlöhne bedeutend teurer geworden sind, und daß in der Kriegszeit auch die Arbeitslöhne in die Höhe gegangen sind. Nach Prüfung der Ausgaben gibt Ihnen die Baukommission durch mich anheim, diese Überschreitung genehmigen zu wollen.

Die Abrechnung wird zur Kenntnis genommen und die Überschreitung des Kostenschlages genehmigt.

6. Erhöhung des Zinsfußes für ein der Stadt gewährtes Darlehn.

Stadtv. **Tebbenjohannis:** Die Stadt Braunschweig hat von der Braunschweigischen Landesversicherungsanstalt im Jahre 1891 ein Darlehn von 3 Millionen Mark zum Zinsfuß von 3,6 Prozent aufgenommen, das bis zum 1. Januar d. J. bis zum Betrage von 2 640 000 *M.* amortisiert worden ist. Dieses Darlehn ist seitens der Landesversicherungsanstalt gekündigt worden. Auf Anfrage des Magistrats ist aber die Landesversicherungsanstalt bereit, der Stadt das Darlehn weiter zu belassen, wenn der Zinsfuß vom 1. Juli 1918 ab auf $4\frac{1}{4}$ Prozent erhöht wird. Im übrigen sollen die Bedingungen des Darlehensvertrages, wie sie im Jahre 1891 festgesetzt sind, insbesondere die Kündigungsfrist von einem Jahre bestehen bleiben. Die Finanzkommission hat selbstverständlich dem Antrage des Magistrats, diese Erhöhung des Zinsfußes zu bewilligen, zugestimmt, und ich darf namens der Kommission bitten, daß auch die Versammlung dieser Erhöhung zustimmt.

Die Zustimmung zur Erhöhung des Zinsfußes für das genannte Darlehn wird erteilt.

7. Beteiligung der Stadt an der zu gründenden Kanalschiffahrt-Gesellschaft.

Stadtv. **Munte:** Es handelt sich um das Ersuchen des Magistrats, daß die Stadt sich mit einem Anteil von 10 000 *M.* an einer zu gründenden Kanalschiffahrt-Gesellschaft beteiligen soll. Der Zweck der Gesellschaft geht aus dem der Vorlage beigefügten Schreiben zu dem Entwurfe des Gesellschaftsvertrages hervor. Infolge der durch die Transport Schwierigkeiten entstandenen Kohlennot des vorigen Winters hat sich eine Anzahl Interessenten in Hannover zusammengefunden, die eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung zur Förderung der Kanal-

schiffahrt gründen wollen, die nur im Interesse derjenigen arbeiten soll, die Anteile der Gesellschaft zeichnen. Zweifellos dürfte es im Interesse der größeren Verfrachter liegen, sich eine dauernde Vertretung ihrer Interessen in bezug auf die Kanalschiffahrt zu sichern, bei der eine Übertenerung hinsichtlich der Frachtraten jetzt und in Zukunft unbedingt ausgeschlossen ist. Der Magistrat möchte sich an dieser Gesellschaft mit 10 000 *M* beteiligen, trotzdem diese Zeichnung nur einen geringen Anspruch auf Beförderung von Kohlen in sich schließt, nämlich auf Beförderung von 4000 Tonnen = 80 000 Zentner, während die Stadt Braunschweig einen gewaltigen Mehrverbrauch an westfälischen Kohlen, nämlich 40 000 Tonnen, hat. Dieses Verhältnis hat in der gestrigen Beratung dazu geführt, daß die Finanzkommission sich entschlossen hat, dem Magistrat den Vorschlag zu unterbreiten, er möchte einen höheren Betrag zeichnen, und wie mir eben durch Herrn Stadtbaurat Gebensleben mitgeteilt ist, ist in der Sitzung des Magistrats der Beschluß gefaßt worden, daß die Stadt sich mit 20 000 *M* beteiligen solle. Dadurch würde sich der Anspruch der Stadt auf Beförderung auf mindestens 8000 Tonnen erhöhen. Natürlich ist die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß die Kanalschiffahrt mehr leisten kann, und in dem Falle werden die Anteilseigner in erster Linie berücksichtigt. Für die Stadt sind die 20 000 *M* kein großer Betrag, und so hat sich gestern die Finanzkommission schlüssig gemacht, Ihnen vorzuschlagen, sich mit einer Beteiligung der Stadt von 20 000 *M* einverstanden zu erklären.

Wie aus dem Statut hervorgeht, sollen die Frachtraten so eingerichtet werden, daß neben einer reichlichen Abschreibung eine 6prozentige Verzinsung des Kapitals sichergestellt wird, und wenn darüber hinaus sich ein Überschuß ergeben sollte, so soll dieser so verteilt werden, daß eine Rückvergütung auf die gezahlten Frachten der Anteilseigner erfolgt. Herr Stadtbaurat Gebensleben hat uns gestern in der Kommission in ziemlicher Ausführlichkeit Mitteilungen über den Betrieb dieser Kanalschiffahrt-Gesellschaft gemacht. Wie Sie wissen, endigt der Kanal in Hannover, und die Kohlen, die wir durch ihn bekommen, werden wir in Hannover wieder umladen lassen müssen, so daß sich die ganze Fracht teurer stellen wird, als wenn wir die Kohlen direkt mit der Bahn beziehen würden. Deshalb wird natürlich in erster Linie darauf Rücksicht genommen werden, daß unsere Stadt ihre Kohlen durch die Eisenbahn direkt bezieht. Aber wenn das wegen Wagenmangels nicht möglich ist, so ist diese Kanalschiffahrt doch ein Notbehelf, der uns davor schützen könnte, daß unser Gas- und Wasserwerk wegen Kohlenmangels stillgelegt werden müßte. Um das zu vermeiden, müssen die Kommunen es sich unter Umständen schon etwas kosten lassen.

Noch zu erörtern ist, daß es wünschenswert ist, daß unsere Stadt im Aufsichtsrate der Kanalschiffahrt-Gesellschaft ein Aufsichtsratsmitglied bekommt, damit wir Einfluß auf die Verwaltung und auf das ganze Gesellschaftsgebarren bekommen.

Deshalb ist gestern beschlossen, daß Herr Stadtbaurat Gebensleben von der Stadt aus dafür in Aussicht genommen werden soll, als Mitglied des Aufsichtsrats vorgeschlagen zu werden. Die Gesellschaft soll in der nächsten Woche erst gegründet werden. Dann müßte der Anteil der Stadt zu einem Viertel eingezahlt sein, und Herr Stadtbaurat Gebensleben müßte bei der Gründungsversammlung zugegen sein, damit er in den Aufsichtsrat gewählt wird. Nun steht dem aber in einer gewissen Beziehung die Städteordnung entgegen. Wenn nämlich eine Vergütung an die Aufsichtsratsmitglieder gezahlt wird, so ist es nicht ohne weiteres zulässig, daß jemand, der Angestellter der Stadt ist, in den Aufsichtsrat hineinkommt, sondern es müssen die Vertreter der städtischen Behörden und gleichzeitig die Aufsichtsbehörde, also das Ministerium, mit der Wahl sich einverstanden erklären. Der Magistrat hat schon heute morgen sein Einverständnis zu erkennen gegeben, und ich habe Sie namens der Finanzkommission zu bitten, gleichfalls Ihr Einverständnis mit der Entsendung des Herrn Stadtbaurats in den Aufsichtsrat auszusprechen und damit zu bekunden, daß er, wenn er gewählt wird — was keinem Zweifel unterliegt —, die in § 8 des Gesellschaftsvertrages vorgesehene Vergütung in Empfang nehmen darf.

Sollte Herr Stadtbaurat Gebensleben wahrgenommen haben, daß ich in meinem Referat das eine oder andere nicht erwähnt habe, dann möchte ich ihn bitten, das nachzutragen. Er schüttelt mit dem Kopfe. — Ich bitte also zu genehmigen, daß 20 000 M als Anteil der Stadt gezeichnet werden, und zugleich das Einverständnis damit auszusprechen, daß Herr Stadtbaurat Gebensleben Mitglied des Aufsichtsrats wird und die Vergütung, welche ihm darnach zusteht, in Empfang nehmen darf.

Dem Antrage der Finanzkommission wird zugestimmt.

8. Nachverwilligung von Mitteln zur Beschaffung von Gebrauchsgegenständen für das Rathaus.

Stadtv. **Stegmann:** Durch den Haushaltsplan für das laufende Jahr haben wir unter anderem zur Beschaffung von verschiedenen Gegenständen — Tischen, Regalen, Schränken und dergleichen — für verschiedene Zimmer des Rathauses eine Summe von 705 M bewilligt. Es hat sich herausgestellt, daß diese Summe infolge der gestiegenen Holzpreise und Arbeitslöhne nicht ausreicht. Die Kosten betragen in Wirklichkeit rund 1100 M, so daß jetzt noch rund 400 M nachzuverwilligen wären, was der Magistrat anheimgibt. Die Baukommission hat die Aufstellung nachgeprüft und gibt der Versammlung gleichfalls anheim, die 400 M nachzuverwilligen.

Außer diesen schon im Haushaltsplane vorgesehenen Anschaffungen ist noch für die Hauptbrotkartenstelle ein größeres Aktenregal nötig, das zu 170 M ver-

anschlagt ist. Die Baukommission hat auch diese Anschaffung geprüft und empfiehlt, auch diese Summe zu verwilligen.

Die beiden Summen werden verwilligt.

9. Bewilligung eines Kostenzuschusses für die fahrbaren Kriegsbüchereien.

Stadtv. Räte: Im Verlauf des Krieges sind bei den verschiedenen Truppenteilen fahrbare Kriegsbüchereien eingerichtet, meist bestehend in kleinen Kisten, die als sogenannte Schützengrabensliteratur verwendet werden. Jetzt plant man, für jede Division größere Büchereien anzuschaffen, Büchereien von 1000 Bänden, für die ein Wagen notwendig ist und außerdem Kisten, die zu gleicher Zeit als Regale dienen sollen. Ferner soll ein Divisionsbüchermant für jede Bücherei kommandiert werden, der die Bücher ausleiht. Die von den braunschweigischen Kreisen gestiftete Kriegsbücherei soll nach Friedensschluß den braunschweigischen Truppen als Garnisonbücherei überwiesen werden. Unter dem Vorhitz Ihrer Königlichen Hoheit der Frau Herzogin, die diesem Unternehmen für Braunschweig vorsteht, ist in Blankenburg eine Sitzung der Kreisdirektoren des braunschweigischen Landes abgehalten, und dort hat man sich mit dem Unternehmen und dem Kostenverteilungsplan für das braunschweigische Land einverstanden erklärt.

Die Kosten eines solchen Wagens mit einer Kriegsbücherei stellen sich auf 2500 M., und die Verteilung dieser Summe auf das Land Braunschweig ist in folgender Weise gedacht: Die Stadt Braunschweig soll aufbringen 720 M., die Kommunalverbände Middagshausen-Bechelde 220 M., Thedinghausen 20 M., Wolfenbüttel 435 M., Helmstedt 395 M., Gandersheim 250 M., Holzminden 260 M. und Blankenburg 200 M. Der Magistrat richtet nun an die Herren Stadtverordneten das Ersuchen, die angeforderten 720 M. verwilligen zu wollen.

Die Finanzkommission hat die Vorlage geprüft und gibt Ihnen Genehmigung anheim. Wenngleich durch die Presse einzelne Verlautbarungen gegangen sind, daß die Literatur dieser Kriegsbüchereien in sehr einseitiger Weise zusammengestellt werde, so entzieht es sich meiner näheren Kenntnis, inwieweit das hier zutreffen wird. Namens der Finanzkommission empfehle ich Ihnen, die 720 M. zu verwilligen.

Der geforderte Kostenzuschuß für die Kriegsbücherei wird bewilligt.

10. Errichtung eines Schalthauses an der Ecke der Broikemer- und Juliusstraße.

Stadtv. Räte: Das Elektrizitätswerk Braunschweig hat dem Stadtmagistrat mitgeteilt, daß für das Drehstrom-Hochspannungs-Kabelnetz die Errichtung eines Schalthauses an der Ecke der Juliusstraße und Broikemerstraße erforderlich

wird. Von der Firma Rasche und Kragich ist ein Kostenantrag für ein solches Häuschen ausgearbeitet, wonach der Bau 6500 *M* Kosten verursachen wird, welche von seiten des Elektrizitätswerks getragen werden. Nun hat sich schon von früher her für die Stadt Braunschweig das Bedürfnis herausgestellt, an dieser selben Stelle einen Arbeiter- und Geräteschuppen zu errichten. Als dann dieser neue Antrag des Elektrizitätswerks an die Stadt herantrat, ist man dahin übereingekommen, zu empfehlen, daß gleichzeitig mit dem Bau des Schalthauses für das Kabelnetz der eines solchen Schuppens, wie ich eben angeführt habe, in Aussicht genommen wird. Auf Vorschlag des städtischen Tiefbauamts ist die Anordnung des Schalthauses so getroffen, daß der Geräteschuppen später ohne Schwierigkeit angebaut werden kann, wobei aber für die Inanspruchnahme der in Frage kommenden Mauer seitens des Elektrizitätswerks Entschädigungsansprüche nicht erhoben werden dürfen. Die Lage und Anordnung der Gebäude, wie sie geplant ist, sieht man auf dem ausgehängten Entwurfe und dem darunter angebrachten Lageplane. Außer der erwähnten Bedingung sind von dem Tiefbauamt noch andere kleinere an den Bau des Schalthauses geknüpft, auf die das Elektrizitätswerk eingehen will. Das Arbeiter- und Gerätehaus allein erfordert einen Kostenaufwand von 5500 *M*. Durch die gleichzeitige Errichtung beider Gebäude würde eine Ersparnis von 1500 *M* gegenüber den Kosten bei einer späteren Errichtung des Arbeiter- und Gerätehauses erwachsen. Den Anbau des letzteren schon jetzt während des Krieges auszuführen, wird nicht für angebracht gehalten; ich bin also nur beauftragt, namens der Baukommission zu empfehlen, sich damit einverstanden zu erklären, daß zunächst an der genannten Stelle das Schalthaus für das Elektrizitätswerk unter den angeführten Bedingungen errichtet wird.

Die Versammlung erklärt sich mit der Vorlage einverstanden.

Stadtv. **Weyerhoff** übernimmt den Vorsitz.

11. Mitteilung über den Ausgang des von der Straßeneisenbahn gegen die Stadt angestregten Prozesses wegen Forderung.

Stadtv. **Hartung**: Es wird den Herren erinnerlich sein, daß nach dem neuen Vertrage, welchen die Stadt mit der Elektrizitätsgesellschaft im Jahre 1913 geschlossen hat, der Elektrizitätsgesellschaft die Errichtung eines neuen Drehstromwerks und die Verlegung der Kabel für Strom von dorthier gestattet wurde und auch die Konzession der Gesellschaft bis 1930 verlängert wurde, wogegen sie ihrerseits eine anderweite Abgabe, nämlich nach dem Bruttovertrage, statt wie bisher nach dem Nettovertrage, zu zahlen sich verpflichtete. In diesem neuen Vertrage war in § 10 eine Bestimmung vorgesehen, wonach, wenn besondere Umstände eintreten, für die die Gesellschaft nicht verantwortlich sei, und die sie in der Strom-

abgabe beschränken, nach billigem Ermessen der städtischen Behörden eine Ermäßigung der Abgabe stattfinden sollte. Auf diese Bestimmung sich stützend, hatte die Gesellschaft nach Abschluß des Geschäftsjahres 1914/15 von der Stadt die Rückzahlung von 126 000 M gefordert, indem sie ausgeführt hatte, daß durch den Krieg ihre Einnahme aus dem Drehstromwerke sich um etwa 150 000 M gegenüber dem in Aussicht genommenen Betrage reduziert hätte, und daß infolge dieses Umstandes eine entsprechende Ermäßigung der Abgabe billig und dem Vertrage angemessen sei. Die städtischen Behörden haben abgelehnt, eine solche Ermäßigung zuzugestehen, und darauf hat die Gesellschaft geklagt. Der Klagebegründung der Gesellschaft gegenüber hat der Magistrat geltend gemacht, daß in dem Vertrage ausdrücklich vorgesehen ist, daß gegen diese Ablehnung der städtischen Behörden der Rechtsweg ausgeschlossen sei. Die Straßeneisenbahngesellschaft hat in ihrer Klage darauf hingewiesen, daß diese Bestimmung rechtsunwirksam sei, weil es nicht zulässig sei, in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten den Beteiligten das richterliche Gehör einseitig abzuschnneiden, also alle solche Streitigkeiten vor die ordentlichen Gerichte gehören.

Die Klage des Elektrizitätswerks hat insofern einen für die Stadt günstigen Ausgang genommen, als sie rechtskräftig von den angerufenen Stellen abgelehnt ist, und zwar von allen drei Stellen, dem Herzoglichen Landgerichte, dem Herzoglichen Obergerichte und dem Reichsgerichte. Es ist aber trotz dieses Ausgangs noch näher auf den Gang des Prozesses einzugehen wegen der Begründungen, die die erkennenden Gerichte ihrem Urteil beigegeben haben.

Das Landgericht stand auf dem Standpunkte, daß in der Tat die Ansicht der Gesellschaft richtig sei, daß der Ausschluß des Rechtsweges, wie er in dem Vertrage vorgesehen war, rechtsunwirksam sei und deshalb die Gesellschaft klagen könnte. Demnach war zu entscheiden über die Auslegung des Vertrages. Die Gesellschaft hatte behauptet, wenn in § 10 gesagt sei, als besondere Umstände, welche die Ermäßigung der Abgabe als berechtigt erscheinen lassen, sollten Naturereignisse, Krieg, Mißstand, Brandschäden und verschiedene andere Umstände gelten, welche das Unternehmen an der Erzeugung und Fortleitung des Stromes hinderten, so sei dies dahin auszulegen, daß der Krieg ohne weiteres als solcher Umstand anzusehen sei, während der Magistrat, dem auch die Stadtverordnetenversammlung beige stimmt hat, den Vertrag dahin auslegt, daß dieser letzte Satz „ähnliche Vorkommnisse, welche das Unternehmen an der Erzeugung und Fortleitung des Stromes hindern“ nicht ein besonderer Fall sein soll, sondern dieser letztere Nebensatz sich auf alle die einzelnen vorher genannten Fälle erstrecken sollte, daß damit nicht etwas Besonderes gesagt sein sollte, sondern daß der Sinn des ganzen Vertrages der sei: es sollen nur Umstände berücksichtigt werden, welche den Unternehmer an der Erzeugung und Fortleitung des Stromes hindern resp. beschränken.

Das Herzogliche Landgericht hat sich bei der Auslegung des Vertrages auf die Seite der Gesellschaft gestellt und gesagt: Die Auslegung der Gesellschaft ist richtig, so daß der Krieg ohne weiteres, ohne Rücksicht darauf, ob er wirklich die Gesellschaft an der Erzeugung und Fortleitung des Stromes hindert, ein solcher Umstand ist, auf Grund dessen sie eine Ermäßigung verlangen kann. Trotzdem hat das Landgericht die Klage abgelehnt, weil es entschieden hat: es sei nicht dargelegt, welche Umstände eine Ermäßigung als billig erscheinen lassen; weil die Gesellschaft befriedigende Resultate in ihrer Geschäftsführung erzielt habe, könne sie eine Ermäßigung ihrer Abgabe nicht verlangen.

Die Elektrizitätsgesellschaft hat darauf Berufung eingelegt, und das Herzogliche Oberlandesgericht hat die Sache anders angesehen, indem es sich zunächst auf die Seite der städtischen Behörden gestellt und gesagt hat, daß in der Tat die Fälle, die in dem § 10 des Vertrages angeführt sind, nur in Frage kommen, wenn sie das Werk an der Erzeugung und Fortleitung des Stromes behindern, wie es der Magistrat ausgelegt wissen will, so daß von diesem Gesichtspunkte aus die Gesellschaft keine Ermäßigung würde verlangen können. Sodann hat das Oberlandesgericht ausgeführt, diese Bestimmung, daß der Rechtsweg gegen die Entscheidung der einen Partei ausgeschlossen ist, sei rechtswidrig, weil sie gegen § 315 des Bürgerlichen Gesetzbuches verstößt, der den Grundsatz aufstellt, daß in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten der Rechtsweg offen zu lassen sei, abgesehen von dem Schiedsgerichte, welcher Fall aber hier nicht vorliegt. Daraus aber, daß diese Bestimmung ungültig sei, folge die Ungültigkeit des ganzen Vertrages, denn man müsse nach Ergebnis der ganzen Verhandlungen anerkennen, daß der Magistrat bei den Verhandlungen einen besonderen Wert darauf gelegt hat, daß diese Ermäßigungsklausel, an der auch die Elektrizitätsgesellschaft großes Interesse hat, nur aufgenommen werde, wenn es sich um eine Ermäßigung der Abgabe nur durch die städtischen Behörden mit Ausschluß des Rechtsweges handele. Da dieser Ausschluß des Rechtsweges nichtig sei, so müsse nach § 139 des bürgerlichen Gesetzbuches gefolgert werden, daß aus diesem Grunde der ganze Vertrag hinfällig sei, und weil die Gesellschaft ihren Anspruch auf den Vertrag stütze, müsse die Berufung wegen der Hinfälligkeit des Vertrages abgewiesen werden.

Schließlich hat die Elektrizitätsgesellschaft Revision beim Reichsgerichte verfolgt und ist damit auch von diesem abgewiesen, indem das Reichsgericht sich auf den Standpunkt des Oberlandesgerichts stellt und auch der Ansicht ist, daß tatsächlich der ganze Vertrag nichtig sei, und da im übrigen keine Rechtsverletzung bei der Behandlung der Sache durch das Oberlandesgericht nachzuweisen sei, so sei die Revision abzuweisen.

Die Klage ist damit erledigt, es ist nun aber ein etwas eigentümlicher Zustand zwischen der Stadt und dem Elektrizitätswerke entstanden. Der Vertrag von 1913

ist als wichtig zu behandeln, und die Elektrizitätsgesellschaft hat schon die Konsequenz daraus gezogen, indem sie Ansprüche an den Magistrat gestellt hat. Im Magistrat und in der Kommission ist der Standpunkt vertreten: wenn auch der jetzige Zustand kein wünschenswerter sei, so würde die Stadt weniger darunter zu leiden haben als die Gesellschaft, deren ganze jetzige Anlage in der Luft steht. Wenn der nachträgliche Vertrag nicht gültig ist, so bleibt immerhin der ältere Vertrag in Gültigkeit, und der Magistrat ist in der Lage, auf Grund des alten Vertrages die Verhältnisse wieder zu regeln. Die Erlaubnis zur Benutzung der Kabel für Wechselstrom fällt fort, und die Kündigung ist nach dem alten Vertrage wieder in Kraft getreten, so daß die Stadt nach der Ansicht des Magistrats — der sich auch die Statutenkommission angeschlossen hat — in aller Ruhe dem Verlaufe der Dinge entgegensehen kann. Er hat die Überzeugung, daß nicht sowohl die Stadt als die Elektrizitätsgesellschaft ein dringendes Interesse daran hat, sich zu bemühen, diesen jetzigen gewissermaßen vertraglosen Zustand durch einen anderweitigen Vertrag aus der Welt zu schaffen.

Die Kommission war der Ansicht, daß es wünschenswert war, der Versammlung diese Rechtslage eingehend darzulegen. Ein Antrag ist an die Mitteilung über den Verlauf der Klage nicht geknüpft.

Oberbürgermeister Netemeyer: Wir haben Ihnen die Auskunft über diesen Ausgang des Prozesses zugehen lassen, weil in früheren Jahren das Ersuchen an uns gerichtet ist, von dem Ausfall der Prozesse der Stadt den Herren Stadtverordneten Mitteilung zu machen. Der Herr Berichterstatter ist schon auf die Folgen dieses Rechtsstreites eingegangen. Ich möchte Sie bitten, heute diese Frage hier nicht zu erörtern. Der Magistrat hat sich selbstverständlich mit der Frage befaßt und wird Ihnen in allernächster Zeit eine entsprechende Vorlage zugehen lassen. Ich glaube, es ist richtiger, die Stellungnahme des Magistrats abzuwarten, ehe die Stadtverordnetenversammlung sich zu der Sache äußert.

Stadtv. Munte: Ich möchte die Anfrage stellen, wie es möglich ist, daß, wenn solcher Vertrag abgeschlossen wird, er einen Punkt enthalten kann, nach dem der ganze Vertrag als ungültig anzusehen ist. Ich kann es nicht begreifen, daß nicht eine Bestimmung in dem Vertrage enthalten ist, die sagt, daß, wenn bei Streitigkeiten das Rechtsmittel der ordentlichen Gerichte ausgeschlossen ist, ein Schiedsgericht eintreten sollte. Dadurch, daß eine solche wichtige Bestimmung ganz außer acht gelassen ist, sind wir zu diesem unangenehmen Handel gekommen.

Oberbürgermeister Netemeyer: Wenn die Sache so einfach läge, wie Herr Munte meint, dann hätte der Magistrat ganz sicher auch daran gedacht, eine solche

Bestimmung einzufügen. Es haben sich sehr gewiegte Juristen mit der Sache befaßt und sind zu anderer Ansicht gekommen, als sie in dem Urteil dargelegt ist. Das Gericht hat nun aber einmal so entschieden, und wir müssen die Sache so gelten lassen.

Der Punkt gilt als durch **K e n n t n i s s e** erledigt.

Vorsitzender Hartung übernimmt den Vorsitz wieder.

Vorsitzender: Herr Steinbrecher, der die Berichterstattung über die **Z u s a m m e n k u n f t** der **M i t g l i e d e r n** aus Arbeiterkreisen in die Ausschüsse und Stellen, denen die **V e r t e i l u n g** der **L e b e n s m i t t e l** obliegt, übernommen hat, ist jetzt erschienen. Wir könnten den Punkt der Tagesordnung jetzt behandeln. Ich höre aber eben, es wird gewünscht, diese Sache in der vertraulichen Sitzung zu erledigen. Wenn sich kein Widerspruch erhebt, nehme ich an, daß die Versammlung damit einverstanden ist.

12. Mitteilung über den Ausgang des von der Versicherungsgesellschaft Rheinland gegen die Stadt erhobenen Rechtsstreits.

Stadtv. Dr. Kahler: Die Versicherungsanstalt Rheinland hatte gegen die Stadt einen Prozeß, betreffend die Feuerhilfe beim Brande der Roggenmühle Lehdorf, angestrengt, indem sie glaubte, einen Entschädigungsanspruch gegen die Stadt stellen zu können. Dieser Prozeß ist zugunsten der Stadt entschieden; die Klägerin ist mit ihrer Klage kostenpflichtig abgewiesen worden. Das ergangene Urteil ist ein recht umfangreiches. Ich habe es wie auch die Akten genau durchgelesen und glaube, hier darauf verzichten zu können, ausführlich darüber zu berichten, denn das würde sehr viel Zeit in Anspruch nehmen. Doch möchte ich nicht unterlassen — auch in der Statutenkommission ist das zum Ausdruck gebracht —, die letzten zwei Seiten aus dem Urteil vorzulesen, da es doch Interesse für die Versammlung haben dürfte, die Entscheidung des Gerichts in einem Punkte kennen zu lernen. Es heißt in dem Urteil zum Schluß:

„Der Feldweibel Kappe ist gleich nach 7.²² Uhr nach der Kabelsbergerstraße ausgerückt, wird hier etwa 5—6 Minuten später, also 7.²⁸ Uhr angekommen sein und hätte, wenn er nicht umgekehrt wäre, etwa um 1/28 Uhr auf der Brandstätte sein können (um diese Zeit ist auch Zeuge Hoffmann mit Röttcher, die hinter Kappe hergefahren sind, dort angekommen). Er ist um 7.⁴⁵ Uhr nach Lehdorf wieder ausgerückt und gleich nach 7.⁵² Uhr daselbst eingetroffen. Durch sein Zögern sind etwa 22 Minuten verlorengegangen. Wäre, wenn dies nicht geschehen, der Silo mit Inhalt oder sonst etwas gerettet?

Was zunächst den eigentlichen Silo mit Inhalt anlangt, so ist für die Beantwortung obiger Frage entscheidend, wann das Feuer von der zuerst in Brand geratenen Treppenhäusanlage auf ihn übergesprungen ist. Die Klägerin hat auf Befragen erklärt, daß dies um 9 Uhr geschehen sei, während die Beklagte keine bestimmte Stellung hierzu eingenommen hat. Von der Behauptung der Klägerin ist nach dem prozessualen Grundsatz, daß jede Partei ihre eigenen Behauptungen gegen sich gelten lassen muß, auszugehen. Nach ihr hat zwischen dem Eingreifen der städtischen Wehr (gleich nach 7.³² Uhr) und dem In-Brand-geraten des Silos noch etwa eine Stunde gelegen, Zeit genug, wie der Sachverständige begutachtet hat, um bei geeigneten Maßnahmen den Silo zu retten. Wenn dies nicht geschehen ist, so liegt dies, wie der Sachverständige ferner erklärt hat, daran, daß die richtigen Maßnahmen zur Erhaltung des Silos verabsäumt sind. Daß dieselben, wenn die städtische Wehr 22 Minuten früher gekommen wäre, getroffen sein würden, wird schwerlich behauptet werden können, denn dieselben Einflüsse, die das Ergreifen der richtigen Maßnahmen später verhinderten, würden sich höchstwahrscheinlich auch früher geltend gemacht haben. Es ist anzunehmen, daß der Silo nebst Inhalt auch bei rechtzeitigem Eingreifen der Wehr verbrannt wäre. Es fehlt mithin auch hier an dem nötigen Kausalzusammenhange zwischen dem Verhalten des Beamten und dem angerichteten Schaden.

Nun hat das Feuer nicht bloß den eigentlichen Silo nebst Inhalt, sondern noch andere Objekte, insbesondere die Treppenhäusanlage, in der dasselbe aufgekommen ist, zerstört, und die Schadenssumme umfaßt auch die von der Klägerin für die letzteren gezahlte Schadensquote. Der Kausalzusammenhang zwischen der Verspätung der Wehr und dem an etwaigen sonstigen Brandobjekten, abgesehen von dem eigentlichen Silo mit Inhalt, angerichteten Schaden ist indes gleichfalls nicht nachzuweisen. Die Entstehung und der Verlauf des Brandes sind zu sehr in Dunkel gehüllt, als daß sich über den Zusammenhang etwas Näheres feststellen ließe. Es ist zwar mit dem Sachverständigen Dannehl anzunehmen, daß bei rechtzeitigem Eingreifen eines so wirksamen Löschmittels wie der städtischen Motorpritze irgend ein Teil gerettet wäre, eine auch nur einigermaßen sichere Abmessung desselben ist aber beim Mangel genügender Unterlagen unmöglich. Es ist dabei nicht verkannt, daß nach § 287 ZPO. keine genaue Substantiierung der Tatsachen, aus denen die Entstehung und die Höhe des Schadens folgen, gegeben zu werden braucht, sondern das Gericht unter Würdigung aller Umstände nach seiner freien Überzeugung zu entscheiden hat; indessen liegen hier auch selbst für eine allgemeine Schätzung keine ausreichenden Anhaltspunkte vor. Sie haben von der Klägerin trotz Ausübung des Fragerechts auch nicht gegeben werden können. Unter solchen Umständen war die Klage als unbegründet abzuweisen und die Kosten des Rechtsstreits gemäß § 91 ZPO. der Klägerin aufzuerlegen.

Es ergeht daher folgende Entscheidung: Die Klage wird unter Kostenlast der Klägerin abgewiesen.“

Ich habe dieses zur Kenntnis der Versammlung zu bringen.

Der Gegenstand wird als durch Kenntnisknahme erledigt angesehen.

13. Ankauf eines Grundstücks Hintern Brüdern.

Stadtv. **Niese:** Einem jeden von Ihnen wird der ungenügende Zustand aufgefallen sein, der sich den Blicken an der Durchbruchstraße Hintern Brüdern—Langestraße, der sogenannten Stiftsgasse, bietet, und der der Abänderung dringend bedarf. Die dort liegenden Grundstücke können nicht so recht verwertet werden, weil sie für eine selbstständige Neubebauung zu klein sind. Es ist nur möglich, hier Wandel zu schaffen, wenn einzelne Grundstücke mit den Nachbargrundstücken zusammengelegt werden. Durch den Magistrat sind seinerzeit in dieser Richtung verschiedentlich Verhandlungen geführt, ohne daß man zu einem Ziele gekommen ist. Bezüglich der an der Südostecke der Stiftsgasse gelegenen Restfläche wird die Zusammenlegung mit dem Nachbargrundstücke, wie die Verhandlungen gelehrt haben, nur möglich sein, wenn die Stadt sich zum Ankauf des benachbarten Grundstücks Hintern Brüdern Nr. 24 entschließt. Der Eigentümer dieses Grundstücks, der Kohlenhändler Matthies, hatte im Jahre 1913 für sein Haus 35 000 M. gefordert, während der Wert desselben von der städtischen Bauverwaltung auf nur 20 400 M. abgeschätzt war. So war damals keine Einigung zu erzielen. Neuerdings aber hat sich der Eigentümer dieses Grundstücks bereit erklärt, da die Stadt ein zahlungsfähiger und sicherer Käufer sei, mit seiner Forderung auf 23 000 M. herunterzugehen. Der Magistrat hat geglaubt, auf diese Forderung eingehen zu sollen, und hat vorbehaltlich der Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung das Grundstück zu diesem Preise angekauft. Nach dem bereits aufgenommenen Vertrage soll das Grundstück zum 1. Oktober d. J. in den Besitz der Stadt übergehen. 8000 M. sollen für die Stadt als Selbstschuldner hypothekarisch eingetragen und 15 000 M. nach Auflassung des Grundstücks bar bezahlt werden. Der Kaufpreis soll zu Lasten des Extraordinariums bewilligt werden.

Die Baukommission hat diese Vorlage, die der Magistrat gemacht hat, um den unleidlichen Zustand an dieser Stelle zu beseitigen, in ihrer gestrigen Sitzung geprüft und gibt Ihnen durch mich Genehmigung anheim.

Dem Ankaufe des Hauses wird zugestimmt.

14. Einsprache der Garnisonverwaltung gegen die Heranziehung zur Extra-Kanalabgabe.

Stadtv. **Bartels:** Es handelt sich um die Einsprache der Garnisonverwaltung vom 15. Mai 1916 gegen die Heranziehung zur Extra-Kanalabgabe für die Grund-

straße Humboldtstraße 30 und 32, sowie Altwiekring 20. Diese Einsprache ist schon einmal seitens der vereinigten Versammlung des Stadtmagistrats und der Stadtverordneten als unbegründet verworfen, aber gegen diesen Beschluß hat die Garnisonverwaltung beim Herzoglichen Verwaltungsgerichtshof Klage erhoben, und von dem Gerichtshof ist der Beschcheid ergangen, daß der Beschluß der vereinigten Versammlung des Stadtmagistrats und der Stadtverordneten in dieser Sache aufgehoben wird, und zwar wegen der Zusammensetzung der Versammlung, weil über die Einsprache nach dem Abgabengesetze vom 11. März 1899 lediglich die Stadtverordnetenversammlung zu beschließen habe. In früheren Jahren war es üblich, daß in solchen Sachen der Stadtmagistrat und die Stadtverordneten in gemeinsamer Sitzung Beschluß faßten, und noch im Jahre 1905 hat der Verwaltungsgerichtshof ein solches Verfahren in einer Entscheidung in Sachen der Bierbrauerei vormals Jürgens gebilligt. Die Statutenkommission hat sich mit der Sache befaßt und teilt Ihnen durch mich mit, daß sie empfiehlt, gemäß dem früheren Beschlusse der vereinigten Versammlung die Einsprache der Garnisonverwaltung als unbegründet auch seitens der Stadtverordnetenversammlung allein zurückzuweisen.

Vorsigender: Ich bitte die Herren, die jetzt auch von uns aus den Einspruch der Garnisonverwaltung ablehnen wollen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Das ist die Mehrheit.

15. Verkauf des Grundstücks Helmstedterstraße Nr. 8.

Stadtv. Trinks: Die hiesige „Frauengruppe für soziale Arbeit“ ist auf der Suche nach einem geeigneten Grundstücke für Einrichtung eines Jugendheimes zur Unterbringung von Kindern (Kinderhort) und hat ihr Augenmerk auf das der Stadt gehörige, früher Hildebrandtsche Grundstück, Helmstedterstraße Nr. 8, gerichtet, welches von der Stadt im Jahre 1910 für einen Kaufpreis von 67 500 M in der Hauptsache deshalb erworben ist, um den Straßendurchbruch von der Helmstedterstraße nach der Hochstraße zu ermöglichen. Das Jugendheim soll bereits zum Oktober dieses Jahres eröffnet werden. Für den Ankauf stehen 55 000 M bis höchstens 60 000 M zur Verfügung. Ein Plan ist dort ausgehängt, aus dem Sie die Lage des Grundstückes sehen können. Die Stadt hat dasselbe, nachdem ein Stück davon für die Durchbruchstraße abgetrennt war, seinerzeit behalten, um den geeigneten Augenblick für eine günstige Verwertung abzuwarten, weil sich herausgestellt hat, daß die Stadt kein Interesse an dem dauernden Besitz dieses Grundstückes hat. Da sich nun in diesem Augenblick dem Stadtmagistrat eine besonders günstige Gelegenheit für solche Verwertung bietet, so hat er beschlossen, den Stadtverordneten die Genehmigung zum Verkauf des Hauses an die „Frauen-

gruppe für soziale Arbeit“ zum Preise von 60 000 Mk. zu empfehlen. An diesen Verkauf knüpft der Stadtmagistrat noch einige Bedingungen. Es gewährt nämlich die nordwestliche, mit prächtigen Baumgruppen bepflanzte Spitze des Grundstückes ein malerisches Straßenbild, wie es in jenem Stadtviertel nicht noch einmal zu finden ist und demselben zur Zierde gereicht. Um dasselbe zu erhalten, ist an den Verkauf die Bedingung geknüpft, daß der in der Zeichnung von der etwa in der Mitte eingetragenen Linie nach der Oker zu gelegene Teil des Gartens nur mit Zustimmung der städtischen Behörden bebaut werden darf. Ferner hat der Stadtmagistrat ausbedungen, daß, falls die Frauengruppe das Grundstück einmal wieder veräußern wollte, der Stadt das Vorkaufsrecht gesichert sei. Diese Bedingungen sollen mit in das Grundbuch eingetragen werden. Es ist ferner noch zu bemerken, daß nach der Howaldtstraße zu eine etwa 19 qm große Fläche des Grundstückes als Straßenfläche anzusehen ist, die vom Verkauf ausgeschlossen bleibt. Bis dahin, daß die straßenseitige Einfriedigung einmal beseitigt werden muß, soll aber die genannte Fläche der Frauengruppe zur Benutzung überlassen bleiben.

Es ist klar, daß dieses alles starke Beschränkungen sind, an welche der Kauf gebunden ist; trotzdem ist die Frauengruppe bereit, auf diese Bedingungen einzugehen.

Die Baukommission hat sich mit der Frage des Verkaufs des Grundstückes lange und sehr eingehend beschäftigt. Am Schluß der Beratung hat sich aber für den Magistratsantrag, dem Verkauf zuzustimmen, selbst bei dem Hinweis darauf, daß nicht leicht ein anderer Käufer die vorgenannte Beschränkung des Eigentums eingehen wird, und daß die jetzigen Mieten für die Wohnungen im Hause nur eine ganz miserable Kapitalverzinsung gewähren, doch keine Majorität finden lassen. Gegen den Verkauf des Grundstückes wurde geltend gemacht, 1. ein Grundstück an einer solchen Stelle ließe sich finanziell besser verwerten, 2. wurde hervorgehoben, daß sich dieser Platz überhaupt nicht für ein Kinderheim eigne, da ein solches gerade an dieser Lage die Passanten und die Nachbarschaft ungebührlich belästigen würde, 3. wurde bezweifelt, daß sich das Grundstück überhaupt für ein Kinderheim eigne, indem man der Ansicht war, daß hierzu ein größerer Park erforderlich sei.

Aus diesen Gründen hat sich die Mehrheit der Baukommission dem Antrage gegenüber ablehnend verhalten, welches Ergebnis ich auftragsgemäß Ihnen hiermit bekanntgebe.

Stadtv. Rasche: Ich möchte bitten, trotzdem die Baukommission die Ablehnung des Magistratsantrages empfohlen hat, für den Antrag zu stimmen. Es handelt sich um die Erhaltung des Grundstückes, wie es augenblicklich dasiegt. Wenn es in die Hand einer Gesellschaft übergeht, die es so ungen und erhalten

kann, wie es jetzt ist, und nur einen kleinen Anbau herstellen lassen will, der das Bild der Gegend nicht stören wird, so ist eine solche Gelegenheit mit Freuden zu ergreifen. Ist es denn überhaupt möglich, einen höheren Kaufpreis zu erzielen? Bei diesen baulichen Beschränkungen, wie sie im Vertrage enthalten sind, ist kaum denkbar, daß sich ein anderer Käufer findet. Ich möchte dringend bitten, dem Antrage des Magistrats zuzustimmen und sich für den Verkauf auszusprechen.

Stadtv. Niese: Ich möchte im Gegenteile bitten, den Verkauf abzulehnen, und zwar aus folgenden Gründen: In allen Ehren die Tätigkeit und den Zweck, dem das Unternehmen dienen soll; es soll ein Jugendheim errichtet werden, das allerdings groß notwendig ist. Aber dazu können andere Grundstücke gewählt werden; dieses Grundstück ist für die kleinen Kinder geradezu gefährlich. Rund um das Grundstück ist ein großes Staket, hinter dem es tief hinuntergeht. Und wenn auch gesagt wird, die Beaufsichtigung soll gut sein, so wird man nicht verhindern können, daß die Kinder — was sie gern tun — auf das Staket klettern und dann dabei hinunterfallen. Andererseits halte ich es nicht für richtig, daß dieser Platz besser geeignet für ein Kinderheim ist als ein anderer, wo Hinterland vorhanden ist, wie bei der Kinderbewahranstalt auf der Knochenhauerstraße. Ich möchte wissen, ob sich der Verein nicht das Du Roische Grundstück angesehen hat. Dort ist ein großer Garten, und dieses Grundstück würde meiner Überzeugung nach viel besser für Einrichtung eines solchen Unternehmens geeignet sein als das Grundstück an der Helmstedterstraße. Ich bin fest davon überzeugt, daß wir für das letztere Grundstück immer noch einen guten Käufer finden werden, denn ich stehe nicht auf dem Standpunkte, daß wir es dauernd für die Stadt behalten müßten. Nur weil sich dieses Grundstück für den ins Auge gefaßten Zweck nicht eignet, habe ich mich gegen den Verkauf erklärt, wenngleich ich wohl in der Lage bin, den Zweck des Vereins in jeder Beziehung zu unterstützen. Aber in diesem Falle können wir einmal dem Wunsche des Vereins nicht entgegenkommen, da mögen sich die Damen des Vereins nach einem passenderen Grundstücke umsehen.

Stadtbaurat Gebensleben: Ich halte es für außerordentlich bedauerlich, daß die Baukommission zu einem solchen Vorschlage gekommen ist. Ich habe die Verhandlungen mit Frau Professor Göbe geführt, und die Dame hat mir erklärt, daß sämtliche Vorstandsdamen des Vereins wie auch Sachverständige sich dieses Grundstück angesehen hätten und einstimmig zu der Überzeugung gekommen seien, daß dieses Grundstück für den Zweck, den man im Auge habe, ganz vorzüglich geeignet sei wie kein anderes, das sie bislang in Augenschein genommen hätten. Ich möchte noch hervorheben, daß der Verein möglichst am nächsten 1. Oktober seine Tätigkeit beginnen will; er beabsichtigt, in erster Linie Kriegskinder in Obhut,

Pflege und Aufsicht zu nehmen, und eine solche Tätigkeit ist besonders jetzt von so außerordentlicher Bedeutung wie irgend etwas.

Herr Stadtv. Riese hat vorhin erklärt, es stünde das Du Roische Grundstück für einen solchen Zweck zur Verfügung. Aber der Verein für soziale Arbeit kann nicht etwa 100 000 *M* ausgeben, um ein Grundstück zu erwerben. Die Vorsitzende des Vereins hat mir erklärt, daß die Frauengruppe überhaupt nicht mehr als 55 000 bis 60 000 *M* für Grunderwerb ausgeben könne. Der wundervolle Park und die herrlichen Bäume haben sie veranlaßt, dem Ankauf des Grundstücks näherzutreten.

Wenn wir das Grundstück jetzt nicht verkaufen, werden wir sehr viel Freude an ihm nicht haben. Herr Stadtv. Riese hat als Sachverständiger in der Kommission schon erklärt, daß er sich das Grundstück angesehen habe und überzeugt sei, daß wir in den nächsten Jahren sicher 10—12 000 *M* aufzuwenden haben werden, um das Haus einigermaßen wieder in guten baulichen Zustand zu setzen. Dabei haben wir viel Scherereien mit den Mietern gehabt, vor allen Dingen mit dem in der Erdgeschoßwohnung. Es wird besonders Klage über den feuchten Zustand geführt, in dem sich die Wohnung befindet. Die Zimmer haben eine unpraktische Lage, die Küche ist dahin gelegt, wo eigentlich die Schlafzimmer liegen sollten, zum Teil ist das Haus nicht unterkellert, und auf der Schlagwetterseite dringt das Wasser durch die Mauer, denn das Haus ist aus sehr porösen Steinen gebaut, welche Wasser wie ein Schwamm aufsaugen. Sie werden einwenden: Dann ist das Haus auch als Kinderhort ungeeignet. Dagegen ist zu sagen, daß die Frauengruppe beabsichtigt, einen kleinen Anbau an der Wetterseite auszuführen. Infolgedessen wird die jetzige Außenwand demnächst eine Zwischenmauer, und die Nachteile, die bislang zutage getreten sind, werden unter allen Umständen vermieden.

Was wollten wir mit dem Grundstück, wenn wir es behielten? Wir haben es erworben, um ein kleines Stück zur Straßenanlage abzutrennen und es möglichst bald wieder zu verkaufen. Schon vor mehreren Jahren haben wir uns mit der Frage des Verkaufs beschäftigt. Damals war uns ein Angebot in Höhe von 50 000 *M* gemacht, und wir waren schon nahe daran, das Haus an irgend jemand für diese 50 000 *M* zu verkaufen, ohne zu verlangen, daß es für bestimmte Zwecke benutzt werden sollte. Damals sagten wir uns: Es ist besser, wir stecken noch ein paar tausend Mark hinein, um das Grundstück in einigen Jahren zu einem etwas höheren Preise zu verkaufen. Jetzt bietet sich die Gelegenheit, das Grundstück an einen sehr zahlungsfähigen Käufer abzugeben, denn die Frauengruppe will das ganze Kapital glatt auszahlen und will sogar die für sie recht unangenehme Verpflichtung übernehmen, den Garten für immer unangetastet zu lassen; denn das Grundstück soll nicht ohne Genehmigung des Stadtmagistrats weiter bebaut wer-

den. Mehr kann man doch bei dem Verkaufe nicht verlangen! Und trotz dieser erheblichen Beschränkungen ist der Verein bereit, mehr zu bezahlen, als er seinerzeit für den Zweck ins Auge gefaßt hatte, nämlich 60 000 M. Ich verstehe nicht, wie man nur einen Augenblick darüber im unklaren sein kann, was wir zu tun haben! Das einzig richtige ist, daß wir das Grundstück unter diesen Eigentumsbeschränkungen an den Verein verkaufen.

Ich wiederhole, was ich vorhin gesagt habe: der Verein legt Wert darauf, möglichst schnell seine Tätigkeit zu eröffnen. Schon mit dem 1. Oktober will er damit beginnen, Kriegskinder unterzubringen. Wenn aus diesem Verkaufe nichts wird, dann wird wahrscheinlich aus dem schönen Projekte des Kinderhorts auch so bald nichts. Ich möchte Ihnen dringend ans Herz legen, der Magistratsvorlage zuzustimmen.

Stadtv. Göde: Ich stimme dem zu, wenn Herr Nieke daran erinnert hat, daß das Grundstück für den ins Auge gefaßten Zweck ungeeignet ist. Auch ich bin der Meinung, daß das Grundstück für eine solche Fürsorgeeinrichtung viel zu frei liegt. Nach meiner Überzeugung müßte dafür ein Grundstück genommen werden, welches mit einem tiefen Garten versehen ist, in dem die Kinder ungestört spielen können und nicht gewissermaßen auf dem Präsentierteller den Vorübergehenden dargestellt werden. Es tut mir furchtbar leid, dem Verein entgegen zu sein. Aber wenn das Haus so feucht und mit Schwamm verseucht sein soll, so können wir doch auch keine Kinder hineinbringen; das wäre ja ein Unglück!

Das Grundstück an und für sich ist sehr schön; das Haus ist vor etwa 60 Jahren gebaut, und durabler ist in ganz Braunschweig nicht gebaut als dort. Ein solches Grundstück werden wir auch später für 60 000 M. noch anderweitig verkaufen können. Der Herr Referent hat gesagt, wir hätten einen höheren Preis in Aussicht genommen, aber wir würden das Grundstück für 60 000 M. hingeben. Die Preisstellung ist es nicht, die mich abschreckt, nur sind wir überzeugt, daß die Kinder hier an einem ungeeigneten Plage untergebracht werden sollen. Das Grundstück liegt an drei Straßen, auf der einen Seite ist der immerwährende Straßenbahnverkehr, und immer wieder haben die Kinder Aussicht auf das vorübergehende Publikum. Ich bin der Ansicht, daß hier die Kinder nicht die rechte Pflege werden genießen können, wie das auf anderen Grundstücken geschehen kann.

Auch die Erklärung, daß von uns noch Opfer für das Haus gebracht werden müßten, weil das Haus baulich nicht so beschaffen ist, wie es wünschenswert wäre, kann mich von meiner Meinung nicht abbringen. Im Frühjahr haben wir uns das Haus angesehen, und ich selber bin mit da gewesen, aber niemand hat uns etwas von Feuchtigkeit gesagt, und jetzt auf einmal müssen wir das Haus Hals über Kopf verkaufen! Das verstehe ich nicht. Es ist uns in der Kommission auch noch

ein anderes Grundstück für den Kinderhort genannt, ein Grundstück an der Marthastraße. Wenn es so eilig ist, daß die Frauengruppe schnell ein Grundstück kaufen muß, so kauft sie das vielleicht!

Stadtbanrat Gebensleben: Ich bin von dem Herrn Vorredner mißverstanden. Ich habe nicht gesagt, daß Schwamm in dem fraglichen Hause sei, ich habe das Wort Schwamm überhaupt nicht gebraucht, sondern nur erklärt, daß das Haus gewisse Mängel habe und einige Zimmer unter Feuchtigkeit leiden. Ich habe aber auch gesagt, daß diese Mängel durch die Maßnahmen, die die Frauengruppe zu ergreifen beabsichtigt, wirksam beseitigt werden, nämlich dadurch, daß die jetzige Schlagwetterseite später durch einen kleinen Anbau geschützt werde. Ich glaube nicht, daß ich mit meinen Worten von vorhin das Haus schlecht gemacht habe. Ich stehe im Gegenteil auch auf dem Standpunkte, daß es ein durchaus solides und tadellos gebautes Haus ist, nur hat es gewisse Mängel, deren Beseitigung für uns vielleicht 10—12 000 \mathcal{M} kosten wird, die aber durch die Bandispositionen der Frauengruppe von selbst verschwinden. Man kann also mit ruhigem Gewissen die Kinder darin unterbringen. Wir sind überzeugt, daß sie dort in bester Weise gepflegt werden können und gedeihen werden. Ich möchte nochmals dringend bitten, der Magistratsvorlage aus den von mir angeführten Gründen zuzustimmen.

Stadtv. Meyerhoff: Auch ich bin in der Baukommission gegen den Verkauf gewesen und werde immer gegen einen solchen Verkauf sein. Die Begründung für unsere Stellungnahme ist schon im einzelnen angeführt. Maßgebend für mich ist der Grund, daß das Grundstück sich nicht für einen Kinderhort eignet, denn es liegt an geräuschvollen Straßen. Der große Verkehr auf der Helmstedterstraße und ebenso auch der Verkehr auf der Verbindungsstraße nach der Kasernenstraße stört die Kinder auf der einen Seite, und auf der anderen Seite befindet sich die steil hinaufgehende Howaldtstraße, die teilweise auch befahren wird. Dazu liegt das Grundstück an seinem unteren Ende zwei Meter höher als das Straßenterrain. Ein Kinderhort in solcher Gegend wird nicht nur durch die Umgebung gestört, sondern er stört auch die Anwohner, die von vorwärts und rückwärts immer auf die Kinder blicken würden, recht sehr in ihren bisher friedlich verlebten Tagen. Das letztere ist aber nicht der ausschlaggebende Grund für mich, sondern ich hatte nur ein Grundstück, bei dem Hinterland vorhanden ist, möglichst ein größerer Garten, für einen Kinderhort geeignet. Herr Kiese hat schon auf das Grundstück am Nickelskull verwiesen. Dort bringt kein Straßenlärm hin, und dort können die Kinder gut in Obacht genommen werden. Schon in der Baukommission wurde darauf hingewiesen, daß es in diesem langgestreckten Garten an der Helmstedterstraße sich nicht vermeiden lassen würde, daß sich die Kinder an das Gitter drängten und hinaufkletterten, wodurch leicht ein Unglück passieren könnte.

Von dem Herrn Berichtersteller wurde von der miserablen Verzinsung gesprochen, die das Grundstück für die Stadt einbringe. Wenn das der Fall ist, dann liegt es doch nur an der Stadt, das zu ändern und höhere Mieten zu nehmen, denn die Mieten in dem Hause sind fabelhaft niedrig. Unter solchen niedrigen Mieteinnahmen leidet eine große Menge Hausbesitzer, ja, es gibt welche, die überhaupt noch nicht einmal Miete bekommen. Das muß man in der Kriegszeit in Kauf nehmen.

Dann wurde gesagt, von den Gegnern des Verkaufs sei der Kaufpreis bemängelt. Nein, von dem Preise ist in der Kommission nicht gesprochen worden; das muß also ein Irrtum sein. Was heute für das Haus geboten wird, bekommen wir immer: ein solches Wort kann allerdings in der Kommission gefallen sein.

Dann wird gesagt: Sachverständige hätten das Haus begutachtet. Ein Sachverständiger steht gegen den anderen auf, und was dabei herauskommt, das wissen wir. Jetzt wird als Grund für den Verkauf angeführt, daß das Grundstück für seinen neuen Zweck zum 1. Oktober in Gebrauch genommen werden soll; es wird als dringend nötig hingestellt, daß das Kinderheim hier einziehen kann. Ich weiß nicht, ob die Leiter des neuen Kinderheims nicht früher Zeit gehabt haben, sich auf den 1. Oktober zu bestimmen. Auf mich macht es immer, wenn ein solcher bestimmter Termin genannt wird, den Eindruck, als solle damit eingewirkt werden in der Richtung: Sagt nur ja und amen, weil der 1. Oktober so nahe ist! Das haben wir nicht nur im Stadtparlament, wir haben es auch in unserem Landtage; ich kann da aus Erfahrung sprechen. Ich nenne das immer mit der Heppertsche etwas zustande bringen.

Weiter wurde von Herrn Stadtbaurat gesagt, die Mieter hätten gedroht, auszuziehen, wenn ihre Wünsche nicht befriedigt werden. Nun, andere Mieter, auch bei mir und andern, drohen täglich mit dem Ausziehen. Dann läßt man sie eben ziehen, wenn sie nicht wohnen bleiben wollen; für solchen Preis, wie augenblicklich, bekommen sie keine ähnlichen Wohnungen wieder. Eine solche Drohung wirkt auf mich nicht ein.

Es wird auch gefragt: Was wollen wir noch weiter verlangen? Wir fahren bei diesem Verkauf gut und werden das Grundstück gut los. Dazu habe ich zu sagen: Dieser Preis, der heute geboten wird, wird uns immer wieder geboten werden, denn als Familienwohnung ist es ein ideales Grundstück. Ich bedaure, daß, wenn ein solcher Verkauf in der Luft schwebt, nicht öffentlich aufgefördert wird, daß sich Kauflustige melden mögen, damit wir ein anderes Resultat erzielen. Dieser ganze Verkauf ist wieder am grünen Tische gemacht, und wir Stadtverordneten sollen dazu ja und amen sagen. Dann sind wir sieben Kinder, wie das von uns vorausgesetzt wird.

Herr Stadtbaurat Gebensleben sagt, daß wir 10—12 000 „ aufwenden müßten, um das Haus wohnlich zu machen und es so herzurichten, wie es sein muß. Wenn es mit dem Grundstück so beschaffen ist, dann bedaure ich den Kinderhort, falls er das Grundstück erwirbt. Doch das sind Nebensachen; für mich ist maßgebend, daß der Kinderhort an eine so ungeeignete Stelle, wie sie nur irgend denkbar ist, kommen würde, wenn er hierhergelegt werden sollte. Wie ich vernommen habe, steht den Herrschaften ein anderes Grundstück nicht weit von dieser Stelle zu Gebote, das viel günstiger gelegen ist. Ob es teurer ist, weiß ich allerdings nicht; ich kenne weder seine Größe noch seine Preislage. Wenn es aber zu haben ist, dann würde der Kinderhort fast in dieselbe Gegend kommen und kann sich den 1. Oktober als Beginn für seine Tätigkeit retten.

Aus alle den angeführten Gründen kann ich nicht für die Vorlage stimmen.

Oberbürgermeister **Ketmeyer**: Zunächst darf ich bemerken, daß es ungewöhnlich ist, wenn einige Herren es hier für nötig halten, im Interesse eines Käufers von dem Kaufe eines städtischen Grundstücks abzuraten. So etwas habe ich in der Stadtverordnetenversammlung noch nicht erlebt. Im allgemeinen ist es doch so, daß wir bei einem Grundstücksverkauf nicht erst lange fragen: Ist das Grundstück für den Zweck, für den es erworben werden soll, für den Käufer auch geeignet oder nicht? Der Stadtverordnetenversammlung ist doch die Aufsicht über Stiftungen nicht zugewiesen, viel weniger über derartige Vereine!

Nun hätte ich das Wort nicht ergriffen, aber die Vorwürfe, die Herr Meyerhoff hier gegen den Magistrat erhoben hat, möchte ich denn doch zurückweisen. Wir persönlich haben an der Sache gar kein besonderes Interesse; uns leitet nur der Wunsch dieses Vereins, mit Rücksicht auf die Kriegskinder möglichst bald in den Besitz eines geeigneten Grundstücks zu kommen. Nun sagt Herr Meyerhoff, der Magistrat suche mit seiner Angabe eines Termines die Sache durchzuhezen. Das ist durchaus nicht der Fall. Sollten die Herren heute sagen: „Wir wollen uns die Sache noch einmal überlegen“, so wird der Magistrat ihrem Wunsche Rechnung tragen auch auf die Gefahr hin, daß der Verein das Grundstück am 1. Oktober noch nicht bekommt. Ich kann es keinem verdenken, wenn er der Meinung ist, daß er es sich noch einmal überlegen möchte, ob das Grundstück nicht doch noch für städtische Zwecke zu gebrauchen ist. Wenn Sie heute unserer Vorlage nicht zustimmen und den Beschluß aufschieben wollen, so machen wir Ihnen keinen Vorwurf daraus. Sie können aber nicht sagen, daß wir damit hegen wollen, wenn wir auf den 1. Oktober hinweisen. Wir mußten Ihnen doch mitteilen, daß dem Verein daran gelegen ist, das Grundstück zu diesem Zeitpunkte zu erhalten; daraus können Sie uns doch keinen Vorwurf machen!

Im übrigen möchte ich noch eins bemerken. Ich bin allmählich zu der Überzeugung gekommen — früher war ich anderer Ansicht —, daß die Stadt gar nicht

genug Grundstücke ankaufen kann. (Sehr richtig!) Aber das läßt sich doch nur durchführen, wenn wir solche Grundstücke, von denen wir überzeugt sind, daß sie für die Stadt keinen Vorteil bieten, und daß die Stadt keine Verwendung für sie hat, wieder los schlagen, sonst wird die Schuldenlast der Stadt denn doch zu groß. Sie wissen, wie wir das Geld beim Ankauf von Grundstücken beschaffen, und daß wir allmählich Ordnung in diese Schuldenwirtschaft zu bringen uns bemühen, ist erklärlich. Bei diesem Grundstücke liegt die Sache nun so, daß wir es nur gezwungen haben übernehmen müssen, um die Verbindungsstraße zwischen der Helmstedterstraße und Kasernenstraße herzustellen. Hätte damals der Eigentümer des Grundstücks den nötigen Teil zur Schaffung der Verbindungsstraße abgetreten, so hätten wir das Grundstück nicht zu erwerben brauchen. Wenn ich nicht irre, haben wir 67 000 *M* für das ganze Grundstück bezahlt, haben einen Teil für den Straßendurchbruch in Anspruch genommen und haben nun den Rest des Grundstücks in der Hand, mit dem wir nur eine ungenügende Verzinsung erzielen. Herr Göcke selber oder Herr Rasche ist seinerzeit so freundlich gewesen, das Haus zu besichtigen, und weiß, daß im Innern noch Lehmputz vorhanden ist; wir können ihm glauben, wenn er sagt, daß bei einem Hause, das 60 Jahre alt ist, der im Innern befindliche Lehmputz schlecht geworden ist. Wenn wir das Grundstück behalten, werden wir nicht umhinkönnen, größere Summen zur Instandsetzung des Hauses auszugeben.

Noch um eins möchte ich bitten. Es liegt uns bei dieser Sache daran, wenn der Magistratsantrag abgelehnt wird, die Ansicht der Herren zu erfahren, aus welchem Grunde die Ablehnung erfolgt. Wir möchten Klarheit darüber haben: Lehnen Sie den Verkauf ab aus den Gründen, die Herr Meyerhoff angeführt hat, oder lehnen Sie den Verkauf von städtischen Grundstücken grundsätzlich ab. Das müssen wir wissen, damit wir uns klar machen können, wie wir in bezug auf die Behandlung dieses Grundstücks künftig vorgehen sollen. Der Herr Vorsitzende ist wohl so freundlich, für den Fall der Ablehnung der Magistratsvorlage die Abstimmung in dieser Weise zu leiten, oder es stellt vielleicht auch einer der Herren einen entsprechenden Antrag.

Vorsitzender: Es würde vielleicht angemessen sein, daß einer der Herren einen Unterantrag stellt.

Stadtv. Loeschigt: Ich will nicht gegen die Ansicht des Herrn Rieke und auch nicht gegen die der Herren Meyerhoff und Göcke reden. Sie sind Sachverständige und wissen in Bau Sachen besser Bescheid als ich. Als Kaufmann aber muß ich die Sache anders ansehen. Auch der Herr Oberbürgermeister hat zu Anfang seiner Rede ausgeführt, daß er sich wundere, daß die Stadtverordneten über den Verkauf

eines städtischen Grundstücks eine solche Kritik geübt haben. Denken Sie sich folgendes: ich hätte gewußt, das Grundstück ist zu verkaufen, und hätte 60 000 M dafür geboten. Dann bin ich der Ansicht, das Grundstück wäre mir heute hier zugesagt. Ich hätte dann damit machen können, was ich wollte, und hätte es auch der Frauengruppe abtreten können. Wir haben es in der Stadt verschiedentlich in dieser Weise gemacht. So ist z. B. das Haus an der Poststraßen-Ecke unter der Hand durch den Magistrat angekauft. Ich verstehe nicht, daß wir uns den Kopf darüber zerbrechen, was der Käufer mit dem zu verkaufenden Grundstück machen will. Der eine Sachverständige sagt: „Es ist gut für die Stadt, wenn das Haus verkauft wird,“ der andere meint: „Das Haus ist gar nicht so schlecht.“ Das kann mir aber doch gleichgültig sein, in welchem Zustande das Haus ist; wenn der Käufer den geforderten Preis für das Grundstück bezahlen will, können wir hier uns nur darüber einigen: Ist der Preis, der vom Magistrat gefordert wird, hoch genug oder nicht? Ich bin immer dagegen gewesen, daß der Magistrat Grundstücke verkauft, und zwar aus demselben Grunde, den der Herr Oberbürgermeister anführte. Das Grundstück, auf dem die Mittelschule hingestellt ist, sollte schon vor 15 Jahren verkauft werden, und mit aller Macht haben wir dagegen gesprochen. Jetzt kostet es uns keine unnützen Zinsen mehr und hat auch seine Verwendung gefunden. Wäre dies Grundstück an der Helmstedterstraße ein größeres, so würde ich gegen den Verkauf sein. Aber hier handelt es sich um ein Grundstück, das wir damals, der Not gehorchend, angekauft haben. Jetzt können wir es wieder veräußern, und da verstehe ich nicht, daß wir uns dafür einlegen sollen, das Grundstück zu behalten, weil der Käufer zufällig ein Wohlfahrtsverein ist. Der Herr Oberbürgermeister hat gesagt, es stehe uns keine Kritik über die Maßnahmen solcher Vereine zu. Als Geschäftsmann gehe ich bei solchen Verkäufen ganz sachlich vor. Ist der Kaufpreis hoch genug, dann können wir das Grundstück weggeben.

Ich stehe auf dem Standpunkte, daß wir das Grundstück an den Verein verkaufen können, da wir beim Verkauf keinen Schaden machen. Darüber, was nachher mit dem Grundstück geschieht, haben wir uns gesichert. Es darf nicht ohne weiteres wieder veräußert werden, da der Stadt das Vorkaufsrecht zusteht. Über die Schnittlinie auf der Zeichnung hinaus darf überhaupt keine bauliche Veränderung getroffen werden ohne Zustimmung des Magistrats. Dadurch ist der Magistrat in der Lage, die Erhaltung des Grundstücks zu regeln. Sollten die Interessen des Vereins andere werden, und sollte er dereinst jagen: Das Grundstück ist uns nicht mehr passend, dann können wir es ja jederzeit zurück erwerben, wenn es uns gefällt. Verlieren können wir also beim Verkauf nichts. Halten Sie das Grundstück nicht für angemessen bezahlt, dann müßten Sie den Verkauf ablehnen. Mir ist gesagt, das Grundstück sei mit dem Kaufpreise nicht zu teuer bezahlt, und Herr Meherhoff sagt, wir bekämen vielleicht später noch viele Käufer. Das kann

aber niemand vorher sagen, weder Herr Meyerhoff, noch Herr Rieke, noch ich. Jetzt können wir einen guten, zahlungsfähigen Käufer bekommen. Ob wir nun erst noch eine Bekanntmachung erlassen oder nicht, der Preis scheint mir angemessen zu sein, und so werde ich für den Verkauf an die Frauengruppe stimmen.

Stadtv. Bunge: Ich bin grundsätzlich Gegner dieses Verkaufs, und zwar deshalb, weil wir in dieser Periode, in der wir uns befinden, nicht wissen können, zu alle welchen Zwecken wir noch Grundstücke für die Stadt nötig haben werden. Wenn der Krieg vorbei sein wird, dann wird es an vielem fehlen, was wir jetzt noch gar nicht übersehen können, und dann wird es gut sein, wenn die Stadt Wohnhäuser zur Verfügung hat. Andererseits bin ich aber auch deshalb Gegner des Verkaufs, weil die Bedingungen, die dem Verein auferlegt werden, so hart sind, daß sie meines Erachtens ein jeder andere nicht annehmen würde. Deshalb würde ich es für richtig halten, dem Verein das Haus mietweise zu überlassen. Dann lassen wir es mit dem Besitz des Grundstücks beim alten, und wenn vielleicht später einmal der Verein sich vergrößern will und das Grundstück zu seinen Zwecken nicht mehr gebrauchen kann, dann haben wir kein Umschreiben nötig. Ich möchte bitten, zu überlegen, ob das nicht der gangbarste Weg in diesem Falle sein würde.

Stadtv. Rasche: Herr Meyerhoff hat vorhin die Meinung zum Ausdruck gebracht, in der Baukommission sei nicht gesagt, der Preis für das Grundstück sei zu niedrig. Das ist aber doch der Fall, nur ist es geschehen, als Herr Meyerhoff noch nicht in der Sitzung zugegen war, denn Herr Meyerhoff ist etwas später zu der Sitzung gekommen. Nun äußerte sich Herr Meyerhoff dahin, daß er gegen die Höhe des Preises nichts einzuwenden hätte, er wäre wohl dem Werte des Grundstücks entsprechend. Dem stimme ich zu, und bitte die Herren, aus diesem Grunde dem Verkauf zuzustimmen, und diejenigen Herren, denen der Preis zu gering erscheint, möchte ich bitten, der guten Sache wegen auch ihre Zustimmung zu erklären.

Stadtbaurat Gebensleben: Die Gründe, die bislang vorgebracht sind und gegen den Verkauf sprechen sollen, gipfeln in der Hauptsache in dem von den Herren Meyerhoff und Rieke Vorgetragenen, daß nämlich das Grundstück und insbesondere der Garten für den ins Auge gefaßten Zweck nicht geeignet wäre. Es wird aber doch sonst immer dem Magistrat vorgeworfen, daß er nicht kaufmännisch genug denke und handle, wie jeder beliebige Privatmann. Nehmen wir den Fall an, das Haus gehörte Herrn Meyerhoff, und es würde jemand zu ihm kommen, der das Haus kaufen und 60 000 .// bar dafür auszahlen wollte. Würde Herr Meyerhoff dann sagen: Es ist für Ihren Zweck nicht geeignet, und aus diesem

Grunde kann ich Ihnen das Haus nicht verkaufen? Ich muß mich wundern über solche Ansichten, wie sie in dieser Sache hier geäußert werden! Wenn dem Magistrat sonst wegen nicht kaufmännischer Handlungsweise Vorwürfe gemacht werden, so muß man doch sagen, daß das, was hier von den Gegnern des Verkaufs zutage gefördert wird, wirklich nicht kaufmännisch gedacht ist.

Vorsitzender: Es ist ein Antrag von Herrn Meyerhoff eingereicht: „Der Verkauf des Grundstücks Helmstedterstraße 8 an den Verein sozialer Frauengruppe wird abgelehnt, da solches sich zu einem Kinderhort nicht eignet.“

Ich möchte anheimgen, den Antrag etwas zu ändern, denn wir können über die Gründe der Ablehnung des Antrages hier nicht wohl abstimmen. Der Zweck des Herrn Oberbürgermeisters würde ebenso gut erreicht, wenn der Antrag lautete: „Der Verkauf . . . wird abgelehnt, dagegen wird dem Magistrat empfohlen, eine anderweitige Veräußerung des Grundstücks in die Wege zu leiten.“ (Zustimmung des Herrn Stadtv. Meyerhoff.)

Dann würde dieser Antrag mit zur Beratung stehen.

Stadtv. Meyerhoff: Der Herr Oberbürgermeister machte mir den Vorwurf, daß ich dem Käufer das Grundstück durch meine Darlegungen zuwider gemacht hätte. Die Sache spitzt sich jetzt auf das persönliche Moment zu, was mir sehr unlieb ist. Es ist mir die Frage vorgelegt: Was würde Herr Meyerhoff tun, wenn er der Besitzer des Grundstücks wäre und ihm derselbe Kaufpreis geboten wäre? Ja, Herr Stadtbaurat, der Privatmann Meyerhoff ist doch etwas anderes als die Stadtverwaltung. Diese letztere hat die Schuldigkeit, dafür zu sorgen, daß auch der Käufer nicht geschädigt wird und auch die Bürger und Nachbarn in ihrer Ruhe und Aussicht nicht geschädigt werden, während ein Privatmann das nicht nötig hat. Zwischen beiden ist doch in dieser Hinsicht ein gewaltiger Unterschied.

Wenn ich aus den Worten des Herrn Oberbürgermeisters den Vorwurf entnehmen muß, ich hätte das Grundstück in den Augen der Käufer schlecht gemacht, so frage ich: Wer hat denn die erste Anleitung dazu gegeben? Wer hat denn gesagt, es müßten 10—12 000 M aufgewendet werden, um das Haus in ordnungsmäßigen Zustand zu bringen? Habe ich diese Zahlen hervorgehoben? Ich habe mich um die Mängel des Hauses recht wenig gekümmert und habe ausdrücklich gesagt: Ein sachverständiges Urteil steht gegen das Urteil eines anderen; was daraus zu entnehmen ist, mag sich jeder selber sagen. Ich muß mich dagegen verwahren, daß die Sache in der Art und Weise geschoben wird. Ich habe das Grundstück nicht schlecht gemacht und habe das nicht können, weil ich überzeugt bin, daß es gar nicht schlecht ist. Das spreche ich hier offen aus. Die Erwähnung der Mängel ist vom Magistratsstiche aus gefallen, und das wollte ich hier feststellen.

Oberbürgermeister Hetemeyer: Die hier erwähnten Mängel des Hauses sind tatsächlich vorhanden. Wir haben darüber eingehende Untersuchungen angestellt und haben sie anerkennen müssen. Es ist uns gedroht mit Herabsetzung des Mietpreises, denn zeitweise hat ein Zimmer nicht benutzt werden können.

Der einzige Grund, der gegen die Einrichtung des Kinderhorts auf diesem Grundstücke sprechen könnte, wäre der, daß man sagte: Die ganzen Anwohner in der Nachbarschaft des Grundstücks werden durch ein solches Unternehmen derart belästigt, daß wir es nicht verantworten können. Weshalb sollten wir aber in diesem Falle gerade für die diesem Grundstücke benachbarten Anwohner eintreten? Jede Schule, jeder Kinderhort wird von den Nachbarn nicht als Unnehmlichkeit empfunden. Auch dann, wenn der Kinderhort, wie einige Herren wünschen, auf dem Hinterlande eines Grundstücks eingerichtet wird, ist es genau dieselbe Sache. Jemand wohnt immer in der Nähe, der sich durch solche Unternehmungen belästigt fühlt. Wollten wir darauf Rücksicht nehmen, dann könnten wir städtische Grundstücke für solche Zwecke überhaupt nicht zur Verfügung stellen.

Vorsitzender: Ich teile mit, daß ein Antrag Bunge vorliegt: „Beantrage, das Grundstück Helmstedterstraße 8 nicht zu verkaufen, sondern dem Frauenverein dasselbe mietweise zu überlassen.“

Auch dieser Antrag steht mit zur Diskussion.

Stadtv. Niese: Ich habe ausdrücklich erklärt, daß ich jederzeit gern bereit bin, den Zweck, der von der sozialen Frauengruppe ins Auge gefaßt ist, zu fördern, aber ich halte prinzipiell dieses Grundstück für einen Kinderhort für ungeeignet, und die Gründe dafür habe ich auch angeführt. Wenn man mit dem 1. Oktober anfangen will, die Anstalt ins Leben zu rufen, so bin ich der Meinung, es wäre sehr gut, wenn schon vor dem 1. Oktober für die Kriegerkinder gesorgt werden könnte, und dafür würde ich jede Summe gern bewilligen. Aber ich halte das Grundstück an der Helmstedterstraße dafür als vollständig ungeeignet. Man könnte ebenjogut eine Grünanlage auf dem Wasserturm errichten und die Kinder dort oben hinaufbringen. Wenn ich von dem Grundstücke auf dem Nidelstufk gesprochen habe, so grenzt das auf seiner Hinterseite an den Inselwall, wo kaum Belästigungen zu befürchten sind. Das Grundstück ist größer, so daß sich die Kinder dort frei bewegen können. Wenn die Damen nicht in der Lage sind, es kaufen zu können, dann mögen sie es pachten. Prinzipiell gegen den Verkauf des Grundstücks an der Helmstedterstraße bin ich nicht, da man eingesehen hat, daß es für städtische Zwecke nicht zu gebrauchen ist, und bin auch nicht deshalb gegen den Verkauf desselben, weil gerade dieser Verein es haben will. Das wäre ja unsinnig, weil ich die Zwecke des Vereins gern fördern will. Aber für den Zweck, den der Verein erfüllen will, genügt mir das Grundstück nicht.

Wenn Herr Stadtbaurat Gebenzleben gesagt hat, daß er nicht von Schwamm gesprochen habe, so hat er doch von Dufstein gesprochen, und das ist nicht richtig. Das Haus ist aus Lutterschen Kalksteinen gebaut, Dufsteinquadern werden in der Regel — das muß der Herr Stadtbaurat ebenso gut wissen wie ich — zu Mauerwerk nicht verwendet. Schwamm ist allerdings nicht in dem Gebäude, aber wenn zum Teil kein Keller unter dem Hause ist und in einem solchen Mauerwerk die Feuchtigkeit sitzt, so glaube ich nicht, daß sie verschwindet, wenn die Wetterwand zur Innenwand gemacht wird. So viel habe ich gelernt, daß ich auf eine solche Behauptung nicht hereinfalle. Ich halte das Grundstück für den Zweck, dem es dienen soll, nicht für passend, und deshalb bin ich nicht für den Verkauf an den Verein.

Stadtrat von Frankenberg: Es liegt mir sehr fern, die verehrten Herren zu treiben, zu drängen oder, wie Herr Meyerhoff sich äußerte, zu hegen. Ich möchte im Gegenteil Ihre Gedanken in die Vergangenheit zurückführen. Fast dasselbe Schauspiel, das wir heute erleben, daß der Frauenverein bewogen werden soll, davon zurückzutreten, das in Frage stehende Grundstück als Kinderheim einzurichten, haben wir erlebt, als die Stadt vor 1½ Jahrzehnten sich anschickte, ein Kinderheim auf der Pflegehausstraße neu zu bauen. Die ganzen Anwohner der Pflegehausstraße und des Königstieges traten in achtungsgebietender Phalanx auf und gaben ihrer Meinung Ausdruck, daß der Garten des Pflegehauses für den ins Auge gefaßten Zweck durchaus ungeeignet wäre. Ich glaube, in der jetzigen Zeit haben sich die Meinungen darüber einigermaßen gewendet, und was das heute behandelte Grundstück betrifft, so glaube ich auch, daß die Auffassung bei den Herren hier wie bei den benachbarten Anwohnern bald eine andere sein wird. Man soll die Ritterlichkeit gegenüber den Frauen nicht allzuweit treiben, und wenn der Frauenverein sich entschlossen hat, das Grundstück zu erwerben, so brauchen wir hier ihn vor einem Mißgriff nicht zu schützen.

Stadtv. Ahaus: In meiner Beurteilung über den Verkauf des Hauses war ich bisher durchaus schwankend, bis der Herr Meyerhoff gesprochen hatte. Aber durch Herrn Meyerhoff bin ich überzeugt, allerdings in einem anderen Sinne, als er erwartet hatte. Wir möchten das Grundstück gern verkaufen, wenn sich ein angemessener Käufer findet, denn es ist für uns alle überzeugend dargelegt, daß für die Zukunft ein Interesse der Stadt an dem Grundstück unerheblich ist. Es ist aber der Besitz dieses Grundstücks nicht nur unerheblich für die Zukunft, sondern in der Gegenwart eine Last für die Stadt. Wir wissen, daß es sich schlecht verzinst, daß eine Reparaturbedürftigkeit bei ihm in hohem Maße vorliegt, daß ferner ein Mieter sogar damit gedroht hat, er wolle in Zukunft nicht einmal so viel bezahlen,

wie er bis heute bezahlt hat. Das einzige, was wir zu befürchten haben, wäre der Umstand, daß morgen der Frauenverein sagen könnte: „Das Haus sollen wir nehmen? Dafür können wir jetzt weniger geben, als wir vorher geboten haben!“ Der Verein will uns den Kaufpreis in bar auszahlen, und wir bekommen statt einer Last von dem Verkauf ab die Zinsen von 60 000 *M*, und zwar in einer Zeit, in welcher wir mit dem Gelde arbeiten können, wo der Besitz von 60 000 *M* uns mehr wert ist als in der verfloffenen Periode, als wir das Haus kaufen mußten. Wenn ich als Direktor einer Aktiengesellschaft unter ähnlichen Umständen über ein Vermögensstück der Gesellschaft verfügen müßte, hätte ich die Pflicht und Schuldigkeit, das Grundstück zu verkaufen, und es scheint mir nach der Logik, die ich befolgen möchte, angebracht, hier bei dem städtischen Grundstücke dieselben Erwägungen anzustellen. Wenn ich zusammenfasse, so sage ich: Das fragliche städtische Grundstück bringt uns keine Einnahmen, es ist uns für die Zukunft nicht notwendig, es ist uns heute nur eine Belastung und droht für die Zukunft, uns weitere Belastungen aufzulegen. Es handelt sich also um keine Verfügung vom grünen Tisch, und deshalb bin ich für den Verkauf des Grundstücks an den Frauenverein.

Vorsitzender (nachdem er die Besprechung geschlossen hat): Der Antrag der Kommission geht auf Ablehnung des Verkaufs. Außerdem sind die beiden Anträge der Herren Meyerhoff und Bunge eingebracht. Ich halte es für angemessen, zunächst den Bungeschen Antrag als den engeren zur Abstimmung zu bringen, wonach der Verkauf abgelehnt wird mit der Maßgabe, dem Frauenverein das Grundstück mietweise zu überlassen, selbstverständlich unter der Voraussetzung, daß der Verein darauf eingeht.

Stadtv. **Rafke** (zur Geschäftsordnung): Es steht auch noch der Magistratsantrag zur Abstimmung; darauf wollte ich hinweisen.

Vorsitzender: Die Anträge der Kommission wie auch der beiden Herren aus der Versammlung gehen darauf hinaus, den Verkauf abzulehnen. Es ist nun in der Versammlung nicht üblich, über den Magistratsantrag abzustimmen, sondern nur über den Antrag der Kommission, und der ist in diesem Falle ein negativer. Wenn schließlich diese Anträge abgelehnt würden, so würden wir darnach über den Magistratsantrag auch noch abstimmen müssen. Ich habe nichts dagegen, daß wir eine positive Fragestellung etwa so vornehmen, daß ich diejenigen Herren bitte, die Hand zu erheben, die den Kommissionsantrag in der Weise ablehnen wollen, daß sie statt dessen dem Magistratsantrage zustimmen. Durch ein zustimmendes Resultat bei dieser Fragestellung würden die beiden anderen Anträge fallen.

Stadtv. **Loeschigt** (zur Geschäftsordnung): Wir haben schon öfter den Fall gehabt, daß die Kommission uns auffordert, den Magistratsantrag abzulehnen. Dann haben wir über diesen Antrag allein abgestimmt und nicht gesagt: Wir wollen erst über die Anträge, die dazu noch eingebracht sind, vorher abstimmen. Ich möchte dafür sein, daß über den Magistratsantrag abgestimmt wird.

Vorsitzender: Gewöhnlich ist das nicht so gehandhabt; es ist immer über den Kommissionsantrag zuerst abgestimmt. Aber da der Kommissionsantrag in diesem Falle ein negativer ist, so sehe ich keinen Grund in der Geschäftsordnung, die Frage nicht so zu stellen, wie ich eben angeführt habe.

Stadtv. **Meyerhoff** (zur Geschäftsordnung): Ich glaube, die Abstimmung müßte so erfolgen, daß zunächst über den Kommissionsantrag abgestimmt wird. Sollte der angenommen werden, dann kommt mein Unterantrag zur Abstimmung, der angibt, was nun werden soll und aus welchem Grunde die Ablehnung erfolgt ist, nämlich weil wir das Grundstück für den Kinderhort nicht für geeignet halten.

Vorsitzender: Wir wären bei Abstimmung über den Kommissionsantrag nicht ohne weiteres zum Abschlusse gelangt. Es kann möglicherweise der Antrag der Kommission abgelehnt werden, damit haben wir aber immer noch nicht den Antrag des Magistrats angenommen.

Oberbürgermeister **Kettemeyer** (zur Geschäftsordnung): Wenn zuerst über den Antrag der Kommission abgestimmt und dieser Antrag angenommen würde, dann wäre damit von der Stadtverordnetenversammlung gesagt: Wir lehnen den Verkauf ab. Dann hinterher noch einmal abzustimmen in der Form der Unteranträge, das wäre eine wunderbare Sache. Meines Erachtens liegt überhaupt kein Antrag der Kommission vor, denn ein Antrag der Kommission, eine Magistratsvorlage abzulehnen, ist überhaupt kein selbständiger Antrag. Es ist Sache des einzelnen, ob er für den Antrag des Magistrats stimmen will oder gegen ihn; zu einer solchen Abstimmung bedarf es keines Antrages. Ich glaube, das einfachste ist, wenn der Herr Vorsitzende zuerst über den Magistratsantrag abstimmen läßt.

Stadtv. **Loeschigt** (zur Geschäftsordnung): Durch den Antrag Bunge wie durch den Antrag Meyerhoff ist die Sache in ein anderes Fahrwasser geleitet. Herr Bunge verlangt in seinem Antrage die mietweise Überlassung des Hauses, und darum ist es richtig, wenn wir sagen: Wir nehmen den Magistratsantrag zuerst vorweg. Wird dieser abgelehnt, dann ist damit der Kommissionsantrag angenommen. Es bliebe dann nur noch übrig, über die Frage zu entscheiden: Wollen wir das Haus dem Frauenverein vermieten?

Vorsitzender: Ich werde die Frage nicht so stellen, ob der Antrag der Kommission angenommen wird, sondern ob entgegen dem Kommissionsantrage die Versammlung dem Magistratsantrage zustimmt. Sollte der Magistratsantrag in einer solchen Abstimmung abgelehnt werden, dann würden die beiden Anträge Lunge und Meherhoff zur Abstimmung kommen.

Ich bitte diejenigen Herren, welche entgegen dem Vorschlage der Kommission für den Magistratsantrag sind, also für den Verkauf des Grundstücks an den Verein zu den Ihnen bekanntgegebenen Bedingungen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) 12 Herren dafür; das ist zweifellos die Mehrheit. Damit sind die beiden anderen Anträge erledigt.

Es ist noch eine Sache zu erledigen, die nicht auf der Tagesordnung steht, die aber von der Baukommission vorberaten ist, betreffend ein Grundstück an der Wörthstraße.

16. Grundbuchamtlich eingetragene Belastung einer angekauften Fläche an der Wörthstraße.

Stadtv. **Göde:** Im Mai d. J. hat die Versammlung zugestimmt, ein Stück von dem Löhrichen Grundstücke an der Wörthstraße zu erwerben, an dem auch die Herzogliche Kammer ein Interesse hat. An der westlichen Grenze des Grundstücks steht ein $1\frac{1}{2}$ m hohes Statet, das von seiten des Besitzers des Löhrichen Grundstücks erhalten werden muß. Davon entfällt auf die Stadt ein Stück von 3 m Länge. Das Herzogliche Grundbuchamt hat nachträglich mitgeteilt, daß diese dingliche Belastung auf dem Grundstücke ruht. Es wird uns nun anheimgegeben, zuzustimmen, daß die Stadt diese grundbuchamtliche Belastung anerkennt. Die Baukommission hat sich mit der Sache beschäftigt und gibt Ihnen Genehmigung anheim.

Die Versammlung stimmt dem Antrage zu.

17. Gewährung eines stadtseitigen Zuschusses an den Harzziiegenzuchtverein.

Stadtv. **Ohlendorf:** Es besteht in Braunschweig ein Harzziiegenzuchtverein, der sich zur Aufgabe gemacht hat, die Aufzucht von Ziegen mit großer Milchergiebigkeit im weitgehendsten Maße durchzuführen und kräftig dafür zu werben, daß die Einstellung von Milchziegen überall da erfolgt, wo ihre Unterbringung irgendwie ermöglicht werden kann. Der Verein zählt zur Zeit 187 Mitglieder, die zusammen 274 Ziegen besitzen. Es sollen in Braunschweig allerdings mehr Ziegen vorhanden sein, ungefähr 900 Stück. Der Verein hat den Magistrat erucht, ihn materiell zu unterstützen, um ihn in die Lage zu versetzen, gute Zuchtböcke anzu-

schaffen und überhaupt im Interesse der Allgemeinheit dahin zu wirken, daß eine größere Zahl von Ziegen angeschafft wird. Der Magistrat hält es mit Rücksicht auf die herrschende Milchknappheit für angebracht, den Verein in seinen Zielen zu unterstützen, und beantragt, dem Verein einen widerruflichen Zuschuß in Höhe von jährlich 500 *M.* zu überweisen. Die Finanzkommission hat beschlossen, mich zu beauftragen, Sie zu bitten, dem zuzustimmen. Bei der Wichtigkeit der Sache, zumal in der heutigen Zeit, wo die Ernährungsverhältnisse der Kinder eine weitere Heranschaffung von Milch wohl als nötig erscheinen lassen, ist die Unterstützung des Vereins als berechtigt anzusehen, und ich bitte Sie, der Gewährung des Zuschusses zuzustimmen.

Der widerrufliche Zuschuß wird bewilligt.

Stadtv. **Stegmann** (zur Geschäftsordnung): Ich möchte nochmals auf die *Zuwahl von Mitgliedern in die Ausschüsse und Stellen zur Verteilung von Lebensmitteln* zurückkommen. Vorhin wurde vom Herrn Vorsitzenden erklärt, daß dieser Punkt in vertraulicher Sitzung behandelt werden solle. Ich habe versäumt, dem zu widersprechen, finde es aber eigenlänglich, daß dieser Punkt, der bisher immer in öffentlicher Sitzung verhandelt worden ist, jetzt in die vertrauliche Sitzung verwiesen wird. Das muß den Eindruck erwecken, als sei etwas zu vertuschen, was nicht das Licht der Öffentlichkeit vertrage. Wenn nicht triftige Gründe vorliegen, möchte ich bitten, diesen Punkt in öffentlicher Sitzung zu behandeln.

Vorsitzender: Die Verweisung dieses Punktes in die vertrauliche Sitzung hat seinen Grund darin, daß im allgemeinen sämtliche Angelegenheiten, bei denen Personenfragen zur Besprechung kommen, nicht in der Öffentlichkeit verhandelt werden. Um solche Personenfragen handelt es sich bei dem fraglichen Punkte; es entspricht also durchaus der Gepflogenheit der Versammlung, diese Zuwahl in vertraulicher Sitzung vorzunehmen. Es würde die Sache ja auch auseinandergerissen werden können. Die Frage, ob überhaupt noch weitere Mitglieder zu den Ausschüssen zugezogen werden sollen, würde sich wohl für die öffentliche Sitzung eignen, die Wahl selbst aber in die vertrauliche Sitzung gehören. Das wird der Grund gewesen sein, weshalb beantragt ist, die ganze Frage in der vertraulichen Sitzung zu behandeln. Ich habe gefragt, ob die Versammlung damit einverstanden ist und Widerspruch hat sich nicht erhoben. Damit ist die Sache erledigt. Wenn aber die Versammlung wünscht, die Frage noch einmal aufzunehmen, so wird nichts dagegen zu sagen sein. Ich frage die Versammlung, ob sie den Antrag unterstützen will, diesen Punkt in öffentlicher Sitzung zu erledigen. — Der Antrag wird

nicht unterstützt. Dann kann ich den Antrag nicht zur Abstimmung stellen, und es muß mit der vertraulichen Behandlung des Punktes sein Bewenden haben.

18. Antrag Stegmann auf Gewährung eines Zuschusses an die Kinderschuttkommission des Gewerkschaftskartells.

Wortlaut des Antrages j. S. 94 und 95.

Stadtv. **Stegmann:** Es ist mir vorhin von Herrn Munte mitgeteilt, daß die Sache bereits gestern oder vorgestern in der Finanzkommission in der Weise erledigt worden sei, daß eine Summe, wie ich beantragt habe, bewilligt sei. Damit ist der Antrag erledigt.

19. Anfrage Genzen über die Kohlenversorgung der Stadt.

Wortlaut der Anfrage j. S. 94.

Stadtv. **Genzen** (zur Begründung): Wie Sie alle wissen, befinden wir uns seit Monaten in der äußersten Kohlennot. Wenn auch vielleicht jetzt die Not nicht so stark in Erscheinung tritt wie während des Winters, so ist es damit immer noch schlimm genug. Wochenlang sind die Frauen zu den Händlern gelaufen und haben keine Kohlen bekommen können. Sie klagen, daß sie nicht einmal imstande seien, das bißchen Lebensmittel, die ihnen zukommen, kochen zu können. Kürzlich stand noch im Allgemeinen Anzeiger ein Eingekandt, wie ein hiesiger Einwohner stundenlang hat warten müssen und doch keinen Koks bekommen hat. In anderen Städten hat man die Verteilung der Feuerung schon lange geregelt; dort werden Kohlen nach Kundenkarten abgegeben. Auch unser Magistrat hat bekanntgemacht, daß nur noch gegen Marken oder Bezugsschein Kohlen an die einzelnen Verbraucher abgegeben werden sollen; der Termin, von dem ab sie gelten, soll noch bekanntgemacht werden. Es ist aber in § 3 dieser Bekanntmachung gesagt: „Die Höchstmenge der an einen Verbraucher innerhalb eines Monats zu liefernden Heizstoffe wird für Grudekoks auf 5 Zentner, für andere Heizstoffe auf 30 Zentner festgesetzt.“ Nachdem wir monatelang auf ein Vorgehen des Magistrats gewartet haben, ist also jetzt diese Bekanntmachung des Magistrats erlassen, aber gleich, als ich sie las, habe ich der Meinung sein müssen: Es scheint, als ob der Magistrat so lange wartet, bis die besitzenden Klassen Vorräte genug haben, und als ob die minderbemittelten Klassen, die das Geld für Anschaffung von Vorräten nicht aufbringen können, wieder leer ausgehen werden. Bedenken Sie, wie knapp die Kohlen im vorigen Winter gewesen sind, und wir können annehmen, daß wir in diesem Winter eine noch größere Kalamität darin erleben. Wenn dann in der

Bekanntmachung erklärt wird, daß jeder Verbraucher im Monat bis zu 30 Zentner Brennstoff beziehen kann, dann läuft das doch darauf hinaus, daß die zahlungsfähige Kundschaft sich eindecken kann. Wenn dann keine Kohlen mehr vorhanden sind, wird es gehen wie mit den Kartoffeln, und der Magistrat wird erklären: Eine Garantie für Lieferung der Kohlen können wir nicht übernehmen. Eine solche Handlungsweise halten wir für verkehrt, und eine Hilfe durch die Bekanntmachung halten wir für illusorisch. Wenn der Magistrat nicht versprechen kann, die Garantie übernehmen zu können, daß auch die Minderbemittelten so viel Kohlen bekommen, wie sie gebrauchen, dann müßte man dazu kommen, eine Bestimmung zu erlassen, daß nur ein geringeres Quantum, aber nicht 30 Zentner pro Monat, an den einzelnen Verbraucher geliefert werden darf, vielleicht nur 40 Zentner für die ganze Heizperiode 1917/18 bis etwa zum 1. April. Geschieht das nicht, dann wird es so kommen, daß für die Minderbemittelten, die jetzt schon hungern müssen, im Winter auch noch das Frieren hinzukommt. Ich möchte den Magistrat bitten, Auskunft zu geben, wie er sich die Sache denkt, und ob er Garantie geben kann, daß jeder unserer Einwohner in Besitz einer genügenden Menge von Kohlen kommen kann.

Bürgermeister Meyer: Die Kohlenfrage ist brennend geworden und wird eine der schwierigsten sein von all den Fragen, die jetzt von der Stadtverwaltung zu behandeln sind. Die Schwierigkeit liegt weniger in Feststellung der Maßregeln, die seitens der Stadtgemeinde zu treffen sind für die Verteilung der Kohlen, als vielmehr darin, daß man nicht weiß, ob Kohlen in ausreichendem Maße in den Bezirk der Stadt hineinkommen. Diese letztere Frage bewegt nicht allein die Einwohner von Braunschweig, sondern alle Kreise, die der Kohlenfrage näherstehen. Ich habe vor wenigen Tagen erst in Berlin eine Sitzung des Ausschusses des Deutschen Städtetages mitmachen können und habe dort von den Vertretern der Großstädte gehört, daß man im ganzen Reiche darüber in Sorge ist, ob eine solche Menge Kohlen zu bekommen sein wird, daß sie zur Deckung des Winterbedarfs ausreicht. Nach den Nachrichten, die vorliegen, müssen wir damit rechnen, daß wir im Laufe des ganzen Jahres — bis zum 1. April 1918 — nur 70 Prozent, höchstens 75 Prozent der Kohlenmenge erhalten werden, welche wir in Friedenszeiten bekommen haben. Aufgabe der zu treffenden Regelung wird es sein, mit diesem Fruchtteile die städtische Bevölkerung so zu versorgen, daß Not vermieden wird. Das kann nach unserem Dafürhalten nur dadurch geschehen, daß wir in diesem Jahre zu der Maßregel greifen, die andere Städte schon im vergangenen Winter getroffen haben, nämlich daß wir Kohlenkarten einführen. Die Bestimmungen, die bis jetzt getroffen sind, gelten nur als vorläufige. Bei Ausgang des vorigen Winters stand der Stadtmagistrat noch auf dem Standpunkte, daß es am

besten sei, nicht in die Kohlenversorgung einzugreifen, sondern diese auch fernerhin den Kohlengeschäften zu überlassen. Je mehr Kohlen durch den Kohlenhandel in das Stadtgebiet hineinkommen, um so besser ist es für uns. Aber die Aufregung der Bevölkerung bezüglich der demnächstigen Kohlenversorgung hat einen Wandel in der Stellungnahme des Magistrats herbeigeführt, und schon vor längeren Wochen fing er an, es für richtiger zu halten, im Frühommer eine Regelung des Kohlenbezuges zu treffen. Er wurde allerdings darin behindert dadurch, daß auch von seiten des Reichs eine Regelung für alle Städte mit mehr als 10 000 Einwohnern in Aussicht genommen wurde. Es wurde uns von der Kriegesamtstelle in Hannover eine Mitteilung darüber gemacht, daß eine Ordnung vom Kriegesamte zu erwarten sei, sie ersuche uns, mit unseren Maßnahmen so lange zu warten, bis diese Ordnung herausgekommen sei. Diese Bestimmungen sind dann erlassen, und daraufhin haben wir seitens des Stadtmagistrats eine Ortskohlenstelle gegründet, die von dem Herrn Auftragssteller schon erwähnt worden ist. Diese Ortskohlenstelle ist zunächst nur eine Einrichtung, die kein Magistrat selbst geschaffen ist. Der Stadtmagistrat hat dann als Beirat der Ortskohlenstelle eine Anzahl Personen berufen, zu einem Teile Kohlenhändler, zum anderen Teile Verbraucher von Kohlen aus allen Bevölkerungskreisen. Dieser Beirat hat sich in wiederholten Sitzungen mit der Kohlenfrage befaßt und hat auch den Entwurf der Anordnung, welche vor Wochen bekanntgegeben ist, beraten. Die Bekanntmachung bezweckt nur eine vorläufige Regelung des Kohlenbezuges. Wir wollten jetzt nur so weit eingreifen, daß eine übermäßige Eindeckung einiger Familien zum Schaden anderer vermieden wird, und wir glauben allerdings, daß durch die Festsetzung von Höchstmengen, über die hinaus allmonatlich von den Kohlenhändlern an den einzelnen Verbraucher nicht geliefert werden darf, der beabsichtigte Zweck erreicht wird. Bisher hatte jeder unserer Einwohner die Möglichkeit, nicht nur 30 Zentner Heizstoffe im Monat zu beziehen, sondern er konnte sich auch 300 und mehr Zentner beschaffen — und es gibt Leute, die das tun. Es liegen auch jetzt Anträge bei der Ortskohlenstelle vor, über die Zulassung von 1200 Zentnern und mehr. Demgegenüber ist die festgesetzte Lieferungsbeschränkung doch sehr wirksam; sie wird die Folge haben, daß die durch die Versagung einer umfangreicheren Lieferung zurückgehaltenen Kohlenmengen für andere Verbraucher frei werden. Ich habe nach dem, was ich seit Inkrafttreten der Anordnung beobachtet habe, die Überzeugung, daß die Anordnung ausgezeichnet wirkt. Ich wiederhole, die Anordnung stellt nur eine vorläufige Regelung dar; die endgültige Regelung steht noch aus, — sie wird aber bald kommen. Auch in anderen Städten ist man schrittweise vorgegangen; man hat sich auch dort zunächst mit wenigen Bestimmungen begnügt und hat dann ausgebaut. So wird es auch hier kommen. Auch wir werden Kohlenkarten ausgeben und wahrscheinlich dabei so verfahren, daß

für den Bedarf der einzelnen Familie die Zahl der von ihr benutzten heizbaren Räume die Unterlage bildet. Die Fragelarten der Bestandsaufnahme geben dafür das erforderliche Material. Für denjenigen, der nur zwei Zimmer zu heizen braucht, genügen kleinere Mengen von Kohlen als für denjenigen, der vier Zimmer zu heizen genötigt ist. Im ganzen wird die Regelung der Ausgabe der Kohlenarten in ähnlicher Weise erfolgen wie in anderen Städten. Schwieriger noch als die Versorgung der Haushaltungen ist die Versorgung der Gewerbebetriebe, der Diensträume, Theater, Gasthäuser usw. Jedenfalls wird durch die in Aussicht genommene Verteilung der Karten angestrebt werden müssen, den wirklichen Bedürfnissen möglichst gerecht zu werden. Die Hauptsache aber ist und bleibt, daß wir überhaupt Kohlen in ausreichendem Maße hereinbekommen.

Stadtv. **Stegmann** beantragt Besprechung der Anfrage. Der Antrag wird ausreichend unterstützt, und der **Vorsitzende** eröffnet die Besprechung.

Stadtv. **Stegmann**: Ich bin von den Ausführungen des Herrn Bürgermeisters durchaus nicht befriedigt. Ich gebe allerdings zu, daß die Regelung sehr schwierig sein wird, aber ich glaube auch, daß der Magistrat viel zu lange damit gewartet hat, ehe er die Regelung in Angriff genommen hat. In der Bevölkerung ist allgemein eine Unruhe entstanden darüber, daß sich die meisten der wohlhabenden Familien reichlich eingedeckt haben. Unverschämterweise haben sie Hunderte von Zentnern in ihre Lager bringen lassen, und auch der Herr Bürgermeister selbst führte dafür frasse Fälle an. Was soll nun werden, wenn die eingehenden Kohlen später in den Wintermonaten nicht reichen werden? Sollen die übermäßig Eingedeckten von ihrem Überfluß wieder herausgeben? Der Herr Bürgermeister meinte, wenn die Regelung durch Kohlenkarten durchgeführt sei und es gebe nur einen gewissen Prozentsatz der früheren Kohlenmengen, so werde auch der Ärmste unserer Einwohner nicht zu frieren brauchen. Daß das zutrifft, muß ich bezweifeln. Wenn eine Hamsterei stattgefunden hat, dann werden die Armen und Ärmsten wieder nichts bekommen, wie das auch im vorigen Jahre geschehen ist. Auch daß mit der Beschränkung des Bezuges von höchstens 30 Zentnern monatlich einer Kohlennot der Allgemeinheit vorgebeugt ist, scheint mir nicht der Fall zu sein. Ich bin der Meinung, daß diejenigen, die sonst drei oder vier Zimmer geheizt haben, in diesem Jahre nur so viel Heizmaterial bekommen dürfen, daß sie zwei Räume heizen, daß sie also nicht monatlich 30 Zentner anschaffen dürfen, sondern vielleicht 10 Zentner. Wenn man so weit geht, zu gestatten, daß sich diejenigen, die es sich leisten können, und die einen Kohlenhändler haben, der ihnen liefert, 30 Zentner monatlich einlagern, dann nützen uns auch die Kohlenkarten

nichts. Ich bin dafür, daß der Magistrat seine Bekanntmachung schnellstens revidiert und nur ein geringeres Quantum zuläßt, und daß ferner die Bestimmung getroffen wird, daß denjenigen, welche sich zu reichlich eingedeckt haben, die zuviel bezogene Feuerung wieder weggeholt wird.

Bürgermeister Meyer: Ich habe mir schon vorhin erlaubt zu sagen, daß die Verhandlungen mit der Ortskohlenstelle im Gange sind, und daß in Ergänzung oder an Stelle der jetzigen Anordnung weitere Bestimmungen kommen werden. Ich habe auch bereits erklärt, daß die erlassene Anordnung nach meiner Erfahrung schon sehr gute Dienste getan hat. Wenn Herr Stegmann anderer Meinung ist, so weiß ich nicht, worauf er sich dabei stützt.

Was das Hamstern in Feuerungsmaterial anlangt, so kann ich nachweisen, daß das nicht nur in wohlhabenden, sondern auch in ärmeren Kreisen vorgekommen ist resp. vorkommt. Mir ist gesagt, daß selbst an Grude von einer ärmeren Familie 30 Zentner und mehr eingehamstert sind. Diese Familie kann wahrscheinlich Jahre hindurch mit dieser Menge reichen. Ich will die Familie nicht bloßstellen, sondern spreche nur davon, um zu zeigen, daß das Hamstern sowohl bei wohlhabenden als auch bei armen Familien vorkommt. Entschuldigen kann man es weder bei der einen noch bei der anderen Familie. Im übrigen wird durch die zu erwartende eingehendere Anordnung eine Regelung wahrscheinlich dahin eintreten, daß für bestimmte Zeitabschnitte bestimmte Mengen von Heizstoffen zur Lieferung freigegeben werden. Wenn ich auch genaue Zahlen heute nicht angeben kann, so will ich doch mitteilen, daß in Aussicht genommen ist, bis zum 1. November ein Viertel des Jahresbedarfs zur Eindeckung freizugeben. Die Schwierigkeit liegt natürlich auch bei diesem Viertel vor, daß wir nicht wissen, ob es rechtzeitig hereinkommt. Das bleibt immer der wunde Punkt bei der ganzen Frage: Werden wir rechtzeitig so mit Kohlen versorgt werden, daß wir der Bevölkerung einen, wenn auch geringeren, so doch ausreichenden Bruchteil des Jahresbedarfs werden zuführen können? Ich habe die Hoffnung, daß es geschieht.

Stadtv. Genzen: Wenn wir wüßten, daß wir genügend Kohlen bekommen werden, dann brauchte es derartiger Anfragen nicht. Da wir es aber nicht wissen, so ist es nötig, daß rechtzeitig Vororge getroffen wird, damit nicht ein Teil der Einwohner die Keller voll hat und der andere nichts bekommen kann. Der Herr Bürgermeister meinte, es würde wohl bis zu 75 Prozent der Friedensmenge hereinkommen. Dann ist es doch aber auch wichtig, daß diejenigen, die eingehamstert haben, sich einschränken. Das scheint mir aber nicht der Fall werden zu sollen, denn die werden genau soviel wie früher auch im kommenden Winter gebrauchen. Die Frau eines Kohlenhändlers erzählte mir von einer Exzellenz, die

als Kunde aus ihrem Geschäfte kauft. Die Frau hätte der Erzellenz erklärt, Erzellenz könne in diesem Jahre nicht so viele Kohlen bekommen, da es nicht möglich sei, soviel zu liefern. Darauf habe die Erzellenz erwidert: Ich muß die frühere Menge Kohlen auch in diesem Jahre haben, denn ich habe sechs Zimmer, und die muß ich heizen. Und in Wirklichkeit hat dann Erzellenz auch seine Kohlen bekommen. Ist es denn nötig, daß alle Zimmer wie in früheren Jahren geheizt werden? Wenn einmal gefroren werden soll, dann verlangen wir, daß alle frieren, auch die Erzellenzen! Die besitzenden Klassen, die Platz für Feuerung im Keller haben und sonst sechs Zimmer geheizt haben, würden auch warm sitzen können, wenn sie zwei Zimmer heizen. Die Arbeiterklassen haben im vorigen Winter nicht einmal so viel Kohlen gehabt, daß sie sich warmes Essen haben kochen können, viel weniger war daran zu denken, daß sie ihr Zimmer heizen konnten. Auch wir im Bureau haben bei 5—6 Grad tagelang schreiben müssen. Der Magistrat kennt diese Verhältnisse, wie sie im vorigen Winter waren, und hätte deshalb rechtzeitig Vorkehrung treffen müssen. Das einzige Mittel, was heute noch anzuwenden ist, ist das: Wer mehr an Heizmaterial eingehamstert hat, als auf seinen Teil kommt, dem muß es enteignet werden. Schon durch eine solche Maßregel wird dem vorgebeugt, daß gehamstert wird. Es braucht das Feuerungsmaterial auch nicht gleich abgeholt zu werden. Wenn von den Behörden eingesehen wird, daß für die Stadt nicht genügend Vorräte vorhanden sind, dann kann man immer noch die Enteignung ausführen und die zuviel eingefellerten Vorräte den Kohlenhamstern zum Selbstkostenpreise abnehmen.

Bürgermeister Meyer: Ich bin vorhin bei meinen Ausführungen darüber hinweggekommen, zu erklären, daß auch ich auf dem Standpunkte stehe, daß, wenn die Zukunft ergeben sollte, daß nicht so viel Kohlen in das Stadtgebiet hineinkommen, daß alle unsere Einwohner ausreichend befriedigt werden können, allerdings von den Familien, die sich übermäßig eingedeckt haben, der überschuß wieder fortgeholt werden muß. Wir stehen im Magistrat auf dem Standpunkte, daß es damit ähnlich liegt wie im vergangenen Jahre bei den Kartoffeln. Da ist auch den Familien, die mehr, als ihnen zustand, im Keller hatten, der überschuß wieder abgenommen. Daß es mit den Kohlen ebenso kommen kann, halte ich für möglich. Der Vorgang bei der Erzellenz, von der Herr Wenzel berichtete, ist mir nicht bekannt. Es sind ja aber auch Ausnahmen zulässig, ich weiß nicht, wie jener Fall liegt.

Stadtv. Stinbrecher: Die Hauptsache ist, daß das in Wirklichkeit ausgeführt wird, was der Herr Bürgermeister jetzt eben erklärte: daß für den Fall, daß nicht genügend Kohlen in die Stadt hineinkommen, von denen, die sich übermäßig ver-

sorgt haben, die überschießenden Kohlen wieder weggeholt werden, denn es gibt eine ganze Anzahl von Familien, die sich in dieser Weise eingedeckt haben. Auch ich hätte beim Magistrat gern schon Koks bestellt, aber immer steht am Bureau, daß es geschlossen ist. Dennoch ist mir bekannt, daß trotzdem Koks verkauft wird, und daß 50 *H* von einer Familie auf der Kaiser-Wilhelm-Straße für den Zweck angenommen sind. Die Leute, die das Geld liegen haben, die haben sich auch eingedeckt, nur die minderbemittelten Klassen können es nicht so schnell ausbringen und kommen dadurch in Kündstand. So, wie es im vorigen Jahre war, kann es nicht wieder angehen. Es darf nicht vorkommen, daß die Frauen bei jedem Wetter wegen eines halben oder eines einzigen Zentners Koks soundso viele Stunden im Freien stehen und warten müssen. Daß die Frauen sich dabei Krankheiten weggeholt haben, das ist bei der Ortskrankenkasse ganz deutlich in Erscheinung getreten. Auch das zuerst die Frauen und nachher, wenn die Mutter zur Hausarbeit nach Hause muß, die Kinder zum Warten sich aufstellen, muß auf alle Fälle verhindert werden. Die Prüfung der Kohlenvorräte kann ja auch leichter vorgenommen werden als bei anderen Sachen. Dabei können nicht soviel Schiebunggen vorkommen, denn das Feuerungsmaterial nimmt Platz weg und läßt sich nicht so leicht verstecken wie Kartoffeln und andere Lebensmittel. Deshalb wäre es wohl denkbar, daß die Kohlen von den Leuten herausgeholt würden, die sich übermäßig eingedeckt haben. Durch solche Kontrolle und Wegnahme können wir Hunderte von Familien davor bewahren, daß sie im Winter frieren müssen.

Stadtv. Niese: Es ist eine Tatsache, daß man seit Wochen oder Monaten nicht über die Straße gehen kann, ohne zu sehen, daß Dutzende von Zentnern Kohlen abgeladen werden, während andere Schichten des Volkes klagen müssen über den Kohlenmangel. Derjenige, der sich selber vom Gaswerk Koks geholt hat, und wer das Stehen und Warten mit angesehen hat, der hat genug davon. In der Verordnung des Magistrats habe ich gelesen, daß für jeden Haushalt 30 Zentner Grude im Monat festgesetzt sind. (Zuruf: 5 Zentner.) Auch das ist zuviel! Ich habe festgestellt, daß ich im ganzen Monat an ungefähr 1 Zentner Grude genug habe. Nun will ich auch das Doppelte annehmen und 2 Zentner sagen, dann ist aber der Bedarf reichlich gedeckt, so daß man damit für 10 Personen kochen kann.

Wir haben uns gestern in der Finanzkommission lange Zeit mit dieser Kohlenfrage beschäftigt, und es sind diese und jene Vorschläge gemacht, aber zu einer richtigen Erkenntnis der ganzen Lage ist keiner gekommen. Und warum? Weil es immer an dem hapert: Ist Koks, Kohlen und überhaupt Brennmaterial genügend vorhanden, und wird es hereinkommen? Nun haben wir vor einiger Zeit schon beschlossen, dafür zu sorgen, daß 600 Tonnen, nämlich 30 Ladungen Braunkohlenbriketts von den Helsenstedter Kohlenwerken nach Braunschweig kommen, wo-

von 300 Tonnen beim Westbahnhof und 300 Tonnen auf der Pumpstation gelagert werden sollen. Ich nehme an, daß diese Mengen außer den 75 Prozent uns geliefert werden. Dann wäre für den Notfall eine Reserve geschaffen. Hoffen will ich nicht, daß wir wieder einen solchen kalten Winter wie im vorigen Jahre bekommen, sonst wird es uns schlimm gehen. Man merkt auch, wie die Preise ganz bedeutend in die Höhe gegangen sind. Während man früher für 1,25 *M* Eierbriketts bekommen konnte, kosten sie heute schon 2,40 *M* oder 2,50 *M*, und man muß froh sein, wenn am Sonntag nachmittag zwischen 3 und 4 Uhr die Kohlen gebracht werden. Wir nämlich haben zu der Zeit welche bekommen, und haben sie natürlich auch bei der Bestandsaufnahme angegeben. Es gibt eine ganze Menge Frauen, die auf Arbeit gehen müssen und nicht 3—4 Stunden stehen können und auch ihre Kinder nicht zum Warten hinstellen können; die waren im vorigen Winter nicht in der Lage, Feuerung zu bekommen und haben frieren müssen. Das sind Zustände, die nicht wiederkehren dürfen. Ich habe auch einen drei Seiten langen Brief von einer Frau aus der Wabestraße bekommen, die sich beklagt, daß sie auch in diesen Tagen wegen mangelnder Feuerung nicht kochen konnte und nun Spiritus haben will. Wegen Grude hat sie sich an den Kohlenhändler Lippert gewandt, der nach den Geheimratsvierteln große Mengen davon hingefahren hat, und hat angefragt, ob sie nicht auch einen Zentner davon abbekommen könnte. Nein, das gibt es nicht! „Wir müssen für unsere Kunden sorgen“, hat es geheißen. Sie ist dann nach dem Rathause gegangen und hat sich an Herrn Stadtrat von Frankenberg gewandt. Erreicht hat sie aber nichts. Sie wurde nur von dem genannten Herrn in größter Höflichkeit zur Tür hinauskomplimentiert, und damit war die Sache erledigt. Ich meine, die Höflichkeit ist ja ganz gut, aber damit ist den Leuten nicht geholfen. Sie können doch das bißchen Nahrungsmittel, was sie haben, nicht in rohem Zustande essen!

Dasjenige Feuerungsmaterial, das hier am Plage ist, seien es Briketts, Eierbriketts, Kohlen, Grude oder was es sonst ist, müßte in der Weise verteilt werden, daß unser städtisches Auto in die Straßen, wo Bedarf ist, hineinfährt und jedem einen Zentner von der Feuerung abläßt. Gerade bei der Kälte im vergangenen Winter wäre das angebracht gewesen, dann hätten die Leute nicht so lange zu warten brauchen, sie hätten auch gern 25—30 Pf. mehr dafür bezahlt. Mit einer solchen Einrichtung wäre wenigstens dem Schlimmsten abgeholfen. Oder man verpflichte in jedem Stadtteile einzelne Kohlenhändler, den Koks, den die Stadt ihnen zuführt, zu einem bestimmten Preise zu verkaufen. Natürlich müssen sie dabei verdienen, denn wovon sollten sie leben und ihre Steuern bezahlen; es hat jeder das Recht, zu existieren. Bei einer solchen Einrichtung wären die Leute in der Lage, von solchen Stellen Koks zu holen. Daß er durch das Zufahren und durch das Lagern in den Geschäfte etwas teurer wird, ist ja natürlich, aber dabei

wird die Zeit des langen Stehens gespart, und das Stehen wird bei dem schlechten Schuhwerk jetzt doppelt schlimm empfunden werden.

In der Kommissionsitzung gestern brachte ich noch zur Sprache, daß irrtümlicherweise die Auffassung vorhanden ist, daß der Magistrat Hunderte von Ladungen Koks nach auswärts an eine Verwertungsgesellschaft abzugeben verpflichtet sei. Diese Verpflichtung bestand früher darin, daß für den Sommer, wenn der Koks auf dem Hofe des Gaswerks lange lagert und dadurch zerbröckelt und auseinanderfällt, wodurch ein Schaden für die Gesamtheit entsteht, ein Vertrag eingegangen war, Koks zu liefern, aber nicht auf solche Mengen, die für die Stadt von Bedeutung sind. Es sind 20 Ladungen gewesen, und das schlägt für die Stadt nicht zu Buche. Vom Magistrat ist direkt an den Leiter des Gaswerks verfügt, daß infolge des herrschenden Mangels an Feuerungsmaterial allein die hiesige Stadt durch die Gaswerke versorgt werden solle, ohne Rücksichtnahme auf diesen Vertrag, den wir eingegangen sind. Da in diesem Winter darauf zu rechnen ist, daß der fremde Koks weniger oder gar nicht in die Stadt hineinkommt, so werden wir ja sowieso den Koks, den wir von unserem Gaswerke bekommen, selbst gebrauchen, und recht knapp wird es auch mit den Kohlen werden. Dann wird es nicht anders kommen, als daß wir uns von Helmstedt mit Briketts versorgen müssen. Werden dann noch die Kohlenkarten eingeführt, und es wird dabei in der Weise verfahren, wie verfahren werden muß, dann ist darauf zu rechnen, daß die heillosen Zustände vom vorigen Winter sich nicht wiederholen, und das ist der Zweck der heutigen Besprechung wie auch der gestrigen Beratung in der Finanzkommission.

Der **Vorsitzende** schließt die Besprechung dieses Punktes und darauf die öffentliche Sitzung.

Dauer der Sitzung von 4¼ bis kurz vor 7 Uhr.

B e r i c h t

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 14. September 1917.

Tagesordnung:

1. Gewährung eines Zuschusses an die Volkslesehalle aus der Zübelstiftung. Seite 143
2. Anderweite Verwertung städtischen Baugeländes an der Goslar'schen Straße und Erlaß eines Statuts zur Ergänzung des Ortsbaustatuts. " 143
3. Abrechnung über die Kosten der Errichtung von zwei Wohnhäusern an der Honrothstraße. " 162
4. Erhöhung des Zinsfußes der auf dem städtischen Dove-See-Grundstücke ruhenden Hypothek. " 164
5. Erhöhung der Brandversicherungssumme für 7 städtische Gebäude und gutachtliche Äußerung wegen Beibehaltung der Versicherungssummen der übrigen städtischen Gebäude. " 165
6. Verwilligung von Mitteln für Instandsetzung eines Schulhofs (Diesternwegstraße) " 166
7. Stadtseitige Übernahme des Lichtwerks der Straßen-Eisenbahn-Gesellschaft. . . " 167
8. Gewährung einer Beihilfe an die Herzogin-Johann-Albrecht-Stiftung aus der Zübelstiftung. " 169
9. Abänderung des Statuts über die Erhebung einer Lichtspielsteuer. " 170
10. Ersagwahl zur Baukommission (außer der Tagesordnung behandelt). " 171
11. Herrichtung einer Windschuhvorrichtung an dem Kaninchenstalle auf dem Armenhausgrundstücke. " 171
12. Erhöhung des an die Vereinigung der technischen Oberbeamten deutscher Städte zu zahlenden Jahresbeitrages. " 173

13. Abänderung des mit dem Waisenhanse vereinbarten Vertrages wegen Übernahme der Schule und Ankauf des Waisenhausgrundstücks	"	173
14. Erweiterung des Stadtgebiets	"	174
Außer der Tagesordnung behandelt:		
15. Verkauf des Grundstücks Helmstedterstraße 8 betreffend (Hildebrandtsches Haus)	"	175
16. Beitritt der Stadt als Mitglied in den Braunschweigischen Landesverein für Säuglings- und Kleinkinderfürsorge	"	176
17. Gutachten der Stadtverordnetenversammlung über die Neuregelung der Viehschlachtungen und Wurstherstellung in der Stadt	"	182

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister **Metemeyer**, Bürgermeister **Meyer**, Stadträte **Mohr**, **Wagner**, Stadtbaurat **Gebensleben**, Oberamtsrichter **Meyer**.

Wegen Einberufung zum Kriegsdienste fehlen die Herren Stadtverordneten **Dr. Jasper**, **Ribbentrop**, **Schmidt**, **Schulze**, **Steincke**, **Dr. Boge**, **Weichsel** und **Dr. Wolters**.

Außerdem fehlen entschuldigt die Herren Stadtverordneten **Diedmann**, **Genzen**, **Tebbenjohannis**. Die Herren Stadtverordneten **Kraus** und **Loesigkt** erscheinen später.

Vorsigender Hartung: Ich eröffne die Sitzung. Zunächst wünscht der Herr Oberbürgermeister das Wort zu einer Mitteilung.

Oberbürgermeister **Metemeyer:** Die beiden Herren, die Sie zum Protokollführer und zum Stellvertreter desselben gewählt haben, sind heute behindert. Ich möchte Sie bitten, sich damit einverstanden zu erklären, daß Herr Magistratssekretär Müller, der schon anwesend ist, heute das Protokoll führt. (Ohne Widerspruch.)

Vorsigender: Eingegangen ist ein Schreiben der **Fleischerinnung**, mit welchem eine Entschließung der letzten Innungsversammlung vorgelegt ist. Das Schreiben wird in einer Abschrift auch in den Händen der sämtlichen Herren sein. Es wird mir mitgeteilt, daß beantragt wird, die darin berührte Sache heute noch zur Besprechung zu bringen. In der Finanzkommission ist sie bereits verhandelt.

Ferner ist eingegangen ein Schreiben von einer Frau **Hedwig Brandes**, das mir eben vorgelegt wird. Es scheint eine Sache zu sein, die uns kaum besonders beschäftigen kann, da es sich um Familienangelegenheiten handelt. Ich werde das Schreiben einstweilen zur Einsicht für die Herren hier auslegen.

Weiter ist ein Schreiben des Dragoners **Schulze** aus Hannover eingegangen. Es ist mir einstweilen unverständlich, was der Herr will.

Sodann sind verschiedene *A n t r ä g e* und *A n f r a g e n* aus der Versammlung eingegangen.

Ein Antrag des Herrn *K i e f e*: „Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, der Versammlung eine Vorlage zu unterbreiten, nach der die Kriegsunterstützung der Kriegerfrauen mindestens um 20 Prozent vom 1. Oktober ab erhöht wird. (Dringlich zu behandeln.)“

Ein dringlicher Antrag von Herrn *W e s e m e i e r*: „Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, den städtischen Zuschuß zur Unterstützung der Kriegerfamilien auf 100 Prozent der Staatsunterstützung zu erhöhen und diesen erhöhten Satz auch den Arbeitslosen und ihren Familien sowie den Ortsarmen zu zahlen.“

Ein dringlicher Antrag von Herrn *W e s e m e i e r*: „Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, schnelligst Vorkehrungen zu treffen, daß den minderbemittelten Einwohnern der Stadt Braunschweig mit Wohnungen bis zu 4 Zimmern der § 6 Absatz 2 des Kohlensteuergesetzes nutzbar gemacht wird, welcher lautet:

„Sofern Gemeinden oder Gemeindeverbände nach den vom Bundesrat aufzustellenden Grundsätzen Einrichtungen treffen, die den Inhabern von Kleinwohnungen den Bezug von Hausbrandkohle verbilligen, werden die für diesen Zweck bezogenen Kohlen von der Hälfte der Steuer befreit.“

Ein Antrag des Herrn *W e s e m e i e r*: „Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, zuzustimmen, daß den hoffenden und stillenden Frauen und Mädchen für die bezugsberechtigte Zeit der Bezug von Vollmilch gegen eine einmalige statt monatliche Beisehnung des Arztes oder der Hebamme gewährt wird.“

Ein dringlicher Antrag des Herrn *S t e g m a n n*: „Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, den Vertrauensmann des Reichskommissariats für Elektrizität und Gas, Herrn Direktor von Teilitzsch, zu veranlassen, eine gerechtere Verbrauchsregelung durch Rationierung nach der Kopfzahl der Haushaltungen herbeizuführen.“

Ein dringlicher Antrag des Herrn *S t e g m a n n*: „Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, dahin zu wirken, daß die vom Kommunalverbände Braunschweig festgesetzte Gebühr für Kartoffelbezugscheine von 10 bzw. 20 Pf. auf 5 Pf. pro Zentner herabgesetzt werde.“

Zwei Anfragen des Herrn *S t e g m a n n*:

1. „Warum ist der den hiesigen Haushaltungen in Aussicht gestellte Einmachezucker noch nicht zur Ausgabe gelangt?“

2. „Aus welchem Grunde werden die vom Landesernährungsamte (Landesgemüsestelle) festgesetzten Höchstpreise für Gemüse und Obst fortgesetzt vom Magistrat noch weiter nicht unwesentlich erhöht?“

Ein Antrag des Herrn **Steinbrecher**: „Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, eine Altmöbelstelle einzurichten, auch eine Einrichtung zur Reparatur alter und gebrauchter Möbeln zu schaffen, damit Unbemittelte und Kriegsgetraute nach Beendigung des Krieges die Möglichkeit haben, sich die zur Gründung einer eigenen Häuslichkeit notwendigen Bedarfsgegenstände preiswert zu beschaffen.“

Eine Anfrage des Herrn **Dr. Kahler**: „Ist der Magistrat bereit, in Rücksicht auf die Kohlenknappheit etwa vom 1. Oktober d. J. an eine durchgehende Arbeitszeit für die städtischen Beamten einzuführen, um auch seinerseits baldmöglichst zur Sparung an Heizmaterial und Licht beizutragen?“

Ein Antrag von Herrn **Lauer**, mitunterschieden von fünf anderen Herren: „Dringender Antrag, betreffend Erhöhung der Kartoffelration. Um die wenigen Viehtransportmittel bei geteilten Kartoffelanlieferungen nicht doppelt in Anspruch zu nehmen, und um die Kartoffeln nicht der Gefahr auszusetzen, in einem der nächsten Monate in einer Frostperiode zu erfrieren, und weil die Ernte auf das bestimmteste erlaubt, von Oktober ab die Wochenration pro Kopf von 7 Pfund auf 10 Pfund zu erhöhen, wolle die Versammlung beschließen, den Stadtmagistrat zu ersuchen, beim Kriegsernährungsamte den Versuch zu machen, die Festsetzung der Wochenkopfmenge an Kartoffeln auf 10 Pfund zu erreichen.“

Ein Antrag des Herrn **Hlendorf**: „Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, den Kriegerfrauen auf Antrag Vorschuß auf die Kriegsunterstützung zu geben, damit die Frauen in der Lage sind, den Wintervorrat an Kartoffeln und Feuerung im ganzen zu kaufen. Der Vorschuß wird in kleinen Raten von der Kriegsunterstützung abgezogen.“

Ich werde den Herren, die Anträge oder Anfragen angekündigt haben, nach Schluß der öffentlichen Sitzung Gelegenheit geben, die Anträge bzw. Anfragen zu begründen.

Schließlich ist noch eingegangen der Druckabzug eines Berichts über die Sitzung des Braunschweiger Konfirmandenparvereins, der auch den einzelnen Herren auf ihren Platz gelegt ist.

Zu der Angelegenheit, betreffend den Verkauf des vormaligen **Hildebrand'schen Hauses** an die Frauengruppe für soziale Arbeit ist namens der Käuferin der Antrag gestellt, daß der Kaufpreis nicht, wie im Vertrage festgesetzt, vollständig bar ausgezahlt wird, sondern 20 000 M davon als 4½prozentige

Hypothek eingetragen werden. Da die Auflassung zum 1. Oktober stattfinden soll, wird beantragt, diese Sache als dringlich zu behandeln.

Es ist mir ferner noch mitgeteilt, daß die Wahl eines *Ersatzmannes* für den verstorbenen Herrn Kollegen Busch in die Baukommission erforderlich ist. Ich werde die Ersatzwahl nach Erledigung der für die öffentliche Sitzung bestellten Punkte mit zur Beratung stellen.

Wir treten nunmehr in die Tagesordnung ein.

1. Gewährung eines Zuschusses an die Volkslesehalle aus der Jüdelstiftung.

Stadt v. Dr. **Landauer**: Es handelt sich um die beantragte Genehmigung eines Beschlusses der Jüdelstiftung. Bekanntlich besteht die Jüdelstiftung aus drei Abteilungen, von denen die dritte ihre Mittel zum Besten der Stadt verwenden soll. Es sollen Einrichtungen, die hauptsächlich sozialer Natur sind, unterhalten, erweitert oder geschaffen werden. Die Bewilligungen aus dieser Abteilung erfolgen entweder auf Antrag der städtischen Behörden oder bedürfen der Zustimmung der städtischen Behörden. Im vorliegenden Falle handelt es sich um den letzteren Fall: der Vorstand der Jüdelstiftung hat bereits den Beschluß gefaßt, der Volkslesehalle einen Beitrag von 12 000 *M* für das laufende Geschäftsjahr zu gewähren. Die Kosten für den Betrieb der Volkslesehalle haben sich beträchtlich erhöht, so daß ein Fehlbetrag von 15 400 *M* entstanden ist. Die Bücher- und Zeitschriftenpreise sind erheblich gestiegen, ebenso die Buchbinderkosten und die Ausgaben für Gehälter und Löhne. Ferner ist es für nötig befunden, eine Rückstellung für einen neuen Katalog in Höhe von 1000 *M* zu machen. Da es sich nun um eine ganz außerordentlich segensreiche Schöpfung des verstorbenen Stadtrats Lord handelt, die auch von dem Geheimrat Jüdel seinerzeit wesentlich unterstützt wurde, so hat der Vorstand der Jüdelstiftung beschlossen, dem Verein Volkslesehalle für das laufende Rechnungsjahr ausnahmsweise einen Zuschuß von 12 000 *M* zu gewähren, 3000 *M* mehr als im vorigen Jahre. Die Finanzkommission, die den Antrag auf Zustimmung zu dieser Gewährung der höheren Beihilfe geprüft hat, läßt Ihnen durch mich vorschlagen, die Genehmigung zur Zahlung eines Zuschusses von 12 000 *M* auszusprechen.

Die Versammlung stimmt der Bewilligung der 12 000 *M* zu.

2. Auerweitigte Verwertung städtischen Baulandes an der Goslarischen Straße und Erlass eines Statuts zur Ergänzung des Ortsbaustatuts.

Stadt v. **Rasche**: Es ist den geehrten Herren über diesen Punkt der Tagesordnung eine ausführliche Begründung seitens des Stadtmagistrats zugegangen,

auf die ich mich in meinem Referat beziehen kann. Im ersten Teile der Vorlage wird darauf hingewiesen, daß der Versuch des Baues von Kleinhäusern seitens der Stadt Braunschweig gezeigt hat, daß ein solches Vorgehen zu teuer wird, indem sich nur eine Verzinsung von $3\frac{1}{2}$ Prozent ergeben hat. Daraus wird der Schluß gezogen, daß es nicht ratsam sei, in derselben Weise fortzufahren. Eine besondere Schwierigkeit ergab sich für die Stadt auch noch daraus, daß die entstehenden Mietwohnungen verwaltet werden mußten. Es wird deshalb für die Verwertung des städtischen Geländes an der Goslarischen Straße eine andere Art vorgeschlagen, und zwar ein Verkauf an eine oder mehrere Genossenschaften oder an Private unter Bedingungen, daß der beabsichtigte Zweck des derzeitigen Kaufs dieses Geländes, nämlich daß in absehbarer Zeit Kleinwohnungen für die Einwohner unserer Stadt errichtet werden, vollständig erreicht wird. Beim Verkauf soll darauf Bedacht genommen werden, daß die Grundstücke nicht Gegenstand einer ungesunden Spekulation werden können. Aus diesem Grunde sollen in erster Linie stadtseitig die Grundstücke zum Selbstkostenpreise abgegeben werden, aber es soll der Stadt durch grundbuchamtliche Eintragung das Vorkaufsrecht gesichert und außerdem den Käufern die vertragliche Verpflichtung auferlegt werden, auf dem Grundstücke binnen einer bestimmten Frist Wohngebäude mit Kleinwohnungen zu errichten. Was sodann die Ausnutzung der einzelnen Grundstücke und insbesondere die Verhütung einer zu starken Bebauung betrifft, so läßt sich dieses Ziel durch den Erlass entsprechender statutarischer Vorschriften erreichen. Es erscheint dem Magistrat durchaus geboten, auf die Schaffung von besonderen Wohnungsquartieren Bedacht zu nehmen, denen weder durch zu starke Bebauung und zu hohe Gebäude in einem die Gesundheit der Bewohner gefährdenden Maße Licht und Luft entzogen, noch durch lästige Anlagen dauernde Nachteile und Gefährdungen zugefügt werden dürfen. Zulässig wäre die Festlegung von Bauzonen, innerhalb deren die Baufreiheit stufenweise eingeschränkt wird, und der Magistrat hält es für zweckmäßig, daß einzelne bestimmte Teilstücke des städtischen Gebiets ein für allemal als Wohnquartiere festgelegt werden, die Baubeschränkungen unterworfen werden. Erforderlich ist eine Einschränkung der Landesbauordnung über die Höhe der Gebäude, Zahl der Geschosse und die zulässige Bebauung der Grundstücke, was nach § 33 der Landesbauordnung durch Statut gesehen kann. Die Festlegung der Wohnquartiere soll der Beschlussfassung der städtischen Behörden und der Genehmigung des Herzoglichen Staatsministeriums von Fall zu Fall überlassen bleiben. Sollte dieses Vorgehen gebilligt werden, so würde es sich, wie der Magistrat schreibt, empfehlen, schon alsbald außer dem heute in Rede stehenden noch weitere Wohnquartiere festzulegen, und zwar einerseits, um die Erbauung einzelner Häuser, die den Charakter einer solchen Anlage stören können, auszuschließen, und andererseits, um der Industrie die Möglichkeit zu

geben, sich solches Gelände zu sichern, auf dem sie sich frei entwickeln kann, ohne durch die zu erlassenden Vorschriften beeinträchtigt zu werden.

Das wäre die Hauptsache aus dem Schriftstück, das die Herren in Händen haben. Ich glaube, wohl nicht nötig zu haben, es ausführlich zu verlesen, ich nehme an, daß die Herren sich damit bekannt gemacht haben. Namens der Baukommission habe ich zu erklären, daß sie sich für den ersten Teil des Antrages des Magistrats, „der empfohlenen Art der Verwertung des städtischen Baugebietes an der Koslarischen Straße zuzustimmen“, erklärt hat und Sie ersucht, diesen ersten Antrag gleichfalls zu genehmigen.

Stadtv. Wesemeier: Ich habe wirklich nicht viel von dem verstehen können, was der Herr Referent ausgeführt hat, und möchte dem Wunsche Ausdruck geben, daß die Herren, die über irgendeinen Punkt referieren, etwas lauter sprechen, damit wir über das, was uns die Kommission zu sagen hat, unterrichtet werden. Wenn ich mich an die Vorlage halte, so möchte ich folgendes ausführen.

Vorsitzender: Der Herr Referent hat ausgeführt, daß im allgemeinen die Baukommission der Vorlage zustimmt, Sie können also Ihre Ausführungen auf Grund der Vorlage machen.

Stadtv. Wesemeier: Ich kann nicht anerkennen, daß dieser Versuch, bei dem zwei Wohnhäuser gebaut sind, als ein abgeschlossener gelten kann zur Entscheidung der Frage, ob es angebracht sei, von seiten der Stadt Kleinwohnungen zu bauen oder nicht. Ich meine, man sollte erst noch weitergehende Versuche aufstellen und dabei darnach streben, diejenigen Fehler, die man vielleicht hier und da gemacht hat, und durch die der Bau solcher Kleinwohnungen verteuert wird, auszumergen. Die Erfahrung lehrt auch jedem Geschäftsmann und jedem einzelnen, der etwas unternimmt, wie er mit der Zeit seine Unternehmungen verbessern kann. Ich kann mich nicht damit einverstanden erklären, daß wir das Gelände, welches die Stadt für diesen Zweck gekauft hat, wieder veräußern, sondern bin in erster Linie dafür, daß die Stadt die Versuche fortsetzt. Erst auf Grund der weitergehenden Versuche kann man sich ein Urteil darüber erlauben, ob die Stadt wirklich nicht imstande ist, ebenso vorteilhaft wie jeder andere Kleinwohnungen zu bauen. Ich behaupte, daß das möglich sein muß. Man hat uns bei Schulbauten früher schon gesagt, es sei nicht möglich, daß die Stadt in der Weise baue; ich weiß aber nicht, weshalb das nicht möglich sein soll. Selbst die Solidität der Bauten braucht darunter nicht zu leiden.

Wenn die Versammlung trotzdem dazu kommen sollte, die weitere Errichtung von Kleinbauten durch die Stadt selbst abzulehnen, so würde ich jedenfalls dagegen sein, daß das Gelände irgendwelchen Privatleuten übermietet wird.

Selbst wenn durch Vertrag oder durch Eintragung in das Grundbuchamt bezüglich des Vorkaufsrechts der Stadt usw. uns Sicherheiten für die Verwendung der Grundstücke gegeben wären, so würde nicht zu vermeiden sein, daß bei einer event. Änderung des Zinsfußes die Mieten erhöht würden und dadurch auch eine Erhöhung der Mieten bei anderen Privatunternehmern folgen würde. Ich würde es vorziehen, das Gelände einer gemeinnützigen Gesellschaft zu übergeben, wie der Braunschweigischen Baugenossenschaft, die solide baut und schon vorzügliche Wohnungen gebaut hat. Aber ich meine auch: Was die Genossenschaft kann, das muß auch der Stadt nicht unmöglich sein. Grundsätzlich muß ich verlangen, daß die Stadt erst noch die Versuche weiterführt, und daß wir dann erst urteilen. Ich bitte Sie also, den Verkauf des in der Vorlage erwähnten Geländes abzulehnen und zu beschließen, daß die Stadt selber weiter Wohnhäuser zu Kleinwohnungen dort errichtet. Die Erfahrung wird uns lehren, daß auch im städtischen Betriebe die Errichtung und Vermietung von solchen Wohnhäusern besser sich gestalten wird, als der erste Versuch uns gelehrt hat.

Stadtv. Frede: Das Ziel, das mit dem Erwerb des Geländes an der Goslarischen Straße erreicht werden sollte, nämlich billige und gesunde Kleinwohnungen herzustellen, soll nicht geändert werden. Man könnte allerdings auch da noch Bedenken haben und könnte einwenden: Es müßte erst festgelegt werden, ob ein Mangel an Kleinwohnungen vorhanden ist. Auf Grund einer Erhebung könnte ermittelt werden, ob zu befürchten ist, daß nach dem Kriege ein Mangel an solchen Wohnungen eintreten wird. Es wird so etwas für Braunschweig und auch im allgemeinen von manchen Seiten behauptet, aber von manchen Seiten auch bestritten. Die Erhebungen im Reichsarbeiterwochenblatt im Frühjahr d. J. geben denjenigen recht, die keine Kleinwohnungsnot befürchten. An einigen Orten mag eine solche wohl vorkommen, im allgemeinen ist es wohl aber nicht der Fall. Doch will ich gegen das Ziel, das die Stadt sich hier gesteckt hat, nicht sprechen, es ist ein gutes Ziel und mag weiter verfolgt werden. Wenn nun der Magistrat einsieht, daß es zu außergewöhnlich großen Opfern führt, wenn er dieses Ziel auf dem betretenen Wege erreichen will, und wenn er deshalb einen anderen Weg, der nicht so opferreich ist, vorschlägt, so finde ich das gerechtfertigt und kann nur unterstützen, was der Magistrat erstrebt. Überhaupt muß ich gegenüber den Experimenten, die in manchen Städten in der Wohnungsbeschaffung gemacht werden, erklären, daß ein gesunder Geist diese Vorlage eingegeben hat. Ich erkenne das besonders in folgenden Punkten: Erstens, die Stadt verzichtet nach den üblen Erfahrungen, die sie gemacht hat, auf einen eigenen Bau von Kleinwohnungen. Wir haben damals, als der Bau der Wohnungen für die städtischen Beamten und Arbeiter beantragt wurde, den Magistrat schon darauf hingewiesen, daß diese Er-

fahrung nicht ausbleiben würde; man hätte sie sich also eriparen können. Aber die Sache ist nun einmal Mode geworden; die Städte haben vielfach die Errichtung solcher Kleinwohnungen in eigene Regie genommen, und man mußte erst übele Erfahrungen selber machen, ehe man davon abging. Die Stadt verzichtet zweitens darauf, für die Wohnungsbeschaffung der städtischen Arbeiter und Beamten zu sorgen, wie das auf Seite 5 der Vorlage zum Ausdruck gebracht ist. Auch da haben wir schon von vornherein gesagt: Die städtischen Beamten und Arbeiter haben zu keiner Zeit zu befürchten, daß sie keine Wohnung bekommen könnten; es sind geuchte Mieter, für die die Stadt nicht zu sorgen braucht. Es wird vom Magistrat auch zugestanden, daß keine Neigung unter den Angehörigen gleichartigen Berufs besteht, an einer Stelle zusammen zu wohnen. Drittens ist der Ansicht des Stadtmagistrats über das Erbbaurecht, wie es in der Vorlage ausgeführt ist, durchaus beizupflichten, denn es hat seine großen Mängel. Es liegt auf der Hand, daß diejenigen, die nicht auf eigenem Grund und Boden bauen, nicht mit derselben Solidität und Sorgfalt an die Errichtung der Häuser gehen und für Erhaltung der Häuser sorgen, als wenn sie Eigentümer derselben wären. Etwas, was nicht in der Vorlage steht, ist dabei wohl auch noch zu berücksichtigen: auch die Hypothekengläubiger haben kein Interesse daran, solche Häuser zu beleihen, bei denen der Grund und Boden nicht Eigentum des Hausbesizers ist. Viertens ist der Magistrat der Meinung, daß die Überleitung in freies Eigentum eine bessere Bürgschaft gibt für eine gute Einrichtung, für Erhaltung der Gebäude und ihre weitere Bewirtschaftung. Dem ist durchaus beizustimmen. Es ist selbstverständlich, daß jemand, der weiß: „Dies ist mein eigener Grund und Boden, mein eigenes Haus“, ein ganz anderes Interesse für alles hat, was dazu dient, die Grundstücke gut zu erhalten, sie weiter zu entwickeln, falls Land dazu gehört, es möglichst in vernünftiger, wirtschaftlicher Weise auszubauen, als wenn er nur Pächter ist, denn als solcher muß er mit der Rückgabe des Grundstücks rechnen. Fünftens hat der Magistrat sich für Schaffung von gesunden und ruhigen Wohnquartieren ausgesprochen. Das ist auch ein sehr freudig zu begrüßender Standpunkt. Wenn das früh genug geschehen wäre, dann würden die unangenehmen Zustände nicht vorhanden sein, die jetzt vielfach dadurch herrschen, daß gewisse gewerbliche Einrichtungen bestehen, die das Wohnen in bezug auf Ruhe und auch sonstwie beeinträchtigen. Das alles sind nach meinem Dafürhalten durchaus gesunde Gesichtspunkte, die vom Magistrat in der Vorlage hervorgehoben sind.

Nun sollen Beschränkungen bei der Bebauung des Geländes ausgesprochen werden. Häuser sollen nur in der Höhe von 11 m gestattet werden, es soll ein Obergeschoß und ein ausgebautes Dachgeschoß von der halben Länge des Gebäudes erbaut sein, die Bebauung nur bis zur Hälfte des Grundstücks zugelassen werden, bei Eckhäusern bis zu drei Fünfteln, und die Bebauung soll nur bis zu 15 m Tiefe

stattfinden. Milderungen sollen allerdings auch gestattet sein: auf Grundstücken an Straßen, deren Breite das Maß von 13 m übersteigt, dürfen 14,5 m hohe Gebäude errichtet werden und unter Wegfall des ausgebauten Dachgeschosses mit einem zweiten Obergeschoß versehen werden. Es unterscheiden sich dann diese Häuser nur noch durch ein Stockwerk von dem in Braunschweig geltenden Typus. Warum nun gerade diese Flachbauten, die ja jetzt modern sind, bevorzugt werden sollen, weiß ich nicht. Es kann nicht behauptet werden, daß unsere modernen Privatbauten, die drei Obergeschosse haben, aus diesem Grunde ungesund sind. Auch diese Gebäude können so hergestellt werden, daß die Wohnungen genügend Licht und Luft haben; die Sonne kann bei genügender Straßenbreite und genügendem Seitenabstande bis in die untersten Wohnungen kommen; der Umstand, daß ein Stockwerk mehr auf den Häusern errichtet ist, berechtigt nicht, die Wohnungen darin als ungesund zu bezeichnen. Der Direktor des Reichsgesundheitsamts, Dr. Flügge, der eine Arbeit über Kleinhauseinfamilien herausgegeben hat, pflichtet nicht der Meinung bei, daß Großstadtwohnungen als solche ungesund sind, sondern vielmehr dadurch ihre Ungesundigkeit erhalten, daß die Wohnsitten, die Art des Wohnens vielfach fehlerhaft sind und dadurch die Forderungen der Hygiene nicht gewahrt werden. Ich werde einen Antrag stellen, daß diese Art der Wohnungsfürsorge in Braunschweig eingeführt werde. Das Ziel ist, billige und gesunde Kleinwohnungen zu errichten. Ob durch die Beschränkung, die der Magistrat hier ausspricht, wie ich glaube, mehr dem Zuge der Zeit, gewissermaßen der Mode folgend, dazu beiträgt, billige Wohnungen herzustellen, das möchte ich bezweifeln. Mir stehen die Häuser der Braunschweiger Baugenossenschaft auf der Virchowstraße vor Augen. Die sind vierstöckig (das Erdgeschoß mitgerechnet), haben einen Balkon und sehen reizend aus. Ich bin darin gewesen. Es ist eine Freude, die Ausstattung der Wohnungen zu sehen. Die Baugenossenschaft wird wissen, wie sie wirtschaftlich zurechtkommt. Sie arbeitet nicht, um Reichtümer zu erwerben, aber sie wird eingesehen haben, daß zu einer wirtschaftlichen Gestaltung des Bauplans, zu einem Auskommen mit mäßigen Mieten, dieses Obergeschoß nötig ist. Ob die Baugenossenschaft, wie in der Vorlage gemeint ist, sich in erster Linie für das Baugelände an der Goslarischen Straße meldet und unter diesen Beschränkungen bauen will, fragt sich; ich möchte es bezweifeln. Der Magistrat glaubt, wenn die Baugenossenschaft es nicht tut, werden die Privaten sich melden. Auch das glaube ich nicht. Wenn die Baugenossenschaft bei ihren Erleichterungen und Unterstützungen in bezug auf billige Hypotheken nicht darangeht, dann werden die Privaten auch ihre Hand davonlassen. Was nun die Gesundheit einer Wohnung betrifft, so sind nicht so sehr die Räumlichkeiten an sich dafür maßgebend, als vielmehr das Wohnen darin, die Wohnsitte. Ich kann mir sehr wohl denken — und das wird von Dr. Flügge bestätigt —, daß in Kleinwohnungen, wo fein

Unjug in der Art getrieben wird, daß z. B., wie es vielfach vorkommt, Kaninchen und sogar Geflügel in der Wohnung gehalten wird, daß Kleinwohnungen, die ordnungsmäßig gelüftet werden, so daß die Feuchtigkeit ausströmen kann, in sanitärer Beziehung vollständig einwandfrei sind. Dafür müßte gesorgt werden durch Anstellung von Pflegern, die die Leute zu ordnungsmäßiger Wohnsitte anhalten. Man redet von Wohnungen, in denen Krankheiten, wie Schwindsucht, großgezogen werden. Das ist nicht berechtigt durch den Hinweis auf die Wohnung an sich. Dr. Klügge sagt: Es ist nicht ein Beweis dafür vorhanden, daß eine Wohnung eine solche Eigenart an sich hat, sondern nur die Wohnsitte ist das, was schädigend wirkt. Ich möchte deshalb in Ergänzung der Wohnungsfürsorge, die der Magistrat mit diesem Teile der Vorlage angetreten hat, den Herren die Annahme folgenden Antrags empfehlen:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle den Stadtmagistrat um Einführung der Wohnungspflege ersuchen.“

Ich habe diesen Antrag schon im Jahre 1909 gestellt. Es wurde damals vom Magistratsstische aus erwidert, die Ausführung dieses Antrages sei nicht so einfach, da sie einen Eingriff in die Privatrechte der Wohnungsinhaber in sich schloße. Aber schon damals war in Darmstadt und Kassel die Einrichtung der Wohnungspflege getroffen, und ihre weitere Einführung hat stark zugenommen. Wir haben Wohnungsinpektoren in Baden, einen Landeswohnungsinpektor in Hessen. Daß diese Eingriffe in das Privatrecht durchaus nicht tragisch empfunden werden, können Sie daraus ersehen, daß sich keine Opposition gegen die Wohnungsinpektion erhoben hat, sondern die Leute einsichtig genug gewesen sind und die Belehrungen, die ihnen gegeben sind, angenommen haben. Der Landeswohnungsinpektor in Hessen und der in Baden sprechen sich für die Wohnungspflege neuerdings so warmherzig aus, daß man nur wünschen kann, daß wir darin folgen, und Direktor Dr. Klügge tut das ebenfalls.

Einen Punkt habe ich noch in der Wohnungsfürsorge vermißt; das ist die Wohnungsfürsorge für kinderreiche Familien. (Zuruf: Wir sind nicht bei der Wohnungsfürsorge!) Gestatten Sie mir, daß ich das im Zusammenhange Ihnen vorstelle.

Vorsitzender: Die Ausführungen des Herrn Frede scheinen mir als Material für einen selbständigen Antrag geeignet zu sein; ich bitte ihn deshalb, sich kurz zu fassen.

Stadtv. **Frede** (fortfahrend): Die kinderreichen Familien werden bis heute in der Wohnungsfürsorge ganz unberücksichtigt gelassen, und bei ihnen tut Hilfe dringend not. Auch die Privathilfe hat sich schon daran gemacht, in dieser Richtung einzugreifen; in Dresden z. B. haben wir die Krenkel-Stiftung. Aber auch

die Wohnungsinspektoren haben sich dafür aufgelegt und gefordert, hier Hilfe zu bringen. Kinderreiche Familien werden in den Wohnungen nicht gern gesehen; der Unverstand sagt, daß die Hauswirte sie nicht haben wollten. Das ist selbst nach der „Freien Presse“ nicht der Fall, denn darin wird ausgeführt, daß es meist die ruhigen Mieter sind, die vom Wirte verlangen, daß das Haus ruhig gehalten werde, indem keine kinderreichen Familien in das Haus aufgenommen werden. Selbstverständlich muß der Hauswirt wohl oder übel auf solche Wünsche Rücksicht nehmen. Mir tut es sehr weh, wenn ich in der Zeitung lese, daß kinderreiche Familien Schwierigkeiten haben, Unterkunft zu finden, und es muß auch von uns aus etwas geschehen, damit vermieden wird, daß kinderreiche Familien obdachlos bleiben oder in die schlechtesten Teile der Stadt gedrängt werden. Ich verlange nicht, daß die Stadt Bauten für diese Leute auführt. Dr. Kämpfmeier schlägt vor, daß gewisse Hauswirte sich verpflichten möchten, nur solche Familien aufzunehmen, und daß man ihnen dafür billige Hypotheken geben solle. Wie das gemacht wird, das kann in der Kommission überlegt werden. Jedenfalls ist es eine Sache, die der Unterstützung würdig erscheint, und ich bitte Sie deshalb, daß Sie auch diesen meinen *zweiten Antrag* annehmen:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle den Magistrat eruchen, auf die Beschaffung geeigneter Wohngelegenheit für kinderreiche Familien Bedacht zu nehmen.“

Stadtv. Rasche: Die Magistratsvorlage ist eine Arbeit, die lange Zeit in Anspruch genommen hat, und auch die Baukommission und andere Kommissionen hat diese Sache sehr lange beschäftigt. Man kann jedes Wort, das in der Vorlage steht, gutheißen und unterschreiben. Wenn Herr Wesemeier sagt, man könne außer diesem Versuch noch andere unternehmen, so kann man ihm in der Weise zustimmen, daß das bisherige Vorgehen ein Versuch gewesen ist und das nun Vorgeschlagene wieder ein anderer Versuch ist, um die Errichtung von Kleinwohnungen zu fördern. Ich empfehle nochmals, die Vorschläge des Magistrats anzunehmen; es ist der Mühe wert, in dieser Weise einmal einen Versuch zu machen.

Oberbürgermeister Hetemeyer: Herr Wesemeier ist grundsätzlicher Gegner der Veräußerung dieses Geländes. Wenn man ihm folgen wollte, so bliebe nichts weiter übrig, als daß die Stadt selber die Grundstücke bebaute, denn zu landwirtschaftlichen Zwecken könnten sie von uns nicht dauernd verwendet werden. Nun haben wir Ihnen das Resultat des Versuchs, den wir auf Ihren Wunsch mit der Erbauung von Wohnhäusern dort gemacht haben, vorgelegt. Es wäre zweckmäßig gewesen, wenn vor der Beratung des gegenwärtigen Punktes der Tagesordnung der Bericht darüber erstattet wäre. Herr Wesemeier sagt, der eine Versuch genüge nicht. Wünscht Herr Wesemeier, daß wir noch drei Häuser dort bauen? Wie weit

sollen wir den Versuch ausdehnen? Soll das ganze Gelände von uns bebaut werden, dann ist es kein Versuch mehr; und ein solches Vorgehen hält der Magistrat auch für bedenklich. Ich sollte meinen, Sie müßten auf Grund der Abrechnung sich schlüssig machen können darüber, ob wir weiter mit dem Bau von solchen Kleinwohnungen fortfahren wollen. Wir sind der Ansicht, daß es sich nicht empfiehlt; auch wenn wir uns bemühen würden, billiger zu bauen, wird eine einigermaßen erträgliche Verzinsung des aufgewandten Kapitals nicht herauskommen. Bei diesen Bauten, die wir auf einem verhältnismäßig billigen Gelände errichtet haben, ist eine Verzinsung von knapp $3\frac{1}{2}$ Prozent herausgebracht. Wenn wir dem gegenüberhalten, daß die Braunschweigische Baugenossenschaft, deren solide Bauweise Sie wahrscheinlich alle kennen, bei ihrem Unternehmen noch 4 Prozent Dividende herauswirtschaftet, so ist der Unterschied so groß, daß ich mir sagen muß: Wir verzichten besser darauf, stadtseitig solche Häuser zu bauen, und wenden uns dafür an die gemeinnützigen Genossenschaften. Sie könnten sagen: Wenn der Magistrat die Absicht gehabt haben sollte, in dieser Weise vorzugehen, dann wäre das ganze Unternehmen des Ankaufs von Grund und Boden an der Goslarischen Straße nicht nötig gewesen. Demgegenüber möchte ich darauf hinweisen, daß bei der Zerstückelung unserer städtischen Feldmark die Schaffung solcher Wohnquartiere, wenn man dem Privatunternehmer das Zusammenkaufen solcher Stücke überläßt, kaum durchführbar sein würde. Es wird immer der eine oder andere unter den Grundeigentümern sein, der es verhindert, daß eine derartige Anlage bei einem freihändigen Ankauf möglich wird. Der Vorteil, den wir erreichen, ist der, daß wir durch Ankauf und Enteignung eine ungefähr 20 Morgen große Fläche zusammengebracht haben, auf der ein gesundes Wohnquartier entstehen kann. Damit haben wir einen wesentlichen Fortschritt auf dem Gebiete der Wohnungsfürsorge angebahnt, ganz einerlei, wer schließlich auf diesem Gelände baut. Wenn aber der Magistrat sagt: „In erster Linie wollen wir abwarten, ob sich eine gemeinnützige Genossenschaft findet, die das Terrain verwertet, und bei der wir die Gewißheit haben, daß sie nicht der Spekulation halber die Grundstücke bebaut und nachher Wucher damit treibt“, und wenn er weiter erklärt: „Nur für den Fall, daß solche Gesellschaften sich nicht finden sollten, müssen wir auf den Verkauf an Private Bedacht nehmen“, so ist doch dagegen nichts einzumenden, wenn die angeführten Baubeschränkungen den Käufern auferlegt werden. Im übrigen handelt es sich heute nicht um den Verkauf des Grundstücks, sondern nur um eine grundsätzliche Festlegung der Bedingungen. Der Magistrat wird Ihnen über jede Fläche, die demnächst verkauft werden soll, eine Vorlage zugehen lassen; heute soll nur die Grundlage für abzuschließende Verkaufsverträge von Ihnen im voraus gebilligt werden, damit wir wissen, wie wir vorgehen sollen. Da Herr Wesemeier ein grundsätzlicher Gegner des Verkaufs des einen oder anderen Bau-

platzes an eine Einzelperson ist, so möchte ich darauf hinweisen, daß angestrebt wird, unseren verwundeten Kriegern Heimstätten zu schaffen. Sollen alle diese Kriegsbeschädigten nur Mieter werden oder Erbbaurechtsverträge abschließen? Für die letztere Rechtsform haben sie wohl, besonders in unserer Gegend, keine Neigung. Dann bleibt also nichts anderes übrig, als daß wir ihnen, soweit wir es können, einen Bauplatz überlassen. Ich verstehe nicht, wie Herr Wesemeier das grundsätzlich verwerfen kann! Ich möchte bitten, der Vorlage zuzustimmen.

Nun zu dem, was Herr Frede vorbrachte. Ich habe die Worte des Herrn Rasche so aufgefaßt, daß er zunächst nur über die Grundsätze des Verkaufs Bericht erstatten wollte und mit Zustimmung des Herrn Vorsitzenden die Berichterstattung über das Statut — zu dem Herr Frede schon gesprochen hat — sich noch vorbehalten wollte. Wenn wir auf die Worte des Herrn Frede eingehen, kommen wir um das Referat des Herrn Rasche. Ich frage deshalb: Wollen wir jetzt die ganze Vorlage in eins behandeln?

Vorsitzender: Ich nehme an, daß Herr Rasche nachher in seinem Referat fortfahren wird.

Oberbürgermeister Metemeyer: Dann will ich lieber nachher auf das erwidern, was Herr Frede vorgebracht hat, und bitte, jetzt nur über die Grundsätze für den Verkauf dieses Geländes zu sprechen.

Vorsitzender: Es meldet sich niemand mehr zum Wort. Ich bitte diejenigen Herren, die den Standpunkt des Magistrats teilen und ihn ermächtigen wollen, die Grundstücke, soweit sich Genossenschaften oder ähnliche gemeinnützige Vereinigungen dafür finden, an solche und eventuell auch an Private zu veräußern, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Das ist die Mehrheit.

Stadtv. Rasche (als Referent für das Statut): Es könnten die Paragraphen von mir verlesen werden und im einzelnen darüber abgestimmt werden. Oder soll über das Statut gleich im ganzen abgestimmt werden? Das Referat darüber hat Herr Frede ja schon gegeben.

Vorsitzender: Ich bitte Sie, nur im ganzen anzugeben, welches der Sinn des ganzen Statuts ist.

Stadtv. Rasche (gibt den Inhalt des Paragraphen 31 a, 1 a und b an): Ich möchte hier gleich einfügen, daß deshalb die Zahl der Geschosse beschränkt ist, damit für jede Familie ein Gartenplatz angewiesen werden kann. Würde man die Gebäude noch um ein Stockwerk erhöhen, so würden zwei Gartenplätze mehr erforderlich sein und die Grundfläche im ganzen größer bemessen werden müssen.

Die Maßnahme, daß die Zahl der Geschosse beschränkt wird, halte ich für sehr angebracht. Ein Hauptpunkt ist noch der, daß die einzelnen Grundstücke nur bis zur Hälfte, Eckgrundstücke jedoch bis zu drei Fünfteln ihrer gesamten Größe bebaut werden dürfen (§ 31 a 1 c). Unter Nummer d ist vorgelesen, daß die Grundstücke nicht in einer größeren Tiefe als 15 m hinter der Straßeneinfachlinie bebaut werden dürfen. Damit wird erzielt, daß der Raum hinter den Häusern von Gebäuden frei bleibt, so daß für die rückwärts anstoßenden Grundstücke Luft und Licht geschaffen ist. Auch das ist ein Vorzug, der mit diesem Versuch eingeführt wird. Eine Ausnahme bezüglich der Zahl der Stockwerke wird gemacht bei Grundstücken an Straßen, deren Breite das Maß von 13 m übersteigt; hier sollen 14,5 m hohe Gebäude mit einem zweiten Obergeschoße zulässig sein. Auf diese Weise wird es möglich, den Bauplatz wirtschaftlich auszunutzen. (Medner gibt darauf noch den Inhalt der Punkte 2 und 3 des § 31 a, sowie den des Artikels II an.)

Ich bitte, das Statut so anzunehmen, wie es vorgeschlagen ist, da auch hier jede Änderung ausgeschlossen erscheint.

Oberbürgermeister Metemeyer: Herr Frede hat diesen Statutenentwurf insofern beanstandet, als er nicht wünscht, daß eine Beschränkung der Höhe und der Gebäude eintritt. Weitere Beanstandungen habe ich aus seinen Worten nicht heraus hören können. Nun läßt sich ja darüber streiten, ob es richtig ist, Bestimmungen über diese Dinge zu treffen. Ich will bemerken, daß die Vertretung der Baugenossenschaft erklärt hat, sie hätte Bedenken, sich auf derartige Beschränkungen einzulassen, und wünsche die Freiheit zu haben, vierstöckige Häuser zu bauen. Im Magistrat aber waren wir der Ansicht, daß es wünschenswert sei, auf diesem immerhin preiswerten Gelände, das wir gewonnen haben, den Versuch zu machen, nicht himmelhohe Häuser zu errichten. Die Häuser der Baugenossenschaft sind gut und gesund, daß sie aber einen schönen Anblick gewähren, bedaure ich nicht anerkennen zu können. Der Magistrat war der Ansicht, wir sollten etwas schaffen, was den Charakter einer Kleinhausiedlung hat, und ich sollte meinen, auch die Stadtverordnetenversammlung sollte sich damit einverstanden erklären können, zumal es sich um einen Versuch handelt. Werden wir das Baugrund unter den gestellten Bedingungen nicht los, und wird allgemein versichert: „Nur die Beschränkung in bezug auf die Höhe der Gebäude ist das Hindernis“, dann müßten wir uns ja überlegen, ob wir die Bestimmungen nicht ändern sollten. Herr Masche hat schon auf einen Punkt hingewiesen, den wir dabei im Auge hatten. Wir hatten den Wunsch, den Wohnungsinhabern ein Gartenstück zu überweisen, nicht in der Weise, daß jeder Hausbewohner einen Viertelmorgen Land erhielt, aber ein Fleckchen Garten sollte jedem Mieter übergeben werden können. Nun ist ohne

weiteres klar, daß die Schaffung eines Gartenplatzes für jeden Mieter erheblich erschwert wird, wenn man 8 Familien in einem Hause wohnen läßt. Je weniger Familien in dem einzelnen Hause wohnen, um so leichter ist es, jeder etwas Gartenland zuzumessen. Ich möchte bitten, einstweilen an diesem Versuch festzuhalten und die Beschränkung auf 2½stöckige Häuser bestehen zu lassen.

Sodann hat Herr Frede mit diesem Statut die Wohnungsaufsicht zu verquicken versucht. Ich weiß nicht, ob Herrn Frede bekannt ist, daß die Stadt Braunschweig Vorschriften über Wohnungsaufsicht erlassen hat, und weiß auch nicht, was Herr Frede noch einzuwenden hat. Eine Beaufsichtigung durch Beauftragte des Magistrats in der Weise, daß darauf gesehen wird, daß die einzelnen ihr Wohnungsrecht nicht mißbrauchen, ist schwer durchzuführen; ich weiß nicht, ob wir das durchsetzen können. Wenn Herr Frede auf Städte in Hessen und Baden hingewiesen hat, so bin ich darüber nicht unterrichtet, es werden da wahrscheinlich andere gesetzliche Vorschriften gelten. Wir Franken hier an dem Umstande, daß gesetzliche Vorschriften in bezug auf diese Materie fehlen und immer nur mit Hilfe der Polizei versucht wird, vorzugehen. Es müßte ein Gesetz erlassen werden, das den Behörden die Möglichkeit gibt, sowohl gegen Hausbesitzer wie gegen Mieter wegen Mißbrauchs der Wohnung vorzugehen. Solange wir ein solches Gesetz nicht haben, in dem auch Strafvorschriften enthalten sind, müssen wir auf weitere Ausgestaltung der Wohnungsaufsicht verzichten. Ich kann verraten, daß in dem Entwurf der neuen Bauordnung diesbezügliche Vorschriften enthalten sein sollen, wie mir der Verfasser derselben selbst gesagt hat.

Weiter hat Herr Frede einen Antrag eingebracht, in dem gewünscht wird, der Magistrat möchte Wohnungen für kinderreiche Familien schaffen. Das heißt, ein großes Wort gelassen aussprechen. Ich weiß nicht, wie Herr Frede sich dies denkt. Sollen wir städtische Häuser bauen und unterhalten, in die wir nur kinderreiche Familien aufnehmen? Das wird kaum gehen. Ich will aber zugeben, daß unser Vorgehen bei dieser Vorlage ganz wesentlich die kinderreichen Familien mit im Auge gehabt hat. Wir haben erfahren, daß die Braunschweigische Baugenossenschaft grundsätzlich nicht Leute mit zahlreichen Kindern von ihren Wohnungen ausschließt. Das hat mir der Vertreter der Baugenossenschaft ausdrücklich zugesichert. Wenn wir also das Terrain an der Goslarischen Straße dieser Genossenschaft überließe, so kämen wir in dieser Hinsicht einen erheblichen Schritt weiter. Gründlich läßt sich diese Frage überhaupt niemals lösen. Das Bestreben der Hausbesitzer, ruhige Mieter zu haben, wird immer bestehen. Das beste Hilfsmittel gegen die Wohnungsnot kinderreicher Familien ist natürlich ein reiches Angebot von Wohnungen bei geringer Nachfrage, und dazu soll auch die Vorlage dienen. Wir wollen auf preiswertem Terrain die Erbauung billiger kleiner Wohnungen ermöglichen, das ist der Sinn unserer ganzen Vorlage.

Stadtv. Meyerhoff: Bei den Verhandlungen im Landtage war die Frage der Siedelung ein breit behandeltes Thema, und es wurde eine Kommission gebildet, die dieser Sache nachzugehen hatte. Auch im Landtage wies ich schon darauf hin, daß es zweckmäßig wäre, von seiten des Landes für die ärmsten und für die kinderreichen Familien zu sorgen. Wenn das der Stadt gelingt, so ist es ein großer Schritt vorwärts. Was das allbekannte Lied von dem Flachbau im Gefolge hat, das wissen Sie. Es geht das Schlagwort von den Mietkaserne um. Wenn 8 Familien in einem Hause wohnen, wird es dadurch zur Mietkaserne? Wo aber nur 6 Familien im Hause sind, kann man da nicht von einer Mietkaserne reden? Die Unterscheidung ist mir ziemlich schleierhaft. Ich begreife allerdings, daß Herr Frede unmittelbar sagt: Ich bin entschieden für vierstöckige Häuser. In der Baukommission aber sind wir uns darüber einig geworden, daß wir einen Versuch mit zwei Stockwerken und einem ausgebauten Dachgeschoß, in dem sich auch zwei Wohnungen befinden, machen wollten, so daß sich also sechs Wohnungen in einem Hause befinden. Wir wollten sehen, wie man damit zurechtkommt. Wie der Herr Oberbürgermeister eben ausführte, und wie uns auch schon in der Kommission bekannt war, schienen die Braunschweigische Baugenossenschaft und andere Genossenschaften keine Neigung zu haben, das Terrain an der Goslarischen Straße zu erwerben. Das finde ich wunderbar, denn bis jetzt hat die Baugenossenschaft ihr Terrain anfänglich mit 5 *M* für das Quadratmeter erworben, nachher hat sie mehr und mehr zahlen müssen, hat auch Terrain erworben, wo das Quadratmeter 20 *M* kostete. Das Terrain, das die Stadt hier abzugeben hat, kostet vielleicht die Hälfte dieses letzten Preises, an einigen Stellen vielleicht eine Kleinigkeit mehr, an anderen Stellen ist es aber vielleicht noch billiger. Ich sollte meinen, wenn solcher Baugenossenschaft und dem einzelnen ein Terrain zum Preise von 10 *M* pro Quadratmeter angeboten wird, bei dem die Straßenbaukosten schon zugerechnet sind, so ist das ein gewaltiger Vorteil. Nehmen wir ein Grundstück von 4 *Mr* an, so sind das schon 4000 *M* mehr in der Umlage, wenn der Preis des Quadratmeters auf 20 *M* zu stehen kommt. Ich sollte meinen, wir könnten vorläufig der Vorlage ruhig zustimmen und abwarten, was die Baugenossenschaft und andere Genossenschaften beschließen werden.

In bezug auf das, was Herr Wesemeier wünscht, daß ein zweiter Versuch durch die Stadt gemacht wird . . . (Vorsitzender: Die Sache ist ja erledigt.) Nun, ich kann es ja noch ganz kurz erwähnen. Wie es kommen wird mit dem Verkauf des Geländes an der Goslarischen Straße, das können wir jetzt noch nicht absehen. Daß aber vorläufig keine Meinung, in keinerlei Kreisen, zum Bauen herrscht, das wird Herr Wesemeier begreifen. So könnte die Stadt vielleicht dahin kommen, daß wir noch 20 Jahre hängenbleiben an dem Terrain. Es für die landwirtschaftliche Nutzung zu verpachten, würde sich zu schlecht rentieren. Des-

halb ist auch die Baukommission in ihrer Majorität gegen nur zwei Stimmen dahin sich einig geworden, die Annahme der Vorlage zu empfehlen.

Stadtv. Wesemeier: Das Statut soll sich jetzt gleich auf das Gelände an der Goslarischen Straße beziehen. Ich freue mich, das Statut zu bekommen, und meine sogar, daß es sehr wünschenswert wäre, daß wir die Vorschriften des Statuts auf das ganze Stadtgebiet ausdehnen könnten, denn dann würden wir gesunde Wohnungsverhältnisse bekommen. Aber ich befürchte, daß wir unter der heutigen kapitalistischen Wirtschaftsweise Arbeiterwohnungen nach diesen Grundsätzen und in solchen Gebäuden, wie sie hier vorgeschrieben werden, für das ganze Stadtgebiet nicht bekommen werden. Es wäre mir ja sehr lieb, wenn es auf irgend einer Stelle im Stadtgebiet möglich wäre, solche Wohnungen für Arbeiter und noch lieber für kinderreiche Familien zu errichten. Bei einem solchen Preise jedoch, wie ihn der Baugrund im Stadtgebiet erreicht hat, halte ich es für vollständig ausgeschlossen, daß diese Grundsätze Anwendung auf neu zu errichtende Arbeiterwohnungen bekommen. Erst durch Eingemeindungen und dadurch, daß größere Komplexe von Domänen und Kammergütern erworben werden, auf denen Wohngebäude errichtet werden können, würde das möglich sein. Das Gelände an der Goslarischen Straße zu dem Zwecke zu verwenden, solche Wohnungen für Arbeiter herzustellen, wird kaum angehen, denn 500 *M* Miete können die Arbeiter nicht bezahlen. Ich würde mich allerdings freuen, wenn es trotzdem möglich wäre, auch dieses Gelände an der Goslarischen Straße zu Arbeiterwohnungen unter den Bestimmungen, wie sie hier vorliegen, zu benutzen.

Nicht unwidersprochen lassen möchte ich den Ausspruch des Herrn Frede, daß die Mieter schuld seien, wenn kinderreiche Familien keine Wohnung finden könnten. Auch wir wünschen, daß kinderreiche Familien gut untergebracht werden. Wenn das richtig wäre, was Herr Frede sagt, daß nur die Mieter schuld an der Wohnungsnot der kinderreichen Familien seien, dann müßte das auch bei der Braunschweigischen Baugenossenschaft zutreffen. Das ist aber nicht der Fall; da redet keiner der Bewohner über die vielen Kinder, die in diesen Häusern wohnen. Aber in empörend beleidigender Weise kommen viele Hauswirte von Häusern mit reinen Arbeiterwohnungen den wohnungsuchenden Arbeitern mit der Frage entgegen: Wieviel Kinder haben Sie? Es ist nicht richtig, wenn den Mietern die Schuld an solchem Widerwillen gegen kinderreiche Familien gegeben wird, sonst müßte sich auch in den zahlreichen Häusern der Baugenossenschaft ein solcher Widerwille bemerkbar gemacht haben. Die Baugenossenschaft nimmt grundsätzlich die Familien auf, wie sie sich melden; ob viele Kinder vorhanden sind oder wenig, ist gleichgültig. Es wohnen in ihren Häusern Familien mit zahlreichen Kindern neben kinderlosen Familien. Daß hier nicht gegen die Kinder Einsprache erhoben ist, ist

wohl ein deutlicher Beweis dafür, daß das nicht richtig ist, was Herr Frede behauptet hat.

Stadt v. Frede: Der Herr Oberbürgermeister meinte, daß auf dem Gelände an der Goslar'schen Straße keine himmelhohen Gebäude errichtet werden sollten. Nun, der Herr Oberbürgermeister verteidigte die Vorlage, und dann sagt man auch einmal etwas, was über das hinausgeht, was man im Auge hat. Himmelshohe Gebäude — dann würde es ein zweites Newyork; Wolkenkratzer will ich natürlich auch nicht haben. Ich habe gesagt, daß der Umstand, daß der Typ der dreigeschoßigen Gebäude für ungesund erklärt werden konnte, wie es im Landtage geschehen ist, zu den Übertreibungen gehört. „In der Mietkaserne wird der Patriotismus getötet, die Volksgesundheit zerrüttet, die sittlichen Zustände sind schreiender Art“, das alles sind Übertreibungen. Es ist das der Stil, wie man ihn in bodenreformerischen Schriften findet, und dagegen wehren wir uns. Im übrigen bin ich nicht gegen das Statut. Wir sagten uns schon im voraus, als die ersten Häuser gebaut werden sollten: „Der Magistrat wird auf dem Wege nicht fortgehen“, und das wird heute bestätigt. Es lassen sich keine preiswerten Arbeiterwohnungen unter den Beschränkungen, wie sie hier vorgesehen sind, herstellen. Wenn noch ein Stockwerk aufgesetzt wird, dann ist eine bessere Ausnutzung des Grund und Bodens möglich, und die einzelne Wohnung kann billiger werden. Das ist eine Hauptfrage; das sehen Sie daran, daß die kleinen Wohnungen in unseren mittelalterlichen Vierteln eben wegen ihrer Billigkeit alle belegt sind. Es wäre schön, wenn man eine wirksame Fürsorge Platz greifen lassen wollte, so daß man die Leute aus jenen Löhern herausbrächte. Aber das ist nur möglich auf einem anderen Wege, indem man die Überschüsse der Landesbrandkasse z. B. dafür verwendete, an dieser Stelle bessere Wohnungen zu bauen. Ich meinte mit meinen Ausführungen nur, man sollte diese vier Stockwerke nicht in Verruf bringen. Im übrigen mache ich auf folgendes aufmerksam. Denken Sie sich, es wird ausgeschrieben: Die Bauten sollen die Höhe von 11 m nicht überreichen und ausnahmsweise 14½ m hoch sein. Dann ist das ein Maß, das mit Rücksicht auf die Preise der Wohnungen überall erfolgen wird. Alle Häuser, die hier gebaut werden, werden 11 oder 14½ m hoch sein. Das wird eine trostlose Einförmigkeit werden, und die Hoffnung, hier ein schönes Wohnungsquartier zu schaffen, wird nicht erfüllt werden. Denken Sie bitte daran, daß es auch wünschenswert sein kann, daß ein größeres öffentliches Gebäude als wohltuende Unterbrechung in dies Einerlei hineinkommt, das 20—30 m hoch ist. Nach den Bestimmungen des Statuts wäre das nicht möglich, auch dann nicht, wenn das Gebäude lediglich für öffentliche Zwecke dient. Das werden wir zu bereuen haben. Vermieden werden könnte es, wenn im § 31 a, 1 unter a in dem Satz, daß „nur solche Gebäude errichtet werden dürfen, deren Höhe das Maß von 11 m nicht übersteigt“ hinzugefügt

würde: „im allgemeinen“. Dann hätte die Bauverwaltung es in der Hand, im einzelnen Falle zu entscheiden, ob das Maß überschritten werden darf.

Über die Wohnungsaufsicht sagte der Herr Oberbürgermeister, daß er nicht genau unterrichtet sei, wie die Wohnungsaufsicht in Hessen und Baden ausgeführt würde. Ich bin sehr genau darüber unterrichtet, denn ich Sorge für die Veröffentlichung der Berichte über die Wohnungsaufsicht. Der Herr Oberbürgermeister verwechselte bei seiner Entgegnung auf meine Worte die Wohnungsaufsicht und die Wohnungspflege. Beides ist voneinander zu unterscheiden. Ebenjogut wie jetzt die Herren beschlossen haben, Schulpflegerinnen anzustellen, die auch in die Häuser zu den Familien gehen und mit ihren Ratschlägen dafür sorgen, daß in sittlicher und hygienischer Beziehung zum Wohle der Kinder etwas geschieht, ebenso können wir auch solche Wohnungspflege schaffen, wie sie in zahlreichen Städten Deutschlands zum Segen der Bevölkerung und der Wohnungen besteht. Mit Strafvorschriften wird auch da nicht vorgegangen. Wenn man sich an den gesunden Menschenverstand und an das Gewissen der Leute wendet und ihnen sagt: Du ruinierst deine Möbel durch feuchte Dämpfe, du schadest damit der Gesundheit deiner Familie, dann werden viele Leute darauf eingehen. Wie ist es jetzt mit der Erziehung der Mädchen zur Frau? So viele arbeiten in den Fabriken, sie wissen es nicht besser. Werden nicht viele vorhanden sein, die einer vernünftigen Belehrung zugänglich sind und für Besserung sorgen?

Sodann fragte der Herr Oberbürgermeister, wie ich mir die Hilfe für die kinderreichen Familien dachte. Ich habe gleich bei Einbringung meines Antrages gesagt, daß ich es mir nicht so denke, daß die Stadt besondere Häuser für die kinderreichen Familien bauen solle. Es gibt verschiedene Wege, um Hilfe zu bringen, die auf Grund von Erfahrungen durch berufene Personen angegeben sind, und die wir in der Kommission erörtern können. Ich bitte Sie sehr, diese beiden Punkte zu unterstützen.

Herr Wesemeier sagte, ich hätte behauptet, daß nur die Mieter schuld daran wären, wenn die kinderreichen Familien keine Wohnung bekommen könnten. Es kann mir ja nicht jedes Wort gegenwärtig sein, das ich gebraucht habe; ich glaube aber, mich nicht dahin geäußert zu haben, daß ich den Mietern allein die Schuld an diesem Uebelstande gab. Unter den Hausbesitzern gibt es gute und schlechte, unter den Mietern ebenfalls. Wenn aber, wie es üblich ist, den Hausbesitzern allein die Schuld daran gegeben wird, daß kinderreiche Familien so schwer Wohnungen bekommen können, dann ist das ungerecht, und dagegen habe ich mich gewandt und die „Freie Presse“, die Ihnen (zu Herrn W. gewandt) nahesteht, als Beweis herangezogen. Darin ist hingewiesen darauf, daß Erhebungen über diese Verhältnisse stattgefunden haben. Man hat Mütter mit vielen Kindern, die in den schlechtesten Teilen von Industrieorten wohnten, gefragt, wie sie unter diesen Zu-

ständen zu leiden hätten, und wie sie in diese Gegend kämen. Darauf haben sie geantwortet, von den Hauswirten wären ihnen selten Hindernisse in den Weg gelegt, aber gerade die sogenannten ruhigen Mieter hätten sich über die Kinder beklagt. Man kann es den „ruhigen“ Mietern schließlich nicht verargen, wenn sie ruhig wohnen wollen. Wenn Herr Wesemeier sagt, in brutaler Weise sagen die Wirte: „Wir wollen Sie nicht haben“, dann ist das ein Ausspruch, den ich nicht nachprüfen kann. Es mag vorkommen, daß die Hauswirte sagen: „Wir nehmen keine kinderreichen Familien auf“, aber dann müssen wir auch darauf zu sprechen kommen, daß nicht allein die Hauswirte und die „ruhigen“ Mieter die Veranlassung dazu sind, sondern auch die Eltern in kinderreichen Familien sind sehr oft schuld daran. Würden sie dafür sorgen, daß die Kinder nicht alles ruinierten, daß sie nicht so viel Spektakel machten, dann würden die Klagen der Mieter und Hauswirte auch nicht vorhanden sein.

Oberbürgermeister Metemeyer: Die Herren Wesemeier und Frede sind sich einig darin, daß sie sagen: Bei so teuren Grundstücken ist es nicht möglich, billige Arbeiterwohnungen zu bauen. Ich glaube, das ist nicht richtig. Wir haben für dieses Gelände beim freihändigen Ankauf 4 *M* und bei der Expropriation durchschnittlich 6 *M* für das Quadratmeter bezahlt. Wenn Sie nun ausrechnen, was das auf die einzelne Wohnung bringt, so ist der Unterschied nicht groß. Ich will annehmen, daß das zum Bebauen fertige Gelände das Doppelte kostet, also pro Quadratmeter nicht 6, sondern 12 *M*; es mag das immerhin herauskommen, wenn wir die Straßenbaukosten darauffschlagen, ich fürchte sogar, der Preis kann noch überschritten werden, aber nicht um viel. Wenn wir 400 qm für ein Grundstück rechnen, wie einer der Herren sagte, so würde für Grunderwerb 4800 *M* zu zahlen sein; da 6 Familien in dem Hause untergebracht werden, so bringt das auf die Familie an Grundwert 800 *M*, an Zinsen pro Jahr 40 *M*. Bei billigerem Ankauf würden auf die Familie an Zinsen für Grundwert vielleicht 20 *M* entfallen. Daß ein solcher Unterschied bei der Rentabilitätsberechnung nichts verschlägt, sehen Sie daran, daß die Braunschweiger Baugenossenschaft, die anfangs zu 3 *M* das Quadratmeter gekauft hat, bei ihren Ankäufen bis zu einem Preise von über 20 *M* gegangen ist. Wenn bei einem solchen Preise die Baugenossenschaft bei Errichtung von vierstöckigen Häusern noch auf ihre Rechnung kommt, dann kann gegen die Erbauung von dreigeschoßigen Häusern nicht sprechen, daß wir einen Preis von 4—6 *M* für den Grunderwerb bezahlt haben.

Herr Wesemeier meinte, man sollte die Arbeiter vielleicht außerhalb der Stadt unterbringen. Das hat seine schweren Bedenken, denn die Arbeiter wollen nicht außerhalb der Stadt wohnen. Ganz in der Weise, wie wir hier in der Stadt die Einrichtungen mit Beleuchtung, Kanalisation und Wasserleitung getroffen haben,

können wir, auch wenn wir eingemeinden, die Sache draußen nicht machen. Auch wenn wir eingemeinden, würden wir unser Straßenbaustatut und unser Ortsbaustatut nicht gleich in vollem Umfange in den neueingemeindeten Teilen zur Anwendung bringen können. Dagegen würde schon die Gemeinde selber in Rücksicht auf die Aufbringung der Straßenbaukosten usw. bei ihrer Eingemeindung protestieren. Auch andere Städte haben in solchen Fällen Übergangsbestimmungen erlassen und Erleichterungen zugestanden; das werden wir auch tun müssen. Wir arbeiten fortwährend an der Eingemeindung, aber schnell läßt sie sich nicht durchführen. Die Arbeiter jetzt in das fremde Gebiet zu verweisen oder auch nur an die äußerste Peripherie der Stadt, dazu wird sich der Magistrat nicht verstehen, und die Arbeiter wollen das auch nicht.

Die Beschränkung auf 2½ Geschosse wünscht Herr Frede nicht nur wegen der Preise der Wohnung nicht, er hat auch angegeben, es würde langweilig aussehen, wenn nur solche Häuser gebaut würden. Das kommt auf die Ausführung an. Es kann auch einörmig aussehen, wenn vierstöckige Häuser gebaut werden, wenn man nämlich das eine wie das andere baut. Die Form der Gebäude muß selbstverständlich voneinander abweichen, wenn ein angenehmes Straßenbild erzielt werden soll. Das wollen wir zu erreichen suchen, indem wir unsere Baumeister und Architekten zur Verfügung stellen, um einen schönen Bautyp zur Anwendung zu bringen. Wenn man in andere, auch kleinere Orte kommt, so findet man häufig, daß die Neubauten zum großen Teil schöner und gefälliger als bei uns sind — es tut mir leid, das hier aussprechen zu müssen, ich habe es aber verschiedentlich gefunden. Wir sind dabei tatsächlich nicht auf der Höhe. Die Bauten hier sind solide und gut, aber sie könnten gefälliger sein, ohne dabei teurer zu stehen zu kommen; und das müssen wir anstreben.

Sodann ist Herr Frede gegen die Beschränkung auf eine Höhe von 11 m. Es soll also in diesem Bezirk so gebaut werden dürfen, wie die jetzige Vorschrift des Ortsbaustatuts es zuläßt. Darnach haben wir die Höhe der Bauten in der Weise beschränkt, daß sie so hoch sein dürfen, wie die Straße breit ist. Daß diese Bestimmung hier zur Anwendung kommt, wäre doch nicht richtig, und ich sollte deshalb meinen, der Magistrat hätte das Richtige getroffen. Ein Maß muß festgesetzt werden, wenn nicht die hohen fünfstöckigen Häuser zugelassen werden sollen. Wenn Sie die Beschränkungen zu weitgehend finden und den Standpunkt einnehmen sollten, daß sie wesentlich gemildert werden müssen, dann hat das ganze Statut keine Bedeutung mehr, und wir können es ruhig fallen lassen.

Stadtv. Wesemeier: Ich habe nicht den Standpunkt vertreten, daß die Arbeiter an die äußerste Peripherie der Stadt und darüber hinaus verwiesen werden sollen, sondern gesagt: Wenn dieses Statut über das Bauen Anwendung finden soll auf Arbeiterwohnungen, dann ist es infolge der kapitalistischen Wirtschaft

nicht möglich, innerhalb des Stadtgebiets Wohnungen für sie zu erbauen. Das ist etwas anderes, als was der Herr Oberbürgermeister anführte. Die Sache liegt heute schon so, daß die Arbeiter meistens in der Außenstadt wohnen. Sie ziehen natürlicherweise lieber nach den besseren Wohnungen in den Mietkasernen als in die elenden Löcher in der Langestraße, die keine Wohnungen mehr sein dürften, und die zu 50 Prozent beseitigt werden müßten, wenn menschlich in den Häusern gewohnt werden sollte. Nur die Ärmsten, die nicht das Geld aufbringen können für eine höhere Wohnungsmiete, wohnen jetzt noch im Innern der Stadt.

Stadtv. Rajche: Ich möchte nochmals betonen, daß es dringend notwendig ist, das Statut in der Form anzunehmen, wie es vorliegt. Jede Änderung würde dahin führen, das ganze Statut zu verwerfen. Ich möchte deshalb dringend bitten, kein Wort an der Vorlage zu ändern.

Stadtv. Niese: Als die Vorlage, betreffend die Bebauung dieses Geländes, in der Baukommission zur Sprache kam, hat die Kommission sich auf den Standpunkt gestellt, es bei diesen drei ausgebauten Geschossen zu belassen. Zugeben will ich gern, daß die Baugenossenschaft gut und billig baut, aber finden Sie vielleicht, daß die Karl-Schmidt-Straße und andere von ihr besetzte Straßen ein schönes Aussehen haben? Ich kann das nicht finden. Wenn man sich Mühe gibt, wenn man z. B. hinter Magdeburg nach Möckern zu geht, dann findet man wunderschöne kleine Häuser in ansprechendem Baustil, bei denen auch kleine Gärten vorhanden sind, und das müßte auch bei uns erreicht werden. Allerdings werden die privaten Baumeister infolge der auferlegten Beschränkungen und auch in anderer Beziehung nicht so leicht an diese Bauten herangehen, die Baugenossenschaft hat an der Reuterstraße 3,50 M für das Quadratmeter bezahlt, bei den Wredeischen Ländereien aber 13,50 M , neuerdings sogar 20 M und darüber. Hat sie dabei ihre Rechnung bei vier Stagen Höhe gefunden, so wird sie das auch hier bei drei Stagen, wo sie eine Balkenlage ipart. Ich bin überzeugt, daß sie hier ebenso gut bauen kann, wie sie früher gebaut hat und auch noch ferner an anderen Stellen bauen wird. Damit, daß man darauf sehen will, daß nicht das eine Haus wie das andere nach Schema F gebaut wird, kann man sich vollständig einverstanden erklären. Was die kinderreichen Familien betrifft, so kann ich erklären: Als wir die Häuser an der Honrothstraße besichtigten und besonders hervorgehoben wurde, daß dort auch kinderreiche Familien Unterkunft finden könnten, haben wir uns ganz besonders gefreut. Ob nun wirklich kinderreiche Familien in diese Häuser hineingekommen sind, entzieht sich meiner Kenntnis. Immerhin sind aber diese Wohnungen so geräumig, daß sie kinderreichen Familien vollständig Platz bieten. Natürlich genügt es nicht, daß wir dies Statut erlassen, um für alle kinderreichen

Familien dadurch zu sorgen. Vollständig reglementieren läßt sich eben nicht alles. Es ist nicht zugunsten der Arbeiter, daß an der einen Stelle das Geheimratsviertel liegt und an der anderen ein Arbeiterviertel. Gegen eine solche Regelung müßte ich mich grundsätzlich erklären. Die Arbeiter haben das Recht, inmitten der Gemeinde zu wohnen, wo sie ihre Steuern bezahlen, und diese Möglichkeit wird gegeben, wenn in der gewünschten Weise das Gelände bebaut wird.

Das Statut wird im ganzen angenommen.

Vorsitzender: Ich bemerke, daß die beiden Anträge, die von Herrn Frede eingegangen sind, und die er bereits begründet hat — ich nehme an, daß er nachher auf eine besondere Begründung verzichtet —, als selbständige Anträge behandelt werden. (Redner verliest die beiden Anträge; s. S. 149 und 150.)

Nachdem Herr Stadtv. Frede auf Anfrage des Vorsitzenden erklärt hat, daß er die beiden Anträge nicht noch einmal begründen wolle, überweist der Vorsitzende die beiden Anträge der Statutenkommission zur Vorberatung.

Vorsitzender: Ferner ist eingegangen eine Anfrage des Herrn Steinbrecher: „Ist der Magistrat bereit, Auskunft zu geben, ob unser Mieteinigungsamt nach der Bekanntmachung des Bundesrats vom 26. Juli 1917 zum Schutze der Mieter ausgebaut wird? Hat die Landesbehörde mit dem Magistrat in dieser Frage Fühlung genommen?“

Weiter ist eingegangen eine Anfrage des Herrn Kieke: „Anfrage an den verehrlichen Stadtmagistrat. Hat derselbe sich schon schlüssig gemacht, ob die kleinen Pächter das Land auf dem Arkeröder Felde, sowie am großen Exerzierplatz für nächstes Jahr wieder erhalten und unter welchen Bedingungen?“

Ich werde auch den Herren nachher Gelegenheit geben, ihre Anfragen zu begründen.

3. Abrechnung über die Kosten der Errichtung von zwei Wohnhäusern an der Honrothstraße.

Stadtv. **Miegerhoff:** Der Herr Oberbürgermeister sagte schon, es wäre zweckmäßiger gewesen, diese Abrechnung vor der Behandlung des eben besprochenen Punktes vorzutragen. Es ist nichts Erbauliches, was ich Ihnen darüber mitzuteilen habe. Die Bauten haben sich um 5,13 Prozent gegenüber den anschlagsmäßigen Preisen verteuert. Die Baukommission hat die vorgelegte Rechnung geprüft, und es sind dort so gewichtige Gründe für die Steigerung der Baukosten vorgebracht,

daß es ausgeschlossen ist, daß wir an der Ausführung etwas mäkeln. Die Maurerarbeiten z. B. sind um 1200 *M* teurer geworden, was daran liegt, daß die Preise für Material usw. teurer geworden sind. Auch für die Malerarbeiten, für die Lacke und Ölfarben hat bedeutend mehr ausgegeben werden müssen. Dann möchte ich auf die elektrische Anlage aufmerksam machen. Es war anfangs geplant, nur eine Treppenhausebeleuchtung anzulegen. Statt dessen sind auf Wunsch der Behörde auch die Wohnungen mit elektrischen Beleuchtungseinrichtungen versehen, und das hat 2000 *M* mehr gekostet. Es erübrigt sich wohl, jeden einzelnen Posten, wo eine Überschreitung vorgekommen ist, hier anzugeben. Die Abrechnung wird uns zur Kenntnissnahme mitgeteilt mit dem Anheimgen, die vorgekommenen Überschreitungen, soweit sie nicht auf Nachverwilligungen beruhen, als gerechtfertigt anerkennen zu wollen. Im ganzen sind nachzuverwilligen 13 263,60 *M*. Die Baukommission gibt Ihnen anheim, die Überschreitungen nachträglich zu genehmigen.

Stadtv. Wejemeier: Nach diesen Ausführungen bedaure ich um so mehr, daß diese Abrechnung nicht vor dem vorhin behandelten Punkte zur Sprache gekommen ist. Es ergibt sich aus der Abrechnung, daß diese abnorme Zeit die Überschreitung des Voranschlages bewirkt hat, und daß der Ausgang dieses Versuchs nicht als Maßstab für spätere Bauten angenommen werden kann, daß wir daraus nicht den Schluß ziehen können, daß die Stadt nicht ebenso bauen kann wie die Baugenossenschaft. Wenn auf diese Abrechnung später zurückgegriffen und damit bewiesen werden sollte, daß die Stadt mit ihren Bauten an der Honrothstraße Fiasco gemacht hat, dann muß jetzt schon festgelegt werden, daß es die abnorme Zeit gewesen ist, die die Verteuerung des Baus bedingt hat.

Stadtv. Meyerhoff: Ich muß Herrn Wejemeier widersprechen, denn er irrt sich gewaltig. Ein großer Teil der Arbeiten, ja, die meisten davon, sind noch in der Friedenszeit hergestellt. Ich mache auch darauf aufmerksam, daß die Landeskassendirektion während dieser Kriegszeit genehmigt hat, daß jedes Gebäude um 50 Prozent höher versichert werden darf. Glaubt Herr Wejemeier, daß die Preise bei Hausbauten wieder wesentlich heruntergehen werden? Nein, die Preise werden nach dem Kriege, wenn die Gewerbetätigkeit wieder beginnt, so hoch werden, daß keine Überschreitung um 5 Prozent, sondern solche von 40 und 45 Prozent, vielleicht auch noch mehr gegenüber den bisherigen Anschlägen zu verzeichnen sein werden. Dann wird es erst recht nicht möglich sein, eine Rentabilität aus Neubauten herauszubringen. Ob nach dem Kriege die Löhne wieder heruntergehen werden, ob das Pferdmaterial vorhanden ist, das ist noch eine Frage. Was kosten heute die Steine, der Zement? Die Fuhrlohne sind um das Drei- und Vierfache

gestiegen. Das Bauen wird späterhin so teuer werden, daß für die Stadt erst recht nichts dabei herauskommt.

Stadtv. Wejemeier: Herr Meyerhoff widerspricht sich. Es ist mir bekannt, daß das Bauen teurer geworden ist, und alles, was Herr Meyerhoff hervorhob, ist mir wohl bewußt. Das gleicht sich aber bei den Bauten durch die Stadt und durch Privatunternehmer aus. Was Herr Meyerhoff angeführt hat, kann also nicht ziehen. Der Kostenanschlag ist in Friedenszeiten aufgestellt, teilweise sind die Arbeiten in Friedenszeiten hergestellt, teilweise aber auch in Kriegszeiten. Herr Meyerhoff sprach davon, daß die Maurer- und Malerarbeiten teurer geworden sind; das sind alles Kriegsarbeiten. Die abnorme Zeit hat es bewirkt, daß dieser Bau nicht als Maßstab dafür gelten kann, daß die Stadt unrentabel baut.

Stadtv. Niese: Ein anderer Umstand spricht ebenfalls mit als Grund für die Verteuerung der Kosten für Errichtung dieser beiden Gebäude, der aber eine gewisse Fürsorge für die hiesige Arbeiterschaft, nämlich für die Holzarbeiter bedeutet. Es war damals sehr wenig Arbeit für die Holzarbeiter vorhanden, und Herr Stadtbaurat Osterloh hat deshalb vorgezogen, nicht schwedische Türen zu beziehen, sondern hier gefertigte, und dadurch sind die Ausgaben, die für diese Holzarbeiten aufgesetzt waren, höher geworden. Selbstverständlich bin ich mir auch darüber klar, daß wir für den Preis, den wir damals angenommen hatten, heute nicht mehr baven können.

Die Überbreitungen werden von der Versammlung bewilligt und die Abrechnung zur Kenntnis genommen.

4. Erhöhung des Zinsfußes der auf dem städtischen Dowe-See-Grundstücke ruhenden Hypothek.

Stadtv. Loeschigt: Auf dem städtischen Dowe-See-Grundstück, das seinerzeit von dem Major von Boffe erworben wurde, steht noch eine Hypothek im Betrage von 42 560 M., die zuerst mit 3½ und vom Jahre 1909 an mit 4 Prozent verzinst werden mußte. Jetzt haben die Erben des Majors von Boffe gebeten, den Zinsfuß vom 1. Oktober d. J. ab auf 4½ Prozent zu erhöhen. Es ist nicht mehr als billig, wenn diesem Antrage entsprochen wird, da der Magistrat, wenn er das Geld heute anschaffen müßte, mindestens 4½ Prozent Zinsen zahlen müßte. Die Finanzkommission, die die Sache geprüft hat, gibt Ihnen durch mich anheim, zuzustimmen, daß vom 1. Oktober an diese Hypothek mit 4½ Prozent verzinst wird.

Dem Antrage der Finanzkommission wird entsprochen.

5. Erhöhung der Brandversicherungssumme für 7 städtische Gebäude und gutachtliche Äußerung wegen Beibehaltung der Versicherungssummen der übrigen städtischen Gebäude.

Stadtv. **Göde:** Der Stadtmagistrat schreibt an die Herren Stadtverordneten: „Nach dem Gesetz vom 26. Mai d. J. ist es zulässig, die Versicherungssummen der bei der Landesbrandversicherungsanstalt versicherten Gebäude ohne besondere Schätzung um 50 Prozent zu erhöhen, um den Teilnehmern die Wiederherstellung eines durch Brand beschädigten oder zerstörten versicherten Gebäudes zu den jetzigen höheren Baukosten zu ermöglichen. Im Hinblick auf die große Zahl der städtischen Gebäude, von denen die meisten massiv gebaut sind, und mit Rücksicht auf die wesentliche Vervollkommenung des städtischen Feuerlöschwesens halten wir im Einvernehmen mit dem städtischen Hochbauamt eine allgemeine höhere Versicherung nicht für erforderlich, sind vielmehr der Ansicht, daß es genügt, wenn die Versicherungssummen der im angeschlossenen Bericht des städtischen Hochbauamts vom 9. Juli näher bezeichneten 7 Fachwerkbauten um 50 Prozent erhöht werden. Wir bemerken dabei, daß die Summen der für die städtischen Gebäude zu zahlenden Jahresprämien bei einem Gesamtwerte von 17 534 650 M 11 195,27 M neben 884,20 M Reichsstempel betragen. Wir geben anheim: 1. dieser höheren Versicherung der fraglichen 7 Gebäude um 50 Prozent zustimmen und 2. sich wegen einer Beibehaltung der Versicherungssummen der übrigen städtischen Gebäude gefälligst gutachtlich äußern zu wollen.“

Der Stadtmagistrat hatte sich veranlaßt gesehen, das städtische Hochbauamt um seine Ansicht über diese höhere Versicherung zu befragen, und der Herr Stadtbaurat Osterloh kommt zu dem Schluß, daß er die höhere Versicherung der massiven Gebäude nicht empfiehlt, dagegen eine höhere Versicherung um 50 Prozent empfiehlt für die Wirtschaftsgebäude im Stadtpark und im Bürgerpark, für das vormalige Huchschs Haus am Hagenmarkt, für das Huneborstel'sche Haus und das Lehrlingsheim am Burgplatz, und für die Bürgerschulen an der Wilhelmstraße und am Südklint. Nun habe ich in dieser Angelegenheit schon früher verschiedentlich gearbeitet, habe die Abschätzungen für die Landesbrandkasse mit vorgenommen und bin in letzter Zeit auch mehrfach um Gutachten gegangen, ob einzelne Hausbesitzer ihre Versicherung erhöhen sollten. Soweit ich die Sache übersehen konnte, habe ich den einzelnen Grundbesitzern, bei denen keine besondere Feuergefährlichkeit vorlag, abgeraten, eine höhere Versicherung eintreten zu lassen, wogegen ich bei landwirtschaftlichen Grundstücken und bei Fabriken empfohlen habe, die Versicherung zu erhöhen. Es trifft ja zu, daß die Preise unserer ganzen Baumaterialien und die Arbeitslöhne derart gestiegen sind, daß das Exempel augenblicklich nicht auszurechnen ist, welche Kosten durch Neubauten

entstehen, denn jede Übersicht geht verloren. Daß wir nun heute auch von seiten der Stadt eine höhere Versicherung der 7 genannten Gebäude vornehmen sollten, halte ich nicht für richtig. Wir haben unsere Verwaltungsgebäude alle so durabel gebaut, daß nichts zu befürchten ist, und in der Schule an der Wilhelmstraße, die aus dem 16. Jahrhundert stammt, hat es überhaupt noch nicht gebrannt. Das man in diesem Augenblicke diese Gebäude höher versichern soll, halte ich mit Rücksicht auf die entstehenden kolossalen Kosten nicht für gerechtfertigt. Unsere gute Feuerwehr läßt große Brände nicht aufkommen. Die Eintrittsgelder (pro 1000 *M* versicherter Summe 4 *M*), die auch später nicht wieder zurückgegeben werden, wenn die höhere Versicherung nach dem Kriege oder bei niedergehender Konjunktur wieder aufgehoben werden soll, sind so teuer, daß es nicht ratsam ist, eine derartige Versicherung einzugehen. Wenn jemand 250 Pferde hat, dann würde er es mit der Versicherung dieser Tiere ebenso machen. Auch wenn ihm 5 Pferde eingehen und er den Wert ersetzt bekommt, dann macht ihm die Versicherung der übrigen Pferde doch so viel Kosten, daß er sich ohne die Versicherung besser gestanden hätte. Ebenso geht es uns bei der hohen Versicherungssumme mit unseren städtischen Gebäuden. Auch für die 7 Fachwerksgebäude können wir das Risiko auf unsere Kappe nehmen. Die Baukommission, in der dieser Antrag des Magistrats sehr eingehend beraten wurde, war einstimmig der Meinung, von der Erhöhung der Versicherung der 7 Fachwerksgebäude abzusehen und auch die höhere Versicherung aller anderen städtischen Gebäude abzulehnen.

Vorsitzender: Ich bitte diejenigen Herren, die dafür sind, daß auch die Versicherungssummen für die 7 genannten Fachwerksgebäude nicht erhöht werden, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Das ist die Mehrheit.

Damit dürfte der andere Antrag auf eine gutachtliche Äußerung auch als erledigt anzusehen sein. Ich kann annehmen, daß die Versammlung in Übereinstimmung mit dem Magistrat der Ansicht ist, daß die Erhöhung der Versicherung der massiven Gebäude nicht eintreten soll.

6. Verwilligung von Mitteln für Instandsetzung eines Schulhofs (Diesterwegstraße).

Stadtv. **Niese:** Der Schulinspektor der städtischen Bürgerschule an der Diesterwegstraße hat beim Magistrat beantragt, den Spielplatz bei der Schule, der durch den Frost gelitten hat, und dem die Begründung fehlt, auszubessern, da sonst die Kinder in Gefahr kommen, besonders bei dem jetzt so häufigen Barfußgehen, sich die Füße zu beschädigen. Anderenteils wird vorgeschlagen, den größeren Platz, wo die Kohlen und der Koks angefahren werden, mit Kleinpflaster zu versehen. Es handelt sich im ersteren Falle um eine Ausgabe von 350—400 *M*, im

zweiten Falle würde die für die 120 qm große Fläche aufzuwendende Summe, das Quadratmeter Kleinpflaster zu 9 *M* veranschlagt, 1080 *M* betragen. Die Veranschlagung zu 9 *M* kann man noch als billig ansehen, und sie ist auch nur deshalb möglich, weil das Material dazu schon vorhanden ist. Der Magistrat gibt anheim, diese 1480 *M* für Zustandsetzung des Schulhofs zu bewilligen. Die Baukommission hat die Vorlage geprüft und gibt Ihnen ebenfalls durch mich Genehmigung anheim.

Die fragliche Summe wird bewilligt.

Herr Stadtv. **Meyerhoff** übernimmt den Vorsitz.

7. Stadtseitige Übernahme des Lichtwerks der Straßen-Eisenbahn-Gesellschaft.

Stadtv. **Hartung**: Es ist zunächst zu bemerken, daß die Angelegenheit von der Statuten- und Finanzkommission gemeinschaftlich beraten ist, und daß ich von beiden Kommissionen mit dem Referat beauftragt bin. Herr Munte war ursprünglich als Korreferent ausgerufen; man meinte aber, daß es nicht nötig sein würde, einen Korreferenten sprechen zu lassen.

Es wird den Herren aus einer der letzten Vorlagen Erinnerung sein, daß der Prozeß, den die Straßen-Eisenbahn-Gesellschaft gegen die Stadt anhängig gemacht hatte, und der darauf hinging, die Stadt zu zwingen, die Abgabe, die die Gesellschaft nach dem neueren Vertrage von 1913 geleistet hatte, wegen der Kriegsverhältnisse herabzusetzen, damit geendet hat, daß die Klage abgewiesen ist, und zwar aus dem Grunde, weil das Oberlandesgericht und mit ihm das Reichsgericht der Ansicht gewesen sind, daß der ganze Vertrag um deswillen nichtig sei, weil in ihm die Klausel enthalten ist, daß die Gesellschaft eine Herabsetzung dieser Abgabe nur nach freiem Ermessen der städtischen Behörden verlangen könnte. Das Gericht war, wie seinerzeit hier vorgetragen ist, der Ansicht, daß eine derartige Klausel die Grundsätze über die Vertragsfreiheit verletze, da sie grundsätzlich die Möglichkeit, in für die Parteien wichtigen Fragen die richterliche Entscheidung anzurufen, ausschließen würde. Es wurde weiter ausgeführt, daß daraus, daß diese Bestimmung als eine wesentliche des Vertrages angesehen, der Schluß gezogen werden müsse, daß gemäß § 139 des Bürgerlichen Gesetzbuchs wegen Nichtigkeit dieser Klausel der ganze Vertrag als nichtig anzusehen sei. Es hat dann die Straßen-Eisenbahn-Gesellschaft die Konsequenz aus diesem Urteil gezogen und hat gesagt: Da der Vertrag von 1913 nichtig ist, so gilt nunmehr der alte Vertrag von 1898 mit den Änderungen, die im Laufe der Jahre eingetreten sind, und danach haben wir nur soviel für jedes der Jahre zu zahlen, haben also 84 000 *M* zu viel gezahlt und bitten, diese Summe uns herauszuzahlen. Der

Magistrat hat das anerkannt und in Übereinstimmung mit der Stadtverordnetenversammlung beschlossen, in die Rückgabe dieser Summe zu willigen. Nun hat aber der Magistrat aus der Wichtigkeitserklärung des neuen Vertrages ferner die Konsequenz gezogen, daß es jetzt angemessen sei, überhaupt den Vertrag zu kündigen. Es ist zu bemerken, daß der neue Vertrag fest geschlossen war bis zum Jahre 1930, während nach dem alten Vertrage es der Stadt freistand, ihn mit dreijähriger Frist auf das Ende eines Geschäftsjahres der Straßen-Eisenbahn-Gesellschaft — daselbe läuft vom 1. April bis zum 31. März — zu kündigen. Der Magistrat hat nach seiner Vorlage vom 23. Juli sich dahin schlüssig gemacht, die Interessen der Stadt führten dahin, bei dieser Gelegenheit den Vertrag zu kündigen und von der Berechtigung, das Lichtwerk gegen Zahlung einer Abfindungssumme zu erwerben, Gebrauch zu machen. Es erscheine um deswillen durchaus wünschenswert, die Verwaltung des Lichtwerks in eigene Regie zu bekommen, einmal, weil es alsdann möglich sei, die Preise des elektrischen Stroms für die Abnehmer durchaus nach eigenem Ermessen zu bestimmen, ohne an andere gebunden zu sein, weil ferner die Schwierigkeiten, die bei der bevorstehenden Eingemeindung von Außengemeinden sich daraus ergeben würden, daß diese Gemeinden sämtlich durch die Verträge mit dem Helmstedter Elektrizitätswerk gebunden sind, von dort Strom zu beziehen, sich durch direkte Verhandlung zwischen der Stadt und dem Helmstedter Werke, das ja unter staatlichem Einfluß steht, sich wesentlich leichter beseitigen lassen würden. Ferner ist erwogen, daß die Übernahme des Elektrizitätswerks aller Voraussicht nach als im Interesse der finanziellen Entwicklung der Stadt liegend sich erweisen wird. Es ist in der Vorlage ausgeführt, daß die Gesellschaft im letzten Rechnungsjahre, abgesehen von den Vergütungen für Installationsarbeiten, den Betrag von 1 426 000 M an Betriebseinnahme, also wesentlich Stromeinnahme, gehabt habe. Es ist ferner beachtlich — was nicht in der Vorlage steht, aber in der Finanzkommission zur Sprache gekommen ist —, daß die Gesellschaft bei den erhöhten Abgaben des Vertrages von 1913 und bei reichlicher Abchreibung eine Dividende von 6 Prozent hat verteilen können. Es ist ferner in der Vorlage darauf hingewiesen, daß man bei Übernahme des Werks durch die Stadt mit einem Anschaffungswert von 7,8 Millionen Mark rechnen müsse, und wenn dieser Betrag, wie das voraussichtlich geschehen müsse, durch 5prozentige Anleihe zu beschaffen sei, so würde es sich um einen jährlichen Zinsaufwand von 400 000 M handeln. Der Stadtmagistrat ist der Ansicht, daß bei derartigen Betriebseinnahmen, auf deren Steigerung zu rechnen ist, das Geschäft der Übernahme des Werks sich als günstig herausstellen wird. Unter diesen Umständen hat der Magistrat beantragt, der stadtseitigen Übernahme des Lichtwerks zuzustimmen und ihn ermächtigen zu wollen, der Straßen-Eisenbahn-Gesellschaft hiervon alsbald Mitteilung zu machen.

Es ist noch zu bemerken, daß der Magistrat sich dahin geäußert hat: er hätte wohl erwartet, daß die Gesellschaft ihrerseits mit Anträgen wegen Abänderung des Vertrages kommen würde, daß das aber nicht geschehen sei. Es ist in der Kommission zur Sprache gekommen, daß der Direktor der Gesellschaft wohl gelegentlich darauf hingewiesen hat, daß die Gesellschaft damit umgehe, neue Vorschläge zu machen, zu Weiterem ist die Sache aber nicht gediehen. Erst nachdem diese Vorlage herausgekommen ist, hat die Gesellschaft gesagt, daß sie mit Vorschlägen kommen würde, um über den Fortbetrieb des Elektrizitätswerks durch die Gesellschaft zu verhandeln. Selbst wenn die Gesellschaft jetzt etwa mit Anträgen über den Weiterbetrieb des Elektrizitätswerks kommen sollte, würde unter allen Umständen geboten sein, den alten Vertrag aufzukündigen, um für neue Verhandlungen Raum zu schaffen. Mag man damit rechnen, daß es zu einem neuen Vertrage mit der Gesellschaft kommt, oder mag man der Ansicht sein, daß es richtig ist, daß das Werk durch die Stadt selbst in Betrieb genommen wird, oder auch, daß die Stadt bei einer Vereinbarung mit dem Helmstedter Werke das hiesige Elektrizitätswerk übernimmt und als Reservewerk behalten soll, unter allen Umständen erscheint es nach Ansicht des Magistrats notwendig, den Vertrag zu kündigen und der Straßen-Eisenbahn-Gesellschaft mitzuteilen, daß die Stadt gewillt ist, das Werk zu übernehmen.

Beide von mir vorhin genannten Kommissionen haben die Vorlage beraten und sich einstimmig auf den Standpunkt des Magistrats gestellt. Die Kommissionen sind also einstimmig der Ansicht, daß es durchaus im Interesse der Stadt liegt, von der sich bietenden Gelegenheit Gebrauch zu machen und den Vertrag zu kündigen. Ich habe Ihnen namens der beiden Kommissionen zu empfehlen, der Vorlage des Magistrats zuzustimmen, also die Kündigung des Vertrages zu genehmigen.

Vorsitzender Meyerhoff: Sie haben den Vortrag des Herrn Referenten gehört, auch die Vorlage des Magistrats ist in Ihren Händen. Ich bitte diejenigen, die sich zum Wort melden wollen, das zu tun. — Es scheint niemand das Wort ergreifen zu wollen. Dann lasse ich abstimmen.

Die Versammlung stimmt dem Magistratsantrage einstimmig zu.

Vorsitzender Hartung übernimmt den Vorsitz wieder.

8. Gewährung einer Beihilfe an die Herzogin-Johann-Albrecht-Stiftung aus der Jüdelstiftung.

Stadtv. Dr. **Landauer:** Es handelt sich wiederum um die Genehmigung eines Beschlusses der Jüdelstiftung. Die Herzogin-Johann-Albrecht-Stiftung hat für das Herzogin-Johann-Albrecht-Heim um einen Zuschuß aus der Jüdelstiftung

zur Deckung des Fehlbetrages aus dem Rechnungsjahre 1915—1916 gebeten. Der Fehlbetrag ist insbesondere durch die Teuerungsverhältnisse während des Krieges entstanden, und der Vorstand der Jüdelstiftung hat den Betrag von 3000 M aus Abteilung III bewilligt. Der Magistrat beantragt, dem Beschlusse des Vorstandes der Jüdelstiftung zuzustimmen, und die Finanzkommission schließt sich dem Antrage an.

Die Versammlung spricht ihre Zustimmung zu der Beihilfe aus.

9. Abänderung des Statuts über die Erhebung einer Lichtspielsteuer.

Stadtv. Dr. **Vandauer**: Die Lichtspielsteuer hat uns bereits mehrere Male beschäftigt. Bei der Beratung des Stadthaushaltsplans im März 1916 ist dem Magistrat aus der Stadtverordnetenversammlung heraus anheimgegeben, an eine Besteuerung der Lichtspieltheater heranzutreten. Dieser Anregung folgend, ließ der Magistrat der Versammlung eine Vorlage über Erhebung einer Lichtspielsteuer zugehen, die am 29. Juni 1916 beraten wurde, aber keine Annahme fand, vielmehr wurde der Magistrat erjucht, eine neue Vorlage, die statt einer Platzsteuer eine Kartensteuer vorjah, vorzulegen. Dies geschah im Oktober vorigen Jahres mit dem Erfolge, daß die Lichtspielsteuer in dieser Form im Dezember von der Stadtverordnetenversammlung angenommen wurde.

Daß von der Versammlung genehmigte Statut ist sofort an die vorgelegte Behörde eingereicht, aber erst nach 11 Wochen kam der Bescheid, daß die Genehmigung durch das Ministerium vorläufig verjagt werden müsse und den städtischen Behörden empfohlen werde, auf die Platzsteuer zurückzugreifen, und zwar in Verbindung mit einer Filmmetersteuer. Im März d. J. hat die Stadtverordnetenversammlung diesen Vorschlag auf Antrag des Magistrats zurückgewiesen und erklärt, daß sie auf dem alten Standpunkte bestehen bleibe, weil die vorgeschlagene Platzsteuer in Verbindung mit der Filmmetersteuer eine ungerechte Steuer sei und ihre Erhebung Schwierigkeiten mache; es wurden aber andere Veränderungen des Statuts, die seitens des Ministeriums gewünscht waren, angenommen. Dann ist die Vorlage durch die Herzogliche Kreisdirektion wieder an das Ministerium zurückgegangen, und am 20. August, nach 20 Wochen, ist der Bescheid gekommen, daß das Statut in der vorgelegten Form genehmigt werden würde, wenn einige Änderungen von den städtischen Behörden angenommen würden. Diese Änderungen sind nun keineswegs grundsätzlicher Natur.

Die erste Änderung, die gewünscht wird, ist die, daß die Überschrift „Satzungen“ laute an Stelle von „Statut“. Die zweite Forderung ist, daß die Worte „zu erbauenden Zwecken“ geändert werden in „zu erbaulichen Zwecken“. Es war im § 1 gesagt, daß Vorführungen zu wissenschaftlichen, unterrichtlichen, künstlerischen

oder erbauenden Zwecken für steuerfrei erklärt werden sollten. Endlich wird eine Änderung gewünscht, die allerdings angebracht ist. Es heißt in dem § 3: „bei Karten, die das Recht zum Eintritt auf eine bestimmte Zahl von Veranstaltungen erstrecken“. Das ist eine unglückliche Ausdrucksweise, und es ist besser, wenn dort gesagt wird, wie es vom Ministerium gewünscht wird: „Bei Karten, die zum Eintritt auf eine bestimmte Zahl von Veranstaltungen berechtigen.“

Der Magistrat ist der Ansicht, daß es wünschenswert ist, alle diese Änderungen anzunehmen, obgleich es fraglich sei, ob der Ausdruck „Satzungen“ mit dem Ausdruck „Statut“, wie er in der Städteordnung gebraucht wird, übereinstimmt. Der Magistrat empfiehlt aber doch, einfach zu allen drei Vorschlägen ja zu sagen, damit nur endlich die einträgliche Steuer unter Dach und Fach kommt.

Die Sache ist in der Statutenkommission beraten. Auch die Statutenkommission bittet Sie, sich mit den Änderungen einverstanden zu erklären.

Den Änderungen wird zugestimmt.

10. Ersatzwahl zur Baukommission.

Vorsitzender: Ich möchte, wenn sich kein Widerspruch erhebt, hier einen Punkt einschleusen: Die Ersatzwahl zur Baukommission für den verstorbenen Stadtverordneten Busch. Die Baukommission hat ihrerseits vorge schlagen, Herrn Damköhler in die Baukommission zu wählen. Ich nehme zunächst an, daß die Herren mit der sofortigen Beratung einverstanden sind . . . und bitte, wenn andere Vorschläge gemacht werden sollen, solche vorzubringen. -- Das scheint nicht der Fall zu sein. Ich darf deshalb wohl, wenn sich kein Widerspruch erhebt, annehmen, daß Herr Damköhler von der Versammlung gewählt ist. Ich konstatiere solches.

11. Herrichtung einer Windschutzvorrichtung an dem Kaninchenstalle auf dem Armenhausgrundstücke.

Stadtv. Trinks: Der Kaninchenstall auf dem Armenhausgrundstücke bedarf insofern der Verbesserung, als in dem jetzigen Zustande die jungen Tierchen nicht den nötigen Schutz gegen Wind und Wetter finden. Schon gleich nach Errichtung der Anlage hat sich herausgestellt, daß der offene Stall für die jungen Kaninchen im Winter zu kalt und windig ist. Es ist dadurch Abhilfe zu schaffen versucht, daß der hintere Giebel mit einer vorhandenen Glaswand geschlossen wurde, und ferner auch dadurch, daß an den Längswänden eine Bretterverhkalung angebracht wurde. Im augenblicklichen Zustande ist aber dem Nord- und Nordwestwind noch der Zutritt in den Stall möglich, und es sind deshalb auch schon mehrere Tiere eingegangen. Nach sachverständigen Vorschlägen kann Abhilfe geschaffen werden durch Anbringung einer Giebelwand an der Nordseite mit möglichst großen Glas-

fenstern, deren Kosten von der städtischen Hochbauverwaltung auf 400 M veranschlagt sind. Der Magistrat beantragt, diese Kosten zu Lasten des Kap. XIVa des Voranschlages zu verwilligen, und hat in seinem Schreiben darauf hingewiesen, daß diese Aufwendung im vorliegenden Falle insofern keine große Rolle spielt, weil durch die Zuwendung von 1500 M seitens der Regierung zu den Kosten des Stalles die Aufwendungen der Stadt für diesen Zweck immer noch erheblich hinter der anfänglich veranschlagten Summe von 4800 M zurückbleiben. Die Baukommission bittet, dem Antrage des Magistrats zuzustimmen.

Stadtv. Bunge: Bei dieser Gelegenheit möchte ich einige Wünsche hier äußern, die ich gern bewilligt haben möchte. Es läßt sich bei dem Kaninchenstalle ohne große Unkosten ein sehr schöner Raum schaffen, in dem die Futtermittel, insbesondere das Heu für den Winter, gelagert werden könnte, und daß ein trockener Raum dafür vorhanden ist, erscheint ohne weiteres notwendig. Sie haben vielleicht selber gesehen, daß das Futter für die Tiere meist in den Gängen untergebracht ist, was doch nicht angebracht erscheint. Wenn man die Schutzwand an der Nordfront um $1\frac{1}{2}$ m weiter versetzt, und den Boden mit einer kleinen Überdachung versieht, so würde dadurch ein schöner Raum zur Aufbewahrung des Futters entstehen.

Des anderen möchte ich noch auf einen Schönheitsfehler aufmerksam machen, der in dem Stalle vorhanden ist, daß nämlich der Abfluß der Jauche in einer schlechten Weise geregelt ist. Bei den alten Ställen auf dem Pflegehausgrundstücke war die Sache bedeutend besser eingerichtet, indem man ein Abflußrohr angebracht hatte. Dort war es sauber, während hier, wo 5—8 Tiere sitzen, die gesamten Wände von oben bis unten mit Jauche bespritzt sind, die immer wieder abgewaschen und gereinigt werden müssen, sonst würde man den üblen Geruch gar nicht loswerden. Es würde sich also empfehlen, ebenso wie bei den früheren Stallungen, kleine Rillen und Röhren anzubringen, wodurch die Jauche zu dem Abflußbecken hingeführt wird.

Im übrigen ist die Sache ganz schön eingerichtet. Ich möchte aber doch bitten, diese kleinen Maßregeln noch zu treffen, sonst würden im Winter geradezu Eisklumpen an den Wänden zu finden sein, während im Sommer der üble Geruch nicht verschwindet. — Vielleicht interessiert es die Herren, da sie eine Summe für den Stall bewilligen sollen, zu hören, was dort an Tieren vorhanden ist. Wir haben augenblicklich 150 junge Tiere, 11 Rammler und 35 Häsinnen. In letzter Zeit sind zu mäßigem Preise für einige hundert Mark junge Tiere an verschiedene Einwohner der Stadt zur Weiterzucht verkauft. Ich glaube, daß im nächsten Herbst eine bedeutend bessere Entwicklung der Kaninchenzucht vor sich gehen wird und der Spott, den man früher erdulden mußte, sich in Freude verwandeln wird.

Die Kosten für die Windschugvorrichtung werden verwilligt.

12. Erhöhung des an die Vereinigung der technischen Oberbeamten deutscher Städte zu zahlenden Jahresbeitrages.

Stadtv. Ohlendorf: Seit 1903 existiert eine Vereinigung der technischen Oberbeamten deutscher Städte. Die dieser Vereinigung angehörenden Herren kommen alljährlich zusammen, um die Erfahrungen, die sie bezüglich ihrer Tätigkeit in ihrer Stadt gesammelt haben, auszutauschen und sich gegenseitig zu belehren. Das ist eine Tätigkeit, die im Interesse der Städte liegt, denn die Besprechungen gelten den Erfahrungen der Straßenpflasterung und anderen städtischen Sachen. Wie aus dem Protokoll der Verhandlungen dieser Vereinigung hervorgeht, sind mit Ausnahme von zweien alle Städte mit über 50 000 Einwohnern dieser Vereinigung angeschlossen und zahlen einen jährlichen Beitrag von 10 *M.* Aber auch die Kosten der Vereinigung sind dadurch gewachsen, daß die Druckkosten teurer geworden sind und daß der Verein eine Zentrale für das Gebiet der Teerforschung geschaffen hat, und die Vereinigung bittet deshalb, den Jahresbeitrag der Stadt auf 20 *M.* zu erhöhen. Die Finanzkommission hat den Vorschlag des Magistrats, dieser Bitte nachzukommen, gutgeheißen und bittet Sie durch mich, ebenfalls der Erhöhung des Jahresbeitrages unserer Stadt zuzustimmen.

Die Mehrheit der Versammlung stimmt für die Erhöhung.

13. Abänderung des mit dem Waisenhanse vereinbarten Vertrages wegen Übernahme der Schule und Aufkauf des Waisenhausgrundstücks.

Stadtv. Frede: Wie den Herren immerlich sein wird, ist in der ersten Hälfte des Sommers d. J. ein Vertrag zwischen dem Stadtmagistrat und dem Direktorium des Großen Waisenhauses B. M. V. abgeschlossen, der dahin ging, daß das Besitztum des großen Waisenhauses Hinter Liebfrauen durch die Stadt angekauft wird und die Zöglinge des Waisenhauses in die Schulen der Stadt übernommen werden sollen. Ebenso sollen die Lehrkräfte der Waisenhauschule von den Schulen der Stadt übernommen werden. Das Waisenhaus hat für die Übernahme der Kinder und Lehrer nach dem Vertrage eine jährliche Rente von 40 000 *M.* zu zahlen, die nicht in eine Ablösungszahlung umgewandelt werden kann, sondern fortlaufend sein soll. Die Stadt hat das Gelände Hinter Liebfrauen und die darauf stehenden Baulichkeiten zum Preise von 650 000 *M.* erworben, und über diese Kaufsumme war im Vertrage festgesetzt, daß zwar die Stadt das ihr gestundete Kaufkapital nach dreimonatiger Ansjage zahlen könne, das Waisenhaus aber nicht kündigen dürfe. Die Stadtverordnetenversammlung hat sich zu diesem Vertrage zustimmend geäußert, das Herzogliche Staatsministerium aber, das den Vertrag auch genehmigen mußte, hat Bedenken wegen dieser

zuletzt angeführten Fassung des Vertrages, die in § 6 festgelegt ist, geäußert. Der § 6 heißt:

„Mit der Besitzübertragung und Auflassung der Grundstücke ermäßigt sich die in § 3 festgesetzte, von dem Waisenhaus an die Stadt zu zahlende jährliche Rente auf 7500 *M* (um 5 Prozent des Kaufpreises zu, 650 000 *M*). Die Barzahlung des Kaufpreises kann das Waisenhaus nicht beanspruchen, wohl aber ist es auf Antrag der Stadt verpflichtet, spätestens drei Monate nach erfolgter Anzeige den Kaufpreis entgegenzunehmen und vom Tage der Zahlung des Kaufpreises an die Rente wieder in voller Höhe von 40 000 *M* an die Stadt zu zahlen.“

Das Ministerium wünscht, daß die Fassung in der zweiten Hälfte dieses Paragraphen folgendermaßen lauten soll:

„Barzahlung des Kaufpreises innerhalb dreier Monate erfolgt nur auf Zahlungsaufforderung des Waisenhauses oder auf besondere Erklärung des Stadtmagistrats, den Kaufpreis zahlen zu wollen. Vom Tage der Zahlung des Kaufpreises an hat das Waisenhaus die Rente wieder in voller Höhe von 40 000 *M* an die Stadt zu zahlen.“

Das Ministerium wünscht also, daß nicht nur die Stadt, sondern auch das Waisenhaus kündigen kann. Der Magistrat schreibt hierzu: „Wir halten für an-
gänglich, diese Änderung zuzugestehen, zumal die Barzahlung des Kaufpreises in dem Falle, daß die Stadt das Kapital demnächst zu einem niedrigeren Zinsfuß als 5 Prozent beschaffen kann, für die Stadt von Vorteil sein würde.“ Der Magistrat gibt darnach der Stadtverordnetenversammlung anheim, der fraglichen Veränderung des Vertrages zustimmen zu wollen. In der Finanzkommission sind keine Bedenken geäußert, daß die Stadt durch eine solche Kündigung in eine prekäre Lage kommen könne. Man war der Meinung, daß man dem Wunsche des Ministeriums nachkommen könne, und so empfiehlt die Finanzkommission, die gewünschte Änderung anzunehmen.

Die Mehrheit der Versammlung stimmt der Änderung zu.

14. Erweiterung des Stadtgebiets.

Stadtv. Dr. **Landauer**: Es handelt sich um die Eingemeindung des Flugplatzgeländes, welches auf Broißemer Feldmark liegt. Schon bei den Verhandlungen über die Anlage der Fliegerstation war die Eingemeindung des nicht städtischen Teils des Flugplatzes in Aussicht genommen. Das Gelände des Flugplatzes liegt teils auf braunschweigischem Grund und Boden, teils auf Broißemer Feldmark, und es ist klar, daß sich daraus große Unzuträglichkeiten ergeben können. Deshalb hat die Stadt sich an die Herzogliche Kreisdirektion gewandt, um die Eingemeindung herbeizuführen. Leider hat sie bei dem Gemeinderat von Broißem keine Gegenliebe gefunden; er hat die Eingemeindung dieser Fläche ein-

stimmig abgelehnt. Nun ist es klar, daß sich die Stadt nicht bei diesem Beschlusse beruhigen kann, und deshalb schlägt der Stadtmagistrat vor, daß die Herzogliche Landesregierung um Erlaß eines entsprechenden Gesetzes ersucht werden soll. Dazu wird in der Vorlage ausgeführt: „Welche Entschädigung dabei die Stadt Braunschweig der Gemeinde Broitzem zu zahlen haben würde, kann im voraus natürlich niemand wissen; es darf aber angenommen werden, daß sie den Satz einer angemessenen Vergütung für wirklich eintretenden Verlust an Steuern nicht überschreiten wird.“ — Der Magistrat erwähnt noch, daß er ursprünglich seinen Antrag auf das eigentliche Flugplatzgelände beschränkt, auf Anregung der Kreisdirection jedoch nachträglich auch auf die westlich der Broitzemer Straße nach Timmerlah, sowie die östlich der Broitzemer Straße bis zur Eisenbahn belegenen Grundstücke ausgedehnt hat. Den Herren Stadtverordneten kann ich hier eine Karte zeigen, auf der die größere Fläche eingezeichnet ist. (Redner zeigt die in Frage kommenden Flächen auf der Karte.)

Die Statutenkommission war der Ansicht, daß es sehr wünschenswert sei, daß das größere Terrain eingemeindet würde. Sie beantragt durch mich, daß die verehrliche Versammlung sich zustimmend zu dem Antrage des Magistrats ausdrücken möge, welcher dahin geht: sich mit der Erweiterung des Stadtgebiets in dem einen oder anderen vorhin von mir bezeichneten Umfange durch Gesetz einverstanden zu erklären. Es soll also angestrebt werden, daß das größere Stück eingemeindet werde, ist das nicht zu erreichen, dann würde die Stadt sich mit der Eingemeindung des kleineren begnügen müssen.

Die Versammlung stimmt in ihrer Mehrheit dem Antrage der Statutenkommission zu.

15. Verkauf des Grundstücks Helmstedterstraße 8 betreffend (Hildebrandtsches Haus).

Vorsigender: Vom Magistrat ist uns eine Mitteilung zugegangen, betreffend den Verkauf des vormalig Hildebrandtschen Hauses. Nach dem von uns genehmigten Vertrage sollte der Kaufpreis für das Haus im Betrage von 60 000 M bar bezahlt werden. Die Käuferin, die hiesige Frauengruppe für soziale Arbeit, hat aber jetzt den Antrag gestellt, daß von dem Kaufpreise nur 40 000 M bar gezahlt werden und der Rest von 20 000 M zugunsten der Stadt als Hypothek, verzinslich mit 4½ Prozent, eingetragen wird. Der Magistrat hat sich damit einverstanden erklärt und ersucht die Stadtverordnetenversammlung, auch ihrerseits zustimmen zu wollen, daß die Kaufbedingungen in dieser Weise geändert werden. Eine besondere Vorberatung hat wegen der Einfachheit der Sache nicht stattgefunden. Wenn sich kein Widerspruch erhebt, nehme ich an, daß die Herren einverstanden

sind, daß die Sache sofort beraten wird. — Es meldet sich niemand zum Wort. Ich frage die Versammlung, ob sie mit dieser Änderung des Kaufvertrages einverstanden ist, daß die 20 000 *M* gestundet werden sollen, und bitte die Herren, die dafür sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Das ist die Mehrheit.

16. Beitritt der Stadt als Mitglied in den Braunschweigischen Landesverein für Säuglings- und Kleinkinderfürsorge.

Stadtv. **Munte:** Die Herren wissen aus dem in letzter Zeit erschienenen Aufruf, daß man den Säuglingen und Kleinkindern mehr Fürsorge angedeihen lassen will. Man will das erreichen durch die gestern auch hier stattgefundene Sammlung, und im Lande Braunschweig hat sich dafür ein Verein gebildet, der Braunschweigische Landesverein für Säuglings- und Kleinkinderfürsorge, eingetragener Verein. Die Herren wissen auch, daß die Sammlung, die gestern stattgefunden hat, mit dazu dienen soll, diejenigen Mittel herbeizuschaffen, um ein Gebäude für Säuglingspflege zu errichten und die nötigen Sachen zum Betriebe derselben beschaffen zu können. Später wird es nötig sein, um das Gebäude entsprechend benutzen zu können, wiederum Mittel zu haben, und diese sollen aufgebracht werden durch regelmäßige Jahresbeiträge. Es sollen sich Private, Gemeinden, Städte und die Kreisdirektionen des Herzogtums bereit finden, Mitglieder dieses Vereins zu werden, und aus diesem Grunde hat auch unser Magistrat uns eine Vorlage eingebracht, die dahin geht, daß die Stadt diesem Verein mit einem jährlich wiederkehrenden Mitgliederbeitrage von 3000 *M* beitrifft. Ich glaube nicht, daß ich nötig habe, darauf hinzuweisen, welche segensreiche Wirkung dieser Verein jedenfalls entwickeln wird. Es ist schon in dem Aufruf ausgeführt, daß die Kindersterblichkeit in Deutschland groß ist, und die Sterblichkeit der Säuglinge um hunderttausend zu verringern, das wäre ein Ziel, das uns vorschweben muß, wenn unsere Volkskraft sich wieder erholen soll von den Verlusten, die sie in dem lang andauernden Kriege zu erleiden gehabt hat. In der Finanzkommission war man der Ansicht, daß ein Jahresbeitrag von 3000 *M* für die Stadt Braunschweig ein angemessener sei, und ich bin beauftragt, Sie zu bitten, Ihre Genehmigung dazu zu erteilen, daß die Stadt mit diesem jährlichen Beitrage dem Landesverein beitrifft.

Stadtv. **Wesemeier:** Die Sache kommt überraschend. Immerhin ist es erfreulich, wenn gegen die Säuglingssterblichkeit etwas getan wird. Besonders hoch ist die Säuglingssterblichkeit in Deutschland, und Braunschweig zeigt eine höhere Zahl als der Reichsdurchschnitt. Das beweist uns, daß alle die Redereien von der großartigen sozialen Gesetzgebung in Deutschland nicht vermocht haben, das Grundübel zu beseitigen, welches die Säuglingssterblichkeit hervorruft. Eng-

land, Frankreich und die nordischen Reiche, auf die herabgehehen wird als auf weniger sozial gesinnte Länder, haben eine geringere Ziffer der Säuglingssterblichkeit, und das beweist, daß dort die Arbeiter in sozialer, wirtschaftlicher und jeder sonstigen Beziehung besser gestellt sind als bei uns, es beweist, daß die Verhältnisse in bezug auf Kindersterblichkeit in Deutschland besonders schlecht sind, und daß wir allen Ernstes etwas tun müssen, um das Grundübel anzufassen, nämlich die Besserstellung der Frauen, der Arbeiterinnen, die Schonung der Mütter usw. Erst wenn diese Grundursachen beseitigt sind, werden wir erreichen, was auch durch diese Vereinsgründung beabsichtigt werden soll. Es ist ja erfreulich, daß etwas geschehen soll, aber ich erachte es nur als ein Palliativmittel, denn die Ursache des Übels liegt tiefer, und ehe nicht diese Ursache beseitigt ist, besonders auch hier in Braunschweig, wo besonders viele Frauen in der Industrie tätig sind, mehr als in anderen Städten, so lange wird die Säuglingssterblichkeit nicht auf das Maß herabgedrückt werden können, wie es in England und anderen Staaten der Fall ist.

Oberbürgermeister Hetemeyer: Ich freue mich, daß Herr Wesemeier bereit ist, für dieses „Palliativmittel“ städtische Gelder zu bewilligen. Wenn er aber Veranlassung genommen hat, zu erklären, daß die Säuglingssterblichkeit darauf beruht, daß unsere Arbeiter sozial nicht so gut gestellt seien wie in anderen Ländern, so möchte ich das entschieden bestreiten. Darüber kann doch kein Zweifel sein, daß in sozialer Beziehung Deutschland an der Spitze aller Nationen marschiert. Ich begreife nicht, wie man einen solchen Satz aufstellen kann, wie es Herr Wesemeier getan hat. Wenn die Säuglingssterblichkeit in Deutschland größer ist als in anderen Ländern, so hat das einen anderen Grund. Wir haben nicht genug getan — darüber sind sich die Sachverständigen einig —, um die Mütter über ihre Pflichten aufzuklären. Daran liegt der Hauptfehler, der von uns gemacht ist. Wovon kommt denn die Kindersterblichkeit? Doch nicht davon, daß unsere Nation so wenig produktiv ist. Es ist vor allem nötig, daß Aufklärung geschaffen wird, und die 3000 M., die hier bewilligt werden sollen, sollen nicht etwa nur dazu dienen, um Säuglings- und Kleinkinderheime zu schaffen — ein solches werden wir allerdings hier in der Stadt Braunschweig hoffentlich bekommen; es ist sogar in Aussicht genommen, es sehr bald zu schaffen —, sondern eine wesentliche Aufgabe für den Verein liegt auch darin, in Stadt und Land aufklärend und belehrend zu wirken, wie die Mütter die Kinder zu behandeln haben. Wenn das erreicht wird, dann sind die 3000 M. gut angewandt.

Stadtv. Meyerhoff: Ich bin erstaunt darüber, wie Herr Wesemeier dieses Thema so behandeln kann. Er hat Frankreich angeführt. Dort herrscht das Zweikindersystem, und es ist natürlich, daß die Leute, wenn sie nur zwei Kinder

erzeugen, für diese beiden besser sorgen, als wenn eine Mutter sechs bis zehn Kinder hat. Darin liegt schon ein wesentlicher Unterschied. Die Worte des Herrn Wesemeier sind ja schon durch den Herrn Oberbürgermeister gebührend widerlegt, und auch ich meine, so etwas darf nicht unwiderprochen in die Welt hineingehen. Es klingt ja so, als wenn in Braunschweig eine Anstalt bestände, wo kleine Kinder — wissentlich oder unwissentlich — umgebracht werden. Ich freue mich, daß der Herr Oberbürgermeister das Wort hierzu genommen hat und Herrn Wesemeier den wirklichen Tatbestand mitgeteilt hat. Worin begründet sich denn der Haß von England und Amerika gegen uns? Es ist doch eine Tatsache, daß die Arbeiterfürsorge dort lange nicht auf der Höhe steht wie in Deutschland; das kann Herr Wesemeier doch nicht abstreiten. Die Arbeiterfürsorge ist in keinem Lande der Welt so weit gediehen wie in Deutschland.

Stadtv. Wesemeier: Es ist eine fromme Täuschung, wenn man sagt, die Kindersterblichkeit liegt nur daran, daß die Mütter nicht wissen, wie sie ihre Kinder behandeln sollen. Ich verstehe nicht, wie man diesen Glauben hegen kann, und wie man von der Beseitigung der schlechten Unterrichtung der Mütter so große Folgen erwarten kann. Wie man die Kinder behandeln soll, das wissen die Arbeitermütter besser als die Mütter aus anderen Kreisen, die sich nicht um ihre Kinder kümmern. Die Ursache der Kindersterblichkeit liegt darin, daß für die Frauen in Deutschland die soziale Frage nicht so weit gelöst ist, wie sie die Erhaltung der Säuglinge bedingt. Man steckt den Kopf in den Sand, wenn man sich mit solchen Worten, wie sie hier zu hören waren, darüber hinwegtäuschen will, und wenn man sagt, daß die Frauen zu dumm seien, ihre Kinder großzuziehen. Die wahren Ursachen sieht man nicht oder will sie vielleicht auf der einen oder anderen Seite nicht sehen. Belehrungen der Frauen über die Kinderpflege können Sie so weit ausbreiten, wie Sie wollen; wenn Sie die Grundursache, die soziale Not, nicht beseitigen, werden Sie auch die Kindersterblichkeit nicht beseitigen.

Oberbürgermeister Hettemeyer: Von der Dummheit der Frauen habe ich nicht gesprochen. Worin die Ursache, der eigentliche, tiefere Grund liegt, daß die Frauen nicht so für ihre Kinder sorgen, wie es geschehen müßte, die Frage habe ich nicht erörtert. Ich weiß sehr wohl, daß die Ursache zum großen Teil darin liegt, daß die Frauen zu früh nach der Arbeit gehen, und deshalb jetzt mit vollem Recht das Bestreben ein, die Krankengesetzgebung dahin zu ändern, daß für die Mütter besser gesorgt wird. Das erkenne ich an. Aber daraus nun den Schluß ableiten: „Die Frauen sorgen in jeder Weise für ihre Kinder“, das kann ich nicht. Sehen Sie sich die Statistik an! Sind das alles nur kranke Kinder, die zugrunde gehen? Durchaus nicht, es sind zum großen Teil gesunde Säuglinge, denen es aus irgendwelcher Ursache, zum Teil aus mangelhafter Kenntnis, an Pflege fehlt. Es sollen

ja auch nicht allein die Mütter belehrt werden; ich habe gesagt, daß sei mit eine der Hauptaufgaben. Es soll auch tatsächlich ein Kleinkinderheim gebaut werden, und zur Beschaffung der Betriebsmittel eines solchen Heims soll die Stadt Mitglied des Landesvereins werden. Wenn wir ein solches gutes Werk fördern wollen, ist es dann nötig, dem deutschen Volke solche Vorwürfe zu machen, wie es Herr Weismeyer getan hat? Dazu liegt doch wirklich kein Grund vor.

Stadtv. Frede: Was ich vorbringen wollte, haben die Herren Vorredner eigentlich schon gesagt. *Tatsache* ist es, daß Unterricht über die Säuglingspflege durch die älteren Geschwister in der Schule in Frankreich und den nordischen Ländern schon lange Zeit bestanden hat, und mögen Sie es nun hierauf schieben oder auf etwas anderes, die Folge davon ist in Erscheinung getreten, daß die Kindersterblichkeit wesentlich zurückgegangen ist. Tatsache ist auch, was Herr Meyerhoff schon hervorgehoben hat, daß in Ländern, wo sich ein größerer Geburtenüberschuß findet, die Kindersterblichkeit größer ist, und das ist natürlich. Wo eine große Familie ist, wird durch die Größe der Familie eine entsprechende Armut erzeugt, eine Verkümmernng der Lebensbedingungen, und infolgedessen können die Kinder nicht so ernährt werden wie in kleineren Familien. Wenn eine Mutter 12 Kinder hat — das ist früher in Deutschland sehr häufig vorgekommen; ich bin selbst das jüngste von 12 Kindern, aber wo kommt das heute noch vor! —, so kann sie den Kindern nicht die leibliche und sonstige Pflege angedeihen lassen, als wenn nur ein oder wenige Kinder da sind. Der Rückgang an Geburten ist an sich zu beklagen, aber man kann nicht leugnen, daß bei geringerer Geburtenzahl die Sterblichkeit verringert wird und eine bessere Pflege und Versorgung der Kinder für die Zukunft stattfinden kann. In Rußland ist die Sterblichkeit der Kinder ungeheuer, aber das russische Volk ist sehr fruchtbar. In Deutschland ist die Geburtenzahl größer als in England und Frankreich. Wenn Sie aus der größeren Sterblichkeit der Kinder in Deutschland gegenüber England und Frankreich ableiten, daß dort bessere soziale Verhältnisse herrschen müssen, so ist das ein schiefer Schluß. Es ist eine Tatsache, daß die Arbeitergesetzgebung in Deutschland muster-gültig für die ganze Welt ist und vielfach nachgeahmt, aber nicht erreicht ist.

Stadtv. Kraus: Es wird niemand im Saale sein, der es nicht unangenehm empfunden hat, daß dieses Tröpfchen Bitterkeit in die Sache hineingegeben werden mußte, die wir eben behandeln. Jedem, der sich mit der Arbeitergesetzgebung beschäftigt hat, ist bekannt, daß Lloyd George im wahrsten Sinne eine Nachahmung unserer sozialen Gesetzgebung angestrebt hat, um in England erst nachträglich das einzuführen, was wir in Deutschland unseren Arbeitern schon seit Jahren gegeben haben. Zu einem stimme ich Herrn Weismeyer zu, nämlich daß 3000 M eine etwas geringe Summe ist, um das gesteckte Ziel zu erreichen. Aber

es ist ja nicht das einzige Mittel, was für diesen Zweck angewandt wird. Es laufen noch so viele andere nebenher, daß es sicher nicht notwendig war, auch diese Angelegenheit zu beruhen, um der sozialen Gesetzgebung einen Beistand zu versehen. Die braunschweigische Industrie hat beispielsweise in den letzten Wochen einen Wohlfahrtsausschuß gegründet, an welchen sie auf jeden bei ihr beschäftigten Arbeiter zur Arbeiterfürsorge wöchentlich 10 Pf. zahlt, das sind im Jahre pro Kopf 5,20 M freiwillig geleistete Beiträge, und daraus ergibt sich eine Summe von über 100 000 M, die den Familien der Arbeiter zugeführt werden soll. Es ist in erster Linie beabsichtigt, daß Frauen beraten und unterstützt werden sollen, die in anderen Umständen sind, so daß eine Hilfe einige Wochen kurz vor und nach der Geburt gewährt wird. Seien wir dankbar, daß auch die Stadt eine gewisse Summe gibt! Wenn von allen Seiten in großzügiger Weise Maßnahmen für das Wohl der kleinen Kinder erstrebt werden, dann ist es nicht notwendig, daß man hier im Saale dem Guten noch wenigstens den Saum eines gewissen Übels anhängt.

Stadtv. **Steinbrecher:** Wir erkennen natürlich an, daß es dankenswert ist, wenn für die Aufklärung der Mütter diese Summe bewilligt wird; haben es doch die Krankenhäuser und andere sozial-politische Institute ihnen vorgemacht. Als die Frage angeschnitten wurde, ob die Frauen unerfahren wären, da war meiner Meinung nach Ihre Zustimmung zu den Worten des Herrn Oberbürgermeisters zu eifrig. Die Sache liegt doch so, daß ein ganzer Teil der Mütter wohl in der Lage ist, ihre Kinder sehr gut zu pflegen, wenn sie nur die Mittel dazu hätten. Warum hat das Reich die Kriegswochenhilfe eingeführt? Doch aus der Erwägung heraus, daß die größte Zahl der Niedergekommenen nicht in der Lage ist, mit dem auszukommen, was sie besitzen, und der Staat aus diesem Grunde Zufluß leisten muß. Wenn wir zu erreichen suchen, daß auch nach dem Kriege mit dieser Wochenhilfe fortgefahren werden muß, so sehen Sie daraus, was wir als die Grundursache betrachten. Vor und während der Niederkunft müssen den ehelichen und unehelichen Müttern mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden, dann werden auch mehr Kinder groß werden, als es bis dahin möglich gewesen ist. Wir haben in der Krankenkasse die beste Erfahrung darin, denn unsere Kontrollenre wissen, wie es bei manchen aussieht. Sie machen sich keine Vorstellung davon, unter welchen Umständen manchmal die Mütter mit den kleinen Wurmern daliegen, und was für Essen sie bekommen. Nachdem die Wochenpflege eingeführt ist, ist es doch einigermaßen besser geworden. Es gibt das den Beweis dafür, daß Geld herangeschafft werden muß, damit die Mütter unterstützt werden können; dann wird es besser. In der Krankenkasse haben wir uns gefragt: Ist es nicht möglich, daß wir von der Krankenkasse aus helfen? Und wir haben es auch so weit gebracht, daß wir etwas tun können. Die Hauptsache aber ist, daß der Staat für die Mütter

etwas leistet, dann wird auch die Pflege der Kinder gut werden. Das setzt natürlich auch voraus, was der Herr Oberbürgermeister sagte, daß eine Aufklärung der Mütter vorangegangen ist, denn es ist klar, daß es wünschenswert ist, wenn Frauen und Mädchen, die jahrelang in der Fabrik gearbeitet haben, vom Arzt oder von Institutionen eine Aufklärung bekommen. Jeder von uns weiß, wie dankbar jede Mutter ist, wenn sie von uns den „Wegweiser“ erhält. Daß man sagt: Unsere deutschen Mütter sind zu dumm, um Kinder zu erziehen, geht zu weit, aber jede Mutter ist froh, wenn sie für die Erziehung ihrer Kinder etwas zulernt, und so werden sie gern auch diese Unterstützung mit annehmen.

Stadtv. **Meyerhoff** übernimmt den Vorsitz.

Stadtv. **Stegmann**: Ich kann nicht verstehen, daß mehrere Redner sich über die Äußerung des Herrn Wesemeier aufregten. Was er gesagt hat, entspricht doch den Tatsachen. In dem Aufruf zum Opfertag ist es ausgesprochen, daß die Kindersterblichkeit bei uns größer ist als in anderen Ländern. Ich habe darüber Statistiken gelesen, die ich natürlich nicht im Kopfe habe, daß in Deutschland die Kindersterblichkeit größer ist als in Frankreich. Es kommt hier nicht darauf an, wieviel Kinder geboren sind, sondern wieviel Säuglinge in einem bestimmten Alter dort und hier gestorben sind. Darüber gibt es keinen Streit: Jeder Arzt, jeder Hygieniker, jeder Sozialpolitiker weiß, daß nicht durch andere Mittel, sondern nur durch Beseitigung der Grundursache der Kindersterblichkeit gesteuert werden kann. Ich habe von Krefeld und einigen Industrieorten in Rheinland gelesen, daß dort in demselben Maße, wie die Beschäftigung mit Frauenarbeit in den Fabriken größer geworden ist, auch die Kindersterblichkeit gewachsen ist. Solange die Frauenarbeit in dem Maße vorhanden ist, daß die Kinder die nötige Pflege nicht bekommen, daß sie den größeren Kindern der Familie oder Fremden überlassen bleiben, so lange kann selbstverständlich die Kindersterblichkeit nicht gründlich beseitigt werden. Es besteht leider die Gefahr, daß jetzt durch die kolossal vermehrte Frauenarbeit, die jedenfalls auch nach dem Kriege weiterbestehen wird, auch die Kindersterblichkeit trotz all der Mittel, die angewandt werden, nicht wesentlich verringert werden wird.

Die Mittel für die Mitgliedschaft in dem Braunschweigischen Landesverein werden einstimmig bewilligt.

Vorsitzender Meyerhoff: Ich bitte Herrn Niese, als zweiten stellvertretenden Vorsitzenden, diesen Platz einzunehmen, weil ich zu der nächsten Sache das Wort ergreifen will.

Stadtv. **Niese** übernimmt den Vorsitz.

17. Gutachten der Stadtverordnetenversammlung über die Neuregelung der Viehschlachtungen und Wurstherstellung in der Stadt.

Vorsitzender Riete: Meine Herren! Ihnen allen ist jedenfalls die Eingabe von der Fleischerinnung zugegangen. Sie werden sie durchgelesen haben und wissen, um was es sich handelt, und inwiefern die Innungsmeister in dieser Sache einen Protest einbringen. Sie wehren sich gegen verschiedene Punkte, obgleich sie sich in einer vorher stattgefundenen Aussprache mit dem Dezernenten des Magistrats, Herrn Stadtrat Wagner, vollständig in der Sache geeinigt hatten. Erst nachträglich also ist diese Eingabe an den Magistrat eingegangen. Am besten wird die Sache wohl geklärt werden, wenn ich Herrn Stadtrat Wagner das Wort erteile.

Stadtrat Wagner: Verschiedentlich hat das Kriegsernährungsamt und die Reichsfleischstelle uns dringend nahegelegt, wir möchten, ebenso wie es zahlreiche deutsche Städte mit gutem Erfolg getan haben, die Schlachtungen und die Wurstherstellung in städtische Eigenwirtschaft nehmen. Der Hauptauschuß des deutschen Städtetages hat sich kürzlich mit derselben Frage befaßt und sich in gleichem Sinne ausgesprochen. Die Angelegenheit war schon längere Zeit von uns erwogen worden, eine Beschlufsfassung aber hatten wir aus zwei Gründen zurückgestellt, nämlich einmal, weil infolge der Ihnen bekannten umfangreichen Heeres Schlachtungen in unserer Stadt für das 3. und 9. Armee Korps, die die Räume unseres Schlachthauses stark in Anspruch nehmen, räumliche Schwierigkeiten für die Schlachtungen erwachsen, und zweitens, weil das Fleis chergewerbe dieser neuen Einrichtung Widerstand entgegensetzte. Es ist schon damals, als zuerst der Gedanke an die Verwirklichung der Vorschläge der Reichsfleischstelle erwogen wurde, mit der Fleischerinnung Fühlung genommen; sie meinte aber, es wäre nicht nötig, diese Einrichtung zu treffen, wenn wir sie aber durchführen wollten, so stellte sie ihre Mitwirkung zur Verfügung. Inzwischen war von den Reichsstellen aus erneut darauf gedrungen, und der Beauftragte der Reichsfleischstelle, Stabsveterinär Krause, der ein größeres Gebiet in Deutschland, wozu auch Braunschweig gehört, hinsichtlich der Fleischbewirtschaftung unter sich hat, nahm bei seiner Anwesenheit hier nochmals Gelegenheit, auf die Einrichtung hinzudrängen. Wir haben deshalb im Magistrat uns schließ lich gemacht, zu der Sache überzugehen, haben aber dabei betont, daß der größte Wert darauf zu legen wäre, daß wir die erforderlichen Maßnahmen nach Möglichkeit Hand in Hand mit dem Fleis chergewerbe treffen könnten, nicht im Gegensatz zu dem Fleis chergewerbe. Um dieses Hand-in-Hand-Arbeiten zu ermöglichen, haben wir, bevor etwas Weiteres geschehen ist, zunächst den Gesamtvorstand der Fleischerinnung eingeladen, dazu noch den Beauftragten der Landesregierung, Dr. Machens, den Rentner Bäsede, Vorsitzenden des Stadt-

schlachtungsausschusses, und den Wurstfabrikanten Meinede, der seit längerer Zeit für uns die Abchlüge aus den Heereschlachtungen in seiner großen Fabrik verarbeitet. In dieser gemeinschaftlichen Besprechung wurde im allgemeinen ein vollständiges Einvernehmen erzielt. Die Herren vom Innungsvorstande erklärten, daß sie nach den gemachten Darlegungen einsehen, daß wir zu dieser Maßnahme schreiten müßten, erklärten auch, sie würden dahin wirken, daß die Mitglieder der Fleischerinnung, die jüngeren Meister, die Gesellen und Lehrlinge, die noch vorhanden sind, sich zur praktischen Mitwirkung zur Verfügung stellen würden, waren nur nicht damit einverstanden, daß die Wurstherstellung durch einen von seiten der Stadt ausgewählten Unternehmer auf eigene Rechnung ausgeführt würde, sondern zogen vor, daß auch die Wurstherstellung wie die Schlachtungen von dem Schlachtergewerbe selber in Genossenschaftsform durchgeführt würde und der betreffende Wurstfabrikant, der seine Räume zur Verfügung stellt, nur als Werkführer der Genossenschaft betrachtet würde. Nachdem diese Besprechung abgehalten war, bin ich mit dem Tierarzt Machens, dem Beauftragten der Landesregierung, nach Magdeburg gefahren, weil gerade die Herren von der Fleischerinnung den Vorschlag gemacht hatten, wir möchten uns die Magdeburger Verhältnisse ansehen, wo die Einrichtungen so getroffen seien, daß das Fleischergewerbe damit einverstanden sei. Sodann haben wir im Schlachthause Rücksprache genommen mit der Leitung der Schlachthausverwaltung unter Zuziehung der Vertreter der beiden Militärintendanturen wegen der räumlichen Änderungen zur Abgrenzung der Militär- und Zivilschlachtungen. Ein dahin gehendes Übereinkommen wurde auch erzielt. Darauf ist der Auftrag erteilt, mit der räumlichen Abgrenzung zu beginnen; die Arbeiten dafür sind im Gange oder bereits fertiggestellt.

Nachdem nun die Sache soweit gediehen war, kam zur größten Überraschung des Magistrats zunächst in den Zeitungen und dann in Form der Denkschrift die Mitteilung, daß die Innungsverammlung mit Zuziehung der Kriegerfrauen im Gegensatz zu dem Vorstand der Innung einstimmig den Plan des Magistrats gemißbilligt und eine ganze Reihe von Bedenken geäußert hätte. Wie ich gehört habe, ist die Einstimmigkeit in der Fleischerinnung nicht ganz freiwillig zustande gekommen, insbesondere sollen die Kriegerfrauen veranlaßt worden sein, bei der Abstimmung mit aufzustehen, um die Annahme der Entschließung mit zu bekunden, so daß also eine wirkliche Einstimmigkeit bei dem Beschlusse nicht vorliegt.

Nun fragt es sich, welche Vorteile denkt man von dieser gemeinsamen Schlachtung gegenüber dem Betriebe des einzelnen Fleischers zu haben? Zunächst eine gerechte Verteilung des Fleisches auf die einzelnen Betriebe. Bisher sind die einzelnen Tiere lebend verteilt. Das machte Schwierigkeiten insofern, als kleinere Schlächter vielleicht kein ganzes Tier nach ihrer Kundenzahl gebrauchen konnten

und deshalb mit einem anderen Fleischer zusammengetan werden mußten, um ihnen gemeinsam ein Tier zuzuweisen. Bei dieser Verteilung des lebenden Viehs ergab sich häufig, daß diejenigen Fleischermeister, die eine große Kundenliste haben (bis zu 2000 Kunden lassen wir zu), immer die größten und insolge dessen bestgenährten und fetthaltigsten Tiere bekamen, während kleinere Fleischereien, wie sie sich in den Arbeitervierteln vorfinden, nur kleinere Tiere erhielten, also magere Tiere mit wenig Fleischgewicht. Das ließe sich in Zukunft ausgleichen, wenn man die Viertel von den ge schlachteten Tieren verteilte, wobei man einem kleinen Schlachter auch ein Viertel von einem großen, fetten Tiere zuteilen kann und einem größeren Schlachter, wenn an dem für ihn nötigen Gewicht etwas fehlt, auch einmal Viertel von einem geringeren Tiere. Es wurde auch von seiten des Vorstandes der Fleischerinnung anerkannt, daß diese Maßnahme richtig sei, und auch in Magdeburg wurde es uns von seiten des Herrn, der die Verteilung für die Innung auszuführen hat, bestätigt.

Sodann würde eine bessere Markenkontrolle ermöglicht werden. Es wird allgemein anerkannt, auch in den kriegswirtschaftlichen Zeitschriften des Ernährungsamts, daß beim gemeinsamen Schlachten des Viehs und Verteilung in Vierteln eine bessere Markenkontrolle sich ausüben lasse, während bei der Überweisung des lebenden Viehs an die einzelnen Fleischermeister es unmöglich ist, festzustellen, was er aus dem Vieh herausholen kann, und was er verdienen muß. Man würde den Einstandspreis für das einzelne Tier feststellen, auch die Unkosten, die die Stadt bei dem Fleischbetrieb hat, z. B. das Drucken der Fleischkarten und was damit zusammenhängt, einkalkulieren können. Es würde richtig sein, wenn wir von jetzt ab eine Deckung dieser Unkosten für uns beanspruchten, denn sie können auf die Dauer nicht auf öffentliche Mittel übernommen werden. Nach der Schlachtung würde ermittelt, wieviel Pfund Fleisch vorhanden sind, und darnach könnte, unter Abrechnung eines bestimmten Gewichts für Eintrocknen, jedem Fleischer seine bestimmte Menge Fleisch überwiesen werden. Einen auf das Pfund auszurechnenden Aufschlag durch den Schlachthausdirektor, Sachverständige und durch Personen aus dem Fleisbergewerbe festzusetzen, würde keinerlei Schwierigkeiten bereiten.

Weiter würde eine bessere Erfassung der Rohfette für Speisezwecke möglich sein. Die gesamten Rohfette sind beschlagnahmt und müssen an den Ausschuß für Fette und Öle abgeliefert werden. Zum Teil steht der daraus gewonnene Feintalg zur Verfügung des Kriegsaussschusses und dient zur Verarbeitung zu Margarine, während der Rest dem Kommunalverbande verbleibt. Je mehr tierisches Fett zur Ablieferung kommt, desto mehr Feintalg können die Kommunalverbände zur Verteilung bringen, und zwar gleichmäßig nach der Kundenzahl, während jetzt die Fleischer, die fetteres Vieh erhalten, auch mehr Feintalg bekommen und

somit ihre Kunden bevorzugen können, was natürlich unzufriedene Leute macht, die uns fortwährend mit Anträgen auf Umschreibung in den Kundenlisten kommen.

Auch eine bessere Verwertung der Abschläge und des Blutes würde durch einheitliche Wurstherstellung erzielt werden können. Es ist bekannt, daß es in jetziger Zeit nicht selten vorkommt, daß ein Teil der inneren Organe der Tiere, die eigentlich zur Wurstherstellung bestimmt sind, wegen Krankheit verworfen werden muß. Hat nun ein Fleischermeister das Pech, daß ihm ein großer Teil des Abschlages oder gar der ganze Abschlag in der betreffenden Woche verworfen wird, so ist er nicht in der Lage, das nötige Wurstgut zur Verfügung zu haben. Kommen die Abschläge alle in eine Zentralstelle, wo sie zusammen verwertet werden können, dann erfolgt in jeder Woche ein Ausgleich in den Abschlagmengen, und die Wurstherstellung läßt sich besser durchführen.

Ein wesentlicher Punkt ist, daß bei einheitlichem Betriebe unter städtischer Aufsicht — wir würden ständig einen geeigneten Überwachungsbeamten hinsetzen — eine einheitliche Ware, und zwar, wenn ein Betriebsleiter ausgesucht wird, der Interesse an der Sache hat, eine gute Ware den Verbrauchern geliefert werden kann, während, wie Sie wissen, es bei manchen Fleischermeistern in den letzten Monaten zu Klagen über die Art der Wurst gekommen ist. Ein solcher Zustand, wie er durch die einheitliche Herstellung herbeigeführt wird, müßte den Angehörigen des Fleischergewerbes nicht unlieb sein, denn sie könnten sagen: „Ich persönlich bin nicht schuld daran, wenn meinen Kunden die Wurst nicht gefällt; ich vertreibe nur die Wurst, wie sie mir von der Stadt geliefert wird.“ Eine Verbesserung der Wurst würde dadurch herzustellen sein, daß man in Zukunft die wenigen Schweine, die wir im Laufe des nächsten Winters und im folgenden Jahre zu erwarten haben, restlos in die Wurst hineinarbeitete. Dies würde undurchführbar sein, wenn wir die Wurstherstellung wieder den einzelnen Fleischern übertragen wollten, denn zu einer regelmäßigen Verteilung werden wir zu wenig Schlachtschweine haben. Was es bedeutet, daß wir regelmäßig Schweinefleisch und Fett in die Wurst hineinbringen können, ergibt sich ohne weiteres.

Sodann würde auch eine Ersparnis an Schlachtvieh erzielt werden können. Die Viehanlieferungen sind jetzt nicht nur bei uns, sondern auch in anderen Städten sehr knapp, und man weiß nicht, ob und in welchem Maße sie sich steigern werden. Vor allen Dingen sind die Tiere nicht so schwer, wie man bei dem Verteilungsschlüssel seitens des Reichs angenommen hat. Eine Ersparnis ist also angebracht. Wir sollen pro Kopf und Woche 250 Gramm Fleisch gewähren. Nun ist vom Kriegsernährungsamte zugelassen, an Stelle der gestreckten und der nur aus Abschlag und Blut hergestellten Wurst, eine solche herzustellen, die auch aus

Muskelfleisch besteht, und die außerdem noch geräuchert wird, wodurch der Wassergehalt sich vermindert. Von dieser dürfen aber nur 250 Gramm wöchentlich auf Fleischkarten abgegeben werden, während die gestreckte Wurst mit 500 Gramm auf die Fleischkarte verabsolgt wird. Wir glauben, daß durch Herstellung dieser geräucherten Muskelfleischwurst eine Ersparnis an der Menge der Fleischwaren und zugleich eine Verbesserung derselben eintreten kann.

Die Fleisch- und Wurstpreise würden auf zuverlässigerer Grundlage aufgestellt werden können, als es jetzt der Fall ist. Was jetzt der Fleischer aus dem ihm zur Verfügung gestellten Tiere herauswirtschaften kann, ist je nach der Art der Tiere und je nachdem der Abschlag zur Verfügung steht oder verworfen wird, so verschieden, daß selbst durch Probeischlachtungen das nicht festgestellt werden kann. Sobald wir aber die Sachen in einem einzigen Betriebe zur Verfügung haben, dann sehen wir, welche Pfundzahl an Fleisch, Leber, Herz usw. usw. vorhanden ist; wir können die Fabrikationskosten nachrechnen, den Unternehmergewinn daraufschlagen, und dann wissen wir, was uns die Wurst kostet und können sie zu einem Einheitspreise dem Fleischer übergeben, damit er sie mit dem ihm gebührenden Aufschlag vertreibt.

Nach Regelung der gemeinsamen Schlachtungen und Wurstherstellung in Eigenwirtschaft würde es sich ermöglichen lassen, die bisherigen „Stadtschlachtungen“ ganz aufzugeben. Sie wissen, daß, seitdem in den Stadtschlachtungs-geschäften nicht mehr Schweinefleisch und Waren aus Schweinefleisch verkauft werden, der Andrang der Käufer zu ihnen bedeutend nachgelassen hat, so daß die Verkäufer Schwierigkeiten haben, die Waren gegen Fleischmarken abzugeben. Wir haben uns leider entschließen müssen, für die Sonnabende diese Verkäufe aufzuheben, weil am Wochenschluß die Zahl der verfügbaren Fleischmarken sehr gering ist; wir verkaufen in den Stadtschlachtungs-geschäften also nur noch am Mittwoch, um durch diesen Verkauf den Frauen der zum Kriegsdienst eingezogenen Fleischermeister zu helfen. In Zukunft könnte der Stadtschlachtungs-betrieb die Verwertung des Ausschußviehs, nämlich des besonders mageren Viehs, übernehmen, was bisher von der Reinedeschen Wurstfabrik geschehen ist. Bei Regelung der Schlachtungen in der vom Magistrat beabsichtigten Weise würden die Kriegerfrauen nicht unberücksichtigt bleiben, im Gegenteil, ihre Interessen könnten besser gewahrt werden als bisher, denn wenn wir in städtischer Regie schlachten und — wie der Vorstand der Fleischerinnung bereitwilligst zugesagt hatte — den Kriegerfrauen, die keine fachmännische Hilfe zur Verfügung haben, zerlegte Viertel zugefeilt werden und sie außerdem fertige Wurstware bekommen, dann ist jeder Kriegerfrau, die sich Mühe geben will, Gelegenheit gegeben, die alten Beziehungen zur früheren Kundschaft, die durch den Krieg vielfach verlorengegangen sind, wieder anzuknüpfen und damit ihr Geschäft wieder in die Friedenszustände hin-

überleiten zu können. Jede Kriegerfrau, auch diejenigen, die bei den Stadt-
schlachtungen bisher nicht berücksichtigt werden konnten, wird dann in der Lage
sein, eine feste Kundenliste aufzulegen, nach der ihr in jeder Woche das nötige
Fleisch geliefert wird. Die Hinzunahme der Kriegerfrauen zu den Fleischverkaufs-
geschäften würde eine Vermehrung der ständigen Verkaufsstellen bedeuten und
damit der Andrang bei den anderen Stellen vermindert werden, was angenehm
empfunden werden wird.

Schließlich kommt eine Kohlenersparnis in Betracht, denn wenn jedesmal in
den einzelnen Fleischereien der Wurstkessel besonders geheizt werden muß, so wird
ohne Zweifel mehr Feuerung verbraucht, als wenn man allwöchentlich die Wurst
in einer größeren Anlage an zwei Tagen herstellt und der Betrieb für die übrige
Zeit stillliegen kann.

Auch eine bessere Ausnutzung der Arbeitskräfte würde in Frage kommen.
Es würden die Meister und Lehrlinge, wie das in Magdeburg gemacht ist, monat-
weise mit der Arbeit abwechseln, in dem einen Monat würden sie zur Hälfte bei
den Schlachtungen tätig sein und im nächsten Monat bei der Wursthherstellung.
Ich glaube, daß dadurch die fachliche Ausbildung der Lehrlinge besser ist als unter
den hentigen Verhältnissen in einer kleinen handwerksmäßigen Schlachtere, in
der der Fleischmeister doch nur aus dem wenigen, was ihm zur Verfügung steht,
Wurst herstellen kann. — Daß es bei dieser Art der Schlachtungen und Wursth-
herstellung auch möglich ist, die Unkosten der Stadt mit zu decken, habe ich schon
erwähnt.

Was die praktische Durchführung der Sache betrifft, so ist sie folgendermaßen
gedacht:

Wenn wir den Vorschlägen des Herrn Behrens folgen, so würde die Schlach-
tung der Tiere der Verwertungsgenossenschaft der Fleischmeister, einer selbst-
ständigen Organisation, die seit vielen Jahren besteht, und die eine derartige
Aufgabe übernehmen kann, übertragen werden. Dabei würde sich die Stadt der
fachmännischen Aufsicht der hiesigen Fleischmeister bedienen. Nach einer Ver-
einbarung mit den beiden Militärverwaltungen wird uns für Montag und
Dienstag jeder Woche morgens die Rinder Schlachthalle zur Verfügung gestellt —
die Schlachtung von Kälbern und Hammeln hat ja weniger Bedeutung, und die
Schweineschlachtungen sind so gering, daß unsere große Schweineschlachthalle
Platz genug bietet. Mäunliche Schwierigkeiten würden also nicht erwachsen. Am
Montag und Dienstag würde der ganze Wochenbedarf geschlachtet und in abge-
kühltem Zustande in die Schweinehalle übergeführt, die durch eine Planke mit nur
einem Durchgange abgeschlossen ist. Sodann würde die Viertelung der Tiere
durchgeführt werden müssen und von einem Zünmungsaußschuß nach der Zahl der
Viertel und nach den Kundenlisten die Verteilung an die Fleischergeschäfte vor-

genommen werden. Sie sehen, daß in weitgehendem Maße an die Mitwirkung der Fleischer und ihrer Vertrauensleute gedacht worden ist. Die Verteilung würde am Mittwoch morgen durchgeführt sein. Die einzelnen Viertel würden mit einem deutlichen Stempelaufdruck versehen und die den einzelnen Fleischern zugeteilten Stücke, mit Namen kenntlich gemacht, zusammen aufgehängt werden, so daß am Nachmittag die Übergabe an die Fleischer und die Abholung des Fleisches geschehen kann. Die drei letzten Tage der Woche, Donnerstag, Freitag und Sonnabend, würden zum Verkauf des Fleisches zur Verfügung stehen, und auch die inzwischen hergestellte Wurst könnte an den gleichen Tagen im Laden verkauft werden. Die Abrechnung über das Kaufvieh und die Ausstellung der Rechnungen würde in der Hand der Verwertungsgenossenschaft bleiben. Sie würde dafür eine Vergütung erhalten.

Die Abschläge würden von dem Fleisch getrennt und, die einzelnen Arten der Abschläge für sich gesondert, aufgestapelt werden, verwogen und in diesem Zustande der städtischen großen Fabrik überwiesen werden, die sie zu einem für jede Warenart getrennt festgelegten Einheitspreise übernimmt und verarbeitet. Ferner würden die Rohfette restlos aus den Tieren herausgetrennt und so die Gewinnung von verteilungsfähigem Speisefett vermehrt werden. Die Aufsicht über die ganze Sache würde dem bisherigen Stadtschlachtungsausschuß, der durch Hinzunahme von einem oder zwei Vertretern der Fleischerinnung erweitert werden könnte, übertragen werden, denn der Stadtschlachtungsausschuß, der in der dankenswertesten Weise im öffentlichen Interesse gewirkt hat, würde durch Wegfall der jetzigen Stadtschlachtungen sein bisheriges Amt verlieren.

Ich glaube, daß sich die Sache so durchführen ließe, und daß die Fleischermeister gegen eine Maßnahme, die in vielen Großstädten mit bestem Erfolge durchgeführt ist, nichts einwenden können und sich damit abfinden werden. Wir ergreifen diese Maßnahme wirklich nicht, um dem Fleischergewerbe unnötige Fesseln anzulegen. Wenn aber die Verhältnisse dazu drängen und wir von den Reichsstellen immer von neuem darauf hingewiesen werden, daß die Großstädte zu solchen Maßnahmen schreiten müßten, dann können wir uns dem nicht entziehen.

Nun sind in der Denkschrift darüber Ausführungen gemacht, wie schädigend die Maßnahmen der Stadt auf das Fleischergewerbe wirken würden. Es wird in der letzten Zusammenfassung davon gesprochen, daß dem hiesigen Fleischergewerbe restlos die Selbständigkeit genommen würde. Sie werden aus meinen Ausführungen ersehen haben, daß wir in weitgehendem Maße auf die Mithilfe der Fleischermeister Rücksicht genommen haben, und daß von einer Fortnahme des letzten Rests von Selbständigkeit nicht gesprochen werden kann. Jeder Fleischermeister erhält seine Kundenliste, er erhält das Fleisch zugeteilt von einem

selbstgewählten Ausschüsse seiner Fachgenossen, und die Würstzuteilung wird auch wieder nach Kundenlisten vorgenommen. Das einzige ist, daß sein Verdienst auf eine bestimmte Pfennigzahl für das Pfund festgesetzt wird. Aber gerade diese Festlegung ist von der Reichsfleischstelle in Berlin unter Zuziehung von Vertretern des Fleischergewerbes gutgeheißen worden. Die Sache wird wohl so bemessen werden, daß ein Aufschlag von 24 Pf. auf das Pfund festgesetzt wird, und ich glaube, daß bei Berücksichtigung der heutigen Verhältnisse der Fleischermeister mit diesem Aufschlage zurechtkommen kann. Ich darf daran erinnern, daß alle Erwerbsstände während dieser Kriegszeit in einer ähnlichen Lage sind. Wie geht es dem Bäckermeister? Er muß zu einem bestimmten Preise sein Brot verkaufen. Jeder Kolonialwarenhändler muß mit vorgeschriebenen Preisen rechnen, mag er Grieß, Graupen der sonst etwas zu verkaufen haben. Ebenso darf er nur nach Kundenlisten verkaufen, steht unter Kontrolle und setzt sich, wenn er unseren Vorschriften nicht Folge leistet, der Gefahr aus, daß ihm der Verkauf der städtischen Waren entzogen wird. Dasselbe gilt für Voll- und Magermilch, Butter, Käse, auch für Kartoffeln und so viele andere Sachen. So glaube ich, daß das Fleischergewerbe nicht mehr eingeschränkt wird als alle anderen Nahrungsmittelgewerbe.

Dann sagt die Denkschrift, es sei zu berücksichtigen, daß die besonderen braunschweigischen Verhältnisse, der Ruf der braunschweigischen Wurstindustrie in dieser Frage eine Rolle spielt. Das kann ich unter den heutigen Verhältnissen nicht anerkennen. Sie wissen alle, daß während der Dauer der Kriegswirtschaft nicht ein Pfund Wurst aus Braunschweig hinauskommt; sie wird nur für die hiesigen Verbraucher hergestellt. Auswärts kann also der Ruf der Wurstherstellung in Braunschweig nicht geschädigt werden, im Gegenteil: Wir glauben, daß die Wurst bei gemeinsamen Schlachtungen noch besser hergestellt werden kann, als es augenblicklich geschieht. Der Schwerpunkt dieses Monomeres der Braunschweiger Wurstindustrie lag übrigens in den großen Wurstfabriken; diese haben wohl ganz bedeutend mehr Wurst nach auswärts gesandt als alle handwerksmäßigen Fleischereien.

Weiter führt die Denkschrift aus, jeder Fleischer genießt das Vertrauen seiner Kundschaft — zu dem gemeinsamen Betriebe der Wurstfabrikation könnte man es nicht haben. Diese Einwendung ist hinfällig, denn wenn die Stadt in einem sich eines guten Rufes erfreuenden Betriebe arbeiten läßt, und zwar unter beständiger Aufsicht, dann wüßte ich nicht, warum dort nicht Wurst erzeugt werden könnte, die sich auch eines guten Vertrauens erfreuen könnte.

Sodann wird gesagt, daß der für die Wurst zu verwendende Abschlag nicht längere Zeit aufbewahrt werden könnte. Das ist richtig, aber es ist zu beachten, daß wir Kühlzellen im Schlachthause haben, in denen eine Temperatur von

2 Grad über Null herrscht. Dort könnte der Abschlagn bis zu einer Woche lagern, ohne zu verderben. Er braucht jedoch gar nicht so lange zu lagern, denn wenn am Montag und Dienstag geschlachtet wird und in der ersten Hälfte der Woche im Großbetriebe Wurst hergestellt wird, dann lagert er höchstens zwei Tage, ehe er verarbeitet wird.

Wenn in der Denkschrift ausgeführt wird, es handle sich um ein Experimentieren und um das Reich der Theorie, so ist das unrichtig. Ich habe schon darüber berichtet, daß solche Einrichtungen schon längst durchgeführt sind, und könnte Ihnen gleich zwanzig Orte nennen, wo die Praxis zu guten Resultaten geführt hat.

Von Transportschwierigkeiten wird gesprochen; die wenigsten Fleischermeister hätten noch Wagen und Pferde zur Verfügung. Wie werden denn die Fleischermeister unter den heutigen Verhältnissen fertig? Sie müssen sich das Fleisch doch auch jetzt aus dem Schlachthause abholen. Ob sie das Fleisch der Tiere, die sie für eigene Rechnung geschlachtet haben, oder das Fleisch von solchen, die für die Gesamtheit geschlachtet sind, nach Hause holen, sollte doch wohl gleichgültig sein. Wenn sie die Wurst fertig in den Laden geliefert bekommen, so ist das doch nicht schwieriger, als wenn sie Blut und Abschlagn zur Verarbeitung nach Hause schaffen müßten. Ich kann nicht anerkennen, daß das einen Unterschied zuungunsten der Neuordnung ausmachen sollte.

Dann: Die pflegliche Behandlung der Kriegswurst würde leiden. Wir haben uns in Magdeburg überzeugt, daß die Herstellung der Wurst in geradezu mustergültiger Weise durchgeführt wird, und zwar in einer großen Halle, wo jeder beobachtet werden kann und alle Arbeiten mit mechanischem Antriebe gemacht werden. Etwas Besseres kann man sich nicht vorstellen, jedenfalls läßt sich bei einem kleinen Betriebe so etwas nicht durchführen. Die Lehrlinge arbeiten bei dieser Einrichtung unter der ständigen Aufsicht von Leuten, die sich eines großen Vertrauens erfreuen.

Weiter: Die Ersparnis an Arbeitskräften sei nicht groß. Ich gebe zu, viel mag dabei nicht herauskommen, möchte aber doch folgendes zu bedenken bitten: Wenn man die ganze Menge an zwei Tagen an einer Stelle verarbeiten läßt, so läßt sich durch entsprechende Arbeitsteilung besser arbeiten als mit den heute vorhandenen wenigen Kräften in den einzelnen Betrieben, denn 95 Prozent der Fleischergejellen stehen wohl im Heeresdienste. Diese Arbeitsteilung läßt sich zumal in einem solch großen Fabrikbetriebe, wo mechanisch gearbeitet werden kann und ungelernete Frauen eine ganze Reihe von Handgriffen vornehmen können, sehr wohl einrichten. Für das Abpulen der Knochen, das Zerkleinern des Fleisches durch den Fleischwolf und zu anderen Verrichtungen braucht man doch keine sachmännischen Kräfte.

Es ist dann in der Denkschrift auf räumliche Schwierigkeiten hingewiesen.

Ich habe schon zugegeben, daß sie vorhanden gewesen sind, und daß sie uns früher veranlaßten, der Durchführung der Frage nicht näherzutreten. Andere Städte, die solche großen Heereschlachtungen nicht übernommen haben, sind in der Beziehung besser daran. Aber durch die Vereinbarung mit der Heeresverwaltung wird es möglich sein, wie auch der Beauftragte des Ministeriums anerkannt hat, über die Schwierigkeiten hinwegzukommen. Die Sache ist so geregelt, daß wir an den genannten Tagen zuerst kommen und die Heereschlachtungen erst hinterher vorgenommen werden sollen. Wäre es umgekehrt, dann würde es so gehen können, wie es mit den Fleischermeistern gegangen ist; sie haben sich mit Mühe und Not zwischen die einzelnen Heereschlachtungen drängen müssen und haben oft warten müssen, bis ein Stand frei war. Wir aber können am frühen Morgen anfangen und haben bis zu einer bestimmten Stunde die Schlachthalle für uns allein. Auf diese Weise ist die Sache für uns leichter durchzuführen als früher.

Hingewiesen wird auch noch darauf, daß sich Schwierigkeiten daraus ergeben, daß das Schlachtvieh nicht immer rechtzeitig zur Stelle sein könnte. Das ist zuzugeben. Wenn aber das Schlachtvieh nicht zu der Zeit vorhanden ist, wenn die Schlachtungen ausgeführt werden müssen, um zu Ende der Woche Fleisch ausgeben zu können, dann würden auch die Schlachtungen durch die einzelnen Fleischermeister versagen müssen. Das Ministerium hat uns die Zusicherung gegeben, alles in Bewegung zu setzen, um die Kommunalverbände zu veranlassen, das Schlachtvieh uns rechtzeitig zur Verfügung zu stellen. In den ganzen Monaten, wo die doppelten Schlachtungen infolge der Fleischzulage stattgefunden haben, ist das Schlachtvieh immer rechtzeitig am Schlusse der Woche zur Stelle gewesen, und ich darf hoffen, daß uns das auch in Zukunft gelingen wird.

Betreffs des Hinweises der Denkschrift, daß die Lehrlingsausbildung gefährdet werden würde, habe ich mir schon anzudeuten erlaubt, daß bei der neuen Einrichtung die Ausbildung jedenfalls besser sein wird als unter heutigen Verhältnissen in einem kleinen Betriebe. Daß auch die Verdienstmöglichkeit für die Frauen der im Kriegsdienst stehenden Schlachtermmeister besser ist als bei den bisherigen Verhältnissen während des Krieges, unterliegt wohl keinem Zweifel.

Ich glaube also, daß alle in der Denkschrift angeführten Einwände sich widerlegen lassen. Da die Herren Stadtverordneten die Denkschrift auch erhalten haben, so legten wir großen Wert darauf, von Ihrer Seite zu hören, daß Sie mit unseren Zwecken einverstanden sind. Wir würden dann aber nicht vom grünen Tisch aus einfach verfügen: „Die Sache wird gemacht!“, sondern Gelegenheit nehmen, nochmals mit der ganzen Innungsverammlung uns auszusprechen. Zu dieser Aussprache hat auch Herr Regierungsrat Dedekind seine Mitwirkung zugesagt. Wenn auch die Sache für die Fleischermeister nicht angenehm sein mag, so müssen sie doch bedenken, daß auch die anderen Berufsstände Ähnliches

über sich ergehen lassen müssen, und daß die besonderen Interessen ihres Gewerbes gegenüber den Interessen der Allgemeinheit zurückstehen müssen.

Stadtv. Meyerhoff: Die Ausführungen des Herrn Stadtrats Wagner sind weit ausgreifend gewesen, und alle Momente, die zum Besten der Vorlage sprechen können, sind von ihm herausgehoben. Trotzdem muß ich mich als prinzipieller Gegner gegen jede Rationierung des Fleischerhandwerks erklären. Herr Stadtrat Wagner führte an, daß die Bäcker und andere Geschäftsleute sich Ähnliches haben gefallen lassen müssen, aber der Vergleich hinkt, denn der Bäcker backt sein eigenes Brot, er weiß, was für Ware er herstellt. Wie ist es denn mit den anderen Sachen, sagen wir mit den Eiern? Da kann von verschiedenem Geschmack bei den Eiern keine Rede sein. Mögen sie von den Hühnern in Schwülper oder in Steinhof gelegt werden oder sonstwo, da ist keine Fälschung und keine schlechtere Fabrikation möglich.

Um was handelt es sich denn bei dieser Frage, und um was bitten die Fleischermeister? Daß ihre Selbständigkeit nicht lahmgelegt wird. Das haben sie in der Denkschrift ausführlich begründet. Der Herr Stadtrat sagt: „Der Vorstand der Innung stand ja schon bei der früheren Beratung auf unserem Standpunkte, und jetzt mit einem Male kommt die Innungsversammlung mit ihrer gegenteiligen Meinung.“ Glauben Sie nicht, daß ich mich auch mit meiner Innung, in welcher ich 25 Jahre lang im Vorstande war, öfter im Gegensatz befunden habe? Was der Vorstand eines Gewerbes guthießt, das brauchen 60 andere Mitglieder desselben, denen es auch an den Krügen geht, nicht gutzuheißen. Für mich kommt die Mehrzahl der Innung in Betracht, nicht, daß der Vorstand sich den Wünschen des Magistrats gegenüber willfähriger gezeigt hat. Jetzt ist der Vorstand der Innung mit der Eingabe zufrieden, denn er hat sie unterschrieben; er ist also von seinem früheren Grundsatz zurückgetreten. Wir treiben immer mehr dazu, jede Selbständigkeit bei uns auszumergen. Es wird sogar der Versuch gemacht, die Schlossereien zusammenzulegen, aber wir werden uns dagegen wehren.

Sodann das Lehrlingswesen. Das ist doch in dem Handwerksbetrieb ein ganz anderes, als wie es in der Fabrik betrieben wird. Der Herr, der vor mir sitzt, wird zugestehen müssen, daß Schlosser, die im Handwerksbetrieb gelernt haben, ganz andere Arbeiter sind als diejenigen, die im Fabrikbetriebe nur an einer Sache ausgebildet sind. Je mehr von dem Handwerksbetriebe lahmgelegt wird, um so mehr wird der Mittelstand geschädigt. Wir im Mittelstande bringen die meisten Opfer während dieser Kriegszeit; ich schließe dabei die Beamten mit ein. Der Mittelstand hat seine Stellung im Wirtschaftsleben während des Krieges nicht verbessern können, auch wenn er Gehaltszulage bekommen hat. Ein ehrlicher Handwerker hält immer noch auf seine Selbständigkeit. Was werden aber die

Herrn Schlachtermeister werden? Sie werden Verkäufer, weiter nichts. Auch wenn gesagt wird: „Sie selbst sollen die Kommission bilden, auch selbst schlachten“, der einzelne wird in seinem Geschäft doch weiter nichts als nur Verkäufer. Dann braucht er das Schlachterhandwerk nicht mehr zu lernen. Ich komme nicht darum weg: Wir zerstören hier, vielleicht ohne Grund, die Selbstständigkeit eines Handwerkerstandes. Wenn sich die Sache in Magdeburg so gut macht, so kann mir das nicht imponieren, auch nicht die 20 Städte im deutschen Reiche, die dazu übergegangen sind, diese Neuordnung einzuführen. Wie viele Städte haben wir denn im deutschen Reiche? Und wenn es 200 wären, die die Einrichtung getroffen hätten, so wäre das auch nur ein Bruchteil. Wenn es nur 20 Städte verkehrt machen, dann sollen wir die 21. sein, die es mitmacht! Ich liebe solchen Sammelstempel nicht. Ich bin dafür, daß wir es ruhig bei dem belassen, wie es gewesen ist.

Ich habe mir eine Menge Notizen gemacht, über das, was ich vorbringen wollte, aber ich würde Ihre Zeit ungebührlich lange damit in Anspruch nehmen. — Eine vorteilhaftere und gerechtere Verteilung! Läßt sich das nicht auch auf andere Weise wunderschön machen? Wenn die Herren Bäcker, Metzger und die Tierärzte, wie Dr. Machens scharfe Kontrolle üben, dann sollte es mich doch wundernehmen, wenn sie nicht eine gerechte Verteilung fertigbrächten. Ich habe schon bei anderer Gelegenheit gesagt: Wenn die Polizei nichts tut, dann ist alles möglich. Nehmen Sie doch die Gelegenheit wahr, um alles in seine Schranken zu rücken, damit das Publikum nicht überteuert wird. Eine überteuerte Ware besonders durch minderwertige Ware ausgefüllt werden. Glauben Sie denn, daß Sie nur gutes Vieh bekommen werden? Sie müssen nehmen, was Ihnen vom Viehhandelsverband gebracht wird, und anderes Fleisch bekommen wir nicht. Das können wir auf dem Bülentweg sehen, wo die Firma Behrens, Gebr. Meier, die Schlachtungen für den Hannoverschen Viehhandelsverband machen. Die bekommen das Fleisch, welches der Hannoversche Viehhandelsverband für die Armeeverwaltung ausscheidet, und uns wird es nicht viel besser gehen. Ich glaube nicht, daß wir fetten Ochsen bekommen werden.

Dann wird von einem Verdienst gesprochen. Ich glaube nicht, daß die Fleischermeister mit einem übermäßigen Verdienst renommieren können. Sie sind alle zufrieden, wenn sie ihr Gewerbe hochhalten und ihren Geschäftsbetrieb erhalten können; ob sie nachher mehr oder weniger haben, das kann man nicht wissen.

Daß wir keine Schweine in der nächsten Zeit und auf lange hinaus bekommen werden, das haben wir nicht verschuldet. Verschuldet ist das am grünen Tische in Berlin. Alles, was von den Reichsstellen hergebracht wird, das bereift sich Braunschweig in sehr rascher und scharfer Weise nachzunehmen und einzuführen. Es verfängt bei mir nicht, daß gesagt wird: Diese anderen Städte haben es ein-

geführt, und es geht wunderschön. Was für ein gewaltiger Unterschied ist zwischen der Magdeburger und der Braunschweiger Wurst immer gewesen! Ähnlich ist es mit dem Schlachtvieh. Ich weiß mich sehr wohl zu erinnern — es ist allerdings schon 20 Jahre her —, da wurde in Magdeburg Braunschweiger Kalbsbraten angepriesen. Die geschlachteten Kälber gingen von Braunschweig nach Magdeburg, weil in Magdeburg solch große Kälber nicht geschlachtet wurden. Also Braunschweig ist in der Fleischindustrie immer voran gewesen, und ich möchte unser Fleischerhandwerk davor bewahren, daß es zurückgeht. Jetzt muß das Fleisch auf Marken verkauft werden, und auch nach Beendigung des Krieges wird dieser üble Zustand weiterbestehen. Nun muß ich es ja vollkommen billigen, daß die Fleischwaren rationiert sind, und daß darnach verfahren wird, aber unnötige Fesseln brauchen wir dem Handwerk nicht anzulegen. Wenn es auch Herr Stadtrat Wagner verneint, so meine ich doch, daß es unnötige Fesseln sind. Der Fleischermeister muß einfach nehmen, was ihm zugeteilt wird, auch eine Auswahl bei dem Vieh hat er nicht. (Zuruf: Jetzt auch nicht.) Er hat aber noch einen persönlichen Einfluß gehabt. Und wenn das nicht gewesen ist, daß der eine oder der andere sich eine Bevorzugung erringen konnte, dann haben wir erst recht keinen Grund, die Sache zu ändern. Dann fällt der Grund weg, daß jeder der Fleischer mit den anderen gleiches Fleisch haben soll. Dann haben wir ja jetzt schon gleiches Fleisch bei allen Fleischern; was wollen wir denn mehr?

Bezüglich der Wurstfabrikation sagte Herr Stadtrat Wagner, daß Heizmaterial und auch Arbeit gespart werden würde. Was an Arbeitskräften gespart würde, gestand Herr Stadtrat Wagner zu, das wäre wohl nicht bedeutend, aber bei der Feuerung hat er sich in anderer Weise ausgedrückt. In der Eingabe aber steht, daß erstens die Fleischermeister mit den Kohlen rationiert sind, und zweitens zum Kesselheizen nimmt man häufig Holz. Das geschieht auch bei den Fleischern, denn sie müssen plötzlich hohe Temperaturen erzielen, und das wird durch Verwendung von Holz schnell erreicht.

In welcher Fabrik soll denn nun diese ganze Wurst hergestellt werden? Darüber vermiße ich nähere Auskunft. Soviel ich weiß, ist die Fabrik von Reineke beschäftigt, dagegen steht die von Witte leer. Es ließe sich wohl auch eine andere Fabrik finden, aber um die ganze Arbeit zu bewältigen, reicht keine aus. (Zuruf: Doch!) Gut, sie reicht hin. Jetzt gehen nicht allein die Arbeiterfrauen, sondern auch die Kinder und holen die Fleischbrühe und Wurstsuppe weg. Wollen Sie die alle nach der Cellerstraße nach Witte schicken, auch wenn sie von der Gliesmaroderstraße oder sonst vom Osten der Stadt herkommen? Den Weg zu Fuß zu machen, geht nicht wohl an, die Leute müßten fahren, während jetzt durch die Verteilung der Wurstfabrikation auf die einzelnen Reviere die Frauen aus jeder Gegend auf leichtere Weise etwas bekommen können.

Ich will mich nicht weiter über die Angelegenheit verbreiten, aber ich sehe in der Neueinrichtung wieder einen Schritt vorwärts, um dem Gewerbestand das letzte bißchen Selbständigkeit, das er hat, zu nehmen, und aus dem Grunde kann ich nicht für die Vorlage stimmen.

Stadtv. Kraus: Ich stehe auf dem gleichen Boden wie der Herr Vorredner. Wenn es sich darum handelt, das Interesse der Allgemeinheit dem Interesse eines bestimmten Standes vorzuziehen, dann wird keiner von uns so weit gehen, nein zu sagen, wenn er sich davon überzeugt hat, daß ersteres überwiegend ist. Diese Überzeugung kann ich aber beim besten Willen nicht gewinnen, und kann das um so weniger, nachdem ich mit Schlachtern in der Angelegenheit Rücksprache genommen habe. Wenn es sich um die Verstaatlichung oder Verstädtlichung einer großen Industrie handelte, dann würde ich dafür sein, denn es ist selbstverständlich, da diese dabei immer ein und dasselbe gleichartige Fabrikationsobjekt verarbeitet. Zum Beispiel ist es richtig, daß Großbetriebe aus Kohle billigeres Gas erzeugen können als die Zwergetriebe, dasselbe gilt für die Elektrizitäts-, Kraft- und Lichtindustrie, die in städtischer Regie zur Blüte gelangen kann. Für das Vertreten sowohl vieler selbständiger kleinerer Existenzen wird hier als Vorteil angeführt: Wir bekommen bessere Kontrollmaßregeln. Es ist für die Reichsstellen natürlich viel angenehmer, gegenüber einer komplizierten Kontrollmethode eine einfache zu besitzen, indem sie sowohl viele Leute in den Uniformrock steckt. Ob das aber erstrebenswert ist, muß als zweifelhaft bezeichnet werden. Da müßte erst festgestellt werden, ob nicht andere Kontrollmaßregeln möglich sind, die in diesem Falle gestatten, das vorhandene Fleisch in gerechter Weise dem Konsumenten zuzuführen. Ich bin der Überzeugung, daß hier Kontrollmaßregeln genügen, wie sie jetzt schon vorhanden und durch das Kartensystem in weitgehendem Maße eingeführt sind. Unter die Kontrollmaßnahmen fällt natürlich auch die der Beschlagnahme der Fette. Die ist natürlich bei dem Bestande vieler Einzelgeschäfte schwieriger durchzuführen als in einer großen Fabrik. Man kann aber nicht sagen, in einer einzelnen Fabrik würde größere Sorgfalt auf die Fabrikation verwendet, denn jeder Schlachter hat als gelernter Handwerker ein bestimmtes Interesse daran, ein besonderes Renomee für sein Geschäft zu erhalten. Dabei ist er gewohnt, für seine Tasche zu arbeiten und demnach mit dem Fleische sparsam zu wirtschaften, und so bezweifle ich auch, daß bei einer Verarbeitung im großen eine größere Ausbeute zu verzeichnen sein wird. Mir ist von kompetenter Seite entwickelt worden, daß bei der Wursterzeugung bei sorgfältiger Herstellung eine größere Ausbeute möglich wäre als in großen Betrieben. Ferner ist ohne weiteres einleuchtend, daß das Abziehen der Häute von dem gewerblichen Fachmanne, der das eigene Interesse selber wahrnimmt und es nicht dem Gesellen überlassen muß, mit weit größerer Sorgfalt und daher mit Gewinn an Produkten durchgeführt werden kann.

Endlich kommt in Betracht die Kostenersparnis. Sie ist als nur gering bezeichnet worden; es ist allerdings auch gesagt worden, daß hier eine bequeme Methode ermöglicht wird, damit die Stadt ihre Kosten für den Druck der Fleischkarten zurückerstattet bekommt. Ich meine, wenn wir deswegen 110 Fleischer zu Krämern herabwürdigen müßten, dann sollte dieses städtische Interesse beiseite gelassen werden. Ausschlaggebend muß allerdings die gerechte Verteilung sein. Aber ich glaube nicht, daß der einzelne bei der bisher üblichen Weise ein solches Übermaß erhalten haben kann, daß deswegen eine Änderung des Systems nötig wäre. Auch wenn wirklich einmal dem einzelnen 20 bis 25 g mehr zugeführt wären, so kann das doch nicht als schwerwiegend angesehen werden. Ich kann nicht dafür stimmen, heute dem einen Handwerker seine selbständige Existenz einzuschränken, um übermorgen dem nächsten Handwerker, dem Schneider oder mag sonst wer in Betracht kommen, in gleicher Weise seine Stellung, für die er sich sein Leben lang vorbereitet hat, zu nehmen, damit er nunmehr ein Arbeiter des Großbetriebes wird. Ob der Betrieb nun Fabrik oder Handelsgewerbe heißt, das ist mir gleichgültig.

Stadtv. Loeßig: Nur mit schwerem Herzen wird jeder Geschäftsmann dem Antrage des Magistrats zustimmen, wenn er die Überzeugung hat, daß es für das allgemeine Interesse nötig ist. Ich habe über die Angelegenheit mit großen und kleinen Schlachtern gesprochen, habe aber im Gegensatz zu dem Herrn Vorredner von den Leuten gehört, daß es oft nicht lohnt, von dem wenigen, was sie gehabt haben, Wurst zu machen. Es handelt sich doch nicht um die Frage: Wollen wir das Gewerbe herabwürdigen oder ausschalten? Wir haben nicht das Gewerbe allein zu vertreten, sondern auch die Allgemeinheit, und das letztere ist das Ausschlaggebende. Wir haben Gelegenheit gehabt zu sehen, wie die Milchhändler, Butterhändler und manche andere durch den Krieg in ihrem Geschäfte gestört worden sind. Vor drei Jahren, als der Krieg begann, sind mit einem Federstrich Tausende von Brennereien im deutschen Reiche brachgelegt. Wenn wir heute noch etwas zu verkaufen haben, so sind wir, wie Herr Direktor Kraus sich ausdrückte, zu Krämern herabgewürdigt. Das bringt nun einmal der Krieg mit sich, und ich habe deshalb gesagt: Die Maßnahme, daß die Kornbrenner in dieser Zeit kein Getreide verarbeiten dürfen, halte ich für eine der vernünftigsten, die die Regierung erlassen hat. Allerdings werden wir dadurch geschädigt und müssen versuchen, uns durch Handel aufrechtzuerhalten. Es soll durch die Neueinrichtung das Schlachtgewerbe ja auch nicht kaputt gemacht werden, und ich habe dafür auch bei Schlachtern Verständnis gefunden. Sie sehen ein, daß es für die Allgemeinheit notwendig ist. Als ich von der Absicht hörte, hatte ich auch sofort gesagt: Dagegen werde ich stimmen, daß der Magistrat Schlachter wird. Nachdem ich aber gehört habe, daß der Magistrat gar nicht selbst schlachten will und wie die Sachen liegen,

sehe ich sie anders an, und ebenso haben auch manche der Schlachter ihre Meinung geändert. Wir müssen die Herren Schlachtermeister ja auch für den städtischen Betrieb haben, damit sie die Sachen selber machen können. Es soll nur das einzelne, was jeder sonst geschlachtet hat, zusammen geschlachtet werden und die Wurst gemeinsam gemacht werden. Wenn ein Schlachter heute nur 20 oder 15 Pfund Abschlag hat, dann kann er allein keine Wurst daraus machen; so viel habe ich nun während des Krieges von dem Schlachtergewerbe auch gelernt. Aus so geringen Mengen etwas Ordentliches herzustellen, ist schwieriger, als wenn der ganze Abschlag unter städtischer Aufsicht durch die Schlachtermeister und ihr Personal in der Wurstfabrik verarbeitet wird. Ob das nun Wurstfabrik heißt, oder ob es ein großer gemeinsamer Arbeitsraum ist, das ist doch egal. Ich stehe auf dem Standpunkte, daß man prüfen soll, wem diese ganze Umänderung zugute kommt, und wenn es für die Allgemeinheit ist, soll man ihr zustimmen.

Herr Meherhoff hat gesagt, er sei für eingehende Rationierung. Das sind wir auch; wir sind ja gezwungen zur Rationierung, und selbst wenn wir morgen Frieden bekommen, wird das nicht gleich anders werden, leider Gottes müssen wir noch lange damit rechnen. Aber zu sagen, daß wir durch den gemeinsamen Betrieb ein Gewerbe ruinieren wollten, das geht doch nicht an. Davon könnte schon eher die Rede sein, wenn wir nur einzelne Schlachter bevorzugen wollten; aber das geschieht ja nicht. Ein großes Opfer ist es allerdings, was uns die Herren bringen, das müssen wir anerkennen; doch wer bringt in dieser Zeit nicht Opfer? Ein jeder muß sie bringen, und wir müssen froh sein, daß wir nicht noch größere Opfer bringen müssen, daß der Feind nicht im Lande ist, wenigstens der auswärtige Feind, denn auch im Innern haben wir Leute, die uns schaden. Daß bei einer solchen Zusammenlegung und gemeinsamen Verarbeitung eine Ersparnis herauskommt, ist gewiß, und wenn es sich auch nur um Gramme handelt. Es kann bei einer Verarbeitung im ganzen nicht so viel verlorengehen wie bei der Verarbeitung bei den vielen einzelnen Handwerkern verlorengeht, und wenn die Herren es ehrlich meinen, müssen sie es auch zugestehen. Die Herren schlachten doch auch jetzt schon nur das, was ihnen zugewiesen wird. Daß das alles schon himmelschreiende Zustände sind, das gebe ich zu, aber wir haben keine Schuld daran; die Not zwingt uns dazu. Für die Allgemeinheit kommt eine Verbesserung bei der neuen Einrichtung dadurch zustande, daß das Stehen vor den Geschäften etwas eingeschränkt wird dadurch, daß wir 60 Verkaufsstellen mehr bekommen. Jetzt drängen sich die Leute vor den Geschäften, und es ist doch gar nicht nötig, wenn die Kriegerfrauen, denen wir Verdienst schaffen wollen, mit zum Verkauf herangezogen werden.

Wenn es für mich als Geschäftsmann auch schwer wird, dem Antrage des Magistrats zuzustimmen, so sage ich mir doch: Es ist Krieg, andere Ge-

schäfte haben sich dem auch fügen müssen, und wenn wir nicht gutwillig die Sache einrichten, dann kommt in solchso langer Zeit schließlich der Zwang. (Oho!) Wir haben gesehen, daß in diesem Kriege nicht lange gefragt wird. Es wird einfach bestimmt: Das und das wird für die Allgemeinheit gemacht! Dagegen gibt es keine Widerrede.

Stadtv. Frede: Ich war zuerst auch Gegner der Maßnahme, die der Magistrat anstrebt — das entscheidende Wort haben wir ja sowieso nicht zu sprechen. Nun habe ich aber dadurch, daß ich mehrmals diese Begründung der Neuregelung von Herrn Stadtrat Wagner gehört habe, mich überzeugen müssen, daß wirklich gewichtige Gründe für diese anderweitige Regelung sprechen. Wir können doch wohl ohne weiteres sagen, daß es dem Magistrat vollkommen fernliegt, zahlreiche Existenzen unserer Stadt zu „zerstören“ oder ihnen Schwierigkeiten zu machen. Ebenso liegt dem Reiche nichts daran, „den Mittelstand zu ruinieren“ und nur Großbetriebe einzurichten. Wenn solche Maßnahmen angeordnet werden, müssen sie gehörig begründet sein; das kann man ohne weiteres sagen, ohne daß man die Gründe hört. Der Magistrat wird nicht den Ast absägen, auf dem er sitzt, er wird nicht das Handwerk und den Mittelstand ruinieren wollen.

Wenn ich nun auf das einzelne zu sprechen komme, so hatte ich anfangs Bedenken insofern, als ich mir sagte: Wenn der Schlachtermeister heute für sich arbeitet, so hat er das lebhafteste Interesse, seine Zeit und Kraft in den Dienst seiner Arbeit zu stellen und aus ihr herauszuziehen, soviel ihm möglich ist. Dieses Interesse wird nicht in dem Maße vorhanden sein, wenn er nicht auf den Verdienst, den er hat, einen direkten Einfluß ausübt. Das ist die Erklärung für das Vorgehen der Schlachtermeister. Als Aufschlag für den Verkauf wurde in der Kommission 30 Pf. angeführt. Ich bin bereit, mich dafür zu erklären, daß darüber hinausgegangen wird. Wenn das geschieht, dann bin ich überzeugt, daß die Schlachter beruhigt sein werden. Ich habe mit Schlachtern von beiden Richtungen gesprochen. Einer der Herren Schlachtermeister hat mir gesagt: „Wir wollen ehrlich sein; es ist der geringe Verdienst, der uns zu Gegnern macht, denn wir haben in der vergangenen Zeit gut verdient, und das wird nicht mehr möglich sein, wenn die Neuregelung durchgeführt ist.“ Das gibt doch wohl zu denken. Es ist bemerkenswert, daß ein Schlachtermeister zugestanden hat: Wenn die Stadt die Einrichtung trifft, dann kann auch ich mein Geschäft wieder aufmachen. Wir „zerstören“ also die Existenzen nicht, sondern helfen manchem wieder auf. Wenn man die Meinung von hien und drüben hört, dann kommt man zu anderer Ansicht, als man vorher gewesen ist, und die berühmte Einstimmigkeit in der Zunft wird durch solche Aussprüche deutlich beleuchtet. Es ist bedenklich, habe ich mir gesagt, wenn die Schlachtermeister nicht mit derselben Intensivität arbeiten wie bisher, aber so patriotisch sollten sie wohl sein, daß sie bei einer Sache, bei der sie nicht

Schiffbruch leiden, nicht einfach zur Seite treten. Es handelt sich doch nur um eine kurze Zeit, und deshalb kann man nicht von „Zerstörung von selbständigen Existenzen“ sprechen. Es handelt sich nur um eine Einschränkung und um weiter nichts. Herr Meyerhoff redet vom Mittelstande im allgemeinen; das kann man in diesem Falle unmöglich tun. Ein sehr großer Teil des Mittelstandes sind Hausbesitzer, und Sie wissen, wie sie angefaßt sind. Da kann man wirklich von Zerstörung reden, wenn es nicht möglich ist, zu kündigen, auch wenn man keine Miete bekommt. Das sind keine Einschränkungen, sondern Schädigungen. Aber Schädigungen wollen wir hier nicht vornehmen, denn es wird ein Verdienst ausgeworfen, bei dem die Schlachtermeister bestehen können. Sie sollen nach wie vor arbeiten, sie erhalten ihren Kundenkreis, und das ist wichtig. Ein patriotisches Moment würde auch sein, wenn die Schlachtermeister darauf Rücksicht nehmen wollten, daß den Geschäften der im Felde stehenden Schlachtermeister die Möglichkeit gegeben wird, weiter zu bestehen. Wie die Verhältnisse jetzt sind, können sie nicht weitergeführt werden. Unterrichten Sie sich bei den Schlachterfrauen selbst darüber, so werden Sie hören, daß sie schon lange ihr Geschäft geschlossen haben würden, wenn sie nicht hoffen könnten, daß die Verhältnisse sich bessern würden. Nicht nur der Unterhalt der Kriegerfrauen, sondern auch die Erhaltung der Geschäfte, daß die alte Kundschaft nicht von dem Geschäfte entwöhnt wird, kommt hier in Frage, und das ist wohl ein Moment, das als wichtig anzusehen ist.

Herr Meyerhoff sagte, er sei grundsätzlich Gegner dieser Maßnahme. Das sind wir alle ohne Unterschied, auch der Magistrat. Man kann aber von der Regel eine Ausnahme machen, und das ist geboten, wenn solche Zustände herrschen, wie sie jetzt bestehen.

Sodann redete Herr Meyerhoff von dem Vorstandsbeschlusse. Es ist bestätigt, daß der Innungsvorstand zunächst die Maßnahme gebilligt hat. Man wählt reife Männer in den Vorstand einer Innung, die müssen beurteilen können, was sich für das Handwerk eignet. Wenn sie zuerst zugestimmt haben und nachher in der Eingabe sagen: Wir sind verpflichtet, die Stellung der Innung Ihnen zu unterbreiten, so kann man zwischen den Zeilen lesen. Der Vorstand hat anfangs die gewichtigen Gründe anerkennen müssen und auch anerkannt. -- Was von den jetten Ochsen angeführt ist, spielt eine untergeordnete Rolle, und die Frage der Würstbrühe, die hier angeschnitten ist, läßt sich einfach lösen: Sie wird verteilt auf die einzelnen Bezirke, und dann möchte ich wissen, was daran anzusehen ist.

Stadtv. Schmidt: Ich will nicht ins einzelne gehen, denn dafür bin ich nicht sachverständig genug; ausdrücklich möchte ich mich aber als einen Freund des Handwerks bekennen. Ich war auch hierhergekommen mit der Absicht, mich auf die Grundsätze festzulegen, wie sie in der Denkschrift enthalten sind. Man soll mit Einführung der Zwangswirtschaft nicht weiter gehen, als es die Notlage fordert;

das ist auch jetzt noch meine Ansicht. Als ich aber die Ausführungen des Herrn Stadtrats Wagner gehört hatte, mußte ich doch meine anfängliche Absicht aufgeben. Wir müssen alles, was jetzt im Kriege geschieht — und auch diese eben behandelte Sache fällt darunter — unter die Gesichtspunkte des Kriegshilfsdienstes setzen. Wir brauchen die Männer, und wenn eine Ersparnis daran durch die gemeinsame Bewirtschaftung des Fleisches eintritt, so ist das schon allein ein Grund, um dafür einzutreten. Die Fleischer hätten nur ein Anrecht, in dieser Kriegszeit besonders berücksichtigt zu werden, wenn ein besonderer Grund dafür vorliegt. Wenn ich alles zusammenfasse, was hier vorgebracht ist, dann sehe ich in der Neuregelung nur Vorteile für die Allgemeinheit, und nach keiner Seite hin Nachteile, und deshalb soll man den Vorschlägen des Magistrats zustimmen.

Stadtv. Meyerhoff: Herr Loeschigt fragte: Wie geht es den Butterhandlungen? Ja, die haben doch keine Butter fabriziert, und den Molkereien hat man ihre Fabrikation gelassen. Sodann meinte Herr Loeschigt, von 20 Pfund Abschlag könne man keine Wurst machen. Nun, dann macht der Schlachtermeister eben keine Wurst; der Abschlag geht doch nicht verloren, denn der Mann behält ihn nicht auf Lager, er verkauft ihn in anderem Zustande, nur nicht zu Wurst verarbeitet. Das ist also kein Schaden.

Der letzte Herr Vorredner sagte von Ersparnis. Wo kommt denn eine Ersparnis heraus? Es muß ebensoviel Fleisch geschaffen werden jetzt und nachher. Wo wollen Sie denn sparen? Wie ich eben sagte, wird an der Wurst auch nichts gespart, denn in irgend einer Form kommt der Abschlag dem Publikum zugute.

Dann wurde das Wort ausgesprochen: Der Kundenkreis bliebe den Geschäften. Wo sollen denn die Geschäfte, die wieder neu eröffnet werden, ihren Kundenkreis hernehmen? Soll der Kundenkreis der anderen Geschäfte beschränkt werden? Gelesen habe ich davon nichts, aber es schien mir doch so. Es müßte gesagt werden: Hier ist der Kundenkreis zu groß, wir richten einen neuen Verkaufsstand ein. Nun, daß sie das einführen würden, haben die Schlachter schon selbst gesagt.

Eigentlich berührt hat es mich, als Herr Stadtrat Wagner sagte, wir wären durch die neue Einrichtung in der Lage, das Markendrucken und andere Kosten der Stadt begleichen zu können. Haben Sie schon einmal das Fazit gezogen: Wie hoch sind die Kosten für den Druck und wie hoch die Mindereinnahme an Steuern, die das Gewerbe von seiner geringeren Einnahme zahlen kann? Ich führe das nur als Beispiel an. Wenn wir die Unkosten auf den Betrieb schlagen, dann kommen auf der anderen Seite die Herren mit niedrigen Steuerfägen.

Herr Frede sagte ruhig und gelassen, einer der Schlachtermeister hätte gesagt, er wolle unter diesen Umständen sein Geschäft wieder eröffnen. Nun kenne ich diesen einen, denn Herr Frede hat ihn mir vorgestern abend genannt. Es war ein Wurstfabrikant, und zwar kein geringer. Der will jetzt seine Fleischerei wieder

aufmachen, während seine Wurst an anderer Stelle gemacht wird. Will er denn nur diese Wurst verkaufen? Und dann sagt man doch immer: Eine Schwalbe macht keinen Sommer. Also dieser eine kann für mich bei meiner Stellungnahme nicht ausschlaggebend sein. Ich will den Namen des Herrn nicht nennen, aber dem einen oder andern von Ihnen wird er schon vorrathweben. Soll der auch Handelsmann werden? Sein Sohn ist im Felde, und der Vater sucht sich vielleicht zu beschäftigen. Will er sich vielleicht hinter den Ladentisch stellen oder den Verkauf mit ein paar jungen Mädchen einrichten? Trotz dieses einen bleibe ich dabei: Auch dieser Schritt der Behörden drängt dahin, das Gewerbe als solches lahmzulegen und seine Selbstständigkeit auszuschalten. Sie mögen reden, was Sie wollen, auch von dem Verdienen, ich bleibe bei dieser Ansicht. Wenn der einzelne Mann bei den jetzigen Zuständen soviel verdient hat, dann hat er es durch seine Geschicklichkeit beim Ausschnitt erhalten; ein Geschickter wird immer mehr herausarbeiten als ein Ungeschickter, das ist der Unterschied. Ich warne Sie vor diesem Schritt der Vereinheitlichung; er zieht andere nach sich, und sobald es erst einmal ans Mitteln an der Säule eines steuerkräftigen Standes geht, so hört man dabei nicht auf. Es wird auch Weiteres dabei abbröckeln. Wir brauchen nicht alles mitzumachen, was uns von Berlin vorgemacht wird, wenn wir nicht dazu gezwungen werden. Sollte einmal der Zwang kommen, dann sind wir rein von Schuld. Das entgegne ich dem Herrn Stadtv. Schmidt. Schlimm, daß es so weit kommen kann. Aber warten wir doch erst einmal ab, bis die Zwangsmaßregeln kommen. Ich lasse mir doch den Kappzaum nicht auflegen, wenn ich es nicht nötig habe.

Stadtrat Wagner: Ich wundere mich, daß Herr Meyerhoff, der hier so warm dafür eingetreten ist, man sollte keine Existenzen vernichten und lahmlegen, sich dagegen ausgesprochen hat, daß bereits lahmgelegten Existenzen die Möglichkeit gegeben wird, wieder in Gang zu kommen. Ein betagter Schlachtermeister, der sich längst zur Ruhe gesetzt hat, will jetzt für seinen Sohn, der im Felde steht, mit dem alten Kundenkreis wieder Fühlung gewinnen. Bisher war das Geschäft geschlossen, denn er hatte nicht geglaubt, daß der Krieg so lange dauern würde. Er sieht jetzt aber ein, daß das Geschäft nun endlich wieder in Betrieb kommen muß, und da er nicht mehr rüstig genug ist, um selbst zu schlachten und die Wurstwaren selbst herzustellen, so wird ihm erst durch die *s t ä d t i s c h e* Schlachtung und Wurstbereitung eine Möglichkeit gegeben, das Geschäft wieder in Gang zu bringen. Es ist aber nicht nur ein einziger, der diese Absicht hat. Es sind schon eine ganze Reihe von Schlachtermestern gekommen, die gesagt haben: „Ich habe notgedrungen mein Geschäft schließen müssen. Wenn ihr die Kommunal Schlachtung einrichtet, dann kann ich mein Geschäft wieder aufmachen. Gebt mir die Berechtigung zur Auflegung einer Kundenliste!“ Das haben wir zugesagt, und als sich in der ersten

Zeit noch nicht genug Kunden gefunden hatten, haben wir die Eintragungsfrist bereitwillig verlängert.

Wie wird es mit den Kriegerfrauen? Die „Stadtschlachtungen“ gehen nicht mehr. Früher haben sie alle 3—4 Wochen *z w e i m a l* am Mittwoch und Sonnabend in ihrem Geschäftslokal verkaufen können, jetzt nur noch *e i n m a l*. Was soll aus denen werden, wenn die städtischen Schlachtungen ganz aufhören? Der Mann steht im Felde, und sie besitzen vielleicht ein Grundstück, das ihnen Zinsen kostet. Sie würden zugrunde gehen, wenn wir ihnen nicht die Möglichkeit zu Verdienst geben. Wenn die Frau dereinst bei seiner Rückkehr zu ihrem Mann sagen kann: „Wir sind mit unserem Geschäfte wieder im Gange“, dann haben wir keine Existenz vernichtet, sondern erhalten.

Daß es nur 20 Städte wären, die eine gleiche Einrichtung, wie wir sie vom Magistrat aus beabsichtigen, eingeführt haben, ist ein Irrtum. Ich habe gesagt, ich könnte 20 Städte sofort aus dem Kopf nennen; sowohl hinsichtlich der Güte der erzeugten Waren, wie auch hinsichtlich der Schlachtausbeute ist dort ein besserer Zustand eingetreten.

Wenn wir die der Stadt durch den Druck der Fleischkarten und ähnliche Maßnahmen entstehenden Kosten endlich einmal zu decken suchen, dann kann man der Stadtverwaltung daraus keinen Vorwurf machen. Es wird anerkannt werden, daß es wirtschaftlich und vernünftig gehandelt ist, wenn der Magistrat wenigstens seine Unkosten bei der Sache nach Möglichkeit zu decken sucht. Die ungeheure Arbeit, die bei den städtischen Behörden in dieser Beziehung geleistet wird, wird so- wie so im Interesse des Vaterlandes nicht gerechnet.

Herr Meyerhoff fragte: Wie soll es werden, wenn Geschäfte wieder eröffnet werden? Natürlich muß dann der Kundenkreis anderer bestehender Geschäfte verkleinert werden.

Von einigen der Herren wurde gesagt, die gerechte Verteilung an die Geschäfte könnte auch jetzt bei der Verteilung von Schlachtvieh an Stelle der von Fleisch durchgeführt werden. Das ist aber tatsächlich nicht möglich. Wenn ganze Tiere verteilt werden, so muß das große Schlachtergeschäft große, starke Tiere bekommen, weil dieses allein sie nach der Zahl seiner Kunden gebrauchen kann, insofern bekommen seine Kunden an Güte — nicht an Menge, die wird ordnungsmäßig zuteilt — mehr. Der kleine Schlachter muß die geringeren Tiere nehmen, und daß das bei den Schlachtern und bei seinen Kunden Unzufriedenheit erwecken muß, ist begreiflich. Sobald Sie die Schlachtgemeinschaft — nicht unter Ausschaltung des Schlachtergewerbes, sondern unter dessen solidarischer Mitwirkung — schlachten lassen und dann die Verteilung von den Vertrauensleuten der Zunft vornehmen lassen, kann eine gerechte Verteilung stattfinden. Dann kann auch der

kleine Schlachter, der in der vorhergehenden Woche mageres Fleisch bekommen hat, in der folgenden Woche einmal fettes Fleisch bekommen.

Sodann dürfte die Bemerkung nicht zutreffen, daß die Stadt Braunschweig schnell und scharf das nachmacht, was von Berlin kommt. Diese Wünsche sind uns von Berlin seit Frühjahr d. J. fort und fort geäußert, und wir haben demgegenüber uns zögernd und abwartend verhalten, weil wir mit dem Widerstande des Schlachtergewerbes rechneten (ich bin übrigens auch grundsätzlicher Gegner dieses Verfahrens), und weil uns räumliche Schwierigkeiten im Schlachthause entgegenstanden. Daß wir also sofort bereitwillig zugegriffen hätten, ist nicht richtig.

Es wurde davon geredet, daß es bezweifelt werden müsse, ob in einer großen Wurstfabrik die große Menge bewältigt werden könnte. Selbstverständlich ist dieser Punkt mit dem Vorstand der Fleischerinnung und mit Fachleuten besprochen, und es ist uns ohne weiteres gesagt: Unsere großen Wurstfabriken sind in der Lage, diese Menge glatt aufzuarbeiten. Es handelt sich wöchentlich um 120 Zentner Wurst, mehr ist es nicht. Bedenken in dieser Beziehung sind also nicht vorhanden. Nun wird man eine Wurstfabrik nennen müssen, und da haben wir an die Fabrik von Heinke gedacht, die durchaus zu unserer Zufriedenheit gearbeitet hat. Es wäre unzumutbar, die vorhandenen Großbetriebe der Stadt Braunschweig lahmzulegen und eine neue Wurstfabrik nur deshalb aufzumachen, damit wir in städtischer Regie etwas Neues hätten.

Die Verteilung der Fleischbrühe und Wurstsuppe an die Bevölkerung, wie sie bei dieser Wurstherstellung auch möglich ist, kann in der Weise geschehen, daß sie nach der verschiedenen Stadtgegenden verfahren und der Bevölkerung angezeigt wird: An dem und dem Orte findet die Ausgabe statt.

Es wurde gesagt, man könnte Maßnahmen treffen, die die Überwachung der Fleischer bei der Umwandlung des Schlachtviehs in Fleisch erzielen. Ich bin der festen Überzeugung, daß eine solche Kontrolle versagen würde. Man kann nicht sagen: Aus diesem Tiere muß der Schlachter dies und das herausholen. Es ist vorgekommen, daß Sachverständige ein Stück Vieh zur Klasse B eingeschätzt haben — das sind vollfleischige Tiere —, und als es geschlachtet war, hat das Tier als Mischschußvieh zur Verwerfung gebracht werden müssen. Nun lassen Sie einmal kontrollieren, was die Schlachter herausholen! Soll der Kontrollbeamte in den 110 Schlachtereien umherlaufen und Stichproben machen? Das würde doch zu nichts führen. Dagegen ist eine Kontrolle möglich, wenn die verworgenen und zur Verteilung aufgehängten Viertel an die Verkaufsstellen ausgegeben werden.

Wenn die Schlachter die Möglichkeit haben, einen angemessenen Verdienst zu erhalten — 24 Pf. pro Pfund war die Summe, die die Reichsfleischstelle in Berlin für ausreichend erklärt hat —, dann können wir aus der einzigen Tatsache, daß

sie die Wurst aus dem Abichlag nicht mehr selbst herstellen, ihren Widerstand uns nicht erklären. Wir wollen das ganze Gewerbe und vor allem diejenigen, die in schwerste Bedrängnis geraten sind, die Kriegerfrauen, über Wasser halten, wir wollen also nicht vernichtend, sondern erhaltend wirken. Nun ist in der Denkschrift der Antrag folgendermaßen gefaßt: Es wird die dringende Bitte an den Stadtmagistrat bzw. die städtischen Behörden gerichtet, „von der restlosen Ausschaltung der Selbständigkeit des hiesigen Fleischergewerbes bei der Versorgung mit Fleisch und Wurst durch Einführung der städtischen Regiechlachtung und der Übernahme der Wurstherstellung in städtische Verwaltung Abstand nehmen zu wollen, und das bisherige Verfahren fortbestehen zu lassen“. Wir können dem Antrage durchaus zustimmen, wenn gesagt wird, wir sollten von der restlosen Ausschaltung der Selbständigkeit des hiesigen Fleischergewerbes Abstand nehmen. Wir glauben aber auch, daß wir diesem Wunsche durch die Regelung, daß nur nicht jeder einzeln schlachtet, Rechnung getragen zu haben. Nur dem zweiten Wunsche, „das bisherige Verfahren fortbestehen zu lassen“, können wir Erfüllung nicht zugestehen, weil wir sagen: Die Verhältnisse drängen uns, das zu tun, was viele andere Städte mit gutem Erfolge getan haben.

Stadtv. Kraus: Der Stadtmagistrat will wissen, wie die Stadtverordnetenversammlung über diese Angelegenheit denkt. Leider gibt es in der Frage nicht eine in einfacher Weise erkennliche objektive Wahrheit, sondern nur eine subjektive Meinung, und ich bin der Ansicht, daß man doch das, was uns Fachleute offiziell mitteilen, nicht einfach beiseitestellen kann. Man kann nicht sagen: „Was die Leute heute in der Denkschrift ausführen, ist nicht so gemeint, wie sie es aussprechen; es liegt ihnen nur daran, statt 24 Pf. 30 Pf. zu verdienen.“ Es liegt bei ihnen doch etwas anderes vor als nur die Verdienstsfrage, nämlich der Wunsch des Fleischerstandes, daß er sein Handwerk in dem Sinne ausüben will, wie er es sachgerecht gelernt und bisher ausgeübt hat. Die Auffassungen über die Neuregelung sind lediglich in der Hinsicht verschieden: Ist es für die Allgemeinheit nützlich und wünschenswert, daß die Tätigkeit der Schlachter im einzelnen ausgeschaltet wird? Nach meiner Auffassung ist das nicht der Fall, und demnach kann ich, da die Allgemeinheit bei einer handwerksmäßigen und ordnungsmäßigen Betätigung der einzelnen Schlachtermeister meiner Ansicht nach dasselbe Quantum Fleisch und Wurst bekommt, nur der Meinung sein, daß die Maßnahme, die jetzt getroffen werden soll, nicht in vollem Sinne gerechtfertigt ist. Wenn stets das richtig sein soll, was der Stadtmagistrat nach besten Erwägungen für richtig und angemessen erachtet, dann herrschte in Deutschland nur fröhlicher, zufriedener Bürgersinn. Hier handelt es sich wieder um eine Neuorganisation, und — man mag es mir nicht übelnehmen — Neuorganisationen erregen immer ein gewisses

Mißtrauen, sicherlich aber dann, wenn ein ganzes Gewerbe, wie mir gesagt ist, einstimmig — wie hier gesagt wird, mit einigen widerstrebenden Stimmen — für die Erhaltung seines Standes eingetreten ist.

Oberbürgermeister Actemeyer: Die letzten Erklärungen des Herrn Kraus veranlassen mich, folgendes zu erwidern: Es liegt uns durchaus fern, wie schon mein Kollege Wagner wiederholt gesagt hat, mehr als es unbedingt nötig ist, in die Gewerbefreiheit einzugreifen. Das ist unser Standpunkt von Anfang des Krieges an gewesen, und ich habe es erklärt, sooft sich Gelegenheit dazu geboten hat. Wenn wir nicht die Überzeugung hätten, daß Mißstände bei der Versorgung mit Fleisch hervorgetreten sind (Sehr richtig!), und daß sie durch diese an verschiedenen anderen Orten des deutschen Reiches erprobten Maßnahmen gehoben würden, so hätte es uns ferngelegen, uns mit dieser Sache zu befassen. Es ist nicht nur Herr Stadtrat Wagner, der immer als Popanz hingestellt wird, der dem Gewerbe Schaden bereiten und ihm Lasten auferlegen will, sondern der ganze Magistrat ist der festen Überzeugung, daß die Zustände durch diese Maßnahmen gebessert werden. Daß die Schlachter von falschen Voraussetzungen ausgegangen sind, sehen Sie aus dem Schlußantrage: Sie wollen etwas beseitigen, was der Magistrat gar nicht in die Wege leiten will. Die Fleischermeister sollen nach wie vor arbeiten, nur eine andere Art des Betriebes wünscht der Magistrat, eine Zentralisierung des Betriebes. Haben wir nicht schon vor dem Kriege die Beobachtung gemacht, daß in den verschiedensten gewerblichen Kreisen eine Zentralisierung nach manchen Richtungen angestrebt wird, auch solche zur Erleichterung des Handels und Gewerbes? Überall haben wir Genossenschaften, die auch in die Freiheit des einzelnen eingreifen, aber gleichwohl von Segen sind. Wie wird es nun kommen? Ich persönlich würde es für annehmbar erachten, wenn hier die Aussprache ohne förmliche Abstimmung erfolgte, denn wenn vielleicht mit geringer Majorität der Antrag der Schlachterinnung angenommen werden sollte, so bezweifle ich, daß der Magistrat dann die ganze Sache fallen lassen würde. Wenn unser Eingreifen nicht freiwillig geschieht, wird es schließlich dekretiert werden; so dringend sind die Verhältnisse geworden. Aus der Versammlung ist kein Antrag gestellt worden, und so, wie der Antrag der Innung lautet, kann er unmöglich angenommen werden. Uns würde die Aussprache, wie sie erfolgt ist, genügen. Herr Direktor Kraus hat recht: Es gibt verschiedene Auffassungen auch in dieser Sache. Einige der Herren erklären: „Ich bin grundsätzlich ein Gegner dieser Neuregelung“, und andere erkennen an, daß uns die Verhältnisse dazu zwingen. Wir sehen aus dem Verlauf der Aussprache, daß der Magistrat wenigstens nicht allein auf seinem Standpunkte steht, sondern verschiedene der Herren Stadtverordneten mit ihm denselben Ansicht sind.

Stadtv. **Weyerhoff** (zur Geschäftsordnung): Ich möchte den Antrag stellen, heute die Abstimmung auszusetzen. Herr Stadtrat Wagner sagt, es läge ihm daran, einen Beschluß der Versammlung herbeizuführen. Wir werden in der nächsten Woche sowieso noch einmal eine Stadtverordnetenversammlung abhalten müssen. Darum möchte ich bitten, die Abstimmung bis dahin aufzuschieben. Oder verzichtet der Magistrat auf die Abstimmung?

Stadtrat **Wagner**: Uns liegt daran, bald zu wissen, woran wir sind. Die Heeresschlachtungen des 9. Armeekorps sind noch im Gange, die des 3. ruhen zur Zeit und werden am 1. Oktober wieder aufgenommen werden. Wenn wir mit der Neuordnung beginnen müssen, nachdem auch das 3. Armeekorps wieder zu schlachten angefangen hat, so werden die Schwierigkeiten größer sein, als wenn wir dann bereits eingearbeitet sind. Das ist der wesentliche Grund, weshalb uns daran gelegen ist, daß wir heute die Sache zur Klärung bringen. Der Magistrat will durchaus nicht nach der Stellungnahme der Stadtverordneten einfach verfügen, sondern wir wollen die Innungsversammlung noch einmal einberufen und in Gemeinschaft mit dem Vertreter der Regierung uns mit den Herren auseinandersehen und sie zu überzeugen suchen, daß wir nicht an eine Heruntersetzung des Gewerbes denken. Das kostet auch wieder Zeit. Wenn wir darüber unterrichtet sind, wie die Mehrheit der Versammlung denkt, können wir in der Sache vorgehen. Vielleicht könnte man sich auf eine Resolution dahin einigen, daß die Versammlung damit einverstanden ist, daß der Magistrat bei weitgehendster Wahrung der Interessen des Fleischergewerbes die Regieschlachtungen einführt.

Stadtv. **Steinbrecher**: Die Sache ist doch einfach. Ich würde dafür sein, daß abgestimmt wird nach der Frage: Wer mit den Ausführungen des Magistrats einverstanden ist, möge die Hand erheben.

Stadtv. **Krede**: Ich wollte den Vorschlag machen, mit der Abstimmung zu warten, bis die Innungsversammlung abgehalten ist. Das hat aber nach den Worten des Herrn Stadtrats Wagner keinen Zweck mehr.

Stadtv. Dr. **Nahlert**: Ich möchte doch empfehlen, von dem Anerbieten des Herrn Stadtrats Wagner Gebrauch zu machen, nämlich zuerst mit der Innung zu sprechen, darauf der Stadtverordnetenversammlung mitzuteilen, was bei Besprechung mit der Innung herausgekommen ist, und dann auf Grund der heutigen Aussprache zu einem Entschluß zu kommen.

Stadtv. **Munte**: Ich glaube, eine Abstimmung ist nicht nötig. Ich habe das Gefühl, daß die Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung für die Einführung der Regieschlachtungen ist. Zu meiner rechten Seite wird dies angezeifelt. Wenn

trotzdem eine Abstimmung stattfinden soll, dann möchte ich vorschlagen, dem Wunsche des Herrn Steinbrecher Folge zu geben, indem der Herr Vorsitzende ein-
 fach fragt: Wer ist für die Maßregel unter möglichster Wahrung der Interessen der Schlachtermeister.

Stadtv. Frede: Dann möchte ich bitten, eine Resolution anzunehmen mit ungefähr folgendem Wortlaut: Die Stadtverordnetenversammlung ermächtigt den Magistrat, die Schlachtungen in städtischer Regie zu übernehmen unter möglichster Wahrung der Interessen der Schlachtermeister.

Oberbürgermeister Ketemeyer: Die Sache liegt rechtlich so, daß der Magistrat bei Lage der Verhältnisse, wie sie durch den Krieg gegeben sind, die Maßnahme ohne Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung würde durchführen können. Von einer Ermächtigung des Magistrats durch die Stadtverordneten kann also meiner Meinung nach nicht die Rede sein. Ich glaube, daß der Weg, den Herr Steinbrecher vorgeschlagen hat, der richtige ist. Ihnen erst zu berichten, was die neue Innungsversammlung gesagt hat, würde zwecklos sein. Wenn sie zustimmt, brauchen wir Sie nicht, und wenn sie nicht zustimmt, bleibt die Lage dieselbe, wie wir sie heute haben. Wollen Sie eine Abstimmung vornehmen, was uns lieb ist, dann folgen Sie doch dem Vorschlage des Herrn Steinbrecher.

Vorsitzender Riefe: Ich bitte diejenigen, die für die Maßregeln des Magistrats sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) 17 Stimmen dafür. Das ist die große Mehrheit.

Stadtv. Meyerhoff übernimmt den Vorsitz wieder.

Vorsitzender Meyerhoff: Ich möchte den Magistrat bitten, mitzuteilen, was an eiligen Sachen heute noch zu erledigen ist.

Stadtv. Munte (zur Geschäftsordnung): Es ist eine solche Fülle von Anfragen und dringenden Anträgen eingelaufen, daß es bei der vorgerückten Zeit und bei der Wichtigkeit der beantragten Dinge kaum möglich ist, auch nur einen genügend zu besprechen. Ich möchte mir den Vorschlag erlauben, daß wir jetzt die eiligen Sachen der vertraulichen Sitzung und die Tagesordnung der gemeinschaftlichen Sitzung erledigen und morgen um 5 Uhr wieder hier zusammenkommen und die verbleibenden Sachen erledigen. Die Versammlung ist ja in ihrem Plenum vollständig frei, darüber zu bestimmen, daß die Fortsetzung der Beratung morgen um 5 Uhr stattfinden soll.

Vorsitzender: Ich muß dem geehrten Herrn Vorredner mitteilen, daß ich die selbe Absicht hatte, als ich fragte, welche eiligen Sachen noch vorliegen.

Nachdem der Magistrat mitgeteilt hat, welche vertraulichen Sachen als eilig zu betrachten sind, beschließt die Versammlung auf Anfrage des Vorsitzenden, die Verhandlungen am folgenden Tage 5 Uhr nachmittags fortzusetzen.

Der **Vorsitzende** schließt die öffentliche Sitzung.

Dauer der Sitzung von 4¼ bis gegen 9 Uhr.

Bericht

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten

zu Braunschweig

in deren Sitzung am 15. September 1917.

Tagesordnung:

- | | |
|---|-----------|
| 1. Antrag Stegmann, betreffend die Gebühr für die Kartoffelbezugscheine | Seite 210 |
| 2. Antrag Stegmann auf eine gerechtere Gasverbrauchsregelung durch Rationierung nach der Kop fzahl | " 215 |
| 3. Anfrage Steinbrecher über den Ausbau des Mieteinigungsamts zum Schutze der Mieter | " 218 |
| 4. Antrag Wesemeier auf Erhöhung des städtischen Zuschusses zur Staatsunterstützung der Kriegerfamilien und der Arbeitslosen, sowie Erhöhung der Ortsarmenunterstützung | " 220 |
| 5. Antrag Wesemeier auf stadtseitige Ermöglichung des steuerfreien Bezugs von Hausbrandtöhlen für Kleinwohnungen | " 223 |
| 6. Antrag Lauer, betreffend die Erhöhung der Kartoffelration auf 10 Pfund | " 231 |
| 7. Antrag Rieke auf Erhöhung der Kriegsunterstützung der Kriegerfrauen . . | " 242 |
| 8. Anfrage Stegmann über die Ausgabe des in Aussicht gestellten Einmachezuders | " 244 |

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister **Metemeyer**, Bürgermeister **Meyer**, Stadtrat **Wagner**, Stadtbaurat **Gebensleben** und Oberamtsrichter **Meyer**.

Wegen Einberufung zum Kriegsdienste fehlen die Herren Stadtverordneten **Dr. Jasper**, **Ribbentrop**, **Schmidt**, **Schulze**, **Steincke**, **Dr. Boge**, **Weichsel** und **Dr. Wolters**. Außerdem fehlen entschuldigt die Herren Stadtverordneten **Diedmann**, **Genzen**, **Dr. Rahlert**, **Kruse**, **Lebbenjohanns** und **Trinks**. Herr Stadtverordneter **Bunge** erscheint später.

Vorsitzender Hartung: Ich eröffne die öffentliche Sitzung. Die Gegenstände der gestrigen Sitzung sind erledigt bis auf die Anträge und Anfragen aus dem Schoße der Versammlung. Herr Stegmann hat gebeten, seine Sachen zunächst zur Verhandlung zu bringen, da er die Versammlung früher verlassen müsse.

1. Antrag Stegmann, betreffend die Gebühr für die Kartoffelbezugscheine.

Wortlaut des Antrages: „Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu eruchen, dahin zu wirken, daß die vom Kommunalverbande Braunschweig festgesetzte Gebühr für Kartoffelbezugscheine von 10 bzw. 20 Pf. auf 5 Pf. pro Zentner herabgesetzt werde.“

Stadtv. **Stegmann** (zur Begründung): Meine Herren. Es ist ja erfreulich, daß es möglich geworden ist, daß wir in diesem Jahre die Kartoffeln nicht nur aus dem engeren Kommunalverbande, sondern aus dem ganzen Herzogtum beziehen können. Noch besser wäre es gewesen, wenn sie auch aus dem angrenzenden preußischen Gebiete bezogen werden könnten. Aber es ist doch gegenüber dem Vorjahre ein Fortschritt. Unerfreulich ist es jedoch, daß der Bezug mit einer Gebühr belegt ist, die ich für ungerechtfertigt halte. Für den Zentner Kartoffeln, die aus dem Stadtkreise selbst bezogen werden, soll eine Gebühr von 10 Pf. bezahlt werden, und für die von auswärts bezogenen Kartoffeln wird sogar eine Gebühr von 20 Pf. pro Zentner gefordert. Das sieht einer Geldschneiderei sehr ähnlich, wenn man bedenkt, daß die Kartoffelpreise an sich hoch sind. Wie ich gelesen habe, ist der Erzeugerpreis wie im Vorjahre auf 5 *M* festgesetzt. Mit Unkosten wird der Zentner Kartoffeln 6 *M* kosten. Nehmen wir an, daß eine fünfköpfige Familie nach dem Quantum, das sie beziehen darf, 16¼ Zentner bezieht, so macht das rund 100 *M* aus. Was das für eine ärmere Familie bedeutet, können Sie sich denken. Die meisten werden das nicht aufbringen können und kommen so in die Lage, ihren Winterbedarf nicht eindecken zu können. Wer es nun aber möglich macht, soll extra für diese Schreibung bei einem Bezugschein für die genannten 16¼ Zentner 3,25 *M* Gebühr bezahlen. Das ist doch durchaus ungerechtfertigt. Ich wollte deshalb zuerst beantragen, daß man die Bezugscheingebühr gänzlich fallen lassen sollte. Weil nun aber von der Landesernährungsstelle vorgegeschrieben ist, daß eine Gebühr bezogen werden soll, so kann die Stadt nicht umhin, eine Gebühr zu erheben, und ich beantrage deshalb, daß die Gebühr von 10 und 20 Pf. auf 5 Pf. herabgesetzt wird. Das sind doch immer noch für diese Familie von 5 Köpfen, die ich angeführt habe, 83 Pf., die sie für den Bezugschein bezahlen muß, und ich meine, das sollte vollkommen genügen, denn Kriegspreise brauchen wir doch nicht

zu erheben. Man muß bedenken, daß die Gebühr insofern verwerflich ist, als sie als Kopfsteuer wirkt. Eine Familie von zwei Köpfen bezahlt einen geringeren Betrag als eine größere Familie, und je mehr Mitglieder die Familie zählt, um so mehr von dieser Extrakopfsteuer muß sie entrichten. Das ist doch ein ungerechtfertigtes Verfahren. Die Behörde sollte froh sein, wenn sich die gesamte Einwohnererschaft eindenken könnte und wollte, denn dann wäre sie die viele Arbeit los und hätte kein Risiko zu tragen. Deshalb sollte sie die Bezugsscheingebühr auf das Mindestmaß herabsetzen.

Da der Kartoffelbezug jetzt vollzogen werden muß, so bitte ich um dringliche Behandlung meines Antrages und um allseitige Annahme desselben. Ich hoffe, daß sich auch der Magistrat dem Antrage anschließen wird.

Auf Anfrage des **Vorsitzenden** wird der Antrag genügend unterstützt, auch erklärt sich die Versammlung damit einverstanden, daß der Antrag sofort beraten wird.

Stadtbaurat **Gebensleben**: Meine Herren. Selbstverständlich ist es dringend erwünscht, daß die Kartoffeln dem Publikum so billig wie möglich zugeführt werden, und ebenso würde es auch wünschenswert sein, daß der Bezug der Kartoffeln im Bezugsscheinverfahren so billig wie möglich vor sich geht, also dem Antrage des Herrn Antragstellers stattgegeben werden könnte. Wir haben dieselbe Angelegenheit auch im vergangenen Jahre zu verhandeln gehabt. Auch damals wurde das Bezugsscheinverfahren von der hiesigen Herzoglichen Kreisdirection zugelassen. Die Kreisdirection verlangte im vorigen Jahre, daß eine Gebühr von 20 Pf. erhoben würde, und bestimmte weiter, daß, wenn diese Gebühr an die Kreisdirection nicht gezahlt würde, das Bezugsscheinverfahren nicht zugelassen werden sollte. Die Kreisdirection ging damals mit Recht von der Ansicht aus, daß einer Leistung auch eine Gegenleistung gegenüberstehen müsse. In der Tat hat die Kreisdirection durch das Bezugsscheinverfahren eine ganze Menge Arbeit, denn es muß bei ihr eine Menge Schreibarbeit erledigt werden. So ist die Kreisdirection auch in diesem Jahre wieder zu der Überzeugung gekommen, daß für die Kartoffeln, die in diesem Verfahren bezogen werden, eine gewisse Gebühr abgeführt werden muß. Es wird in diesem Jahre für den Zentner Kartoffeln an die Kreisdirection eine Gebühr von 10 Pf. abgeführt, und außerdem erhält die Stadt auch noch eine Gebühr von 10 Pf. abgeführt, und außerdem erhält die Stadt auch noch eine Gebühr in Höhe von 10 Pf. für den Zentner. So kommt es, daß für Kartoffeln, die aus dem Landkreise Braunschweig bezogen werden, 10 + 10 Pf. zu bezahlen sind, dagegen für die Kartoffeln, die aus dem Stadtkreise bezogen werden (bei deren Bezüge also die Kreisdirection nicht mitzuwirken hat), nur die städtische Gebühr in Höhe von 10 Pf. zu entrichten ist. Sie werden sich wundern, daß auch die Stadt 10 Pf. Gebühr erhebt, und werden fragen, aus welchem Grunde das geschieht. Der

Grund ist, daß uns erfahrungsgemäß das Bezugsscheinverfahren eine ganz gewaltige Arbeit verursacht. Es ist nicht etwa eine kleine Schreiberei, die wir dafür aufzuwenden haben, sondern wir haben oben im Rathause — ich möchte den Herrn Antragsteller bitten, den Betrieb anzusehen — ein großes Bureau mit einer ganzen Menge Damen eingerichtet, die weiter nichts zu tun haben, als den ganzen Tag über die Leute, die ihre Bezugsscheine einreichen und abholen, abzufertigen. Ich bin fest überzeugt, daß wir mit dieser Gebühr noch nicht einmal unsere Selbstkosten decken werden.

Die Gebühr jetzt plötzlich zu ermäßigen, halte ich außerdem gar nicht für anständig, denn ein großer Teil des Publikums ist inzwischen schon abgefertigt. Wir müßten sie alle einladen und bitten, die 5 Pf. oder wieviel es nun gerade bringt, wieder abzuholen. Ich sehe auch nicht ein, aus welchem Grunde wir die Arbeit, die uns aus diesem Verfahren erwächst, uns nicht bezahlen lassen sollten. Die Herren wissen, daß wir bei dem Kartoffelgeschäft in den letzten Jahren gewaltige Summen zugelegt haben. Soll das so fortgehen? Wir können doch verlangen, daß die Leistungen, die wir für die Einwohnererschaft übernehmen, auch bezahlt werden. Übrigens sind die Kartoffeln, die im Bezugsscheinverfahren bezogen werden, immer noch die billigsten. Sie kosten ganz erheblich weniger als diejenigen Kartoffeln, die später, wenn das Bezugsscheinverfahren längst eingestellt ist, an die — nun, sagen wir einmal — ärmere Bevölkerung, die sich für den Winterbedarf nicht hat eindecken können, in der Stadt abgegeben werden. Diese Kartoffeln werden, soweit ich das heute übersehen kann, während des ganzen Winters mit 8 Pf. das Pfund, also der Zentner mit 8 *M* bezahlt werden müssen, während diejenigen, die Kartoffeln auf Bezugsschein erhalten, die Kartoffeln zu 5,50 *M* plus Fuhrlohn, also wahrscheinlich zu 6 *M* beziehen können. Diejenigen, die sich nicht eindecken können, sondern ihren Bedarf wöchentlich beziehen müssen, werden diese Vermittlungsgebühr in vollem Umfange bezahlen müssen; denn da erhebt bekanntlich die Kreisdirektion auf Beschluß des Kriegsernährungsamts sogar eine Vermittlungsgebühr von 25 Pf., also noch 5 Pf. mehr als die sonstige Gebühr beträgt. Es wird also nicht angehen, daß wir dem Wunsche des Herrn Antragstellers nachkommen. Es würde auf einer Seite denjenigen, die im Wege des Bezugsscheinverfahrens die Kartoffeln kaufen, gewissermaßen sogar ein Geschenk gemacht gegenüber den anderen, die von der Hand in den Mund leben, und das würde meiner Meinung nach ungerechtfertigt sein.

Stadtv. **Niese:** Für mich ist es ein schlechter Trost, daß man Kartoffeln für 6 *M* den Zentner kaufen kann, denn das ist mindestens noch einmal so teuer als in früheren Zeiten. Daß die Produzenten dafür auch noch einmal soviel Arbeit hätten, wie in früheren Jahren, trifft doch nicht zu. Ich werde meine Kartoffeln

aus dem nächsten Dorfe beziehen, trotzdem muß ich für die paar Zentner auch noch Bezugsscheine beziehen, für die ich noch 20 Pf. pro Zentner bezahlen soll. Da könnten sich ja auf dem kurzen Wege noch fünf andere aufstellen und ihren Tribut von mir verlangen. Das kann ich nicht verstehen. Möge doch die Kartoffelstelle in Berlin verschwinden, damit man nicht in die leeren Kisten zu sehen braucht; die Vormundschaft vom Magistrat ist ja bereits verschwunden. Wenn man sich im vorigen Jahre hätte eindecken können, wie man wollte, dann brauchten wir nicht die ostpreussischen Viehkartoffeln zu essen. Wir gehen jetzt in das vierte Kriegsjahr hinein, und immer noch haben die Behörden nicht gelernt, was für uns nötig ist. Erst wenn wir noch vier Jahr Krieg haben, wird man wohl dahin kommen, wohin wir schon lange gekommen sein müßten. Es zeigt das, daß an der Spitze, wo die Verordnungen erlassen werden, die Bureaukraten stehen, die vom praktischen Leben des Volkes nichts verstehen. Das ist ein Krebschaden für uns und für die nächste Zeit ein schlechter Trost. Das einzig Tröstliche an der ganzen Kartoffelverordnung in diesem Jahre ist, daß wir nicht die ostpreussischen Kartoffeln zu essen brauchen und uns aus dem ganzen Herzogtum selbst eindecken können. Daß wir aber diese teuren Preise bezahlen müssen, verstehe ich nicht.

Stadtv. Stegmann: Ich halte meinen Antrag trotz der von Herrn Stadtbaurat Gebensleben erhobenen Einwendungen aufrecht, denn ich bin von ihm nicht überzeugt, daß mein Antrag unrichtig sei. Wenn es auch richtig sein mag, daß eine Menge Arbeiten durch das Bezugsscheinverfahren entsteht, so ist dem gegenüberzuhalten, daß die Arbeit noch größer ist, wenn das Bezugsscheinverfahren nicht bestände. Wieviel hat die Stadt dadurch zugelegt, daß sie den Kartoffelverkauf selbst betrieben hat! Das, was das Bezugsscheinverfahren kostet, verschwindet doch demgegenüber. Ich bin nach wie vor der Meinung, daß die Gebühr ungerechtfertigt ist. Wenn jeder gleichmäßig diese Gebühr bezahlen müßte, möchte es noch angehen; aber so, wie es eingerichtet ist, ist es eine Kopfsteuer. Viele Arbeiter, die es irgend möglich machen können, werden versuchen, ihren Winterbedarf an Kartoffeln einzudecken, und es bedeutet etwas für sie, wenn sie für jeden Zentner noch eine Extragebühr bezahlen müssen. Ich bitte deshalb noch einmal dringend, auf die Kreisdirektion einzuwirken, damit sie die Gebühr herabsetzt. Vor allen Dingen aber bin ich der Meinung, daß die Stadt die 10 Pf. Gebühr, die sie selbst erhebt, fallen läßt, und bitte die Herren, wenigstens in diesem Sinne meinem Antrage zuzustimmen.

Stadtbaurat Gebensleben: Den Ausführungen des Herrn Vorredners kann ich unter keinen Umständen folgen, denn es ist technisch unmöglich, jetzt diese Gebühr an die vielen Hunderte von Leuten zurückzuerstatten, die bereits ab-

gefertigt sind, und die Kreisdirektion wird, wie ich die Verhältnisse kenne, sich unter keinen Umständen darauf einlassen, auf die Gebühr zu verzichten. Schon im vergangenen Jahre ist von der Stadtverordnetenversammlung derselbe Antrag gestellt, aber von der Kreisdirektion abgelehnt. Ich habe auch in diesem Jahre versucht, einen Verzicht auf die Gebühr zu erreichen, aber die Kreisdirektion hat bei den Vorverhandlungen glatt erklärt, sie würde unter keinen Umständen darauf eingehen. Deshalb halte ich den Weg, den der Herr Antragsteller beschreiten will, nicht für gangbar.

Dagegen kann ich den Ausführungen des Herrn Nieke beistimmen. Auch ich bin der Ansicht, daß die Kartoffeln in diesem Jahre viel zu teuer sind. Als Erzeugerhöchstpreis sind 5 *M* festgesetzt; dazu kommt eine Schnelligkeitsprämie von 0,50 *M*, die dem Erzeuger bezahlt werden muß als Belohnung dafür, daß er die Kartoffeln bis zum 15. Dezember liefert. Erfolgt die Lieferung später, dann fällt die Schnelligkeitsprämie weg. Mir wäre es lieber gewesen, man hätte es bei dem Erzeugerhöchstpreise belassen und dem Landwirt, wenn er nicht vor dem 15. Dezember liefert, einen gewissen Abzug gemacht. Angesichts der ganz gewaltigen Ernte an Kartoffeln erscheint mir der Preis von 5,50 *M* viel zu hoch. Hinzu kommt noch, daß der Landwirt, wenn er die Kartoffeln mehr als einen Kilometer weit zu fahren hat (gerechnet bis zur nächsten Verladungsstation), noch eine Anfuhrprämie in Höhe von 5 Pf. für das Kilometer und den Zentner erhält; allerdings wird das erste Kilometer nicht gerechnet, so daß er, wenn er einen 5 Kilometer weiten Weg zu fahren hat, noch 20 Pf. für den Zentner extra bekommt. Das sind ja ganz gewaltige Beträge, die den Landwirten nur so zuschießen. Die Herren wissen jedenfalls auch, daß der deutsche Städtetag in Berlin sich mit dieser Angelegenheit eingehend beschäftigt hat und bei der Reichsregierung vorstellig geworden ist in dem Sinne, daß die horrenden Preise ermäßigt werden müßten. Ich will wünschen, daß diese Bemühungen von Erfolg begleitet sein werden.

Wenn man die Kartoffelfrage an und für sich betrachtet, so ist es aber von der größten Wichtigkeit, daß wir in diesem Jahre reichlich Kartoffeln bekommen; und jedenfalls wichtiger als die Preisfrage ist es, daß wir sie auf denkbar einfachstem Wege bekommen. In der Beziehung müssen wir dem Herzoglichen Staatsministerium und dem Landesernährungsamt außerordentlich dankbar sein, daß sie sich bemüht haben, zu erreichen, daß in diesem Jahre das Bezugsscheinverfahren für das ganze Herzogtum zugelassen wird. Ich möchte erwähnen, daß die einzelnen Kreisdirektionen sich anfänglich sehr dagegen gesträubt haben, aber der Landesregierung ist es doch gelungen, das Bezugsscheinverfahren auf das ganze Herzogtum auszu dehnen.

Bei dieser Gelegenheit kann ich davon Mitteilung machen, daß wir in diesem Jahre die Kartoffeln nicht nur aus dem Herzogtum beziehen können, sondern daß

diejenigen, die nahe verwandtschaftliche Beziehungen oder langjährige Handelsverbindungen mit Lieferanten im Kreise Gishorn haben, auch von Erzeugern aus diesem Kreise Kartoffeln beziehen können, natürlich nicht ohne Anrechnung auf die Kartoffelration. Die betreffenden müssen vorher bei uns ihre Kartoffelkarten abgeben und bekommen von uns einen Lieferchein ausgestellt, auf Grund dessen vom Kreise Gishorn eine Ausfuhrerlaubnis erteilt wird. Sie sehen aus diesem allen, daß in diesem Jahre der Kartoffelbezug erheblich einfacher ist und glatter vorstatten gehen wird als im vergangenen Jahre.

Hoffentlich werden sich nun alle Einwohner, die dazu in der Lage sind, in diesem Herbst mit Kartoffeln eindecken. Es bleiben aber noch viele Haushaltungen übrig, denen es nicht gelungen ist, einen Lieferanten ausfindig zu machen. Für diese werden wir auch noch sorgen, und zwar in folgender Weise — das darf ich vielleicht hier noch ausführen. Wir haben neuerdings mit einer großen Anzahl von Kartoffelhändlern die Vereinbarung getroffen, daß sie schon von allernächster Zeit ab ihrerseits die Einwohnerschaft mit Kartoffeln beliefern können. Wir werden diesen Großhändlern eine große Menge von Kartoffeln zuführen, die sie an ihre Kundschaft weiter verkaufen dürfen. Ich habe mir in diesem Jahre die allergrößte Mühe gegeben, den legitimen Kartoffelgroßhandel in umfassendstem Maße zur Versorgung unserer Einwohner heranzuziehen, während er im vorigen Jahre zum größten Teile ausgeschaltet war. Er wickelt das ganze Geschäft selbständig unter unserer Kontrolle ab, und ich glaube, einerseits wird unsere Einwohnerschaft am einfachsten und bequemsten zu Kartoffeln kommen, wenn diese Einrichtung durchgeführt wird, und andererseits wird dadurch für uns das finanzielle Risiko auf ein Minimum zusammenschrumpfen.

Für den Antrag Stegmann meldet sich nur die Minderheit der Versammlung.

2. Antrag Stegmann auf eine gerechtere Gasverbrauchsregelung durch Rationierung nach der Kopfszahl.

Wortlaut des Antrages: „Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, den Vertrauensmann des Reichskommissariats für Elektrizität und Gas, Herrn Direktor von Heilich, zu veranlassen, eine gerechtere Verbrauchsregelung durch Rationierung nach der Kopfszahl der Haushaltungen herbeizuführen.“

Stadtv. **Stegmann** (zur Begründung): Meine Herren! Es ist Ihnen bekannt, daß wir bereits im vorigen Winter infolge des Kohlenmangels gezwungen waren, den Gasverbrauch insofern einzuschränken, als über ein bestimmtes Ver-

brauchsquantum hinaus eine Extragebühr bezahlt werden mußte. Seitdem haben sich die Verhältnisse, je länger der Krieg dauert, um so mehr verschlechtert. Das Gas ist schlechter geworden und die Kohlenzufuhr geringer. Es besteht ernsthafte Gefahr, daß das Heizmaterial ausgeht, und daß die Gaserzeugung nicht mehr aufrechterhalten werden kann. Es ist nun ein Reichskommissariat eingesetzt, um die Betriebe der Gasanstalten hochzuhalten. Für die Stadt Braunschweig und für Gießmarode ist Herr Direktor von Feilisch der Vertrauensmann dieses Kommissariats, und als solcher hat er Bestimmungen erlassen, wodurch der Gasverbrauch eingeschränkt werden soll, und zwar soll er nach den Bestimmungen des Herrn von Feilisch in der Weise eingeschränkt werden, daß ein Gasverbrauch von 80 Prozent des Verbrauchs des Vorjahres zugelassen wird. Die kleineren Abnehmer, die nur bis zu 36 cbm Gas verbraucht haben, sollen nur noch 30 cbm verbrauchen dürfen. Ich halte diese Art der Einschränkung, wie sie gedacht ist, für falsch und ungerecht, und zwar erstens deshalb, weil man den Verbrauch des vorigen Jahres nicht zugrunde legen kann, denn der heutige Verbrauch findet unter ganz anderen Verhältnissen statt. Selbst wenn der Verbrauch an Gas derselbe ist, so ist durch die Verschlechterung des Gases schon eine Einschränkung eingetreten. Dieses System der Einschränkung könnte wohl angewandt werden für Hotels und Restaurants, sowie für die größeren Anstalten, wo das Publikum wechselt und deshalb die Zahl der betroffenen Personen nicht die gleiche ist, aber für Haushaltungen halte ich diese Bestimmung für verkehrt. Im vorigen Jahre haben noch viele Haushaltungen aus dem vollen geschöpft, namentlich die Haushaltungen der besser situierten Kreise, denn eine Einschränkung an Gas war damals noch nicht nötig. Es steht aber fest, daß kleine Verbraucher, die sich neben der Grube und der Herdfeuerung Gas zugelegt haben, stets bestrebt gewesen sind, den Gasverbrauch einzuschränken. Denen ist es nicht möglich, mit einem Quantum von 30 cbm auszukommen, weil das Gas so schlecht geworden ist, daß heute 30 cbm in Wirklichkeit dem Heizwerte nach nur noch 15—20 cbm des früher gelieferten Gases gleichkommen. Ich habe selbst ausprobiert, ob es möglich ist, noch zu sparen, und habe mich darnach erkundigt; aber es wird mir allgemein bestätigt, daß man auch bei aller Bemühung nicht unter einen Verbrauch von 40—50 cbm gekommen ist.

Sodann wird, wenn man es bei diesem System belassen sollte, geradezu denen eine Strafe auferlegt, die früher mit Gas gespart haben und auch jetzt nach Möglichkeit sich einschränken, gegenüber denen, die sich früher keine Einschränkungen auferlegt haben. Allerdings müssen sich diese letzteren jetzt auch etwas einschränken, aber immerhin glaube ich, daß es ihnen viel leichter möglich sein wird, als diesen kleinen Verbrauchern, denen die schlechte Qualität die Einschränkung unmöglich macht.

Zweitens ist zu bedenken, daß in den Familien der Arbeiter und der kleinen Leute die Kochtöpfe gegenüber der früheren Zeit noch einmal so groß geworden sind. Wenn die Familienmitglieder einigermaßen satt werden sollen, müssen jetzt solch große Quantitäten gekocht werden, daß sich die Leute selber darüber wundern. Dadurch wird auch der Verbrauch an Gas wesentlich größer. Hinzu kommt noch, daß in diesem Jahre viel mehr als sonst für den Winter eingekocht wird. Jeder Haushalt, der etwas ersparen konnte, hat sich in dieser Weise vorgegeben, und dadurch wird auch mehr Gas verbraucht. Außerdem ist zu berücksichtigen, daß besonders viele kleine Leute sich Vieh (Hühner und Kaninchen) zugelegt haben, daß die Kartoffelschalen für diese Tiere gesammelt und gekocht werden und dadurch auch der Gasverbrauch steigt. Nun haben wohl die meisten kleinen Leute eine Grube, und Gas nur nebenbei. Aber wie ist es jetzt, seitdem wir die Kohlenkarten haben? Jeder soll zwei Zentner Grube im Monat bekommen, aber in Wirklichkeit ist sie nicht zu haben; ich selbst habe seit Juli keinen Grubekoks bekommen können. Trotz Bitten und Betteln bekommt man nichts für sein schönes Geld. Was bleibt dann anderes übrig, als daß man Gas verbrauchen muß, und so ist es bei der schlechten Beschaffenheit des Gases unmöglich, mit 30 cbm auszukommen. Ich kann gleich zwei Beispiele aus der Nähe von meiner Wohnung anführen, aus denen hervorgeht, wie ungerecht dieses System ist. Eine Familie in meinem Hause mit fünf Köpfen muß sich auf 30 cbm beschränken, während eine andere dreiköpfige Familie, die früher mehr Gas verbraucht hat, nach diesen neuen Bestimmungen 48 cbm verbrauchen darf. In einem Nachbarhause befindet sich eine dreiköpfige Familie, deren Verbrauch auf 48 cbm festgesetzt ist, und eine vierköpfige Familie, die sich mit 30 cbm behelfen muß. Sie sehen aus diesen Beispielen, welche Ungerechtigkeit in dem System liegt. In Betracht zu ziehen ist, daß in dem letzten Jahre infolge der Kalamität vom vorigen Winter eine ganze Menge elektrische Lichtanlagen ausgeführt sind, und so viele, die im Jahre vorher Gas zu Leuchtzwecken verbraucht haben, jetzt, nachdem sie das elektrische Licht bekommen haben, weniger Gas zu verbrauchen in der Lage sind. Es sind Hunderte von Familien, die hierbei in Frage kommen. Daß dies bei der Regelung nicht mit berücksichtigt ist, ist wieder eine Ungerechtigkeit, und ich bin der Meinung, daß ein anderes System für die Einschränkungen gefunden werden müßte.

Nun ist es nicht leicht, ein unaufsehbares, gerechtes System zu finden. Das gerechteste wird noch das System der Nationierung sein, wie wir es bei Brot, Kartoffeln und verschiedenen anderen Lebensmitteln haben. Wenn einmal gespart werden muß, dann muß alles nach der Kopfzahl der Familie sparen. Es kommt vielleicht noch in Betracht, daß eine Unterscheidung insofern gemacht werden muß, daß für diejenigen, welche nur Kochgas haben, ein bestimmtes Quantum festgelegt wird, und für diejenigen, die Koch- und Leuchtgas verbrauchen, ein höheres

Quantum zugebilligt wird. In welchen Fällen das zutrifft, müßte durch Befragung ermittelt werden. Das ist jedenfalls nicht schwierig, da solche Fragearten nach kurzer Frist herumgehen.

Alles in allem muß man sagen: Die Verbraucher von Gas haben sich viel gefallen lassen müssen. Das Gas ist schlechter und teurer geworden, und nun wird auch der Verbrauch noch eingeschränkt. Dadurch, daß das Gas schlechter geworden ist, ist es tatsächlich dazu gekommen, daß wir im Durchschnitt rechnen können, daß die Gasrechnungen um 100 Prozent höher geworden sind. Alles haben wir in Kauf genommen, aber nun auch noch in Kauf nehmen zu müssen, daß die Verbraucher, die schon früher sparsam gewesen sind, in Strafe genommen werden sollen, weil sie mit dem zugemessenen Quantum nicht auskommen können, das kann man nicht billigen. Ich bitte Sie deshalb meinem Antrage zuzustimmen, und hoffe, daß der Magistrat die Berechtigung des Antrages einsehen wird und ihm Folge gibt.

Auf Anfrage des **Vorsitzenden** wird der Antrag genügend unterstützt.

Oberbürgermeister Metemeyer: Es würde sich empfehlen, daß dieser Antrag der Kommission überwiesen wird und zu der Kommissionsberatung Herr Direktor von Feilisch zugezogen wird. Es kommen bei der Beurteilung des Antrages Einzelfragen in Betracht, die heute nicht ohne weiteres entschieden werden können. Durch die Kommissionsberatung braucht ja die Sache nicht lange aufgehalten zu werden. Die Kommissionsberatung könnte in der nächsten Woche stattfinden, und je nachdem, was beschlossen wird, wird der Magistrat gern bereit sein, den Wünschen des Herrn Stegmann, soweit sie überhaupt erfüllbar sind, Rechnung zu tragen. Die Entscheidung liegt allerdings in der Hand des Vertrauensmannes; einige von den Angaben, die Herr Stegmann gemacht hat, halte ich übrigens nicht für zutreffend. Im Augenblick ist es mir aber nicht möglich, die darüber Aufschluß gebenden Akten zu bekommen, so daß ich die Angaben eben nicht nachprüfen kann.

Auf Anfrage des **Vorsitzenden** erklärt sich der Antragsteller damit einverstanden, daß der als dringlich gestellte Antrag zunächst der Finanzkommission zur Vorberatung überwiesen wird, was vom Vorsitzenden bewirkt wird.

3. Anfrage Steinbrecher über den Ausbau des Mieteinigungsamts zum Schutze der Mieter.

Wortlaut der Anfrage: „Ist der Magistrat bereit, Auskunft zu geben, ob unser Mieteinigungsamt nach der Bekanntmachung des Bundesrats vom 26. Juli 1917 zum Schutze der Mieter ausgebaut wird? Hat die Landesbehörde mit dem Magistrat in dieser Frage Fühlung genommen?“

Stadtv. **Steinbrecher** (zur Begründung): In diesem Jahre ist es häufig vorgekommen, daß Kriegerfrauen von den Hauswirten in der Miete heraufgesetzt sind. Beweis dafür, daß durch solche Umstände Unzuträglichkeiten sich ergeben haben, ist, daß auch der Bundesrat eine Verordnung erlassen hat, wonach die Landeszentralbehörde das Einigungsamt ermächtigen kann, 1. auf Anrufen eines Mieters über die Wirksamkeit einer nach dem 1. Juni 1917 erfolgten Kündigung des Vermieters, über die Fortsetzung des gekündigten Mietverhältnisses und ihre Dauer, sowie über eine Erhöhung des Mietzinses im Falle der Fortsetzung zu bestimmen. Da auch in unserer Stadt die Mieten für viele Kriegerfrauen erhöht sind, so wäre es für diese von großem Nutzen, wenn auf diesem Wege ein abgekürztes und beschleunigtes Verfahren stattfinden könnte, das zwischen Mietern und Vermietern eine Einigung herbeiführt.

Unter Nummer 2 wird in dem angeführten Paragraphen dieser Verordnung bestimmt, daß das Einigungsamt ermächtigt werden kann, auf Anrufen eines Vermieters einen mit einem neuen Mieter abgeschlossenen Mietvertrag, dessen Erfüllung von einer Entscheidung gemäß Nummer 1 betroffen wird, mit rückwirkender Kraft aufzuheben. Daraus geht hervor, daß das Mieteinigungsamt das Recht bekommt, einen Hauswirt, der in übermäßiger Weise die Miete heraufgesetzt hat, zu zwingen, daß ein von ihm eingegangener Vertrag wieder aufgehoben wird. Es sind bei mir im Bureau schon mehrfach Szenen wegen solcher Heraussetzungen des Mietpreises vorgekommen; in einigen Fällen betrug die höhere Miete 30—35 M. Eine solche hohe Heraussetzung geht denn doch zu weit, und es wäre zu wünschen, daß das Mieteinigungsamt in solchen Sachen eingriffe, damit sie schnell erledigt werden.

Oberamtsrichter **Meyer**: Selbstverständlich hat sich der Magistrat auch schon mit dieser Verordnung vom 26. Juli beschäftigt. Es ist vom Ministerium angefragt, wie sich der Magistrat zu der Verordnung stellte, ob er für sein Mieteinigungsamt eine derartige Ermächtigung für notwendig halte. Der Magistrat hat am 9. August die Sache beraten und ist zu einem bejahenden Beschlusse gekommen. Wenn das Mieteinigungsamt die Stelle ausfüllen soll, für die es eingesetzt ist, wird es nötig sein, daß ihm auch diese Ermächtigung erteilt wird. In diesem Sinne hat der Magistrat dem Herzöglichen Staatsministerium geantwortet, um die Ermächtigung gebeten und auch Vorschläge über die Besetzung des Mieteinigungsamts zur Erledigung dieser Aufgabe gemacht. Eine Verfügung des Ministeriums ist noch nicht ergangen, weil in der Zwischenzeit von dem Verband deutscher Mietervereine eine Eingabe an das Staatsministerium gesandt ist, die uns zum Bericht zugeschiedt ist, und über die wir mit den Vertretern des Mietervereins wie mit den Vertretern des Grundbesitzervereins in Verhandlung stehen.

Es steht zu hoffen, daß in nächster Zeit eine endgültige Entscheidung getroffen wird.

4. Antrag Wesemeier auf Erhöhung des städtischen Zuschusses zur Staatsunterstützung der Kriegerfamilien und der Arbeitslosen, sowie Erhöhung der Ortsarmenunterstützung.

Wortlaut des Antrages: „Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, den städtischen Zuschuß zur Unterstützung der Kriegerfamilien auf 100 Prozent der Staatsunterstützung zu erhöhen und diesen erhöhten Satz auch den Arbeitslosen und ihren Familien, sowie den Ortsarmen zu zahlen.“

Stadtv. **Wesemeier** (zur Begründung): Es ist bedauerlich, daß wir einen solchen Antrag stellen müssen und nicht das Reich selbst die Familien der zum Kriegsdienst Eingezogenen so unterstützt, daß sie leben können. Es ist bedauerlich, daß die Gemeinde herangezogen werden muß, um einen Ausgleich zu schaffen, damit die Kriegerfamilien nicht in direkte Hungersnot geraten. Ich halte es aber auch für bedauerlich, daß es immer erst dieser Anregung von unserer Seite bedarf, damit diese Frage angeschnitten wird. Im Mai vorigen Jahres beschäftigten wir uns mit einem Antrage, der von unserer Seite gestellt war und verlangte, daß der städtische Zuschuß zu der Unterstützung der Kriegerfamilien auf 100 Prozent der Staatsunterstützung bemessen werden möge. Die Stadtverordnetenversammlung beschloß damals, einen 80prozentigen Zuschuß zu gewähren, und wir baten, dieser Frage im Oktober vorigen Jahres wieder näherzutreten. Aber bis heute ist nichts in der Sache geschehen; nicht irgend eine Anregung oder Andeutung, daß man die Kriegsunterstützung freiwillig erhöhen würde, haben wir von irgend einer Seite gehört.

Heute zahlt der Staat für die Frau 20 \mathcal{M} monatlich und für das Kind 10 \mathcal{M} , der 80prozentige Zuschuß, den die Stadt dazu leistet, beträgt also 16, bzw. 8 \mathcal{M} . Das ist der Stand seit dem Mai vorigen Jahres. Nun weiß aber doch jeder von uns, daß inzwischen die Lebenshaltung ganz gewaltig verteuert worden ist. Kartoffeln, Brot, Milch, Kleidung, Schuhzeug, kurzum alles ist so erheblich im Preise gestiegen, daß es Zeit ist, endlich daran zu denken, daß auch die Kriegerfamilien und die Arbeitslosen und Ortsarmen besser bedacht werden. Wenn wir diese Unterstützung nach meinem Antrage auf 100 Prozent der Reichsunterstützung erhöhen, dann würde das gar nicht so viel ausmachen. Die alleinstehende Frau würde im Monat 40 \mathcal{M} bekommen und für jedes Kind würden 20 \mathcal{M} gezahlt. Eine Frau mit einem Kinde erhielte dann 60 \mathcal{M} , gegen 54 \mathcal{M} bisher, eine solche mit zwei

Kindern 80 *M*, gegen bisher 72 *M*, eine Frau mit drei Kindern 100 *M* (bisher 90 *M*), eine Frau mit vier Kindern 120 *M* (bisher 108 *M*), eine Frau mit fünf Kindern 140 *M* (bisher 132 *M*). Die Erhöhung, wie ich sie beantrage, ist ja meiner Meinung nach noch viel zu geringfügig, ich möchte wohl wünschen, daß aus der Versammlung höhere Sätze gefordert würden. Ich selbst bin nicht höher mit meinem Antrage gegangen, weil ich befürchtete, daß er dann abgelehnt würde. Daß eine Erhöhung der von mir vorgeschlagenen Sätze gerechtfertigt sein würde, ist zweifellos. Berechnen Sie sich doch einmal, welcher Betrag bei den von mir vorgeschlagenen Erhöhungen auf die Woche fällt. Die Frau hat für sich allein in der Woche 9,31 *M*; davon soll sie leben, Nahrung und Kleidung beschaffen. Für das Kind hat sie etwas über 4 *M* in der Woche. Daß es der Frau unmöglich ist, davon leben zu können, wird jedem einleuchten; ebenso unmöglich ist es auch, daß ein Kind von dem ihm gesetzten Betrage erhalten werden kann. Wenn heute eine Frau auf Arbeit geht, muß sie für das Kind, das sie in Pflege geben will, 6—7 *M* zahlen. Dabei muß sie es noch am Abend nach Hause holen und Lebensmittel dazu hergeben. Auch das ist ein Beweis dafür, daß die Frauen, die nur auf Kriegsunterstützung angewiesen sind, damit nicht auskommen können.

Selbst wenn sie Mietunterstützung und Unterstützung vom Nationalen Frauendienst bekommen, die aber beide willkürlich ausgeteilt werden, so ist damit nur schwer durchzukommen. Als im vorigen Jahre über unseren Antrag beraten wurde, stiegen Zweifel darüber auf, ob das Mieteinigungsamt nicht die Erhöhung der Unterstützung benutzen würde, um die Mietunterstützung herabzusetzen. Herr Stadtrat von Frankenberg erklärte damals, darüber könnten wir vollständig beruhigt sein, es wäre gar nicht daran zu denken. Und doch war erst heute morgen eine Frau bei mir und erklärte: Seitdem die Kriegsunterstützung erhöht worden sei, wäre ihr die Mietunterstützung abgezogen, und zwar mit der Begründung im Bureau des Rathauses, daß dies infolge der Erhöhung der Kriegsunterstützung geschehe. Was hat das für einen Zweck, wenn wir hier erhöhte Mittel bewilligen und in demselben Rathause, in dem wir die Bewilligung aussprechen, den Frauen mit einer solchen Begründung die Mietunterstützung gekürzt wird. Das dürfte doch bei der Antwort, die mir im vorigen Jahre gegeben ist, nicht geschehen.

Wir wissen, daß die Sterblichkeit unserer Bevölkerung in dieser Zeit außerordentlich groß ist. Das sollte uns veranlassen, die aus dem Grunde am schwersten gefährdeten Kreise, weil sie nicht einmal alles das kaufen können, was ihnen nach der Rationierung zusteht, etwas besser zu stellen. Es gibt eine ganze Reihe von Frauen, die ihres körperlichen Zustandes wegen nicht arbeiten können, und diese Kreise sind den gesundheitgefährdenden Zuständen der heutigen Zeit am meisten ausgesetzt. Die aus dem Felde zurückkehrenden Krieger werden in vielen Fällen solche Frauen und Kinder vorfinden. Dem könnten wir entgegenarbeiten dadurch,

daß wir die Unterstützungen erhöhen, und zwar auf ein höheres Maß, als es mein Antrag verlangt. Ich habe nur Minimales verlangt, damit wenigstens dieser Antrag angenommen wird.

Wenn ich den Antrag auf die Arbeitslosen und auf die Ortsarmen ausgedehnt sehen möchte, so geschieht das aus denselben schon von mir angeführten Gründen. Es ist einfach nicht möglich, mit noch weniger auszukommen, als mein Antrag wünscht, ja, es ist nicht einmal möglich, mit diesen Sätzen auszukommen, noch weniger aber mit geringeren Sätzen. Die Ortsarmen erhalten 15 *M* im Monat. Das sind 50 Pf. für den Tag. Können wir das verantworten, einen Menschen mit täglich 50 Pf. sich ernähren zu lassen? Ich glaube, daß Sie alle mit mir einverstanden sein werden, daß wir Sorge tragen müssen, damit für diese angeführte Kategorie die Unterstützung erhöht wird, und bitte Sie deshalb, meinem Antrage zuzustimmen.

Auf Anfrage des **Vorsitzenden** wird der Antrag genügend unterstützt, und die Versammlung erklärt sich mit der sofortigen Verhandlung einverstanden.

Oberbürgermeister Netemeyer: Der Dezernent für die von Herrn Wesemeier angeschnittene Frage ist verreist, wird aber Ende nächster Woche wieder von seinem Urlaube zurückgekehrt sein. Ich bitte deshalb, die Behandlung des Antrages bis dahin auszusetzen.

Stadtv. Munte: Herr Wesemeier wird zugeben, daß sein Antrag nicht so eilig ist, daß heute noch über ihn beschlossen werden müßte. Vom 1. Oktober ab wünscht er die Erhöhung der Unterstützungssätze. Wenn der Beschluß in seinem Sinne nun auch etwas später gefaßt würde, dann kann ihm doch für die kurze Zeit rückwirkende Kraft zugelegt werden. Es scheint nicht angebracht, ohne Herrn Stadtrat von Frankenberg über diese Frage zu verhandeln, und ohne daß wir ungefähr über die finanzielle Tragweite unterrichtet werden, kann von uns nicht verlangt werden, ja und amen zu dem Antrage zu sagen. Ich möchte auch bitten, daß der Antrag in einer Kommissionsführung erst vorberaten wird.

Vorsitzender: Die Versammlung hat mit Majorität beschlossen, daß der Antrag heute behandelt werden soll. Wird nun der Antrag gestellt, die Behandlung auszusetzen?

Oberbürgermeister Netemeyer: Es könnte vielleicht heute beschlossen werden, daß je nach dem Verlaufe der Beratung des Antrages in dem verstärkten Finanzausschuß dieser ermächtigt werden soll, das Weitere zu veranlassen. Dann brauchte die Sache gar nicht aufgehalten zu werden.

Vorsigender: Es müßte ein entsprechender Antrag gestellt werden. Herr Wesemeier, wollen Sie Ihren Antrag dahin formulieren, daß dem verstärkten Finanzausschuß die Sache übertragen wird?

Stadtv. Wesemeier: Es wäre möglich, die Frage auf der von Herrn Munte angegebenen Grundlage zu erledigen, daß also, wenn sich die Beschlußfassung auf einige Wochen hinauszögern sollte, rückwärts verwilligt werden könnte. Unter dieser Voraussetzung bin ich einverstanden, daß der Antrag der Kommission überwiesen wird.

Vorsigender: Sie können ohne weiteres annehmen, daß die Kommission, wenn die Erhöhung überhaupt bewilligt wird, ihrem Beschlusse rückwirkende Kraft beilegt. Versprechen kann das allerdings niemand. Ich nehme Ihr Einverständnis an, daß die Sache dem verstärkten Finanzausschuß überwiesen wird.

Oberbürgermeister Metemeyer: Mit der Ermächtigung, daß der Beschluß maßgebend sein wird. Für den Fall, daß der verstärkte Finanzausschuß beschließt, dem Antrage des Herrn Wesemeier stattzugeben, ist die Sache damit geregelt. Nur für den Fall, daß der verstärkte Finanzausschuß den Antrag ablehnen sollte, kommt er wieder vor das Plenum.

Vorsigender: Wenn der Finanzausschuß dazu ermächtigt wird, würde eine solche Behandlung ja möglich sein.

Die Versammlung erklärt sich damit einverstanden, daß so verfahren wird.

5. Antrag Wesemeier auf stadtseitige Ermöglichung des steuerfreien Bezugs von Hausbrandkohlen für Kleinwohnungen.

Wortlaut des Antrages: „Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu eruchen, schleunigst Vorkehrungen zu treffen, daß den minderbemittelten Einwohnern der Stadt Braunschweig mit Wohnungen bis zu 4 Zimmern der § 6 Absatz 2 des Kohlensteuergesetzes nutzbar gemacht wird, welcher lautet:

„Sofern Gemeinden oder Gemeindeverbände nach den vom Bundesrat aufzustellenden Grundsätzen Einrichtungen treffen, die den Inhabern von Kleinwohnungen den Bezug von Hausbrandkohlen verwilligen, werden die für diesen Zweck bezogenen Kohlen von der Hälfte dieser Steuer befreit.“

Stadtv. Wesemeier (zur Begründung): Mit dem 1. August d. J. ist bekanntlich das neue Reichskohlengesetz in Kraft getreten, das eine Besteuerung des

Feuerungsmaterials, der Kohlen, um 20 Prozent des Grubenwertes vorfieht. Durch diese Steuer werden die minderbemittelten Klassen und die mittleren Schichten der Bevölkerung ganz gewaltig belastet. Es ist selbstverständlich, daß die Fabrikanten diese Steuer als Geschäftsunkosten buchen und auf die Ware schlagen werden. Das geht durch die ganze Reihe der Fabrikanten hindurch bis schließlich der Ausdruck sich in der Verteuerung der Waren bemerkbar macht, die der Konsument kaufen muß. Auch unsere Stadtverwaltung hat sich ja gezwungen gesehen, wegen der Kohlensteuer das Gas zu verteuern, und ob nicht eine noch weitere Verteuerung hinzukommen wird, wissen wir nicht. Auch das elektrische Licht wird teurer werden. Die ganze Schiere dieser Steuer zeigt sich aber erst im Winter, wenn die Hausbrandkohlen von den einzelnen Familien gekauft werden müssen, bei denen diese Steuer schon im Aufschlag auf die Kohlenpreise sich geltend macht. Der Reichstag hat aber beschlossen, daß der Hausbrand von den Gemeinden um die Hälfte dieser Steuer billiger eingekauft werden kann. Der § 6, Absatz 2 des Kohlensteuergesetzes lautet: (i. oben im Antrage). Der Bundesrat hat diese Vorschrift unter dem 17. Juni erlassen und hat sich die Sache so gedacht, daß die Bedingungen, unter denen die Hausbrandkohlen den Kleinwohnungs-inhabern zu dem billigeren Preise gelassen werden können, von den Stadtverwaltungen selbst festgesetzt werden, und daß zweitens die Lieferung durch Vermittlung der Stadt erfolgen muß. Dabei gelten Zechen- und Gaskoks ebenfalls als Hausbrand. Der Bundesrat hat den Stadtverwaltungen nur eine geringe Bedingung auferlegt, die nicht schwer zu erfüllen ist, nämlich, daß er das Quantum Hausbrandkohlen oder Briketts im großen als Hausbrand für Minderbemittelte bestellt, also zu dem geringeren Preise anfordert, und daß die Stadtverwaltung die Garantie dafür übernimmt, daß dieses Quantum Feuerung auch nur den Minderbemittelten zu dem billigeren Preise überlassen wird. Daß diese Bedingung nicht schwer zu erfüllen ist, geht daraus hervor, daß wir den Bedarf an Kohlen für den Winter schon rationiert haben, also feststeht, was auf die einzelnen Wohnungen entfällt.

Man könnte sagen, es wäre schwer, die Grenze zwischen Kleinwohnungen und großen Wohnungen zu finden. Ich möchte die Grenze nicht so eng gezogen wissen. Es könnten die Wohnungen bis zum Mietpreise von 500 M oder die Wohnungen mit 4 Zimmern und Küche als Kleinwohnungen angesehen werden. Wer dabei in Betracht käme, ließe sich auf die Weise leicht ermitteln, daß derjenige, der auf die billigere Feuerung Anspruch erhebt, mit seiner Mietquittung bei einer bestimmten Gelegenheit nachweisen muß, daß er zur Kategorie der Kleinwohnungsbesitzer gehört. Ob Sie dazu den Maßstab des Mietpreises von 500 M oder der Vierzimmerwohnung anlegen wollen oder einen anderen, das würde mir gleichgültig sein; ich möchte nur die Grenze nicht zu eng gezogen wissen, weil viele Klein-

gewerbetreibende, Handwerker und auch andere Angehörige des Mittelstandes mit zu den Kleinwohnungsinhabern gehören und diese von der Vergünstigung, die der Reichstag vorgesehen hat, mit betroffen werden sollen. Die Stadt hat darnach zu berechnen, wieviel Hausbrand sie für diese Wohnungen gebraucht, und dann das nötige Quantum anzufordern, das für diese Wohnungen billiger geliefert wird. Da die Kohlen schon rationiert sind, kann die Berechnung nicht schwer sein. Durch das gesamte Quantum der Kohlen, das die Stadt für die Einwohner bezieht, und durch die Kundenliste, die wir eingeführt haben, würde die Kontrolle gewährleistet.

Nun könnte man sagen: Was dadurch erspart wird, das bringt für den einzelnen nicht viel. Aber auch diese Ermäßigung der 10 Prozent Steuer bringt für die Arbeiterfamilie schon etwas, und da immer gesagt wird, daß der Mittelstand mit am schwersten unter den Kriegszuständen leidet, was ich durchaus anerkenne, so wird ihm die kleine Hilfe auch angenehm sein. Es wird für die Stadt Braunschweig immerhin ein Betrag von 100 000 M herauskommen, um den die Kohlenversorgung der Kleinwohnungsinhaber verbilligt wird, wenn die Stadt dem nachkommt, was der Bundesrat vorschreibt. Besonders bei den Arbeitern wird diese geringere Steuer schon ins Gewicht fallen. Man redet viel über die hohen Löhne der Arbeiter. Nun ist jetzt vom Reiche aus eine Statistik aufgenommen, wonach die Löhne im Durchschnitt um 46 Prozent gestiegen sind, in der Maschinenindustrie, wo man am meisten über die hohen Löhne schreibt, um 54 Prozent. Die Lebensmittelpreise aber sind um 150 Prozent und mehr gestiegen. Wenn man das in Berücksichtigung zieht, wird man jedenfalls der Ansicht sein, daß auch dieser Erlaß der Steuer um 10 Prozent des Kohlenpreises beim Bezuge des Hausbrands der Kleinwohnungsinhaber erheblich ins Gewicht fällt.

Ferner könnte man wohl sagen: Es ist zu spät, um diesen gemeinsamen Bezug noch eintreten zu lassen und dadurch die Verbilligung der Kohlen zu erlangen. Ich bedaure, daß man diesen Einwand vielleicht bringen kann, weil ich gehofft hätte, daß vom Magistrat aus eine entsprechende Maßnahme für die minderbemittelte Bevölkerung schon früher ergriffen wäre. Zu spät aber ist es auch heute noch nicht, denn in den Kellern der Kleinwohnungsbesitzer befindet sich erst ein geringes Quantum von Hausbrandkohlen. Es läßt sich noch einrichten, daß für das Quantum, das noch bezogen werden muß — und ich schätze dies auf mindestens zwei Drittel des Bedarfs — diese verbilligten Preise noch in Anwendung gebracht werden können. Ich denke dabei an Leipzig, das auch dieses Verfahren eingeführt hat. Diese Stadt hat Kohlensteuergutscheine ausgegeben, die für das Quantum Feuerung gelten, das noch von den Kleinwohnungsinhabern bezogen wird. Diese Gutscheine werden an einer bestimmten Stelle präsentiert und dann das Geld wieder abgehoben. Auch in Berlin, Hamburg, Mannheim usw. hat man diese Einrichtung getroffen. Wohl hat sich der deutsche Städtetag — und das ist be-

zeichnend — dagegen erklärt, daß von den Städten aus diese Sache durchgeführt wird. Man denke: Der Reichstag erläßt ein Gesetz, durch das den minderbemittelten Volkskreisen etwas Ermäßigung der Steuerpreise gewährt wird, und der Städtetag stellt sich auf den entgegengesetzten Standpunkt. Trotzdem hat der Oberbürgermeister Wermuth die Sache in die Hand genommen und für Berlin durchgeführt. Was in diesem gewaltigen Gebiete möglich ist, müßte doch für unsere Stadt Braunschweig ebenso gut und noch leichter zu ermöglichen sein. Ich bitte, meinem Antrage stattzugeben, und zwar müßten die nötigen Schritte schnellstmöglichst unternommen werden, wenn noch etwas dabei herauskommen soll. Jetzt aber ist es noch möglich, einen erheblichen Vorteil für die Kleinwohnungsinhaber herauszuholen.

Auf Anfrage des **Vorsitzenden** wird der Antrag genügend unterstützt, auch erklärt sich die Versammlung damit einverstanden, daß der Antrag sofort beraten wird.

Bürgermeister **Meyer**: Meine Herren. Sie haben aus den Ausführungen des Herrn Wesemeier entnehmen können, daß die Sache in der Durchführung nicht so einfach ist, wie es Herr Wesemeier glauben machen will. Das können Sie auch daraus ersehen, daß der Vorstand des Städtetages die Entscheidung gefaßt hat, den ihm zugehörigen Städten zu empfehlen, bis auf weiteres auf Maßnahmen zur Durchführung dieser Ermäßigung zu verzichten, und zwar deshalb, weil die Einrichtung nach den Ausführungsbestimmungen, die zu dem Gesetze erlassen sind, so kompliziert und so wenig leicht durchzuführen ist, daß es für die Stadtverwaltungen so gut wie ausgeschlossen erscheint, im Sinne des Gesetzes eine wirkungsvolle Maßnahme herbeizuführen. Auch für Braunschweig würde die Durchführung dieser Steuerverbilligung sehr schwer sein, trotzdem wir bereits gewisse Einrichtungen für die Rationierung des Hausbrands haben, die es uns ermöglichen, in einem bescheidenen Umfange der Sache gerecht zu werden.

Es ist zunächst die Frage aufzuwerfen, was unter Kleinwohnungen verstanden werden soll, denn es heißt in dem Text des Gesetzes, daß nur diesen Kleinwohnungsinhabern die Steuerermäßigung zugute kommen soll. Herr Wesemeier hat es sich leicht gemacht, den Begriff festzustellen, indem er sagt: Alle Wohnungen mit vier Zimmern und einer Küche sollen als Kleinwohnungen gelten. So einfach ist die Sache denn doch nicht. Ich will annehmen, ein reicher Junggeselle habe solch eine kleine Wohnung. Soll man den Mann als Inhaber einer Kleinwohnung ansehen? Es könnte auch ein begütertes Ehepaar ohne Kinder in Betracht kommen, das in einer Wohnung von vier Zimmern und Küche sehr behäbig leben könnte und nicht als Inhaber einer Kleinwohnung in dem Sinne dieses Gesetzes

anzusehen sein würde, denn es ist die Absicht des Gesetzgebers gewesen, daß er mit dieser Steuerentlastung die Minderbemittelten hat treffen wollen.

Nun ist weiter gefordert, daß von vornherein diese Kohlen für den Zweck durch die Gemeinde angefordert werden sollen. Ein Bezug durch die Kohlenhändler ist nicht möglich, sondern die Gemeinde ihrerseits muß die Bestellung übernehmen, und zwar zu dem ausgesprochenen Zweck, das ganze Quantum den Kleinwohnungen zuzuführen. Es ist auch vorgeschrieben, daß der Verkauf dieser Kohlen mindestens um den ersparten Steuerbetrag billiger sein soll. Daraus geht hervor, daß es nicht angängig erscheint, diese billiger zu verkaufenden Kohlen durch die Kohlenhändler verkaufen zu lassen. Um Verwechslungen unangenehmer Art auszuschließen, bleibt nichts anderes übrig, als daß die Stadt selbst den Vertrieb der Kohlen vornehmen muß. Um dabei Vorkommnisse, wie sie bei der Gasanstalt im vorigen Winter wiederholt eingetreten sind und Anstand gefunden haben, auszuschließen, würde es nötig sein, daß eine ganze Reihe von Grundstücken städtischerseits in Anspruch genommen wird, um dort Kohlen zu lagern und zu verkaufen. Es ist also in dieser Beziehung eine Organisation in nicht geringem Umfange erforderlich.

Wenn Herr Wesemeier meint, die Durchführung würde dadurch erleichtert, daß jetzt Kundenlisten für Kohlen eingeführt wären, so ist dagegen zu sagen, daß sie erst eingerichtet werden sollen, aber noch nicht bestehen. Auch sehe ich darin in dieser Sache keine Erleichterung, denn die Kundenlisten geben keinen Aufschluß darüber, ob jemand Inhaber einer Kleinwohnung ist.

Ganz unrichtig ist es, wenn Herr Wesemeier meint, es würde die Ersparnis so bedeutend sein, daß sie die Hälfte des Steueraufschlages von 20 Prozent betrüge. Soweit ich die Sache übersehen kann, ist das nicht an dem. In der Begründung des Gesetzes ist gesagt, daß 12 Prozent der Kohlensteuer vom Erzeuger getragen werden müssen. Es bleiben also noch 8 Prozent übrig, und von diesen nehme ich an, daß sie nicht ausschließlich auf den Verbraucher abgewälzt werden. Selbst wenn dies letztere der Fall wäre, würden, da nur diese 8 Prozent für die Ermäßigung in Frage kämen und die Hälfte des Betrages erlassen werden soll, beim Bezuge durch die Gemeinden unzweifelhaft nicht 10 Prozent, sondern etwa nur 4 Prozent erlassen werden können, und dies ist ein Moment, das dahin führt, die Sache nicht so dringend zu treiben, denn die Belastung der minderbemittelten Bevölkerung durch Wegfall der Ermäßigung ist nicht in dem Maße vorhanden, wie Herr Wesemeier meint.

Erstaunt bin ich über die Mitteilung des Herrn Wesemeier, daß in Berlin Maßnahmen in dieser Richtung eingeführt sind, denn soweit mir bisher bekannt, ist das in Berlin nicht geschehen. Es wird notwendig sein, darüber Erkundigungen einzuziehen. Von Hamburg ist es mir bekannt, daß es die Einrichtung eingeführt

hat. Diese Stadt hatte offenbar eine Organisation für Kohlenverteilung, bevor die Rationierung gekommen ist, und zwar habe ich aus mir gewordenen Mitteilungen erkannt, daß Hamburg eine größere Zahl von Lagerplätzen scheinbar dadurch beschafft hat, daß es Kohlenkähne als Lagerplätze eingerichtet hat und von diesen aus direkt an die minderbemittelte Bevölkerung unter Umgehung der Kohlenhändler und unter ehrenamtlicher Mitwirkung der Herren des Gewerkschaftskartells verkauft. Sie sehen hieraus, daß in jeder der Städte, die die Ermäßigung eintreten lassen wollen, eine solche Einrichtung zur direkten Abgabe der Kohlen zu treffen ist. Es sind also erhebliche Schwierigkeiten zu überwinden, um die Sache durchzuführen, und ich glaube nicht, daß sich das in acht Tagen einrichten ließe, wie es Herr Wesemeier anzunehmen scheint. Auch glaube ich nicht, daß der Magistrat dafür zu haben sein wird, daß wir einfach sagen, wer eine Wohnung mit vier Zimmern und einer Küche bewohnt, ist Inhaber einer Kleinwohnung.

Nach Lage der Sache möchte ich anheimgeben, nicht heute einen Beschluß zu fassen, sondern bei der Wichtigkeit und Kompliziertheit der Sache den Antrag in der Kommission vorberaten zu lassen.

Vorsitzender: Es ist der geschäftsordnungsmäßige Antrag vom Magistrat gekommen, nicht weiter über den Antrag zu verhandeln, sondern ihn an eine Kommission zu verweisen. Ehe wir in der Beratung fortfahren, hat Herr Wesemeier das Wort zur Geschäftsordnung.

Stadtv. Wesemeier: Die Sache ist sehr dringlich. Wenn den Minderbemittelten die Vergünstigung zuteil werden soll, darf keine Verschleppung eintreten. Mit jedem Tage Verzögerung entfällt für einen Teil der Kohlenbezieher aus den Kleinwohnungen der Vorteil, daß er von der Herabsetzung um 10 Prozent betroffen wird. Wenn die Herren erlauben, würde ich die vom Magistrat in Leipzig erlassene Bekanntmachung vorlesen, damit die Versammlung hört, wie es dort gehandhabt wird. Ich möchte mich gegen den Antrag erklären, daß die Sache erst einer Kommission zur Vorberatung überwiesen wird.

Bürgermeister Meyer: Man tappt bezüglich dieser Angelegenheit etwas im Dunklen. Auf Grund einer Broschüre, die mir zur Verfügung stand, mußte ich annehmen, daß es bei dem Etat eines Arbeiters sich um eine Belastung von 1 bis $1\frac{1}{2}$ Pf. am Tage handelte, also der Betrag der Steuer für das ganze Jahr etwa 3,50 bis 4 M. ausmacht. Ich kann nicht ohne weiteres nachweisen, ob das richtig ist, aber es war in der Broschüre glaubhaft gemacht.

Stadtv. **Wesemeier:** Die Debatte ist wieder in Fluß gekommen. Wenn der Städtetag in derartiger Weise beschlossen hat, so ist das meiner Meinung nach nur aus Bequemlichkeit geschehen. Was die Einwendung betrifft, daß die Bestimmungen von den einzelnen Gemeinden schwer zu erfüllen sein sollen, so möchte ich folgendes bemerken:

Es ist festzusetzen, welche Wohnungen sollen als Kleinwohnungen gelten, und welche Menge soll auf jede Kleinwohnung entfallen. Sodann ist die Gesamtmenge für die Kleinwohnungen zu bestellen und die Garantie zu übernehmen, daß dieses Quantum nur als Hausbrand für Kleinwohnungen verbraucht wird. Das sind die ganzen Bedingungen.

Nun macht Herr Bürgermeister Meyer darauf aufmerksam, es wäre ungerecht, wenn man jede 4-Zimmerwohnung als Kleinwohnung ansehen wollte. Es könnte jemand eine kleine Wohnung innehaben, der Vermögen hätte oder gar wohlhabend wäre. Mit solchen Einzelfällen kann man alles totschlagen. Wenn unter diesen Einzelfällen die Gesamtheit leiden soll, dann kann man jede Forderung, die gestellt wird, ablehnen.

Eigene Verkaufsstellen braucht die Stadt nicht einzurichten. Das Quantum, das als Hausbrandkohlen bestellt wird, kann ebenjogut auf die Kohlenhändler verteilt werden, die Umweisung erhalten: An die und die habt ihr zu verkaufen. Der Preis des für die Kleinwohnungen nötigen Quantums wird tatsächlich um die 10 Prozent Steuer, nicht um 4 Prozent herabgesetzt. Es muß nur bei dem Syndikat oder bei dem Erzeuger der Kohlen angemeldet werden, zu welchem Zwecke die Kohlen in diesem Falle verbraucht werden sollen, dann ist er ohne weiteres verpflichtet, den Preis um die 10 Prozent herabzusetzen; so lautet die Bestimmung im Gesetze — die Hälfte der Kohlensteuer muß abgesetzt werden.

Es wird für die Herren doch von Interesse sein, die Bestimmungen in Leipzig kennenzulernen. Es heißt in der Bekanntmachung des Magistrats von Leipzig: „Nach § 6 Absatz 2 des Kohlensteuergesetzes vom 8. April 1917 in Verbindung mit den Bundesratsbekanntmachungen vom 14. Juni und 12. Juli 1917 können die Inhaber von Kleinwohnungen beim Bezuge von Hausbrandkohlen von der Hälfte der Kohlensteuer befreit werden. Zur Durchführung dieser Befreiung wird für die Stadt Leipzig folgendes angeordnet:

1. Als Kleinwohnungen im Sinne von Artikel I a der Bundesratsbekanntmachung vom 14. Juni 1917 sind diejenigen Wohnungen im Mietwerte bis zu 500 M anzusehen, die unmittelbar vom Hauseigentümer ermietet worden sind.

2. Als Jahresbedarf werden den Inhabern von Kleinwohnungen bis auf weiteres 40 Zentner Briffetts zugebilligt. Die Ermäßigung wird nur beim Bezuge von Braunkohlenbriffetts gewährt. Bis zum 31. Mai 1918 kommt die Steuer-

vergünstigung nur für die Brennstoffmenge in Frage, die der Kleingewohnungsinhaber auf seine Hauptkohlenkarte noch zu beziehen berechtigt ist.

3. Jeder Inhaber einer Kleingewohnung erhält Kohlensteuergutscheine für soviel Zentner, als seine Hauptkohlenkarte noch Abschnitte aufweist.

4. Die Steuergutscheine werden durch die städtischen Kartenverteilungsstellen gegen Vorlegung des Wohnungsmeldescheins, der letzten Haushaltungskarte und der Hauptkohlenkarte ausgegeben. Gleichzeitig ist der Nachweis zu führen, daß der Mietwert der Wohnung nicht über 500 M beträgt. Hierzu ist der Mietvertrag, die letzte Mietquittung oder eine Bescheinigung des Hauseigentümers beizubringen. Wer eine Wohnung im eigenen Grundstücke bewohnt, hat den Nachweis durch Vorlegung des Steuerzettels über die Miet- und Pachtwertsteuer zu führen. Die Ausgabe der Steuergutscheine erfolgt je nach den Nummern der Lebensmittelkarten in den Tagen vom 4. bis 8. September."

Diese Einrichtung ist erst in der allerletzten Zeit eingeführt, denn es heißt weiter: „In welcher Weise von den Steuergutscheinen zur Erlangung der Steuervergünstigung Gebrauch zu machen ist, wird in den nächsten Tagen bekanntgegeben.“ Die ganze Einrichtung ist dort sehr schnell vorgenommen; die Verhandlungen, um die Sache ins reine zu bringen, haben keine vierzehn Tage gedauert. Man hat den Plan auch nicht endgültig durchdacht, sondern bekanntgegeben, was das Gesetz bieten will, und wird nachher noch festsetzen, was weiter erfolgen soll. Vor allen Dingen hat man festgesetzt, daß für Leipzig-Stadt und Leipzig-Land der Hausbrand für Kleingewohnungsinhaber um 10 Prozent Steuer herabgesetzt ist. Was dort bei einem viel größeren Betriebe möglich ist, muß doch in Braunschweig auch gelingen. Ich bitte Sie deshalb, meinem Antrage zuzustimmen, daß der Magistrat beauftragt wird, schleunigst die Sache in die Wege zu leiten, damit auch für Braunschweig diese Vergünstigung Platz greift. Wenn gesagt wird, es sei nur 1 Pfennig für den Tag, so kann man Derartiges bei jeder Kopfsteuer anführen. Die Sätze solcher Steuern sind manchmal sehr minimal, und doch bringt es so viel. Wir sind doch durch die Steuer belastet, und es soll bei der Kohlensteuer ½ Milliarde Mark herausgeholt werden. Die Ware wird dadurch verteuert, und das ist sehr drückend. Wenn vom Reichstage die Möglichkeit dazu gegeben ist, soll man versuchen, den Betrag der Steuer von der minderbemittelten Bevölkerung abzuwälzen.

Bürgermeister **Meyer**: Möglich zu machen ist vieles, und auch das, was Herr Wesemeier wünscht, wird möglich sein. Wir haben die Sache im Magistrat besprochen und sind zu dem Ergebnis gekommen, daß bei den Arbeitskräften, die dem Magistrat zur Verfügung stehen, es kaum möglich sein wird, die Vorarbeiten auszuführen, es sei denn, daß wir sie salopp machen. Wie die Verhältnisse in

Leipzig liegen, kann ich nicht übersehen, doch würde man sich darnach erkundigen können. Es ist von mir im Magistrat vorgetragen, daß man, wenn man die Einrichtung treffen wollte, eine Unterlage dadurch hätte, daß eine Grundkohlenkarte über 40 Zentner ausgegeben und in Aussicht genommen sei, nach der Größe der Wohnungen Zuschläge auszugeben. Man könnte sagen, daß alle Familien, die nur diese Grundhefte bekommen haben, als Inhaber von Kleinwohnungen gelten sollen und ihnen dieser Steuererlaß zugute kommen könnte. Das würde verhältnismäßig das einfachste sein. Wichtig und zweifelhaft ist die Beschaffung und Unterbringung der Kohlen, ferner die Stellung des Personals dafür, denn es müssen auch Verkäufer eingestellt und alle die Familien festgelegt werden, die die Ermäßigung genießen dürfen.

Ich trage Bedenken, schlechtweg zu empfehlen, daß Sie ohne Vorberatung in der Kommission den Antrag des Herrn Wesemeier annehmen. Sollten Sie es tun, so würde der Magistrat sich bemühen, Ihnen in möglichst kurzer Zeit eine Antwort zuteil werden zu lassen.

Herr Wesemeier meinte nochmals, es würden die ganzen 10 Prozent Steuer als Ermäßigung zutage treten. Es steht allerdings in dem Gesetze, daß die Inhaber von Kleinwohnungen beim Bezuge von Hausbrandkohle von der Hälfte der Steuer befreit werden sollen, aber die Steuer wird nicht in dem ganzen Umfange von den Verbrauchern getragen, sondern zum großen Teile vom Erzeuger. Es ist also Erlaß der Hälfte von dem Betrage zu verstehen, den der Verbraucher heute zu tragen hat, und das würde nicht soviel ausmachen.

Wenn aber die Herren glauben, die Sache ohne Vorberatung beurteilen und einen Beschluß fassen zu können, so versuchen Sie, darüber zurechtzukommen.

Stadtv. Stegmann: Entgegen den Ausführungen des Herrn Bürgermeisters möchte ich doch bitten, die Sache heute zu erledigen. Ich sehe keinen Grund dafür, die Sache zu verschleppen, sie ist einfacher als viele Dinge, die von der Versammlung schnell erledigt worden sind. Ich wüßte nicht, warum den Kohlenhändlern der Verkauf nicht übertragen werden sollte; bei einigermaßen gutem Willen würde das gehen. Diese einfache Sache in der Kommission vorberaten zu lassen, ist überflüssig; wir sind ohne weiteres heute in der Lage, darüber beschließen zu können. Es ist auch nicht richtig, wenn Herr Bürgermeister Meyer sagte, daß nur ein Bruchteil der 10 Prozent zurückvergütet wird. Soviel ich weiß, schlagen die Kohlenhändler die vollen 20 Prozent vom 1. August an auf. Wenn das nicht zulässig wäre, müßten sie offenkundig Betrug treiben, und das kann man doch nicht annehmen. Der Magistrat wird es wohl fertigbringen, die Einrichtungen zu schaffen, wenn Sie heute dementsprechend beschließen. Die Abfuhr wird auch durch die Kohlenhändler besorgt werden können. Ebenjogut wie sie ihre Kohlen abfahren,

können sie auch diese Kohlen, die insofern auch ihre Kohlen sind, als sie die Vermittlung besorgen, nur daß sie einen anderen Preis dafür zahlen und bezahlt bekommen, auch abfahren.

Für den Antrag Wejemeier meldet sich nur die Minderheit der Versammlung.

6. Antrag Lauer, betreffend die Erhöhung der Kartoffelration auf 10 Pfund.

Wortlaut des Antrages: „Um die wenigen vorhandenen Transportmittel bei geteilter Kartoffelanlieferung nicht doppelt in Anspruch zu nehmen, und um die Kartoffeln nicht der Gefahr auszusetzen, in einem der nächsten Monate in einer Frostperiode zu erfrieren, und weil die Ernte auf das bestimmteste erlaubt, von Oktober ab die Wochenration pro Kopf von 7 auf 10 Pfund zu erhöhen, wolle die Stadtverordnetenversammlung beschließen, den Magistrat zu ersuchen, beim Kriegsernährungsamte den Versuch zu machen, die Festsetzung der Wochenkopfmenge an Kartoffeln auf 10 Pfund zu erreichen.“

Stadtd. **Lauer** (zur Begründung): Meine Herren. Nach der gegenwärtig maßgeblichen Vorschrift beträgt bekanntlich die Wochenkartoffelration 7 Pfund. Dieses Quantum ist ohne weiteres im Hinblick auf die Verteuerung der anderen Lebensmittel entschieden zu gering. Das Bedenkliche dieses Zustandes beruht noch darin, daß geplant ist, diese Ration von 7 Pfund pro Woche beizubehalten bis zum Monat Dezember, denn bei der damaligen Bekanntmachung wurde betont, daß erst Ende November die entscheidende Bestimmung für die spätere Höhe der auszugebenden Winterration erfolgen solle. Diese Maßnahme hat sehr enttäuscht und viele Erbitterung — wie ich ohne weiteres sagen kann — hervorgerufen, weil es offenkundig ist, daß wohl aus allen Gauen des deutschen Reiches, wohin man auch hört, eine ausgezeichnete, vorzügliche Kartoffelernte gemeldet wird. So gewiß ein Kriegsernährungsamt die heilige Verpflichtung hat, in den Zeiten eines Krieges, wie des gegenwärtigen, dafür zu sorgen, daß in erster Linie solche Lebensmittel wie Kartoffeln nicht nutzlos vergeudet oder zu viel verbraucht werden, so gewiß hat auch die Reichsstelle für Kartoffeln die heilige Verpflichtung, die Not und die Unterernährung, wie sie bisher besteht, nicht einen Augenblick länger aufrechtzuerhalten, wenn es die Mittel anders erlauben. Die Erhöhung der Kartoffelration würde auch sofort das Gute im Geolge haben, daß die hohen Gemüsepreise automatisch sinken würden.

Die Maßnahme, wie sie getroffen worden ist, trägt noch weitere Bedenken in sich. Es sollen die Kartoffeln in Teillieferungen angeliefert werden, und das hat zur Folge, daß unsere beschränkten Transportmittel doppelt in Anspruch genommen werden müßten. Nun wird es im Lande Braunschweig zutreffen, daß wir

die Kartoffeln anfahren lassen müßten, wenn wir im November, Dezember und Januar gerade die große Klübenernte haben, und so würden wir Gefahr laufen, daß zu der Zeit, wenn die Kartoffeln tatsächlich geliefert werden sollen, es an Transportmitteln mangelte, wir wieder das Nachsehen haben und keine Kartoffeln bekommen.

Des ferneren trägt die Maßnahme das große Bedenken in sich, daß auch in Lieferungsmonaten, wie sie von der Reichskartoffelstelle gedacht worden sind, eine starke Frostperiode eintreten kann und wir vielleicht wiederum die bitteren Erfahrungen machen müßten wie im Vorjahre. Nach dieser Richtung hin scheint man allerdings von den bösen Erfahrungen der Vorjahre wenig Notiz genommen zu haben.

Die Hauptfrage gipfelt wohl darin: Sind wir auch tatsächlich in der Lage, jetzt schon oder von Oktober ab 10 Pfund Kartoffeln liefern zu können? Diese Frage kann ohne weiteres bejaht werden. Ich habe aus der landwirtschaftlichen Presse — die derartige Mitteilungen nicht leichtfertig macht — eine Notiz mir zurückbehalten, in der es heißt: „Bei einer nicht zu hoch gegriffenen Anbaufläche“ — es handelt sich um eine Berechnung, deren Grundlage auf Ernteproben beruht — „von 3 Millionen Hektar und einem ebenfalls in diesem Jahre sicher nicht zu hohen Durchschnittsertrage von 240 Zentner für den Hektar, ergibt sich eine Gesamtkartoffelernte von 700—800 Millionen Zentner. Davon sind bei einem täglichen Saß von $1\frac{1}{2}$ Pfund, also wöchentlich $10\frac{1}{2}$ Pfund für den Kopf, etwa 360 Millionen Zentner für die menschliche Ernährung und 100 Millionen Zentner als Saatkartoffeln zu verwenden. Es bleibt dann immer noch ein Rest von mindestens 250 Millionen Zentner aus dem diesjährigen Ernteertrage.“ Diese Unterlagen würden gewiß durch die landwirtschaftliche Presse nicht in die Welt geschickt werden, wenn irgend etwas dagegen einzumenden wäre. Es hat gestern vor acht Tagen in Dresden eine Versammlung im Dresdener Vereinshause mit einem Aufklärungsvortrage durch den Unterstaatssekretär Dr. Müller stattgefunden. Auch dieser erklärte in seinem Vortrage, daß er der festen Überzeugung ist, daß wir demnächst sehr bald auf eine Kartoffelration von 9—10 Pfund übergehen können.

Interessant war es mir, zu erfahren, wie auch die sonstigen Kommunen diese wichtige Angelegenheit behandeln. Am 21. August hat in Hannover eine Stadtverordnetenversammlung stattgefunden, und aus dieser Sitzung heraus hat man telegraphisch das Kriegsernährungsamt in Berlin gebeten, die Kartoffelration schleunigst zu erhöhen; es könnte das nur dazu beitragen, daß die so sehr gewünschte Hebung der Stimmung erfolge. Es war mir interessant zu erfahren, was die Kartoffelstelle geantwortet hatte, und Herr Senator Beuermann in Hannover war so liebenswürdig, mir auf eine Anfrage mitzuteilen, daß die Kartoffelstelle bis zum

heutigen Tage nicht geantwortet habe. Das erscheint als ein sehr günstiges Zeichen. Wollte nämlich die Kartoffelstelle etwa ablehnen, dann wäre das sehr einfach gewesen, und die Ablehnung wäre sicher erfolgt. Da das nicht der Fall ist, so bringt Herr Senator Beuermann privatim zum Ausdruck, daß es sich empfehle, wenn auch andere Städte in dieselbe Kerbe hauen und den gleichen Antrag an das Kriegsernährungsamt stellen. Man soll nicht auf dem Standpunkte stehen, es habe keinen Wert, wenn nun auch Braunschweig nach dieser Richtung hin sich rührt. Wenn jeder so denken würde, so würde überhaupt kein Protest erscheinen. Ich glaube, wir haben die Verpflichtung der braunschweigischen Bevölkerung gegenüber, die bekanntlich, wie überhaupt das deutsche Volk, in der Ernährungsfrage riesig viel erduldet hat — wenn es auch nicht anders gehen konnte —, an die Reichskartoffelstelle mit Nachdruck im gedachten Sinne zu interpellieren. Wenn die Reichskartoffelstelle, was ich für ausgeschlossen halte, nicht beabsichtigt, die Frage in unserem Sinne zu erledigen, dann mag sie auch die Konsequenzen daraus ziehen und die Verantwortung für die event. Folgen tragen. Für uns aber liegt meiner Meinung nach die Verpflichtung vor, der Einwohnerschaft zu zeigen, daß wir aufs ehrlichste versucht haben, endlich eine größere Kartoffelration für unsere Einwohnerschaft zu bekommen.

Vorsitzender: Der Antrag ist schon schriftlich unterstützt. Ich richte die Frage an die Versammlung, ob der Antrag sofort beraten werden soll. Wer dafür ist, möge die Hand erheben. (Geschieht.) Das ist die Mehrheit.

Stadtbourat Gebensleben: Der Herr Antragsteller hat erwähnt, daß am 21. August von Hannover aus eine Eingabe an die Reichskartoffelstelle abgegangen und bis heute keine Antwort darauf eingelaufen sei. Ich zweifle nicht daran, daß das zutreffend ist; eine gewisse Beantwortung dieses Schreibens ist aber doch ergangen, und zwar durch eine Bekanntgabe der Reichskartoffelstelle vom 25. August an sämtliche Landes- und Provinzkartoffelstellen, an das Reichsmarineamt, an die TeKa, Reichsbranntweinstelle usw. In diesem Schreiben wird auseinandergesetzt, in welcher Weise die Kartoffelversorgung in diesem Winter gedacht ist. Es ist darin ausgeführt, daß zunächst auf Grund von Erntevorschätzungen, die bislang vorgenommen sind, ein vorläufiger Verteilungsplan aufgestellt sei. Später, voraussichtlich im November d. J., sollte eine endgültige Ernteschätzung auf Grund von Proberodungen stattfinden, und erst dann könne man sich über den endgültigen Verteilungsplan schlüssig machen. Auf Grund des bisher vorliegenden vorläufigen Verteilungsplanes stehen der versorgungsberechtigten Bevölkerung nicht, wie der Herr Antragsteller meint, 7 Pfund Kartoffeln zu, sondern durch Rundschreiben der Reichskartoffelstelle ist festgelegt, daß 8 Pfund auf den Kopf

der Bevölkerung entfallen, nämlich 7 Pfund gewöhnliche Kartoffelmenge, zuzüglich eines weiteren Pfundes für den entstehenden Schwund, unter Wegfall der Schwerarbeiterzuschläge. Das soll heißen: Den kommunalen Verwaltungen sollen nicht 7 Pfund, sondern 8 Pfund zugeführt werden, und davon sollen sie unter normalen Verhältnissen eine Wochenration von 7 Pfund austeilen. Sie sollen aber das 8. Pfund bekommen, weil sie mit Schwund zu rechnen und Schwerarbeiterzuschläge auszuteilen haben, für die sie besondere Kartoffeln nicht geliefert bekommen. Diese Zuschläge müssen sich die Kommunen jetzt selbst einsparen. Wenn die Bestimmungen nicht in dieser Weise von der Reichskartoffelstelle erlassen wären, würden wir nicht in der Lage sein, im Wege des Bezugsscheinverfahrens zuzulassen, daß die Bevölkerung sich mit $7\frac{1}{2}$ Pfund für die Woche eindeckt. Sie wissen, daß diese Menge von $7\frac{1}{2}$ Pfund von der Landeskartoffelstelle festgesetzt ist; es wird demnach eine Wochenkopfmenge von 7 Pfund zuzüglich $\frac{1}{2}$ Pfund für Schwund gegeben, denn diejenigen, die sich für das ganze Jahr eindecken, haben mit einem gewissen Schwund zu rechnen, während diejenigen, die wöchentlich ihre Ration kaufen, auf diesen Schwund keine Rücksicht zu nehmen brauchen.

Selbstverständlich würde es unangenehm sein — oder auch angenehm —, wenn wir später von der Reichskartoffelstelle die Nachricht bekommen würden, diese Kopfmenge solle angesichts der vorzüglichen Ernte auf $10\frac{1}{2}$ Pfund für die Woche erhöht werden. Unangenehm würde es insofern sein, als man sich über das größere Quantum im Hinblick auf das Bedürfnis der Bevölkerung nur freuen könnte. Für die Verwaltungsstellen aber würde diese Erhöhung der Kopfmenge mancherlei Unbequemlichkeiten nach sich ziehen, und auch für die zu versorgende Bevölkerung würde der Nachbezug mit Unbequemlichkeiten verbunden sein, denn es würde sich nun wieder fragen, wie die Menge beschafft werden soll. Jetzt im Herbst hätte man sie im Bezugsscheinverfahren glatt beschaffen können, während man später wieder einen zweiten Anlauf bei den Kartoffelerzeugern nehmen müßte. Das liegt nun aber einmal in der Disposition der Reichskartoffelstelle. Diese Behörde muß in dieser Beziehung — das müssen wir nach den Erfahrungen des vergangenen Jahres zugeben — außerordentlich vorsichtig zu Werke gehen. Wenn sie gleich zu Anfang eine zu große Menge geben würde, wie das im vergangenen Jahre der Fall gewesen ist, so müßte später wieder eine Verkürzung eintreten; und wie unangenehm das im vergangenen Jahre empfunden ist, wissen wir alle. Als man glaubte, man hätte sich bis zum 15. April versorgt, wurde die Versorgungszeit, ohne daß die Kartoffelmenge erhöht wurde, um einen Monat nach dem anderen ausgedehnt. So kann man es der Reichskartoffelstelle nicht übelnehmen, daß sie in diesem Jahre vielleicht gar zu vorsichtig bei der Voranschätzung zu Werke geht. Es kann sein, daß der Antragsteller darin recht hat, daß bei der vorzüglichen Ernte ein Posten nachgeliefert werden kann. Selbstverständ-

lich wird das aber nicht so gemacht werden, daß wir zur Weihnachtszeit dieses Mehr an Kartoffeln hereinholen, sondern wir werden sie vernünftigerweise wohl erst im Frühjahr, im April oder Mai befördern lassen, denn mit der Menge von $7\frac{1}{2}$ Pfund auf den Kopf reichen wir nicht nur bis Weihnachten, sondern sie wird unbedingt bis Mai oder Juni ausreichen. Die Kartoffeln werden auf dem Lande eingemietet, und im Frühjahr hereingeholt und verteilt. Von Erfrieren kann also keine Rede sein, sondern höchstens von einer Unbequemlichkeit für die Verwaltungsorgane sowohl, wie auch für die Versorgungsberechtigten. Wenn Sie aber den Antrag annehmen wollen, so zweifle ich nicht, daß der Magistrat ihm zustimmt und schon jetzt bei der Reichskartoffelstelle vorstellig wird. Ich glaube allerdings nicht, daß die Reichskartoffelstelle dem Antrage zustimmen wird, schaden kann es aber nicht.

Stadtv. Meierhoff: Der Tenor des Antrages lautet dahin, daß die Stadt, ebenso wie andere Städte auch, bei der Reichskartoffelstelle vorstellig werden soll. Es ist richtig, wenn Herr Lauer sagt: Wir müssen uns rühren und unsere Wünsche klarlegen; mag es nun bei der Kartoffelstelle oder bei der Kohlenstelle sein, immer müssen wir auf dem Quivive stehen. Nun fürchte ich gar nicht, daß die Verteilung des Mehrquantums, wie der Herr Stadtbaurat sagte, schwierig sein wird. Das ließe sich auf Grund der jetzt schon ausgegebenen Kartoffelscheine ausführen. Jetzt ist angegeben, die ausgegebenen Karten sollen bis zum Schluß des Monats Juli hinreichen; man braucht dann später nur in einer Verordnung zu sagen, daß diejenigen, die mit $7\frac{1}{2}$ Pfund bedacht sind, eine kürzere Karenzzeit haben sollen — was die Differenz um $2\frac{1}{2}$ Pfund bringt, könnte ja leicht ausgerechnet werden —, also nicht erst am Schluß des Juli, wo wir auf die neue Ernte rechnen können, sondern vielleicht schon am 15. Mai würden die Kartoffelscheine abgelaufen sein. Es handelte sich nur um eine kurze Bekanntmachung, so daß eine große Arbeit dadurch nicht entsteht. Ich treue mich aber darüber, daß der Chef unserer Kartoffelstelle auch der Ansicht ist, daß wir ruhig vorstellig werden können. Ich bitte, den Antrag zu unterstützen.

Stadtv. Stegmann: Es ist allerdings als gut zu achten, wenn von der Reichskartoffelstelle Vorsicht geübt wird, aber es steht auch fest, daß die Vorsicht in diesem Falle übertrieben ist. Im vorigen Jahre lagen die Verhältnisse denn doch ganz anders: die Kartoffelernte war schlecht, und viele Kartoffeln waren krank. Trotzdem wurden $10\frac{1}{2}$ Pfund als Wochenquantum festgesetzt. Aber dieses Quantum hätte die Bevölkerung auch bekommen können, wenn nicht die unendlich vielen Fehler gemacht worden wären, wenn nicht kolossale Quantitäten Kartoffeln durch Frost in den Mieten und Lagern verdorben wären. In diesem Jahre liegen die

Verhältnisse anders. Alle Landwirte sagen, daß wir eine Refordernte haben, und die jetzige Witterung ist so günstig, daß nicht zu befürchten ist, daß die Kartoffeln wieder von Krankheit befallen werden. Wir werden Kartoffeln in Fülle und Fülle bekommen, und auch wenn alles abgezogen wird, was als Viehfutter, zur Kartoffelmehlbereitung ufr. nötig ist, dann werden doch — wie Fachleute wiederholt in den Fachzeitschriften ausgeführt haben — mindestens $10\frac{1}{2}$ Pfund der Bevölkerung geliefert werden können. Deshalb sehe ich nicht ein, warum man so über- vorsichtig vorgeht und jetzt die Bevölkerung hungern läßt, denn $7\frac{1}{2}$ Pfund für die Woche genügen bei den heutigen Verhältnissen nicht. Übrigens möchte ich be- merken, daß der Herr Stadtbaurat meint, $7\frac{1}{2}$ Pfund würden im Bezugsschein- verfahren gewährt, auf dem Bezugsschein steht aber nur $7\frac{1}{4}$ Pfund (Widerspruch des Herrn Stadtbaurats.). Ich habe doch den Schein selbst ausgefüllt und weiß doch, was ich geschrieben habe!

Wenn ich der Ansicht bin, daß es nötig ist, daß die Kartoffeln in der ganzen Menge von $10\frac{1}{2}$ Pfund jetzt schon herangeschafft werden, so möchte ich außer dem, was Herr Lauer zur Begründung angeführt hat, noch folgendes bemerken: Jetzt müssen von der Bevölkerung außerordentlich hohe Gemüsepreise bezahlt werden. Weil zu wenig Kartoffeln ihnen zu Gebote stehen, müssen die Leute so viel Ge- müse kaufen, daß der Preis wegen der Nachfrage steigt. Daß die Kartoffelmenge von 7 Pfund nicht hinreicht, müssen Sie alle wissen. Denken Sie daran, wie gering die Brotmenge ist, die zur Verfügung steht, und wie sie bei alle den unteren und mittleren Familien, bei den Handwerkern und Gewerbetreibenden nicht aus- reicht. Des morgens zum Kaffee, für die Kinder in der Schule, für den Mann in der Fabrik, zum Frühstück, zum Reiser und Abendessen reicht das Brot nicht hin, es müssen Kartoffeln gegessen werden. Will man aber von dem jetzt zustehenden Quantum abends Pottkartoßeln essen, dann hat man nicht genug zum Mittagbrot. Mindestens für die Minderbemittelten muß man zugeben, daß dies zutrifft. Es hat schon böses Blut erregt, daß man, während im vorigen Jahre bei der un- günstigen Ernte $10\frac{1}{2}$ Pfund gewähren wollte, jetzt mit einem kleineren Quantum anfängt und nicht einmal so viel gewährt, daß die Bevölkerung sich satt essen kann. Im vorigen Jahre waren die übrigen Verhältnisse noch günstiger, es gab noch etwas mehr Fett und andere Nahrungsmittel. Wenn Sie auf dem Standpunkte stehen, daß $7\frac{1}{2}$ Pfund Kartoffeln genügen müssen, dann müßten mehr Mühlen- produkte — Haferflocken, Graupen, Grütze — herangeschafft werden. Seitdem die paar Kartoffeln mehr gegeben werden, sind diese Lebensmittel fast ganz ver- schwunden; auch in der heutigen Bekanntmachung für die nächste Woche wird wieder nichts davon in Aussicht gestellt. Warum das geschieht, weiß ich nicht, denn auch die Getreideernte ist gut ausgefallen. Wenn man nicht genügend Kartoffeln geben will oder kann, müßte auf diese Weise geholfen werden, damit nicht noch

länger gehungert werden muß. Der Magen unserer meisten Volksgenossen hat sich durch das Essen der wenig nahrhaften Speisen so sehr geweitet, daß sie mit 7 Pfund Kartoffeln nicht satt zu bekommen sind. Was geschehen kann, muß unbedingt getan werden. Ich bitte dringend darum, daß der Antrag von der Versammlung angenommen und der nötige Nachdruck dahintergesetzt wird, damit auch etwas erreicht wird.

Stadtbaurat **Gebensleben**: Wenn es sich irgendwie ermöglichen läßt, halte ich es für durchaus zweckmäßig, daß der Bevölkerung mehr Kartoffeln zugeführt werden, und aus dem Grunde habe ich auch gesagt, daß der Magistrat zweifellos Ihren Antrag unterstützen wird. Ob er verwirklicht werden wird, ist eine andere Frage. Meiner Meinung nach wird damit gerechnet werden können, daß die Kartoffelration im Laufe des Jahres erheblich vergrößert werden wird, denn die Ernte scheint ganz ausgezeichnet auszufallen. Soweit mir bekannt geworden ist, sind bei der Erntevorschätzung 60 Zentner für den Morgen angenommen worden. Zweifellos wird die Ernte im Herzogtum Braunschweig erheblich größer ausfallen.

Es wird Sie vielleicht auch interessieren, zu erfahren, daß in diesem Jahre keine Kartoffeln aus dem Herzogtum wieder nach außerhalb gehen werden. Wir brauchen nicht wieder den westfälischen Industriebezirk zu beliefern, sondern das Herzogtum bildet einen eigenen Versorgungsverband für sich. Mit Ausnahme eines Postens von 30 000 Zentnern, der zur Verfügung des Kriegsministeriums gehalten wird, geht keine Lieferung aus dem Herzogtum heraus. Diese 30 000 Zentner sind aber eine so verschwindend geringe Menge, daß sie überhaupt keine Rolle spielen. Unter der Annahme von 8 Pfund für den Kopf müssen nach der Stadt Braunschweig ungefähr 450 000 Zentner Kartoffeln geliefert werden, und wenn man eine Ernte von 60 Zentner auf den Morgen rechnet, so bleiben im ganzen Herzogtum immer noch rund 150 000 Zentner übrig. Nun steht zweifellos fest, daß die Ernte größer ausfällt, als sie angenommen ist, infolgedessen wird dieser Überschuß im Herzogtum erheblich größer ausfallen. Natürlich gehe ich von der Voraussetzung aus, daß die Ernte nicht nur in Braunschweig, sondern auch in den anderen Bundesstaaten größer ausfallen wird.

Ich lege nun nicht bloß Wert darauf, daß die Wochenmenge für die ganze Bevölkerung erhöht wird, sondern mir liegt ganz besonders am Herzen, daß auch die Schwerarbeiterzuschläge erhöht und die Kriegsküchen ausreichend mit Kartoffeln versorgt werden. Es ist bekannt, daß dieser Zuschlag $3\frac{1}{2}$, bzw. $5\frac{1}{4}$ Pfund für die Woche beträgt; und wenn die Arbeiter nur diese Zuschlagskarten in den Küchen abgeben, dann fällt die Kartoffelration in den Kriegsküchen etwas mager aus. Mein Bestreben ist darauf gerichtet, in diese Küchen so viel Kartoffeln hinein-

zubringen, daß die Arbeiter an diesen Betriebsstellen reichlichere Mahlzeiten bekommen als jetzt.

Nur hat Herr Stegmann bezweifelt, daß $7\frac{1}{2}$ Pfund auf den Kopf im Wege des Bezugsscheinverfahrens ausgeteilt werden, und hat gemeint, daß ich mich geirrt habe, es würden nur $7\frac{1}{4}$ Pfund ausgeteilt. Der Irrtum ist aber auf seiten des Herrn Stegmann. Er verwechselt die Zahlen, die auf dem Bezugsschein stehen, nämlich $3\frac{1}{4}$ Zentner, und die eben genannten $7\frac{1}{2}$ Pfund. Dieser Irrtum des Herrn Stegmann ist aber selbstverständlich ganz ohne Belang.

Stadtv. Lauer: Durch die Mitteilung des Herrn Stadtbaurats haben wir erfahren, daß von der Kartoffelstelle am 25. August eine weitere Bestimmung erlassen ist, die uns nicht bekannt war, und die wir jetzt kennengelernt haben. Ich bedaure, daß es zum Erlaß dieser Bestimmung gekommen ist; sagt sie uns doch, daß, nachdem die Reichskartoffelstelle am 25. August eine neue Verfügung erlassen hat, in absehbarer Zeit nicht darauf zu rechnen ist, wieder eine neue günstigere Verfügung zu bekommen. Wir wissen, daß wir jetzt erst recht damit zu rechnen haben, daß die Kartoffelration in absehbarer Zeit nicht erhöht werden soll, und daß man wahrscheinlich an der ursprünglichen Absicht festhalten will, erst Ende November die Ration für den Winter festzusetzen. Ich hatte vorhin schon erklärt, daß bei einer Kartoffelzuteilung von 10 Pfund wöchentlich noch ein Überschuß von 250 Millionen Zentner verbleibt. Wenn dieses Rechenexempel nicht richtig wäre, dann wäre es angefochten, und selbst wenn das übrigbleibende etwas kleiner ausfiel, dann wäre es auch nicht schlimm. Bei diesem kolossalen Überschuß soll man das Publikum nicht länger darben lassen. Herr Stadtbaurat Gebensleben ist auch der Meinung, daß die Ernte überaus günstig ist, und so ist es nicht nötig, daß wir uns das geringe Quantum genügen lassen, sondern wir müssen mit Nachdruck sobald wie irgend möglich dahin wirken, die größere Ration Kartoffeln billiger zu bekommen.

Stadtv. Wesemeier: Ich freue mich über den Antrag des Herrn Lauer. In der Reichskartoffelstelle kann man das Vertrauen nicht haben, das eine Behörde eigentlich bedürfte. Man braucht nur an die Erfahrungen vom vorigen Winter zu denken, an das Spazierenfahren der Kartoffeln usw., dann wird man die Berechtigung dieser meiner Meinung zugeben. 7 Pfund Kartoffeln sind heute unterschieden zu wenig, denn an Fleisch fehlt es, und die Fettration wird auch gekürzt. Denken Sie an die Sonntagsfahrten, die nach Kartoffeln unternommen werden. Sie sehen aus allen Toren der Stadt die Minderbemittelten hinausfahren, um Kartoffeln zu bekommen. Meilemweite Wege machen sie, um 10 oder 20 Pfund Kartoffeln zu bekommen. Aus Vergnügen tun sie das nicht, sondern weil sie

hungern. Dabei setzen sich diese Leute noch der Gefahr aus — wie es am vorigen Sonntag auf der Eisenbahnstrecke nach Wisshorn der Fall gewesen ist —, daß ihnen die Kartoffeln von Staats wegen abgenommen werden und noch ein Strafverfahren hinterher folgt. Das bekommen sie zu ihrem Hunger noch dazu, weil uns das Quantum Kartoffeln nicht gegeben wird, das zum Leben notwendig ist. Es ist ein schlechter Trost, wenn gesagt wird, es werden in Wirklichkeit 8 Pfund Kartoffeln geliefert, da die Bevölkerung nur 7 Pfund erhält. Für die Gemeindeverwaltungen mag es ein Trost sein, wenn sie das eine Pfund als Ausgleich erhalten, aber für die Konsumenten, die sich eindenken wollen, nicht, denn der Schwund ist schon berechnet, und so erhalten sie für die spätere Zeit auch nur 7 Pfund, auch wenn sie Bezugscheine haben.

Daß die große Vorsicht der Reichskartoffelstelle nicht am Plage ist, und daß sie sich wohl dazu entschließen könnte, ein größeres Quantum zu bewilligen, wurde schon ausgeführt. Wie knapp und teuer das Gemüse ist, sehen Sie am Kohl, der sonst 5 *M* pro Zentner kostet, und für den in diesem Jahre 10 *M* bezahlt werden müssen. Das ist ja unerhört! Die kleinen Leute können zu solchem Preise keinen Kohl zum Einmachen kaufen. Das kommt hinzu; es wird der Arbeiterchaft unendlich erschwert, heute sich ohne direkten physischen Hunger durchs Leben zu schlagen. Remedur muß unter allen Umständen geschaffen werden. Das Brot ist schlecht, weil das Korn zu scharf ausgemahlen wird, so daß bedeutende Professoren die Ansicht ausgesprochen haben, daß davon die vielen Magenkrankheiten herühren. Darnach könnten wir ja eigentlich froh sein, nicht mehr von dem Brotquantum zu bekommen. Trotzdem wird das Brot gern genommen, um nur den Hunger zu stillen. Da bei diesen Zuständen eine so ausgezeichnete Kartoffelernte zu verzeichnen ist, so soll man damit herausrücken. Es ist dringend nötig, daß von uns vorgegangen wird, und es wäre eine dankenswerte Aufgabe der Stadtverwaltung, wenn sie uns nachfolgte.

Stadtv. Damköhler: Zweifellos gehört die Kartoffelversorgung zu einer der wichtigsten Fragen und ist der Kohlenversorgung gleichzustellen. Im Gegensatz zur vorigen Kartoffelernte — das erwähnte Herr Stadtbaurat Gebensleben schon — steht es den Beziehern frei, sich auf Grund der Bezugscheine mit Kartoffeln, soweit das Herzogtum in Frage kommt, beliebig zu versorgen. Das ist als ein wesentlicher Schritt zur Besserung und zu einer rationellen Versorgung der Einwohner mit Kartoffeln zu bezeichnen. Als eine erlösende Tat müßte es angesehen werden, wenn der Kartoffelversorgung überhaupt die Zwangsjacke ausgezogen würde. Das ist natürlich vorläufig nicht möglich und wird auch in absehbarer Zeit nicht möglich werden. Immerhin wird, wie wir sowohl von seiten des Herrn Lauer, wie des Herrn Stadtbaurat Gebensleben gehört haben, damit zu rechnen

sein, daß eine vorzügliche Kartoffelernte hereinkommt, so daß die Wochenration an Kartoffeln wesentlich erhöht werden kann. Auch ich möchte bitten, daß in diesem Sinne Vorstellungen gemacht würden und der direkte Antrag an die Reichskartoffelstelle gerichtet würde, daß pro Tag und Kopf $1\frac{1}{2}$ Pfund gewährt wird. Selbst dann würde noch mit einem wesentlichen Überschuß an Kartoffeln zu rechnen sein, so daß von einer Kartoffelnot in diesem Jahre nicht die Rede sein kann.

Sodann möchte ich aber nicht unerwähnt lassen, daß es wünschenswert ist, auch in der Richtung der Preisstellung vorstellig zu werden, denn bei einer derartigen günstigen Kartoffelernte müßte es möglich sein, daß eine Preisherabsetzung eintritt. Wir haben im vorigen Jahre bei einer nicht guten Ernte einen Preis von 7 \mathcal{M} gehabt, in diesem Jahre würde er gar noch höher werden, was sich mit der guten Ernte nicht in Einklang bringen läßt. Es wäre anzustreben, daß vielleicht ein Preis von 4—5 \mathcal{M} als Höchstpreis genehmigt würde. Wenn die Zufriedenheit in der Einwohnerschaft in vollem Maße hergestellt werden soll, müßte eine solche Preisherabsetzung unbedingt berücksichtigt werden, und ich bitte, auch diesen Punkt bei dem Antrage an die Reichskartoffelstelle nicht außer acht zu lassen.

Vorsigender: Wollen Sie das als Unterantrag gestellt haben, so bitte ich, den Antrag schriftlich einzureichen.

Stadtbaurat **Gebensleben:** über die Preisermäßigung möchte ich noch einige Worte sprechen. Ich habe schon erwähnt, daß auch ich persönlich und ebenso der deutsche Städtetag den Preis von 5,50 \mathcal{M} , nämlich 5 \mathcal{M} Erzeugerhöchstpreis und 50 Pf. Schnelligkeitsprämie für viel zu hoch halte. Es ist nichts dagegen einzuwenden, wenn wir bei dieser Gelegenheit bei der Reichskartoffelstelle unsererseits auch dahin vorstellig werden, daß dieser Preis wesentlich herabgemindert werden möchte. Vom deutschen Städtetage ist das schon geschehen, doch halte ich es für dringend wünschenswert, daß auch der Magistrat die Reichskartoffelstelle noch einmal darauf aufmerksam macht. Ich will allerdings nicht unerwähnt lassen, daß auf meine Anregung hin seitens der Landeskartoffelstelle vor kurzer Zeit (vor zehn Tagen ungefähr) schon Vorstellungen bei der Reichskartoffelstelle erhoben worden sind, dahin gehend, daß bei der vorzüglichen Ernte der Kartoffelpreis erheblich — wenigstens um 1 \mathcal{M} — herabgesetzt werde, und daß die Schnelligkeitsprämie bei den jetzigen Verhältnissen beseitigt würde. Leider ist darauf von der Reichskartoffelstelle der Weisheit ergangen, daß an dieser Preisbemessung jetzt nichts geändert werden könnte. Das soll uns aber nicht abhalten, von neuem bei der Reichskartoffelstelle vorstellig zu werden.

Stadtv. Nieme: Nicht allein die Rationserhöhung auf Grund des Antrages des Herrn Lauer kann ich unterstützen, sondern auch das von Herrn Damköhler Gesagte, und das ist meiner Meinung nach die Hauptsache. Wenn heute die Kartoffeln 4 *M* kosten, so würde ich mir das gefallen lassen. Früher kosteten sie 3 *M*, und 1 *M* Erhöhung könnte man noch ertragen. Wenn unsere Reichskartoffelstelle noch Schnelligkeitsprämien für die Lieferung ausgesetzt hat, so macht sie das so, als wenn man das Pferd beim Schwanz aufzäumt. Derjenige Produzent, der bis zum 15. Dezember die Kartoffeln liefert, bekommt die Schnelligkeitsprämie von 50 Pf. Früher würde man denjenigen für verrückt erklärt haben, der am 15. Dezember noch Kartoffeln roden wollte. Zu der Zeit kann man ja direkt schon Frost haben. Hätte man den 15. November als letzten Termin gesetzt, so würde man das wegen der mangelnden Arbeitskräfte noch begreifen können. Aber das zeigt einmal wieder, daß die Bureaukraten nichts verstehen und begreifen, und daß sie auch nichts hinzugelernt haben. Das ist zu bedauern. Diese Maßnahme und die der Prämie für früheren Drusch sind durchaus verkehrt; sie verteuern nur in unerhörter Weise dem Volke die Ernährung. Würde man festgesetzt haben, so- und so viel, meinetwegen 9 Pfund, haben wir zur Ernährung nötig, und so viel wird zu Kartoffelmehl und Stärke verarbeitet, so könnte es nicht schwer sein, bei diesem unerläßlichen Apparat von Kaufleuten, die in Berlin sitzen, die Maßnahmen dafür durchzuführen. Das würde ich ja noch auf mich nehmen. Es ist verwunderlich: im vorigen Jahre gab es Leute, die viel über Ernährungsfragen geschrieben haben, und die den Grundsatz aufstellten, daß das deutsche Volk sich auf die Kartoffelernährung legen müßte. In früherer Zeit galt noch der Grundsatz, von vielen Kartoffeln würden die Pferde dumm. Meine Auffassung ist, daß vom Brot das Volk besser ernährt würde als von Kartoffeln. Heute aber sind wir dahin gekommen, daß wir uns nicht einmal an Kartoffeln satt essen können, und zwar in einer Zeit, wo es an Fett fehlt, wo man nicht einmal Rüböl bekommen kann, und wenn es Ersatz dafür gibt, das Liter davon 25 *M* kostet, während ich als Schuljunge das Pfund zu 65 Pf. gekauft habe.

Vorsigender (zu Herrn Stadtv. Lauer): Wollen Sie in Ihrem Antrage „beim Kriegsernährungsamte den Versuch zu machen, die Festsetzung der Wochenkopfmenge an Kartoffeln auf 10 Pfund zu erreichen“ den **Z u s a t z** aufnehmen „und eine **H e r a b s e t z u n g d e s P r e i s e s**“ zu erreichen? (Zustimmung des Herrn Stadtv. Lauer.)

Der Antrag Lauer wird einstimmig angenommen.

Vorsigender: Es scheint ausgeschlossen, heute noch alle die vorliegenden Anträge und Anfragen zu erledigen. Wir werden zunächst noch den dringlichen An-

trag des Herrn Riefe erledigen. Ich gebe anheim, die Beratung der übrigen Sachen bis zur nächsten Sitzung zu vertagen.

7. Antrag Riefe auf Erhöhung der Kriegsunterstützung der Kriegerfrauen.

Wortlaut des Antrages: „Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, der Stadtverordnetenversammlung eine Vorlage zu unterbreiten, nach der die Kriegsunterstützung der Kriegerfrauen mindestens um 20 Prozent vom 1. Oktober an erhöht wird.“

Stadtv. **Riefe** (zur Begründung): Ich bedaure, daß mein Antrag nicht früher zur Beratung gestellt ist, sondern erst jetzt zur Verhandlung kommt. Zu dem Antrage bin ich gekommen auf Grund dessen, was von unserer Seite schon früher vorge schlagen ist, nämlich den städtischen Zuschuß zur Reichsunterstützung der Kriegerfamilien auf 100 Prozent festzusetzen. Es ist die höchste Zeit, daß diese 100 Prozent durch Erhöhung des bisherigen Zuschusses um mindestens 20 Prozent erreicht werden, so daß im Mindestfalle die städtische Unterstützung der staatlichen gleichkommt. Wenn wir uns vergegenwärtigen, in welchem Maße die Preise für alle Lebensbedürfnisse gestiegen sind, so ist in meinem Antrage nicht zu viel verlangt. Alle diejenigen, die heute über hohe Löhne in der Kriegsindustrie reden — und anderswo werden hohe Löhne nicht gezahlt —, die vergessen, daß die Lebensmittel um einen bedeutenderen Satz gestiegen sind als die Löhne. Sollten die Löhne den Steigerungen der Preise für Lebensmittel gerecht werden, dann müßte der Friedenslohn um das Vierfache erhöht werden sein, denn alles, was produziert wird, — mögen Sie nehmen, was Sie wollen, und wenn Sie bei der Zwiebel oder dem Suppenkraut anfangen — ist enorm im Preise gestiegen, es gibt kein Produkt, das nicht den früheren Preis viermal übertrifft. Das Schuhzeug für einen Jungen kostete vor dem Kriege 7 *M*, jetzt müssen 28 *M* dafür aufgewandt werden. Eine Familie von vier Köpfen, die weißen Kohl zu Mittag essen will, bezahlt die dafür nötigen zwei Kohlköpfe mit je 1,30 *M*, so daß sie 2,60 *M* dafür ausgeben muß, wobei noch die Kartoffeln und das nötige Fett fehlen. Nährwert sieht kaum noch in den Sachen, die man für teures Geld erhält, mögen Sie nehmen, was Sie wollen. Deshalb halte ich es für dringend notwendig, daß die Sätze für die Kriegerfrauen erhöht werden. Selbst wenn sie 100 Prozent der Reichsunterstützung auch von der Stadt erhalten, so wissen die Kriegerfrauen nicht, wie sie damit auskommen sollen. Zwei Heringe, die früher das Stück 9 Pf. kosteten, kosten jetzt 1 *M*; das ist eine Verteuerung um 1100 Prozent. Der Ernährer ist den Kriegerfrauen durch die Wehrpflicht genommen, folglich hat das Reich, die Staaten und die Kommune die Pflicht, dafür zu sorgen, daß die Kriegerfrauen ernährt werden. Ich beantrage, daß diese neuen Sätze vom 1. Oktober an in Kraft

treten, und würde mich freuen, wenn Sie noch über meinen Antrag hinausgehen würden. Ich habe deshalb in meinem Antrage gesagt: „mindestens 20 Prozent“, denn wenn Sie dazu kämen, den Kriegerfrauen noch mehr zu bewilligen, so würde man damit den Bedürfnissen der Kriegerfrauen noch mehr gerecht werden können.

Vorsitzender: Der Antrag deckt sich in seinem Sinne mit dem Antrage, den wir vorhin dem verstärkten Finanzausschuß überwiesen haben. Ich frage die Versammlung, ob dieser Antrag des Herrn Kiefe unterstützt wird. — Das ist der Fall.

Dann richte ich an Herrn Kiefe die Frage, ob er damit einverstanden ist, daß auch sein Antrag dem verstärkten Finanzausschuß überwiesen wird. (Herr Stadtv. Kiefe stimmt zu.) Eine nochmalige Besprechung der Sache im gegenwärtigen Augenblick wird sich erübrigen. Ich bitte diejenigen Herren, die damit einverstanden sind, daß auch der Antrag des Herrn Kiefe dem verstärkten Finanzausschuß überwiesen wird, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Die Versammlung ist damit einverstanden.

Vorsitzender: Es ist mir von Herrn Stegmann mitgeteilt, daß es wünschenswert sei, die von ihm eingebrachte Anfrage über den Einmachezucker heute noch zu erledigen, da sie sehr dringlich sei. Das scheint mir richtig zu sein. Ich bitte den Herrn Anfragenden, sich der vorgeschrittenen Zeit halber möglichst kurz zu fassen.

8. Anfrage Stegmann über die Ausgabe des in Aussicht gestellten Einmachezuckers.

Wortlaut der Anfrage: „Warum ist der den hiesigen Haushaltungen in Aussicht gestellte Einmachezucker noch nicht zur Ausgabe gelangt?“

Stadtv. **Stegmann** (zur Begründung): Es ist den Herren bekannt, daß neben dem Fettmangel bei den Haushaltungen der Mangel an Zucker am schlimmsten empfunden wird, und bei dem geringen Quantum Zucker, das ausgegeben wird, ist immer Mangel daran vorhanden. Ausgeschlossen ist es, daß die Hausfrauen das bißchen Zucker, das sie erhalten, zu Einmachezwecken verwenden können. Nun ist die Zeit herangekommen, daß uns wieder Einmachezucker angekündigt worden ist. Aber die Einmachezeit geht vorüber, und es wird nichts geliefert. Das Obst wird in diesem Jahre früher als sonst abgenommen, und ein Teil der Früchte, die kaum reif geworden sind, werden geerntet aus Furcht, gestohlen zu werden, und noch mehr aus Furcht, daß sie beschlagnahmt werden. Zum Einmachen aber können die Familien nicht kommen, weil der in Aussicht gestellte Einmachezucker noch nicht zur Ausgabe gelangt ist. Ich verstehe nicht, warum das nicht geschieht. Man wird doch den Einmachezucker nicht erst Ende Dezember herausgeben, wenn

nichts mehr einzumachen ist. Manches Obst verdirbt geradezu, wenn es nicht eingemacht wird. Allerdings wird der Vorschlag gemacht, ohne Zucker einzumachen, aber viele Hausfrauen sind der Meinung, daß das nicht empfehlenswert sei, da dann die eingemachten Sachen hinterher nochmals gekocht werden müssen und so nochmals Feuerung verschwendet wird. Deshalb bitte ich, wenn der Zucker zur Verfügung steht, ihn jetzt herauszugeben zu wollen. Ich habe schon erwähnt, daß sowieso ein ewiger Mangel an Zucker herrscht. Die wenigen bitteren Haferflocken, die der Bevölkerung gewährt werden, können nicht einmal versüßt werden, ja nicht einmal Saccharin steht zur Verfügung. Der Zucker wird jetzt von unseren Einwohnern dringend gewünscht, und der Magistrat würde sich mit der Ausgabe den Dank der Hausfrauen Braunschweigs erwerben.

Stadtbanrat Lebensleben: Der Wunsch des Herrn Vorredners wird in Erfüllung gehen. Wir hatten vor einiger Zeit eine Bekanntmachung erlassen, es möchten sich diejenigen melden, die Einmachezucker haben wollten. Daraufhin sind gewaltige Berge von Anmeldungen eingegangen, die von einer Menge von Damen verarbeitet werden. Wir haben sogar, um schnell zum Ziele zu kommen, Militär requiriert, das bis spät abends hin mitarbeitet. So ist Hoffnung vorhanden, daß in nächster Woche der Einmachezucker verteilt werden kann.

Vorsitzender: Es ist gegen meinen Vorschlag, die noch rückständigen Sachen bis zur nächsten Sitzung zurückzustellen, kein Widerspruch eingegangen. Ich schließe die öffentliche Sitzung.

Dauer der Sitzung von 5¼ bis 7¾ Uhr.

1917/1918.

Nr. 6.

Be r i c h t

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 11. Oktober 1917.

Tagesordnung:

- | | |
|--|-----------|
| 1. Prüfung der Stadthaushaltsrechnungen für 1913/14. | Seite 250 |
| 2. Antrag Stegmann auf eine gerechtere Gasverbrauchsregelung durch Ratio-
nierung nach der Kopffzahl | " 250 |
| 3. Antrag Wesemeier, betreffend den Bezug von Vollmilch durch hoffende und
stillende Frauen und Mädchen | " 250 |
| 4. Anfrage Kahlert über die Einführung der durchgehenden Arbeitszeit für
die städtischen Behörden | " 252 |
| 5. Anfrage Riefe über die Verpachtung von Flächen auf dem Arkeröder Felde
sowie am Großen Exerzierplatz | " 255 |
| In Verbindung damit Beratung der Magistratsvorlage: Verpachtung der
Flächen des Arkeröder Feldes. | " 255 |
| 6. Antrag Steinbrecher auf Einrichtung einer Altmöbelfstelle. | " 262 |
| 7. Anfrage Stegmann über die Gründe für die stadtseitig vorgenommene Er-
höhung der Gemüsepreise. | " 264 |
| 8. Anfrage Wesemeier wegen der Salzknappheit | " 268 |
| 9. Anfrage Stegmann über die Ursachen des zweimaligen Versagens der elek-
trischen Beleuchtung in der Stadt | " 271 |
| 10. Anfrage Salomon über die Erhöhung der Kriegsbeihilfen für die Beamten
und Lehrer | " 273 |

11. Beschaffung eines Warmwasserspeichers für die Desinfektionsanstalt	Seite 276
12. Erwerb von Flächen zum Ausbau des Ribbaggshäuserweges und der projektierten Straße 543 im Wege der Zwangsenteignung	" 276
13. Mitteilung aus der verstärkten Finanzkommission über den Antrag Wejemeier und Antrag Riele auf Erhöhung des städtischen Zuschusses zur Kriegsunterstützung der Kriegerfamilien	" 278
14. Erhöhung der Gemeindegrund- und Gewerbesteuer	" 278
15. Verpachtung der städtischen Flächen an der Goslarischen Straße	" 287
16. Erhöhung des städtischen Zuschusses für die Untersuchungsstelle für ansteckende Krankheiten	" 287
17. Gewährung einer Beihilfe an die Kochschule des Vereins ehemaliger Schülerinnen der städtischen höheren Mädchenschule aus der Fädelstiftung	" 288
18. Übersicht über die im Rechnungsjahre 1916/17 gezahlten Ruhegehälter, Witwen- und Waisengelder	" 289
19. Errichtung eines Schalthauses auf dem Amalienplatze	" 290
20. Errichtung eines Schalthauses an der Frankfurterstraße	" 291
21. Erlaß des Kriegsministeriums, betreffend die Bedeutung der Luftstreitkräfte	" 291
22. Rechnungsabschlüsse für das Jahr 1916/17	" 294
23. Beteiligung der Stadt an der 7. Kriegsanleihe	" 297
24. Erhöhung des Zinsfußes einer Hypothek auf einem städtischen Grundstücke	" 297
25. Instandsetzung des Hauses Vertramstraße 3	" 298
26. Instandsetzung des Hauses Herrendorfwette 1	" 298

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister **Hettemeyer**, Stadträte **von Frankenberg**, **Wagner**, Stadtbaurat **Gebensleben**, Oberamtsrichter **Meyer**.

Wegen Einberufung zum Kriegsdienste fehlen die Herren Stadtverordneten **Dr. Jasper**, **Ribbentrop**, **Schmidt**, **Steincke**, **Dr. Voge**, **Weichsel** und **Dr. Wolters**. Außerdem fehlen entschuldigt die Herren Stadtverordneten **Ohlendorf**, **Schulze** und **Trinks**. Die Herren Stadtverordneten **Bunge** und **Steinbrecher** erscheinen später.

Vorsigender Hartung: Ich eröffne die Sitzung.

Herr Stadtv. Schulze hat uns mitgeteilt, daß er am 1. Oktober aus dem Militärdienste entlassen sei und in Zukunft wieder an den Sitzungen mit teilnehmen werde. Für heute hat er sich entschuldigt, da er noch an Nervenschwäche und Rheumatismus leidet.

Auf das Schreiben, welches der Stadtmagistrat infolge des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung wegen Erhöhung der Kartoffelration und Herabsetzung des Kartoffelpreises an das Landesernährungsamt zur Weitervermittlung an die Reichskartoffelstelle gerichtet hat, ist folgende Antwort eingegangen:

„Auf die an die Reichskartoffelstelle gerichtete Eingabe vom 21. d. Mts.

Nach wiederholten Ausführungen der Reichskartoffelstelle in den amtlichen Mitteilungen ist sie in Rücksicht auf die Beförderungsschwierigkeiten augenblicklich außerstande, die Wochenkartoffelmenge auf mehr als 8 Pfund für den Versorgungsberechtigten festzusetzen. - Es ist indessen zu hoffen, daß, wenn die Winterdeckung der großen Bedarfsverbände insbesondere im Westen durchgeführt ist, die Wochenmenge erhöht wird, soweit die Kartoffelernte das zuläßt.

Da die Reichskartoffelstelle erst am 21. d. Mts. durch Depeche hierher mitgeteilt hat, „daß eine Senkung des durch Bundesratsverordnung vom 19. März d. J. auf 5 *M* festgesetzten Erzeugerhöchstpreises nur mit Zustimmung sämtlicher Erzeuger möglich sei“, so wird eine erneute Vorstellung bei der Reichsstelle in dieser Richtung keinen Erfolg haben.

Ich glaube daher, von der Weiterleitung der dortigen Eingabe an die Reichskartoffelstelle absehen zu können, wovon ich die Stadtverordnetenversammlung ergebenst in Kenntnis zu setzen bitte.“

Dieses Schreiben ist uns seitens des Stadtmagistrats zur Kenntnisknahme zugegangen.

Ferner ist eingegangen die Abschrift einer Eingabe, die Frau Selma Henze an den Magistrat gesandt hat. Es handelt sich um die Festsetzung der Höchstsumme des *V e r b r a u c h s a n G a s*; die Frau beklagt sich, daß sie mit 30 cbm im Monat nicht auskommen kann. — Die Sache liegt dem Magistrat vor, wir werden seine Entscheidung abzuwarten haben.

Sodann habe ich mitzuteilen, daß der Antrag des Herrn *O h l e n d o r f*, daß den Kriegerfrauen auf ihren Antrag Voranschuß auf die Kriegsunterstützungen zwecks Anschaffung von Wintervorräten gegeben werden möge, von dem Herrn Antragsteller in der Kommission infolge der Erklärungen des Magistrats zurückgezogen ist.

Aus der Versammlung ist eingegangen eine Anfrage des Herrn *S a l o m o n*:

„Ist der Magistrat in der Lage, darüber Auskunft zu geben, ob möglichst bald einer dringend notwendigen Erhöhung der Kriegsbeihilfen für die Beamten und Lehrer nähergetreten werden kann?“

Eine Anfrage des Herrn *W e j e m e i e r*:

„Ist dem Magistrat die Knappheit an Salz bekannt, und was gedenkt der Magistrat zu tun, den Salz-mangel zu beheben und Preistreibereien zu verhindern?“

Eine Anfrage des Herrn *S t e g m a n n*:

„Ist dem Magistrat bekannt, welche Ursachen zugrunde liegen, daß an zwei Abenden dieser Woche das vom Elektrizitätswerk Wilhelmstraße gelieferte elek-

trische Licht versagte, und kann Vorsorge getroffen werden, daß sich derartige Fälle nicht wiederholen?"

Es liegt außerdem eine Reihe anderer Anfragen und Anträge zur Behandlung vor, die bereits bekanntgegeben sind. Ich werde den Herren, die heute Anfragen gestellt haben, im Anschluß an die auf der Tagesordnung vorgesehene Begründung von Anfragen und Anträgen Gelegenheit geben, ihre Anfragen zu begründen.

1. Prüfung der Stadthaushaltsrechnungen für 1913/14.

Stadtv. Frede: Im Auftrage der Finanzkommission habe ich eine Prüfung der Rechnungen aus dem Jahre 1913/14 vorgenommen, bei der Anzahl von Rechnungen natürlich nur in der Weise, daß ich Stichproben genommen habe. Nirgend habe ich Anlaß zu Ausstellungen gefunden, habe mich aber gefreut über die genaue Arbeit, die durch das Revisionsbureau geliefert worden ist.

Vorsitzender: Es meldet sich niemand zum Wort. Wir können also diesen Punkt der Tagesordnung als durch Kenntniznahme erledigt ansehen. — Die Beratung der Punkte 2 und 3 der aufgestellten Tagesordnung muß heute ausfallen, da sie noch nicht vorberaten sind.

2. Antrag Stegmann auf eine gerechtere Gasverbrauchsregelung durch Rationierung nach der Kopfsahl.

Stadtv. Frede: Der Antrag Stegmann ist in der Finanzkommission beraten, aber noch nicht erledigt worden. Seiner vollständigen Erledigung stellten sich im Laufe der Vorberatung sehr viele Hindernisse entgegen, besonders durch die technischen Auskünfte des Vertreters des Reichskommissariats für Gas und Elektrizität, Herrn Direktor von Feilisch, so daß beschlossen wurde, für diejenigen Vorschläge, die durch den Antragsteller und von den Kommissionsmitgliedern gemacht wurden, weitere Unterlagen zu schaffen. Das Ergebnis dieser gewünschten Aufstellungen bleibt abzuwarten. Die Zurückstellung des Antrages ist erfolgt im Einvernehmen mit dem Antragsteller, Herrn Stegmann; die Erledigung des Antrages wird wahrscheinlich in der nächsten Sitzung vorgenommen werden können.

Vorsitzender: Wenn sich kein Widerspruch erhebt, nehme ich an, daß die Versammlung damit einverstanden ist, die Beratung der Sache für heute abzusetzen. (Ohne Widerspruch.)

3. Antrag Wesemeier, betreffend den Bezug von Vollmilch durch hoffende und stillende Frauen und Mädchen.

Wortlaut des Antrages: „Die Stadtverordnetenversammlung wolle be-

schließen, den Magistrat zu ersuchen, zuzustimmen, daß den hoffenden und stillenden Frauen und Mädchen für die bezugsberechtigte Zeit der Bezug von Vollmilch gegen eine einmalige, statt monatliche Bescheinigung des Arztes oder der Hebamme gewährt wird.“

Stadtv. **Wesemeier** (zur Begründung): Es bedarf nicht vieler Worte der Begründung. Es ist bekannt, daß infolge der Knappheit an Milch die Stadt Vorseorge treffen mußte, um die Gesamtbevölkerung davor zu schützen, daß ihr durch einzelne Familien — besonders durch wohlhabende Familien — die Milch entzogen wurde. Es wurden Bestimmungen erlassen, nach denen stillende Frauen $\frac{3}{4}$ Liter Milch täglich beziehen könnten und ebenso hoffende Frauen in der Zeit drei Monate vor ihrer Entbindung. Aber bei den hoffenden Frauen war die Bedingung gestellt, daß sie ein ärztliches Gutachten oder das Gutachten einer Hebamme über ihren Zustand beibringen mußten. Nun ist, wie mir mehrseitig mitgeteilt ist, die Praxis so gewesen, daß die hoffenden Frauen gerade so wie die Kranken, denen der Bezug von Milch zugebilligt wird, alle Monat ein neues ärztliches Attest beibringen mußten, wenn sie Milch bekommen wollten. Wie ich gehört habe, ist das seit der Stellung des Antrages schon etwas anders geworden. Eine solche Forderung ist eine unnötige Verteuerung der Milch für diese hoffenden Frauen. Wenn eine Frau in solcher Lage sich befindet, ist doch ihr Zustand in den drei Monaten vor der Entbindung als stabil zu bezeichnen. Der Arzt oder die Hebamme sind doch in der Lage, zu konstatieren, daß in drei Monaten die Entbindung zu erwarten ist, und daß infolgedessen die Frau berechtigt ist, Vollmilch zu beziehen. Ein einmaliges Attest wäre also für solche Frauen vollkommen genügend. Auch für die stillenden Frauen wäre ebenfalls nur von Zeit zu Zeit festzustellen, ob sie noch ihr Kind stillen. Dadurch, daß die in Betracht kommenden Frauen das Attest mit 2 \mathcal{M} bezahlen müssen, wird der Bezug von Milch für sie so teuer, daß viele Frauen aus den ärmeren Schichten es nicht bezahlen können.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich mit erwähnen, daß es auch mit der Verteilung der Milch an ärztlich untersuchte Kranke ein eigentümliches Ding zu sein scheint. Mir ist ein Fall bekannt, bei dem ich selbst eingegriffen habe, der eine bettlägerige, schwer an einer Magenkrankheit leidende Frau betrifft. Anfangs Juli wurden ihr von ihrem Arzt Milch und Nahrungsmittel verordnet, aber die ärztliche Kommission lehnte die Bewilligung einfach ab. Ich kannte den Zustand der Frau; sie war gesundheitlich so heruntergekommen, daß unter allen Umständen ihr diese bessere Ernährung zugestanden werden mußte. Aber ihr Mann mußte erst ein zweites Gutachten beibringen, erst doppelte Kosten haben, ehe die Bewilligung erfolgte. Nach vierzehn Tagen war die Frau tot. Ähnliche Erfahrungen habe ich bei der Erkrankung meiner Frau gemacht, die auch an einer Magenkrankung

litt. Auf das erste Gutachten hin wurde die Bewilligung abgelehnt, und erst auf das zweite Gutachten hin wurde die Bewilligung ausgesprochen, daß etwas Milch zur Kräftigung gegeben wurde. Es scheint also, daß erst ein doppeltes Gutachten von den Ärzten nötig ist, ehe ein Erfolg zu hoffen ist. Die ärztliche Kommission, die das Obergutachten abgibt, scheint nach den mir mitgeteilten jüngsten Erfahrungen gar nicht so sehr in Funktion zu treten, sondern einfach erst das zweite ärztliche Gutachten abzuwarten.

Jedenfalls halte ich es für notwendig, daß bei den hoffenden Frauen es genügt, wenn ein einmaliges Gutachten eingereicht wird, daß in drei Monaten die Niederkunft zu erwarten ist, und nicht jeden Monat ein solches Gutachten beigebracht werden muß.

Auf Anfrage des **Vorsitzenden** wird der Antrag genügend unterstützt; der Vorsitzende überweist ihn der Statutenkommission zur Vorberatung.

4. Anfrage **Kahlert** über die Einführung der durchgehenden Arbeitszeit für städtische Behörden.

Wortlaut der Anfrage: „Ist der Magistrat bereit, in Rücksicht auf die Kohlenknappheit etwa vom 1. Oktober d. J. an eine durchgehende Arbeitszeit für die städtischen Beamten einzuführen, um auch seinerseits bestmöglichst zur Spabung an Heizmaterial und Licht beizutragen?“

Stadtv. **Kahlert** (zur Begründung): Zu dieser Anfrage hat mich der Umstand veranlaßt, daß bereits verschiedene andere Behörden in Braunschweig in dieser Hinsicht mit gutem Beispiel vorangegangen sind und auch die Magistrate anderer Städte die durchgehende Arbeitszeit mit gutem Erfolge eingeführt haben, zum Beispiel Magdeburg, wie mir aus den Zeitungen bekannt geworden ist. Daß es eine schwierige Sache ist, die durchgehende Arbeitszeit einzuführen, wenn nicht der ganze Betrieb darnach eingerichtet ist, erkenne ich wohl an, aber die Industrie hat sich doch auch den jetzigen Verhältnissen anpassen müssen, viele gewerbliche Betriebe sind gefolgt, und auch die privaten Haushaltungen müssen wohl oder übel mit der durchgehenden Arbeitszeit rechnen, nämlich damit, daß die Läden um 4 oder 5 Uhr geschlossen sein werden. Ich hielt es deshalb für notwendig, diesen Punkt hier zur Sprache zu bringen und zu bitten, daß auch unser Magistrat ein gutes Beispiel mit der Einführung der durchgehenden Arbeitszeit gibt. Es ist schon deshalb notwendig, einer solchen Regelung näherzutreten, weil die Versorgung mit Brennstoffen in der Stadt Braunschweig nicht ganz einwandfrei ist und besonders bei der minderbemittelten Bevölkerung großen Schwierigkeiten begegnet. Man hört gerade in der Bevölkerung bereits heute viele Klagen

darüber, daß die Beschlagnahme der Kohlen erfolgt ist, daß eine Einziehung der Kohlenvorräte vorgeesehen ist, daß uns vorgeschrieben wird, wieviel Kohlen wir verbrennen dürfen, der Magistrat aber auf Kosten der Allgemeinheit wie früher Kohlen verbrennt, die durchgehende Arbeitszeit nicht einführt und abends so lange arbeiten läßt, wie er für notwendig hält. Wenn ich auch die Schwierigkeiten für die Einführung der durchgehenden Arbeitszeit bei den städtischen Behörden nicht verkenne, so sage ich mir doch: Wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg. Ich halte es für dringend notwendig, daß auch an dieser Stelle der Versuch gemacht wird. Es wird vielleicht möglich sein, daß die Beamten gewisse Arbeiten zu Hause fertig machen, wo doch sowieso ein Zimmer geheizt werden muß. Jedenfalls wird der Magistrat auf die eine oder andere Weise eine Regelung schaffen können. Es erscheint mir ungerecht, wenn der Allgemeinheit die Kohlen knapp zugemessen werden, wenn vielen Einwohnern die erworbenen Kohlen enteignet werden sollen, während auf dem Rathause die ungezählten Lichter — es sind wohl an die 800 — täglich gebrannt werden und die Zentralheizung bis in den Abend hinein voll belastet ist. Auch eine Zentralheizung läßt sich sehr gut nach den in Betracht kommenden Verhältnissen regulieren, indem sie des Morgens rechtzeitig angeheizt wird, um die nötige Wärme bis Mittag hin zu geben, während mittags die Heizung abgestellt wird, so daß an Kohlen erheblich gespart werden kann. Ich bitte, der Angelegenheit näherzutreten.

Oberbürgermeister Netemeyer: Auch der Magistrat hat sich selbstverständlich mit dieser Frage bereits befaßt, aber der Gedanke ist uns überhaupt nicht gekommen, daß unsere Bürger es möglicherweise übelnehmen könnten, daß der Magistrat länger arbeitet als sie selbst. Ich glaube auch, daß in Wirklichkeit die Sache so nicht liegt, denn der Magistrat will bei dieser Einrichtung für sich keinen Vorteil herausholen, im Gegenteil, wir würden lieber sehen, wenn wir ohne Unterbrechung der Dienststunden mit unserer Arbeit fertig würden. Aber die Sache liegt beim Magistrat anders als bei verschiedenen anderen Behörden, wie z. B. bei den Gerichten. Der Magistrat ist insofern in einer eigenen Lage, als er sich bei Erledigung seiner Arbeiten nach seinen vorgesetzten Behörden richten muß. Es geht kaum ein Tag hin, ohne daß auch noch in den Abendstunden eilige Sachen kommen, die sofort erledigt werden müssen. Sollen wir dann den vorgesetzten Behörden, insbesondere dem Ministerium, sagen: „Wir hören um 3 Uhr zu arbeiten auf, hier wird nichts mehr erledigt!“ Wir müssen warten, bis unsere vorgesetzten Behörden sich schlüssig geworden sind, ob sie selbst die durchgehende Arbeitszeit einführen wollen oder nicht. Wenn das Staatsministerium, die Kreisdirektion, die Polizeidirektion um 4 Uhr ihre Geschäftszimmer schließen, dann ständen der Einführung der durchgehenden Arbeitszeit auch bei uns keine Be-

denken entgegen, vorausgesetzt, daß wir selber dadurch nicht in Verlegenheit kommen. Und das letztere fürchte ich. Es sind doch verschiedene von Ihnen nicht gut in der Lage, während des Tages ihre Geschäfte abzubereiten, nach dem Rathause zu kommen und stundenlange Sitzungen abzuhalten. Es kommen dabei nicht nur die Stadtverordnetenitzungen in Betracht, sondern auch die der Einschätzungskommissionen und anderer Ausschüsse, die besonders in der Kriegszeit für alle möglichen Sachen gebildet worden sind. Man kann wohl sagen, daß es den dazugehörigen Herren durchweg sehr lieb ist, daß sie erst nach Abwicklung ihrer Geschäfte hier im Rathause ehrenamtlich tätig zu sein brauchen. Sollten aber die geehrten Herren wünschen, daß wir z. B. die Stadtverordnetenversammlungen morgens abhalten, so hat der Magistrat keine Bedenken dagegen. Zu diesen Gründen kommt noch hinzu, daß uns vom stellvertretenden Generalkommando in Hannover mitgeteilt ist, daß beabsichtigt würde, eine allgemeine Verordnung zu erlassen, wonach die durchgehende Arbeitszeit mit einem frühen Geschäftsschluß allgemein für alle Geschäfte durchgeführt werden soll, daß dabei aber ausdrücklich gesagt ist, daß die Behörden von dieser Beschränkung ausgenommen sein sollen. Man sieht daraus, daß auch dort Bedenken obgewandt haben, für die Behörden die durchgehende Arbeitszeit vorzuschreiben.

Nun hat Herr Dr. Kahlert gemeint, nicht nur die Ersparnis von Heizmaterial, sondern auch von Beleuchtungsstoffen müßte Anlaß geben, die Einschränkung der Arbeit in den Abendstunden vorzunehmen. In der letzteren Beziehung aber kann man zweifelhaft sein, ob die Begründung zutreffend ist, und zwar speziell mit Rücksicht auf die Verhältnisse, wie sie bei uns liegen. Ich habe noch nicht davon gehört, daß unser elektrisches Lichtwerk, das bekanntlich eine ziemlich minderwertige Braunkohle verbrennt, wegen Heranschaffung dieses Brennstoffes in Not gekommen wäre. Die Vorräte an Kohlen waren bisher so groß, daß man glauben sollte, daß das Lichtwerk wegen Kohlen überhaupt nicht in Verlegenheit kommen werde. Ich habe noch gestern gehört, daß der Drehstromverbrauch für Licht im Verhältnis zu der Gesamtmenge des elektrischen Stromverbrauchs, wenn ich nicht irre, nur 5 Prozent betrüge. Es kommt mir eben allerdings auch etwas wenig vor, aber es wird zutreffen, daß für Beleuchtungszwecke nur ein verhältnismäßig kleiner Teil der erzeugten Kraftmenge beansprucht wird, und daß wir daher keinen Anlaß haben, auf Lichtersparnis so besondere Rücksicht zu nehmen. Eine wesentliche Lichtersparnis wird schon dadurch erreicht, daß wir wenig Heizstoffe haben. Wer sich des Heizens wegen mit weniger Zimmern begnügen muß, wird dadurch auch zur Ersparnis von Licht gezwungen. Dieselbe Sache ist es auch bei den Läden. Wenn der 15. Oktober gekommen ist, wird eine wesentliche Beschränkung in dem Offenhalten der Läden eintreten und dadurch an Heizung und Licht gespart werden.

In bezug auf die Heizungsfrage würde allerdings bei Durchführung der durchgehenden Arbeitszeit bei uns im Rathause auch etwas gespart werden, obgleich das nicht in dem Maße der Fall sein wird, wie manche Leute denken. Eine genaue Berechnung darüber läßt sich ja nicht anstellen, aber die Ansicht des Herrn Stadtbaurats Osterloh geht dahin, daß wir nicht, wie in den Läden, um 4 Uhr das Feuer in den Heizungen einfach ausgehen lassen können, sondern, wenn auch in schwächerem Maße, durchheizen müssen. Sonach würde die Ersparnis höchstens $\frac{1}{2}$ der sonst in dieser Zeit verbrauchten Kohlenmenge betragen.

Das sind die Erwägungen gewesen, die den Magistrat veranlaßt haben, an der Einrichtung bisher nichts zu ändern. Sollten das Herzogliche Staatsministerium und die anderen in Betracht kommenden Behörden zu der durchgehenden Arbeitszeit übergehen, so wird auch der Magistrat von neuem in Erwägungen eintreten und sich mit Ihnen ins Einvernehmen setzen, denn ohne das halte ich es nicht für angängig, eine solche Änderung unseres Betriebes einzuführen.

Stadtv. **Wejemeier** beantragt Besprechung der Anfrage.

Auf Anfrage des **Vorsitzenden** melden sich für die Besprechung nur 8 Stadtverordnete, so daß die Besprechung nicht stattfindet.

5. Anfrage **Nicke** über die Verpachtung von Flächen auf dem Arkeröder Felde sowie am Großen Exerzierplatz.

In Verbindung damit Beratung der Magistratsvorlage:

Verpachtung von Flächen des Arkeröder Feldes.

Wortlaut der Anfrage: „Anfrage an den verehrlichen Stadtmagistrat: Hat derselbe sich schon schlußig gemacht, ob die kleinen Pächter das Land auf dem Arkeröder Felde sowie am Großen Exerzierplatz für nächstes Jahr wieder erhalten und unter welchen Bedingungen?“

Stadtv. **Nicke** (zur Begründung der Anfrage, zugleich als Referent der Finanzkommission): Ich kann mich mit der Sache kurz abfinden, weil jetzt bereits ein Antrag des Magistrats in der Richtung meiner Anfrage vorliegt.

Es war bei mir verschiedentlich angefragt, ob die bisherigen Pächter des Arkeröder Feldes im nächsten Jahre wieder ihr Stück Land erhalten könnten, damit sie jetzt es düngen könnten. Denn wenn sie erst im nächsten Frühjahr Dünger aus das Feld harfen wollten, so würde das erst für die Ernte im nächst-

folgenden Jahre etwas helfen. Und die Ernten sind bekanntlich in den letzten Jahren auf diesen Feldern recht schlecht gewesen. Wie ich jetzt weiß, war der Magistrat nicht in der Lage, den Leuten früher Nachricht zugehen zu lassen, weil erst die Genehmigung der Landesregierung für den Abschluß des Vertrages, wonach das Land endgültig in den Besitz der Stadt übergehen soll, eingetroffen sein mußte, was jetzt aber geschehen ist.

Das Land steht jetzt der Stadt frei zur Verfügung, und der Wiederverpachtung steht nichts mehr im Wege. Die Erwerbskosten betragen 200 000 *M*. Nach Beendigung des Krieges ist das Restkaufgeld in Höhe von 600 000 *M* mit 3 Prozent zu verzinzen. Ferner hat die Stadt an die Gesellschaft „Lufthafen Braunschweig“ 25 000 *M* Abfindung zu zahlen. Demgemäß beträgt während des Krieges die Zinsenlast 10 125 *M*. Da die gesamte Fläche 190 Morgen umfaßt, so entfallen auf einen Morgen rund 54 *M* Zinsen, oder auf jede einen Viertelmorgen große Parzelle rund 15 *M*, wodurch während des Krieges die Selbstkosten für das Land gedeckt würden. Deshalb schlägt der Magistrat vor, an Pacht im nächsten Jahre 15 *M* zu erheben, während früher für den Viertelmorgen nur 5 *M* Pacht zu bezahlen waren.

Vorsitzender: Herr Kiefe, Sie irren sich über den zur Besprechung stehenden Punkt; Sie sind bei Besprechung des Magistratsantrages, der unter Nummer 9 der Tagesordnung aufgeführt ist. Dieser Punkt deckt sich allerdings mit Ihrer Anfrage, denn die Anfrage erledigt sich durch diesen Magistratsantrag. Wenn die Versammlung nichts dagegen hat, gebe ich anheim, diesen Punkt gleich mit zu besprechen. — Ich bitte den Herren Referenten, fortzufahren.

Stadtv. Kiefe: Ich wollte zweckmäßigerweise die beiden Punkte miteinander verbinden. — Der Magistrat ersucht also die Stadtverordnetenversammlung, sich damit einverstanden zu erklären, daß die einen Viertelmorgen großen Flächen des Arkeröder Feldes zum Preise von 15 *M* für das nächste Erntejahr verpachtet werden.

Die Gründe für den höheren Pachtpreis habe ich bereits angegeben. Ich finde den Sprung ja etwas recht hoch, habe aber gefunden, daß das Land nicht billiger abgegeben werden kann. Trotzdem der Pachtpreis nun so hoch geworden ist, kann ich die Annahme der Magistratsvorlage nur empfehlen.

Stadtv. Wesemeier: Ich bin selbstverständlich dafür, daß das Land wieder verpachtet wird, denn es ist die nützlichste Verwendung, die für dieses Land denkbar ist, wenn es an kleine Leute in Viertelmorgen verpachtet wird. Aber die Verpachtungsweise muß nunmehr schon etwas anders vorgenommen werden als

früher. Wenn der Viertelmorgen jetzt im Jahre auf 15 *M* zu stehen kommt, dann muß dem Pächter schon eine Garantie gegeben werden, daß er das aus dem Lande wieder herausholen kann, was er in dasselbe hineinsteckt. Wir haben nicht in jedem Jahr ein so günstiges Kartoffelwetter wie in diesem Jahre. Sie wissen, das Arkeröder Feld ist bewegliches Land, welches keinen Ertrag gibt, wenn nicht die größte Mühe auf seine Bearbeitung verwendet wird. Es muß den Leuten die Möglichkeit gegeben werden, mit Aussicht auf Ersatz ihrer Kosten Dünger zu beschaffen, der jetzt sehr kostspielig ist. Die Leute müssen Aussicht haben, daß sie auf mehrere Jahre Nutznießer des Landes sind. Deshalb möchte ich anfragen, ob der Magistrat schon Bedacht darauf genommen hat, die einzelnen Stücke auf mehrere Jahre an denselben Pächter abzugeben. Wenn jedes Jahr ein anderer Pächter das Stückchen Land bekommen soll, dann wird überhaupt nichts mehr aus dem Lande herauszuholen sein.

Weiter möchte ich darauf hinweisen, daß auch auf dem Großen Exerzierplatze schon in diesem Jahr durch Vermittlung der Stadt Flächen, die dem Militärflus gehören, nämlich 80 Morgen von der nördlichen Seite des Großen Exerzierplatzes, an kleine Leute verpachtet worden sind. Ich möchte dringend bitten, auch jetzt wieder Bedacht darauf zu nehmen, von der Militärverwaltung (es ist wohl die Intendantur) die Ermächtigung einzuholen, stadtfestig das Land an kleine Leute wieder viertelmorgenweise zu verpachten. Ein solches Verfahren ist weit wertvoller, als wenn der ganze Komplex an einen einzigen Landwirt verpachtet wird — wie das vor zwei Jahren geschehen ist —, der ungeheure Mengen Hafer aus dem Lande herausholt, während sonst 320 kleine Familien ihren Bedarf an Gemüse usw. zum guten Teile dort ernten können. Ein anderes Stück des dem Militärflus gehörenden Landes ist in diesem Jahre noch übriggeblieben, das auch an kleine Leute hätte verpachtet werden können, und zwar 12 Morgen Land an der südlichen Seite des Großen Exerzierplatzes, gleich hinter der Feldstellung, die dort gebaut ist. Ich möchte den Magistrat bitten, sich wegen dieses Landes, das heute ein Landwirt in Besitz hat, rechtzeitig mit der Intendantur in Verbindung zu setzen, damit es aufgeteilt und an einzelne Familien verpachtet werden kann. Sie wissen, meine Herren, wie groß der Landhunger augenblicklich ist, und hier bietet sich die Möglichkeit, einem Schock Familien ein Stück Land zu gewähren, auf dem sie ihr Gemüse und ihren Kohl selbst bauen können.

Stadtbaurat **Gebensleben:** Zunächst möchte ich auf die Anfrage antworten, ob der Magistrat bereits in Erwägung darüber eingetreten ist, die Flächen des Arkeröder Feldes auf längere Zeit zu verpachten. Die Sachlage ist zunächst die: Wir hatten vor zwei Jahren zuerst den Versuch gemacht, diese Flächen des Arkeröder Feldes zu verpachten, hatten das Land in Viertelmorgenstücke eingeteilt und

bekanntgegeben, es möchten sich diejenigen melden, die Flächen davon haben wollten. Das Land sollte damals unentgeltlich verpachtet werden, aber leider hat sich damals nur eine geringe Anzahl von Reflektanten gemeldet, so daß wir in die Zwangslage versetzt waren, größere Flächen des Feldes in eins zu verpachten. Im folgenden Jahre war die Sachlage eine wesentlich andere. Wir erließen einen Aufruf, es möchten sich diejenigen, welche bereits vorher Stücke bewirtschaftet hatten, wieder melden, wir würden ihnen dasselbe Stück wieder überweisen; auch andere Reflektanten könnten Stücke erhalten. Im dritten Jahre war die Sache ganz ähnlich so: Alle diejenigen, die bislang Flächen gehabt hatten, wurden wieder berücksichtigt, und zwar sollten sie genau dieselbe Fläche wiederbekommen, die sie bereits im Vorjahre gehabt hatten. Im nächsten Jahre wird das Verfahren genau wieder so sein. Die alten Pächter bekommen mithin ihre früheren Flächen unter allen Umständen wieder, wenn sie den Wunsch danach aussprechen, und wenn wir im folgenden Jahre wieder an die Verpachtung herangehen, würde dasselbe Verfahren wiederholt werden, so daß die Pächter schon dadurch zweifellos eine Gewähr haben, daß sie ihre alten Flächen behalten werden. Allerdings war auch der Stadtmagistrat schon in Erwägung darüber eingetreten, ob wir diese Landflächen heute schon auf fünf Jahre fest an die einzelnen Reflektanten verpachten sollten, sind aber zu der Überzeugung gekommen, daß wir angesichts der Ungewißheit, was in der Zukunft mit dem Lande vorgenommen werden soll, ein solches Verfahren nicht eintreten lassen können. Man weiß nicht, wie die Siedlungsfrage sich demnächst gestaltet, ob nicht einzelne Teile des Arkeröder Feldes verwertet werden müssen, um Kriegerheimstätten oder dergleichen einzurichten. Wir werden aber immer, soweit das in unserer Macht steht, darauf Bedacht nehmen, daß die alten Pächter ihre bisherigen Flächen wiederbekommen.

Die zweite Anfrage des Herrn Wesemeier ging darauf hinaus, ob wir schon mit dem Garnisonkommando Verhandlungen angeknüpft hätten, damit Flächen des Großen Exerzierplatzes durch unsere Vermittlung wieder verpachtet würden. Das ist in der That schon seit langer Zeit geschehen, und die Garnisonverwaltung hat in dankenswerter Weise geantwortet, sie wäre bereit, unter den früheren Bedingungen diese Flächen wieder zu verpachten. Wir sind in dieser Sache nur Mittelsperson. Schon im vergangenen Jahre hatte Herr Kiefe eine gleiche Anfrage gestellt, und auch damals hatten wir uns an die Garnisonverwaltung mit dem Ersuchen gewandt, ob sie bereit wäre, die Verpachtung der fraglichen Flächen des Exerzierplatzes in ähnlicher Weise, wie wir es mit dem Arkeröder Felde gemacht hatten, vorzunehmen. Es wurde uns darauf entgegnet: Sie wolle nur mit einem Unternehmer zu tun haben und mit dem eigentlichen Verpachtungsgeschäft sich nicht befassen. Daraufhin haben wir die Verpachtung im einzelnen übernommen. Allerdings ist eine größere Fläche an einen Gärtner verpachtet,

ich weiß nicht, ob durch die Stadt oder durch die Garnisonverwaltung. Meinerseits ist jetzt aber schon Vorsorge getroffen, daß auch dieses Feld in kleine Flächen aufgeteilt und an kleine Leute verpachtet wird.

Stadt v. Voeshigt: Es will mir nicht einleuchten, daß man die Stücke nicht auch auf längere Zeit verpachten könnte, und zwar unter der Bedingung, daß bei anderweitigem Gebrauch das Stück zurückgegeben werden muß. Ich selbst habe Land gepachtet, wo vielleicht in 50 Jahren einmal eine Straße hindurchgelegt wird, und der Verpächter hat mir aufgegeben: Wenn das Land zum Verkauf kommt, müssen Sie mit dem und dem Quartal mein Land räumen. In ähnlicher Weise könnte die Verpachtung der Stücke an die kleinen Leute auch vor sich gehen.

Oberbürgermeister Netemeyer: Wenn wir die Ländereien auf längere Jahre fest verpachten wollten, würden wir wohl zu überlegen haben, ob der Pachtpreis ein angemessener ist. Daß wir den Kaufpreis voll verzinst bekommen, wenn wir das Feld landwirtschaftlich benutzen, ist allerdings wohl ausgeschlossen; ich glaube aber doch, daß wir auf den Kaufpreis, den die Stadt bezahlt, Rücksicht nehmen müssen. Jetzt bezahlt die Stadt jährlich $4\frac{1}{2}$ Prozent für 200 000 *M*, sobald aber der Krieg vorbei ist, haben wir die restlichen 600 000 *M* mit 3 Prozent zu verzinsen, so daß noch 18 000 *M* Zinsen hinzukommen. Dann kostet uns die ganze Sache jährlich über 28 000 *M*, während wir — wenn wir den Viertelmorgen mit 15 *M* verpachten — für die noch nicht 200 Morgen große Fläche weniger als 12 000 *M* bekämen. Wir würden also über 16 000 *M* jährlich dabei zulegen. Ich sollte meinen, wir täten einstweilen besser, von Jahr zu Jahr aufs neue zu verpachten. Sollten wir auf Widerstand stoßen, so könnten wir vielleicht sagen: Wenn im nächsten Jahr das Land auf Grund des Beschlusses der städtischen Behörden zurückgenommen werden muß, so soll Weil und Ware nach Schätzung eines Gartengeheworenen vergütet werden.

Ich möchte die Gelegenheit benutzen, hier gleich noch mitzuteilen, daß wir genötigt sind, einen Teil dieses Landes — etwa 6—7 Morgen — von der Verpachtung auszuschließen. Die Pferde des städtischen Marstalls sind infolge der geringen Haferration derartig geschwächt, daß wir die langen Fuhren nach der Grube bei Mascherode im Winter nicht fortsetzen können. Wir müssen durchaus darauf sehen, in der Nähe der Stadt andere Abfuhrplätze zu bekommen, und haben ins Auge gefaßt, den westlichen Teil des Arferöder Feldes, soweit es an den Mittelweg grenzt, dafür zu verwenden. Dieser Teil des Arferöder Feldes ist in der Nähe des städtischen Stalles gelegen, und es ist hier auch eine Senke vorhanden, deren Auffüllung zweckmäßig erscheint.

Weiter möchte ich mittheilen, daß es uns wünschenswert erscheint, während dieses Winters nicht nur an dieser Stelle abzuladen, sondern auch wieder im Bürgerpark. Es tut uns im Magistrat und gewiß auch jedem von Ihnen außerordentlich leid, daß wir genötigt sind, diesen schönen Aufenthalt für Spaziergänger so zu behandeln, aber es bleibt uns nichts anderes übrig, denn wir müssen darauf sehen, die Fahrten abzukürzen. Der Bürgerpark liegt dafür und auch insofern günstig, als nicht in unmittelbarer Nähe Häuser stehen, so daß sich nach meinen Beobachtungen Belästigungen aus der Abfuhr nach dort nicht ergeben haben.

Ich darf wohl annehmen, daß, wenn heute aus der Mitte der Versammlung kein Widerspruch erfolgt, die Zustimmung der Versammlung zu diesen Maßnahmen von uns angenommen werden darf. Ebenso darf ich meinen Mittheilungen noch anfügen, daß wir bemüht sind, an allen vier Außenseiten der Stadt neue Abladeplätze zu bekommen, in der Erwägung, daß durch die Abkürzung der Wege unsere Pferde gespart werden.

Stadtv. Wejemeier: Die Einschränkungen des Herrn Oberbürgermeisters gegenüber den Ausführungen des Herrn Stadtbaurats sind doch wesentlicher Natur, aber sie scheinen mir berechtigt zu sein. Das alles wirkt das über den Haufen, was ich angeregt habe, nämlich, den Pächtern zu gewährleisten, das Land auf längere Jahre für den angelegten Preis benutzen zu können. Ließe sich die Sache nun nicht so machen, daß den Leuten wenigstens auf 2—3 Jahre ein Pachtvertrag gewährt würde? Das würde kein großes Risiko für die Stadt bedeuten. Es ist anzuerkennen, daß die Stadt, wenn sie 28 000 *M* Zinsen aufbringen muß und nur 12 000 *M* Pacht einnimmt, einen solchen Schaden erleidet, daß wir dem nicht zustimmen könnten. Weiter sagte der Herr Oberbürgermeister, daß an der Westseite des Arkeröder Feldes 6—7 Morgen von der Verpachtung ausgenommen werden sollten. Dann möchte ich bitten, die Pächter dieses Landes sofort zu benachrichtigen, denn die gegenwärtige Jahreszeit wird von den Leuten dazu benutzt, Dünger in den Boden zu bringen, und die Unruhe dieser Leute betreffs der Frage „Kannst du dein Stück Land behalten?“ ist doch erklärlich. Ich bin einverstanden, daß im städtischen Interesse die Abfuhr nach dorthin besorgt wird, bitte aber um Benachrichtigung der Pächter mit der Hinzufügung, daß sie bei Verpachtung von weiteren Flächen, die wir am Großen Exerzierplatze bekommen können, auf ihren Wunsch hin zuerst berücksichtigt werden sollen. Weiter bitte ich, den übrigen Pächtern die Gewähr zu geben, daß sie das Land auf 2—3 Jahre behalten können.

Oberbürgermeister Netemeyer: Es wäre wünschenswert, daß die Versammlung als solche zu erkennen gibt, ob sie diesen Wunsch des Herrn Wejemeier teilt.

Meiner Ansicht nach könnten wir auf eine Verpachtung für zwei Jahre eingehen; auf längere Zeit wird ja auch in dem hungrigen Lande des Arkeröder Feldes der Dünger nicht vorhalten, so daß die Pächter also keinen Schaden erleiden, wenn sie nach Jahresfrist das Feld abgeben müssen. Wenn Herr Wesemeier ferner wünschte, die Pächter dieses von der Pacht auszuschließenden Stückes jetzt gleich zu benachrichtigen, so möchte ich dazu bemerken, daß sie keine Pächter des Landes sind, sondern daß es ihnen nur gestattet ist, das ziemlich minderwertige Land zu benutzen.

Auch von dem Lande, in dem die Brunnen für die städtische Wasserleitung liegen, können wir Teile verpachten. Man hatte früher die Besorgnis, daß die Pächter derartige Mengen von Schmutzwasser, insbesondere Jauche auf das Land bringen würden, daß das Grundwasser dadurch verunreinigt würde. Das trifft aber nicht zu; gewöhnlichen Dünger aber kann man in dem Lande unterbringen, ohne daß es dem Brunnenwasser schaden würde. Die Gewinnung von gewöhnlichen Feldfrüchten (Hafer, Roggen usw.) auf diesen langgestreckten Flächen westlich vom Wasserwerk hat sich nicht bewährt. Unser Betrieb in der Taubenstraße ist absolut nicht auf Ackerwirtschaft zugeschnitten, so daß wir unsere Not hatten, die nötigen Arbeiten auf dem Felde mit unseren Leuten und Pferden zu verrichten. Wenn die Ackerwirtschaft nicht intensiv betrieben werden kann, soll man lieber davonbleiben. Es wäre darnach möglich, diese Flächen noch abzugeben; man könnte ja den Pächtern die Verpflichtung auferlegen, keine Jauche auf das Feld zu bringen. Ich glaube, es handelt sich noch um 40 Morgen, die so der Nutzung durch kleine Pächter noch zugeführt werden können.

Stadtv. **Niete:** Auch mir ist der Gedanke gekommen, ob nicht bei dem Charakter jenes Landes die Verpachtung auf nur ein Jahr für die Pächter zu kurz wäre, wenn auch wiederum eine Verpachtung auf 5 Jahre nicht angemessen wäre. Das Stück des Arkeröder Feldes, das für die Abfuhr liegenbleiben soll und sehr niedrig liegt, ist an große Pächter abgegeben, wenn ich nicht irre, sogar ohne Pachtpreis, damit es nur nicht ungenutzt liegenbleiben soll. Wir können glücklich darüber sein, daß man endlich von dem Gedanken abgekommen ist, daß das Wasser verseucht würde, wenn auf das Feld Dünger gebracht wird, und gerade dieses Land würde sich besser zur Abgabe an kleine Leute eignen, als wenn die Stadt selber Hafer usw. darauf baut. Auch im Bürgerpark liegen noch große Flächen, die morgenweisse landwirtschaftlich ungenutzt sind. Wenn der Platz vor dem Parkhause umgepflügt würde, könnten dort noch viele Pächter unterkommen. Erjay für die 6—7 Morgen, die für die Abfuhr nötig sind, könnte also sehr wohl geschaffen werden. Ich möchte mich dafür aussprechen, die Pachtzeit auf drei Jahre oder, wenn das nicht angeht, auf zwei Jahre zu erhöhen.

Vorsigender: Ich bitte Sie, den Antrag schriftlich zu stellen.

Stadtv. Dr. Landauer: Ich möchte es doch nicht für harmlos angesehen wissen, daß das Land in der Nähe der Brunnen für die städtische Wasserversorgung verpachtet wird, sondern möchte anheimgeben, zunächst Sachverständige darüber zu hören, ob jeder schädliche Einfluß auf das Brunnenwasser ausgeschlossen ist; ist mir doch ein Fall bekannt, wo durch solche Nutzung eine Epidemie entstanden ist. Es mag das wohl je nach der Bodenbeschaffenheit verschieden sein, jedenfalls ist es aber nicht appetitlich, wenn in nächster Nähe der Brunnen Mist und dergleichen in den Erdboden gebracht wird.

Oberbürgermeister Ketemeyer: Es ist auch bei dieser Sache so wie immer: Jede Sache hat zwei Seiten, und Bedenken gibt es überall. Ich sollte aber doch meinen: Wenn, wie es jetzt der Fall ist, die Brunnen nur auf 10 Meter Entfernung geschlüsselt sind, das Wasser in einer Tiefe von 38—40 Meter entnommen wird und die landwirtschaftliche Benutzung bislang nichts geschadet hat, so wird es auch später nichts schaden, wenn in der Umgebung der Brunnen Dünger in den Boden gebracht wird. Der Dünger, der aus Hauskehricht und ähnlichen Abfällen besteht, wird zwar vom Regen ausgelaugt, aber das bißchen Viehdünger wird vom Pflanzenwuchs sofort aufgezehrt. Außerdem will ich gestehen, daß wir selber eingesehen haben, daß ohne Dünger auf dem Felde nicht zu wirtschaften ist, und deshalb haben wir auch etwas Dünger auf das Feld gebracht. Das hat dem Wasser nichts geschadet, die Brunnen sind fortwährend untersucht und haben nicht die geringste Spur davon gezeigt, daß es sich verschlechtert hätte, seitdem wir Pferde dung dorthin gebracht haben. Solcher hält sich doch nur in der Oberfläche. Wenn es aber sein muß, könnten wir ja erst noch einmal einen Sachverständigen fragen. Ich habe allerdings die Erfahrung gemacht, daß man für jede Ansicht einen Sachverständigen findet.

Die Verpachtung der Stücke des Arkeröder Feldes nach den Vorschlägen des Magistrats wird entsprechend dem Kommissionsantrage angenommen. Darauf stimmt die Mehrheit der Versammlung dem Antrage Riefe, „die Pachtzeit für die Flächen des Arkeröder Feldes auf drei Jahre auszudehnen“, zu.

6. Antrag Steinbrecher auf Einrichtung einer Altmöbelstelle.

Wortlaut des Antrages: „Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, eine Altmöbelstelle einzurichten, auch eine Einrichtung zur Reparatur alter und gebrauchter Möbel zu schaffen, damit Un-

bemittelte und Kriegsgetraute nach Beendigung des Krieges die Möglichkeit haben, sich die zur Gründung einer eigenen Häuslichkeit notwendigsten Bedarfsgegenstände preiswert zu beschaffen."

Stadt v. **Steinbrecher** (zur Begründung): Wir haben in Braunschweig die Brocken Sammlung und die Altkleiderstelle, und was die erstere anbetrifft, so sollen auch jetzt schon dort alte Möbel angenommen und billig wieder abgegeben werden. Aber das, was es in der jetzigen Zeit sein sollte, kann es doch nie werden. Es wird jetzt mit den Möbeln genau so Wucher getrieben wie mit allen anderen Sachen. Der Krieg bringt es mit sich, daß es unmöglich ist, Möbel zu bekommen, oder wenn es doch der Fall ist, nur so teuer, daß es den weniger Bemittelten gar nicht möglich ist, den Preis zu erschwingen. Das wird noch schlimmer werden, wenn der Krieg beendet ist und die vielen Kriegsgetrauten nach Hause kommen, die für ihr Heim eine Ausstattung mit den notwendigsten Haushaltungsgegenständen haben müssen. Es müßte auch in Braunschweig wie in anderen Städten möglich sein, eine Zentrale zu schaffen, von der die gebrauchten, überflüssigen Möbel angekauft und ausgebessert würden und später den Minderbemittelten zur Verfügung gestellt werden. Es ist ja schlimm, daß unsere Krieger sich mit diesen gebrauchten Möbeln zufrieden geben sollen, aber neue werden sie nicht bekommen können; weil die Rohstoffe dafür nicht vorhanden oder so teuer sind, daß sie nicht zu bezahlen sind. Es ist immer noch besser, wenn von uns eine Stelle eingerichtet wird, wo sie solche Haushaltungsgegenstände kaufen können, als daß sie von einem Schwindler über's Ohr gehauen werden. Eine solche große Zentrale, die die Minderbemittelten nicht von den Abzahlungsgeschäften abhängig macht, sollte auch Braunschweig schaffen. Wenn die rheinisch-westfälischen Möbelfabrikanten den Preis ihrer Waren um 300 Prozent erhöht haben, andere um 200 Prozent, so ist daraus zu ersehen, was nach dem Kriege noch herauskommen wird. So wird es ein Segen für viele sein, wenn die Stadt gebrauchte Möbel anschafft und sie den Minderbemittelten zur Verfügung stellt. Bei getragenen Kleidern könnte man ein Vorurteil haben und würde Vorsicht walten lassen müssen, aber alte Möbel lassen sich sehr gut aufarbeiten, ohne daß Bedenken obzuwalten brauchen. Es könnte der Verkauf ja auch so gehandhabt werden, daß die Stadt oder der betreffende Unternehmer sich ein Rückkaufsrecht an den Waren vorbehält, so daß die Leute, wenn sie nach einigen Jahren sich neue Möbel anschaffen, die dort erworbenen wieder zurückgeben können. Da in anderen Stadtverwaltungen von den Stadtverordneten schon ähnliche Einrichtungen beschlossen sind, so bitte ich auch Sie, meinen Antrag anzunehmen.

Auf Anfrage des Vorsitzenden wird der Antrag genügend unterstützt, der Vorsitzende überweist ihn der Statutenkommission zur Vorberatung.

7. Anfrage Stegmänn über die Gründe für die stadtseitig vorgenommene Erhöhung der Gemüsepreise.

Wortlaut der Anfrage: „Aus welchem Grunde werden die vom Landesernährungsamte (Landesgemüsestelle) festgesetzten Höchstpreise für Gemüse und Obst fortgesetzt vom Magistrat noch weiter nicht unwesentlich erhöht?“

Stadt. **Stegmann** (zur Begründung): Die Anfrage kommt reichlich spät. Ich wollte sie eigentlich im Sommer stellen und hatte auch schon beabsichtigt, sie jetzt zurückzuziehen; aber immerhin bleibt für die nächste Zeit der Verkauf von einigen Gemüsearten noch ausstehen, z. B. Braunkohl, Steckrüben und dergl., und deshalb möchte ich sie doch noch begründen. Wenn ich sie nicht früher gestellt habe, so liegt es daran, daß die Stadtverordnetenversammlungen mehrere Monate ausgelegt worden sind; in der ersten Sitzung habe ich dann die Anfrage gestellt, sie konnte aber nicht mehr zur Verhandlung kommen. Immerhin dürfte Interesse im Publikum vorhanden sein, zu erfahren, aus welchem Grunde die horrenden Preise erhoben worden sind.

Wir hatten das zweifelhafte Vergnügen, während des ganzen Sommers die Bekanntmachungen des Landesernährungsamtes zu lesen, in welchem die Gemüsepreise festgesetzt wurden. Einige Tage hinterher kamen dann die Bekanntmachungen des Magistrats mit wesentlichen Erhöhungen. Wenn man die las, fühlte man sich in eine Zeit versetzt, in der eine Mißernte wie in dem Hungerjahr 1847 geherrscht hat. Ist denn die Ernte vielleicht schlecht ausgefallen? Richtig ist wohl, daß es im Mai und Juni sehr trocken war. Ende Juni aber setzte Regenwetter ein, und wir bekamen eine reichliche Gemüseernte. Trotzdem zeigte sich: Je mehr wuchs, um so höher wurden die Preise, sowohl die Höchstpreise für die Erzeuger wie auch die Preise der Groß- und Kleinhändler, zunächst von der Reichsstelle für Gemüse und Obst und dann von der Landesgemüsestelle festgesetzt, und der Magistrat ging noch über diese Preise hinaus. Woran das liegt, will ich im einzelnen nicht untersuchen; eins aber steht fest: daß das ganze System falsch ist, von oben bis unten herunter wurden immer wieder Fehler gemacht. Wollten die Behörden eigentlich nicht eingreifen oder konnten sie es nicht? Ich glaube, daß sie zu einem guten Teile nicht eingreifen wollten, um den Erzeugern recht gute Einnahmen zu verschaffen und sie bei guter Stimmung zu erhalten. Und wenn Höchstpreise festgestellt sind, so haben sich diese während des ganzen Sommers als Komödie erwiesen, denn die Groß- und Kleinhändler und ein Teil der Konsumenten pfiß auf diese Höchstpreise. In den Läden konnte man sehen, wie sie ganz offen überschritten wurden, ebenso auch in der Markthalle, und ernsthaft

eingeschritten wurde nicht dagegen. Das Empörende war dann von meinem Standpunkte aus — ich weiß, daß viele Leute anderer Meinung sind —, daß der Magistrat die Preise noch extra erhöht hat. Der Stadt Braunschweig war die Ermächtigung erteilt worden, die Preise nach oben zu erhöhen, und das ist durchgängig geschehen. Ich habe einige Auschnitte über die Preisfestsetzungen hier und möchte Ihnen einige Artikel vorführen: Am 17. August setzte die Landesgemüsestelle für Bohnen einen Kleinhandelspreis von 26 Pf. fest, die Stadt 30 Pf.,

Busch- und Perlbohnen	die Landesgemüsestelle	32 Pf.,	die Stadt	35 Pf.,
Stangenbohnen	" "	32 "	" "	36 "
Stangenwachsbohnen	" "	32 "	" "	36 "
Kohlrabi mit Herzblättern	" "	22 "	" "	25 "
Mohrrüben und Karotten	" "	17 "	" "	22 "
Runde Karotten	" "	20 "	" "	25 "
Weißkohl	" "	17 "	" "	22 "
Frühe Zwiebeln ohne Kraut	" "	25 "	" "	30 "
Säe-Zwiebeln	" "	12 "	" "	15 "

überall ist ein Unterschied von 2, 3 und 5 Pf. wahrzunehmen. Dasselbe war bei dem Obst der Fall. Bei den Kirichen wurde sogar ein um 10 Pf. höherer Preis festgesetzt, die Landesgemüsestelle schrieb 65 Pf. vor, die Stadt 75 Pf. Äpfel und Birnen waren in der Stadt um 5—6 Pf. höher berechnet. Aus welchem Grunde ist das geschehen? In bezug auf Bohnen z. B. war eine reiche Ernte vorhanden, und dabei haben sie das Vierfache wie vor zwei Jahren und das Doppelte und Dreifache wie im vorigen Jahre gekostet. Das sind Wucherpreise, die somit amtlich vorgeschrieben waren! Die Landesgemüsestelle war ohnehin darauf bedacht, den Erzeugern und Händlern möglichst hohen Gewinn zu sichern, so daß es nicht zu verstehen ist, daß die Preise von der Stadt noch erhöht worden sind. Ich möchte wissen: Aus welchem Grunde sind sie erhöht, und wer hat den Mehrpreis eingesackt, die Erzeuger, die Groß- oder Kleinhändler? Ich gebe zu, daß eine Anzahl Sorten Gemüse von weither eingekauft und teuer bezahlt werden mußten, weil der Transport sie verteuerte oder weil sie im Ursprungslande teurer waren. Aber eine Menge Gemüse haben wir doch aus der Umgegend, wenn die auch in diesem Jahre nicht gänzlich in der Lage war, den Bedarf der Stadt zu decken, so doch zum großen Teil. Aber auch die Preise hierfür wurden nochmals erhöht. Die Gemüsepreise haben in diesem Sommer eine solche Höhe erreicht, daß die Landwirte selbst sich gewundert und einige von ihnen nur verschämt die hohen Preise genommen haben. Ein Produzent aus Salder, der Bruder eines hiesigen Lehrers, erzählte mir, daß er im vorigen Jahre für Kochbirnen 3—4 M pro Zentner erhalten hat, in diesem Jahr ohne jedes Zutun seinerseits 45 M. Ich weiß, daß

kleine Leute aus der Umgegend, die hier Bohnen und Spargel verkauft haben, sich über die hohen Preise gewundert haben und die Höchstpreise kaum haben annehmen mögen. Trotzdem sind die Höchstpreise der Landesgemüsestelle noch von der Stadt erhöht. Wie geht das zu?

Wenn die rechte Zeit für die Anfrage auch vorüber ist, da der Gemüsehandel kaum noch ins Gewicht fällt, so gibt es doch noch mehrere Artikel davon, die auf den Markt kommen, und man kann nicht wissen, ob nicht im nächsten Frühjahr die Verhältnisse noch ähnlich sind, der Krieg nicht noch weiter fortgeht und auch ferner noch Gemüsehöchstpreise festgesetzt werden müssen. War es nicht möglich, daß von der Großstadt Braunschweig aus — die Frage ist in meiner Anfrage nicht ausgeführt, ist aber berechtigt — auf die Preise, die die Landesgemüsestelle festsetzt, etwas Druck gesetzt wurde, um sie erträglicher zu gestalten?

Oberamtsrichter **Meyer**: Herr Stegmann hat schon ausgeführt, daß die Festsetzung der Groß- und Kleinhandelshöchstpreise von der Reichsstelle für Gemüse und Obst den kommunalen Verbänden überlassen ist. Die Reichsstelle hat sich allerdings das Recht vorbehalten, benachbarte Kommunalverbände zu einer gleichmäßigen Festsetzung der Preise zusammenzuschließen. Von dieser Befugnis hat die Reichsstelle im Herzogtum aber keinen Gebrauch gemacht. Es haben lediglich die Kreiskommunalverbände Ribbargshausen = Vechelde, Helmstedt und Wolfenbüttel vereinbart, durch die Kommission, die regelmäßig beim Landesernährungsamte zur Festsetzung der Erzeugerpreise zusammenkommt, gleichzeitig die jeweiligen Handelshöchstpreise für diese drei genannten Kreise festsetzen zu lassen. Die Stadt Braunschweig hat also in der Festsetzung der Handelshöchstpreise freie Hand. Die Reichsstelle hat die Übertragung der Festsetzung der Handelshöchstpreise auf die Kommunalverbände wörtlich wie folgt begründet:

„Berücksichtigt man, wie verschieden geartet die durch Beförderung, Aufbewahrung, den Verderb und dergl. bedingten Spejen des Großhandels, des Zwischengroßhandels, und des Kleinhandels sind, und wie wenig einheitlich deshalb die notwendigen Gewinnzuschläge für die unendlich mannigfaltigen Handelsgeschäfte sein können, so wird man keinen Augenblick im Zweifel darüber sein, daß die Preise für den Großhandel und Kleinhandel nur nach örtlichen Gesichtspunkten gefunden werden können. Es gibt daher nur e i n e Stelle, welche diese Handelshöchstpreise richtig zu bestimmen vermag. Das sind die Kommunalverbände.“

Die Reichsstelle will darnach, daß die Handelshöchstpreise nach örtlichen Gesichtspunkten festgesetzt werden. Es ist also im Sinne der Reichsstelle, und es ist auch ganz natürlich, daß sich nur solche Kommunalverbände zwecks einheitlicher Festsetzung der Handelspreise zusammen schließen, in denen die örtlichen Verhält-

nisse gleichliegen. Eine Großstadt ist anders zu versorgen als ein ländlicher Kreis oder überwiegend ländliche Kreise. Die Großstädte haben nicht das Glück, daß sie alle Feldfrüchte vor ihren Toren wegholen können, wie es in den Landgemeinden und in den kleinen Städten der Fall ist. Das Gemüse und Obst muß oft recht weit hergeholt werden, z. B. der Kohl aus Holstein, die Zwiebeln aus Anhalt, die Äpfel aus Bayern. Diese besonderen Verhältnisse der Großstadt — Vergütungen für Aufkäufer, Frachten und Transportverluste — müssen naturgemäß ihren Ausdruck in den Preisen finden. Es ist selbstverständlich, daß mit dem Preise, den im Landkreise Ribbagaßhausen-Beckelde der Klein Händler nimmt — der zugleich der Erzeuger ist oder doch ohne besondere Unkosten die Ware bekommt —, der Klein Händler in der Stadt nicht auskommen kann. Einen eigentlichen Großhandel für Gemüse gibt es auf dem Lande überhaupt nicht, besonders nicht in der Form des Zwischenhandels, wie hier in der Großstadt, wo er die Waren verteilt und den Klein Händlern ins Haus führt. Ich bitte auch zu bedenken, daß die allgemeinen Geschäftskosten für die Geschäftsleute in der Großstadt andere sind, als auf dem Lande, daß der Lebensunterhalt in der Großstadt teurer ist, daß die Steuern, die Wohnungsmieten, die Ladenmieten hier viel höher sind als draußen. Es lassen sich also die ländlichen Kreise hinsichtlich der Versorgung mit Gemüse mit der Stadt Braunschweig nicht vergleichen. Wir haben uns auf den Standpunkt gestellt: Wenn wir die Heranschaffung von Gemüse sichern wollen, müssen wir notwendig dem Händler so viel Nutzen gewähren, daß er es für lohnend hält, sich an der Heranschaffung der Ware zu beteiligen. Und darnach sind die Handelszuschläge hier bemessen. Diesen Standpunkt hat der zuständige Ausschuß der Preisprüfungsstelle geteilt, er ist als richtig anerkannt auch von den Vertretern der Verbraucher sowohl, wie von den Vertretern des Handels, die vor Festsetzung der Höchstpreise gehört sind.

Im übrigen können die Kommunalverbände die Höchstpreise nicht beliebig festsetzen. Es ist Herrn Stegmann aus seiner Tätigkeit im Landesernährungsamt bekannt, daß der Zuschlag für den Großhandel von der Reichs ernährungsstelle im allgemeinen auf 15 Prozent festgesetzt ist; dabei hat die Reichsstelle aber ausdrücklich anerkannt, daß in der Großstadt dieser Zuschlag bis zu 30 Prozent betragen muß, wenn der Großhandel einen angemessenen Nutzen haben soll. Auch der Kleinhandelszuschlag ist bestimmt begrenzt; Ausnahmen werden nur zugelassen, wenn außerordentliche Verhältnisse vorliegen. Die hiesigen Preise haben sich in den Grenzen bewegt, die die Reichsgemüsestelle gesetzt hat; die Preise sind der Reichsstelle mitgeteilt, Einwendungen sind von ihr nicht gemacht.

Hinzuweisen ist weiter darauf, daß Braunschweig zwischen den beiden Großstädten Magdeburg und Hannover liegt, und daß beide Städte höhere Gemüsepreise als wir gehabt haben. Wir haben leider Gottes die Beobachtung machen

müssen, daß diese höheren Preise auf das Heranführen von Gemüse nach diesen beiden Städten viel Anziehungskraft gehabt haben. Es ist viel Gemüse, das in der Nähe unserer Stadt gewachsen ist, dort hingebracht; der Handel fand es lohnender, die von ihm aufgekauften Waren nach Hannover und Magdeburg zu bringen als nach unserer Stadt. Der Händler, der Ware in unserer Gegend aufkauft und auf seine Gefahr z. B. nach Bochum schickt, kann die dort geltenden Großhandelspreise fordern, und so ist für das Braunschweiger Gemüse vielfach der höhere Magdeburger oder Hannoverische Großhandelspreis gezahlt — zeitweise waren in Hannover gar keine Höchstpreise festgesetzt. Wenn wir verhindern wollten, daß die Ware nach den benachbarten Großstädten mit höheren Großhandelspreisen abwanderte, so mußten wir darnach trachten, in den Preisen einigermaßen gleichen Schritt mit ihnen zu halten. Dabei sind wir in Braunschweig aber immer noch erheblich hinter den Preisen von Magdeburg und Hannover zurückgeblieben, um nicht allzu sehr von den Preisen des Landesernährungsamtes abzufallen. Eine gewisse Annäherung unserer Preise an die jener Großstädte erscheint aber durchaus nötig, und ich möchte die Herren bitten, sich mit diesem Standpunkt einverstanden zu erklären. Es liegt uns sehr daran, im Handel das Bestreben wachzuhalten, die Lebensmittel nach Braunschweig zu schaffen und sie nicht nach auswärts, wo höhere Preise gelten, zu bringen. Wir meinen, daß wir dadurch am besten für unsere Bevölkerung sorgen.

Stadtv. **Wesemeier** beantragt Besprechung der Anfrage. Die Zahl der für den Antrag sich meldenden Stadiverordneten reicht nicht aus.

8. Anfrage Wesemeier wegen der Salzknappheit.

Wortlaut der Anfrage: „Ist dem Magistrat die Knappheit an Salz bekannt, und was gedenkt der Magistrat zu tun, den Salzangel zu beheben und Preistreibern zu verhindern?“

Stadtv. **Wesemeier** (zur Begründung): Es ist uns allen die vorzügliche Organisation bekannt, die vom Reiche geschaffen worden ist, um die große Volksmasse auszuwuchern.

Vorsitzender: Herr Wesemeier, einen solchen Ausdruck, „daß vom Reiche eine Organisation geschaffen ist, um die Volksmassen auszuwuchern“, darf ich nicht zulassen.

Stadtv. **Wesemeier** (fortfahrend): Nun, dann darf ich wohl sagen, was in der Versammlung schon mehrfach gesagt ist, z. B. von Herrn Meyerhoff und Herrn

Vorsehigt, daß wir die vorzügliche Organisation kennen, die in Berlin geschaffen ist, um die Waren zu verteuern, die Reichsverteuerungskommissionen, ihre Tätigkeit ist uns bekannt. Wir haben eben in den Ausführungen des Herrn Oberamtsrichters Meyer gehört, wie man oben der Meinung ist, daß die kommunalen Höchstpreise nur von den kommunalen Verbänden am besten festgesetzt werden, und wie das dahin treibt, die Preise der einzelnen Kommunalverbände in die Höhe zu jagen. Wir wissen, wie die Äpfel waggonweise verdorben von den Konservefabriken weggefahren werden, was bei Friedenszeiten nie vorgekommen ist, wir wissen, wie wenig organisiert durch das Reich die ganze Warenverteilung ist. Wir sehen auch beim Salz, daß Dinge sich abspielen, die man nicht für möglich halten sollte. Salz ist ein so rarer Artikel geworden, daß man auf Vermutungen kommen kann, die nicht gerade rühmlich sind für die Organisation der Verteilung eines der wichtigsten Würzmittel, wie es das Salz ist. Salz ist so knapp geworden, daß in zahlreichen Verkaufsgeschäften in der Stadt Braunschweig überhaupt kein Salz mehr zu bekommen ist. Sodann hat die Salzknappeit die Tatsache gezeitigt, daß heute durchweg der Preis für das Pfund Salz auf 15 Pf. gestiegen ist. Der letzte Umstand gibt zu denken. Mich deutet, daß bei dem Salzreichtum, den Deutschland für sich konstatieren kann, ein Mangel an Salz zum Verbrauch beim Kochen und Herstellen der Lebensmittel überhaupt nicht vorkommen dürfte. Aber schon bei anderen Waren haben wir gesehen, daß sie plötzlich vom Markte verschwanden, obgleich solche Waren unter allen Umständen vorhanden sein mußten. Die Preise schnellten in die Höhe, und als die Preise hoch genug getrieben waren, erschien die Ware auf dem Markte wieder. Ähnlich scheint es mir jetzt mit dem Salz zu gehen. Während wir hier nur einen Mangel an Salz haben, ist es im Harz schon schlimmer. In Vienenburg ist gar kein Salz zu sehen, und in Harzburg sind schon 20 Pf. für das Pfund Salz bezahlt, und die Geschäftsleute sagen zu ihren Kunden: „Wenn Sie nicht die und die Ware mitkaufen, bekommen Sie bei mir auch kein Salz.“ Auch in der Stadt Braunschweig scheint sich die Sache zuzuspitzen. Schlimm genug ist es, daß hier die Preistreiberei schon eingesetzt hat, und ich fürchte, daß sie bei 15 Pf. nicht haltmachen wird. Ich meine, es reicht hin, was wir sonst an Preisen für Lebensmittel zahlen müssen, ohne daß wir diese Ware, mit der Deutschland reichlich versehen ist, höher bezahlen als es notwendig ist. Ich weiß, daß das Pfund Salz in Friedenszeiten höchstens 4 Pf. Produktionskosten verursacht; dann kommt noch die Steuer darauf. Gewiß, die Produktionskosten sind etwas gestiegen, aber doch nicht in dem Maße, daß sie eine Preistreiberei bedingen, wie man heute konstatieren muß. Es wird gesagt, daß an dem Salz-mangel der Arbeitermangel und der Mangel an Beförderungsmitteln schuld ist. Ich stehe der Beantwortung der Frage nach der Ursache des Salz-mangels durch Feststellung dieser beiden Tatsachen höchst skeptisch gegenüber. Für Salz braucht

man nicht viel Beförderungsmittel, denn eine Stadt wie Braunschweig und selbst die größten Städte sind durch die Bahn sehr leicht mit Salz zu versorgen, und derartig mangelt es nicht an Arbeiterpersonal, daß nicht das für die Bevölkerung notwendige Quantum Salz herzustellen wäre.

Ich weiß nicht, ob der Magistrat Auskunft über die Ursachen der Salzknappheit geben kann, es kann auch sein, daß er nicht darin eingeweiht ist. Bitten möchte ich aber, vor allen Dingen der Preistreiberei einen Riegel vorzuschieben und darauf hinzuwirken, daß der Preis dieses durchaus notwendigen Gewürzes unter keinen Umständen höher gesetzt wird, als es dringend nötig ist. Ich bemerke, daß im Allgemeinen Konsumverein das Pfund Salz bisher für 10 Pf. verkauft ist und erst jetzt infolge des höheren Einkaufspreises mit 11 Pf. Das könnte ein Fingerzeig für den Magistrat sein, um Vorkehrungen zu treffen, daß rührige Geschäftsleute, die die Konjunktur auszunutzen verstehen, nicht so unverschämt sind, Preise über das Maß hinaus zum Schaden des Publikums für sich in Anspruch zu nehmen.

Stadttrat von Franckenberg: Es unterliegt keinem Zweifel, daß Herr Stadtverordneter Wesemeier die Absicht gehabt hat, mit seiner Anfrage beruhigend zu wirken, und in diesem Sinne möchte ich auch meine Antwort einrichten. Zweifels- ohne ist besonders dasjenige, was Herr Wesemeier zuletzt ausführte, in welcher verhältnismäßig geringfügigen Weise der Allgemeine Konsumverein eine Preissteigerung hat eintreten lassen, von 10 auf 11 Pf., mit dazu angetan, eine Beruhigung der Bevölkerung herbeizuführen. Hierzu trägt vielleicht auch mit bei, daß ich erklären kann, daß bis jetzt an den Magistrat die Nachricht von einer bedrohlichen Salzknappheit nicht herangetreten ist. Ich habe heute Veranlassung genommen, mit zwei erfahrenen Fachleuten über die Angelegenheit zu sprechen. Auch von ihnen ist mir übereinstimmend bestätigt, daß von einem Mangel an Salz nicht die Rede sein kann. Gleichwohl hat Herr Wesemeier ganz recht, wenn er sagte, daß es sich empfehlen wird, dieser Angelegenheit die vollste Aufmerksamkeit zu schenken, zumal um deswillen, weil in unserer Nachbarschaft, besonders in Harzburg — was auch mir bekannt geworden ist — eine bedenkliche Salzknappheit herrscht und vielleicht eine derartige Bewegung sich nach Braunschweig hin übertragen könnte. Wir werden im Ernährungsausschuß und in den Preisprüfungsstellen bei den Verhandlungen mit der Polizeiverwaltung Veranlassung nehmen, darauf hinzuwirken, daß Auschreitungen bei Aufstellung des Salzpreises nicht stattfinden. Würde der Preis ungerechtfertigterweise jetzt in die Höhe gesetzt, so würden unsere Hausfrauen kopfschütteln werden, unnötige Einkäufe machen und vielleicht dadurch erst recht einen Mangel verschulden. Herr Wesemeier wie auch die verehrten Herren mögen aber beruhigt sein; wir wollen die Sache gern verfolgen und hoffen, daß wir auch in Zukunft für dieses wichtige Gewürz annehmbare Preise

halten können. Wir werden Fühlung mit dem Landesernährungsamte nehmen, damit auch von dieser Seite, soweit es erforderlich ist, auf das Reich eingewirkt wird, denn wenn einmal wie beim Zucker ein solches wichtiges Gewürz knapp wird, dann würde wie bei den Reichszuckerarten auch zu den Reichszuckerarten zu greifen sein.

9. Anfrage Stegmann über die Ursachen des zweimaligen Versagens der elektrischen Beleuchtung der Stadt.

Wortlaut der Anfrage: „Ist dem Magistrat bekannt, welche Ursachen zugrunde liegen, daß an zwei Abenden dieser Woche das vom Elektrizitätswerk Wilhelmstraße gelieferte elektrische Licht versagte, und kann Vorseeung getroffen werden, daß sich derartige Fälle nicht wiederholen?“

Stadtv. **Stegmann** (zur Begründung): Alle Besitzer von elektrischen Beleuchtungsanlagen werden in dieser Woche an mehreren Abenden unangenehm überrascht gewesen sein. Am Montag abend setzte die elektrische Beleuchtung auf 20 Minuten aus, am Dienstag schien es sich wiederholen zu wollen, kam aber nicht ganz dazu, und gestern, am Mittwoch abend, entstanden wieder Unterbrechungen, das erstemal während einer Viertelstunde, das zweitemal zehn Minuten lang. Besonders diejenigen werden enttäuscht gewesen sein, die in letzter Zeit elektrisches Licht sich haben anlegen lassen in der Hoffnung, sicher zu sein, eine bessere Beleuchtung zu haben als durch das Petroleum- und das schlechte Gaslicht. Alle möglichen Vermutungen, worin die Störungen ihren Grund haben, sind aufgetaucht. In früheren Jahren sind solche Störungen nie vorgekommen. Eine Zeitung hat geschrieben, daß es an dem Verbrauch von Oberwasser liegen sollte. Daß das der rechte Grund nicht ist, ist selbstverständlich; mir ist von sachverständiger Seite gesagt, diese Angabe sei lächerlich, denn Oberwasser sei auch früher zum Betriebe von Maschinen, ohne Störung hervorzurufen, gebraucht worden. Ernstlich zu nehmen ist ein Gerücht, das in unserer Stadt umgeht, und auf das ich die Aufmerksamkeit des Magistrats lenken möchte, denn wenn dies Gerücht sich bewahrheiten sollte, so stände uns in der Beleuchtungsfrage das Schlimmste bevor. Das Lichtwerk an der Wilhelmstraße soll nämlich in seinen Anlagen, was Maschinen wie Kessel betrifft, derartig mitgenommen sein, daß es, wie man sagt, am Ende seines Lateins angekommen sein soll; Maschinen und Kessel sollen so beschaffen sein, daß sie bald zum alten Eisen geworfen werden könnten. Die Verschlechterung des Werks auf der Wilhelmstraße soll von der Einwirkung des Drehstromwerks herkommen, und auch dieses letztere soll nicht so imstande sein, wie es sein müßte; es soll nach dieser kurzen Spanne Zeit so schlecht funktionieren, daß dadurch das

Lichtwerk auf der Wilhelmstraße überlastet werden müsse. Wenn das alles der Fall ist, dann stehen uns nette Ausichten bevor, und das, was diese Woche geschehen ist, wäre nur ein Vorgehmad des Kommenen. Wenn man vom Bezug des Lichts auch absehen wollte, so kann ein schlechtes Funktionieren der Werke beim Kraftbezuge volkswirtschaftlich für die Bewohner der Stadt sehr schädigend wirken. Ich möchte anfragen, ob dem Magistrat etwas von diesem bedenklichen Zustande der Werke zu Ohren gekommen ist, und wenn das nicht der Fall ist, möchte ich bitten, die Sache zu untersuchen, denn es liegt im Interesse der Stadt, daß Schädigungen, die den Interessenten an dem Lichtwerk erwachsen können, vermieden werden.

Stadtbaurat **Gebensleben**: Selbstverständlich hat, der Magistrat sofort Erfindigungen eingezogen, worauf die beiden Störungen am 4. und 9. d. M. zurückzuführen sind. Wir haben von der Direktion des Elektrizitätswerks eine schriftliche Antwort bekommen, nachdem wir vorher schon mit dem Direktor mündlich über die Angelegenheit Rücksprache genommen hatten; darnach ist die Störung nicht so schwarz anzusehen, wie der Herr Vorredner die Sache geschildert hat. Es trifft allerdings doch zu, was er vorhin als unwahrscheinlich bezeichnete, nämlich, daß die Verschmutzung des Okerwassers an der Störung schuld sei. Der Verlauf der Angelegenheit war so: Bekanntlich gebraucht man zur Erhöhung der Leistung der Dampfmaschinen die Dampfkondensation. Das dazu erforderliche Kühlwasser wird durch besondere Kondensleitungen aus der Oker entnommen, an der Wilhelmstraße aus dem Wenden-Mühlengraben, beim Drehstromwerk aus der Oker. Nun hatten sich die Siebe in der Kondensleitung des Drehstromwerkes wegen des schlechten Zustandes des Okerwassers in dieser Jahreszeit in dem Maße zugelegt, daß am 4. Oktober ¼8 Uhr eine vollständige Verstopfung der Kondensleitung eingetreten war. Dadurch, daß die Maschinen plötzlich nicht mehr mit Kondensation, sondern mit Auspuffbetrieb arbeiten mußten, wurde ihre Leistung so sehr vermindert, daß die Gesamtarbeit zur Strombeschaffung nicht geleistet werden konnte. Die Folge davon war, daß die Sicherungen durchbrannten und das ganze Kabelnetz stromlos wurde. Derselbe Vorgang hat sich am 9. Oktober wiederholt. Auch da setzten sich die Siebe in der Kondensleitung zu, und zuletzt brannten wieder die Sicherungen durch, so daß das ganze Kabelnetz wiederum stromlos wurde. Die Herren werden sich erinnern, daß 15 Minuten nach dieser Störung wieder eine neue Störung eintrat. Es handelte sich dabei aber um einen Schaltfehler in dem Regulierungsapparat der Dampfturbinen, der durch das Versehen eines Maschinenisten verschuldet ist.

Der Grund für die Störung ist also in der Tat die erhebliche Verschmutzung der Oker, die, wie ich glaube, dadurch herbeigeführt sein wird, daß die Oker in der

legten Zeit außerordentlich wenig Wasser führt. Sie werden selbst beobachtet haben, daß das Wasser in den Umflutgräben nahezu stillsteht wie in einem Teiche und fast gar kein Zufluß vorhanden ist. Wenn Sie nach Harzburg fahren, werden Sie sehen, daß in dem Okerbett fast kein Wasser vorhanden ist. Die Algen, die sich in dem ruhigen Wasser bilden, und die Schmutzteile der Oker werden bewirkt haben, daß die Siebe sich zusetzten. Nachdem ich mit dem Direktor des Elektrizitätswerks Rücksprache genommen habe, werden wir nach Mitteln und Wegen suchen, wodurch die Wiederholung einer solchen Störung vermieden werden kann. Wir haben schon daran gedacht, Filter vorzuschalten, damit das verschmutzte Okerwasser noch einmal gereinigt wird. Ob das praktisch einfach sich durchführen läßt, müssen die weiteren Erwägungen ergeben. Jedenfalls sehen Sie, daß der Magistrat sofort dazu getan hat, um der Ursache der Störung auf den Grund zu gehen, dann aber auch um Abhilfe zu schaffen.

Der Herr Anfragsteller hat vorhin noch erwähnt, daß die maschinelle Anlage sowohl am Dreh- wie am Gleichstromwerk in sehr trauriger Verfassung sein soll. Diese Befürchtung trifft nicht zu. Von alledem habe ich nichts gehört, im Gegenteil bin ich davon überzeugt, daß beide Anlagen, die ich selbst kenne, in bester Verfassung sind. Die Anlage auf dem Drehstromwerk ist ganz neu hergerichtet, die Dampfturbinen sind nach den modernsten Regeln der Technik gebaut und werden sachverständig betrieben. Ebenso ist das Gleichstromwerk modernisiert insofern, als große Umformer neu aufgestellt sind — neuerdings noch ein weiterer —, um Drehstrom in Gleichstrom zu verwandeln. Auch sonst ist das Maschinenwerk auf dem Gleichstromwerk in bester Verfassung. Die Befürchtung des Anfragstellers trifft, soweit dem Stadtmagistrat bekannt ist, demnach nicht zu.

Ohne weitere Besprechung.

10. Anfrage Salomon über die Erhöhung der Kriegsbeihilfe für die Beamten und Lehrer.

Wortlaut der Anfrage: „Ist der Magistrat in der Lage, darüber Auskunft zu geben, ob möglichst bald einer dringend notwendigen Erhöhung der Kriegsbeihilfen für die Beamten und Lehrer nähergetreten werden kann?“

Stadtv. **Salomon** (zur Begründung): Meine Anfrage betrifft eine höchst ernsthafte Angelegenheit. Die Beamten- und die Lehrerschaft erkennt sehr wohl an, in welcher schwierigen finanziellen Lage sich unsere Kommune befindet, sie erkennt ferner an, daß außer ihr auch andere Berufskreise unter einem außerordentlich schmerzhaften wirtschaftlichen Drucke stehen, seien es Arbeiter, Handwerker

oder Handeltreibende. Sie erkennt auch das an, was bisher an Zulagen und Kriegsbeihilfen für die Beamtenchaft geleistet ist, sieht sich aber trotzdem leider in die Notlage versetzt, zu erklären, daß die gewährten Zuschüsse nicht im entferntesten in einem Verhältnis stehen zu den Preiserhöhungen auf wirtschaftlichem Gebiete, und deshalb muß die Beamten- und Lehrerschaft aufs neue versuchen, zu erreichen, daß durch Kriegsteuerungszulagen die wirtschaftliche Lage einigermaßen erträglich für sie gestaltet wird. Diesen letzteren Gesichtspunkt haben Preußen und das Reich im Auge gehabt, als sie beide am 1. Juli d. J. zu den laufenden Kriegsbeihilfen, die sie zahlen, nicht unwesentliche, ja sogar erhebliche Kriegsteuerungszulagen den Beamten und Lehrern gewährt haben. Ich nenne die Sätze — sie stehen in Verbindung mit den in Preußen bestehenden Tarifklassen —: 360, 540, 720, 900 *M* im Jahre, dazu für jedes Kind 10 vom Hundert dieses Grundbetrages und hinaufgehend bis zu den Gehältern von 13 000 *M*. Diese Kriegsteuerungszulagen, wie sie der preußische Finanzminister nennt, sind in Preußen schnell und kurzer Hand beschlossen worden und sind Ende August und Anfang September mit rückwirkender Kraft sämtlichen preußischen staatlichen Beamten und auch den Reichsbeamten ausgezahlt worden. Hier in Braunschweig hat bis jetzt in dieser Beziehung, jedenfalls aus zwingenden Gründen, noch nichts gechehen können. Ich möchte aber die dringende Bitte aussprechen, daß man möglichst bald in irgendeiner Form dieser sehr ernsthaften Angelegenheit an den maßgeblichen Stellen nähertreten möchte. Ein Beweis dafür, wie notwendig die Sache ist, mag der sein, daß große Kreise der Beamten- und auch der Lehrerschaft zu dem allerdings sehr zweifelhaften Mittel haben greifen müssen, um Vorschüsse zu bitten. Solche Vorschüsse sind nach meiner Überzeugung das am meisten ansehbare Mittel, um einen wirtschaftlichen Notstand zu beheben, und ich bitte deshalb, daß bald in Erwägungen eingetreten wird, andere besser helfende Mittel zur Linderung einer wirklichen Notlage, die tatsächlich vorherrschend ist — ich könnte Beispiele dafür anführen —, zu schaffen. Aus diesem Grunde habe ich meine Anfrage an den Magistrat gerichtet.

Oberbürgermeister Metemeyer: Daß die Notlage speziell der Beamten, die ihre Lage nicht selber bessern können, sondern an das ihnen ausgesetzte Gehalt gebunden sind, eine ganz bedenkliche geworden ist, erkennt der Magistrat an. Wenn nun der Herr Antragsteller sagt, wir möchten in Erwägungen darüber eintreten, dann darf ich darauf höflichst erwidern: Damit kommt der Herr Antragsteller zu spät. Wir haben uns nicht einmal, sondern bereits mehrmals mit dieser Sache befaßt, sind aber zu der Ansicht gekommen, daß es mit Rücksicht auf das große Entgegenkommen, das Preußen und das Reich den Beamten erwiesen haben, durchaus am Plage ist, daß die Stadt Braunschweig bei ihrem großen Beamtenapparat nicht

allein vorgeht, sondern, soweit das irgend zugänglich ist, im Einvernehmen mit der Staatsregierung. Sie wissen alle, daß wir uns auch bisher schon auf den Standpunkt gestellt haben, in der Gehaltsordnung nicht zu wesentliche Abweichungen von der des Staates vorzunehmen. Der Grund dafür liegt auf der Hand: Geben wir höhere Zuschüsse als der Staat, dann kommen die Staatsbeamten und sagen: „Was die Stadt Braunschweig kann, muß auch der Staat können“, und umgekehrt, wenn der Staat mit höheren Zuschüssen vorgeht, muß die Stadt Braunschweig folgen. Nun will ich aber offen gestehen, daß auch mir die Sache etwas lange dauert. Ich fürchte, das liegt daran, daß man staatlicherseits Bedenken trägt, diese weitgehende Zurendung mit dem Ausschusse der Landesversammlung zu vereinbaren, zumal in früheren Fällen schon der Landtag etwas anderes beschlossen hat als der Ausschuß, und das möchte man vermeiden. Ich habe erfahren, daß beim Ministerium die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen sind; daß aber etwas Wesentliches auch hier im Lande für die Beamten und Lehrer geschehen muß, wird allseitig anerkannt. Der Magistrat steht auch auf diesem Standpunkte, und deshalb erschien es uns im Einvernehmen mit dem verstärkten Finanzausschuß in der jetzigen Zeit zulässig, den fest angestellten Beamten Zuschüsse in geringer Höhe auf ihr Gehalt zu gewähren, die nach und nach von dem Gehalt wieder abgerechnet werden. Die Herren können überzeugt sein, daß der Magistrat diese Angelegenheit der Kriegsbeihilfen von Tag zu Tag im Auge behalten wird; ich hoffe, daß sie schon in nächster Zeit geregelt werden kann. Ich bin nach wie vor der Ansicht, daß es wünschenswert ist, in dieser Beziehung die Beamten- und die Lehrerschaft gleichmäßig zu behandeln. Das haben wir ja von Anfang an getan und möchten es auch weiter tun. Wenn diese unsere Absicht bekannt wird, dann werden die Beamten der Sorge überhoben sein, daß es ihnen schlechter gehen wird als ihren Amtsgenossen in Preußen und im Reiche. Ob freilich dieselben Sätze erreicht werden, ob man es insbesondere für wünschenswert und notwendig halten wird, Teuerungszulagen bis zum Gehalt von 13 000 M. zu gewähren, darüber sind die Sachverständigen doch zweifelhaft geworden; man wird sich nicht überall auf den gleichen Standpunkt stellen können. Ich erinnere an die thüringischen Staaten, die nach meiner Erfahrung gar nicht in der Lage sind, so weit zu gehen wie Preußen und das Reich. Doch darüber läßt sich sprechen. Ich glaube, daß es notwendig ist, daß den unteren und mittleren Beamten eine Teuerungszulage gegeben wird. Mit solchen Zulagen wird mehr erreicht, als wenn man ein paar Prozent zu der regelmäßigen laufenden Unterstützung hinzugewährt; ebenso steht zu erwarten, daß die Sache in der nächsten Zeit erledigt wird.

Ohne weitere Besprechung.

11. Beschaffung eines Warmwasserspeichers für die Desinfektionsanstalt.

Stadtv. **Landauer:** Vom Stadtmagistrat wird beantragt, 750 *M* zu bewilligen für die Beschaffung eines neuen Warmwasserspeichers für die Desinfektionsanstalt an der Totentwete. Der zur Vereitung des warmen Wassers für die Badeeinrichtung in der Desinfektionsanstalt dienende, mit einer Dampfchlange versehene schmiedeeiserne Druckkessel (Speicher oder Boiler genannt) ist abgängig geworden, hat jedoch nochmals notdürftig ausgebessert werden können. Es ist aber für notwendig erachtet, auf Schaffung eines Ersatzes Bedacht zu nehmen. Die Kosten eines solchen Kessels betragen rund 700 *M*. Die in dem Stadthaushaltsplane für die bauliche Unterhaltung der genannten Desinfektionsanstalt ausgemworfenen 600 *M* sind zum großen Teil für andere Zwecke verbraucht, und so wird vom Magistrat beantragt, 750 *M* für den angegebenen Zweck zu bewilligen. Die Finanzkommission befürwortet das, und ich habe die Bewilligung namens der Kommission hiermit zu beantragen.

Der Beschaffung des „Speichers“ wird zugestimmt, und die Kosten werden bewilligt.

12. Erwerb von Flächen zum Ausbau des Riddagshäuserweges und der projektierten Straße 543 im Wege der Zwangsenteignung.

Stadtv. **Damköhler:** Der Magistrat macht zu diesem Punkte folgende Ausführungen:

Die Ehefrau des Architekten Robert Zinkeisen hier hat laut eines Vertrages vom 11. Mai 1914 das auf dem Plane des Vermessungsinspektors Gleier bezeichnete Terrain an den Bauunternehmer Karl Beulke hier verkauft, und das Kaufobjekt ist auf den Namen Beulke eingetragen. Auf dem gedachten Grundstück ruhen für die Ehefrau Zinkeisen 43 000 *M* als Hypothek. Frau Zinkeisen hat ferner, ebenfalls im Mai 1914, das auf dem gedachten Plane mit Nummer 8226 bezeichnete Terrain an Beulke verkauft, und auch letzteres Terrain ist auf den Namen Beulke eingetragen. In Gemäßheit des § 3 des erstgedachten Vertrages hat Frau Zinkeisen das auf dem Plane bezeichnete, 3,06 a + 87 qm = 3,93 a große Terrain, das zum Ausbau des Riddagshäuserweges und der projektierten Straße 543 (verlängerte Naabestraße) erforderlich ist, an Beulke übertragen, und ist solches Terrain auf dessen Namen eingetragen. Beulke hat auf den beiden von ihm gekauften Grundstücken je ein Wohnhaus zu errichten begonnen, ist dann zum Meeresdienste eingezogen und in Konkurs geraten. Frau Zinkeisen hat wegen

ihrer Hypothek die Zwangsversteigerung der beiden Grundstücke beantragt; die Zwangsversteigerung ist ausgesetzt, weil der Eigentümer Beulke sich im Felde befindet. Es wurde die Zwangsverwaltung der gedachten Grundstücke angeordnet, und der Zwangsverwalter hat beide Wohnhäuser fertigstellen lassen, das Haus Nummer 8226 ist bereits bewohnt, das Haus Nummer 8225 ist im Rohbau vollendet. Beide Häuser sind nur zugänglich über das gedachte, zum Ausbau der Straße 543 bestimmte Terrain. Letzteres Terrain nebst dem zum Middagshäuserweg bestimmte Terrain hat der Beulkesche Konkursverwalter an den Malermeister Alfred Büdcher hier unter dem 20. September 1915 für 2500 „ verkauft und ihm den Besitz übertragen. In Gemäßheit des § 2 des über den Verkauf aufgenommenen Vertrages hat die Auflassung des Kaufobjekts an Büdcher noch nicht stattgefunden, das Terrain steht vielmehr noch auf den Namen Beulke eingetragen.

Der p. Büdcher hat nun, gestützt auf seine Rechte aus dem Vertrage vom 20. September 1915, an die Ehefrau Zinkeisen das Ansinnen gestellt, ihm eine jährliche Summe von 1500 „ zu zahlen, mit der Androhung, daß er andernfalls das fragliche Terrain sperren und die in demselben verlegten Leitungen (Abflußkanal, Gas- und Wasserleitung) abschneiden werde. Zinkeisen hat unter dem 17. August 1917 durch seinen Anwalt an uns das Ersuchen richten lassen, die fragliche Fläche im Wege der Zwangsenteignung zu erwerben. Die Ausführung der Drohung des Büdcher würde die Wohnbarkeit der beiden Häuser unmöglich machen. Deshalb, und mit Rücksicht darauf, daß beide Straßenstrecken in absehbarer Zeit zur Ausführung kommen werden, ist der Magistrat mit dem städtischen Tiefbauamte der Meinung, daß dem Zinkeisenschen Ersuchen Folge zu geben sei. Zinkeisen hat unter dem 17. September d. J. sich verpflichtet, die durch den fraglichen Erwerb der Stadt entstehenden Aufwendungen im vollen Umfange an die Stadt zu bezahlen, und zwar so, daß diese Beträge bei dem demnächstigen Ausbau der Straßenstrecken ihm stadtseitig wieder vergütet werden, eine Vereinbarung, welche das städtische Tiefbauamt mit Recht als in der Billigkeit liegend erachtet.

Der Magistrat richtet nun an die Stadtverordnetenversammlung das Ersuchen, sich damit einverstanden zu erklären, daß das auf dem Plane des Vermessungsinspektors Gieser vom Mai 1914 näher bezeichnete, 3,93 a große Terrain stadtseitig im Wege der Zwangsenteignung erworben werde. Die Baukommission hat sich mit der Angelegenheit befaßt, schließt sich dem Antrage auf Anwendung der Zwangsenteignung an und bittet Sie durch mich, dem Antrage auf Erwerb dieses Terrains seitens des Stadtmagistrats zuzustimmen.

Dem Antrage der Baukommission wird zugestimmt.

13. Mitteilung aus der verstärkten Finanzkommission über den Antrag Wesemeier und Antrag Kiefe auf Erhöhung des städtischen Zuschusses zur Kriegsunterstützung der Kriegerfamilien.

Stadt v. **Frede:** Herr Wesemeier hat in der letzten Stadtverordnetenversammlung den Antrag gestellt, daß die Zuschüsse der Stadt zu der Kriegsunterstützung der Kriegerfamilien auf 100 Prozent der letzteren zu setzen seien. Zu die Zeit, die zwischen der Stellung dieses Antrages und seiner Behandlung in der Sitzung des verstärkten Finanz Ausschusses liegt, fällt nun die Mitteilung, daß der Hauptausschuß des Reichstages einstimmig beschlossen hat, die Sätze der Kriegsunterstützung für die Kriegerfamilien um 50 Prozent zu erhöhen. Die Genehmigung dieses Antrages seitens des Bundesrats steht noch aus, sie ist aber in irgendeiner Form zu erwarten, und es ist selbstverständlich, daß sich je nach dem Ausfall dieser Entscheidung des Bundesrats unsere Stellungnahme und Beschlußfassung richten muß. Im Einvernehmen mit dem Antragsteller, Herrn Wesemeier, ist deshalb die Behandlung des Antrages zurückgestellt, bis das Ergebnis der Entscheidung des Bundesrats vorliegt.

Der Antrag des Herrn Kiefe, der sich in einer ähnlichen Richtung bewegt, ist damit auch vorläufig zurückgestellt.

14. Erhöhung der Gemeinde-Grund- und Gewerbesteuer.

Stadt v. **Frede:** Die Vorlage des Magistrats über diesen Punkt der Tagesordnung befindet sich in Ihren Händen. Ich brauche sie nicht zu verlesen, weil ich weiß, daß Sie sie mit Interesse gelesen haben. Der Antrag des Magistrats geht darauf hinaus, sowohl die Grund- wie die Gewerbesteuer um ein Viertel zu erhöhen. Genau heißt der Antrag: zuzustimmen, daß, falls im nächsten Jahre an Gemeindecinkommensteuer mindestens $12\frac{1}{2}$ Steuereinheiten zur Hebung gelangen, vom 1. April 1918 an die Gemeindeg r u n d s t e u e r von $7\frac{1}{2}$ Prozent auf 10 Prozent des gemeindesteuerpflichtigen Grundsteuerkapitals und die s t ä d t i c h e G e w e r b e s t e u e r von 75 auf 100 Prozent des vollen Betrages der auf die gemeindesteuerpflichtigen Gewerbebetriebe entfallenden Staats-Gewerbesteuer erhöht werde.

Als diese Vorlage bekannt wurde, hat sie in den davon betroffenen Kreisen einen recht bedrückenden Eindruck gemacht. Die Verstimmung konnte sich nicht gegen den Magistrat richten, der in Würdigung der schwierigen Lage sowohl des Haus- und Grundbesitzes als auch der Gewerbetreibenden am hiesigen Orte es während des Krieges vermieden hat, eine Erhöhung dieser Steuern anzustreben,

sie konnte sich nur richten gegen die Verfügung des Ministeriums vom 22. August dieses Jahres, die dahin geht, daß für die kommenden Steuerjahre eine stärkere Belastung des städtischen Grundbesitzes und der Gewerbebetriebe zwecks Deckung des städtischen Steuerbedarfs eintreten solle. Das Ministerium fußt bei dieser Verfügung auf § 46 des Gemeindeabgabengesetzes in der Fassung vom 16. Februar 1911, wonach bei einer Erhöhung der Gemeinde-Einkommensteuern in einem vorgeschriebenen Verhältnis die Realsteuern zu folgen haben. Das ist aber nicht so zu verstehen, als ob mit absoluter Notwendigkeit diese Erhöhung zu folgen hätte, denn wir haben schon vor einigen Jahren eine Erhöhung der Einkommensteuern beschlossen, und das Ministerium hat nur darauf hingewiesen, daß auf eine Erhöhung der Realsteuern Bedacht zu nehmen sei, aber es hat vermieden, dieselbe zu fordern bis zum August dieses Jahres.

Daß die Gewerbe in der Kriegszeit sehr zu leiden haben, brauche ich nicht nachzuweisen; ich brauche nur an das Baugewerbe zu erinnern und könnte auch andere nennen. Daß vor allen Dingen der Haus- und Grundbesitz zu leiden hat, schon dadurch, daß so viele Tausende in den Krieg gezogen sind, daß ihre Angehörigen zusammengezogen oder zu Verwandten auf das Land gezogen sind, daß infolgedessen Wohnungen leerstehen und große Beträge für Wohnungsmieten ausfallen, ist allgemein bekannt. Unter den Anordnungen des Bundesrats haben die Hausbesitzer außerordentlich zu leiden, und zwar um so mehr, je länger der Krieg dauert, denn es zielt die Bundesratsbestimmung von 1914 darauf hin, daß die Hausbesitzer eine Leistung gewähren müssen, ohne eine Entschädigung durchsetzen zu können. Wir müssen die Angehörigen der Krieger wohnen lassen, ohne daß sie Miete bezahlen. So etwas hat man von keinem anderen Beruf verlangt, bei den Hausbesitzern aber ist es geschehen. Man glaubte ja allerdings, daß der Krieg in einem Vierteljahre zu Ende sein würde. Diese Opfer haben die Hausbesitzer zu Anfang des Krieges auch gern gebracht, aber bei der Länge der Zeit sind damit ihre Ersparnisse daraufgegangen, und es hat sich endlich ein Unvermögen herausgestellt, diese Lasten weiter zu tragen. Die Verhältnisse mögen sich ja an einigen Orten gebessert haben — ich denke an die Seestädte, wo ein Zusammenströmen von Leuten vorgekommen ist und Mieterhöhungen vorgenommen werden konnten. Aber auch diese letztere Freiheit hat man den Hausbesitzern genommen. Am 27. August ist eine Verordnung gekommen, wonach die Kündigung und Umgestaltung der Miete zwar nicht unmöglich gemacht ist, aber immerhin einer Prüfung des Mietamts unterzogen werden kann. Das sind Beschränkungen, die einen Notstand unter den Hausbesitzern hervorgerufen haben, wie er früher nicht für möglich gehalten ist. Angesichts eines solchen Notstandes diesen Stand weiter zu belasten, ist etwas, was tiefe Verstimmung hervorrufen mußte. Wenn es möglich wäre, das alles wieder auszugleichen, dann möchte man nichts dagegen sagen; aber

das ist nicht geschehen, an einen Ausgleich hat man überhaupt nicht gedacht. Man hat gesagt: „Du mußt deine Mieter unentgeltlich wohnen lassen“, aber vergessen zu sagen: „Dann brauchst du auch deine Zinsen an die Hypothekengläubiger nicht zu bezahlen“, oder „die öffentlichen Lasten ermäßigen sich in dem Falle“.

Wie gesagt, dem Magistrat machen wir durchaus keinen Vorwurf wegen dieser Vorlage. Wir wissen, daß er diese Lage des Hausbesitzerstandes und der Gewerbetreibenden gemüßigt hat. In der Finanzkommission hat der Magistrat sich allerdings auf den Standpunkt gestellt: „Wir können nicht anders, das Ministerium drängt jetzt darauf“, aber es ist doch schließlich die Meinung obenhin gekommen, daß angesichts dieser außerordentlich schwierigen Lage des Gewerbes sowohl wie des städtischen Haus- und Grundbesitzes das Ministerium — dem vielleicht diese Lage der Genannten nicht so bekannt ist — eigentlich nicht umhin kann, einem Ersuchen unsererseits zu entsprechen, worin dem Ministerium seitens der Versammlung und des Magistrats dargelegt wird, wie die Verhältnisse liegen, und in dem gesagt wird: Mit Rücksicht auf diese Lage ersucht die Stadtverordnetenversammlung, und der Magistrat schließt sich dem an, daß bis auf weiteres von einer Erhöhung der Realsteuern Abstand genommen wird. Deshalb ist die Finanzkommission zu folgendem Antrage gekommen:

„Die Stadtverordnetenversammlung ersucht den Stadtmagistrat, beim Herzöglichen Staatsministerium dahin vorstellig zu werden: zu gestatten, daß mit Rücksicht auf die durch den Krieg veranlaßte schwierige Lage des städtischen Haus- und Grundbesitzes sowie des Gewerbes von einer Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuer bis auf weiteres Abstand genommen werde.“

Die Finanzkommission empfiehlt Ihnen die Annahme dieses Antrages.

Stadtv. Meyerhoff: Ich freue mich, daß ich mich so sehr im Einvernehmen mit der Kommission befinde. Ich habe die Beratung in der Finanzkommission nicht mitgemacht, denn ich mußte die Sitzung früher verlassen, aber ich hatte mir vorgenommen, den Antrag zu stellen:

„Die Stadtverordnetenversammlung ersucht den Magistrat, bei Herzoglicher Regierung dahin vorstellig zu werden, daß während der Kriegsdauer eine Erhöhung der Grundsteuer und Gewerbesteuer nicht vorgenommen wird.“

Was mich veranlaßt, das Wort zu nehmen, liegt im folgenden: Mir ist gestern eine Arbeit des Leiters des Mannheimer statistischen Amtes, Dr. Siegmund Schott, zugegangen, worin er eine Statistik aufstellt über die Verluste der Hausbesitzer in den ersten acht Monaten des Krieges. Er hat in diese Statistik nicht die Verhältnisse von ganz Mannheim aufnehmen können, sondern hat immer nur das zehnte Haus in Rücksicht gezogen, und so sind 439 Häuser auf der Bildfläche erschienen,

deren Verhältnisse untersucht sind, und betreffs deren ein kleines Bild über die Verluste in den ersten acht Kriegsm Monaten gegeben ist. Die letzten 28 Monate haben aber, wie ich glaube, noch erheblich mehr Schaden verursacht. Bei einer Anzahl von Häusern mit 1—3 Mieterparteien ist der Ausfall 41,8 Prozent, bei Häusern mit 4—6 Wohnungen 71 Prozent, bei 7—9 Wohnungen 75,8 Prozent, bei mehr als 9 Wohnungen 70,1 Prozent, also im Durchschnitt sind 68 Prozent an Mieten verlorengegangen. Den Geschäftsleuten sind 8,1 Prozent, 7,6 Prozent und 10,4 Prozent, also durchschnittlich 7,4 Prozent der Mieteinnahmen verlorengegangen. In den 439 Häusern bringt der Mietertrag 1 325 000 *M.* Verlorengegangen sind bei den einzelnen Gruppen sehr verschiedene Summen, z. B. bei denen mit zwei Wohnungen 22 000 *M.*, mit drei Wohnungen 21 000 *M.*, und dann fällt die Zahl immer mehr und mehr. Zugesezt sind im ganzen 70 402 *M.*, das ist beinahe ein Viertel der ganzen Mieteinnahme. Was an Kriegsfürsorge durch die Stadt gezahlt ist, erscheint auch nicht immer sehr groß. Es sind 17,77 Prozent an Mietentschädigung und anderen Beihilfen durch die Stadt gewährt worden. Der Mietausfall durch nicht bezahlte Miete ist 34,10 Prozent. Über Groß-Berlin hat der Staatssekretär Dr. Helfferich berichtet, daß 200 Millionen Mark an Mieten verlorengegangen sind, und zwar bis zum Juni d. J.; seitdem sind noch bedeutend mehr Verluste zu verzeichnen gewesen. So halte ich es auch nicht für angängig, daß in dieser schweren Zeit eine Erhöhung der Grundsteuer ausgesprochen werden kann, und freue mich über den Beschluß der Finanzkommission.

Mit dem Gewerbe steht es noch schlechter. Wer hat denn noch ein Gewerbe, wer kann es treiben, wie er es treiben müßte? Wie kümmerlich ist das Material! Und Arbeiter bekommt man überhaupt nicht. So geht es wie ein roter Faden durch das ganze Gewerbe. Nur Glücksgewerbe können sich noch über Wasser halten, jedes andere Gewerbe leidet entsetzlichen Schaden. Wenn auch bei der Besprechung der Herr Oberbürgermeister meinte: „Wir müssen es, das Gesetz kann uns dazu zwingen“, so möchte ich doch bitten, beim Staatsministerium in der Weise vorstellig zu werden, daß man der Landesregierung klaren Wein darüber einschenkt, daß eine Erhöhung dieser Steuern nicht möglich ist. Ich bin gern erbötig, jedes Material zu liefern, das ich dafür anschaffen kann, wenn unsere Darstellung in Zweifel gezogen werden sollte. Es muß dem Ministerium gesagt werden: Es geht nicht; wir können die Steuer nicht heraufsetzen, die Heraufsetzung muß bis nach dem Kriege verschoben werden. Auch im ersten Jahre nach dem Kriege wird nicht alles so sein, wie es zu wünschen ist; wir werden noch lange an den Folgen des Krieges zu quämen haben, wie der braunschweigische Ausdruck sagt. Ich weiß allerdings nicht, wie die Städte von ihren Schulden freikommen sollen. Steuererhöhungen werden auf jedem Gebiete kommen müssen, und es werden neue Steuerquellen entdeckt werden müssen. Ich bin aber kein Steuerfinder und will

auch eben keine neue Steuern vorschlagen. Erhalten Sie einen kräftigen Bürgerstand, dann haben Sie einen kräftigen Staat! Wird der Mittelstand und der Hausbesitzerstand heruntergedrückt, dann ist es mit dem Wohl der Stadt vorbei. Der Hausbesitzerstand, der Wohnungen zu vermieten hat, ist mit dem Kaufmann zu vergleichen, der Waren abzugeben hat. Die Wohnung ist die Ware des Hausbesitzers. Wenn der Kaufmann auch jetzt nur Ersatzwaren verkaufen kann, so muß die Ware doch vollwertig sein. Wie ist es aber mit den Wohnungen? Wie sollen die Kosten aufgebracht werden, damit sie instand gesetzt werden? Glauben Sie, daß wir nach dem Kriege um eine Mieterhöhung herumkommen? Berechnen Sie einmal die ganzen Reparaturkosten — von Neubauten will ich ganz absehen —, und beachten Sie auch, wie schlecht die Reparaturen infolge des vorhandenen Materials gemacht werden und wie lange sie halten! Der Maler ist nicht imstande, Ihnen heute Fettsubstanzen in der Farbe zu liefern; was Sie bekommen, ist alles Surrogat oder Ersatz. Es gibt heute Ersatzkaffee, Ersatzschokolade, Ersatzbouillon, bald wird es auch noch Ersatzedrüben geben; Wurst, Öl und Firnis, alles mögliche wird ersetzt. Wer jetzt gezwungen ist, in seinen Wohnungen mit dem Ersatz Arbeiten ausführen zu lassen (der Ausführende kann ja nichts anderes liefern), der wird den Schaden nachher beheben können. Was früher 200 bis höchstens 300 *M* kostete, dafür muß man heute 6—700 *M* bezahlen. Woher soll das Geld für solche Instandsetzungen kommen, wenn die Mieten nicht heraufgesetzt werden? Je mehr der Grundbesitzer gedrückt wird, je mehr er leisten soll, um so höher werden später die Mieten werden. Das trifft auch zu für die erhöhte Grundsteuer. Ich danke der verehrten Kommission, daß sie zufällig das getroffen hat, was auch mir vorschwebte, und bitte die Herren, den Antrag der Kommission anzunehmen.

Stadtv. Wesemeier: Nach Lage der Sache ist der Antrag der Kommission sehr verständlich. Es war vorauszu sehen, daß die Grundbesitzer diese Klagen vorbringen würden, und die Klagen sind meiner Meinung nach auch berechtigt, denn die Grundbesitzer haben zum Teil große Verluste erlitten. Die Grundsteuer ist auch eine durchaus ungerechte Steuer, denn sie wird in ungerechter Weise erhoben, nicht nach dem Werte des Grundstücks, sondern nach dem Mietwerte. Der reiche Grundstücksbesitzer braucht nicht so viel zu bezahlen wie ein anderer, der ein gleich großes Grundstück mit mehreren Wohnungen hat, und der seine Wohnungen vermietet. Derjenige, der einen großen Park bei seiner Wohnung besitzt, zahlt die Steuer nur von dem Mietwerte seines Grundstücks. Die Grundsteuer wäre noch gerechter, wenn sie nach dem gemeinen Werte erhoben würde. Die Grundsteuern werden naturgemäß nur als belastende Kosten für das Grundstück gebucht und auf die Wohnungsmieten abgewälzt. Am besten wäre es, wenn die Realsteuern, die

alle indirekte Steuern sind, überhaupt abgeschafft würden. Darin besteht der grundsätzliche Unterschied zwischen der Meinung der Grundbesitzer und der meinigen, daß der Grundbesitzer sagt: „Heiliger Florian, behüt' mein Haus, zünd' andere an!“ — Herr Meyerhoff sagte ja schon: „Wir werden andere Steuern suchen müssen.“ Ich stehe auf dem Standpunkte, die Progression der Einkommensteuer zu verschärfen. Das einzig gerechte ist, daß je nach dem höheren Einkommen und Vermögen eine höhere Steuer eintreten soll. Das ist ja das Wesen der Realsteuern und indirekten Steuern, daß sie verdecken sollen, was eigentlich an Steuern gezahlt wird. Die Grundbesitzer sind nur die Exekutoren der Steuerbehörde. Bei der Grundsteuer, wie wir sie jetzt haben, zahlt eine Familie für eine Wohnung im Mietpreise von 300 M allein 19 M indirekte Steuern. Die Grundsteuer ist eben eine indirekte Steuer, der Hauswirt zahlt sie nicht, er hat sie als Kassierer dem Staate nur wieder abzuliefern. Solche indirekte Steuern bekämpfen wir mit aller Energie, sowohl die Grund- wie auch die Gewerbesteuer. Auch die Gewerbesteuer läßt sich der Gewerbetreibende für die Produkte, die er herstellt, von den Konsumenten wieder zurückzahlen. Die Grundbesitzer stemmen sich mit Recht gegen eine Erhöhung der Grundsteuer, und gegen die Erhöhung der Gewerbesteuer wenden sich die anderen Kreise mit Recht. Sie gehen aber auf die Suche nach anderen indirekten Steuern, um das Defizit zu decken. Richtig wäre es doch, wenn die Landtagsabgeordneten der Stadt und auch der Magistrat bei der Landesregierung vorgingen und energisch eine Änderung unseres ganzen Steuersystems forderten. Das wäre der einzig richtige Weg, der nicht die schwachen Schultern belastet, sondern entlastet.

Oberbürgermeister **Netemeyer**: über die Steuern mit den Vertretern der verschiedenen Interessen einig zu werden, ist ein Ding der Unmöglichkeit. Wenn die Kommission allein gesprochen hätte und die Herren Meyerhoff und Wesemeier nichts gesagt hätten, so glaube ich — nehmen Sie mir das nicht übel, meine Herren —, für die Sache wäre das besser gewesen. Die Kommission hat gewünscht, der Magistrat möge vorstellig werden, daß einstweilen von der Erhöhung dieser Steuern Abstand genommen werde. Darauf haben die anderen Herren noch einiges vorgebracht, was mich zwingt, auf die Finanzlage der Stadt einzugehen. Kein Wort ist von den Herren darüber gesagt, was werden soll bei der Steigerung der Lasten der Stadt, die wir zu erwarten haben. Aus den Worten des Herrn Meyerhoff klingt heraus: „In absehbarer Zeit ist die Erhöhung dieser Steuern nicht möglich“, und ganz bedenklich wird die Sache dadurch, daß Herr Meyerhoff in der Person des Herrn Wesemeier einen Genossen findet, der ihre Sache meiner festen Überzeugung nach nur verschlechtert, denn er unterstützt sie nicht in der erwarteten Weise, sondern sagt: Fort mit der ganzen Grundsteuer! Die Folge wird

vielleicht sein, daß das Staatsministerium sagt: „Nun muß die Erhöhung so schnell wie möglich eingeführt werden, damit wir sie unter Dach und Fach haben.“

Wohin sollte es schließlich führen, wenn wir Herrn Wesemeier folgen wollten, der uns den bekannten Ausweg der Erhöhung der Einkommensteuern empfohlen hat? Das klingt ja sehr schön, aber wir müssen doch den realen Verhältnissen Rechnung tragen. Wenn wir in unserem kleinen Herzogtum und speziell in der Stadt Braunschweig dem Vorschlage des Herrn Wesemeier nachkommen und die Einkommensteuer derartig erhöhen wollten, daß alle die anderen Steuern wegfallen, dann blieben, wie ich glaube, nur recht wenig wohlhabende Leute in der Stadt wohnen. Sie würden uns einfach den Rücken kehren, denn die Städte ringsum, insbesondere Magdeburg und Hannover, haben, soweit mir bekannt, jetzt eine nicht unwesentlich niedrigere Gemeinde-Einkommensteuer als Braunschweig. Wollten wir fortwährend im Landtage bombardieren und sagen: Das Steigerungsverhältnis der Einkommensteuer von 1 : 6 genügt längst nicht, es muß heißen 1 : 12, dann würden wir damit nicht durchkommen — ich persönlich würde auch nicht dafür sein, und zwar im Interesse unserer Stadt, denn ich würde mir die Frage vorlegen müssen: Was für Folgen hat das? Wenn wir von 1 : 6 steigern, so fürchte ich, es gehen uns alle wohlhabenden Leute aus der Stadt heraus, und wir bekommen eine gewaltige Steuerbelastung für jeden einzelnen Einwohner. Das Kapital ist mobil, und der einzelne Wohlhabende ist jederzeit in der Lage, sein Kapital mitzunehmen und in eine andere Stadt zu ziehen. Deshalb müssen wir trotz der Bedenken, die die Herren Meyerhoff und Wesemeier vorgebracht und die wir auch in der Kommission gehört haben, uns damit abfinden, daß der Staat den Grundsatz aufgestellt hat: Die Einkommensteuer gehört in erster Linie mir, und wenn ihr das Einkommen auch besteuern wollt, müßt ihr gleichzeitig den Grundbesitz und das Gewerbe besteuern, wie das Gesetz es vorschreibt.

Nun sagen die Herren, der Staat könne auch in der Zukunft eine Ausnahme machen. Ich bin auch überzeugt, daß der Magistrat, wenn Sie den Antrag annehmen, wie er von der Kommission gestellt ist, beim Ministerium gern diese Gründe vorstellen wird. Allerdings zu sagen: „Es ist unmöglich, das Gewerbe und den Grundbesitz höher zu besteuern“, wie Herr Meyerhoff zum Ausdruck gebracht hat, dazu wird der Magistrat nicht bereit sein. Wenn heute ein Grundstück mit 300 M besteuert ist und es soll dafür nach der Vorlage in Zukunft 375 M bezahlt werden, so gebe ich zu, daß das eine weitere schwere Belastung ist; daß es aber unmöglich ist, die erhöhte Steuer zu zahlen, kann ich nicht anerkennen. Herr Meyerhoff sprach von einem Antrage, den er einbringen wollte. Wenn Sie wie die Kommission sagen, „bis auf weiteres“ möge von der Erhöhung der Steuer Abstand genommen werden, dann wird das Staatsministerium daraus den Schluß ziehen, die Stadtverwaltung werde voraussichtlich niemals geneigt sein, die Steuer-

erhöhung vorzunehmen. Wird aber, wie es in dem Antrage Meyerhoff heißt, gesagt „während des Krieges“, dann hat der Antrag beim Staatsministerium mehr Aussicht auf Erfolg. Ich möchte deshalb der Kommission zur Erwägung anheimstellen, ob sie sich in der Hinsicht nicht dem Antrage des Herrn Meyerhoff anschließt.

Stadtv. Meyerhoff: Herr Oberbürgermeister Metemeyer macht mir einen Vorwurf daraus, daß ich vielleicht in meinen Ausführungen zu weit gegangen sei. Ich wollte das, was mir heute morgen zugegangen ist, in die Öffentlichkeit bringen, und es ist meine Schuldigkeit, dafür zu sorgen, daß solche Zahlen bekannt werden, wenn sie mir zu Gebote stehen.

Herrn Wesemeier erwidere ich, daß ich nicht gesagt habe, daß wir neue Steuern haben wollen. Ich habe extra gesagt: Ich bin kein Steuerfinder.

Mein Antrag geht dahin, die Sache erst einmal während der Kriegszeit ruhen zu lassen; vielleicht ist dann im Landtage möglich, auf irgendeiner anderen Basis weiterzubauen. Es ist ein altes Sprichwort: Zeit gewonnen, viel gewonnen. Ich wollte mit meinen Worten nicht ausdrücken, daß das Staatsministerium nicht in die Lage kommen soll, uns jemals diese Steuern vorzuschreiben, aber während der Kriegsdauer möchte ich doch, daß diese Sorge von den Hausbesitzern genommen werde.

Vorsitzender (zu Herrn Stadtv. Meyerhoff): Wollen Sie Ihren Antrag als solchen überreichen? (Geschlecht.)

Stadtv. Wesemeier: Ich wußte im voraus, daß der Herr Oberbürgermeister gegen mich reden würde, das soll mich aber nicht hindern, den von mir angeführten Grundsatz zu vertreten. Tatsache ist es, daß die ärmeren Klassen, an direkten und indirekten Steuern zusammengenommen, prozentual einen höheren Satz von ihrem Jahreseinkommen zahlen als die Reichen. Das weiß jeder Steuerstatistiker und ist nicht abzustreiten. Den Ärmeren mutet man das zu, für die Reichen aber soll das eine zu schwere Belastung sein. Auf die Wohlhabenden und Reichen nimmt man so viel Rücksicht, daß man sagt: „Wir dürfen sie nicht zu hoch belasten, damit sie in unserer Gemeinde bleiben.“ Das ist ein Standpunkt, den ich nicht teilen kann, und gegen eine solche Ungerechtigkeit werde ich mich immer steifen. Die Gerechtigkeit verlangt, daß die Realsteuern als indirekte Steuern beseitigt werden, und daß eine stärkere Progression der Einkommensteuer vorgenommen wird. Der Einwand, daß die Reichen fortziehen würden, ist in allen Städten erhoben, wenn eine Erhöhung der direkten Einkommensteuer der Progression nach in Vorschlag gebracht ist, aber nie hat sich gezeigt, daß in irgendeiner Stadt die Befürchtung

zugetroffen und ein Abzug von Reichen in Frage gekommen ist. Der Zug von Reichen und Gewerbetreibenden richtet sich nach ganz anderen Verhältnissen, nicht aber nach der Geringfügigkeit der Einkommensteuer, die im Verhältnis zu dem Einkommen der Reichen keine Rolle spielt. Ich bleibe bei meinem Standpunkte stehen: Die Realsteuern müssen beseitigt werden.

Stadtv. **Frede:** Nicht teilen kann ich die Befürchtung des Herrn Oberbürgermeisters, daß deshalb, weil Herr Wesemeier seinen grundsätzlich ablehnenden Standpunkt gegen die Grund- und Gewerbesteuer zu erkennen gibt, das Ministerium sagen könne: „Nun wollen wir das Ersuchen der Stadtverordneten ablehnen und gerade auf Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuer bestehen.“ Die Folge würde sonst wohl die sein, daß noch weitere Kreise als die von Herrn Wesemeier vertretenen erst recht Gegner der Grund- und Gewerbesteuer werden würden und erst recht sich das Bestreben zeigen würde, diese Steuern zu Falle zu bringen. In dem Antrage der Finanzkommission steht nicht, daß wir die Steuer für ungerecht halten, und so kann dieser Antrag, wie auch der Herr Oberbürgermeister zugibt, nach dieser Richtung keinen Anstoß geben. Auf die hier gemachten steuertechnischen Ausführungen gehe ich nicht ein, das würde ins Uferlose gehen.

Herr Meyerhoff will eine Resolution anzunehmen beantragen, die der Entschließung der Finanzkommission verwandt ist, aber am Schlusse anders ausklingt. Er sagt darin: „während des Krieges“, und daran hatten wir auch gedacht. Dennoch ziehe ich die Fassung der Kommission vor, weil die Fassung des Herrn Meyerhoff unter Umständen nicht viel nützt. Setzen wir den Fall, in einem Vierteljahre wäre der Krieg vorbei, dann würden wir nächste Ostern, wie der Magistrat beantragt, die erhöhte Grund- und Gewerbesteuer haben. Wenn wir sagen „bis auf weiteres“, dann wird damit ausgedrückt, daß wir damit rechnen, daß die Gründe, die für diese Abstandnahme sprechen, möglicherweise noch weiterbestehen. Herr Meyerhoff selber hat ja gesagt, in der nächsten Zeit nach dem Kriege werde das Elend für die Hausbesitzer und Gewerbetreibenden erst recht groß werden, ganz bestimmt aber auf dem Gebiete des Realkredits. Dann werden die Kapitalien eingefordert werden von allen Seiten, denn das jetzt flüssige Kapital ist durch die Milliarden-Anleihen festgelegt. Wir werden dann einen Hypothekenzinsfuß bekommen, der außerordentlich hoch ist, und gerade dann werden wir wünschen müssen, daß in dieser großen Not noch etwas Abstand von der Steuererhöhung genommen wird. Im übrigen bindet diese Fassung „bis auf weiteres“ das Ministerium gar nicht. Was ist weiter damit gesagt als bis zu dem Zeitpunkt, wo wir in der Lage sind, einen Ausgleich herbeiführen zu können? Wenn die Erwerbsverhältnisse sich wieder heben, könnten wir auch eine Erhöhung der Mieten vornehmen, und damit wäre der Zeitpunkt gegeben, die Erhöhung der Steuern ein-

zuführen. Den kürzeren Termin, „solange der Krieg dauert“, möchte ich unter keinen Umständen empfehlen, und bitte Herrn Meyerhoff, seinen Antrag zurückzuziehen.

Stadt v. **Meyerhoff:** Ich bin bereit, meinen Antrag zurückzuziehen. Ich habe ja auch schon erklärt, daß ich erfreut bin, daß der Antrag der Kommission einen solchen Wortlaut hat, mit dem ich übereinstimme.

Der Antrag der Finanzkommission wird angenommen, dem Ansehen nach einstimmig.

15. Verpachtung der städtischen Flächen an der Goslarischen Straße.

Stadt v. **Riefe:** Wie in dem Falle, betreffend das Arteröder Feld, hat eine Anzahl Pächter das Ersuchen gestellt, ihnen Nachricht zu geben, ob sie die Ländereien an der Goslarischen Straße, wo der Kleinwohnungsbau begonnen ist, und wo in absehbarer Zeit, wenigstens während der Zeit des Krieges, nicht damit zu rechnen ist, daß weitere Häuser gebaut werden, im nächsten Frühjahr wieder bekommen können. Der Stadtmagistrat ist darauf eingegangen, das Land wieder an die alten Pächter zu vergeben, diesmal aber unter der Bedingung, daß die Pächter die Flächen jederzeit zu räumen haben, sobald es der Stadtmagistrat verlangt. Der den Pächtern dadurch eventuell erwachsende Schaden soll ihnen nach Schätzung durch Sachverständige von der Stadt ersetzt werden. Die Finanzkommission hat diese Angelegenheit geprüft und gibt Ihnen durch mich Genehmigung anheim.

Der abermaligen Verpachtung der Ländereien wird zugestimmt.

16. Erhöhung des städtischen Zuschusses für die Untersuchungsstelle für ansteckende Krankheiten.

Stadt v. **Riefe:** Auf dem Herzoglichen Krankenhaus befindet sich eine Untersuchungsstelle für ansteckende Krankheiten, an der die Stadt ein großes Interesse hat und zu dessen Unterhaltung sie bis jetzt Zuschüsse geleistet hat, die auf die Hälfte der wirklich aufgewandten Kosten festgesetzt waren. Durch Beschluß vom 1. Februar 1912 haben sich die Stadtverordneten damit einverstanden erklärt, daß der Magistrat mit der Herzoglichen Kreisdirektion die Leistung eines festen Zuschusses von 2000 M jährlich für die Zeit vom 1. April 1912 bis zum 31. März 1916 zu dem genannten Zwecke vereinbart gegen die Verpflichtung des Staates, die Tätigkeit der Stelle bei den nicht gebührenpflichtigen Untersuchungen aus dem

hiesigen Stadtbezirke zur Verfügung zu stellen. Dieses Abkommen ist nun zwar nicht ausdrücklich erneuert, sondern stillschweigend als verlängert behandelt worden, so daß auch für das Rechnungsjahr 1916/17 ein Zuschuß von 2000 *M* geleistet ist.

Inzwischen ist der Magistrat mit dem Direktorium des Herzoglichen Krankenhauses wegen des Abschlusses einer neuen Vereinbarung in Verhandlungen getreten, bei denen staatsseitig die Erhöhung des Stadtzuschusses für nötig bezeichnet und ferner gewünscht wurde, daß das Abkommen zunächst nur auf die Zeit bis zum 31. März 1918 beschränkt werde, weil sich zur Zeit wegen der noch nicht bekannten Baukosten, der bevorstehenden Neuregelung der Bezüge des Leiters der Untersuchungsstelle und der sonstigen gegenwärtigen Verhältnisse nicht übersehen lasse, wie hoch sich künftig die Kosten stellen werden und demgemäß der Zuschuß der Stadt billigerweise zu bemessen sein würde. Hinsichtlich der Erhöhung wurde darauf hingewiesen, daß die Stadt nach dem vor 1912 angewandten Maßstabe durchschnittlich 3195,45 *M* zu zahlen haben würde. Da Herzogliches Staatsministerium ausdrücklich nur ein kurzfristiges Abkommen über die Höhe des städtischen Beitrages zu treffen wünscht, so hat Herzogliche Kreisdirektion angeregt, den Vertrag auf zwei Jahre, vom 1. April 1917 bis 31. März 1919 unter Zusage eines städtischen Zuschusses von 3000 *M* abzuschließen. Wenngleich nun auch die Abschließung eines längerfristigen Abkommens für die Stadt vorteilhafter gewesen wäre, so glaubt der Stadtmagistrat doch bei der großen Wichtigkeit, die der gesamten Einrichtung im städtischen Interesse beizumessen ist, der Anregung folgen und der Erhöhung des städtischen Beitrages zustimmen zu können. Er richtet daher an die Stadtverordnetenversammlung das Ersuchen, sich damit einverstanden zu erklären, daß der Magistrat mit der Herzoglichen Kreisdirektion die Leistung eines Stadtzuschusses von 3000 *M* jährlich für die genannten zwei Jahre zu den Kosten der Untersuchungsstelle für ansteckende Krankheiten beim Herzoglichen Krankenhause vereinbart. Die Finanzkommission hat sich ebenfalls dafür entschieden.

Die Erhöhung des städtischen Zuschusses wird bewilligt.

17. Gewährung einer Beihilfe an die Kochschule des Vereins ehemaliger Schülerinnen der städtischen höheren Mädchenschule aus der Jüdelstiftung.

Stadtv. Dr. **Landauer**: Es handelt sich um Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung, die Gewährung einer Beihilfe aus Abteilung III der Jüdelstiftung eintreten zu lassen, und zwar an die Kochschule des Vereins ehemaliger Schülerinnen der städtischen höheren Mädchenschule. Dieser Verein entwickelt

seit seinem Bestehen eine sehr regensvolle Tätigkeit. Unter anderem unterhält er eine Speiseanstalt und eine Kochschule. Diese Kochschule hat sich bisher ohne jede Unterstützung behelfen können, leidet aber durch den Krieg in empfindlicher Weise. Ihre Einnahme hat sich vor wie nach aus dem Lehrgeld der Schülerinnen, die sie zu unterrichten hat, entnommen. Diese Einnahmen sind aber bedenklich zurückgegangen, was daran liegt, daß der Unterricht heute nicht mehr so wirksam sein kann wie in den Friedenszeiten, denn es fehlt an den nötigen Lebensmitteln und an den nötigen Zutaten, und ohne diese kann die Unterweisung nicht so durchgeführt werden wie in den Friedenszeiten. Die Folge davon hat sich im Rückgange der Schülerinnenzahl und des Schulgeldes gezeigt. 1913 brachte es 14 000 *M* ein, 1914 fast ebensoviel, es sank 1915 schon auf 10 395 *M*, 1916 auf 8596 *M*, und für das Jahr 1917 kann nur mit einer Einnahme von 3280 *M* gerechnet werden. Nun hatte der Verein sich schon im März d. J. an den Stadtmagistrat um eine Beihilfe gewandt. Weil aber damals der Verein noch ein Vermögen von 4000 *M* besaß, hat der Magistrat das Gesuch abgelehnt und anheimgelassen, wenn dieses Vermögen durch die Verhältnisse aufgezehrt sei, möchte sich der Verein wieder melden, dann könnte vielleicht die Stadt oder eine Stiftung eine Beihilfe gewähren. Der Stadtmagistrat hat damals zugleich geraten, der Verein möge die Zweiganstalt, die er am alten Petritor eingerichtet hatte, und die sich durchaus nicht rentiert hatte, wieder auflösen. Das ist geschehen, und zwar mit gutem Erfolge. Die Möbel sind zu einem günstigen Preise verkauft, gewisse andere Einrichtungen, die für die Kochschule auf der Schöppenstedterstraße nötig waren, dorthin übergeführt und so diese Quellen des Verlustes beseitigt. Die Kochschule ist als nützliche Einrichtung für unsere Stadt zu bezeichnen, denn nicht nur die Frauen, die aus den Arbeiterkreisen hervorgehen, lassen in bezug auf Kocherfahrung manches zu wünschen übrig, sondern auch die Töchter aus wohlhabenderen Kreisen, und es ist als durchaus wünschenswert zu bezeichnen, daß sie Gelegenheit haben, das Kochen in einer gut eingerichteten Schule zu erlernen. Aus diesen Gründen hat die Jüdelstiftung eine Beihilfe von 3000 *M* bewilligt. Die Finanzkommission empfiehlt Ihnen, im Hinblick auf die Gemeinnützigkeit des Unternehmens Ihre Zustimmung dazu zu erklären, daß der Kochschule des Vereins eine einmalige Beihilfe von 3000 *M* aus Abteilung III der Jüdelstiftung gewährt werde.

Die Versammlung stimmt in ihrer Mehrheit dem Antrage zu.

18. Übersicht über die im Rechnungsjahre 1916/17 gezahlten Ruhegehälter, Witwen- und Waisengelder.

Stadtv. Dr. Landauer: Die Stadtverordnetenversammlung hat im Jahre 1914 den Wunsch ausgesprochen, daß ihr in jedem Jahr eine Übersicht über die

stadtseitig gezahlten Ruhelöhne, Witwen- und Waijengelder gegeben werde. Das ist im vorigen Jahre zum ersten Male geschehen und ist in diesem Jahr wieder erfolgt. Es sind im ganzen für Ruhelöhne, Witwen- und Waijengelder 22 977,99 *M* aufgewandt, und zwar für Ruhe Lohn allein 11 896,44 *M*, an Witwengeld 10 819,96 *M* und an Waijengeld 261,59 *M*. Es ist die Frage in der Finanzkommission aufgeworfen, wie sich diese Summen zu den im vorhergehenden Jahre ausgegebenen verhalten. Diese Frage konnte dort nicht beantwortet werden, jetzt aber ist festgestellt, daß im vorigen Jahre die Summe 24 048,33 *M* betragen hat, also rund 1000 *M* mehr als im letzten Jahre. Im vorigen Jahre ist die Übersicht dadurch zur Kenntnis genommen, daß sie hier im Saale in Umlauf gesetzt worden ist. Ich möchte anheimgeben, auch in diesem Jahre ebenso zu verfahren, denn es ist kaum möglich, hier die Einzelheiten aus der Übersicht vorzutragen.

Vorsitzender: Ich nehme an, daß die Herren auf den Umlauf der Übersicht keinen Wert legen, da sie selbst einen Abzug davon erhalten haben.

Stadtv. **Wesemeier:** Ich hätte heute nur den Wunsch auszusprechen, daß uns das Material in Vervielfältigung zugeestellt wird.

Vorsitzender: Haben denn die Herren nicht schon eine Vervielfältigung erhalten? (Wird verneint.)

Stadtv. Dr. **Landauer:** Ich glaube kaum, daß eine Vervielfältigung nötig ist; der Umlauf in der Versammlung wird genügen.

Vorsitzender: Ich werde Gelegenheit nehmen, die Übersicht den Herren zugänglich zu machen. Einstweilen kann das Blatt hier in der Versammlung ausgelegt werden.

Es meldet sich niemand weiter zum Wort. Dann ist die Sache damit erledigt.

19. Errichtung eines Schalthauses auf dem Amalienplatze.

Stadtv. **Stegmann:** Das Elektrizitätswerk hat an die Stadt das Ersuchen gerichtet, zu gestatten, für das Drehstrom-Hochspannungs-Kabelnetz auf dem Amalienplatze neben der Bedürfnisanstalt ein Schalthäuschen errichten zu dürfen. Der Magistrat hat nichts dagegen, das Tiefbauamt ist auch einverstanden und wünscht nur, daß das Häuschen mit seiner Front nicht nach dem Neustadtringe, sondern nach der Cellerstraße errichtet wird, um den Spielbetrieb auf dem Amalienplatze nicht mehr als nötig zu beeinträchtigen. Die Baukommission hat die Sache

geprüft und ist mit der Errichtung, wie sie vom Tiefbauamte vorgeschlagen ist, ebenfalls einverstanden. Kosten erwachsen der Stadt dadurch selbstverständlich nicht. Ich bitte namens der Baukommission um Genehmigung der Aufstellung.

Dem Antrage der Baukommission wird entsprochen.

20. Errichtung eines Schalthauses an der Frankfurterstraße.

Stadtv. **Göde:** Ein gleiches Gebäude, wie das, dessen Errichtung wir eben genehmigt haben, hat das Elektrizitätswerk beantragt auf der Rettungsinself an der Frankfurterstraße, Ecke der Ebertstraße, errichten zu dürfen. Der Antrag ist unserem städtischen Tiefbauamte zur Prüfung unterbreitet worden, und von ihm ist der ausgewählte Platz nicht als passend befunden, da die Rettungsinself nicht groß genug erscheint, um ohne Schädigung des Fußgängerverkehrs, der nach Fertigstellung der neuen Bahnhofsanlagen vermutlich einen beträchtlichen Umfang annehmen wird, das Schalthaus aufnehmen zu können. Es ist das Gebäude weiter nördlich hinausgeschoben auf eine andere Rettungsinself, welche sich an der Einmündung des Cyriakrings in die Frankfurterstraße befindet. Auf dieser Insel steht allerdings schon die vor zwei Jahren dort aufgestellte kleine Bedürfnisanstalt, die früher auf dem Kleinen Exerzierplatze gestanden hat. Es ist aber dort so viel Platz vorhanden, daß der Bau des Schalthauses an dieser Stelle den Verkehr nicht stören wird. Das Häuschen wird sich dort auch besser ausnehmen, als an der anderen Stelle. Es handelt sich nach dem Antrage des Magistrats also darum, zu genehmigen, daß das Schalthaus nicht an der Ecke der Ebertstraße, sondern an der Einmündung des Cyriakrings erbaut wird. Die Kosten dafür bezahlt das Elektrizitätswerk, wir haben nur den Platz anzuweisen. Ich bitte, dem Vorschlage des Magistrats zuzustimmen, die Baukommission hat nichts dagegen einzuwenden.

Die Errichtung des Schalthäuschens an der Einmündung des Cyriakrings wird genehmigt.

21. Erlaß des Kriegsministeriums, betreffend die Bedeutung der Luftstreitkräfte.

Stadtv. Dr. **Nahlert:** Seitens des Kriegsministeriums ist an das Herzogliche Staatsministerium ein ausführlicher Bericht über die Bedeutung der Fliegertruppen gesandt, der über die Kreisdirektion an den Stadtmagistrat gelangt ist. Der Stadtmagistrat hat uns dieses Schreiben zugestellt mit der Bitte, darüber in der Stadtverordnetenversammlung einen Bericht zu geben. Es ist der Wunsch des Kriegsministeriums und der Heeresleitung, daß diese Ausführungen weitgehende

Verbreitung und Würdigung finden, und so habe ich im Auftrage der Statutenkommission Ihnen einen kurzen Bericht über dieses Schriftstück zu geben. Es dürfte wohl überflüssig sein, das Schriftstück vollständig zur Verlesung zu bringen; ich möchte mich nur darauf beschränken, einige wichtige Punkte vorzulesen und auf das andere kurz hinweisen.

Es ist Ihnen bekannt, in welcher großartigen Weise sich unsere Fliegertruppe während des Krieges entwickelt hat. Neben dem U-Boot ist die Fliegerwaffe diejenige, welche die größte Umwandlung während des Krieges durchgemacht hat. Mit Recht wird gesagt: Während wir zu Anfang des Krieges über wenig Luftstreitkräfte verfügten, beherrschen wir jetzt an der Front vollkommen die Luft, indem wir durch sie nicht allein die Aufklärung besorgen, sondern auch die Angriffe durch Signale leiten und unterstützen. Wegen der langen Dauer des Krieges und wegen der enormen Rüstung seitens unserer Feinde ist es immer wieder nötig, daß die Fliegerwaffe eine weitere Vervollkommnung und Ausbildung erfährt, und es wird deshalb darauf hingewiesen, daß das deutsche Reich in jeder Weise dafür sorgen müsse, von dem ausreichenden Angebot an Mannschaften Gebrauch zu machen und die Flugzeugführer möglichst zahlreich heranzubilden. Zu der Ausbildung gehört als etwas Wesentliches die Übung. Bei dieser verhältnismäßig neuen Waffe ist es unausbleiblich, daß sich viele Übelstände bemerkbar machen, zunächst schon deshalb, weil das Luftmeer nur unzulänglich erschirmt ist, um uns eine Sicherheit zu bieten, wie es auf dem Lande möglich ist. Es ist deshalb bei den Übungsflügen vorgekommen, daß Notlandungen vorgenommen werden mußten, auch sind Unfälle recht betrübender Art vorgekommen, die die Bevölkerung aufregten und zum Teil Unwillen schufen. Ich glaube, daß bei ruhiger Überlegung anerkannt werden muß, was diese Truppe leistet, und welcher Opfermut diese Truppe bejeelt. Es muß deshalb von der Bevölkerung erwartet werden, daß sie das würdigt und die Unbilden, die sich aus dem Betriebe des Flugwesens ergeben, erträgt als Erscheinungen des Krieges, die sich im Augenblick nicht vermeiden lassen. Die Heeresleitung erwartet, daß die Bevölkerung in jeder Weise die Flieger unterstützt, wo es not tut, sich bei Notlandungen nicht zudrängt, wodurch sie nur ihr eigenes Leben gefährden würde, sondern sich zurückhält und den Flieger erst dann unterstützt, wenn er gelandet ist und jede Gefahr der Verletzung des Publikums beseitigt ist.

In vielen Kreisen, und wohl auch in Braunschweig nach Errichtung des Flugplatzes in der westlichen Vorstadt, ist Klage darüber geführt, daß die Einwohner so viel unter dem unangenehmen Geräusch zu leiden haben. Der Bericht sagt darüber: „Der Stand der Technik bringt es mit sich, daß der Ausbau der Luftstreitkräfte nicht ohne empfindliche Störung der unbeteiligten Einwohnerschaft vor sich gehen kann. Wer das Anfahren eines 20pferdigen Automobils

auf der Straße gehört hat, kann sich ohne weiteres das Geräusch eines 260 bis 500pferdigen Motors in der Luft vorstellen. Die durch diesen Lärm hervorgerufene Störung ist beim Einsfliegen der für die Front bestimmten Flugzeuge, bei Versuchen neuerer Typen und vor allem bei der jetzt aufs höchste gesteigerten Flugzeugführer- und Beobachter-Ausbildung unvermeidlich und muß in noch gesteigertem Maße als früher mit in Kauf genommen werden.“ Ich glaube, das können wir wohl ertragen. Gewiß wird mancher um seine Morgenruhe gebracht, aber ich kann mich nur dem anschließen, wenn man sagt: Es ist Krieg, und es ist nicht das Schlimmste, was wir hier durch den Krieg erleiden müssen.

Es wird dann darauf hingewiesen, daß die zahlreichen Übungen und die Ausbildung im Flugzeugwesen nicht allein Notlandungen, sondern auch vorgeschriebene Landungen außerhalb des Flugzeugplatzes in der näheren Umgebung der Stadt notwendig machen, daß gewisse Ausfahrten sich über das Gebiet der Stadt erstrecken müssen, bei denen selbstverständlich für die Einwohner der Stadt gewisse Gefahren nicht zu vermeiden sind. Wir haben ja erst kürzlich in Braunschweig erlebt, daß zwei Flugzeuge in Brand geraten und abgestürzt sind, wodurch auch bei den Bewohnern Schaden angerichtet ist. Aber dieser Schaden ist doch verhältnismäßig nur klein im Vergleich zu dem, was die an dem Flugzeugwesen tätigen Beteiligten erdulden müssen. Es wird darüber hier mitgeteilt: „Die Zahl der Notlandungen wird sich steigern, da das zur Verwendung kommende Rohmaterial heute nicht mehr von einer Beschaffenheit ist, um früher vermeidbare Fehler auszuschalten. Auch hier betone ich immer wieder, daß in allererster Linie, und zwar in 99 von 100 Fällen ganz allein zunächst das Flugzeug und das Leben der Besitzer verlorengeht, bevor körperliche oder sachliche Schäden der Einwohnerschaft in Frage kommen.“ Wir bedauern wohl am allermeisten, wenn bei solchen Unfällen ein junges Leben verlorengeht, wenn jemand, der in glühender Vaterlandsliebe sich diesem schwierigen Berufe gewidmet hat, in der Luft dem Verhängnis verfällt. Es heißt weiter in dem Berichte, daß das tote Material, wenn auch mit Schwierigkeiten, zu ersetzen ist, daß aber der Ersatz von Personal, das für die Luftstreitkräfte wirklich geeignet und imstande ist, den schweren Anforderungen an der Front zu genügen, noch schwerer zu beschaffen ist.

Es ist dann noch auf einen Punkt aufmerksam gemacht, den ich Ihnen im Wortlaut verlesen möchte:

„Es ist vorauszusehen, daß die Vermehrung der Luftstreitkräfte vom feindlichen Auslande mit wachsamem Augen verfolgt wird, und daß jedes Mittel versucht wird, den Ausbau unserer Luftflotte zu schädigen. Verschiedene mißglückte Anschläge in Flugzeugwerken und technischen Betrieben der Fliegertruppen beweisen, daß der Feind vor keinem Mittel der Sabotage zurückbleibt. Feindliche Agenten versuchen unter den verschiedensten Masken, Zutritt zu Fliegeranlagen,

Flugzeug- und Motorenfirmen zu erlangen. Die Aufmerksamkeit und Wachsamkeit der Bevölkerung, die Beobachtung verdächtiger Erscheinungen können hierbei die berufenen Organe aufs wärmste unterstützen, derartige Angriffe zu verhindern und die betreffenden Spione festzusetzen. Die Aufmerksamkeit eines Schulknaben kann das Bestehen von Fliegeranlagen retten, die ausschlaggebend für die Versorgung eines großen Teiles der Front sind."

Ich muß speziell auf diesen Punkt hinweisen, da wir in Braunschweig den großen Flugplatz und große Werke haben, die für das Heer arbeiten, damit wir unser möglichstes tun, um Spionage und Schädigungen dieser Werke zu verhindern. Was die Fliegertruppen leisten, gilt unserem Vaterlande. Die Bevölkerung muß sich unter diesen Umständen damit abfinden, die kleinen Unbequemlichkeiten zu ertragen, und muß bestrebt sein, nach Möglichkeit diese Truppe in ihren Bemühungen zu unterstützen.

Vorsigender: Nachdem der Bericht erstattet ist, den wir zur Kenntnis nehmen, können wir diese Angelegenheit wohl für die Versammlung als erledigt betrachten.

22. Rechnungsabschlüsse für das Jahr 1916/17.

Stadtv. Frede: Die Herren haben in früheren Jahren über die Rechnungsabschlüsse ein Schriftstück wesentlich größeren Umfangs erhalten als das Ihnen in diesem Jahre zugestellte. Mit Rücksicht auf die Papierverhältnisse und mit Rücksicht auf die wenigen Hilfskräfte, die dem Magistrat zur Verfügung stehen, ist davon Abstand genommen, das umfangreichere Schriftstück herzustellen, in dem die genaueren Nachweise enthalten sind, und die Herren haben diesmal nur einen Auszug bekommen. Er ist aber immerhin, wie Sie zugestehen werden, recht eingehend geworden, so daß mein Referat nicht so sehr eingehend zu sein braucht. Wenn die Herren Anlaß nehmen wollen, genauere Nachweisungen über die Überschreitungen und Ersparnisse zu bekommen, so liegt hier ein Buch zur Einsicht vor, das genauere Aufschlüsse gibt. Ich werde auf Anfrage auch imstande sein, unmittelbar mit Auskünften zu dienen.

Zunächst berichte ich über den Etat der Kammereikasse. Die Ihnen zugegangene Übersicht ermöglicht Ihnen einen Vergleich zwischen dem Voranschlage und der Ist-Einnahme. Es handelt sich im wesentlichen darum, inwiefern dem Voranschlage hat nachgegeben werden können. Die Herren erinnern sich wohl, daß während des Krieges in dem Voranschlage immer die eigentlichen Kriegsausgaben fortgelassen waren, und zwar wegen der Unmöglichkeit, sie im voraus beurteilen zu können. Jetzt erscheinen sie natürlich in der Zusammenstellung, und für den, der nicht darauf vorbereitet war, geschieht dies in sehr unangenehmer

Weise. In dem Ihnen zugestellten Schriftstück ist eine Übersicht gegeben zunächst über die vorläufigen Abschlüsse. Um die endgültigen Abschlüsse handelt es sich nicht, denn immerhin stehen noch Steuern aus, und es werden noch andere, wenn auch kleine Verschiebungen vorkommen können.

Unter A ist die Kammereikasse vorgenommen, und zwar in der ordentlichen Einnahme und Ausgabe, dann folgen unter B die Gaswerke, unter C die Wasserwerke, unter D der Ausgleichsfonds, unter E die Kanalbaukasse, unter F das Schlachthaus und unter G endlich die Kasse für Wohlfahrtseinrichtungen.

Was die Kammereikasse anbelangt, so war der Voranschlag in der Einnahme 7 594 200 *M* und in der Ausgabe 7 992 700 *M*. Es schloß also der Voranschlag mit einem Minus von 398 500 *M* ab. Faktisch sind eingenommen 9 957 409 *M* und ausgegeben 12 785 147,13 *M*, also beinahe 5 Millionen Mark mehr ausgegeben als veranlagt, was durch die Kriegsausgaben verursacht ist. Glücklicherweise haben wir eine Mehreinnahme von über 2 Millionen Mark zu verzeichnen gehabt, so daß nur ein Minus von 2 827 738,13 *M* erscheint. Dies ist eine Zahl, die für den Bericht von großer Bedeutung ist. Sie stellt mit der Summe, die beim Ausgleichsfonds als Fehlbetrag erscheint (1 558 397,70 *M*) die endgültigen der Stadt zur Last gefallenen Kriegsschulden dar, die am 1. April d. J. um den Fehlbetrag aus dem Jahre 1916/17 gestiegen ist, mithin nunmehr 4 386 135,83 *M* beträgt.

In dem Begleitschreiben ist ausgeführt, worin die Mehr- und Mindereinnahmen und -ausgaben bestanden haben. Ich glaube Ihrem Wunsche entgegenzukommen, wenn ich auf diese Posten nicht näher eingehe; Sie haben sie jedenfalls zu Hause schon geprüft. Näher darauf eingehen würde ich nur auf Ihren Wunsch.

Bei den außerordentlichen Einnahmen und Ausgaben erscheint ein Fehlbetrag von 2 332 731,13 *M*. Es ist aber hierbei zu bemerken, daß der Fehlbetrag allmählich entstanden ist, also nicht das Produkt dieses einen Jahres ist.

In der Übersicht werden Sie bemerkt haben, daß eine Menge Ersparnisse eingetreten sind dadurch, daß Bauten, Straßenbauten usw. nicht zur Ausführung gekommen sind. So etwas ist selbstverständlich geboten in einer so schwierigen Zeit, in der wir Mühe haben, die notwendigen Sachen zur Ausführung zu bringen.

Was den Ausgleichsfonds anbelangt, so habe ich schon hervorgehoben, aus welcher Zusammenstellung die endgültige Schuld, die der Stadt zur Last fällt, hervorgeht. In der Ausgabe des Ausgleichsfonds ist die Deckung für die Fehlbeträge der Kammereikasse enthalten. Die Einnahme des Ausgleichsfonds resultiert im wesentlichen aus den Überschüssen der Gas- und Wasserwerke, die

zu vier Fünfteln ihres Betrages hierher abgeführt werden. Es ergibt sich ein Fehlbetrag von 1 558 397,70 *M*.

Bei der Kanalbaukasse bitte ich zu beachten, daß von den laufenden Einnahmen der Kasse für Unterhaltung 30 000 *M* der Neubaukasse zugeführt sind. Auf diese Weise hält sie sich über Wasser. Die Einnahme der Kasse für Unterhaltung beträgt 378 935,94 *M*, die Ausgabe 348 305,22 *M*, mithin verbleibt ein Bestand von 30 630,72 *M*.

Beim Schlauchhause ist zu bemerken, daß die größere Ausgabe durch die Erbauung des großen Reserverestalles für Rindvieh entstanden ist.

Der Magistrat beantragt: Soweit die vorgekommenen Überschreitungen der Ansätze und Ausgaben nicht auf Beschlüssen der Herren Stadtverordneten beruhen, diese Überschreitungen, vorbehaltlich der rechnerischen Prüfung, nachträglich zu genehmigen.

Ferner beantragt der Magistrat, zustimmen zu wollen, daß von den bei der Unterhaltung des Kanals erzielten Überschüssen von 30 630,72 *M* wie im Vorjahre die Summe von 30 000 *M* dem Neubaufonds zwecks teilweiser Tilgung der schwebenden Schuld überwiesen werde, da eine anderweite Tilgung dieser Schuld einstweilen nicht stattfindet.

Die Finanzkommission hat die Vorlage eingehend geprüft und empfiehlt Ihnen, diesen Anträgen des Magistrats nachzukommen.

Vorsigender: Ich stelle die Rechnungsabschlüsse zur Beratung und bitte die Herren, die sich zu den einzelnen Punkten zu äußern wünschen, das Wort zu ergreifen.

Oberbürgermeister Ketemeyer: Der Herr Berichterstatter sagte zu Anfang seines Vortrages, der Abschluß sei nur ein vorläufiger, denn es gingen noch Steuern ein und dergleichen. Das ist nicht richtig. Die Summen, die wir in Einnahme und Ausgabe vorgeführt haben mit rund 9 Millionen und 12 Millionen Mark stehen fest. „Vorläufiger Abschluß“, das heißt, es ist nur ein Auszug aus den Büchern, erst die Rechnung bringt den endgültigen Abschluß. Was noch an Steuern aus dem Vorjahre eingeht, kommt in das jetzt laufende Jahr.

Sodann meinte der Herr Berichterstatter, die 30 000 *M*, die auf Seite 8 bei der Kanalbaukasse erwähnt sind, wären diejenigen, die schon abgeführt sind. Die Sache liegt aber so: Wir haben im vorigen Jahre einen ähnlichen Abschluß der Kanalbaukasse gehabt und haben an den Neubaufonds auch im vorigen Jahre 30 000 *M* abführen können, um dessen Schuld zu tilgen. Da wir im abgeschlossenen Jahre wieder einen Überschuß, und zwar von 30 630 *M*, in der Kasse für Unterhaltung erzielt haben, so beantragen wir, abermals die Summe von

30 000 *M* an die Neubankasse abzuführen, um die schwebende Schuld teilweise zu decken.

Stadtrat von Frankenberg: Was die Steuerrückstände betrifft, so darf ich darauf hinweisen, daß sich nicht einmal annähernd bestimmen läßt, wie groß die Summe der Rückstände ist. Wir haben 53 000 *M* als Reste aus dem Vorjahre vorgetragen, aber wie sehr man auf einen Griff angewiesen ist, sehen Sie daran, daß im Jahre 1915/16 die Reste 250 000 *M*, das Fünffache dessen, was wir eingestellt haben, betragen haben, da wir den Kriegerfamilien und anderen, die in der Kriegszeit schwer in der Lage sind, Steuern zu bezahlen, bereithwillig entgegenkommen. Es mag sein, daß im laufenden Jahre sich größere Reste, als angenommen ist, herausstellen, verloren geht das Geld aber der Stadt nicht.

Die Versammlung stimmt den von dem Finanzausschuß empfohlenen Anträgen des Magistrats zu, dem Anschein nach einstimmig.

23. Beteiligung der Stadt an der 7. Kriegsanleihe.

Stadtv. Munte: Nachdem jetzt wieder zur Zeichnung einer neuen, der 7. Kriegsanleihe aufgefordert ist, hat es auch der Stadtmagistrat angezeigt gehalten, daß die Stadt, um des guten Beispiels willen und um sich überhaupt an der Kriegsanleihe zu beteiligen, wiederum 1 Million Mark zeichnet. In der Finanzkommission ist der Vorschlag des Magistrats besprochen und die Kommission ist mit der Zeichnung einverstanden. Der Stadtmagistrat hat auch vorsichtigerweise beim Herzoglichen Finanzkollegium angefragt, ob er den Betrag zu den alten Bedingungen wieder zur Verfügung gestellt bekommen könne, und das Finanzkollegium hat darauf zusagehaft geantwortet. Die Finanzkommission beantragt deshalb, den Magistrat zu beauftragen, für die Stadt wiederum 1 Million für die Kriegsanleihe zu zeichnen.

Die Versammlung stimmt dem Antrage der Finanzkommission zu.

24. Erhöhung des Zinsfußes einer Hypothek auf einem städtischen Grundstücke.

Stadtv. Munte: Es handelt sich um die Erhöhung des Zinsfußes einer Hypothek. Die Stadt hat früher zum Ausbau des Ringes Häuser an der Karlstraße angekauft, und darunter auch eine Karlstraße 59, auf dem vier Hypotheken einer Witwe Vermeulen in Höhe von 28 600 *M* ruhten. Die Witwe ist ver-

storben, und ihre Erben haben sich an die Stadt gewandt mit dem Ersuchen, statt der früheren 4 Prozent jetzt $4\frac{1}{2}$ Prozent Zinsen zu bezahlen. Sie wissen, meine Herren, daß die Stadt selbst den Zinsfuß für die von ihr ausgeliehenen Hypotheken auf $4\frac{1}{2}$ Prozent erhöht hat. Nun kommen auch die Leute, die an die Stadt hypothekariſche Forderungen haben und wünschen daselbe. Das kann man verstehen, denn der Zinsfuß von 4 Prozent ist heute durchaus nicht mehr angemessen. Man kann sich mit dem Verlangen also nur einverstanden erklären. Die Finanzkommission war der gleichen Meinung, und in ihrem Auftrage soll ich die verehrten Herren bitten, zuzustimmen, daß den Erben der Witwe Vermeulen vom 1. April nächsten Jahres an $4\frac{1}{2}$ Prozent Zinsen auf die ihnen zustehende Hypothek gezahlt werden.

Dem Antrage der Finanzkommission wird zugestimmt.

25. Instandsetzung des Hauses Bertramstraße 3.

Stadt v. Göde: Die Stadt hat das Grundstück Bertramstraße 3 erworben und am 1. Oktober d. J. übernommen. Es hat sich auch ein Mieter für das Haus gefunden, leider aber hat sich herausgestellt, daß das Haus in seiner inneren Ausstattung so trostlos ist, daß es durchaus notwendig wird, es wenigstens einigermaßen herzustellen. Es hat eine Rücksprache darüber mit dem Stadtbauamte stattgefunden, und die Aufstellung desselben für Instandsetzung der Räume des Hauses schließt mit 970 *M* ab. Es ist ja unerfreulich, daß wir so viel dafür aufwenden müssen, aber es ist absolut unmöglich, in diese verwohnten Räume Mieter zu bekommen, wenn die Stadt sich nicht zur Instandsetzung entschließt. Es ist sowieso schon ein großes Opfer, wenn diejenigen, die die Räume gemietet haben, sich die Reparaturarbeiten gefallen lassen.

Die Baukommission hat sich mit dieser Sache beschäftigt und ersucht Sie, dem Magistratsantrage gemäß 970 *M* für die Instandsetzung des Hauses zu bewilligen.

Die 970 *M* werden bewilligt.

26. Instandsetzung des Hauses Herrendorftwete 1.

Stadt v. Rasche: In dem Hause Herrendorftwete 1, das die Stadt vor mehreren Jahren erworben hat, ist die Wohnung rechts neben dem Eingang im Erdgeschoß derartig schlecht im Stande, daß sie so nicht weiter bewohnt werden kann. Die Schäden sind wahrscheinlich durch eine schlecht angelegte Entwässerungsanlage entstanden. Die städtische Bauverwaltung hat einen genauen Kostenanschlag ausgearbeitet, wonach für die Instandsetzung 1250 *M* ausgegeben werden

müssen. Ich habe mir das Haus angesehen und bin der Ansicht, daß nicht länger gesäumt werden darf, sondern daß die Arbeiten sofort vorgenommen werden müssen, damit die Stadt nicht noch größeren Schaden erleidet. Die Baukommission schließt sich dem Antrage des Magistrats an und ersucht Sie, die für die Reparatur angeforderte Summe zu bewilligen.

Die Kosten werden verwilligt, und der **Vorsitzende** schließt die öffentliche Sitzung.

Dauer der Sitzung von 4¼ bis 7½ Uhr.

Friedrich Harkmanns Hofmann.
(Graf Harkmann)

1917/1918.

Nr. 7.

Bericht

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 29. November 1917.

Tagesordnung:

- | | |
|--|-----------|
| 1. Antrag Frede, betreffend Wohnungsfürsorge für kinderreiche Familien . . . | Seite 305 |
| 2. Antrag Stegmann auf eine gerechtere Gasverbrauchsregelung durch Rationierung nach der Kopfszahl | " 317 |
| 3. Antrag Steinbrecher auf Einrichtung einer Altmöbelstelle | " 319 |
| 4. Antrag Wesemeier, betreffend den Bezug von Vollmilch durch hoffende und stillende Frauen. | " 323 |
| 5. Erhöhung der Zuschüsse an den Verein für Gesundheitspflege | " 324 |
| 6. Instandsetzung des Dietrichs'schen Denkmals auf dem Katharinen-Friedhofe | " 326 |
| 7. Antrag der Arbeitsgemeinschaft der kaufmännischen und technischen Angestelltenverbände Braunschweigs auf Hinzuziehung von Angestelltenvertretern zur Lebensmittelverteilung | " 326 |
| 8. Gleisverbindung zwischen dem Drehstromwerk (Uferstraße) und dem Gleichstromwerk (Wilhelmstraße) | " 328 |
| 9. Antrag Recker, betreffend Regelung des Verkaufs von Käse nach Kundenlisten | " 329 |
| 10. Antrag Salomon auf Zahlung eines Vorschusses auf die Teuerungszulagen an die städtischen Beamten und Lehrer. | " 329 |
| 11. Anfrage Wesemeier, betreffend den Kartenzwang der Herzoglichen Hofstatt | " 332 |
| 12. Anfrage Stegmann, betreffend die Heizung der städtischen Schulen. | " 334 |
| 13. Anfrage Stegmann, betreffend die Ausgabe von Mühlenprodukten | " 335 |

14. Antrag Wefemeier, betreffend die Gewährung von Nahrungsmitteln an hoffende Frauen	Seite 338
15. Antrag Steinbrecher auf Einrichtung eines städtischen Wohnungsnachweises	" 340
16. Anfrage Bunge über die Vorarbeiten zu einer Kühl- und Gefrierereinrichtung in der Markthalle	" 341
17. Anfrage Munte, betreffend Steuerfreiheit der billigen Kindervorstellungen in den Lichtspieltheatern	" 342
18. Anfrage Riefe über die mangelhafte Beschaffenheit des zur Verteilung gekommenen Fettes	" 343

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister **Netemeyer**, Bürgermeister **Meyer**, Stadträte **von Frankenberg**, **Mohr**, **Schöttler**, **Wagner**, Stadtbaurat **Gebensleben**, Oberamtsrichter **Meyer**.

Wegen Einberufung zum Kriegsdienste fehlen die Herren Stadtverordneten **Dr. Jasper**, **Ribbentrop**, **Schmidt**, **Steincke**, **Dr. Boge** und **Weichsel**. Außerdem fehlen entschuldigt die Herren Stadtverordneten **Dr. Kahler** und **Schulze**.

Vorsitzender Dr. Wolters: Ich eröffne die Sitzung. Ich freue mich, daß mir Gelegenheit gegeben ist, mich einmal wieder an Ihren Arbeiten zu beteiligen, wenn auch einstweilen allerdings nur vorübergehend.

Es sind einige Eingaben an die Stadtverordnetenversammlung gelangt. In erster Linie ein Antrag der hiesigen Beamtenvereinigung, die wünscht, in den Ausschuß zur Verteilung der Lebensmittel einen Vertreter zu entsenden. Da eine ähnliche Angelegenheit heute auf der Tagesordnung steht, so werde ich, wenn sich nicht Widerspruch aus der Versammlung erhebt, diesen Antrag dem Herrn Berichterstatter der Statutenkommission überweisen mit der Bitte, seine persönliche Ansicht darüber zu äußern. Es wird dann die Versammlung in der Lage sein, sich gleichfalls darüber zu äußern und sich über den Antrag zu entscheiden.

Sodann sind mehrere Eingänge zu verzeichnen, die zugleich in demselben Wortlaut an den Magistrat gelangt sind. Zunächst eine Eingabe der vereinigten Lichtspieltheater. Der Inhalt ist den geehrten Herren dadurch bekannt, daß ihnen gleichfalls ein Abdruck der Eingabe zugesandt ist. Da die gleiche Eingabe an den Magistrat gegangen ist, so wird dieser Antrag der üblichen Handhabung gemäß einstweilen zurückgestellt, bis der Magistrat sich darüber geäußert hat.

Weiter ist eine Einladung zur Besichtigung vom Elektrizitätswerk an die Versammlung ergangen. Ich möchte mir erlauben, nachdem ich mit einigen Herren Rücksprache genommen habe, vorzuschlagen, daß das Werk von

uns am Sonnabend, 8. Dezember, besichtigt wird und vielleicht die Herren sich um 4 Uhr an Ort und Stelle einfinden. Wenn sich nicht Widerspruch erhebt, nehme ich an, daß eine Besichtigung zu dieser Zeit und Stunde den Herren genehm ist. — Es erhebt sich kein Widerspruch, es würde also die Besichtigung zu diesem Zeitpunkt als der Versammlung genehm anzusehen sein.

Von dem Verein Volksleschalle ist ein Schreiben eingegangen mit folgendem Wortlaut: „Der Vorstand des Vereins Volksleschalle überreicht Ihnen hiermit einen Aufruf zur Gründung eines „Volksclubbundes“, dessen Bildung bereits am 2. Dezember zu Berlin vor sich gehen wird. Nach der begeisterten Aufnahme der Grundgedanken dürfte die Bewegung zweifellos eine große Zukunft haben. Unser Verein, dessen Ziele bekanntlich weit über die Einrichtung einer Leschalle hinausgehen, und der deshalb als Mittelpunkt aller Volksbildungsbestrebungen in Braunschweig anzusehen ist, nimmt lebhaften Anteil an der Tätigkeit des Volksclubbundes und gedenkt, mit ihm in engsten Zusammenhang zu treten. Er bittet Sie daher, dem Bunde Ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden, und hat es übernommen, für die Stadt Braunschweig weitere Zustimmungserklärungen zu vermitteln.“

Da eine ähnliche Eingabe an den Magistrat eingegangen ist, stelle ich auch diese Angelegenheit einstweilen zurück.

Ein Schreiben des Magistrats mit der Unterschrift Gebensleben teilt mit, daß der Magistrat die Verpachtungen der auf dem Arkeröder Felde angelegten Kleingärten inzwischen eingeleitet hat. „Dem Wunsche der geehrten Herren, die Pachtzeit auf drei Jahre auszudehnen, haben wir leider nicht entsprechen können, da sich nicht übersehen läßt, ob nicht wesentliche Teile des Arkeröder Feldes innerhalb der nächsten drei Jahre zu anderen Zwecken verwendet werden müssen. Damit die Pächter eine ordnungsmäßige Düngung vornehmen können, werden wir — nach wie vor — bei jeder neuen Verpachtung stets in erster Linie die bisherigen Pächter berücksichtigen. Sollten einzelne Teile des Arkeröder Feldes demnächst zu anderen Zwecken Verwendung finden müssen, so würden wir es für billig halten, wenn den Pächtern eine Entschädigung für Gail und Gare dann zugestanden würde.“

Die geehrten Herren ersuchen wir ergebenst, hiervon Kenntnis nehmen zu wollen.“

Ferner wird den geehrten Herren folgendes zur Kenntnis gegeben: Der Magistrat schreibt an Herrn Direktor von Zeilisch:

„Wir erwidern auf den Bericht vom 22. Oktober, daß wir unsererseits die Festsetzung eines Höchstgasverbrauchs für geboten erachten, auch wenn die dadurch erzielte Ersparnis eine Steigerung des Verbrauchs der kleinen Verbraucher nicht ermöglichen sollte. Im Einvernehmen mit dem verstärkten Finanz-

ausschuß halten wir die Freigabe einer Monatsmenge von etwa 80 cbm für zulässig, und da es zur Zeit ungewiß ist, wann die nächste Sitzung der Stadtverordneten stattfinden wird, andererseits aber eine baldige Einschränkung des Gasverbrauchs dringend wünschenswert erscheint, so geben wir anheim, schon für den Monat November den Höchstgasverbrauch auf 80 cbm zu bemessen. Sollte die Stadtverordnetenversammlung abweichend beschließen, so behalten wir uns Mitteilung vor."

Meine Herren, dieselbe Angelegenheit wird nachher bei einem Punkte der Tagesordnung erledigt werden.

Von der Arbeitsgemeinschaft der kaufmännischen und technischen Angestellten-Verbände ist folgendes Schreiben an die Stadtverordneten eingegangen:

„Betreffend Gehaltsverhältnisse der Hilfsarbeiter und Hilfsdienstpflchtigen.

Nachstehend unterbreitet die ergebenst unterzeichnete Arbeitsgemeinschaft der kaufmännischen und technischen Angestelltenverbände Braunschweigs den Wortlaut der Entschlieung, die von den annähernd tausend Personen in der am 25. Oktober 1917 stattgefundenen Versammlung einmütig beschlossen wurde, zur Kenntnis."

Ich nehme an, daß der Inhalt der Entschlieung bekannt ist. Sollte das nicht der Fall sein, so liegt das Schriftstück zur Einsichtnahme hier bereit.

Sodann sind eingegangen drei Anfragen, zwei dringliche Anträge und ein anderer Antrag. Zunächst eine Anfrage von Herrn *Stegmann*:

„Aus welchen Gründen kommen seit einigen Monaten keinerlei Mühlenprodukte — Haferslocken, Grüge, Graupen usw. — zum Verkauf an die Einwohnerschaft?"

Dann eine zweite Anfrage von Herrn *Stegmann*:

„Ist dem Magistrat bekannt, daß in der letzten Zeit Schüler und Schülerinnen städtischer Schulen während des Unterrichts in ungenügend geheizten Schulräumen sitzen mußten, und kann Abhilfe geschaffen werden?"

Eine Anfrage von Herrn *Wesemeier*:

„Ist es wahr, daß der hiesige Herzogliche Hofstaat nicht dem Lebensmittelkartenzwang wie die übrige Bevölkerung unterstellt ist, und daß der Hofstaat vielmehr seine Lebensmittel und Gebrauchsartikel wie in Friedenszeiten ganz nach Belieben sich beschaffen kann?"

Was gedenkt der Magistrat im bejahenden Falle zu tun, diesem Unrecht gegen die übrige Bevölkerung ein schleuniges Ende zu bereiten?"

Von den Anträgen zunächst ein dringlicher Antrag des Herrn Rector:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, den Verkauf von Käse nach Kundenlisten zu regeln.“

Sodann ein dringlicher Antrag des Herrn Salomon:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, zu bewirken, daß den städtischen Beamten und Lehrkräften ein Vorschuß in der gleichen Höhe und unter denselben Bedingungen wie den Staatsbeamten, wenn möglich schon am 1. Dezember, gezahlt wird.“

Schließlich ein Antrag des Herrn Wesemeier:

„Beantrage, den hoffenden Frauen und Mädchen in den letzten drei Monaten vor ihrer Niederkunft, sowie den stillenden Müttern statt der bisher gewährten $\frac{3}{4}$ Liter Milch täglich 1 Liter Milch, halbmonatlich 1 Pfund Haferflocken oder Grieß und wöchentlich eine halbe Brotzuschlagskarte zu gewähren. Das Quantum Haferflocken oder Grieß ist auch Kindern im Alter bis zu zwei Jahren zu liefern, die nicht gestillt werden.“

Dann ist noch ein Schreiben von dem Hauswirtsverein eingegangen, unterzeichnet Dr. F. Brandis, Vorsitzender. Es betrifft die alsbaldige Einrichtung eines unentgeltlichen Wohnungsnachweises. Ich frage, ob ein gleiches Schreiben auch an den Magistrat eingegangen ist. (Wird bejaht.) Dann würde auch dieses Schreiben einstweilen zurückzustellen sein.

1. Antrag Frede, betreffend Wohnungsfürsorge für kinderreiche Familien.

Stadt. Wesemeier: Der Antrag Frede lautet: „Die Stadtverordnetenversammlung wolle den Magistrat ersuchen, auf die Beschaffung geeigneter Wohngelegenheit für kinderreiche Familien Bedacht zu nehmen.“ Es wird also hier ausschließlich die Beschaffung von geeigneter Wohngelegenheit für kinderreiche Familien gefordert, der Antrag nimmt somit eine Einzelfrage aus der ganzen Reihe der Fragen heraus, die sich mit den Wohnungsangelegenheiten der großen breiten Masse beschäftigen.

Wenn man den Antrag näher betrachtet, muß man unwillkürlich sofort verschiedene Fragen aufwerfen, von deren Beantwortung es abhängt, ob man dem Antrage stattgeben will oder nicht. Zunächst die Bedürfnisfrage. Wir haben uns in der Stadtverordnetenversammlung seit Jahren und besonders auf Anlaß der Linken der Stadtverordneten des öfteren mit der Wohnungsfrage beschäftigt. Die Tatsache, daß die Stadtverordnetenversammlung verschiedenen

Maßnahmen zugestimmt hat, die den Wohnungsmangel lindern sollen, beweist, daß die Bedürfnisfrage auch für die Stadtverordnetenversammlung insoweit erledigt ist, daß anerkannt ist, daß ein Bedürfnis für die Schaffung von Arbeiterwohnungen vorhanden ist. Diese Frage beschäftigte die Stadtverordnetenversammlung besonders in letzter Zeit — der Krieg mußte ja erst kommen, ehe man sich eingehend mit dieser Frage beschäftigte. Das Reich, die Einzelstaaten, verschiedene Kommunen und Vereine haben sich eingehend über die Wohnungsfürsorge, mit der Frage der Kriegerheimstätten, mit der Siedelungsfrage, der Bekämpfung der Mietskafernen und dem Bau von kleinen Wohnungen befaßt. Meine Herren! Wenn man die Frage stellt, ob in unserer Stadt ein Bedürfnis nach Wohnungsbeschaffung für kinderreiche Familien vorhanden ist, so kommt man nicht umhin, diese zu bejahen, um so mehr, wenn man die andere Frage, ob Kleinwohnungen überhaupt geschaffen werden müssen, nicht verneint hat. Denn wenn ein Kleinwohnungsmangel vorhanden ist, dann besteht selbstverständlich gerade für kinderreiche Familien im besonderen ein um so größerer Wohnungsmangel. Diese kinderreichen Familien drückt es am schwersten, wenn keine Wohnungen zu haben sind, weil solche Familien am schwersten in den Häusern Aufnahme finden. Es muß also die Bedürfnisfrage auch nach der bisherigen Stellungnahme unserer Stadtverordnetenversammlung ohne weiteres bejaht, und zwar stark bejaht werden, denn die Klagen, daß kinderreiche Familien Schwierigkeiten bei der Wohnungssuche gehabt haben, sind Jahrzehnte alt, immer und immer kehren sie wieder.

Aber auch auf dem allgemeinen Gebiete der Wohnungsbeschaffung steht zweifellos fest, daß nach dem Kriege ein erheblich stärkerer Wohnungsmangel eintreten wird als jetzt. Das Kaiserliche Statistische Amt hat aus 45 deutschen Städten festgestellt, daß dort im Jahre 1916 nur 1099 Wohngebäude mit 5015 Wohnungen errichtet sind gegen 9507 Wohngebäude mit 64 107 Wohnungen im Jahre 1912. Das ist denn doch ein ganz gewaltiger Ausfall, der sich im letzten Kriegsjahre gegenüber dem vorletzten Friedensjahre herausgestellt hat. In der Stadt München wurden 1915 die leerstehenden Wohnungen gezählt. Es wurde festgestellt, daß sich darunter 3753 Kleinwohnungen befinden. Aber schon damals waren in München 7868 Kriegstraunungen vorgenommen, und diese Kriegstraunungen haben sich nach 1915 noch ganz erheblich vermehrt. Wenn alle die jungen Männer aus dem Felde zurückkehren, wird der Ansturm auf die Wohnungen zweifellos ganz bedeutend stärker werden als früher und damit die Schwierigkeit größer, für kinderreiche Familien Wohnungen zu bekommen. Es wird nach Beendigung des Krieges ein ganz erheblicher Ausfall an Wohnungen gegenüber der Friedenszeit zu verzeichnen sein. In Friedenszeiten hatte Deutschland einen Bevölkerungszuwachs von jährlich 8—900 000 Menschen, für die

im Jahre etwa 200 000 neue Wohnungen gebaut wurden. Nun kann man ja sagen, daß ganz zweifellos eine ganze Reihe Männer abzurechnen sind, die im Kriege gefallen sind. Aber nur die Männer fehlen, die Familien brauchen weiter Wohnungen. Da so die Schwierigkeit, nach dem Kriege für kinderreiche Familien Wohnung zu beschaffen, wachsen wird, so ist es nach meiner Meinung und auch nach Überzeugung der Statutenkommission, der die Vorberatung des Antrages unterlag, nötig, daß der Staat und die Stadt helfend eingreifen.

Wie kann die Stadt das machen? Die verschiedenen Wege, auf welchen die Frage gelöst werden kann, sind in der Statutenkommission sehr eingehend erörtert worden. Da würde es zunächst den Weg geben, daß die Stadt selbst baut, und, meine Herren, die Statutenkommission hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß die Stadt tatsächlich bauen soll. Sie werden allerdings Ihre Meinung, der Sie in der Sitzung vom 14. September d. Js. hier in der Stadtverordnetenversammlung Ausdruck gegeben haben, etwas revidieren müssen, denn damals haben Sie beschlossen, die Stadt solle nicht bauen. Aber ich glaube, Sie werden um so leichter in diesem Punkte Ihre Meinung ändern können, als die Statutenkommission einmütig den Standpunkt einnimmt, daß die Stadt selbst bauen soll, und selbst der Herr Antragsteller hat den Antrag befürwortet, den er am 14. September bekämpft hat, ist also zu einer anderen Überzeugung gekommen.

Es ist weiter der Weg erörtert, ob die Stadt Privatunternehmer oder gemeinnützige Baugenossenschaften beim Bau von Wohnungen unterstützen soll. Der andere Weg, das Erbbaurecht für kinderreiche Familien zu Hilfe zu ziehen, scheidet von selbst aus, weil das Verfahren, daß man einer jetzt kinderreichen Familie ein Haus in Erbbaupacht gibt, nicht die Gewähr gibt, daß es später wieder einer kinderreichen Familie zur Verfügung steht, denn die Nachkommen dieser Familie brauchen nicht wieder zahlreiche Familien zu haben. Es könnte sehr wohl ein in Erbbaupacht gegebenes, für eine Familie mit zahlreichen Kindern bestimmtes Wohnhaus sehr leicht übergehen an eine Familie ohne Kinder, was nicht in der Absicht der Stadt liegen würde.

Es bleibt übrig, daß private Unternehmer und gemeinnützige Gesellschaften beim Bau von solchen Wohnungen materiell unterstützt werden.

Die Wohnungen, die hier in Betracht gezogen werden, müssen selbstverständlich in erster Linie für kinderreiche Familien geeignet sein, d. h. es müssen die genügenden Räume für die zahlreichen Kinder vorhanden sein. Heute finden wir leider, leider in sehr vielen Wohnungen unserer alten Stadt, nicht nur in den alten, sondern auch in neuen Straßen, die Familienmitglieder so zusammengepfercht, daß es im Interesse der Moral und Sitte liegt, der Familie in ihrer eigenen Wohnung einen größeren Spielraum zu schaffen. Die Zustände in den Wohnungen sind für zahlreiche Familien derart, daß die Stadt ein großes gesell-

schaftliches Interesse daran hat, hier helfend einzugreifen und die Mißstände nach Möglichkeit zu mildern. Wenn nun wirklich Wohnungen mit geeigneten Räumlichkeiten für kinderreiche Familien vorhanden sind, so ist damit noch nicht gesagt, daß Familien mit zahlreichen Kindern in den meisten Fällen in der Lage sind, solche Wohnungen ermiethen zu können, weil sie wirtschaftlich oft nicht so gestellt sind, daß sie die Miete dafür aufbringen können, denn je mehr Wohnräume eine Wohnung aufweist, um so teurer wird sie selbstverständlich auch. Es wird sowieso schon den Familien mit zahlreichen Kindern die ganze Lebenshaltung sehr erschwert; sie haben bedeutend mehr Ausgaben für Kleidung, Lebensmittel, für das Aufziehen der Kinder usw. aufzuwenden als eine Familie ohne Kinder. Es muß deshalb darauf Bedacht genommen werden, daß Familien mit zahlreichen Kindern auch in den Stand gesetzt werden, solche Wohnungen, die teurer sind als gewöhnliche Kleinwohnungen, bezahlen zu können. Auch dieser Weg ist in der Finanzkommission erörtert worden, und dankenswerterweise ist vom Magistrat anerkannt worden, daß nach dieser Seite hin helfend eingegriffen werden müsse und könne, insbesondere auch insoweit, als städtische Angestellte und Arbeiter dabei in Frage kämen.

Meine Herren! Alle hierher gehörigen theoretischen und praktischen Fragen sind in der Statutenkommission eingehend besprochen, und schließlich einigte man sich auf einen Vorschlag, den ich Ihnen als Antrag der Statutenkommission vorzulegen habe, und den ich Ihnen zur Annahme empfehle. Der Antrag lautet:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu erlauben, der Versammlung eine Vorlage zu machen, durch welche die Beschaffung geeigneter Wohnungen für kinderreiche Familien durch eigenen Bau und durch Hergabe zweiter Hypotheken (aus Mitteln der Fideikommission oder sonstigen Fonds) an Erbauer von passenden Häusern gefördert wird, auch staatlichen Beamten und Arbeitern mit zahlreichen Kindern durch erhöhte Wohnungsgeldzuschüsse zur Ermietung ausreichender Wohnungen zu verhelfen.“

Das ist der praktische Vorschlag, den Ihnen die Statutenkommission macht. Es ist in der Statutenkommission auch sogleich ein Weg angegeben worden, durch den der Antrag, den die Statutenkommission stellt, in die Praxis übergeführt werden kann und soll. Der Magistrat hat sich bereit erklärt, das Arkeröder Feld event. zum Bau solcher Wohnungen für kinderreiche Familien freizuhalten. Die Vorarbeiten sollen so gefördert werden, daß nach Friedensschluß, sobald Baumaterial vorhanden ist und es möglich ist, in die Bautätigkeit einzutreten, solche Häuser erbaut werden können. Die Abteilung III der Fideikommission, die ziemlich umfangreiche Kapitalien hat, soll dazu in ausreichender Weise herangezogen werden, und die Kommission hofft, daß auch andere helfend zum Bau solcher Wohnhäuser beisteuern werden. Der Magistrat hat anerkannt, daß es ihm als

gerechtfertigt erscheine, daß städtischen Angestellten und Arbeitern, die zahlreiche Kinder zu versorgen haben, durch Mietzuschüsse von seiten der Stadt unter die Arme gegriffen würde, um ihnen zu ermöglichen, solche gesunde Wohnungen für ihre Familien zu ermieten. Die Statutenkommission steht einmütig auf dem Standpunkte, der in ihrem Antrage niedergelegt ist, und ersucht Sie durch mich um Ihre Zustimmung, um die auch ich persönlich Sie herzlich gebeten haben möchte.

Oberbürgermeister Metemeyer: Ich glaube, in einer Beziehung liegt ein Mißverständnis des Herrn Berichterstatters vor. Ich habe der Sitzung der Statutenkommission beigewohnt und bin ihren Verhandlungen aufmerksam gefolgt, habe aber nicht gehört, daß die Statutenkommission empfohlen hätte, es sollte, abweichend von dem in der vorvorigen Sitzung gefaßten Beschlusse, jetzt der Magistrat ersucht werden, selbst Häuser zu bauen, im Gegenteil wurde darauf hingewiesen, daß die früher geäußerten Bedenken für die Stadt nach wie vor vorliegen. Es wurde in der Statutenkommission nur gesagt, der Magistrat möge auch die Erbauung kleiner Häuser fördern, nachdem ich erklärt hatte, daß der Magistrat ein diesbezügliches Projekt in bezug auf das Arferöder Feld bereits in Auftrag gegeben hätte.

Der Herr Berichterstatter hat ferner erklärt, es wäre vom Magistrat in Aussicht gestellt, daß zur Beschaffung der nötigen Mittel für kinderreiche Familien von der Stadt an Beamte und Arbeiter Beihilfen gegeben werden sollten. Auch das ist nicht richtig. Der Magistrat hat sich mit dieser Frage überhaupt noch nicht befaßt, und meine Herren Kollegen werden sich wundern, wie der Oberbürgermeister dazu gekommen ist, derartige Erklärungen abzugeben. Die Sache ist anders verlaufen. Es wurde im Laufe der Debatte gefragt, wie ich mich zu der Sache bezüglich dieser Zuschüsse stelle, und darauf habe ich erklärt, daß ich für meine Person allerdings den Standpunkt einnehme, daß, wenn man für das Bevölkerungsproblem eine wirklich praktische Lösung finden wollte, nichts anderes übrigbliebe, als die Familien, die den Segen, aber auch die Last der Erziehung vieler Kinder haben, von seiten der Stadt anders zu stellen als die Junggesellen, und ich glaube auch annehmen zu dürfen, daß, wenn die Sache im Magistrat zur Sprache kommt, meine Kollegen dieser Ansicht beipflichten werden. Man mag über dieses Bevölkerungsproblem denken, wie man will, so habe ich doch die feste Überzeugung, daß wesentlich die schwere finanzielle Belastung, die aus der Unterhaltung einer großen Zahl von Kindern erwächst, schuld an dem Rückgang der Geburtenzahl ist. Es ist möglich, daß andere Herren auf einem anderen Standpunkte stehen, dennoch muß ich das als meine Überzeugung bekennen. Wir haben im Kriege sehr viel gelernt und haben diese Unterstützung der Familien praktisch

durchgeführt insofern, als wir besondere Zuschüsse denjenigen Beamten und Arbeitern geben, die mehrere Kinder zu unterhalten haben. Deshalb werden Sie es erklärlich finden, wenn ich zu der Ansicht gelangt bin, daß sich etwas Ähnliches auch nach dem Kriege noch durchführen läßt. Sowohl der Staat wie auch die Stadt könnten nach dem Kriege meines Erachtens sehr wohl in dieser Weise vorgehen. Dadurch wird aber die große Frage selbst noch nicht gelöst, denn es ist meiner Ansicht nach ausgeschlossen, daß die Stadt oder der Staat so weit gehen sollten, derartige besondere Kinderzuschüsse auch den Familien zu geben, die zum Staat oder zur Stadt in keiner Beziehung stehen. Solche Kinderzuschüsse ließen sich nur durchführen, wenn allgemein die Auffassung Platz greift, daß sie notwendig sind, wenn insbesondere die Arbeiter zu der Überzeugung kämen, daß ein Arbeiter, der für eine große Familie zu sorgen hat, anders gestellt werden muß als ein Junggeselle. Das ließe sich sehr wohl durchführen. Man kann sehr gut dabei wie bisher den Arbeitslohn einigermaßen nach der Leistung bemessen, aber gleichwohl sagen: Es müssen sich allmählich die unverheirateten Arbeiter dazu verstehen, daß sie nicht so hoch gelohnt werden, damit den übrigen, die Familie haben, Zuschüsse bewilligt werden können. Mit Zwang lassen sich selbstverständlich derartige Auffassungen nicht durchführen, es kann nur die eigene Überzeugung, daß dies zum Wohl des Vaterlandes gereicht, die Arbeiter und sonst Beteiligten dazu bringen, daß sie sich darin finden.

Ich möchte nur festgestellt haben, daß der Magistrat bisher keine Veranlassung gehabt hat, sich mit der Sache zu befassen. Wenn Sie diesen Antrag an uns richten, wird er sich selbstverständlich damit beschäftigen.

Vorsigender: Ich darf wohl bemerken, daß es drei Punkte waren, auf die die Statutenkommission hinauswill. Zunächst war sie grundsätzlich damit einverstanden, daß die Stadtverwaltung nicht in eigener Unternehmung Häuser baut, und das entspricht dem Beschlusse, den die Versammlung vor einigen Wochen gefaßt hat. Dann gipfelt der Beschluß der Kommission in drei Punkten: Man möchte die Errichtung von Wohnungen für kinderreiche Familien dadurch fördern, daß einmal die Stadt Ländereien hergibt, insbesondere wurde dafür das Arfendorfer Feld genannt, dann dadurch, daß die Stadt auf zweite Hypotheken Geld hergibt, und schließlich soll ins Auge gefaßt werden, an städtische Beamte und Arbeiter, die zahlreiche Kinder haben, für die Kinder eine Unterstützung zu gewähren.

Nun möchte ich empfehlen, daß der Herr Berichterstatter in Verbindung mit Herrn Hartung eine genaue Formulierung dieser Anträge vornehme. Sollten sie eben nicht dazu in der Lage sein, so würde ich empfehlen, diesen Punkt der Tagesordnung zunächst zu verlassen, Punkt 2 vorzunehmen und nachher Punkt 1 wieder aufzunehmen.

Stadtv. Frede: Ich war darauf vorbereitet, daß Herr Wesemeier hier wieder gewissermaßen einen Vorwurf gegen mich erheben würde, daß ich mich mit Einbringung dieses Antrages in Widerspruch gesetzt hätte zu meiner Haltung gegenüber der Vorlage des Magistrats in der vorletzten Sitzung. Er hat das schon in der Kommission behauptet, ich habe es dort zurückgewiesen und muß es auch hier zurückweisen. Es liegt darin kein Widerspruch. Der Magistrat hat für die städtischen Beamten und Arbeiter in der Honrothstraße einige Häuser errichtet. Wir haben damals schon vorausgesagt, daß der Magistrat damit üble Erfahrungen machen werde. Nun ist der Magistrat in diesem Herbst gekommen und hat eingestanden: Die Sache kommt uns zu teuer, und wir haben darauf verwiesen, daß wir das vorausgesehen hätten, und daß wir immer noch dagegen seien, daß die Stadt selber baut. Nun sagt Herr Wesemeier: Herr Frede beantragt, daß wieder gebaut wird. Zunächst steht in meinem Antrage nicht: Wir wollen bauen, sondern wir wollen für Wohnungsbeschaffung für kinderreiche Familien sorgen. Das kann allerdings dadurch geschehen, daß die Stadt selber baut, aber ich habe in der Kommission verschiedene Wege gezeigt, auf denen man auch zum Ziele käme, indem man z. B. Wohnungsgeldzuschüsse bewilligt, oder indem man in bezug auf die Besteuerung der kinderreichen Familien Rechnung trägt. Infolgedessen kann man den Wortlaut meines Antrages durchaus nicht in die Richtung zwingen, wie es der Kommissionsreferent tut, und ich bestreite, daß ein Widerspruch zwischen meinem jetzigen Vorgehen und meiner Stellungnahme gegenüber dem Unternehmen von städtischen Wohnungsbauten überhaupt liegt. Wir sind gegen die Übernahme des Baus von Wohnungen städtischerseits, weil wir wissen, daß die Stadt teuer baut, weil wir nicht zugeben wollen, daß die Stadt mit ihren Wohnungen ihren Bürgern Konkurrenz macht. Wir sehen nur schädliche Folgen daraus entstehen, daß die Stadt, die über größere Mittel verfügt, selber baut oder daß sie Baugenossenschaften mit öffentlichen Mitteln derartig unterstützt, daß das Bauhandwerk nicht dagegen ankommen kann. Es wird das die Folge haben, daß das Bauhandwerk notleidet, sich überhaupt von dem Wohnungsbau zurückzieht, und daß, statt daß die Zustände besser werden, der Schaden nur bedeutend größer wird. Das ist unsere Ansicht in dieser Sache.

Wenn ich nun aber sage, daß für die kinderreichen Familien sehr wohl einmal ein Versuch gemacht werden könnte und doch von seiten der Stadt gebaut werden könnte, dann liegt darin kein Widerspruch. Ich kann doch sagen: Für einen solchen Zweck, wie er damals von dem Magistrat ins Auge gefaßt war, nämlich für städtische Beamte und Arbeiter, die niemals an Wohnungsnot gelitten haben, die ein sehr gutes Publikum für unsere Hausbesitzer sind, für solche zu bauen, dafür sind wir nicht, wohl aber dafür, daß die Stadt einen Versuch macht, einen Bau für

kinderreiche Familien zu errichten. Ich verstehe nicht, wie man darin eine Logik vermissen kann und einen Widerspruch herleiten will.

Nun hat das mit dem Bauen seitens der Stadt der Herr Oberbürgermeister schon richtiggestellt. Der Irrtum zwischen Herrn Wesemeier und dem Herrn Oberbürgermeister wird dadurch gekommen sein, daß der Herr Oberbürgermeister bei der Beratung in der Kommission sagte: „Wir können ja ein paar Häuser hinstellen, das wird nicht viel kosten; wir brauchen keine Kanalisation, sondern können Gruben einrichten.“ Aber daraus, daß der Herr Oberbürgermeister hinzufügte: „Wir können zweite Hypotheken darauf geben“, geht hervor, daß er nicht dem Gedankengang des Herrn Wesemeier gefolgt ist, sondern daß er an eine andere Wohnungsbeschaffung für kinderreiche Familien gedacht hat. Auch ich habe bei der angeführten Bemerkung des Herrn Oberbürgermeisters zuerst geglaubt, daß er meinte, die Stadt könnte einmal einen Versuch machen, und dagegen könnte man keine Bedenken haben, aber aus der Hinzufügung über die zweiten Hypotheken ergibt sich keine Meinung so, wie es der Herr Oberbürgermeister dargestellt hat.

Meine Herren! Aus dem Referat haben Sie gesehen, wie dringend nötig es ist, daß eine Stadtgemeinde sich mit der Materie befaßt. Ich bin über das Ergebnis der Kommissionsberatung sehr erfreut und kann sagen, daß Braunschweig, wenn die Stadtverordnetenversammlung den Antrag der Statutenkommission annimmt und der Magistrat ihm folgt, die erste Stadt ist, die wirklich Maßnahmen in dieser Richtung übernimmt, die Erfolg verbürgen. Es ist etwas Handgreifliches, was hier beschlossen werden soll, während man in den meisten Städten nur probiert und gegen dieses und jenes Bedenken hat. Wie der Herr Oberbürgermeister gesagt hat, liegt eine Verpflichtung des Staates und der Gemeinden vor, diejenigen Familien zu unterstützen, die für die Bevölkerung von Stadt und Staat sorgen. Es ist außerordentlich betrübend, zu sehen, wenn eine zahlreiche Familie nicht die Mittel hat, sich eine ihrer Kopfgahl entsprechende Wohnung zu beschaffen. Es ist Pflicht der Gemeinde, sich darum zu kümmern, daß die Kinder kräftig aufwachsen. Deshalb bitte ich Sie, den Antrag anzunehmen. Ich glaube, daß er einstimmig angenommen wird, und spreche Ihnen dafür meinen Dank schon im voraus aus.

Stadtv. Hartung: Auch ich bitte, den Antrag anzunehmen. Ich muß dazu bemerken, daß auch ich in der Kommission den Herrn Oberbürgermeister so verstanden habe, daß die Stadt wohl mit eigenen Bauten, wenn auch in bescheidenen Grenzen einmal anfangen könnte, und ich habe infolgedessen auch den Antrag, der schließlich in der Statutenkommission angenommen ist, so verstanden, daß die Kommission sich auf den Standpunkt gestellt hat, daß die Stadt neben anderen auch diesen Weg beschreiten würde. Es ist nicht gesagt, daß, wenn die Stadt einen

Versuch mit der Erbauung von Wohnungen für kinderreiche Familien macht, dann die Unterstützung von solchen Bauten durch Vergabe letztwilliger Hypotheken nicht auch erfolgen könnte. Es braucht das andere nicht ausgeschlossen zu werden, weil das eine gewählt ist. Beide Wege empfiehlt die Kommission, und es wird keine ernststen Bedenken haben, wenn die Stadtverordnetenversammlung sich diesem Standpunkte anschließt. Schon Herr Frede hat ausgeführt, daß diese Frage mit der früheren, ob die Stadt für ihre Beamten und Arbeiter Häuser bauen solle, absolut nichts zu tun habe. Zu diesem Falle, wo kinderreiche Familien in Betracht kommen, kann man immerhin der gleichen Meinung sein, daß ausnahmsweise auch die Stadt etwas tun kann.

Oberbürgermeister Netemeyer: Ich kann natürlich jetzt nicht sagen, ob der Wortlaut meiner Äußerung der gewesen ist, daß ich gesagt habe: „Wir könnten ja ein paar Häuser hinsetzen“, aber ich mache darauf aufmerksam, daß man sich fragen muß: Was sollte durch einen solchen Versuch, auch wenn wir ihn machten, denn erreicht werden? Daß wir in der Lage sind, für eine kinderreiche Familie auf dem Arkeröder Felde ein sehr niedliches Haus mit einem kleinen Garten herzustellen, das brauchen wir nicht erst durch einen Versuch zu beweisen. Mit einem einzigen solchen Bau wird die Frage doch nicht gelöst. Ist es uns schon — und zwar uns allen oder doch der Mehrheit von Ihnen — nicht als angänglich erschienen, für die städtischen Beamten und Arbeiter Wohnungen zu bauen und diese zu vermieten, dann ist es doch für die Stadt noch viel schwieriger — das werden Sie ohne weiteres anerkennen —, das Problem zu lösen, eigene Häuser an fremde kinderreiche Familien zu vermieten und zu unterhalten. Daraus würde uns eine sehr erhebliche Last erwachsen. Deshalb möchte ich bitten, uns diesen Antrag nicht zu unterbreiten. Ich glaube, ich kann ohne weiteres erklären: Nachdem der Magistrat eben erst Ihre Zustimmung erbeten hat, die Erbauung von Wohnungen für städtische Beamte und Arbeiter nicht weiter zu verfolgen, wird er auf einen Antrag wie den heutigen nicht eingehen können.

Daß ich die Sache nicht so gemeint habe, wie sie von Herrn Wesemeier aufgefaßt ist, folgt daraus, daß ich gesagt habe, es seien schon seit längerer Zeit Verhandlungen wegen der Siedlungstätigkeit im Gange, das Gezeß werde in nächster Zeit dem Landtage unterbreitet und werde sich auch auf die Stadt Braunschweig erstrecken. Bei dieser Siedlungstätigkeit kommt es darauf an, wenn für die Kriegsteilnehmer eigene Grundstücke beschafft werden sollen, die zweiten Hypotheken zu beschaffen, und in Hinsicht darauf meinte ich, daß man wohl in der Lage wäre, die Mittel der Abteilung III der Siedelstiftung, wenn der Vorstand der Stiftung damit einverstanden ist, derartig dafür zu verwenden, daß man etwa 2000 M auf jedes Einzelgrundstück als letzte Hypothek hergibt und sie vielleicht

nur mit 3 Prozent verzinsen läßt. Dazu wäre die Züdelstiftung imstande, denn es stehen uns jährlich etwa 74 000 *M* zur Verfügung, so daß jährlich 37 Häuser, was die Hypothekenbeschaffung betrifft, unter Dach und Fach gebracht werden könnten. Aus dieser meiner Bemerkung in der Kommission folgt ohne weiteres, daß ich nicht im Auge gehabt habe, daß die Stadt selber Häuser für kinderreiche Familien bauen soll, sondern daß wir das anderen überlassen wollen, seien es Privatpersonen oder gemeinnützige Gesellschaften, und daß wir nur in dieser Weise die Beschaffung von Wohnungen für kinderreiche Familien von Seiten der Stadt unterstützen wollen.

Vorsitzender: Ich würde empfehlen, die Beschlußfassung in der Weise herbeizuführen, daß die vom Herrn Berichterstatter vorgetragene Resolution unter Beibehaltung der Worte „durch eigenen Bau“ zur Abstimmung kommt, und andererseits über dieselbe Resolution unter Hinzuefügung dieser Worte abgestimmt wird. Dadurch werden die Herren Gelegenheit haben, sich aus neue darüber schlüssig zu werden, ob sie den Bau durch die Stadt beschließen wollen.

Stadtv. Kraus: Soweit die Resolution in der Fassung, wie sie der Herr Berichterstatter vorgetragen hat, zur Abstimmung kommt, stelle ich den Antrag, hinter den Worten „durch eigenen Bau“ hinzuzufügen: „oder durch Beteiligung an Baugenossenschaften und dergleichen“. Es handelt sich um eine grundsätzliche Stellungnahme darüber: Halten wir es für richtig, daß die Stadt überhaupt baut, oder halten wir es für richtig — und auf dem Standpunkte stehe ich —, daß die Stadt sich in solchen Fällen an einer Baugenossenschaft oder an einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung beteiligt, bei welcher sie mit 51 Prozent des Grundkapitals die Mehrheit hat. Ob die Stadt Hypotheken gibt oder Anteil nimmt an solchen Gesellschaften, ist eine Frage, die besonders zu untersuchen ist. Jedenfalls ist im allgemeinen Klarheit darüber vorhanden, daß eine Stadt nicht billiger baut als ein Privatunternehmer, und daß eine Stadt nicht billiger verwaltet als eine Erwerbsgesellschaft, selbst wenn die Stadt sich darauf beschränkt, mit einer ganz geringen Rentabilität sich abzufinden. ,

Sodann kann ich es nicht für richtig halten, zwei so große wirtschaftliche Probleme in einem einzigen Antrage zusammenzufassen, wie es hier der Fall ist, nämlich das Problem der Wohnungsbeschaffung für kinderreiche Familien und gleichzeitig das Problem der höheren Bezahlung der Verheirateten mit vielen Kindern gegenüber anderen Beamten und Arbeitern. Es handelt sich da um die große Frage: Wird die Bezahlung als Leistungslohn oder als Bedürfnislohn beziehungsweise Gehalt angesehen. Diese Frage kann nicht über's Knie gebrochen werden. Es ist richtig, wenn der Herr Oberbürgermeister sagt: Die Ar-

beiter sollen sich daran gewöhnen, daß die Unverheirateten weniger verdienen, und ich füge hinzu: Auch die Arbeitgeber sollen sich daran gewöhnen, daß die Verheirateten mehr verdienen.

Stadtv. Meyerhoff: Ich kann mich nicht dazu bereit finden, zuzustimmen, daß die Stadt wieder einen Versuch mit neuen Bauten macht, aber es läßt sich ein anderer Weg beschreiten, um den kinderreichen Familien zu helfen. Betrachten Sie sich die Weberstraße, Gildenstraße, Langestraße und andere Straßen, die augenblicklich viel von der Arbeiterbevölkerung bewohnt werden. Wenn Sie den Besitzern Mittel gewähren, um ihre Wohnungen zu sanieren, aus zwei Wohnungen eine zu machen, so würde das viel ausmachen. Die Gelehrten sind sich darüber einig, daß nicht die Höhe der Wohnungen, sondern hauptsächlich der Luftraum für die einzelne Person maßgebend ist für die Gesundheit der Menschen. Die neu gebauten Häuser haben auch ihren Mangel, allerdings nicht den, den man durch den Ausdruck Kasernenbauten treffen will. Wer hat denn Kasernenbauten aufgeführt? Die meisten derselben sind doch durch die Baugesellschaften entstanden. Die meisten neuen Häuser sind in sanitärer Hinsicht wohl zu gebrauchen, aber sie haben den Mangel, daß sie zu wenig Räume für eine kinderreiche Familie haben. Eine zahlreiche Familie gebraucht mehr Räume, wenn sie auch kleiner sind. Wenn nun der Magistrat in Erwägung ziehen wollte, die Besitzer der Häuser im Innern der Stadt in den Stand zu setzen, ihre Wohnungen zu sanieren, aus mehreren Wohnungen eine zu machen, wenn er dafür Unterstützung gewährt, so dürfte er sich dabei nicht auf die genaue Zahl von 2000 M beschränken, denn das kostet bei alten Häusern oftmals viel mehr. Wenn aber eine Bereitwilligkeit vorhanden ist, in dieser Weise zu helfen, so finden sich, wie ich glaube, eine ganze Masse unserer Mitbürger, die aus diesen verruften Wohnungen ganz gesunde schaffen können. Ich möchte bitten, diesen Punkt im Auge zu behalten. Daß es nötig ist, ihn in der Resolution auszudrücken, glaube ich nicht; ich möchte nur, daß der Punkt im Auge behalte wird.

Stadtv. Lebhenjohanns: Ich möchte mich ebenfalls dagegen aussprechen, daß die Stadt aufs neue einen Versuch mit dem Bau von eigenen Häusern macht. Ich glaube auch, daß dazu eine Notwendigkeit nicht vorliegt, denn die von den gemeinnützigen Baugesellschaften gebauten Häuser sind nicht einmal in der Weise in Anspruch genommen, wie jene es wünschen, auch dann nicht, wenn die Betriebsunternehmer für die Beschaffung der notwendigen Anteile bei solchen Genossenschaften die Mittel zur Verfügung gestellt und den Arbeitern gesagt haben: Wir stellen euch die Mittel franko Verzinsung zur Verfügung, solange ihr bei uns in Tätigkeit seid. Legt ihr aber die Arbeit bei uns nieder, dann soll uns der Erlös aus dem Anteile wieder zufallen. Selten haben die Arbeiter davon Gebrauch ge-

macht. Ich glaube, daß das ein Zeichen dafür ist, daß das Bedürfnis nicht in dem Umfange vorhanden sein kann, wie es vielfach geschildert wird.

Stadtvr. **Ohlendorf:** Weil eben die Bedürfnisfrage in Zweifel gezogen wird, möchte ich von einem Resultat Kenntnis geben, das ein Freund der Baugenossenschaften festgestellt hat. Darnach befinden sich in den 98 Häusern der Baugenossenschaft 784 Familienwohnungen. Von den in den Häusern wohnenden Personen sind 307 Ehemänner und 187 Unverheiratete eingezogen. In den 98 Häusern wohnen 44 Familien, die eigentlich keine Wohnung erhalten haben, oder besser gesagt: bei diesen 784 Familien wohnen außerdem noch 44 Familien, die teils ihren Haushalt aufgegeben haben, teils Kriegerheiraten gemacht haben usw., von denen also der Ehemann nach Schluß des Krieges zurückkommen wird und die dann ohne Wohnung sein werden. Das ist nicht gerade eine Statistik der kinderreichen Familien, aber jedenfalls ein Beweis dafür, daß ein Wohnungsmangel in kolossaler Weise nach Schluß des Krieges eintreten wird.

Stadtvr. **Wesemeier:** Nach den Ausführungen des Herrn Kollegen Tebbenjohanns könnte es scheinen, als wäre überhaupt kein Mangel an Wohnungen vorhanden. Nun finde ich allerdings vom Standpunkt der Arbeiter aus begreiflich, daß sie sich weigern, unter den von Herrn Tebbenjohanns angegebenen Bedingungen in die ihnen gebotenen Wohnungen hineinzuziehen. Sie wollen nur nicht in die Zwangsjacke hineinkriechen, wenn sie die Werkwohnungen nicht beziehen wollen. Es ist von jedem ernstern Wohnungspolitiker anerkannt, daß die Wohnungen, sobald sie von der Werkleitung ausgebaut werden mit der Bedingung, die Wohnung zu räumen, sobald das Werk den Arbeiter auf die Straße setzt, nicht begehrt sind, und das ist auch eine begreifliche und wohl berechnete Stimmung der Arbeiter.

Nun scheint es nach den einzelnen Rednern, als ob die Sitzung der Statutenkommission eine Sitzung der Mißverständnisse gewesen sei. Das ist denn aber doch nicht der Fall. In einem Punkte allerdings berichtige ich mich: Was ich anführte, hat nicht der Magistrat erklärt, sondern der Herr Oberbürgermeister hat anerkannt — es ist das nur ein Vergreifen im Worte —, daß die Familien mit zahlreichen Kindern wohl wert seien, daß sie besonders unterstützt würden. Der Antrag der Statutenkommission aber, den ich vorgetragen habe, ist eine wörtliche Niederschrift des Herrn Kollegen Hartung. Ich hatte ebenfalls einen Antrag niedergeschrieben und nachher sind beide zusammengearbeitet worden. Der Antrag ist dort so, wie ich ihn Ihnen mitgeteilt habe, zweimal verlesen und dabei gesagt worden: Wir einigen uns auf diese Grundlage. Von einem Mißverständnis darüber in der Statutenkommission kann also keine Rede sein. Ich bemerke noch, daß die Statutenkommission fast vollständig vertreten war — es fehlte nur ein

Mitglied —, und es war außerdem Herr Frede als Antragsteller zur Begründung seines Antrages anwesend. Es war von diesem Herrn selbst der Vorschlag gemacht, die Stadt sollte versuchen, solche Bauten aufzuführen und Erfahrungen zu sammeln. Dann hat der Herr Oberbürgermeister, wie er selbst zugibt, und wie auch die Kommissionsmitglieder bestätigen werden, sich in einem Sinne geäußert, in dem meiner Auffassung nach lag, daß die Stadt selbst bauen wolle. Vor allen Dingen ist wichtig, daß die Resolution zweimal durch Herrn Justizrat Hartung zur Verlesung gekommen ist und kein Widerspruch sich dagegen erhoben hat. Ich selbst vermag als Referent nicht über die Köpfe der Mitglieder der Kommission hinweg eine Resolution zu ändern; dazu wäre doch nur die Kommission, die eine Stunde lang über die Sache beraten hat, befugt. Ich muß den Standpunkt der Kommission, wie er in dem Antrage der Statutenkommission niedergelegt ist, aufrechterhalten — der Herr Vorsitzende hat das Originalschreiben von Herrn Hartung in Händen —, und ich bitte auch Sie, diesem einmütigen Antrage der Statutenkommission zuzustimmen.

Vorsitzender: Der Antrag der Statutenkommission lautet: „Den Magistrat zu ersuchen, der Versammlung eine Vorlage zu machen, durch welche die Beschaffung geeigneter Wohnungen für kinderreiche Familien durch eigenen Bau und durch Hergabe zweiter Hypotheken (aus Mitteln der Züdelstiftung oder sonstigen Fonds) an Erbauer von passenden Häusern gefördert wird, auch Staatsbeamten und Arbeitern mit zahlreichen Kindern durch erhöhten Wohnungsgeldzuschuß zur Ermietung ausreichender Wohnungen zu verhelfen.“

Hiergegen ist von einer Seite eine Einwendung erhoben, die ich als Antrag auffasse, nämlich die Worte „durch eigenen Bau“ wegzulassen.

Dann ist ein Zusatzantrag von Herrn Kraus gestellt: Hinter „durch eigenen Bau“ einzufügen „oder durch Beteiligung an Baugenossenschaften und dergleichen.“

Ich möchte vorschlagen, die erste Beschlußfassung dahin erfolgen zu lassen, ob die Wortfassung „durch eigenen Bau“ bestehen gelassen oder gestrichen werden soll.

Der Antrag, die Worte „durch eigenen Bau“ zu streichen, wird abgelehnt (10 von 27 Stadtverordneten dafür), der Zusatzantrag Kraus angenommen und darauf dem Antrage der Statutenkommission mit dem Zusatz Kraus von der Mehrheit der Versammlung zugestimmt.

2. Antrag Stegmann auf eine gerechtere Gasverbrauchsregelung durch Rationierung nach der Kopfszahl.

Stadtv. **Frede:** Die gleichzeitige scharfe Beschränkung in der Versorgung der Bevölkerung mit Leuchtgas und mit Heizmaterial hat zur Folge gehabt, daß die

meisten Haushalte in Schwierigkeiten geraten sind und manche wohl gar mit einem Notstande zu kämpfen haben. Ich denke da vor allen Dingen an diejenigen Haushalte, die sich schon im Jahre 1916 — das nach der Bekanntmachung als Vergleichsjahr zu dem gegenwärtigen Jahre zu gelten hat — ganz besonders eingeschränkt haben, und an diejenigen, die bei der Beleuchtung nur auf Gas angewiesen sind und daneben nur so viel Heizmaterial zur Verfügung haben, daß sie nur einen Ofen heizen können und gezwungen sind, in der Küche nur mit Gas zu kochen. Petroleum ist ja nicht zu bekommen und auch keine Neuanlage von elektrischem Licht. Um nun diesen Härten, den Mißständen und der Not abzuhelfen, ist ein Antrag eingebracht. Der Antrag des Herrn Stegmann geht darauf hinaus, in einer gerechteren Weise die Verbrauchsregelung des Gases vorzunehmen, und zwar erblickt Herr Stegmann diese gerechtere Regelung darin, daß nach der Kopfszahl die Festsetzung des Gasverbrauchs vorgenommen wird; in der Kommission schlug er 8 cbm pro Kopf vor. Nun erkennt man wohl ohne weiteres, daß, wenn man in dieser Weise die Sache regeln wollte, der Gasverbrauch durchaus nicht in gerechter Weise geregelt wird, denn man kann doch wohl sagen, daß ein einzelner, der sich etwas kocht, ebensoviel Gas aufwenden muß wie eine Frau, die für zwei Personen kocht. Es geht dann also die Multiplikation mit der Anzahl der Köpfe über das Quantum hinaus, was gerechterweise verlangt werden kann. Zweifellos würde mit einer solchen Regelung, wie uns Herr Direktor von Feilich in der Kommission dargelegt hat, ein wesentlich höherer Gasverbrauch erzielt, und das wäre nicht zulässig. Herr Direktor von Feilich hat in der Kommission auf die sehr vielen Schwierigkeiten hingewiesen, die in den Monaten Oktober und November einer höheren Gasproduktion entgegenstehen. Es handelt sich in diesen beiden Monaten um den Transport von Kartoffeln, Rüben usw., wodurch die Bahn stark in Anspruch genommen wird, und es ist anzunehmen, daß späterhin in den eigentlichen Wintermonaten die Sache etwas besser gehen wird. Keiner kann aber im voraus sagen, ob das in Wirklichkeit der Fall sein wird, denn wir wissen alle, daß auch die Heeresbedürfnisse auf die Ausnutzung der Waggons den wesentlichsten Einfluß ausüben, und es kann keiner wissen, wie sich das in Zukunft machen wird. Die Schwierigkeit, Kohlen zur Gaszerzeugung heranzuschaffen, hat in einigen Städten — Herr Direktor von Feilich hat einige genannt — dazu geführt, daß die Gaszerzeugung ganz hat eingestellt werden müssen. In diese schlimme Lage ist unsere Stadt gottlob nicht gekommen, und wir wollen wünschen, daß sie nicht eintritt. Nun müßte, wenn wir dem Antrage Stegmann in irgend einer wesentlichen Weise nachgeben wollen, die Sache anders angefaßt werden. Wir konnten nicht den Verbrauch nach der Kopfszahl der Familien bemessen, sondern mußten auf den Gedanken eingehen, ob bei den Kleinverbrauchern eine Zulage vorgenommen werden könnte. In der Beziehung wurde darauf hingewiesen, daß sich das nur in

der Weise ausführen ließe, daß man oben den Konsum beschnitte, um unten etwas freigeben zu können. Die Herren wissen, daß zur Zeit der Stellung des Antrages Stegmann schon bekanntgegeben war, daß ein Minimalquantum von 30 cbm freigegeben war. Das ist in der Weise zu verstehen, daß z. B. Leute, die im Vorjahre 20 cbm verbraucht haben, in diesem Jahre bis zu 30 cbm verbrauchen dürfen, ohne einer Strafe oder der Berechnung des höheren Gaspreises für die überschießenden Kubikmeter sich auszusetzen. Nun war es aber nicht leicht, die Sache so zu regeln, wie ich eben angedeutet habe. Es mußte eine Berechnung veranlaßt werden, wie viele Haushaltungen in Frage kamen, die im Vorjahre über 100 cbm Gas monatlich verbraucht haben, und wie viele von den kleinen Verbrauchern in Frage kommen. Es hat sich ergeben, daß, wenn man ein Maximum von 80 cbm Gasverbrauch im Monat aufstellt, allerdings nach unten etwas zugelegt werden könnte. Sie wissen, daß in der Bekanntmachung vom 7. November Herr Direktor von Feilitzsch mitgeteilt hat, daß als Minimalquantum 35 cbm gelten sollen. Das ist so zu verstehen: Diejenigen, welche im Vorjahre bis zu 41 cbm verbraucht haben, dürfen nunmehr 35 cbm verbrauchen, ohne sich einem erhöhten Preise oder gar einer Bestrafung auszusetzen. Es ist weiter in der Bekanntmachung gesagt, daß solche, die über 100 cbm Gas im Vorjahre verbraucht haben, von jetzt an monatlich nur bis zu einem Verbrauch von 80 cbm kommen dürfen. Diejenigen, die in der Beleuchtung nur auf Gas angewiesen sind, sollen 90 Prozent ihres vorjährigen Monatsbezuges verbrauchen dürfen; es ist also da nur eine Einsparung von 10 Prozent vorgesehen, so daß man diesen Verbrauchern eine größere Freiheit zubilligt. Damit hat man im wesentlichen diejenigen Härten beseitigt, die ich vorhin gekennzeichnet habe.

Mit diesen Maßnahmen zur Beseitigung der Härten ist der Herr Antragsteller zufrieden gewesen und hat seinen Antrag zurückgezogen. So unterliegt sein Antrag heute nicht mehr der Abstimmung, sondern das, was ich ausgeführt habe, hat nur den Zweck der Mitteilung und auch den Zweck, den Herren zu sagen, daß sich unter Berücksichtigung der vorliegenden Umstände mehr nicht erreichen ließ. Es kann der Zweck dieser Mitteilungen noch der sein — und das ist wünschenswert —, der Bevölkerung aufs ernsteste ans Herz zu legen, daß eine möglichst große Ersparnis unbedingt geboten erscheint, wenn wir nicht das Ärgste, nämlich das Versagen des Gaswerks überhaupt, erleben wollen.

3. Antrag Steinbrecher auf Einrichtung einer Altmöbelstelle.

Stadtv. **Bartels:** In der vorigen Sitzung stellte Herr Steinbrecher den Antrag, „den Magistrat zu ersuchen, eine Altmöbelstelle einzurichten, auch eine Einrichtung zur Reparatur alter und gebrauchter Möbel zu schaffen, damit Unbe-

mittelte und Kriegsgetraute nach Beendigung des Krieges die Möglichkeit haben, sich die zur Gründung einer eigenen Häuslichkeit notwendigsten Bedarfsgegenstände preiswert zu beschaffen.“ Wir müssen zugestehen, daß eine Not vorhanden ist, billige Möbel zu erwerben. Neue Möbel dürfen nicht mehr angefertigt werden, und die Altmöbelhändler und die Auktionäre treiben die Preise für die Möbeln enorm in die Höhe. Es ist daher wünschenswert, daß ein Monopol entsteht, genau wie bei der Altkleiderstelle, wonach nur die Stadt berechtigt ist, Möbel zu erhandeln. Aber eine Verordnung seitens der Regierung fehlt bisher, und so lange hierfür keine Vorschrift besteht, ist auch die Stadt machtlos. Aus diesem Grunde ist die Stadt Köln dieserhalb beim Bundesrat vorstellig geworden, und es ist zu erwarten, daß eine diesbezügliche Verordnung bald in Kraft tritt. Nur unter dieser Voraussetzung ist die Stadt in der Lage, erfolgreich den Altmöbelhandel zu betreiben. Von der Regierung sollen ferner Einheitszeichnungen für billige Möbeln herausgegeben werden, und könnten alsdann auf diese Weise durch hiesige Handwerker auch solche billige Möbeln angefertigt werden.

Die Statutenkommission ist in ihrer Beratung des Antrages zu dem Beschlusse gekommen, Ihnen zu empfehlen, den Magistrat zu eruchen, geeignete Schritte zu unternehmen, auch Mittel zu gewähren, um Altmöbel zu kaufen und an Kriegsgetraute wieder zu verkaufen.

Stadtv. **Lauer:** Dem Beschlusse der Statutenkommission kann man wohl ohne weiteres im allgemeinen zustimmen. Ich glaube aber, daß es auch wünschenswert erscheint, wenn noch ein Hinweis auf Neuankfertigung von Möbeln zum Ausdruck kommen würde. In dieser Sache hat am 22. d. M. im preussischen Handelsministerium in Berlin eine Sitzung stattgefunden, und die Wege, die durch den Beschluß dieser Versammlung gewiesen sind, bestehen in der Hauptsache auf Verwendung größerer Sorgfalt für Neuanschaffungen. Man war in Berlin der Ansicht, daß die Bestände der Altmöbel durchaus ungenügend seien, um demnächst alle die Soldaten, die aus dem Felde zurückkehren, und auch die sonstige Bevölkerung, in genügender Weise mit Möbeln zu bedenken. Letzten Endes spielt auch die Möbelfrage eine besonders bedeutende Rolle in der Bevölkerungspolitik, und aus diesem Grunde glaubte man in der Berliner Versammlung, wie aus dem Berichte des Handelsministeriums hervorgeht, daß schon jetzt ohne weiteres eine größere Menge von Möbeltischlern aus dem Felde entlassen werden könnte, und daß es ferner wohl möglich sei, auch jetzt schon eine größere Quantität Kiefernholz für den gedachten Zweck zu beschaffen. Die Durchführung dieser Angelegenheit steht und fällt natürlich mit dem Maße des Entgegenkommens der obersten Heeresleitung. Das Handelsministerium in Berlin ist der Ansicht, daß diese Schwierigkeiten, die der Durchführung der Massenherstellung von Einheits-

möbeln entgegenstehen, wohl gehoben werden könnten. Meiner Meinung nach müßten beide Wege von uns begangen werden; nämlich erstens der Weg, den hier die Statutenkommission in ihrem Beschlusse vorschlägt, des ferneren aber auch, daß — und ich möchte einen diesbezüglichen Antrag damit gestellt haben — der Gedanke der Massenherstellung von Einheitsmöbeln in der Resolution mit eingeschlossen würde. Ein solcher Zusatz, der leicht zu machen ist, wird jedenfalls bei der Beschaffung von Möbeln für die aus dem Felde Heimkehrenden sich als sehr nützlich erweisen.

Stadtrat von Franckenberg: Es ist sehr verdienstlich von Herrn Lauer, daß er auch auf die Beschaffung von neuen Möbeln und auf den hohen Wert dieser ganzen Sache für unser wirtschaftliches Leben, auf unser gewerbliches und kunstgewerbliches Leben unsere Aufmerksamkeit lenken möchte, aber auch die Kommission ist an dieser Frage nicht achtlos vorübergegangen, sondern hat ausdrücklich für die Einrichtung einer Altmöbelstelle, wie auch für die Beschaffung von neuen Möbeln die Aufmerksamkeit des Magistrats und der geehrten Herren in Anspruch genommen. Nun sind die Anregungen, die Herr Lauer und das Handelsministerium in Berlin gegeben haben, wohl sehr schön, es würde aber noch besser sein, wenn die Preisverhältnisse des Holzes und der ganzen Materialien für Neuherstellung von Möbeln so günstig wären, daß man es verantworten könnte, jungen Ehepaaren aus bescheidenen Kreisen die Anschaffung von solchen neu hergestellten Sachen empfehlen. Wir werden vielleicht später dahin kommen, daß die Preise eine weniger außergewöhnliche Höhe einnehmen. Ehe aber dieser Zeitpunkt nicht da ist, möchte ich davor warnen, diese Neuanschaffung mehr zu unterstreichen, als die Kommission es getan hat. Später wird sich schon Gelegenheit finden, daß wir uns mit Herrn Lauer in dieser Angelegenheit verständigen. Das Nächste aber ist, daß wir zu wohlfeilen Preisen unter Zuhilfenahme der älteren Bestände an Möbeln unseren Einwohnern Gelegenheit geben, bei Neugründung von Familien ihren Hausstand einzurichten.

Stadtv. Megerhoff: Der Antrag des Herrn Lauer ist ja recht gut gemeint, und auch das preussische Handelsministerium hat die besten Absichten, aber wenn Sie heute die Nachrichten über Holzverkäufe lesen, dann werden Sie zu der Einsicht kommen, daß es eine ungeeignete Zeit für Holzeinkäufe als die augenblickliche gar nicht geben kann. Erst gestern habe ich noch gelesen, daß augenblicklich gar kein trockenes Holz mehr vorhanden ist; alles Holz muß künstlich getrocknet werden, um es verarbeiten zu können. Es wäre nicht zu verantworten, wenn man nasses Holz kaufen wollte und dann warten müßte, ob überhaupt Arbeiter zur Verarbeitung des Holzes zu Möbeln freikommen. Gerade die

Anfertigung der schlichten Möbel, der Kastenmöbel, wie der Gebrauch sagt, die später gestrichen und poliert werden, machen einen eigenen Geschäftszweig aus, und es ist sogar einer der schwersten Geschäftszweige, die es gibt, denn an dem nicht trockenen Holz ist jeder Mangel zu sehen. Die Tischlereien sind heute also gar nicht in der Lage, zur Anfertigung solcher Sachen zu schreiten. Diesen Beschluß des Handelsministeriums halte ich wenigstens für verfrüht. Ehe nicht vollständiger Friede ist, ist gar nicht daran zu denken, neue Möbel zu schaffen, und ich möchte bitten, den Antrag der Statutenkommission nicht mit diesem Zusatz zu beschweren.

Stadtv. Lauer: Ich halte das preußische Handelsministerium immerhin für so bedeutend, um seine Ansicht über diesen Punkt hier auszusprechen. Man darf die Bedeutung des preußischen Handelsministeriums denn doch nicht unterschätzen. Es hat durch die Behörden Statistiken und Nachweisungen an der Hand und ist somit in der Lage, sich ein Bild über die einschlägigen Verhältnisse zu schaffen, ein viel klareres Bild, als es vielleicht auch dem tüchtigsten Handwerker möglich ist. Ich hatte mir die Sache auch so gedacht — und vielleicht hat das dem preußischen Handelsministerium auch vorge schwebt —, daß die Maßnahme als eine Staatsaktion zu betrachten ist, die die weitestgehende Förderung erhält. Wir haben soeben von der Erbauung von Wohnhäusern gesprochen, aber leere Wohnhäuser können allein auch nichts nützen. Der richtige Augenblick für Anfertigung von Möbeln würde wohl der jetzige sein, denn schon heute haben wir dafür zu sorgen, daß unsere braven Feldgrauen, die aus dem Felde zurückkommen, sich ein wohlliches Heim gründen können. Wenn eine derartige Aktion jetzt in großzügiger Weise in die Wege geleitet würde, so müßte daraus etwas Ersprießliches als Dank für unsere Soldaten hervorgehen. Im übrigen glaube ich durchaus nicht, daß es nach irgendeiner Richtung hin schaden könnte, wenn der gewünschte Zusatz für alle Fälle gemacht würde. In einigen Tagen wird in Berlin-Schöneberg genau dieselbe Angelegenheit beraten, und gestern ging durch die Berliner Presse die Notiz, daß der Magistrat von Schöneberg den dortigen Stadtverordneten eine Vorlage in dem Sinne zugehen lassen würde, wie ich es zum Ausdruck gebracht habe.

Vorsigender: Falls Herr Lauer das, was er vorgetragen hat, nicht nur als Anregung, sondern als formellen Antrag behandelt wissen will, bitte ich, den Antrag schriftlich einzureichen, wie das in § 14 unseres Verwaltungsstatuts vorgeschrieben ist. Vielleicht beschränkt sich Herr Lauer darauf, die Sache als Anregung zu betrachten.

Stadtv. Lauer (reicht seinen Antrag ein).

Vorsitzender: Der Antrag lautet: „Auch wird gebeten, tunlichst dem Gedanken der Massenanzfertigung von Einheitsmöbeln näherzutreten.“

Der Antrag der Statutenkommission wird angenommen. Darauf stimmt auch die Mehrheit der Versammlung (17 von 29 Stimmen) dem Zusatz Lauer zu.

4. Antrag Wesemeier, betreffend den Bezug von Vollmilch durch hoffende und stillende Frauen.

Stadtv. Dr. **Landauer:** Der Antrag Wesemeier lautet: „Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, zuzustimmen, daß den hoffenden und stillenden Frauen und Mädchen für die bezugsberechtigte Zeit der Bezug von Vollmilch gegen eine einmalige, statt monatliche Bescheinigung des Arztes oder der Hebamme gewährt wird.“

Es hat sich bei der Besprechung des Antrages in der Statutenkommission herausgestellt, daß Herr Wesemeier bei Stellung seines Antrages nicht von der richtigen Grundlage ausgegangen ist, nämlich für die hoffenden Frauen ist jetzt überhaupt nur eine einmalige Bescheinigung gefordert, und von den stillenden Frauen und Mädchen soll alle zwei Monate eine Bescheinigung beigebracht werden. Nun ist allerdings auch diese letztere alle zwei Monate notwendige Bescheinigung mit unnützen Kosten verknüpft, und es ist deshalb erwogen worden, ob auf diese Bescheinigung verzichtet werden kann, oder ob die Bescheinigung des Zustandes der Frauen auf eine andere Weise geregelt werden kann, so daß keine Kosten damit verknüpft sind. Auf Beibringung einer Bescheinigung zu verzichten, ist nach Angabe des Stadtmagistrats nicht angängig, weil Schwankungen in der Stillfähigkeit eintreten und mindestens alle acht Wochen festgestellt werden muß, ob die Stillfähigkeit noch vorhanden ist. Nun hat allerdings Herr Wesemeier diesen Antrag auf Fortfall der Bescheinigung nur auf Vollmilch bezogen, für den Bezug dieser Milch aber würde es gleichgültig sein, ob sie der stillenden Mutter gewährt wird oder, falls die Stillfähigkeit nicht mehr vorhanden ist, dem Kinde. Es kommen jedoch noch andere Zuschläge den stillenden Müttern zu, und nun ist erwogen worden, ob es nicht angängig sei, daß die städtischen Waisenspfelegerinnen, die Kirchengemeindegewestern und die zuständigen Krankenkassenrevisorinnen die Bescheinigung ausstellen könnten, denn in diesem Falle würde es kostenlos geschehen. Der Magistrat hat sich damit einverstanden erklärt, daß diese Bescheinigung gelten soll, und deshalb empfiehlt Ihnen die Kommission, darauf einzugehen, daß in Zukunft für die stillenden Mütter nur gefordert werden soll eine Bescheinigung von den städtischen Waisenspfelegerinnen, von den Kirchengemeindegewestern oder von einer Krankenkassenkontrollurin der zuständigen

Krankenkasse. Die Statutenkommission empfiehlt Ihnen, den Antrag in dieser Weise zu erledigen.

Die Versammlung stimmt dem Antrage der Statutenkommission zu.

Vorsitzender: Eingegangen ist eine Anfrage des Herrn Bunge mit folgendem Wortlaut:

„Ist der Stadtmagistrat in der Lage, Auskunft geben zu können, inwieweit die Vorarbeiten zu einer Kühl- und Gefriervorrichtung in der Markthalle gediehen sind?“

5. Erhöhung der Zuschüsse an den Verein für Gesundheitspflege.

Stadtov. Dr. **Landauer:** Bei der Beratung des Stadthaltungsplanes für dieses Jahr ist von Herrn Frede schon der Antrag gestellt, den Zuschuß, den der Verein für öffentliche Gesundheitspflege erhält, zu erhöhen. Dieser Antrag ist der Kommission überwiesen, und es war allgemeine Zustimmung dafür zu erwarten. Von seiten des Magistrats war eingewandt, daß, wenn der Verein erhöhte Zuschüsse haben will, es nicht anders angängig sei, als daß zunächst von seiten des Vereins für Gesundheitspflege ein Antrag eingereicht werde. Das ist jetzt geschehen, und der Magistrat gibt anheim, daß der jetzige regelmäßige Jahreszuschuß an den Verein von 200 M auf 500 M erhöht werde, außerdem aber auch der besondere Zuschuß wegen der Auskunfts- und Fürsorgestelle zur Bekämpfung ansteckender Krankheiten von 2000 M auf 3000 M jährlich mit Wirkung vom 1. April d. J. festgesetzt werde.

Der Verein für öffentliche Gesundheitspflege hat sich die Aufgabe gestellt, noch während des Krieges und in der nachfolgenden Zeit durch umfassende und planmäßige Arbeit im Einvernehmen mit den Behörden und Versicherungseinrichtungen den mit der Bevölkerungsabnahme verbundenen Gefahren entgegenzutreten und das Volkswohl durch den Kampf gegen den Geburtenrückgang, die Säuglingssterblichkeit, die Volkskrankheiten und andere gesundheitliche Schädigungen zu fördern. Durch Ausgabe seiner Vereinszeitschrift, durch Vorträge gemeinverständlichen, belehrenden Inhalts, durch Ausstellungen, durch Erweiterung seiner Tuberkulose-Fürsorgestelle und durch ähnliche Veranstaltungen gedenkt der Verein dieses Ziel mit verstärkter Kraft zu verfolgen. Die Unterhaltung der Tuberkulose-Fürsorgestelle wird durch den Zuschuß seitens der Stadt, aber auch durch Zuschüsse von der Landesversicherungsanstalt und von den Krankenkassen ermöglicht. Durch die Verhältnisse des Krieges sind die Kosten dafür gestiegen, und die Einnahmen des Vereins für Gesundheitspflege

sind niedriger geworden, indem eine Anzahl von Mitgliedern ausgetreten ist und nur wenige Mitglieder dem Verein beigetreten sind. Andererseits wird es für richtig befunden, diese Fürsorgestelle auch auf andere Krankheiten, namentlich auch auf Syphilisfranke auszudehnen. Alles das kostet natürlich Geld. Es ist daher mit großer Freude zu begrüßen, daß der Magistrat in dieser Sache, wie er mitteilt, helfen will.

Die Finanzkommission hat sich mit dem Antrage beschäftigt und empfiehlt Ihnen, zuzustimmen, daß 1. der laufende Jahreszuschuß zu den allgemeinen Vereinsausgaben von 200 *M* auf 500 *M*, und 2. der besondere Zuschuß wegen Auskunfts- und Fürsorgestelle zur Bekämpfung ansteckender Krankheiten von 2000 *M* auf 3000 *M* jährlich mit Wirkung vom 1. April d. J. ab erhöht wird.

Dabei wird die Hoffnung ausgesprochen, daß auch der Staat und die Landesversicherungsanstalt, sowie die hiesigen Krankenkassen ebenfalls bereit sein werden, über das bisherige Maß hinaus den Verein zu unterstützen.

Stadtrat von Frankenberg: Ich freue mich, daß die Kommission beschlossen hat, diesen Antrag des Magistrats zu empfehlen. Da es sich um eine Erweiterung der Fürsorgeeinrichtung des Vereins für Gesundheitspflege handelt, ist es den geehrten Herren gewiß erwünscht, einen Überblick über die Fürsorgeeinrichtungen des Vereins an sich vorbeiziehen zu lassen. Der Verein hat, wie der Herr Berichterstatter ausgeführt hat, die Fürsorgeanstalt für die Tuberkulose eingerichtet und unterhalten und neuerdings die Erweiterung der Tätigkeit dieser Fürsorgeanstalt gegenüber den Geschlechtskranken in Angriff genommen. Daneben ist seit längerer Zeit unter Zuhilfenahme von Ärzten auch die Trinkerfürsorge von dem Verein aufgenommen. Von städtischer Seite haben wir die Säuglingsfürsorge und in diesem Jahre durch Annahme der Schulpflegerinnen die Schulfürsorge auf eine erweiterte Grundlage gestellt. Wir sind im Begriff, bei Behandlung des Antrages Frede uns über die Wohnungsfürsorge zu entscheiden. Ein Kriegsfürsorgeamt ist eingerichtet, das für die Angehörigen der im Felde Stehenden als Fürsorgestelle anzusehen ist. Das Landesfürsorgeamt hat die Fürsorge für die Hinterbliebenen der Gefallenen oder an Krankheiten verstorbener Krieger zu übernehmen. In letzter Reihe kommt noch die Kriegsbeschädigtenfürsorge, für die wir einen besonderen Ausschuß haben.

Die Zusammenfassung aller dieser verschiedenen Fürsorgeeinrichtungen ist mit Hilfe des Magistrats und mit Hilfe eines Fürsorgeausschusses, den wir schon vor Ausbruch des Krieges in Aussicht genommen hatten durchzuführen. Wir stehen im Begriff, für die Verbindung der verschiedenen Fürsorgeeinrichtungen jetzt Schritte zu unternehmen.

Dem heutigen Vorschlage der Finanzkommission bitte ich Ihre Zustimmung zu erteilen.

Die Versammlung stimmt der Erhöhung der Zuschüsse an den Verein zu.

6. Instandsetzung des Dietherichs'schen Denkmals auf dem Katharinen-Friedhofe.

Stadtv. **Frede:** In der Mitte des Katharinenfriedhofs befindet sich ein Denkmal, das durch seine Größe den Blick auf sich zieht. Die Inschrift heißt: „Der Gründerin einer Stiftung für bedürftige Mitbürgerinnen die dankbare Stadt Braunschweig“. Die Stiftung, um die es sich hier handelt, ist rund 200 000 *M* groß; es sind genau 65 500 Taler. Sie ist von dem am 14. Oktober 1851 verstorbenen Fräulein Dietherichs gegründet und hat den Zweck, unverheiratete bedürftige weibliche Personen lebenslänglich zu unterstützen. Im Jahre 1853, noch unter dem Oberbürgermeister Caspari, ist dieses Denkmal mit einem Aufwand von 1560 *M* erbaut. Im Laufe der Zeit ist es sehr vielen Reparaturen unterworfen, ist auch mit einer Einfriedigung versehen, die jetzt aber entfernt ist. Es wird nun das Ersuchen an die Stadtverordnetenversammlung gerichtet, zur abermaligen Instandsetzung des Denkmals eine Summe von 400 *M* zu bewilligen. Die Summe erscheint etwas groß, und ich habe, da aus den Akten hervorgeht, daß das Denkmal sehr häufig repariert ist, — der zur Errichtung des Denkmals verwandte Sandstein ist sehr weich und der Verwitterung leicht unterworfen —, mich nach dem Friedhof begeben, um zu sehen, ob das Denkmal die Aufwendung noch wert ist. Dabei bin ich zu der Meinung gekommen, daß es nur dem Andenken der Stifterin würdig ist, wenn die Aufbesserung jetzt vorgenommen wird. Das Denkmal ist ein 5 Meter hoher monumentaler Bau und hat durch geschichtliche Erinnerungen und durch sein Alter seinen Wert. Ich kann nur empfehlen, die 400 *M* zu verwilligen, damit das Denkmal in einer Weise wiederhergestellt wird, die der Stadt würdig ist.

Die 400 *M* werden verwilligt.

7. Antrag der Arbeitsgemeinschaft der kaufmännischen und technischen Angestelltenverbände Braunschweigs auf Hinzuziehung von Angestelltenvertretern zur Lebensmittelverteilung.

Vorsitzender: Zu diesem Antrage liegt die Eingabe der Beamtenvereinigung im Herzogtum Braunschweig vor, die ich dem Herrn Berichterstatter übergeben habe. Ich bitte ihn, im Anschluß an sein Referat seine persönliche Ansicht über diese Eingabe zu äußern.

Stadtv. **Steinbrecher:** Der Ernährungsausschuß in Braunschweig besteht aus 18 Mitgliedern. Zu diesem Ausschuß sind auch auf Antrag des Magistrats

oder auf eigenen Antrag des Gewerkschaftskartells Vertreter der Arbeiterschaft hinzugezogen. Das hat veranlaßt, in einer großen öffentlichen Versammlung der Arbeitsgemeinschaft der kaufmännischen und technischen Angestelltenverbände Braunschweigs zu beschließen: an den Magistrat den Antrag zu stellen, auch einen Vertreter dieser Arbeitsgemeinschaft in den Ernährungsausschuß aufzunehmen. Die Statutenkommission hat sich bei der Vorberatung des Antrages auf den Standpunkt gestellt, daß dem ohne weiteres stattgegeben werden könnte und damit die Zahl der Mitglieder von 18 auf 19 erhöht werden sollte. Ich wurde beauftragt, bei der Vereinigung anzufragen, welche Herren als ihr Vertreter und dessen Stellvertreter in den Ausschuß hineingewählt werden sollten. Es wurde mir darauf als Vertreter Herr J. Schilke, Hennebergstraße 6, und als Stellvertreter Herr F. Bretschneider, Reichenbergstraße 7, bezeichnet. Im Auftrage der Statutenkommission habe ich zu beantragen, dem Wunsche der Arbeitsgemeinschaft stattzugeben und die beiden Herren zu wählen.

Was nun meine persönliche Meinung zu dem Antrage der Beamtenvereinigung betrifft, so kann ich nur sagen, daß es damit dieselbe Verwandtschaft hat wie mit dem Antrage der kaufmännischen Angestellten. Auch die Beamten haben ohne weiteres das Recht, einen Vertreter im Lebensmittelausschusse zu beanspruchen. Würde dem Antrage gefolgt, so würde die Zahl der Ausschußmitglieder sich auf 20 erhöhen. Nun weiß ich aber nicht, welcher Herr von der Beamtenvereinigung als Vertreter gewünscht wird. Vielleicht soll es der Vorsitzende sein, sonst müßten wir uns in der Statutenkommission noch einmal mit der Angelegenheit befassen.

Stadtv. Munte: Der Vorsitzende der Beamtenvereinigung, Herr Könneberg, war wegen dieser Sache bei mir, und ich habe ihm geraten, eine Eingabe zu Händen unseres Vorsitzenden Hartung einzureichen. Das ist geschehen, und Herr Könneberg hat mich gebeten, ihn als Mitglied des Ausschusses vorzuschlagen. Er ist städtischer Lehrer und arbeitet in städtischen Sachen eifrig mit. Ob für ihn ein Vertreter gewählt werden soll, weiß ich nicht, aber Herr Könneberg wird wohl kaum verhindert sein, an den Sitzungen des Ausschusses teilzunehmen. Sonst müßte es der Beamtenvereinigung überlassen werden, einen Stellvertreter zu bestellen.

Vorsitzender: Die Eingabe ist unterzeichnet: Könneberg, und Julius Walter, erster Schriftführer.

Stadtv. Munte: Ich weiß nicht, ob es dem Verein recht ist, wenn wir den Stellvertreter hier bestimmen.

Vorsigender: Dann müßten wir die Sache so machen, daß wir den Vorsitzenden als Mitglied des Ausschusses wählen und es dem Verein überlassen, einen Stellvertreter selber zu bestimmen.

Die Versammlung stimmt der Erweiterung des Ausschusses zu und wählt die in dem Vorschlage der Statutenkommission und die in dem letzten Vorschlage des Herrn Vorsitzenden Genannten.

8. Gleisverbindung zwischen dem Drehstromwerk (Uferstraße) und dem Gleichstromwerk (Wilhelmstraße).

Stadtv. Trinks: Die Straßeneisenbahngesellschaft beabsichtigt, das Drehstromwerk an der Uferstraße mit dem Gleichstromwerk an der Wilhelmstraße durch ein Gleis zu verbinden, um die mit der Bahn eintreffenden Materialien, insbesondere die Kohlen, mittels der Straßenbahnwagen nach dem Gleichstromwerk an der Wilhelmstraße und zum Kraftwerk an der Eisenbüttelerstraße zu befördern. Sodann ist in dem Antrage der Straßeneisenbahngesellschaft auch darauf hingewiesen, daß von ihr beabsichtigt wird, die Erweiterung der Gleisanlagen auch für den allgemeinen Güterverkehr zur Verfügung zu stellen, wenn dieses seitens der Einwohner begehrt werden sollte. Der Stadt werden Kosten aus dieser Anlage nicht erwachsen, diese muß jedoch von den städtischen Behörden bewilligt werden, weil die Straßenbahngesellschaft Straßen der Stadt zu genanntem Zwecke benutzen muß. Für die Linienführung ist ein Plan eingereicht; nach diesem soll durch die Karl-Schmidt-Straße einerseits ein Anschluß an das bestehende Gleis in der Hamburgerstraße herbeigeführt werden, und andererseits soll durch die Wilhelmstraße ein Anschlußgleis nach der Wendensstraße zu gelegt werden. Die geplante Linienführung konnte nicht überall so genehmigt werden, wie sie die Straßeneisenbahngesellschaft vorgeschlagen hat, einmal aus Zweckmäßigkeitsgründen, und dann, weil Teile des Geländes, welches benutzt werden soll, nicht restlos der Stadt gehören, sondern an einer Stelle dem Besitzer bis zum Ausbau der fraglichen Straße der Stadt nur leihweise zur Verfügung gestellt sind, während an einer anderen Stelle, welche das Gleis zu durchlaufen haben wird, die Vertreter der Interessenten ihre Zustimmung zu dem Antrage auszusprechen haben werden. Es handelt sich hier um eine gemeinnützige Anlage, deren Genehmigung vom Magistrate beantragt wird. Die Baukommission hat sich dem angeschlossen und empfiehlt Ihnen, auch an dieser Stelle dem Antrage zuzustimmen.

Dem Antrage der Baukommission gemäß wird die Genehmigung zu der Gleisanlage von der Versammlung ausgesprochen.

Stadtv. Munte kündigt die Einbringung einer Anfrage, betreffend die Steuerfreiheit der billigen Kindervorstellungen in den Lichtspieltheatern an).

9. Antrag Rector, betreffend Regelung des Verkaufs von Käse nach Kundenlisten.

Wortlaut des Antrages f. S. 305.

Stadtv. **Rector** (zur Geschäftsordnung): Von Herrn Oberamtsrichter Meyer ist mir mitgeteilt, daß eine derartige Regelung bereits vom Landesernährungsamt ausgearbeitet ist. Ich ziehe deshalb meinen Antrag zurück.

10. Antrag Salomon auf Zahlung eines Vorschusses auf die Teuerungszulagen an die städtischen Beamten und Lehrer.

Wortlaut des Antrages f. S. 305.

Stadtv. **Salomon** (zur Begründung): Meine Herren! Es dürfte Ihnen wohl bekannt sein, daß vielleicht schon morgen im Landtage eine Neuregelung der Kriegsbeihilfen und Kriegsteuerungszulagen für die Staatsbeamten und Lehrer erfolgen wird. Erfreulicherweise kann dem Ausdruck gegeben werden, daß hier in der Stadt die Absicht besteht, so schnell wie möglich dem Beispiel des Landes zu folgen und ebenfalls eine Neuregelung der Kriegsbeihilfen und Teuerungszulagen für die Beamten und Lehrkräfte eintreten zu lassen. Meine Überzeugung aber ist, daß bei dem besten Willen diese Neuregelung eine verhältnismäßige Zeit in Anspruch nehmen muß. Es wird notwendig sein, Erhebungen und Umfragen anzustellen, und darüber wird eine gewisse Zeit vergehen. Diese Erwägung scheint mir auch der Staat angestellt zu haben, als das Herzogliche Staatsministerium seine neue Vorlage einbrachte, denn das Staatsministerium schlägt vor, den Beamten ohne eigenen Haushalt Vorschüsse im Betrage von 100 *M.*, Beamten mit eigenem Hausstande solche im Betrage von 250 *M.*, und daneben Vorschüsse von 25 *M.* für jedes Kind zu gewähren, und zwar mit der Maßgabe, daß diese Vorschüsse auf die späterhin zu zahlenden Kriegsbeihilfen in Anrechnung gebracht werden, und daß, falls die geleisteten Vorschüsse die zu zahlenden Kriegsbeihilfen und Kriegsteuerungszulagen bei diesem oder jenem Beamten übersteigen, dieser Überschuß in zwölf Monatsraten, gerechnet vom 1. Januar 1918 ab, von den Beteiligten zurückzuzahlen ist. Auch unsere Stadt hat den Beamten und Lehrern Vorschüsse gewährt, und zwar bis zur Höhe von 150 *M.* Es ist diese Maßnahme dankbar anerkannt. Allerdings fiel in die Freude ein kleiner Tropfen Bitterkeit hinein insofern, als bestimmt wurde, diese Vorschüsse müßten in fünf Raten bis zum 1. März zurückgezahlt werden, und ferner, als bei der ersten Zahlung der Vorschüsse am 1. November nicht 150 *M.* ausgezahlt sind, sondern nur 120 *M.*, weil die erste Rückzahlungsrate gleich abgezogen wurde. Ich erkenne an, daß

finanztechnische Gründe maßgebend gewesen sind, die Einrichtung in dieser Form zu treffen. Auf der anderen Seite aber muß man objektiv doch zugeben, daß durch diese Rückzahlungspflicht der Wert dieser Vorschüsse mehr oder weniger illusorisch geworden ist. Ich habe deswegen den Antrag gestellt, einmal diese Vorschüsse, die seitens der Stadt geleistet werden, auf die staatliche Höhe von 250 M zu bringen, und andererseits auch den Rückzahlungsmodus, den der Staat eingeführt hat, hierbei anzuwenden, nämlich, daß die Vorschüsse angerechnet werden bei den Kriegszuschüssen, und daß die Rückzahlungsbedingungen wesentlich erleichtert werden, indem einmal der Beginn der Rückzahlung hinausgeschoben wird und sodann die Rückzahlungsquoten verkleinert werden. — Ich bitte Sie, meinem Antrage zustimmen zu wollen.

Der Antrag wird genügend unterstützt, und die Versammlung entscheidet sich für sofortige Beratung.

Oberbürgermeister Metemeyer: Herr Salomon hat darauf hingewiesen, daß auf die Vorschüsse, die wir gezahlt haben, gleich eine Rückzahlung hat erfolgen müssen. Die Sache ist so verlaufen, daß der Beschluß, Vorschüsse zu gewähren, verhältnismäßig früh gefaßt war, aber die Ausführung sich hingezögert hat, weil wir noch nicht von allen Beteiligten die Auskunft bekommen hatten, in welcher Höhe sie den Vorschuß erbat. Der Magistrat hat aber inzwischen eingesehen, daß die Rückzahlung der Vorschüsse in der Weise, daß von den Monatsraten der Gehälter der fünfte Teil des Vorschusses abgezogen wird, bei der jetzigen Lage der Verhältnisse eine Härte ist, und hat heute morgen beschlossen, auf die Rückzahlung durch Abzüge von dem Gehalt überhaupt zu verzichten, so daß vom nächsten Monat an ein Abzug von dem Gehalt nicht gemacht wird. Das hat der Magistrat beschlossen in der Überzeugung, daß die geehrte Versammlung oder der verstärkte Finanzausschuß dem Vorschlage des Magistrats zustimmen wird, der dahin gehen wird, ähnlich wie der Staat, höhere Kriegsbeihilfen bzw. Kriegsteuerungszulagen zu bewilligen.

Nun muß ich offen gestehen, daß ich dieses System der Vorschüsse im allgemeinen nicht für gut halte. Das erkennen auch die Leiter der hiesigen Schulen an, z. B. hat der Herr Schuldirektor Dr. Appuhn gesagt, wenn es möglich gewesen wäre, hätte er es gern gesehen, daß zunächst festgestellt wäre, wieviel Teuerungszulage gewährt werden solle, so daß man nicht Vorschüsse zu zahlen nötig gehabt hätte. Das hat sich nun aber nicht ermöglichen lassen, weil die Erledigung der Sache beim Staate sich hinausgezögert hat und wir der Ansicht waren, der auch die Finanzkommission zugestimmt hat, daß wir nicht hinter den Gewährungen des Staates zurückbleiben können, aber auch nicht darüber hinausgehen wollen. Eine solche Stellungnahme ist bei den jetzigen Verhältnissen selbstverständlich.

Wenn nun Herr Salomon jetzt beantragt, es möchten wieder Vorschüsse gezahlt werden, und zwar in der Höhe, daß jeder Beamte mit eigenem Hausstand 250 *M* bekommt, und der die Kriegsbeihilfen und Kriegsteuerungszulagen etwa übersteigende Betrag möge ihm allmählich wieder abgezogen werden, so will mir auch das nicht richtig erscheinen. Ich meine, wir wollen uns fragen: „Wieviel muß dem einzelnen Beamten gewährt werden?“, und diese Frage soll — ich habe schon die Einladungen dafür ergehen lassen — am Montag vorgeprüft werden. Darauf wird sich der Magistrat sofort schlüssig machen, und ich nehme an, daß die geehrte Versammlung bereit ist, nach wie vor dem verstärkten Finanzausschuß Vollmacht zu erteilen, in dieser Beziehung die Bewilligung auszusprechen, damit die Beamten auf ihre Zuschüsse nicht länger zu warten brauchen. Dieses Verfahren kann beschleunigt werden, und darauf kann unbedenklich gleich die Anweisung zur Auszahlung erteilt werden. Ich habe auch nichts dagegen, daß dann auch noch Vorschüsse in der Höhe der etwa zu bewilligenden Kriegszulagen ausgezahlt werden, würde es aber nicht für richtig halten, jetzt schematisch vorzugehen und zu sagen: Jeder Beamte erhält 250 *M* Vorschuß, auch wenn er demnächst nicht so viel Kriegszulage bekommt. Ich habe allerdings die Überzeugung, sie werden sie alle wenigstens in dieser Höhe bekommen, weiß aber nicht, ob sie alle den Betrag auf einmal ausgezahlt bekommen werden. Der Staat will die Teuerungszulagen vom 1. Juli an nachzahlen, und man kann heute noch nicht übersehen, wieviel das für den einzelnen Beamten beträgt. Ich möchte Sie also bitten, dem Antrage wohl zuzustimmen, aber dem Magistrat und der Finanzkommission es zu überlassen, die Höhe der Zuschüsse für den einzelnen Beamten zu bemessen. Im allgemeinen wird man unbedenklich 250 *M* bewilligen können. Es handelt sich nur darum, ob es in allen Fällen geschieht. Es ist ja auch möglich, daß nicht alle Beamte Vorschüsse bewilligt haben wollen.

Vorsitzender: Dann würde aus dem Antrage der Ausdruck „wenn möglich schon am 1. Dezember“ fallen müssen.

Oberbürgermeister Netemeyer: Es geht in dieser Zeit etwas wild bei allen Kassen zu. Keine Behörde ist mehr in der Lage, ihren ruhigen Kassenbetrieb aufrechtzuerhalten, wie es in Friedenszeiten der Fall war. Morgen müssen sämtliche Quittungen der Stadtkasse vorgelegt werden, sonst ist sie nicht in der Lage, übermorgen die Zahlungen zu leisten. Darauf müssen wir Rücksicht nehmen. Die Zahlung kann hoffentlich noch im Laufe des Monats Dezember erfolgen.

Vorsitzender: Vielleicht würde Herr Salomon seinen Antrag so formulieren: „daß Teuerungszulagen im Verhältnis wie den staatlichen Beamten gezahlt werden, und daß die Auszahlung tunlichst bald erfolgt.“

Oberbürgermeister Metemeyer: Ich würde das für bedenklich halten. Wir werden nicht guttun, in jeder Beziehung den staatlichen Grundsätzen zu folgen. Ich dachte sogar, wir könnten an einigen Stellen noch weiter gehen als der Staat, weil ich persönlich den Standpunkt verrete, daß es heute wesentlich darauf ankommt — und damit wiederhole ich, was ich vorhin ausgeführt habe —, die Familien kräftig zu unterstützen, die für zahlreiche Kinder zu sorgen haben. Das ist der Hauptpunkt, und dem trägt der Grundsatz, den die Stadt befolgt hat, mehr Rechnung als die bisher vom Staate befolgten Grundsätze.

Vorsigender: Dann möchte ich vorschlagen, die Fassung so zu wählen: „daß den städtischen Beamten und Lehrkräften Teuerungszulagen gewährt und möglichst bald ausgezahlt werden.“

Der Antrag wird in dieser Fassung angenommen.

11. Anfrage **Wesemeier**, betreffend den Kartenzwang der Herzoglichen Hofstatt.

Wortlaut der Anfrage S. 304.

Vorsigender: Ich trage keine Bedenken, diese Sache zur Beratung zu stellen. Sie steht zweifellos zur Kompetenz der Stadtverordnetenversammlung, denn § 51 der Städteordnung besagt ausdrücklich, daß behufs Förderung der Wohlfahrt der Stadt die Stadtverordneten befugt sind, Anträge zu stellen, und dazu gehört diese Sache zweifellos.

Stadtv. Wesemeier (zur Begründung): In der Stadt geht allgemein das Gespräch, daß der Herzogliche Hofstaat nicht dem Markenzwange für Lebensmittel unterstellt sei, und es ist selbstverständlich, daß das zu allerlei sonstigen Redereien Veranlassung gibt, und daß es beunruhigend wirken muß, wo die große Masse der Bevölkerung unter der Lebensmittelnot leidet, wo große Teile des Volkes, weite Schichten unserer Bevölkerung infolge der Kriegswirkungen, die sich überall bemerkbar machen, geradezu hungern müssen. Wir müssen doch bedenken, daß Hunderttausende von Familienvätern im Felde stehen und Entbehrungen durchmachen müssen, und daß es da erbitternd wirkt, wenn ein derartiges Gerücht umgeht, ohne daß ihm wirksam entgegengetreten werden kann. Es wird dem Glauben beigemessen, daß bis vor kurzem für den Hofstaat wöchentlich ein Schwein geschlachtet sei, daß noch erhebliche Mengen Dauerware für die Hofstatt in einem Hause auf dem Büstenweg lagern. Es wirkt beunruhigend, wenn erzählt wird, daß Milch in unbeschränktem Maße nach der Hofstatt komme, wenn weiter jetzt auf dem Schloßhofe Gruben angelegt werden — worüber allerdings der Magistrat jedenfalls keine Auskunft geben kann — zur Einmietung von Küben als Futter für fünf Kühe, die zur Milchversorgung des Hofstaates neben den Ziegen, die dort

schon gehalten werden, angeschafft werden sollen. Wenn es wahr ist, daß der Hofstaat ohne Lebensmittelmarken, ohne dem Kartenzwang unterstellt zu sein, alles erhalten kann, dann hätte das Wort eine tiefe Berechtigung, das im Felde unter den Soldaten gang und gäbe ist: „Gleicher Lohn und gleiches Essen, dann wäre der Krieg schon längst vergessen.“ Wir wissen, daß für die Schwerarbeiter so leicht nichts zu erreichen ist, und wie Herr Stadtrat von Frankenberg, Herr Stadtrat Wagner und Herr Oberamtsrichter Meyer schwer zu kämpfen haben, um die Arbeiterschaft, die immer noch Not leidet, zufriedenzustellen, wie von einer Gruppe etwas abgezwackt werden muß, um der anderen entgegenkommen zu können. Wie die Wöchnerinnen heute gehalten werden, so daß unser ganzer Nachwuchs gefährdet ist, das wissen wir. Wenn aber ein solches Gerücht als wahr verbreitet werden kann und ihm nicht widersprochen werden kann, daß nach dem Schlosse unendlich viele Milch hinkommt, dann muß das Wirkungen auslösen, die nicht gerade gut sind. Es wäre eigentlich selbstverständlich, daß gerade die oberen Schichten sich freiwillig auf den Staat stellten, dem die große Masse des Volks zwangsweise durch die Kriegswirtschaft unterworfen ist. Wenn das Volk alle Lasten tragen soll und allein auch die Entbehrungen auf sich nehmen soll, nach oben hin aber nicht so entbehrt wird, dann ist das ein schlechtes Beispiel — ich sage, wenn das wahr ist — und müßte sehr, sehr nachdenklich stimmen. Es wäre gut, wenn der Magistrat imstande wäre, die Gerüchte zu beseitigen, daß der Hofstaat nicht unter den Lebensmittelkartenzwang gestellt ist, und wenn er konstatieren könnte: die Höheren stehen ebenfogut unter dem Markenzwange wie jeder andere in Braunschweig.

Stadtrat von Frankenberg: Auf die Frage, ob die Herzogliche Hofverwaltung auch unter dem Markenzwange stehe, kann ich nur durchaus bejahend antworten. Als wir vor drei Jahren zuerst den Brotmarkenzwang einführten, hat sich der Magistrat mit dem zuständigen Oberhofmarschallamt in Verbindung gesetzt und von da aus die Antwort bekommen, selbstverständlich wünsche Seine Königliche Hoheit der Herzog, sich unter die allgemeinen Vorschriften zu stellen, er betrachte es als durchaus selbstverständlich, daß er sich wie jeder andere unter die Verbrauchsregelung stelle, und darnach ist verfahren. In einem Verzeichnis der Hausbewohner ist für das Haus Bohloweg 71 (das ist das Herzogliche Residenzschloß) ganz genau wie in jedem anderen Haushalt, nur zusammengefaßt für die Gesamtheit und unter dem Hofmarschallamt stehend, an der Spitze Seine Königliche Hoheit der Herzog, die Aufstellung derjenigen Personen zu sehen, die dort unter dem Markenzwang stehen, und darnach ist die Ausfertigung der Karten erfolgt und erfolgt darnach noch immer von acht zu acht Wochen, immer unterbrochen durch An- und Abmeldung, durch Ab- und Zugang. Wenn in der Stadt

Braunschweig unverantwortliche Gerüchte in dieser Sache umgehen, so ist es ein dankenswertes Unternehmen, in der Stadtverordnetenversammlung beruhigend und aufklärend zu wirken, und insofern begrüße ich die Anfrage des Herrn Wesemeier mit Freude, indem ich erklären kann, daß der Markenzwang auch für die Bewohner des Herzoglichen Residenzschlosses durchgeführt ist.

Wenn diese Frage des Herrn Wesemeier bejaht werden mußte, so ist eine Erörterung derjenigen Schritte, die der Magistrat etwa tun soll, um dem Unwesen zu steuern, daß an jener Stelle der Markenzwang nicht beobachtet werde, gegenstandslos.

Stadtv. Wesemeier be a n t r a g t B e s p r e c h u n g der Anfrage. Diesem Antrage stimmt die Versammlung nicht zu.

12. Anfrage Stegmann, betreffend die Heizung der städtischen Schulen.

Wortlaut der Anfrage s. S. 304.

Stadtv. Stegmann (zur Begründung): Meine Herren! Es ist vielleicht auch Ihnen durch Ihre eigenen Kinder bekannt geworden, daß viele Eltern ungehalten darüber sind, daß in der jetzigen naßkalten Jahreszeit die Kinder in mehreren Schulen in nasser Kleidung in fast ungeheizten Räumen haben sitzen müssen. Sie mußten insolgedessen ihre Mäntel anbehalten. So ist mir von vier Schulen berichtet; unter anderen war die Schule an der Wilhelmstraße und die Oberrealschule dabei. Es ist geradezu unverantwortlich, wenn so etwas vorkommt angesichts des Umstandes, daß bei der jetzigen Ernährungsweise die Kinder nicht widerstandsfähig sind. Wenn die Kinder in nasser Kleidung von $\frac{1}{2}$ 9 bis 1 Uhr in ungeheizten Räumen sitzen, so muß das zu Erkältungen und schweren Krankheiten führen. Abhilfe wäre sehr dringend nötig; wie sie geschaffen werden soll, mag der Magistrat zu ermitteln suchen — vielleicht durch Zusammenlegung von mehreren Klassen oder durch Ausfall des Schulunterrichts bei solchem schlechten Wetter, oder auch dadurch, daß der Schulbesuch nicht mehr so genau genommen wird und Eltern, die ihre Kinder mit schlechtem Schuhwerk bei schlechtem Wetter nicht zur Schule schicken, nicht bestraft werden. Vielleicht wäre eine generelle Anweisung erforderlich, daß bei schlechtem Wetter, wie z. B. bei dem Schlackfetterwetter im vorigen Monat, oder naßkaltem Wetter überhaupt die Schule ausfällt, daß wenigstens in solchen Fällen die Eltern wegen der Schulversäumnis ihrer Kinder nicht bestraft werden. Wenn man dagegen sagt, das würde zu weit führen, so bitte ich Sie, sich zu vergegenwärtigen, wie die Zustände im Laufe des Sommers gewesen sind. Man hat es mit den Ferien nicht sehr knapp genommen, sondern was da an Ferien gereicht ist, hat viele Eltern empört. Wegen alles möglichen waren Ferien: Hitzeferien,

Siegesferien, Opfertage, Geburtstage hoher Herren, Belohnung für Zeichnung von Kriegsanleihen, wozu die Kinder geradezu gepreßt wurden. Es ist mir erzählt, daß wegen der Kriegsanleihe einzelne Klassen bis zu drei Tagen Ferien erhalten haben. Ich muß erklären, daß diese Ferienmacherei dem Schulunterricht nicht zuträglich ist, und daß sie geradezu in groben Unfug ausgeartet ist. Wenn es möglich ist, wegen solcher Dinge die Schule ausfallen zu lassen, dann müßte in solchen Fällen, wo es sich um die Gesundheit der Kinder handelt, unbedingt Abhilfe geschaffen werden können. Ich bitte den Magistrat, dafür zu sorgen, daß in irgend einer Weise eine Regelung in betreff der Heizung der Schulen geschaffen wird.

Oberbürgermeister Netemeyer: Die Frage, wie der Schulunterricht bei strenger Kälte und ungenügendem Heizmaterial geregelt werden soll, ist bereits geordnet. Es wird in solchen Fällen, wenn wir nicht mehr Heizmaterial heranschaffen können, nichts weiter übrigbleiben, als den Unterricht ausfallen zu lassen. Davon aber, daß jetzt Schulzimmer — wie Herr Stegmann sagt — ungenügend geheizt gewesen sind, ist dem Magistrat nichts bekannt geworden. Herr Stegmann hat es nicht für angemessen gehalten, den Magistrat davon zu benachrichtigen, daß er eine solche Anfrage stellen wollte, und gemeldet ist mir von solchen Vorkommnissen nichts, so daß ich nichts davon weiß. Nach der Aufstellung, die das Hochbauamt gemacht hat, war die Möglichkeit gegeben, bis jetzt die Schulen genügend zu heizen — auf welche Dauer, steht dahin. Es wird vielleicht ein Ausgleich erfolgen können, daß einige Schulen, die mehr Kohlen vorrätig haben, davon an andere Schulen abgeben. Wir sind selbstverständlich bemüht, den Schulbetrieb so lange aufrechtzuerhalten, wie es möglich ist. Ist es nicht mehr möglich, die Schulen ordnungsmäßig zu heizen, dann können wir die Kinder natürlich nicht im Kalten sitzen lassen, und die Schule muß ausfallen.

Vorsitzender: Es dürfte sich empfehlen, in Zukunft die Unterlage für die Anfragen genau anzugeben, also in diesem Falle zu sagen: „In den und den Schulen haben sich Uebelstände herausgestellt“, dann ist Abhilfe durch den Magistrat möglich.

13. Anfrage Stegmann, betreffend die Ausgabe von Mühlenprodukten.

Wortlaut der Anfrage s. S. 304.

Stadtv. Stegmann (zur Begründung): In den weitesten Kreisen ist es aufgefallen, daß seit einigen Monaten keinerlei Mühlenprodukte mehr von der Stadt ausgegeben worden sind. Wie mir eine Hausfrau heute aufgeschrieben hat, sind Graupen zuletzt am 8. August, Haferstrofen am 6. September, Nudeln am 26. Sep-

tember ausgegeben. Nur Grieß ist am Anfang dieses Monats gegeben worden, die meisten Mühlenprodukte aber seit mehreren Monaten nicht mehr. Darüber sind die Hausfrauen bei der sowieso kargen Ernährung mit Recht ungehalten. Als die Kartoffelernte einsetzte, war die Lieferung dieser Mühlenprodukte mit einem Male wie abgeschnitten. Solche Maßnahmen sind unverständlich. Man könnte sie wohl verstehen, wenn eine Mißernte vorläge, oder wenn Brot und Kartoffeln und andere Nahrungsmittel in Hülle und Fülle vorhanden wären. Dann könnten wir ja mit den Mühlenprodukten sparen; aber diese Voraussetzungen treffen nicht zu. Wir sind seinerzeit damit getröstet worden, daß die Ernte gut ausgefallen ist, und daß es deshalb später mehr von den Mühlenprodukten geben würde. Nun gebe ich zu, daß die Getreideernte allerdings keine Rekordernte war — die Haferernte ist sogar schlecht ausgefallen —, eine Mittelernte ist es im ganzen aber doch immerhin gewesen. Die Versprechungen sind nicht gehalten worden, im Gegenteil, das Brot wird jetzt wieder gestreift, und wir haben nicht die Menge Kartoffeln bekommen, die die Bevölkerung haben mußte. Wiederholt ist hier besprochen worden, daß unbedingt eine Wochenration von 10 Pfund Kartoffeln gegeben werden mußte. So aber haben wir ungenügend Kartoffeln und schlechtes Brot, dazu werden uns noch diese nötigen Nahrungsmittel, wie Haferflocken, Grütze, Graupen gänzlich entzogen. Die Folge wird sein, daß die Anordnung des Magistrats und der gut gemeinte Ratsschlag, daß die Leute, die sich für den Winter mit Kartoffeln eingedeckt haben, mit den Kartoffeln sparen sollen, in den Wind gesprochen ist, denn wer Hunger hat, ißt einfach die Kartoffeln, die er im Keller hat. Die Kartoffeln werden aufgezehrt, und im Frühlinge werden wir eine Kartoffelnot haben, wie sie überhaupt noch nicht dagewesen ist. Bedenken Sie, daß die Ernährungsverhältnisse immer miserabler geworden sind. Für diejenigen, die infolge ihrer großen Geldsäcke sich auf Hinterwegen Nahrungsmittel beschaffen können, und auch für die Schwerarbeiter, die etwas Kartoffel- und Brotzuschlag und verschiedene andere Lebensmittel extra bekommen, mag es nicht ganz so schlimm sein, aber die große Masse des Volkes hat nur schlechtes Brot, teure und zweifelhafte Marmelade, zum Kochen Kohlarten und Rüben mit fast gar keinem Fett, und ihnen wird nun noch dieses dringend nötige Nahrungsmittel entzogen. Wie geht das zu? Ist es pure Sparsamkeit, oder stehen wir vor einer Pleite, oder sind innere verkehrte Maßnahmen der Behörden daran schuld? Und wenn solches der Fall ist, welche Behörden tragen dann die Schuld? Wenn wir mit unserer Nahrungsmittelversorgung nicht pleite sind, so ist es dringend nötig, daß alle Mittel angewandt und alle Wege eingeschlagen werden, damit wir endlich wieder etwas von den Mühlenprodukten bekommen.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich noch einen Mißstand erwähnen, der sich immer noch bemerkbar macht. Das ist das Polonäsestehen auf der Straße. Bei

dem Grießverkauf auf Brotmarken konnte man sehen, wie die Leute sich drängten, um etwas zum Kochen für den Haushalt zu bekommen. Ebenso kann man die Polonäsen sehen, wo Käse verkauft wird. Es ist heute bereits mitgeteilt worden, daß hierfür eine Regelung erfolgen soll. Ich möchte bitten, daß dahin gestrebt wird, daß das Stehen auf der Straße ganz und gar unterbleiben kann, das für alle Beteiligten, mögen es Frauen oder Kinder sein, bei diesem kalten und nassen Wetter gesundheitlich schädigend wirken muß. Es ist zu bedenken, daß der Körper bei dieser schlechten Ernährung nicht so widerstandsfähig ist, und daß alles aufgeboten werden müßte, um das Polonäsestehen abzuschaffen.

Ferner ist es in den ärmeren Kreisen auffallend gefunden worden, daß es wochenlang keine Marmelade oder sonst einen Brotaufstrich gegeben hat. Jetzt mit einem Male kommt in derselben Woche Marmelade und Rumpstbonig zum Verkauf, auch etwas Fett, wonach alles schmachtet, so daß vielfach die Ärmsten nicht wissen, woher sie das Geld dafür nehmen sollen, um das alles auf einmal kaufen zu können. Es sollte doch dahin gestrebt werden, daß die Abgabe dieser Lebensmittel auf verschiedene Zeiten verteilt wird.

Stadtrat von Franckenberg: Der Grund dafür, daß es mit der Verteilung von Mühlenfabrikaten und Teigwaren im Laufe der letzten Wochen gehapert hat, lag daran, daß uns vom Landesernährungsamte wenig oder gar nichts zugeteilt ist. Erst in den letzten Tagen, nachdem wir darum gebeten hatten, hat man uns eine neue Zuteilung zukommen lassen. Nachdem wir eine entsprechende Zuteilung erhalten haben, werden wir in der Lage sein, in der nächsten Zeit Graupen und dann nebeneinander zur Auswahl Roggen-, Weizen- oder Kartoffelmehl auszugeben, auch einen kleinen Posten Sago, Bohnen- und Erbsenmehl. Dagegen wird bei dem Mangel an Grieß und der Notwendigkeit, ihn für kleine Kinder zurückzuhalten, es nicht möglich sein, Grieß anders als auf Brotkarten auszugeben. Wir haben aber heute morgen, um das unwillkommene Stehen auf der Straße wegen des Grießes abzuändern, uns im Magistrat dahin schlüssig gemacht, daß wir uns in den nächsten Tagen mit dem Ernährungsausschuß in Verbindung setzen wollen, um eine andere Art der Verteilung von Grieß einzuführen, und zwar in der Weise, daß wir nicht 10 oder 12 Doppelzentner davon allwöchentlich zum Verkauf bringen, sondern den uns zugehenden Grieß ansammeln, bis wir so viel davon zur Verfügung haben, daß wir an jedermann die bescheidene Portion von 50 g alle Monat oder alle sechs Wochen ausgeben können. Auf diese Weise wird es möglich sein, die Kriegspolonäsen zu verhindern und jedem einzelnen das, was er haben möchte, zukommen zu lassen, und zwar nebeneinander gegen Brotkarte und Lebensmittelmarke. Anders läßt es sich nicht ausführen, da Grieß jetzt mit in die Brotgetreißeregelung hineingezogen ist. Wir haben dann die Möglichkeit, daß wir im

Laufe der nächsten Zeit 500 g Weizen-, Roggen- oder Kartoffelmehl, 100 g Ackerbohnen, oder statt dessen 100 g Sago, und 50 g Graupen ausgeben können. An Nudeln hoffen wir auch so viel zugeteilt zu erhalten, daß wir demnächst auch etwas wieder davon austeilen können. Um aber die Verteilung nicht mit der Briefswage machen zu müssen, haben wir gewartet, bis wir zu einer größeren Verteilung schreiten können.

Ich glaube weiter in Aussicht stellen zu können, daß wir für Kranke und für Kinder unter zwei Jahren, wie auch für Personen über 70 Jahre allmonatlich 70 Zentner Zwieback — allerdings gegen Brotmarken und gegen entsprechende Zwiebackkarte, wie es ja auch bei dem Reis gehandhabt wird — ausgeben können. Auch über diesen Punkt wird in dem Ernährungsausschuß zu verhandeln sein.

Heute morgen ist uns vom Landesernährungsausschuß mitgeteilt, daß wir, obgleich für die Allgemeinheit die gewünschten Haferflocken nicht ausgegeben werden können, ca. 25 Zentner Haferpräparate bekommen würden, die mit Hilfe der Apotheken für dringende Fälle ausgegeben werden sollen. Ich werde mich morgen mit dem ärztlichen Vertrauensauschuß in Verbindung setzen, um von ihm einen Rat zu erhalten, wie das am besten durchgeführt wird; vielleicht geschieht es in der Weise, daß wir jeder der 14 Apotheken einen Posten davon zur Verteilung abgeben.

Wir haben bei dem Landesernährungsausschuß regelmäßig auf die Wünsche unseres Ernährungsausschusses hingewiesen, aber das Landesernährungsamt ist bei seinen Zuteilungen auch nicht in der Lage gewesen, mehr zu geben, als es bisher geschehen ist. Wir wollen uns bemühen, die Verteilung so gerecht wie möglich zu besorgen, indem wir einmal der Allgemeinheit ein bescheidenes Mindestmaß zuführen lassen und weiter darauf Rücksicht nehmen, daß die besonders Versorgungsbedürftigen, — Kinder, Kranke und alte Personen — auch besonders bedacht werden.

Vorsitzender: Es ist noch eingegangen eine Anfrage des Herrn Kiefe:

„Wie geht es zu, daß das jetzt verteilte Fett oder Talg vollständig ranzig und übelriechend ist? Bitte um gefällige Antwort.“

14. Antrag Wesemeier, betreffend die Gewährung von Nahrungsmitteln an hoffende Frauen.

Stadtv. **Wesemeier** (zur Begründung): Ich habe erst in der letzten Versammlung einen Antrag, betreffend die hoffenden und stillenden Mütter eingebracht, und gerade dieser Antrag hat die Stimmung in den Kreisen der hoffenden

den Frauen und stillenden Mütter ausgelöst und Eingekandt in den Zeitungen hervorgehoben. Auch mir persönlich sind, nachdem die Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung bekannt geworden ist, verschiedene Zuschriften in dieser Sache zugegangen, die mich bewegen, der Frage noch einmal näherzutreten. Wir als Männer können nicht beurteilen, ob eine Frau mit ihrem Säugling von dem Leben kann, was ihr jetzt geliefert wird, wir müssen darauf hören, was die Frauen selbst darüber sagen. Deshalb darf ich wohl auf einige Eingekandt hinweisen.

Eine werdende Mutter schreibt, daß es viel Beifall gefunden habe, daß sich jetzt einmal eine Stimme über den Jammer in der Säuglingsernährung erhoben habe. Wir haben uns ja hier mit der Frage wohl überhaupt noch nicht beschäftigt, wenigstens nur nebenbei. Die Frau schreibt: „Ich selber befinde mich im 7. Monat der Schwangerschaft; was ich bis jetzt durchgemacht, können nur diejenigen Frauen nachfühlen, die selber in dieser Zeit ein Kind bekamen. Des Nachts kann ich vor Hunger und Magenschmerzen nicht wieder einschlafen und darf nichts essen, weil das Brot sonst nicht hinlangt. Und dazu ist es **nur** trockenes Brot. Warum wird den Frauen nicht etwas mehr Butter gegeben? Mit Angst und Schrecken denke ich an die Zeit, da erst das Kind da sein wird. Ich konnte mein Kinder nie stillen, sondern mußte die Flasche zum Aufziehen nehmen. Wie lange soll da ein Pfund Haferflocken langen? Es ist wirklich eine Kunst, jetzt ein Kind mit der Flasche zu ernähren. Wie oft wurde mir schon gesagt: „Sie sind zu dumm, bei dieser Zeit Kinder in die Welt zu setzen.“ Im stillen dachte ich: „Vielleicht ist es bis dahin etwas besser.“

Ein Großvater, ein Postbeamter schreibt, es werde nur in ganz geringer Weise für die stillenden Mütter und für die Säuglinge gesorgt. Das, was an Lebensmitteln für Mutter und Kind eben bewilligt wird, sei nicht ausreichend. „Die halbe Zuschlagskarte, diese $\frac{3}{4}$ Liter Milch für den Tag und alle Monat ein Pfund Haferflocken, davon sollen Mutter und Kind gedeihen, davon sollen kräftige Kinder als Nachwuchs erzogen werden.“ — „Ich bin Großvater eines Säuglings, eines Kriegskindes ohne Vater, der auch ein Opfer des Krieges ist, und muß nun sehen, wie schlecht meine Tochter und das Kind genährt werden. Vor allem muß mehr Brot und Milch gewährt werden.“

Unsere hoffenden Frauen und stillenden Mütter bekommen täglich $\frac{3}{4}$ Liter Vollmilch, alle Monat 1 Pfund Haferflocken und wöchentlich $\frac{1}{4}$ Pfund Brot als Zuschlag. Wenn wir 1 Liter Milch bewilligen, also täglich $\frac{1}{4}$ Liter Milch mehr, dazu halbmonatlich 1 Pfund Haferflocken oder Grieß und wöchentlich eine halbe Zuschlagskarte, so ist es lediglich ein Rechenexempel, ob das von uns gereicht werden kann. Es liegt mir die Statistik vom Jahre 1915 als Unterlage vor; über das Jahr 1916 ist vom Statistischen Amt leider keine Aufstellung erschienen.

Darnach sind vom April bis Ende Dezember, also in 9 Monaten 2181 Frauen Mutter geworden. In diese Zeit fallen noch eine ganze Menge Geburten aus der Zeit vor dem Kriege. Wir müssen aber annehmen, daß die Geburten während des Krieges zurückgegangen sind, und können wohl annehmen, daß die Zahl der Geburten jetzt 2000 beträgt. Gewähren wir den stillenden Frauen und hoffenden Müttern das, was ich in meinem Antrage befürwortet habe, dann kämen bei im Durchschnitt auf die Woche 40 Frauen, wenn täglich $\frac{1}{4}$ Liter Milch mehr gegeben würde, 10 Liter heraus, die mehr gegeben werden müßten, in der Woche also 70 Liter. Würden wir im Monat ein Pfund Grieß oder Haferflocken mehr geben, dann würden dabei wöchentlich 40 Pfund herauskommen, und der verlangte Brotzuschlag würde wöchentlich 10 Pfund ausmachen. Ich glaube, daß das geleistet werden kann. Nach dem, was mir in den letzten Tagen nach Veröffentlichung der Tagesordnung unserer heutigen Sitzung mitgeteilt worden ist, ist es wirklich unmöglich, daß die Frauen von dem jetzt Bewilligten gesunde Kinder großziehen können. Es war an den Opfertagen an allen Anschlagtaulen zu lesen gewesen, wie groß die Kindersterblichkeit in Deutschland ist. Hier könnten wir mit leichter Mühe helfen. Und was hier mit leichter Mühe von uns gegeben werden könnte, das müßte gegeben werden, um gegen die Kindersterblichkeit und für den Schutz der Mütter zu wirken, die doch wieder arbeitskräftig werden müssen. Das würde am sichersten durch bessere Ernährung gewährleistet werden. Wir dürfen an der Sache nicht vorübergehen, wenn auch die Mütter und Kinder im stillen daliegen, denn sie haben keine Gelegenheit, an die Öffentlichkeit heranzukommen. Ein Teil der Kinder und Mütter, die aus den wohlhabenden Schichten, leiden infolge ihrer Geldmittel nicht so sehr unter diesen Verhältnissen, aber die große Masse wird nach dem, was mir in den letzten Tagen von den Frauen gesagt worden ist, unter keinen Umständen mit den Zuschlägen, wie sie heute zugebilligt sind, zufriedengestellt. Wenn wir den Säuglings- und Mutterschutz wirklich fördern wollen, müssen wir tiefer greifen und den stillenden Frauen und hoffenden Müttern mehr Zulagen gewähren, als sie heute bekommen.

Auf Anfrage des Vorsitzenden wird der Antrag genügend unterstützt. Der Vorsitzende überweist ihn der Statutenkommission zur Vorberatung.

15. Antrag Steinbrecher auf Einrichtung eines städtischen Wohnungsnachweises.

Wortlaut des Antrages: „Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, möglichst bald einen städtischen Wohnungsnachweis einzurichten.“

Stadtv. Steinbrecher (zur Begründung): Nach den Debatten von heute kann ich nicht umhin, dieser Frage näherzutreten. Wenn man bedenkt, daß jetzt die Frauen wegen der Beschaffung der Lebensmittel die vielen Wege haben, dann muß man auch zugeben, daß es ihnen nicht möglich ist, für die Wohnungssuche ihre Zeit zu verschwenden. Der Wohnungsanzeiger, der vom Hausbesitzerverein herausgegeben wird, genügt in keiner Weise, und es ist deshalb wohl angebracht, wenn sich die städtischen Behörden der Sache annehmen. Ich beantrage deshalb, daß für die Zukunft ein städtischer Wohnungsnachweis eingerichtet wird, und bitte die Versammlung, meinen Antrag zu unterstützen.

Der Antrag wird genügend unterstützt und vom Vorsitzenden der Statutenkommission zur Vorberatung überwiesen.

16. Anfrage Bunge über die Vorarbeiten zu einer Kühl- und Gefrier-einrichtung in der Markthalle.

Wortlaut der Anfrage f. S. 324.

Stadtv. Bunge (zur Begründung): Schon seit Jahren haben die Geschäftsleute, die in der Markthalle ihre Waren umsetzen, den Wunsch ausgesprochen, daß dort möglichst bald eine Kühl- und Gefriervorrichtung eingerichtet würde. Es ist dann auch, soweit mir erinnerlich, diese Frage in der Markthallen-deputation zu wiederholten Malen erörtert worden, aber seit langem hat man nichts mehr davon gehört. Damit nun die Sache nicht einschlummert, habe ich mich veranlaßt gesehen, diese Frage heute zu stellen. Ich halte eine derartige Einrichtung für so wichtig, daß wir recht bald darangehen müßten, sie für die Markthalle einzurichten. Man könnte mir wohl entgegen, daß in der jetzigen Kriegszeit die Aufstellung derartiger Einrichtungen sehr teuer zu stehen kommt. Das mag ja sein, aber wir müssen auch mit dem Umstande rechnen, daß die Lebensmittel heute so knapp sind, daß auch nicht ein Körnchen davon verlorengehen darf. Wenn man das eine gegen das andere abwägt, müßte man doch mit aller Energie darangehen, eine derartige Einrichtung zu schaffen. Ich glaube, daß wir bald andere Zeiten bekommen, und es wäre doch recht vorteilhaft, wenn die Vorarbeiten rechtzeitig in die Hand genommen würden, damit man weiß, in welcher Weise die Sache vor sich gehen soll, damit zur gegebenen Zeit schnell an die Arbeit herangegangen werden kann. Ich möchte den Magistrat ersuchen, darüber Auskunft zu geben, wie weit diese Sache gediehen ist, und ob wir in der nächsten Zeit darauf rechnen können, daß die Kühl- und Gefrier-einrichtung aufgestellt wird.

Ich glaube, hier nicht erörtern zu müssen, was alles für diese Einrichtung spricht, sondern jeder einzelne von Ihnen wird wissen, um was es sich bei dieser Angelegenheit handelt.

Stadtrat von Franckenberg: Der Markthallenaußschuß hat sich bei Beratung des Voranschlages für das kommende Rechnungsjahr mit dieser Sache befaßt, und es ist Veranlassung genommen, das städtische Hochbauamt, das Auftrag zur Ausarbeitung eines Projektes und Kostenanschlages bekommen hatte, an die Sache zu erinnern. Inzwischen hat auch Herr Stadtbaurat Gebensleben die Freundlichkeit gehabt, dem Gegenstande seine Aufmerksamkeit zu widmen, und ich darf den Herrn Stadtbaurat bitten, sich in der Sache weiter zu äußern.

Stadtbaurat Gebensleben: Es ist in der Tat lange her, daß das Hochbauamt den Auftrag bekommen hatte, ein Vorprojekt und einen Kostenüberschlag anzufertigen. Inzwischen ist der Krieg gekommen, und da hat manche Arbeit ruhen müssen, weil die meisten Kräfte eingezogen wurden oder zu anderen Zwecken verwandt wurden. Nach Mitteilung des Hochbauamts ist das Vorprojekt und der Voranschlag so weit fertiggestellt, daß sie in nächster Zeit den städtischen Behörden zur Beschlußfassung vorgelegt werden können. Eine andere Frage ist es natürlich, wann dieses Projekt, wenn der Krieg noch länger dauert, zur Ausführung zu bringen ist. Ich erinnere daran, daß wir der Frage nähergetreten waren, auf dem Schlachthause eine Gefrierhalle einzurichten; aber die Erwägungen darüber führten zu dem Ergebnis, daß es in dieser Zeit unausführbar ist, eine derartige umfangreiche Anlage herzurichten. Wir hoffen ja aber alle, daß in recht naher Zukunft sich die Verhältnisse besser gestalten, und dann wird auch hoffentlich recht bald an die Ausführung gegangen werden können, sobald die städtischen Behörden ihre Zustimmung zur Anlage dieser Rühleinrichtung gegeben haben.

17. Anfrage Munte, betreffend Steuerfreiheit der billigen Kindervorstellungen in den Lichtspieltheatern.

Wortlaut der Anfrage: „Wie stellt sich der Magistrat zu der Eingabe der Direktion der Vereinigten Lichtspieltheater wegen der Steuerfreiheit der billigen Kindervorstellungen?“

Vorsigender: Ich möchte Herrn Munte fragen, ob er bei der Eröffnung der Sitzung zugegen war, als von mir vorgetragen wurde, daß eine Eingabe der Vereinigten Lichtspieltheater eingegangen ist. Ich habe schon darauf hingewiesen, daß der Magistrat sich darauf äußern wird, und bin im Zweifel, ob es angebracht ist, daß wir dem Magistrat in dieser Sache vorgreifen.

Stadtv. Munte: Es ist wohl meine Fragestellung nicht ganz geschickt gewesen. Da Herr Stadtrat von Frankenberg den Lichtspieltheatern schon eine ablehnende Antwort gegeben hat, so hätte ich fragen müssen: „Warum ist der Magistrat auf die Eingabe der Vereinigten Lichtspieltheater nicht eingegangen?“ Zu einer solchen Anfrage kann sich vielleicht der Magistrat äußern.

Es haben sich, wie die Herren aus der Eingabe gesehen haben werden, die Vereinigten Lichtspieltheater dazu verstanden, billige Schülervorstellungen einzurichten. Sie wären durch das stellvertretende Generalkommando zwangsmäßig dazu veranlaßt, wenn sie von ihnen nicht freiwillig eingerichtet wären. Das ist die Behauptung der Lichtspieltheater, und ich nehme an, daß es wahr ist, was Herr Dentler schreibt. Bei dem Besuch dieser Vorstellungen handelt es sich nur um die arme und allerärmste Bevölkerung. Nun weiß ich, daß Herr Stadtrat von Frankenberg nicht so hartherzig gegen die ärmere Bevölkerung ist, sondern daß er immer ein warmes Herz für die unthure Bevölkerung gehabt hat, und deshalb habe ich mich gewundert, daß gerade Herrn Stadtrat von Frankenberg gegenüber gesagt wird, er hätte das abgelehnt. Für eine Vorstellung soll die Steuerfreiheit genehmigt werden, für die anderen aber sollen 50 Prozent der Steuer — 5 Pf. auf jede Eintrittskarte — erlegt werden. Daß dies Herr Dentler und die Vereinigten Lichtspieltheater nicht bezahlen können, ist klar. Denn bei den mit der Steuer belegten Vorstellungen wird der Besuch nicht groß sein, und so wird den Unternehmern beschieden sein, aus ihrer Tasche den Unterschied, der sich aus dem geringen Besuch ergibt, zuzuschließen. Ich kann mir nicht denken, daß der Magistrat als solcher so hartherzig in dieser Sache verfahren wird, und deshalb habe ich meine Anfrage gestellt.

Stadtrat von Frankenberg: Die Eingabe ist mir zur Stunde noch nicht vorgelegt. Ich möchte es deshalb für zweckmäßig halten, daß ich Herrn Munte demnächst antworte, wenn der Magistrat sich über die Frage schlüssig gemacht hat.

18. Anfrage Niese über die mangelhafte Beschaffenheit des zur Verteilung gekommenen Fettes.

Wortlaut der Anfrage f. S. 338.

Stadtv. Niese (zur Begründung): Daß Knappheit auf allen Gebieten der Ernährungsfrage herrscht, ist selbstverständlich. Wenn es nun auf dem Gebiete der Marmelade und des Honigs etwas besser zu werden scheint, so ist das Fett immer noch sehr knapp. Jetzt endlich ist einmal etwas davon eingetroffen, aber das war so übelriechend und ranzig, daß man nicht glauben sollte, wie man

so etwas der Bevölkerung bieten kann. Mit dieser Meinung werde ich nicht allein stehen, denn ich nehme an, daß ich nichts Schlechteres erhalten habe als die anderen. Es wird gesagt, daß das Fett ein Jahr alt sei. Daß Fett aufgespart wird, dagegen habe ich nichts einzuwenden, dann hätte es aber erst ausgeschmolzen werden müssen, ehe es ausgegeben wurde.

Stadtrat Wagner: Wir sind in Braunschweig in der glücklichen Lage, an Fett allein 80 g Butter jede Woche an die Bevölkerung ausgeben zu können. Das ist der höchste Satz, der in den letzten Wochen in Deutschland erreicht ist. Sie werden wissen, daß in vielen Gegenden Deutschlands nur 30 g Butter in der Woche ausgegeben wurden. Wenn wir dann in der Lage waren, noch eine andere Speisefettverteilung vornehmen zu können, so ist das eine angenehme Sache. Wir haben uns dieses Fett ganz allmählich aufsparen müssen, wie das Herr Riefe ganz richtig annahm. Es handelte sich darum: Sollten wir dieses Fett schon in der wärmeren Jahreszeit zur Verteilung bringen, so daß wir in der Zeit, wo die Kälte eintritt und der menschliche Körper das Fett am meisten nötig hat, nichts mehr auszugeben hatten? Da haben wir uns in voller Übereinstimmung mit dem Ernährungsausschuß dahin ausgesprochen, das Fett bis zur kälteren Jahreszeit stehenzulassen. Der Zustand des Fettes ist in regelmäßigen Zwischenräumen überwacht und von den mit der Überwachung beauftragten Herren wurde uns versichert, es befindet sich in einwandfreiem Zustande. Nachdem nun Herr Riefe in der Sitzung der Finanzkommission die Äußerung gemacht hatte, fast alles Fett wäre ranzig, habe ich mich auf den Weg gemacht und habe sieben mit dem Verkauf beauftragte Geschäfte persönlich besucht, habe mir das Fett zeigen lassen, seinen Geruch und Geschmack geprüft, aber nirgend die geringste Beanstandung vornehmen müssen. Ich habe auch weiter nach den Urteilen über das Fett gefragt und habe von einem Beamten der Fettabteilung erfahren, daß von sechs weiteren Geschäften gar keine Klage über die Güte des Fettes weder von seiten des Verkäufers noch von seiten des Publikums eingelaufen sei. Ferner ist von der Fettabteilung berichtet, daß weitere sechs Verkaufsstellen über die Güte des Fettes befragt worden sind. Davon hat eine erklärt, es wären einige Stücke grau gewesen, und eine Stelle hat über schlechten Geschmack und strengen Geruch des Fettes geklagt. Drei weitere Stellen haben gesagt: An sich wäre die Ware gut gewesen, nur röche sie streng. Daß das Fett streng riecht, liegt natürlich an seinem Alter. Es ist bekannt, daß jede fetthaltige Sache, auch Vollmilch oder was es sonst ist, bei längerem Lagern diesen Geruch annimmt, der sich nicht anders herausbringen läßt als durch Umschmelzen und Zusatz von Zwiebeln und dergleichen. Nun haben wir geglaubt, daß es unwirtschaftlich wäre, wenn wir diese großen Massen Fett, die in verschiedenen

Lagern und in verschiedenen Sorten als Margarine und Rinderfett vorhanden waren, im ganzen umschmelzen, sondern haben uns gesagt: Da dieses Fett nicht als Aufstrichmittel, sondern nur zu Koch- und Badzwecken verwandt werden wird, so wird jede Hausfrau den strengen Geruch durch Umschmelzen selbst zu beseitigen in der Lage sein. Mir ist auch von erfahrenen Hausfrauen versichert, daß der strenge Geruch bei Verwendung zu Kochzwecken nicht in Erscheinung getreten sei. Nun kann Herr Bunge, der als Mitglied des Stadtschlachtungsausschusses bei der Verteilung des Fettes in dem Reinekeschen Geschäfte zugegen gewesen ist, bezeugen, daß bei der Austeilung jede Vorsicht gewahrt wurde. Es ist den Verkaufsstellen erklärt, wenn wirklich einmal wegen des Bodensatzes oder wegen anderer Mängel sich Anstände finden sollten, so sollten sie das Fett vor der Verteilung zurückgeben. Es sind auch noch weitere Geschäfte über die Beschaffenheit des Fettes gefragt, es haben sich aber nur wenig Bemängelungen herausgestellt.

• **Stadtv. Loeschigt** beantragt Besprechung der Anfrage. Der Antrag wird angenommen.

Stadtv. Loeschigt: Betreffs dieses Fettes, auf das sich die Anfrage des Herrn Nieke bezieht, muß ich bestätigen, daß auch das uns zugeteilte Fett nicht ganz einwandfrei gewesen ist. Nebenbei bemerke ich, daß auch Fett ausgegeben ist, und das ist wohl der größte Teil gewesen, das tadellos gewesen ist. Es ist auch nicht nötig, daß das ganze riesige Quantum, wie Herr Stadtrat Wagner angibt, umgeschmolzen wird. Ich habe auch zu Hause gesagt: „Schmelzt es um“, und so wird es vielen gehen, die froh gewesen sind, daß sie überhaupt etwas Fett bekommen haben. Der Herr Stadtrat hat seine Sachverständigen, die den Zustand des Fettes geprüft haben, aber auch ich habe Gelegenheit genommen, mit Herrn Reineke über das Fett zu sprechen. Er hat sich dahin geäußert, daß es nicht seine Schuld sei, wenn das Fett nicht ganz einwandfrei gewesen wäre; denn es sei Fett darunter gewesen, das ein ganzes Jahr gelagert habe. Darauf habe ich erwidert: „Dann dürfte es so nicht ausgegeben werden, denn bei einem Umschmelzen wäre die Qualität besser geworden.“ Meine Frage, ob der Verlust beim Umschmelzen und die Arbeit selber so groß gewesen wäre, hat er verneint. Als das Fett verteilt werden sollte, ist Herr Bäseke bei Reineke gewesen und hat gemeint, wir müßten einen Teil umschmelzen. Darauf hat Reineke erwidert: „Das geht nicht mehr, denn die Leute, die das Fett erhalten sollen, stehen schon draußen.“ Dann hätte doch aber noch acht Tage mit der Verteilung des Fettes gewartet werden können! In der letzten Ernährungsausschusssitzung vor acht Tagen habe ich, als Herr Stadtrat Wagner mitteilte, daß das Fett verteilt

werden sollte, darauf hingewiesen, es wäre besser, daß das Fett einheitlich zusammengeschnitten würde. Darauf hat Herr Stadtrat Wagner gemeint, das wäre nicht nötig, es wäre auch zu viel und machte zu viele Umstände; es sei auch Margarine unter dem Fett. Darauf habe ich erwidert: „Die brauchen wir nicht umzuschmelzen.“ Ich weiß, daß sehr viele Sorten Fett zusammenkommen, und wenn sie nicht umgeschmolzen werden, dann ist es nicht möglich, daß man fehlerfreies Fett bekommt. Daraus, daß auch Herr Bäsecke bei Reineke anerkannt hat, das Fett hätte umgeschmolzen werden müssen, sehen Sie, daß auch von sachverständiger Seite diese Meinung geäußert ist. Die Bedenken, daß es übergroße Kosten gemacht hätte, kann ich nicht berechtigt finden. Jedenfalls hat das Fett, das wir zum Verkauf bringen, einwandfrei zu sein, und besser wäre es gewesen, wenn das Fett, wie es sich gehörte, von vornherein nachgesehen und umgeschmolzen wäre.

Stadtv. Bunge: Es wurde schon von Herrn Stadtrat Wagner angeführt, daß ich bei der Verteilung des Fettes zugegen gewesen wäre, und ich kann noch mitteilen, daß ich zu wiederholten Malen mit Sachverständigen die Räume geprüft habe, wo das Fett gelagert hat, wo die Sachverständigen Proben entnommen und sie als einwandfrei bezuget haben. Nun wurde damals im Stadtschlachtungsausschuß unter Zustimmung des Herrn Stadtrat Wagner beschlossen, daß das Fett, das als einwandfrei befunden war, bis zur kalten Jahreszeit zurückzustellen sei. Ich glaube, daß ein jeder von Ihnen, wenn er bei dem Beschluß mitgewirkt hätte, kein Wort dagegen verloren hätte. Daß aus dem angesammelten Schmalz ein strenger Geruch gekommen ist, ist selbstverständlich. Wenn sie Rinderfett kurze Zeit stehen lassen, so nimmt es auch einen strengen Geruch an. Die Ausgabe ist in kurzer Zeit erfolgt. Eine ganze Reihe von Leuten hat daran gearbeitet, um den Inhalt jedes Fasses beim Ausstechen zu probieren. Ich kann auch mitteilen, daß ein Faß zurückgestellt ist; aus welcher Firma es herrührt, ist ja nicht nötig mitzuteilen. Es ist also äußerst vorsichtig bei der Austeilung vorgegangen. Das Wurstschmalz haben 3—4 junge Mädchen ausgesteckt, und den Bodensatz, der sich bei solchem Fett allemal bildet, haben sie abstreichen müssen. Dieser Bodensatz ist am anderen Tage noch einmal geschmolzen und das gute Fett davon abgenommen, so daß schon am Abend jemandem Bescheid gesagt werden konnte, der es abgenommen hat. Mit größter Vorsicht ist die Lagerung des Fettes vorgenommen, und mit Vorsicht ist auch bei der Verteilung des Fettes vorgegangen. Ich muß mich wundern, daß Klagen geführt werden, wo doch durch Mundschreiben die Geschäftsleute Nachricht erhalten haben, sie möchten Ausstellungen melden und bei Reineke nichts dergleichen eingelaufen ist. Nur Herr Riese und Herr Loeßigk beschwerten sich heute. Ich wüßte

auch nicht, daß irgend jemand von den Geschäftsleuten sein Fett zurückgebracht hätte; auch Herr Kiefe und Herr Voeshigt haben es nicht zurückgegeben, und Herr Kiefe hat auch weiter keine Mitteilung Herrn Reineke oder uns darüber zugehen lassen. Wenn irgend jemand zu Herrn Reineke kommt und sagt: „Die Sache, die du uns geliefert hast, ist nicht einwandfrei“, so nimmt Herr Reineke sofort Sachverständige an und regelt die Sache, so daß jeder zu seinem Rechte kommt. In dieser Hinsicht kennt auch Herr Voeshigt den Herrn Reineke. Ich bedaure sehr, wenn Familien vorhanden sein sollten, die schlechtes Fett bekommen haben, daß sie sich nicht gemeldet haben, denn der Weg ist ihnen gezeigt worden. Die Geschäftsleute wenigstens hatten die Pflicht, es anzugeben, wenn Bemängelungen bei ihnen vorgebracht wurden, und ich weiß auch sehr gut, daß verschiedene Familien ohne weiteres zu dem Geschäftsmann gehen und sich beschweren, wenn sie nicht einwandfreie Ware bekommen. Und bei so knappen Rationen geschieht das auch mit Recht, so daß ich es keinem verdenken kann, wenn er nicht-einwandfreie Ware zurückgibt. — Ich für mein Teil kann nur konstatieren, daß bei der Aufbewahrung und bei der Herausgabe dieses Fettes mit der größten Vorsicht vorgegangen ist, und ich bedauere schließlich nur, daß wir nicht recht viel von diesem Fett liegen haben.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung.

Dauer der Sitzung von 4¼ bis 7 Uhr.

B e r i c h t

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten

zu Braunschweig

in deren Sitzung am 13. Dezember 1917.

Tagesordnung:

1. Antrag Frede auf Einführung der Wohnungspflege Seite 351
2. Antrag Wesemeier, betreffend die Gewährung von Nahrungsmitteln an hoffende Frauen. " 360
3. Antrag Steinbrecher auf Einführung eines städtischen Wohnungsnachweises " 363
4. Gewährung von Kriegshilfen an städtische Beamte und Lehrer . . 364 u. 415
5. Maßnahmen zur Kohlenersparnis Seite 398
6. Ausdehnung der Vorschriften des § 87, 2 d der Straßenpolizeiordnung auf die außerhalb der Umflutgräben belegenen Straßen und staatlichen Ballpromenaden und Avenuen " 416
7. Beteiligung der Stadt an der Kriegshilfskasse " 419
8. Erlaß von Ortsvorschriften über die Einschränkung des Verbrauchs elektrischer Kraft. " 421
9. Anfrage Steinbrecher über Austeilung von Mühlenfabrikaten usw. zu Weihnachten " 423

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Netemeyer, Bürgermeister Meyer, Stadträte von Frankenberg, Mohr, Schöttler, Wagner, Stadtbaurat Gebensleben und Oberamtsrichter Meyer.

Wegen Einberufung zum Kriegsdienste fehlen die Herren Stadtverordneten **Dr. Jasper, Ribbentrop, Schmidt, Steinede, Dr. Voge** und **Weichsel**. Außerdem fehlen entschuldigt die Herren Stadtverordneten **Lauer** und **Schulze**.

Vorsigender Dr. Wolters: Ich eröffne die öffentliche Sitzung.

Eine Anzahl Eingänge sind eingelaufen, von deren näherer Inhaltsangabe ich aber eben im Interesse der heutigen sehr inhaltsreichen Tagesordnung absehen möchte. Diejenigen der Herren, welche Interesse dafür haben, mögen die Schriftstücke hier einsehen; ich will nur kurz angeben, von wem sie herrühren:

Eine Eingabe der Herren Patentanwälte **Arndt & Bock**, betreffend Punkt 5 der Tagesordnung,

eine Eingabe des Herrn **Bernhard Stöcker** über die Straßenbeleuchtung,

eine Eingabe der **Beamtenvereinigung** des Herzogtums **Braunschweig**, betreffend die Kriegsbeihilfen,

eine Eingabe der **Arbeitsgemeinschaft der kaufmännischen und technischen Angestellten-Verbände Braunschweigs**, betreffend Punkt 4 der Tagesordnung.

Sodann ist eine Mitteilung des Magistrats eingegangen über die dem staatlichen Viehkonte gewährten Beihilfen zur **Veischaffung von Milchkuhen** während der Zeit vom 1. Mai bis Mitte September d. J. Die Mitteilung liegt zur Einsichtnahme für die geehrten Herren hier aus.

Aus der Versammlung sind folgende Anträge und Anfragen eingegangen:

Ein Antrag des Herrn **Rieke** mit folgendem Wortlaut:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, in Gemeinschaft mit ihr an den Landtag und die Regierung eine Eingabe zu richten, in welcher die Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Gemeinderwahlrechts nach dem System der Verhältniswahlen für alle über 20 Jahre alten Einwohner der Gemeinde ohne Unterschied des Geschlechts unter Aufhebung aller Vorrechte des Besitzes gefordert wird.“

Ein Antrag des Herrn **Stegmann**:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, bei der Herzoglichen Landesregierung eine Änderung der Städteordnung zu beantragen, wonach

1. alle das Bürgerrecht, die Wahlen der Stadtverordneten und die Wahlhandlung betreffenden Paragraphen aufgehoben werden und die Rechte und Pflichten der Stadtverordneten, sowie die Geschäftsordnung betreffenden Paragraphen eine zeitgemäße Änderung erfahren,

2. zu den Stadtverordnetenwahlen das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht für alle männlichen und weiblichen Einwohner vom vollendeten 20. Lebensjahre ab und das passive Wahlrecht vom vollendeten 25. Lebensjahre ab eingeführt wird."

Eine Anfrage des Herrn **Steinbrecher**:

"Ist dem Magistrat bekannt, daß Hunderte von Hausfrauen in Folge des Petroleummangels nicht in der Lage sind, die notwendigsten Hausarbeiten zu verrichten? Kann dem nicht dadurch abgeholfen werden, daß am Spätnachmittage und Abend geheizte Näh- und Flickstuben in Schulen usw. eingerichtet werden?"

Eine zweite Frage des Herrn **Steinbrecher**:

"Ist der Magistrat in der Lage, an die Bevölkerung noch vor den Feiertagen Mehl, Grieß und Brotaufstrich zu verteilen? Kann der Magistrat den Braunschweiger Kindern eine Weihnachtsfreude dadurch bereiten, daß Keks, event. auch etwas Schokolade auf Lebensmittelmarken verteilt werden?"

Eine Anfrage des Herrn **Genzen**:

"Ist der Magistrat bereit, wie in anderen Städten, der Einwohnerschaft Braunschweigs zu Weihnachten eine Extrazusendung an Mehl und dergleichen zukommen zu lassen?"

Eine zweite Anfrage des Herrn **Genzen**:

"Weshalb wird den Arbeitern der städtischen Straßenreinigung die ihnen zustehende Kleidung nicht geliefert?"

Ferner ist eingegangen eine Eingabe von 125 städtischen Beamten. Der Inhalt dieser Eingabe ist den geehrten Herren dadurch bekannt geworden, daß jeder einzelne von Ihnen einen Abdruck der Eingabe empfangen hat.

1. Antrag **Frede** auf Einführung der Wohnungspflege.

Stadtv. Dr. **Landauer**: Der Antrag des Herrn **Frede** lautet: „Die Stadtverordnetenversammlung wolle den Magistrat um Einführung der Wohnungspflege ersuchen.“ Als dieser Antrag eingebracht wurde, haben die wenigsten von uns genau gewußt, was „Wohnungspflege“ bedeutet, und die meisten haben sie mit dem Begriff Wohnungsaufsicht in einen Topf geworfen. Wohnungsaufsicht und Wohnungspflege sind aber etwas ganz Verschiedenes. Die Wohnungsaufsicht bezieht sich auf die Bauweise, auf die baulichen Mängel usw., während die Wohnungspflege sich auf die Wohnweise erstreckt, also auf die zweckmäßige Benutzung der Wohnung. Wohnungsaufsicht haben wir seit dem Jahre 1906. Die

Vorschriften dafür sind in dem Statut Nummer 20 enthalten, und diese Wohnungsaufsicht wird unter Oberleitung des Stadtbaumeisters, der in unserer Stadt die baupolizeilichen Sachen bearbeitet, durch zwei städtische technische Hilfsarbeiter ausgeübt. Sie erstreckt sich auf alle Wohnungen, sowohl auf die der Eigentümer als auf die der Mieter, Altermieter und Schlafgänger, und befaßt sich hauptsächlich mit der baulichen Beschaffenheit und der Benutzung der Wohnung. Die Wohnungen werden besichtigt, um Mängel, wo solche vermutet werden, festzustellen und deren Beseitigung anzuordnen; wird dem nicht Folge geleistet, so wird von den Beamten Anzeige erstattet. Die Wohnungsaufsicht hat sich im ganzen gut bewährt. Es ist darüber zuletzt im Jahre 1911 im Verwaltungsbericht der Stadt Braunschweig ein ausführlicher Bericht erstattet.

Was nun den Antrag des Herrn Frede anlangt, so hat sich bei Prüfung der Akten ergeben, daß er schon im Jahre 1911 in ähnlicher Weise von Herrn Frede gestellt war. Es hat damals zunächst eine Umfrage bei 48 Städten stattgefunden, und darnach stellte sich heraus, daß 21 von diesen Städten nur Wohnungsaufsicht hatten, 10 Städte aber auch eine Wohnungspflege. Die Antworten der befragten Städte sind leider nicht mehr in den Akten enthalten. Es ist dann beschlossen worden, daß eine Wohnungspflege eingerichtet werde, und zwar in Anlehnung an die Wohnungsaufsicht durch weibliche Hilfskräfte im Ehrenamt. Man hat diese Wohnungspflege den Waisenpflegerinnen und den Armenpflegerinnen übertragen. Diese Regelung ist aber nur etwas Halbes, man kann nicht einmal sagen, daß es ein Reilchen gewesen ist, das im verborgenen geblüht hat, denn geblüht hat es überhaupt nicht.

Um ein Urteil über den Wert einer zeitgemäßen Wohnungspflege zu bekommen, habe ich mich an Herrn Stadtrat Gottstein, Charlottenburg, gewandt, der dort die hygienischen Einrichtungen zu verwalten hat, und der eine der bedeutendsten Autoritäten auf dem Gebiete der kommunalen Hygiene ist. Er hat mir geantwortet, daß sich in Charlottenburg die Wohnungspflege überraschend gut bewährt habe. Dort ist Wohnungspflege seit dem Jahre 1911 eingerichtet. Sie wird dort ausgeübt in Verbindung mit der Wohnungsaufsicht, dem Wohnungsnachweis und der Wohnungstatistik. An der Spitze dieser Verwaltung steht eine Deputation mit verschiedenen Wohnungsausschüssen, die aus ehrenamtlichen Mitgliedern zusammengesetzt ist. Die Wohnungspfleger sind bezoldete Kräfte. Am 1. September 1913 wurde den drei Wohnungspflegern noch eine Wohnungspflegerin zur Seite gestellt, was sich sehr gut bewährt hat. Zu Zwangsmaßnahmen wird die Hilfe der Polizei in Anspruch genommen, aber das geschieht nur in seltenen Fällen, denn die Wohnungsinhaber bereiten selten Schwierigkeiten. Aufgabe der Wohnungspflegerin war es vor allem, als Mensch

festen Fuß in den Familien zu fassen und zu versuchen, die Ursachen der wirtschaftlichen Notlage aufzudecken: Krankheit, Unwirtschaftlichkeit, Unordnung, Stumpfsinn, Torheit, Kummer über Mann und Kinder usw. Nicht selten wären die Bemühungen der Wohnungspflegerin vergeblich gewesen, wenn sie nicht mit der Armenpflege und anderen Fürsorgsstellen Hand in Hand gegangen wäre.

Herr Stadtrat Gottstein hat die Statuten und Dienstamweisungen der Stadt Charlottenburg über die Wohnungspflege und einen Verwaltungsbericht aus dem Jahre 1915 mitgesandt, der außerordentlich lehrreich ist, und den ich Ihnen zur Verfügung stelle, wenn Sie von ihm Einsicht nehmen wollen. Die Wohnungspflege wird dahin ausgeübt, daß zunächst die Benutzung der Schlaf- und Wohnräume, sowie der Küchen kontrolliert wird, damit nicht durch nachlässige und zweckwidrige Benutzung, durch übermäßige Dampfbildung Feuchtigkeit in die Häuser kommt, damit nicht durch unsachgemäße und nachlässige Handhabung der Heizkörper und Bewässerungsanlagen die Luft verdorben wird, damit nicht übelriechende Stoffe in den Wohnungen aufbewahrt werden oder übelriechende gewerbliche Einrichtungen in den Wohnungen vorgenommen werden. Selbstverständlich wird außerdem darauf geachtet, daß sittliche Zustände in den Wohnungen herrschen. Es hat sich herausgestellt, daß bei Ausübung der Wohnungspflege weibliche Kräfte den männlichen bedeutend überlegen sind. Schon der Herr Antragsteller hat bei seiner Begründung ausgeführt, es habe sich diese Anstellung von Wohnungspflegerinnen in der Stadt Charlottenburg ganz besonders bewährt. Das ist auch selbstverständlich, denn weibliche Personen können bei den Fragen über Haushaltsführung und Erziehung von kleinen Kindern besser Rade und Antwort stehen als männliche. Die notwendige intensive Arbeit etwa nur auf ehrenamtlich tätige Frauen zu verteilen, war unmöglich, weil man diesen die großen Opfer an Zeit und Kraft nicht zumuten konnte und die Arbeitsmethode dadurch der Einseitigkeit entbehrt hätte.

Die ganze Frage der Wohnungspflege ist nun in der Statutenkommission eingehend besprochen worden. Es wurde von verschiedenen Seiten der Nutzen einer solchen Wohnungspflege sowohl im Interesse der Hausbesitzer als auch namentlich in bezug auf die Familien betont, es hat aber auch nicht an kritischen Stimmen gefehlt, und zwar sind diese letzteren ausgegangen von den sozialdemokratischen Mitgliedern der Kommission, die sonst ein warmes Herz für die minderbemittelten Klassen haben. Es wurde ausgeführt, daß es den arbeitenden Frauen durchaus nicht an dem nötigen Verständnis und am guten Willen fehle, überall in der Wohnung für Reinlichkeit und Ordnung zu sorgen, daß es ihnen aber an Zeit fehle. Wenn sie morgens um 6 Uhr zur Arbeit gehen müssen und

erst um 6 Uhr abends zurückkehren, dann haben sie beim besten Willen keine Zeit, für Ordnung und Reinlichkeit in der Wohnung zu sorgen. Von einer zweiten Seite ist darauf hingewiesen worden, daß selbst beim besten Willen und aller angewandten Wohnungspflegeleistung nicht immer viel zu erreichen sei. Es habe sich hier eine Kinderschuttpflege, die von der Partei aus organisiert worden sei, ungefähr mit denselben Zielen befaßt, wie sie hier bei der Wohnungspflege in Aussicht genommen sind. Die Frauen, die sich dieser Sache unterzogen haben, haben sich in aufopfernder Weise bemüht, haben Frauen und Kinder gereinigt und entlaust, haben die Kinder gewaschen, die Betten auseinandergenommen und gereinigt, aber schließlich haben sie doch nicht viel erreicht, obgleich sie mit Geldmitteln, wo es nötig war, haben nachhelfen können. Es hat sich herausgestellt, daß es bei sehr vielen Frauen doch an der nötigen Einsicht fehlt, daß sie die einfachsten Grundsätze von Sauberkeit, Ordnung und Hygiene nicht begreifen. Es wurde darauf geantwortet, daß man mit der Wohnungspflege allein nicht alles erreichen könnte, sie sei nicht ein Universalmittel gegen alles Wohnungselend. Diese kritischen Stimmen, die sich in der Kommission vernehmen ließen, sind aber doch nicht so weit gegangen, die Wohnungspflege abzulehnen, sondern sie haben im Gegenteil für deren Einführung gestimmt.

Es ist weiter in der Kommission erörtert, ob es nötig sei, dafür eine geschulte Kraft im Hauptamt anzustellen, oder ob es möglich sei, die Wohnungspflege mit anderen Kräften zu besetzen. Es wurde dabei zunächst an die Schulpflegerinnen gedacht, dann an die Säuglingspflegerinnen, die in nächster Zeit angestellt werden sollen. Die Kommission ist aber der Ansicht gewesen, daß man nicht noch einmal etwas Halbes tun solle, sondern daß man, wenn man einmal Maßnahmen zur Einführung der Wohnungspflege ergreife, sie auch ganz ergreifen möchte. Es sind auch die Kosten in Betracht gezogen, und man ist der Ansicht gewesen, daß sie gar nicht in die Wagischele fallen können, denn es handelt sich zunächst nur um eine einzige weibliche Hilfskraft. Die Statutenkommission hat nun folgenden Antrag einstimmig angenommen:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle an den Stadtmagistrat das Ersuchen stellen, eine zeitgemäße Wohnungspflege einzuführen und zu dem Zwecke eine geschulte Wohnungspflegerin in H a u p t a m t anzustellen.“

Ich möchte noch bemerken, daß von seiten des Stadtmagistrats keine ablehnende Stimme geäußert ist, und ich glaube, wenn wir den Antrag annehmen, haben wir von dieser Seite keine Ablehnung zu befürchten, denn die Einführung der Wohnungspflege ist eine Maßregel, die, wenn sie auch nicht alles Elend beseitigen kann, doch recht viel Gutes stiften wird.

Schließlich ist in der Kommission noch der Wunsch ausgesprochen, daß man der Stadtverordnetenversammlung regelmäßig sowohl über die Tätigkeit der Wohnungsaufsicht wie auch der Wohnungspflege Bericht erstatten möchte.

Den von mir mitgeteilten Antrag der Kommission empfehle ich zur Annahme.

Stadtv. Wesemeier: Wenn wir auch jetzt während der Kriegszeit von der Wohnungsaufsicht nicht allzuviel bemerken konnten — was natürlich eine Folge der Arbeitsüberlastung des städtischen Personals ist —, so muß man doch anerkennen, daß die Wohnungsaufsicht wesentlich fördernd auch auf die Wohnungspflege gewirkt hat. Manche Höhle, die als menschliche Wohnung nicht mehr benutzt werden dürfte, ist doch beseitigt, wenn auch unter dem Widerstande der Hausbesitzer. Zwei- oder dreimal mußte durch die Wohnungsaufsicht die Benutzung solcher Wohnungen verboten werden, und wenn nach einem Jahre wieder revidiert wurde, so waren solche ungenügenden Wohnungen doch immer wieder bewohnt. Es bietet sich bei der Wohnungsaufsicht keine rechte Handhabe zum energischen Zupacken, denn die kleinen Polizeistrafen werden durch den Mietzins der Wohnungen, die eigentlich nicht bewohnt sein sollen, wieder aufgewogen. Es ist zu wünschen, daß die Wohnungsaufsicht nach dem Kriege energischer und kräftiger als vor dem Kriege gehandhabt wird, daß sie nicht nur ausgeübt wird, wenn Anzeigen wegen Mängel an den Häusern erfolgen, sondern daß sie auch freihändig ausgeübt wird, wo vermutet wird, daß irgend etwas bei den Wohnungen nicht in Ordnung ist. Man könnte dagegen sagen, es kommen auch unbegründete Beschwerden und unerfüllbare Wünsche über Mängel in Wohnungen zur Anzeige, aber soweit ich darüber durch meine Zugehörigkeit zum Stadtbauamt unterrichtet bin, kann ich doch mitteilen, daß die Wohnungsaufsichtsbeamten immer objektiv geurteilt und in zutreffenden Fällen auch gesagt haben: An dieser Schimmelbildung seid ihr als Bewohner selbst schuld, weil ihr in der Wohnung unerlaubterweise Wäsche gehalten habt. Die Mängel der Wohnungen sind also, soweit mir zu Ohren gekommen ist, immer in objektiver Weise von unseren Wohnungsaufsichtsbeamten behandelt worden. Wenn meinem Wunsche nach die Wohnungsaufsicht nach dem Kriege etwas schärfer ausgeführt werden soll, so muß man allerdings bedenken, daß im ganzen zwei Beamte auf diesem Gebiete nicht viel leisten können, und daß deshalb für diese Wohnungsaufsicht später etwas mehr aufgewandt werden muß. Die Ausübung der Wohnungsaufsicht wie auch der Wohnungspflege ist sicherlich keine angenehme Beschäftigung. Die Wohnungsaufsichtsbeamten wissen ein Lied davon zu singen, welchen Widerwärtigkeiten sie ausgesetzt sind, und ebenso wird es auch den Wohnungspflegerinnen

gehen, die von Herrn Frede gefordert werden. Auch sie werden vielfach in den Familien auf Widerstand stoßen, und das ist erklärlich. Alles, was von den Behörden kommt, stößt auf einen bestimmten Widerwillen innerhalb der Bürgerschaft, der sich nun einmal im Laufe der Jahrzehnte festgesetzt hat. Dennoch aber wird die Wohnungspflege fruchtbar werden können, wenn wir die geeigneten Personen dazu haben.

Nun darf man natürlich von der einen Person, wie sie in Vorschlag gebracht ist, nicht erwarten, daß sie allzuviel leistet; aber ich hoffe, daß die Wohnungspflege mit der Zeit auf der Grundlage, wie sie jetzt geschaffen werden soll, ausgebaut wird. Wenn wir auch wissen, daß diese Wohnungspflege in erster Linie im Interesse der Hausbesitzer liegt, so erkennen wir doch an, daß auch im Interesse einer Anzahl Familien gehandelt werden kann, wenn die richtige Art gefunden wird, die Familien anzufassen, und wenn die für dieses Amt bestimmten Pflegerinnen verstehen, sich in das Vertrauen der Familien hineinzuleben. Der Herr Referent hat schon darauf hingewiesen, daß wir an dem Beispiel des von unserer Seite eingeführten Kinderschutzes wissen, was es mit der Wohnungspflege auf sich hat. Von sozialdemokratischer Seite aus haben wir uns vor dem Kriege mit dem Kinderschutz in der Weise beschäftigt, daß insbesondere in den Fällen, wo irgendwie Beschwerden einliefen, unsere Frauen sich um die Kinder kümmerten, und diese Tätigkeit mußte ohne weiteres auf das Gebiet der Wohnungspflege und Wohnungspflege sich ausdehnen. Unsere Frauen, die aus freien Stücken an die Verarbeitung dieses Gebietes herangingen, fanden ein Elend in den Wohnungen, wie es nicht schrecklicher zu sagen ist: Sie mußten Kinder und Mütter entlausen, haben die Wäsche gewaschen, und wo sie sahen, daß es nötig war, haben sie Kleider zusammengefochten und die ihnen von uns zur Verfügung gestellten Geldmittel zur Anschaffung von Wäschestücken und Kleidern benutzt. Das war eine wirkliche Wohnungs- und Familienpflege, die von den betroffenen Familien anerkannt wurde. Es lag diese Tätigkeit nicht nur im Interesse der Kinder, für die sie eigentlich eingesetzt war, sondern dehnte sich auch auf die Wohnungen aus. Wo auch immer ihre Hilfe verlangt wurde, da gingen sie immer wieder und immer wieder hin, bis sie in einzelnen Fällen allerdings auch einsehen mußten, daß nicht zu helfen war. In anderen Fällen aber konnten sie auch konstatieren, daß die Hilfe nicht vergeblich gekommen war, daß ihre Tätigkeit gut abgeschnitten hatte.

In dieser Weise wird die Wohnungspflege der Stadt nicht wirken können, das liegt in der Natur der Sache. Eine einzige Wohnungspflegerin für die ganze Stadt kann wohl einmal eine Wohnung besuchen und Rat erteilen, auch ein zweites und drittes Mal dort erscheinen, aber in der wirklichen Weise, wie es von den Arbeiterfrauen ausgeführt ist, wird diese städtische Wohnungspflege wohl nie ausgeübt werden können; man wird da auf die Armenpflege, auf Stiftungs-

mittel usw. verweisen. Wenn in solchen Fällen, wo die Wohnungspflegerin einsteht, daß auf solche Weise geholfen werden muß, eingegriffen wird, dann bin ich überzeugt, daß die Familien, die in Frage kommen und bei denen oftmals die Ursache der nicht richtigen Wohnweise und der Mangel in der Wohnung nicht einmal in der Person der Hausfrau zu liegen brauchen, sondern in den Verhältnissen, es einsehen werden, daß hier tatsächlich von gutem Willen getrieben die Pflegerin zu ihnen kommt und helfen will. Von vornherein aber möchte ich warnen, daß hier nicht mit Armenunterstützungen gearbeitet wird, denn das wollen unsere Arbeiter nicht.

Ein reiches Feld für eine jegensreiche Tätigkeit liegt für die Wohnungspflege vor, aber wir erwarten nicht alles Heil von der Wohnungspflege. Wir wissen aus der praktischen Erfahrung, die wir durch unsere Frauen gewonnen haben, daß nur in manchen Fällen wesentlich helfend eingegriffen werden kann. Die Ursache der ganzen Wohnungsmisere — das ist auch in der Kommission schon erklärt — liegt denn doch zu tief, als daß sie in der Zeit der privatkapitalistischen Wirtschaftsweise durch solche Mittel ausgeglichen werden kann. Die Ursache der mangelhaften Wohnungspflege durch manche Hausfrauen liegt zum Teil in der langen Arbeitszeit, in dem dumpfen, erstickenden Gefühl, das durch das Elend hervorgerufen wird und keinen Sinn für Reinlichkeit aufkommen läßt. Solange die privatkapitalistische Wirtschaftsweise besteht, können Sie diesen Leuten aus dem Elend nicht heraushelfen. Wir sind aber nicht gegen die Wohnungspflege, hoffen jedoch, daß sie ausgebaut wird, und daß dies, was heute beschlossen werden soll, nur erst ein kleiner Anfang für Braunschweig ist. Erst von der erweiterten Wohnungspflege erhoffen wir ein günstiges Resultat.

Stadtrat von Frankeberg: Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Wohnungspflege, richtig gehandhabt, ein sehr wichtiger Teil der sozialen Fürsorge ist. Wir haben deshalb schon im Laufe der letzten Jahre dieser Angelegenheit im Einvernehmen mit den geehrten Herren unsere Aufmerksamkeit zugewandt, indem wir ganz nach dem damals von der Stadtverordnetenversammlung angenommenen Beschlusse durch die Waisenspflegerinnen eine Wohnungspflege haben ausüben lassen. Wenn der Herr Berichtstatter aus den Akten und aus sonstigen Mitteilungen die Tätigkeit der Waisenspflegerinnen nicht hat wahrnehmen können, so kann das kein Wunder nehmen, denn es wird darüber kein Bericht erstattet. Der Stadtarzt hält alle Monat mit den Waisenspflegerinnen eine Versammlung ab, in der auch Mitteilungen dieser Art gemacht sind. Es ist zweifellos — und das hat der Herr Berichtstatter schon erwähnt —, daß nur Frauen die geeigneten Persönlichkeiten sind, um diese Wohnungspflege auszuüben. Das schließt aber bei den wachsenden Schwierigkeiten der Wohnungspflege selbstverständlich nicht aus, daß

man nach und nach von der ehrenamtlichen zu der beruflichen Verwaltung der Wohnungspflege übergeht. Ich glaube, daß der Magistrat gern bereit sein wird, wenn der Antrag heute angenommen wird, sofort deswegen in Verhandlungen einzutreten. Ich kann auch mitteilen, daß unser braunschweigisches Landesfürsorgeamt, das bekanntlich in der Fürsorge für die Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen seine Tätigkeit ausübt, zugleich seine Aufmerksamkeit anderen Teilen der sozialen Fürsorge im Zusammenhang mit der Fabrikwohlfahrtspflege zugewandt hat. Es wird dem Magistrat gewiß angelegen sein, sowohl durch ehrenamtliche wie auch berufliche Kräfte die Wohnungspflege zur Besserung der Zustände in den Wohnungen durchzuführen. Berücksichtigen wir, daß wir uns die Tätigkeit unserer Schulpflegerinnen und der Säuglingspflegerinnen bei dieser Wohnungspflege auch zunutze machen werden, so ist mit einem Erfolg in der Wohnungspflege wohl zu rechnen. Es war mir heute nur ein Bedürfnis, unsere Waisenzüchterinnen in Schutz zu nehmen, gegenüber dem Schein, als ob sie in dieser Sache nicht voll und ganz ihre Schuldigkeit getan hätten.

Stadtv. Frede: Herr Wejemeier hat wiederholt gesagt, die Wohnungspflege liege im Interesse der Hausbesitzer. Ich muß dem entgegen, daß die Wohnungspflege, wie ich sie beantragt habe, nicht im Interesse der Hausbesitzer aufgenommen werden soll, überhaupt nicht im Interesse einer besonderen Bevölkerungsgruppe, sondern daß sie lediglich im Interesse der Kultur liegt. Der Kulturfortschritt, der hierdurch erreicht werden soll, zeigt sich in verschiedener Beziehung. Es ist ein Kulturfortschritt, wenn Ordnung und Sauberkeit in den kleinen Wohnungen und dort, wo sie jetzt nicht anzutreffen sind, eingeführt werden. Es ist ein Kulturfortschritt erheblicher Art, wenn für gute Sitte und für Hygiene gesorgt wird. Ob nun durch die Säuglingspflege oder durch sonstige Einrichtungen gegen die Prädisposition für die ansteckenden Krankheiten Fürsorge getroffen wird, ist gleich; jedenfalls wird nach verschiedenen Rücksichten die Kultur hierdurch gefördert. Ich erblicke den Hauptnutzen des Antrages nicht darin, daß augenblicklich gute Zustände geschaffen werden — das ist durch die Tätigkeit einer Wohnungspflegerin nicht möglich —, sondern ich erblicke den Hauptzweck in dem ersten Bericht, der erstattet wird, der nach meiner Überzeugung Aufschluß geben wird über sehr böse Zustände in Braunschweig, und die Folgen, die sich an den Bericht knüpfen werden, werden bester Art sein, denn man wird nicht umhinkönnen, hier und da einzugreifen. Ich habe schon in der Kommission darauf verwiesen, daß in verschiedenen Städten, wo Wohnungspflege eingerichtet ist, unter dem Eindruck der erstatteten Berichte private Wohnungsfürsorgevereine gebildet sind, in denen die Beschaffung von den Familien notwendigen Gegenständen erstrebt wird, und zwar nicht im Sinne einer Armenunterstützung, sondern im Sinne des besten Wohlwollens gegen die Mitmenschen, das man sich denken kann.

Herr Wesemeier hat ferner gerade das hervorgehoben, was der Herr Berichtserstatter scharf geschieden hat. Er hat die Wohnungsaufsicht mit der Wohnungspflege zusammengeworfen. Diese irrige Ansicht, daß beides dasselbe sei, hat bisher bestanden, und es kann sein, daß sie in der Öffentlichkeit noch besteht. Die Wohnungsaufsicht hat polizeilichen Charakter, sie verhängt Strafen, und es ist in höchstem Grade wünschenswert, daß in den Bevölkerungsschichten, die von der Wohnungspflege betroffen werden, nicht die Annahme entsteht, daß mit Strafen vorgegangen wird. Unter keinen Umständen wird das geschehen, sondern man wird sich an den Verstand und das Gemüt der Hausfrau wenden, und hoffentlich wird das seine besten Früchte tragen.

Stadtvo. **Genzen:** Herr Frede sagte eben, daß die Wohnungsaufsicht mit der Wohnungspflege eigentlich nichts zu tun hätte. Ich bin der Meinung, daß eine Wohnungspflege ohne Wohnungsaufsicht nicht denkbar ist. Wie kann von Reinlichkeit die Rede sein, solange man sieht, daß Arbeiter mit großer Familie in kleinen Wohnungen hausen müssen? Wenn wir die Wohnungen in der Mauernstraße, auf dem Klinte, in der Friesenstraße und andere ansehen, wenn wir bedenken, wie die Verhältnisse in diesen Wohnungen sind, wo nicht Licht und Luft hineinkommen kann, so muß man sagen: Es sind die Brutstätten der Proletarierkrankheit, der Schwindsucht. Ich behaupte, daß die Wohnungsnot nur ein Glied in der Kette der sozialen Not ist. Mein Freund Wesemeier hat schon erklärt, daß die heutige kapitalistische Wirtschaftsweise nicht imstande ist, dafür zu sorgen, daß die Verhältnisse anders werden. Durchaus notwendig ist der Bau von großen, lustigen Wohnungen. Nur wenn es dem Arbeiter möglich ist, eine der Anzahl seiner Familienangehörigen entsprechende Wohnung zu mieten, wird die Wohnungsnot aus der Welt geschafft und damit die Wohnungspflege geschaffen. Wenn wir sehen, wie heute Arbeiter mit 6, 7 Kindern in einem Raum schlafen müssen, daß Mann, Frau und zwei Kinder in einem Bett liegen müssen, kann da überhaupt von Wohnungspflege die Rede sein? Manche von ihnen kennen diese Verhältnisse gar nicht, weil sie nicht mit der Arbeiterklasse so wie wir in Berührung kommen, und deshalb versteht man uns nicht. Wenn von Wohnungspflege gesprochen wird, dann muß auch von Wohnungsaufsicht die Rede sein, dann muß dafür gesorgt werden, daß die Schwindsuchtsbaracken in der Mauern- und Friesenstraße niedergerissen werden und neue lustige Häuser an deren Stelle treten. So, wie wir das wünschen, kann es in der heutigen Gesellschaftsklasse kaum möglich sein, eine solche Umgestaltung wird nur in dem sozialen Staate möglich werden. Wir sehen ein, daß das, was heute mit dem Antrage erstrebt wird, nur ein Palliativmittel ist, aber trotzdem werden wir dazu unsere Zustimmung geben.

Die Versammlung stimmt dem Antrage der Statutenkommission zu.

2. Antrag Wesemeier, betreffend die Gewährung von Nahrungsmitteln an hoffende Frauen.

Stadtv. **Steinbrecher:** Der Antrag des Herrn Wesemeier lautet: „Beantrage, den hoffenden Frauen und Mädchen in den letzten drei Monaten vor ihrer Niederkunft, sowie den stillenden Müttern statt der bisher gelieferten $\frac{3}{4}$ Liter täglich 1 Liter Milch, halbmonatlich 1 Pfund Haferflocken oder Grieß, und wöchentlich $\frac{1}{2}$ Brotzuschlagskarte zu gewähren. Das Quantum Haferflocken oder Grieß ist auch Kindern im Alter bis zu zwei Jahren zu liefern, die nicht gestillt werden.“

Wenn der Antrag Wesemeier verwirklicht wird, dann kämen für die Neugewährung 849 hoffende Frauen und 1697 stillende Mütter in Frage und an Kindern bis zu 2 Jahren, die nicht gestillt werden, etwa 500, zusammen etwa 3000 Personen. Was nun die Milch anbelangt, von der den hoffenden Frauen statt $\frac{3}{4}$ Liter 1 Liter gewährt werden soll, so ist von Reichs wegen festgesetzt, daß für die hoffenden Frauen nur $\frac{3}{4}$ Liter gewährt werden dürfen. Für die Säuglinge ist allerdings zulässig, 1 Liter zu bewilligen. Nun hat der Magistrat so verfahren, daß den Säuglingen nur auf Grund ärztlichen Attestes statt $\frac{3}{4}$ Liter 1 Liter gewährt wird, und daß das ersparte Quantum den Kindern im Alter von 7 bis 11 Jahren, alten Leuten über 70 Jahre $\frac{1}{4}$ Liter und Personen über 80 Jahre $\frac{1}{2}$ Liter zugeteilt wird. Wenn man den hoffenden Frauen ein ganzes Liter Milch geben würde, dann würden die Kinder von 7—11 Jahren, die alten und kranken Personen nichts mehr an Vollmilch bekommen können. Dazu ist zu sagen: Wenn man an der einen Stelle wegnehmen muß, um den andern etwas geben zu können, da wir nicht mehr zu vergeben haben, dann steht die Sache so, daß es besser ist, an der bisherigen Ordnung nichts zu ändern. Das hat der Herr Antragsteller eingesehen und hat sich in der Statutenkommission mit einem anderen Antrage einverstanden erklärt, den ich nachher verlesen werde.

Es kommt nun noch der Brotzuschlag für die hoffenden und stillenden Mütter in Frage; der Antrag verlangt, statt $\frac{1}{4}$ Brotzuschlagskarte eine halbe zu geben. Auch hier müßten wir, wenn wir diese Viertel-Karten mehr an die 2400 Personen geben wollten, an anderer Stelle etwas wegnehmen. Es werden jetzt gewährt: Den Kindern von $\frac{1}{2}$ Jahr an $\frac{1}{2}$ Karte und den Kindern vom dritten Jahre an eine ganze Karte, was früher nicht der Fall war. Wenn diesen halbjährigen Kindern die halbe Karte und den Kindern vom dritten Jahre an die volle Karte weggenommen wird, dann wäre der Antrag Wesemeier bezüglich der Brotkarten durchzuführen. Nun ist es eine eigenartige Sache, so zu verfahren. Den Schwerarbeitern und Schwerstarbeitern darf nichts von ihrem Brotquantum genommen werden, weil dieses Quantum von Reichs wegen festgesetzt ist; es ließe sich nur an diesen Kindern etwas ersparen. Da mehr Brotkarten nicht zu beschaffen sind, so

hat sich Herr Wesemeier in der Kommissionsitzung vom Magistrat dahin bewegen lassen, daß er nicht diesen Weg gehen und deshalb auf seinen Antrag nicht bestehen will.

Es kommt nun noch der Antrag in Frage, daß diesen Frauen halbmönatlich ein Pfund Haferflocken oder Grieß gewährt werden möchte. Dazu hat der Magistrat erklärt, daß das Landesernährungsamt an Haferflocken so wenig hergegeben habe, daß nur die Apotheken ein gewisses Quantum erhalten haben, das zwei Monate reichen solle. Die Apotheken sind verpflichtet, Haferflocken nur auf ärztliche Verordnung herzugeben. Daraus, daß den Apotheken Haferflocken nur für die Zeit von 8 Wochen gewährt werden konnten, geht hervor, wie ungeheuer gering das Landesernährungsamt die Stadt Braunschweig bedacht hat. Nun soll statt der Haferflocken auch Grieß gegeben werden. 65 Doppelzentner davon werden monatlich gebraucht und 177 Doppelzentner haben wir nur erhalten. Von dieser Menge könnte ja etwas weggenommen werden, aber wenn diesen 3000 Personen halbmönatlich ein Pfund Grieß gegeben werden sollte, dann würde die Allgemeinheit keinen Grieß bekommen können. Nach diesen Auskünften des Magistrats haben wir uns auf einen Antrag in der Kommission geeinigt, den ich vorgeschlagen habe, und der folgendermaßen lautet:

„Den Magistrat zu ersuchen, beim Landesernährungsamt dahin vorstellig zu werden, für die hoffenden Frauen und stillenden Mütter, sowie für Kinder im Alter bis zu zwei Jahren, die nicht gestillt werden, Hafernahrungsmittel freizugeben.“

Wir sind dabei von der Erwägung ausgegangen, daß es keinen Zweck hat, von der einen Stelle etwas wegzunehmen, um es einer anderen geben zu können. Da aber zweifellos die Landesernährungsstelle einsehen wird, daß es von ungeheurer Wichtigkeit ist, für den Nachwuchs der stillenden Frauen zu sorgen, so hoffen wir zu erreichen, daß von ihr für diesen Zweck noch etwas Mehlspräparate und Haferflocken freigegeben werden. Dadurch würde der Antrag Wesemeier in seiner Hauptsache, wenn auch in einer anderen Form, verwirklicht werden können.

Ich bitte Sie namens der Statutenkommission, dem eben verlesenen Antrage zuzustimmen.

Stadt v. Wesemeier: Es ist uns vom Herrn Referenten erklärt, daß von Reichs wegen das Quantum Milch für Säuglinge und für die hoffenden und stillenden Frauen festgesetzt worden ist, und zwar auf Gutachten von Professoren hin. Ich muß offen gestehen, daß ich früher ein großes Zutrauen zu den Gelehrten gehabt habe, daß ich aber dieses Zutrauen während der Kriegszeit gründlich verlernt habe. Was ist uns alles schon von Professoren in bezug auf die Ernährung des Volkes erzählt worden! Was ist uns gesagt in bezug auf den Wert der Stedrüben, nach deren Genuß die Bevölkerung doch krank geworden ist! Ich lege nicht

den geringsten Wert mehr auf diese Gutachten, soweit sie sich auf die Ernährung des Volkes beziehen. Diese Gutachten basieren meiner Überzeugung nach nur auf der Notwendigkeit, daß eingeteilt werden muß. Es mag vielleicht richtig sein, daß bei normaler Güte der Nahrungsmittel es eher möglich wäre, daß die Frauen und Kinder aus dem Quantum, was geliefert wird, besonders von der Milch, mehr für sich erzielen könnten. Sehen Sie sich aber einmal die Milch an, die wir bekommen. Es ist verwässertes Zeug, so daß, wenn nach dem Milchstatut gegangen würde, durchweg alle Händler mit Milch hart bestraft werden müßten. Der Magistrat erklärte uns in der Kommission: Es ist nicht möglich, dem Antrage nachzukommen; wir haben nicht mehr. Alles, was wir haben, haben wir so eingeteilt, daß wir, wenn wir den hoffenden Frauen und stillenden Müttern wie den Säuglingen etwas geben wollten, anderen Kreisen etwas abziehen müßten. Das zeugt davon, daß überall zu wenig ist, denn es wird niemand behaupten können, daß es irgendwie möglich wäre, ohne Schädigung der Gesundheit den Kreisen, die mit bestimmten Nahrungsmitteln versehen werden, etwas abzugeben. Was wir heute bekommen, ist, soweit es rationiert ist, für alle Kreise, wo sie auch sind, so weit heruntergedrückt, daß es nicht mehr möglich ist, etwas abzugeben. Meiner Überzeugung nach ist diese ganze Art, unter welcher die Frauen, Mütter und Säuglinge leiden, eine Folge der geradezu stümperhaften Organisation, von der die Nahrungsmittel erfasst werden. Wenn man die Nahrungsmittel auf dem Lande so erfassen würde, wie es geschehen müßte, so hätten wir bedeutend mehr Milch, Käse, Butter usw. auch für die städtischen Einwohner. Aber man setzt nicht den gehörigen Druck dahinter, und deshalb bleiben die sämtlichen Lebensmittel — auch die minderwertigen, wie die Kartoffeln — auf dem Lande, und die städtische Bevölkerung muß darunter leiden. Daran liegt die Schuld, daß wir den hoffenden Frauen und stillenden Müttern und den Säuglingen nicht mehr geben können. Die Organisation zur Erfassung der Lebensmittel auf dem Lande ist zu stümperhaft. Weil ich mich vom Magistrat habe überzeugen lassen, daß es unmöglich ist, den hoffenden Frauen, stillenden Müttern und den Säuglingen etwas zukommen zu lassen, wenn nicht an anderer Stelle etwas abgezogen wird, nur deshalb habe ich zugestimmt, daß von der Verfolgung meines Antrages abgesehen wird und dafür vom Landesernährungsamt erbeten wird, mehr Nahrungsmittel für die von mir angezogenen Kreise herauszugeben. Ich stehe nach wie vor auf dem Standpunkte, daß die hoffenden Frauen, stillenden Mütter und die Säuglinge zu wenig an Nahrungsmitteln bekommen. Der Überzeugung bin ich geworden durch die mir in letzter Zeit gewordenen Mitteilungen aus Frauenkreisen. Infolge der stümperhaften Organisation der Lebensmittelerfassung wird geradezu der ganze Nachwuchs in arger Weise gefährdet. Die Stadt ist gebunden, sie kann nicht mehr bekommen und kann deshalb nicht mehr verteilen. Wir müssen schon deshalb uns

damit einverstanden erklären, daß vom Landesernährungsamt verlangt wird, daß mehr Nahrungsmittel herangeholt werden.

Stadtrat von Franckenberg: Ich will nur darauf hinweisen, daß weniger die „stümperhafte Organisation“, als vielmehr die Ihnen allen bekannte, sehr mäßige Haferernte im verfloffenen Sommer eine Hauptursache dafür ist, daß Hafernahrungsmittel nur in äußerst knapper Menge in diesem Jahre zur Verfügung gestellt werden. Unser Landesernährungsamt und das Kriegsernährungsamt in Berlin sind an dem fargen Ausfall dieser Ernte gewiß unschuldig. Im übrigen habe ich ausgerechnet, daß, wenn der Vorschlag der Kommission, den der Herr Berichtserstatter auch auf die Kinder im ersten Lebensjahre, die nicht gestillt werden, angewandt wissen will, zur Ausführung kommen soll, dafür monatlich 8 Doppelzentner von diesen Nahrungsmitteln nötig sein würden. Da das Landesernährungsamt uns wiederholt in sehr verständnisvoller Weise bei der Fürsorge für die Kinder, die hoffenden Frauen und stillenden Mütter entgegengekommen ist, so gebe ich mich der Erwartung hin, daß dieser bescheidene Wunsch ebenso willige Berücksichtigung finden wird, wie wir Entgegenkommen gefunden haben mit unserer Bitte, daß den Apotheken etwas davon zugestellt werden möchte. Wir haben damals für diesen Zweck 25 Zentner bekommen, und ich denke, daß wir auch diese 8 Doppelzentner erhalten werden.

Dem Antrage der Statutenkommission wird von der Versammlung zugestimmt.

3. Antrag Steinbrecher auf Einführung eines städtischen Wohnungsnachweises.

Stadtv. Meyerhoff: Der Antrag des Herrn Steinbrecher lautet: „Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, möglichst bald einen städtischen Wohnungsnachweis einzurichten.“

Die Statutenkommission hat sich mit dem Antrage beschäftigt und in Ausführung der Tatsache, daß andere Städte auch mit Errichtung eines Wohnungsnachweises vorgegangen sind, hat sie sich entschlossen, den Antrag Steinbrecher zur Annahme zu empfehlen. Der Wohnungsnachweis ist in der Art geplant, daß Wohnungen, die offen sind, auf dem Rathause angemeldet werden, unbeschadet der Annoncierung auch in den Tagesblättern und Wohnungsanzeigern, welches letzteres ja nach wie vor jedem einzelnen vorbehalten bleiben muß. Die Zusammenstellung dieser Wohnungen soll aus dem Grunde geschehen, um überblicken zu können, an welcher Art von Wohnungen Mangel herrscht, und so in den Stand gesetzt zu sein, wenn der Krieg zu Ende ist, sagen zu können: Für diese Klassen der Bevölkerung

fehlen Wohnungen, für diese Klassen sind Wohnungen übrig usw. Darnach würde nachher die Tätigkeit geregelt werden können, die dahin führen soll, neue Wohnungen zu schaffen. Die Statutenkommission empfiehlt Annahme des Antrages Steinbrecher und gibt anheim, den Magistrat zu ersuchen, den Stadtverordneten eine d a h i n g e h e n d e V o r l a g e z u m a c h e n. Vom Magistrat ist erklärt, um der Sache die rechte Wirkung beizulegen, wäre es nötig, ein Statut zu erlassen. Ich empfehle Ihnen den Entschluß der Statutenkommission zur Annahme.

Dem Antrage der Statutenkommission entsprechend, wird der Antrag Steinbrecher angenommen und der Magistrat um Vorlage eines Statuts ersucht.

4. Gewährung von Kriegsbeihilfen an städtische Beamte und Lehrer.

Vorsitzender: Zu diesem Punkte der Tagesordnung ist ein Antrag von der Beamtenvereinigung im Herzogtum Braunschweig eingegangen, der dahin geht, den Grundbetrag der Kriegsbeihilfen auf 450 *M* zu erhöhen und die erhöhte Frauenzulage von 360 *M* schon bei einem Diensteinkommen von 2000 *M* an zu zahlen.

Sodann ist auch zu diesem Punkte der Tagesordnung eine Eingabe von der Arbeitsgemeinschaft der kaufmännischen und technischen Angestelltenverbände eingegangen, die folgendermaßen lautet:

„Die der Stadtverordnetenversammlung vorliegende Magistratsvorlage trägt den von der unterzeichneten Arbeitsgemeinschaft mit Schreiben vom 5. November 1917 geäußerten Wünschen in keiner Weise Rechnung. Es wird daher an die Stadtverordnetenversammlung das dringende Ersuchen gerichtet, der Magistratsvorlage nur dann zuzustimmen, wenn auch den im Kriege angestellten Hilfskräften und Hilfsdienstpflichtigen ebenfalls entsprechende Teuerungszulagen gezahlt werden.“

Diese Eingaben haben auch schon der verstärkten Finanzkommission bei ihrer Beratung vorgelegen. Der Herr Berichterstatter ist über den Inhalt unterrichtet. Ich bitte ihn, die beiden Eingaben bei seiner Berichterstattung mitbehandeln zu wollen.

Stadtv. Munte: Meine Herren! Dieser Punkt der Tagesordnung wird uns voraussichtlich etwas länger beschäftigen. Es sind über die Gegenstände schon zwei Sitzungen im Finanzausschuß abgehalten, aber ich muß sagen, daß eine vollständige Klärung der Meinungen bisher nicht stattgefunden hat; vielleicht gelingt es in der Vollversammlung, eine Form zu finden, in der die Vorlage des Magistrats durchzubringen ist.

Der Stadtmagistrat hat unter dem 6. Dezember d. J. das Anschreiben zu dieser Vorlage Ihnen allen zugesandt und darin die Grundsätze der Vorlage dargestellt, die nachher im einzelnen beraten wird. Ich möchte annehmen, daß jeder der geehrten Herren das Schreiben des Magistrats, das uns ausführlich in die Materie einführt, gelesen hat, so daß es sich erübrigen wird, es hier zur Verlesung zu bringen. Es wird uns darin die Entwicklung geschildert, die die Gewährung der Kriegsbeihilfen und Kriegsteuerungszulagen bislang im Staate und in der Stadt genommen hat, und weiter ausgeführt, daß der Magistrat zu der Überzeugung gekommen ist, daß diese Entwicklung weiter vorwärts geführt werden muß, weil die Teuerung nicht nachgelassen, sondern zugenommen hat, jedenfalls aber von Bestand geblieben ist. Das Schreiben gibt eine genaue Übersicht über die Bestimmungen des Landesgesetzes, die nicht jeder ohne weiteres in der klaren Weise aus dem Gesetze herausgefunden hätte, wie es auf Seite 4 und 5 des Magistratschreibens geschildert ist. Es geht daraus hervor, daß der Staat nunmehr auch Kriegsteuerungszulagen bis zur Höhe des Gehalts von 9450 M zu gewähren sich genötigt sieht. Da unsere städtischen Beamten und Lehrer nicht hinter diesen staatlichen Teuerungszulagen zurückstehen dürfen, so ist es selbstverständlich, daß die Stadt in der Gewährung der Teuerungszulagen dem Staate folgen muß. Für die städtischen Lehrer war es sogar schon gesetzlich festgelegt, daß die Teuerungszulagen für sie bis auf den Stand erhöht werden müssen, den die Lehrer im Lande erreichen. Von den Aufwendungen für die durch das Gesetz bestimmten Teuerungszulagen für die Lehrer bezahlt der Staat bekanntlich 65 Prozent an die Stadt zurück. Die Stadt kann sich natürlich nicht darauf beschränken, nur den Schulleitern und Lehrern eine gegen früher erhöhte Zulage zu gewähren, sondern muß sie auch den übrigen Beamten zukommen lassen.

In das Landesgesetz sind verschiedene Bestimmungen aufgenommen, die früher nicht bestanden. Als wichtigste davon ist wohl zu nennen, daß der Staat die Berücksichtigung des Nebeneinkommens fallen gelassen hat. Auch in unserer Stadt war bestimmt, daß jemand, der mehr als 1000 M Nebeneinkommen hatte, bei der Zahlung der Kriegsbeihilfen ausscheiden sollte. Das wird nun anders werden. Man kann ja verschiedener Meinung über diesen Punkt sein, ich finde es aber als richtig.

Auf Seite 9 meines Schreibens gibt der Magistrat eine Übersicht, wie sich die von ihm beantragten Sätze im Vergleich zu denen des deutschen Reiches und des braunschweigischen Staates stellen. Der Magistrat schlägt vor, zwar annähernd gleichwertige Vergünstigungen, wie sie der Staat gewährt, zuzugestehen, aber bei ihrer Feststellung umständliche Erhebungen und Berechnungen dadurch zu vermeiden, daß 1. eine Unterscheidung zwischen Kriegsbeihilfen und Kriegsteuerungszulagen nicht gemacht wird, 2. die bisherige Altersgrenze bei Zubilligung der

Kinderbeihilfen, nämlich das 16. Lebensjahr, beibehalten wird. Die Gehaltsgrenze, bis zu welcher Teuerungszulagen bewilligt werden, soll nach dem Vorschlage des Magistrats auf 10 000 *M* bemessen werden, da in dem Höchstsätze des Staates das Wohnungsgeld mit enthalten ist. Sodann soll allen Beamten, einerlei, ob sie verheiratet, ledig oder verwitwet sind, jährlich

a) der feststehende Betrag von 360 *M*,

b) für jedes noch nicht 16 Jahre alte oder sonst nach den staatlichen neuen Grundsätzen zu berücksichtigende Kind der Betrag von 180 *M*, und

c) für die Ehefrau bei einem Gehaltsbetrage bis zu einschließlich 3000 *M* eine Beihilfe von 240 *M* und bei einem höheren Gehalt eine solche von 360 *M* gewährt werden.

Falls niemand der Herren zu diesem Begleitschreiben Aufklärungen wünscht oder sonst das Wort erbittet, möchte ich vorschlagen, jetzt zur Beratung der einzelnen Paragraphen der Grundsätze überzugehen. Ich glaube auch, daß, falls Aufklärungen nötig sind, diese sich von selbst bei der Beratung der Grundsätze ergeben werden.

Vorsitzender (eröffnet die Besprechung des § 1).

Stadtv. Munte: § 1 lautet: „Kriegsbeihilfen erhalten solche — auch nicht fest angestellte — Beamte, die dauernd im städtischen Dienste im Hauptamte beschäftigt werden; als Beamte im Sinne dieser Grundsätze gelten auch die an den städtischen Unterrichtsanstalten tätigen Leiter und Lehrkräfte.

Vorübergehend während des Krieges zur Leistung von Aushilfe angenommene Hilfskräfte erhalten Kriegsbeihilfen nur dann, wenn die ihnen zu zahlende Vergütung durch Statut festgelegt, dabei aber die übliche Aufbesserung von 3 zu 3 Jahren nicht vorgesehen ist.

Ein Rechtsanspruch auf Gewährung von Kriegsbeihilfen wird keinem Beamten zuerkannt.“

Über diesen Paragraphen ist in der Kommission eine längere Aussprache erfolgt, und zwar ist der zweite Absatz von mehreren Seiten angegriffen worden. Die Besprechung hat dazu geführt, daß wir uns in der Kommission zu einem Zusätze geeinigt haben. Es handelt sich um alle diejenigen Beamten, die während des Krieges aushilfsweise angenommen sind und deren Gehalt vom Magistrat sozusagen nach dem Grundsatz von Angebot und Nachfrage geregelt ist. Nun hat sich nach und nach die Übung herausgebildet, daß man die männlichen Hilfskräfte in den meisten Fällen nicht unter 100 *M* angestellt hat, daß man ihre Bezahlung aber, sofern sie brauchbar waren, unter Umständen sogar nach ganz kurzer Zeit aufgebessert hat, so daß sie jetzt zwei und mehr Male Aufbesserungen bekommen

haben. Die Remunerationsätze für diese Hilfsbeamten sind vom Magistrat selbstständig bestimmt, denn es war dem Magistrat die Berechtigung erteilt, seine Hilfskräfte zu wählen, je nachdem sie zu haben waren, und sie je nach Leistung zu bezahlen. Nun hat sich weiter die Übung herausgebildet, mit dem Gehalt für diese Hilfskräfte nicht über 200 *M* zu gehen — allerdings werden ihnen noch 10 *M* Zuschuß für die Frau und 5 *M* für jedes Kind unter 16 Jahren gewährt. Nur eine einzige Ausnahme hat stattgefunden bei einem Beamten, der eine leitende Stellung einnimmt, bei einem kaufmännischen Hilfsbeamten im Rathaus, der höher bezahlt werden muß. Bei den weiblichen Hilfskräften hat man, wenn es sich um 14 bis 15jährige junge Mädchen handelte, die als Maschinenschreiberinnen tätig sind und noch nicht viel leisten können, zu Anfang 40—50 *M* gewährt, sie sind dann je nach Brauchbarkeit alsbald aufgebessert und haben als Höchstatz mit wenigen Ausnahmen monatlich 110—120 *M* bekommen. Nun ist es schwer, bei diesen Beamten zu sagen: Dies ist das Gehalt, und dies soll die Kriegsbeihilfe darstellen. Die Gehaltsaufbesserungen sind auf Antrag der Angestellten erfolgt nach Anhörung des betreffenden Bureauvorstehers, und je nach der Brauchbarkeit der Hilfsbeamten ist ihnen im Hinblick auf die Teuerung eine Zulage vom Magistrat gewährt worden. Nun läßt sich, wie wir durch lange Beratungen in der Kommission festgestellt haben, sehr schwer ein annehmbarer Grundsatz feststellen, um eine gleichmäßige Norm für Bezahlung der Hilfsbeamten zu bekommen. Mitunter wird jemand als Hilfsbeamter angestellt mit einem höheren Gehalt, als diejenigen bekommen, die auf Grund der festgelegten Statuten als Beamte Anstellung finden. So haben wir in der Kommission keine Möglichkeit gesehen, für die 125 Hilfsbeamten, die bekanntlich auch eine Eingabe um Teuerungsbeihilfen gemacht haben, eine gleichmäßige Lösung zu finden, und wir haben uns deshalb auf folgenden Satz geeinigt, der hinter Absatz 2 des § 1 eingefügt werden sollte:

„Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, dem Magistrat die Anregung zu geben, die bisherige Höchstgrenze von monatlich 200 *M* für männliche und 110—120 *M* für weibliche Aushilfskräfte zu überschreiten und im übrigen die sämtlichen Gehaltsätze der Hilfskräfte unter Zuziehung des verstärkten Finanzausschusses nachzuprüfen.“

Ich habe diesen Satz aus meiner Erinnerung aufgeschrieben, es könnte sein, daß die Worte nicht ganz stimmen, aber der Sinn wird, wie ich hoffe, richtig sein. Wenn Sie diesen Satz annehmen, so liegt darin ausgedrückt, daß wir zum Magistrat das Vertrauen haben, daß er selbstständig bemüht sein wird, denjenigen Beamten, die wirklich brauchbar sind und dauernd weiter beschäftigt werden — einige von ihnen sind schon während der ganzen Kriegszeit vom Magistrat beschäftigt, andere sind natürlich erst wenige Monate hier —, eine entsprechende

Erhöhung ihres Gehaltes zukommen zu lassen. Das würde unter Mitwirkung des verstärkten Finanzausschusses sehr gut möglich sein, obgleich ich zugeben will, daß es schwer zu machen sein wird, daß der verstärkte Finanzausschuß sich im einzelnen mit den 125 Beamten befassen soll. Noch einfacher wäre es vielleicht, wenn dem Magistrat die Sache ganz und gar überlassen geblieben wäre.

Vorsigender: Zur Beratung des § 1 möchte ich wiederholen, was der Herr Berichterstatler zu Absatz 2 erwähnt hat.

Der Magistrat hatte schon in der Kommission geäußert, von seiner ihm ohnehin zustehenden Befugnis, über die bisher gezahlte Höchstgrenze der Vergütung für die Hilfsbeamten bei Bedarf hinauszugehen, Gebrauch zu machen. Wir empfehlen nun dem Magistrat, den Absatz 2 ungefähr in folgendem Sinne — die Fassung bleibt dem Magistrat überlassen — zu ergänzen:

„Die Besoldung der während des Krieges zur Aushilfe angenommenen Hilfsbeamten wird unter Hinzuziehung des verstärkten Finanzausschusses nachgeprüft und, falls es angemessen erscheint, erhöht.“

Oberbürgermeister Metemeyer: Ich habe bei der Beratung der Grundsätze in der Kommission es allerdings nicht so aufgefaßt, daß dieses Ersuchen dahin gehen soll, eine Bestimmung über die Hilfskräfte in die „Grundsätze“ aufzunehmen. Ich bitte dabei folgendes zu beachten: Die „Grundsätze“ bilden eine Norm, nach der der Magistrat verfahren wird. Nun ersuchen die Herren uns, wegen anderweitiger Besoldung von Beamtengruppen, deren Verhältnisse in diesen „Grundsätzen“ nicht weiter geregelt sind, Maßregeln zu ergreifen. Eine solche Bestimmung können wir doch nicht in die „Grundsätze“ aufnehmen; das Ersuchen kann recht gut daneben an uns gerichtet werden.

Vorsigender: Die Form ist etwas anders, während die Sache doch getroffen wird. Ich empfehle, dem Beschluß in dieser Weise zuzustimmen.

Stadtv. Riete: Wie von dem Herrn Referenten hervorgehoben ist, hat uns § 1 in der Kommission am meisten beschäftigt. Aus der Eingabe der Hilfsangestellten sehen Sie, wie sehr ihnen daran gelegen ist, auch mit einer Steuerungszulage bedacht zu werden. Es ist auch selbstverständlich, daß für diese die Steuerung genau so besteht, wie für die angestellten Beamten, die noch den Trost haben, daß sie pensionsberechtigt sind, während bei den Hilfsbeamten, wenn sie nicht mehr gebraucht werden, es der Magistrat in der Hand hat, sie zu entlassen. Da ist es wohl nicht angebracht, das eherne ökonomische Lohngesetz bei

dieser Kriegslage eine Rolle spielen zu lassen und bei der Bezahlung nach Angebot und Nachfrage zu verfahren. Viel richtiger wäre es, daß man die Leute, die man annimmt, zunächst auf Probe anstellt, sie auf ihre Brauchbarkeit prüft und ihnen bei Bewährung so viel Lohn oder Gehalt zahlt, wie zur Ernährung eines Menschen notwendig ist, und zwar notwendig auch im Hinblick auf die Teuerung. Wenn das nicht geschieht, ist es berechtigt, sich darauf zu berufen, was der Staat getan hat, und in derselben Weise, wie die Stadt dem Muster des Staates in bezug auf ihre Beamten nachkommt, auch den Hilfsbeamten gegenüber zu verfahren und ihnen eine Teuerungszulage zu gewähren. Ich hege kein Mißtrauen in dieser Hinsicht gegen den Staat und hoffe, daß da, wo es notwendig ist, wo Tüchtigkeit und guter Wille bei den Hilfsbeamten vorhanden sind, die Regierung helfend eingreifen wird. Richtig ist doch, daß der größte Teil der Hilfsbeamten dieselben Geschäfte erledigen muß, wie die jetzt außer Dienst und im Felde stehenden Beamten es getan haben. Deshalb sollte man nicht engherzig sein, es nicht auf die paar tausend Mark ankommen lassen und auch diesen Hilfsbeamten möglichst gerecht werden. Die 125 Unterschriften bürgen uns dafür, daß sie nicht in kurzer Frist übertrieben aufgebessert sind. Würde uns vom Magistrat der Beweis erbracht, daß diese Hilfskräfte über ihren bisher in anderen Stellungen erhaltenen Lohn mit Aufbesserungen bedacht sind, durch die diese Teuerungszulage wettgemacht würde, dann wäre es etwas anderes. Wenn das aber nicht der Fall ist, dann kann man sich nicht auf die einzelnen Zulagen berufen, sondern man muß ihnen, wenn das eben von mir genannte Ziel nicht erreicht ist, sofort diese Unterstützung zuteil werden lassen, die den angestellten Beamten und Lehrern gewährt werden soll. Ich möchte ersuchen, die Sachlage nochmals zu prüfen und auch den Wünschen dieser Kreise Rechnung zu tragen, so daß sie zufrieden sein können damit, daß sie in derselben Weise bedacht werden wie die anderen.

Oberbürgermeister Metemeyer: Herr Riese hat erklärt, daß der Magistrat besser getan hätte, bei der Annahme der städtischen Hilfsbeamten das eherne Lohngesetz nicht zur Anwendung zu bringen. Ich muß darauf hinweisen, daß wir bei der Besoldung dieser Aushilfsbeamten — nicht Hilfsbeamten, die wir auch sonst haben — das eherne Lohngesetz aus folgendem Grunde anwenden mußten: Hätten wir es nicht getan, dann mußten wir diese Aushilfsbeamten nach den von Ihnen genehmigten Besoldungstarifen bezahlen, und dann hätten sie erheblich weniger bekommen, denn das sind Friedenslöhne, die bisher nicht geändert sind. Wir sagten uns, daß das zu dieser Zeit nicht angängig wäre, daß wir mehr bezahlen müßten und uns nach Angebot und Nachfrage richten müßten, andererseits aber auch nach den Familienverhältnissen der Aushilfsbeamten. So

haben wir Sätze gesucht, die nach dem, was andere Arbeitgeber zahlen, angemessen erschienen, und daneben haben wir den Aushilfskräften auch noch die besondere Zulage für die Familie zugewilligt — für die Frau jährlich 120 *M* und für jedes Kind 60 *M*.

Sodann jagt Herr Rieke, die Stadt möge dem Staate bei dieser Gewährung der Kriegszuschüsse an die Aushilfsbeamten folgen. Ich bin doch zweifelhaft, ob das besser wäre als unser Vorgehen. Der Staat hat zwar die Bestimmung aufgenommen, daß diese Aushilfsbeamten auch unter die Vorschriften der „Grundsätze“ fallen sollen, aber er hat dabei die wesentliche Einschränkung gemacht, daß ihnen der Satz angerechnet wird, um den sie jetzt höher besoldet werden, als sie im Frieden besoldet waren. Außerdem hat er die sehr wesentliche Vorschrift — die wir weggelassen haben —, daß alle diejenigen, die noch lernen, für ihren Beruf noch ausgebildet werden, überhaupt keine Beihilfe bekommen.

Angenommen nun, es wäre richtig, was Herr Rieke sagte, daß alle die von uns angenommenen Aushilfsbeamten genau dasselbe leisten müssen, was früher unsere angestellten Beamten geleistet haben, dann würde ich Herrn Rieke folgen können. Es ist aber nicht richtig, womit ich aber den Personen keinen Vorwurf machen will. Aus allen möglichen Personenzirkeln haben wir die Aushilfsbeamten aufnehmen müssen, um Ersatz zu schaffen. Darunter befinden sich Leute, die durchaus nicht für diesen Zweck vorgebildet sind, und von ihnen kann man nicht erwarten, daß sie so gewandt sind wie unsere Beamten; wir müssen sie tatsächlich, besonders die jungen Kräfte, für unsere Geschäfte erst ausbilden, damit sie dieselben ordnungsmäßig erledigen. Deshalb ist es berechtigt, daß wir ihnen zuerst einen geringeren Lohn bewilligen und die Sätze allmählich steigen lassen. Ich gebe zu, daß es angemessen ist, zu überlegen, ob man die Höchstgrenze der bisherigen Bezahlung überschreiten soll, und der Magistrat ist auch gern bereit, diese Frage noch einmal einer Prüfung zu unterziehen; wir können uns dabei auch mit der verstärkten Finanzkommission ins Einvernehmen setzen. Wollten wir aber alle diese Aushilfsbeamten jetzt ebenso behandeln wie unsere dauernd beschäftigten Beamten, so würde das eine Zurücksetzung der letzteren bedeuten, denn ihre Gehaltsätze sind durch Statut geregelt, während wir die Vergütung der Aushilfsbeamten nach Angebot und Nachfrage sowie nach den jetzt herrschenden Verhältnissen bemessen haben, und darin liegt ein wesentlicher Unterschied.

Stadtv. Stegmann: Schon im Februar dieses Jahres ist von unserer Seite darauf hingewiesen und mit Nachdruck dafür eingetreten, die Hilfsarbeiter mit in die Feuerungszulagen einzubeziehen. Das ist auch damals vom Magistrat

entschieden abgelehnt worden. Nun glaube ich, ist es an der Zeit, daß wir einen Wechsel gegen die damalige Stellung vornehmen. Die Leute teilen in ihrem Schreiben mit, daß Not und Sorge ein täglicher Gast bei ihnen ist. Ich kann nicht einsehen, warum es nicht möglich sein sollte, die Aushilfsbeamten auch in die heutige Regelung mit einzuschließen. Das könnte in der Weise geschehen, daß der Magistrat über die 200 *M* Höchstgehalt bei den männlichen und über die 110 *M* bei den weiblichen Hilfskräften hinausgeht. Wenn Sie sie heute nicht berücksichtigen, so würden Sie damit nur Ungewissheit bei den Hilfskräften selbst schaffen, denn sie werden finden, daß sie ungerecht behandelt werden. Viele von ihnen sind durch den Krieg aus ihrer Existenz herausgeworfen, haben früher vielleicht mehr verdient als jetzt, sind heute im Rathause das fünfte Rad am Wagen und sollen auch von der Teuerungszulage ausgeschlossen sein.

Wenn gesagt wird, bei gleicher Berücksichtigung der Beamten und der Aushilfsbeamten in der Teuerungszulage würden die Beamten benachteiligt, so möchte ich daran erinnern, daß die Beamten wiederholt, drei- oder viermal, Teuerungszulagen bekommen haben, so daß sie sich nicht beklagen können. Ich bin selbstverständlich dafür, daß die Beamten diese Zulagen auch heute bekommen, aber ebenso selbstverständlich ist für mich, daß diese Nichtangestellten auch mit unter die Bestimmungen für die Zulagen fallen müssen. Ich be-
antrage deshalb,

daß am Schlusse des ersten Abzuges gesagt wird: „sowie allen Hilfsarbeitern und Hilfsarbeiterinnen.“ — Absatz 2 ist zu streichen.

Der Herr Oberbürgermeister hat darauf hingewiesen, daß es sich um Leute handelt, die aus allen Personalkreisen zusammengewürfelt seien, die man habe annehmen müssen. Es muß also jetzt mit ihnen gearbeitet werden. Wenn Sie es aber so machen, wie jetzt beabsichtigt wird, dann wird die Arbeitsfreudigkeit dieser Aushilfsbeamten herabgestimmt und das Rathaus wird zum Taubenschlag gemacht, denn diejenigen, die eine besser bezahlte Stelle erhalten können, werden dann so schnell wie möglich den Staub von ihren Pantoffeln schütteln und ihren Platz bei uns verlassen. Wenn Sie wollen, daß die Beamten Arbeitsfreudigkeit zeigen, daß sie wirklich ihre Arbeitskraft im Dienste der Stadt hergeben, dann dürfen wir diese Leute nicht zurücksetzen, sondern müssen ihnen ebenso wie den angestellten Beamten die Teuerungszulagen gewähren. Ich sehe wirklich keinen Grund dafür, daß man darauf nicht eingehen will.

Natürlich müßte der zweite Absatz des § 1 vollkommen gestrichen werden. In den Fabriken werden in der jetzigen Kriegszeit allgemein Gehälter gezahlt, die höher sind als die hier im Rathause den Aushilfsarbeitern gezahlten. Trotzdem werden Sie finden, daß auch diese Hilfskräfte in den Fabriken bei den Teuerungszulagen mit ergriffen werden. Selbst der Staat macht es so, aber der

Herr Oberbürgermeister meint, er könnte hierin dem Staate nicht folgen. In diesen Fällen könnte er es wohl tun, und ich hoffe, daß er nach nochmaliger Überlegung und Beratung mit dem Magistrat auch den Hilfskräften Teuerungszulagen zusichert. Aus diesen Gründen bitte ich Sie dringend, zu beschließen, daß auch die Hilfskräfte direkt mit unter die Bestimmungen der „Grundsätze“ fallen.

Stadt v. **Wesemeier**: Es ist durchaus richtig, was Herr Stegmann anführte: In den Fabriken werden mindestens dieselben Gehaltsätze gezahlt wie den Hilfskräften im Rathause, und außerdem werden ihnen in den Fabriken die Teuerungszulagen gewährt, was verschiedene der anwesenden Herren, die in Fabriken zu tun haben, bestätigen werden. Der Antrag, den die Kommission der Versammlung unterbreitet, bedeutet nicht gehüpft und nicht gesprungen, nicht gehauen und nicht gestochen. Der Magistrat soll ermächtigt werden, über die bisher üblichen Sätze hinauszugehen. Das kann er ja heute schon; er kann ganz nach seinem Gutdünken die Löhne und Gehälter dieser Aushilfsangestellten erhöhen.

Vorsitzender (den Redner unterbrechend): Es geht der Beschluß der Kommission nicht dahin, den Magistrat zu ermächtigen, die Bezahlung der Aushilfsbeamten zu erhöhen, sondern es wird dem Magistrat anheimgegeben, von dieser ihm bereits erteilten Befugnis Gebrauch zu machen.

Stadt v. **Wesemeier** (fortfahrend): Wir müssen immer von dem Gesichtspunkte ausgehen, daß die Lebenshaltung um mindestens 250 Prozent teurer geworden ist, als sie in Friedenszeiten war. An diesem Tarif gemessen, bedeutet es höchstens einen Geldwert von 75 *M*, wenn die Aushilfskräfte selbst 200 *M* bekommen. Nun hört es sich ja schon nach etwas an, wenn es heißt, die Höchstgrenze des festgesetzten Lohnes ist 200 *M*. Aber wie viele bekommen denn diese 200 *M*? Das wissen wir nicht. Wie viele denn 110 bis 190 *M*? Ich glaube, es ist ein erheblicher Prozentsatz unter den Nicht-Festangestellten, die einen niedrigeren Satz als 200 *M* erhalten. Wir dürfen nicht davon ausgehen, daß 200 *M* für die männlichen und 120 *M* für die weiblichen Hilfskräfte gegeben werden, sondern müssen sagen: Ein ganz erheblicher Teil bekommt diesen Satz gar nicht.

Der Staat zieht die Aushilfsbeamten in die Gewährung der Teuerungszulagen ein, und was der Staat in dieser Hinsicht kann, muß die Stadt auch können. Der Herr Oberbürgermeister sagt: Wir würden die Beamten, die jetzt angestellt sind, zurücksetzen, wenn wir auch den Nicht-Festangestellten diese Teuerungszulage im gleichen Maße gewährten. Ich bin schon im März d. J. für die Nichtangestellten eingetreten, damit ihnen auch Teuerungszulage gewährt wird.

Mit dem Worte, „man fördere die Unzufriedenheit unter den Beamten“ hat es eine eigene Bewandnis. Vor einigen Tagen trat ich in der Ausschußsitzung der Landesversicherungsanstalt dafür ein, daß die Teuerungszulagen dort erhöht werden sollten. Die Landesversicherungsanstalt hat über 21 Millionen Mark Vermögen und kann es den Leuten mit Leichtigkeit gewähren. Aber von seiten der Arbeitgeber wurde erwidert: „Damit fördern wir die Unzufriedenheit der Angestellten der Stadt und des Staates, die nicht so viel erhalten.“ Auch hier wird wieder Derartiges gesagt. Ich bin gegenteiliger Meinung. Die Festangestellten müssen die Teuerungszulagen bekommen, sie sind gering genug, aber die Festangestellten bekommen doch auch in regelmäßigen Zwischenräumen ihre Gehaltserhöhung. Das gleicht die mit der Zeit erhöhten Ansprüche, die an die Klasse der Beamten gemacht werden, aus. Die Teuerung aber soll durch die Teuerungszulagen ausgeglichen werden. Löhne von 200 M für männliche Arbeitskräfte sind eben Friedenszeitlöhne.

Was den Einwand betrifft, daß viele von den Leuten erst angelernt werden müssen, so erwidere ich darauf: Die meisten der angenommenen Hilfskräfte sind doch wohl Schreiber oder frühere selbständige Geschäftsleute, die mit Schreibereien zu tun gehabt haben, und so werden sie wohl im Rathause zu gebrauchen sein. Diese Leute so zu stellen, daß sie bei dieser Teuerung mit 110 bis 120 M, im Höchstfalle mit 200 M auskommen sollen, halte ich nicht für gerechtfertigt. Ich bitte Sie, dem Antrag Stegmann, der auch die Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen diesen Grundsätzen mit unterstellen will, zuzustimmen.

Stadtv. **Salomon:** Ich gebe zu, daß die Regelung dieser Materie nicht leicht ist. Der Hauptgrund dafür liegt wohl in den schwankenden Entlohnungsverhältnissen, denen diese Hilfskräfte im Rathause unterstehen. Auf der anderen Seite ist aber nicht wegzuleugnen, daß auch sie schwer unter der wirtschaftlichen Not zu leiden haben. Es ist hervorgehoben, daß diese Kräfte gewissermaßen Nothelfer für unsere städtische Verwaltung darstellen, sie sind eingespungen, als sie die Stadt nötig hatte, und Hilfe in der Not ist unter Umständen doppelte Hilfe, und so drängt es mich, auch für diese Kräfte einzutreten. Wie ist es aber zu machen, daß man ihren Ansprüchen gerecht wird? Vielleicht möchte es doch einen Weg dazu geben, und deshalb richte ich an den Magistrat die Anfrage: Sollte es nicht möglich sein, für diese Kräfte, die nicht statutarisch besoldet werden, eine Art Kriegsstatut zu schaffen? Wenn diese statutarische Regelung möglich ist, möchte ich mit aller Wärme dafür eintreten, daß diese bei ihrer immerhin geringen Entlohnung unter der wirtschaftlichen Not tatsächlich schwer Leidenden entsprechend dem Antrage des Herrn Stegmann in die Vorlage über die Kriegsteuerungszulagen mit einbezogen werden.

Oberbürgermeister Metemeyer: Herr Wesemeier hat darauf hingewiesen, daß unbedenklich wäre, dem Staate in seinen Bestimmungen über die Teuerungszulagen in bezug auf die Nicht-Festangestellten zu folgen. Ich glaube, Herr Wesemeier hat mich noch nicht recht verstanden. Ich bin der Ansicht, daß die Vorschrift, die der Staat erlassen hat, gar nicht die Folge haben wird, daß alle Aushilfsbeamten, die der Staat angenommen hat, die Teuerungszulagen bekommen, im Gegenteil, ich fürchte, daß die wenigsten davon die Teuerungszulagen bekommen werden, und zwar auf Grund der Vorschrift, die ich schon angeführt habe. Es wird geprüft werden: „Was hätte der Mann nach den feststehenden Sätzen des Friedens bekommen müssen, und was bekommt er jetzt?“ und je nach der Beantwortung dieser Frage wird entschieden, ob er Teuerungszulage erhalten soll.

Herr Salomon hat angeregt, ein Statut für die Aushilfsbeamten zu schaffen. Ich glaube doch, daß auch Herr Salomon der Meinung ist, daß der Krieg nun lange genug gedauert hat, und daß wir hoffen können, er gehe nun bald zu Ende. Über die Frage der Kriegszulagen für die Aushilfsbeamten werden wir uns mit Ihnen wohl verständigen können, ohne ein besonderes Statut zu schaffen. Ich wüßte auch nicht, wie wir das Statut fassen sollten, denn die Verhältnisse können sich noch weiter ändern, so daß dann die statutarisch festgelegten Sätze nicht mehr richtig sein würden.

Im übrigen möchte ich Herrn Wesemeier gegenüber betonen: Die Schwierigkeit liegt darin, daß wir nicht wissen, welche Sätze wir miteinander in Vergleich bringen sollen. Die große Mehrzahl der Aushilfsbeamten, die wir angenommen haben, verrichtet ähnliche Arbeit, wie sie in Friedenszeiten die sogenannten Hilfschreiber besorgt haben. Wenn man nun fragt, was die in Friedenszeiten bekommen haben, so haben sie mit jährlich 720 *M* angefangen, diese Bezüge sind mit jährlich 120 *M* aufgebeffert bis 1800 *M*. Sollen wir diese Sätze nun dem Vergleich mit den Aushilfsbeamten zugrunde legen? Dann haben die letzteren jetzt schon durchweg mehr.

Sodann wurde gefragt, wieviel Personen denn unter den Hilfskräften wären, die 200 *M* erhalten. Ich gebe zu, daß die Zahl dieser Personen nicht allzugroß ist. Von den 89 im Rathaus beschäftigten männlichen Aushilfsbeamten haben 12 den Höchstbetrag erreicht, die große Mehrzahl hat etwa 150 *M*, eine Bezahlung von 150 *M* abwärts beziehen 18 dieser Aushilfskräfte. Ich wiederhole: Ich weiß nicht, wie man die Vergleichung der Sätze der Aushilfskräfte mit den früheren Kräften vornehmen soll. Sagt man: Wir wollen die Aushilfsbeamten, wenn sie dasselbe leisten, auch ebenso stellen wie die ständigen Hilfsbeamten, dann kommen die Aushilfsbeamten zu kurz, denn sie können sich mit den eingearbeiteten Beamten nicht messen. Sollen wir uns lediglich darnach richten, was nötig ist, damit eine an-

gemessene Lebensführung gewährleistet ist, dann kommen wir auf eine schiefe Ebene und müssen fragen, weshalb die, die im Rathause beschäftigt werden, vor ihren Mitbürgern bevorzugt werden sollen, die nicht im städtischen Dienste stehen, und die wir durchaus nicht so stellen können. Ich denke da an die Kriegerfrauen, die zum großen Teil mit den Sägen, die wir in Form von Familienunterstützungen zahlen, längst nicht so hoch kommen. Es wird nichts anderes übrigbleiben, als so zu verfahren, wie die Kommission vorgeschlagen hat. Obgleich der Magistrat zu dem Antrage Stegmann noch keine Stellung genommen hat, glaube ich erklären zu können: Wenn die Stadtverordnetenversammlung glaubt, auf die vom Magistrat gemachten Vorschläge nicht eingehen zu können, dann würde der Magistrat die ganze Vorlage zurücknehmen und umarbeiten müssen, um mit Ihnen in einer späteren Sitzung weiter zu verhandeln.

Stadtv. Kraus: Die Ausführungen des Herrn Oberbürgermeisters müssen für jeden zu unterzeichnen möglich sein, der in der jetzigen Zeit gezwungen ist, Aushilfskräfte anzustellen. Die Leistungen der Aushilfskräfte sind in der ersten Zeit gering, und die allmähliche Steigerung der Leistungen kann es meinem Erachten nach nicht rechtfertigen, ihnen eine Kriegsbeihilfe in der gleichen Höhe zu gewähren wie man sie den festangestellten Beamten ohne weiteres gewähren muß. Aber es läßt sich doch ein Weg finden, der einerseits die Interessen der Stadt als Arbeitgeber und andererseits die Interessen der Aushilfsbeamten in gebührender Weise berücksichtigt. Die Gehälter, welche den Aushilfsbeamten gezahlt werden, sind ein Ausgleich für ihre Leistungen. Die Leistung ist anfangs gering und auch das Gehalt ist demnach anfangs gering. Allmählich steigert sich durch Gewöhnung und Anpassung die Leistung und auch das Gehalt. Aber das Gehalt kann bei dem heutigen gesunkenen Geldwerte natürlich den Kosten der Lebenshaltung, wie sie durch die Kriegsverhältnisse uns auferlegt werden, nicht entsprechen. Wenn man nun auch die Ausmessung des Gehalts, entsprechend der Anregung der Finanzkommission, dem Magistrat überläßt, so kann man doch zu § 6 der Grundsätze noch eine Einfügung vornehmen, die besagt, in welcher Höhe eine Kriegsbeihilfe auch den Aushilfsbeamten gewährt werden soll. Ich habe eben entwickelt, daß das Gehalt unserer Aushilfskräfte ein Wertmesser ihrer Leistungen ist. Dabei mag es bleiben, aber wenn man durch einen prozentualen Zuschlag, der als Kriegsbeihilfe bezeichnet wird, den Preisverhältnissen gerecht wird, so ist das ein Weg, der sicherlich für die Stadt sowohl wie für die Aushilfskräfte gangbar wäre, und der je nach dem Maßstabe der Leistungen die Kriegszulage abstuft. Es würde meines Erachtens empfehlenswert sein, als Kriegsbeihilfe monatlich eine 15prozentige Zulage zu dem Gehalte auszus zahlen. Ich werde mir gestatten, wenn wir bei Beratung des § 6 sind, einen entsprechenden Antrag einzureichen.

Während der Rede des Stadtv. Kraus hat Herr Stadtv. Hartung den Vorsitz übernommen.

Stadtv. Dr. **Wolters**: Die Anregungen, die Herr Stadtv. Kraus eben gegeben hat, sind auch schon in der Sitzung der Finanzkommission sehr eingehend behandelt. Es lag nahe, in ähnlicher feststehender Weise wie bei den angestellten Beamten auch die Bezüge der Kriegsteuerungszulagen für die Muthilfsbeamten fest zu regulieren. Es ist aber nicht möglich, in dieser Beziehung eine einheitliche Regelung herbeizuführen, und zwar aus folgenden Gründen. Nicht alle von diesen Muthilfskräften sind gleichmäßig vorgerückt, sondern je nach der Zeit der Anstellung und je nach der Leistung hat ein ungleichmäßiges Aufrücken in der Bezahlung stattgefunden. Es ist nach Überzeugung der Finanzkommission, die sich eingehend über die Anregung des Herrn Kraus unterhalten hat, nicht möglich, alle diese Verhältnisse so zusammenzufassen, daß man jedem einzelnen gerecht werden kann. Wenn beispielsweise ein Muthilfsbeamter seiner höheren Leistung entsprechend höher im Gehalt gesetzt ist, wenn er längere Zeit im städtischen Dienste ist, wenn er sich als tüchtig erweist, so hat er anderen gegenüber einen Vorzug. Es ist nicht möglich, im Wege des Statuts oder dieser Grundsätze alle diese Leistungsverhältnisse einheitlich zu erfassen, und deshalb ist die Statutenkommission auf den Ausweg gekommen, daß sie in ihrer Entschliebung dem Magistrat empfehlen möchte, von Fall zu Fall alle diese Verhältnisse nachzuprüfen und in den Fällen, wo nach Leistung des Beamten und nach der Dauer seines städtischen Dienstes oder auch in bezug auf seine Bedürfnisse hinsichtlich seiner Familie eine Erhöhung der Bezüge am Platze ist, eine Erhöhung dieser Bezüge vorzunehmen. Alles, was die Herren Stegmann, Wesemeier und Kraus für die Erhöhung der Bezüge der Muthilfsbeamten haben sagen wollen, glaubt die Finanzkommission in dieser Entschliebung niedergelegt zu haben, und ich glaube versichern zu können, daß auch die Finanzkommission anerkennt, daß auf diese Weise sehr wohl den berechtigten Wünschen der Muthilfsbeamten Rechnung getragen werden kann. Ich kann nur empfehlen, daß die geehrte Versammlung dieser Entschliebung der Finanzkommission zustimmen möchte. Dadurch würde den berechtigten Wünschen der Muthilfsbeamten voll Rechnung getragen werden können.

Stadtv. **Wesemeier**: Es handelt sich hier lediglich um verschiedene Meinungen über die Frage: Sind die Löhne, die die Muthilfskräfte bekommen, Kriegslöhne oder Friedenslöhne. Sie sind als Friedenslöhne anzusehen, denn die paar Personen, die 200 M bekommen, können nicht als ausschlaggebend gelten. Sie lachen. Es ist bezeichnend, daß Sie diese Löhne schon für Kriegslöhne ansehen können. Sollten unter diesen 89 Personen, die die Stadt beschäftigt, nur 18 so tüchtig sein,

daß sie 200 *M* bekommen können? Unter den 89 Personen ist ganz bestimmt eine ganz erhebliche Anzahl mehr, die durchaus tüchtig sind. Beachten Sie doch einmal die Verhältnisse der Arbeiter in den Fabriken. Die Friedenslöhne sind geblieben, zum Teil sind sie erhöht, aber außer der Erhöhung bekommen die Arbeiter dort auch noch ganz erhebliche Teuerungszuschläge. Auch bei den Angestellten in den Fabriken und bei den angestellten Beamten ist es so. Wenn nun Hilfskräfte im Rathause schon ziemlich lange, zum Teil schon drei Jahre beschäftigt sind, so nehme ich an, daß ihre Bezahlung besser sein wird, aber dann kann man doch nicht mehr sagen, daß sie noch ausgebildet werden müssen, sondern man muß annehmen, daß sie zu dem Posten, für den sie entschädigt werden, auch geeignet sind und ihn vollständig versehen können. Ich behaupte, diese Leute, die jetzt im Rathause 200 *M* bekommen, würden auch in Friedenszeiten in Fabriken 200 *M* bekommen. Mir haben Statistiken von einer anderen Stelle über die Gehälter der Angestellten in Fabriken vorgelegen, und daraus habe ich ersehen können, daß die Gehälter, die die Stadt jetzt an ihre Hilfskräfte zahlt, Friedensgehälter sind. Auch in den freien Betrieben werden die Gehälter der sogenannten Angestellten — die nicht auf Lebenszeit, sondern nach kaufmännischem Usus mit sechswöchiger Kündigung zum Quartalschluß angestellt sind — in bestimmten Zwischenräumen mit einer Steigerung bedacht; bei uns in der Stadt geschieht es nur für die mit Pensionärsberechtigung angenommenen. Diese Gehälter sind die Entschädigung für die geleistete Arbeit, und daneben werden Teuerungszulagen gewährt. Wir wollen doch auch bei den Aus Hilfsbeamten, wie schon von Herrn Direktor Kraus ausgeführt ist, die Teuerung in etwas bekämpfen. Das können wir nicht mit den Löhnen, die für die Aus Hilfskräfte gezahlt werden, das können wir nur durch besondere Zulagen, durch die Teuerungsentchädigung, die also auch den Aus Hilfskräften in gleicher Weise wie den Festangestellten gewährt werden sollte.

Stadtv. Frede: In der Kommission hat uns der Magistrat mitgeteilt, wie es sich mit der Annahme und der Qualität der Hilfskräfte, ihrem Zu- und Abgang verhält, und auf Grund dieser Aufklärungen muß ich — so gern ich den Leuten alles Gute wünsche — denn doch sagen, daß ich nicht in der Lage bin, entgegen den Vorschlägen des Magistrats etwas zu bewilligen. Die Sache liegt so: Es sind 15- bis 17jährige junge Mädchen und junge Leute, auch sogar Schüler zu Hilfsarbeiten angenommen. Man kann doch unmöglich sagen, daß diese Kräfte schon so viel verdienen müssen, daß sie davon leben können. Wenn man sie in Vergleich setzt zu denen, die in die Fabriken und in das Handwerk hineingehen, dann würden sie als Lehrlinge gar nichts oder doch weniger als hier bekommen. Ihre Eltern haben sie auch nicht in dem Alter hierhergegeben, weil sie sich gesagt haben: Unsere Söhne und Töchter sollen nun für sich allein sorgen. Diese jungen Kräfte haben von dem

Geschäftsbetrieb noch nichts gelernt und leisten wenig. Deshalb kann man nicht sagen, daß es nicht angemessen sei, wenn sie in dem Alter mit 50—70 *M* im Monat gelohnt werden. Nun richtet sich die Annahme der Hilfskräfte auch nach der Lage des Arbeitsmarktes, und der wieder wird beeinflusst von den herrschenden Teuerungsverhältnissen. Wenn heute solche Hilfskräfte neu angenommen werden, so geschieht das natürlich, wenn der Magistrat auf solche Kräfte angewiesen ist, zu solchen Sätzen, wie sie der Arbeitsmarkt vorschreibt, d. h. zu höheren Lohnsätzen als es vor einem halben Jahre geschehen wäre. Darin liegt also schon ein Rechnungstragen der Teuerung. Weiter ist uns gesagt, daß niemals das Bestreben dieser einzelnen Gruppen, im Gehalt höher zu kommen, aufgehört hat. Alle Wochen liefen Gesuche ein, und wenn es sich mit der Leistung der einzelnen und der Gruppen vertrug, so hat man den Gesuchen stets nachgegeben. Darin liegt wieder ein Rechnungstragen der Teuerung. Man kann also heute unmöglich prozentuale Zuschläge zu dem jetzt Bezahlten geben, denn das würde keine gleichmäßige, sondern geradezu eine ungleichmäßige Behandlung sein.

Auch eine statutarische Regelung, wie sie Herr Salomon wünscht, kann ich nicht befürworten. Es würde eine Regelung sein, die Platz greifen könnte für einigermaßen gleichmäßig beschaffene Kräfte. Sie sind in Wirklichkeit aber zu verschieden und lassen sich mit den Beamten nicht vergleichen. Ich für meine Person kann nicht anders sagen, als daß wir uns zufriedengeben müssen mit dem, was die Kommission gesagt hat: Wir wünschen, daß der Magistrat in eine Prüfung der Verhältnisse eintreten wird. Im übrigen bin ich überzeugt, daß der Magistrat schon in seinem eigenen Interesse und im Interesse der Stadt handelt, wenn er diejenigen, die tüchtig sind, etwas gelernt haben und etwas fertigstellen, so besoldet, daß er nicht zu befürchten braucht, daß diese Kräfte den städtischen Dienst verlassen. Bei dem herrschenden Mangel an Arbeitskräften würden wir, wenn sie anderwärts besser besoldet werden, befürchten müssen, daß uns die guten Kräfte den Rücken kehren, es liegt aber in unserem Interesse, die brauchbaren Kräfte zu halten.

Oberbürgermeister Metemeyer: Herr Wesemeier hat angeregt, die Besoldung in der Weise vorzunehmen, daß ein Grundgehalt ein für allemal festgelegt wird und daneben Teuerungszulagen gegeben werden. Dazu möchte ich fragen: Wie soll das Grundgehalt bemessen werden? Für alle gleichmäßig oder wie denn sonst? Will Herr Wesemeier das Grundgehalt für alle gleichmäßig bemessen, so wäre das im höchsten Grade unrecht, denn es kommen Leute zu uns, die Tüchtiges leisten und die wir mit 150 oder 160 *M* anfangen lassen müssen, und es kommen auch solche, die erst bei uns lernen müssen. Sollen wir die Nicht-Tüchtigen abweisen? Die Fabriken gehen allerdings in der Weise vor, wir aber haben uns auf einen

anderen Standpunkt gestellt, indem wir auch Rücksicht auf die Familien genommen haben, wenn uns besondere Gründe dafür dargelegt wurden. Zum Beispiel haben wir Frauen, deren Mann gefallen ist, und die deshalb in Not geraten waren, einstellweisen eingestellt, obwohl sie zu Anfang die ihnen obliegende Arbeit nicht leisten konnten. Sollen wir diesen Grundsatz verlassen? Dahin würden wir kommen, wenn wir dieses Prinzip befolgen und sagen: Es wird gleichmäßig bezahlt, einerlei, was geleistet wird.

Betreffs des Antrages Kraus habe ich zu bemerken, daß eine 15prozentige Aufbesserung den Betreffenden nicht genügen würde, damit sie das erreichen, was sie jetzt erstreben, wenn sie an den Kriegsbeihilfen teilnehmen wollen. Wie hat sich Herr Stadtv. Kraus die Ausführung seines Antrages gedacht? Sollen wir die Aushilfsbeamten einmal um 15 Prozent aufbessern? Das würde nicht genügen. Betrachten Sie die Sätze, die wir regelmäßig zur Aufbesserung wählen, so ist das schon mehr. Diese Aushilfskräfte kommen etwa alle halbe Jahr mit ihren Anträgen. Diese werden uns nach Begutachtung durch die Bureauvorsteher vom Stadtschreiber vorgelegt, und darauf wird von uns die Entscheidung getroffen, wer aufgebessert werden soll. In der Regel erfolgt eine Zulage von 10 bis 20 *M* im Monat, und eine derartige wiederholte Aufbesserung überschreitet den Satz von 15 Prozent oft ganz erheblich. Mein Wunsch geht vor allem dahin, daß die Gewährung der Teuerungszulagen, wie wir sie jetzt vorschlagen, nicht verzögert wird. Wenn Sie aber dem Antrage Stegmann folgen, würde der Magistrat genötigt sein, seine Vorlage zurückzuziehen und Ihnen eine andere Vorlage zu unterbreiten, und das möchte ich verhüten. Sollte es Ihnen denn nicht möglich sein, zuzustimmen, daß wir über die Aushilfsbeamten mit der Finanzkommission weiter verhandeln? Oder wollen Sie in einer späteren Sitzung *hier* die Sache noch einmal verhandeln, so würde der Magistrat auch dazu bereit sein. Bitten möchte ich aber, diese Sache nicht mit der Gewährung von Teuerungszulagen an die eigentlichen städtischen Beamten in der Weise zu verquicken, daß sie die Aushilfsbeamten in die heutigen Vorschriften mit hineinneehmen und sagen: Entweder der Magistrat geht darauf ein, oder die ganze Vorlage fällt. Das würde ich für bedenklich halten.

Es wird zu prüfen sein, ob es richtig ist, die sämtlichen Sätze, die wir bisher zum allmählichen Aufrücken der Aushilfsbeamten benutzt haben, durchweg um 15 Prozent zu erhöhen. Darüber läßt sich streiten. Ich habe schon gesagt, daß der Magistrat prüfen will, ob wir nicht allgemein mit allen Sätzen in die Höhe gehen sollen, so daß wir also nicht mit monatlich 50 *M*, sondern vielleicht mit 65 *M* anfangen. Aber das ist dasselbe wie das, was die Finanzkommission angeregt hat, nämlich die Sätze einer Prüfung zu unterziehen. Gehen wir mit den Höchstsätzen

in die Höhe, so ist es selbstverständlich, daß wir auch bei den niedrigen Sätzen zulegen müssen.

Vorsitzender: Der Antrag des Herrn Stadtv. Kraus hat folgenden Wortlaut:

„Ich beantrage zu § 6, den Aushilfsarbeitern und Aushilfsarbeiterinnen als Kriegsbeihilfe eine monatliche Zulage von fünfzehn Prozent des vom Magistrat nachgeprüften Monatsgehalts zu zahlen.“

Stadtv. Stegmann: Ich habe es vom Herrn Frede eigentümlich gefunden, daß er sich so ausdrückt, als ob junge Mädchen, wenn sie mit 65 *M* angestellt sind, wie im Schlaraffenlande lebten. Herr Frede müßte doch wissen, daß junge Mädchen mit 70—75 *M* Monatsgehalt dabei keine Seide spinnen, sondern die Eltern noch ganz erheblich zulegen müssen. Es ist schon von anderer Seite auf die heutige Entwertung des Geldes hingewiesen. Wenn sie im Frieden 30 *M* bekommen hätten, wären sie weiter damit gekommen als jetzt mit dem doppelten Gehalt. Es hat mich eigentümlich berührt, daß ein städtischer Beamter, der selbst wiederholt Teuerungszulagen erhalten hat, sich dagegen wendet, daß die Hilfskräfte Teuerungszulagen bekommen sollen. So, wie der Herr Oberbürgermeister meine Ausführungen aufgenommen hat, ist die Sache nicht aufzufassen. Ich denke mir, die sämtlichen Hilfskräfte werden doch nach ihren ermittelten Leistungen bezahlt; das ist das Grundgehalt, und sie sollen nun ebenso wie die angestellten Beamten ihre Teuerungszulage erhalten. Dies ist auch gerechtfertigt, und trotzdem droht der Herr Oberbürgermeister, die ganze Vorlage fallen zu lassen. Wenn es sich der Herr Oberbürgermeister recht überlegt, muß er sich doch sagen, daß er nur Ungerechtigkeit und Unzufriedenheit schaffen würde, wenn die Aushilfskräfte bei dieser Regelung ausgeschlossen würden. Ich bitte die Versammlung dringend, meinen Antrag anzunehmen, und auch den Magistrat, sich dem anzuschließen; damit würden wir Zufriedenheit schaffen.

Stadtv. Genzen: Ich halte den Antrag der Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen für ganz gerechtfertigt, und gerade durch die Ausführungen des Herrn Oberbürgermeisters bin ich in meiner Ansicht bestärkt worden. Er hat erklärt, daß die männlichen Angestellten mit 100 *M* und die weiblichen mit 40—50 *M* angenommen würden. Die Privatindustrie wird sich wundern, daß der Magistrat derartig billige Arbeitskräfte hat. Keinem Fabrikbesitzer wird es möglich sein, Leute im Kontor oder Angestellte im Betriebe für monatlich 100 *M* zu haben. Ich möchte noch fragen, ob sich unter diesen so niedrig bezahlten Hilfskräften auch Verheiratete befinden. Der Herr Oberbürgermeister nickt mit dem Kopfe; dann muß ich erklären, daß es geradezu Hungerlöhne sind, die gezahlt werden. (Zuruf des

Herrn Oberbürgermeister: Sie haben mich falsch verstanden.) Ich fragte, ob sich unter den städtischen Hilfskräften mit 100 *M* Gehalt auch Verheiratete befinden. (Oberbürgermeister Metemeyer: Das will ich Ihnen gleich sagen.) Wenn das der Fall ist, dann muß ich diese Löhne als Hungerlöhne bezeichnen.

Meine Herren! Sie wissen, daß das Wort gefallen ist, daß die Staatsbetriebe Musterbetriebe sein sollen, und auch die städtischen Betriebe sollen Musterbetriebe sein. Ich danke für derartige Musterbetriebe, wo Arbeiter mit monatlich 100 *M* und Arbeiterinnen mit 40 *M* angestellt sind. Was ist die Folge davon, wenn junge Mädchen mit solchen Entlohnungen angestellt sind? Wenn sie auch noch Eltern haben, so sind diese doch oft nicht in der Lage, zu dem Einkommen der jungen Mädchen hinzuzulegen. Sie wissen ebensogut wie ich, daß die Folge die Prostitution ist. Auf den Weg bringen Sie die jungen Mädchen, wenn die Stadt ihre Dienste mit 40—50 *M* besoldet. Ich möchte Sie ersuchen, den tatsächlichen Verhältnissen Rücksicht zu tragen.

Der Herr Oberbürgermeister sagt: Es ist schwierig, einen Weg zu finden, auf dem wir allen Ansprüchen gerecht werden, und insofgedessen machen wir es so. Auch der Herr Staatsminister Otto erklärte einmal: Wir haben keine Idee, wie es eingerichtet werden soll, und insofgedessen können wir Ihnen das allgemeine Wahlrecht nicht geben. Dann müssen wir Mittel und Wege suchen, den Ansprüchen der Leute gerecht zu werden. Wie machen es denn die Gewerkschaften? Auch da haben die Unternehmer sich anfangs gesträubt, aber heute sind Tarife eingeführt. Denjenigen, die mehr leisten, soll natürlich auch ein höherer Lohn gezahlt werden, aber Anfangslöhne von 100 *M* für männliche und von 40—50 *M* für weibliche Kräfte dürfen von keinem technischen Institut mehr bezahlt werden. Wir sind in der Lage, Wege suchen zu müssen, um die heutigen Zeit- und Teuerungsverhältnisse auszugleichen, und deshalb möchte ich ersuchen, dem Antrage meines Genossen Stegmann beizustimmen.

Oberbürgermeister **Metemeyer**: Wenn hier operiert wird mit Angaben von Löhnen von 40 *M*, so muß ich darauf hinweisen, daß das eine Entstellung dessen ist, was tatsächlich vorliegt. Wir zahlen 40—50 *M* den jungen Mädchen von 14—16 Jahren, die noch nichts leisten. Richtiger wäre es gewesen, der Magistrat hätte sich überhaupt nicht darauf eingelassen, ungelernete Kräfte einzustellen, dann hätten wir die ganze Debatte nicht gehabt, und wahrscheinlich wäre es auch richtiger gewesen, Sie hätten uns nicht Vollmacht erteilt, die Sätze für die Aus Hilfskräfte zu bemessen, sondern nur im Einvernehmen mit der Stadtverordnetenversammlung. Das können wir ja aber nachholen, wenn Sie es wünschen.

Unter den männlichen Aus Hilfskräften befinden sich nur 6, die unter 100 *M* monatlich bekommen, und auch das sind meistens ganz junge Leute, die eben erst

von der Schule abgegangen sind, später ins Heer eintreten wollen und gebeten haben, sie bis dahin einstweilen zu beschäftigen. Ein Herr, der Ihnen sehr nahe steht, und den wir in bezug auf seine Leistungen noch gar nicht kennen, ist heute morgen mit einer Monatsvergütung von 150 *M* angenommen, obgleich er unverheiratet ist. Ich bitte, dem Magistrat nicht Vorwürfe darüber zu machen, daß er die Angestelltenverhältnisse der Aushilfsbeamten nicht anders geordnet hat, und erkläre, daß der Magistrat bereit ist, die Sache erneut zu prüfen und darnach event. Zulagen zu gewähren. Ist es denn so bedenklich, diese Sache heute auszuweisen? Sie läuft uns doch nicht weg! Sollten die Stadtverordneten in ihrer Mehrheit wünschen, daß die Sätze, die wir Ihnen ja näher vorführen können, noch aufgebessert werden, so können wir uns ja später noch weiter darüber unterhalten.

Herrn Genzen möchte ich erwidern, daß nach seinem Wunsche festgestellt werden wird, wieviel von diesen Aushilfsbeamten verheiratet sind; augenblicklich weiß ich es nicht. Ich habe auch gedacht: Wenn wir in jedem Falle den Aushilfsbeamten, welche verheiratet sind, die besondere Familienzulage von 120 *M* für die Frau und 60 *M* für jedes Kind gewähren — in derselben Höhe, wie wir es bisher für die festangestellten Beamten für angemessen erachtet haben —, dann hätten wir ihnen gegenüber unsere Schuldigkeit getan. Es ist den Herren aus der Vorlage bekannt, daß die Kinderzulage für die Beamten auf 15 *M* monatlich erhöht werden soll. Geschieht dies, dann würde ich auch dafür sein, daß wir bei den Aushilfsbeamten in gleicher Weise vorgehen. Mein Wunsch bei diesen ganzen Zulagen ist von Anfang an gewesen, besonderes Gewicht auf die Familienzulagen zu legen. Ich habe wenig übrig für die einigermaßen besoldeten ledigen Personen, bin vielmehr der Überzeugung, daß besonders die Familien in dieser schweren Zeit zu unterstützen sind. Wenn Sie dieser Anregung folgen wollen, so könnten Sie meinetwegen auch heute schon beschließen, daß diese Familienzulage auch für die Aushilfsbeamten entsprechend erhöht wird.

Vorsigender: Zur Geschäftslage möchte ich bemerken: Es scheint richtig zu sein, wenn wir heute die ganze Frage der Aushilfsbeamten ausweisen und beschließen: der Magistrat wird ersucht, die sämtlichen Besoldungsverhältnisse der Aushilfsbeamten nachzuprüfen, entweder allein mit der Finanzkommission, oder, wenn die Versammlung das für nötig erachten sollte, nochmals der Versammlung darüber eine besondere Vorlage zu machen. Das erstere von beiden ist der Beschluß der Finanzkommission. Wollen Sie darüber hinausgehen, so würde der Fall eintreten, daß die Versammlung die Besoldung der Aushilfsbeamten selbst zusammen mit dem Magistrat beschließen wird.

Ich nehme als übereinstimmende Meinung der Herren an, daß die Frage der Gewährung von Teuerungszulagen an die Aushilfsbeamten heute auszuweisen soll,

und bitte nun, sich darüber entscheiden zu wollen, ob die Finanzkommission allein oder die Versammlung selbst die Sätze feststellen soll. Ich bitte, sich zunächst zu dieser geschäftsordnungsmäßigen Frage zu äußern.

Stadtv. Wesemeier: Ich kann mich damit einverstanden erklären, daß die Frage der Gewährung von Teuerungszulagen an die Aushilfsbeamten heute aus-
geschlossen wird unter der Bedingung, daß die Besoldungsfrage demnächst von der Stadtverordnetenversammlung geregelt wird. Dazu halte ich es für nötig, daß uns eine Aufstellung zugänglich gemacht wird über den Familienstand, Alter, vorherigen Beruf, Eintritt in den städtischen Dienst und das bisherige Gehalt der Aushilfsbeamten, damit wir klar sehen, wie die Sache liegt.

Stadtv. Voeshigt: Es ist uns schon in der Finanzkommission, wo wir die Sache ausgiebig beraten haben, vom Magistrat gesagt, daß über jeden Beamten Personalakten geführt werden, in denen die jeweiligen Verhältnisse der Beamten, ihre Ausbesserung usw. verzeichnet sind. Das alles soll vom Magistrat geprüft und darnach entschieden werden. Ich verstehe aber nicht, warum uns alles dies in der jetzigen papierknappen Zeit noch zugänglich gemacht werden soll. Es genügt doch, daß wir beschließen, wie von der Finanzkommission beantragt ist, daß der Magistrat die Verhältnisse eines jeden Beamten unter die Lupe nehmen will. Es würde mit der Zustellung an uns viel Zeit hingehen, und die Beamten würden noch nach Weihnachten kein Geld bekommen.

Stadtv. Salomon: Ich halte es für praktisch, diese beiden Sachen, wie die Finanzkommission vorgeschlagen hat, zu trennen. Für die demnächstige Behandlung erlaube ich mir die Anregung zu geben: Wenn es nicht möglich ist, eine dauernde Teuerungszulage für die Aushilfsbeamten zu schaffen, könnte man vielleicht den Weg einer einmaligen Zulage betreten?

In der Abstimmung entscheidet sich die Mehrheit der Versammlung dafür, die weitere Behandlung der Gewährung von Teuerungszulagen an die Aushilfsbeamten für heute auszuschließen; die Frage wird der gemeinschaftlichen Regelung des Magistrats mit der Finanzkommission überwiesen.

Stadtv. Kraus: Wenn wir in dieser Sache etwas erreichen wollen, ist es zweckmäßig, daß wir in der Diskussion das Aus-dem-Fenster-reden beiseite lassen. Ich glaube, wir wären weiter gekommen, wenn wir uns auf das Erreichbare beschränkt hätten, und bin ferner der Meinung, daß mein Antrag sich mit etwas Erreichbarem beschäftigt. Die Befugnis, die Gehaltsätze für die Aushilfsbeamten festzusetzen, ist dem Magistrat verblieben, und er wird ersucht, der Anregung Folge

zu geben, die Gehälter auf neue zu regulieren, und zwar nach dem Grundsätze der Leistung. Wenn der Herr Oberbürgermeister voraussetzt, daß die Gehälter einfach um je 15 Prozent erhöht werden sollten, so würde das kein folgerichtiger Gedanke sein. Mein Antrag soll also nicht bejagen, daß in jedem Falle eine Erhöhung des Gehaltes um 15 Prozent erfolgen soll, sondern daß neben dem zu normierenden Leistungsgehalte eine monatliche Teuerungszulage von 15 Prozent gezahlt werden soll.

Vorsigender: Dies ist eine sachliche Ausführung zu dem eben schon beschlossenen Ersuchen an den Magistrat. Wir verlassen die Besprechung darüber, und ich möchte noch feststellen, daß durch die Ausscheidung der Aus Hilfsbeamten der Abjag 2 nicht abgelehnt ist; diejenigen Hilfskräfte, die nach diesem Abjage etwas bekommen sollen, fallen nach wie vor darunter.

Ich stelle nunmehr den gesamten § 1 zur Abstimmung.

§ 1 wird angenommen.

Stadtv. **Munte:** Der § 2 lautet: „Kriegsbeihilfen werden nur solchen Beamten gewährt, deren Gehalt weniger als 10 000 M beträgt. Als Gehalt im Sinne dieser Grundsätze gilt im Falle fester Anstellung das Jahresgehalt nebst etwaiger Stellenzulage und bei den nicht fest angestellten Beamten die Jahresvergütung, wobei den baren Bezügen der statutarisch festgelegte Wert der Dienstwohnung und der freien Station sowie das Kleidergeld hinzugerechnet werden; dagegen bleiben besondere Vergütungen für eine mit dem Hauptamte nicht verbundene Nebenbeschäftigung unberücksichtigt.“

Dieser Paragraph ist mit einer kleinen Änderung angenommen. In der zweiten Reihe soll das Wort „weniger“ durch „nicht mehr“ ersetzt werden. Es war das angeregt, um zu verhüten, daß jemand, der vielleicht 9999,99 M bezöge, als nicht mehr unter die Bestimmungen fallend angesehen wird. Aber dieser Fall wird wohl kaum vorkommen.

§ 2 wird angenommen.

Stadtv. **Munte:** § 3 lautet nach der Magistratsvorlage: „Auch den zum Secresdienste einberufenen städtischen Beamten, denen ihre dienstlichen Bezüge nach den bestehenden Vorschriften ganz oder zum Teil fortgewährt werden müssen, werden die Kriegsbeihilfen gezahlt; soweit diese Beamten in ihrer militärischen Stellung Verpflegung oder besondere Verpflegungsgelder erhalten, werden die Kriegsbeihilfen um 25 v. H. gekürzt.“

Bei den Kürzungen handelt es sich darum, daß man der Familie noch 75 Prozent der heute zu beschließenden Teuerungszulage gewähren wollte. Es ist dann in einer späteren Sitzung der Finanzkommission ein Zusatz beschlossen, der sich an den Paragraphen anschließen soll. Er heißt:

„Zum Heeresdienst einberufene Beamte, die ledig oder Witwer ohne Kinder sind, erhalten keine Kriegsbeihilfe. Ob die einem einberufenen Beamten gewährte militärische Kriegs- oder Feldzulage ganz oder teilweise auf die städtische Kriegsbeihilfe anzurechnen ist, entscheidet im Einzelfalle der Stadtmagistrat.“

Gestern haben wir noch einen weiteren Nachsatz, der hier noch nachfolgen würde, beraten:

„Sofern den zum Heeresdienst einberufenen Beamten von seiten der Stadt nichts mehr gezahlt wird, ist der Magistrat ermächtigt, von Fall zu Fall nach der Bedürftigkeit zu entscheiden.“

Es handelt sich darum, daß Fälle vorkommen können, wo das Gehalt eines im Heeresdienste stehenden Beamten, der höhere Stellen bekleidet, vielleicht die eines Majors oder ähnliche, so groß ist, daß das Gehalt des Beamten ganz und gar verschwinden würde, und daß deshalb angenommen werden könnte, daß er auch keine Kriegsteuerungszulage von der Stadt erhalten soll. Sollte in einem solchen Falle dennoch eine Bedürftigkeit vorliegen, so soll der Magistrat das Recht haben, die Zureifung der Zulage vorzunehmen.

Auf Anfrage des Vorsitzenden erklärt sich die Versammlung mit dem Wortlaut des § 3 der Vorlage einverstanden, darauf auch mit dem vom Herrn Berichtserstatter zuerst verlesenen Zusatz und sodann auch mit dem zweiten Zusatz.

Oberbürgermeister Metemeyer: Dieser letzte Satz stimmt nicht recht mit dem Vorhergehenden, daß die Ledigen nichts bekommen sollen, überein. Ich glaube deshalb, man müßte im letzten Satze hinzufügen „mit Rücksicht auf die Höhe ihrer Kriegsbesoldung“. Das hat ja aber auch schon der Herr Berichtserstatter hervorgehoben.

Vorsitzender: Das wäre eine Verbesserung des Ausdrucks. — Ich nehme die Zustimmung der Versammlung zu diesem und auch mit dem ganzen Paragraphen an. (Ohne Widerspruch.)

Stadtv. Munte: § 4 der „Grundzüge“ lautet nach der Magistratsvorlage:

„Wenn neben dem Ehemann zugleich der Ehefrau oder einem im Haushalte der Eltern lebenden Kinde Kriegsbeihilfe gebühren würde, so kommt die geringere in Wegfall.“

Von diesem Wortlaut ist in der Kommission der Passus gestrichen „oder einem im Haushalte der Eltern lebenden Kinde“. So ist es auch im Landesgesetz vorgeesehen. Der Magistrat wollte in diesem Falle weiter gehen als der Landtag gegangen ist. Er wollte auch dann, wenn beispielsweise ein Sohn bei seinem Vater lebt und beiden Kriegsteuerungszulagen gewährt werden müßten, nicht beiden zugleich diese Zulagen gewähren, sondern nur dem einen, der die höhere Zulage bekommt. Es könnte doch aber nun der Fall vorkommen, daß der Vater an 70 Jahre alt ist und der Sohn vielleicht 40 Jahre, und wenn beide städtische Beamte sind, soll nach dem Vorschlage der Finanzkommission an beide Kriegsbeihilfen gewährt werden. Nur wenn es sich um ganz junge Hilfskräfte handelt, sollte das Kind nicht noch einmal berücksichtigt werden.

Stadtv. **Frede:** Weder beim Staat noch bei der Stadt hat diese Bestimmung bisher gegolten; sie ist erst jetzt vom Landtage beliebt, und zwar, wie der Herr Berichterstatter sagte, nur insoweit, als Ehepaare davon betroffen werden. Ich habe mich in der Kommission für Streichung dieses Paragraphen eingesetzt, und zwar aus folgendem Grunde: Wenn auch die Ehefrau eines städtischen Beamten im Dienste beschäftigt wird, so muß sie natürlich in dem Augenblicke, wo sie ihren Haushalt verläßt, einen Ersatz beschaffen. Dieser wird wahrscheinlich nicht durch ein Dienstmädchen beschafft werden können, sondern es muß eine Kraft sein, die vertrauenswürdig ist, der man die Wirtschaftsführung übergeben kann. Es betrifft das auch viele Lehrer, deren Frauen die Aufforderung bekommen haben, zur Zeit der Not wieder in den städtischen Schuldienst einzutreten. Sie haben bisher 200 *M* Kriegsbeihilfen bekommen. Nun aber wird durch diese neue Regelung bestimmt, daß sie von den Kriegsbeihilfen ausgeschlossen sein sollen. Ich empfinde das als eine Härte. Man kann doch nicht davon reden, daß nun infolge der Kriegsbeihilfen an den Ehemann der Haushalt floriert, sondern es muß noch immer ein namhafter Teil dessen, was die Frau erwirbt, abgeführt werden, um die Hilfskraft zu bezahlen, die für den Haushalt notwendig geworden ist. Es wurde auf meine Anregung aber erwidert: Der Staat hat es so beschlossen, und so wollen wir es auch machen.

Ich habe darauf gewünscht, daß wenigstens diese Verschärfung, die der Magistrat in bezug auf die Kinder vorgenommen hat, weggiele, und das hat die Kommission denn auch angenommen. Es ist hier ein Beispiel von Vater und Sohn genannt, und ich habe auf die Lehrerfamilien Bezug genommen. Es gibt verschiedene Lehrer, deren Töchter Lehrerin geworden und in den städtischen Schuldienst getreten sind und monatlich 100 *M* verdienen. Sie sind 21—25 Jahre alt und verdienen immer noch 100 *M*; dazu haben sie noch die 200 *M* jährliche Teuerungszulage erhalten. Es ist selbstverständlich, daß ein junges Mädchen mit

den 100 *M* im Monat nicht auskommen kann; ohne Mühe läßt sich nachweisen, daß für sie mindestens 150 *M* nötig sind, um das Leben in einigermaßen angemessener Weise zu fristen. Wenn sie diese Beihilfe von 420 *M* bekommt, würde sie noch lange nicht auf 1800 *M* im Jahre kommen. Daß aber den Eltern zugemutet werden soll, auch diese Töchter namhaft zu unterstützen, die ihnen während längerer Jahre so viel gekostet haben, und die eine gewisse Begabung haben müssen, wäre nicht recht, und deshalb beantragt die Kommission, den Passus über das Kind zu streichen.

Ich bitte Sie nun aber, auch noch folgenden Zusatz anzunehmen:

„Eine bisher schon gewährte Kriegsbeihilfe bleibt bestehen.“

Es ist schon eine Härte, daß die Ehefrau von dieser neuen Aufbesserung ausgeschlossen werden soll, daß sie aber in Zukunft auch das, was sie bisher schon bekommen hat, die Kriegsbeihilfe von jährlich 200 *M*, verlieren soll, sich also künftig schlechter stellen soll als bisher, kann man unter keinen Umständen als berechtigt anerkennen. Was die Ehefrau bisher bekommen hat, soll man ihr auch jetzt nicht nehmen.

Vorsigender: Es würde wünschenswert sein, daß der Magistrat sich über diesen Antrag äußert.

Oberbürgermeister Metemeyer: Der Magistrat hat beschlossen, die Entscheidung der Herren abzuwarten.

Der Kommissionsantrag wird angenommen, darnach auch der Zusatzantrag Frede und darauf im ganzen der § 4 mit dem Zusatz Frede.

Stadtv. Munte: § 5 ist von der Kommission unverändert angenommen. Er lautet:

„Als Kinder im Sinne dieser Grundsätze gelten im allgemeinen Kinder bis zum vollendeten 16. Lebensjahre. Ältere Kinder kommen dann in Betracht, wenn sie kein nennenswertes Einkommen (etwa 360 *M* jährlich) haben und sich noch in der Schul- oder Berufsbildung befinden, ebenso, wenn sie entweder erwerbsunfähig sind oder aus wichtigen Gründen (z. B. wegen Pflege der Eltern) einem Erwerbe nicht nachgehen können. Außer den ehelichen und legitimierten Kindern sind auch Adoptiv-, Stief-, Enkel- und Pflegekinder zu berücksichtigen, Pflegekinder jedoch nur dann, wenn das Pflegeverhältnis schon vor Beginn des Krieges bestanden hat und kein Entgelt gewährt wird.“

Die Versammlung stimmt dem § 5 zu.

Stadtv. Munte: § 6 der Vorlage lautet: „Als Kriegsbeihilfe werden jährlich gezahlt: 1. jedem nach den vorstehenden Vorschriften beteiligten Beamten 360 *M*;

daneben 2. den verheirateten oder verwitweten Beamten bei einem Gehalte von nicht mehr als 3000 *M* 240 *M*; und bei einem höheren Gehalte 360 *M*; außerdem 3. für jedes von dem Beamten zu unterhaltende Kind (i. § 5) 180 *M*."

Dazu ist in Nummer 1 von der Finanzkommission hinter den Worten „betheiligten Beamten" eingeschoben worden:

„sofern das Gehalt nicht mehr als 2300 *M* beträgt . . . 420 *M*."

Bei diesem Antrage ist davon ausgegangen, daß die unteren Beamten die Not der Zeit am meisten fühlen und man sich deshalb den staatlichen Bestimmungen anschließen möchte, die bekanntlich auch auf den Gehaltsstufen bis 2300 *M* diesen Satz gewähren.

Vorsitzender: Der Antrag der Finanzkommission steht mit zur Beratung.

Oberbürgermeister **Ketemeier:** Der Magistrat ist mit dem Antrage einverstanden.

Stadtv. **Salomon:** Es muß bei diesem Paragraphen doch wohl auf eins mit Rücksicht genommen werden, was ich in Verbindung der Ziffer 1 und 2 jetzt gleich hervorheben möchte, nämlich, ob ein eigener Hausstand vorhanden ist oder nicht. Es wird sich bei Ziffer 2 zeigen, daß diese Rücksichtnahme notwendig ist. Ich möchte deshalb bei diesem Paragraphen dies ergänzend hinzugefügt sehen, so daß Ziffer 1 heißt:

„Jedem nach den vorstehenden Vorschriften beteiligten ledigen Beamten ohne eigenen Hausstand, sofern das Gehalt nicht mehr als 2300 *M* beträgt, 420 *M*."

Stadtv. **Munte:** Die Kommission hat keine Möglichkeit gesehen, festzustellen, was unter einem eigenen Hausstande zu verstehen ist. Allerdings mußte anerkannt werden, daß in verschiedenen Staaten, auch in Bayern und Preußen, solche Bestimmungen getroffen sind, bei denen berücksichtigt ist, ob ein eigener Hausstand besteht. Man kann wohl feststellen, ob ein Mann eine Frau gehabt hat, die hinterher gestorben ist, ob er also Witwer ist, aber woran ein eigener Hausstand erkannt werden soll, und wie die Erhebungen darüber gemacht werden sollen, konnte nicht gesagt werden. Es wurde wohl hervorgehoben, daß zu einem Hausstande eine eigene Küche gehört, aber eine genaue Feststellung des Begriffs war nicht möglich.

Stadtv. **Salomon:** Ich werde mich darüber noch bei Ziffer 2 äußern.

Vorsitzender (auf eine Anregung des Herrn Oberbürgermeisters): Es wird angebracht sein, die Ziffer 1 und 2 gemeinsam zur Beratung zu stellen. Ich bitte den Herrn Berichterstatter, auch über die Vorschläge der Finanzkommission zu 2 zu berichten.

Stadtv. Munte: Eine in der Kommission geäußerte Anregung ist von dieser aufgenommen, und so beantragt die Kommission, Ziffer 2 folgendermaßen zu gestalten:

„den verheirateten oder verwitweten Beamten
bei einem Gehalte von nicht mehr als 2300 M 240 M,
bei einem Gehalte von nicht mehr als 3000 M 300 M,
und bei einem höheren Gehalte 360 M.“

Durch diese Änderung ist es bei Ziffer 2 zu einer Dreistaffelung gekommen. Ziffer 3 „für jedes von dem Beamten zu unterhaltende Kind 180 M“ ist von der Kommission unverändert angenommen.

Stadtv. Salomon: Würde dieser Punkt so bleiben, wie er hier steht, dann würde bei verschiedenen Gehaltsstufen dem Staate gegenüber eine starke Benachteiligung stattfinden. Beispielsweise würden die Gehaltsstufen von 2600 M und 2900 M insofern in Frage kommen, als sie hinter den staatlichen Sätzen um 84 M zurückbleiben. Wenn man sich vor Augen führt, daß diese Sätze durchweg in dem Alter gezahlt werden, in dem ein Teil der Beamten schon verheiratet ist und auch Kinder hat, so muß man zugestehen, daß es nicht richtig ist, wenn eine Schlechterstellung als im Staate von seiten der Stadt stattfindet. Nun hat die Finanzkommission versucht, einen Ausgleich zu schaffen, indem sie eine neue Stufe von 300 M eingefügt hat. Dadurch wird die Sache mehr verwickelt, und der Ausgleich dem Staate gegenüber wird nicht ganz geschaffen. Es bleiben immer noch die Zulagen bei den Gehältern von 2600 und 2900 M hinter den staatlichen Sätzen zurück. Ich möchte deshalb eine Vereinfachung dieses Punktes vorschlagen und die Familienzulage, wie ich sie einmal nennen will, von 300 M ausgeschieden wissen und nur zwei Familienzulagen angewandt sehen, nämlich eine zu 240 und eine zu 360 M. Ich bitte, diese so zu staffeln, daß wir sagen:

„den Beamten mit eigenem, auf ihre Kosten gehendem Hausstand wird eine Grundrente von 360 M gewährt, daneben bei einem Gehalt von nicht mehr als 2300 M eine Familienzulage von 240 M und bei einem höheren Gehaltsjahre eine solche von 360 M“.

Zur Erläuterung möchte ich noch mitteilen, wie ich zu dem Satz von 360 M bei einem höheren Einkommen als 2300 M gekommen bin. Die Lehrer werden mit 2100 M im Alter von 25 Jahren angestellt; nach drei Jahren erreichen sie

2300 *M* und sind dann 28 Jahre alt. Das ist ein Alter, in dem schon eine ganze Anzahl Personen heiraten. Nach drei Jahren kommt der Lehrer auf 2600 *M*: er ist dann 31 Jahre alt, befindet sich also in einem Alter, in dem häufig schon Familie da ist. Gerade dem Grundsatze, die Eheschließungen zu fördern und die jungen Ehen zu schützen und vor Not zu bewahren, würde es entsprechen, schon auf dieser Stufe eine um 60 *M* höhere Zulage eintreten zu lassen. Ich möchte Sie deshalb dringend bitten, diese von mir vorgeschlagene Vereinfachung in den Stufen gutzuheißen.

Der Grund, der mich dazu bewogen hat, zu beantragen, einzufügen „mit eigenem, auf ihre Kosten gehendem Hausstande“ ist folgender: Auch mir ist es schwer geworden, eine stichhaltige Definition für den Begriff „eigener Hausstand“ zu finden; nachdem ich aber aus der Praxis eine ganze Anzahl von Fällen kennengelernt habe, bei denen es notwendig ist, daß man auf das Bestehen eines eigenen Haushaltes Rücksicht nimmt, bin ich dazu gekommen, den Antrag in dieser Form zu stellen. Ich verstehe unter einem eigenen Hausstande eine Wohnung, die jemand innehat und deren Bewirtschaftung von irgend einer Person besorgt wird, sei es nun die Ehefrau, eine engagierte weibliche Person, oder eine Verwandte, wie die Mutter oder die Schwester. Wenn der Beamte eine solche Wirtschaftsführerin hat, so muß er sie erhalten, unter Umständen auch bares Geld dafür ausgeben. Es gibt in der Beamtenchaft eine ganze Reihe solcher Fälle, wo der Beamte eine mittellose Verwandte gewissermaßen als Haushälterin bei sich hat und sie vollständig erhält. Wenn wir diese Beamten ausschließen und sie einfach als ledig betrachten würden, dann würde das dem Staate gegenüber eine große Härte geben. Sie würden bei uns als Ledige mit einem Gehaltssatze, der über 2300 *M* hinweggeht, 360 *M* erhalten, während sie im Staat, der den Begriff „eigener Hausstand“ aufgenommen hat, 684 *M* erhalten würden. Das ist ein so krasser Unterschied, daß ich mir gesagt habe: Es ist unbedingt nötig, den Begriff „eigener Hausstand“ in diese Grundsätze hineinzubringen.

Vorsigender: Ich bitte den Herrn Antragsteller, seinen ersten Antrag zu Ziffer 1 noch einmal zu prüfen. Der Antrag lautet: „Jedem nach den vorstehenden Vorschriften beteiligten ledigen Beamten ohne eigenen Hausstand, sofern das Gehalt nicht mehr als 2300 *M* beträgt, 420 *M*.“ Was sollen die im Gehalt darüber hinausgehenden bekommen?

Stadtv. **Salomon:** 360 *M*.

Stadtv. **Hartung:** Ich wollte mich den letzten Ausführungen des Herrn Salomon anschließen. Auch mir sind derartige Fälle bekannt, und ich sehe nicht

ein, warum man einen Unverheirateten, der einen Hausstand hat, anders stellen sollte als einen Verheirateten. Ich möchte nur den Ausdruck „einen Hausstand auf eigene Kosten“ nicht für richtig halten und bitten, dafür zu sagen „Haushalt“. Das ist meiner Ansicht nach die richtige Unterscheidung.

Oberbürgermeister Netemeyer: Die Frage, ob es Hausstand oder Haushalt heißen soll, ist auch im Landtage erörtert. Eine rechte Klarheit ist darüber, was unter einem eigenen Hausstande zu verstehen sei, nicht geschaffen. In den jetzt herausgegebenen Ausführungsbestimmungen heißt es darüber:

„Ein eigener Hausstand liegt vor, wenn der Beteiligte eine für die Beschaffung der wesentlichen Lebensbedürfnisse eingerichtete Wohnung innehat und zugleich für die Führung des Haushalts mindestens eine Person (Chefrau, Haushälterin, Tochter usw.) vorhanden ist. Als Beteiligte mit eigenem Hausstande werden auch solche Personen angesehen, die mit anderen einen gemeinschaftlichen Haushalt führen, vorausgesetzt, daß die beteiligten Beamten usw. von den gemeinschaftlichen Haushaltskosten den wesentlichsten Teil bestreiten. Im übrigen kommt es für den Begriff des eigenen Hausstandes nicht darauf an, ob der Beteiligte verheiratet ist oder nicht.“

Bei den Verhandlungen war auch gesagt worden, wesentlich sei das Vorhandensein und die Benutzung einer Küche. Wie ist es aber dann, wenn nun die Küche außer Betrieb gesetzt wird, wie das jetzt in Kriegszeiten wohl geschieht? Ist dann auch ein eigener Hausstand vorhanden? Darauf wußte keiner eine rechte Antwort zu geben.

Der Magistrat hat sich entschlossen, nur zwischen Ledigen und Verheirateten zu unterscheiden. Es würde dann zu fragen sein, ob wir die Witwer noch hinzunehmen wollen. Der Magistrat hat es getan. Ich fürchte, es wird erst manche Erhebungen verursachen, wenn festgestellt werden soll, ob ein eigener Hausstand vorhanden ist.

Nach über den Antrag des Herrn Salomon in materieller Beziehung zu äußern, bin ich augenblicklich nicht in der Lage. Ich möchte Herrn Salomon fragen, ob er berechnet hat, was an Mehrkosten dabei herauskommt. Nach unseren oberflächlichen Schätzungen werden wir, wenn die Grundsätze, wie wir sie vorgelegt haben, angenommen werden, jährlich etwa 606 000 „/ an Teuerungszulagen aufzuwenden haben. Das ist eine ziemlich erhebliche Summe, und ich möchte gern wissen, welches finanzielle Ergebnis herauskommen wird, wenn Sie den Antrag Salomon annehmen.

Vorsitzender: Ich möchte Herrn Salomon in redaktioneller Beziehung anheimgeben, zur Vereinfachung unserer Abstimmung in seinem Antrage folgendes

zu sagen: Bis zu 2300 *M* wünscht er $360 + 240 \text{ } M = 600 \text{ } M$, darüber hinaus wünscht er $360 \text{ } M + 360 \text{ } M = 720 \text{ } M$.

Stadtv. Frede: Daß das Wort Hausstand anzuwenden vorgeschlagen wird, darf nicht befremden. Dieser Ausdruck steht, wie die Herren gesehen haben, in dem Begleitschreiben des Magistrats auf Seite 5, unter 1 und 2 in der Fassung der Regierungsvorlage. Das Wort hat also eine gewisse Weihe schon dadurch, daß es regierungsseitig angewandt ist.

Der Herr Oberbürgermeister fragt, ob Herr Salomon sich die Tragweite seines Antrages klargemacht hat. Selbstverständlich kann man darauf keine genaue Zahl als Antwort geben, sonst müßte man sämtliche Einkommensverhältnisse der in Betracht kommenden Beamten kennen. Ich glaube Ihnen aber eine ungefähre zutreffende Übersicht geben zu können. Sie haben eine Tabelle in die Hand bekommen, und darin erscheinen die Fälle nicht, die Herr Salomon hervorgehoben hat und in welchen ein namhaftes Zurückbleiben der städtischen Beamten gegenüber den staatlichen Beamten festzustellen ist. Es würde der Unterschied klarer zutage getreten sein, wenn man sich an die Tabelle der Regierung gehalten hätte, die dem Landtage überreicht ist. Dort ist unterschieden als erste Gruppe, die bis zu 2300 *M*, als zweite Gruppe, die bis zu 4800 *M*, und als dritte Gruppe, die über 4800 *M* geht. Die mittlere Gruppe ist nun bei der Vorlage des Magistrats sehr fiesmütterlich bedacht. Es wird in dieser Gruppe nach dem Finanzkommissionsvorschlage zu unterscheiden sein, ob eine Familienzulage von 240, 300 oder 360 *M* gewährt wird. In den Fällen, die da zu konstruieren sind, sind 19mal die städtischen Beamten schlechter gestellt als die staatlichen, und zwar mit einem Betrage von — 136, — 180, — 234 und — 300 *M*. Wenn wir nicht auf den Hausstand Rücksicht nehmen, dann sind die Beamten des Staates den städtischen gegenüber wesentlich günstiger daran, und es kommt hier ein Unterschied von 324 *M* heraus. Das sind Unterschiede, die wir nicht gutheißen können, mögen wir über die Sätze an sich denken, wie wir wollen.

Nun werden Sie wissen wollen, wie es mit den anderen Gruppen steht. Da sind die städtischen Sätze entweder gleich hoch oder geringfügig höher. Bei fünf Kindern stehen die städtischen Beamten wieder schlechter als die staatlichen. Bei den höchstbesoldeten Gruppen stehen die städtischen Beamten im ersteren Falle als ledige günstiger als beim Staate, nur in den letzten Fällen, bei 5 und 6 Kindern, stehen sie wieder ungünstiger. Das hat seinen Grund darin, daß der Staat bei Bemessung der Kinderunterstützung anders vorgegangen ist als die Stadt. Nun muß man anerkennen, daß der Grundsatz, den der Magistrat aufgestellt hat, richtig ist. Wenn aber solche Unterschiede zuungunsten der städtischen Beamten bestehen, dann kann unmöglich davon die Rede sein, daß die Aufwendungen der Stadt so

ungeheuerlich wachsen werden, wie in Aussicht gestellt ist. Der Herr Oberbürgermeister hat gesagt, die Stadt habe 606 000 *M* aufzuwenden. Dabei ist doch aber zu bedenken, daß darin die bisherigen Teuerungszulagen (200 000 *M*) enthalten sind.

Ich möchte Ihr Augenmerk auf die mittelfte Gruppe richten, die doch keine geringere Berücksichtigung verdient als die anderen Gruppen. Wenn man anerkennt, daß Nachteile vorliegen, dann muß man auch dazu schreiten, die Sätze zu ändern. Soll man das tun, indem man sich die Grundsätze des Staates zu eigen macht? Dann müßte die Vorlage zurückgezogen und anders bearbeitet werden. Das wünschen wir nicht, sondern es ist auch unser Wunsch, daß die Vorlage noch vor Weihnachten erledigt wird. So müssen wir wünschen, daß dem Folge gegeben wird, was Herr Salomon beantragt hat. Sie dürfen nicht glauben, daß dadurch die Benachteiligung der mittelften Gruppe ganz verschwinden würde, aber sie würde geringer geworden sein, und damit kann man schon eher fertig werden.

Nun ist allerdings schon in der Kommission gesagt, und es wird wahrscheinlich auch hier noch einmal gesagt werden, daß man den Vergleich mit den staatlichen Beamten nicht in jeder Richtung ziehen könne. Bei den staatlichen Beamten tritt das Wohnungs- und Kleidergeld hinzu, und wir in der Stadt haben die Gewohnheit, das als Gehalt mitzurechnen. Das ist richtig, aber derselbe Einwand gilt auch für die dritte Gruppe, und dort erscheinen solche Härten nicht. Ich glaube auch nicht, daß der Einfluß des Wohnungsgeldes in Gruppe 2 so gewaltig sein wird, es würden keine wesentliche Verschiebungen eintreten, selbst wenn 500 *M* Wohnungsgeld angerechnet werden. Ich sehe den Antrag Salomon nicht als einen solchen an, der besonders erhebliche Aufwendungen verursachen wird, und bitte, dem Antrage zuzustimmen.

Vorlesender: Herr Salomon hat in seinem Antrage 1 folgendes ausgedrückt:

„Jedem nach den vorstehenden Vorschriften beteiligten ledigen Beamten ohne eigenen Hausstand, sofern das Gehalt nicht mehr als 2300 *M* beträgt, 420 *M*, den übrigen 360 *M*.“ Er schränkt also den Bezug von 420 *M* ein auf diese geringe Anzahl lediger Beamten ohne Hausstand, während Ziffer 1 den Grundsatz für sämtliche Beamten aufstellt.

Nun sagt Herr Salomon weiter, er wolle den Beamten, die 2300 *M* überschreiten, 360 *M* gewähren. Das tut ja aber auch schon die Magistratsvorlage. Herr Salomon beantragt damit also nichts anderes als die Vorlage des Magistrats.

In dem zweiten Antrage ist es auch nicht anders. Es sind bereits vom Magistrat für sämtliche Beamte 360 *M* vorgeesehen, und Sie, Herr Salomon, wünschen eine Grundrente von 360 *M* und daneben Zulagen von 240 und 360 *M*. Wenn Sie den Antrag nicht ändern, ist er nichts anderes als die Magistratsvorlage.

Stadtv. Salomon: Ich glaube, ich werde nicht recht verstanden. Wenn wir diese Sätze aus der Tabelle des Magistrats nehmen, so ist es dasselbe, aber wenn wir die Sätze nehmen, die dazwischen liegen, die von 2600 und 2900 *M.*, so ergibt sich eine Differenz gegenüber dem Lande. Deswegen habe ich beantragt, den Beamten mit Hausstand wird eine Grundrente von 360 *M.* gewährt und daneben bei einem Gehalt von nicht mehr als 2300 *M.* ein Familienzuschuß von 240 *M.*, bei höheren Gehaltsstufen eine solche von 360 *M.*

Vorsigender: Dann würde ich zur Vereinfachung der Beratung bitten, zu 1 die Grundrente zu ändern, und beides getrennt zu halten.

Stadtv. Frede: Ich habe den Antrag Salomon folgendermaßen aufgefaßt. Da in dem Antrage, betreffend die Ziffer 2, gesagt ist, daß für die Beamten mit eigenem Hausstande usw. eine Grundrente gewährt werden soll, so entfällt die Notwendigkeit, daß in dem Antrage, betreffend die Ziffer 1, von Grundrente die Rede ist. Unter Ziffer 2 muß natürlich die Grundrente genannt werden. Sie bleibt so, wie der Magistrat angegeben hat. Nur will der Magistrat erst von 3000 *M.* an die 360 *M.* Familienunterstützung gewähren, die Herr Salomon schon von 2300 *M.* an bewilligt haben will. Die Finanzkommission hat beantragt, bis zu 2300 *M.* 240 *M.* zu gewähren, bis 3000 *M.* 300 *M.*. Dieser letzte Satz soll nach dem Antrage Salomon fallen, und es wird durch ihn gewünscht, nur 240 *M.* und 360 *M.* zu gewähren, nämlich bis zu 2300 *M.* 240 *M.*, und von 2300 *M.* ab 360 *M.*

Vorsigender (verliest nochmals den ersten Antrag des Stadtv. Salomon).

Stadtv. Salomon (bessert die letzten Worte des ersten Antrages ein in: „allen übrigen Ledigen ohne eigenen Hausstand 360 *M.*“).

Vorsigender: Ich bleibe bei meiner Ansicht, daß das genau die Magistratsvorlage ist, denn dort ist bereits den Unverheirateten eine Grundrente von 360 *M.* zuerkannt.

Oberbürgermeister Hetemeyer: Der Antrag ist insofern eine Verschlechterung für die Beamten, als Herr Salomon unter Ziffer 2 sagen will: „Den Beamten mit eigenem Hausstande.“ Diese kommen bereits unter Ziffer 1 vor, und das ist ein Widerspruch. (Zuruf Salomon: „ledigen“ hatte ich unter 1 hinzugefügt.)

Vorsigender: Ich möchte Herrn Salomon empfehlen, bei der Abstimmung zu sagen: Wir wünschen statt des Kommissionsantrages einen Satz von soundso viel, sonst sind diese Anträge nach vielen Seiten hin mißzuverstehen.

Ich bitte den Herrn Berichterstatter, er möge die einzelnen Punkte des § 6 nach dem Kommissionsantrage noch einmal vortragen; dazu möge dann Herr Salomon seinen Antrag stellen.

Stadtv. Munte: § 6 Nummer 1 lautet nach dem Kommissionsantrage: „Als Kriegsbeihilfen werden jährlich gewährt: 1. jedem nach den vorstehenden Vorschriften beteiligten Beamten 360 M und, sofern das Gehalt nicht mehr als 2300 M beträgt, 420 M.“

Vorsigender: Wünschen Sie eine Änderung in den Sätzen? Ich bitte aber, den Begriff „ledig“ oder „Hausstand“ nicht mit hineinzubringen, sondern das erst bei Ziffer 2 bei etwa vorzuschlagenden erhöhten Sätzen zu tun.

Der Kommissionsantrag wird angenommen.

Stadtv. Munte (verliest zunächst noch einmal Ziffer 2 der Vorlage): Die Kommission hat sich dafür entschieden, hier einen Zusatz einzufügen, so daß Ziffer 2 nach dem Kommissionsantrage lautet:

„2. den verheirateten oder verwitweten Beamten
bei einem Gehalte von nicht mehr als 2300 M 240 M,
bei einem Gehalte von nicht mehr als 3000 M 300 M,
und bei einem höheren Gehalte 360 M.“

Wenn noch hineingebracht werden sollte „solche, die ledig sind und einen Haushalt haben“, so würde das möglich sein.

Vorsigender: Ich frage Herrn Salomon, welche Zahlen er hier einzusetzen wünscht. Die Kommission sagt: bis 2300 M 240 M. Was sagen Sie?

Stadtv. Salomon: Dasselbe.

Vorsigender: Die Kommission sagt: bis 3000 M 300 M.

Stadtv. Salomon: Ich sage: Bei allen übrigen Gehaltsätzen, also wenn das Gehalt mehr als 2300 M beträgt, 360 M.

Vorsigender: Ich bitte nun zunächst diejenigen, die den Worten „den verheirateten oder verwitweten Beamten“ hinzufügen wollen: „und den einen eigenen Hausstand führenden ledigen Beamten“ die Hand zu erheben. (Geschicht.) Das ist die Mehrheit. Der Zusatz ist damit eingeschoben.

Darauf wird der Kommissionsantrag „bei einem Gehalt von nicht mehr als 2300 *M* 240 *M*, der sich mit dem Antrage Salomon deckt, angenommen.

Schließlich wird vom Vorsitzenden der gegenüber dem Kommissionsantrage weitergehende Antrag Salomon „wenn das Gehalt mehr als 2300 *M* beträgt, 360 *M*“ zuerst zur Abstimmung gebracht und von der Versammlung mit 17 Stimmen angenommen.

Der Ziffer 3 (Kinderzulage betreffend) stimmt die Versammlung dem Kommissionsantrage gemäß zu.

Stadtv. **Bartels**: Ich möchte hierzu noch einen Antrag stellen.

Auf Anfrage des Vorsitzenden erklärt sich die Versammlung bereit, Herrn Stadtv. Bartels zu hören.

Stadtv. **Bartels**: Es ist schon vorhin darauf hingewiesen, daß die staatlichen Beamten und die Beamten des Reichs, die 4 oder 5 Kinder zu versorgen haben, bezüglich der Teuerungszulagen besser gestellt sind, und Herr Frede hat erwähnt, daß darüber auch schon in der Finanzkommission gesprochen sei. Ich weiß nicht, warum diese städtischen Beamten schlechter gestellt werden als die anderen. Ich möchte deshalb den Antrag stellen, Ziffer 3 möge lauten:

„Für jedes von dem Beamten zu unterhaltende Kind 180 *M*, jedoch für diejenigen Beamten, welche mehr als drei Kinder haben, für jedes Kind extra 10 *M* zu zahlen, also 190 *M* für jedes Kind.“

Die ersten drei Kinder erhalten darnach je 180 *M*, das 4., 5. und 6. je 190 *M*.

Vorsitzender (verliest den Antrag Bartels): Für jedes über die Anzahl von drei Kindern hinausgehende Kind 190 *M*. Das ist Ihr Antrag. (Zustimmung des Herrn Stadtv. Bartels.)

Stadtv. **Frede**: Meine Herren. Die Fälle werden nicht häufig vorkommen, denn bei den heutigen Familienverhältnissen ist es schon etwas Außergewöhnliches, wenn 4, 5 oder 6 Kinder vorhanden sind. Wenn nun Herr Bartels für eine Erhöhung der Kindersätze eintritt, so möchte ich diesen Antrag warm unterstützen. Ich zweifle auch nicht daran, daß auch bei den Herren, die bei der vorigen Beratung über die Versorgung der kinderreichen Familien für diese eingetreten sind, der Antrag des Herrn Bartels ein lautes Echo finden wird. Der Unterschied zwischen den staatlichen und städtischen Sätzen ist selbst bei dieser Regelung, die wir eben beschlossen haben, in der mittleren Gruppe derart, daß die Familie mit drei Kindern (und diese hat der Antrag Bartels noch nicht einmal getroffen) von der Stadt 1260 *M* bekommt, während der Staat 1278 *M* gibt,

Familien mit 4 Kindern gibt die Stadt 1440 *M* und der Staat 1500 *M*, bei 5 Kindern sind die betreffenden Zahlen 1620 *M* und 1734 *M*, und bei 6 Kindern 1800 *M* und 1980 *M*. Das sind ganz gewaltige Unterschiede. Es ist doch zu beachten, daß die kinderreichen Familien nicht nur viel mehr an Nahrung und Kleidung verbrauchen, sondern sie müssen auch eine größere Wohnung haben, und die Frau kann nicht auf Arbeit gehen. Wenn wir irgend können, sollen wir mit dazu beitragen, daß die Kinder aus großen Familien nicht verkümmern, denn das schlägt auch zum Nutzen der Allgemeinheit aus. Ich möchte deshalb den Antrag recht warm unterstützen haben.

Oberbürgermeister Metemeyer: Wenn der Antrag angenommen wird, bitte ich die Fassung uns zu überlassen.

Stadtv. Schmidt: Auch ich möchte den Antrag des Herrn Bartels warm unterstützen. Bei dem großen Wert, den kinderreiche Familien für unser Vaterland haben, möchte in den Antrag noch insofern erweitern, daß die Stadt für die in Betracht kommenden Kinder 200 *M* zahlt.

Der Antrag Schmidt, 200 *M* zu gewähren, wird angenommen.

Stadtv. Munte: § 7 lautet: „Die Kriegsbeihilfen werden in monatlichen Teilbeträgen ausgezahlt, und zwar den fest angestellten Beamten im voraus, den übrigen nachträglich.“

Die Finanzkommission hat das angenommen.

Vorsitzender: Wenn sich nicht Widerspruch aus der Versammlung erhebt, nehme ich die Zustimmung der geehrten Herren an. (Widerspruch erfolgt nicht.)

Stadtv. Munte: § 8: „Nach den vorstehenden Grundjagen soll mit Wirkung vom 1. Juli 1917 an verfahren werden; auf die danach sofort fälligen Kriegsbeihilfen kommen die seit dem genannten Tage bereits gezahlten Beihilfen und Vorschüsse zur Anrechnung.“

Die bisher für die Gewährung von Kriegsbeihilfen und Teuerungszulagen maßgebend gewesenen Grundjäge kommen nicht weiter zur Anwendung.“

Zu diesem Paragraphen ist eine Zusatzbestimmung notwendig geworden, die folgenden Wortlaut hat:

„Ob und in welchem Betrage die Kriegsbeihilfe in dem Falle zu gewähren ist, daß ein Beamter nach dem 1. Juli 1917 und vor dem Erlaß dieser Grundjäge in den städtischen Dienst getreten oder aus dem städtischen Dienst ausgeschieden ist, bestimmt der Stadtmagistrat.“

Solche Fälle können ja vorkommen. Es könnte jemand erst am 1. November in den städtischen Dienst eingetreten sein, und weiter denke ich daran, daß kürzlich zwei städtische Lehrer gefallen sind. Wie in solchen Fällen verfahren wird, das dürfen wir wohl dem Magistrat überlassen. Es ist dies nur eine Ausführungsbestimmung, die aber hinzugesetzt werden muß, damit der Magistrat weiß, wie er zu verfahren hat.

§ 8 mit dem vorgetragenen Zusatz wird angenommen.

Auf Wunsch des Herrn Oberbürgermeisters setzt der Vorsitzende die Schlußabstimmung bis nach Erledigung der auf der Tagesordnung stehenden Punkte aus. (Siehe Seite 415.)

5. Maßnahmen zur Kohlenersparnis.

Vorsitzender: Zu diesem Punkte der Tagesordnung sind mehrere Anträge eingegangen, die ich vorhin schon erwähnt habe.

Es bitten die Patentanwälte Arndt und Dr.-Ing. Voß im § 3, Absatz 2 den Worten „die Bureaus der Rechtsanwälte und Notare“ hinzuzufügen: „sowie der Patentanwälte.“

Von der Arbeitsgemeinschaft der kaufmännischen und technischen Angestelltenverbände Braunschweigs ist eine Eingabe eingegangen, in der gebeten wird, die Vorlage durch das Verbot der Sonntagsarbeit in den Kontoren, Bureaus und Kanzleien zu ergänzen.

Schließlich ist eine Eingabe der vereinigten Lichtspieltheater eingegangen, worin auch auf den Punkt der Kohlenersparnis zurückgegriffen, die Vorlage in gewisser Beziehung beanstandet und nach gewissen Richtungen Befreiung von der Einschränkung gefordert wird.

Ich übergebe diese Schriftstücke dem Herrn Berichterstatter und bitte ihn, bei seinem Bericht auf die Eingaben Bezug zu nehmen. Sie sind in der Finanzkommission behandelt, und der Herr Berichterstatter wird in der Lage sein, darüber zu berichten.

Dann ist eine Anregung vom Magistrat eingegangen, einen neuen § 8 einzufügen. Ich bitte den Herrn Berichterstatter, auch diese Anregung mit vorzutragen.

Stadtv. Dr. Landauer: Es ist Ihnen allen der diesen Punkt der Tagesordnung betreffende Entwurf der Bestimmungen über die Kohlenersparnis zugegangen. Zu diesem Entwurf schreibt der Magistrat folgendes:

„Durch Erlasse des Bundesrats, des Reichskommissars für die Kohlenverteilung und des Herzoglichen Staatsministeriums sind die Gemeinden er-

mächtigt, Vorschriften über die Regelung des Verbrauchs von Brennstoffen zu erlassen und zur Herbeiführung einer Brennstoffersparnis nicht kriegswichtige gewerbliche oder öffentliche Betriebe und Anstalten einzuschränken, stillzulegen oder zusammenzulügen. Mit Rücksicht auf die sich stark fühlbar machende Kohlenknappheit halten wir es für geboten, von dieser Befugnis Gebrauch zu machen, und zwar zunächst in dem aus der Anlage (Entwurf für die Maßnahmen zur Kohlenersparnis) zu erkennenden Umfange.

Der Erlaß der in dem Entwurfe enthaltenen Vorschriften soll eine Beschränkung in der Beheizung von Räumen und damit eine Ersparnis an Brennstoffen herbeiführen. Sie bezieht sich auf die Beheizung der Kirchen, der offenen Verkaufsstellen, der Kontore und Bureaus, der Räume in Gastwirtschaften, sowie der Theater und Lichtspielhäuser. Da sie zum Teil sehr einschneidend wirken wird, würde es uns angenehm sein, vor ihrem Erlaß die Ansicht der Herren Stadtverordneten darüber zu hören. Wir ersuchen deshalb, sich zu dem Entwurf gefälligst *g u t a c h t l i c h ä u ß e r n* zu wollen. Die einzelnen Bestimmungen des Entwurfs dürften so klar sein, daß sie einer Erläuterung nicht bedürfen.

Eine Einschränkung im Kohlenverbrauch ist unseres Erachtens dringend geboten. Wir behalten uns vor, in der mündlichen Verhandlung Näheres über die in Betracht kommenden Verhältnisse, insbesondere auch über den Bedarf und den Eingang an Brennstoff zu machen."

Die in dieser Hinsicht gemachten Mitteilungen ließen leider keinen Zweifel an der Notwendigkeit der in Aussicht genommenen Maßregel aufkommen. Es werden während der Winterzeit nur monatlich 102 000 Zentner Kohlen angeliefert werden, das bringt auf jede Haushaltung nur 2½ Zentner im Monat, was bei einem strengen Winter zu den bedenklichsten Folgen führen müßte. Hilfe kann nur durch Einschränkung des Verbrauchs im Kleingewerbebetrieb geschafft werden. So schwer es dem Ausschuß war, diesen stark in das Gewerbeleben einschneidenden Maßnahmen zuzustimmen, so blieb doch nichts anderes übrig.

Vorsitzender: Es wird wohl ausreichen, wenn der Herr Berichterstatter die Güte hat, zu den einzelnen Paragraphen das zu erwähnen, was er darüber Besonderes zu erwähnen hat. Es handelt sich ja nur um eine gutachtliche Äußerung der Stadtverordnetenversammlung.

Stadtv. Dr. **Landauer** (zu § 1): Es hat sich nachträglich herausgestellt, daß bei den Verhandlungen mit dem Landesrabbiner ein Mißverständnis in bezug auf die jüdischen Feiertage vorgekommen ist. Der Magistrat schlägt vor, unter

Nummer 2 ist der 1. März zu streichen und dafür zu setzen: „2. Februar, 25. Februar, 28. März und 3. April.“ Die Kommission ist damit einverstanden.

Vorsitzender: Ich nehme das Einverständnis der Versammlung mit diesem Zusatz an.

§ 2. (Ohne weitere Besprechung.)

Stadtv. Dr. **Landauer** (zu § 3): Hier ist keine Änderung vorgenommen.

Stadtv. **Stegmann:** In § 3 heißt es: „Die Arbeitszeit in Kontoren, Büreaus und Kanzleien wird auf die Zeit von 8 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags beschränkt.“ Es ist mir aufgefallen, daß hierfür eine andere Zeit festgesetzt ist als für die offenen Verkaufsstellen. Diese dürfen nicht vor 9 Uhr vormittags geöffnet werden und müssen spätestens 5 Uhr, Sonnabends 8 Uhr geschlossen werden. Ich kann nicht einsehen, warum die in den Kontoren Arbeitenden länger beschäftigt werden sollen. Wenn einmal gespart werden soll, dann müßte es gleichmäßig geschehen. Falls keine triftigen Gründe für die verschiedene Bemessung vorgebracht werden können, möchte ich beantragen, daß es hier heißt von 9—5 Uhr.

Stadtv. **Selle:** Ich möchte dafür stimmen, den Absatz 2 zu streichen. Es liegt meiner Ansicht nach kein zwingender Grund vor, den Rechtsanwältinnen und Notaren, dem Rechtsauskunftsstellen und Arbeitersekretariaten eine längere Arbeitszeit als den Geschäften zuzugestehen. Ich glaube auch nicht, daß der Andrang nach den Kontoren der Notare so groß ist, daß deshalb die Arbeitszeit verlängert werden müßte.

Vorsitzender: Ich möchte erwähnen, daß hier der Antrag der Patentanwälte Arndt und Bock mit hinzugehört.

Stadtv. **Schmidt:** Den Abänderungsantrag, die Arbeitszeit in den Kontoren auf die Zeit von 9—5 Uhr festzusetzen, möchte ich bitten, nicht zu unterstützen, sondern es bei der Bestimmung der Vorlage zu belassen. Es würde damit eine Arbeitszeit von 8 Stunden übrigbleiben, die Mittagspause mit eingeschlossen, und diejenigen, die sich für durchgehende Arbeitszeit nicht einrichten können, würden nicht in der Lage sein, ihre Geschäfte zu bewältigen, und Neuanstellungen von Kräften vorzunehmen, würde in der gegenwärtigen Zeit des Kriegshilfsdienstes unmöglich sein.

Bürgermeister Meyer: Ich möchte auf einen weiteren Gesichtspunkt aufmerksam machen, der dafür spricht, die Arbeitszeit für die Kontore und Bureaus länger auszudehnen als die in den offenen Verkaufsstellen. Es ist doch wohl unzweifelhaft, daß in den Fällen, wo es sich um ein Bureau neben einer offenen Verkaufsstelle handelt, dem Geschäftsinhaber daran gelegen ist, vor oder nach der Verkaufszeit im Bureau tätig sein zu können. Diese Tätigkeit ist für die Geschäfte sehr wichtig, und wir würden wenig im Interesse der Geschäftsinhaber handeln, wenn wir ihnen eine solche Arbeit zu der genannten Zeit verbieten würden.

Was die längere Offenhaltung der Bureaus der Rechtsanwälte und Notare, die der Rechtsauskunftsstellen und Arbeitersekretariate anlangt, so ist dafür ausschließlich maßgeblich die Rücksicht auf die Leute, welche jene Stellen aufsuchen wollen. Diese Personen sind infolge ihrer Berufstätigkeit vielfach erst nach ihrer eigenen Arbeitszeit in der Lage, diese Bureaus aufsuchen zu können.

Stadtv. Helle: Ich möchte behaupten, daß das gerade nicht der Fall ist, die Arbeiter kommen fast alle um 4 Uhr aus den Fabriken, und die Geschäfte werden auch früh geschlossen. Die Mehrzahl aller Rechtsuchenden haben Zeit, bis 6 Uhr dorthin zu gehen.

Bürgermeister Meyer: Ich will nur verweisen auf Absatz 1; darnach sind die Kontore, Bureaus und Kanzleien bis 6 Uhr geöffnet. Die dort beschäftigten Personen können bis zu dem Augenblick nicht zum Rechtsanwalt gehen, sondern es muß ihnen später noch Gelegenheit dazu gegeben werden. Aus dem Grunde schon ist es notwendig, die Bureaus der Rechtsanwälte länger als bis 6 Uhr offen zu halten.

Der von dem Herrn Berichterstatter aufgenommene Antrag, im Absatz 2 hinzuzusetzen „und Patentanwälte“ wird angenommen.

Der Antrag Helle, den Absatz 2 ganz zu streichen, wird abgelehnt,

der Antrag Stegmann auf Änderung der angegebenen Zeit im Absatz 1 wird abgelehnt.

Damit ist der ganze § 3 in der Fassung der Magistratsvorlage angenommen. § 4 und 5 ohne weitere Besprechung.

Stadtv. Dr. Landauer (zu § 6): Die Vorschriften dieses Paragraphen sind im Einverständnis mit dem Verein Braunschweiger Gastwirte aufgestellt. Sodann möchte ich gleich hier erwähnen, daß nachher ein Zusatzparagraph zur Sprache kommen wird, den der Magistrat gewünscht hat, und nach dem die Orts-

kohlenstelle befugt ist, *Ausnahmen* von diesen Vorschriften zuzulassen. Ich möchte auf diesen Zusatzparagraphen gleich jetzt hinweisen, weil vielleicht die Ansicht geäußert wird, es seien nicht alle Berufe in diesen zur Beratung stehenden Bestimmungen schon berücksichtigt.

Vorsitzender: Es liegen mehrere Anträge zu diesem Paragraphen vor.

Herr *Stegmann* beantragt, Ziffer 4 folgende Fassung zu geben:

„Konzert-, Vereins- und Versammlungssäle dürfen nur so beheizt werden, daß die Säle bei Eintritt der Benutzung keine höhere Temperatur als 12 Grad Reaumur aufweisen.“

Herr *Kruse* schlägt zu Ziffer 4 folgende Fassung vor:

„Konzert-, Vereins- und Versammlungssäle dürfen bei Eintritt ihrer Benutzung nur bis zu 12 Grad Reaumur erwärmt und nach 9 Uhr abends nicht mehr nachgeheizt werden.“

Für Ziffer 6 beantragt Herr *Kruse* folgende Fassung:

„Die Beheizung der Regelpbahnen ist verboten, jedoch ist die Beheizung der Aufenthaltsräume der Regelpgäste (Regelpbahnzimmer) eine Stunde vor ihrer Benutzung erlaubt.“

Stadtv. **Stegmann:** Ziffer 4 dieses § 6 lautet nach der Magistratsvorlage: „Konzert-, Vereins- und Versammlungssäle dürfen nur mit Genehmigung der Ortskohlenstelle beheizt werden. Bei Zulassung der Beheizung darf der Saal bei Eintritt der Benutzung keine höhere Temperatur als 12 Grad Reaumur aufweisen.“ Also die Genehmigung zur Heizung ist von der Ortskohlenstelle abhängig, in deren Ermessen steht es, ob geheizt werden darf oder nicht. Man kann großes Vertrauen zur Ortskohlenstelle haben, aber eine derartige weitgehende Befugnis in die Hand einer solchen Institution zu legen, halte ich dennoch für verkehrt. Der Zustand würde darauf hinauslaufen, daß die Ortskohlenstelle nach Ansehen der Person verbieten oder erlauben könnte, daß der Saal geheizt wird. Es könnte sehr wohl bei geplanten Versammlungen vorkommen, daß in einem Falle eine Genehmigung erteilt würde und in dem anderen verweigert. Schon jetzt leidet meine Partei unter ungleichmäßiger Handhabung des Vereins- und Versammlungsrechts. Die Vaterlandspartei z. B. kann alle möglichen Versammlungen abhalten, während unsere verboten sind; sogar die Mitgliederversammlungen sollen verboten werden. Die ganze Einrichtung ließe darauf hinaus, daß, ohne Eingriff der Polizei, Versammlungen so gut wie verboten werden können, denn die Ortskohlenstelle ist in der Lage, zu sagen: Die Heizung wird nicht genehmigt, und bei großer Kälte müßte dann von der Ver-

jammlung ganz Abstand genommen werden. Deswegen ist es richtig, daß ein mäßiges Heizen ein für allemal erlaubt ist. Nun scheinen 12 Grad Reaumur an sich allerdings etwas recht niedrig zu sein, aber ich habe davon Abstand genommen, hier eine höhere Ziffer einzusetzen, weil ich voraussah, daß das keinen Zweck haben würde. Es könnte auch eingewandt werden, daß bei einer gut besuchten Versammlung der Saal nach kurzer Zeit sich durch die Versammlungsteilnehmer schon von selbst erwärmt. Ich bitte, meinen Antrag anzunehmen und dadurch von vornherein auszuschließen, daß mit zweierlei Maß gemessen werden kann.

Stadtv. Kruse: Die Bestimmung, daß zur Heizung der Säle die Erlaubnis der Ortskohlenstelle eingeholt werden soll, ist eine Belästigung und unter Umständen eine Schädigung der Inhaber des Saales. Um 8 Uhr vielleicht wird angerufen: Können wir morgen oder übermorgen in irgend einem Saale eine Versammlung abhalten? Die Antwort muß lauten: „Ja, wenn die Ortskohlenstelle die Heizung genehmigt.“ Es ist aber fraglich, ob wir die Genehmigung bekommen. Dadurch kann leicht eine Schädigung der Saalinhaber eintreten.

Außerdem halte ich es deswegen nicht für nötig, eine Genehmigung der Ortskohlenstelle einzuholen, weil die Ersparnis, die durch diese Maßregel erreicht werden kann, sehr unbedeutend ist. Wir haben jetzt in Braunschweig 3—4 Säle, die zu Versammlungen benutzt werden; die anderen Säle sind zu Lazaretten eingerichtet oder werden zu anderen militärischen Zwecken benutzt. Diese 3—4 Säle werden dabei so wenig benutzt, daß wir ohne weiteres darauf verzichten können, eine Genehmigung der Heizung durch die Ortskohlenstelle erst noch vorzuschreiben. Ich bitte, diese Fassung abzulehnen, und die von mir vorgeschlagene anzunehmen.

Was die Kegelbahnen anbetrifft, so wissen die Herren wohl, daß namentlich die kleinen Wirte zum guten Teil von den Einnahmen aus der Vermietung der Kegelbahnen leben. Wenn gesagt wird: „Die Beheizung der Kegelbahnen ist verboten“, dann ist damit die Benutzung der Kegelbahnen sozusagen überhaupt verboten, denn wer wird sich in einem ungeheizten Kegelzimmer aufhalten? Kein Mensch! Deshalb bitte ich, wenigstens anzunehmen, daß die Vorzimmer der Kegelbahnen, die Kegelzimmer, eine Stunde vor ihrer Benutzung beheizt werden dürfen.

Bürgermeister Meyer: Der Herr Berichterstatter hat schon ausgeführt, daß die Knappheit an Kohlen sehr groß ist, und daß deshalb Einschränkungen geboten sind. Dabei ist zu beachten, daß die Haushaltungen und kleineren Gewerbebetriebe in erster Linie zu berücksichtigen sind — die größeren Gewerbebetriebe gehen uns zumeist nichts an, da sie durch die Kriegsamtsstelle versorgt werden. Augenblicklich ist die Zufuhr infolge des Wagenmangels nun so ungünstig, daß die Haushaltun-

gen nur unzulänglich mit Kohlen versehen werden können. Es ist aber zu hoffen, daß hierin bald ein Wandel eintritt. Mit Rücksicht auf die Schwankungen der Zufuhr scheint es notwendig, der Ortskohlenstelle ihre Aufgabe durch Vorschriften in der Richtung zu erleichtern, daß bestimmte Unternehmen durch Betriebsbeschränkung zur Kohlenersparnis gezwungen werden. Die Konzert-, Vereins- und Versammlungssäle sind starke Kohlenfresser, und wenn zu einer Zeit großer Kohlenknappheit eine unbehinderte Beheizung derselben stattfände, so würde das dazu führen, daß viele Haushaltungen nicht in dem Maße mit Feuerungsmaterial bedient werden könnten, wie es notwendig erscheint. Das muß verhindert werden; ich meine, daß die Benutzung der Säle hinter den Haushaltungen zurückstehen kann und muß. Ein Verbot der Versammlungen liegt der Ortskohlenstelle völlig fern; es handelt sich hier nur um die Beheizung der Säle. Im übrigen ist zu hoffen, daß in zehn Wochen der Mangel an Kohlen vorüber ist. Es kommt schließlich darauf an, soll gegebenenfalls die Gefahr entstehen, daß eine Reihe von Familien nichts zum Kochen und Heizen hat, oder soll, um diese Gefahr zu vermeiden, vorübergehend die Beheizung von Konzert- und Versammlungssälen ausfallen.

Der Zusatz, daß die Beheizung der Regelzimmer eine Stunde vor ihrer Benutzung erlaubt ist, braucht von der Versammlung nicht beschlossen zu werden, da die Beheizung dieser Räume nicht verboten ist. Da die Heizung dort sowieso erlaubt ist, wäre es nur ein unnötiger Zusatz zu dem Paragraphen.

Stadtv. Wesemeier: Nach den ganzen Ausführungen des Herrn Bürgermeisters Meyer sollen Versammlungen für die Folge verhindert werden. Nun bin ich wohl damit einverstanden, daß geprüft werden kann, ob Konzerte stattfinden sollen, denn es gibt auch Konzerte, die nicht so wertvoll sind, aber das ganze Vereins- und Versammlungsrecht, eins der wichtigsten Grundrechte des Volkes, durch die Ortskohlenstelle auf mindestens 10 Wochen aufzuheben, das ist ein Weg, den ich nicht beschreiten möchte. Wir leben in einer politisch so wichtigen Zeit, daß nicht abzusehen ist, was in diesen 10 Wochen noch vor sich gehen kann, in einer Zeit, wo es unter Umständen dringend notwendig ist, politische Versammlungen abzuhalten. Wir wissen aber nicht, ob die Ortskohlenstelle gegebenenfalls diese Notwendigkeit einsehen wird. Sie wird immer davon ausgehen: Ist das nötige Quantum Kohlen vorhanden? Von ihrem Standpunkte aus mit Recht, sage ich, aber das Volk hat wichtigere Rechte zu verteidigen und event. zu besprechen, die nicht anders behandelt werden können als durch Versammlungen. Wenn auch bei Konzerten und anderen Veranstaltungen geprüft werden kann, ob die Beheizung zu gestatten ist, so darf das bei politischen Versammlungen nicht geschehen. Dort sind schon andere Behinderungen genug in den Weg gelegt. Dieses wichtige Recht des Volkes darf durch eine solche Bestimmung nicht in Frage gestellt werden.

Stadtv. Steinbrecher: Es gibt Tausende in der Bevölkerung, die die Kirchen nicht besuchen, aus dem einfachen Grunde, weil sie dort nicht ihre Befriedigung finden. Aber unter unsern Einwohnern findet sich eine große Anzahl Personen, die politisch rege sind und in den politischen Versammlungen ihre Ideale besprochen finden. Wenn in der ganzen Zeit die vielen Kirchen und die Synagoge geheizt werden, so kann es nicht darauf ankommen, die Heizung für die Säle, die für die politische Betätigung der Bevölkerung notwendig sind, für zwei oder drei Male zu beschaffen.

Bürgermeister Meyer: Der Vergleich ist doch nicht ganz zutreffend. Es ist den Kirchengemeinden nur erlaubt, ihre Kirchen an bestimmten Tagen zu heizen. Ob sie sie wirklich heizen, wissen wir nicht, denn es ist uns nicht bekannt, ob sie Kohlen dafür haben. Für die Säle ist nicht in Aussicht genommen, die Beheizung zu verhindern, — in den Bestimmungen steht davon kein Wort. Wohl aber steht darin, daß die Beheizung nur mit Genehmigung der Ortskohlenstelle erlaubt sein soll. Gehen Kohlen in genügender Menge ein, wird kein Bedenken bestehen, einem Antrage auf Heizung eines Saales stattzugeben.

Stadtv. Schmidt: Ich kann den Ausführungen des Herrn Bürgermeisters nur zustimmen. Bei dem Vergleich zwischen Kirchen und Versammlungssälen ist wohl nicht ganz richtig vorgegangen. Die Kirchen, die an bestimmten Tagen geheizt werden sollen, werden auch von Frauen, Kindern, Kranken und Trauernden besucht. Die letzteren suchen dort Linderung ihrer Leiden, während sie nicht das Bedürfnis haben, Säle aufzusuchen. Man kann diese Personen nicht vergleichen mit solchen, die Gesundheit, Kraft und Lebensmut haben und ihre politischen Ansichten betätigen wollen. Ubrigens wird ja nicht ohne weiteres verboten, die Säle zu heizen. Die Gründe, die der Herr Bürgermeister angeführt hat, sind auch für mich ausschlaggebend. Ich war vor Wochen beim Generalkommando in Hannover und bekam den besonderen Auftrag, dafür zu sorgen, daß möglichst viele Wagen frei werden, um Kohlen heranzuschaffen, die auf den Bahnhöfen benutzt werden. Ich kann nur bestätigen, daß die Kohlennot außerordentlich groß ist, und wenn der Herr Bürgermeister erklärt, daß es sich um die Frage handelte, ob die Familien genügend Kohlen bekommen können, oder ob wir dafür gestatten sollen, daß die Säle beheizt werden, so kann die Antwort nur dahin ausfallen, daß wir lieber die Kohlen für die Familien hergeben, denn damit erhalten wir die Gesundheit unserer Einwohner. Ich bitte auch Herrn Kruse, in den Bestimmungen keine Schärfe gegen die Gastwirtschaften zu sehen; es sind nur notwendige Maßregeln, die wir nach meiner Ansicht nicht umgehen können. Ich bitte, den Absatz 6 dieses Paragraphen so zu lassen, wie er hier in der Vorlage angeführt ist.

Stadtv. **Kruse:** Der ganze § 6, wie Sie ihn hier sehen, basiert auf den Vorschlägen aus den Gastwirtekreisen. Die Gastwirte haben eingesehen, daß auch sie ihren Teil zur Kohlenersparnis beitragen müssen, da die Zufuhr knapp ist. Daß auch von dieser Seite ganz bedeutend gespart werden soll, sehen Sie daran, daß die Kaffeehäuser erst um 2 Uhr anheizen dürfen, die Restaurants erst um 10 Uhr. Sie sehen daraus, daß wir gern dazu bereit sein wollen, mitzuhelfen, daß wir über die Kohlenknappheit hinwegkommen. Wie schon vorhin von mir erwähnt, kommen für Braunschweig vielleicht nur drei Säle in Betracht, und wann wird denn dort einmal eine Versammlung abgehalten? Das ist doch so unbedeutend, daß ich bitten möchte, meinen Antrag anzunehmen.

Ebenso steht es mit den Regelbahnen, bei denen das danebenliegende Zimmer geheizt werden soll. Ich freue mich, wenn das in der Vorlage anders gemeint sein soll und die Beheizung der Regelzimmer erlaubt ist.

Vorsigender: Nur die Regelbahn selber zu beheizen, ist verboten.

Stadtv. **Kruse** (fortfahrend): Hier steht, an Sonnabenden und Sonntagen komme die Beschränkung in Fortfall, daß die Gäste nur in einem Raume bewirtet werden dürfen. Nun ist ein Zweifel darüber entstanden, ob sich diese Vorschrift auf sämtliche Lokale beziehen soll. Es heißt in dem Paragraphen, die Gäste dürften in Restaurationen, Weinstuben und Weinprobierstuben nur in einem Raume bewirtet werden. Bezieht sich das auch auf die Säle?

Bürgermeister **Meyer:** Die Bestimmung unter 3 bezieht sich nur auf die darin erwähnten Restaurationen, Weinstuben und Weinprobierstuben.

Stadtv. **Kruse** (fortfahrend): Zum Beispiel das Kaffee Stern hat ein großes Zimmer und daneben noch einen Raum. Wenn nun das Hauptzimmer besetzt ist und noch Gäste für das Nebenzimmer kommen, dann dürfte er es nicht heizen? Nur an Sonnabenden und Sonntagen genießen sie die Vergünstigung, alle Räume benutzen zu dürfen.

Stadtv. **Stegmann:** Wenn es wirklich so schlimm mit den Kohlenbeständen stände, wie der Herr Bürgermeister ausführte, daß tatsächlich an Heizmaterial nichts mehr vorhanden wäre und die Familien frieren müßten, so wäre es auch meine Meinung, daß wir sagen müßten: Die Heizung der Familienräume ginge vor. So schlimm liegen die Dinge aber denn doch nicht, denn wie man allgemein hört, gibt es noch viele Familien, die recht viele Kohlen im Keller liegen haben. Deshalb sollte man die Drohung, die in bezug auf die übervoll besetzten Kohlenkeller ausgesprochen ist, ausführen, dann hätten alle Familien Kohlen für ihre Zimmer.

Wenn Herr Schmidt sagt, ein Vergleich der Heizung der Kirchen mit der der Säle sei nicht möglich, so meine ich, daß das sehr wohl angeht. Herr Kollege Schmidt scheint nicht zu begreifen, daß es viele Leute gibt, die dem Besuch eines Konzertes oder einer politischen Versammlung mehr Wert beilegen als dem Besuch der Kirche. Für solche Leute ist der Besuch dieser Versammlungen auch eine Art Erbauung. Mit solchen Einwendungen, wie sie Herr Schmidt vorgebracht hat, kann man also nicht kommen. Ganz abgesehen habe ich bisher in meiner Begründung von der Schädigung, die den Wirtschaften durch die Verordnung verursacht wird. Sie wissen doch alle, daß die Versorgung der paar Säle mit Kohlen nicht beträchtlich ist, daß eine derartige Ersparnis den Kohl nicht fett macht; soviel Kohlen können noch aufgebracht werden. Ich sehe also nicht ein, daß eine so weitgehende Ermächtigung der Ortskohlenstelle zuerteilt werden soll.

Stadtv. Damföhler: Eine Kohlenknappheit wird niemand hier im Saale bestreiten. Ich darf darauf hinweisen, daß im Interesse der Industrie an der Kriegsamtstelle eine Versammlung stattgefunden hat, aus deren Tagesordnung zu ersehen ist, daß der Industrie statt der bisherigen 3500 Tonnen Kohlen nur 2000 Tonnen monatlich zur Verfügung stehen. Aus dieser Bemerkung geht ein Notischrei der Industrie über die Kohlenknappheit hervor, wie man es sich nicht krasser denken kann. Ich bin der Meinung, daß es der Ortskohlenstelle überlassen bleiben muß, ob sie die Erlaubnis zur Beheizung der Konzert-, Vereins- und Versammlungsräume erteilen will oder nicht.

Bürgermeister Meyer: Ich habe schon vorhin erwähnt, daß dem Lieferungsbezirk Braunschweig durch den Reichskohlenkommissar eine bestimmte Menge Kohlen zugewiesen ist. Die gegenwärtig für die Monate November bis Januar uns zur Verfügung stehende Menge beträgt, auf den Monat berechnet, rund 144 000 Zentner. Davon entfällt etwa die 100 000 Zentner übersteigende Menge auf die kleinen Gewerbebetriebe. Diese dürfen wir selbstverständlich nicht stilllegen, aber beschränken können wir sie. Wir fangen in der Beschränkung bei den größeren Kohlenverbrauchern an, zu denen auch die Gastwirtschaften und Hotels gehören. Die restlichen 100 000 Zentner entfallen auf die rund 40 000 Haushaltungen. Daraus ergibt sich, daß auf die einzelne Haushaltung im Durchschnitt $2\frac{1}{2}$ Zentner entfällt. Ich frage Herrn Stegmann, ob er sich getraut, mit $2\frac{1}{2}$ Zentner während der Wintermonate auszukommen?

Sodann hat Herr Stegmann gemeint, bei manchen Familien wäre noch ein übergroßer Vorrat an Kohlen in den Kellern vorhanden, und man sollte nun doch mit der Drohung, diese Kohlen wegzuholen, Ernst machen. Ich wundere mich, daß es Herrn Stegmann ganz unbekannt geblieben ist, daß diese Enteignungen

schon seit 4 bis 6 Wochen im Gange sind. Ich wüßte nicht, was noch in dieser Beziehung geschehen könnte oder sollte. Im übrigen weise ich darauf hin, daß die Zahl der Familien, die sich im Frühjahr reichlich hat eindecken können, nicht so groß ist, wie es in der Bevölkerung allgemein angenommen wird, und daß, was für die Beurteilung wichtig ist, die Mengen, die abgenommen werden können, in ihrer Gesamtheit so gering sind, daß sie für die Versorgung der Allgemeinheit von ganz untergeordneter Bedeutung sind. Aber das Verfahren entspricht dem Recht und der Billigkeit, und es muß deshalb durchgeführt werden. Daß damit der Kohlennot gesteuert werden könnte, ist indessen eine falsche Auffassung.

Stadtv. Wesemeier: Die Versammlungen werden tatsächlich schon auf das äußerste Maß eingeschränkt. Ich weise noch einmal auf die Verhältnisse der Zeit hin, in der wir leben. Noch nie seit einem Menschenalter sind die Verhältnisse für jeden Menschen im Volke so wichtig gewesen, wie gerade heute. Was kann sich alles in dieser politisch wichtigen Zeit in zehn Wochen ereignen! Und da soll auf das bisherige Versammlungsfreiheit Verzicht geleistet werden? Es handelt sich nur um eine geringe Kohlenmenge, die dabei in Betracht kommt, da es sich nur um die Versammlungssäle handelt; das hat auch Herr Kruse bestätigt. Deshalb sollte man die Grenzen nicht so eng ziehen; es könnte sich bitter rächen. Wenn wir den Ausführungen des Herrn Bürgermeisters folgen, soll tatsächlich jeder Versammlungssaal unbeheizt bleiben; das klang aus jedem Worte des Herrn Bürgermeisters heraus. Meine Meinung ist, daß wir nicht das Ventil zugestopfen dürfen, das noch da ist, um zu verhüten, daß durch den Krieg irgendwie eine Entzündung erfolgen kann. Es ist eine Kleinigkeit, daß wir die Bestimmung über die Versammlungssäle aus dem Statut herauslassen. Es macht wirklich, um mit dem Magistrat zu reden, nicht viel aus, was dadurch verbraucht wird, wenn man es im Durchschnitt auf die Gesamtheit berechnet.

Stadtv. Ohlendorf: Es mag ja wirklich recht knapp sein, was uns an Kohlen zugeteilt ist, aber was gebraucht wird, um die wenigen Versammlungssäle zu heizen, wird den Kohl nicht fett machen. Wenn man Kaffee- und Konzertlokale um 2 Uhr heizen darf, dann finde ich es zu hart, daß die Lokale, in denen Schausstellungen stattfinden, wie es in § 7 heißt, vor 7 Uhr nicht geöffnet werden sollen und die Lichtspielhäuser schon um 10 Uhr schließen sollen. Das sind je nur wenige Stunden, und eine solche Beschränkung tut den Inhabern derartiger Räume recht weh. Man muß berücksichtigen, daß einigen Lichtspielhäusern gestattet sein soll, länger offen zu halten. Ich weiß nicht, ob das zutrifft. Es werden auch gar nicht mehr Kohlen verbraucht werden, wenn die Zeit um etwas verlängert wird, und deshalb möchte ich die Meinung aussprechen, daß man die angezogene Bestimmung

nicht treffen sollte. Besser, als daß die Leute um 2 Uhr ins Café gehen, ist es, daß sie auch einmal etwas zu hören und zu sehen bekommen. Ein Theaterbillet ist ja niemals zu bekommen, und da bleibt nur der Besuch des Lichtspieltheaters. Deshalb bitte ich, die Erlaubnis zum Heizen nicht allzusehr einzuschränken, noch dazu, da es für den Verbrauch an Kohlen nicht viel ausmacht.

Stadtv. Dr. Landauer: Der Kommission ist es sehr schwer gefallen, ihre Zustimmung zu den Vorschlägen des Magistrats zu geben, aber die Not an Kohlen ist so schwer, daß es nicht anders geht. Da nun die Konzert-, Vereins- und Versammlungssäle, wie der Herr Bürgermeister ausgeführt hat, große Kohlenresser sind, so bleibt nichts anderes übrig, als die Beschränkung des Kohlenverbrauchs in der Weise durchzuführen, daß ohne Genehmigung der Ortskohlenstelle die Säle nicht geheizt werden dürfen. Es ist hier ein Mißtrauen gegen die Ortskohlenstelle ausgesprochen, das unberechtigt ist. Diese Ortskohlenstelle ist doch keine politische Behörde; sie besteht mit aus unseren Kollegen Kiefe, Meyerhoff und Loejchig. Ich möchte einmal sehen, was für eine Entrüstung entstehen würde, wenn die Ortskohlenstelle aus politischen Rücksichten eine Versammlung verbieten würde. So etwas ist ganz undenkbar. Ich glaube, daß wir zu der Ortskohlenstelle das Vertrauen haben können, daß sie nur aus sachlichen Gründen ihre Entscheidungen treffen wird, und bitte Sie, diesem ganzen Paragraphen, wie er in der Vorlage steht, zuzustimmen.

Stadtv. Stegmann (zur Geschäftsordnung): Ich bin mit der Erweiterung, wie sie Herr Kruse in seinem Antrage gibt, einverstanden.

Vorsigender: Würden Sie den Antrag des Herrn Kruse aufnehmen? (Zustimmung des Herrn Stadtv. Stegmann.) Dann kann einheitlich darüber abgestimmt werden.

Die Mehrheit der Versammlung stimmt dem vereinigten Antrage Kruse-Stegmann zu.

Vorsigender: Der Antrag des Herrn Kruse, betreffend die Beheizung der Regelbahnzimmer, ist gegenstandslos geworden, da nach der Erklärung des Magistrats die Beheizung dieser Zimmer freigegeben ist.

Stadtv. Dr. Landauer (zu § 7): Der § 7 erhält nach der Kommissionsberatung mit Zustimmung des Magistrats folgende Fassung:

„Räume, in denen Schaustellungen stattfinden, mit Ausnahme des Hoftheaters, sowie Lichtspielhäuser dürfen an Wochentagen mit Ausnahme des Sonn-

abends ohne Erlaubnis der Ortskohlenstelle nicht vor 7 Uhr abends geöffnet sein. Lichtspielhäuser sind spätestens um 10 Uhr zu schließen. Das Herzogliche Hoftheater darf nicht vor 2 Uhr nachmittags geöffnet sein und ist spätestens um 9½ Uhr abends zu schließen.“

Diese letztere Bestimmung ist im Einvernehmen mit der Herzoglichen Hoftheaterintendantur getroffen worden.

Ich möchte Zustimmung dazu anheimgeben, daß in dieser Weise der § 7 abgeändert wird.

Vorsigender: Ich möchte den Herrn Berichterstatter fragen: Ist das zuletzt Angeführte bezüglich des Herzoglichen Hoftheaters der Kommissionsbeschluß?

Stadtv. Dr. **Landauer:** Der Kommissionsbeschluß hat dahin gelautet, daß eine Änderung der Zeit nach den Wünschen der Intendantur noch vorgenommen werden kann, nachdem sich der Magistrat mit ihr ins Benehmen gesetzt hat.

Vorsigender: Das ist inzwischen geschehen, und das von dem Herrn Berichterstatter Vorgetragene ist der Ausdruck dieser Vereinbarung, so daß man es als Auffassung der Kommission ansehen kann.

Stadtv. **Rasche:** Betreffs der Lichtspieltheater ist uns ein Schreiben eingegangen. Wenn an zwei Tagen eine längere Spielzeit erlaubt wird und an 5 Tagen je zwei Stunden eingespart werden sollen, so ist doch an diesen zwei Stunden keine Kohlenersparnis zu erzielen. Wenn nur für eine Spielzeit von drei Stunden geheizt werden soll, so ist derselbe Kohlenverbrauch nötig, als wenn der Raum während 5 Stunden gebraucht wird. Es werden nicht mehr Kohlen verbraucht, im Gegenteil, wird sich der Raum im Laufe der Tage besser heizen lassen, wenn er jeden Tag längere Zeit benutzt wird. Ich bitte deshalb, davon Abstand zu nehmen, den Anfang der Vorstellungen in den Lichtspieltheatern auf 7 Uhr festzusetzen, sondern anzunehmen, daß an allen Tagen von 5—10 Uhr gespielt werden darf.

Stadtv. **Frede:** Ich muß mich auch dafür aussprechen, daß man die Öffnung der Lichtspieltheater schon von 5 Uhr an gestattet. Ich schließe mich dem Antrage des Herrn Rasche an, trotzdem ich bei den Leitern der Lichtspieltheater in dem Rufe stehe, daß ich für sie nicht sympathisch veranlagt bin. Vor allen Dingen hat mir gefallen, daß aus dem Schreiben der Lichtspieltheater hervorgeht, daß die Soldaten der hiesigen Lazarette zu den Nachmittagsvorstellungen freien Zutritt haben. Den genesenden Soldaten ist es auf jeden Fall zu wünschen, daß sie eine Ablenkung

von ihren Schmerzen und Sorgen haben, und das wird ihnen durch die Nachmittagsvorstellungen im Lichtspieltheater geboten. Zu dieser Zeit finden auch die Jugendvorstellungen statt. Ich bin allerdings nicht so sehr dafür eingenommen, weil ich weiß, was dort zuweilen geboten wird, aber ich möchte doch die Möglichkeit nicht ganz verschwinden sehen, solche Vorstellungen einzurichten, vielleicht am Dienstag oder am Donnerstag. Am Sonnabend wird es ja wohl nicht möglich sein, da dies der einzige Tag ist, an dem in der Woche schon um 5 Uhr die Lichtspieltheater geöffnet sein dürfen. Wenn ich mir nun vor Augen halte, daß am Sonnabend und Sonntag länger geheizt werden darf, die Wärme dann in den Räumen steckt, dann würden wir — wenn der Antrag des Herrn Rasche nicht angenommen wird — es wenigstens verantworten können, wenn noch an zwei Tagen im Anschluß an diese beiden Tage die Lichtspieltheater geöffnet werden dürfen, vielleicht am Montag und Dienstag, denn es lassen sich die Lichtspielhäuser an diesen Tagen leichter heizen, als wenn man einen anderen Tag nehmen würde. In erster Linie bin ich für den Antrag Rasche; wird der nicht angenommen, dann möchte ich beantragen, den Lichtspielhäusern wenigstens am Montag und Dienstag die Öffnung nachmittags von 5 Uhr an zu gestatten, außer der schon erlaubten Öffnung am Sonnabend und Sonntag.

Stadtv. Rector: Ich bin auch dafür, daß man den Lichtspieltheatern das gewährt, was man den Gastwirtschaften und Kaffeehäusern gestattet. Es macht für den Kohlenverbrauch nichts aus, ob die Vorstellungen in den Lichtspieltheatern bis 10 oder bis 11 Uhr stattfinden. Wenn einmal geheizt ist, ist es für den Kohlenverbrauch fast gleich, ob die Vorstellungen länger dauern. Wenn von 5—10 Uhr gespielt wird, dann sind die Theater imstande, zwei Vorstellungen hintereinander zu geben; für die Zeit von 7—10 wird die Zeit dazu zu knapp. Da die Räume doch täglich mit Feuer belegt werden müssen, so halte ich es nicht für richtig, daß man die Inhaber der Lichtspieltheater in der Art schädigt, daß man die Spielzeit auf die Zeit von 7—10 beschränkt.

Bürgermeister Meyer: Es ist ja ganz schön, Billigkeitsrücksichten zu nehmen, aber wir befinden uns in einer Notlage, und deshalb, glaube ich, sind wir gezwungen, auf solche Rücksichten verzichten zu müssen. Die Lichtspieltheater erfreuen sich einer großen Beliebtheit, gleichwohl werden sie neben den Theatern und Konzertlokalen zuerst zu schließen sein. Restaurationen und Gasthäuser sind für das Gemeinwohl der Einwohner wichtiger als derartige Unternehmungen und Schaustellungen. Ich kann auch nicht zugestehen, daß es einerlei ist, ob man mit dem Beheizen der Lichtspieltheater zwei Stunden früher anfängt. Es wird dadurch nicht nur mehr Heizmaterial, sondern auch erheblich mehr elektrische Energie

verbraucht. Sie werden aus der Tagesordnung ersehen haben, daß auch die elektrische Beleuchtung eingeschränkt werden soll. Nun liegen die Verhältnisse der Elektrizitätserzeugung so, daß in den Stunden vor 7 Uhr abends die elektrische Zentrale übermäßig stark belastet wird, und daß deshalb eine Entlastung erwünscht ist. Für die Zeit nach 7 Uhr ist von diesem Gesichtspunkte aus betrachtet nichts gegen die Benutzung der Lichtspieltheater einzuwenden. Hinweisen möchte ich darauf, daß die Vorlage nicht in Aussicht nimmt, daß die Vorstellungen in den Lichtspieltheatern zu anderer Zeit als in den angeführten Stunden verboten sein sollen, es soll vielmehr nur in den Nachmittagsstunden ohne Erlaubnis der Ortskohlenstelle in den Lichtspieltheatern nicht geheizt werden. Es ist eine Bewegung dahin im Gange, die Schulkinder regelmäßig in die Lichtspieltheater zu führen, um ihnen Wissenswertes zu zeigen. Gegen die Zulassung solcher Vorstellungen ist nichts zu sagen, wenn Kohlen ausreichend vorhanden sind.

Aus dieser Mitteilung können Sie erkennen, daß die Vorschrift nicht darauf abzielt, die Vorstellungen nach Möglichkeit zu unterbinden.

Vorsitzender: Der Antrag des Herrn Rasche lautet:

„Lichtspieltheater dürfen an allen Tagen von nachmittags 5 Uhr bis abends 10 Uhr geheizt werden.“

Der Antrag des Herrn Frede:

„Im Falle der Ablehnung des Antrages Rasche wird beantragt, den Lichtspielhäusern wenigstens am Montag und Dienstag die Öffnung nachmittags von 5 Uhr an zu gestatten (außer der schon erlaubten Öffnung am Sonnabend und Sonntag).“

Stadtv. Diedmann: Selbst die eben gehörten Ausführungen des Herrn Bürgermeisters Meyer können mich nicht überzeugen, daß das, was der Herr Redner gesagt hat, nicht zutreffend sein sollte. Wenn zu einer Abendvorstellung um 7 Uhr geheizt wird, dann wird mit nur wenig Kohlen mehr auch auszukommen sein, wenn um 5 Uhr das Lichtspielhaus geöffnet wird. Ich bin neulich auch in einer Vorstellung gewesen; schon um $\frac{1}{2}9$ Uhr empfindet man, daß es etwas kälter wird. Es wird also gespart, und ich glaube, daß die Leiter der Lichtspieltheater, wenn ihnen Erlaubnis gegeben wird, früher mit den Vorstellungen anzufangen, mit den Kohlen nicht quagen würden.

Nun sagt Herr Bürgermeister Meyer, daß auch die elektrische Stromentnahme verringert werden müßte. Ich möchte die Herren an etwas erinnern. Sie waren ja alle zugegen, als das Drehstromwerk von uns besichtigt wurde, daß Herr Dugge uns darauf aufmerksam machte, daß um $\frac{1}{2}4$ Uhr, wenn die Fabriken ihren Betrieb schließen, mit einem gewaltigen Ruck die Stromentnahme zurückgeht, während um

½8 Uhr die Stromentnahme wieder erheblich zunimmt. Das müßte uns Veranlassung sein, mit dafür einzutreten, daß in dieser Zeit, wo wenig Strom entnommen wird, dieser mehr gebraucht wird, und das geschieht durch die Lichtspieltheater, wenn sie um 5 Uhr geöffnet werden. Zu anderer Zeit kann ja wieder gespart werden.

Mehrere triftige Gründe sprechen dafür, sich für die frühere Öffnung der Lichtspieltheater zu entscheiden. Im anderen Falle würden auch die Vorstellungen für die Jugendlichen ausfallen, die doch vom Generalkommando so sehr empfohlen werden. Ich bitte Sie, die Nachmittagsvorstellungen zu gestatten und als Anfang dafür die Zeit von 4 oder 5 Uhr an festzusetzen.

Stadtv. Mengerhoff: Meine Herren! Sie haben alle die Zuschrift von der Verwaltung der Lichtspieltheater bekommen. Lesen Sie bitte den Passus: „Was besonders die Saalbau-Lichtspiele anbetrifft, so sind dieselben der Licht- und Kraftstation auf dem Grundstück von Brünings Saalbau angeschlossen. Die Betriebsmaschine liefert den Strom gleichzeitig für das Restaurant und unser Theater. Durch Ausfall der Nachmittagsvorstellungen würde, wie der Maschinenmeister der Station bestätigen kann, eine Ersparnis an Kohlen nicht eintreten.“ Wer nur einigermaßen im maschinentechnischen Betriebe bewandert ist, muß dem zustimmen. Außerdem ist doch auch folgendes zu beachten: Wenn die Nachmittagsvorstellungen für die meisten Tage ausgeschaltet werden und nur an zwei Tagen am Nachmittag gespielt wird, dann wird der Raum an den spielfreien Nachmittagen so abgeköhlt, daß das Heizen das doppelte Quantum Kohlen erfordern würde, wenn man den Raum genügend erwärmen will, so daß eine Ersparnis dabei nicht zu machen ist.

Bezüglich des Lichtspieltheaters an der Ecke der Leopoldstraße heißt es in der Eingabe: „Ähnlich wie bei den Saalbau-Lichtspielen liegen die Verhältnisse in den Lichtspielen an der Leopoldstraße: Das ganze Gebäude wird durch eine Dampfheizung erwärmt, und die nach den in diesem Gebäude gelegenen Geschäftsräumen führenden Heizröhren sind durch den Theaterraum gelegt, der dadurch an und für sich schon genügend erwärmt wird, und zwar auch dann, wenn keine Vorstellungen stattfinden.“

Da die Rohre durch das Theater hindurchgehen, müßte die ganze Anlage abgedrosselt werden, oder sie müßte geändert werden. Wir haben hier dasselbe Schauspiel wie bei dem andern Lichtspieltheater: Eine Ersparnis würde nicht eintreten.

„Das Gebäude des Kinopalastes besitzt ebenfalls eine Zentralheizung, auch hier würde keine nennenswerte Ersparnis durch den Ausfall der Nachmittagsvorstellungen eintreten.“

Auch ich halte die Ersparnis, die hier gemacht werden könnte, für ganz geringfügig, jedenfalls ist sie so klein, daß sie nicht zu Buche schlagen kann. Deshalb möchte auch ich bitten, dem Wunsche der Lichtspieltheater Rechnung zu tragen und die Öffnung um 5 Uhr zu gestatten.

Vorsigender: Herr Diekmann hat folgenden Antrag eingebracht:

„Ich beantrage in § 4, Zeile 3 zu setzen anstatt 7 Uhr „4 Uhr.“

Stadtv. **Meyerhoff:** Es ist in den Anträgen bisher nichts davon gesagt, daß in § 7 in Wegfall kommen müßte „ohne Erlaubnis der Ortskohlenstelle“. Ich möchte wünschen, daß diese Worte ausgeschaltet werden.

Vorsigender: Der Antrag Meyerhoff würde dahin gehen, aus der Magistratsfassung die Worte „ohne Erlaubnis der Ortskohlenstelle“ zu streichen.

Stadtv. **Hartung:** Ich glaube, Herr Meyerhoff ist mißverstanden worden. Er beabsichtigt auszudrücken: Die Vorstellungen sollen stattfinden dürfen auch ohne Erlaubnis der Ortskohlenstelle.

Vorsigender: Ich bitte Herrn Meyerhoff, den Antrag schriftlich zu stellen.

Stadtv. **Meyerhoff:** Den Antrag schriftlich einzubringen ist wohl nicht nötig, wenn ich beantrage, den ganzen § 7 zu streichen.

Vorsigender: Um einen Vorschlag des Magistrats abzulehnen, bedarf es keines Antrages.

Der Antrag Diekmann gelangt zuerst zur Abstimmung, er wird mit 13 von 25 Stimmen angenommen. Darnach wird dem ersten Teile des § 7 in der vom Herrn Berichterstatter vorgetragenen Form mit der eben angenommenen Änderung zugestimmt, und darauf der Zusatz der Kommission, das Hoftheater betreffend, angenommen. Die Anträge Rache und Frede sind damit erledigt.

Stadtv. Dr. **Landauer** (zu § 8): Der Magistrat beantragt, hinter dem § 7 folgenden § 8 einzufügen:

„Die Ortskohlenstelle ist befugt, auch über das nach vorstehendem zugelassene Maß hinaus Ausnahmen von dieser Vorschrift auf schriftlichen Antrag zuzulassen.“

Dieser Antrag hat bei der Sitzung der Kommission noch nicht vorgelegen; ich habe aber Umfrage bei allen Kommissionsmitgliedern gehalten, und sie haben sich

jämlich mit der Einfügung dieses Paragraphen einverstanden erklärt. Es ist auch wünschenswert, daß in den Fällen, die in der Vorlage nicht berücksichtigt sind, Ausnahmen von der Ortskohlenstelle noch gemacht werden können.

Da sich niemand zum Wort meldet, nimmt der Vorsitzende das Einverständnis der Versammlung zu § 8 an, ebenso zu § 9 und schließlich auch im ganzen zu den Grundätzen mit den von der Versammlung beschlossenen Abänderungen.

Schlussabstimmung zu Punkt 4 der Tagesordnung.

Vorsitzender: Wir können jetzt zurückgreifen auf Punkt 4 der Tagesordnung und die Endabstimmung über die Gesamtvorlage vornehmen. Wir haben vorhin davon Abstand genommen, damit erst noch festgestellt werden konnte, ob etwa in der Fassung, die wir beschlossen haben, ein Widerspruch oder ein sonstiger Fehler enthalten ist. Das ist nicht der Fall, nur ist die beschlossene Fassung jetzt noch in einigen Punkten redaktionell geändert. Ich darf mir erlauben, Ihnen den § 6 in der jetzigen neuen Fassung vorzulesen:

„Als Kriegergehilfen werden jährlich gewährt 1. jedem nach den vorstehenden Vorschriften beteiligten Beamten 360 M, und wenn das Gehalt nicht mehr als 2300 M beträgt 420 M. Daneben 2. den verheirateten, den verwitweten und den einen eigenen Hausstand führenden ledigen Beamten a) wenn das Gehalt nicht mehr als 2300 M beträgt 240 M, b) wenn das Gehalt mehr als 2300 M beträgt 360 M; außerdem 3. für jedes von dem Beamten zu unterhaltende erste, zweite und dritte Kind 180 M, und für jedes weitere Kind 200 M.“

Es handelt sich also nur um eine redaktionelle Festsetzung. Ich glaube, die Beratung wird nicht wieder aufgenommen.

Stadtv. Schmidt: Ich habe bemerkt, daß ich falsch verstanden worden bin. Es ist da gesagt: „Für jedes weitere Kind 200 M.“ Ich meinte meinen Antrag in der Weise, daß, wenn bis zu drei Kinder vorhanden sind, für jedes Kind 180 M gezahlt werden, wenn aber 4 Kinder und mehr vorhanden sind, für alle vier oder mehr Kinder 200 M gezahlt werden.

Vorsitzender: Ich habe ausdrücklich Ihren Antrag so erklärt, daß für das erste, zweite und dritte Kind 180 M gewährt werden sollen und für das vierte, fünfte und sechste Kind 200 M, und so ist auch beschlossen worden.

Ich stelle zur Geschäftsordnung die Frage, ob die Beratung wieder aufgenommen werden soll. Die Herren, die dafür sind, bitte ich die Hand zu erheben. . . . Die Versammlung ist nicht für Wiederaufnahme der Verhandlung. Die Sache ist damit erledigt.

Stadtv. **Munte:** Ich möchte noch erwähnen, daß die geehrte Versammlung die beiden Eingaben des Vorstandes der Beamtenvereinigung und der Arbeitsgemeinschaft der kaufmännischen und technischen Verbände durch Annahme der heutigen Vorlage für erledigt erklären möchte, während die Eingabe der 125 Aushilfsbeamten noch der Erledigung harret.

(Ohne Widerspruch.)

6. Ausdehnung der Vorschriften des § 87, 2 d der Straßenpolizeiordnung auf die außerhalb der Umflutgräben belegenen Straßen und staatlichen Wallpromenaden und Avenuen.

Stadtv. **Meyerhoff:** In Ansehung des bevorstehenden Winters und des zu erwartenden Schneefalls hat sich der Magistrat genötigt gesehen, sich an die Stadtverordnetenversammlung mit dem Ersuchen zu wenden, sich damit einverstanden zu erklären, daß seitens der Herzoglichen Polizeidirektion eine Anordnung getroffen wird, nach welcher die Vorschrift des § 87, 2 d der Straßenpolizeiordnung auch auf die außerhalb der Umflutgräben belegenen Straßen und die staatlichen Wallpromenaden und Avenuen für anwendbar erklärt wird, und zwar für die Dauer des Krieges.

Der § 87 d lautet: „Abgesehen von dieser außerordentlichen Straßenreinigung sind die Grundstückseigentümer oder deren Vertreter verpflichtet, längs der betreffenden Grundstücke nach Bedarf und jedenfalls auf polizeiliche Erinnerung zur Winterzeit die Fußwege und Gassen von Schnee und Eis rein zu halten, im besonderen, wenn nachts Schnee gefallen ist, bis morgens 7½ Uhr den Bürgersteig von Schnee zu befreien; bei eintretendem Tauwetter aber Eis und Schnee aufzuheben und neben der Gasse in Häufen zu bringen.“

Es haben wegen dieser Sache auch außerhalb des Herzogtums Unterhandlungen geschwebt, und unter anderem hat auch der Generalkommandeur der Marken, Generaloberst von Kessel, angeordnet, daß im Bereich von Groß-Berlin auch die Mieter zur Straßenreinigung herbeigezogen werden können. Man hat sich bei uns darauf beschränkt, die Verpflichtung, in solchen Fällen für die Reinigung der Fußwege tätig zu sein, auf die Hausbesitzer anzuwenden.

Die Sache hat der Statutenkommission vorgelegen. Ich habe im Namen der Kommission zu empfehlen, die Zustimmung zu einer solchen Verordnung zu geben.

Stadtv. **Hartung:** Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß bei der Außenstadt die Verhältnisse anders liegen als in der Innenstadt. Dort sind die Bürgersteige mit verschwindenden Ausnahmen nur in einer bestimmten Breite vorhanden, während draußen auf den Wallpromenaden die Fußwege stellenweise

außerordentlich breit sind. Es scheint mir hart zu sein, die Anwohner der Außenstadt zu verpflichten, die ganze Breite der Fußwege von Schnee und Eis zu reinigen, denn es gibt auf dem Promenaden Fußwege, die 4—5 m breit sind. Ich möchte deshalb den Antrag stellen, die Pflicht der Reinigung der Fußwege auf eine Breite bis zu 2 m längs der anliegenden Grundstücke zu beschränken.

Stadtbaurat Gebensleben: Der Herr Vorredner hat scheinbar die Sorge, daß die Vorschrift zu weit ausgedehnt werden könnte; aber ich glaube, diese Sorge braucht er nicht zu haben. Es heißt im § 87, daß die Grundstückseigentümer oder deren Stellvertreter verpflichtet seien, nach Bedarf die Fußwege von Schnee und Eis möglichst rein zu halten. Es soll demnach nur so weit gereinigt werden, als Bedürfnis dazu vorliegt, und wenn auch der Bürgersteig 6 oder 8 m breit ist, so könnte der Begriff „Bedarf“ nicht so weit ausgedehnt werden, daß der ganze Bürgersteig gereinigt werden soll. Was gerade nötig ist, muß von Fall zu Fall geschätzt werden. Ich kann mir sehr wohl vorstellen, daß einzelne Bürgersteige nur in einer Breite von 2 m gereinigt zu werden brauchen, andere dagegen, wo bedeutender Verkehr herrscht, in größerer Breite. Die Anordnung dafür wird übrigens nicht von uns erlassen, sondern von der Polizeidirektion. Wir haben lediglich unsere Zustimmung zu der Anwendung des Paragraphen auf die Außenstadt zu geben. Es ist wohl selbstverständlich, daß die Herzogliche Polizeidirektion den Begriff „Bedarf“ so auslegen wird, wie es im Sinne des Herrn Antragstellers liegt.

Stadtv. Hartung: Angesichts der Erklärung des Herrn Stadtbaurats Gebensleben ziehe ich meinen Antrag zurück, obgleich es seine Bedenken hat, auf die Erklärung des Magistrats sich zu verlassen in solchen Fällen, wo die Polizeidirektion zu bestimmen hat.

Stadtv. Frede: Im Kriege müssen wir alle Opfer bringen, und auch die Hausbesitzer sind dazu bereit. Den Begriff „nach Bedarf“ wird jeder so auslegen, daß durch die Reinigung ermöglicht wird, daß zwei Personen nebeneinander gehen können, und das wird vielleicht auf $1\frac{1}{2}$ m zu schätzen sein. Wir dürfen voraussetzen, daß es sich bei dieser Ausdehnung des § 87 auf die Straßen der Außenstadt nur um eine No t f a r d s m a ß n a h m e handelt, daß aber, wenn der Notstand behoben ist, nach wie vor die Reinigung der Fußwege der Außenstadt durch Schlitten vorgenommen wird. Wenn genügend Kräfte für die Reinigung zur Verfügung ständen und sie trotzdem auf die Hausbesitzer abgewälzt werden sollte, dann würde ich nicht damit einverstanden sein.

Ich möchte nun noch beantragen, daß statt der Zeitangabe 7½ Uhr 8 Uhr gesetzt wird. In der Außenstadt liegen die Verhältnisse zuungunsten der Hausbesitzer doch meistens so, daß die Haustüren an der Hinterseite der Häuser sich befinden. Ehe der Weg von der Haustür nach der Straße hin gereinigt ist, hat man schon eine gehörige Arbeit, und dann würden noch die Bürgersteige zu reinigen sein. Das erfordert eine mühsame und lange Arbeit. Wer soll sie ausführen? In vielen Fällen wird es die Frau machen müssen, denn der Mann geht zur Arbeit. Aber die Frau muß die Kinder abfertigen und müßte recht früh aufstehen zu Zeiten, wo es draußen noch dunkel ist. Der Verkehr in der Außenstadt ist nicht so lebhaft, so daß unbedenklich als Zeitpunkt für die Reinigung 8 Uhr gesetzt werden kann.

Stadtbaurat **Gebensleben**: Ich halte es nicht für zulässig, daß gesagt wird, erst bis morgens 8 Uhr solle der Schnee beseitigt werden. Das würde zu unangenehmen Konsequenzen führen. Denken Sie nur an die Schulkinder und an die Geschäftsleute, die morgens immer schon vor 8 Uhr aus dem Hause gehen und durch den tiefen Schnee waten müßten. In der Straßenpolizeiverordnung ist grundlegend vorgeschrieben: „bis 7½ Uhr“, und daran müssen wir uns halten. Ich glaube auch, daß diese Vorschrift absolut nicht zu weitgehend ist, sondern nur das festlegt, was man billigerweise verlangen muß.

Vorsigender: Es würde, wie ich mir zu erlauben bemerke, einer Verständigung mit der Polizeidirektion bedürfen, um eine spätere Zeit für die Reinigung festzusetzen.

Oberbürgermeister **Netemeyer**: Wir können überhaupt nicht von der in der Polizeiordnung festgesetzten Zeit abweichen, denn es handelt sich um Anwendung einer statutarischen Vorschrift. Ich möchte Herrn Frede anheimgeben, in solchen Fällen einmal etwas früher aufzustehen. Außerdem dauert es nicht eine halbe Stunde, um mit der Arbeit von der Haustür bis zur Straße zu kommen. Es könnte ja auch im Garten hinterher geschippt werden, wenn vorher die Straße gereinigt ist. Ein Vorteil ist auch für die Hausbesitzer bei der früheren Reinigung vorhanden: sie können den Schnee viel leichter fortchaffen, wenn sie darangehen, ehe er festgetreten ist.

Stadtv. **Meyerhoff**: Ich habe hier gelesen: „längs der betreffenden Grundstücke“ und „jedemfalls auf polizeiliche Erinnerung“. Ich habe mir das so ausgelegt: Wenn ein Hausbesitzer veräumt hat, den Fußweg vor seinem Grundstücke zu reinigen, oder er ist nicht dazu imstande gewesen, so wird die Polizei dabei nicht

gleich mit Strafmandaten vorgehen. Es gibt Hausbesitzer, die 6—8 Grundstücke zu versehen haben, und a tempo in einem Gange läßt sich dann die Reinigung nicht ausführen — es kommt meine Person in Frage, aber es kommen auch hundert andere in Frage, die niemand haben, der bis zu einer bestimmten Zeit die Wege reinigen kann. Es ist immer ein unangenehmer Weg, wenn man zur Polizei gehen und sich beschweren muß, auch wenn das Strafmandat zurückgezogen wird. Andere bezahlen ihre Strafe und sagen: „Du kommst mir so bald nicht wieder.“ Ich möchte von dieser Stelle aus den Wunsch aussprechen, daß die Polizei bei Anwendung dieses § 87 human vorgeht.

Die Versammlung erklärt sich mit der vorgeschlagenen Ausdehnung des § 87, 2 d einverstanden.

7. Beteiligung der Stadt an der Kriegshilfskasse.

Stadtv. **Lebbenjohanns:** Der braunschweigische Staat beabsichtigt, eine Kriegshilfskasse einzurichten, die den Zweck hat, im Herzogtum Braunschweig

1. den Angehörigen des gewerblichen oder landwirtschaftlichen Mittelstandes,
2. Personen, die andere selbständige Erwerbszweige geringeren Umfanges betreiben,
3. Eigentümern selbstbewohnter kleinerer städtischer oder ländlicher Grundstücke,
4. Angehörigen freier Berufsstände, insbesondere Rechtsanwälte, Ärzten, Zahnärzten, Künstlern, Kunstgewerbetreibenden, Privatlehrern, soweit sie infolge des Krieges, insbesondere infolge ihrer oder ihrer Angehörigen Einberufung zum Kriegsdienst oder Kriegshilfsdienst in Bedrängnis geraten sind, durch Gewährung von Darlehen zur Erhaltung oder Wiederherstellung ihrer wirtschaftlichen Selbständigkeit oder zur Erhaltung ihres Besitztums behilflich zu sein.

Der Staat wird dieser Kriegshilfskasse nach § 3 der Bestimmungen aus Staatsmitteln einen Betrag von 1 Million Mark überweisen, den die Kasse dem Staate mit jährlich 3 Prozent verzinsen soll.

Als Höchstgrenze der Darlehen ist der Betrag von 3000 M vorgesehen. Die Darlehen sind mit 4 v. H. zu verzinsen und regelmäßig in längstens 15 Jahren zu tilgen. Außerordentliche Abträge können jederzeit gezahlt werden.

Bedingung für die Gewährung des Darlehens ist (§ 5), daß die Kreis-kommunalverbände und die Stadt Braunschweig für die an den Staat gemäß § 3 abzuführenden Zinsen und für die Hälfte des Kapitalverlustes, der aus einer

etwaigen Nichtrückzahlung gewährter Darlehen entsteht, die Haftung übernehmen. Die andere Hälfte des Kapitalverlustes trägt der Staat.

Im § 6 heißt es: Von der Stadt Braunschweig werden die Anträge auf Bewilligung von Darlehen unmittelbar dem Vorstande der Kriegshilfskasse eingereicht.

Über die Bewilligung der Darlehen entscheidet der Vorstand der Kriegshilfskasse. Er kann Mitglieder der Berufsvertretungen (insbesondere der Handelskammer, Handwerkskammer, Landwirtschaftskammer) als zeitige oder ständige Mitglieder zuziehen. Vor der Entscheidung hat er sorgfältig zu prüfen, ob die Voraussetzungen für die Gewährung eines Darlehens vorliegen. Wegen des Gutachtens des betreffenden Kreiskommunalverbandes oder der Stadt Braunschweig dürfen Darlehen nicht bewilligt werden.

Hierzu sagt der Magistrat in seinem Schreiben an die Stadtverordneten: „Wir halten die geplante Einrichtung für durchaus zweckmäßig, finden gegen die einzelnen Verwaltungsvorschriften nichts zu erinnern und tragen keine Bedenken, die Beteiligung der Stadt an der Einrichtung gemäß § 5 der Bestimmungen zu empfehlen. Die Stadt würde darnach für die 4prozentigen Zinsen der hiesigen Einwohnern gewährten Darlehen und für die Hälfte eines etwaigen Kapitalverlustes solcher Darlehen aufzukommen, andererseits aber auch eine Anwartschaft auf Zuweisung eines Teilbetrages eines etwaigen Zinsüberschusses haben.“

Im Falle der Beteiligung der Stadt an der Kriegshilfskasse würden die Darlehensgesuche durch einen Ausschuß zu begutachten sein, dessen Mitglieder auf unseren Antrag von den Stadtverordneten zu wählen sind. Wir sind der Ansicht, daß drei Mitglieder genügen würden, möchten aber, da erfahrungsgemäß häufig Behinderungen eintreten, die Vermessung der Zahl der Mitglieder des Ausschusses auf fünf mit der Maßgabe empfehlen, daß

a) der Ausschuß beschlußfähig ist, wenn der Vorsitzende oder sein Stellvertreter und wenigstens zwei andere Mitglieder anwesend sind, und daß

b) in Eilfällen eine schriftliche Abstimmung im Wege des Umlaufs unter der Bedingung zugelassen wird, daß alle hier anwesenden Mitglieder dem Vorschlage des Vorsitzenden zustimmen.

Für die Beurteilung der einzelnen Anträge wird die Kenntnis oder Einsichtnahme der Steuerakten häufig von besonderem Werte sein. Wir halten daher für zweckmäßig, daß eines unserer Mitglieder mit dem Vorsteher und der geschäftlichen Behandlung der eingehenden Anträge betraut wird, und schlagen deshalb vor, den Ausschuß, wie folgt, zusammenzusetzen:

1. Stadtrat von Frankenberg, Vorsitzender, der im Behinderungsfalle durch den Stadtrat Mohr zu vertreten ist, 2. Stadtv. Munte, 3. Stadtv. Stein-

brecher, 4. Kaufmann Max Moser, Am Windmühlberg 4, 5. Rentner Sachse, Blücherstraße 4."

Der Magistrat beantragt sodann, der Beteiligung der Stadt an der Kriegshilfskasse zuzustimmen und die genannten Personen in den zu bildenden Kriegshilfskassenausschuß zu wählen.

Es findet sich in diesem Antrage eine kleine Unstimmigkeit, die darin besteht, daß in den Bestimmungen von einer Verzinsung seitens der Kasse von 3 Prozent gesprochen ist, während in dem Magistratschreiben die Zinsen, die die Stadt garantieren soll, mit 4 Prozent bemessen sind. Das stützt sich darauf, daß für die Verzinsung der Darlehen ein 4prozentiger Zinsfuß vorgesehen ist. Die Bestimmungen werden entsprechend geändert werden müssen, so daß es sich empfiehlt, daß wir dem Antrage, wie er vorliegt, zustimmen.

Die Versammlung stimmt gemäß dem Beschlusse der Finanzkommission den Vorschlägen des Magistrats zu.

8. Erlaß von Ortsvorschriften über die Einschränkung des Verbrauchs elektrischer Kraft.

Stadtv. Munte: Es handelt sich um ähnliche Vorschriften wie die für die Kohlenersparnis erlassenen, nur gehen diese darauf aus, elektrisches Licht und elektrische Kraft zu sparen. Wie Sie schon gehört haben werden, sollen auch dafür eine Anzahl Paragraphen erlassen werden. Hauptsächlich geht die Beratung darüber etwas schneller, zumal die ganzen Bestimmungen sehr milde gefaßt sind. Das dem Entwurf der Vorschriften beigegebene Schreiben des Stadtmagistrats weist darauf hin, daß am 2. November d. J. der Reichskommissar für die Kohlenverteilung eine Bekanntmachung über die Einschränkung des Verbrauchs elektrischer Arbeit erlassen hat. Gemäß dieser Bekanntmachung haben die Kommunalbehörden so bald wie möglich Ortsvorschriften über die Einschränkung und die zweckmäßige Verteilung des Verbrauchs elektrischer Arbeit im Einvernehmen mit dem zuständigen Vertrauensmann erlassen. Für den Kreis kommunalverband Braunschweig ist der Stadtmagistrat zum Erlaß dieser Ortsvorschriften bevollmächtigt. Nachdem sich der Stadtmagistrat mit dem Vertrauensmann unseres Bezirks, Herrn Direktor Salsfeld, in Verbindung gesetzt hat, sollen die nachher zur Beratung zu stellenden Ortsvorschriften erlassen werden. Bei der Wichtigkeit der Angelegenheit legt der Magistrat Wert darauf, auch im Einvernehmen mit der Stadtverordnetenversammlung vorzugehen, und ersucht deshalb die Versammlung, sich zu dem Entwurf g u t a c h t l i c h z u ä u ß e r n.

(Redner verliest § 1.)

Dieser Paragraph ist im Finanzausschuß angenommen.

Vorsigender: Ich nehme das Einverständnis der geehrten Herren an, wenn sich kein Widerspruch geltend macht. (Ohne Widerspruch.)

§ 2 bis 8 ohne weitere Besprechung.

Stadtv. **Munte** (verliest § 9 und gibt das Einverständnis des Finanzausschusses kund).

Stadtv. **Diedmann:** Ich weiß nicht, ob ich es überhört habe, aber ich vermisste in den Paragraphen eine Zulassung von Ausnahmen. Als Beispiel dafür möchte ich meinen Betrieb anführen und annehmen, ich bekäme auf einmal drei Waggon Vieh. Dann muß ich unbedingt in den Nachmittagsstunden arbeiten lassen, um das Quantum aufzuarbeiten, sonst würden erhebliche Mengen von kostbarem Fleisch verlorengehen. Für einen solchen Fall muß eine Ausnahme von den Bestimmungen vorgesehen sein, denn man kann unmöglich erst einen schriftlichen Antrag einreichen und warten, bis die Genehmigung kommt — bis dahin würde das Fleisch schon verdorben sein.

Stadtbaurat **Gebensleben:** Wir haben in den Bestimmungen einen besonderen Paragraphen, der nur von Ausnahmen redet. Es heißt in § 2: „Ausnahmen von der Verbrauchseinschränkung können widerruflich getroffen werden. Anträge sind an den Vertrauensmann zu richten.“ Es braucht sich Herr Diedmann in einem solchen Falle also nur mit Herrn Direktor Salfeld in Verbindung zu setzen — eine telefonische Unterredung wird genügen —, und dann wird er sofort die nötige Erlaubnis bekommen können.

Vorsigender: Ich nehme das Einverständnis der Versammlung mit der gesamten Vorlage an. (Ohne Widerspruch.)

Vorsigender: Wie ich schon bei Beginn der Verhandlungen mitgeteilt habe, ist auch eine Eingabe des Herrn Bernhard Stöcker, Lüthowstraße, eingegangen. Er ist nicht zufrieden mit der Beleuchtung dieser Straße und schreibt: „Die Bewohner der Lüthowstraße, die auch Anspruch darauf erheben dürften, noch zur Menschheit gezählt zu werden, verlangen keinerlei Bevorzugung, geben sich aber der Hoffnung hin, fernerhin nicht gegen die Bewohner anderer Straßen zurückgesetzt zu werden.“ Da diesem Wunsche nach Prüfung der Verhältnisse offenbar Rechnung getragen werden muß, so übergebe ich die Eingabe der Finanzkommission zur Vorberatung.

Es sind dann noch einige Anträge und Anfragen eingegangen, deren Behandlung wir aber heute der vorgerückten Zeit wegen wohl zurücksetzen müssen.

Nur die Anfragen, die sich auf die Weihnachtszeit beziehen, haben Eile. Ich frage, ob die Versammlung ihre Begründung noch anhören und die Sachen beraten will. Vielleicht haben die Herren die Güte, sich bei der Begründung ganz kurz zu fassen, so daß wir auch durch die etwa folgende Beantwortung der Anfragen nicht lange mehr aufgehalten werden.

Die Versammlung ist mit der Behandlung der Anfragen einverstanden.

9. Anfrage Steinbrecher über Austeilung von Mühlenfabrikaten usw. zu Weihnachten.

(In Verbindung damit die gleichartige Anfrage G e n z e n.)

Wortlaut der Anfragen j. S. 351.

Stadtv. **Steinbrecher** (zur Begründung): Es haben mich Arbeiter aus verschiedenen Betrieben gefragt, ob es nicht möglich sei, daß sie das Quantum an Mühlenfabrikaten und sonstigen städtischerseits auszugebenden Nahrungsmitteln, welches ihnen zustände, vor den Feiertagen bekommen könnten. Der Brotaufstrich ist zu Ende, und an Mehl fehlt es auch. Ähnlich liegt es bei den Nahrungsmitteln zur Weihnachtszeit für die Kinder. Es wäre mit Freude zu begrüßen, wenn etwas Keks oder Schokolade ausgegeben werden könnte. Das würde allseitig mit Freude begrüßt werden, denn es ist tatsächlich nichts Derartiges zu erhalten. Auch Zwieback, der früher auf Brotmarken ausgegeben wurde, gibt es nicht mehr. Ich möchte empfehlen, daß der Magistrat diesen Wünschen entgegenkäme.

Stadtrat **von Frantenberg**: Ich bin in der angenehmen Lage, auf diese Anfrage bejahend zu antworten. Morgen werden für jeden Einwohner 100 Gramm Erbsenmehl, Ackerbohnen oder Sago auf Lebensmittelmarke abgegeben werden; die Bekanntmachung dafür ist heute morgen ergangen. In der nächsten Woche wird auf jede Lebensmittelmarke 1 Pfund Weizen-, Roggen- oder Kartoffelmehl ausgegeben. Jeder Einwohner wird also in der nächsten Woche 1 Pfund Mehl, das sich zum Backen eignet, erhalten, außerdem 50 Gramm Graupen. Weiter wird kondensierte Milch zur Ausgabe gelangen, doch sind wir nicht in der Lage, Schokolade auszugeben, so gern wir den Wünschen unserer Jugend darnach entgegenkommen würden, denn sie steht uns nicht zur Verfügung. Es ist uns aber in der letzten Zeit die Nachricht geworden, daß uns an Keks, Biskuits und Salzbrezeln ein kleiner Posten aus ausländischem Mehl zukommen wird, allerdings nicht zu niedrigem Preise. Um aber den Kindern eine

Weihnachtsfreude zu bereiten, werden wir bemüht sein, diese Sachen noch in der nächsten Woche zur Verteilung zu bringen.

Stadtv. **Genzen** erklärt sich damit einverstanden, daß seine Anfrage damit als erledigt angesehen wird.

Der Vorsitzende schließt die öffentliche Sitzung.

Dauer der Sitzung von 4½—9½ Uhr.

1917/1918.

Nr. 9.

WR

Be r i c h t

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 31. Januar 1918.

Tagesordnung:

1. Antrag eines Einwohners auf bessere Beleuchtung der Bülhowsstraße Seite 428
2. Antrag Riefe auf Hintwirkung zur Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Gemeindevahlrechts und Antrag S t e g m a n n , betreffend Hintwirkung auf zeitgemäße Änderung der Städteordnung " 429
3. Bericht über die Verwaltung der städtischen Gas- und Wasserwerke, der Neustadtmühle und des Abwässerpumpwerks " 441
4. Neu Festsetzung der Normalmietpreise bei Einquartierungen " 445
5. Erhöhung des Zuschusses für ein Kinderergärtnerinnenseminar " 446
6. Ankauf eines Grundstücks an der Helmstedterstraße " 447
7. Gewährung eines besonderen Zuschusses an den Braunschweiger Frauenverein für die Abendfortbildungsschule " 448
8. Erlaß eines Statuts über die Anmeldung frei werdender Wohnungen " 449
9. Statut über die Beseitigung von Tierkadavern und Abschluß eines Vertrages mit der hiesigen Abdeckerei " 450
10. Abschluß eines Nachtragvertrages wegen Verarbeitung von Schlachtabfällen auf Futtermittel und dergleichen " 452
11. Annahme einer Säuglingsfürsorgeschwester " 454
12. Bereitstellung weiterer Mittel zur Ausbildung eines Blinden " 456

13. Beratung des Magistratschreibens über die Grundsätze für die Gewährung von Kriegsbeihilfen an die Beamten und Lehrer.	"	457
14. Instandsetzung der Direktorenwohnung im städtischen Schlachthause.	"	463
15. Richtlinien für das städtische Wohlfahrtsamt und Wahl von Vorstandsmitgliedern	"	464
Außer der Tagesordnung behandelt:		
16. Erhöhung des Gaspreises.	"	466
17. Errichtung eines Pfortnerhäuschens für das Schlachthausgrundstück	"	469
18. Bewilligung eines außerordentlichen Zuschusses für die Mädchenhorte.	"	470
19. Anfrage Riefe über Stellungnahme des Magistrats zu einem Mittellinienentwurf für den Mittellandkanal	"	471
20. Antrag Wesemeier auf Abänderung des Statuts, betreffend die Verwaltung der Feldmarksgemeinden.	"	472

Am Magistratsstische: die Herren Oberbürgermeister **Hettemeyer**, Bürgermeister **Meyer**, Stadträte **von Frankenberg**, **Mohr**, **Wagner**, Stadtbaurat **Gebensleben**, Oberamtsrichter **Meyer**.

Wegen Einberufung zum Kriegsdienste fehlen die Herren Stadtverordneten **Dr. Jasper**, **Ribbentrop**, **Steinede**, **Dr. Boge** und **Weichsel**. Außerdem fehlen entschuldigt die Herren Stadtverordneten **Bunge**, **Diedmann**, **Dr. Landauer**, **Loeschigt**, **Ohlendorf**, **Recter** und **Schulze**.

Vorsitzender Dr. Wolters: Ich eröffne die öffentliche Sitzung.

Eingegangen an die Stadtverordnetenversammlung ist ein Schreiben, unterzeichnet von Herrn Rudolf Cramer und Herrn Leutnant d. R. P. D. Gutzeit vom Infanterie-Regiment 603. Die Eingabe hat zum Inhalt die Errichtung eines Volkshauses, das umfassen soll ein Theatergebäude für Schauspiele, kleine Opern usw., in seinen Flügelgebäuden einen kleineren Saal für Veranstaltungen jeder Art, eine Bibliothek, Räumlichkeiten für Vorlesungen in der Art der freien Hochschulen, ein Restaurant mit Erholungsheim und Arbeitsräumen, und in seinem Rückfrontgebäude eine Schwimmhalle. Ich überweise die Eingabe der Finanz- und Baukommission zur Vorberatung; an den Magistrat ist ein gleiches Schreiben nicht eingegangen.

Sodann ist uns seitens des Magistrats zur Kenntnissnahme durch die Herren Stadtverordneten die Abschrift eines an die Direktion der Vereinigten Lichtspieltheater gerichteten Schreibens zugesandt, das folgenden Wortlaut hat:

„Den wiederholten Anträgen der Direktion der Lichtspieltheater hier entsprechend, sind wir in eine erneute Prüfung der Frage eingetreten, in welchem Umfange bei der Veranstaltung von Jugendvorstellungen eine Befreiung von der

Lichtspielsteuer zugestanden werden kann. Dabei ist zu berücksichtigen, daß wir nach § 1 des Lichtspielsteuerstatuts auf Antrag befugt sind, von der Lichtspielsteuer solche Vorstellungen für befreit zu erklären, die ausschließlich zu wissenschaftlichen, unterrichtlichen, künstlerischen oder erbaulichen Zwecken veranstaltet werden. Um durch einwandfreie Begutachtung von sachverständiger Seite festzustellen, ob diese Voraussetzungen in Ihrem Falle zutreffen, haben wir den Schuldirektor Dr. Appuhn hier um Äußerung ersucht. Seine am 8. d. Mts. ergangene Antwort — datiert ist das Schreiben des Magistrats vom 17. Dezember — spricht sich dahin aus, es müsse die Frage, ob die im Edison-Theater veranstalteten „Jugendvorstellungen“ ausschließlich unterrichtlichen, wissenschaftlichen, künstlerischen oder erbaulichen Zwecken dienen, verneinend beantwortet werden; jene Vorstellungen hätten neben einem unterhaltenden und erheiternden, auch einen belehrenden und erzieherischen Inhalt. Es sei das Bestreben des Ausschusses für Jugendpflege, in den Jugendvorstellungen möglichst solche Filme zur Vorführung gelangen zu lassen, von denen die Jugend bleibenden Gewinn habe, aber gerade die Beschaffung derartiger Filme sei seit Ausbruch des Krieges besonders erschwert. Wohl würden die hier in den Jugendvorstellungen vorzuführenden Filme von dem Vertreter des Ausschusses für Jugendpflege einer Vorprüfung unterzogen, jedoch handle es sich, wie die Verhältnisse augenblicklich liegen, bei den Prüfungen meist nur darum, Filme ungeeigneten oder gar anstößigen Inhalts auszuschließen.

Nach diesem für Sie ungünstigen Gutachten sehen wir uns außerstande, Ihren Wünschen und Anträgen wegen Befreiung der Jugendvorstellungen weiter als bisher geschehen entgegenzukommen. Wir wollen zwar in der bestimmten Annahme, daß Sie fortan alles aufbieten werden, um den unterrichtlichen und erzieherischen Inhalt der Jugendvorstellungen zu verstärken und zu erweitern, an der von uns zugestandenen Steuerfreiheit wöchentlich einer Jugendvorstellung festhalten, obgleich die Veranstaltung nachgewiesenermaßen nicht ausschließlich, sondern nur zum Teil unterrichtlichen Zwecken dient. Sie selbst haben dies übrigens in Ihrer gedruckt vorliegenden Eingabe vom 27. d. Mts. anerkannt, in der Sie wörtlich sagen: „Die Filme, die in diesen Vorstellungen zur Vorführung gelangen, sind nicht nur unterhaltenden und erheiternden, sondern auch belehrenden Inhalts . . . jeder einzelne Film wird vom Ausschuss für Jugendpflege vorher eingehend geprüft, so daß also diese Vorstellungen auch erzieherisch auf die Jugend einwirken.“

Das städtische Statut vom 20. September d. J. läßt es nicht zu, Ihnen unter diesen Umständen allwöchentlich die Veranstaltung von vier steuerfreien Jugendvorstellungen zu gestatten, ohne daß auf eine Prüfung der Frage eingegangen zu werden braucht, ob die Erhebung einer Steuer von 5 Pf. (bei einem Eintritts-

preise von 10 Pf., so daß sich die Eintrittskarte einschließlich der Steuer auf 15 Pf. stellt) tatsächlich einen bedeutenden Rückgang des Besuchs nach sich ziehen wird. Wir wiederholen unsere Aufforderung vom 20. vorigen Monats, genau und streng die geltenden Steuervorschriften zu beobachten. Wenn wir davon absehen, Sie wegen der Veranstaltung von vier (statt einer) Jugendvorstellung wöchentlich von Ende September bis Mitte November vorigen Jahres nachträglich zur Steuer heranzuziehen und zur Bestrafung anzuzeigen, so würden wir bei ferneren Zuwiderhandlungen gegen das städtische Statut und gegen unsere Anordnungen zu gleicher Nachsicht außerstande sein.

Abschriften dieses Schreibens haben wir den Herren Stadtverordneten, der Herzoglichen Polizeidirektion und dem stellvertretenden Königl. General-Kommando in Hannover zur gefälligen Kenntnisaufnahme mitgeteilt."

Sodann ist eingegangen eine Anfrage des Herrn K i e f e:

„Am 8. Januar d. J. hielt Herr Professor Franzius im hiesigen Architekten- und Ingenieurverein einen Vortrag über seinen neu ausgearbeiteten Entwurf einer Mittellinienführung zwischen Nord- und Südprojekt. In der Aussprache erklärte Herr Stadtbaurat Gebensleben, daß diese Mittellinie alle Anforderungen, die die Stadt Braunschweig an einen Kanal stellen müsse, erfüllen. Ist diese Erklärung persönlich oder im Auftrage des Magistrats gegeben? Darüber bittet um Aufklärung

H. Kiefe, im Auftrage des engeren Ausschusses
der südlichen Linie."

Nach Erledigung der Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wird Herr Kiefe diese Anfrage näher begründen.

1. Antrag eines Einwohners auf bessere Beleuchtung der Lützowstraße.

Stadtv. **Kiefe:** Ein Anwohner der Lützowstraße beklagt sich über die Dunkelheit, die jetzt während des Abends in der genannten Straße herrscht. Während an der Paulikirche drei oder vier Laternen brennen, liege die ganze Lützowstraße, sowie auch die an der Kaiser-Wilhelm-Straße der Lützowstraße gegenüber befindlichen Häuser in tiefster Finsternis. Die Bewohner der Lützowstraße, die auch Anspruch darauf erheben dürften, noch zur Menschheit gezählt zu werden, verlangten keinerlei Bevorzugung, geben sich aber der Hoffnung hin, fernerhin nicht gegen die Bewohner anderer Straßen zurückgesetzt zu werden. Ferner wird zur Begründung der Eingabe noch angeführt, daß die dunkeln Ecken der Lützowstraße in den Abendstunden jetzt mit Vorliebe von allerlei zweifelhaften Elementen aufgesucht werden, so daß es schon mehr als peinlich sei, eine solche Straße in den

Abendstunden zu betreten. Vergleichen dunkle Punkte, wie sie auf dieser Straße vorhanden sind, gibt es jetzt in unserer Stadt noch Hunderte. Da außer dieser Beschwerde noch viele andere beim Magistrat eingelaufen sind, so hat mich die Finanzkommission beauftragt, hier im Plenum zu beantragen, diese Beschwerde dem Magistrat zur Berücksichtigung zu überweisen.

Vorsitzender: Ich nehme an, daß die geehrten Herren mit dieser Erledigung des Antrages einverstanden sind. (Ohne Widerspruch.)

2. Antrag Kiefe auf Hinwirkung zur Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Gemeindewahlrechts und Antrag Stegmann, betreffend Hinwirkung auf zeitgemäße Aenderung der Städteordnung.

Wortlaut der Anträge:

Antrag K i e f e: „Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, in Gemeinschaft mit ihr an den Landtag und die Regierung eine Eingabe zu richten, in welcher die Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Gemeindewahlrechts nach dem System der Verhältniswahlen für alle über 20 Jahre alten Einwohner der Gemeinde ohne Unterschied des Geschlechts unter Aufhebung aller Vorrechte des Besitzes gefordert wird.“

Antrag S t e g m a n n: „Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, bei der Herzoglichen Landesregierung eine Aenderung der Städteordnung zu beantragen, wonach

1. alle das Bürgerrecht, die Wahlen der Stadtverordneten und die Wahlhandlung betreffenden Paragraphen aufgehoben werden und die Rechte und Pflichten der Stadtverordneten, sowie die Geschäftsordnung betreffenden Paragraphen eine zeitgemäße Aenderung erfahren,

2. zu den Stadtverordnetenwahlen das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht — nach der Verhältniswahl — für alle männlichen und weiblichen Einwohner vom vollendeten 20. Lebensjahre ab und das passive Wahlrecht vom vollendeten 25. Lebensjahre ab eingeführt wird.“

Vorsitzender (nachdem er den Antrag Kiefe verlesen hat): Ein ähnlicher Antrag wie der Antrag des Herrn Kiefe ist der Antrag des Herrn Stegmann, so daß zweckmäßigerweise die Beratung der beiden Anträge miteinander verbunden wird, damit nicht eine doppelte Beratung und Beschlußfassung stattfinden braucht. (Redner verliest den Antrag Stegmann.) Ich nehme an, daß die Herren damit einverstanden sind, daß die beiden Anträge miteinander verbunden behandelt

werden. Die Begründung der Anträge durch Herrn Kiefe und Herrn Stegmann wird dann unmittelbar hintereinander erfolgen.

Stadtv. **Kiefe** (zur Begründung seines Antrages): Vor nicht langer Zeit haben wir gelesen, daß eine Vorlage, betreffend das Landtagswahlrecht im Landtage zur Beratung kommen würde, und wohl ein jeder ist zu der Einsicht gekommen, daß eine solche Vorlage eingebracht werden mußte, denn wenn es in der Osterbotschaft des Kaisers in Berlin geheißen hat, daß kein Raum mehr für das Klassenwahlrecht in Preußen sei, dann gilt das mit derselben Berechtigung auch für die einzelnen Bundesstaaten. Bei dieser Gelegenheit ist es wohl passend, auf unser Gemeindevahlrecht zu sprechen zu kommen und darauf hinzuweisen, daß Zeit nicht zu verlieren ist, um zu erreichen, daß durch den Magistrat der Stadtverordnetenversammlung eine Vorlage eingebracht wird auf Einführung eines gerechten Wahlrechts auch für die Kommunen. Wenn wir in dieser Sache vorgehen, so sind wir nicht die einzigen, sondern es rührt sich in allen Städten, und das mit Recht. Gegenüber den Kriegern, die wir hinausgeschickt haben, unseren Söhnen und Enkeln, die für uns bluten und kämpfen und zum großen Teil nicht wiederkehren, ist es Pflicht derjenigen, die hier bleiben, dafür zu sorgen, daß die Zurückkehrenden bessere Verhältnisse vorfinden, und das kann nur geschehen, wenn durch das allgemeine, geheime, gleiche Wahlrecht ihnen die Vertretung ihrer Angelegenheiten in breiterem Maße gestattet ist. Es kann nicht angehen, daß man — wie es früher geschehen ist — Anstoß nimmt, diese Forderung zu erfüllen. Jahrzehntelang haben wir diesen Antrag gestellt, auch im Landtage. Dort stand man auf dem Standpunkte, daß es nicht nötig wäre, unsere Eingaben mit einer Antwort zu beehren. Man mußte erst auf Knigges „Umgang mit Menschen“ aufmerksam machen, damit sie uns überhaupt eine Antwort erteilten. Die Frage kam im Landtage endlich in Fluß, nachdem zwei städtische Abgeordnete, Hauswaldt und Blasius, sich dafür erklärt hatten. Aber wir haben auch gesehen, wie die Strömung jeweils war, und so steht es mit dem Landtagswahlrecht auch heute noch so, daß wir uns keiner großen Hoffnung hingeben, ein gerechtes Wahlrecht leicht hin zu erreichen, sondern daß uns noch manche Kämpfe bevorstehen. Denn der Kampf, der nun schon lange gedauert hat, muß erst jene Kreise davon überzeugen, daß sie nicht kleben bleiben sollen an den Vorrechten, die sie jahrhundertlang gehabt haben, wo sie dem Volke sein Recht vorenthalten haben. Alles dasjenige, was in den Zeiten, die für die Herrscher und für diejenigen, die die Gewalt in den Händen hatten, mißlich war, von ihnen angelobt wurde, ist niemals freiwillig gegeben; alles mußte erst durch Kampf erreicht werden. Wenn ich mich in Gedanken zurückversetze in die frühere Zeit und Ihnen vorführe, wie es früher hier war, wie die Wahlen zustande kamen, und welche Vertretung das arbeitende Volk in Braunschweig hatte, dann dürfen

Sie mir am ersten ein Urtheil darüber zutrauen, denn es war vor zwei Tagen 40 Jahre her, daß ich in diese Versammlung eintrat. Ich kam damals nicht in die Lage, auch nur einen einzigen von Ihnen hier begrüßen zu können. Das ist nicht Ihre Schuld, und auch meinerseits liegt kein Verdienst darin, sondern ich habe nur meine Schuldigkeit getan, die jeder auf dem Posten, wo er steht, zu tun hat. Die Verhältnisse waren derart, daß unter den 27 Stadtverordneten Direktoren und Kaufleute waren, der Exdemokrat Aronheim, zwei Handwerksmeister, aber von den Arbeitern nur meine Wenigkeit. Der ganze Steueretat betrug 250 000 Taler. Das Steuersystem war noch nach dem Verhältnis der steigenden Progression von 1 : 4 geregelt, d. h. derjenige, der 30 000—50 000 Taler Einkommen hatte, war in bezug auf Steuerzahlung nur viermal stärker herangezogen als das Nähmädchen oder die Plätterin, die nur 120 Taler Einkommen im Jahre hatten. Es wurde dann eine Kommission gewählt, die eine neue Steuertabelle ausgearbeitet hat, die auch in Kraft getreten ist. Wenn ich nicht sehr irre, ging das Verhältnis von 1 : 6, und dieses Verhältnis besteht noch heute. Daß es aber ein gerechtes Verhältnis ist und die Einkommen so erfaßt, wie sie erfaßt werden müßten, trifft nicht zu, und daß es für die Heranziehung der Millionen Kriegsgewinne ganz und gar nicht ausreicht, wird auch jedem einzelnen von Ihnen klar sein. Wie waren die Schulverhältnisse? In einer Klasse saßen 120—130 Kinder, es war nicht einmal für alle Sitzgelegenheit gegeben. Es gab überhaupt nur 5—6 städtische Anstalten, die Anspruch machen konnten, als Gebäude einer Schule im rechten Sinne zu gelten. Damit war der Anlaß zu dem Antrage des Herrn Stadtv. Dr. Neß gegeben, mehr Schulen zu bauen, und es wurde der Beschluß gezeitigt, daß nicht mehr als 50 Kinder in eine Klasse gehen sollten. Dann haben wir 18- bis 21klassige Schulen gebaut, beinahe alle zwei Jahre eine neue, bis wir den Zustand erreicht haben, wie er heute ist. Ich muß zugeben, daß manches heute besser da steht, als es damals gewesen ist; ein Fortschritt ist zu verzeichnen, aber meiner Überzeugung nach keineswegs in dem Maße, wie er einer Großstadt würdig ist. Auf dem Gebiete der Schulreform z. B. ist so gut wie nichts geschehen. Die Standeschulen sind besser ausgebaut, aber vom Prinzip der Einheitsschule sind wir heute noch genau so weit entfernt wie damals. Auch auf anderen Gebieten vermiße ich den Fortschritt, und so ist es notwendig, daß durch ein besseres Wahlrecht eine bessere Vertretung der Einwohnerschaft erzielt wird, damit bessere Zustände eintreten. Unsere Kollegen und auch andere Gesellschaftsklassen in Magdeburg haben die Frage des Gemeindewahlrechts in Fluß gebracht, und es ist ihnen zugesagt, daß der Stadtmagistrat sich deswegen an die Regierung wenden will. In Frankfurt am Main, wo die Zusammenfügung der Stadtverordnetenversammlung eine fortschrittliche ist, hat man einstimmig beschlossen, das allgemeine gleiche Gemeindewahlrecht einzuführen. In Wien hat man wohl am besten die große Zeit, in der wir leben, verstanden.

Dort ist den Arbeitern auf ihren Antrag — der allerdings durch Demonstrationen bekräftigt werden mußte, wie es wohl auch hier noch geschehen wird — zugestanden, daß ein Teil der Beschränkungen bei der Wahl fallen soll, und andererseits haben sie Versprechungen auf das allgemeine gleiche Wahlrecht erhalten. In Bielefeld ist das gleiche geschehen; auch dort haben die Arbeiter durch kräftige Demonstration nachgeholfen. In Köln, der Hochburg des Zentrums, ist ein Majoritätsbeschuß zustande gekommen, das allgemeine gleiche Wahlrecht einzuführen, und dafür ist eine Wahlrechtskommission gewählt.

Nur wird uns verschiedentlich der Einwurf entgegengehalten, warum wir es so eilig haben und uns nicht auf die Zeit nach dem Kriege vertrösten lassen wollen. Dazu meine ich, daß die Arbeiter wohl allen Grund haben, in dieser Hinsicht mißtrauisch zu sein und zu befürchten, sie könnten mit Kleinigkeiten wieder abgefunden werden, wie es in früheren Jahrzehnten geschehen ist nach dem Worte: Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehn. Jetzt ist das Eisen heiß, jetzt muß es geschmiedet werden. Unsere Söhne und Verwandten, die im Kriege verbluten, von denen ein großer Teil niemals wiederkehren wird, würden es uns als eine Pflichtverletzung vorwerfen, wenn wir, die wir hier geblieben sind, nicht dafür eingetreten wären, daß auch sie mehr Anteil an der Gesetzgebung der Kommune nehmen können.

Ferner nimmt man Anstoß daran, daß man den Frauen das allgemeine Wahlrecht geben will. Wenn wir aber unsere Frauen ansehen, wie sie dastehen, solange der Krieg dauert, wie sie die Straße durch ihr Herumstehen befränzen, um Nahrungsmittel heranzukriegen, die lange nicht in dem Maße verteilt werden, leider ja auch bei der Knappheit, wie sie besteht, nicht verteilt werden können, wenn wir bedenken, daß sie auch die schweren Aufgaben, die ihnen aufgelegt werden, voll erfüllen, daß sie graben und pflanzen, auch in groben und in den größten Betrieben, wie sonst die Männer getan haben, dann müssen wir ihnen das Wahlrecht zugestehen. Schon vor dem Kriege war es unbegründet, den Hausfrauen das Wahlrecht zu verweigern, heute, wo die Frauen die schwersten Lasten mit zu tragen haben, und wo sie dem Manne gleichwertige Arbeiten verrichten, wäre es ein Verbrechen, wenn man ihnen das Wahlrecht verkümmern wollte. Dieses Vorrecht der Männer, das Wahlrecht auszuüben, das bis dahin gegolten hat, kann nicht weiter bestehen bleiben, und man müßte sich schämen, wenn man in dieser Hinsicht noch Einwürfe gegen das Stimmrecht der Frauen vorbringen wollte.

Wir sind fest davon überzeugt, daß wir nach dem Kriege auch in der Gemeinde große Aufgaben zu erfüllen haben werden. Es gehören dazu die Abtragung der Schuldenlast, die Erledigung der Bahnhoffrage, die Eingemeindungsfrage, die Kanalfrage und alle diejenigen Dinge, die innerhalb der Aufgaben größerer Kommunen liegen, und dazu ist es nötig, das Volk zu erziehen, daß es regen Anteil an

dem Gemeinwohl nimm. Das wird durch das allgemeine gleiche Wahlrecht gefördert und gestärkt, bei dem jedem Gelegenheit gegeben wird, nicht nur mitzuraten, sondern auch mitzutaten. Soll Braunschweig einer Großstadt würdig sein, so ist noch viel zu wünschen übrig. Ich bin fest überzeugt: je eher wir das allgemeine Wahlrecht erhalten, um so eher wird die allgemeine Unzufriedenheit, die hauptsächlich durch die Ernährungsfrage heraufbeschworen wird, gebannt. Dadurch, daß das Volk die Wahrnehmung macht, daß es in jeder Beziehung nicht allein seine Schuldigkeit zu tun hat, sondern daß es auch, wo es seine Söhne zu opfern hat, wie jeder andere Stand zu seinem Rechte kommt, wird es nicht weiter in Erbitterung leben, wie es heute der Fall ist. Nur infolge der schlechten Ernährung und infolge der Rechtlosigkeit, in die sich die Arbeiter verjezt fühlen, gleichviel, ob es Friede ist oder nicht, herrscht die Unzufriedenheit unter den Arbeitern, und dem würde die Spitze abgebrochen, wenn man sich entschloße, das allgemeine und gleiche Wahlrecht den Arbeitern zuzugestehen. Wenn in dieser Weise vorgegangen wird, wenn Braunschweig seine Schuldigkeit tut und der Magistrat gemeinsam mit der Stadtverordnetenversammlung das allgemeine gleiche Wahlrecht erstrebt, dann können wir weiterkommen. Aber die Zeit drängt, denn nach dem Frieden ist auf den guten Willen nicht mehr zu trauen. Es ist vorher am Platze, ein solches Versprechen zu erfüllen, wo es gegeben ist, und wo es nicht gegeben ist, soll man aus freiem Antriebe dazu kommen. Wir sehen, wie in Berlin an der Wahlrechtsfrage nicht gearbeitet wird, sondern wie man nur zur Verschleppung der ganzen Frage tätig ist. Der Widerstand, wie er in Berlin in der Form von Zünkern nzw., die an der Gesetzgebung teilnehmen, geleistet wird, ist nicht minder auch hier bei uns zu finden, und diese Widerstände sind zu brechen.

Ich bemerke noch, daß ich die Dringlichkeit meines Antrages befürwortet habe. Ich bitte Sie, dazu Stellung zu nehmen und dem Antrage einmütig Ihre Zustimmung zu geben, so daß wir ein besseres Wahlrecht der Allgemeinheit erhalten.

Stadtv. **Stegmann** (zur Begründung): Der Antrag, den ich eingebracht habe, dürfte jedenfalls bei niemandem von Ihnen Überraschung hervorgerufen haben. Nachdem seit Jahr und Tag von der Regierung, und zwar von höchster Stelle aus, von den politischen Parteien und in der Presse über die „Neuorientierung“ geredet und geschrieben worden ist — allerdings ist es in der letzten Zeit darüber merkwürdig still geworden —, ist es an der Zeit, daß endlich davon etwas gemerkt wird. Wenn gesagt werden sollte, es sei verfrüht, mit der Einführung des allgemeinen gleichen Gemeindevahlrechts vorzugehen, daß erst das allgemeine gleiche Wahlrecht für die Bundesstaaten vorweggehen müsse, so sage ich, daß man auf den Landtag nicht warten und auch kein Vertrauen darauf legen kann. Seit der großen Wahlrechtsbewegung sind jetzt acht Jahre ins Land gegangen, Zeit genug

hat also der Landtag und die braunschweigische Regierung gehabt, aber es ist nichts geborden. Wenn bei uns nicht Druck dahintergesetzt wird, dann wird Preußen wohl vorangehen, aber Braunschweig kommt nicht nach. Allerdings wünschen wir, daß das gleiche Landtagswahlrecht errungen wird, daneben aber ist das Gemeindevahlrecht ebenso wichtig, und auf diesem Gebiete müssen wir hier vorgehen, da es uns am nächsten liegt.

Die gesetzlichen Bestimmungen über das Kommunalwahlrecht und über die Wahlen sind in der Städteordnung enthalten, und deshalb beantrage ich, daß alle die betreffenden Paragraphen der Städteordnung gestrichen und durch neue ersetzt werden, und daß die Bestimmungen, die von den Rechten und Pflichten der Stadtverordneten handeln, einer Revision im fortschrittlichen Sinne unterzogen werden. Auf das letztere lege ich nicht den größten Wert und will dazu eben auch weiter nichts ausführen. Den Hauptwert lege ich auf die Änderung des Wahlrechts.

Die Vorbedingung des Gemeindevahlrechts ist der Besitz des Bürgerrechtes und der Staatsangehörigkeit. Außerdem ist das Wahlrecht an einen Zensus gebunden, so daß die Wähler in drei Klassen eingeteilt sind. Was die Vorschrift über die Staatsangehörigkeit betrifft, so bin ich der Meinung, daß diese Einrichtung tatsächlich zu dem einigen deutschen Reiche paßt wie die Faust aufs Auge. Schon längst hätte sie einer fortschrittlichen Reform weichen müssen, aber die dahin gehenden Versuche, die vor einigen Jahren im Reichstage gemacht wurden, sind leider fehlgeschlagen. Die Staatsangehörigkeit als Vorbedingung zum Wahlrechte ist ein Stück vom alten Partikularismus und bedeutet weiter nichts, als Scherereien zu machen und den Fortschritt aufzuhalten. Wir hier in Braunschweig wohnen im Herzen Deutschlands und können alle paar Stunden eine andere Grenze passieren. Wer nur ein paar Stunden entfernt gewohnt hat und nach Braunschweig verzicht, wird als Ausländer behandelt; auch wenn er seine Pflichten sonst erfüllt hat, darf er nicht mitwählen. Wer hierher zieht, muß zwar sofort seine Steuern hier bezahlen, aber in bezug auf die Wahlen zum Landtag und zur Gemeindevertretung ist er rechtlos. Das sind doch Zustände, die nicht in unsere Zeit hineinpassen.

Was das Bürgerrecht betrifft, so ist wiederholt von unserer Seite der Versuch gemacht worden, diese Einrichtung abzuschaffen, oder sie mindestens zu modernisieren. Das Bürgerrecht stammt aus dem Mittelalter und gehört schon längst in die politische Kumpelskammer. Im Mittelalter, als die Städte eine Wirtschaftseinheit bildeten, hatte es seine Berechtigung. Von den Städten wurde den Handwerkern Schutz geboten und ihnen Vorrechte gewährt, die die Konkurrenz ausschlossen. Über diejenigen, die zuzogen und sich der Hörigkeit zu entziehen suchten, mußte erst festgestellt werden, ob sie gute Bürger der Stadt wurden; sie mußten,

um die Rechte und den Schutz der Bürger zu genießen, eine Gebühr bezahlen. Heute hat das doch keinen Sinn mehr. Die Stadtmauern und die Schlagbäume sind längst gefallen, die Städte bilden keine wirtschaftlichen Einheiten mehr. Die Entwicklung hat nicht an den Stadt- und Landesgrenzen, ebensowenig an nationalen Grenzen haltgemacht,; heute haben wir eine Weltwirtschaft, was uns durch den Krieg ganz besonders zu Gemüte geführt wird. Wir sehen in Braunschweig die alten Patrizierhäuser und die schönen und wertvollen anderen Gebäude aus dem Mittelalter in unsere moderne Zeit hineinragen und freuen uns darüber. In demselben Maße ragt das mittelalterliche Bürgerrecht Ruinen gleich in unsere Zeit hinein, aber darüber können wir uns durchaus nicht freuen. Wozu wird diese Einrichtung des Bürgerrechts noch aufrechterhalten? Es ist kein vernünftiger Grund dafür anzugeben. Der einzige Zweck ist, daß derjenige, der das Wahlrecht haben will, noch extra es erkaufen muß. Ein Hintergedanke ist, damit eine Menge Leute durch Geldausgaben und Schereereien von der Erwerbung der Staatsangehörigkeit und des Bürgerrechts abzuhalten und vom Wahlrecht auszuschließen.

In betreff des Zensus, wonach die Wähler in drei Klassen eingeteilt werden, wollte ich nachsehen, wie sich die Zahl der Wähler in den drei Klassen stellt. Ich bin nicht dazu gekommen, aber ungefähr ist es so, daß 250 Wählern der ersten Klasse 2000—2500 Wähler der zweiten Klasse und etwa 11 000 Wähler der dritten Klasse gegenüberstehen. Daraus sieht man, wie ungeheuer das Unrecht ist, das hierdurch entsteht. Die beiden ersten Klassen, die kaum 3000 Wähler umfassen, haben für diese Versammlung noch einmal soviel Abgeordnete zu wählen wie die 11 000 Wähler der dritten Klasse. Das ist ein himmelschreiendes Unrecht, das beseitigt werden muß. Wenn früher immer bei derartigen Besprechungen wie die heutige der Einwand geltend gemacht worden ist, daß diejenigen mehr Rechte haben müßten, die eine höhere Leistung für die Stadt aufbrächten — d. h. eine höhere Geldgistung —, so ist das ein verkehrter Standpunkt. Ist es vielleicht ein Verdienst derjenigen, deren Wiege im Palast gestanden hat, gegenüber denen, die in der Hütte geboren sind? Oder müssen diejenigen, die durch Glücksumstände zu Vermögen gelangt sind, mehr politische Rechte besitzen? Dabei kommt es nicht einmal darauf an, wie das Geld erworben ist. Nicht die Persönlichkeit ist es, die hier entscheidet, sondern die Größe des Geldbeutels entscheidet über die Größe des Wahlrechts. Es kommt nicht darauf an, ob das Geld durch Spekulation, durch Betrug erworben ist, ob der Betreffende mit dem Armel das Zuchthaus gestreift hat und das Vermögen auf unmoralische Weise erworben ist. Es gibt Leute in unserer Stadt, die Häuser in einer gewissen Straße besitzen und so aus der Unmoralität großen Gewinn einheimfen und Wähler der ersten Klasse sind, während hochgebildete Leute in der dritten Klasse zu wählen haben. Soll ich noch hinweisen auf die jetzigen Kriegsgewinne, wo das Volk bis aufs Blut ausgewuchert wird?

Es sind Menschen dabei, von denen man wünschen könnte, daß sie am ersten besten Laternenpfahl aufgehängt würden, die aber durch den Krieg zu Millionären geworden sind und nach dem Kriege in der ersten Klasse wählen werden. Die übrigen Wähler sind denen gegenüber Pariaas. Nehmen Sie ferner den Fall, daß ein Unternehmer viele Arbeiter hat, die er für sich arbeiten läßt, und den Gewinn einheimst. Hat der Mann ein besonderes Verdienst? Die Arbeiter erwerben ihm stündlich und täglich das Geld, und er hat dafür das größere Wahlrecht. Das sind Ungerechtigkeiten, die beseitigt werden müssen. Jeder, soweit er das Existenzminimum verdient, muß Steuern bezahlen, und auch der Ärmste, auch der, der Armenunterstützung bekommt, trägt durch die vielen indirekten Steuern zur Erhaltung des Reiches bei, und Sie wissen, daß bei dem indirekten Steuersystem, weil dabei die Steuer als Kopfsteuer wirkt, die Ärmsten, weil sie meist die stärkste Familie haben, am schwersten belastet sind. Wer das Existenzminimum in seinem Einkommen nicht erreicht, ist in Braunschweig, was den Landtag und die Gemeindevertretung betrifft, vom Wahlrecht ausgeschlossen; er wird dafür, daß er arm ist, noch bestraft, und die übrigen werden in mehrere Klassen eingeteilt, so daß die meisten in der dritten Klasse bleiben. Ein jeder, auch derjenige, der kaum so viel verdient, daß er sich kümmerlich durchschlagen kann, muß Gemeindesteuern bezahlen. Die paar Mark sind für die wenig Verdienenden ein größeres Opfer, als wenn andere tausende bezahlen. Für einen Mann, der 100 000 *M* und mehr Einkommen hat, ist es nur ein Trinkgeld, wenn er einige tausend Mark Steuern bezahlen muß. Der Arbeiter, der 5—10 *M* Steuern von seinem ärmeligen Verdienst zahlen muß, die er sich vom Munde abspart, bringt damit ein größeres Opfer für die Allgemeinheit.

Mit dieser Kennzeichnung des Klassenwahlrechts ist der Weg gegeben, den wir gehen müssen: das Wahlrecht, das bisher bestanden hat, das den Armen bestraft und den Besitzenden belohnt, muß beseitigt werden. Was an seine Stelle gesetzt werden soll, ist selbstverständlich. Wer Pflichten hat, soll auch Rechte haben, und da die große Masse mindestens die gleichen Pflichten hat, so muß sie mindestens auch das gleiche Recht haben. Ich brauche deswegen nicht viele Worte zu machen und will Sie nur verweisen auf die Wahlrechtsvorlage der preussischen Regierung. Dort heißt es, der Krieg führe zu einer Änderung der Grundlagen der Verfassung, und wörtlich: „Nicht um eine Belohnung des Volkes für die dargebrachten Opfer und die staatsstreu Haltung kann es sich dabei handeln; es handelt sich vielmehr um einen Akt des Vertrauens in das Volk, das in den schweren Schicksalen des Krieges seine Reife erwiesen hat. Das ist die alleinige ethische Begründung für den Schritt, der mit der Einräumung des gleichen Wahlrechts zum Haupte der Abgeordneten erfolgt.“

Dann wird ausgeführt, die Fähigkeit des Volkes zu erweiterter Mitarbeit sei im Kriege so deutlich offenbar geworden, daß darauf die E i n r ä u m u n g des unmittelbaren gleichen und geheimen Wahlrechts unabwiesbar geworden sei. Wörtlich wird hinzugefügt: „Die Gründe, die in den vergangenen Friedensjahren von der Staatsregierung und großen Parteien gegen das gleiche Wahlrecht geltend gemacht worden sind, sind durch die Lehren und Erfahrungen des Krieges überholt.“

Und nun gestatten Sie mir noch einiges aus der Begründung der Vorlage zu verlesen: „Das Dreiklassenwahlrecht hielt die Mitwirkung der minderbemittelten breiten Volksmassen an den Staatsgeschäften in engen Grenzen zugunsten eines starken politischen Einflusses der zahlenmäßig schwächeren bemittelten Volksklassen. Das gleiche Wahlrecht legt das volle Gewicht politischen Einflusses, wie er in den Wahlen zum Abgeordnetenhaus verwirklicht wird, auch in die Hände der minderbemittelten Volksschichten, die in ihrer zahlenmäßigen Überlegenheit damit zu einer entsprechend fräftigeren Einwirkung auf die Gesetzgebung im Staate gelangen. - Der an sich nicht unberechtigte Grundjah, daß die politischen Rechte im Staat nach den Leistungen für den Staat bemessen werden sollen, ist oftmals für die Aufrechterhaltung des Dreiklassenwahlrechts geltend gemacht worden, wiewohl seit der Einführung dieses Wahlrechts je länger je weniger ausschließlich und einseitig die Zahlung der direkten Steuern zum Maßstab der öffentlichen Leistungen überhaupt genommen werden konnte. Im gegenwärtigen Zeitpunkt führt gerade die Anerkennung jenes Grundjahes mit Notwendigkeit zur Einführung des gleichen Wahlrechts. Die Jahre dieses Krieges haben von jedem Staatsbürger Leistungen gefordert, denen gegenüber quantitativ wie qualitativ jeder Versuch der Abstufung, der unterschiedlichen Bewertung verlagen muß. Die Härten des Wirtschaftskrieges haben die gesamte Bevölkerung ohne Ausnahme betroffen, der Lebenshaltung eines jeden so fühlbare Opfer und Entbehrungen auferlegt, daß die Steuerzahlungen sowohl an objektivem Wert für den Staat wie auch an subjektivem Wert für die individuelle Leistung gegenüber den Lasten und Leistungen gerade auf wirtschaftlichem Gebiet zurücktreten. Staat und Reich haben zur Kriegszeit restlos die Kraft und den Willen jedes einzelnen für die öffentlichen, die vaterländischen Zwecke ohne Unterschied und ohne jede Rücksicht auf physische und wirtschaftliche Beeinträchtigung in Anspruch nehmen müssen. Der öffentliche Wert dieser allgemeinen Arbeitsleistungen und Opfer gestattet überhaupt keinerlei urteilende Bemessung. Hoch darüber stehen, jedem Maße entrückt, die Verluste kostbaren Menschenlebens, die unterschiedslos unheilbares Leid auf arm und reich gelegt haben. Das dem Vaterlande geflossene Blut, diese letzte und höchste Leistung, die der Staat vom Bürger fordert, ist größten unmeßbaren Wertes. Die preußischen Männer, die es auf dem Felde der Ehre vergossen, haben Zeugnis ab-

gelegt dafür, daß die dem Staate gebrachten Opfer aller Bürger eines gleichen Wertes sind, daß der Staat auf den Unterschied öffentlicher Geldleistungen künftig Abstrufungen der politischen Rechte nicht mehr gründen kann. Der gute preußische Grundsatz, daß die Leistung für den Staat den Rechten im Staat das Maß setzen soll, tritt heute dem gleichen Wahlrecht zur Seite."

Diesen Worten brauche ich wohl kaum etwas hinzuzufügen.

Wenn ich in meinem Antrage ausgeführt habe, daß das aktive Wahlrecht vom vollendeten 20. Lebensjahre ab zugestanden werden soll, statt bisher vom 25. Lebensjahre ab, so ist diese Stellungnahme eigentlich selbstverständlich. Dennoch möchte ich einige Worte zur Begründung sagen. Die große Masse der jugendlichen Bevölkerung muß vom 14. Lebensjahre ab den Kampf ums Dasein aufnehmen. Schon lange vor dem 20. Lebensjahre, auch wenn sie zum Teil noch bei ihren Eltern wohnen, werden die jungen Leute selbständig, müssen Steuern und Lasten tragen. Vom 20. Lebensjahre ab müssen sie ihr Leben in die Schanze schlagen, Gut und Blut für die Allgemeinheit opfern. Jetzt sogar, wie Sie wissen, vom 18. Lebensjahre ab. Sie müssen für Reich, Staat und Gemeinde die Lasten tragen helfen, sind den Strafgesetzen genau so unterworfen wie die über 25 Jahre alten Personen, so daß kein Grund vorliegt, sie länger von dem Wählerrecht auszuschließen. Wenn wir bedenken, daß fürstliche Personen für befähigt gehalten werden, vom 18. Lebensjahre ab große Völker zu regieren — wobei sie selbstverständlich ihre Minister zur Seite haben —, so ist es unverständlich, daß man dem gewöhnlichen Sterblichen vom 20. bis 25. Lebensjahre nicht zutraut, selbst über seine Interessen entscheiden zu können. Ich weise ferner darauf hin, daß in England neuerdings das allgemeine Wahlrecht vom 21. Lebensjahre ab eingeführt ist, und daß die Soldaten es dort vom 19. Lebensjahre ab bekommen. Für das passive Wahlrecht habe ich, wie es bisher war, in meinem Antrage das 25. Lebensjahr bestehen lassen.

Ich habe nun nur noch ein paar Worte über das Frauenwahlrecht zu sagen. Es ist schon längst als Ungerechtigkeit erkannt — nicht erst der Krieg hat das zum Bewußtsein gebracht —, daß die größere Hälfte der Bevölkerung, das weibliche Geschlecht, von allen politischen Rechten ausgeschlossen war. Schon lange Zeit hat das weibliche Geschlecht seine Tätigkeit nutzbringend für die Allgemeinheit entfalten müssen. Die Zahl der berufstätigen Frauen stieg auch schon vor dem Kriege von Jahr zu Jahr in allen Berufen. Das schöne Dichterwort: „Ehret die Frauen, sie flechten und weben himmlische Rosen ins irdische Leben“ ist längst zu einem Märchen geworden, und wenn jemand heute sagen wollte: „Die Frau gehört ins Haus“, so scheint er von unseren ganzen sozialen Verhältnissen keine Ahnung zu haben. Schon vor dem Kriege waren es ganze Heere von Frauen, die berufstätig

sein mußten, und die ihre Familie ganz oder zum Teil ernähren mußten. Jetzt im Augenblick sind mehr Frauen als Männer berufstätig. Es wäre eine Ungerechtigkeit, ihnen die politischen Rechte länger zu entziehen. Auch wenn die Frauen nicht berufsmäßig tätig sind, ist ihre Hausfrauentätigkeit keine Kleinigkeit, namentlich, wenn viele Kinder vorhanden sind, und wenn den Frauen bei der Versorgung der häuslichen Geschäfte keine Hilfe geboten wird. Es kommt noch dazu, daß die Frau, die man für minderwertig hält, dieselben Steuerlasten zu tragen hat, daß sie denselben Strafgesetzen unterstellt ist. Sie hat das Recht, auf das Schaffot zu steigen, aber nicht auf die Rednertribüne. Wenn früher gesagt ist, daß die Männer ihr Blut opfern müssen, wovon die Frauen ausgeschlossen seien, und daß sie deshalb das Vorrecht hätten, das Wahlrecht und andere politische Rechte zu bekommen, so ist das unangebracht. Man sollte nicht vergessen, daß die Leiden der Mutterschaft von nicht zu unterschätzender Bedeutung sind. Das wird immer zu wenig beachtet. Nachdem in neuerer Zeit der Geburtenrückgang stärker in Erscheinung getreten ist und der Krieg dazugetreten ist, sollte die Frau erst recht zur Anerkennung kommen. Ich weise ferner darauf hin, daß alljährlich in Deutschland mehrere tausend Frauen bei dem Geburtsakt oder infolge der Geburt eines Kindes ihr Leben lassen müssen. Das wiegt wohl auf, daß die Männer im Felde ihr Blut vergießen. Ich bin der Meinung, daß das bisherige Privilegium der Männer unter keinen Umständen aufrechterhalten werden kann, besonders jetzt nicht, wo die Frauen auch die schwersten Arbeiten mit verrichten müssen. Wir sehen Frauen in allen Fabriken, im Dienst der Eisenbahn und der elektrischen Straßenbahn, im Postdienst, kurz es gibt keinen Beruf mehr, wo sie nicht tätig sind. Auch nach dem Kriege wird die Frauenarbeit nicht wieder auf das Maß zurückgedämmt werden, auf dem sie früher gestanden hat.

Noch eins wird von den Männern, die sich als Herren der Schöpfung betrachten, angeführt: Die Frau gehöre ins Haus und nicht ins öffentliche Leben, weil sie geistig minderwertig sei. Es wäre eine Beleidigung der Frauen, wenn man heute diese Ansicht noch aufrechterhalten wollte. Wenn es tatsächlich der Fall ist, daß Mädchen gegenüber dem männlichen Geschlecht zurückgeblieben sind, so liegt das nicht daran, daß die Mädchen geistig minderwertig sind. Von Professoren ist allerdings ausgeführt, daß das Gehirn der Frauen kleiner sei als das Gehirn der Männer, aber es wird dabei vergessen, daß im allgemeinen das Körpergewicht der Frauen geringer ist als das der Männer. Tausende von intelligenten Frauen gibt es, die manchen Pinzel von Mann beschämen. Wenn tatsächlich die Mädchen in geistiger Beziehung zurückbleiben, so liegt das an der Erziehung. Bis in die höchsten Kreise hinein hält man vielfach an der Meinung fest, daß die Mädchen nicht so viel zu lernen brauchen als die Jungen. So gibt es keinen Grund, der dagegen spricht, das Wahlrecht den Frauen zuzugestehen.

Nun noch ein paar Worte über die Verhältnismahl. Die jetzige Wahl ist eine Majoritätswahl, bei der die Minderheit, und fehlte ihr an dem Siege auch nur eine Stimme, vollständig von der politischen Betätigung ausgeschlossen war. Es ist nötig, wenn einmal reformiert wird, daß gründlich reformiert wird, daß alle Parteien, je nach der Zahl der Stimmen, die sie aufbringen, eine proportionale Vertretung in den betreffenden Körperschaften erhalten.

Ich möchte noch darauf hinweisen, daß in einer ganzen Anzahl von Städten bereits der Antrag auf Einführung solcher Wahlen, wie ich sie beantrage, einstimmig angenommen ist, so daß ich hoffe, daß Sie meinem Antrage Ihre Unterstützung zuteil werden lassen. Ich bitte Sie, wenn es möglich ist, den Antrag als dringlich heute zu beraten und ihn anzunehmen. Sollte er heute nicht zur Beratung kommen und erst an die Kommission gehen, dann hoffe ich, daß aus der Kommission in der nächsten Sitzung der Antrag hervorgeht, einstimmig meinem Antrage zuzustimmen.

Vorsitzender: Herr Niese hat für seinen Antrag die sofortige Beratung beantragt, während Herr Stegmann diesen Wunsch nur bedingungsweise geäußert hat. Es ist selbstverständlich möglich, wie wir auch eine Behandlung der Anträge zulassen, daß auch die Anträge sofort beraten werden. Ich möchte aber davor warnen, eine so wichtige Angelegenheit, wie diese Anträge behandeln, ohne vorherige Kommissionsberatung zur Besprechung zu bringen. Der Beschluß darüber steht aber der Versammlung frei.

Für sofortige Beratung stimmt nur die Minderheit.

Der Vorsitzende nimmt an, daß die Anträge als solche aus der Versammlung genügend unterstützt werden, und überweist die beiden Anträge der Finanzkommission und der Statutenkommission zur gemeinschaftlichen Vorberatung.

Stadtv. Niese: Soviel ich gehört habe, wird in vierzehn Tagen der Landtag eröffnet, und ich möchte bitten, daß bis dahin die Beratung meines Antrages stattgefunden hat.

Vorsitzender: Ich werde mich über diesen Wunsch mit dem Stadtmagistrate verständigen.

Stadtv. Steinbrecher (zu seiner Anfrage über Einrichtung von Näh- und Flickstuben für die Abendstunden): Diese Frage ist erledigt, weil — wie ich gehört habe — der Magistrat damit umgeht, Konfirmationsäle und andere Räume herzurichten zu lassen, um Frauen, die wegen Petroleummangels abends nicht zu Hause

arbeiten können, Gelegenheit zu geben, dort für sich Näharbeiten anfertigen zu können.

Vorsitzender: Auch die Anfrage des Herrn *Munte*, betreffend die Jugendvorstellungen in den Lichtspieltheatern, ist wohl erledigt. (Zustimmung des Herrn Stadtv. Munte.)

Ebenso ist wohl auch die Anfrage des Herrn *Genzen*, betreffend die Arbeiter der Straßeneinigung, erledigt. (Zustimmung des Herrn Stadtv. Genzen.)

3. Bericht über die Verwaltung der städtischen Gas- und Wasserwerke, der Neustadtmühle und des Abwässerpumpwerks.

Stadtv. **Lebbenjohannis:** Der eingehende Bericht über die Verwaltung der städtischen Gaswerke, Wasserwerke, Neustadtmühle und des Abwässerpumpwerks für die Zeit vom 1. April 1916 bis 31. März 1917 liegt Ihnen seit einiger Zeit gedruckt vor. Ich darf annehmen, daß Sie ihn mit großer Gründlichkeit studiert haben und kann mich heute darauf beschränken, einige wichtige Punkte aus dem Berichte hervorzuheben.

A. Gaswerke. Im Gaswerk an der Bahnhofstraße sind im vorigen Jahre 2 091 610 cbm Gas erzeugt, im Gaswerk Taubenstraße 7 310 770 cbm. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet das insgesamt eine Abnahme um 112 030 cbm. Für öffentliche Beleuchtung sind 1 151 417 cbm Gas verbraucht, im Vorjahre 1 334 285 cbm. Dagegen hat der Privatverbrauch an Gas 7 878 889 cbm betragen, im Vorjahr nur 7 680 002 cbm. Sie sehen, daß durch Einschränkung der Straßenbeleuchtung der Verbrauch zurückgegangen ist, während der Privatverbrauch sich gesteigert hat. Der Kohlenverbrauch betrug 29 587 287 kg, der Bestand belief sich am Jahreschluß auf 995 150 kg westfälische Steinkohlen und 200 000 kg Cannelkohlen. Als Nebenerzeugnisse wurden 21 765 464 kg Koks gewonnen; davon sind verkauft worden 17 608 300 kg. An Teer wurden im ganzen 1 423 157 kg gewonnen, während die Abgabe sich auf 1 435 157 kg belief. An Ammoniakwasser wurde im ganzen gewonnen 284 310 kg, wogegen die Abgabe an verdichtetem Ammoniakwasser und Ammoniumsulfat sich auf 266 810 kg stellt. An ausgebrauchter Gasreinigungsmasse wurden 215 800 kg verkauft.

Vorsitzender: Wenn die Herren zu den einzelnen Seiten etwas zu bemerken haben, so bitte ist, sich zum Wort zu melden.

Stadtv. **Lebbenjohannis** (fortfahrend): Auf Seite 8 und 9 des Berichts ist die Zahl der zur öffentlichen Beleuchtung dienenden Laternen mit 3019 Flammen angegeben. Die Zahl der im Gebrauch befindlichen Gasmesser hat sich von 14 746

am 1. April 1916 auf 15 705 gesteigert. Dazu kommt der Bestand der Münzgasmesser, so daß im ganzen 18 976 Gasmesser im Gebrauch sind.

Die Zahl der Abnehmer (Seite 11) hat sich von 16 058 im Vorjahre auf 17 305 gesteigert. An Kosten für die Gaserzeugung sind insgesamt ausgegeben 742 511 *M*; das bedeutet für 100 cbm Gas eine Ausgabe von 7,90 *M* und für 100 cbm Rutzgas 8,23 *M*. Der Einheitspreis für 1 cbm Gas, das durch gewöhnliche Gasmesser abgegeben wurde, betrug seit dem 1. April 1916 15 Pf., für durch Münzgasmesser abgegebenes Gas 17 Pf. Die Einheitspreise aus dem Verkauf von Nebenerzeugnissen stellen sich wie folgt: Für je 100 kg Koks (einschließlich Grus) 2,18 *M*, Teer 4,43 *M*, ammoniakalische Erzeugnisse 23,56 *M*, ausgebrauchte Gasreinigungsmasse 5,27 *M*.

Seite 12 weist die Einnahmen an Mieten und Pachten auf, und zwar im ganzen 3382 *M*.

Die Einnahme aus der Straßenbeleuchtung wird nach Abzug der durch die Einschränkung der Straßenbeleuchtung erzielten Gasersparnis auf 179 311 *M* angegeben. Die Einnahmen für Privatlaternen betrugen 929 *M*, und die Gemeinde Gliesmarode zahlte für Straßenbeleuchtung 425 *M*.

Die Einnahme für das durch Messer abgegebene Gas betrug ausweislich der Darstellung auf Seite 12 1 158 392 *M*, was gegen das Vorjahr eine Mehreinnahme von 106 390 *M* ausmacht.

Die Gewinnberechnung auf Seite 13 ergibt eine Gesamteinnahme von 1 879 160,15 *M*; ab die gesamten Ausgaben von 1 332 313,68 *M*, ergibt einen Gesamtgewinn von 546 846,47 *M*.

Das Anlage- und Grundstückkonto zeigte am 31. März 1917 einen Bestand von 4 146 394 *M*. Für den Erweiterungsbau des Gaswerkes an der Taubenstraße wurden bis zum gleichen Tage 1 566 523 *M* aufgewandt. Der Buchwert der Gasmesser betrug am 31. März 1917 705 149 *M*.

Seite 14 weist für den Stand am 31. März 1917 an Abschreibungen 554 761,74 *M* nach. Die Werke stehen am gleichen Tage nach der Vermögensübersicht auf Seite 16 mit 1 003 628,45 *M* zu Buche. Zum Reservefonds wurden vereinnahmt 100 001,70 *M*. Zur Beschaffung von Gasmessern, für Münzgasmesseranlagen, Erweiterung von Preßgasanlagen usw. wurden hiervon verwandt 141 204,37 *M*, so daß am 1. April 1917 auf dem Reservefonds eine Mehrausgabe von 41 190,67 *M* lastete. Die Verpflichtungen, Anleihen und Betriebsfonds, wie sie auf Seite 15 zusammengestellt sind, betragen zusammen 1 204 362 *M*.

Für die Arbeiterfürsorge wurden gezahlt auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen für die Kranken-, Invaliden- und Unfallversicherung 8649 *M*. Die Be-

züge der Arbeiter an Krankengeld, Altersrenten, Invalidenrenten und Unfallrenten betrugen zusammen 10 282 *M.* Durch Zahlung des Lohns an beurlaubte Arbeiter ist eine Ausgabe von 2309,82 *M.* erwachsen. Der im Berichtsjahr gezahlte Gesamtbetrag an Ruhe-lohn, Witwen- und Waisengeld beläuft sich auf 8749,30 *M.* Die Krankenkasse für die in Rede stehenden Werke hatte am Schluß des Jahres 1916 einen Bestand von 30 948 *M.* Den Familien der im Felde stehenden Arbeiter wurden neben der stadtseitig erhöhten Reichsunterstützung aus den Mitteln der Werke an Beihilfen gewährt: 1. zur Familienunterstützung 11 489 *M.*, 2. zur Zahlung von Miete 11 790 *M.*

Auf den Seiten 16 bis 19 des Berichts folgt dann die Zusammenstellung der Gewinn- und Verlustrechnung vom Rechnungsjahre 1916/17 und die Vermögensübersicht für den 31. März 1917. Damit ist die Darstellung des Berichts des Gaswerks erschöpft.

Vorsigender: Die Abstimmung wegen der statutenmäßigen Überweisung der Überschüsse werden wir am Schluß des Berichts zusammen mit der für die Wasserwerke und die Neustadtmühle vornehmen.

Stadtv. **Tebbenjohanns** (fortfahrend): Es folgt der Bericht über die städtischen Wasserwerke.

Die Wasserförderung betrug im ganzen Berichtsjahre 5 104 966 cbm. Es wurde dafür an Brennmateri-al 1 795 834 kg verbraucht. Am 1. April 1917 waren 8255 Wassermesser vorhanden, von denen 7951 eingebaut sind. An Selbstkosten entfallen auf 1 cbm gefördertes Wasser genau wie im Vorjahre 10,16 Pf. Die rechnungsmäßige Einnahme beträgt 482 110,43 *M.*, das sind 12 110,43 *M.* mehr gegenüber dem Voranschlage und 3858,20 *M.* weniger gegenüber dem Vorjahre. Aus dem Privateinrichtungsgeschäft wurden 35 338,82 *M.* gewonnen, davon annähernd 52 270 *M.* an den ausgeführten Privatgasanlagen. Der Gewinn beträgt 17,20 Prozent vom Umsatz. Die Einnahmen an Mieten und Pachten belaufen sich auf 2477 *M.*, die nicht vorherzusehenden Einnahmen auf 16 274 *M.* Der Abschluß auf Seite 26 des Berichts ergibt eine Einnahme von 518 985,29 *M.*, eine Gesamtausgabe von 320 499,06 *M.*, so daß eine Mehreinnahme aus der Wasserlieferung im Betrage von 198 486,23 *M.* sich ergeben hat. Dazu kommt der Gewinn aus dem Privateinrichtungsgeschäfte, so daß sich ein Gesamtgewinn von 233 825,05 *M.* ergibt. Das Anlage- und Grundstücks-konto hatte am 31. März 1917 einen Betrag von 5 609 710,66 *M.* aufzuweisen, und der Wert der Wassermesser stand mit 353 732,22 *M.* zu Buche. Die Abschreibungen auf die Wasserwerke belaufen sich am 31. März 1917 auf 3 659 796,20 *M.* Zu Buche stehen die

Werke am gleichen Tage mit 2 303 649,68 *M.* Der Reservefonds wies am 31. März 1917 einen Bestand von 349 606,10 *M.* auf. An Verpflichtungen, Aufseßen und Betriebsfonds waren am Schlusse des Berichtsjahres vorhanden 2 848 737,92 *M.*, dagegen im Vorjahre 2 895 249,34 *M.* Für die Arbeiterfürsorge, nämlich Kranken-, Invaliden- und Unfallversicherung, wurden 4019 *M.* gezahlt, die Bezüge der Arbeiter an Krankengeld, Invaliden-, Alters- und Unfallrenten betrugen 5032 *M.* Durch Weiterzahlung des Lohnes an beurlaubte Arbeiter ist eine Ausgabe von 924 *M.* erwachsen. An Ruhe-lohn, Witwen- und Waisengeld wurden insgesamt 2466 *M.* gezahlt, als Kriegsfürsorge zur Familienunterstützung 6323 *M.* und zur Mietunterstützung 5534 *M.* Seite 30 und 31 stellen die Gewinn- und Verlustrechnung 1916/17 und Seite 32 und 33 die Vermögensübersicht vom 31. März 1917 dar.

Vorsitzender: Ich nehme an, daß die Herren mit dem Vorgetragenen einverstanden sind, und möchte nur darauf hinweisen, daß nach Seite 16/17 aus dem Gaswerk 100 000 *M.* für den Reservefonds zurückgestellt werden sollen und vom Wasserwerk nach Seite 30/31 eine Rückstellung in den Reservefonds nicht erfolgen soll, während wir hier im letzten Jahre 30 000 *M.* zurückgestellt hatten. Ich nehme an, daß die Versammlung damit einverstanden ist, daß dies geschieht?

Stadtv. **Lebhenjohanns** (fortfahrend): Aus dem Bericht über die Neustadt m ü h l e ist zunächst hervorzuheben, daß von ihr im letzten Betriebsjahre insgesamt zu Mehl vermahlen sind 1 040 314 kg Weizen und 4 184 512 kg Roggen. Daneben sind 435 777 kg Getreide verschrotet. Der Gewinn der Neustadtmühle beläuft sich auf 73 914,90 *M.* Für Arbeiterfürsorge wurden insgesamt 1052 *M.* gezahlt, und die Bezüge der Arbeiter an Krankengeld und Invalidenrenten betrugen 522 *M.* An Familienunterstützung wurden 1381 *M.* und für Mietzahlungen 1198 *M.* gewährt. Seite 36 und 37 geben eine Übersicht über die Gewinn- und Verlustrechnung vom abgelaufenen Geschäftsjahr.

Der Bericht über das A b w ä s s e r p u m p w e r k sagt, daß die Gesamtförderung an S i e l w a s s e r nach den K i e s e l s e l d e r n 7 198 141 c h m betrug, zu welcher Leistung 1 523 483 kg Helmstedter Braunkohlenbriketts verbraucht wurden. Für Arbeiterfürsorge (Kranken-, Invaliden- und Unfallversicherung) sind 481 *M.* ausgegeben; die Bezüge der Arbeiter an Krankengeld betrugen 210 *M.* Durch Weiterzahlung des Lohnes an beurlaubte Arbeiter ist eine Ausgabe von 84,20 *M.* erwachsen, für Familienunterstützung sind 660 *M.* und zu Mietunterstützungen 517 *M.* verausgabt. Der Zuschuß der Kammereikasse zur Deckung des Fehlbetrages belief sich auf 43 006 *M.*

über die Verteilung des Gewinns aus den eben besprochenen Werken beantragt der Magistrat in seinem Schreiben vom 11. Dezember vorigen Jahres folgendes:

„Durch den nahezu vollendeten Umbau des Gaswerks an der Taubenstraße, dessen Gesamtkosten auf Beschluß der städtischen Behörden aus dem Reservefonds der Gaswerke bestritten sind, war dieser ungeachtet der wiederholten besonderen Zuwendungen im vorigen Jahre derart geschwächt, daß ihm mit Zustimmung der Stadtverordneten vom 1. Februar d. J. nicht 50 000 *M.*, sondern 100 000 *M.* aus den laufenden Einnahmen überwiesen wurden. Die Notlage des Fonds ist immer noch nicht beseitigt, da insbesondere für Beschaffung von Gasmessern größere Kosten haben aufgewendet werden müssen. So ist es gekommen, daß am 1. April d. J. die Kammereikasse 41 190,67 *M.* vorgehoben hatte, um die Ausgaben des Reservefonds bestreiten zu können. Der augenblickliche Fehlbetrag stellt sich, da die im Laufe des Jahres zurückzustellenden 100 000 *M.* dem Fonds erst im März künftigen Jahres zugewiesen werden, auf 80 382,14 *M.*, und eine weitere Zuweisung erscheint daher geboten. Wir halten im Einvernehmen mit der Verwaltungsdeputation für zweckmäßig, hierzu vom vorjährigen Reingewinn die den Betrag von 500 000 *M.* übersteigende Summe (= 46 846,47 *M.*) zu verwenden, so daß von den dann verbleibenden Reinüberschüssen (500 000 + 233 825,05 = 733 825,05 *M.*) dem Ausgleichsfonds vier Fünftel = 587 060,04 *M.* und der Kammereikasse ein Fünftel = 146 765,01 *M.* nebst dem ganzen Gewinn der Neustadtmühle zu 73 914,90 *M.*, mithin zusammen 220 679,91 *M.* zufließen werden.

Wir ersuchen ergebenst, diesem Verfahren zuzustimmen und uns von dem Ergebnis der Prüfung des Berichts Kenntnis geben zu wollen.“

Die Finanzkommission hat sich der Ansicht des Magistrats angeschlossen und bittet die Versammlung, auch ihrerseits den Magistratsanträgen zuzustimmen. Erinnerungen gegen den Bericht sind seitens der Finanzkommission nicht erhoben.

Vorsigender: Da Widerspruch gegen den Antrag der Finanzkommission sich nicht geltend macht, so nehme ich das Einverständnis der Herren mit der vorgeschlagenen Überweisung aus den Überschüssen an.

4. Neu festsetzung der Normal-Mietpreise bei Einquartierungen.

Stadtv. **Meyerhoff:** Die jetzigen teureren Zeiten haben selbstverständlich auch auf die Preise der als Offiziersquartiere bestimmten Zimmer in den Gasthäusern eingewirkt, so daß jetzt eine Erhöhung der früheren Sätze vorgeschlagen werden muß. Am 19. Januar 1915 hat die Stadtverordnetenversammlung dem zugestimmt, daß für Offiziersquartiere folgende Normal-Mietsätze gezahlt werden

sollen: 1. bei kurzzeitiger Einquartierung (bis zu einer Woche) a) für Generale (3 Zimmer und Burtschenstube) täglich 6 M., b) für Stabsoffiziere (2 Zimmer und Burtschenstube) täglich 4 M., c) für Hauptleute und Leutnants (1 Zimmer und Burtschenstube) täglich 3 M., 2. bei längerer Einquartierung a) für Generale täglich 3 M., b) für Stabsoffiziere täglich 2 M., c) für Hauptleute und Leutnants täglich 1,50 M. Heute ist für diese Sätze in den Gasthäusern kein Quartier mehr zu haben, denn alle Ausgaben für Renovierung, Heizung, Licht, Wäsche usw. sind bedeutend gestiegen. Die Quartiersdeputation hat deshalb vorgeschlagen, die Sätze wie folgt zu erhöhen: 1. bei kurzzeitiger Einquartierung a) für Generale auf 7,50 M., b) für Stabsoffiziere auf 5 M., c) für Hauptleute und Leutnants auf 4 M., 2. bei längerer Einquartierung a) für Generale auf 3,75 M., b) für Stabsoffiziere auf 2,50 M., c) für Hauptleute und Leutnants auf 2 M. Es sind also für längere Einquartierungen wieder die halben Sätze gewählt. Es hat sich nun aber herausgestellt, daß die zunächst nur für einige Tage in den Gasthäusern untergebrachten Offiziere oftmals infolge unvorhergesehener Ereignisse über eine Woche hinaus bleiben müssen, und in einem solchen Falle würden die Gasthäuser für die Einquartierung weniger bekommen als bei einem kürzeren Aufenthalt für eine Woche festgesetzt ist. Deshalb hat sich noch folgende Bestimmung notwendig gemacht: Es sollen den Gasthäusern auch bei längerer Einquartierung für die erste Woche in jedem Falle die erhöhten Sätze unter 1 gewährt werden.

Der Magistrat ersucht, die empfohlene Neufestsetzung der Normalsätze gutzuheißen. In der Statutenkommission hat sich kein Bedenken gegen die Vorlage erhoben; wir sind im Gegenteil alle der Meinung gewesen, daß auch jetzt noch die Sätze ziemlich niedrig gegriffen sind, und deshalb empfiehlt die Statutenkommission, die neuen Sätze zu bewilligen.

Die Versammlung ist mit dem Vorschlage der Statutenkommission einverstanden.

5. Erhöhung des Zuschusses für ein Kindergärtnerinnenseminar.

Stadtr. Munte: Fräulein Lilly Heyde, die in Braunschweig ein Kindergärtnerinnenseminar unterhält, hat vor einigen Jahren die staatliche Anerkennung des Seminars von Herzoglichem Ministerium unter der Bedingung erhalten, daß sie eine ordnungsmäßig ausgebildete Jugendleiterin anstellt. Die Erfüllung dieser Bedingung hat ihr pekuniäre Opfer für das Kindergärtnerinnenseminar auferlegt, und sie hat insolgedessen im Jahre 1912 von den städtischen Behörden einen jährlichen Zuschuß von 1200 M. zugesichert erhalten. Jetzt tritt sie mit einem wieder-

holten Gesuch an die Stadtverwaltung und bittet, diesen Zuschuß in Rücksicht auf die Preisverhältnisse und darauf, daß die von ihr für das Seminar zu unterhaltende Jugendleiterin, die im Durchschnitt bei der Anstellung ein Jahresgehalt von 1800 M bekommen, zu erhöhen und ihr von jetzt ab jährlich 1800 M zu gewähren. Herr Schuldirektor Dr. Appuhn sagt in seiner gutachtlichen Äußerung über die Eingabe, daß er in Rücksicht auf den Wert, welchen das Vorhandensein eines staatlich anerkannten Kindergärtnerinnenseminars für weite Kreise der hiesigen Bevölkerung besitze, sowie auf die großen finanziellen Opfer, die Fräulein Henke bislang für jene Anstalt gebracht habe, ferner in Rücksicht auf den unter den heutigen Verhältnissen geringen Gewinn, den das Seminar gezeitigt hat, die erbetene Erhöhung warm befürworten müsse. Auch der Schulvorstand hat das Gesuch befürwortet, und der Magistrat beantragt nun bei den Stadtverordneten, für die Dauer der Fönerung den städtischen Zuschuß auf 1800 M zu erhöhen.

Wir haben in der Finanzkommission den Antrag beraten, ihn einstimmig gutgeheißen, und die Finanzkommission läßt Sie durch mich bitten, auch Ihrerseits die Zustimmung zu der Erhöhung der Beihilfe zu erteilen.

Vorsitzender: Da kein Widerspruch laut wird, nehme ich das Einverständnis der Versammlung mit dem Antrage des Finanzausschusses an.

6. Ankauf eines Grundstücks an der Helmstedterstraße.

Stadtvo. **Damköhler:** Die Jüdelstiftung hat das von ihr im Wege der Zwangsversteigerung erworbene Jahnische Grundstück, Helmstedterstraße 109, der Stadt zum Kauf angeboten, weil eine größere Teilfläche desselben zur Verbreiterung der Bertramstraße bestimmt ist. Die Stiftung ist bereit, der Stadt das Grundstück zum Preise von 24 000 M zu überlassen. Dieser Preis ist nach dem Gutachten des städtischen Hochbauamtes dem jetzigen Wert des Grundstücks annähernd entsprechend. Der Ankauf des Grundstücks dürfte sich empfehlen, da ein großer Teil desselben, wie aus dem betreffenden Lageplane zu ersehen ist, zur Verbreiterung der Bertramstraße dienen soll. Die Gebäude sind allerdings nur mangelhaft erhalten, und es ist daher erklärlich, daß für das ganze Grundstück zur Zeit nur ein Mietzins von 600 M jährlich erzielt wird. Hinzukommt, daß auf Grund einer dinglichen Belastung das Nachbargrundstück mittels eines über das in Rede stehende Grundstück führenden Kanals entwässert wird, wodurch die volle Ausnutzung des Kaufobjekts erschwert wird. Der geforderte Preis erscheint daher, zumal im Hinblick auf die Höhe der demnächst dem Grundstücke zur Last fallenden Straßenkosten, die vielleicht 12 000 M betragen werden, durchaus nicht niedrig, was der Magistrat mit Rücksicht auf das Verhältnis der Stadt zur Jüdelstiftung

ausdrücklich betont. Der Magistrat gibt anheim, ihn zum Ankauf des Grundstücks zum Preise von 24 000 *M* zu ermächtigen.

Die Baukommission befürwortet diesen Ankauf, indem sie darauf hinweist, daß sonst später das nötige Straßenterrain im Wege der Expropriation erworben werden müßte. Ich bitte Sie namens der Baukommission, dem Ankauf des Grundstücks zuzustimmen.

Der Magistrat wird zum Ankauf des Grundstücks ermächtigt.

7. Gewährung eines besonderen Zuschusses an den Braunschweiger Frauenverein für die Abendfortbildungsschule.

Stadtv. **Riefe:** Der Braunschweiger Frauenverein unterhält eine Abendfortbildungsschule für Frauen und Mädchen und hat jetzt das Ansuchen an den Magistrat gerichtet, ihm wie in früheren Jahren wieder einen Extrazuschuß von 2000 *M* dafür zu gewähren. Diese Bitte wird damit begründet, daß der Fortbildungsschule neue Aufgaben zugefallen seien. Wie sehr sich die Kurse der Fortbildungsschule eingebürgert haben, sei daraus zu ersehen, daß die Schülerinnenzahl auf 900 angewachsen ist. Daß das Material für Erteilung des Unterrichts in solchen Fortbildungsschulen teurer geworden ist, weiß jeder, und auch die Ausgaben für die Gehälter der Lehrerinnen haben erhöht werden müssen. Dann wird angeführt, daß die Nähmaschinen durch das Nähen der Schuhe so sehr gelitten haben, daß man gezwungen war, vier neue Maschinen anzuschaffen. Zu diesen Anschaffungen wurde eine Erbschaft von 300 *M* von Fräulein Morich verwandt und auch andere Spenden, die der Verein zu diesem Zwecke erhalten hatte, aber das reichte nicht aus, um die ganzen Kosten zu decken. Da nun auch noch die Auslagen in den Kochschulen durch die Teuerung gestiegen sind, so wendet sich die Vorsitzende des Vereins an den Magistrat, er möchte für die Zwecke der Fortbildungsschule wiederum 2000 *M* bewilligen. Der Magistrat schreibt zu dem Antrage: da die Einrichtung der Abendfortbildungsschule sich als notwendig und nützlich erwiesen habe und ihr Wirken nur im Interesse der Allgemeinheit liege, so ersuche er die Stadtverordneten, sich damit einverstanden zu erklären, daß der Anstalt wie im Vorjahre die Summe von 2000 *M* aus der Kasse für Wohlfahrts Einrichtungen als besonderer Zuschuß gezahlt werde, und zwar 1000 *M* aus der Rechnung des laufenden Jahres und 1000 *M* aus der Rechnung des kommenden Jahres 1918/19.

Die Kommission hat diese Sache geprüft; es ist ihr auch eine Aufrechnung über die Ausgaben der Kochschule und dergleichen, mehr zur Einsicht übergeben. Sie gibt Ihnen darnach Genehmigung der besonderen Bewilligung anheim.

Da sich kein Widerspruch erhebt, nimmt der **Vorsitzende** das Einverständnis der Versammlung an.

8. Erlass eines Statuts über die Anmeldung frei werdender Wohnungen.

Stadt v. Bartels: Meine Herren. In einer der letzten Stadtverordnetenversammlungen haben wir beschlossen, den Stadtmagistrat zu ersuchen, uns eine Vorlage wegen eines städtischen Wohnungsnachweises zu unterbreiten. Der Stadtmagistrat erkennt die Wichtigkeit der Wohnungsfrage in der Gegenwart und besonders nach Friedensschluß an. Um einen zuverlässigen Überblick über die verfügbaren Wohnungen zu gewinnen und weitere Schritte darnach einzurichten, hält der Magistrat die Einführung des Meldezwanges für frei werdende Wohnungen für erforderlich. Der Magistrat hat demgemäß ein Statut über die Anmeldung frei werdender Wohnungen ausgearbeitet, das ich nachher zur Verlesung bringen werde.

Wie schon gesagt, bezieht sich das Statut auf die An- und Abmeldungen frei werdender Wohnungen und soll hauptsächlich zu statistischen Zwecken dienen. In dem Statut wird gesagt, daß der Jahresmietpreis mit anzugeben ist. Dieser Preis kann sich selbstredend nur auf eine runde Summe beziehen, da es jedem Vermieter freisteht, zu dem angegebenen Vermietungspreise die Aufkosten, welche der Vermieter für Müllabfuhr, für Wasser, für die elektrische Treppenhausebeleuchtung usw. hat, noch hinzuzufügen. Der Magistrat will hauptsächlich wissen: Ist eine Wohnungsnot vorhanden, oder kann event. eine Wohnungsnot eintreten? Es erscheint sehr erwünscht, wenn der Stadtmagistrat Bedacht darauf nimmt, daß er in die Lage gesetzt wird, den Stadtverordneten früh genug geeignete Schritte zu empfehlen, um einer event. Wohnungsnot vorzubeugen. Die statistischen Unterlagen, welche vom Magistrat gesammelt werden, können selbstredend dem Grundbesitzerverein und dem Mieterverein, sowie auch der Presse zur Verfügung gestellt werden, jedoch ist nicht in Aussicht genommen, ein sogenanntes Vermietungsbureau zu eröffnen.

Ich werde nun die drei kurzen Paragraphen verlesen und habe meinem Bericht nur noch hinzuzufügen, daß die Statutenkommission bei ihrer Vorberatung beschlossen hat, Ihnen zu empfehlen, in § 1, Zeile 2 und 3 nicht zu sagen „innerhalb einer Woche“ sondern „innerhalb zweier Wochen“. Im übrigen empfiehlt Ihnen die Statutenkommission einstimmig die Annahme dieses Statuts.

§ 1 wird vom Herrn Referenten verlesen, und der Vorsitzende nimmt die Zustimmung der Versammlung mit diesem Paragraphen einschließlich der von der

Statutenkommission vorgeschlagenen Änderung an. Ebenso wird die Zustimmung der Versammlung zu dem von dem Herrn Referenten verlesenen § 2 stillschweigend erteilt, und darnach auch zu § 3.

Vorsitzender: Ich bitte nun diejenigen Herren, die das eben verlesene Statut mit der beschlossenen Abänderung annehmen wollen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Die Zustimmung ist erteilt.

9. Statut über die Beseitigung von Tierkadavern und Abschluß eines Vertrages mit der hiesigen Abdeckerei.

Stadtv. Bartels: Der Stadtmagistrat gibt in einem Schreiben an die Stadtverordneten bekannt, daß infolge des Reichsgesetzes, betreffend die Beseitigung von Tierkadavern, das Herzogliche Staatsministerium Ausführungsvorschriften hierfür erlassen hat. Für unsere Stadt kommt eine Abdeckerei zum Zwecke der unschädlichen Beseitigung sämtlicher Tierkadaver in Betracht. Wir haben zwar keine eigene Abdeckerei, wohl aber ist in Braunschweig eine gut eingerichtete private Abdeckerei im Betriebe, welche Herrn Hentschel gehört, und welche allen Vorschriften, welche hierfür erlassen sind, bis jetzt genügt. Der Magistrat würde den Bestimmungen des Ministeriums Genüge leisten, wenn er 1. mit Herrn Hentschel, als dem Eigentümer der Abdeckerei, einen Vertrag schließt, wonach sich Herr Hentschel verpflichtet, in hiesiger Stadt sämtliche Kadaver unschädlich zu beseitigen und 2. ein Statut über die Ablieferung von Kadavern zwecks unschädlicher Beseitigung erläßt. Es wird uns nun vom Magistrat der Entwurf eines solchen Statuts und der Entwurf eines Vertrags mit Herrn Hentschel vorgelegt, und den Inhalt dieser beiden Schriftstücke werde ich Ihnen nunmehr kurz mitteilen.

Der Vertrag, der zwischen den beiden Genannten abgeschlossen werden soll, erhält die Hinzufügung eines von der Statutenkommission gewünschten Wortlauts, daß der Vertrag so lange besteht, als Herzogliche Polizeidirektion den Betrieb der Abdeckerei auf dem jetzigen Abdeckereigrundstücke zuläßt. § 1 bezieht sich auf die in der Stadt Braunschweig verendeten Tiere. Nach diesem Paragraphen hat Herr Hentschel solche unentgeltlich und unschädlich zu beseitigen.

Vorsitzender: Wenn zu den einzelnen Paragraphen das Wort gewünscht wird, so bitte ich, sich zu melden.

Stadtv. Bartels (fortfahrend): § 2 besagt, daß Herr Hentschel innerhalb 12 Stunden nach erfolgter Benachrichtigung auch die im städtischen Schlachtraum anfallenden Kadaver abzuholen hat, während die auf öffentlichen Plätzen oder auf der Straße als gefallen gemeldeten Kadaver sofort abzuholen sind.

§ 3 bezweckt Telephonanschaffung für Herrn Hentschel zur schnelleren Benachrichtigung der Abdeckerei.

Im § 4 verpflichtet sich Herr Hentschel, seine Abdeckerei nebst den Transportmitteln den Vorschriften entsprechend auf dem laufenden zu erhalten.

§ 5 handelt von den Preisen. Ich will hierzu bemerken, daß diese Preise auch der Schlachthausauschuß genehmigt hat.

§ 6 besagt, daß für Tiere, welche mit einer Seuche, wie mit Milzbrand oder Rost befallen sind, und bei welchen die Haut mit vernichtet werden muß, Herr Hentschel nichts zu fordern und auch nichts zu bezahlen hat.

Nach § 7 gilt der Vertrag als aufgehoben, falls andere Gesetze oder eine ortstatutarische Regelung des Abdeckereiwesens erfolgt.

§ 8 besagt, daß alle 5 Jahre eine Nachprüfung über die aufgestellten Preislage erfolgen soll.

In § 9 wird festgesetzt, daß Herr Hentschel 30 \mathcal{M} Strafe für jeden Fall, in dem er seinen Verpflichtungen nicht nachgekommen ist, zu zahlen hat.

Nach § 10 gilt der Vertrag auf 20 Jahre für abgeschlossen, falls nicht die Vertragspflichten gröblich verletzt werden.

§ 11 regelt den Betrieb der Abdeckerei, falls der Besitzer stirbt und der Betrieb in andere Hände übergeht.

In § 12 ist ein Schiedsgericht vorgesehen und

der Schlußparagraph 13 regelt die Kosten des Vertrages.

Die Statutenkommission empfiehlt Ihnen die Annahme des Vertrages.

Vorsigender: Ich bitte den Herrn Referenten, nun gleich auch noch das Statut zu behandeln.

Stadtv. Bartels: Wir kommen nun zu dem „Statut über die Ablieferung von Kadavern und Kadaverteilen zwecks deren unschädlicher Beseitigung“, welches mit Zustimmung der Stadtverordneten und der Herzoglichen Polizeidirektion zu erlassen ist.

§ 1 besagt, daß alle Kadaver usw. aus dem Gebiete unserer Stadt, soweit sie nicht zu Schlachtzwecken dienen, von Pferden, Eseln, Maultieren, Mauleseln, von Tieren des Rindergeschlechts, Schweinen, Schafen, Ziegen, Hunden, Katzen usw., auch totgeborenen Tieren der vom Stadtmagistrat zu bestimmenden öffentlichen Abdeckerei zur unschädlichen Beseitigung zu überweisen sind. Jede andere Beseitigung ist verboten. Die Abhäutung darf nur in der Abdeckerei erfolgen.

Nach § 2 sind alle geschlachteten Tiere, deren Verwertung zum Genuß für die Menschen nicht zugelassen ist, der Abdeckerei zu überweisen.

Nach § 3 hat der Eigentümer eines verendeten Tieres, welches der Abdeckerei zu überweisen ist, solches innerhalb drei Stunden der Abdeckerei und der Polizei zu melden. Nach 7 Uhr abends verendete Tiere müssen bis 9 Uhr am anderen Morgen gemeldet werden.

Bei den Meldungen ist der Name des Besitzers des Tieres, der Platz und gegebenenfalls das Alter des Tieres mitzuteilen, falls der Verdacht einer Seuche vorliegt.

Für Beseitigung der Kadaver, deren Eigentümer nicht zu ermitteln ist, werden besondere Vorkehrungen getroffen.

Im Schlachthause muß das der Abdeckerei zu überweisende Fleisch oder das Tier von dem Schlachtenden in einen besonderen Raum gebracht werden; das Verfügungsrecht über dieses Fleisch steht der Schlachthausverwaltung zu.

§ 4 besagt, wer zur Anzeige verpflichtet ist, so derjenige, der mit der Aufsicht über das Vieh an Stelle des Besitzers beauftragt ist, z. B. der Hirt oder Schäfer oder die Begleiter der auf Transport befindlichen Tiere usw.

Nach § 5 erlischt die Anzeigepflicht, wenn ein anderer Verpflichteter die Anzeige schon erstattet hat. Einer Anzeige bedarf es nicht, wenn Tiere auf polizeiliche Anordnung getötet sind.

§ 6 schreibt vor, daß die Abführung der der Abdeckerei zu überweisenden Kadaver in besonders hierzu eingerichteten Wagen zu erfolgen hat.

Im letzten Paragraphen wird eine Strafe von 60 M. und höher festgesetzt, falls Zuwiderhandlungen seitens der Viehbesitzer oder ihrer Stellvertreter gegen dieses Statut vorkommen.

Das Statut wird in Kraft treten, falls auch das Herzogliche Staatsministerium solches genehmigt.

Die Statutenkommission empfiehlt Ihnen auch Annahme dieses Statuts.

Vorsitzender: Ich bitte die Herren, die den Vertragsabschluß einschließlich der von der Statutenkommission empfohlenen Änderung und dem Statutenentwurf zustimmen, die Hand zu erheben. (Geheißt.) Die Zustimmung ist ausgesprochen.

10. Abschluß eines Nachtragvertrages wegen Verarbeitung von Schlacht- abfällen auf Futtermittel und dergleichen.

Stadt v. **Bartels:** Während der Kriegszeit hat der Bundesrat eine Verfügung erlassen, wonach die in den Schlachthäusern anfallenden zum menschlichen Genuß

nicht verwendbaren Tierkörper und Tierteile zu Futtermitteln und Fetten zu verarbeiten sind. Um dieser Vorschrift zu genügen, ist es nötig, daß die Stadt mit dem Abdeckereibesitzer Hentschel einen Vertrag abschließt, welcher bezweckt, den Genannten zu verpflichten, daß er die ihm vom städtischen Schlachthaus zu überweisenden Schlachtabfälle im Auftrage der Stadt in vorgeschriebener Weise verarbeitet.

Da diese Bundesratsverordnung, zu der das Herzogliche Staatsministerium Ausführungsbestimmungen erlassen hat, nur für die Kriegsverhältnisse zugeschnitten ist und bald nach Friedensschluß außer Kraft gesetzt wird, so ist es nicht angebracht, diese vertragliche Vereinbarung in den eben von uns genehmigten Hauptvertrag mit aufzunehmen, sondern es ist zweckmäßig, einen Nachtragvertrag darüber abzuschließen.

Der Entwurf zu diesem Nachtragvertrage wird uns zur Beschlußfassung vorgelegt. Er besagt in § 1, daß Hentschel sich verpflichtet, die näher bezeichneten Tierabfälle zu verarbeiten, und zwar in der Weise, daß die Gewinnung eines marktgängigen trockenen Futtermittels gesichert ist.

Im § 2 verpflichtet sich Herr Hentschel, hinsichtlich der Verarbeitung und des Vertriebes der gewonnenen Futtermittel, Fette, Leim und dergleichen sich genau nach den reichsgesetzlichen Anordnungen zu richten.

Es wird ferner in dem Paragraphen bestimmt, daß die auf einen an den Kriegsausbruch für Ersatzfuttermittel zu richtenden Antrag der Stadt zu überlassenden Futtermittel ihr zu den behördlich festgesetzten Preisen vorweg zu überlassen sind.

§ 3 besagt dasselbe, wie der Hauptvertrag über die aus dem Schlachthaus zu verarbeitenden Kadaver.

§ 4 setzt die Preise für die Überlassung der Kadaver uzw. wie im Hauptvertrage fest.

Im § 5 wird festgesetzt, daß dieser Nachtragvertrag ohne Kündigung als aufgehoben gelten soll, falls der Bundesrat seine Verordnung über die Verwertung von Tierkadavern uzw. außer Kraft setzt.

Im § 6 wird auf die §§ 8, 9, 11, 12 und 13 des Hauptvertrages verwiesen.

Auch diese Vorlage ist in der Statutenkommission zur Vorberatung gekommen; sie empfiehlt Ihnen Annahme des Nachtragvertrages.

Die Versammlung stimmt stillschweigend dem Abschluß des Nachtragvertrages zu.

11. Annahme einer Säuglingsfürsorgeschwester.

Stadtv. Dr. Kahler: Eine Folgeerscheinung des Krieges ist leider der zunehmende Geburtenrückgang. So bedauerlich dieser ist, so sind die städtischen Behörden doch im Interesse der Bevölkerung nur in der Weise in der Lage, helfend eingzugreifen, daß wir die Säuglinge schützen, die jungen Mütter aufklären und dafür sorgen, daß ihnen und den Säuglingen Nahrungsmittel in genügender Menge zugeführt werden. Es hat deshalb der Stadtmagistrat es für dringend nötig erachtet, die Annahme einer Säuglingsfürsorgeschwester vorzuschlagen, und hat zur Begründung seines Antrages folgendes Schreiben an die Stadtverordneten gerichtet:

„So erwünscht die ehrenamtliche Tätigkeit der Armen- und Waisenspflegerinnen im Zusammenhang mit den Ärzten auf dem Gebiete der Säuglingsfürsorge ist, so hat es sich doch mehr und mehr als Notwendigkeit ergeben, einen Hauptteil dieser Fürsorge einer beruflichen, erfahrenen, für diesen Dienstzweig ausdrücklich bestimmten Persönlichkeit anzuvertrauen, die über die vorhandenen Anstalten und Einrichtungen, die geltenden Grundsätze und die Maßregeln zur Beseitigung von Übelständen genau unterrichtet ist. Die Förderung des Stillens der Mütter, die Überweisung kränklicher und schwächlicher Kinder an die städtische Säuglingsfürsorgestelle, der Besuch aufsichtsbedürftiger Kinder und Pflegekinder in den Wohnungen, der Zusammenhang der Fürsorge mit der städtischen Armen- und Anstaltspflege, der Berufsvormundschaft und anderen Wohlfahrtseinrichtungen, überhaupt die Zusammenfassung aller Veranstaltungen der Kleinkinderfürsorge und die rechtzeitige Benützung der sich bietenden Versorgungsmöglichkeiten wird der Säuglingsfürsorgeschwester obliegen und durch sie am besten geleistet.

In zahlreichen anderen Städten haben sich ähnliche Maßnahmen bestens bewährt. Wenn zunächst die Annahme einer Schwester empfohlen wird, so ist dabei das Bestreben vorwiegend, mit der Einrichtung Erfahrungen zu sammeln, wobei der spätere Ausbau vorbehalten bleibt. Wenn auch die Säuglingsfürsorgeschwester bei ihren Besuchen in den Wohnungen mannigfach Gelegenheit haben wird, auf dem Gebiete der Wohnungspflege ratend und helfend mitzuwirken, so ist es gleichwohl nicht unsere Absicht, daneben auf besondere Veranstaltungen zugunsten der Wohnungspflege zu verzichten. Den Herren Stadtverordneten wird hierüber, dem Beschlusse vom 29. vorigen Monates entsprechend, demnächst eine weitere Vorlage zu gehen.

Als Vergütung für eine Säuglingsfürsorgeschwester wird vorläufig ein Betrag von 1800—2400 M jährlich für ausreichend zu erachten sein. Über geeignete geschulte Kräfte verfügt, wie eine Anfrage ergeben hat, das als mustergültig be-

kannte Kaiserin-Auguste-Viktoria-Haus zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit in Charlottenburg.

Wir die geehrten Herren richten wir daher das ergebene Ersuchen,

1. sich damit einverstanden zu erklären, daß zum 1. April 1918 eine städtische Säuglingsfürsorgeschwester angenommen wird,

2. die hierfür erforderlichen Mittel im Betrage bis zu 2400 M jährlich aus Kap. VI der ordentlichen Ausgabe der Kammereinkasse (Gesundheitswesen) zu bewilligen."

Meine Herren. Wir alle können wohl mit großer Freude diese neue Einrichtung begrüßen, und so hat sich denn die Statutenkommission einstimmig für den Antrag des Magistrats ausgesprochen und bittet Sie, den Antrag des Magistrats ebenfalls anzunehmen.

Stadtrat von Frankenberg: Ich möchte ergänzend zu dem Bericht des Herrn Dr. Kahlert erwähnen, daß, wenn in der Vorlage davon gesprochen ist, die geehrten Herren würden noch eine besondere Mitteilung über Annahme einer städtischen Wohnungspflegerin erhalten, inzwischen der Stadtmagistrat diese Angelegenheit schon in vollen Fluß gebracht hat. Wir haben uns mit der Stadt Charlottenburg, die auch bei den Beratungen über die Anstellung einer Wohnungspflegerin hier in der Versammlung erwähnt wurde, in Verbindung gesetzt und werden in den nächsten Tagen eine in der gemeinnützigen Tätigkeit erfahrene Persönlichkeit nach Charlottenburg senden, damit sie die Einrichtungen dort kennenlernt und vom 1. April ab den Dienst als Wohnungspflegerin übernehmen kann. Wir sind also, wie Sie sehen, im Sinne der geehrten Herren in dieser Sache vorgegangen. Es wird die Tätigkeit in der Wohnungspflege ergänzend für die Säuglingspflege mit nutzbar gemacht werden können, die Haupttätigkeit in der städtischen Säuglingspflege wird aber selbstverständlich auf den Schultern der Fürsorgeschwester ruhen, und da wir eine geschulte Kraft aus der Charlottenburger Anstalt gewinnen wollen, so ist damit Gewähr gegeben, daß die Arbeit in erfahrene Hände gelegt wird.

Ich nehme die Gelegenheit wahr, eine andere Mitteilung mit dieser Sache zu verbinden, die insofern mit dem zur Besprechung stehenden Punkte zusammenhängt, als die Säuglingsfürsorge wesentlich auch darin besteht, daß in der Ernährungsfürsorge möglichst günstige Bedingungen geboten werden. In einer der letzten Sitzungen ist von Ihnen der Antrag angenommen, in dem der Magistrat ersucht wurde, darauf hinzuwirken, daß für die Säuglinge wie für die stillenden Mütter Haferflocken und Grieß gewährt werden. Durch die Zuwendungen vom

Landesernährungsämte sind wir nun in der glücklichen Lage, im kommenden Monat zum ersten Male den stillenden Müttern 3 Pfund Nahrungsmittel, nämlich 1 Pfund Haferflocken, 1 Pfund Grieß und 1 Pfund Gerstenmehl austheilen zu lassen, außerdem dieselben Mengen für alle Kinder bis zum vollendeten 2. Lebensjahre — einerlei ob sie von der Mutter genährt werden oder nicht — sowie den Kranken auf ärztliches Attest zur Verfügung zu stellen. In den folgenden Monaten werden wir voraussichtlich insgesamt zwei Pfund für diese Zwecke frei machen können und so zu einem wesentlichen Fortschritt durch vermehrte Zuteilung von Nahrungsmitteln kommen.

Vorsitzender: Da sich Widerspruch gegen die Anstellung einer Säuglingsfürsorgeschwester nicht erhoben hat, nehme ich das Einverständnis der Versammlung mit dem Antrage der Statutenkommission an.

Vorsitzender: Eingegangen ist ein Antrag des Herrn W e s e m e i e r:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, das Statut Nummer 11, betreffend die Neuordnung der Verwaltung der Feldmarksgemeinden in der Stadt Braunschweig dahin abzuändern, daß Beiträge an die Kassen der Feldmarksgemeinden von Grundstücken an Straßen, die von der Stadt ausgebaut sind, nicht erhoben werden dürfen. Der Magistrat möge den Stadtverordneten eine entsprechende Vorlage unterbreiten.“

Herr Wesemeier wird nachher Gelegenheit haben, seinen Antrag zu begründen.

12. Bereitstellung weiterer Mittel zur Ausbildung eines Blinden.

Stadt v. Munte: Es handelt sich um die weitere Ausbildung des Blindenzöglings Hermann Bolle, der im Jahre 1910 infolge einer Verletzung beim Chemieunterricht in der Bürgerschule seines Augenlichts beraubt ist. Er war zunächst als Zögling in die Blindenerziehungsanstalt aufgenommen und kam dann zur Ausbildung als Organist in das fürstliche Konservatorium zu Sondershausen. Im Frühjahr 1916 hat die Stadtverordnetenversammlung auf Antrag des Magistrats sich damit einverstanden erklärt, daß 3000 M für die zweijährige Ausbildung zur Verfügung gestellt wurden. Diese Ausbildungszeit neigt sich ihrem Ende zu; der Zögling hat während dieser Zeit die in ihn gesetzten Erwartungen erfüllt und hat nun unter Beifügung eines Zeugnisses das Ersuchen an den Magistrat gerichtet, für ihn die Mittel zu einem über Ostern 1918 hinausgehenden Besuch des Konservatoriums zu bewilligen. Zur Begründung dieser Bitte hat er angeführt, daß der Organistendienst eine Nebenstellung sei, die nicht höher als jährlich mit 600 M

bezahlt werde. Dieser Betrag sei für eine angemessene Lebenshaltung aber doch zu gering, und er habe deshalb den Wunsch, sein Studium bis dahin fortzusetzen, daß er die Fähigkeit erreicht habe, in Konzerten mitzuwirken. Seine Absicht gehe keineswegs dahin, Konzertorganist von Beruf zu werden, er wünsche vielmehr nur die Möglichkeit zu gewinnen, sich durch gelegentliche Mitwirkung in Konzerten einen Nebenverdienst verschaffen zu können. Die Zeugnisse, die beigelegt sind, lassen darauf schließen, daß ein noch einjähriges Studium hinreichen wird, dem jungen Mann weiter die Wege zu ebnen.

Der Magistrat erkennt an, daß diese Begründung viel Wahres enthält, und daß insbesondere den bei den hiesigen Stadtkirchen tätigen Organisten eine den angegebenen Satz übersteigende Vergütung nicht gezahlt wird. Deshalb und in Rücksicht auf die vorgelegten guten Zeugnisse ist der Magistrat geneigt, die Kostenfrage zurücktreten zu lassen und die ausgesprochene Bitte zunächst insoweit zu erfüllen, daß die Mittel zur Fortsetzung des Studiums bis Ostern 1919 zur Verfügung gestellt werden. Wir werden deshalb vom Magistrat eruchtet, die erforderlichen Mittel zu Lasten des Kap. XIV des ordentlichen Voranschlages zu bewilligen. Der Magistrat hat es unterlassen, einen bestimmten Betrag anzufordern und hat uns in der Kommission mitgeteilt, daß selbstverständlich bei der Bewilligung die größte Sparjamkeit walten solle, aber es müsse doch gezahlt werden, was nun einmal nötig sei. Bei den heutigen Teuerungsverhältnissen läßt sich nicht übersehen, ob 1500 *M* oder 2000 *M* gebraucht werden; es soll dem Magistrat überlassen bleiben, die sich als notwendig erweisende Summe anzunweisen.

Die Finanzkommission hat sich mit der Sache befaßt, ist mit der Bewilligung einverstanden und bittet Sie durch mich, dem Antrage auf Bereitstellung weiterer Mittel zuzustimmen.

Die Versammlung stimmt stillschweigend zu.

13. Beratung des Magistratschreibens über die Grundsätze für die Gewährung von Kriegsbeihilfen an die Beamten und Lehrer.

Stadt v. **Frede:** In der Sitzung vom 13. Dezember v. J. war Gegenstand der Beratung in dieser Versammlung die Festsetzung von Grundsätzen über die Gewährung von Kriegsbeihilfen an städtische Beamte und Lehrer und ferner die Festsetzung von Beihilfen, resp. der Vergütungen, welche man den hier im Rathause beschäftigten Hilfskräften gewähren wollte oder mußte. Über die Stellungnahme des Magistrats zu den Anträgen, die hier Annahme gefunden haben, unterrichtet folgendes Schreiben des Magistrats vom 8. Januar d. J.:

„Den in der Sitzung vom 13. v. Mts. beschlossenen Änderungen der von uns vorgelegten Grundsätze für die Gewährung von Kriegsbeihilfen an die Beamten der Stadt Braunschweig haben wir ungeachtet der gegen die Unterscheidung zwischen Beamten mit eigenem Hausstande und ohne solchen nach wie vor obwaltenden Bedenken zugestimmt, abgesehen von der Änderung des § 6. Es erschien uns nicht gerechtfertigt, den verheirateten, verwitveten und den ledigen, einen eigenen Hausstand führenden Beamten, wenn keine Kinder zu unterhalten sind und das Gehalt nicht mehr als 2300 *M* beträgt, eine Beihilfe von 660 *M* zu gewähren, so daß die staatliche Zubuße um 120 *M* überschritten worden wäre. Um die Angelegenheit zum Abschluß zu bringen, haben wir mit dem verstärkten Finanzausschuß über die Sache verhandelt und, nachdem hier anerkannt war, daß bei der Schlußabstimmung ein Versehen vorgekommen sei, haben wir keine Bedenken getragen, im Einvernehmen mit dem genannten Ausschuß, dessen Beschlußfassung nach eingehender Beratung ziemlich einstimmig erfolgte, dem § 6 eine völlig neue Fassung zu geben, die wir hierneben zur gefälligen Kenntniznahme vorlegen. Gleichzeitig fügen wir eine vergleichende Übersicht der sich darnach ergebenden staatlichen und städtischen Leistungen bei.

Soweit die Beihilfen den Leitern und Lehrkräften der städtischen Bürgerschulen gewährt werden, bedarf ihre Festsetzung der Genehmigung des Herzoglichen Konsistoriums. Diese ist inzwischen erteilt. Schon vorher sind die erforderlichen weiteren Erhebungen von uns veranlaßt und einstweilen — ohne jeden Abzug oder Aufrechnung — jedem Beteiligten zu Weihnachten 200 *M* vorläufig gezahlt. Wir geben uns der Hoffnung hin, daß unser Vorgehen die Billigung der geehrten Herren finden wird.

Die Vergütungssätze der Aushilfsbeamten haben wir im Einvernehmen mit dem verstärkten Finanzausschuß anderweit in der Weise zu regeln beschlossen, wie sich aus der Anlage ergibt.“

Ich darf bei meiner Darstellung des jetzigen Standes rückwärts anfangen, also mit der Festsetzung der Vergütungen, die an die Aushilfskräfte zu zahlen sind. Die Herren erinnern sich wohl, daß die Beratung über diese Angelegenheit abgebrochen wurde. Es wurde gesagt, daß die Frage der gemeinschaftlichen Regelung des Magistrats mit der Finanzkommission zu überweisen sei. Mit dem verstärkten Finanzausschuß ist dann am 21. Dezember vorigen Jahres über die Angelegenheit beraten, und in der folgenden Niederschrift werden die Grundsätze, die bei der Bemessung der Vergütung und der Familienbeihilfen zu beachten sind, mitgeteilt:

„Auf Antrag des Stadtmagistrats erklärt sich der verstärkte Finanzausschuß damit einverstanden, daß bei Besoldung der im städtischen Verwaltungsdienst beschäftigten Aushilfskräfte fortan verfahren werde wie folgt:

a) Der Grundsatz, daß die Höhe der Vergütung der Leistung und der Verantwortlichkeit des einzelnen entsprechen soll, bleibt wie bisher maßgebend.

b) Solche Personen, die für den Dienst überhaupt noch nicht vorgebildet, bzw. zur Verrichtung der Arbeiten einstweilen noch nicht fähig sind, sollen fortan nicht mehr eingestellt werden. Auf eine sofortige Entlassung der nicht genügenden Kräfte soll jedoch verzichtet werden."

Der Magistrat ist zu diesem Entschluß gekommen infolge der Angriffe, die gegen die geringe Bezahlung derjenigen Aushilfskräfte erhoben wurden, die ohne jede Vorbildung und in sehr jugendlichem Alter eingestellt sind. Es wird hier gesagt: Solche Kräfte sollen künftig nicht mehr eingestellt werden, aber diejenigen Kräfte, die nun einmal angenommen sind, will man nicht auf die Straße setzen.

„c) Die bisher dem älteren männlichen Aushilfspersonal gezahlten Anfangssätze erscheinen angemessen. Den weiblichen und den jugendlichen männlichen Hilfskräften sollen, sofern die Voraussetzung zu b zutrifft, wenigstens 60 M monatlich als Anfangsgehalt gezahlt werden.

d) Bei entsprechender Leistung der Hilfskräfte und Bedeutung der bekleideten Stelle können die Männer bis 250 M, die weiblichen Hilfskräfte bis 150 M (bei ihrer besonderen Veranlagung auch noch mehr) monatlich bekommen.

e) Die verheirateten bzw. verwitweten Hilfskräfte erhalten neben ihrer Vergütung vom 1. Dezember d. J. an Familienbeihilfen, und zwar monatlich für die Ehefrau 15 M (bisher 10 M), für jedes Kind unter 16 Jahren 10 M (bisher 5 M).

f) Die einzelnen Vergütungssätze, die gezahlt werden, sollen unter Berücksichtigung der vorstehenden Grundsätze nachgeprüft und gegebenenfalls vom 1. Dezember d. J. an erhöht werden.

Von diesem Beschlusse soll den Stadtverordneten Mitteilung gemacht werden." — Das ist hiermit geschehen.

Vorsitzender: Damit ist der eine Punkt erledigt, der die Aushilfsbeamten betrifft. Es ist das lediglich eine Mitteilung über das, was der Magistrat mit der verstärkten Finanzkommission beschlossen hat.

Stadtv. **Frede:** Ich gestatte mir, noch darauf aufmerksam zu machen, daß im Anschluß an den zuletzt verlesenen Punkt, daß die einzelnen Sätze geprüft werden sollen, eine Anfrage an den Magistrat gerichtet ist, ob diese Prüfung erfolgt sei. Darauf hat der Magistrat in der Sitzung der verstärkten Finanzkommission erklärt, daß sie durchgeführt sei und die Regelung damit ihren Anfang genommen habe.

Ich gehe nun über zu der Behandlung der Teuerungszulagen, die an die Beamten und Lehrer gezahlt werden sollen. Ich werde das aus dem Gedächtnis vortragen, denn das wird leichter verständlich sein, als wenn ich die neuen Grundsätze des § 6 verlese. Ich habe den Herren ein Bild zu geben, inwiefern der Magistrat den Anträgen nachzugeben denkt, die hier gesagt waren, und muß dabei zunächst erinnern an das, was beantragt war. Dabei will ich vorläufig die neue Fassung des § 6 nicht weiter erwähnen, sondern nur anführen, welchen Anträgen der Magistrat zugestimmt hat.

Es war beantragt von Seiten der Finanzkommission, daß die Teuerungszulage für Kinder von städtischen Beamten, falls sie in städtischen Diensten beschäftigt sind und nach den Grundsätzen eine Teuerungszulage bekommen würden, nicht zu streichen sei. Der Magistrat hatte beantragt, daß in solchen Fällen nur das Familienoberhaupt, das im städtischen Dienst beschäftigt ist, eine Teuerungszulage erwarten könne. Der Staat hatte gesagt: Falls die Frau eines Beamten vom Staate beschäftigt wird, wird diejenige Teuerungszulage bezahlt, die die höhere ist, die geringere fällt fort. Der Magistrat hatte dem noch hinzugefügt: Auch wenn Kinder von städtischen Beamten von der Stadt beschäftigt werden, kommt die Teuerungszulage für die Kinder in Fortfall. Dieser Passus von den Kindern ist in der Stadtverordnetenversammlung gestrichen, und der Magistrat hat sich damit einverstanden erklärt.

Dann hatte ich beantragt, daß eine bisher bezahlte Zulage für die Frau bestehen bleiben solle, was auch von der Versammlung angenommen ist, und auch dem hat der Magistrat zugestimmt.

Bezüglich der Kinderbeihilfe war von Herrn Stadtv. Direktor Schmidt beantragt, daß statt 180 \mathcal{M} bei dem 4., 5. und 6. Kinde 200 \mathcal{M} gezahlt werden sollten, und auch dem hat der Magistrat zugestimmt.

Von Herrn Salomon war in die Grundsätze der Begriff des eigenen Hauses bei ledigen Beamten hineingebracht. Der Magistrat hatte sich, wie den Herren erinnerlich sein wird, anfangs gegen die Berücksichtigung des eigenen Hausstandes ausgesprochen, hat ihn jetzt aber berücksichtigt. Die Kommission hatte sich in der Vorberatung dahin schlüssig gemacht, daß bei Gehältern bis zu 2300 \mathcal{M} eine Grundrente von 420 \mathcal{M} zu zahlen sei, bei höheren Gehältern 360 \mathcal{M} . Dem hat der Magistrat zugestimmt. Nun hatte die Kommission beantragt, daß bei der Familienzulage nicht, wie der Magistrat gewünscht hatte, eine Grenze bei 3000 \mathcal{M} gezogen würde und darnach 240 \mathcal{M} oder 360 \mathcal{M} gezahlt werden sollten, sondern daß drei Gruppen eingerichtet werden sollten, nämlich daß bis zu 2300 \mathcal{M} 240 \mathcal{M} , bei einem Gehalt von 2300—3000 \mathcal{M} 300 \mathcal{M} und bei einem höheren Gehalt 360 \mathcal{M} Familienzulage gewährt werden sollten. Der Antrag Salomon stieß dies um und faßte nur zwei Gruppen ins Auge: bis

2300 \mathcal{M} 240 \mathcal{M} und bei einem höheren Gehalt als 2300 \mathcal{M} 360 \mathcal{M} Familienzulage, und das ist von der Stadtverordnetenversammlung angenommen. Der Magistrat hatte nun in der ersten Bearbeitung der Tabelle gemeint, daß die Teuerungszulage von 420 \mathcal{M} auch die Grundteuerungszulage für die anderen Fälle sein solle, und dadurch kamen zu hohe Sätze heraus. Die Sache stellt sich jetzt so, daß als Grundteuerungszulage für Gehälter bis einschließlich 2300 \mathcal{M} ledige Beamte oder Lehrer ohne eigenen Hausstand 420 \mathcal{M} erhalten. Ein lediger Beamter oder Lehrer mit einem Gehalt bis zu 2300 \mathcal{M} und mit eigenem Hausstande soll diese Grundteuerungszulage bekommen und dazu nach § 6, wie er jetzt vom Magistrat vertreten wird, noch 120 \mathcal{M} weitere Zulage, demnach insgesamt 540 \mathcal{M} . Darauf bleibt der Magistrat bestehen, und die verstärkte Finanzkommission hat sich dem dann auch angeschlossen. Ich mache darauf aufmerksam, daß dieser Satz, wie er dem Wunsche des Magistrats entspricht, dieselbe Höhe zeigt, wie der staatliche Satz für die gleiche Gruppe, nämlich 540 \mathcal{M} . Handelt es sich um verheiratete oder verwitwete Beamte ohne Kinder, so würde bei einem Gehalt bis zu 2300 \mathcal{M} die Grundteuerungszulage 420 \mathcal{M} betragen, aber die Familienzulage 180 \mathcal{M} , so daß eine Gesamtteuerungszulage von 600 \mathcal{M} herauskommt. Bei Vorhandensein von Kindern werden für das erste, zweite und dritte Kind je 180 \mathcal{M} Kinderzulage gewährt und nach dem Antrage Schmidt für das vierte, fünfte und sechste Kind 200 \mathcal{M} , so daß ein verheirateter oder verwitweter Beamter bis zu 2300 \mathcal{M} mit einem Kinde bekommen würde 780 \mathcal{M} , mit zwei Kindern 960 \mathcal{M} , mit drei Kindern 1140 \mathcal{M} , mit vier Kindern 1340 \mathcal{M} , mit fünf Kindern 1540 \mathcal{M} und mit sechs Kindern 1740 \mathcal{M} .

Bei der Gruppe mit einem Gehalt über 2300 \mathcal{M} (die Gruppen über 4800 \mathcal{M} und 7800 \mathcal{M} brauche ich nicht besonders zu besprechen, weil überall bei einem höheren Gehalt als 2300 \mathcal{M} dieselben Sätze in Betracht kommen) beträgt die Grundzulage 360 \mathcal{M} . Das ist auch der Satz für Ledige ohne eigenen Hausstand. — Der Staat zahlt für diese nur 300 \mathcal{M} ; hier übertrifft also das, was die Stadt zahlt, das, was der Staat dieser Gruppe zugesichert hat. Diejenigen ledigen Beamten oder Lehrer, die einen eigenen Hausstand haben, sollen daneben eine Zulage von 240 \mathcal{M} bekommen. Nach dem Antrage Salomon würden sie $360 + 360 \mathcal{M}$ bekommen haben, aber der Magistrat wünscht, daß hier nicht über 600 \mathcal{M} hinausgegangen wird, weil er meint, daß ein lediger Beamter nicht gleichgestellt werden kann mit einem verheirateten oder verwitweten Beamten oder Lehrer ohne Kinder. Ich muß darauf aufmerksam machen, daß der Ausdruck „ohne Kinder“ mit der Einschränkung zu verstehen ist, daß es sich nur um Kinder unter 16 Jahren handelt; ältere Kinder, die ein eigenes Einkommen über 360 \mathcal{M} haben, werden nicht gerechnet. Man muß zugeben, daß der Stand der Verheirateten oder Verwitweten anders zu bewerten ist als der der Ledigen, auch wenn sie einen Haus-

stand haben, so daß der Standpunkt nicht unberechtigt ist, wenn der Magistrat sagt: Die Beamten mit eigenem Hausstande, die ledig sind, sollen nicht mehr als 600 *M* Zulage erhalten, dagegen verheiratete oder verwitwete 720 *M*, nämlich die Grundteuerungszulage von 360 *M* und eine Familienzulage von 360 *M*. Das ist der ganze Unterschied zwischen der Ansicht des Magistrats und dem Antrage Salomon; er betrifft nur die ledigen Beamten mit eigenem Hausstande, wobei bei der ersten Gruppe zu bemerken ist, daß derselbe Satz von 540 *M* wie in der Stadt auch vom Staate gezahlt wird. Im übrigen ist der Magistrat allen Anträgen der Versammlung gefolgt.

Der verheiratete oder verwitwete Beamte mit einem Einkommen über 2300 *M* bekommt $360 + 360 \text{ *M*} = 720 \text{ *M*}$, bei einem Kinde 180 *M* mehr = 900 *M*, bei 2 Kindern 1080, bei 3 Kindern 1260. Beim 4., 5. und 6. Kinde sind nach dem Antrage Schmidt 200 *M* zuzulegen, so daß dann 1460 *M*, 1660 *M* und 1860 *M* gezahlt werden. Es ist zu bedauern, daß wir bei den Sägen, die für Familien mit zahlreichen Kindern gewährt werden, hinter denen des Staates zurückbleiben; der Staat zahlt bei 4, 5 und 6 Kindern 1500, 1734 und 1980 *M*. Aber man muß zugeben, daß diese Fälle nur selten vorkommen, und daß es schwer ist, dafür etwas zu tun — in die Grundsätze hätte sich schwer eine Bestimmung für die kinderreichen Familien hineinbringen lassen.

Die neue Form der Grundsätze des § 6 glaube ich nach diesen Ausführungen nicht noch besonders verlesen zu brauchen, sie trifft das, was ich eben ausgeführt habe. Wir sind in der verstärkten Finanzkommission zu einem Verständigungsfrieden mit dem Magistrat gekommen, und ich bitte die Versammlung, namens der Kommission, dieser Erledigung zustimmen zu wollen.

Vorsigender: Diese Angelegenheit steht zur Beratung und zur erneuten Beschlußfassung der Versammlung, weil in der vorigen Sitzung ein Beschluß gefaßt ist, der von dem heute Vorgetragenen abweicht. — Es nimmt niemand das Wort. Ich nehme an, daß die Grundsätze, wie sie von Herrn Frede vorgetragen sind, die Zustimmung der Versammlung finden.

Ist sonst noch etwas über diesen Punkt zu bemerken? Ist nicht über die Beschaffung von Kleidung für die städtischen Straßenarbeiter zu berichten? — Es ist darüber in der verstärkten Finanzkommission beschlossen worden: Die Beschaffung von Kleidung für die Arbeiter der städtischen Straßenreinigung durch die Stadtverwaltung ist infolge der Kriegsverhältnisse nicht mehr durchführbar. Der Stadtmagistrat empfiehlt daher, die Beschaffung durch die Arbeiter selbst besorgen zu lassen und den für das laufende Rechnungsjahr dafür vorgesehenen Betrag von je 29 *M* auf 40 *M* mit der Maßgabe zu erhöhen, daß die eine Hälfte mit 20 *M* jedem beteiligten Arbeiter sofort, der Rest aber erst dann gezahlt wird, wenn der Nach-

weis der Beschaffung des erforderlichen Bekleidungsstücks erfolgt ist. Der verstärkte Finanzausschuß stimmte dielem Antrage unter Verwilligung eines Satzes von 50 *M* zu.

Wir ist nicht erinnerlich, ob diese Angelegenheit der endgültigen Regelung zwischen Magistrat und Finanzkommission überwiesen ist. (Zuruf.) Dann würde dies also nicht mehr zur Beratung und Beschlußfassung stehen.

14. Instandsetzung der Direktorenwohnung im städtischen Schlachthause.

Stadtv. **Göde:** Am 1. April tritt der Schlachthausdirektor Koch in den Ruhestand. Seine Dienstwohnung im städtischen Schlachthause wird alsdann von seinem Nachfolger, Herrn Dr. Kramer, bezogen werden. Sie muß gründlich instand gesetzt und einige Mängel der Wohnung müssen beseitigt werden. Insbesondere fehlt ihr ein Badezimmer, ferner ist der Küchenherd vollständig abgängig, sowie ein Ofen in einer Kammer. Auf Wunsch des Herrn Dr. Kramer soll im Badezimmer auch ein Klosett und ein Waschbecken angebracht werden. Da Herr Direktor Koch eine lange Reihe von Jahren in dieser Wohnung gewohnt hat, so kann man sich denken, daß eine Instandsetzung vorgenommen werden muß, aber bei den heutigen Preisen kann einem angst werden, wenn er zur Instandsetzung einer Wohnung schreiten muß. Deshalb verwundern Sie sich bitte nicht, wenn ich Ihnen mitteile, daß für Instandsetzung der Wohnung, Einrichtung des Badezimmers und das Ziehen einer neuen Wand, Einbrechen von Tür und Fenster 4800 *M* gefordert werden. Ich bin ja selbst Sachverständiger, aber ich muß sagen, daß die Prüfung der Kosten heute illusorisch geworden ist. Wir müssen es dem Stadtbauamt überlassen, bei der Ausführung der Arbeiten nach Möglichkeit Ersparnisse eintreten zu lassen. Die Einzelpreise sind so hoch, daß Sie den Kopf schütteln würden, wenn ich sie Ihnen mitteilen würde. Ich bedaure den Hausbesitzer, der heute derartige Ausbesserungen zu machen gezwungen ist; das wieder durch Vermietung der Wohnung herauszubekommen, ist unmöglich. Die Einrichtung der Wohnung für den neuen Direktor des Schlachthauses muß aber gemacht werden, wenn er dort — und hoffentlich recht lange Jahre — wohnen soll. Die Baukommission hat sich mit der Sache beschäftigt und ist zu dem Resultat gekommen, Ihnen zu empfehlen, dem Antrage des Magistrats Folge zu geben. Die Summe wird zu Lasten der Schlachthauskasse zu bewilligen sein.

Die angeforderten Kosten für Instandsetzung der Dienstwohnung werden bewilligt.

15. Richtlinien für das städtische Wohlfahrtsamt und Wahl von Vorstandsmitgliedern.

Stadtv. Dr. **Kahlert**: Der Stadtmagistrat hat an die geehrten Herren folgenden Schreiben gerichtet:

Im Laufe der Zeit ist bei der Handhabung der Wohlfahrtspflege und der verschiedenen Fürsorgezweige immer dringender die Notwendigkeit hervorgetreten, eine Einrichtung zu treffen, durch welche die auf diesen Gebieten herrschende Mannigfaltigkeit und Zersplitterung durch übersichtliche Zusammenfassung, durch Fühlungnahme miteinander, durch Meinungsaustausch und zielbewußte gemeinsame Arbeiten bekämpft und die Ausfüllung von Lücken in der Fürsorge ermöglicht wird.

Die städtische und die kirchliche Armen- und Gemeindepflege, die Stiftungen und Wohltätigkeitsvereine, die Maßnahmen der Kriegshilfe, die in neuerer Zeit fortschreitend entwickelten Veranstellungen der gesundheitlichen, wirtschaftlichen und geistigen Fürsorge, der Versicherung, der Selbsthilfe der Arbeiterchaft, der Angestellten und der anderen Berufsverbände lassen es, ohne daß die Selbstständigkeit der einzelnen Einrichtungen irgendwie beeinträchtigt werden soll, nach dem übereinstimmenden Urteil zahlreicher Beteiligter und nach dem Vorgange anderer Städte sehr erwünscht erscheinen, durch eine städtische Dienststelle, die fortgesetzt in Verbindung mit den verschiedenen Vorständen und Anstaltsleitern steht, die Bestrebungen auf dem Gebiete der Volkswohlfahrt und des Unterstützungswesens einheitlicher zu gestalten und zweckmäßiger auszubauen.

Dem Antrage der Armendirektion entsprechend, haben wir demgemäß die nachstehenden Richtlinien für das städtische Wohlfahrtsamt aufgestellt. — An die geehrten Herren richten wir das ergebene Ersuchen,

1. diesen Richtlinien zustimmen zu wollen,
2. aus den Kreisen der hiesigen Einwohner und Einwohnerinnen sechs Personen in den Vorstand des städtischen Wohlfahrtsamts zu wählen."

Auch diese Vorlage folgt einem Zuge der Zeit. Es ist dringend notwendig, für die allgemeine Wohlfahrtspflege von städtischer Seite eine Zentralstelle zu schaffen, so daß sie eine Einheit bildet. Ich habe deshalb im Auftrage der Statutenkommission Annahme dieser Richtlinien zu empfehlen. Sie lauten:

„1. Das städtische Wohlfahrtsamt hat die Aufgabe, durch Zusammenfassung der vom Reiche, den Bundesstaaten, der Stadtverwaltung, der kirchlichen Gemeindepflege, den Stiftungen und Wohltätigkeitsvereinen, den Versicherungsträgern, der Arbeiterchaft, den Angestelltenverbänden und anderen Stellen getroffenen Wohlfahrts Einrichtungen eine übersichtliche, planmäßige, gemeinsame Fürsorge anzustreben und durchzuführen.

2. Dieser Aufgabe wird sich das städtische Wohlfahrtsamt durch Fühlungnahme und Verhandlungen mit den beteiligten Behörden, Körperschaften und Anstalten, durch Meinungsaustausch in Versammlungen und Unterausschüssen, durch Ausbau einer städtischen Hauptmelde- und Auskunftsstelle für Unterstützte, durch allgemeine Mitteilungen an die Presse, durch Anträge und Anregungen an die zuständigen Stelle widmen.

3. Das städtische Wohlfahrtsamt besteht aus einem Vorstande von 7 Personen. Den Vorsitzenden und dessen Stellvertreter bestimmt der Stadtmagistrat, die 6 Beisitzer werden von der Stadtverordnetenversammlung aus der Zahl der hiesigen Einwohner und Einwohnerinnen gewählt. Die nötigen Hilfskräfte stellt der Stadtmagistrat. Die Kosten, die durch die Tätigkeit des Amtes entstehen, werden aus städtischen Mitteln gedeckt.

4. Das städtische Wohlfahrtsamt gibt sich seine Geschäftsordnung selbst und wird Unterausschüsse zur Durchführung seiner Aufgaben nach Bedarf bilden."

Stadtrat von Franzenberg: Meine Herren. Es wird Ihnen vielleicht erwünscht sein, einen kurzen Überblick darüber zu bekommen, in welcher Weise die Tätigkeit der Unterausschüsse gedacht ist. Ich habe geglaubt, man sollte demnächst, wenn der Vorstand des Wohlfahrtsamtes gebildet ist, empfehlen, daß er nach den Aufgabegebieten unserer Wohlfahrtspflege eine Arbeitsteilung in den Unterausschüssen stattfinden läßt. Wir müssen das große Gebiet der Jugendfürsorge besonders bearbeiten und haben schon seit Jahren einen Ausschuß für Jugendfürsorge, der sich in eine ganze Reihe von Ausschüssen — für Säuglingspflege, für die sittlich gefährdete Jugend, für die schwach Befähigten, für kränkelige Kinder, für Kinderhorte, für Speisung und Bekleidung, für Arbeitsnachweis — teilt. Ich glaube, daß es ferner ratsam sein würde, einen Unterausschuß der öffentlichen Anstalten einzusetzen, ferner einen Unterausschuß, der das Gebiet der Speisung, Kleidung und der Weihnachtsbescherungen möglichst einheitlich umfaßt und durch Meinungsaustausch in geregelte Form zu bringen hätte, und endlich einen anderen Unterausschuß, den Wohlfahrtsausschuß, der besonders die soziale Fürsorge auf sein Banner schreibt und sein Ziel in dieser Richtung zu erreichen sucht durch Rechtsrat, Arbeitsvermittlung — ohne dem städtischen Arbeitsamt ins Gehege zu kommen — und weiter die Maßregeln, die mit der Wohlfahrtspflege zusammenhängen, wie das Versicherungswesen. Es wird weiter in dem Ausschuß davon zu sprechen sein, daß wir eine einheitliche Nachweistelle der kirchlichen und städtischen Armenpflege für die mit Gaben Bedachten und für Bewerber einrichten. Darnach wird eine große Reihe von Mitbürgern und Mitbürgerinnen in den Unterausschüssen tätig sein müssen, und nur dadurch, daß wir mit gesundem Unterbau und

bei reger Tätigkeit des Vorstandes arbeiten, wird es ermöglicht werden, daß wir das erreichen, was durch das Wohlfahrtsamt bezweckt ist. Ich hoffe, daß die verehrten Herren, soweit sie dazu berufen werden, bei diesem Wohlfahrtsamte mitzuarbeiten, uns bei dieser Gelegenheit freundlichst unterstützen werden.

Stadtv. Salomon: Ich möchte mir gestatten, eine kurze Ergänzung zu den uns gewordenen Mitteilungen hinzuzufügen. In jüngster Zeit ist im Preussischen Ministerium des Innern ein besonderes Jugendfürsorgegesetz fertiggestellt. Dies gibt den Gemeinden auf, besondere Jugendämter zu gründen, die die Aufgabe erhalten, alle Fürsorgeeinrichtungen, die sich speziell auf die Jugend beziehen, zu vereinigen. Es wäre deshalb wohl ganz gut, wenn bei Gründung dieses städtischen Wohlfahrtsamtes gleich die Gründung eines solchen Jugendamts, das in Preußen, da ein Gesetz vorliegt, voraussichtlich eine ziemlich fest umrissene Form bekommen wird, mit ins Auge gefaßt würde. Ich nehme an, daß der braunschweigische Staat dem Vorbilde des preussischen auch in dieser Beziehung folgen wird.

Stadtrat von Franckenberg: Ich bin Herrn Salomon für seine Anregung sehr dankbar. In unserem Jugendfürsorgeausschuß haben wir schon die Grundzüge einer derartigen Veranstaltung, und durch das Wohlfahrtsamt und die Richtlinien dafür, die den geehrten Herren unterbreitet sind, werden wir eine festere Form dafür gewinnen. Ich bestätige aber ohne weiteres, daß die Aufgaben eines derartigen Jugendfürsorgeamts durch das Wohlfahrtsamt mit erfaßt werden sollen. Ich hoffe, daß die braunschweigische Regierung, da wir auf das Reichsfürsorgegesetz noch warten müssen, sich dem preussischen Beispiel in absehbarer Zeit anschließen wird, und ich werde es mit Freude begrüßen, wenn wir nicht nur für die Stadt Braunschweig, sondern auch für die übrigen Städte und Gemeinden des Herzogtums derartige segensreiche Veranstaltungen haben könnten, denn durch die Verbindung unter den hiesigen und den auswärtigen Veranstaltungen würden wir bei Wohnungswechsel recht gedeihliche Erfahrungen erzielen können.

Vorsitzender: Die Wahlen für das städtische Wohlfahrtsamt werden nachher in der vertraulichen Sitzung stattfinden. — Da gegen die Richtlinien Widerspruch sich nicht erhoben hat, nehme ich das Einverständnis der Versammlung damit an.

16. Erhöhung des Gaspreises.

Stadtv. Munte: Die sprunghafte Erhöhung aller Bedarfsartikel im öffentlichen Leben macht es notwendig, nach kurzer Zeit auch wieder eine Erhöhung des Gaspreises für die Stadt festzusetzen. Herr von Feilitzsch, der Direktor der städ-

tischen Gas- und Wasserwerke, legt in einer umfangreichen Schrift, die er dem Magistrat eingereicht hat, alle Gründe dar, die ihn veranlassen, den städtischen Behörden vorzuschlagen, eine Erhöhung des Gaspreises um einen Pfennig vorzunehmen. Die Begründung gipfelt in der Hauptsache in der Kohlenverteuerung. Seit dem 1. Oktober 1917 ist eine abermalige Verteuerung der Gas Kohlen ab Zeche um 2,90 *M* für die Tonne eingetreten. Sodann ist die Zuteilung eines großen Teiles von Kohlen an die Stadt von denjenigen Zechen aus eisenbahntechnischen Gründen nicht mehr möglich, von denen wir sie bisher bezogen und die uns die günstigsten Frachtraten boten, und die Neueinteilung hat es mit sich gebracht, daß die Kohlen uns um 1 *M* pro Tonne teurer zu stehen kommen werden. Ferner sollen seit dem 1. Oktober nach behördlichen Bestimmungen auf dem Mittellandkanal Kohlenladungen für Private nicht mehr befördert werden, wodurch für uns die Fracht verteuert wird. Auch die Frachten für die Schleppfähre auf dem Rhein-Weser-Kanal sind um 100 Prozent erhöht, und das bedeutet für die Tonne Kohlen für uns eine Verteuerung um 65 Pf. Da nach dem Vorschlage der Gaswerke für das Jahr mit einem Kohlenverbrauch von 42 400 Tonnen gerechnet werden muß, so verursachen die vorgenannten Verteuerungen eine Mehrausgabe von 120 000 *M*. Um diese Mehrausgabe einzubringen, soll der Preis für Koks um 10 Pf. pro Zentner erhöht werden, wodurch 35 200 *M* hereingebracht würden. Es bliebe dann immer noch ein Fehlbetrag von rund 85 000 *M*. Diese würden wir herausbekommen, wenn der Gaspreis um einen Pfennig erhöht wird, denn wir haben im ganzen ungefähr 8 Millionen Kubikmeter Gas abgegeben.

Der Magistrat teilt uns mit, daß sich die Verwaltungsdeputation der Gaswerke mit dem Antrage des Herrn Direktor von Feilisch beschäftigt hat, daß er derselben Meinung ist und um die Erhöhung des Gaspreises ersuchen müsse, und schreibt:

„Wir betrachten diese abermalige Erhöhung des Gaspreises, zu der sich unsere Stadt ebenso wie die große Mehrzahl der übrigen Städte notgedrungen wird verstehen müssen, selbstverständlich nur als eine vorübergehende Maßregel, auf die die Stadt verzichten müssen, sobald die Kohlenpreise wieder herabgehen. Bei Lage der gegenwärtigen Verhältnisse müssen wir anheimgeben, gefälligst zustimmen zu wollen, daß vom 1. April d. J. an der Gaspreis für das durch gewöhnliche Messer abgegebene Gas von 17 Pf. auf 18 Pf. und für das Automaten-gas von 18 auf 19 Pf. für das Kubikmeter erhöht wird.“

Ich will wünschen, daß dieser Hinweis, daß es sich nur um eine vorübergehende Maßregel handelt, sich einmal bewahrheitet. Heute läßt sich das noch nicht übersehen, aber viele Leute glauben nicht daran, daß diese Preise wieder heruntergesetzt werden. Herr Direktor von Feilisch hat sich die Mühe gemacht, seinem Schreiben in einem großen Verzeichnis die Preise für Gas in den verschiedenen

Städten zur Vergleichung beizufügen. Man kann daraus ersehen, daß in den allermeisten Städten 20 Pf. und darüber für das Kubikmeter Gas bezahlt werden müssen. Es findet sich natürlich auch einmal eine Stadt, die billigeres Gas hat, aber das kommt nur selten vor. Halle a. d. Saale z. B. hat 20 Pf. und andere Städte sogar 22 Pf. in Rechnung gestellt. Wie die Verhältnisse nun einmal liegen, bleibt wohl nichts übrig, als dem Magistratsantrage zuzustimmen. Die Finanzkommission hat sich mit dem Antrage beschäftigt, hat sich einstimmig — ich habe wenigstens nicht bemerkt, daß jemand anderer Meinung gewesen ist — mit dem Antrage einverstanden erklärt, und ich bitte Sie, ebenfalls dem Antrage zuzustimmen.

Stadtv. **Frede:** Die Gaskonsumenten werden wohl oder übel den Preis bezahlen müssen; sie würden es aber lieber tun, wenn mit dem erhöhten Preise auch eine Verbesserung des Gases verbunden wäre. Die Klagen in der Bevölkerung über die schlechte Beschaffenheit des Gases sind außerordentlich groß und auch leider berechtigt. Noch gestern habe ich Klagen darüber gehört und bin gebeten, hier zu versuchen, ob eine Besserung erreicht werden könnte. Auch in der Kommission haben wir über die Sache gesprochen, ich würde es aber gern sehen, wenn von maßgebender Stelle aus erklärt würde, woran es liegt, daß unser Gas jetzt so viel zu wünschen übrigläßt. Es ist allgemein die Meinung vorherrschend, daß bei dem Gas seitens der Stadt gespart würde. Ich bin der Ansicht entgegengetreten, denn ich weiß, daß das nicht der Fall ist. Auch der Druck des Gases soll ja besser geworden sei. Ich möchte den Magistrat bitten, darüber Auskunft zu geben, ob es nicht möglich wäre, eine Verbesserung des Gases zu erzielen.

Oberbürgermeister **Hettemeyer:** Es ist selbstverständlich, daß der Magistrat nur schweren Herzens Ihnen mit einer solchen Vorlage kommt in einer Zeit, wo wir anerkennen müssen, daß die Ware, die wir liefern, sehr minderwertig ist. Der Magistrat ist nach verschiedenen Richtungen hin bemüht gewesen, dem Übelstande abzuhelpen, auch Herr Baurat von Heilighaus hat sich Tag für Tag darum bemüht, aber es ist nicht gelungen. Die geringe Beschaffenheit des Gases liegt einzig und allein an den schlechten Kohlen, die uns zur Gaserzeugung zur Verfügung stehen. Der Druck ist jetzt teilweise stärker, als er vor dem Kriege gewesen ist. Aus den mangelhaften Kohlen läßt sich nur ein minderwertiges Gas erzeugen, und nicht nur das, auch die Ausbeute an Gas aus diesen Kohlen ist erheblich geringer als früher. Unser Sachverständiger ist der Ansicht, daß das Übel seinen Grund darin hat, daß wir Oberflächenkohlen bekommen; aber alles Reklamieren und alle Beschwerden dagegen haben nichts genützt. Die Verhältnisse sind heutzutage außerordentlich schwierig. Wenn man fordert, man möge uns besser bedenken, so be-

kommt man die Antwort, man möge froh sein, überhaupt etwas zu bekommen -- das wissen Sie ja alle. Die Transportchwierigkeiten im allgemeinen, die großen Militärtransporte und verschiedene andere Mißstände haben zusammengewirkt, so daß es augenblicklich nicht möglich ist, Besserung zu erreichen. Die Klagen über das mangelhafte Brennen sollen übrigens, wie Herr Baurat von Feilighs angezeigt hat, dadurch veranlaßt sein, daß bei der jetzigen Minderwertigkeit des Gases nicht mehr wie früher durch die Düsen dem Brenner von außen Luft zugeführt werden darf. In der Regel wird Abhilfe gegen das plötzliche Verlöschen der Flamme dadurch geschaffen, daß man die Düsen mit einem feuchten Lappen, mit Leder und etwas ähnlichem zubindet; mit der Flamme kommen solche Sachen ja nicht in Verbindung, so daß sie nicht verbrennen können. Das Gas selbst gibt, wenn es in einem passenden Brenner unter dem richtigen Druck verbrannt wird, ein tadelloses Licht, davon habe ich mich selbst überzeugt. Ich wiederhole: Wir sind bemüht, an den Zuständen zu bessern, soweit es in unseren Kräften steht. Eine wesentliche Besserung wird aber erst dann gelingen, wenn wir bessere Kohlen bekommen.

Stadtv. Meyerhoff: Was Herr Frede vorgetragen hat, ist auch mir mitgeteilt, und da ich der Deputation der Gaswerke angehöre, so können Sie sich denken, daß ich gegenüber unseren Mitbürgern in dieser Sache keinen leichten Stand habe, wenn ich das Gaswerk verteidigen muß. Wie Sie hören, hat die Deputation den Beschluß, den Gaspreis wieder um einen Pfennig aufzuschlagen, nur schweren Herzens gefaßt. Woran es liegt, daß das Gas jetzt schlechter als früher ist, darüber hat der Herr Oberbürgermeister schon aufgeklärt. Es liegt tatsächlich an den schlechten Kohlen. Herr Direktor von Feilighs schlug uns schon vor, wir sollten einen Teil dieser minderwertigen Kohlen lieber zu anderen Heizzwecken abgeben, weil die Ausbeute daraus zu gering sei. Aber in der Deputation haben wir denn doch gesagt: Wir wollen lieber die schlechten Kohlen behalten, als daß wir in 3—4 Wochen gar keine Kohlen mehr für das Gaswerk haben. Deshalb ist die Abgabe nicht geschehen. Wir wollen mit den schlechten Kohlen weiter wirtschaften, um dem Publikum wenigstens etwas bieten zu können. Aber davor möchte ich die Deputation gewahrt wissen, als ob sie ins Blaue hinein handelte. Sie will nicht sparen und will auch nicht unnötigerweise den Gaspreis erhöhen. Nur schweren Herzens ist die Gaspreiserhöhung von der Deputation vorgeschlagen.

Die Versammlung stimmt der vorgeschlagenen Erhöhung zu.

17. Errichtung eines Pförtnerhäuschens für das Schlachthausgrundstück.

Stadtv. Trinks: Man hat die Wahrnehmung gemacht, daß auf dem Schlachthausgrundstück wiederholt Fleischteile und auch andere Gegenstände abhanden

kommen. Infolgedessen hat der Schlachthausausfluß beschlossen, dahin zu wirken, daß sämtliche Nebeneingänge des Schlachthausgrundstücks dauernd geschlossen gehalten werden und der Haupteingang an der Hamburgerstraße durch einen Pförtner bewacht wird. Zu dem Zwecke soll dort ein Pförtnerhäuschen errichtet werden. Es liegt ein Entwurf vom städtischen Hochbauamt vor, welcher ein Häuschen einfacher Art mit einem Pförtnerzimmer und einem Durchgang vorsieht, so daß eine genaue Kontrolle des Zu- und Abgangs im Schlachthause möglich ist. Nach dem Anschlage werden sich die Kosten auf 4800 *M* stellen. Es wird beantragt, diesem Entwurf zuzustimmen und die 4800 *M* zu Lasten der Schlachthauskasse zu bewilligen. Die Baukommission ist sich einstimmig dahin schlüssig geworden, den Bau zu empfehlen, und ich beantrage hiermit namens der Kommission, dem Antrage zuzustimmen.

Der Bau eines Pförtnerhäuschens wird genehmigt und die Summe von 4800 *M* bewilligt.

18. Bewilligung eines außerordentlichen Zuschusses für die Mädchenhorte.

Stadtv. **Frede:** Aus der gegenüber früheren Zeiten stärkeren Beschäftigung von Frauen und Müttern in gewerblichen Betrieben hat sich vielfach die Notwendigkeit einer verstärkten Fürsorge für die schulpflichtigen Kinder ergeben. Der Verein für Mädchenhorte hat sich deswegen an den Magistrat gewandt und darauf verwiesen, daß diese vermehrte Fürsorge dadurch ausgeführt werden könne, daß die Mädchen, welche in die Mädchenhorte aufgenommen sind, nicht erst um 3 Uhr, sondern schon um 1 Uhr, unmittelbar anschließend an den Schulunterricht, der Überwachung durch die Mädchenhorte ausgesetzt werden. Die Sache würde sich so regeln lassen, daß die Mädchen in den Schulen, wo Schulküchen sich befinden, um 1 Uhr essen, bis um 3 Uhr in den Horten dieser Schulen verbleiben und dann von der Lehrerin den anderen Horten zugeführt werden. Natürlich bedingt diese vermehrte Überwachung einen größeren Kostenaufwand, der auf jährlich 1000 *M* geschätzt ist. Der Magistrat hat sich überzeugt, daß diese Ausgabe wohl angewendet sei, und empfiehlt den Herren Stadtverordneten, diese Ausgabe zu bewilligen, und zwar zu Lasten der Wohlfahrtskasse. Die Finanzkommission ist der Ansicht, daß dem Antrage stattgegeben werden müsse, und bittet Sie, sich dieser Meinung anzuschließen.

Der außerordentliche Zuschuß für die Mädchenhorte wird bewilligt.

19. Anfrage Kiefe über Stellungnahme des Magistrats zu einem Mittellinienentwurf für den Mittellandkanal.

Wortlaut der Anfrage j. E. 428.

Stadtov. **Kiefe** (zur Begründung): Am 8. Januar hielt Herr Professor Franzins seinen Vortrag über das von ihm neu ausgearbeitete Mittellinienprojekt, und nach dieser Versammlung gingen verschiedene Notizen durch die Presse, die es zweifelhaft erscheinen lassen konnten, ob Herr Stadtbaurat Gebensleben im Auftrage des hiesigen Stadtmagistrats gehandelt habe, als er seine Erklärungen in der Versammlung abgab. Es wurde in der Magdeburger Zeitung geschrieben:

„Es ist richtig, daß die anwesenden Vertreter der Südlinie ungefähr einstimmig erklärten, daß die Mittellinie für sie kein brauchbarer Vermittlungsvorschlag sei. Von Bedeutung dürfte aber sein, daß der Vertreter der Stadt Braunschweig, Stadtbaurat Gebensleben, erklärte, daß die Mittellinie sämtliche Anforderungen, die die Stadt Braunschweig an einen Kanal stellen müsse, erfülle. Da die Stadt Braunschweig ungefähr ein Drittel der Bevölkerung des Herzogtums enthält, dürfte diese Erklärung von großer Bedeutung sein.“

Der Ausschuß für den Bau der Südlinie hat sich mit dieser Mitteilung beschäftigt, und da es nach ihr schien, daß in dieser Sache das letzte Wort seitens der Stadt schon gesprochen sei, so hat er mich beauftragt, eine Anfrage an den Magistrat zu stellen, denn es geht aus der Mitteilung nicht hervor, ob die Äußerung des Herrn Stadtbaurat Gebensleben seine persönliche Meinung darstellt oder die des Stadtmagistrats. Ist es seine persönliche Ansicht gewesen, so ist dazu zu sagen, daß jeder das Recht hat, sich über das Kanalprojekt zu äußern. Es kommt uns aber darauf an, festzustellen, ob es nur eine private Meinung war. Ist das der Fall, dann ist der Ausschuß befriedigt und weiß, wie die Sache liegt.

Stadtbaurat **Gebensleben**: Zu der Sitzung des Architekten- und Ingenieurvereins waren verschiedene Vereine und Körperschaften eingeladen, der Magistrat aber hatte zu dieser Versammlung keine Einladung erhalten, ist infolgedessen dort auch nicht erschienen und hat keine Gelegenheit gehabt, dort zum Wort zu kommen. Wenn ich an jenem Abend die Sitzung des Vereins besucht habe, so bin ich lediglich als Mitglied des Architekten- und Ingenieurvereins dort gewesen, wie ich jedesmal zu den Sitzungen als Mitglied des Vereins erscheine und meine Ansicht verrete. Der Magistrat hat — wie ich zu Ihrer Bernhigung sagen kann — zu dieser Angelegenheit noch keine Stellung genommen. Er wird Stellung dazu nehmen, und auch die Stadtverordnetenversammlung wird das tun, nachdem vorher die Verkehrsdeputation, wie es üblich ist und immer geschehen ist, eine Beratung hat stattfinden lassen.

Ich glaube, Herr Kiese ist selbst Mitglied der Verkehrsdeputation und wird noch Gelegenheit haben, seine Meinung zu äußern und auch das Projekt des Herrn Professor Franzius kennenzulernen.

20. Antrag Wesemeier auf Abänderung des Statuts, betreffend die Verwaltung der Feldmarksgemeinden.

Wortlaut des Antrages s. S. 456.

Stadtvr. **Wesemeier:** Es bedarf nicht vieler Worte der Begründung. Das Statut, betreffend die Verwaltung der Feldmarksgemeinden, entspricht nicht mehr der heutigen Zeit. Nach diesem Statute gelten heute noch innerhalb unserer Stadt Gebiete als Feldmark, die längst bebaute Stadtteile sind. Es heißt in dem Statut, daß die Feldmarksgrundstücke zu Abgaben an die Feldmarksgemeinde verpflichtet sind, und darnach müssen die ganzen Grundbesitzer der Pestalozzistraße, Wendemannstraße, Hamburgerstraße, kurzum die Eigentümer aller außerhalb der Umflutgräben liegenden Grundstücke jährlich an die Feldmarksgemeinden ihre Abgaben zahlen, ohne daß sie nur das Geringste an Gegenleistungen von der Feldmarksgemeinde zu erwarten hätten. Nur wenig Ausnahmen gibt es. Grundstücke, die keine Abgaben zu zahlen haben, sind z. B. die zur Herzoglichen Hofstatt gehörigen Grundstücke — der Hof bezahlt nirgend etwas —, dann die Begräbnisplätze, die Grundstücke der Kirchen, Pfarren und Schulen. Dabei sind die Feldmarksgemeinden durchweg wohlhabend, ja sogar reich. Von der Alsterwiekgemeinde und der Hagengemeinde weiß ich es genau, daß sie so reich mit Kapital versehen sind, daß sie alle paar Jahre einen erheblichen Satz Geld an ihre Gemeindemitglieder verteilen. Diese Summe müssen die Hausbesitzer mit aufbringen, deren Grundstücke an ausgebauten Straßen liegen und mit der Feldmarksgemeinde absolut nichts zu tun haben. Die Hausbesitzer haben schon die Straßenbaukosten zu bezahlen, haben also die Wegeanlagen, die zu ihren Grundstücken führen, schon bezahlt. Deshalb ist es ein Unrecht, daß sie nun noch eine Abgabe an die Feldmarksgemeinde bezahlen sollen. Das Statut, das ich angezogen habe, ist auch beinahe 20 Jahre alt, und die Bestimmung, daß alle Grundstücke abgabepflichtig sein sollen, ist aus uralter Zeit herübergekommen. Es ist wohl zeitgemäß, daß dieses Statut dahin gehend geändert wird, daß solche Grundstücke, welche an ausgebauten Straßen liegen, von der Abgabe befreit sind.

Auf Anfrage des Vorsitzenden wird der Antrag genügend unterstützt; der Vorsitzende überweist ihn der Statutenkommission zur Vorberatung und schließt die öffentliche Sitzung.

Dauer der Sitzung von 4¼ bis 7 Uhr.

1917/1918.

Nr. 10.

Bericht

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten

zu Braunschweig

in deren Sitzung am 28. Februar 1918.

Tagesordnung:

- | | |
|--|-----------|
| 1. Eingabe zweier Einwohner wegen Errichtung eines „Volksbants“ | Seite 477 |
| 2. Rückerstattung von Kosten für Anlage von Gas- und Wasserleitungen | „ 478 |
| 3. Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuer | „ 479 |
| 4. Beitritt der Stadt in den Verein für Kommunalwirtschaft und Kommunalpolitik | „ 499 |
| 5. Abgabe von zwei Handdruckprügen | „ 500 |
| 6. Wahl eines Ausschusses zur Prüfung der Anträge der Straßeneisenbahn-
Gesellschaft, betreffend die Erhebung eines Teuerungszuschlages zu den bisherigen
Preisen für elektrischen Strom und Erhöhung der Fahrpreise für die Straßenbahn | „ 500 |
| 7. Anschluß des Eisenbütteler Kraftwerks an das Drehstromwerk | „ 501 |
| 8. Änderung des Statuts über die Meldung frei werdender Wohnungen | „ 503 |

Außer der Tagesordnung behandelt:

- | | |
|--|-------|
| 9. Anfrage Steinbrecher über Maßnahmen zur Unterbringung obdachlos
gewordener Familien | „ 503 |
| 10. Anfrage Frede über Maßnahmen gegen die wucherische Preissteigerung für
Gemüsesamen | „ 506 |
| 11. Anfrage Frede über das Verbot des Verkaufs von Pferdefleisch an be-
mittelte Familien | „ 509 |
| 12. Anfrage Gengen wegen der besseren Ernährung der Kranken | „ 512 |

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister **Netemeyer**, Bürgermeister **Meyer**, Stadträte **von Frankenberg**, **Mohr**, **Wagner**, Stadtbaurat **Gebensleben**, Oberamtsrichter **Meyer**.

Wegen Einberufung zum Kriegsdienste fehlen die Herren Stadtverordneten Dr. **Jasper**, **Ribbentrop**, **Schmidt**, **Steincke**, Dr. **Voge** und **Weichsel**. Außerdem fehlen entschuldigt die Herren Stadtverordneten **Diedmann**, **Göde**, **Rector**, **Schulze**, **Tebbenjohannis**, **Trinks** und **Wesemeier**. Herr Stadtverordneter **Hartung** erscheint später.

Vorsitzender Dr. Wolters: Ich eröffne die öffentliche Sitzung.

Folgende Eingaben sind an die Stadtverordnetenversammlung eingegangen:

Zunächst eine von einigen dreißig Anwohnern der Gördelingerstraße unterzeichnete Eingabe, die eine Einsprache gegen den von der Firma Pfeiffer & Schmidt geplanten Überbau der Gördelingerstraße enthält. Das Schreiben lautet:

„Dem Vernehmen nach beabsichtigt die Firma Pfeiffer & Schmidt, von ihrem Geschäftshaus an der Gördelingerstraße eine Straßenüberbrückung nach dem von ihr neu erworbenen Grundstück Gördelingerstraße 7 (Schraders Hotel) erbauen zu lassen. Der Antrag soll dem Stadtbauamt eingereicht sein. Die unterzeichneten Anlieger der Gördelingerstraße erheben gegen diesen Plan den entschiedensten Einspruch, weil solche Überbrückung erstens die Übersicht über die Straße beeinträchtigen würde, zweitens die nördlich des Überbaues liegenden Grundstücke unter der Schattengebung zu leiden hätten, und zwar um so mehr, je tiefer am Tage die Sonne steht, also gerade in der Zeit, wo die Belichtung am schwersten vermisst wird. Somit wäre eine Schädigung und Entwertung dieser Grundstücke die unausbleibliche Folge.

Ein etwaiger Hinweis auf den Überbau zwischen der Burg Dankwarderode und dem Dom dürfte verfehlt sein; denn hier handelt es sich um einen historischen Bau, und ferner kann an dieser Stelle von keinem Verkehr die Rede sein. Würde ein solcher an dieser Seite des Domes vorhanden sein, so würde zweifellos der Überbau als lästig und hinderlich empfunden werden.

Wir bitten die Stadtverordnetenversammlung, die Ausführung des Planes nicht zuzulassen.“

Ein gleiches Schreiben ist auch an den Magistrat gerichtet; wir werden also erst abwarten, welche Stellung der Magistrat zu dieser Eingabe einnimmt.

An die Stadtverordnetenversammlung und zugleich auch, wie ich höre, an den Magistrat gerichtet ist eine Eingabe des Verkehrsvereins, die mehrere Punkte auführt, unter denen ich die wichtigsten hervorheben will.

Zunächst wird gewünscht, es möchten die städtischen Behörden dahin ihren Einfluß geltend machen, daß nach Braunschweig ein Kraftwagendepot verlegt werde. Seitens des Kriegsministeriums bzw. der Verkehrs- und Kraftwagen-Inspektion Berlin sei die Errichtung mehrerer Hauptdepots für Kraftwagen begonnen, und eines davon sei provisorisch in der Mlanenkaserne in Hannover untergebracht. Es schweben aber Verhandlungen, dieses Kraftwagendepot nach Braunschweig zu verlegen, wo die Fabrikeinrichtungen der Firma Büssing für solche Zwecke bereits vorhanden sind.

Sodann bittet der Verkehrsverein, es möchten die städtischen Behörden erneut Schritte tun, die geeignet sind, die Wünsche Braunschweigs in bezug auf den Umbau unserer Bahnhof einer schnelleren Erledigung als bisher entgegenzuführen.

Weiter bittet der Verkehrsverein, die Vorarbeiten zur Erbauung eines Reihofes so schnell wie möglich abschließen zu lassen, damit der endlichen Erledigung auch dieser Angelegenheit nichts mehr im Wege steht.

Sodann unterbreitet der Verkehrsverein eine Anzahl eigentlich lokaler Wünsche, unter denen die wichtigsten folgende sind: Es wird gebeten, im Interesse unserer Bürgerschaft in dringender Weise in Berlin dahin vorstellig zu werden, daß der hiesigen elektrischen Straßenbahn diejenige Kohlenmenge zur Verfügung gestellt wird, deren sie zur Ausdehnung ihres Betriebes bis wenigstens 11 Uhr abends bedarf. Sodann möchte eine Nachprüfung dahin angestellt werden, ob die jetzige Einschränkung der Haltestellen und ihre nunmehrige Lage eine zweckmäßige sei. Schließlich werden einige die Straßenbeleuchtung betreffende Wünsche geltend gemacht.

Da ein gleiches Schreiben an den Magistrat gerichtet ist, haben wir auch in dieser Beziehung unserer Gepflogenheit gemäß die Entscheidung des Magistrats zunächst abzuwarten.

Ferner ist ein Schreiben des Braunschweiger Gastwirtevereins eingegangen, in dem Bezug genommen wird auf einen Punkt der heutigen Tagesordnung, nämlich Punkt 4, betreffend die Errichtung eines Volksdanks. Da diese Eingabe einen Punkt der heutigen Tagesordnung betrifft, habe ich — Ihr Einverständnis voraussetzend — die Eingabe den vereinigten Bau- und Finanzkommissionen zur Kenntnisnahme übergeben, die gestern über diesen Punkt beraten haben. Der Herr Berichtsfatter der Kommissionen wird die Güte haben, bei seinem Bericht zugleich diese Eingabe des Gastwirtevereins mit zu behandeln.

Sodann ist eine Eingabe eingelaufen, die den Standpunkt vertritt, daß die während der Kriegszeit eingegangenen Gast- und Schankwirtschaften nach Friedensschluß nicht wieder eröffnet werden dürfen, und daß neue Konzessionen für den Verkauf und Auschank alkoholischer Getränke innerhalb der nächsten fünf Jahre seitens der zuständigen Behörde nicht erteilt werden sollen. Unterzeichnet ist die Eingabe vom deutschen B u n d a b s t i n e n t e r F r a u e n.

In einer weiteren Eingabe beschwert sich eine hiesige Bürgerin über die Verteilung der Brotkarten. Ich darf wohl Ihr Einvernehmen voraussetzen, wenn ich dem Magistrat dieses Schreiben übergebe, so daß sich die Versammlung nicht mit der Sache zu beschäftigen braucht. Ich sollte meinen, daß diese Angelegenheit wohl im Wege der Verwaltung allein erledigt werden könnte.

Schließlich wird in einer Eingabe, die nur an die Stadtverordnetenversammlung gerichtet ist, um Befreiung von der H u n d e s t e u e r gebeten. Ich werde diese Eingabe zuerst dem Magistrat vorlegen, so daß sie dann später zusammen mit den übrigen Gesuchen um Erlaß von Hundesteuer von uns behandelt wird. Ich nehme das Einverständnis der Versammlung hiermit an.

Aus der Versammlung ist eingegangen eine A n f r a g e des Herrn S t e i n b r e c h e r, die folgendermaßen lautet:

„Ist dem Magistrat bekannt, daß viele Familien für den 1. April keine Wohnung finden können? Was gedenkt der Magistrat zu tun, um die am 1. April infolge Wohnungsnot obdachlos gewordenen Familien unterzubringen?“

Vom Herrn F r e d e sind zwei A n f r a g e n eingegangen. Sie lauten:

„1. Was gedenkt der Magistrat zu tun, um der wucherischen Preissteigerung für Gemüsejämereien, die notwendig außerordentlich hohe Gemüsepreise nach sich ziehen muß, zu begegnen?

2. Ist es richtig, daß magistratsseitig der Verkauf von Pferdefleisch an sog. Vermittelte verboten ist?“

Beide Herren werden am Schluß der heutigen Sitzung Gelegenheit haben, ihre Anfragen zu begründen.

Der erste Punkt der heutigen Tagesordnung betrifft die Vornahme der Wahl von stellvertretenden Vorstandsmitgliedern des städtischen Wohlfahrtsamtes. Wir haben solche Wahlen stets in vertraulicher Sitzung behandelt, und es dürfte sich empfehlen, auch die heutige Wahl in der vertraulichen Sitzung vorzunehmen. Ich nehme das Einverständnis der Herren damit an.

Sodann muß ich noch mitteilen, daß Punkt 2 und 3 der heutigen Tagesordnung, betreffend die A n t r ä g e d e r H e r r e n K i e f e u n d S t e g m a n n, heute nicht behandelt werden können, weil sich die beiden vereinigten Kommissionen

noch nicht schlüssig geworden sind. Sie haben in eingehender Beratung die Sache behandelt, haben aber vom Magistrat noch weiteres Material erbeten, nach dessen Eingang sie ihre Beschlüsse fassen werden.

Gelesen ist noch eine *Anfrage* von Herrn *Genzen* eingegangen:

„Was gedenkt der Magistrat zu tun, um die Ernährung der Kranken, insbesondere der Lungenkranken, besser zu gestalten?“

Auch Herr *Genzen* wird nachher die Freundlichkeit haben, seine Anfrage zu begründen.

1. Eingabe zweier Einwohner wegen Errichtung eines „Volksbants“.

Stadt v. Ohlendorf: Die Herren Rudolf Cramer und Leutnant Gutzeit haben sich mit einer Eingabe an die Stadtverordneten gewandt, in der sie ausführen, es sollte nach dem Kriege den Taten unserer Helden nicht ein Denkmal in Form einer mehr oder weniger schematischen allegorischen Helden- oder Kriegerfigur gesetzt werden, sondern sie machen den Vorschlag, daß dem Geiste, der das deutsche Volk in diesem Kriege beseelte, ein Tempel erbaut werde in Form einer Hochschule für Volkskunst und Volksbildung. Die Herren denken sich das so, daß ein Gebäude errichtet werden soll, das ein Theater für Schauspiele, kleine Opern, Operetten, Konzerte, Vorträge, Versammlungen unpolitischer und politischer Art enthalten soll, ferner Flügelgebäude mit kleineren Sälen für Veranstaltungen jeder Art, mit einer geräumigen Bibliothek und Räumlichkeiten für Vorlesungen in der Art der freien Hochschulen, sodann ein Restaurant und Erholungsheim und schließlich eine Schwimmhalle. Der Zuschauerraum des Theaters soll ohne Logen und Ränge in der Art des Prinz-Regenten-Theaters in München eingerichtet sein und 1500 bis 1800 Menschen fassen.

In der gestrigen gemeinschaftlichen Sitzung der Bau- und Finanzkommission ist diese Eingabe eingehend behandelt worden. Ohne daß dort ein Beschluß gefaßt ist, was in der Sache geschehen soll, kann ich berichten, daß der Eingabe allseitige Zustimmung gezollt ist, daß aber die Frage, in welcher Form die Frage einmal zu erledigen ist, doch nicht so leicht zu entscheiden ist, da von verschiedenen Seiten darüber verhandelt werden muß, so daß die Frage, insbesondere die Kostenfrage, und ob alles auf einmal erbaut werden soll, nicht sogleich entschieden werden kann. Kurz gesagt, hat sich die vereinigte Kommission dahin entschieden, der Versammlung vorzuschlagen, die Eingabe dem Magistrat zur Berücksichtigung zu überweisen.

Vorsitzender: Dieser Beschluß der vereinigten Kommissionen bezieht sich auch auf die Eingabe des Gastwirtevereins, die dieselbe Sache betrifft. Auch sie soll dem Magistrat als Material überwiesen werden.

Die Versammlung stimmt dem Antrage der vereinigten Kommissionen zu.

Vorsitzender: Dieser Beschluß der vereinigten Kommissionen bezieht sich auch auf die Eingabe des Gastwirtevereins, die dieselbe Sache betrifft. Auch sie soll dem Magistrat als Material überwiesen werden.

Die Versammlung stimmt dem Antrage der vereinigten Kommissionen zu.

Vorsitzender: Inzwischen ist ein Antrag von Herrn Munte eingegangen mit folgendem Wortlaut:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, die Herzogliche Staatsregierung zu ersuchen, eine Vorlage über die Änderung der braunschweigischen Städteordnung einzubringen, dahingehend, daß die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlungen zukünftig unter Berücksichtigung von allgemeinen, gleichen, geheimen und unmittelbaren Wahlen, verbunden mit der Verhältniswahl, gewählt werden. Als Wahlberechtigte gelten dabei alle männlichen steuerpflichtigen Einwohner vom vollendeten 25. Lebensjahre an, wenn sie zwei Jahre die braunschweigische Staatsangehörigkeit besitzen und zwei Jahre ihren Wohnsitz in der Stadtgemeinde haben. Dabei ist die Einführung der Wahlpflicht in Betracht zu ziehen.“

Ich setze die Unterstützung dieses Antrages als selbstverständlich voraus und werde den Antrag unmittelbar den beiden Kommissionen, die dieselbe Angelegenheit schon bearbeiten, zur Vorberatung überweisen. Ich nehme das Einverständnis der Versammlung hiermit an.

Die Beratung des Antrages Wese meier auf Abänderung des Statuts Nummer 11 fällt heute aus, da die Vorberatung noch nicht stattgefunden hat.

2. Rückerstattung von Kosten für Anlage von Gas- und Wasserleitungen.

Stadtv. **Voelschigt:** Der Maurermeister Gerber hat im Jahre 1911 für Anlage von Gas- und Wasserleitung für sein Grundstück in der Allerstraße 477,19 M bezahlt. Nach Angabe der Direktion der städtischen Licht- und Wasserwerke verzinst sich die Ausgabe durch den Verbrauch an Gas und Wasser, und deshalb bittet Herr Gerber, ihm die Anlagekosten zurückzuerstatten. Der Magistrat gibt anheim, dem Antrage stattzugeben, und die Finanzkommission schließt sich diesem Ersuchen an.

Die Rückerstattung der Anlagekosten wird genehmigt.

3. Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuer.

Stadtv. Munte: Die geehrten Herren werden sich erinnern, daß bereits in der Sitzung vom 11. Oktober dieser Antrag des Magistrats vom 16. September auf Zustimmung zur Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuer zur Beratung gestanden hat, und daß die Beratung damals dazu geführt hat, den Magistrat zu ersuchen, beim Herzoglichen Staatsministerium dahin vorstellig zu werden: zu gestatten, daß mit Rücksicht auf die durch den Krieg veranlaßte schwierige Lage des städtischen Haus- und Grundbesitzes sowie des Gewerbes von einer Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuer bis auf weiteres Abstand genommen werde. Der Magistrat ist diesem Ersuchen gefolgt, leider aber hat das Ministerium durch die Kreisdirektion eine abschlägige Antwort erteilt, und zwar auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen, so daß der Magistrat heute abermals um Zustimmung zur Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuer ersucht.

Über diese Angelegenheit hat in der Finanzkommission eine längere Aussprache stattgefunden. Es ist dort zum Ausdruck gebracht, daß es eine ganz besondere Härte darstellt, wenn das Ministerium gerade jetzt diese Erhöhung fordert, während sie jahrelang diesen Zustand der Erhebung der Steuer in ermäßigter Höhe hingehen ließ. Es ist aber andererseits auch anerkannt worden, daß die Finanzlage der Stadt damals, als das Ministerium die geringere Steuer duldete, nicht so schlecht wie heute war. Wir hatten im Frieden einen großen Reservefonds, der heute verschwunden ist, und haben leider dem entgegengesetzt das Ergebnis zu verzeichnen, daß wir eine große Schuldenlast auf uns geladen haben, und daß die Ausgaben der Stadt ständig wachsen. Man kann nicht jagen, daß das Ministerium beabsichtigt hat, mit seiner Forderung eine Härte zum Ausdruck zu bringen; es sieht sich nur wohl oder übel gezwungen, der Einwohnererschaft der Stadt diese Steuer jetzt aufzuerlegen, und deshalb war die Finanzkommission der Meinung, daß man sich nicht länger dagegen versteifen könnte. Es ist der Beschluß gefaßt, der Versammlung anheimzugeben, dem Antrage des Magistrats stattzugeben, welcher lautet:

zuzustimmen, daß, falls im nächsten Rechnungsjahre an Gemeindecinkommensteuer mindestens $12\frac{1}{2}$ Steuereinheiten zur Hebung gelangen, vom 1. April 1918 an die Grundsteuern von $7\frac{1}{2}$ Prozent auf 10 Prozent des gemeindesteuerpflichtigen Grundsteuerkapitals und die städtischen gewerblichen Steuern von 75 auf 100 Prozent des vollen Betrages der auf die gemeindesteuerpflichtigen Gewerbebetriebe entfallenden Staatsgewerbesteuer erhöht werde.

Stadtv. Frede: Wir werden in der Magistratsvorlage aufgefordert, zuzustimmen, daß die Grundsteuer erhöht wird. Ich für meine Person kann diese Zu-

stimmung nicht aussprechen und habe das auch schon in der Kommission hervor-gehoben. Dort ist auch schon von verschiedenen Herren das Bedauern gegenüber der Stellungnahme der Regierung zum Ausdruck gekommen, und es ist wahrscheinlich, daß sich das hier noch weiter wiederholen wird. Daß die Regierung bei dieser Maßnahme unter einem Zwange steht, muß bestritten werden, denn die Regierung hat bisher nicht darauf gedrungen oder wenigstens nicht bis zum 22. August vorigen Jahres — von dem Tage rührt das Schreiben des Ministeriums. Die Regierung hat wohl gelegentlich der Erhöhung der Einkommensteuer in der Stadt darauf hingewiesen, daß § 46 des Gemeindeabgabengesetzes zu beachten sei, welcher vorschreibt, daß, wenn die Gemeindecinkommensteuer erhöht werde, die Realsteuern in einem gewissen Verhältnis zu folgen haben. Zwingend aber ist diese Bestimmung nicht, denn sonst hätte die Regierung diese Erhöhung der Realsteuern schon früher gefordert. Sie hat in früherer Zeit darüber hinweggesehen, und das ist ja gerade das sehr böse Moment für uns, daß die Regierung jetzt in dieser schweren Zeit, wo Haus- und Grundbesitz leistungsunfähig sind, darauf dringt, daß diese Last auf den Grundbesitz gewälzt werden soll. Die Maßnahme der braunschweigischen Regierung steht im Reiche ziemlich vereinzelt da. Andere deutsche Staaten haben die Grundsteuer gerade mit Rücksicht auf die Notlage des Haus- und Grundbesitzes, der bekanntlich unter den bundesrätlichen Verordnungen sehr zu leiden hat, erniedrigt; auch einige Städte haben ihre Grundsteuer erniedrigt, und andere Städte haben in ziemlicher Anzahl eine Erleichterung eintreten lassen insofern, als sie die Mietansfälle, die stattgefunden haben, bei der Entrichtung der Grundsteuer berücksichtigen. Ich könnte die Städte nennen, will aber nur ein besonderes Beispiel heranziehen. Das ist Bayern. Es wird von dort berichtet, daß die bayerische Regierung am 15. Januar eine Vorlage im bayerischen Landtage eingebracht hat, in der vorgesehen ist, daß die Haussteuer um $\frac{1}{2}$ Prozent herabgesetzt und dagegen die Realsteuer etwas erhöht werden soll. Das ist eine Maßnahme, die sich vertreten läßt, denn die augenblickliche Lage ist so, daß die Landwirtschaft gut verdient und der städtische Haus- und Grundbesitz ungeheuer zu leiden hat. Ich glaube, die braunschweigische Regierung hätte es durchaus vertreten können, wenn auch nicht diesem Beispiel zu folgen, aber ihm wenigstens insofern Rechnung zu tragen, daß sie von einer Erhöhung der Grundsteuer Abstand genommen hätte.

Nun wird gesagt, die braunschweigische Regierung werde durch die anderen Städte des Landes gedrängt, die darauf verwiesen hätten, daß die Steuerverhältnisse bei ihnen, soweit sie den Grundbesitz betreffen, nicht so günstig seien wie in Braunschweig. Demgegenüber muß erwidert werden, daß in den Landstädten unseres Herzogtums solche Verhältnisse wie in der Großstadt nicht herrschen. Wir haben in dem Landesverbande der Grundbesitzervereine Erhebungen darüber ver-

anstaltet, wie es mit den Mietausfällen in den anderen braunschweigischen Städten steht, und haben von sehr geringen oder gar keinen Ausfällen gehört. Die Großstadt bringe es mit sich, daß in solcher Zeit dort der Haus- und Grundbesitz durch das Zusammenhalten gewisser Bevölkerungsgruppen viel mehr zu leiden hat, auch durch die schnellere Anwendung von solchen Verordnungen, die der Bundesrat zum Schaden des Grundbesitzes erlassen hat. Ich denke an die Verordnungen vom Jahre 1914 und zuletzt an die, welche dahin führt, daß der Hausbesitzer nicht mehr Herr in seinem Hause ist, nicht mehr die Mieten nach seinem Ermessen erhöhen und nicht kündigen kann. Jeder Mieter hat das Recht, an das Mieteinigungsamt zu appellieren und nachzusehen, daß geprüft werde, ob die Maßnahmen des Hausbesitzers zu Recht bestehen sollen oder nicht. Dieses Amt hat als einzige und letzte Instanz zu sprechen. Das ist eine Ausnahmestellung und eine Entrechtung, wie sie keinem anderen Stande zugemutet ist, und das hätte das Ministerium berücksichtigen sollen. Es hätte auch berücksichtigen müssen, daß der Ertrag der jetzigen Grundsteuer, wie er sich nach der letzten Schätzung stellt, eigentlich zu hoch ist. Bekanntlich hat der Verband der Grundbesitzervereine an die Regierung und an den Landtag das Ersuchen gerichtet, zu gestatten, daß die Nebenabgaben von der Grundsteuer abzugsfähig seien, und die Regierung hat darauf erwidert, daß diese Abzugsfähigkeit durch Gesetz schon vorgesehen sei, und hat zugegeben, daß die Kommissionen falsch instruiert gewesen sind, denn die Kommissionen haben diese Nebenabgaben dem reinen Mietertrag zugerechnet. Was nun aber in Zukunft geschehen soll, sagt die Regierung nicht. Ich glaube nicht, daß eine Reklamation angängig ist, weil die dazu vorgesehene Frist verstrichen ist. Auch das hätte von der Regierung berücksichtigt werden müssen.

So muß ich meinerseits gegen die Erhöhung stimmen und glaube, daß die Folge der harten Maßnahme wahrscheinlich die sein wird, daß die Organisationen der Haus- und Grundbesitzer nicht nur im Lande Braunschweig, sondern überall in Deutschland, wo solche Härten zutage treten, ihr Bestreben dahin richten werden, daß die Grundsteuer überhaupt zu Falle kommt, ähnlich dem Standpunkte, der von den Herren auf der linken Seite kundgegeben ist. Das ist kein Standpunkt, der Entrüstung erregen kann, sondern man braucht nur darauf zu verweisen, daß man sich dabei in guter Gesellschaft befindet. Die geehrten Herren werden mit Interesse hören, wie Bismarck sich über die städtische Grundsteuer ausgesprochen hat. Er hat in einer Kommissionssitzung des preußischen Abgeordnetenhauses wörtlich gesagt:

„Wenn die Grundsteuer vollkommen die Natur einer anderen Steuer hätte, so könnte ich ihre Einführung nur dann gerechtfertigt finden, wenn sie mit einer allgemeinen Kapitalsteuer Hand in Hand ginge. Ich sehe nicht ein, warum derjenige, der ein Einkommen aus dem Grundbesitz zieht, vielleicht mit großen eigenen

Anstrengungen und großem Risiko, da er unter allen Umständen und allen Konjunkturen seinen Gläubigern gerecht werden muß, warum der soviel höher besteuert werden soll als derjenige, der ganz bequem durch Kuponabschneiden oder durch Erhebung von Hypothekenzinsen seine Einnahme in seine Tasche bringt. Wenn man eine solche Ungleichheit in der Besteuerung der verschiedenen Vermögensquellen einführen wollte, so hätten wir dies viel kürzer haben können bei der Einkommensteuer, indem wir bei der allgemeinen Einkommensteuer 3 v. H. festsetzten, dabei aber den Ausnahmefall aufstellten, daß derjenige, der sein Einkommen aus dem Grundbesitz bezieht, 13 oder 23 v. H., oder wie sonst der Prozentsatz angenommen wird, zahlen solle. Wenn diese beiden Ansätze in ein Steuergesetz zusammengefaßt würden, dann würde jedem die Ungerechtigkeit in die Augen springen, und der Umstand, daß dies auf zwei verschiedenen Seiten der Gesammmlung steht, hat wirklich auf das Resultat keinen Einfluß.“ — Bismarck fährt dann fort, indem er an dem Beispiele eines Berliner Hauswirts ausführt, wie ungerecht diese Grundsteuer ist.

Ich fasse meine Ausführungen dahin zusammen, daß ich — wie auch schon früher — erklären muß: Der Haus- und Grundbesitz ist an einer Stelle angekommen, wo er jeder weiteren Belastung energisch widerstreben muß. Es gibt einen Punkt, wo man sagt: „Wir können nicht mehr!“, und diesen Zeitpunkt halte ich für gegeben. Unter den jetzigen Verhältnissen, wo keine Ausgleichsmöglichkeit durch Erhöhung der Mieten gegeben ist, darf man auch nicht noch weitere Lasten auf den Grundbesitz bringen. Ich werde gegen die Erhöhung der Steuer stimmen.

Stadtv. Meyerhoff: Im großen kann ich mich an das anschließen, was Herr Frede gesagt hat. Ich möchte nur nicht versäumen, hier noch hervorzuheben, daß Bismarck auch noch ein ganz anderes Wort gesprochen hat. Er hat gesagt: „Die Grundsteuer ist eine Konfiskation des Eigentums.“ Ich verbürge mich dafür, daß dieses Wort aus seinem Munde gefallen ist, denn ich habe es einer Druckschrift von Bismarcks Reden entnommen. Zu alle dem, was Herr Frede angeführt hat, kommt noch hinzu, daß in dieser unglückseligen Zeit die Kosten für Reparaturen der einzelnen Wohnungen und für jedes einzelne Stück in der Wohnung um das Doppelte und Dreifache gestiegen sind. Die Reparaturen sind nicht allein für das früher dafür ausgegebene Geld nicht mehr herzustellen, sie sind auch viel schlechter. Ich möchte nur auf ein einziges Beispiel hinweisen, den Fußbodenanstrich. Was erhalten Sie heute als Fußbodenanstrich? Das ist ein unbekanntes Gemisch, aber Fett ist nicht darin, und in ein paar Tagen ist der Anstrich wieder weggetreten. So geht es mit sämtlichen Anstreicherarbeiten. In den Tapeten ist die Farbe nicht echt; wenn sie nur kurze Zeit an der Wand sitzen, sind die Tapeten verschossen.

Nicht nur, daß die Reparaturarbeiten dreimal so teuer sind, nein, sie sind auch noch dreimal so schlecht, ohne daß man dem Handwerker einen Vorwurf machen kann, denn es liegt an dem Material, das er verwenden muß.

Noch eins muß ich anführen. Wir hatten uns an das Herzogliche Steuerkollegium wegen der Erhöhung der Abzugsfähigkeit der Ausgaben für Reparaturen bei der Kommunaleinkommensteuer gewandt, und was haben wir als Antwort erhalten? Man hat abgelehnt, einen höheren Satz als 10 Prozent abzuziehen, obgleich auch dem Steuerkollegium aus eigener Erfahrung bekannt sein muß, welche Kosten durch die Reparaturen in dieser Kriegszeit entstehen, daß die Arbeiten gewaltig teurer geworden sind, und daß 10 Prozent dafür nicht ausreichen. Alle diese Belastungen reden mit außer den Gründen, die Herr Frede schon erwähnt hat, und aus den Gründen bin ich für die jetzige Einführung der Steuer nicht zu haben. Wenn es sich nicht ermöglichen läßt, einen Beschluß herbeizuführen, der die Ablehnung der Steuer ausspricht, so möchte ich doch bitten, daß der Magistrat sich nochmals an das Ministerium wendet, um ihm unter Darlegung aller Gründe klarzumachen, daß dieser Augenblick die ungeeignetste Zeit für die Erhöhung der Steuer ist, und daß wir bitten, es möglichst bis nach Schluß des Krieges bei den alten Sätzen zu belassen.

Zur Erhöhung der Gewerbesteuer möchte ich darauf aufmerksam machen, wieviel kleine Gewerbetreibende diese Steuererhöhung betrifft. Es wird freilich gesagt, und das ist auch von einem Redner in der Kommission geschehen, daß die Gewerbesteuer noch eher abzuschütteln ist als die Grundsteuer, denn die Gewerbetreibenden hätten es in der Hand, ihre Unkosten auf die Arbeit zu schlagen. Man muß allerdings zugestehen, daß etwas Richtiges in diesem Vorwurfe liegt, aber für das richtige Prinzip halte ich es nicht. Ich möchte in dieser Beziehung dasselbe, was für die Ablehnung der Grundsteuer ins Feld geführt wird, auch für die Gewerbesteuer anführen, nämlich, daß es der ungeeignetste Zeitpunkt ist, irgend eine Erhöhung der Steuer vorzunehmen. Ich habe in der Kommission auf unsere Nachbarstadt Hannover hingewiesen; ich weiß allerdings nicht, ob sie den Höchstgrad der Grundsteuer schon erreicht hat. Ubrigens liegt die Sache in Preußen denn doch anders, denn die sämtlichen Realsteuern sind den Städten zugewiesen, entgegengesetzt dem Zustande bei uns, wo drei Viertel in die Stadtkasse und ein Viertel in die Staatskasse fließen. Ob dies bei unserer glänzenden Finanzwirtschaft im Herzogtum nötig ist, bezweifle ich. Ich wollte auch hier darauf hinweisen, daß in Hannover während des Krieges keinerlei Steuern erhöht sind, und daß das Stadtoberhaupt dort in der Lage war, zu erklären: Während des Krieges denkt die Stadt Hannover nicht daran, irgend eine Steuer zu erhöhen. Ich habe dann an unseren Herrn Oberbürgermeister eine dahingehende Frage gerichtet, aber er muß dem Drange, der vom Staatsministerium ausgeht, folgen; er kann nicht anders.

Ich glaube wohl, daß er aus gutem Herzen heraus wohl meiner Ansicht zuneigen möchte, es Hannover ähnlich zu machen. Deshalb möchte ich Sie bitten, fassen Sie einen Beschluß, der dahingeht, daß nochmals dem Staatsministerium vorgestellt wird, in welcher bedrängten Lage sich das Gewerbe und insbesondere der städtische Grundbesitz befindet — der ländliche Grundbesitz fühlt sich augenblicklich ja ganz wohl —, daß man uns entgegenkommen möchte und die Maßregel so lange, wie der Krieg dauert, aufschiebt. Erst dann wird man in der Lage sein, zu überblicken, was für die Stadt nötig ist. Ich fürchte, es werden neben der Erhöhung dieser Steuern noch andere Steuern eingeführt werden müssen. Wenn uns dann ein Steuerbuckett vorgelegt wird und wir sehen ein, daß es sein muß, und es befindet sich alles wieder im Gleichgewicht, dann werden wir auch gewillt sein, das Nötige zu bewilligen, damit die Stadt allen Aufgaben, die an sie herantreten, gerecht werden kann. Bitte, fassen Sie den Beschluß, daß die Sache aufgeschoben wird bis nach Beendigung des Krieges.

Oberbürgermeister Metemeyer: Es ist für den Magistrat selbstverständlich nicht angenehm, in solchen Steuerjahren Ihnen entgentreten zu müssen. — Zunächst muß ich bemerken, daß sich Herr Frede in einigen Punkten irrt. Er hat gesagt, erst am 22. August v. J. hätte das Ministerium erklärt, daß die bisherige Steuerermäßigung nicht zulässig wäre. Das trifft nicht zu, denn dies ist im Laufe der Jahre bereits verschiedentlich und auch wieder bei Genehmigung des Stats für 1917/18 geschehen. Herr Frede kann das allerdings nicht wissen, weil er unsere Akten nicht eingesehen hat. Nach diesen Erklärungen des Ministeriums haben wir gehandelt, und jetzt kommen wir zum Schluß der langwierigen Verhandlungen. Auch insofern irrt Herr Frede, als er sagt, das Ministerium hätte bisher über die Sache hinweggesehen. Das ist durchaus nicht der Fall, sondern das Ministerium hat auf unseren Antrag Dispensation erteilt, und das ist das direkte Gegenteil von dem, was Herr Frede sagt. Wenn ich über eine gesetzliche Vorschrift hinwegsehe, so kümmere ich mich nicht darum, wenn aber Dispensation erteilt werden soll, dann muß ich die Vorschrift ganz genau ins Auge fassen. So ist im Laufe der Jahre verfahren; in jedem Jahre hat der Magistrat beim Ministerium den Antrag gestellt: Dispensiert uns von der Vorschrift des Gesetzes. Das Ministerium hat das mehrfach getan, ist aber jetzt zu der Ansicht gekommen, daß es so nicht weiter geht.

Sodann hat Herr Frede gemeint — und das finde ich sehr bedenklich, nehmen Sie es mir nicht übel, Herr Frede —, daß es am besten wäre, die ganze Grundsteuer über Bord zu werfen. Alle Achtung vor dem Fürsten Bismarck und seinen Kenntnissen, aber er hat doch auch manches gesagt, was wir für heute nicht anerkennen können, und das weiß auch Herr Frede ganz genau. Wie will Herr Frede

denn den Ausfall an Grundsteuer einbringen? Immer wieder mit Erhöhung der Einkommensteuer? Das ist doch nicht möglich, und deshalb können wir meiner Meinung nach nicht die ganze Grundsteuer aufgeben.

Herr Meyerhoff hat erklärt, es handle sich hier um die Einführung einer Steuer. (Widerpruch des Herrn Meyerhoff.) Ich habe das Wort sehr genau gehört. Um die Einführung einer Steuer dreht es sich doch heute nicht, sondern um folgendes, und das bitte ich wohl zu beachten: Sie werden heute ersucht, zuzustimmen, nicht, daß nach dem Gesetze verfahren wird, denn das Gesetz geht viel weiter. Wenn darnach verfahren werden sollte, müßten die Betroffenen noch mehr Steuern bezahlen. Das habe ich kommen sehen und habe dem Magistrat empfohlen: Da es in der bisherigen Weise nicht weitergehen kann, so wollen wir gegenüber der Anweisung der Regierung dadurch einen Ausgleich herbeizuführen suchen, daß wir vorschlagen, nicht den vollen Betrag, den das Gesetz verlangt, zu erheben, sondern einen mittleren Betrag, und dabei ist es zur Einigung gekommen, die Gemeindegroßsteuer von $7\frac{1}{2}$ Prozent auf 10 Prozent und die städtische Gewerbesteuer von 75 auf 100 Prozent zu erhöhen. Es handelt sich also nicht um die Einführung einer neuen Steuer, sondern um einen Ausgleich, der durch die Einigung der städtischen Behörden mit der Herzoglichen Landesregierung — selbstverständlich nur im Wege der Dispensation vom Gesetze — erzielt werden soll.

Herr Meyerhoff hat weiter gemeint, daß es richtig sei, nochmals beim Ministerium vorstellig zu werden. Wenn Sie wüßten, was über diese Sache schon verhandelt ist, so würden Sie, wie ich glaube, doch zu der Ansicht kommen, daß das nicht helfen wird. Aber ich will auch darauf noch eingehen und Herrn Meyerhoff folgende Frage vorlegen: Wenn man die Regierung dahin bestimmen könnte, daß sie die bisherigen Steuersätze während der Dauer des Krieges bestehen läßt, will Herr Meyerhoff dann sich dafür erklären, daß schon heute ein Beschluß gefaßt wird, von der Zeit an, wenn der Krieg beendet sein wird, die fraglichen Steuern in der Weise zu erhöhen, wie es heute vorgeschlagen wird? Diese Frage bitte ich Herrn Meyerhoff nachher zu beantworten. Wenn Sie schon heute erklären, daß Sie auch dann nicht bereit sein sollten, dies zuzugestehen, dann würde es überhaupt keinen Zweck haben, mit der Regierung weiter zu verhandeln, denn es liegt nicht die Erklärung eines einzelnen Ministers vor, sondern der Beschluß ist von dem gesamten Ministerium gefaßt.

Nun kann ich ganz offen sagen, daß der Magistrat durchaus nicht ängstlich ist, unter Umständen auch der Regierung Opposition zu machen. Auch die Regierung kann sich irren, und sie wird es nicht übelnehmen, wenn wir ihre Verfügungen sachlich beanstanden. Wenn aber in einem solchen Kampfe der eine Teil sagt: „Ich berufe mich auf das Gesetz und verlange nur die Anwendung des Gesetzes“, und der andere Teil muß anerkennen, daß er gegen das Gesetz handeln will, dann wird

der letztere Teil immer unterliegen. Wir müssen uns doch fragen: Wohin führt es, wenn wir in dieser Weise gegen das Gesetz verstoßen, und was ist die Folge, wenn Sie heute die Erhöhung der Steuer ablehnen würden? Dann kommt genau dasselbe Resultat — wenigstens wie ich jetzt noch hoffe —, welches der Magistrat erreichen will, vielleicht aber auch ein schlechteres Resultat, denn so weit geht das Recht der städtischen Behörden nicht, daß sie sagen könnten: „Mag das Gesetz bestimmen, was es will, wir handeln nicht darnach!“ Das Gesetz steht über uns allen, auch über der Regierung, und die Regierung ist kraft des Gesetzes ermächtigt, die vorhandenen Bestimmungen zur Anwendung zu bringen auch gegen den Willen der städtischen Behörden. Was wäre also die Folge einer Ablehnung der Steuererhöhung? Es würde verfügt werden: „Die Grundsteuer wird in der und der Höhe erhoben“ — die Städteordnung gibt darüber klare Vorschriften —, und der Magistrat wäre genötigt, die Anordnung auszuführen. Denn Sie werden uns nicht zumuten, zu sagen: „Das Ministerium verfügt zwar, aber wir tun es nicht“ und werden nicht annehmen, daß der Magistrat entgegen dem Gesetze Ihrem Wunsche Rechnung trägt. Das gibt es nicht! Durch einen solchen Beschluß würde es dahin kommen, daß das hohe Palladium der Selbstverwaltung leidet, und das müßten wir doch verhüten.

Außerdem frage ich: Wie geht die Sache weiter, wenn Sie heute ablehnen? Wir haben diesen Antrag gestellt, um beizeiten zu wissen, was wir an Grund- und Gewerbesteuer in unseren nächsten Haushaltsplan einstellen sollen. Der Magistrat wird kaum umhin können, nachdem die Regierung diese Entscheidung getroffen hat, den höheren Steuerfuß in Ansatz zu bringen. Wir müßten dann in dem Begleitschreiben darum ersuchen, daß die Stadtverordnetenversammlung der Grund- und Gewerbesteuer in dieser Höhe zustimmt. Wenn aber heute die Mehrheit diesen Antrag ablehnen würde, dann würde sie konsequenterweise auch unsern demnächstigen Antrag zu unserem Haushaltsplane ablehnen, also den Etat nicht genehmigen. Nun weiß ich sehr wohl, daß es einige Herren gibt, die sich den Luxus gestatten, den Etat nicht zu genehmigen; aber wohin das in diesem Falle führt, das können Sie sich selber ausmalen. Es würde nichts anderes übrigbleiben, als daß es heißt: „Die städtischen Behörden können sich nicht einigen, und infolgedessen wird von oben verfügt, sounso hat der Magistrat in Zukunft die Stadt zu regieren.“ — Ich kann mir die Sache überlegen, wie ich will, es bleibt nichts übrig, als der Erhöhung zuzustimmen.

Auf die Sache selbst noch näher einzugehen, hat keinen Zweck. Ich habe schon früher darauf hingewiesen, daß unsere Grundsteuer verhältnismäßig gering ist, aber es sind sofort Gegengründe gegen eine Erhöhung geltend gemacht. Es handelt sich augenblicklich nur darum: Ist das Ministerium im Rechte, dann müssen wir uns dem Gesetze — „dem Ministerium“ will ich gar nicht sagen — fügen. Dabei

muß ich aber noch darauf aufmerksam machen, daß es zweifelhaft ist, ob in dem Falle, daß diese Vereinbarung über die Höhe der Steuer nicht zustande kommt, mithin die darin angebotene Dispensation nicht Platz greift, vielmehr das Ministerium eine Verfügung erlassen muß, ob dann das Ministerium überhaupt in der Lage ist, mit der Höhe der Steuer unter dem gesetzlichen Satze zu bleiben. Diese Frage mögen die Herren Juristen beantworten. Wird dann das Ministerium nicht sagen müssen: Jetzt handelt es sich nicht um ein Ersuchen der Stadt, von der vollen Höhe der Steuer dispensiert zu werden, sondern wir wenden jetzt nur das Gesetz an und geben dem Magistrat die Anweisung, die vollen Steuern zu erheben.

Ich mag die Angelegenheit von einer Seite betrachten, wie ich will, immer wieder muß ich Sie bitten, dem Magistratsantrage zuzustimmen.

Vorsitzender: Wenn Herr Meyerhoff mit seinen Worten mehr als eine Anregung zu geben beabsichtigt, so möchte ich ihn bitten, einen schriftlichen Antrag zu überreichen und bei der Fassung folgendes zu bedenken: Will Herr Meyerhoff den Magistratsantrag auf Erhöhung der Steuer ablehnen, oder will er, indem er die Erledigung des Magistratsantrages zurückgestellt sehen möchte, etwa nur erreichen, daß der Magistrat in dieser Angelegenheit nochmals beim Ministerium vorstellig wird?

Stadtv. Steinbrecher: Meine Herren. Wie wir sehen, ist die Sache äußerst kompliziert. Grundsätzlich stehen wir Sozialdemokraten auf dem Standpunkte, daß wir gegen diese Steuer sind, weil sie doch den Mietern wieder aufgewälzt wird und dadurch die Mieten verteuert werden. In dieser Frage ziehen also die Herren Meyerhoff und Frede am sozialdemokratischen Strange. Ich muß Herrn Meyerhoff aber bitten, daß er dann auch im Landtage und in der Stadtverordnetenversammlung, wenn es sich darum drehen wird, indirekte Steuern einzuführen, sich darüber schlüssig zu werden, ob es nicht auch das einfachste ist, was wir in dieser Beziehung verlangen: Es sollen die direkten Steuern anders aufgebaut werden, damit die indirekten Steuern nach und nach verschwinden. In der heute zur Entscheidung stehenden Frage sind die städtischen Behörden nicht allein zuständig, denn die Landesgesetzgebung spielt dabei eine große Rolle. Es wird nach Beendigung des Krieges viel Geld vom Staate und von der Stadt gebraucht werden, und wir werden dazu übergehen müssen, mit der ganzen Stückelei in Steuerfragen aufzuhören, die direkte Steuer auszubauen und voll durchzuführen. Die Herren Meyerhoff und Frede sind gegen diese indirekte Steuer, weil jetzt der städtische Grundbesitz schlecht gestellt ist, wir Sozialdemokraten wären auch dann gegen die Erhöhung, wenn die Hausbesitzer eben gerade gut gestellt wären, denn wir sind grundsätzlich Gegner der indirekten Steuern. Allerdings sind jetzt für die

Hausbesitzer schlechte Zeiten, und es ist auch richtig, daß ein Teil der Hausbesitzer den Mietern entgegenkommt und sich gegen die Kriegerfrauen ganz korrekt benimmt. Aber was Herr Frede über das Gesetz zum Schutze der Mieter anführte, daß dadurch den Hausbesitzern jedes Recht genommen wäre, das ist doch nicht richtig. Dieses Gesetz bezweckt doch nur, Unbilligkeiten zu verhindern. Wenn eine Sache vor das Mieteinigungsamt kommt und der Hausbesitzer beweist, daß er unbedingt mit der Miete in die Höhe gehen muß, und daß der Mieter imstande ist, die erhöhte Summe zu zahlen, dann kann das Mieteinigungsamt dem Hausbesitzer auch recht geben. In solchen Fällen kann der Hausbesitzer die Miete erhöhen und kann auch Kündigungen vornehmen. Das Gesetz richtet sich nur gegen diejenigen Hausbesitzer, die unbillige Forderungen gegen die Kriegerfrauen erheben, und in manchen Fällen hat sich die Schuld der Hausbesitzer herausgestellt. Es sind Kriegerfrauen bei mir gewesen, die um 30 und 60 M im Jahre gesteigert sind. Um in solchen Dingen eine Ausgleichsstelle zu schaffen, ist das Gesetz erlassen. Es ist also nicht richtig, daß der Hausbesitzer dadurch in seinem Hause rechtlos geworden ist, sondern in gewissen Grenzen kann der Hausbesitzer auch jetzt die Mieten erhöhen.

Wir Sozialdemokraten stimmen grundsätzlich gegen die Besteuerung der Grundstücke, da es eine indirekte Steuer ist. Nach dem Kriege werden Sie aber alle öfter Gelegenheit haben, in Steuerfragen zu beweisen, ob Sie für andere indirekte Steuern Verständnis zeigen und indirekte Steuern nicht nur da ablehnen, wo es sich um die Hausbesitzer handelt.

Stadtv. Dr. **Nahlert**: Herr Meyerhoff hat in einem Teile seiner Ausführungen der Gewerbetreibenden und der Wirkungen der Erhöhung der Gewerbesteuer auf diesen Stand gedacht. Ich möchte noch einmal Ihr Augenmerk auf die Gewerbetreibenden richten, denn es ist in weiteren Kreisen nicht bekannt, wie sehr die kleineren Gewerbetreibenden durch die Lasten des Krieges und durch die während des Krieges getroffenen Maßnahmen bedrängt werden. Viele Betriebe haben stillgelegt werden müssen, viele haben ein anderes Abzugsgebiet sich suchen müssen oder haben andere Arbeiten übernehmen müssen. Für diejenigen Betriebe, welche auf Arbeit nicht mehr rechnen können und nicht in der Lage sind, die Gewerbesteuer zu zahlen, ist zwar die Möglichkeit gegeben, ihren Betrieb einfach abzumelden, so daß sie nicht mehr zur Gewerbesteuer herangezogen werden, es herrscht aber doch ein gewisses Ehrgefühl bei den Inhabern dieser Betriebe, die so lange Zeit schon in der Stadt ansässig sind und ihr Geschäft geführt haben, daß sie nicht gleich herkommen mögen und erklären: Wir wollen keine Gewerbesteuer mehr bezahlen und melden den Betrieb während der Zeit der Stilllegung ab. Es ist diesem in der Einschätzungskommission nach Möglichkeit Rechnung getragen, indem man bei

der Einschätzung Rücksicht hat walten lassen und die Steuerjäge zum Teil ganz erheblich heruntergesetzt hat; andere hat man aber auch schärfer heranziehen können. Ich glaube deshalb, daß wohl die Gewerbetreibenden am ersten in der Lage sein dürften, die Erhöhung der Steuer, um welche wir nach der Auskunft des Herrn Oberbürgermeisters nicht herumkommen, zu zahlen. Der Grundbesitzer wird allerdings, wie ich auch in der Kommission ausgeführt habe, sehr schwer getroffen, da ihm durch die einschneidenden Bestimmungen des Bundesrats die Möglichkeit genommen ist, eine Verteilung und gewisse Abwälzung dieser erhöhten Steuer vorzunehmen. Gewiß, die Herren zur Linken haben recht, wenn sie sagen, daß die indirekten Steuern immer auf die breiten Massen abgewälzt zu werden pflegen, so daß jeder, auch der kleine Mann, sein Scherflein beisteuern muß, und vielleicht nicht mit Unrecht wird gesagt, daß die große Masse das meiste dazu beitragen muß. Aber die ganzen Verhältnisse müssen sich den Steuern anpassen. Selbst die Einkommensteuern, welche von den Herren drüben immer vorgeschlagen werden, müssen wir als gewisse Unkosten rechnen, da der Ausgleich auch solcher Steuern durch Erhöhung der Warenpreise vorgenommen wird. Der Geschäftsmann im weitesten Sinne wird die Einkommensteuer in gewisser Weise als Unkosten rechnen, und je höher die Einkommensteuer genommen wird, um so höher wird der Geschäftsmann auch die Unkosten auf seinen Geschäftsbetrieb zur Anrechnung bringen. Ich will nicht weiter darauf eingehen, sondern möchte hauptsächlich an die Ausführungen des Herrn Oberbürgermeisters anknüpfen und zum Ausdruck bringen, daß nach den Ausführungen hier und in der Kommission es kaum zu umgehen ist, der Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuer zuzustimmen. Allerdings hatten wir in der Kommission den Vorschlag gemacht, beim Ministerium nochmals vorstellig zu werden, nach Möglichkeit von der Erhöhung der Steuern abzusehen und auf alle Fälle auf die bedrängte Lage der Grundbesitzer Rücksicht zu nehmen. Es scheint mir, daß der Herr Oberbürgermeister einen Weg gezeigt hat, der zum Ziele führen könnte, indem wir der Erhöhung der Gewerbesteuer und auch der Grundsteuer zustimmen mit der Einschränkung, daß die Grundsteuer erst vom Ende des Krieges an erhöht werden soll, wenn die einschneidenden Bestimmungen des Bundesrats fortgefallen sind. Ich glaube, daß damit dem Grundbesitz gedient sein wird, und es wäre auch nicht ausgeschlossen, daß das Ministerium diese Rücksicht nimmt, wenn wir ihm nochmals die bedrängte Lage des Grundbesitzes vor Augen führen.

Stadtv. Frede: Der Herr Oberbürgermeister hatte mir einige kleine Irrtümer nachgewiesen; es sind ja tatsächlich nur kleine. Das Schreiben des Ministeriums — ich war damals an Stelle des Herrn Munte für diese Sache Referent — datiert vom 22. August, und so war ich der Meinung, daß die *Forderung*

des Ministeriums sich von der Zeit her schreibt. Sodann erklärte der Herr Oberbürgermeister, daß das Staatsministerium bisher Dispens erteilt hat und nicht über die Sache hinweggesehen hat. Ich habe mich da in dem Ausdruck vielleicht vergriffen, im wesentlichen kommt es aber auf dasselbe hinaus. Früher ist vom Ministerium nicht darauf gedrungen, die Erhöhung der Steuer durchzuführen, und wir haben eine solche Vorlage nicht bekommen, jetzt aber tritt die dringende Anforderung an uns heran. Das ist der tatsächliche Unterschied gegen früher. Wir sagen: Daß jetzt im Augenblick der Druck ausgeübt wird, ist unberechtigt und läßt sich mit Rücksicht auf die Notlage des Hausbesitzes in keiner Hinsicht rechtfertigen.

Was den Wegfall der Grundsteuer im allgemeinen anbelangt, so sagt der Herr Oberbürgermeister, daß Herr Meyerhoff und ich wünschten, daß sie überhaupt fallen solle, und die Herren von der Linken sagen: Die Vertreter des Grundbesitzes bekennen nicht recht Farbe, was sie wollen. Wir sind uns wohl darüber klar, ob wir eine Grundsteuer wollen oder nicht, und es ist angebracht, daß wir darüber eine Erklärung abgeben, und das will ich hiermit tun. Es ist auszusprechen, daß wir die Grundsteuer an und für sich nicht für berechtigt halten. Wir sind in der Hinsicht vollständig mit den Herren der Linken einig, aber wir müssen in der Stadt praktische Politik treiben. Bei der Staatsberatung ist von der Seite drüben öfter gesagt worden: „Es sollen alle Ausgaben auf die Einkommensteuer abgewälzt werden, und andere Nebensteuern wollen wir nicht.“ Dagegen haben wir darauf verwiesen, daß das unpraktisch ist. Wir müssen dabei auf die Konkurrenz der übrigen Städte verweisen und müssen emporzukommen suchen, indem wir unsere Einkommensteuer nicht ins Ungemessene anschwellen lassen. Deshalb müssen wir sagen: Solange die anderen Städte Grundsteuern und andere indirekte Steuern erheben, sind wir leider Gottes gezwungen, dasselbe zu tun, denn wir müssen Mittel haben, um unsere städtischen Ziele mannigfaltigster Art zu verwirklichen. Die Ziele der Städte sind verschieden; es ist verschieden, was sie bieten und was sie anstreben. Darum sind auch die Mittel, die sie aufzuwenden haben, verschieden groß, und wir werden nie dahinkommen, daß die Steuern der Städte vollkommen gleich hoch sind, auch wenn es uns gelingen würde, die Grundsteuer im allgemeinen, nicht nur im Herzogtum Braunschweig, zu Falle zu bringen. Wenn ich angedeutet habe, daß ein großer Verband, der sich über das ganze Reich erstreckt, die Hineingräbung der Grundsteuer zu seinem Ziele machen wird, so entspricht das diesen Darlegungen, die ich eben gemacht habe. Wir können auf eine solche Steuer nur verzichten, wenn es gleichmäßig in allen Städten geschieht, solange aber die anderen Städte mit solchen Mitteln wirtschaften, müssen wir sie auch gebrauchen. Wie unsere Stadt durch Fortfall der Sondersteuern geschädigt und der von Ihnen (zur Linken gewandt) abgeschossene Pfeil auf Sie wieder zurückkehren würde, möchte ich kurz noch klarlegen. Gesezt, wir kämen dazu, alle

Ausgaben durch die Einkommensteuer zu bestreiten, was ich grundsätzlich für durchaus richtig halte, und die anderen Städte täten das nicht, dann würden sich selbstverständlich diejenigen Kreise, die am meisten durch die Einkommensteuer getroffen werden, dagegen sträuben und würden nach solchen Orten ziehen, wo sie nicht so sehr davon betroffen werden. Das ist tatsächlich in Hannover der Fall. Dort werden die wohlhabenden Einwohner bedeutend geringer zur Einkommensteuer herangezogen als hier bei uns, und deshalb ist dort ein Pensionopolis, eine Stadt von großer Wohlhabenheit und mit vielen Annehmlichkeiten entstanden. Aber in Hannover hat man bedeutend höhere Steuererträge an indirekten Steuern als in Braunschweig. Wenn wir alles auf die Einkommensteuer bringen wollten und uns die wohlhabenden Leute wegzögen, dann müßten die niedrigen Einkommen mehr zum Fließen gebracht werden, und das würde gerade Sie als Vertreter der niedrigen Volkskreise treffen. Dann würden gerade die getroffen, die Sie schützen wollen. Eine Zeitlang würde es wohl gut gehen, aber nicht lange, dann aber würden die Forderungen an Arbeitslohn hier sehr hoch werden oder die Arbeiter würden sich andere günstigere Arbeitsgelegenheiten auswärts zu verschaffen suchen müssen. Da wir praktische Politik treiben müssen, so kann man nur versuchen, durch eine allgemeine Bewegung im Reiche die Grundsteuer in Fortfall zu bringen, nicht aber gesondert an einem Orte allein.

Nun hat der Herr Oberbürgermeister schon früher gesagt, daß es nicht angebracht sei, wenn wir uns auf eine Fassung „bis auf weiteres“ einigten; das Ministerium würde erwidern: Wir wissen nicht, wie lange der Notstand dauern wird. Der Herr Oberbürgermeister meinte, wenn wir sagten „während des Krieges“, so habe das eher Aussicht auf Erfolg, und in dem Falle bin ich der praktische Politiker und sage: Ich erkläre mich damit einverstanden und reiche deshalb eine solche Fassung als Antrag ein.

Oberbürgermeister Hetemeyer: Ich bedaure sehr, daß Herr Frede in dem ersten Teile seiner eben beendeten Rede nicht weiter gegangen ist, was ich eigentlich gehofft hatte. Er sagt: „Wenn alle Städte Grundsteuer erheben, dann müssen wir es auch tun, wenn aber alle Städte ihre sämtlichen Einnahmen aus der Gemeindeeinkommensteuer ziehen, dann ist das auch für uns möglich.“ Dann seien Sie doch konsequent und sagen Sie: „Wie es die übrigen Städte jetzt machen, so wollen wir es auch tun: Im gleichen Verhältnis wie die anderen Städte wollen wir auch Grundsteuer erheben.“ Vollkommen einverstanden, Herr Frede! Wir im Magistrat halten es mit Herrn Frede für bedenklich, unsere Einkommensteuer, die jetzt schon nicht unerheblich höher ist als in anderen Städten, noch weiter zu erhöhen, denn das hat großen Einfluß auf das Gedeihen der Stadt. Ich habe eine Übersicht über die Grundsteuer und die Gemeindeeinkommensteuer in verschiedenen Städten

aufstellen lassen, und darnach stand Braunschweig an letzter Stelle, wenn man das Verhältnis zwischen Gemeindecinkommensteuer und Grundsteuer in Betracht zieht. (Zuruf: Aber die Höhe der Mieten!) Ich kann die Mieten in Braunschweig nicht in die Höhe drücken, und das ist auch nicht meine Aufgabe, im Gegenteil, der Magistrat hat durchaus keine Veranlassung, dabei zu helfen, daß die Mieten künstlich in die Höhe geschraubt werden. Tatsache ist es, daß unsere Einkommensteuer im Verhältnis zur Grundsteuer zu hoch ist, und insofgedessen müssen wir mit unseren Steuerverhältnissen für Zuziehende gegenüber anderen Städten schlecht abschneiden.

Nun hat Herr Frede immer wieder darauf hingewiesen, daß es eine so furchtbare Belastung für den Grundbesitz sei, was hier verlangt wird. Nun bitte ich doch aber zu beachten, welchen Betrag die Steuererhöhung ausmacht. Wir erheben jetzt Grundsteuern in der Höhe von etwa 700 000 *M.* Wenn wir, wie der Magistrat vorschlägt, ein Drittel mehr erheben, nämlich statt $7\frac{1}{2}$ Prozent 10 Prozent, so würde das ein Betrag von 233 000 *M.* sein. Ich bin nicht genau darüber unterrichtet, aber ich schätze, daß davon wenigstens 33 000 *M.* auf ländliche Grundstücke fallen und vielleicht 200 000 *M.* von den Hausbesitzern erhoben werden müßten. Bei den ungefähr 8000 Wohnhäusern bringt das im Durchschnitt 25 *M.* auf das Haus. Das ist die ganze Sache! Nun erkenne ich ohne weiteres an, daß nicht jeder Hausbesitzer genau 25 *M.* zu tragen hat, sondern der Betrag sich verschieden verteilt; der eine wird vielleicht $1\frac{1}{2}$ *M.* mehr bezahlen und der andere 100 *M.* Aber unmöglich kann man doch bei einer solchen Mehrleistung von einer übermäßigen Belastung sprechen, und darauf hat auch das Ministerium hingewiesen. — Um dem Ministerium gerecht zu werden, möchte ich übrigens den Herrn Referenten bitten, die Freundlichkeit zu haben, den Wortlaut des ministeriellen Schreibens vorzutragen, das der Kommission zugegangen ist.

Herr Frede hat jetzt die Anregung gegeben, den Beschluß der Versammlung dahin zu fassen, daß das Ministerium gebeten werden soll, „während des Krieges“ von der Erhöhung der Steuer Abstand zu nehmen. Es leuchtet ein, daß mit der Ersetzung der Worte „bis auf weiteres“ durch „während des Krieges“ praktische Politik getrieben wird. Das letztere hat auch der Magistrat schon versucht. Er ist der Ansicht gewesen, daß Ihrem Beschlusse, das Ministerium zu ersuchen, bis auf weiteres von der Erhöhung Abstand zu nehmen, auf keinen Fall Folge gegeben würde, und ist deshalb in seiner Eingabe nicht ganz so weit gegangen wie die Stadtverordneten mit ihrem Beschluß, sondern hat nur empfohlen, während des Krieges von der Erhöhung Abstand zu nehmen. Darauf ist dann die bekannte Antwort des Ministeriums gekommen. Daraus kann Herr Frede erkennen, welche Folge die Wiederholung unserer Eingabe haben würde. Wenn Sie weiter nichts beantragen, dann kommen wir, wie ich glaube, in dieser Sache nicht weiter.

Vorsitzender: Der Antrag des Herrn *F r e d e* lautet:

„Die Versammlung ersucht den Stadtmagistrat, nochmals beim Staatsministerium dahin vorstellig zu werden, zu gestatten, daß unter Würdigung der auch vom Staatsministerium anerkannten außerordentlichen Notlage des Haus- und Grundbesitzes wenigstens während des Krieges von einer Erhöhung der Grundsteuer Abstand genommen werde.“

Stadtv. Meyerhoff: Der Herr Oberbürgermeister hat insofern recht, als ich mich vorhin wohl nicht richtig ausgedrückt habe, indem ich von Einführung der Grundsteuer sprach; ich habe „Erhöhung der Grundsteuer“ gemeint.

Sodann fragte der Herr Oberbürgermeister: Wie steht Herr Meyerhoff der Frage gegenüber, wenn man auf seinen Wunsch eingeht, und das Ministerium nicht etwa Einspruch erhebt: Würde er heute schon erklären, nach dem Kriege die Erhöhung der Steuer bewilligen zu wollen? Darauf kann ich im Namen derjenigen, die ich zu vertreten habe, versichern: Ja, in dem Falle würden wir für die Erhöhung der Steuer sein.

Herr Steinbrecher hat angeführt, daß ich auch im Landtage für Aufhebung der indirekten Steuern eintreten müßte. Herr Steinbrecher kennt mein Programm ganz genau; ich erwarte sogar, daß eine allgemeine direkte Reichssteuer eingeführt wird, um alle diese kleinen und Nebensteuern, die in der Schweben sein sollen, wie Syndikatsbildungen und Monopole, nicht aufkommen zu lassen. Ich halte es für eine gesunde Wirtschaft, wenn eine allgemeine Reichssteuer kommen würde, nach der es gleichgültig wäre, ob der eine Schuhmacher ist, oder ob er Kupons abschneidet. Je nachdem er Einkommen hat, darnach soll er steuern; das wäre die gerechteste Steuer. Auf Grund dieser Reichssteuer ließen sich dann auch die Staatssteuern regeln. Das wäre ein idealer Zustand, und dem neige ich zu. Ich glaube, auch wenn der Herr Oberbürgermeister in seinem Erinnerungsbuche nachblättert, wird er finden, daß er schon einmal mit mir über diese Sache gesprochen hat. Der Herr Oberbürgermeister meinte, ein solcher Zustand wäre wohl wünschenswert, aber er wäre schwer einzuführen, und auch ich glaube, daß der Wunsch nie in Erfüllung gehen wird. Hoffen möchte ich aber, daß es doch geschieht, vielleicht erleben es einmal unsere Nachkommen.

Ich habe mir erlaubt, auch einen Antrag einzubringen, den ich verlesen werde:

„Die Stadtverordneten ersuchen den Magistrat, beim Herzoglichen Staatsministerium nochmals vorstellig zu werden, daß unter Würdigung der allgemeinen Notlage des Gewerbes und des Haus- und Grundbesitzes von einer Erhöhung der Gewerbe- und Grundsteuer während der Dauer des Krieges Abstand genommen wird.“

Nochmals: Für die spätere Einführung nach dem Kriege bin ich zu haben, und ich darf das auch im Namen meiner Gefinnungsgegnossen versichern.

Stadt. Hartung: Gegen die auf dem Geſetz beruhende Forderung des Miniſteriums iſt nichts einzuwenden. Ich glaube aber doch, daß wir mit Rückſicht auf die mehrfach als beſtehend anerkannte und auch nicht zu beſtreitende große Notlage des Haus- und Grundbeſitzes die Verpflichtung haben, wenn irgend möglich, die Laſten des Grundbeſitzes, die durch den Krieg herbeigeführt ſind, zu erleichtern, und ich bitte daher, den Anträgen Meyerhoff und Frede beizustimmen. Eventuell möchte ich bitten, wenn die Verſammlung mit Rückſicht auf die letzte Erklärung des Herrn Oberbürgermeiſters der Anſicht ſein ſollte, daß dieſer Weg unpraktiſch wäre, den Magiſtrat zu erſuchen, mit dem Miniſterium über die Frage zu verhandeln, ob nicht die Ausnahmebeſtimmung des § 47 des Gemeindeabgabengeſetzes angewandt werden könnte, wonach das Miniſterium als Aufſichtsbehörde im Rahmen des Geſetzes beſähigt iſt, einen geringeren Prozentſatz der Grundsteuer im Verhältnis zur Einkommensteuer zuzulaſſen. Biſher haben der Magiſtrat und die Stadt das Verlangen geſtellt, daß entgegen dem Geſetze der beſtehende Ausnahmezuſtand noch weiter geſtattet würde, und demgegenüber hat das Miniſterium ſich auf den Standpunkt geſtellt, man könne es mit Rückſicht auf die anderen Städte nicht länger verantworten, dieſen Zuſtand, der tatſächlich nicht dem Geſetze entſpricht, zu dulden. Ich habe einen ſolchen ermäßigten Antrag für den Fall eingebracht, daß der Antrag Frede abgelehnt werden ſollte. Er geht dahin, beim Miniſterium anzuregen, daß es ſich damit einverſtanden erklärt, daß dieſe im Geſetz ſchon vorgeſehene Ausnahme wenigſtens jezt zugelassen wird.

Oberbürgermeiſter Ketemeyer: Ich glaube, der Herr Vorredner hat ſich doch geirrt. Das Miniſterium hat überhaupt keine Veranlaſſung, einzugreifen, wenn die Herzogliche Kreisdirektion einem Antrage, den wir ſtellen, den Einheitsſatz ſo zu normieren, wie es § 47 vorſieht, wohlwollend gegenüberſteht. Das Geſetz ſagt: Sooft eine Gemeindeeinkommensteuer erhoben wird, die dem Einheitsſatze der Staatseinkommensteuer entſpricht, ſooft müſſen 7 Prozent des gemeindesteuerpflichtigen Grundſteuerkapitals erhoben werden. Erheben wir alſo nicht eine der einmaligen Staatssteuer entſprechende Einkommensteuer, ſondern 150 Prozent der Staatssteuer, dann müßte die Grundsteuer auf 10½ Prozent geſetzt werden. Nun hat das Geſetz der Aufſichtsbehörde — das iſt nicht das Staatsminiſterium, ſondern die Kreisdirektion — das Recht eingeräumt, auf Antrag zu geſtatten, daß dieſer Einheitsſatz von 7 Prozent durch 8 Prozent erſetzt werden kann; er kann auch durch einen niedrigeren Satz biſ zu 6 Prozent erſetzt werden, wenn eine höhere Grundsteuer nicht erforderlich iſt. Was würde man alſo erreichen? Es würde der Einheitsſatz von 7 Prozent erſetzt werden durch den Einheitsſatz von 8 Prozent.

Auf Grund des § 46 wird aber gefordert, daß nunmehr im Verhältnis zur Einkommensteuer dieser Satz auf 12 Prozent erhöht wird. Damit erreicht man also gar nichts. Lassen Sie uns ruhig bei dem Satz von 7 Prozent bleiben und damit operieren.

Ich kann beim besten Willen keine Gründe weiter für das, was wir gefordert haben, anführen. Ich möchte nur noch einmal ersuchen: Lassen Sie uns nicht uns dem Schauspiel der Welt aussetzen, indem wir keinen fertigen Etat zustande bringen und die Regierung würde erklären müssen: Wir verfügen, daß der Magistrat nach eigenem Recht die Stadt regiert. Herr Frede schüttelt den Kopf, und er hat bisher immer den Kopf geschüttelt, wenn ich hiervon gesprochen habe. Ich sehe heute schon klar, wie die Sache kommen wird. Wenn Sie heute ablehnen, dann werden Sie konsequent sein und den Etat nicht genehmigen. Dann sitzen wir fest.

Vorsitzender: Der Antrag Hartung lautet:

„Die Versammlung wolle für den Fall der Ablehnung des Antrages Frede beschließen, den Magistrat zu ersuchen, derselbe wolle vor weiterem beim Ministerium anregen, daß die Grundsteuer für die Zeit des Krieges zu dem ermäßigten Satz gemäß § 47 des Gemeindeabgabengesetzes in den Etat eingestellt werde, und nach dessen Zustimmung gemäß dieser Bestimmung verfahren.“

Ich möchte dem Herrn Stadtverordneten Hartung anheimgeben, zu überlegen, ob er nicht mit Rücksicht auf die vom Herrn Oberbürgermeister auseinandergesetzte Gesetzeslage diesen Antrag zurückziehen will.

Stadtv. Benzen: Wir erkennen ohne weiteres an, daß den Kommunen durch den Weltkrieg kolossale Lasten aufgebürdet sind, und sind auch der Meinung, daß sie später getilgt werden müssen, halten aber den Weg, der durch den Magistratsantrag hierfür vorgeschlagen wird, nicht für gangbar. Schon von Herrn Steinbrecher ist angeführt, daß wir Gegner der indirekten Steuern sind, und da die Grundsteuer auch als indirekte Steuer aufgefaßt werden muß, so sind wir auch dagegen. Die Herren Meyerhoff und Frede haben zugegeben, daß die erhöhten Steuern wieder auf die Wohnungsmieten aufgeschlagen werden müssen, weil nicht alle Hausbesitzer in der Lage sind, große Überschüsse von ihrem Grundbesitz zu haben. Was eine solche Mieterhöhung in der jetzigen Zeit, wo alles so übermäßig teuer ist und geradezu Wucher mit allen möglichen und auch mit kleinlichen Artikeln, wie die Streichhölzer, getrieben wird, heißen will, das liegt klar zutage. Wir stehen auf dem Standpunkte, daß alle indirekten Steuern abgeschafft werden müssen und an deren Stelle die direkte Steuer eingeführt wird. Herr Frede hat unter den jetzigen Zuständen davon abgeraten. Wenn die anderen Städte auch damit vorgingen, ließe sich mit ihm sprechen, aber wenn Braunschweig sich allein auf diesen Standpunkt stellen wollte, dann würden die besitzenden Klassen Braun-

schweig verlassen und nach anderen Städten übersiedeln, die derartig hohe Einkommensteuern nicht haben. Dagegen stehen wir auf dem Standpunkte, daß die alleinige Erhebung von direkten Steuern nicht nur für Braunschweig gelten soll, sondern für ganz Deutschland erstreben wir durch unsere Abgeordneten in den Parlamenten dieses Ziel. Ich sehe in der Beziehung nicht so schwarz wie Herr Frede, wenn er meint, daß die Wohlhabenden, die die meisten Vorteile vom Kriege gehabt haben — und das sind in Braunschweig nicht wenige —, bei Einführung von nur direkten Steuern die Stadt verlassen würden. Wenn ich nicht irre, bringt die Kriegsgewinnsteuer in Braunschweig 20 Millionen Mark ein, so daß auch hier ein großes Stück Geld verdient sein muß. Diese Herren, die sonst in Patriotismus machen, werden der erhöhten Gemeindeeinkommensteuer wegen Braunschweig nicht verlassen, man würde sonst auf den Gedanken kommen, daß ihr Patriotismus nur bis zum Geldsack geht. Wenn Sie sehen, daß die Kommune während des Krieges große Lasten auf sich genommen hat, und man wollte dann nicht beisteuern für diese Lasten und wollte wegziehen, dann wäre es mit dem Patriotismus dieser Herrschaften schlimm bestellt. Zu ihrer Ehre nehme ich das nicht an. Ich bitte, praktische Politik zu treiben und Vorschläge für Einführung nur direkter Steuern zu machen, und das kann nur eine Einkommensteuer, nur eine Vermögenssteuer sein.

Stadtrat von Frankenberg: Ich möchte nicht versäumen, noch in letzter Stunde auch meinerseits die dringende Bitte an Sie zu richten, dem Magistratsvorschlägen zuzustimmen, und zwar aus folgendem Grunde: Es läßt sich nicht verkennen, daß sowohl die Gewerbesteuer wie die Grundsteuer nicht in vollständig unabänderlicher Weise festgesetzt ist, sondern daß sie sich nach den bestehenden Vorschriften den gegebenen Verhältnissen anpaßt. Herr Dr. Kahlert hat ausgeführt, daß bei der Gewerbesteuer der Ortseinschätzungsschutz sich in sorgfältiger Weise bemüht hat, den schwierigen Verhältnissen, die während der drei Kriegsjahre in die Gewerbe eingedrungen sind, Rechnung zu tragen — ich erwähne die Gast- und Schankwirtschaften, die Brauereien, das Luxusgewerbe und andere Betriebe, die stark zu leiden haben —, während wir selbstverständlich bei denjenigen Betrieben, auf die die Rede des Herrn Genzen abzielte, die mit sehr erheblichem Kriegsgewinn rechnen konnten, nicht unbedeutend höhere Steuern aufsetzen konnten, was der Umsatzbesteuerung entspricht. Da dies bei der Gewerbesteuer schon der Fall ist, weil sie elastisch und nicht starr festgelegt ist, nicht eng begrenzt und nicht gleichmäßig auf lange Zeit ausgeschrieben wird, so liegt um so weniger Grund vor, eine derartige den Verhältnissen angepaßte Steuer ausnahmsweise zu behandeln und zu erklären: So sehr die drei Jahre Krieg die Finanzen der Stadt angegriffen haben, können wir doch eine Mehrbelastung nicht zugestehen. Sie wollen doch nicht sagen, daß die Mehrbelastung nur diejenigen Gewerbe wesentlich trifft, die in der

Kriegszeit unverändert geblieben oder höher veranlagt sind. Ich glaube auch annehmen zu können, daß in bezug auf den Grundbesitz eine gewisse Elastizität in der Steuerveranlagung besteht. Ich habe schon in der Kommissionssitzung darauf aufmerksam gemacht, daß für die Veranlagung das gesetzliche Recht gegeben ist, alle diejenigen Aufwendungen, die in der Kriegszeit in besonderem Umfange zu erwähnen sind, als abzugsfähig zu behandeln. Das gilt von den Aufwendungen, auf die Herr Meyerhoff abzielte, die sich auf die Zustandsetzung der Wohnungen und die notwendigen Ausgaben für Reparaturen erstrecken. Was die Mitteilung von Herrn Frede und Meyerhoff über die Abzüge betrifft, so hat das Steuerkollegium nur Bedenken getragen, Abzüge in Rausch und Bogen als gerechtfertigt anzusehen, hat aber nicht angezweifelt, daß der einzelne Hausbesitzer in dieser Zeit erheblich mehr Aufwendungen als die festgesetzten 10 Prozent zu machen gehabt hat. Wenn ein Hausbesitzer solche Kosten absetzt, so ist er dazu berechtigt, und die Veranlagungskommission handelt nicht leichtsinnig, sondern pflichtgemäß, wenn sie das berücksichtigt. Ich werde mir angelegen sein lassen, in den Einschätzungskommissionen noch besonders darauf hinzuweisen. Da die Verhältnisse so liegen, so möchte ich dringend bitten, in diesem Falle Ihre Bedenken zurückzustellen. Vor allen Dingen wollen Sie nicht unbeachtet lassen, was vom Herrn Oberbürgermeister ausgeführt ist, daß nämlich im anderen Falle unabweisbar die von der Staatsbehörde festgesetzte Ausschreibung der Steuer und die von Staats wegen angeordnete Ausschreibung des Stadthaushalts kommen muß. Ich habe jetzt während dreier Jahrzehnte die Ehre gehabt, in der Stadtverwaltung zu arbeiten, und es ist immer unser Stolz und unsere Freude gewesen, in der Selbstverwaltung die Rechte der Stadt auszuüben. Ich würde den Tag nicht mit Freude begrüßen, wo es einmal anders käme, wo wir nicht nach dem Beschlusse der städtischen Behörden, sondern im wesentlichen nach den Weisungen der Aufsichtsbehörde und Oberaufsichtsbehörde zu handeln hätten. Das können Sie sich und uns durch ein verständiges rechtzeitiges Einsinken am heutigen Tage ersparen.

Stadtv. Kraus: Ich habe die Vorverhandlungen der Statuten- und Finanzkommission nicht angehört; wenn man aber die Ausführung der Redner in der Vollversammlung hört, dann muß man seine Verwunderung darüber aussprechen, daß hier im Stadtparlament immer wohl die Ausgaben bewilligt werden, sobald dann aber hinsichtlich der Einnahmen einmal irgendwo angefaßt werden muß, der ablehnende Standpunkt der gerade Betroffenen in einer so scharfen Weise sich geltend macht. (Sehr wahr!) Die Stadt hat große Lasten zu tragen, und für diese Lasten müssen wir eintreten, jeder in seiner Art und mit gutem Willen. Es ist natürlich außerordentlich leicht, zu sagen: Ich bin theoretisch gegen jede indirekte Steuer und insolgedessen lehnen wir mit 9 Stimmen im Stadtparlament jede indirekte Steuer ab. Es ist aber nicht einfach, an die Stelle etwas anderes zu

setzen, und die Frage löst man nicht damit, daß man ein großes Plakat an die Wand nagelt: Die Einkommensteuer muß alles bringen! Sie bringt es eben heute nicht, und wenn wir praktische Politik im Sinne des Herrn Frede treiben wollen, dann müssen wir uns mit dieser geringfügigen Steuererhöhung abfinden. Gern tun wir es nicht, aber nehmen wir irgend eine andere Steuer, so wird sie auch nicht gern getragen. Um alle diese Schwierigkeiten zu vermeiden, sollten wir, noch dazu, da das Gesetz bestimmte Garantien gibt, dem Antrage der vereinigten Finanz- und Statutenkommission zustimmen.

Vorjagender: Herr Meyerhoff hat seinen ersten Antrag zurückgezogen und einen anderen dafür eingereicht. Er lautet:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle dem Antrage auf Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuer mit der Maßgabe zustimmen, daß dieselbe erst mit Ende des Krieges in Wirksamkeit treten soll.“

Stadtv. Munte: Es wurde vom Herrn Oberbürgermeister angeregt, daß ich den Wortlaut des Schreibens des Ministeriums vorlesen soll. Ich glaube aber nicht, daß die Verlesung dieses Schreibens, und wenn es mit Engelszungen verkündet würde, nachdem die Herren prinzipiell sich festgelegt haben, noch etwas an ihrer Stellungnahme ändern wird. Es ist ein langes Schreiben, und die Verlesung würde viel Zeit in Anspruch nehmen.

Zu der Materie selber möchte ich noch bemerken, daß die Besprechung hübsche Szenen gebracht hat, als alle möglichen Steuervorschläge gemacht wurden. Ich bin allerdings auch der Meinung, daß die Einkommensteuer noch höher angelegt werden muß. Wenn man dabei aber nach den Herren der Linken gehen wollte, dann kämen wir mit 80 Prozent des Einkommens bei der Einkommensteuer nicht aus, und dann müßte derjenige, der sein Einkommen erhalten will, es tatsächlich so machen, daß er die Steuerbeträge wieder auf die Ware schlägt. Keiner läßt sich sein Vermögen abnehmen, das tun auch Sie nicht! Da es fraglich ist, ob der Etat ohne die Festlegung der Steuererhöhung fertigzustellen ist, und da durch Berechnung nachgewiesen werden kann, daß die bestehende Grund- und Gewerbesteuer nicht gesetzmäßig ist, so können Sie nicht jagen: Für diese augenblickliche Erhöhung stimme ich nicht. Durch Zustimmung zur Erhöhung der Steuer vergeben Sie sich nichts. Abschaffen können Sie die Steuer doch nicht. Durch Zustimmung zu dem Magistratsantrage würden Sie dazu beitragen, daß wir eine Mehrheit bekommen, die die Anträge des Magistrats durchbringt, so daß wir den Etat fertigbekommen können. Auch ich habe Mitgefühl mit den Leuten, die für ihr Haus Steuern bezahlen müssen, aber es ist doch nachgewiesen, daß die Erhöhung für den einzelnen nicht so unerschwinglich ist. Ich empfehle, den Kommissionsantrag anzunehmen, wie ich ihn vorgetragen habe.

Nachdem der Herr **Vorsitzende** nochmals den Inhalt der Anträge mitgeteilt, die Hauptpunkte derselben hervorgehoben und zu dem Kommissionsantrage bemerkt hat, daß die Voraussetzung des Magistrats über die Höhe der Gemeindeeinkommensteuer — wie in der Kommissionsfizierung mitgeteilt sei — zutreffe, findet die Abstimmung statt.

Der Kommissionsantrag wird abgelehnt (6 Stimmen dafür), der Antrag Frede ebenfalls (5 Stimmen dafür), ebenso der Antrag Hartung. Für den Antrag Meyerhoff (in der zuletzt eingereichten Fassung desselben) stimmt die Mehrheit.

4. Beitritt der Stadt in den Verein für Kommunalwirtschaft und Kommunalpolitik.

Stadtv. **Niese:** Der Magistrat schreibt in dieser Sache: „Der Verein für Kommunalwirtschaft und Kommunalpolitik, e. V., der im Herbst 1910 gegründet wurde und seinen Sitz in Berlin hat, ist an uns mit der Bitte herangetreten, daß die Stadt Braunschweig unter Zahlung eines Jahresbeitrages von 30 M als Mitglied beitreten möge. Wie die geehrten Herren aus den anliegenden Zeitschriften, Denkschriften und Satzungen des genannten Vereins gefälligst ersehen wollen, hat dieser es sich zur Aufgabe gemacht, alle kommunalwirtschaftlichen und kommunaltechnischen Fragen sämtlicher Bundesstaaten zu pflegen und die gegenseitigen Erfahrungen auf den mannigfaltigsten Gebieten der Kommunalpolitik zu fördern. Daß die vom genannten Verein verfolgten Bestrebungen Unterstützung und Förderung verdienen, unterliegt keinem Zweifel, von besonderem Wert für unsere Verwaltung ist jedoch der Inhalt der vom Verein herausgegebenen Zeitschrift für kommunale Politik, für die der Verein tüchtige Mitarbeiter gewonnen hat, und die den Mitgliedern des Vereins unentgeltlich zugeht. — Wir richten an die geehrten Herren das ergebenste Ersuchen, der Beitrittserklärung der Stadt Braunschweig unter Zahlung des angegebenen Jahresbeitrages gefälligst zustimmen zu wollen.“

Die Durchsicht der als Material für die Beurteilung der Bestrebungen des Vereins beigelegten Satzungen, Denkschriften und der Zeitschrift des Vereins hat mir und der Finanzkommission die Überzeugung beigebracht, daß es angebracht ist, dem Verein beizutreten. Es ist heute notwendig, alle diese Bestrebungen zu unterstützen, damit statistisches Material gesammelt werden kann. Der Verein beschäftigt sich mit Finanz- und Steuerwesen, Fürsorgeerziehung, Polizei- und Beamtenwesen, Schulpflege, Arbeiterpolitik, Armenwesen, Schulgesundheitspflege, Volksbildungswesen, Säuglingsfürsorge, Volksbädern, Bekämpfung des Alkoholismus und der Tuberkulose, Zahnpflege in Schulen, Bekämpfung von Geschlechts-

krankheiten und allen sonstigen Bestrebungen, die sich die deutschen Städte und Kommunalverbände im Interesse der Volkswohlfahrt angelegen sein lassen müssen. Sie sehen aus dieser langen Serie, daß durch die zusammentretenden vielen Kommunen ersprießliches Material zusammengetragen werden kann. Bis jetzt sind 700 Städte, größere und kleinere, dem Verein als Mitglieder beigetreten, dabei solche, die nicht einmal ein Drittel der Einwohnerzahl unserer Stadt Braunschweig haben. Besonderen Wert hat die Zeitschrift des Vereins, die seit vier Jahren besteht. Die Finanzkommission empfiehlt, den Antrag auf Beitritt zu dem Verein anzunehmen.

Dem Beitritt zu dem Vereine wird zugestimmt.

5. Abgabe von zwei Handdrucksprizen.

Stadt. Frede: Das Marine-Branddirektorium beim Generalkommando des Marinekorps hat an den Magistrat das Ersuchen gerichtet, ihm einige Handdrucksprizen abzugeben, weil dort noch Bedarf an solchen sei. Bei der Beurteilung des Antrages ist für die Feuerlöschdeputation natürlich maßgebend gewesen, ob die Möglichkeit besteht, ohne Gefährdung der Sicherheit der Stadt solche Sprizen abzugeben. Die Feuerlöschdeputation hat sich in ihrem Schreiben, unterzeichnet Bürgermeister Meyer, dahin geäußert, daß die Abgabe von zwei solchen Sprizen für zulässig zu erachten sei. Wir haben im ganzen sieben solcher Sprizen und würden durch Abgabe dieser beiden nicht in Verlegenheit kommen, da wir im übrigen auch noch fünf andere Sprizen dieser Art besitzen. Die Preise für diese Sprizen sind noch nicht festgesetzt; es sind aber derartige Angaben gemacht, daß wir darauf vertrauen dürfen, daß eine angemessene Vergütung für die Abgabe einkommt. Die Finanzkommission empfiehlt Ihnen, dem Antrage auf Abgabe zweier Sprizen zuzustimmen.

Vorsigender: Da sich aus der Versammlung kein Widerspruch geltend macht, nehme ich das Einverständnis der Versammlung mit dem Antrage der Finanzkommission an.

6. Wahl eines Ausschusses zur Prüfung der Anträge der Straßeneisenbahngesellschaft, betreffend die Erhebung eines Feuerungszuschlages zu den bisherigen Preisen für elektrischen Strom und Erhöhung der Fahrpreise für die Straßenbahn.

Stadtv. Dr. Kahlert: Die Straßeneisenbahngesellschaft hat beim Stadtmagistrat beantragt, 1. zu den bisherigen Strompreisen für elektrischen Strom vorübergehend Feuerungszuschläge zu bewilligen, 2. die Fahrpreise auf der Straßenbahn dauernd nicht unwesentlich zu erhöhen.

Der erste dieser beiden Anträge wird damit begründet, daß die Unkosten des Elektrizitätswerks für Kohlen, Löhne, Gehälter, Packung, Dichtung und Schmiermaterial ganz erheblich gestiegen seien, und andererseits diesen erhöhten Unkosten entsprechende Mehreinnahmen infolge der durch die Kriegsverhältnisse eingetretenen freiwillig bzw. behördlich angeordneten Einschränkungen im Stromverbrauch nicht gegenüberständen.

Zu dem zweiten Antrage sieht sich die Straßeneisenbahngesellschaft veranlaßt einmal durch die am 1. Juli d. J. in Kraft tretende Reichsverkehrssteuer, dann aber auch durch die erhebliche Steigerung der Löhne und Materialpreise.

Der Magistrat gibt zu, daß die von der Straßeneisenbahngesellschaft angeführten Gründe in gewissem Umfange stichhaltig sind, nur sei sorgfältig zu prüfen, um welche Beträge die Strom- und Fahrpreise billigerweise erhöht werden müssen. Zweifellos ist diese Frage in wirtschaftlicher und verkehrstechnischer Beziehung für die Stadt von großer Bedeutung. Die Entscheidungen hierüber sind auch insofern von großer Wichtigkeit, als die Frage der Übernahme des Elektrizitätswerks hierbei eine ganz erhebliche Rolle spielen kann, ja es ist sogar möglich, daß die Entscheidungen über beide Fragen in sehr enger Beziehung zueinander stehen. Bei der Wichtigkeit der Sache hält es der Stadtmagistrat für geboten, daß zur Vorberatung der Angelegenheit ein Ausschuß, bestehend aus drei Magistratsmitgliedern und vier Stadtverordneten, eingesetzt wird; er ersucht die Stadtverordnetenversammlung, diesem Beschlusse zuzustimmen und die Wahl von vier Ausschußmitgliedern vorzunehmen.

Die Statutenkommission hat die Angelegenheit besprochen, und man war der Ansicht, daß es angebracht wäre, die Zahl der Ausschußmitglieder aus der Stadtverordnetenversammlung auf fünf zu erhöhen. Ich bin beauftragt, Ihnen fünf Herren aus der Versammlung vorzuschlagen, die als Mitglieder des Ausschusses an den Vorberatungen teilnehmen.

Vorsitzender: Wir können diese Wahl wohl in öffentlicher Sitzung vornehmen. (Ohne Widerspruch.)

Stadtv. Dr. **Ahlert:** Seitens der Statutenkommission werden zur Wahl vorgeschlagen die Herren Dr. **Wolters**, **Tebbenjohanns**, **Meyerhoff**, **Helle** und **Kraus**.

Die Versammlung ist mit dem Vorschlage der Statutenkommission einverstanden.

7. Anschluß des Eisenbütteler Kraftwerks an das Drehstromwerk.

Stadtv. **Munte:** Es handelt sich, wie in der Tagesordnung steht, um den Anschluß des Eisenbütteler Kraftwerks an das Drehstromwerk, und zwar soll der An-

schluß um deswillen hergestellt werden, weil das Eisenbütteler Kraftwerk besonders in den Sommermonaten nicht in der Lage ist, genügend eigenen Strom zu erzeugen, um die Pumpen im Rünninger Wasserwerk in Bewegung zu setzen. Eine Verstärkung der Kraftanlage ist erforderlich geworden, weil der Wasserverbrauch im letzten Jahre eine kolossale Zunahme erfahren hat. Der Vorlage ist eine Zusammenstellung beigegeben, aus der ersichtlich ist, daß im April gegenüber dem Vorjahre 6 Prozent mehr an Wasser gefördert werden mußte, im Mai 8 Prozent, im Juni 45 Prozent, im Juli 21 Prozent, im August 5 Prozent, im September 11 Prozent, im Oktober 17 Prozent usw. Da die Fördermenge des Rünninger Wasserwerks abhängig ist von der im Kraftwerk Eisenbüttel zur Verfügung stehenden elektrischen Arbeit und diese zur Zeit des höchsten Wasserverbrauchs für den Betrieb in Rünningen nicht ausreicht, so muß die Leistungsfähigkeit des Kraftwerks Eisenbüttel vergrößert werden. Zu diesem Zwecke soll das Kraftwerk Eisenbüttel an das Drehstromwerk des Elektrizitätswerks angeschlossen werden, und zwar in der Weise, daß von einer am Eisenbüttelerwege errichteten Schaltstation aus ein Abzweigkabel nach dem Kraftwerk Eisenbüttel geführt wird. Das vom Drehstromwerk zu verlegende Kabel ist vorhanden. Allerdings hat nun das Drehstromwerk verlangt, um die Verzinsung dieser Kabelleitung sicherzustellen, daß sich die Stadt verpflichten muß, jährlich für mindestens 5000 *M* Strom zu entnehmen. Ursprünglich sollte Herr Tebbenjohanns über diese Sache berichten, und es ist mir deshalb nicht bekannt, ob die Stadt überhaupt in der Lage ist, eine solch hohe Strommenge in der Folgezeit immer abzunehmen, ob das vielleicht weniger ist und wieviel zur Abrundung der Gegenleistung bezahlt werden muß.

Um das Rünninger Werk leistungsfähiger zu machen, ist dort eine Anzahl von Anschaffungen nötig — eine zweite Kreiselpumpe soll angeschafft und noch verschiedene andere Einrichtungen getroffen werden, so daß nach einem beigelegten Kostenanschlage für das Kraftwerk Eisenbüttel 9000 *M* und für das Wasserwerk Rünningen 14 600 *M* ausgegeben werden müssen.

Soviel ich von Herrn Tebbenjohanns gehört habe, hat sich die Finanzkommission damit einverstanden erklärt, daß diese Aufwendungen gemacht werden. Sie gibt anheim, dem Antrage des Magistrats auf Bewilligung der Kosten zuzustimmen, und zwar sollen sie gebucht werden zu Lasten des Reservefonds der städtischen Wasserwerke.

Soweit habe ich nach den Mitteilungen des Herrn Tebbenjohanns zu berichten. Auch die Verwaltungsdeputation der Wasserwerke hat sich mit dieser Sache befaßt und ist mit den Aufwendungen einverstanden, da sie solche für dringend nötig hält. Es wäre nun angenehm, wenn der Herr Oberbürgermeister in der Lage wäre, mitzuteilen, ob ihm bekannt ist, wie hoch die Inanspruchnahme des Drehstromwerks zu schätzen ist, und ob die 5000 *M* jährlich durch Stromverbrauch

erreicht werden. Gegen die Annahme des Magistratsantrages hat sich aus diesem Grunde niemand ausgesprochen.

Oberbürgermeister Hetemeyer: Im Stadthaushaltzplane sind für die Wasserwerke für Kohlen und Stromlieferung zusammen 50 000 *M* ausgelegt. Darnach kann Herr Munte als Sachverständiger ermessen, daß ein Betrag von 5000 *M* für diese Stromentnahme nicht zu hoch ist. Er ist auch von keiner Seite beanstandet worden. Da Herr Baurat von Heilisch ohne weiteres erklärt hat, die Abmachung mit dem Drehstromwerk könnte angenommen werden, so hat sich an diesen Punkt keine weitere Besprechung geknüpft.

Die Versammlung stimmt dem Magistratsantrage stillschweigend zu.

8. Aenderung des Statuts über die Meldung frei werdender Wohnungen.

Stadtv. Meyerhoff: Im Dezember vorigen Jahres ist von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen worden, den Magistrat zu veranlassen, eine Zusammenstellung der frei gewordenen Wohnungen ins Werk zu setzen. Infolgedessen haben wir uns in der letzten Stadtverordnetenitzung mit einem vom Magistrat vorgelegten Statut über die Anmeldung frei werdender Wohnungen beschäftigt und es angenommen. Das Statut ist dem Ministerium zur Genehmigung überreicht, die auch erfolgt ist, nur sind einige kleine Änderungen vorgenommen, denen wir heute zustimmen sollen. Hauptsächlich handelt es sich darum, daß der Ausdruck „Statuten“ eingebessert ist in „Satzungen“ und dieses Wort in dem Text immer wieder gebraucht ist. In § 2 der Satzungen war gesagt: „Meldepflichtig sind die Hauseigentümer oder Nutznießer der Gebäude, oder die von ihnen beauftragten Stellvertreter.“ Hier ist das Wort „schriftlich“ eingefügt, so daß es heißt „die von ihnen schriftlich beauftragten Stellvertreter“.

Die Statutenkommission hat keine Einwendungen gegen diese kleinen Änderungen zu erheben und gibt Ihnen Genehmigung anheim.

Vorsitzender: Ich nehme das Einverständnis der geehrten Herren mit den Änderungen an, da Widerspruch sich nicht erhoben hat.

9. Anfrage Steinbrecher über Maßnahmen zur Unterbringung obdachlos gewordener Familien.

Wortlaut der Anfrage s. S. 476.

Stadtv. Steinbrecher (zur Begründung): Es kommt in jedem Vierteljahr vor, daß einige Familien ohne Wohnung bleiben und sehen müssen, wie sie unter-

kommen, aber für diesen 1. April scheint es damit ganz besonders schlimm zu werden. Es sind bei mir viele Frauen gewesen, die erklärt haben, daß es ihnen beim besten Willen und trotz aller Bemühungen nicht möglich gewesen ist, Wohnung zu bekommen. Darunter befinden sich solche Frauen, die drei Kinder haben und wegen dieser Kinderzahl von den Hausbesitzern abgewiesen sind. Nun haben sie in der Zeitung von der Einrichtung eines städtischen Wohnungsnachweises und vom Statut über die Anmeldung frei werdender Wohnungen gelesen. Sie sind deshalb zum Rathaus gegangen, da sie geglaubt haben, daß dort eine Meldestelle eingerichtet wäre, und haben gefragt, wo sie Wohnung finden könnten. Darauf ist ihnen von den Beamten erwidert, es sei damit noch nicht so weit, sie sollten später wiederkommen. Erst heute war eine Frau bei mir, die seit dem 1. Januar in der Stadt umherläuft, ohne eine Wohnung zu bekommen. In der Geschäftsstelle der Neuesten Nachrichten hat sie dann noch 9 Frauen und Männer getroffen, die alle geklagt haben, daß sie keine Wohnung bekommen könnten, und deshalb schneide ich die Sache an, um zu erfahren, ob für diese Leute etwas getan werden kann. Wenn schon jetzt 10—12 Familien nicht wissen, wo sie unterkommen sollen, so gibt das doch zu denken, und die kolossalen Geldausgaben, die ein Umzug heute erfordert, und alles, was damit verbunden ist, zwingt uns doch, der Frage näherzutreten. Ich dachte mir, daß es angehen würde, daß nach dem 1. März von seiten des Magistrats auf Grund des neuen Statuts die Leute, die ohne Wohnung sind, aufgefordert werden, sich zu melden, damit man einen ungefähren Überblick bekommt, wie es damit am 1. April aussehen wird. Am 1. März ändert sich die Sachlage ja in der Weise, daß die eine oder andere Familie noch unterschlupfen kann. Vielleicht ist es möglich, daß der Magistrat eine einfache Regelung ausfindig macht, so daß die Familien untergebracht werden können, vielleicht auch dadurch, daß hier und da leere Zimmer zur Verfügung stehen. Ich möchte bitten, der Sache Aufmerksamkeit zu schenken, damit nicht, wenn der 1. April gekommen ist, die Leute von Pontius nach Pilatus laufen müssen. Die ganze Sache ist jetzt so teuer, daß manche Familien sonst kolossal geschädigt werden könnten.

Stadtrat von Franckenberg: Ich kann dem Herrn Anfragenden erwidern, daß der Magistrat bisher noch nicht Nachricht davon erhalten hat, daß in erheblicher Anzahl für den 1. April hier eine Sorge um Wohnungen eintreten würde, im Gegenteil, ich möchte darauf hinweisen, daß die uns im vergangenen Herbst gemachten Meldungen über leerstehende Wohnungen bei einer ganzen Reihe von Gruppen über dasjenige Maß hinausgehen, das in der Friedenszeit das gewöhnliche war. Im Herbst 1914 waren an Kleinwohnungen zum Mietpreise bis 150 M 46 als leerstehend gemeldet, 1917 aber 179, also ungefähr die drei- bis vierfache Anzahl. Ferner waren im Herbst 1914 Wohnungen zwischen 150 und 300 M

131 als leerstehend gemeldet, 1917 aber 203, so daß also auch da erheblich mehr Wohnungen als früher leerstehen. Bei den Wohnungen im Mietpreise von 300 bis 500 *M* ist allerdings eine Abnahme der leerstehenden von 130 auf 75 zu verzeichnen, ebenso bei den Wohnungen zwischen 500 und 750 *M*, 163 zu 74. Bei den teureren Wohnungen stellt sich das Verhältnis ungefähr gleich. Darnach wird festgestellt werden müssen, daß ein bedrohlicher Rückgang in leerstehenden Wohnungen nicht zu ermitteln gewesen ist. Außerdem möchte ich darauf hinweisen, daß wir auf Grund der mit kleinen Änderungen neu beschlossenen Satzungen über die Meldung frei werdender Wohnungen alsbald in die Lage gesetzt werden, einen Überblick über die leerstehenden Wohnungen zu erhalten. Einen Wohnungsnachweis wollten wir ja nicht einrichten; das ist nicht Sache der städtischen Behörden.

Bei der Gelegenheit möchte ich noch folgendes erklären: Es ist denjenigen, die seit kürzerer Zeit in Braunschweig Wohnung genommen haben in der Hoffnung, daß sie durch die besseren Wohnverhältnisse oder durch die höheren Kriegsunterstützungssätze vielleicht günstigere Lebensbedingungen erhalten, nicht dringend genug anzuraten, daß sie den kurzen Aufenthalt in der Stadt nicht länger fortsetzen, sondern sich zur Abwanderung in die nähere Umgebung der Stadt entschließen — ich denke dabei z. B. an die vielen Personen, die in den Kriegsbetrieben in Giesmarode und Bienrode arbeiten —, weil dort die Unterkunftsverhältnisse nach meiner Kenntnis nicht ungünstiger, die Ernährungsverhältnisse aber wesentlich günstiger liegen. Es gäbe in diesem Augenblicke nichts Verkehrteres, als wenn wir sagen würden: „Kommt zum 1. April zu uns, wir wollen für euch sorgen,“ im Gegenteil, die Schwierigkeit der Sachlage mag jedem, der mit Wohnungsjorgen zu kämpfen hat, voll bewußt sein, so daß er sich auch in der Nachbarschaft der Stadt und nicht in Braunschweig allein nach einer Wohnung umsieht. Vor allen Dingen gilt das für diejenigen, die leichtfertigerweise vom Lande in die Stadt übergesiedelt sind in der Hoffnung, die niedrigen reichsgesetzlichen Kriegsunterstützungen mit den höheren Unterstützungen der Stadt vertauschen zu können. Es kann nicht die Rede davon sein, daß wir dazu verpflichtet wären, derartigen seit kurzem, vielleicht seit einem halben Jahre hier Wohnenden Unterkunft zu verschaffen, oder daß wir in der Lage dazu wären. Das würden wir ablehnen und würden darauf hinwirken, daß diese Persönlichkeiten Braunschweig alsbald wieder verlassen. Ich bemerke dazu, daß wir unsere Kriegsunterstützung auch denjenigen, die Braunschweig verlassen und in die Nachbarschaft übersiedeln, unverkürzt weitergewähren, z. B. eine Kriegerfrau mit zwei Kindern erhält ihre 90 *M* auch dann weiter, wenn sie Braunschweig verläßt und in einen anderen Ort übersiedelt, wo sie vielleicht bessere Unterkunftsbedingungen findet.

Ich glaube also erklären zu können, daß dem Magistrat nichts darüber bekannt ist, daß am 1. April eine bedrohliche Wohnungsnot eintreten wird, und daß er

deshalb nicht in der Lage ist, Schritte zu tun, um einer derartigen, nicht anzunehmenden Wohnungsnot entgegenzutreten.

10. Anfrage Frede über Maßnahmen gegen die wucherische Preissteigerung für Gemüsesamen.

Wortlaut der Anfrage f. S. 476.

Stadt v. **Frede** (zur Begründung): Daß zu einer Zeit, wo alles teuer ist, auch die Sämereien teuer sind, braucht nicht wunderzunehmen. Wir wissen, daß aus dem Auslande keine Sämereien bezogen werden dürfen — warum, ist mir nicht einleuchtend; mir hat ein Gärtner gesagt, das Geld solle im Lande bleiben. Aber ich meine doch, daß bei einem solchen Gegenstande, der für die Ernährung des Volkes in Frage kommt, diese Rücksicht wohl zurückgestellt werden müßte. Ich weiß nicht genau, ob das der wahre Grund ist, es ist mir nur gesagt. Nun haben Sie wohl aber auch in den Blättern gelesen oder von Bekannten und Landwirten gehört, daß fabelhafte, unerschwingliche Preise für Sämereien gefordert werden. Das Pfund Karottenamen wird auf 60 *M*, ja sogar auf 100 *M* gesetzt. Für einen Morgen sind 2 Pfund dieses Samens nötig, so daß schon nach dem ersten Preise eine Ausgabe von 120 *M* notwendig wäre. Wohin das führen wird, können Sie sich denken: Die Mohrrüben sind nachher gar nicht zu bezahlen, und das ist ein Zustand, der sehr ernste Beachtung verdient. Ferner ist mir noch mitgeteilt — und ich darf die Verantwortung für diese Mitteilung übernehmen, denn ich habe Unterlagen dafür —, daß sich Banken der Sache bemächtigt haben. Kaum hatten sie erpäht, daß diese Sämereien ein Spekulationsobjekt sind, so haben sie sich in Besitz von Vorräten gesetzt und warten nun ihre Zeit ab, wo sie ihre Vorräte offerieren können. Ein solches Beginnen ist im höchsten Grade verwerflich, und wenn der Magistrat auch nicht in der Lage ist, direkt eingreifen zu können, so ist er doch in der Lage, bei der Zentrale in Berlin dahin zu wirken, daß Maßregeln dagegen ergriffen werden. Allerdings bringen die Fachleute der Zentrale in Berlin kein großes Vertrauen entgegen. So soll die Zentrale es auf dem Gewissen haben, daß die Futternot so groß geworden ist, was sie dadurch verursacht haben soll, daß sie die Klee Saat, statt sie im März auszugeben, bis zum Mai zurückgehalten hat. Zu der Zeit trat die Dürre ein, und der Klee samen ist nicht aufgegangen. Fachleute haben mir das als leider bestehende Tatsache angegeben. Der Zweck meiner Anfrage ist, dem Magistrat und den Stadtverordneten Gelegenheit zu geben, dahin zu wirken, daß der Bogen in dieser Hinsicht nicht zu straff gespannt werden kann, und daß die Schädigungen, die bei dieser wucherischen Art und Weise bestimmt in Aussicht stehen, hintangehalten werden, soweit es in unserer Kraft steht.

Oberamtsrichter **Meyer**: Was Herr Frede über den Preis der Gemüsesämereien ausgeführt hat, ist leider richtig; die Sämereien sind in diesem Jahre entsetzlich teuer. Die außerordentliche Knappheit an Gemüsesamen auf der einen Seite und der große Bedarf auf der anderen Seite bringen eine Verteuerung dieser Sämereien ohne Unterschied der Art mit sich. Man hätte aber vielleicht doch die Preise in richtigen Grenzen halten können, wenn die Reichsstelle für Gemüse und Obst in Berlin vom vornherein beschlossen hätte, wie es bei anderen Sachen geschehen ist, auch die Sämereien öffentlich zu bewirtschaften, aber so hat der Schleichhandel wieder Wege gefunden, aus diesem für die Volksernährung ganz besonders wichtigem Gegenstande seinen Nutzen zu ziehen. Die Reichsstelle hat sich darauf getrogen, daß es genüge, Richtpreise, aber nicht Höchstpreise festzusetzen; sie sieht aber heute ein, daß das ein Fehler gewesen ist, und daß man damit nicht weiterkommt. Deshalb hat sie angekündigt, daß diese Richtpreise in Höchstpreise umgewandelt werden sollen. Ich fürchte nur, es wird mit dieser Maßnahme zu spät sein.

Für den Magistrat ist es ganz außerordentlich schwierig, in dieser Sache etwas zu tun. Ich habe mir sagen lassen, daß tatsächlich Quedlinburger Samenhändler in diesem Jahre so viel Geld verdient haben, daß sie ihr Geschäft an den Haken hängen können. Das ist zum Teil jedenfalls darauf zurückzuführen, daß große Gemeinden und sonstige große Verbraucher von den Produzenten aufgefordert werden, die Saat selbst zu liefern und erheblich über die Richtpreise hinausgehende Preise geboten haben. Eine andere Erklärung dafür hat man nicht. Zum Teil liegt die Schuld auch daran, daß in diesen Handel Leute verwickelt werden, die von der Sache nichts verstehen, und das ist wieder darauf zurückzuführen, daß nicht die Anbauer selber die Sämereien besorgen, sondern bei dem Abschluß von Lieferungsverträgen von ihren Bestellern die Saat verlangen. Nicht nur Dünger sollen die Verbraucher liefern, sondern auch die Sämereien, und dadurch kommt es zu einem gegenseitigen Überbieten der Preise, wie es auf dem Nahrungsmittelmarkte früher auch der Fall gewesen ist. Wenn nicht Höchstpreise festgestellt werden, oder wenn nicht das Reich selber eingreift, so glaube ich nicht, daß der Magistrat in der Lage ist, viel in dieser Sache zu tun. Die Schäden, die jetzt vorliegen, sind der verantwortlichen Stelle wohlbekannt.

Nun hat Herr Frede darauf hingewiesen, daß es den Gärtnern und Anbauern nicht möglich ist, Samen vom Auslande zu kaufen. Das ist richtig, wie denn überhaupt der Verkehr nach dem Auslande aufgehört hat. Die Reichsstelle für Gemüse und Obst hat die wenigen ausländischen Sämereien, die vorhanden gewesen sind, aufgekauft und wird sie zu normalen Preisen den Bedarfsstellen zur Verfügung stellen. Leider sind diese Vorräte so gering, daß die Reichsstelle hat erklären müssen, sie könne nur solchen Städten und anderen Bedarfsstellen von diesen

Sämereien und von dem Dünger etwas abgeben, die sich hinsichtlich der Gemüseversorgung in außerordentlich schwieriger Lage befinden. Wieviel von diesen ausländischen Sämereien auf das Herzogtum entfällt, steht nicht fest. Die Herren werden gelesen haben, daß das Landesernährungsamt aufgefordert hat, den Bedarf an Gemüsesämereien zu melden. Es will versuchen, den Bedarf der hiesigen Urbauer zu einigermaßen erträglichen Preisen zu decken; darüber, inwieweit ihr das gelingen wird, verlautet noch nichts. Auch wir haben Gemüsesämereien angefordert, haben auch versucht, nebenbei selbst Gemüsesämereien zu besorgen. Das letztere war nicht leicht, weil die Gemüsesamenhändler von vornherein erklärten: Wir können nur an solche Besteller liefern, die schon bisher von uns bezogen haben, und zwar nur 10 Prozent von dem, was sie früher gebraucht haben. Man sieht daraus, wie groß die Knappheit ist. Unseren Bedarf haben wir gedeckt, haben uns auch nicht verleiten lassen, diese unmenschlich hohen Preise zu zahlen. Wenn es zutage tritt, daß Wucher getrieben wird, dann müssen die Städte es sich angelegen sein lassen, dagegen Front zu machen, indem sie selbst die Sache nicht mitmachen. Es ist mir Mohrrübensamen angeboten, den ich das Pfund mit 160 *M* bezahlen sollte, und dabei war er noch nicht einmal gesiebt. Der Kommissionär riet mir, zuzugreifen, da sonst wahrscheinlich gar keine Saat von uns zu beziehen wäre. Ich habe mir gesagt, daß wir solche Sachen unter keinen Umständen mitmachen dürfen, denn irgend einer wolle uns bei dieser Gelegenheit bewuchern. Ich habe mit dem Einkauf gewartet und habe unseren Bedarf noch zu einigermaßen normalem Preise decken können.

Was der Magistrat in der Sache tun kann, ist nur, daß er noch einmal bei der Reichsstelle für Gemüse und Obst vorstellig wird, oder daß er, was noch besser wäre, den vorhandenen Samen jetzt beschlagnahmt und an die Gemeindemitglieder, die Bedarf daran haben, verteilt. Im übrigen würde ich Herrn Frede dankbar sein, wenn er die Personen, die Samen liegen haben und damit Wucher treiben, namhaft machte. Wenn das geschieht, würde ich bereit sein, der Reichsstelle auf schnellstem Wege davon Mitteilung zu machen. Ich zweifle keinen Augenblick, daß die Beschlagnahme sofort stattfinden wird.

Stadtv. **Bunge** beantragt Besprechung der Anfrage. Der Antrag wird genügend unterstützt, und der Vorsitzende eröffnet die Besprechung.

Stadtv. **Bunge**: Ich möchte diese Gelegenheit wahrnehmen, noch auf etwas anderes hinzuweisen, und zwar auf etwas, worauf ich schon vor einigen Jahren hinwies, nämlich, daß von der Stadt aus nicht nur der Bezug des Gemüsesamens im großen geschehe, sondern daß von ihr auch junge Pflanzen gezogen und an die Einwohner abgegeben würden. Viele von denjenigen, die nur eine kleine Parzelle Land haben, müssen Samen geradezu vergeuden, denn sie können nicht immer zu

der Zeit, wo die Pflanzen so weit sind, daß sie umgepflanzt werden müssen, die jungen Pflanzen benutzen, weil sie immer erst Land frei haben müssen, auf dem sie sie einsetzen. Wenn das Aufziehen der jungen Pflanzen von der Stadt etappenmäßig besorgt würde, dann wäre das sehr wertvoll, denn dann können die Leute zu jeder Zeit die ihnen nötigen Pflanzen von der Stadt sich holen. Auch die Gärtner machen es ähnlich; sie säen in verschiedenen Zeitabschnitten, so daß sie ständig nachpflanzen können. Im vorigen Jahre sind die jungen Pflanzen sehr teuer gewesen, und ich glaube, in diesem Jahre wird es damit noch schlimmer werden. Da die einzelnen kleinen Besitzer — und das sind in diesem Jahre Hunderte und Tausende in Braunschweig — sehr viele Saat gebrauchen werden, ohne daß sie den richtigen Nutzwert daraus ziehen können, so möchte ich bitten, daß der Magistrat versucht, die Sache in die Hand zu nehmen.

11. Anfrage Frede über das Verbot des Verkaufs von Pferdefleisch an bemittelte Familien.

Wortlaut der Anfrage j. S. 476.

Stadtv. **Frede** (zur Begründung): Das Thema, das ich hiermit anschneide, ist leider ein recht ernstes. Mein Weg führt mich fast alle Tage durch die Südstraße und an einer Kosschlachtereie vorüber. Wenn dort Fleisch ausgegeben wird, sehe ich die Leute antreten, damit sie auch berücksichtigt werden. Es sind durchweg Leute, die man ohne weiteres ihrer Kleidung nach als bedürftig ansehen muß, aber ich sehe hin und wieder einmal eine Frau zwischen den Wartenden, die zweifellos den sogenannten besseren Ständen angehört. Auch eine Nachbarin von mir habe ich dort warten sehen; sie drehte sich sofort um, und man merkte ihr an, daß es ihr unangenehm war, daß man sie gesehen hatte. Sie hatte sich für diesen Weg besonders einfach angezogen, damit sie möglichst wenig auffiel. Dieses ganze Erlebnis ist mir recht nahe gegangen, denn es ist doch zweifellos, daß die Not groß sein muß, wenn sich bessere Leute — es ist das nur der landläufige Ausdruck — zwischen diese Gruppen stellen, wenn sie es riskieren, daß sie den Blicken Vorübergehender ausgesetzt sind, und unter den Stichelreden der Leute Pferdefleisch unter diesem Aufwand von Geduld zu erlangen suchen, denn daß jemand aus den sogenannten besseren Kreisen dies alles in den Kauf nimmt, bloß um zu probieren, wie Pferdefleisch schmeckt, das ist ganz und gar ausgeschlossen. Ich glaube, daß Sie schon allein aus dieser Tatsache, daß solche Leute sich bemühen, Pferdefleisch zu bekommen, entnehmen werden, daß ein großer Mangel bei ihnen eingekerkert sein muß. Sie sind nicht in der Lage, in anderer Weise ausreichende Fleischnahrung zu bekommen, vielleicht haben sie Kranke in der Familie und kommen mit dem zugewiesenen Fleisch nicht aus. Der Arzt hat vielleicht gesagt: „Sehen Sie zu, daß

Sie kräftige Fleischnahrung bekommen“, und vielleicht deshalb nehmen sie all' das Geschilderte auf sich und treten bei diesem Verkauf mit an. Nun wird gesagt, daß der Verkauf von Pferdefleisch nur an sogenannte „Unbemittelte“ stattfinden soll. Ich habe in der Süßstraße einmal den Schlachter selbst darnach fragen wollen, aber die Tür war verschlossen. Nun sind aber heutzutage gerade die Leute aus dem Mittelstande als die Unbemittelten zu bezeichnen. Es ist heute nicht mehr darnach zu unterscheiden, was jemand an Geld besitzt, sondern es geht heute darnach, was einer an Schmitten besitzt; darnach kann man heute unterscheiden, ob er unbemittelt oder bemittelt ist. Deshalb ist* es nicht richtig, die früher als unbemittelt angesehenen Volksschichten auch heute noch als unbemittelt anzusehen, denn der Mittelstand und andere oberen Schichten bekommen heute keine Zusatzkarten, für sie ist der Bezug von Brühe und Kleinfleisch verboten, sie bekommen keine Pulsfüße, und nun soll ihnen auch noch das Pferdefleisch verboten werden. Der Vertreter des Stadtmagistrats kann ja sagen, bei der Anordnung über das Kleinfleisch folgte er einer Anordnung des Militärkommandos, so daß er nicht anders handeln könne. Beim Verkauf von Pferdefleisch kann er das aber nicht anführen, und ich halte es für eine außerordentliche Härte, den besseren Leuten zu verbieten, ihre Wünsche nach Fleischnahrung auf diese Weise zu befriedigen. Ich weiß nicht, ob in Wirklichkeit diese Maßnahme getroffen ist, aber ich würde es sehr bedauern, wenn es tatsächlich der Fall wäre, und würde mir dann vorbehalten, einen Antrag zu stellen, daß diese Maßnahme aufgehoben wird.

Stadtrat Wagner: Meine Herren. Es war uns von der Regierung durch Vermittlung des Staatsministeriums nahegelegt, eine Ordnung des Pferdefleischverkaufs eintreten zu lassen, weil bei der geringen Menge von Schlachtpferden, die der Großstadt zur Verfügung stehen, immer die unerfreulichen Polonäsen sich entwickeln, wenn bei den Hauschlachtern oder in der Markthalle — wo der Magistrat auch einen Pferdefleischverkauf eingerichtet hat — einmal Gelegenheit zum Kauf sich bot. Nun war uns als sehr nachahmenswertes Muster eine Ordnung genannt, wie sie in Mannheim eingeführt war, und die in den Beiträgen zur kommunalen Kriegswirtschaft abgedruckt war. Darin war die Bevorzugung der Minderbemittelten vorgesehen, und auch wir glaubten, daß die Nachfrage nach Pferdefleisch aus den Kreisen der bemittelten Leute wahrscheinlich außerordentlich gering sein werde, denn es herrscht nun einmal ein Vorurteil gegen Pferdefleisch, und bemittelte Leute werden vorziehen, sich anderes freies Fleisch, wie Wild oder Geflügel, zu beschaffen, wenn sie mit der allgemeinen Fleischration nicht glauben auskommen zu können. So haben wir uns gesagt, daß wir dadurch, daß wir dieselben Personen, die wir im Rahmen der Verteilung aus den Abfällen der Heereschlachtungen als zugäsberechtigt anerkannt haben, zum Pferdefleischankauf allein

zulassen, den Bemittelten nichts entziehen würden, was schmerzlich empfunden wird. Ich darf erwähnen, daß eine scharfe Abgrenzung des Begriffs „bemittelt“ nicht erfolgt ist. Wir haben seinerzeit, als die Verteilung aus den Heereschlachtungen uns überwiesen wurde, die ausdrückliche Bedingung annehmen müssen, daß nur an die Minderbemittelten — in der Verfügung stand „die ärmere Bevölkerung“ — die Abgabe geschehen dürfe. Wir sind also weiter gegangen, indem wir auch weite Kreise des Mittelstandes in den Verkauf der Abfälle aus den Heereschlachtungen hineingezogen haben. Die Sache ist so geregelt, daß wir im allgemeinen ein steuerpflichtiges Einkommen des Haushaltsvorstandes von 5000 M der Abgrenzung zugrunde gelegt haben und ohne weiteres alle Haushaltungen, die nicht mehr Einkommen hatten, als unbemittelt anerkannt haben. Ich rechne damit, daß mindestens 80—90 Prozent der ganzen Stadt-Braunschweiger Bevölkerung tatsächlich aller dieser Vorteile teilhaftig werden können, und dieselben 80—90 Prozent würden jetzt auch noch die Möglichkeit haben, sich Pferdefleisch zu kaufen. Es sind wegen dieser Sache schon „Notschreie“ in die Zeitungen gegangen, aber vermutlich hat diese Dame, die die Einsendung gemacht hat, keine Ahnung, daß sie selbstverständlich bei alle diesen Gelegenheiten kaufen kann. Nur diejenigen, die in recht guten Verhältnissen leben und auf ihren Fleischkarten den roten Stempel „Bem.“ (= bemittelt) haben, sind ausgeschlossen, so daß der ganze Mittelstand mit außerordentlich verschwindenden Ausnahmen von diesen Gelegenheiten Gebrauch machen kann, vor allen Dingen aber diejenigen, die in bedrängter pekuniärer Lage sind. Im übrigen ist es ausdrücklich freigelassen, auch in dem Entwurf der Pferdefleischverbrauchsregelung — deren Veröffentlichung noch nicht stattgefunden hat; wir beabsichtigen sie für die nächste Zeit —, daß derjenige, der mit der Zurückweisung der Eintragung in die Kundenliste nicht zufrieden ist, sich an den Magistrat wenden kann, und daß dieser Ausnahmen von diesen Grenzen, die im allgemeinen gezogen sind, bewilligen kann. Sobald jemand mit einem Einkommen von 6000 M sich melden würde, bei dem irgendwelche besonderen Umstände eine Ausnahme rechtfertigten, so würde er ohne weiteres als minderbemittelt anerkannt werden. Ich glaube aber nicht, daß wir hinreichend Grund hätten, den wirklich bemittelten Leuten ein Recht auf Bezug von Pferdefleisch einzuräumen und dadurch die ungeheuer geringe Menge, die zur Verteilung an den einzelnen zur Verfügung steht — ich habe gehört, daß auf die Stadt Braunschweig für die Zeit von 2—3 Wochen nur ein einziges Schlachtpferd entfällt —, noch zu verringern. Wenn die Versorgung von Kranken in einer von der Ausschließung betroffenen Familie zur Frage kommt, dann ist der gegebene Weg, daß eine ärztliche Bescheinigung nach dem vorhandenen Vordruck beigebracht wird, und daß nach Prüfung dieser Bescheinigung durch den ärztlichen Vertrauensauschuß einer solchen Familie Fleischzuschlag gewährt wird.

Eins darf ich noch erwähnen: Sobald wir eine Pferdefleischverbrauchsregelung erlassen und Kundenlisten für den Verkauf von Pferdefleisch auflegen, wird sich jedenfalls dasselbe Bild ergeben, was sich ergeben hat, als wir den Blutgrüdwurstverkauf einrichteten. Es standen viele tausend Menschen in der Markthalle und schimpften kolossal, daß sie nicht schnell abgefertigt werden konnten, aber das Ende vom Liede ist, daß sie von ihrer Nummer keinen Gebrauch gemacht haben, so daß heute in der Markthalle bei dem Verkauf der Blutgrüdwurst fast immer dieselben Leute zu finden sind. Wenn die Leute, die dazu berechtigt sind, sich wirklich alle bei den Roßschlachtern melden und in die Kundenliste eintragen lassen, dann würde für jeden einzelnen aus dieser großen Zahl, glaube ich, die Möglichkeit, Pferdefleisch zu beziehen, alle drei Monate nur einmal gegeben sein, denn mehr haben wir an Pferdefleisch unserer Bevölkerung im allgemeinen nicht zu bieten; praktisch ist also der Verkauf von Pferdefleisch ohne große Bedeutung.

12. Anfrage Genzen wegen der besseren Ernährung der Kranken.

Wortlaut der Anfrage j. S. 477.

Stadtv. **Genzen** (zur Begründung): Wir alle wissen, daß die Ernährung unserer Bevölkerung ziemlich mangelhaft ist, aber gerade die Ernährung der kranken Bevölkerung ist heute besonders schlecht. Täglich kommen Klagen, daß vom Arzt etwas verschrieben ist und von der ärztlichen Vertrauenskommission die Bewilligung abgelehnt wurde. Wir sehen, daß dadurch die Leute in dem Glauben gestärkt werden, als scheine man froh zu sein, wenn man sie los wäre. Wenn ein Kranker einen derartigen Eindruck durch seine mangelhafte Pflege gewinnen muß, so ist das zu bejammern. Nun scheint es ja, als ob man in Preußen das eingesehen hat, denn es ist ein Erlass des preußischen Kommissars für Volksernährung erschienen des Inhalts, daß die Sterblichkeit der Kranken gegen 1913 über 50 Prozent hinaus gestiegen ist, und daß man deshalb versuchen will, den Kranken eine bessere Ernährung zuteil werden zu lassen. Für die Rationen, die in Lungenheilstätten maßgebend sind, wird vorgeschrieben an Brot 2 kg wöchentlich, an Milch 1 Liter pro Kopf und Tag, Butter mindestens 250 g in der Woche, Käse 400 g, wöchentlich 4 Eier, Nährmittel, wie Grütze und Haferfabrikate, mindestens 2000 g wöchentlich, Brotaufstrich, künstlicher Honig, Rübensaft 1000 g, Kartoffeln 1000 g wöchentlich. Diese Nährmittel sollen in Zukunft auch den Hauskranken gewährt werden. Das sind andere Rationen, als wie sie hier gegeben werden, aber was in Preußen möglich ist, müßte doch auch in Braunschweig möglich sein. Hier ist die Ernährung für Kranke wirklich trostlos. Wir wissen doch, daß gerade im schlecht genährten Körper die Krankheitskeime mehr Eingang finden als im gesunden. Besonders möchte ich bitten, im Interesse der Magenkranken

dahin zu wirken, daß diesen Leuten eine bessere Ernährung zuteil wird. Besonders im Frühjahr und im Sommer ist es möglich, Eier für sie zu beschaffen und auch dafür zu sorgen, daß sie mehr Butter und Milch bekommen. Ich glaube allerdings, daß der Magistrat uns erklären wird: Es ist schwer, hier Hilfe zu bringen, denn es steht so wenig zur Verfügung, daß wir nicht helfen können. Ich meine aber doch, wenn man den Schleichhandel bekämpfen würde — allerdings ist der Magistrat allein dazu nicht imstande, man müßte sich deswegen schon an das Ministerium wenden, und die Regierungen müßten ihn bekämpfen —, dann würde es möglich sein, den Kranken mehr Nahrungsmittel zukommen zu lassen.

Stadtrat von Franzenberg: Ich glaube, ich kann in mancher Beziehung eine dem Herrn Fragesteller beruhigende Antwort geben. Er wird vielleicht erstaunt sein, wenn er hört, daß wir im Laufe der letzten Wochen, seit dem 1. Februar, auf der Bahn, auf der sich seine Anfrage bewegt, schon nicht ganz unbedeutende Fortschritte gemacht haben, die ihm dem Anschein nach ganz unbekannt geblieben sind. Ich weiß nicht, ob dem Herrn Fragesteller bekannt ist, daß im zu Ende gehenden Monat zum ersten Male für diejenigen Kranken, die vom ärztlichen Vertrauensausschuß als zulassungsbedürftig anerkannt waren — es sind etliche hundert —, drei volle Pfund an Nahrungsmitteln haben gewährt werden können (1 Pfund Haferflocken, 1 Pfund Grieß und 1 Pfund Gerstenmehl). Ich habe aus den Kreisen der Kranken und über 75 Jahre alten Leute, der Mütter und derjenigen, die für die kleinen Kinder bis zum zweiten Jahre ihre Wünsche geltend gemacht haben, gehört, daß diese Zuweisung mit großer Freude begrüßt ist. Im Monat März werden wir jedenfalls zwei Pfund für alle diese Vorzugsberechtigten als Sonderzuweisung ausgeben können. Daneben ist Aussicht, daß für die Allgemeinheit, ähnlich wie im vergangenen Jahre, eine Menge von Nahrungsmitteln ausgegeben werden kann, die ich öffentlich mitteilen könnte, wenn ich nicht befürchten müßte, daß dadurch leicht seitens der anderen braunschweigischen Gemeinden ein Einblick gewonnen würde, der es dem Landesernährungsamt schwer machen könnte, allen anderen an ihn gestellten Wünschen Rechnung zu tragen.

Ferner haben wir uns, ganz in dem Sinne, wie der Herr Stadtverordnete Genzen seine Anfrage an uns gerichtet hat, mit den Ärzten des Vertrauensausschusses ins Einvernehmen gesetzt und die Bestimmung getroffen, daß für Lungenkranke, besonders für die im zweiten und dritten Stadium, ein weiteres Entgegenkommen durchaus unseren Wünschen, den Anregungen des Kriegsernährungsamtes und den uns zugeteilten Mengen an Nahrungsmitteln entspricht. Wir werden morgen mit den Herren Ärzten eine Aussprache darüber haben. — Eine Abgrenzung zu treffen, ist schwierig, und die Zulagen, die Ärzte und Familienangehörige für ihre Kranken wünschen, würden der Allgemeinheit abgespart werden müssen.

Die Wege im Schleichhandel aufzudecken, sind wir fortwährend bemüht, es bietet das aber nicht so schnell Abhilfe, daß damit etwas zu machen wäre. Wir können noch ungefähr 800 Personen mehr, als es bisher geschehen ist, die Krankenzulage bewilligen; bisher waren es 500, so daß wir auf 1200 bis 1300 derartige Personen kommen würden. Die Gesamtzahl der Vorzugsberechtigten, die 7200 betrug, wird dann auf 8000 anwachsen. Es macht uns große Schwierigkeiten, dafür zu sorgen, daß durch solche Maßnahmen nicht die allgemeine Versorgung geschwächt wird, und wir haben auch sofort Veranlassung genommen, als wir von der erfreulichen Miregung des Kriegsernährungsamtes, besonders die Lungenkranken betreffend, Kenntnis erhielten, darum zu eruchen, uns Nachricht zu geben, damit eine Erweiterung der Sonderzuteilung für solche Zwecke möglich wäre. Denn es ist nicht möglich, für die Allgemeinheit eine höhere Menge auszugeben, wenn für die Vorzugsberechtigten 100 Doppelzentner abgezogen werden, so daß sich dadurch die allgemeine Dividende verringert. Wir hoffen aber, daß wir, in verständiger Weise mit den Ärzten des Vertrauensauschusses fortschreitend, zu befriedigenden Zielen kommen werden. Daß dabei längst nicht alle Wünsche und Vorschläge seitens der Hausärzte und der Krankenkassenärzte berücksichtigt werden können, sondern ein vernünftiges Maßhalten und eine Nachprüfung seitens des Vertrauensauschusses, dem angesehenen Ärzte hiesiger Stadt angehören, stattfinden muß, das wird jeder von Ihnen anerkennen.

Mein Kollege, Herr Stadtrat Wagner, wird in bezug auf die Zuteilung von Eiern, Fleisch und Milch noch einige Worte hinzuzufügen haben, ich glaubte aber schuldig zu sein, nachzuweisen, daß wir im Laufe der letzten Zeit einen erheblichen Fortschritt erzielt haben und darin, soweit es irgend möglich ist, weiter gehen wollen.

Stadtrat Wagner: Ich bearbeite außer der Fleischversorgung auch noch die Milchversorgung. Auf dem letzteren Gebiete liegen die Verhältnisse besonders schwierig. Die Zuteilung an Vollmilch ist für uns kontingentiert, so daß wir uns innerhalb des uns zugewiesenen Rahmens halten müssen. Sobald man die Zuteilung von Vollmilch an die Kranken wesentlich ausdehnt, so ist die Beschaffung dieses Mehrbedarfs auf keine andere Weise möglich, als daß wir den im Wachstum befindlichen Kindern vom 7. bis 11. Lebensjahre die Vollmilch entziehen. Unser ärztlicher Vertrauensauschuß, der — wie mein Kollege, Herr Stadtrat von Frankenberg, hervorhob — aus angesehenen Ärzten unserer Stadt zusammengesetzt ist, hegt die größten Bedenken dagegen, daß wir durch eine stärkere Belieferung der Kranken unseren Kindergruppen die Vollmilch entziehen. Beiden nebeneinander können wir nicht mehr zuweisen, und ich glaube, daß wir in diesem Punkte doch der Ansicht des ärztlichen Vertrauensauschusses werden beipflichten müssen.

Das Reichsgesundheitsamt, das in Übereinstimmung mit dem Kriegsernährungsamt die Frage der Krankenernährung ausführlich behandelt hat und Richtlinien dafür aufgestellt hat, hat in seinen Vorschriften, die den Kommunalverbänden zugegangen sind, eine Zuwendung von Milch nicht vorgeschrieben, weil wahrscheinlich auch diesen Stellen die außerordentlichen Schwierigkeiten der Milchbeschaffung bekannt sind. Dagegen ist vorgesehen, vor allen Dingen den Lungenkranken eine Zuwendung an Fleisch und Speisefetten zu machen, und deshalb haben wir dem ärztlichen Vertrauensauschuß erklärt, daß er in der Lage wäre, die von Reich wegen vorgesehenen Mengen zu gewähren, sobald es von den Ärzten angefordert wird. Wenn der ärztliche Vertrauensauschuß die betreffenden Zusatzarten bewilligt, so wird dafür gesorgt werden, daß das übrige zur Verfügung steht. Ich habe schon vor einiger Zeit mit der Landesfettstelle darüber Rücksprache genommen, ob wir darauf rechnen können, daß das für diese Zwecke angeforderte Fett zur Verfügung steht, und das ist mir von dort bis auf weiteres zugesichert.

Wie sich die Butterversorgung entwickeln wird, ist nicht zu übersehen, ich hoffe aber, daß wir in Braunschweig uns auf derselben Höhe werden halten können, wie sie jetzt ist, so daß wir die Reichshöchstmengen festhalten können.

Hinsichtlich des Fleisches wird es einer besonderen Zuweisung des Landesernährungsamtes bzw. des Staatsministeriums bedürfen, wenn wir den Kranken entgegenkommen sollen, da wir im Rahmen der gewöhnlichen Schlachtviehlieferungen für die Kranken nichts werden aufbringen können. Ich hoffe aber, daß eine Landesrücklage an Schlachtvieh für die Kranken in den Versorgungsplan hineingearbeitet ist, so daß es uns möglich wird, in vollem Umfange das zu geben, was vom Reichsgesundheitsamte für nötig erachtet wird.

Es wurde noch die Frage erörtert, ob bei Lungenkranken des dritten Stadiums, bei denen also auf eine Gesundung nicht zu rechnen sein dürfte, es gerechtfertigt wäre, ihnen die gesamte Zulage zu gewähren, weil diese eigentlich nutzlos gegeben würde und so die Zuweisung an andere Kranke, bei denen Erfolge erzielt werden könnten, geschmälert werden müßten. Man hat aber doch den Standpunkt vertreten, daß man auch in diesem Falle, wenngleich es richtig ist, daß ein Erfolg damit nicht erzielt werden kann, die zugelegte Menge bewilligen solle, und zwar mehr aus Gefühlsrücksichten als aus Rücksichten der Volkswirtschaft.

Die Grundlinien des Reichsgesundheitsamtes gehen von der Gewährung von Wärmeeinheiten aus, die der Körper im gesunden Zustande gebraucht, und nun werden Zuschläge an Wärmeeinheiten für den kranken Körper gewährt. Die Sache ist so ausgerechnet, daß die Verteilung, wie sie vorgesehen ist, die Wärmeeinheiten, die für Tuberkulosekranke nötig sind, voll erreicht. Soweit mit einzelnen Lebensmitteln der Satz nicht erreicht wird, soll ein Ausgleich durch andere Sachen, z. B. Brotauflagemittel, geschaffen werden. Ich hoffe also, daß wir den Wünschen des

Herrn Wenzel in jeder Beziehung werden Rechnung tragen können, soweit überhaupt die Knappheit der Lebensmittel und der Kriegsverhältnisse ein Eingehen auf die Wünsche der Kranken und ihrer Ärzte möglich macht.

Stadtv. **Lauer** beantragt Beiprägung der Anfrage. Der Antrag wird genügend unterstützt, und der **Vorsitzende** eröffnet die Beiprägung.

Stadtv. **Lauer**: Bei dieser Gelegenheit möchte ich mir gestatten, auf eine Verfügung in Preußen aufmerksam zu machen, die zufällig vor mir liegt, und von der ich glaube, daß unser Magistrat gern davon Kenntnis nehmen wird. Nach einer Verfügung des preußischen Staatskommissars für Volksernährung sollen im Jahre 1918 nur diejenigen Imker 15 Pfund Bienenzucker für jedes überwinterte Volk erhalten, welche sich verpflichten, einen entsprechenden Teil ihrer Honigernte zu gemeinnützigen Zwecken, namentlich für Lazarette und Krankenbedarf, abzugeben. Jeder Bienenzüchter, der unter diesen Bedingungen und unter Vorzeigung der üblichen Lebensmittelfarte Zucker zu kaufen wünscht, hat sich in die Ortsliste seines Bezirks einzutragen. — Ich glaube, auch das ist eine Maßnahme im Interesse unserer Kranken und schwerverwundeten Soldaten in den Lazaretten, die auch für Braunschweig Beachtung verdient. Man kann über die Zuwendung von Bienenzucker in Braunschweig verschiedener Ansicht sein; Erhebungen haben, wie ich glaube, in der Beziehung nicht stattgefunden, doch würde es zweckmäßig sein, die Sache zu prüfen. Wenn man in Preußen dazu übergegangen ist, so muß angenommen werden, daß die Sache einen bestimmten Wert besitzt.

Oberamtsrichter **Meyer**: Ich kann mitteilen, daß tatsächlich diese Frage bei uns schon angeschnitten ist. Das Landesernährungsamt hat uns Mitteilung davon gemacht, daß zwar nicht die Reichszuckerstelle die Bienenzüchter angewiesen hat, gegen Gewährung von Bienenzucker einen Teil des Honigs an sie abzuliefern, daß aber die Reichszuckerstelle die Landesbehörden ermächtigt hat, in dieser Weise vorzugehen. Wir haben darauf an das Landesernährungsamt den Antrag gestellt, so zu verfahren und auf diese Weise dafür zu sorgen, daß die Stadt Braunschweig Honig bekommt.

Der **Vorsitzende** schließt die öffentliche Sitzung.

Dauer der Sitzung von 4¼ bis 7 Uhr.

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister **Netemeyer**, Bürgermeister **Meyer**, Stadträte **von Frankenberg**, **Wagner**, Stadtbaurat **Gebensleben**, Oberamtsrichter **Meyer**.

Wegen Einberufung zum Kriegsdienste fehlen die Herren Stadtverordneten **Dr. Jasper**, **Ribbentrop**, **Schmidt**, **Steincke**, **Dr. Boge**, **Weichsel** und **Dr. Wolters**. — Außerdem fehlen entschuldigt die Herren Stadtverordneten **Rector**, **Schulze**, **Steinbrecher** und **Wesemeier**. — Herr Stadtverordneter **Bunge** erscheint später.

Vorsigender Hartung: Ich eröffne die öffentliche Sitzung.

Meine Herren. Es wird Ihnen bekannt sein, daß unser Senior, Herr Kollege **Meyerhoff**, in diesen Tagen das 25 jährige Jubiläum seines Eintritts in die Stadtverordnetenversammlung begehrt. Es wird in dieser ganzen langen Zeit kaum einen Tag gegeben haben, an dem er nicht pflichtgetreu an seiner Stelle gestanden und sich nicht mit Eifer an unseren Verhandlungen beteiligt hat. Herr Meyerhoff hat außerdem in all den Jahren in den verschiedenen Kommissionen und Deputationen seine langjährige Erfahrung und sein technisches Wissen für den Dienst der Stadt nutzbar zu machen sich ehrlich bemüht, und ich glaube deshalb in Ihrer aller Namen zu handeln, wenn ich ihm unseren Glückwunsch und die Hoffnung ausspreche, daß es ihm noch lange Jahre ebenso wie jetzt beschieden sein möge, in geistiger und körperlicher Frische unserer Stadt, seinem Berufe und seinen zahlreichen Ehrenämtern zu leben.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich auch noch eine Versäumnis gutmachen. Es ist mir seinerzeit nicht bekanntgegeben, aber bei diesem Anlaß zu wissen gekommen, daß auch unser zweiter Senior, Herr **Kieck**, bereits Anfang dieses Jahres, 40 Jahre lang der Stadtverordnetenversammlung angehört. Das ist ein so außerordentliches Ereignis, daß ich bewauere, daß es seinerzeit hier nicht erwähnt ist, und ich bitte, Herr **Kieck** möge diese Versäumnis nicht übelnehmen. Ich möchte nachträglich wieder gutzumachen suchen, was damals versäumt ist, und Herrn **Kieck** unseren allerherzlichsten Glückwunsch aussprechen. Wir verbinden damit den Wunsch, daß Herr **Kieck** noch lange seinem Amte unter uns und seinem Beruf erhalten bleiben möge.

Stadtv. Meyerhoff: Ich danke für die Worte des Herrn Vorsigenden und verspreche, soweit es an mir liegt und soweit mir meine Gesundheit erlaubt, unentwegt in der Weise weiterzuarbeiten, wie ich es bisher getan habe. Ich danke nochmals dem Herrn Vorsigenden und der Versammlung für ihre Glückwünsche.

Stadt v. Niese: Wenn der Herr Vorsitzende hervorhob, ich möchte es nicht übelnehmen, daß dem Ablaufe meiner 40jährigen Angehörigkeit zur Stadtverordnetenversammlung damals nicht gedacht ist, so kann mir das nicht passieren, denn in meiner langjährigen Tätigkeit für die Stadt habe ich weiter nichts tun können als meine Schuldigkeit, und ich bin gewillt, in dieser Weise, solange es meine Kräfte erlauben, weiter für das allgemeine Wohl tätig zu sein.

Vorsitzender: Es ist eingegangen ein Schreiben der Arbeitsgemeinschaft der kaufmännischen und technischen Angestelltenverbände, betreffend die Errichtung von Angestellten-Ausschüssen für die Direktion der städtischen Licht- und Wasserwerke sowie für die im Rathause tätigen Hilfskräfte. Da ein gleiches Schreiben an den Magistrat eingegangen ist, so warten wir unserer Gepflogenheit gemäß zunächst die Stellungnahme des Magistrats in dieser Sache ab.

Weiter ist eingegangen ein Schreiben des Magistrats, wonach laut Mitteilung des Herzoglichen Staatsministeriums an Beihilfen zur Anschaffung von frischem Milchenden Rühren, deren Milch an die Stadt Braunschweig geliefert wird, seit Mitte September bis Mitte November vorigen Jahres 15 200 M. aufgewandt sind. Nach dem Abkommen mit dem Ministerium hat die Stadt hiervon ein Drittel zu tragen und dieser Betrag von 5066 M. wird demnächst an das staatliche Viehkonto der Herzoglichen Leihhauskasse abgeführt werden.

Sodann ist eingegangen ein Schreiben des Herzoglichen Staatsministeriums an den Magistrat, das uns von diesem mitgeteilt wird. Es betrifft die Erhebung der Grund- und Gewerbesteuer und ist an die Herzogliche Kreisdirektion auf den Bericht derselben vom 2. März gerichtet. Dieses vom 7. März datierte Schreiben lautet:

„Die vom hiesigen Stadtmagistrat in dem Bericht vom 28. vorigen Monats angeführten Gründe können uns zur Änderung unseres Standpunktes nicht veranlassen. Es muß daher bei unserer Verfügung vom 25. Januar d. J. um so mehr sein Bewenden behalten, als durch dieselbe — noch dazu allmählich — ein auf gesetzlicher Grundlage beruhender Zustand geschaffen werden soll, wie er in den übrigen Stadtgemeinden des Herzogtums bereits besteht.“

Der Stadtmagistrat bemerkt dazu, daß er nach dieser Ablehnung des Herzoglichen Staatsministeriums, die Beibehaltung der bisherigen Sätze der städtischen Grund- und Gewerbesteuer während der Dauer des Krieges zu gestatten, sich genötigt sehe, wiederholt anheimzugeben, der Vorlage vom 16. September vorigen Jahres zuzustimmen.

Ich habe diese Angelegenheit als Punkt 1 auf die Tagesordnung gesetzt. Es wird sich aber wohl empfehlen, wenn keine Einwendungen dagegen erhoben wer-

den, diese Sache zugleich mit der Beratung des Stadthaushaltsplanes zu behandeln.

Es ist weiter eingegangen ein Bittgesuch der städtischen Oberwächter und Wächter um Aufbesserung ihres monatlichen Gehaltsjages. Ich überweise diesen Antrag der Finanzkommission zur Vorberatung. Das Schreiben liegt hier übrigens aus, und wenn die Herren dafür Interesse haben, bitte ich, es einzusehen.

Sodann ist eingegangen ein Schreiben des Direktors der Jahn'schen Realschule, das darauf hinausläuft, daß ein weiterer städtischer Zuschuß für die Anstalt erbeten wird. Ein gleiches Schreiben ist dem Magistrat eingegangen; es wird also zunächst dessen Stellungnahme abzuwarten sein.

Der Magistrat macht uns Mitteilung, daß die städtische Fortbildungsschule in der Turnhalle der Schule an der Wilhelmstraße vom 28. März bis 1. April in der Zeit von 10—1 und 3—6 Uhr eine Ausstellung veranstaltet, wodurch einige Einblicke in den Schulbetrieb, besonders in die Lehrgänge des Zeichnens, soweit die Durchführung in der Kriegszeit möglich war, gewährt werden sollen. Die Leitung der Schule ladet zum Besuch dieser Ausstellung ein.

Schließlich ist noch ein Schreiben des Lehrers Bodenburg, Pestalozzistraße 11, eingegangen, in welchem sich der Benannte über die hohen Zuschläge zur Gasrechnung beklagt, die er infolge der Überschreitung des ihm gesetzten Quantums hat bezahlen müssen. Ein gleiches Schreiben ist an den Magistrat eingegangen; es wird also auch da zunächst abzuwarten sein, welche Stellung der Magistrat zu der Eingabe einnimmt.

Aus der Versammlung ist eingegangen eine Anfrage von Herrn Stadtv. Genger:

„Bedenkt der Magistrat Schritte zu unternehmen, um den hier zur Zeit bestehenden Mangel an Ferkeln zu beheben?“

Eine Anfrage des Herrn Stadtv. Stegmann hat folgenden Wortlaut:

„Ist es möglich, eine Änderung der Gasverbrauchsregelung dahin gehend vorzunehmen, daß die Strafgebühren für Mehrverbrauch von Gas über das zulässige Quantum hinaus mit Eintritt der wärmeren Jahreszeit beseitigt oder herabgesetzt werden können?“

Ich werde den beiden Herren nach Erledigung der Tagesordnung Gelegenheit geben, ihre Anfragen zu begründen.

Wir treten nunmehr in die Tagesordnung ein. Ich nehme an, daß die Herren einverstanden sind, daß wir Punkt 1 mit der Beratung des Stadthaushaltsplanes verbinden.

1. Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuer.

(Siehe Mitteilungen des Vorsitzenden und Punkt 2 der Tagesordnung.)

2. Beratung des städtischen Haushaltsplans für 1918/19.

Stadtvr **Munte** (als Berichterstatter): Wir haben vorgestern im Finanzausschuß den Haushaltsplan sehr eingehend durchgesprochen, und es sind dabei schon verschiedene Fragen gestellt und aufgeklärt, so daß ich im großen ganzen sagen kann, daß irgendwelche Einwendungen gegen den vorgelegten Haushaltsplan nicht erhoben sind. Ich darf infolgedessen auch annehmen, daß die geehrte Versammlung mir nachher gestatten wird, über die einzelnen Abschnitte des Etats diesmal etwas schneller hinwegzugehen, und eigentlich nur noch Verlesung der Überschrift zu fragen, ob Anfragen an die Kommission oder an mich zu richten sind.

Meine Herren. Sie wissen, daß wir von dem Druck des Haushaltsplanes wegen des Papiermangels Abstand genommen haben, und infolgedessen liegt es mir ob, die bei den einzelnen Posten vorgenommenen Änderungen, die mit roter Tinte in den vorjährigen Haushaltsplan eingeschrieben sind, hier im großen und ganzen mitzuteilen. Es haben aber fast bei jeder Zahl Veränderungen vorgenommen werden müssen, und die damit beauftragten Beamten haben damit meiner Ansicht nach eine ganz erhebliche Arbeit gehabt, die sie aber anscheinend — wenigstens in dem Exemplar, das mir zur Verfügung steht — ganz gut gelöst haben. Ihnen allen, meine Herren, ist übrigens das Begleitschreiben des Magistrats zugegangen, in dem Ihnen die einzelnen Anmerkungen zu den veränderten Aufstellungen unterbreitet werden. Ich darf zunächst annehmen, daß Sie den ersten Teil dieses Schriftstücks aufmerksam durchgelesen haben. Es wird uns aber wohl kaum zugemutet werden können, die einzelnen Bemerkungen, die zumeist darauf hinweisen, weshalb eine Änderung im Haushaltsplan hat vorgenommen werden müssen, hier durchzunehmen.

In den Vorbemerkungen zu dem Haushaltsplan wird uns ein kurzer Überblick über die gegenwärtige Finanzlage der Stadt gegeben. Es geht daraus hervor, daß der vorgelegte Haushaltsplan für 1918/19 mit 869 000 M Defizit abschließen wird, und wie sich das aus den einzelnen Posten zusammensetzt. Insbesondere ist der Fehlbetrag begründet durch die ungeheure Teuerung, die der Stadt die Notwendigkeit auferlegt hat, alle Arbeitslöhne und alle Gehälter durchgreifend zu erhöhen, und es wird hinzugefügt, daß, soweit dies nicht schon in durchgreifender Weise geschehen ist, es noch weiter fortgesetzt werden soll. Sodann wird nachgewiesen, wie groß die durch den Krieg bisher angewachsenen Schulden der Stadt gestiegen sind, und zwar betragen sie am Ende des laufenden Jahres 18 bis 20 Millionen Mark. Dann wird in großen Zügen eine Aufstellung gegeben, wie

diese Summe zusammengekommen ist, und schließlich wird vorgerechnet, daß die ungedeckten Kriegsschulden mit Ende dieses Jahres etwa $8\frac{1}{2}$ Millionen oder eine Kleinigkeit mehr betragen werden. Nun, die Schulden haben wir einmal, und wie wir davonkommen, wird sich später finden. Wir dürfen den Mut nicht verlieren, und so klingt dieser Bericht mit den Worten aus, daß der Magistrat der Ansicht ist, daß, wenn auch diese Belastung der Stadt durch den Krieg schließlich größer geworden sei, als man bisher angenommen habe, dieses die Stadtverwaltung nicht daran hindern dürfe, den ihr auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiete gestellten Aufgaben gerecht zu werden, und dieser Meinung werden die geehrten Herren auch sein und werden, wenn es im Laufe des Jahres wieder nötig sein wird, für solche Zwecke Gelder zu bewilligen, dies freudig tun.

Nun wissen wir, daß der Stadthaushaltsplan selbstverständlich nur ein Voranschlag für die demnächstigen Einnahmen und Ausgaben bedeutet. Selbst in Friedensjahren werden Abweichungen von dem Voranschlägen stattfinden müssen, wieviel mehr wird es dann im Kriege notwendig werden, daß eine Ausgabe mehr gemacht wird als vorhergesehen ist, oder daß eine Ausgabe nicht gemacht werden kann aus Mangel an Material und dergleichen, daß eine Ausgabe überschritten wird, oder daß eine Einnahme, wie es bei den Steuern geschehen ist, nicht mit dem Voranschlage übereinstimmt. In dieser Weise ist auch der diesjährige Voranschlag anzusehen.

Die Herren wissen aus den früheren Jahren, wie die Einteilung des Haushaltsplanes vorgenommen ist, daß zunächst der Voranschlag der Kämmererkasse mit den ordentlichen Einnahmen und Ausgaben, eingeteilt in 14 Kapitel, und sodann die außerordentlichen Einnahmen und Ausgaben aufgeführt sind und sich daran schließt der Anhang, enthaltend die Voranschläge der selbstständigen Verwaltungen. Ich möchte Ihnen vorschlagen, die einzelnen Kapitel nacheinander vorzunehmen und daran etwaige Besprechungen anzuschließen.

Vorsigender: Ich nehme das Einverständnis der Versammlung an, daß wir die einzelnen Kapitel zur Beratung stellen und abgewartet wird, welche Auskünfte zu denselben gewünscht werden.

1. Voranschlag der Kämmererkasse.

A. Ordentliche Einnahmen und Ausgaben.

Kapitel I.

Stadtv. **Munte** (zu Abteilung I): In diesem Kapitel befinden sich die „**U f w e n d u n g e n f ü r d i e G e b ä u d e**“. Wesentliche Veränderungen darin sind nicht vorgenommen, nur ist hier zu bemerken (was sich wie ein roter Faden durch

die ganzen Anschläge hindurchzieht), daß sämtliche Ausgaben für die Unterhaltung wie auch für die Heizung und die Löhne höher eingestellt sind. Ob man mit den 50prozentigen Erhöhungen auskommt, steht dahin. Manche Arbeiten werden ja aus Mangel an Material und Arbeitskräften nicht ausgeführt werden können, aber andere werden auch wieder teurer werden als angenommen ist. Zu Einwendungen gab die Abteilung in der Kommission keine Veranlassung.

(Ohne weitere Besprechung.)

Stadtv. **Munte** (zu Abteilung II): Auch bei den „Kiesel-Anlagen“ ist irgend welche besondere Erinnerung in keiner Weise gemacht. Ich kann nur noch bemerken, daß hier eine Abteilung II a neu hinzugekommen ist, und zwar betrifft sie unseren „städtischen Geflügelhof“. Es ist darüber eine besondere Nachweisung gegeben, und die Herren werden im Begleitschreiben gelesen haben, daß es infolge des Verbots, Getreide zu verfüttern, nicht möglich war, die Anzahl der Hühner so zu erhöhen, daß ein wesentlicher Nutzen durch Gewinnung von Eiern hat erzielt werden können. Wenn es, wie beabsichtigt ist, möglich wird, im nächsten Jahre etwa 100 Hühner zu halten, so kann auf die Gewinnung von 8000 Eiern gerechnet werden, und insolgedessen würde dieser neue Etatsposten einen Überschuß von 700 M ergeben.

(Ohne weitere Besprechung, ebenso auch die Abteilungen III—IX.)

Stadtv. **Munte** (zu Abteilung X): Zu den Einstellungen für „Kapitalforderungen und Kapitalschulden“ ist zu bemerken, daß bei fast sämtlichen Hypotheken Veränderungen in der Weise eingetreten sind, daß $\frac{1}{4}$ Proz. Zinsen mehr gezahlt werden müssen. Das sind ja aber rechnerische Verhältnisse, die feststehen und zu Besprechungen weiter keinen Anlaß gegeben haben.

Auf Seite 55 ist ein neuer Posten hinzugekommen: „Auf die Kaufpreise für die zur Errichtung einer Fliegerstation enteigneten Ländereien“ sind etwa 43 200 M Zinsen eingestellt. Genau ließ sich der Betrag nicht festsetzen, weil das Enteignungsverfahren noch nicht ganz beendet ist und man nicht genau weiß, welche Summe im ganzen für die Ländereien zu rechnen ist; das wird erst später festgestellt werden können.

Außerdem ist die große Ausgabe von 800 000 M eingestellt für die vermehrte Zinsenlast für Beträge, die für Kriegszwecke angeliehen sind oder noch angeliehen werden.

(Ohne weitere Besprechung, ebenso Abteilung XI und XII.)

Stadtv. **Munte**: Es schließt dieses Kapitel mit einem Fehlbetrage von 1 355 500 M.

Kapitel II.

Stadtv. **Munte:** Hier ist die Veränderung vorgenommen, daß es nicht mehr heißen soll „Straßenreinigung“, sondern „städtischer Markt“. Das städtische Fuhrwesen ist hier ganz für sich allein behandelt, während die Straßenreinigung in einem anderen Kapitel untergebracht ist. Infolgedessen ergeben sich hier sehr viele Veränderungen, aber irgendwelche Anstände sind in der Kommission nicht erhoben. Das Kapitel schließt mit einem Fehlbetrag von 167 000 *M* ab.

Kapitel III.

Stadtv. **Frede** (als Berichterstatter): Das Kapitel III „Für das Unterrichtsweisen“ beginnt mit den höheren städtischen Schulen. Bei den höheren *Kwabenschulen* ist zu bemerken, daß die Schülerzahl in den oberen Klassen aus begreiflichen Gründen sehr gering ist, die Schulgeldeinnahme ist demgemäß im Rückgange begriffen. Derselbe Grund, der dabei in Frage kommt, bewirkte auch, daß an der *Gaußschule* ein gewisser Lehrermangel eingetreten ist, denn dort sind durchweg jüngere Lehrer angestellt. Das hat wieder die Folge, daß die Unterprima, die schon für vorige Ostern in Aussicht genommen war, auch zu dem diesjährigen Ostertermin noch nicht eingerichtet werden konnte.

Was die *Herzog-Johann-Albrecht-Dberreal Schule* insbesondere angeht, so ist der Ausgabebetrag mit 219 800 *M* festgestellt, die Einnahmen mit 87 800 *M*, so daß ein Fehlbetrag von 132 000 *M* zu verzeichnen ist. Die Ausgabe für den einzelnen Schüler beträgt 407,04 *M*, und es macht sich ein Zuschuß der Kammereikasse für den Schüler von 244,44 *M* notwendig.

Im allgemeinen kann noch gesagt werden, daß bei den Ausgaben diejenigen für Drucksachen und Heizung erheblich gestiegen sind. Das gilt für alle Schulen, ich brauche das also bei den einzelnen Anstalten nicht noch einmal hervorzuheben.

Bezüglich der *Gaußschule* am Löwentwall ist nichts Besonderes zu erwähnen. Die Ausgabe beträgt 134 400 *M*, die Einnahme 62 400 *M*, so daß ein Fehlbetrag von 72 000 *M* entsteht. Es macht das eine Ausgabe für den Schüler von 293,45 *M* und einen Zuschuß der Kammereikasse von 157,20 *M* aus.

Es folgt das *Herzogin-Elisabeth-Lyzeum*, das damit verbundene *Lehrerinnen-Seminar* und die *Studienanstalt*. Die Schülerinnenzahl ist im ganzen dieselbe geblieben. Das Schulgeld für das *Oberlyzeum*, das von den städtischen Behörden seinerzeit auf 150 *M* erhöht war, wird jetzt in dieser Höhe in allen Klassen erhoben, während bisher eine Gruppe von Schülerinnen, die die Anstalt schon längere Zeit besuchten, nur 96 *M* zahlte. Es waren diejenigen Schülerinnen, die zu diesem Schulgeld in die Anstalt eingetreten waren, und für die man die Erhöhung nicht mehr in Anwendung bringen wollte.

Die Gesamtausgaben dieser Abteilung belaufen sich auf 215 900 *M*, die Einnahmen auf 124 100 *M*, so daß sich ein Fehlbetrag von 91 800 *M* herausstellt. Die Ausgabe für die einzelne Schülerin dieser Anstalten stellt sich im Durchschnitt auf 240,96 *M* und der Zuschuß der Kammereikasse auf 102,45 *M*.

In bezug auf die Mädchenmittelschule wird in dem Begleitschreiben darauf hingewiesen, daß der Zugang zu den 6. und 7. Klassen außerordentlich stark sei, so daß den Anforderungen nicht genügt werden kann, weil in diesen Klassen kein Platz für alle neuangemeldeten Schülerinnen vorhanden ist. Ich habe in der Kommission schon darauf hingewiesen, daß sich auch bei den achttufigen Bürgerschulen ein ähnlicher Andrang aus den siebenstufigen Bürgerschulen bemerkbar macht. Es hat diese Erscheinung seinen Grund in den günstigen Erwerbsverhältnissen in den unteren Schichten, vielleicht auch darin, daß das Schulgeld für die Kinder von Kriegern seitens der Armeeverwaltung gezahlt wird. Da mag es den Eltern angezeigt erscheinen, bei diesem Schulgelberlaß ihre Kinder auf anderen Schulen unterzubringen.

Die Ausgaben für die Mädchenmittelschule betragen 97 500 *M*, die Einnahmen 50 900 *M*, der Fehlbetrag 46 600 *M*. Für eine Schülerin werden im Durchschnitt ausgegeben 168,10 *M*, so daß sich ein Zuschuß der Kammereikasse von 80,34 *M* nötig macht.

Bei der Knabenmittelschule sind unter den Lehrern noch aufgeführt die Namen Küfelhahn und Börger. Der erstgenannte ist inzwischen als Schulinspektor angestellt, und auch dem zweiten Herrn wird zu Ostern d. J. eine Schulinspektorstelle an den Bürgerschulen übertragen.

Die Ausgaben stellen sich auf 77 200 *M*, die Einnahmen auf 21 000 *M*, der Fehlbetrag auf 56 200 *M*. Es ist im Durchschnitt eine Aufwendung von 166,02 *M* und ein Zuschuß aus der Kammereikasse von 120,86 *M* nötig.

Es folgen die städtischen Bürgerschulen. Ich habe schon im Vorjahre den Herren einen Überblick über den Besuch der Bürgerschulen innerhalb der letzten zehn Jahre gegeben und darauf hingewiesen, daß der Besuch ständig geringer geworden ist. Es hängt das mit dem Rückgange der Geburten zusammen. In diesem Jahre ist nun ein weiterer Rückgang erfolgt. Während im vorigen Jahre die achttufigen Bürgerschulen 3933 Knaben und 2993 Mädchen, also insgesamt 6926 Kinder, und die siebenstufigen 4158 Knaben und 4675 Mädchen, insgesamt 8833 Kinder, besuchten, stellen sich die Zahlen in diesem Jahre bei den achttufigen Bürgerschulen auf 3874 Knaben und 2987 Mädchen, insgesamt also auf 6861 Kinder, und bei den siebenstufigen auf 3892 Knaben und 4383 Mädchen, insgesamt 8275 Kinder. Es ist hierbei nur der Beginn der beiden Schuljahre 1916/17 und 1917/18 in Betracht gezogen. Dieser Rückgang wird zu Ostern dieses Jahres

wahrscheinlich wieder anhalten, aber es wird eine Verschiebung zugunsten der achtstufigen Schulen aus den Gründen stattfinden, die ich schon erwähnt habe. Augenblicklich überwiegt ja noch der Besuch bei den siebenstufigen Schulen.

Von den Kindern der achtstufigen Schulen bezahlen 6800 einheimische Kinder Schulgeld. Wenn man den 10prozentigen Erlaß abzieht, so kommt man bei den achtstufigen Bürgerschulen auf eine Schulgeldeinnahme von 146 880 *M.* Für die 290 auswärtigen Schüler, die je 54 *M.* Schulgeld zahlen, ist eine Einnahme von 15 660 *M.* anzusetzen, so daß eine Gesamt schulgeldeinnahme aus den achtstufigen Bürgerschulen im Betrage von 162 500 *M.* zu nennen ist. Bei den siebenstufigen Bürgerschulen bezahlen nur die einzigen Kinder und, wenn mehrere Kinder aus einer Familie die Schule besuchen, die jüngsten Kinder, so daß der Anlaß dafür 20 240 *M.* ausmacht.

Die Ausgaben für die siebenstufigen Schulen sind im vorigen Jahre erheblich höher gewesen als vorher und werden auch in diesem Jahre 1918/19 ebenfalls wieder wachsen. Das liegt darin begründet, daß die Bücher und Lehrmittel sehr viel teurer geworden sind — bekanntlich bekommen die Schüler und Schülerinnen in den siebenstufigen Schulen freie Unterrichtsmittel.

Ein wesentlicher Teil der Ausgaben für die Bürgerschulen wird durch die Lehrergehälter dargestellt, und da ist zu bemerken, daß am 1. Oktober 1917 von der aufgelösten Waisenhauschule als Lehrer in den städtischen Schuldienst übertreten sind die Lehrer Armgart, Giesemann, Rühlund, Sandelmann, Wilhelm Staats und Zelle. Wie im vorigen Jahre erscheinen auch diesmal im Verzeichnis der Lehrer sehr viele unausgefüllte Stellen. Diese Lehrerstellen sind vorläufig durch provisorische Kräfte besetzt. 20 Lehrer sind bis jetzt im Kriege gefallen, 9 sind verstorben und 2 sind ausgeschieden. Was den Ersatz der Lehrer anbelangt, so ist darüber zu sagen, wie das in der Kriegszeit ja zu verstehen ist, daß es vielfach — nur eben Ersatz ist. Es haben unter anderem Kindergärtnerinnen angenommen werden müssen und verschiedene andere Damen, die das Lehrerinnenexamen nicht gemacht haben; aber man muß sich in der jetzigen Zeit so behelfen.

Die Aufwendungen für die Gebäude, sowie für die Gebrauchs- und Einrichtungsgegenstände sind nicht einzeln aufgeführt; das ist eine Folge des Beschlusses der Stadtverordneten; man wollte damit Papier und auch Arbeit sparen.

Die Ausgaben für die gesamten Bürgerschulen betragen 1 878 600 *M.*, die Einnahmen 503 000 *M.*, ein Fehlbetrag liegt vor von 1 375 600 *M.* Die Ausgabe beträgt durchschnittlich für ein Schulkind 149,22 *M.*, der Zuschuß der Kammereikasse 109,26 *M.*

Die städtische Fortbildungsschule hat einen namhaften Zuwachs an Schülern gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen, die städtische Gewerbeschule dagegen einen Rückgang. Das ist dadurch gekommen, daß eine

Auseinanderziehung zwischen beiden Schulen stattgefunden hat. Es sind Lehrer und Schüler von der Gewerbeschule zur Fortbildungsschule übergetreten. Infolgedessen wächst bei der ersten Schule das Schulgeld und bei der anderen ist es vermindert. Bei der Gewerbeschule tritt zum ersten Male der neue Direktor Curdt mit einem Gehalt von 5400 *M* auf, und die Pension des früheren Direktors Professor Leizen ist zum ersten Male ausgeworfen im Betrage von 6276 *M*.

Die Ausgabe für die Fortbildungsschule stellt sich auf 66 800 *M*, die Einnahme auf 25 600 *M*. Der Fehlbetrag auf 41 200 *M*. Die Ausgabe für einen Schüler ist nicht so erheblich wie bei den Bürgerschulen, sie beträgt im Durchschnitt 37,11 *M* und der Zuschuß der Kammereikasse 22,89 *M*.

Bei der städtischen Gewerbeschule belaufen sich die Ausgaben auf 103 300 *M*, die Einnahmen auf 34 800 *M*, so daß ein städtischer Zuschuß von 68 500 *M* erforderlich ist. Auf den einzelnen Schüler berechnet, stellt sich die Ausgabe auf 286,94 *M* und der Zuschuß der Kammereikasse auf 190,28 *M*.

Die Mädchenfortbildungsschule hat einen Rückgang an Schülerinnen in der gewerblichen Abteilung zu verzeichnen, die Zahl der Schülerinnen der hauswirtschaftlichen Abteilung ist unverändert geblieben. An Ausgaben sind vorgesehen 41 900 *M*, an Einnahmen 14 200 *M*, so daß ein Fehlbetrag von 27 700 *M* entsteht. Auf jede Schülerin entfällt eine Ausgabe von durchschnittlich 182,17 *M* und ein Zuschuß der Kammereikasse von 120,43 *M*.

Was die Zuschüsse an nichtstädtische Schulen anbelangt, so kommt in Frage die katholische Schule und die Zahnsche höhere Lehranstalt. Für die katholische Schule leistet die Stadt einen Zuschuß von 35 *M* für jedes einheimische Kind, was eine Unterstützung dieser Schule mit 38 500 *M* ausmacht. Die Zahnsche höhere Lehranstalt bekommt einen widerruflichen jährlichen Zuschuß von 5000 *M*. In dieser Abteilung sind also nur Ausgaben vorhanden, sie betragen zusammen 43 500 *M*.

Die Gesamtausgaben für Kapitel III „Unterrichtsweisen“ (für die höheren Knaben- und Mädchen Schulen, die Bürgerschulen, Fortbildungsschulen usw.) stellen sich auf 2 878 900 *M*, die Einnahmen auf 923 800 *M*, mithin entsteht ein Fehlbetrag von 1 955 100 *M*.

(Ohne weitere Besprechung.)

Kapitel IV.

Stadtdr. **Munte** (als Berichterstatter): Dieses Kapitel „Kunst und Wissenschaft“ hat zu keinen Ausstellungen Veranlassung gegeben. Es entsteht ein Fehlbetrag von 77 550 *M*.

Stadtv. Masche: Ich bitte, bei dem Posten Museumsverwaltung einen Wunsch vortragen zu dürfen. In der Museumsdeputation wurde allgemein die Ansicht ausgesprochen, daß es ratsam wäre, die Summe, die alle Jahre für Unterhaltung und Vermehrung der Sammlungen eingestellt ist, wenn sie nicht ganz verbraucht wird, nicht wieder an die Stadtkasse zurückfließen zu lassen, sondern die Möglichkeit zu geben, daß dann im nächsten Jahre von der Museumsdeputation darüber weiter verfügt werden kann. Bei den jetzigen Verhältnissen ist es nicht möglich, einmal ein größeres Werk anzukaufen, da die Summe hierfür zu klein ist. Bleibt aber ein aufgesparter Betrag zur Verfügung der Museumsdeputation, so ist ein solcher Kauf möglich.

Herr Stadtv. Masche reicht auf Veranlassung des Vorsitzenden seine Anregung als selbständigen Antrag ein.

Kapitel V—IX.

(Ohne weitere Besprechung.)

Kapitel X.

Stadtv. Munte: In dieses Kapitel, das die neue Bezeichnung „für Straßenreinigung, Straßenunterhaltung, Kanalbau und Vermessungswesen“ erhalten hat, ist ein früherer Teil des Kap. II, die Straßenreinigung, mit hineingebracht, wie ich das schon vorhin erwähnte. Infolgedessen verändert sich dieses Kap. X in einer ganzen Menge Posten, die aus dem „Marstall“ herausgenommen sind. Das Kap. X kostet der Stadt nun einen Zuschuß von 787 200 M, dafür aber ist das Kapitel „Marstall“ etwas billiger geworden.

Kapitel XI.

Stadtv. Munte: Das Kapitel „Gemeindesteuern und sonstige Abgaben“ ist das wichtigste Kapitel für die heute Beratung, und wir haben in dem Finanzausschuß eine längere Aussprache darüber gehabt, besonders darüber hat eine Abstimmung stattgefunden, wie der Finanzausschuß sich zu der nunmehr notwendigen Erhöhung der GemeindGrundsteuer und der Gemeindegewerbesteuer stellen sollte. Der Herr Vorsitzende hat Ihnen das Schreiben verlesen, in dem das Staatsministerium ablehnt, dem Antrage der Stadtverordnetenversammlung aus der vorigen Sitzung nachzugeben und während des Krieges diese Steuern in der alten Höhe bestehen zu lassen. Nach den gesetzlichen Bestimmungen ist die Aufsichtsbehörde berechtigt, eine Erhöhung dieser beiden Steuern zu fordern, wenn wir 12½ Einheiten Gemeindeeinkommensteuer weitererheben wollen, weil die Steuern in einem bestimmten Verhältnis zueinander stehen müssen. In der Be-

ratung des Finanzausschusses ist von verschiedenen Herren sehr bedauert worden, daß dieser Standpunkt gegenwärtig vom Herzoglichen Staatsministerium vertreten wird, indessen hat sich ergeben, daß gegen eine einzige Stimme der Finanzausschuß sich dafür erklärt hat, für das nächste Jahr die Erhöhung der Gemeindegrundsteuer und der Gemeindegewerbesteuer zu bewilligen.

Stadtv. Frede: Es ist hier schon verschiedentlich betont, und die Stadtverordnetenversammlung hat in ihrer letzten Sitzung beinahe einmütig anerkannt, daß sich der Widerspruch gegen die Erhöhung der Gemeindegrundsteuer und Gemeindegewerbesteuer besonders dagegen richtet, daß das Ministerium gerade zu dieser schweren Zeit mit seiner Forderung kommt. Nun, ich will eben nicht weiter auf die Notlage eingehen, in welcher sich der Grundbesitz, wie schon hier in der Versammlung zum Ausdruck gebracht ist, besonders durch die bundesrätlichen Verordnungen jetzt befindet, sondern nur auf das hinweisen, was gerade für die Stadt Braunschweig seit einem Jahre sich ereignet hat und eine hohe Beunruhigung auch bei den Mietern hervorbringen muß. Die Hausbesitzer haben jetzt zum großen Teil die Zustellungen bekommen, in welchen sie benachrichtigt sind, daß ihre Grundsteuer und damit zusammenhängend die Kanalsteuer erhöht ist. Das ist geschehen auf Grund der Schätzungen, die in der letzten Periode vorgenommen sind. Diese Schätzungen sind vielfach ausgegangen von dem vor dem Kriege durchweg bestehenden höheren Mietertrage. Die Schätzungen sind insofern auch nicht zutreffend gewesen, als die Nebenabgaben für Wasser, Treppenhausbeleuchtung, Müllabfuhr und dergleichen mit als Miete gerechnet sind. Der Landtag und die Regierung haben festgestellt, daß diese Nebenabgaben bei der Veranlagung der Grundsteuer nicht mit berücksichtigt werden dürfen. Trotzdem bleibt dieser unzulässige Zustand bestehen, denn es müßte sonst noch einmal eine ganz neue Schätzung vorgenommen werden, und das ist nicht angängig. Recht ist das aber nicht, denn es sind durch diesen Umstand viele Hausbesitzer auf eine höhere Stufe der Grundsteuer gekommen. Wie ich schon bemerkte, sind mit dieser Grundsteuererhöhung auch höhere Beiträge für die Kanalkasse verbunden, und ebenso sind von dem Grundsteuerkapital die Müllabfuhrgebühren abhängig. Das ist für die Hausbesitzer natürlich sehr unangenehm, denn erst im vorigen Jahre ist die Müllabfuhrgebühr zur Einführung gekommen, und wenn die Hausbesitzer versucht haben, einen Ausgleich herbeizuführen, indem sie die Gebühr auf die Bewohner des Hauses verteilt haben, so sehen sie sich jetzt der Notwendigkeit gegenüber, eine neue Regelung vorzunehmen. Das ist verdrießlich. Im vorigen Jahre ist das Wassergeld erhöht, und auch da haben die Mieter vielfach herangezogen werden müssen, und nun kommt zu dem allen noch, daß das Ministerium auf der Forderung besteht, daß die Gemeindegrundsteuer trotz des städtischen Antrages allgemein um

33½ Prozent erhöht werden soll, ebenso die Gewerbesteuer. Das ist eine sehr unangenehme Sache, und man mag gar nicht daran denken, daß man den Mietern schon wieder mit einer Erhöhung der Miete kommen soll. Sehr viele der Hausbesitzer sind auch gar nicht in der Lage, das durchzuführen, weil die Mieter in dem Punkte einfach versagen. Zum Beispiel den Kriegerfrauen können wir unmöglich zumuten, daß sie immerfort die Erhöhungen bezahlen sollen. Das alles läßt unseren Widerstand gegen die Erhöhung der Grundsteuer vollauf berechtigt erscheinen. Wir wissen aber, daß der Magistrat an dieser letzten Erhöhung unschuldig ist, und da es uns fernliegt, einen Konflikt herbeiführen zu wollen, so haben wir mit Rücksicht auf diesen Umstand beschlossen, unsern Widerspruch aufzugeben, nicht weil er materiell nicht hinreichend begründet wäre — das ist er in ausreichendem Maße —, sondern aus dem Grunde, den ich eben genannt habe, aus Rücksicht gegen den Magistrat.

Stadt. **Genzen:** Meine Herren! Sie haben aus dem Munde des Herrn Referenten und vorher auch schon vom Herrn Vorsitzenden gehört, daß das Ministerium auf seinem alten Standpunkte beharrt und die Erhöhung der Gemeindegrundsteuer fordert. Da ist es interessant, zu erfahren, was in einer Notiz der Frankfurter Zeitung vom 6. Februar 1912 gesagt ist. Die Notiz lautet:

„Weimar, 1. Februar. Heute beschäftigte sich der Landtag für das Großherzogtum Sachsen mit der ersten Lesung des Gesetzes zur Aufhebung der Grundsteuer. Die Grundsteuer beruht auf einem Gesetz von 1726, war einst die einzige zuverlässige Stütze des Staatshaushalts und galt von jeher als unabänderliche Einrichtung. Doch mit dem Ausbau der Einkommen- und Vermögenssteuer stellte sie sich immer mehr als ungerechte Doppelsteuer heraus, und ihre Daseinsberechtigung wurde daher die letzten Jahre unaufhörlich im Landtage angezweifelt. Bei der Aufstellung des Stats 1911/13 wurde sie zum Teil erlassen und ihre gänzliche Aufhebung im Hinblick auf die Einführung der Ergänzungssteuer für Einkommen über 6000 M für den kommenden Etat sicher in Aussicht gestellt. Da die mit 432 725 M in den Etat eingereichte Ergänzungssteuer aber schon im ersten Jahre ihres Bestehens über 300 000 M überschuß brachte, entschloß sich die Regierung, die Steuer schon mit 1913 aufzuheben. Sachsen-Weimar ist der erste Staat im Reiche, der die Grundsteuer abschafft.“

Meine Herren! Sie sehen aus dieser Mitteilung, daß Sachsen-Weimar schon seit dem Jahre 1912 die Grundsteuer abgeschafft hat, und hier stellt das Ministerium sich so hochbeinig und will nicht einsehen, daß sie eine indirekte Steuer ist, wodurch nicht der Hausbesitz, sondern in letzter Linie die Mieter belastet werden. Schon jetzt ist der Mietzins in vielen Fällen vom 1. April ab derartig erhöht, daß

er tatsächlich nicht mehr zu tragen ist, und doch besteht das Ministerium auf der Erhöhung, und auch der Magistrat nimmt den Standpunkt ein: Wir können diese Steuer nicht missen, ja, wir müssen sie noch erhöhen. Daran können wir sehen, daß Braunschweig einer der rückständigsten Staaten Deutschlands ist.

Oberbürgermeister Kettemeyer: Diese letzteren Ausführungen des Herrn Stadtv. Benzen sind entschieden vollständig unzutreffend, und zwar aus folgendem Grunde: Auch die braunschweigische Regierung hat zu drei Vierteln auf die Erhebung der Grundsteuer verzichtet, und es sind Erwägungen im Gange, daß sie ganz darauf verzichtet. Diejenigen Staaten, in denen staatlicherseits ganz auf die Grundsteuer verzichtet ist, haben durchaus nicht anerkannt, daß es richtig sei, keine Grundsteuer zu erheben, sondern sie haben gesagt: Der Staat verzichtet auf die Grundsteuer und zwingt die Gemeinden, die Grundsteuer zu erheben. Die Sache liegt also umgekehrt, wie Herr Benzen gesagt hat.

Stadtv. Munte: Beanstandungen zu diesem Kapitel haben sich in der Kommissionsberatung nicht gezeigt. Die Ansätze der Erträge für einige Steuern haben gegenüber dem Vorjahre vom Magistrat geändert werden müssen, besonders die vertragsmäßige Abgabe des Elektrizitätswerks. Es ist natürlich, daß diese Abgabe jetzt, nachdem der alte Vertrag wieder in Kraft getreten ist, nicht mehr so hoch sein kann, wie sie im vorigen Jahre angesetzt war. Ebenso ist der Ertrag der Biersteuer von 30 000 *M* auf 18 000 *M* herabgesetzt. Dagegen hat die Gemeindecinkommeneuer erfreulicherweise mit einem höheren Betrage in Ansatz kommen können. — Dieses Kapitel schließt mit einem Überschuß von 6 024 000 *M*.

(Ohne weitere Besprechung.)

Kapitel XII.

Stadtv. Munte: In diesem Kapitel „Staatszuschüsse und Staatsbedürfnisse“ ist in der Hauptsache nur eine größere Veränderung in Ansatz gekommen. Die Gebühren für die Erhebung der direkten Staatssteuern haben erhöht werden können, weil die einzuziehenden Steuern einen größeren Umfang angenommen haben. Das Kapitel ergibt einen Überschuß von 61 400 *M*.

Kapitel XIII.

(Ohne weitere Besprechung.)

Kapitel XIV.

Stadtv. Munte: In diesem Kapitel „Zugemein“ wird das eine Fünftel des anschlagsmäßigen Gewinns der Gaswerke, der Wasserwerke und des Privat-

einrichtungsgeſchäftes als Einnahme verbucht. Die Ausgabe hat ſich in dieſem Jahre ſehr erhöht, indem für den Poſten „zur Verfügung der ſtädtiſchen Behörden“ ſtatt der früheren 12 000 *M* in dieſem Jahre 620 000 *M* eingeſtellt werden mußten, was zum großen Teil durch die Kriegſteuerungsſzulagen veranlaßt iſt, um durch dieſen Anſatz einen Ausgleich in der Richtung herbeizuführen. Das Kapitel ſchließt mit einem Fehlbetrage von 518 062,29 *M*.

(Ohne weitere Beſprechung.)

Stadtv. **Munte:** Meine Herren! Es iſt Ihnen dann allen die Überſicht zugegangen, welche den Haupta b ſ c h l u ß des ordentlichen Stadthauſhalts 1918/19 enthält und als Endergebnis einen mutmaßlichen Fehlbetrag von 869 000 *M* angibt. Es iſt dabei zum Vergleich die wirkliche Einnahme und Ausgabe des Rechnungsjahres 1916/17 ſowie der Voranſchlag für 1917/18 mit angegeben. Die Herren werden jedenfalls die Aufſtellung ſchon zu Hauſe auffmerſam durchgeſehen haben. Ausſtellungen ſind in der Kommiſſion nicht gemacht.

(Ohne weitere Beſprechung.)

B. Außerordentliche Einnahmen und Ausgaben.

Stadtv. **Munte** gibt zu den einzelnen Kapiteln I—IV kurz den Inhalt und den Abſchluß an und erklärt, daß ſich Ausſtellungen in der Kommiſſion nicht gefunden haben, worauf die Kapitel nacheinander als ſtillſchweigend angenommen angeſehen werden.

Voranſchläge der ſelbſtändigen Verwäلتungen.

Gaswerte.

Stadtv. **Munte:** Der Überſchuß iſt veranſchlagt zu 395 000 *M*. Es haben ſelbſtverſtändlich weſentliche Veränderungen in der Einnahme und vor allen Dingen in der Ausgabe zur Berücksichtigung gezogen werden müſſen, ebenſo iſt die mehrfach erwähnte Teuerung in Kohlen bei dem Voranſchlage mit maßgebend geweſen. Für die Einnahme iſt ein Mehrbetrag eingeſtellt, weil bekanntlich der Gaspreis erhöht worden iſt. Einwendungen ſind in der Kommiſſion nicht gemacht worden und auch keine Anfragen geſtellt.

(Ohne weitere Beſprechung.)

Wasserwerte.

Stadtv. **Munte:** Auch hier haben ſich bei der Kommiſſionsberatung keine Einwendungen erhoben. Der Überſchuß iſt zu 241 000 *M* angenommen.

Privateinrichtungsgeschäft.

Stadtv. **Munte:** Das Privateinrichtungsgeschäft ist jetzt unter einem besonderen Titel aufgeführt. Der mutmaßliche Überschuß wird auf 20 900 *M* geschätzt. Ob er erreicht wird, ist eine problematische Sache; das muß man abwarten.

Ausgleichsfonds.

Stadtv. **Munte:** Hier kommt das zum Ausdruck, was in dem Begleitschreiben zum Haushaltsplan gesagt ist, daß der Ausgleichsfonds seinem eigentlichen Zwecke, zu dem er geschaffen ist, nicht mehr gerecht wird, und auch zu seinem Nebenzwecke, zur vorübergehenden Deckung eines etwaigen Fehlbetrages der Kämmereikasse, zur Zeit nicht mehr genügt; vielmehr ist mit der wachsenden Kriegsschuld sein Fehlbetrag allmählich so gestiegen, daß von einem Ausgleiche zur Zeit nicht mehr die Rede sein kann. Das bisherige Verfahren soll aber beibehalten werden, da es wünschenswert erscheint, daß der städtische Haushaltsplan über das Anwachsen der Kriegsschuld an irgend einer Stelle Aufschluß gibt. Es soll durch diese Aufstellung im Ausgleichsfonds festgestellt werden, wie sich die Fehlbeträge demnächst stellen werden. Für den 31. März 1919 wird sich darnach ein voraussichtlicher Fehlbetrag von 8 049 500 *M* herausstellen.

Umsatzsteuer.

Stadtv. **Munte:** Hier sind keine großen Veränderungen vorgenommen, wenn auch einzelne Geschäfte nicht mehr der Umsatzsteuer unterliegen. Zur Verfügung der städtischen Behörden werden 134 280,58 *M* bleiben, und außerdem ist noch ein Betrag von 20 000 *M* verzinslich angelegt.

Kanalbaukasse.

Stadtv. **Munte:** Der Voranschlag ist wieder glattgestellt durch aufzunehmende Anleihen. Jegendwelche Bemerkungen zu dem Voranschlage können von mir namens der Kommission nicht gemacht werden. Einzelne Kanäle sind ja nicht ausgeführt, es ist aber fraglich, ob sie später noch zu dem Preise hergestellt werden können, doch hat es keinen Zweck, darüber zu sprechen und einen höheren Betrag einzustellen, weil man noch nicht übersehen kann, wie sich die Preisänderungen gestalten werden. Auch wegen der zur Unterhaltung eingestellten Beträge ist nichts zu erinnern gewesen. Es ist in Aussicht genommen, den Überschuß, der sich aus der Unterhaltung mit 67 200 *M* ergeben wird, mit zur Tilgung der schwebenden Schuld der Neubaufasse nach der näheren Bestimmung der städtischen Behörden dereinst zu verwenden, wie das auch im Vorjahre geschehen ist. Es wird den Stadtverordneten feinerzeit eine Vorlage darüber zugehen.

Schlachthaus und Kasse für Wohlfahrtseinrichtungen.

(Ohne weitere Bemerkungen.)

Stadtv. **Munte:** Die Anträge des Magistrats, die er zu dem Stadthaushaltsplan zu stellen hat, sind den Herren aus dem Begleitschreiben bekannt. Der Magistrat richtet an die Stadtverordnetenversammlung das Ersuchen:

„den vorgelegten und im Vorstehenden begründeten und erläuterten Stadthaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1918/19 festzustellen und die Zustimmung dazu zu erteilen, daß im kommenden Jahre

an Gemeindegemeinkommensteuer 12½ Einheiten nach Maßgabe der vereinbarten Veranlagungstabelle,

an Gemeindegemeindegrundsteuer 10 Prozent vom Grundsteuerkapitale und

an Gewerbesteuer 100 Prozent der vom Staate auf die stehenden Gewerbe veranlagten Steuer ausgeschrieben werden.“

Die Finanzkommission hat sich zu diesen Anträgen zustimmend erklärt und bittet die geehrten Herren, auch ihrerseits ihnen zuzustimmen.

Ferner beantragt der Magistrat:

die Voranschläge der Kassen der selbständigen Verwaltungen nach Maßgabe der Entwürfe festzustellen und gleichzeitig die Zustimmung dazu erteilen zu wollen, daß die Kanalabgabe wiederum auf den diesjährigen Betrag von 2,5 Prozent des Grundsteuerkapitals festgestellt werde.

Auch diesen Antrag hat die Finanzkommission gutgeheißen und bittet Sie, Ihrerseits gleichfalls zuzustimmen.

Vorsitzender: Es liegt außer diesen Anträgen des Magistrats noch der Antrag des Herrn Rasche vor, welcher jetzt schriftlich eingegangen ist. Er lautet:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, daß die Summe, welche für die Erwerbungen für das städtische Museum alljährlich in den Haushaltsplan eingestellt werden, immer zur Verfügung der Museumsdeputation bleibt, auch wenn sie in dem betreffenden Jahre nicht vollständig aufgebraucht wird.“

Oberbürgermeister **Metemeyer:** Der Antrag soll gleich heute hier zur Abstimmung kommen? Ich möchte doch bitten, daß er erst der Kommission zur Vorberatung überwiesen wird. Ich habe meinerseits doch Bedenken gegen den Antrag.

Vorsitzender: Dann werde ich ihn der Finanzkommission zur Vorberatung überweisen; für die Feststellung des diesjährigen Haushaltsplanes ist er ja gleichgültig.

Stadtv. **Stegmann:** Ich bitte, über die einzelnen Punkte der Magistratsanträge getrennt abzustimmen.

Dieser Anregung entsprechend läßt der **Vorsitzende** über die einzelnen Anträge des Magistrats getrennt abstimmen; sie werden nacheinander in der Reihenfolge angenommen, daß zuerst über die Höhe der Gemeindecinkommensteuer, dann der Grundbesitzsteuer, hierauf der Gewerbesteuer und zuletzt über den vorgelegten Haushaltsplan im ganzen abgestimmt wird. Schließlich wird auch in einer Abstimmung die Zustimmung der Versammlung zu den Voranschlägen der sechs selbständigen Klassen und zu der Höhe der Kanalsteuer ausgesprochen.

3. Übersicht über die Schulden der Stadt.

Stadtv. Lebbenjohannis: Meine Herren! Der Magistrat hält es für zweckmäßig, fortan dem Haushaltsplane eine Übersicht über die jeweiligen Schulden der Stadt beizufügen, aus der zugleich das Nähere über die Verzinsung und Tilgung zu ersehen ist. Da in diesem Jahre der Haushaltsplan mit Rücksicht auf den Papiermangel nicht gedruckt ist, hat der Magistrat uns eine besondere Aufstellung zugehen lassen mit dem Ersuchen, sie den geehrten Herren zur Kenntnis zu bringen. In dem Begleitschreiben zu dieser Übersicht heißt es dann:

„Die Höhe der Schulden — abgesehen von den vorübergehenden für Kriegszwecke beim Leihhause angeliehenen Mitteln — wird darnach am 1. April d. J. 28 621 927,78 *M* betragen. Dabei weisen wir aber darauf hin, daß drei in der Übersicht aufgeführte Beträge von zusammen 1 102 916,49 *M* dem Kreiskommunalverbande bzw. der Armenkasse geschuldet werden, und daß fünf anderen zwecks Zeichnung von Kriegsanleihe angeliehenen Beträgen zu insgesamt 4 549 938 *M* entsprechende Werte gegenüberstehen. Nach Abzug dieser beiden Posten von zusammen 5 652 854,49 *M* ermäßigt sich diese Gesamtschuld auf 22 969 073,29 *M*, wobei jedoch der einseufenden noch nicht zu verzinsende Rest des Kaufpreises für das Arkeröder Feld unberücksichtigt geblieben ist.“

Die eingereichte Übersicht führt zunächst eine Reihe von Hypothekenrestgeldern auf, die ich wohl in der Gesamtheit nennen darf. Die Gesamtsumme betrug bei der Übernahme 481 395 *M* und ist inzwischen durch Tilgung auf 442 895 *M* herabgemindert.

Es folgt dann die Darlehensschuld zur Deckung des fälligen Teiles des Kaufpreises (800 000 *M*) für das Arkeröder Feld an die Herzogliche Leihhauskasse: 200 000 *M*, die bis auf 192 000 *M* getilgt sind. (Der Rest des Kaufpreises zu 600 000 *M* ist erst von Beendigung des Krieges an mit 3 Prozent zu verzinsen.)

Weiter folgen:

Die Schuldverschreibungen der Anleihe des Kreiskommunalverbandes Braunschweig von 1880 im Gesamtbetrage von 1 500 000 *M*; getilgt sind 613 200 *M*, so daß der jetzige Bestand der Schuld noch 886 800 *M* beträgt.

Die Schuldverschreibungen der Anleihe des Kreis kommunalverbandes Braunschweig von 1884 im Betrage von 2 000 000 *M*; getilgt sind 627 300 *M*, so daß die Anleihe noch besteht mit 1 372 700 *M*.

Die Schuldverschreibungen der Anleihe des Kreis kommunalverbandes Braunschweig von 1887 im Betrage von 5 000 000 *M*, getilgt sind 1 094 600 *M*, es bleibt ein Bestand von 3 905 400 *M*.

Die Schuldverschreibungen der Anleihe des Kreis kommunalverbandes Braunschweig von 1891 im Betrage von 3 000 000 *M*, getilgt sind 457 400 *M*, es bleibt ein Schuldbetrag von 2 542 600 *M*.

Die Schuldverschreibungen der Anleihe des Kreis kommunalverbandes Braunschweig von 1895 im Betrage von 3 000 000 *M*, getilgt sind 314 600 *M*, es bleibt ein Schuldbetrag von 2 685 400 *M*.

Die Schuldverschreibungen der Anleihe des Kreis kommunalverbandes Braunschweig von 1900 im Gesamtbetrage von 4 000 000 *M*; worauf getilgt sind 353 500 *M*, so daß ein Schuldbestand verbleibt von 3 646 500 *M*.

Die Darlehensschuld an die Landesversicherungsanstalt, ursprünglich 3 000 000 *M*, getilgt sind 420 000 *M*, so daß jetzt die Schuld beträgt 2 580 000 *M*.

Eine Darlehensschuld an die Landesversicherungsanstalt von 3 000 000 *M*, getilgt sind 312 076,71 *M*, so daß ein Schuldbetrag verbleibt von 2 687 923,29 *M*.

Eine Darlehensschuld an die Landesversicherungsanstalt, die bewilligt war auf den Gesamtbetrag von 1 800 000 *M*, worauf bis Ende 1917/18 350 000 *M* abgehoben sind. Die Tilgung dieser Summe wird erst Platz greifen, wenn die Restsumme des Darlehens (= 1 450 000 *M*) abgehoben ist, und wird dann beginnen mit dem auf die Zahlung der letzten Darlehensrate folgenden 1. Januar.

Obligationen der Stadt Braunschweig vom Jahre 1863, ausgegeben zur Erbauung des Flußwasserwerks: 450 000 *M*, getilgt 225 000 *M*, so daß die Schuld besteht im Betrage von 225 000 *M*.

Obligationen der Stadt Braunschweig vom Jahre 1864, ausgegeben zum Ankauf des Gaswerks an der Bahnhofstraße: 774 000; getilgt sind 636 000 *M*, Restschuld 138 000 *M*.

Rest des Darlehens des Stammvermögens des Kreis kommunalfonds an die Kammereikasse aus den Jahren 1876—80 im Gesamtbetrage von 1 207 995,79 *M*; getilgt sind 493 479,82 *M*, es verbleibt ein Schuldbestand von 714 515,97 *M*.

Schuld aus dem Verkauf der Hessischen Ludwigs-Bahn-Prioritäten 217 400 *M*; getilgt sind 84 349,48 *M*, und es verbleiben 133 050,52 *M*.

Grundkapitalforderungen der städtischen Armenkasse, die im Jahre 1909/10 mit dem Vermögen der Kammereikasse verschmolzen ist: 255 350 *M*, die in vollem Betrage zu Buche stehen.

Auf den Kredit der Stadtgemeinde in kleineren Beträgen aufgenommene Anleihen im ursprünglichen Betrage von 1 000 000 *M.* Zurückgezahlt sind 534 850 *M.*, so daß ein Rest der Schuldsomme von 465 150 *M.* verbleibt.

Eine gleiche Anleihe von 1 000 000 *M.* Darauf sind zurückgezahlt 151 300 *M.*, so daß eine Schuldsomme von 848 700 *M.* verbleibt.

Darlehensschuld aus Anlaß der Beteiligung der Stadt Braunschweig an der 3. Kriegsanleihe an Herzogliche Leihhauskasse, hier: 963 000 *M.* Darauf sind abgetragen 231 062 *M.*, und es verbleiben zu tilgen 731 938 *M.*

Desgleichen für die 4. Kriegsanleihe 938 750 *M.*,

desgleichen für die 5. Kriegsanleihe 955 000 *M.*,

desgleichen für die 6. Kriegsanleihe 969 250 *M.*,

desgleichen für die 7. Kriegsanleihe 955 000 *M.*,

die alle vier noch in voller Höhe bestehen.

Für das Rechnungsjahr 1918/19 sind weitere Tilgungen auf die genannten Schulden der Stadt vorgesehen im Betrage von 345 267,87 *M.* Zinsen sind zu bezahlen im Betrage von 1 073 838,82 *M.*, so daß aus diesen beiden eine Ausgabe von 1 419 106,69 *M.* für das nächste Rechnungsjahr bevorsteht.

Die Mitteilung des Magistrats wird als durch Kenntniznahme erledigt betrachtet.

4. Lohnübersicht für 1918/19.

Stadtv. **Riete:** Meine Herren! Es ist der Stadtverordnetenversammlung auch in diesem Jahre das Verzeichnis zugegangen, welches die Übersicht enthält über die Löhne, wie sie im Jahre 1918/19 gezahlt werden sollen. Über den für das vorige Jahr geltend gewesenen Lohnsätzen in schwarzen Zahlen sind in roter Schrift die Zahlen eingeschrieben, welche die erhöhten Löhne und die erhöhten Kosten für Bekleidung angeben. Wir finden dort auch die Teuerungszulagen aufgeführt, die für manche Gruppen auf zweimal 10 *M.* festgesetzt sind, bei manchen auch bei 10 *M.* geblieben sind, und die den Löhnen hinzugerechnet werden. Ausgeschlossen von der Anrechnung sind die Beiträge, die als Kriegsunterstützung für die Frau und für jedes Kind mit je 60 *M.* gezahlt werden, die also nebenherlaufen. Es ist ferner die neue Einrichtung getroffen, daß fortan die Arbeiter der städtischen Straßenreinigung dem Tiefbauamte unterstellt sind und ihre Löhne dort berechnet werden. Auch bei ihnen sind die besonderen Entschädigungen für Bekleidung und für Nacharbeiten bestehen geblieben. Durch die ganze Vorlage hindurch sind die Löhne nach Anhörung des jedesmaligen Leiters der betreffenden Abteilung — z. B. des Direktors von Feilighs — für den städtischen Marsball, für die Berufsfeuerwehr, für das Wächterkorps, das Desinfektionswesen, das Bauwesen, die Gas- und Wasserwerke, die Neustadtmühle, das Abwässerpumpwerk,

das Rieselgut, die Markthalle, das Schlachthaus, für die Arbeiter der Parkdeputation, für das Pfluge- und Krankenhaus von der Lohndeputation geprüft und aufs neue festgestellt, so daß hier eine Übersicht in jeder Weise vorhanden ist. Ich brauche mich wohl über die einzelnen Sätze nicht weiter zu verbreiten; die Lohndeputation gibt Ihnen durch mich Genehmigung anheim.

Vorsigender: Ich stelle die Lohnübersicht zur Besprechung. — Es meldet sich keiner zum Wort, es wird die Übersicht damit als erledigt anzusehen sein.

5. Erhöhung des Credits beim Leihhause.

Stadtv. **Lebbenjohanns:** Meine Herren. Schon die Bezeichnung dieses Punktes der Tagesordnung besagt, um was es sich handelt. Zur Erläuterung der Notwendigkeit des städtischen Credits beim Leihhause hat der Stadtkämmerer an den Herrn Oberbürgermeister folgendes geschrieben:

„Bis zum 10. März d. J. waren beim Herzoglichen Leihhause hier auf Schuldkonto angeliehen	20 800 000 M,
darauf sind zurückgezahlt am 15. März	400 000 M,
<hr/>	
mithin beträgt die Schuld heute	20 400 000 M.

Die Rückzahlung der 400 000 M war möglich durch Zahlung eines größeren Betrages an Reichsbeihilfe zu den Kosten der Kriegswohlfahrtspflege.

Soweit sich der Geldbedarf für die nächste Zeit übersehen läßt, werden erforderlich sein:

zum Schluß des Monats März	990 000 M,
im Laufe des Monats April	780 000 M,
zum Schluß des Monats April	475 000 M,
<hr/>	
mithin zusammen	2 245 000 M.

Der Barbestand der Stadthauptkasse beläuft sich zur Zeit auf rund 400 000 M, welcher Betrag jedoch zum größten Teil zur Zahlung von Familienunterstützung für den laufenden Monat verbraucht werden wird.

Da der Höchstbetrag des der hiesigen Stadt bei der Herzoglichen Leihhausanstalt eröffneten laufenden Schuldkontos auf 22 Millionen Mark festgesetzt ist, und bis zur Ausschreibung der neuen Steuern auf nennenswerte Einnahmen nicht zu rechnen sein wird, dürfte auf eine weitere Erhöhung des eingeräumten Credits Bedacht zu nehmen sein.“

Im Anschluß an dieses Schreiben ersucht der Magistrat die Stadtverordnetenversammlung, zustimmen zu wollen, daß der Höchstbetrag des beim Herzoglichen Leihhause aufzunehmenden Darlehns auf 24 Millionen Mark erhöht wird.

Meine Herren! Wie Sie gesehen haben, ist das Erfordernis vorhanden, und es bleibt weiter nichts übrig, als dem Magistrat diesen Kredit zur Verfügung zu stellen. Die Finanzkommission hat sich deshalb dem Magistratsantrage ohne weiteres angeschlossen und bittet auch Sie, ihm zuzustimmen.

Der Erhöhung des Kredits beim Leihhause stimmt die Versammlung zu.

Stadtv. **Meyerhoff** übernimmt den Vorsitz.

6. Antrag Wesemeier auf Abänderung des Statuts, betreffend die Verwaltung der Feldmarksgemeinden.

Stadtv. **Hartung**: Herr Stadtv. Wesemeier hat folgenden Antrag gestellt:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, dem Magistrat zu ersuchen, das Statut Nummer 11, betreffend die Neuordnung der Verwaltung der Feldmarksgemeinden in der Stadt Braunschweig dahin abzuändern, daß Beiträge an die Kassen der Feldmarksgemeinden von Grundstücken an Straßen, die von der Stadt ausgebaut sind, nicht erhoben werden dürfen. Der Magistrat möge den Stadtverordneten eine entsprechende Vorlage unterbreiten.“

Der Antrag ist in der Statutenkommission zur Beratung gekommen, und es wurde dort allgemein anerkannt, daß es in der That als eine unberechtigte Maßnahme bezeichnet werden müsse, daß Besitzer von Grundstücken in ausgebauten Straßen herangezogen werden zu den Ausgaben der Feldmarksgemeinden, die den Zweck haben, die Wege usw. der Feldmarksgemeinden instand zu erhalten. Andererseits wurde aber vom Magistrat hervorgehoben, daß eine radikale Aufhebung der Zugehörigkeit dieser Grundstückseigentümer zu den Feldmarksgemeinden, wie sie der Antrag Wesemeier bezwecke, doch bedenklich sei. Es sei zu erwägen, daß den Beiträgen der Grundbesitzer event. auch Einnahmen aus den Einkünften der Feldmarksgemeinden gegenüberstehen. So seien z. B. Erträge aus Jagdgeldern in Betracht zu ziehen, was allerdings nur in dem Falle in Frage komme, daß der Anteil aus der Jagdverpachtung höher wäre als die zu zahlenden Beiträge. Es könnten aber auch, wie es bei der Feldmarksgemeinde Hagen vorgekommen ist, an die Gemeindegemeinschaften Beträge aus verkauftem Vermögen der Feldmarksgemeinde, also insbesondere aus verkauften Grundstücken zur Verteilung kommen, und dann würde sich die Frage erheben, ob diejenigen, die von Wegegeldbeiträgen befreit sind, andererseits auch von diesen Wohltaten und Zuwendungen ausgeschlossen sein sollten. Es wurde auch die Frage angeregt, ob etwa ein Ausscheiden dieser Grundstücke, die sachlich mit der Feldmarksgemeinde nichts mehr zu tun haben, auf dem Wege der Gesetzgebung zu erreichen sei. Diese verschiedenen Bedenken gegen den Antrag Wesemeier wurden als berechtigt an-

erkannt, und die Kommission hat sich schließlich dahin geeinigt, folgenden Antrag der Versammlung zur Annahme zu empfehlen:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Stadtmagistrat zu ersuchen, in Erwägung zu ziehen, ob und wie eine Befreiung derjenigen Grundstücke der Außenstadt, welche an ausgebauten Straßen liegen und straßenbaukostenfrei sind, oder für welche der Beitrag zu den Straßenbaukosten bezahlt oder sichergestellt ist, von der Zahlung der Beiträge der Feldmarksgemeinden zu befreien sind.“

Ich empfehle namens der Kommission diesen Antrag zur Annahme. Wie Sie sehen, geht er nicht so weit wie der Antrag Wesemeier, er nimmt aber doch den Grundgedanken auf und bittet den Magistrat, seinerseits in Erwägung zu ziehen, welcher Weg zu dem erstrebten Ziele führen könnte. Den Antrag Wesemeier einfach zur Annahme zu empfehlen, schien der Kommission bei der Unklarheit der Sache nicht angezeigt.

Der Antrag der Statutenkommission wird angenommen.

7. Aufstellung eines Bebauungsplanes für das Arkeröder Feld betr.

Stadtv. **Rafse:** Meine Herren. Es wird vom Magistrat geplant, das Arkeröder Feld zu Kleinsiedlungen mit Gärten aufzuteilen und dafür einen Bebauungsplan auszuarbeiten. Seitens des städtischen Tiefbauamts sind bereits einige Vorprojekte in bezug auf die Bewässerung und auch auf die Anlegung von Wegen angefertigt. Es ergeht nun an die Stadtverordnetenversammlung das Ersuchen, grundsätzlich zuzustimmen, daß das Arkeröder Feld für die Besiedelung mit Kleinwohnungen nebst Gärten in Aussicht genommen werden soll, und zweitens zuzustimmen, daß ein Bebauungsplan dafür aufgestellt wird, und zwar schlägt der Magistrat vor, diese Arbeit dem Architekten Henning aus Essen zu übertragen, der zur Zeit in Seesen die Bearbeitung von Kleinsiedlungsplänen vorgenommen hat und vorher während 14 Jahren bei der Firma Krupp in Essen mit ähnlichen Arbeiten beschäftigt war. Er hat seine dortige Stelle wegen einer Gehörleiden aufgeben müssen. Ich halte es für angebracht, daß für einen derartigen Zweck ein Spezialist, der in der Sache die nötige Erfahrung hat, herangezogen wird, und auch die Baukommission, die sich mit der Sache beschäftigt hat, schlägt Ihnen vor, die Magistratsvorlage gutzuheißen. Als Honorar fordert Herr Henning für seine Arbeit 1800 M., was als angemessen anzusehen sein dürfte; er wird mit seiner Arbeit in ungefähr acht Wochen fertig werden.

Zunächst würde also die prinzipielle Frage zu erledigen sein, ob das Arkeröder Feld überhaupt zu Siedlungszwecken Verwendung finden soll, und dann die Zustimmung zu erteilen sein, daß Herr Henning mit der Bearbeitung des Bebauungsplanes beauftragt werden soll.

Stadtv. Riefe: Ich lege der Vorlage eine große Bedeutung bei, und zwar deshalb, weil ich das in Frage kommende Gelände als am besten geeignet halte, um Kleinsiedlungen mit Gärten anzulegen, und bin der Ansicht, daß diesem Projekt viel größere Bedeutung beizumessen ist als dem der Errichtung einer Gartensstadt gegenüber der Windmühle in Riddagshausen. Nach dem Kriege wird es gerade an Kleinwohnungen fehlen, denen man etwas mehr Land zugeben kann als gerade nur Schrebergärten. Der Grund und Boden des Arkeröder Feldes ist so gut, wie er in der Nähe der Stadt nur gefunden werden kann. Das einzige Bedenken, was ich haben könnte, wäre wohl, daß die Abdeckerei zu sehr in der Nähe liegt, und das hat auch schon früher zu verschiedenen Petitionen geführt. Es war auch schon geplant, die Abdeckerei nach dem Münzberge oder nach Veltenhof zu verlegen, aber der Besitzer der Abdeckerei hat in letzter Zeit sehr viel für seine Anstalt aufgewandt, und deshalb hat sich der Plan zer schlagen. Ob nun die Verunreinigung der Luft mit den Dünsten von der Abdeckerei her nicht mehr stattfindet und der Belästigung durch den üblen Geruch abgeholfen ist, das muß abgewartet werden; man hätte ja dann immer noch in der Hand, auf Grund des Statuts über die Belästigungen mit Ruß und Rauch mit Maßregeln zu kommen und Abhilfe zu schaffen. Deshalb kann ich heute dem vorgeschlagenen Projekt zustimmen und möchte auch Sie ersuchen, dem Antrage der Baukommission zuzustimmen, auch den vorgeschlagenen Architekten anzunehmen, damit die Ausarbeitung des Planes in die Wege geleitet wird.

Vorsitzender Weyerhoff: Zur Aufklärung möchte ich darauf hinweisen, daß die Abdeckerei südlich von dem in Aussicht genommenen Platze liegt, und da wir viel Westwind haben, wird die Abdeckerei für diese Belästigungen der Kleinsiedlung nicht so sehr in Frage kommen wie für die Grundstücke, die im Osten der Abdeckerei liegen. Im übrigen wurde uns in der Kommission dargelegt, daß die Abdeckerei neuerdings mit allen technischen Hilfsmitteln versehen ist, die zur Beseitigung der Belästigung führen können.

Der Verwendung des Arkeröder Feldes zur Anlage von Kleinsiedlungen wird grundsätzlich zugestimmt, auch der Übertragung der Ausarbeitung eines Bebauungsplanes an den Architekten Henning zugestimmt und das geforderte Honorar bewilligt.

Herr Stadtv. **Hartung** übernimmt den Vorsitz wieder.

8. Herrichtung einer Stadtgärtnerei in Verbindung mit dem Zentralschulgarten.

Stadtv. Trinks: Wegen der erheblichen Kosten, welche der Stadt alljährlich durch Beschaffung von Bäumen, Sträuchern und Zierpflanzen für die städtischen

Straßen, Plätze, Parks und Schmuckanlagen erwachsen, hat es der Stadtmagistrat für zweckmäßig gehalten, der Errichtung und Unterhaltung einer Stadtgärtnerei näherzutreten. Bezüglich der Platzfrage wird, abgesehen von der Bodenbeschaffenheit, darauf Bedacht zu nehmen sein, daß eine solche Anlage nicht in allzugroßer Nähe der Innenstadt errichtet wird, behufs Verhütung des durch Rauch- und Rußausströmungen unvermeidlichen nachteiligen Einflusses auf das Wachstum der Pflanzen. Außerdem ist darauf Rücksicht zu nehmen, daß die Gärtnerei zur Verhütung von Diebstählen dauernd überwacht werden kann. Es wird also gut sein, diese mit einer anderen bestehenden Anlage in Verbindung zu bringen, wo bereits eine Überwachung vorhanden ist. Ins Auge gefaßt ist nun das Urkeröder Feld, und zwar eine Angliederung der Stadtgärtnerei an das Grundstück des Wasserwerks am Bienröder Wege, an der Stelle, wo ein Feldweg nach dem Domesee führt, wie auf dem ausgehängten Plan ersichtlich. Es wird sich später finden, ob es richtiger ist, die vorhandene Weidenkultur, in der das Kühlwasser versickert, an ihrer jetzigen Stelle zu belassen, oder ob man die Gärtnerei in ganzer Tiefe unmittelbar an das Wasserwerkgrundstück anschließt. Günstig ist bei diesem Vorprojekte, daß auf dem Wasserwerkgrundstücke dauernd ein daselbst wohnender Wächter anwesend und regelmäßig auch nachts Maschinenbetrieb im Gange ist, weil sowohl das aus demselben reichlich zur Verfügung stehende Kühlwasser für die Beprengung und das Begießen der Pflanzen sowie auch Dampf zur Beheizung später etwa einzurichtender Gewächshäuser herangezogen werden kann. Es sind hier also alle Vorbedingungen für eine praktische und zweckmäßige Einrichtung der Stadtgärtnerei vorhanden. Sachverständige haben sich dahin ausgesprochen, daß die Bodenbeschaffenheit an dem dortigen Platz sehr geeignet ist.

Dieselben Gründe lassen es zweckmäßig erscheinen, mit der Stadtgärtnerei gleich den Zentralschulgarten zu verbinden. Wir haben zwar vor nicht sehr langer Zeit beschlossen, denselben von dem Rieselgut Steinhof nach dem Bürgerpark zu verlegen, es hat sich aber herausgestellt, daß dieser Platz an der Stelle, wo inzwischen nur eine Parkfläche für die Unterbringung von Dauerpflanzen und die Befriedigung des dringendsten Bedarfs an sonstigen Gewächsen hergerichtet ist, nicht sehr günstig liegt. Einmal sind die durch benachbarte Fabriken und den Eisenbahnbetrieb verursachten Ruß- und Rauchausströmungen dem Wachstum der Pflanzen hinderlich, dann aber fehlt dort eine dauernde Beaufsichtigung, und das letztere wird als hauptsächlichster Mangel empfunden, weil infolgedessen durch die Jugend allerhand Unfug getrieben wird, Bäume und Sträucher beschädigt, häufig sogar ausgerissen werden, zudem es auch recht zweifelhaft ist, ob es der Stadt gelingen wird, dauernd für die Leitung des Schulgartenbetriebes eine Kraft zu gewinnen, die sich nebenamtlich mit gleichem Eifer und Geschick den gärtnerischen Arbeiten so widmet, wie es der Mittelschullehrer Ramke seit Einrichtung des

Schulgartens getan hat und noch tut. Nach Aussage dieses Herrn und des Stadtgärtners ist das in Aussicht genommene Gelände des Domsees demjenigen im Bürgerpark für den Schulgarten vorzuziehen.

Es handelt sich nun augenblicklich nicht darum, die Anlage schon jetzt in ganzem Umfange auszuführen, sondern es wird zunächst darauf ankommen, eine Baumschule und den Schulgarten einzurichten; von dem Bau der Gewächshäuser und der Wirtschaftsräume wird bis zur Zeit nach dem Kriege Abstand genommen werden können. Es sind für die neue Einrichtung einige Entwürfe ausgearbeitet, die eine Idee davon geben, wie man die Anlagen später etwa gestalten kann. Heute haben wir uns aber nur darüber schlüssig zu machen, ob wir uns grundsätzlich damit einverstanden erklären wollen, daß 1. auf dem Krüder Felde neben dem Wasserwerk am Vicnröder Wege eine Stadtgärtnerei angelegt wird und 2. ob es zweckmäßig erscheint, den Schulgarten damit zu verbinden.

Die Baukommission hat beide in Rede stehende Projekte einstimmig gutgeheißen und empfiehlt Ihnen, den Vorschlägen des Magistrats zuzustimmen.

Stadtv. Frede: Die Schulgartenfrage fängt nachgerade an, interessant zu werden. Auf den Rieselfeldern war der Schulgarten unerreichbar für die hiesigen Schulen, die Pflanzen mit den Blüten wurden dort gepflückt und in mehr oder weniger frischem Zustande den Kindern in der Schule vorgezeigt. Wenn sie dann in die Natur hinaus kamen, kannten sie die Pflanzen doch nicht, weil sie sie nicht in ihren Entwicklungsstadien und in ihrer natürlichen Umgebung gesehen hatten. Gerade dieser Umstand ist der Grund gewesen, weshalb wir es mit Freude begrüßt haben, daß der Schulgarten nach dem Bürgerpark verlegt werden sollte. Dorthin konnten die Schüler im Anschluß an die Unterrichtsstunden geführt werden und konnten die Pflanzen in ihren Entwicklungsstufen, ohne Blüten, mit Blüten, mit der Frucht und nachher im absterbenden Zustande betrachten. Der Bürgerpark liegt für diesen Zweck sehr günstig, denn die meisten Schulen liegen im Westen und im Süden der Stadt; ich bin mit meiner Klasse sehr oft hinausgegangen. Dazu kommt noch, daß der Bürgerpark auch außerdem mit seinen Bäumen, Sträuchern und mancherlei anderen Gewächsen reiches Anschauungsmaterial bietet und die Kinder dort imstande sind, die erhaltene Belehrung selbständig aufzufrischen, denn viele der Bäume und Sträucher sind mit Namensschildern versehen. Jetzt will man diesen Gesichtspunkt nicht mehr berücksichtigen und den Schulgarten weiter hinaus verlegen. Mit dem Weg dorthin würde Zeit verloren gehen, und die Folge würde sein, daß die Kinder nicht dorthin kommen. Ich möchte bitten, wenn es möglich ist, den Schulgarten da zu belassen, wo er jetzt ist.

Nun hat man einige Gründe angeführt, weshalb die Verlegung des Schulgartens sich nötig macht. Ich kann diese Gründe nicht anerkennen. Der Haupt-

grund wird der sein, daß man den Schulgarten mit der Stadtgärtnerei verbinden will, und daß der Stadtgärtner beziehungsweise die von ihm beschäftigten Leute mit der Wartung des Schulgartens beauftragt werden sollen. Den Grund könnte man gelten lassen, es wäre das ein bequemer Ausweg. Aber daß der Schulgarten im Bürgerpark von den Gasen und dem Rauch so sehr belästigt wird, vermag ich nicht anzuerkennen, denn dann würde ja auch der Bürgerpark als solcher darunter leiden, und das hat man ja auch vorher gewußt und doch den Schulgarten dorthin verlegt. Sodann wird der neue Bahnhof ja auch weiter nach Norden zu liegen kommen, als der Schulgarten jetzt liegt, der Garten wird also von dem Rauch nicht so sehr belästigt werden. Was die dauernde Beaufsichtigung des Schulgartens anbelangt, so würde es einfach sein, zu verlangen, daß die Parkwärter ein wachsameres Auge auf den Schulgarten werfen. Und was den Leiter des Schulgartenbetriebes betrifft, so wird es später auch noch Lehrer geben, die sich der Sache gern annehmen, und dem Mittelschullehrer Ramke wird es nur angenehm sein, daß er jetzt den Schulgarten leichter erreichen kann; er hat die Verlegung von dem Kieselstele hierher sehr begrüßt. Vor allen Dingen möchte ich bitten, den Schulgarten aus unterrichtlichen Gründen dort zu belassen, wo er augenblicklich ist.

Stadtv. Niese: Ich muß bekennen, daß ich auf dem entgegengesetzten Standpunkte stehe wie mein Herr Vorredner, denn ich erachte diese Anlage, wie sie vorgeschlagen wird, nicht allein vom idealen Standpunkte aus, sondern auch als eine solche, die der Stadt noch Nutzen bringt. Alle die Einwendungen, die Herr Frede gebracht hat, könnte man leicht zerstreuen. Was die Aufsicht anlangt, so ist die ganze Gegend jetzt noch wild, aber später wird dauernd eine Aufsicht nötig sein, denn diese Ecke des Bürgerparks ist doch so ablegen, daß die Kinder da Radau machen und die Pflanzen im Garten ausreuten könnten, ohne daß der Wärter etwas dagegen machen kann. Die Sache liegt doch so, daß wir die Stadtgärtnerei und den Schulgarten in die Nähe des Wasserwerks bringen wollen, damit wir das Kondenswasser, das wir an Tausenden von Kubikmetern zur Verfügung haben, zur Aufzucht von Pflanzen praktisch dort verwenden könnten. Außerdem ist zu beachten, daß das Gelände des Bullenteichs, wie es in der jetzigen Periode der Entwicklung nicht anders sein kann, heute noch Unland ist. Durch Egalisierung des Landes für die Stadtgärtnerei und den Schulgarten würde Sand ausgehoben werden und durch diesen und durch das städtische Fuhrwesen, welches ohnehin schon jetzt an der Westseite des Platzes abladet, würde brauchbares Land für die Stadt gewonnen. Was die Entfernung der Neuanlage des Schulgartens anlangt, so sind es 25 Minuten, oder es sollen auch 30 Minuten vom Mittelpunkt der Stadt sein. Dahin könnten die Kinder ebensogut geführt werden wie nach dem Bürgerpark. Es ist doch mit Freuden zu begrüßen, daß der Transport der Pflanzen von

dem 8 km entfernt gelegenen Rieselsgute nicht mehr notwendig ist. Wenn man die Anlage des Schulgartens damit verbindet, daß man dort auch hochstämmige Bäume zieht und nicht nur die gängigen Kräuter, wenn man auch eine kleine alpine Anlage schafft, wie man sie auf dem Rieselsgute hatte, dann ist für Braunschweig etwas geschehen, was für die Stadt vonnöten ist. Ich bin von dieser Vorlage geradezu erfreut gewesen und erkläre mich dafür, weil sie nicht allein eine ideale, sondern auch eine nutzbringende Anlage zu werden verspricht.

Oberbürgermeister Metemeyer: Herr Stadtv. Frede wundert sich über den Verlauf, den die Verlegung des Schulgartens genommen hat. Es steht doch aber fest, daß der Schulgarten vom Rieselsgute verschwinden mußte, weil die Herren einen städtischen Hühnerhof haben wollten, und der ließ sich gerade dort am besten hinbringen, wo der Schulgarten lag. Dann wußten wir nicht, wohin wir den Schulgarten verlegen sollten. Eine Anzahl Pflanzen mußte schnell umgepflanzt werden, und da lag es nahe, zu sagen: Wir wollen im Bürgerpark dafür Platz schaffen. Nun waren schon derzeit Verhandlungen über die Einrichtung einer Stadtgärtnerei im Gange. Das städtische Tiefbauamt hatte schon seit längerer Zeit den Plan der Einrichtung einer Stadtgärtnerei verfolgt, und wir hatten anfangs überlegt, ob es nicht angängig sei, Gewächshäuser in den alten, jetzt nicht mehr gebrauchten Filtern des Wasserwerkes herzurichten. Sie liegen jetzt zum großen Teil unnütz da, und wir hatten ins Auge gefaßt, einen dieser Filter mit Glas oder sonstwie zu überdecken und zu einem Gewächshause herzurichten; aber das städtische Tiefbauamt hat sich dahin ausgesprochen, daß das wegen der Grundwasserhältnisse nicht ausführbar wäre. Wir mußten uns nun nach einem anderen Platze für die Stadtgärtnerei umsehen und sind auf diesen Punkt gekommen. Da lag aber nichts näher als der Gedanke, die Stadtgärtnerei mit dem Schulgarten in Verbindung zu bringen resp. den Schulgarten an die Stadtgärtnerei anzuschließen, denn die Arbeiten sind in der einen Anlage dieselben wie in der anderen. Es würde sich auch entschieden empfehlen, die Arbeiten im Schulgarten dem Stadtgärtner mit zu unterstellen, denn ob wir jemals wieder eine Persönlichkeit gewinnen werden, die wie der Mittelschullehrer Kamke nicht nur wissenschaftlich befähigt ist, die Aufsicht im Schulgarten zu versehen, sondern der auch wie ein Gärtner sich um den Schulgarten bemüht, das ist doch zweifelhaft; solche Leute sind nicht alle Tage zu finden. Deshalb ist es entschieden richtiger, den eigentlichen gärtnerischen Betrieb, der durch die Haltung eines Schulgartens nötig wird, mit der Stadtgärtnerei zu verbinden. Im Gegensatz zu Herrn Frede freue ich mich, daß wir auf diese Idee der Verlegung und Zusammenlegung gekommen sind; denn die Einrichtung des Schulgartens im Bürgerpark hätte uns ein gehöriges Geld gekostet. Es hätte müssen ein Berg abgetragen werden und es hätte ein neuer Weg

angelegt werden müssen; insofern ist es zu begrüßen, daß der Magistrat jetzt wenigstens noch rechtzeitig diesen Ausweg gefunden hat, und ich hoffe, daß uns die Herren darin zustimmen.

Ob es im Interesse der Kinder liegt, den Schulgarten nach dem Bienröder Wege hinauszulegen, darüber kann man zweifelhaft sein, aber die Hauptsache wird nicht sein, daß die Kinder die Pflanzen an Ort und Stelle ansehen, sondern mehr Wert wird darauf gelegt werden, bei dem naturkundlichen Unterricht in den Schulen die Pflanzen zur Hand zu haben. Der Wunsch des Herrn Frede läßt sich aber meiner Ansicht nach gleichwohl erfüllen; man könnte sagen: Die Züchtung der Pflanzen, die für den naturkundlichen Unterricht an die Schulen abgegeben werden, erfolgt in dem Schulgarten am Domesee, von wo aus die Pflanzen sich schnell in die Stadt bringen lassen, und im Bürgerpark richten wir an der Stelle, wo jetzt der Schulgarten hergerichtet werden sollte, eine Anlage für einheimische Pflanzen ein, damit die Schulklassen dorthin geführt werden können. Gräser und Unkräuter kann man sehr gut dort ziehen, aber wertvollere Pflanzen in dem Schulgarten im Bürgerpark zu halten, ist nicht praktisch. Den Standpunkt nimmt auch der Mittelschullehrer Ramke ein, denn die Sachen sind hier zu sehr dem Zugriff von solchen Leuten ausgesetzt, die es mit Mein und Dein nicht so genau nehmen. Ubrigens findet man jetzt schon im Sommer an den Schutthalben im Bürgerpark einen sehr reichhaltigen Pflanzenvuchs. Ich bitte, unserm Antrage zuzustimmen.

Stadtv. Meyerhoff: Ich bin der Ansicht, daß der Schulgarten am Domesee sehr gut liegt, wenn es auch etwas weit von der Stadt entfernt ist. Die ewigen Niederschläge von Rauch und Kohlendunst werden dem Gedeihen der Pflanzen im Bürgerpark denn doch hinderlich sein. Ich habe schon gestern in der Baukommission erklärt, daß ich unbedenklich für die Vorlage bin, weil ich den Schulgarten nicht allein zur Aufzucht von Kräutern haben möchte, sondern auch für Dauergewächse, niedrige Stämme, Hochstämme usw. Ich halte es für geboten, daß die Kinder im Unterricht auch diese kennenlernen. Mir ist da der Schulgarten der Stadt Chemnitz in Erinnerung, der noch viel weiter hinauskragt als bei uns der Domesee. Es führt eine Straßenbahn nach dort hinaus; er ist durch ein hohes Staket vor dem Eintritt Unbefugter geschützt und nur zu bestimmten Tagesstunden geöffnet, aber nicht allein für die Schulklassen, sondern auch für Erwachsene. Es befindet sich auch eine kleine Unterkunftshalle auf dem Grundstück, in der man bei schlechtem Wetter untertreten kann. Ich habe dort auch Getreidefelder gesehen, auch Widen- und sogar Reisfelder usw. Die Zahl der Lehrmittel dort hatte also einen großen Umfang, und es war ganz natürlich, daß sich auch erwachsene Leute in dem Schulgarten ergingen und an den Pflanzen erfreuten. Dadurch wird erreicht, daß die Kenntnis der Pflanzen im allgemeinen viel mehr aus-

gebreitet wird. Und was die Entfernung betrifft, so haben wir uns in einem Punkte der heutigen Tagesordnung noch über die Schunterbrücke zu unterhalten. Ich glaube, daß die Zeit nicht mehr fern liegt, daß auch den Bülttenweg hinunter nach dem Querumer Holze die Straßenbahn gelegt wird; ich für mein Teil würde wenigstens dafür sein, daß die Bahn gebaut wird, und glaube, daß es ein lukratives Unternehmen für die Straßenbahnverwaltung werden wird. Also auch die Entfernung würde bei dem Schulgarten am Domesee keine große Rolle spielen, und ich möchte Herrn Frede bitten, seinen Widerstand aufzugeben.

Stadtv. **Salomon:** Auch ich halte die Verbindung der Stadtgärtnerei mit dem Schulgarten für durchaus praktisch und muß offen gestehen, daß ich mich gefreut habe, als ich diesen Antrag zu Gesicht bekam. Es ist das Bedenken nicht von der Hand zu weisen, daß die Entfernung für manche Schulen etwas groß ist, aber immerhin liegt doch auch eine ganze Reihe von Schulen — wie die auf der Pestalozzistraße, Wilhelmstraße, dem Bülttenwege — in der Gegend, und das sind große Schulen. Was mich aber besonders für den Plan einnimmt, ist, daß in unmittelbarer Nähe des Schulgartens der Wald liegt. Wenn der Lehrer mit seinen Schülern dann einen botanischen Ausflug macht, so kann er Garten und Wald sehr schön in Verbindung bringen. Ich darf wohl voraussetzen, daß vor der Aufstellung des Planes der bisherige Leiter unseres Schulgartens, Herr Mittelschullehrer Kamke, zu einer gutachtlichen Äußerung herangezogen ist, und nehme dessen Zustimmung an. Ich muß mich für die Vorlage erklären.

Die Versammlung erklärt sich grundsätzlich mit der Errichtung einer Stadtgärtnerei und der Verlegung des Schulgartens einverstanden.

9. Festlegung der Rechtsverhältnisse bezüglich des unbebauten Teiles zwischen dem Justizgebäude und dem alten „Stadthause“.

Stadtv. Dr. **Rahlert:** Meine Herren. Am 30. Mai 1912 ist zwischen dem braunschweigischen Staatsfiskus und der Stadt Braunschweig ein Vertrag über den Verkauf des ehemaligen Stadthauses abgeschlossen. Der § 3 dieses Vertrages lautet: „Die Rechtsverhältnisse an dem Zwischenraum zwischen dem ehemaligen Stadthause und dem Justizgebäude sind nicht völlig geklärt. Falls Käufer Eigentümer dieses nicht bebauten Zwischenraumes sein oder werden sollte, so räumt er der Verkäuferin dauernd das Recht ein, den Zwischenraum als Zugangsweg zur städtischen Höheren Mädchenschule und im Notfall (bei Feuergefährdung u. dergl.) auch als Zufahrt unentgeltlich benutzen zu dürfen, doch soll im Falle baulicher Änderungen auf dem Kaufgrundstück dem Staate die seitliche Verschiebung des Zugangsweges nach Westen zu freistehen unter der Bedingung, daß der neue Zugang eine nutzbare Breite von 4 m erhält.“

Diese hier vorhandenen unklaren Rechtsverhältnisse sollen nun durch einen neuen Vertrag beseitigt werden, der uns zur Genehmigung vorgelegt wird. Es handelt sich darin hauptsächlich um folgende Punkte:

1. Die genaue und zweckmäßige Abgrenzung der städtischen und staatlichen Grundstücke und der Eigentumsverhältnisse an der auf dieser Grenze stehenden Einfriedigungsmauer,
2. die Klärung der Eigentumsverhältnisse an dem Zwischenraum zwischen dem ehemaligen Stadthause und dem Justizgebäude,
3. die dauernde Sicherung eines Zugangs zur Städtischen Mädchenschule auch im Falle eines Umbaus des ehemaligen Stadthauses und die Reinigung dieses Weges von Schnee und Eis,
4. die Rechtsverhältnisse an dem Grund und Boden, auf welchem die Freitreppe vor dem ehemaligen Stadthause steht.

Ich glaube, daß es wohl am zweckmäßigsten ist, wenn irgend welche Bemerkungen und Erläuterungen an Hand des fraglichen Vertrages gemacht werden, und möchte deshalb die einzelnen Paragraphen jetzt zur Verlesung bringen.

Vorsigender: Ist es wohl nicht nötig, den ganzen Vertrag zu verlesen; es genügt wohl eine kurze Inhaltsangabe der einzelnen Paragraphen.

Stadtv. Dr. **Rahlert:** Das Wesentlichste aus dem Vertrage habe ich schon in den vier Punkten, die ich vorgetragen habe, zum Ausdruck gebracht. Die einzige wesentliche Änderung aus dem § 1 ist, daß der Staat der Stadt zwei Grundflächen zu 3,4 qm und 6 qm übereignet und die Stadt dafür wieder dem Staate eine Grundfläche in Größe von 3,4 qm. Ein Entgelt für den Flächenaustrausch wird nicht gezahlt.. Mit dieser Änderung des Eigentumsrechts hat sich der braunschweigische Landesfiskus einverstanden erklärt.

Die Reinigung des zur Mädchenschule führenden Zugangswegs von Schnee und Eis und die damit verbundene Haftpflicht übernimmt die Stadt.

In betreff der vor dem ehemaligen Stadthause befindlichen Freitreppe verpflichtet sich der Staat, im Falle einer baulichen Niederlegung des Gebäudes oder einer Wegnahme der Freitreppe das Gelände, auf dem sie liegt, unentgeltlich an die Stadt abzutreten. Dieser Grund und Boden wird dann von der Stadt natürlich für den Fußsteig benutzt werden müssen, und die Stadt hat keine Veranlassung, in dem vorgesehenen Falle dem Staate dieses kleine Stückchen Land wiederum abzukufen.

Die Statutenkommission hat sich mit dem Vertrage befaßt, und es sind dort Einwendungen nicht gemacht. Ich kann Ihnen deshalb namens der Statutenkommission die Annahme dieses Vertrages empfehlen.

Dem Vertrage wird seitens der Versammlung zugestimmt.

10. Verpachtung der Fischerei in der Oker.

Stadt v. Dr. **Landauer:** Meine Herren! Der Stadtmagistrat hat der Versammlung eine Vorlage zugehen lassen über die Verpachtung der Fischerei in der Oker. Bisher war die Fischerei in der Oker in folgender Weise verpachtet gewesen: Auf der Strecke von Eisenbüttel bis zu den beiden Wehren am Petri- bzw. Wendentor an die Zuckerfabrik Thiede zum Preise von 500 *M* jährlich und auf der Strecke zwischen den bezeichneten Wehren und dem Münzberge an die Zuckerfabrik Eichthal zum Preise von jährlich 300 *M*. Diese Pachtperiode läuft am 1. April d. J. ab. Der Stadtmagistrat hat nun ein öffentliches Ausschreiben wegen der Verpachtung ergehen lassen, und darauf hat sich nur ein einziger Reflektant gemeldet, der Geflügelhändler Hugo Behrens, Echternstraße 16, der für beide Okerstrecken einen Pachtpreis von 400 *M* geboten hat. Außerdem hat sich Herr Behrens bereitgefunden, sich zu verpflichten, während der Dauer seiner Pachtzeit für die Hebung der Fischzucht auf den genannten Okerstrecken alljährlich mindestens 100 *M* aufzuwenden.

Meine Herren, ich glaube, wir können froh sein, daß die beiden Zuckerfabriken sich nicht wieder für die Pacht der Fischerei in der Oker gemeldet haben, denn diese Zuckerfabriken haben die Pacht jedenfalls nur deshalb abgeschlossen, um einen Schadenersatzanspruch wegen der Vernichtung der Fische durch die Abwässer der Zuckerfabriken zu entgehen. Auf der anderen Seite aber haben sie nichts getan, um die Fischzucht in der Oker zu heben und den Ertrag der Fischerei auszunutzen. Es ist deshalb sehr erfreulich, daß nunmehr eine wirkliche Ausnutzung dieser für die Volksernährung wichtigen Nahrungsquelle in Aussicht steht. Die Finanzkommission hat sich deshalb dahin entschieden, daß sie Ihnen durch mich empfehlen läßt, den Vorschlag des Magistrats anzunehmen. Es ist in der Kommission auch noch erörtert, ob es sich nicht empfehlen würde, die Fischerei in der Oker in eigener Regie zu betreiben, aber das ist nicht als zweckmäßig befunden, da sich dann jedenfalls die Anstellung eines oder mehrerer Fischmeister nötig machen würde, was doch jedenfalls eine kostspielige Sache wäre. Die Finanzkommission empfiehlt Ihnen deshalb, zuzustimmen, daß der Vertrag mit dem Geflügelhändler Behrens über die Verpachtung der Fischerei in der Oker auf den bezeichneten Strecken zum Preise von insgesamt jährlich 400 *M* auf 6 Jahre abgeschlossen wird.

Die Versammlung ist mit Abschluß des fraglichen Vertrages einverstanden.

11. Ankauf eines Grundstücks an der Wilhelmstraße.

Stadt v. **Güde:** Meine Herren. Der Stadtmagistrat hat an uns den Antrag gerichtet, zuzustimmen, daß das Grundstück Wilhelmstraße 21, welches der Herzoglichen Hoffstatt gehört, zum Preise von 100 000 *M* von der Stadt angekauft werde.

Da sich zufälligerweise hierzu eine Gelegenheit bietet, so wäre es wünschenswert, wenn wir in Besitz dieses Hauses gelangten. Es gibt für die Stadt verschiedene Möglichkeiten, dieses Grundstück zu verwerten. Unter anderem würde es sich in der Weise sehr gut verwerten lassen, daß wir die Waisenhausdruckerei auf das Grundstück überführten, weil es in absehbarer Zeit dringend notwendig ist, daß wir die Räume der Waisenhausdruckerei mit zur Einrichtung von Räumen für die Knabenfortbildungsschule verwenden, denn die jetzt frei gewordenen Räume der Waisenhauschule, die wir übernommen haben, werden für die Knabenfortbildungsschule lange nicht ausreichen, und gerade der Teil des Waisenhausgrundstücks, wo die Druckerei und die Bureaus der Braunschweigischen Anzeigen sich befinden, würde für die Fortbildungsschule sehr gut zu verwerten sein. Auch zur Einrichtung von städtischen Bureaus wäre das Gebäude Wilhelmstraße 21 sehr gut für die Stadt zu gebrauchen. Bei den kolossalen Arbeiten, die eben im Rathause vorgenommen werden müssen, mangelt es geradezu an Räumen, und auch in der Zukunft wird das Rathaus nicht mehr ausreichen, und eine Erweiterung des Rathauses selber ist nicht vorzunehmen, weil sich weitere Bauten nicht anschließen lassen. Deshalb werden wir früher oder später doch dazu übergehen müssen, für einzelne Dienstzweige Räume außerhalb des Rathauses zu beschaffen, z. B. für das Standsamt, für das Kirchenbuchamt, vielleicht auch für das Stadtbauamt, und das ließe sich in diesen Räumen an der Wilhelmstraße sehr gut unterbringen.

Eine Entscheidung über die Verwendung des anzukaufenden Hauses kommt aber augenblicklich noch nicht in Frage; es handelt sich nur darum, jetzt erst einmal den Ankauf des Hauses vorzunehmen. Das Grundstück ist 808 qm groß; die Pläne dafür sind hier im Saale ausgestellt. Nach einer Berechnung des Wertes des Grundstücks kommt die städtische Bauverwaltung zu dem Schluß, daß das Haus einen Kaufwert von etwa 95 700 *M* hat. Es ist auch von Herrn Architekten Rasche eine Taxe für die Hofverwaltung abgegeben, die sich auf den Betrag von 103 000 *M* beläuft, und so würde ein Kaufpreis von 100 000 *M*, dem die Hofverwaltung schon zugestimmt hat, für das Grundstück als angemessen anzusehen sein.

Sollten wir später das Grundstück für unsere Zwecke verwenden wollen, so müßten natürlich bedeutende Kosten aufgewendet werden, weil der nördliche Flügel des Gebäudes noch unansgebaut ist. Es befanden sich dort früher die Räume für die Kulissen des alten Theaters, und die sind heute noch in dem früheren Zustande. Dann befand sich der frühere Ballettsaal in diesem Teile des Grundstücks. Der müßte für andere Zwecke instand gesetzt werden, und dadurch würden noch erhebliche Unkosten entstehen, was aber mit der heutigen Verwilligung für den Ankauf des Hauses nichts zu tun hat. Die Verwendbarkeit des Hauses für die Stadt ist gegeben, und wir könnten in dieser Beziehung immer noch in der einen oder anderen Weise einen Beschluß fassen. Nach meiner Meinung ist es vorteilhaft, das

Grundstück zu dem angegebenen Preise anzukaufen, trotzdem wir später für die der Stadt nötigen Räume noch größere Aufwendungen machen müßten. Auch insofern ist der Ankauf des Grundstücks zu empfehlen, als wir für die Verlegung eines Theiles unserer Verwaltung aus dem Rathause ein näher gelegenes praktisches Haus so leicht nicht finden werden.

Wir haben den Antrag des Magistrats in der Baukommission beraten, und sämtliche Herren waren der Meinung, daß wir gut thun, das Grundstück für später zu bestimmende Zwecke zu erwerben. Ich habe also dem Auftrag, Ihnen zu empfehlen, dem Ankaufe des Grundstücks Wilhelmstraße 21 zum Preise von 100 000 M zuzustimmen und die Finanzkommission zu ermächtigen, bei Feststellung der näheren Vertragsbedingungen die Rechte der Stadtverordneten wahrzunehmen. — Das letztere ist hinzugefügt, weil ein Vertrag noch nicht abgeschlossen ist und die Abschließung eines solchen sich augenblicklich auch nicht ermöglichen läßt.

Dem Ankauf des Hauses wird zugestimmt und der Finanzkommission die erwähnte Ermächtigung erteilt.

12. Anbringung zweier Schlagglocken in der Johannisikirche.

Stadtov. **Loeschigt:** Meine Herren. Vor einiger Zeit hatte Herr Pastor Schmidt beim Magistrat den Antrag gestellt, das Schlagwerk der Uhr der St. Johannisikirche mit der noch vorhandenen einen Glocke in der Weise in Verbindung zu bringen, daß der Ablauf der vollen Stunden wie auch der Viertelstunden dadurch verkündet würde. Der Magistrat hat aber Bedenken getragen, dieser Anregung Folge zu geben, weil bei längerer Dauer des Krieges voraussichtlich auch noch die letzten Glocken beschlagnahmt und eingezogen werden könnten. Nach Ansicht des städtischen Hochbauamts würde es zweckmäßiger sein, entsprechend einer Anregung des Turmuhrenfabrikanten Weule in Bockenem auf Beschaffung besonderer Schlagglocken in allen Kirchen Bedacht zu nehmen, in denen jetzt noch Läuteglocken zugleich als Schlagglocken dienen, und zwar sollen dafür Stahlglocken verwendet werden. Diese stählernen Glocken haben sich eingezogenen Erkundigungen zufolge durchaus bewährt; ihr Ton soll voll, rein und sehr weittragend sein, wie der der besten Bronzeglocken. Das städtische Hochbauamt hat einen Versuch mit derartigen Glocken empfohlen und dabei darauf hingewiesen, daß sich für eine entsprechende Einrichtung die Johannisikirche besonders gut eignen würde, da sich hier die Anbringung besonderer Schlagglocken am leichtesten bewerkstelligen läßt. Der Magistrat empfiehlt daher, zwei solcher Glocken, und zwar je eine für Voll- und Viertelstundenanschlag, anbringen zu lassen. Der Kirchenvorstand von St. Johannis hat sich damit unter der Voraussetzung einverstanden erklärt, daß die Anbringung der Stahlgußglocken in der Weise erfolge, daß später die

bronzenen Läuteglocken ohne Schwierigkeiten und ohne besondere Kosten wieder eingeführt werden können. Die Kosten für Beschaffung der zwei Stahlgußglocken nebst den erforderlichen Zubehörteilen für eine Uhr belaufen sich auf 2350 *M.* Für auszuführende Hilfs- und Maurerarbeiten sind nach Schätzung des städtischen Hochbauamtes noch etwa 150 *M.* in Ansatz zu bringen, so daß die gesamten Aufwendungen 2500 *M.* betragen werden.

Der Magistrat richtet nun an die Stadtverordnetenversammlung das Ersuchen, sich mit der Anbringung zweier Schlagglocken in der Johanniskirche einverstanden zu erklären und die zu 2500 *M.* veranschlagten Kosten zu Lasten des Kap. XIV zu verwilligen. Die Finanzkommission hat sich mit dem Antrage befaßt und gibt Ihnen durch mich anheim, der Anbringung der Glocken zuzustimmen.

Stadtv. Rauer: Nach der Fortnahme der Kirchenglocken in der St. Paulikirche hat auch der Kirchenvorstand der Pauligemeinde sich mit einem Antrage an das Stadtbauamt gewandt, damit die Uhr der Kirche wieder in Verbindung mit einem Schlagwerk gebracht werde. Als diesem Wunsche nicht entsprochen wurde, sind verschiedene persönliche Vorstellungen erfolgt, aber auch diese blieben leider unbeachtet. Inzwischen haben die Mitglieder der Pauligemeinde konstatiert, daß bei der Garnisonkirche, wo niemand wohnt, das Schlagwerk nach wenigen Tagen nach Abnahme der Glocke wieder instand gesetzt worden ist, und nun muß die Pauligemeinde erfahren, daß auch die Johanniskirche — der wir ja gern die neuen Schlagglocken gönnen — nach der Einsicht bedacht werden soll. Natürlich ist es der Wunsch der Pauligemeinde, daß auch ihre Anregung berücksichtigt wird, zumal die Anlage an und für sich eine ziemlich bescheidene ist, denn sie könnte vielleicht auch in der Weise ausgeführt werden, daß — da sonst alles Nötige vorhanden ist — nur Schienenstücke angebracht zu werden brauchen, worauf das Schlagwerk zu reagieren hätte. Der Kirchenvorstand und die Gemeinde der St. Paulikirche würden dankbar sein, wenn ihre Wünsche in dieser Hinsicht recht bald eine Beachtung erfahren.

Der Antrag der Finanzkommission wird angenommen.

13. Herstellung eines Fußgängerstegs über das Schuntertal.

Stadtv. Rietz: Meine Herren. Im Dezember 1914 haben wir uns dahin geeinigt, daß zur hochwasserfreien Überbrückung des Schuntertals im Zuge des Bienröder Wegs beiderseits der vorhandenen Holzbrücke ein Steg für Fußgänger hergerichtet würde. Die Kosten dafür waren zu 6000 *M.* veranschlagt. Die Ausführung dieses Projekts hat noch nicht stattgefunden, weil sich ihr dadurch Schwierigkeiten in den Weg gestellt hatten, daß zunächst noch einige Grundstücke,

auf welche der Steg zu liegen kommt, erst erworben werden mußten, und auch deshalb, weil bei den inzwischen eingetretenen wesentlich veränderten Arbeitsverhältnissen die Ausführung der Joche in Eisenbeton auf Schwierigkeiten stieß. Hierzu kam noch, daß von mehreren Seiten der Wunsch geäußert wurde, daß ein Verkehr von Reitern und ein leichter Wagenverkehr über die Brücke möglich wäre. Die Verkehrsdeputation und Baukommission haben sich denn auch dahin entschieden, zu empfehlen, daß von dem Entwurf vom Jahre 1914, der einen 2 m breiten Steg vorsah, abgesehen werde und eine solche Brücke geschaffen würde, die eine Benutzung nicht nur durch Fußgänger, sondern auch durch Reiter und leichte Fuhrwerke ermöglicht. Gleichzeitig wurde aber empfohlen, den Brückenbau bis nach Friedensschluß zurückzustellen, den Entwurf und Kostenanschlag aber so weit bearbeiten zu lassen, daß mit der Ausführung sofort nach Friedensschluß begonnen werden könnte. Es liegt nun ein Entwurf vom Tiefbauamt vor, der eine $2\frac{1}{2}$ m breite Fahrstraße und zwei beiderseits sich anschließende erhöhte Fußwege von $1\frac{1}{2}$ m Breite vorsieht. Die Kosten sind unter Zugrundelegung von Friedenspreisen zu 34 000 *M* veranschlagt — heute können wir wohl 50 Prozent, wenn nicht mehr, auf diese Preise aufschlagen. Wenn nun jetzt auch von der Ausführung dieses Projekts vorläufig Abstand genommen werden soll, so haben sich doch durch den Verkehr der in Bienrode beschäftigten Arbeiterschaft, die bei Hochwasser die jetzige Brücke nicht passieren kann, derartige Verhältnisse herausgestellt, daß es der Magistrat für angebracht hält, den leidigen Zustand bald zu ändern. Deshalb ist jetzt projektiert, wie Sie aus der ausgehängten Zeichnung sehen, einen provisorischen 2 m breiten hölzernen Steg anzulegen, der mit der vorhandenen Holzbrücke so verbunden wird, daß die beiden Rampen bestehen bleiben, so daß ein Übergang auch für die Zeit des Hochwassers geschaffen ist. Das Holz für den Steg wird in der Hauptsache den auf dem städtischen Lagerplatz vorhandenen Beständen entnommen werden, wie es insbesondere zu der beim Bau der Steintorbrücke erforderlich gewesenenen Notbrücke benutzt ist. Nur das Holz für das Geländer und den Bohlenbelag muß neu beschafft werden. Die Kosten sind einschließlich der Schüttung der an die Stege sich anschließenden Dämme zu 7000 *M* veranschlagt. Zweifellos wird es möglich sein, mit diesem provisorischen Stege noch einige Jahre auszukommen. Es ist damit zu rechnen, daß die geplante endgültige Brücke nach dem Kriege 40 000 *M* kosten wird, und die Baukommission ist sogar der Ansicht, daß das nicht reichen würde, auch wenn wir nur mit einem 50prozentigen Aufschlage rechnen würden. An Zinsen würde durch den Bau der endgültigen Brücke eine jährliche Ausgabe von mindestens 2000 *M* erwachsen, und die Zinsen für $3\frac{1}{2}$ Jahre würden somit schon die für den Steg aufzuwendenden Kosten von 7000 *M* decken. Die Lebensdauer des provisorischen Steges wird sich aber auf eine erheblich längere Zeit als $3\frac{1}{2}$ Jahre erstrecken, und so ist die Herstellung des

provisorischen Steges auch aus finanziellen Gründen wohl gerechtfertigt. Mit anderen Worten: Wir können den Steg aus den sonst für die Errichtung der endgültigen Brücke erwachsenden Zinsen bauen, und wenn er länger als $3\frac{1}{2}$ Jahre hält, so wird sich das Ergebnis für die Stadt finanziell besser stellen als beim Bau der Brücke.

Der Magistrat richtet an uns das Ersuchen: dem vorgelegten Entwurf und Kostenanschläge zuzustimmen und die zu 7000 *M* veranschlagten Kosten zu bewilligen. Bezüglich der Kostendeckung bittet der Magistrat gemeinsam mit dem verstärkten Finanzausschuß das Weitere veranlassen zu dürfen. — Die Baukommission hat die Vorlage geprüft und gibt Ihnen durch mich Genehmigung anheim.

Dem Antrage des Magistrats wird gemäß dem Vorschlage der Baukommission zugestimmt.

14. Herrichtung der städtischen Fortbildungsschule in den Räumen der Waisenhauschule.

Stadtv. **Helle:** Es ist schon vorhin erwähnt, daß es bei Ankauf des Waisenhausgrundstücks in der Absicht des Magistrats lag, die in der Stadt zerstreut liegenden Klassen der städtischen Knabenfortbildungsschule zusammenzulegen in die durch Aufhebung der Waisenhauschule frei werdenden Räume. Um diese Verlegung vornehmen zu können, bedürfen die zur Verfügung stehenden Klassen der Waisenhauschule einer Herrichtung für die Zwecke der Fortbildungsschule. Es hat sich bei Prüfung der Verhältnisse ergeben, daß aus den Beständen der Waisenhauschule an Inventar Bänke, Schränke, Pulte, Papierkörbe und aus der Sammlung der Lehrmittel Sachen zur Verfügung stehen, die von der Fortbildungsschule übernommen werden können. Bei der Instandsetzung der Räume kommt vor allem die Einrichtung einer elektrischen Beleuchtung in Betracht, weil der Fortbildungsschulunterricht zum Teil am Abend stattfindet. Die von der Waisenhauschule zu übernehmenden Inventarstücke sind von den Herren Schulinspektoren Heinemann und Willkens geschätzt, die Schätzung ist vom städtischen Hochbauamt geprüft und als angemessen gefunden. Ich kann auch nur erklären, daß sich für die Stadt hier eine günstige Gelegenheit bietet, um die Fortbildungsschule mit Inventar zu versehen. Es kommt hinzu, daß die Gegenstände an Ort und Stelle bleiben können, also kein Transport notwendig wird. Wenn die Beleuchtungsanlage sofort in Angriff genommen wird, kann vielleicht im Mai der Unterricht in den neuen Räumen aufgenommen werden.

Die Kosten, welche in Frage kommen, sind folgende:

- | | |
|---|-----------------|
| 1. Erwerb der alten Mobiliargegenstände | 3517 <i>M</i> , |
| 2. Erwerb der Lehrmittel | 1360 <i>M</i> , |

- | | |
|--|---------|
| 3. Umarbeitung eines Teiles der alten Schulbänke . . | 1000 M, |
| 4. Beschaffung neuer Beshläge und Einlegeböden für
die alten Schränke | 300 M, |
| 5. Transport der aus städtischen Schulen zu entnehmen=
den Schulbänke | 100 M, |
| 6. Aufstellung der gesamten Mobiliargegenstände . . . | 300 M, |
| 7. Einrichtung einer elektrischen Beleuchtungsanlage . | 4250 M, |
| 8. Reinigungsarbeiten und kleine Ausbesserungen in
den Schulräumen | 597 M, |

so daß eine Gesamtsumme von etwa 11 400 M sich als notwendig erweisen würde.

Der Magistrat ersucht die Stadtverordneten, sich damit einverstanden zu erklären, daß zur Herrichtung und Einrichtung der städtischen Fortbildungsschule in den bisherigen Räumen der Waisenhauschule dieser Betrag von 11 400 M aus Kap. XIV Nummer 9 der ordentlichen Ausgabe der Kammereikasse für 1918/19 aufgewendet wird.

Die Schulkommission hat sich mit der Angelegenheit beschäftigt, die Verhältnisse geprüft und gibt Ihnen durch mich die Genehmigung der Summe von 11 400 M für den genannten Zweck anheim.

Stadtv. **Salomon:** Ich halte die Zusammenlegung der Klassen der Fortbildungsschule in ein Gebäude für einen ganz außerordentlichen Fortschritt; jedenfalls wird die Schule dadurch viel mehr als bisher in den Stand gesetzt, ihr Ziel zu erreichen. Es ist mir aber ein Bedürfnis, bei dieser Gelegenheit noch einem dringenden Wunsche Ausdruck zu geben. Eine Fortbildungsschule kann nur dann reichlich wirken, wenn für sie der Schulzwang eingeführt ist; aber wir in Braunschweig haben die gewerbliche Pflichtfortbildungsschule immer noch nicht. Das ist im Interesse der Schule sehr zu beklagen. Es ist hierbei hervorzuheben, daß Braunschweig die einzige Großstadt in ganz Deutschland ist, die die Pflichtfortbildungsschule noch nicht eingeführt hat, und weiter ist es eine Tatsache, daß unter den Städten des Herzogtums die Hauptstadt — soweit ich unterrichtet bin — die einzige ist, bei der die Pflichtfortbildungsschule fehlt. Es wäre wohl an der Zeit, daß diesem Gedanken im Interesse unserer heranwachsenden männlichen Jugend nähergetreten würde, da an die wirtschaftlich Tätigen die Zeit nach dem Kriege noch ganz bedeutend höhere Anforderungen stellen wird als vor dem Kriege. Wenn wir unsere gewerbliche Jugend so tüchtig wie möglich zu machen suchen, dann wird das für das Handwerk einen großen Segen bedeuten. Ich möchte also dringend bitten, die Frage der Pflichtfortbildungsschule sobald als möglich in ernste Erwägung zu ziehen.

Stadtrat von Franckenberg: Ich glaube, meine Herren, ich kann erklären, daß der Stadtmagistrat durchaus auf dem Standpunkt des Herrn Stadtv. Salomon steht. Es wird denjenigen Herren, die der Versammlung schon längere Zeit angehören, erinnerlich sein, daß wir vor fünf Jahren uns über unseren Standpunkt betreffs der Einführung der Besuchspflicht für die Knabenfortbildungsschule geeinigt hatten, daß aber leider die Durchführung ins Stocken gekommen ist, weil eine Vereinbarung mit dem Herzoglichen Staatsministerium über die Kostendeckungsfrage, insbesondere über die Festlegung eines staatlichen Zuschusses, bisher noch nicht gelungen ist. Ich bin auch der Meinung, daß die großen Lücken, die der Krieg in dem Handwerk und der erwerbstätigen Bevölkerung gerissen hat, es angezeigt erscheinen lassen, auf diesem Gebiete alle Hebel anzusetzen und nichts zu versäumen, um die Ausbildung des Nachwuchses so gründlich, gediegen und umfangreich wie möglich zu gestalten. Ich hoffe deshalb, daß es möglich sein wird, in absehbarer Zeit diese von mir angeführten Schwierigkeiten und die Bedenken auf finanziellem Gebiete zu überwinden. Man wird es der Stadt Braunschweig nicht verdenken können, wenn sie sich in der Beziehung sichern will. Aber auf der anderen Seite dürfen wir bei dem großen Verständnis, das unsere Landesregierung den Bildungsaufgaben entgegenbringt, annehmen, daß recht bald ein Ausgleich geschaffen wird, der sowohl den Wünschen der Stadt Braunschweig wie auch dem Wohl der Jugend entspricht.

Die angeforderten Mittel werden bewilligt.

15. Beitritt der Stadt zum Braunschweigischen Landesverbande für Wohlfahrtspflege.

Stadtv. Ohlendorf: Der Magistrat hat beschlossen, vorbehaltlich der Zustimmung der Stadtverordneten dem Braunschweigischen Landesverbande für Wohlfahrtspflege mit einem Jahresbeitrage von 50 *M* beizutreten. Der Verein hat den Zweck, die Volkswohlfahrt im Herzogtum auf allen Gebieten zu pflegen und zu fördern und die in gleicher Richtung beiderseits wirkenden oder künftig noch entstehenden Vereinigungen, Stiftungen, Anstalten usw. unbeschadet ihrer Selbstständigkeit zu gemeinsamer Arbeit zu verbinden. Mitglieder des Landesverbandes können werden natürliche und juristische Personen, insbesondere öffentliche Körperschaften, Kreise, Gemeinden, Genossenschaften, Stiftungen und Anstalten, ferner Vereine und Gesellschaften. Als Beitrag ist vorgesehen für die einzelne Person jährlich mindestens 3 *M* und für juristische Personen, Vereine und Gesellschaften mindestens 20 *M*. Einzelpersonen können auch die lebenslängliche Mitgliedschaft erwerben, indem sie einmal einen Betrag von 300 *M* bezahlen. Die Vereinsorgane sollen bestehen aus dem Vorstande, dem Verwaltungsrat und der Mitgliederver-

sammlung. Es ist wohl nicht notwendig, daß ich Ihnen den Inhalt der gesamten Paragraphen mitteile, aber ich lege doch Wert darauf, daß ich Ihnen die Bestimmung über den Verwaltungsrat vorlege. Dazu sollen gehören zunächst ein Vertreter des Herzoglichen Staatsministeriums als Vorsitzender, sodann zwei weitere vom Herzoglichen Staatsministerium zu bestimmende Mitglieder, darunter ein Mitglied der Landeskirche, je ein Vertreter der sechs Kreiskommunalverbände, zwei Vertreter der Stadt Braunschweig, je ein Vertreter der dem Landesverbande angehörenden übrigen Städte mit mehr als 5000 Einwohnern, je ein Vertreter der Landwirtschafts-, Handels-, Handels- und Arbeitskammer, ein Vertreter der Landesversicherungsanstalt Braunschweig, zehn von der Mitgliederversammlung gewählte Mitglieder, unter denen sich Vertreter der Frauenvereine, der Kirche, der Ärzteschaft, des Arbeiterstandes und der Krankenkassen befinden sollen. Die Vertreter der Stadt Braunschweig und der übrigen Städte werden auf Vorschlag der Stadtmagistrate von den Stadtverordnetenversammlungen gewählt.

Der Stadtmagistrat bittet zugestimmen, daß die Stadt Braunschweig mit einem Jahresbeitrage von 50 *M* dem Landesverbande beitrtritt, und die Mittel aus Kap. VII der Kammereikasse zu bewilligen. Ich habe Sie im Namen der Finanzkommission zu bitten, dem Ersuchen des Magistrats zu entsprechen.

Im Schreiben des Herrn Ministers Boden, in dem zur Teilnahme an der Gründungsversammlung aufgefordert wird, wird gesagt, daß selbst die starken Kräfte des Reiches, der einzelnen Bundesstaaten, der Kreise und Gemeinden zur vollen Erfüllung der Aufgabe, die schweren und den weitesten Kreisen der Bevölkerung zugefügten Schäden zu lindern und auszugleichen, nicht ausreichen, und so seien, wie überall im deutschen Reiche, so auch im Herzogtum Braunschweig, nicht nur die bereits vorhandenen Vereinigungen der freien Liebestätigkeit unterstützend und helfend eingetreten, sondern auch neue Organe für die verschiedenen Gebiete der allgemeinen Wohlfahrtspflege geschaffen. Um nun eine Zersplitterung und unnötige Vergeudung von Arbeitskräften zu vermeiden, empfehle es sich, ein Zentralorgan für die allgemeine Wohlfahrtspflege im Herzogtum Braunschweig ins Leben zu rufen. Deshalb glaubt der Magistrat und die Finanzkommission, Ihnen empfehlen zu sollen, diesem Landesverbande beizutreten.

Die Versammlung stimmt dem Antrage auf Beitritt zum Landesverbande bei.

Vorsitzender: Ich teile mit, daß ein von Herr *W a r t e l s* und sechs anderen Herren unterzeichneter *A n t r a g* eingereicht ist, der folgendermaßen lautet:

„Die Stadtverordnetenversammlung ersucht den Stadtmagistrat, baldigst auf Errichtung einer Entlausungsanstalt Bedacht zu nehmen.“

16. Stellungnahme zum Franzinsschen Projekte der sogenannten Mittellinie des Mittellandkanals.

Stadtv. Niese: Meine Herren! Ich bin als Berichterstatter für diesen Punkt der Tagesordnung in einer prekären Lage, denn die Finanzkommission hat gestern spät abends, weil man sich nicht einigen konnte, beschlossen zu beantragen, die Besprechung der Sache noch auszusetzen.

Vorsitzender: Das ist mir unbekannt; wenn die Vorberatung noch nicht beendet ist, müßten wir die Sache heute absetzen.

Stadtv. Niese: Nachher hat mir Herr Stadtbaurat Gebensleben erklärt, die Sache stehe heute doch zur Verhandlung und das Aktenmaterial stehe mir zur Verfügung. Nun muß ich erklären, daß ich ja für Absetzung der Sache gewesen bin, weil in Aussicht steht, daß für die Mittellinie eine umfangreiche Denkschrift in Aussicht steht, und die habe ich erst heute nachmittag erhalten, also noch keine Einsicht davon nehmen können. Aber das Ministerium drängt zu einer Erklärung, doch wurde vom Herrn Oberbürgermeister gesagt, die Sache hätte nicht so große Eile, es wäre das Verlangen des Ministeriums nur darauf zurückzuführen, weil der Landesabgeordnete Schmidt eine Anfrage in der Landesversammlung habe stellen wollen.

Oberbürgermeister Netemeyer: Daß dies der Grund wäre für den Auftrag der Landesregierung, so schnell wie möglich eine Erklärung der städtischen Behörden über die Frage des Mittellandkanals abzugeben, hatte ich angenommen, aber hinterher ist mir mitgeteilt, daß das nicht allein der Grund gewesen ist, sondern als wesentlicher Grund kommt ein anderer in Frage: Es soll zwischen den beteiligten Regierungen baldigst über die Kanalsfrage verhandelt werden, und das Ministerium legt Wert darauf, daß die Stadt Braunschweig, ehe die Regierung in die Verhandlungen eintritt, Stellung zu der Sache genommen hat. Unter diesen Umständen und da es unsicher ist, wann wieder eine Stadtverordnetenversammlung stattfinden wird, möchte ich doch bitten, heute eine Aussprache stattfinden zu lassen. Ich glaube ja allerdings nicht, daß eine Einigung zwischen den städtischen Behörden in dieser wichtigen Frage erzielt werden wird; nach dem Verlauf der Verhandlungen in der Finanzkommission halte ich das für ausgeschlossen. Ich bin überzeugt, daß die Mehrzahl von Ihnen mit einer feststehenden Ansicht hergekommen ist und sich von dieser Stellungnahme nicht wird abbringen lassen. Das kann ich aber auch nicht als ein Unglück ansehen. In einer solchen wichtigen Frage würde es nicht richtig sein, wenn man, nur um eine Übereinstimmung zwischen Stadtverordneten und Magistrat herbeizuführen, eine verwaschene Resolution annehmen wollte, bei

der die Ansicht, die die beiden Körperschaften über die Frage haben, nicht klar zutage träte. Deshalb bitte ich: Lassen Sie uns ruhig der Sache heute nähertreten!

Stadtv. Meyerhoff: Ich möchte bitten, die Besprechung für heute abzugeben. Den Grund dafür hat Herr Kiefe schon angegeben. Auch mir ist heute eine Schrift von den Gegnern der Mittellinie zugestellt, und mir ist es nicht möglich gewesen, sie in der kurzen Zeit durchzuarbeiten. Man muß doch beide Richtungen hören, um vorurteilsfrei sich entscheiden zu können. Wenn der Herr Oberbürgermeister sagt, es schadet nichts, wenn die Ansichten der städtischen Behörden nicht miteinander zusammenstimmen, so meine ich, daß es doch keinen Wert hat, wenn widerstreitende Beschlüsse zwischen den beiden städtischen Behörden zustande kommen sollten; damit könnte doch der Regierung nicht gedient sein und uns auch nicht.

Oberbürgermeister Kettemeyer: Ich glaube, es würde einen schlechten Eindruck machen, wenn die Besprechungen zwischen den beteiligten Regierungen vielleicht nach dem Feste — ich weiß allerdings nicht, wann sie vorgenommen werden sollen, jedenfalls hat der Herr Minister um beschleunigte Herbeiführung einer Entschliebung gebeten — stattfinden würden und der braunschweigische Minister erklären müßte: „über die Stellungnahme der Stadt Braunschweig kann ich keine Auskunft geben, weil sie meinem Wunsche, sie mir bekanntzugeben, noch nicht ausgesprochen hat.“

Was für einen Zweck soll es überhaupt noch haben, die Denkschrift über die Südlinie kennenzulernen? (Stadtv. Meyerhoff: Ich sprach eben von dem Franzinschen Projekte.) Ich habe Herrn Kiefe dahin verstanden, die neue Denkschrift über das Südlinienprojekt wäre heute eingegangen. Wer von uns ist denn grundsätzlichlicher Gegner der Südlinie?! Es kann gar nicht zu viel dafür gekämpft werden! Auch der Magistrat ist durchaus kein Gegner des Südlinienprojekts.

Bei den in Aussicht stehenden Erklärungen dreht es sich doch nur um unbedeutende Unterschiede, und darum möchte ich bitten, wenigstens in die Verhandlungen einzutreten. Sollten Sie dabei zu der Ansicht kommen, es wäre bedenklich, heute einen Beschluß zu fassen, dann können Sie ja immer noch beschließen, die Beratung später fortzusetzen und gewissermaßen zwei Lesungen vorzunehmen.

Wiederholt möchte ich darauf aufmerksam machen, daß es uns so dringlich wie möglich gemacht ist, heute noch eine Entscheidung herbeizuführen, und deshalb bitte ich Sie, in die Verhandlung einzutreten.

Stadtv. Loefthigt: Ich glaube, daß wir in der Finanzkommission doch noch zu einem Beschluß gekommen wären, wenn nicht die Zeit so weit vorgerückt gewesen wäre. Nur wegen der vorgerückten Zeit wollten wir noch einmal zusammenkommen. Ich halte es deshalb für unbedenklich, heute in die Beratung einzutreten.

Auf Anfrage des **Vorsigenden** erklären sich mehr als 9 Mitglieder der Versammlung dafür, die Sache als dringlich sofort zur Verhandlung zu stellen.

Vorsigender: Würde Herr Riefe als Berichterstatter der Finanzkommission in der Lage sein, über die Verhandlungen in der Kommission einen Bericht zu geben?

Stadtv. **Riefe:** Als wir im Mai vorigen Jahres die Angelegenheit behandelten, hat man sich auf folgende Resolution geeinigt:

„1. Die städtischen Behörden erachten es zur Zeit als eine ihrer wichtigsten Aufgaben, der Stadt Braunschweig den Anschluß an den Rhein-Weser-Elbe-Kanal zu sichern. Im Interesse der Förderung für Handel und Industrie wird sich deshalb die Stadt dazu verstehen, für die Erlangung eines ihren Interessen gerecht werdenden Anschlusses an den bezeichneten Wasserweg, ungeachtet ihrer wenig günstigen finanziellen Lage, Opfer zu bringen, auch wenn diese erst in späterer Zeit und allmählich durch die infolge des Anschlusses zu erhoffenden Vorteile aufgewogen werden sollten.

2. Für die Stellungnahme der Stadt Braunschweig zu der Wahl der Südlinienführung ist die Finanzlage nicht in erster Linie maßgebend; vielmehr wird die Stadt, soweit es mit ihren finanziellen Interessen irgend vereinbar ist, für die Linienführung eintreten, von der sie die kräftigste Förderung des gewerblichen Lebens erhoffen darf.“

Das ist der Anfang der alten Resolution, der seitens der Verkehrsdeputation unverändert beibehalten worden ist. Dann geht die von der Verkehrsdeputation zur Beschlußfassung vorgeschlagene Resolution in folgender Weise weiter:

„Daß dieses Ziel am besten durch eine der beiden der Stadt Braunschweig unmittelbaren Anschluß gewährenden Linien, nämlich die Südlinie oder die neue Franzius'sche Mittellinie, erreicht werden würde, unterliegt keinem Zweifel. Beide Linien sind für die Stadt Braunschweig von nahezu gleich großer Bedeutung.“

Abgestimmt über diese Resolution ist bei der Beratung in der Finanzkommission nicht, aber es hat sich auch keiner dagegen erklärt. Nun richtet der Magistrat an uns das Ersuchen, uns der Stellungnahme der Verkehrsdeputation anschließen zu wollen, und schreibt dazu:

„Diese Stellungnahme lehnt sich an die frühere in ihren ersten Sätzen vollkommen an, sie läßt aber die nördliche Linie ganz außer Betracht und bezeichnet die südliche Linie und die neue Franzius'sche Mittellinie als von nahezu gleich großer Bedeutung für die hiesige Stadt.

Die Mittellinie, welche von Misburg bis kurz hinter Peine etwa dem Zuge der Südlinie und von Fallerleben bis kurz vor Magdeburg etwa dem Zuge der

Nordlinie folgt, sucht einen Ausgleich zwischen diesen beiden Linienführungen herbeizuführen. Soweit die Verhältnisse der Stadt Braunschweig in Frage kommen, stellt die Mittellinie eine ganz erhebliche Verbesserung gegenüber der Nordlinie dar, denn

1. der städtische Hafen liegt dicht am durchgehenden Kanal,
2. die der Stadt event. zur Last fallenden Kosten für einen langen Stichkanal fallen weg,
3. die Entfernung auf dem Kanal von Braunschweig nach dem Osten, Westen und Süden werden geringer.

Dagegen sind für uns die Unterschiede zwischen der Mittellinie und der südlichen Linie sehr gering, denn

1. die Entfernung auf dem Kanal von Braunschweig nach dem Westen (Hannover) ist bei beiden Linien etwa gleich,
2. die Entfernung von Braunschweig nach dem Osten (märkische Wasserstraßen) ist bei der Mittellinie um 36 Tarif-Kilometer geringer als bei der Südlinie, dagegen ist
3. die Entfernung von Braunschweig nach dem Süden (Staßfurt) bei der Mittellinie um 25 Tarif-Kilometer größer als bei der Südlinie.

Auch die wirtschaftlichen Vorteile der Stadt Braunschweig werden bei diesen beiden Linien von annähernd gleich großer Bedeutung sein.

Daraus folgt, daß den Wünschen der Stadt Braunschweig sowohl die südliche Linie, wie auch die Mittellinie entspricht. Die Hauptsache ist und bleibt für unsere Stadt, dem Anschluß an einen für sie nutzbaren Wasserweg nach Kräften zu fördern; als solcher kommt sowohl die südliche Linie wie auch die Mittellinie in Frage."

Wie ich schon sagte, war es bei den Verhandlungen in der Finanzkommission spät geworden, und darum war es gerechtfertigt, daß der Schlufantrag gestellt und die Verhandlungen abgebrochen wurden. Nun drängt aber das Ministerium auf eine Äußerung der städtischen Behörden und sagt am Schluß seines Schreibens an die Kreisdirektion: „Da uns daran liegt, umgehend von der Auffassung der städtischen Behörden unterrichtet zu sein, ist dortseits das Erforderliche eilig zu veranlassen.“ Und so ist es wünschenswert, daß wir die Sache heute behandeln.

Es ist bekannt, daß am Montag abend in dieser Sache in der Handelskammer eine Versammlung der Vereinigung zur Förderung der südlichen Linie stattfand, wobei auch eine ganze Anzahl von Stadtverordneten zugegen war. Dort hielt Herr Geheimer Regierungsrat Dr. Stegemann einen Vortrag über die wirtschaftliche Lage unserer Stadt bei einem Bau der Süd- und Mittellinie. Dazu war er vor allen Dingen am ersten berufen, weil er von der preußischen Regierung den Auftrag erhalten hat, die wirtschaftlichen Verhältnisse des Handels und Gewerbes in der Gegend von Braunschweig aufzustellen und Vergleiche anzustellen. Er hat

das in ausgiebiger Weise und meiner Meinung nach auch vorurteilslos getan. Widersprochen hat ihm dort niemand, und auch die eigene Erfahrung, die man besitzt, gibt ihm recht. Er hat z. B. angeführt: Da unsere Erze und das Material für die Eisenproduktion nicht auf Hunderte von Jahren noch ausreichen würden, so müsse darauf zurückgegriffen werden, daß wir noch massenhafte Vorräte daran im Harze liegen hätten, und auch ich wäre in der Lage, Ihnen an fünfzig Stellen zu zeigen, wo früher Hütten gestanden haben, und wo Schlackenhalden mit bestem Eisen vorhanden sind, die noch ausgebeutet werden können. Auch die Herren hier werden wissen, daß man neuerdings im Oberharz das brauchbare Material aus den Schlackenhalden noch zu verwenden trachtet. Ich hatte Gelegenheit, darüber Erfahrungen zu sammeln, denn ich war in meiner Jugend auf einer Stahlhütte angestellt und weiß, aus was für Material die Aufschüttungen bestehen. Es soll das mit beweisen, daß wir für einen Kanaltransport auf der südlichen Linie so viel Tonnage haben, daß er wirtschaftlich rentabel werden kann. Es verdient hervorgehoben zu werden, daß ein Kanal, der durch ein hochentwickeltes Industriegelände geht, eine bessere Verzinsung bietet als ein solcher, der ein Gebiet durchschneidet, wo heute noch keine Industrie vorhanden ist und auch in den nächsten 50 Jahren keine Industrie hinkommen wird, und das kann man vom Obisfelde und seiner Umgegend wohl behaupten. Daher kam Herr Geheimrat Dr. Stegemann zu dem Urteil, daß das Franzius'sche Projekt keineswegs die Nachteile beseitigt, die früher durch die Nordlinie für uns herbeigeführt worden wären. Die Südlinie allein sei das Projekt, welches den Interessen der Stadt Braunschweig und dem Hinterlande am meisten Rechnung trägt. Herr Baurat Nagel hat dann eine Parallele gezogen zwischen der neuen Mittellinie und der südlichen und hat damit die ganze Linienführung in sachlicher Weise Revue passieren lassen, wobei die südliche Linie von ihm als die für Braunschweig vorteilhaftere bezeichnet wurde. Man kann doch ruhig annehmen, daß weder die Beamten des Magistrats, noch die Wasserbau-techniker, weder die privaten, noch die von der staatlichen Behörde beauftragten, für sich selber keinen Kanal bauen wollen, und ich traue keinem derselben zu, daß sie persönliche Interessen verfolgen, sondern nur das Interesse der Stadt Braunschweig und des zu dem Kanal gehörenden Hinterlandes im Auge haben. Sowohl Herr Baurat Nagel wie auch Herr Geheimrat Stegemann haben die Franzius'sche Linie als eine bedeutende Verbesserung anerkannt, bei der besonders die 133 km lange gleiche Scheitelhaltung bis dicht vor Magdeburg bestechend wirkt, und haben als eine Verbesserung auch anerkannt, daß die neue Linie den Anschluß nach Staßfurt und Bernburg wie an die märkischen Wasserstraßen vorsieht. Aber es wurden auch Bedenken darüber ausgesprochen, daß für die Überführung in die märkischen Wasserstraßen ein solch ungleiches Gelände gewählt worden sei und eine Stelle, wo die Elbe so leicht ist, daß nicht daran zu denken sei, die Überführung fertigzu-

bringen. Es müßten 16 m hohe Schüttungen hergestellt werden und von den Schneiderschleusen, von denen jede 16 m hoch ist, müßten drei übereinander gebaut werden, so daß dabei eine Hebung von 50 m herauskäme. Nach Ansicht der Techniker sollen dem ja Schwierigkeiten nicht entgegenstehen, aber das steht doch einstweilen nur auf dem Papier. Allerdings habe ich von Sachverständigen gehört, daß die Schleuse, die bei Minden an der engsten Stelle der Weser eingebaut ist, ganz ausgezeichnet funktioniert.

Dann wurde kritisiert, daß durch die Mittellinie der Kanal noch keineswegs nahe an die Stadt Braunschweig herankäme, denn vom Mittelpunkte der Stadt bis zu dem Kanal haben wir noch immer 6—7 km zu überwinden, und da das preußische Eisenbahnministerium auf dem Standpunkte steht, daß alle diese Stichkanäle und Hafenanlagen auf Kosten der einzelnen Kommunen und Bundesstaaten gebaut werden müssen, so würden wir immerhin noch eine großzügige Regulierung der Oker in Kauf zu nehmen haben, die schon vor zehn Jahren auf 1½ Millionen Mark veranschlagt wurde, so daß wir seitens der Stadt 5 Millionen Mark Zuschuß zu übernehmen hätten. Franzius ist auch gezwungen, bei dem Stichkanal nach Braunschweig um 8 m hinunterzusteigen, und der Hafen würde in 3 km Länge nach dem Osten der Stadt gelegt werden und ein gesundes Baugelände treffen. Kommt der Hafen in die nächste Nähe der Stadt zu liegen, so wäre es leicht, nach den einzelnen Industrien Anschlußkanäle zu legen und so den Anschluß der Fabriken — wie das in Hamburg geschieht — durch Schuten zu erreichen.

Die sachlichen Auseinandersetzungen zwischen beiden Projekten haben bei der Versammlung in der Handelskammer dazu geführt, daß die Versammlung einstimmig beschlossen hat, an der Sübdlinie festzuhalten. Es wurde anerkannt, daß die neue Mittellinie wohl als ein Fortschritt anzusehen ist, aber keineswegs die vielen Vorteile der Sübdlinie aufwiegt.

Das habe ich in der Finanzkommission vorgetragen, und man hat sich lange darüber ausgesprochen; zu einem Beschluß ist es aber nicht gekommen, sondern die Beschlußfassung ist vertagt worden.

Auch noch andere Sachverständige sind zu einem ähnlichen Urteil gelangt, wie es bei der Versammlung in der Handelskammer zum Ausdruck gekommen ist. Herr Ministerialdirektor Sympher hat z. B. in Hannover erklärt: „Die Mittellinie sucht die Vorzüge beider Linien zu verbinden. Sie berührt Peine und Braunschweig unmittelbar und bildet die kürzeste Verbindung zwischen den Städten Hannover, Hildesheim, Peine, Braunschweig, Magdeburg, Berlin. Der Vorteil der Sübdlinie, die Durchquerung gewerblich entwickelter Gebiete, wird jedoch nicht erreicht, und so scheint mir die Mittellinie noch keine restlose Lösung der Linienführung des Kanals zu sein. Meines Erachtens ist es unbedingt nötig, den Kanal durch wirtschaftlich entwickelte Gegenden zu führen. Es hat sich dies auch bei dem Rhein-Herne-Kanal

gezeigt, dessen letzter Teil, der durch landwirtschaftliche Gegenden geht, nicht so den Erwartungen entsprochen hat, wie der erste Teil. Man möge erst einmal die Südlinie ausführen.“ In absehbarer Zeit würde dann vielleicht ein zweiter Durchgangskanal gebaut werden, der aber Magdeburg nicht zu berühren brauche, sondern in fast gerader Linie mit Überspringen der Elbe auf hochgelegener Brücke den Blauer Kanal erreiche. Damit würde man den Vorgang beim Bau der Eisenbahn Hannover—Berlin wiederholen. Außer diesem Franzius'schen Projekt werden auch noch andere Wasserbautechniker weitere Verbesserungen zeitigen; dann werden wir endlich nach langen anderthalb Jahrzehnten zu einem uns alle befriedigenden Projekt und seiner baldigen Ausführung kommen.

Meines Erachtens ist es unbedingt nötig, daß wir unsererseits deutlich zum Ausdruck bringen, welchen Wert wir auf die Anlage des südlichen wie auch des mittleren Kanals legen, und daß wir in erster Linie wünschen, daß die Südlinie des Mittellandkanals ausgeführt wird. Nun, ich habe schon vor längerer Zeit gesagt, daß ich auf dem Kanal jedenfalls nicht mehr fahren werde, und mancher von Ihnen wird auch nicht mehr dazu kommen. Jedenfalls wird noch viel Wasser zu Tal fließen, bis der Kanal zustande kommt. Für uns kann es sich nur darum handeln, soweit es an uns liegt, mitzuhelfen, die für die Entwicklung der Stadt und ihres Hinterlandes notwendigen Einrichtungen in bester Weise herbeizuführen.

Oberbürgermeister Hetemeyer: Nach den Ausführungen des Herrn Stadtv. Rieke läuft die Sache darauf hinaus, Stellung zu nehmen zu der Frage: Soll die Stadt Braunschweig sich ausschließlich für eine von beiden Linienführungen erklären, oder soll sie, wie der Magistrat Ihnen vorschlägt, beide Linien für gleichwertig erachten. Das ist bei der Erörterung der Frage jetzt der springende Punkt. Meine Herren, ich freue mich, daß Herr Rieke die Erklärung abgegeben hat, daß die Mitglieder des Magistrats und seine Beamten kein Sonderinteresse bei der Entscheidung dieser Frage haben — oder ich will lieber sagen, daß anerkannt wird, daß es nicht etwa eine Marotte von uns ist, daß wir nicht aus Eigensinn die Südlinie nicht als die für die Stadt Braunschweig allein richtige betrachten. Lediglich die Rücksicht auf die Interessen der Stadt hat uns dahin gebracht, Ihnen die Annahme dieser Entschliebung zu empfehlen.

Der Verlauf der Vorgeschichte des Kanalbaues ist doch der gewesen, daß zunächst die preußische Staatsregierung — wenn ich nicht irre im Jahre 1890 — dem Abgeordnetenhaufe eine Vorlage einreichte, und daß eine Einigung mit dem Abgeordnetenhaufe nicht zu erzielen war. Es war in seiner Mehrheit eigentlich grundsätzlich gegen Anlage des Kanals, und man hat dann schließlich ein Kompromiß dahin geschlossen, daß der Kanal vom Rhein bis nach Hannover gebaut

werden sollte. Das Projekt, das damals vorgelegt war, umfaßte die Nordlinie mit, und dieses Projekt ist von der preußischen Regierung noch nicht aufgegeben, man hat es einstweilen nur zurückgestellt.

Nun hat in der Zwischenzeit der Ausschuß für den Bau des Rhein-Wejer-Elbe-Kanals die Weiterführung des Kanals betrieben, und auch unsere Stadt ist Mitglied dieses Vereins geworden. Ich selber habe an den Sitzungen teilgenommen, weil das dem hier geäußerten Wunsche der Stadtverordnetenversammlung entsprach. In der Folge ist nun auch das Franzius'sche Projekt ausgearbeitet. Es war inzwischen wesentlich für den Bau der Südlinie agitiert worden, und es entstand ein Kampf der Meinungen, der nach bekannter Manier mit deutscher Gründlichkeit ausgefochten wird. Das ist an sich auch kein Unglück, denn bei einem derartigen Kampfe kommt gewöhnlich die Wahrheit am besten zutage. Dennoch möchte ich sagen, daß es meiner Ansicht nach nicht zweckmäßig gewesen ist, daß bei den Erörterungen in den Körperschaften, die sich bisher mit der Frage des Kanalbaues befaßt haben — ich denke insbesondere an unsere Handelskammer —, auch die technische Seite des Kanalbaues zum Gegenstande der Besprechung gemacht ist. Ich habe die Überzeugung gewonnen, daß die technischen Fragen in dieser Sache ganz außerordentlich schwierig sind, und daß, wie in der Kommissionsitzung hervorgehoben wurde, von fünf Sachverständigen nun zwar nicht, wie bei den Juristen mehr Meinungen zutage treten, als Sachverständige beisammen sind, aber doch wenigstens vier verschiedene Meinungen geäußert werden. Ohne Bodenuntersuchungen läßt sich in dieser Sache überhaupt ein abschließendes Urteil über die technischen Fragen nicht gewinnen, und die Körperschaften, die berufen sind, wirtschaftliche Interessen zu vertreten, sollten sich darauf beschränken, sich über die wirtschaftliche Seite der Frage zu äußern. Die Erörterung der Technik in die Verhandlungen hineinzubringen, hat meines Erachtens keinen Zweck. Aber es ist nun einmal geschehen.

Wenn wir jetzt aufgefordert werden, Stellung zu der Kanalbaufrage zu nehmen, so müßten wir doch als Hauptfrage die zu beantworten suchen, was für Zwecke mit diesem Kanalbau verfolgt werden, denn darnach wird sich selbstverständlich die Linienführung in erster Linie zu richten haben. Nimmt man den Standpunkt ein, wie es früher die Mehrheit in dieser Versammlung getan hat, daß der Kanal im wesentlichen dazu dienen soll, den großen Durchgangsverkehr zwischen Osten und Westen zu fördern, dann ist ohne Frage weder die südliche noch die Franzius'sche Linie, sondern nur die nördliche Linie die beste. Das läßt sich leider nicht bestreiten, so wenig vorteilhaft die Sache dann für Braunschweig auch sein wird. Es kommt vor allem die Beförderung von Korn und Kohlen in Frage, die von Osten nach Westen und umgekehrt von Westen nach Osten gebracht werden sollen, und neuerdings spielen auch noch die militärischen Rücksichten eine wichtige

Rolle. Will man dagegen mit Hilfe dieses Kanals industrielle Gegenden fördern oder noch mehr aufschließen, dann unterliegt es keinem Zweifel, daß die südliche Linienführung den Vorzug verdient. Das sind Binsenwahrheiten, und darüber braucht man nicht zu streiten. Wenn man uns gar noch entgegenhält, es wäre unverständlich, wie die Stadt Braunschweig das nicht einsehen könnte; es würde ihr jetzt doch Gelegenheit geboten, ohne jeden Zuschuß einen Kanal dicht an die Stadt heranzubekommen, der alle ihre Wünsche erfüllen würde, und es wäre unverständlich, daß hier Braunschweig nicht mit beiden Händen zugriffe, dann muß ich sagen, daß man unsere Stellungnahme vollständig verkannt hat. Das müßte ein komischer Magistrat sein, der einem solchen Projekte nicht sofort zustimmte, denn für unsere speziellen städtischen Interessen ist es, glaube ich, ganz gleich, ob der Kanal den großen Durchgangsverkehr fördern soll, oder ob er dazu gebaut werden soll, um unserem Herzogtum wesentlich zu dienen. Uns kommt er in jedem Falle zugute; wir könnten gar nichts Besseres erleben, als daß der Kanal ohne Aufwendungen seitens der Stadt so nahe als es für uns zweckmäßig ist, an die Stadt herangeführt wird.

Nun ist weiter ins Gefecht geführt die Rücksicht auf die übrigen Städte und auf die übrigen Teile des braunschweigischen Landes. Ich erkenne ohne weiteres an, daß es für die Stadt Braunschweig nicht von Vorteil sein könnte, wenn sie in einen unangenehmen Gegensatz zu den übrigen Teilen des Herzogtums geriete, und ich glaube, darin stimmen Sie alle mit mir überein. Insofern würden wir wohl sagen können: Wir wollen uns tunlichst darnach richten, was dem Interesse des gesamten braunschweigischen Landes entspricht. Wenn wir aber besorgen müssen — und wir haben diese Sorge —, daß dabei unter Umständen die Interessen der Stadt Braunschweig gefährdet werden, dann kann uns doch niemand einen Vorwurf machen, wenn wir aus dem eben angegebenen Grunde nicht so sehr für die Südlinie eintreten. Ich werde darauf sogleich näher eingehen. Man muß doch vor allem eins berücksichtigen: Es stehen sich jetzt für uns die Projekte der Mittellinie und der Südlinie gegenüber, und es fragt sich für uns: Welche Stellung wird die preußische Regierung zu der Sache einnehmen? Ich freue mich, daß der preußische Minister erklärt hat, er wolle die übrigen Projekte jetzt auch einer näheren Prüfung unterziehen lassen und wolle mit den beteiligten Regierungen unterhandeln. Das ist ein Entgegenkommen, das wir dankbar anerkennen sollen. Aber wir dürfen doch nicht annehmen, daß die Braunschweiger nur zu sagen brauchen: „Wir wünschen, daß der Kanal hier an unserer Stadt vorbeigeführt wird“, und daß dann Preußen das auch tun würde. Rechnen können die Herren in Berlin jedenfalls! Sie werden sich in erster Linie von den Rücksichten auf den preußischen Staat leiten lassen, denn es handelt sich nicht um einen Kanal, der von Reichs wegen gebaut werden soll, sondern der preußische Staat wird ihn bauen.

Das wollen wir doch berücksichtigen. Es kommen für die Erbauung des Kanals nicht allein die Verhältnisse im Herzogtum, sondern vor allem die Verhältnisse bei den verschiedenen preußischen Faktoren in Betracht. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Großindustrie in Westfalen ein wesentliches Interesse daran hat, so schnell wie möglich die Güter nach Osten zu befördern, und auch im Osten wird man den Wunsch haben, die großen Massentransporte auf dem kürzesten Wasserwege nach dem Westen leiten zu können. Wenn sich auf diese Weise ein Gegensatz herausstellt zwischen diesen wohl zu beachtenden preußischen Faktoren und den im Herzogtum Braunschweig und den angrenzenden Teilen auch der preußischen Monarchie sich geltend machenden Interessen, dann sitzen wir mitten dazwischen und können nicht sagen, daß wir das Zünglein an der Wage bilden werden. So liegt die Sache denn doch nicht, meine Herren; ich wenigstens glaube das nicht. Man wird zwar tunlichst auf unsere Wünsche Rücksicht nehmen, aber allein können wir diesen Streit nicht entscheiden. Nach unserer Überzeugung kann hierbei aber die große Gefahr entstehen, daß, wenn die preußischen Interessen oder ich will sagen die Interessen, die für die Nordlinie sprechen, schließlich den Ausschlag geben und die Stadt Braunschweig sich gegenüber der Anlegung der Mittellinie kühl ablehnend verhalten hat, daß dann möglicherweise nicht die Südlinie und auch nicht die Mittellinie, sondern die Nordlinie gewählt wird, und dann spielen wir die Rolle des betäubten Lohgerbers, dem die Felle weggeschwommen sind. Das möchten wir verhüten — sonst haben wir absolut keine Veranlassung, die Südlinie zu bekämpfen. Das wäre doch geradezu töricht! Kommt es aber demnächst bei den maßgebenden Stellen in Berlin zur Abwägung der Vorteile der drei Linien gegeneinander, dann würde es wahrscheinlich von der allergrößten Bedeutung sein, wenn man sagen könnte: Für diese Mittellinie ist die Stadt Braunschweig ganz entschieden eingetreten. Wenn wir in der Stadt Braunschweig nicht für die Mittellinie eintreten, wer soll es denn tun? Wir in Braunschweig und Peine sind meiner Ansicht nach die einzigen Städte, die Interesse daran haben, daß nicht die Nordlinie, sondern die Mittellinie gewählt wird, wenn die Südlinie ausscheiden sollte. Es wäre also geradezu entgegen unseren Interessen gehandelt, wenn wir die Südlinie so sehr in den Vordergrund drängten, daß wir zu erkennen gäben, an der Mittellinie liegt uns gar nichts.

Das ist der Grund gewesen, weshalb der Magistrat sich auf den Standpunkt gestellt hat: Wir dürfen nicht der Südlinie so sehr das Wort reden, daß die Mittellinie von uns vollständig verneint wird, sondern wir müssen sagen: „Für uns sind beide Linien von der allergrößten Bedeutung“, und müssen dann abwarten, wie die Sache weiterläuft. Daß selbstverständlich bei der Entscheidung die Finanzfrage eine große Rolle spielt, brauche ich nicht weiter auseinanderzusetzen, und so kann ich nur anheimgeben, dieser Entschließung, die Ihnen der Magistrat vorgelegt hat, wenn es Ihnen möglich ist, zuzustimmen.

Sollten Sie in Ihrer Mehrheit aber der Ansicht sein, daß ein solcher Standpunkt nicht der richtige ist, sondern daß nach außen hin entschieden die Südlinie allein oder doch in erster Linie als für Braunschweig günstiger hervorgehoben werden muß, dann wiederhole ich, daß ich das nicht für ein Unglück ansehen kann. Müssen denn bei dieser Sache alle Leute unter einem Hut gebracht werden? Wir haben diese Entschließung empfohlen; sind Sie aber anderer Ansicht, dann sind wir gern bereit, dem Staatsministerium auch von Ihrer Ansicht Kenntnis zu geben. Das ist besser, als daß wir eine verwaschene Resolution annehmen.

Stadtv. Loeßhigt: Den Bedenken, die der Herr Oberbürgermeister gegen die Ansichten der Vertreter der Südlinie vorgebracht hat, will ich nicht widersprechen, aber wir müssen doch berücksichtigen, daß nach dem fast vierjährigen Kriege heute auch die Ansichten über die Kanalführung ganz andere geworden sind als vorher. Schon heute können die industriellen Werke, die nicht zu weit von unserer Grenze entfernt liegen, durch Flieger schwer geschädigt werden, und wer weiß, wie das Flugwesen nach 5 oder 10 Jahren aussehen wird! Deshalb wird gesagt, der Staat beachtliche, die großen industriellen Werke, die für den Krieg zu arbeiten haben, Krupp und ähnliche, wie sie schon jetzt nach der Provinz Sachsen gelegt sind, für die Folgezeit noch mehr dorthin zu verlegen. Wenn man dies beachtet und die Führung der Südlinie betrachtet, so ist es für die westfälische Industrie, die der Herr Oberbürgermeister zur Besprechung herangezogen hat, ebenso gut maßgebend, so schnell wie möglich Güter von dorthin zu befördern, und die müßten dann, wenn sie den Weg durch die Mittellinie nehmen, um 25 km weiter fahren als auf der Südlinie. Also die Südlinie bringt die Industrie schon um 25 km näher an Mitteldeutschland heran. Daß der Verkehr weiter nach dem Osten durchgehen soll, ist noch eine Frage der Zeit, und dafür wird später noch ein Durchgangskanal wie der Nordkanal direkt nach Berlin gelegt werden müssen. Es ist nicht leicht, hier zu sagen: „Wir wollen uns nur auf die Südlinie oder auf die Mittellinie festlegen“, aber für eins müßte man sich doch entscheiden, und wenn man als Laie gefragt wird, so muß man sich doch nach den Ansichten der Sachverständigen, die man gehört hat, richten. Danach ist ausgeführt, daß der Südkanal durchaus nicht mehr Kosten verursachen wird als der nördliche Kanal; für den Mittellinienkanal liegt ja ein definitiver Kostenanschlag noch nicht vor. Da es gerade für die Zukunft bei den Erfahrungen, die man durch den Krieg gemacht hat, für die Regierung von hoher Bedeutung sein muß, daß die staatlichen Werke nach Mitteldeutschland verlegt werden, so wird es wichtig sein, diese Gegend auf dem nächsten Wege mit dem Westen durch den Kanal zu verbinden. Deshalb bin ich fest überzeugt, daß der Staat in seinem eigenen Interesse dafür eintreten wird, daß zuerst die Südlinie und erst später die Nordlinie gebaut wird.

Von Herrn Stadtbaurat Gebensleben wurde in der Kommissionsberatung gesagt, dieser ganze Kanal wäre nur für den Transport durch 600-Tonnen-Kähne berechnet, wir würden aber demnächst vielleicht 1000-Tonnen-Kähne bekommen, und in dem Falle würde der Kanal nur ein Nebkanal werden. Ja, größere Schiffe als die, für den er gebaut wird, kann er nicht tragen, aber es ist doch wohl nur für den weitergehenden Verkehr nötig, daß solch große Kähne ihn befahren können, und wenn später der Nordkanal kommen wird, dann wird der wohl in größeren Verhältnissen gebaut werden. Die Interessen von Braunschweig liegen uns doch am ersten am Herzen, und sie liegen so, daß sie nicht allein durch den Durchgangsverkehr, sondern auch durch den lokalen Verkehr gehoben werden. Ich würde für die Südlinie stimmen.

Stadtv. **Meyerhoff:** Wenn man heute den Plan der Mittellinie ansieht, so ist es überraschend, daß es gelungen ist, gegenüber der Südlinie drei Schleusen auszuschnitten. Aber was ist dadurch für Braunschweig erreicht? Wir erhalten bei dieser Anlage, bei der der Kanal doch wieder im Norden unserer Stadt vorbeigeführt wird, bei Watenbüttel wieder einen Stichkanal. Nun weiß ich ja, daß es eine Schwärmerei ist, auch in Braunschweig von einem großen Umschlagverkehr etwas zu hoffen, und gerade der Stichkanal bringt es mit sich, daß die Güter bis Braunschweig gehen und Braunschweig ein Güterhafen wird. Aber es wird auch gesagt: Wenn die Güter einmal auf die Eisenbahn verladen sind, werden sie ihren Weg mit der Bahn auch weiter machen, wenn es die Ware irgend vertragen kann. Betrachten Sie einmal die vielen Anlegeplätze in der Nähe von Hannover; es sind über 15. Uns wird dafür nur dieser Stichkanal mit dem einen Hafen geboten. Das ist für mich schon ein schwerwiegender Grund, zu sagen: Wird der Kanal wie bei Hannover an dem Stadtgebiet vorbeigeführt, wie es bei dem Südlinienprojekte der Fall ist, dann können wir überall Ladestellen einschalten. Es ist doch etwas ganz anderes, wenn sich die Industrie auf ein weiteres Gebiet ausdehnen kann, als wenn sie nur an ein solches Hafenbecken angewiesen ist. Bei der Südlinie heißt es nicht: „Ihr müßt euch in der Nähe des Hafenbeckens ansiedeln“, sondern da wird es mehrere Häfen geben, ähnlich wie es in Hannover mehrere Häfen, in Hannover, Linden, Brinken und Miesburg gibt. Dort finden Sie mehr als ein Duzend Ladeplätze, und das werden wir für Braunschweig bei der Südlinie auch erringen können, bei der Mittellinie aber nicht. Dennoch ist es Franzius gelungen, durch sein Vermittlungsprojekt eine ganze Menge Leute auf seine Seite zu bringen. Ich hatte in der Finanzkommission schon eine Anfrage gestellt, ob in bezug auf die Anlegepunkte eine weitere Verbesserung bei dem Stichkanal zu erzielen sei, die Antwort des Herrn Stadtbaurat Gebensleben fiel aber verneinend aus. Das kann mich nur dazu führen, in erster Linie für die Südlinie zu sprechen.

Der Herr Oberbürgermeister erwähnte, daß es verkehrt sei, sich in nichtfachmännischen Kreisen mit den technischen Fragen zu beschäftigen. Ich bin der Meinung, daß es ein Glück ist, daß sich die Kommission für den Bau der Südlinie auch mit technischen Fragen, nicht nur mit kommerziellen Fragen beschäftigt hat, denn wäre kein Widerspruch erfolgt, dann klebten wir heute noch an der Nordlinie fest, und es wäre niemandem eingefallen, das Projekt der Mittellinie einzuschieben. Es hätte nur heißen: Die Südlinie und die Nordlinie! Die Stadt Braunschweig befindet sich heute dadurch in einer guten Position, denn den Kanalananschluß bekommen wir sowieso.

Sodann meinte der Herr Oberbürgermeister, es könne dahin kommen, daß die preußische Regierung sagte: Wir bauen nur die glatte durchgehende Nordlinie. Dagegen meine ich, daß schon die Ausführungen des Herrn Ministerialdirektors Sympher in Hannover dagegen sprechen. Der Mann ist Regierungsbeamter und muß doch ein tüchtiger Sachkenner und eine Koryphäe auf dem Gebiete des Kanalwesens sein. Wenn ein solcher Mann sich für die Südlinie ausspricht, dann laufen wir keine Gefahr, daß wir mit unserem Beschlusse in Berlin Anstoß erregen. Um aber eine Vermittlung zwischen den widerstreitenden Ansichten herbeizuführen, wäre ich gern bereit, dafür zu stimmen, daß eine Erklärung abgegeben würde, die in erster Linie für die Ausführung der Südlinie sich ausspricht, und im Falle die nicht möglich sein sollte, auf die Mittellinie Bezug nimmt.

Es wird hier mit einer Nonchalance darüber hinweggegangen, wie unser Herzogtum und die Gegenden weiter nach Sachsen hinein bei den Projekten fahren. Nach dem Vortrag, den Herr Gebensleben gehalten hat, wird bei der Mittellinie der Weg nach Bernburg um 36 km gegenüber der Nordlinie verlängert. Das spricht schon dafür, daß die Südlinie vorteilhafter für das große Ganze ist, wenn wir unsere Nachbarorte und auch das Herzogtum mit in Betracht ziehen.

Ich bitte Sie, fassen Sie keinen übereilten Beschluß. Ich bin der Meinung, daß es das beste wäre, wenn er sich aufschieben ließe; dann könnte auch die Franzinssche Schrift noch in Betracht gezogen werden. Wenn Sie aber heute einen Beschluß fassen wollen, dann beschließen Sie bitte: Für Braunschweig-Stadt und Land kommt in erster Linie die Südlinie und erst in zweiter Linie die Mittellinie in Frage.

Ich hatte schon in der Verkehrsdeputation darauf hingedeutet, daß es mir lieb gewesen wäre, wenn der Landtag zu dieser Frage Stellung nehmen könnte und würde. Ich unterschätze die Urteilskraft unserer ländlichen Abgeordneten durchaus nicht, und auch der Herr Oberbürgermeister weiß, daß wir wohl mit den Ansichten rechnen können, wie sie auf dem Lande vorherrschen. Gerade die Vertreter der kleinen Städte sind, wie ich weiß, am meisten für die Südlinie, und um

mus in dieser Frage das Rückgrat zu stärken, wäre die Stellungnahme des Landtages wohl erwünscht gewesen.

Ich bitte Sie, meinen Vorschlag anzunehmen und sich in erster Linie für die südliche Führung des Kanals auszusprechen. Wenn es nicht anders geht, aber nur dann, müssen wir mit der Mittellinie zufrieden sein. Ich habe mir die Karte mit der Linienführung noch einmal angesehen und bin überzeugt, daß bei gutem Willen, auch wenn Braunschweig mit einem Stichkanal sich zufriedengeben müßte, sich eine andere Kurve nehmen lassen würde, die weiter an unser Stadtgebiet herangeht und sich nicht auf einen Stichkanal mit einem weit hinausliegenden Hafen beschränkt. Die Stadt Braunschweig braucht ein weiteres Feld zur Betätigung am Kanal; das in der Elper Feldmark dafür vorgesehene ist mir für Braunschweig zu beschränkt.

Vorsitzender: Herr Stadtv. Frede hat den schriftlichen Antrag eingereicht, eine Beschlußfassung zu fassen, die folgendermaßen lautet:

„Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich nach Abwägung der für die Stadt Braunschweig in Betracht kommenden Momente bei einer Fortführung des Mittellandkanals zur Elbe dahin aus, daß der Bau der Südlinie ihren Interessen am meisten entspricht; sie erkennt aber an, daß die Mittellinie gegenüber der früheren Nordlinie vom Standpunkte der städtischen Interessen eine Verbesserung bedeutet.“

Stadtv. Frede: Meine Herren. Herr Kollege Meyerhoff warnt davor, einen übereilten Beschluß zu fassen; man müsse sich noch mehr unterrichten. Ich bin der Meinung, daß, nachdem nun heute einmal die Beratung angeschnitten ist, auch ein Beschluß gefaßt werden muß. Ich habe schon in der Kommission gesagt, daß derjenige, der nach dem langen Hin und Wieder in der Öffentlichkeit heute noch keine klare Meinung sich gebildet hat, sie auch nach drei Wochen noch nicht haben wird; wir können also die Hauptpunkte heute getrost erörtern.

Nun bin ich nicht der Meinung des Herrn Oberbürgermeisters, daß es nicht gut gewesen sei, daß man die technische Untersuchung und überhaupt diese gründliche Arbeit in der Öffentlichkeit geleistet habe. Ich glaube vielmehr, daß es als ein Verdienst der Handelskammer anzusehen ist, daß sie diese Arbeit geleistet hat, und das muß auch Herr Stadtv. Kraus anerkennen. Es ist nach der technischen, kommerziellen und finanziellen Seite tüchtig gearbeitet, und die Stadtverordneten, die sich dabei beteiligt haben, haben den redlichen Willen gehabt, sich über diese Fragen allseitig zu unterrichten. Das ist ihre Pflicht in dieser wichtigen und schwierigen Frage, und ich glaube, es wird jedem von uns gelungen sein, jetzt zu einer begründeten Überzeugung zu kommen. Es erwächst uns aber in dieser Sache

auch die Pflicht, einen entgegenstehenden Standpunkt zu respektieren, ihm nur sachlich zu begegnen und jede Schärfe zu vermeiden. Es ist zu bedauern, daß das in dieser Sache nicht immer beobachtet worden ist, und daß insbesondere über die Stellungnahme des Magistrats Ausdrücke gefallen sind, die nicht zu rechtfertigen sind, und die dahin zielten, daß man der Meinung sei, als wenn der Magistrat eigensinnig an seiner Meinung festhielte. Es ist selbstverständlich, daß in dieser Versammlung niemand der Meinung ist, daß der Magistrat nicht das Beste für die Stadt wolle.

Wenn ich nun zu meinem Standpunkte zurück sagen darf, so muß ich zunächst zum Ausdruck bringen, daß es doch ein großer Unterschied ist, ob ein Durchgangskanal in großer Nähe der Stadt beim Flugplatz auf durchaus gutem Terrain durchgeführt wird, oder ob er bei den Rieselfeldern vorbeigeht und durch einen Stichkanal mit der Stadt verbunden werden muß. Der Stichkanal kostet viel Geld, und die Hafenhauten werden in dem Terrain auch teurer zu stehen kommen als im Westen der Stadt.

Der Stichkanal hat ferner die unangenehme Eigenschaft — und darin muß ich Herrn Stadtv. Kraus recht geben —, daß er eine Begrenzung für die Anlage der Bauten darstellt. Diese Begrenzung fällt bei einem durchgehenden Hauptkanal weg; in unbegrenzter Weise sind parallel zu diesem Kanal die Hafenanlagen zu bauen, und das ist ein Vorzug.

Sodann wird es mit Freude zu begrüßen sein, daß der Hauptkanal mehr Verkehr nach Braunschweig herführen wird, und zwar halte ich das für ausgemacht durch den Aufschluß des hochentwickeltesten Gebiets um Vermburg und Halle herum und durch die Perspektive, die nach Leipzig hin gegeben wird. Es wird allgemein behauptet, daß der Südkanal auf die Dauer den Verkehr nicht wird bewältigen können; man wird noch den Nordkanal bauen müssen. Das ist wieder ein Zeichen dafür, daß man erwartet, daß der Verkehr auf dem Südkanal sehr rege sein wird, und infolgedessen wird die Verzinsung der Anlagen sehr niedrig werden. Wenn der Hauptkanal unsere Stadt berührt, haben wir eine Zinsgarantie zu leisten, und daß wir sie bei dem regen Verkehr, der auf dem Kanal herrschen wird, ohne irgendwelche Befürchtungen übernehmen können, ist ganz bestimmt anzunehmen, während der Stichkanal und die dafür nötigen Hafenanlagen unsere Stadt mit sehr vielen Kosten belasten werden. Das mag ein kleiner Gesichtspunkt sein, wenigstens von manchem als ein solcher angesehen werden, aber ich halte ihn doch mit für wesentlich.

Herr Kommerzienrat Amme hat darauf hingewiesen, daß es für unsere Industrie sehr wesentlich sein wird, so oft wie möglich Teilladungen vornehmen zu können, so daß die Rähne, wenn sie leer hier durchkommen, von unserer Industrie nutzbar gemacht werden können, indem dann die Werke Gelegenheit haben, die

Kähne mit weniger als 600 oder 1000 Tonnen zu beladen, so daß sie nicht liegenzubleiben brauchen, bis sie ganz gefüllt sind.

Wenn ich mich den Produkten zuwende, die hier als einflußreich für die Führung des Kanals in Frage kommen, so sind wir an ihrer Zufuhr von Osten und Westen interessiert, von Westen aber in höherem Maße. Aus dem Westen bekommen wir Steinkohlen und Eisen, und der beste Bezugsweg dafür ist für uns der Südkanal. Der Weg auf der Mittellinie würde bis zu der Stelle, wo der Stichkanal mündet, wohl der gleiche sein, aber dann die Ladungen hierher zu bringen, würde eine nicht unwesentliche Erschwerung ausmachen. Nun sagt der Herr Oberbürgermeister, es komme dem westlichen Bezirk Deutschlands wesentlich darauf an, seine Güter leicht nach Berlin zu bringen. Darauf hat Herr Stadtv. Loeschigt schon erwidert, daß Westfalen, wenn es seine Kohlen verschicken will, später ebenso sehr wünschen wird, sie nach dem reich entwickelten Gebiet im Südosten bringen zu können, und dieser Weg wird nur durch die Südklinie eröffnet. Die vielen Fabriken in einer solchen Industriegegend müssen Kohlen und Eisen haben, und ich glaube deshalb nicht, daß Westfalen sich sehr einseitig ins Zeug legen wird. Ich glaube aber, daß nach dem Kriege möglicherweise, ich möchte fast sagen wahrscheinlicher Weise, eine Umwälzung in der Weise stattfinden wird, daß aus diesen oder jenen Gründen die Verwendung der englischen Kohlen in Deutschland ausgeschaltet und die Folge davon sein wird, daß Holland, die westlichen Teile Deutschlands und die Nordseegebiete mehr als bisher die Kohlen aus Westfalen an sich ziehen werden. Ob dann die westfälischen Gruben noch so wie vorher die östlichen Gebiete versorgen werden, das möchte ich bezweifeln. Es kann wohl der Fall eintreten, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse sich so verschieben, daß Berlin mehr auf die ober-schlesische Zufuhr angewiesen ist.

Was nun die Zufuhr aus dem Osten anlangt, so kommt im wesentlichen Holz und Korn in Frage, auch aus Rußland und Galizien. Ich glaube, daß bei der gewaltigen Entfernung es ganz gleichgültig ist, ob diese Sachen über die Süd- oder über die Mittellinie transportiert werden, denn der Unterschied ist bei der großen Zahl von Kilometern doch zu geringfügig.

Die Wasserversorgung des Kanals ist ein technisches Gebiet, aber ich glaube, es leuchtet einem jeden ohne weiteres ein, daß die Regulierung der Harzflüsse, die Professor Franzius zum Teil auch für sich in Anspruch nimmt, auch der Bode nach Verburg zu, besser der Südklinie zugute kommen würden, und daß diese die Voraussetzung ist für die später zu erbauende Nordlinie: wenn wir in der Südklinie genügend Wasser haben, dann kann man später aus der Südklinie nach der Nordlinie abgeben. So scheint auch aus technischen Gründen einzuleuchten, daß erst die Südklinie gebaut werden muß.

Der Herr Oberbürgermeister hat verwiesen — und ich glaube, daß hat Eindruck gemacht — darauf, daß wir es bitter zu bereuen haben würden, wenn später nur die Nordlinie gebaut würde und die Mittellinie dabei gar nicht berücksichtigt würde. Er hat zum Vergleich verwiesen auf die Linie Hannover=Stendal=Berlin, die auch Braunschweig unberührt läßt. Ich glaube aber doch, daß wir das miteinander nicht vergleichen können, weil diese Bahnlinie lediglich dem Schnellverkehr dient, und da haben unsere Geschäfte allerdings ein großes Interesse daran, daß ihre Reisenden die kürzeste Verbindung vom Osten nach dem Westen und umgekehrt benutzen können. Aber hier handelt es sich doch nur um Güterverkehr. Wenn es zutrifft, daß eine Verbindung der Südlinie mit der Nordlinie von Braunschweig aus unschwer zu erreichen ist, dann hätten wir das Angenehme, daß wir an beiden Linien liegen. Wenn wir nämlich die Südlinie haben, dann wird man nicht von Hannover aus direkt eine Linie nach dem Osten bauen, sondern wird die Südlinie sich nutzbar machen, und der Verbindungskanal von Braunschweig nach der demnächst abzweigenden Nordlinie würde nur kurz werden. Würden wir dann an der Nord- und Südlinie liegen, dann erzwingen wir damit später leicht einen Anschluß an die Nord-Südlinie, die jetzt schon zum Teil besteht, nämlich von Lüneburg bis zur Elbe. Man wird sie dann sicher nicht nach Hannover führen, sondern dahin, wo die Fahrzeuge dann auch auf dem kürzesten Wege in die Südlinie gelangen können.

Nun warnte der Herr Oberbürgermeister davor, uns lediglich für die Südlinie auszusprechen, und hat darauf hingewiesen, daß die Teile der preussischen Monarchie sich mehr für eine gerade Verbindung einsetzen würden. Das habe ich schon mit Bezug auf Westfalen als zweifelhaft nachgewiesen. Herr Meyerhoff hat schon bemerkt, daß wir solche Bedenken schließlich von Anfang an hätten haben können, und daß wir uns dann überhaupt nicht für eine Südlinie hätten einsetzen dürfen. Dieser Arbeit für die Südlinie ist es doch erst zu verdanken, daß eine Mittellinie überhaupt entworfen ist, das ist keine Frage. Und wenn wir uns auch jetzt wieder für die Südlinie einsetzen und nach der Ansicht anderer Kreise die alte Nordlinie besser ist, dann wird wahrscheinlich die Entscheidung nach der Mitte zu ausfallen und die Mittellinie gebaut werden, während sonst möglicherweise die alte Nordlinie gebaut wird. Unsere Pflicht ist es jedenfalls, daß wir uns rücksichtslos für die Linie aussprechen, die für uns die günstigste ist, ohne auf das zu sehen, was andere tun. Wir haben darauf zu sehen, daß unsere Interessen gewahrt werden, und in diesem Sinne ist die von mir eingebrachte Entschließung entworfen.

Sodann meinte der Herr Oberbürgermeister, Preußen werde auf Braunschweig keine Rücksicht nehmen. Dem steht das entgegen, was Herr Ministerialdirektor Sympher in Hannover gesagt hat, der das Kanalwesen unter sich hat. Er hat gerade die Südlinie als aussichtsreich angesehen, die in erster Linie der Berück-

sichtigung wert sei, weil sie vor allen Dingen wichtige Gebiete aufschließe, die Aufschluß verlangen. Und die Finanzfrage ist für uns gerade bei der Südlinie günstig, wo wir nur eine Zinsgarantie zu leisten haben. Wir werden also nicht von vornherein für die Baukosten in Anspruch genommen werden, und da von Anfang an ein großer Verkehr zu erwarten ist, so können wir uns auf eine solche Garantie wohl einlassen, während zu bedenken ist, daß die Nordlinie durch ein industriell weniger beachtenswertes Gebiet führt.

Herr Stadtbaurat Gebensleben brachte in der Kommission das Bedenken vor, daß die Südlinie nur für 600-Tonnen-Kähne erbaut werde, während die Nordlinie für 1000-Tonnen-Kähne bestimmt werden solle, und auf diese Weise würden wir beim Bau der Südlinie an einer minderwertigen Linie zu sitzen kommen. Darauf habe ich erwidert: Diese Südlinie ist noch nicht erbaut und kann ebensogut wie die Nordlinie gleich von vornherein für 1000-Tonnen-Kähne eingerichtet werden. Wegen etwaiger Bedenken — es sind auf dem Wege mehr Schleusen einzurichten, was technische Schwierigkeiten bietet — habe ich mich unterrichtet, und mir ist von sachverständiger Seite gesagt, daß man die Kähne für 1000 Tonnen auch so einrichten kann, daß sie auf einem 600-Tonnen-Kanal fahren können. Es liegt also nur an der Bauart der 1000-Tonnen-Kähne, um sie für einen 600-Tonnen-Kanal brauchbar zu machen.

So sehr nun meine Ausführungen für Anlegung der Südlinie sprechen sollen, so halte ich es doch für richtig, daß wir die Absichten derjenigen Herren anerkennen, die geglaubt haben, Verbesserungen für die Nordlinie erreichen zu können, und die sich bemüht haben, die Mittellinie als ein Vermittlungsprojekt zu empfehlen. Es ist recht und billig, das anzuerkennen, und das geschieht durch die Resolution, die vom Herrn Vorsitzenden verlesen ist. Die Resolution, die unter Billigung des Verkehrsausschusses vom Magistrat vorgeschlagen ist, halte ich nicht für glücklich. Daß die städtischen Behörden sich für beide Linien aussprechen, wird die Folge haben, daß die andere Seite sagt: Den Braunschweigern ist es gleich, welche Linie gebaut wird, also haben sie keine Stellung eingenommen und zählen nicht mit. Auf diese Weise bekommen die anderen Bestrebungen, die von Magdeburg und Hannover ausgehen, das Übergewicht. Wir müssen deutlich sagen, in welcher Weise wir unsere Stellung am besten gewahrt sehen. Im übrigen hätte, wenn wir diese Resolution faßten, der Vorderjag, in dem wir sagen sollen, die städtischen Behörden wollen für diejenige Linie besondere Opfer bringen, in der sie am meisten ihre Interessen gewahrt sehen, keinen Sinn, denn wir sagen nachher gar nicht, welche Linie wir als eine solche zu erkennen geben wollen. Wenn das nicht geschieht, kann man den Vorderjag ganz weglassen. Ich sollte aber meinen, daß der von mir eingebrachten Resolution alle Herren zustimmen können, ebenso auch der Magistrat, der doch der südlichen Linie auch nicht grundsätzlich ablehnend gegenübersteht. Sie

spricht sich dahin aus, daß die Südlinie den Interessen der Stadt Braunschweig am meisten entspricht, erkennt aber an, daß die Mittellinie gegenüber der Nordlinie vom Standpunkte der städtischen Interessen aus eine Verbesserung bedeutet.

Stadtv. Kraus: Obgleich der Herr Vorredner mich auf den Plan gerufen hat, werde ich doch der Versuchung widerstehen, mich auf das technische Gebiet locken zu lassen. Ich bin der Ansicht, daß wir dem Magistrat besonders dankbar sein müssen, daß er sich gegenüber den vielfachen Versuchen und Verjuchungen nicht hat verleiten lassen, sich für eine einzige Linienführung zu erklären. Wir sind städtische Vertreter, und die Interessen der Stadt werden durch die Nordlinie besser gewahrt. (Zuruf.) Ich habe ausdrücklich gesagt „durch die Nordlinie“, von der Mittellinie spreche ich noch nicht. Nach den Untersuchungen, wie sie von den Organen der Handelskammer angestellt sind, würde der Hafenverkehr beim Bau der Nordlinie jährlich 480 000 Tonnen betragen — ich bitte, diese Zahlen zu beachten —, während beim Bau der Südlinie nur 330 000 Tonnen in Betracht kämen. Meine Herren! Ich kann als Privatmann ganz ruhig zugunsten meiner Freunde im Lande auf eigene Interessen verzichten und darnach handeln, aber wenn wir hier als Vertreter der uns anvertrauten Interessen der Stadt Braunschweig auftreten, so haben wir nicht das Recht, einem Nachbarlandstriche zuliebe auf den Umschlagverkehr, der sich uns bieten würde, zu verzichten. Man kann nicht einen Verkehr, der um über 30 Prozent die Hafenbenutzung erhöht, außer acht lassen. Man kann dabei nicht sagen, daß dieser Verkehr nur einigen, etwa vier verschiedenen Expeditionsfirmen allein zufallen wird, und daß er im übrigen für die Stadt gleichgültig sein wird. Nein, von einem derartigen Umschlagverkehr sind weitgehende städtische Interessen abhängig. Man muß bedenken, daß ein derartiger Hafen sich zu einem Güter- und Winterhafen ausbaut, der das ganze städtische Leben anregt und belebt.

Betreffs der Mittellinie muß ich betonen, daß es ein recht glückliches Resultat der in unserem Lande vorhandenen Bestrebungen nach einer Südlinie gewesen ist, daß Herr Professor Franzius gezwungen wurde, sich mit diesem Gedanken zu beschäftigen, bei dem wesentliche Interessen der Stadt Braunschweig mehr in den Vordergrund treten. Wir sind jetzt in der glücklichen Lage, daß unsere Stadt von beiden Linien Vorteile ziehen kann, und würden einen taktischen Fehler begehen, wenn wir unseren Magistrat veranlassen wollten, die Südlinie vorzuziehen. Wir haben nicht einmal ein Recht, dieser Südlinie den Vorzug zu geben, weil uns dadurch der Umschlagverkehr von 140 000 Tonnen entzogen würde. Die starke agitatorische Bemängelung eines Stichkanals hat dazu geführt, daß man mit einem gewissen Achselzucken von den Leuten spricht, die einen Nutzen für die Stadt durch den Stichkanal erwarten. Nach meiner Ansicht ist aber der Stichkanal sogar noch

etwas kurz, denn wenn die Entfernung vom Hafenmunde aus bis an den Hauptkanal 2 km beträgt, so brauchen Sie sich nur zu vergegenwärtigen, daß ein industrielles Werk, das mit einer Länge von 250 m an dem Kanal liegt, noch kein besonders großes Werk ist. Nehmen Sie an, daß acht solcher Werke an den Kanal gebaut werden, so ist damit die ganze Länge schon besetzt und die Anlage des Stichkanals gerechtfertigt.

Sodann bietet die Linienführung vom Mittellkanal aus, die senkrecht nach der Stadt hinführt, große Vorteile, wie sie sich aus dem aufgezeichneten Projekt ergeben. Es ist dabei nicht einmal nötig, daß man erst einen Stichkanal und dann den Hafen baut, sondern man kann ganz in der Nähe der Einmündung des Stichkanals in die Hauptlinie gleichsam zungenförmig zwei Becken mit Ausladestellen anlegen und mit Errichtung derjenigen Speicher und Anlagen innerhalb der Zunge vorgehen, die für einen städtischen Verkehr von Wichtigkeit sind; man hat dann an den beiden äußeren Seiten der Zunge ein ausgezeichnetes Industriegelände.

Wenn man immer einen Nutzen darin sieht, daß der Kanal im Westen nahe um die Stadt herumführt, so liegt darin doch auch eine Belastung der Stadt, denn es sind dann überall Brücken über den Kanal zu bauen. Ich halte es für übel, in der Presse und in der Versammlung der Stadtverordneten stets zu erörtern und den Landtag darauf zu stoßen: „Du darfst nicht Mittel bewilligen, die zum Nutzen der Stadt Braunschweig dienen.“ Die Hauptsteuereinzahler für das Herzogtum haben in der Stadt Braunschweig ihren Sitz, und es wäre nicht so ungeheuerlich, wenn das Land die Kosten des Stichkanals trüge, soweit man der Ansicht ist, daß für die Stadt die Kosten zu hoch werden würden. Ich weiß ja nicht, wie hoch sich diese Zahl errechnet, aber wahrscheinlich werden in der hier genannten Summe für den Bau des Stichkanals auch die Kosten der Hafenbecken berücksichtigt sein, während man bei einem Kanal, der in seiner Längsrichtung an der Stadt vorbeigeführt wird, wohl annimmt, daß man einfach an den Kanalstrecken ohne besondere Vorrichtungen mit den Rähnen anlegen kann, um auszuladen. Das ist doch nicht der Fall. Wie stellen sich die Freunde der Südlinienführung das vor? Sie können doch nicht an einer beliebigen Stelle am Kanal Grundstücke erwerben und dort eine Abladestelle einrichten. Damit würde doch der durchgehende Verkehr und das ganze Treiben gestört werden. Den großen besonderen Hafen haben wir also nötig, ob wir nun die eine oder die andere Linienführung bekommen werden.

Ich persönlich bin für die Mittellinie, die uns die außerordentlichen Vorteile bietet, die jetzt nun genügend erörtert sind, und deshalb würde ich meinerseits eher eine Resolution befürworten, die deutlich sagt: Wir sind Anhänger der Mittellinie. Es wird übersehen, daß von dem gewaltigen Handelsverkehr, der durch den Kanal befördert werden soll, doch nur 10 Prozent Ortsverkehr ist. Um also diesen 10 Prozent des Güterverkehrs günstige Bedingungen zu schaffen, sollen 90 Prozent

einen größeren Weg machen? Das würde man den Berlinern nicht zumuten können, denn die Leute rechnen auch. Wir sind in der glücklichen Lage, uns für beide Linien entscheiden zu können, und deshalb bitte ich, eine Resolution abzulehnen, die sich nicht für die Mittellinie ausspricht, und den Magistrat zu ersuchen, nicht das Heft aus der Hand zu geben.

Stadtv. Damföhrer: Daß das Projekt der Mittellinie in neuester Zeit aufgetreten ist, haben wir wohl lediglich dem Bestreben zu verdanken, ein Kompromiß zwischen Nord- und Südlinie zu schaffen, und damit ist erreicht, daß die Kanalfrage nicht überhaupt in das Stadium der Stagnation geraten ist. Es wurde gesagt, es könnte auch der Fall eintreten, daß die preußische Regierung bei einem einseitigen Festhalten unsererseits an der Südlinie sich kurzer Hand für das Nordprojekt entscheidet. Dieses Bedenken dürfte meines Erachtens nicht zutreffen, denn es ist ganz undenkbar, daß die preußische Regierung sich über die vorzubringenden Gründe, welche die Durchführung des Südkanalprojekts im Interesse eines mit landwirtschaftlichen Produkten so reich ausgestatteten Landes nicht nur als wünschenswert, sondern auch als notwendig erscheinen lassen, einfach hinwegsetzen würde. Die bisher bekanntgewordenen Vorteile der sogenannten Kompromiß-, d. h. der Mittellinie, erscheinen mir bei weitem nicht genügend und geeignet, diese Linie als einen auch nur annähernd vollwertigen Ersatz für den Südkanal erscheinen zu lassen. Ich bin ferner der Ansicht, daß Stadt und Land Braunschweig in ihren allgemeinen Lebensinteressen aufeinander angewiesen sind, und das sollte besonders bei dieser einschneidenden Angelegenheit immer und immer wieder hervorgehoben werden. Das Land Braunschweig hat unbedingt ein großes Interesse daran, daß ein Teil seiner landwirtschaftlichen und industriellen Erzeugnisse auf einem bequemeren, billigeren Wege als dem der Eisenbahnverfrachtung, also auf dem Wasserwege, dem allgemeinen Verkehr zugeführt werden kann. Stadt und Land Braunschweig gehören besonders in dieser schweren Zeit zusammen; die Interessen des Landes sind zu einem großen Teile auch die Interessen der Stadt und umgekehrt. Man würde es im Lande einfach nicht verstehen, wenn wir uns hier zugunsten eines Kanalprojekts aussprechen würden, welches den vollberechtigten Interessen des Landes so gut wie gar nicht Rechnung trägt. Die braunschweigische Landwirtschaft ist eine der kräftigsten und produktionsfähigsten im ganzen deutschen Reiche. Man würde es draußen nicht verstehen, wenn wir unsere Landwirtschaft, von der die Stadt in reichem Maße Nutzen zieht, bei diesem großzügigen, alle Handels- und Verkehrsmöglichkeiten offen lassenden Projekte nicht genügend berücksichtigen würden. Die reichen Schätze und Erzeugnisse der Industrie und Landwirtschaft des braunschweigischen Landes werden durch die Südlinie in den großen Verkehr gebracht, und große Ziele werden ihnen dadurch

zweifellos eröffnet. Diese Möglichkeiten liegen nicht im Bereich der Verwirklichung beim Mittellinienprojekt. Dem bei der neulichen Besprechung von einem Fachmann ausgeführten Gedanken, daß der Umfaß der Güter für die Stadt Braunschweig bei Annahme und Durchführung der Mittellinie einen Vorteil bedeuten würde, wenn die aus der Umgebung Braunschweigs kommenden Güter zur Wasser- verfrachtung nach hier geführt würden, kann ich keinesfalls beipflichten, da meines Erachtens der weitgehendste Ausbau des Wassermweges unter Berücksichtigung aller in Betracht kommenden Verhältnisse schon deshalb erfolgen sollte, um eine Entlastung der Eisenbahn herbeizuführen. Ich kann mich kurz dahin zusammenfassen, daß meines Erachtens nur ein großzügiger, alle Möglichkeiten einer guten Gesamtwirtschaftsentfaltung offenlassender Durchgangskanal, und das ist eben der Südkanal, für Stadt und Land den so sehr ersehnten und notwendigen Aufschwung unserer Stadt im Gefolge haben würde. Wenn damit die Förderung des großzügigen neuen Bahnhofprojektes Hand in Hand geht, so dürfte wohl anzunehmen sein, daß damit für die nächste Zeit alle Vorbedingungen gegeben sind, um Braunschweig endlich diejenige Stellung im großen Wirtschaftsverkehr, in Handel und Industrie zuzuweisen, die ihm von Rechts wegen schon seit langen Jahren gebührt. Aus allen diesen Gründen bin ich für meine Person nicht in der Lage, mich für die veränderte Nordlinie, jetzt Mittellinie genannt, auszusprechen, und muß daran festhalten, daß allein die Süblinie das große Interesse von Industrie, Handel und Landwirtschaft in vorteilhaftester Weise zu fördern geeignet ist, zum Segen von Stadt und Land.

Stadtbaurat **Gebensleben:** Meine Herren! Es gibt wohl niemanden im Saale, der nicht die Überzeugung hat, daß die Arbeiten, die von den Ausschüssen in Hannover wie auch von den übrigen Vereinigungen geleistet sind, zur Klärung der Frage ganz erheblich beigetragen haben. Das war auch der Zweck gewesen, warum der große Magdeburger Ausschuß, dem wir angehören, überhaupt diese Arbeit geleistet hat; er wollte eben eine tunlichste Klärung auf diesem Gebiete herbeiführen. Aber, meine Herren, wir dürfen uns nicht der Täuschung hingeben, als ob eine von diesen vorgeschlagenen Linien nun schon so weit bearbeitet wäre, daß sie ohne weiteres zur Ausführung gebracht werden könnte. Der Herr Oberbürgermeister hat vollständig recht, wenn er sagt, daß viele technische Einzelheiten noch vollständig ungeklärt sind, darunter auch, was die Grund- und Bodenverhältnisse anbetrifft und noch vieles andere. Alle diese Fragen können nicht von einzelnen Körperschaften und Personen gelöst werden. Aus diesem Grunde — das erklärte ja Herr Ministerialdirektor Sympher — hat nun der Minister der öffentlichen Arbeiten der Kanalbaudirektion in Hannover den Auftrag gegeben, eingehende Vorarbeiten für den Kanalbau einzuleiten. Meine Herren, Sie sehen schon dar-

aus, daß die preußische Staatsregierung nicht ohne weiteres auf alle bisherigen Vorarbeiten sich stützen will, sondern daß sie es für nötig erachtet, nun ihrerseits erst gründliche Vorarbeiten selbst vornehmen zu lassen. Ich bin fest überzeugt, daß die preußische Staatsregierung keins von diesen drei Projekten — es könnten ja auch inzwischen noch andere auftauchen — ohne weiteres annimmt, sondern es ist anzunehmen, daß im Schoße der preußischen Staatsregierung noch andere Projekte zutage gefördert und den maßgebenden Stellen vorgelegt werden. Es unterliegt auch keinem Zweifel, daß im Laufe der eingehenden Untersuchungen sich noch mancherlei Schwierigkeiten herausstellen werden.

Ich will nun bei der vorgerückten Stunde auf die vielen Einzelheiten heute abend nicht mehr eingehen; aber ich muß doch auf einige Unrichtigkeiten, die im Laufe der Debatte zutage gefördert sind, eingehen, wie ich das in der Kommission schon getan habe. Zum Beispiel hat der Herr Berichterstatter Rieke wieder eingeworfen — und damit muß ich leider doch auf technische Einzelheiten zurückkommen —, daß die Schneiderschleusen sich nicht bewährt hätten, daß die Elbebrücke mit dem hohen Damme unausführbar wäre uvm. Ich habe schon in der Kommission darauf hingewiesen, daß weder die Schneiderschleusen noch die Elbeüberbrückung so außerordentlich wichtige Bestandteile des Franziusischen Mittellinienprojekts sind, daß, wenn sich herausstellen sollte, sie seien unausführbar, damit das ganze Projekt fiele. Das ist selbstverständlich nicht der Fall. Allerdings ist insbesondere die Elbebrücke bei der Beratung in Hannover als ein wesentlicher Bestandteil des Franziusischen Projektes bezeichnet. Es wurde darauf hingewiesen, daß später bei wachsendem Verkehre eine Wasserspiegelfkreuzung zweier großer Schifffahrtswege im Winkel von 90 Grad ein Unding sei. Aus diesem Grunde wurde auch von Herrn Ministerialdirektor Sympher es als außerordentlich wertvoll bezeichnet, daß eine Überbrückung sich bei dem Franziusischen Projekt ermöglichen lasse, während dies bei den übrigen Projekten, insbesondere bei der südlichen Linienführung, nicht der Fall ist.

Sodann wurde darauf aufmerksam gemacht, daß Herr Ministerialdirektor Sympher in Hannover warm für die Südlinie eingetreten sei; das muß ich zugeben. Ich bin selbst bei der Versammlung in Hannover zugegen gewesen und habe die Überzeugung gewonnen, daß Herr Ministerialdirektor Sympher dem Südlinien-Projekt seine Sympathien entgegenbringt. Aber, meine Herren, er betonte auch ganz besonders zu Anfang seiner Rede, daß er sich nur als Privatperson äußern könne; es wäre das, was er vorbringe, nur seine vorläufige Ansicht. Welcher Ansicht er sein werde, wenn die von mir vorhin genannten gründlichen Vorarbeiten zu Ende geführt seien, wäre nicht zu übersehen. Es wäre leicht möglich, daß er dann entgegengesetzter Ansicht wäre.

Es ist ferner noch von Herrn Loeschigt darauf hingewiesen, es sei für die Kanalführung von ausschlaggebender Bedeutung, daß demnächst nach dem Kriege wahrscheinlich die Industrie zum Teil aus dem eigentlichen Kohlenbecken, und zwar mehr nach dem Süden Deutschlands, verlegt würde, und zwar aus dem Grunde, weil dadurch eine im militärischen Interesse erwünschte Dezentralisierung der Industrie herbeigeführt werden solle. Der Anfang dazu ist ja insofern schon gemacht, als in München eine außerordentlich wichtige Zweigniederlassung der Kruppschen Werke gegründet ist. Aber, meine Herren, ich glaube doch, daß dieser nach dem Süden entstehende Verkehr nicht so wichtig ist als gerade der große West-Ost-Verkehr. Die Vorarbeiten haben gerade ergeben, daß der große Durchgangsverkehr von Westen nach Osten — Herr Stadtv. Kraus hat auch schon darauf hingewiesen — 90 Prozent des ganzen Kanalverkehrs ausmachen wird, während nur 10 Prozent auf den übrigen Verkehr entfallen. Gewiß, dieser Prozentsatz wird sich wahrscheinlich im Laufe der Zeit verschieben; aber es ist doch zu berücksichtigen, daß bei dem Franziusischen Projekt diesem Südverkehr nach Halle und Leipzig auch Rechnung getragen ist. Auch im Franziusischen Projekt ist der Anschluß des Mittel-landkanals nach dem Süden zu erreichen. Es wurden vorhin auch falsche Zahlen genannt — ich glaube, es war Herr Meyerhoff —, indem gesagt wurde, dieser Anschluß sei zu ermöglichen, aber er bedeute einen Umweg von 34 km. Das trifft nicht zu. Dieser Umweg beträgt nicht 34 km, sondern 26 km. Herr Meyerhoff hatte folgendes hierbei verwechselt: 34 km beträgt die Mehrlänge bei der Südlinie für den West-Ost-Verkehr nach Berlin. Zweifellos steht fest, daß der West-Ost-Verkehr erheblich größer sein wird als der Südverkehr, und infolgedessen fällt die Mehrlänge von 34 km bei dem West-Ost-Verkehr mehr ins Gewicht als die geringere Mehrlänge von 26 km bei dem Südverkehre. Das leuchtet doch ohne weiteres ein. Ich glaube aber, daß Herr Meyerhoff sich nur in den Zahlen geirrt hat, und das kann ja leicht vorkommen.

Sodann ist noch hervorzuheben, daß, wenn wir einen Stichkanal bauen und daran einen Hafen einrichten, ein erheblicher Umschlagverkehr sich bei uns entwickeln würde. Es wurde gesagt: Wenn schon einmal vom Harz her die Güter auf der Eisenbahn verladen sind, so werden sie in Braunschweig wahrscheinlich nicht umgeschlagen werden, sondern man wird sie auf der Eisenbahn auch weiterfahren lassen. Ja, in gewissem Umfange wird das eintreten, wenn nämlich diese Güter vielleicht nur noch bis Hannover gefahren werden sollen. Auf welche Entfernung hin der Transport zu Wasser sich lohnt, hängt doch zweifellos wesentlich davon ab, wie sich die Tarife auf der Eisenbahn nach dem Kriege gestalten werden. Soweit, wie Herr Meyerhoff, kann man doch aber nicht gehen, daß man einfach sagt: Wenn die Güter einmal auf der Eisenbahn verladen sind, so werden sie auch mit der Eisenbahn weiterbefördert werden. Das würde ja heißen, daß es überhaupt auf

der ganzen Welt keinen Umschlagverkehr gibt. Der Umschlagverkehr ist zweifellos von erheblicher Bedeutung, und wie stark er eingeschätzt wird, können Sie jetzt schon an dem Hafen in Hannover und Linden sehen. Gehen Sie einmal, bitte, nach Hannover und Linden, dann werden Sie bemerken, daß der ganze eigentliche Hafenverkehr hauptsächlich im Umschlagverkehr besteht. Gerade die Stadt Hannover verspricht sich goldene Berge gerade vom Umschlagverkehr.

Von einer Seite wurde die Meinung geäußert, daß ein Stichkanal, der radial auf Braunschweig stößt, gegenüber einem Kanal, der die Stadt an ihrem äußeren Umfange berührt, von Nachteil sei. Das ist nicht der Fall, ich glaube vielmehr, daß gerade das Umgekehrte der Fall ist. Es wurde schon von Herrn Kraus erwähnt, es sei zu berücksichtigen, daß bei einem Tangentialkanal viele Überbrückungen erforderlich würden. Auf dem dort ausgehängten Plane des Hafens von Hannover können Sie sehen, daß dort viele unbequeme Überbrückungen notwendig geworden sind, eine Überbrückung sogar, die mitten durch den Hafen geht. Diese Überbrückungen werden in einfachster Weise vermieden, wenn man einen Stichkanal baut, der radial auf das Stadtgebiet zugeht. Ladestellen lassen sich auch da in großer Zahl schaffen, nur nicht in der Weise, wie der Herr Vorredner gemeint hat. Er sagte, in Hannover wären eigentlich überall Ladestellen, es könnte dort überall gelöscht und geladen werden. Es erschien so, als ob das ein Idealzustand sein sollte; nein, das ist nicht der Fall. Man soll derartige Ladestellen nicht überall hin zerstreuen, sondern es ist zweckmäßiger, sie zu konzentrieren, also bestimmte Lösch- und Ladestellen zu schaffen, diese aber mit allen modernen Einrichtungen auszustatten, die es nur gibt; dadurch wird es ermöglicht, das Löschen und Laden so billig wie möglich zu besorgen; und dabei spielen schon Pfennige eine ganz erhebliche Rolle.

Ich komme nun noch zu einigen Äußerungen des Herrn Frede. Er meinte, der Stichkanal koste der Stadt zweifellos verschiedene Millionen Mark, während der Durchgangskanal uns gar nichts kosten würde; wir brauchten nur eine Zinsgarantie zu leisten. Ja, meine Herren, das sind Behauptungen — Beweise liegen nicht vor. Zunächst habe ich hervorzuheben, daß selbstverständlich der Stadt für Herrichtung eines Hafens am Durchgangskanal auch erhebliche Kosten erwachsen, einmal schon wegen der zahlreichen Brücken, die herzurichten sind; dann wird aber auch die Herrichtung des Hafens selbst eine ganze Menge Geld kosten. Man kann doch nicht an den abgechrängten Böschungen ein- und ausladen, es müssen große Ausbuchtungen mit besonderen Hafenmauern hergestellt werden, und es sind dann fast ebensoviel Erdarbeiten nötig wie beim Stichhafen. Hinzu kommt noch, daß es ganz unzweckmäßig ist, die Liegestellen lediglich in dem Bett des durchgehenden Kanals einzurichten. Sie sehen in Hannover, daß neben dem durchgehenden Kanal auch ein Hafenbassin projektiert ist; an dem Lindener Hafen sehen Sie so-

gar, daß eine ganze Anzahl Hafenbassins vorgeesehen sind. Es ist also nicht mit der Zinsgarantie abgetan, sondern für Erdarbeiten, Grundstückerwerb und andere Sachen müssen ganz erhebliche Mittel aufgewandt werden.

Herr Frede erwähnte vorhin auch noch die Änderungen, die bezüglich der Verwendung der englischen Kohle eintreten werden. Später werde nämlich nicht soviel englische Kohle nach Berlin und anderen Städten eingeführt werden, und man werde mehr auf die schlesische Kohle angewiesen sein. Ich meine aber, gerade weil demnächst die englische Kohle fehlen wird, die früher von Stettin aus nach Berlin befördert worden ist, wird der Ost-West-Verkehr um so größer werden. Bei dem Fehlen der englischen Kohlen werden zweifellos um so mehr Kohlen nicht nur von Schlesien, sondern auch von Westfalen nach Berlin geschafft werden müssen. Aus den Untersuchungen hat sich ergeben, daß Berlin gerade auf der Grenze liegt, bei der die westfälische Kohle sehr wohl mit der schlesischen Kohle konkurrieren kann. Wenn der Mittellandkanal erst ausgebaut ist, wird mithin ohne Zweifel eine große Menge westfälischer Kohle auch nach Berlin gefahren werden. Daraus folgt: Wenn demnächst die Einführung der englischen Kohlen wegfällt, wird die Beförderung der westfälischen Kohlen nach Berlin auf dem Wasserwege um so größeren Umfang annehmen.

Auch die Frage der Wasserbeschaffung ist besprochen. Meiner Ansicht nach ist die Wasserversorgung bei der Süd- und Mittellinie etwa eine gleiche; in beiden Fällen ist vorgeesehen, die Talsperren im Harz mit heranzuziehen. Wenn diese nicht gebaut werden sollten, ist für das Franzius'sche Projekt vorgeesehen, andere Mittel anzuwenden, insbesondere ist auf den geringen Wasserverbrauch der Schneiderschleusen verwiesen worden.

Diese Ausführungen mögen zunächst genügen. Ich wollte damit nur einige Äußerungen, die hier gefallen sind, richtigstellen. Nach wie vor stehe ich auf dem Standpunkt — ich habe das sowohl in der Verkehrsdeputation wie auch im Finanzausschusse eingehend dargelegt —, daß, soweit die Interessen der Stadt Braunschweig in Frage kommen, die Mittellinie und die Südlinie von gleich großer Bedeutung sind; und insbesondere, meine Herren, vertrete ich die Ansicht, daß unsererseits alle Hebel in Bewegung gesetzt werden müssen, um zu verhüten, daß die Nordlinie zur Ausführung kommt. Aus taktischen Gründen müssen wir deshalb der Resolution zustimmen, die von der Verkehrsdeputation vorgeschlagen ist; denn — wie schon von dem Herrn Oberbürgermeister ausgeführt ist — wenn wir gar kein Interesse an der Mittellinie zeigen, ist Gefahr vorhanden, daß dann wahrscheinlich der preussische Staat auch sehr wenig Interesse an dieser Linienführung zeigen wird und sich einfach für die Nordlinie entscheidet. In wessen Interesse hauptsächlich hat denn Professor Franzius überhaupt sein Projekt ausgearbeitet? In der Hauptsache doch gerade im Interesse der Städte Peine und Braunschweig. Ich

möchte noch besonders betonen, daß bei der Sitzung in Hannover seitens des Bürgermeisters Meyer aus Peine ganz energisch für die Mittellinie eingetreten ist. Das soll ja für uns schließlich nicht maßgebend sein; aber ich kann den Ansichten, die Herr Bürgermeister Meyer geäußert hat, nur zustimmen. Deshalb möchte ich Sie auch bitten: Stimmen Sie der Resolution zu und betrachten Sie beide Linien — die Südlinie und die Mittellinie — als für Braunschweig von gleich großer Bedeutung!

Stadtv. Dr. Rahlert: Der Resolution, die der Magistrat durch die Verkehrsdeputation vorgeschlagen hat, kann ich nicht zustimmen, da sie zwei Projekte miteinander verbindet, die in ihrer Brauchbarkeit und in der Wahrnehmung der Interessen der Stadt weit auseinander liegen. Die Einzelheiten des Für und Wider sind ja genügend erörtert, so daß ich mich wohl in meinen Ausführungen nur kurz zu fassen brauche. Ich möchte aber doch darauf hinweisen, daß in der Bevölkerung Braunschweigs allseitig dem Kanalbau ein großes Interesse entgegengebracht wird, und daß viele Einwohner der Stadt sich für die Südlinie, und zwar lediglich für diese Linie, ausgesprochen haben, wenn ich auch nicht verkennen will, daß hier und da Stimmen für die Nordlinie und besonders für die Mittellinie hörbar werden. Die Südlinie entspricht aber doch den Interessen der Stadt und in weiterer Ausdehnung den Interessen des Landes viel mehr als die Mittellinie, und wir haben wohl die Pflicht, durch Vertretung unserer städtischen Interessen der Regierung den Rücken zu stärken, damit sie allein für die Südlinie eintritt.

Es ist verschiedentlich ausgeführt worden, was zugunsten der Südlinie und was für die Mittellinie spricht. In betreff des Stichkanals ist gesagt, daß gerade der Umschlagverkehr für die Stadt Braunschweig etwas Besonderes bringen werde. Ich will nicht bestreiten, daß das ein Vorteil für die Stadt werden wird, aber ist es denn ausgeschlossen, daß der Durchgangsverkehr der Südlinie in gewissem Sinne auch vorteilhaft ist, indem er uns von anderen Seiten her einen Umschlagverkehr bringen wird? Das könnte ich doch nicht einsehen, daß das ausgeschlossen sein sollte! Außerdem würden wir bei dem Umschlagverkehr auf der Mittellinie tatsächlich doch nur unserem eigenen Herzogtum die Geldmittel entziehen, um sie in dem Säckel der Stadt Braunschweig fließen zu lassen. Schließlich ist zu sagen, daß der Plan — ob nun eine Süd- oder eine Mittellinie gebaut wird — eine Entlastung der Eisenbahn, eine Verbilligung des Güterverkehrs bedeuten soll. Eine Entlastung der Eisenbahn werden wir auf alle Fälle erzielen; ich bin aber überzeugt, daß wir durch die Mittellinie für das Herzogtum Braunschweig eine gewisse Mehrbelastung des Güterverkehrs bekommen werden, denn wir müssen aus dem ganzen umliegenden Gebiete für den Umschlagverkehr alle Güter per Bahn nach

Braunschweig heranschaffen. Was die Verbilligung des Güterverkehrs anbetrifft, so ist der südlichen Linienführung zum Vorwurf gemacht, daß sie einige Kilometer länger sei als Mittellinie und Nordlinie, und daß sich hierdurch eine Frachterhöhung von 20 Pf. per Tonne ergibt. Ich möchte darauf hinweisen, daß meiner Meinung nach durch den Umschlagverkehr ganz erhebliche Kosten an Expedition und Lagergeld entstehen werden, welche die für Braunschweig bestimmten und auch von hier ausgehenden Güter ganz erheblich belasten werden.

Ich habe mir die Anlegestellen an den Ufern des Kanals in der Weise gedacht, daß nicht, wie beim Stichkanal, ein verhältnismäßig eng begrenztes Gebiet für die Industrie und die gewerblichen Zwecke zur Verfügung steht, sondern daß die ganze Länge des Kanals als Hafenanlage zur Verfügung steht, wobei allerdings zu berücksichtigen ist, daß der Kanal selbst nicht zum Löschen und Anlegen der Schiffe gebraucht werden kann. Es werden dafür immerhin Ausbauten nötig sein, vielleicht auch kleine Nebkanäle, aber diese kleinen Kanäle und Ausbauten stehen doch in keinem Verhältnis zu den großen Bauten, die der eigentliche Stichkanal mit sich bringen wird. Und diesen Bau des Stichkanals müßten wir bezahlen, ehe wir zu den eigentlichen Hafenanlagen kommen. Die Hafenanlagen an dem durchgehenden Kanal werden uns doppelte Vorteile bringen, denn sie werden sich durch ganz Braunschweig hindurch erstrecken, und auch das braunschweigische Land wird den größten Vorteil von einem solchen durchgehenden Kanal haben, während sie bei einem Stichkanal auf ein kleineres Gebiet zusammengedrängt sind, und wenn sie am Kanal entlanggehen, bald auf preußischem Gebiet liegen werden.

Das Mittellinienprojekt ist entstanden durch gewisse Rücksichten, welche auf das Erzgebiet bei Peine zu nehmen waren, und zunächst auch deshalb, weil der Kampf zwischen Nord- und Südlinie sich zuspitzte und schließlich ein Vermittlungsvorschlag nötig wurde. Ich kann aber nicht anerkennen, daß dieser Vermittlungsvorschlag für Braunschweig so vorteilversprechend ist wie das Südlinienprojekt. Die vielen Überbrückungen, die Herr Stadtv. Kraus erwähnte, und von denen auch Herr Stadtbaurat Gebensleben gesprochen hat, kosten allerdings Geld, aber sie lassen sich auch in sehr hübscher Weise ausführen, wie das bei den Hafenanlagen von Hannover geschehen ist, und schließlich müssen wir doch auch auf die andere Seite des Kanals hinüberkommen können, denn wir werden damit rechnen müssen, daß sich Braunschweig nach der einen oder anderen Seite hin ausdehnt, und werden nicht darum wegkommen, Brücken bauen zu müssen. Das müssen wir tun, ob wir nun den Nord-, Mittel- oder den Südkanal bekommen.

Schließlich sage ich mir, daß wir die Interessen des Landes bei unserer Stellungnahme mit berücksichtigen müssen. Ich glaube, daß Herr Kraus als Landesabgeordneter — er möge mir das nicht übelnehmen — die Interessen des Landes in dieser Sache nicht glücklich gewahrt hat; aber die Interessen der Stadt,

die er hier lediglich zu vertreten hat, mögen ja für ihn ausschlaggebend gewesen sein. Ich meine, daß wir heute unserer Landesregierung und dem Landtage damit einen Rückhalt geben sollten, daß wir eine Resolution fassen, in der wir die südliche Linie als die einzig richtige anerkennen. Das ganze Braunschweiger Land blickt heute auf die Vertreter seiner Haupt- und Residenzstadt und verlangt von ihnen, daß sie neben den Interessen der Stadt mit weitschauendem Blick auch die Interessen des Landes berücksichtigen und sich rückhaltlos für den Ausbau der Südlinie aussprechen. Es ist ja mit Freuden zu begrüßen, daß die Mittellinie ausgearbeitet und uns zur Begutachtung vorgelegt ist, und deshalb ist es auch recht und billig, daß wir der Mühewaltung und der vielen Arbeiten gedenken, die mit der Aufstellung dieses Projektes verbunden gewesen sind. Ich bitte Sie, der Resolution des Herrn Frede zuzustimmen.

Stadtv. Frede: Nur noch einige Worte zur Entgegnung. Herr Stadtbaurat Gebensleben meinte, ich hätte behauptet, wir hätten die Kosten für einen Hafen und für den Stichkanal auszugeben, es müsse der Hafen aber doch auch bei einem durchgehenden Kanal im Westen gebaut werden. Ich habe gesagt: Die Hafenbaukosten fallen der Stadt zur Last, und auf schlechtem Terrain werden sie höher sein als die Hafenbauten im Westen.

Herr Kollege Kraus weiß schon genau, wieviel Tonnen auf dem Nordkanal und wieviel auf dem Südkanal befördert werden. Ich glaube doch — wie auch der Herr Stadtbaurat in anderer Beziehung schon gesagt hat —, daß man manches im voraus nicht so genau wissen kann; es hängt doch von zu vielen „Wenn“ ab, und ob die Behauptung sich später bewahrheiten wird, ist doch noch abzuwarten.

Dann meinte Herr Kollege Kraus, der Stichkanal, der bei der Mittellinie angelegt würde, sei ihm noch zu kurz. Nun, dann müßten wir ja die Nordlinie nehmen, dabei haben wir einen 18 km langen Stichkanal! Um längere Anlegestellen geben zu können, bitten wir doch, für die Südlinie einzutreten! Dabei haben wir ja Anlegestellen in unbegrenzter Anzahl, wie Herr Kahlert ausgeführt hat. Jedenfalls ist die Möglichkeit, sich an dem Südkanal auszudehnen, unbegrenzt, und Herr Kraus hat darin recht, daß das bei dem Stichkanal nicht der Fall ist.

Nun möchte ich noch auf eins aufmerksam machen: Herr Meyerhoff hat den Bernburger Stichkanal erwähnt und hat sich dabei in der Zahl für die Länge desselben vergriffen; es handelt sich nur um 25 km. Genau so wie von Braunschweig wird man auch von Bernburg verlangen, daß die Stadt ihn baut, und ob er dann überhaupt ausgeführt wird, mag schon aus dem Grunde zweifelhaft sein, weil eine solche Anlage sehr teuer ist. Ich bin in der Lage, mitteilen zu können, daß Herr Professor Franzius an die Stadt Bernburg und an andere in Betracht kommende

Städte die Anfrage gerichtet hat, ob sie die Kosten für diesen Stichkanal aufbringen wollten; sie haben alle darauf geantwortet: „Nein, das tun wir nicht; wir treten nach wir vor für die Südlinie ein.“ Das hier in Frage kommende Gebiet ist bekanntlich das größte Braunkohlengebiet Deutschlands, und daß die Kohlen unendlich teuer werden, ist sicher. Die Kohlensteuer wird nicht wieder in Fortfall kommen, die Löhne für die Kohlenarbeiter werden vielleicht noch steigen, und was wir schon jetzt für die Kohlen bezahlen müssen, wissen Sie aus Erfahrung. Deshalb ist es für die Industrie und die Haushaltungen in Braunschweig von unendlicher Bedeutung, daß wir auf billige Kohlenbeschaffung sehen. Die kann uns nur durch den Südfanal werden, wenn wir die Kohlen aus dem größten Braunkohlengebiet, das um Halle herum liegt, und auch aus Westfalen auf dem kürzesten Wege heranschaffen können. Das möchte ich zu beachten bitten.

Im übrigen weise ich auf den letzten Teil meiner Resolution hin, von dem ich vorhin zwar gesagt habe, daß ich ihn aus Verbindlichkeitsrücksichten hinzugefügt habe. Die Begründung für diesen Zusatz liegt in Wahrheit so: Wenn wir die Südlinie nicht bekommen könnten, und es handelte sich nur um die Nord- und die Mittellinie, dann würden wir ganz zweifellos alle die Mittellinie nehmen, denn eine Verbesserung durch das Mittellinienprojekt liegt für uns vor. Dieser Zusatz ist also auch sachlich begründet und nicht nur aus Höflichkeit angehängt.

Stadtv. Meyerhoff: Das eine hat Herr Frede schon berichtet. Es ist mir ein Irrtum bezüglich einer Zahl untergelaufen. Es handelt sich bei dem Kanalweg nach Verburg um eine Verlängerung um 25 km, und nicht um 36.

Ich wollte aber auch noch etwas anderes berichtigen. Herr Stadtbaurat Gebensleben meinte, ich hätte gesagt: Wenn die Güter einmal aufgeladen wären, würden sie auch in jedem Falle weiterrollen. Ich habe ausdrücklich bemerkt, und das Stenogramm wird das beweisen: „wenn die Güter das vertragen können.“ Das möchte ich bitten im Auge zu behalten.

Stadtv. Lebbenjohannis: Ich will mich noch kürzer fassen als meine beiden Herren Vorredner. Es ist uns vom Magistratsstische aus wiederholt gesagt worden, der Magistrat verhalte sich durchaus nicht ablehnend gegen die S ü d l i n i e. Es ist auch gar nicht unsere Absicht, uns ablehnend gegen die M i t t e l l i n i e zu verhalten. Es ist aber in der Resolution zum Ausdruck gekommen, daß beide Linien gleichwertig seien, während wir zunächst die Ausführung der Südlinie als für die Interessen der Stadt geboten erachten, wenn aber diese Linie nicht ausführbar ist, dann erkennen wir an, daß die Mittellinie gegenüber der Nordlinie für uns vorteilhafter ist. Ich bitte Sie deshalb ebenfalls: Nehmen Sie die Resolution des Herrn Frede an. Ich kann mir nicht denken, daß dadurch die Möglichkeit entsteht, daß der Nordkanal ausgeführt werden wird.

Stadtv. Kraus: Herr Frede, der mich ad absurdum führen wollte, hat gerade durch eine Bemerkung, die er gemacht hat, auf eine wunde Stelle hingewiesen, die bisher noch nicht erwähnt worden ist, die aber den städtischen Steuerinteressen durch Ausführung des Südlinienprojekts zugefügt wird, nämlich auf die große Verwendbarkeit des zur landwirtschaftlichen Bestellung geeigneten Gebietes für industrielle Ansiedlungen, was gerade die braunschweigische Industrie veranlassen muß, aus der Stadt Braunschweig auszuwandern. Denn selbstverständlich sind für die Industriearbeiter die Verhältnisse dort günstiger, wo es ihnen möglich ist, sich in kleinen Ansiedlungen nebenbei als halbe Agrarier zu betätigen, dadurch werden dann dort die Arbeitslöhne niedriger und die Industrie wählt ihre Arbeitsstätten dort, wo sie bei niedrigeren Löhnen betrieben werden kann.

In der Abstimmung bleibt der Antrag des Magistrats auf Zustimmung zu der in der Verkehrsdeputation gefaßten Entschließung in der Minderheit, der Antrag Frede erhält mit 15 Stimmen die Mehrheit.

Vorsitzender: Es liegen noch einige Sachen für die öffentliche Sitzung vor, die nicht auf der Tagesordnung stehen, und die wir zurückstellen können. Nur wäre es wünschenswert, den einen Punkt, die Kriegsanleihe betreffend, heute noch zu erledigen.

17. Beteiligung der Stadt an der 8. Kriegsanleihe.

Stadtv. Tebbenjohannis: Der Magistrat stellt in bezug auf die 8. Kriegsanleihe folgenden Antrag:

„Wir halten es für angemessen, daß sich die Stadt auch an der achten Kriegsanleihe, und zwar in gleicher Höhe wie an jeder der früher aufgelegten Anleihen, beteiligt. Ob es sich dabei empfiehlt, 4½prozentige Reichsschatzanweisungen zu wählen, erscheint uns zweifelhaft, zumal die Stadt nicht in der Lage sein wird, diese Werte dauernd beizubehalten. Wir würden die Zeichnung von 5prozentigen Schuldverschreibungen — und zwar wieder in Höhe von 1 Million Mark — vorziehen, weil hierbei ein Zinsverlust nicht eintritt und andererseits doch auch wohl gehofft werden darf, daß der künftige Verkauf der Papiere zu einem Preise, der dem Ausgabekurs mindestens gleichkommt, möglich sein wird. Die erforderlichen Mittel würden, wie solches auch früher geschehen, angeliehen werden müssen. Wir geben anheim, unserem Vorschlage zustimmen zu wollen.“

Meine Herren! Wir alle stehen seit einigen Tagen unter dem gewaltigen Eindruck der glorreichen Siege im Westen, und wir alle haben gewiß den festen

Willen, es an Opferfreudigkeit angesichts dieser Thaten nicht fehlen zu lassen. Die Finanzkommission war aber der Meinung, daß die Opferfreudigkeit der Stadt nicht genügend Ausdruck finde, wenn wieder eine Zeichnung von einer Million ausgeführt werde, ihre Ansicht ging dahin, daß man angesichts dieser großen Erfolge und angesichts der Hoffnung, daß wir nun wirklich einmal zu einem Frieden kommen, uns diesmal an der Zeichnung zur Kriegsanleihe mit einem Betrage von **zwei Millionen Mark** beteiligen. Ich habe den Auftrag, namens der Finanzkommission und in Übereinstimmung mit dem Magistrat Ihnen vorzuschlagen, für die 8. Kriegsanleihe **zwei Millionen Mark** 5prozentige Kriegsanleihe zu zeichnen. Meine Herren! Ich bitte Sie, diesen Beschluß der Finanzkommission einstimmig gutzuheißen und damit unseren Mitbürgern ein Beispiel und einen Ansporn zu geben, auch ihrerseits alles zu thun, um der 8. Kriegsanleihe zu einem erfreulichen Erfolge zu verhelfen.

Der Antrag der Finanzkommission wird angenommen, und der **Vorsitzende** schließt die öffentliche Sitzung.

Dauer der Sitzung von 4¼ bis kurz vor 9 Uhr.